

Fragment 3a – 1918

01. -31. Januar 1918

Fortsetzung der Friedenskonferenz mit Rußland in Brest-Litowsk

Plan der Angelsachsen, Deutschland zu zerstückeln – 10. Januar

Sozialisten – Frieden ohne Annexionen und Kontributionen
– Frieden um jeden Preis

Streiks in Österreich und Deutschland – die Revolution wird vorbereitet

Deutsche Können nur durch Deutsche besiegt werden



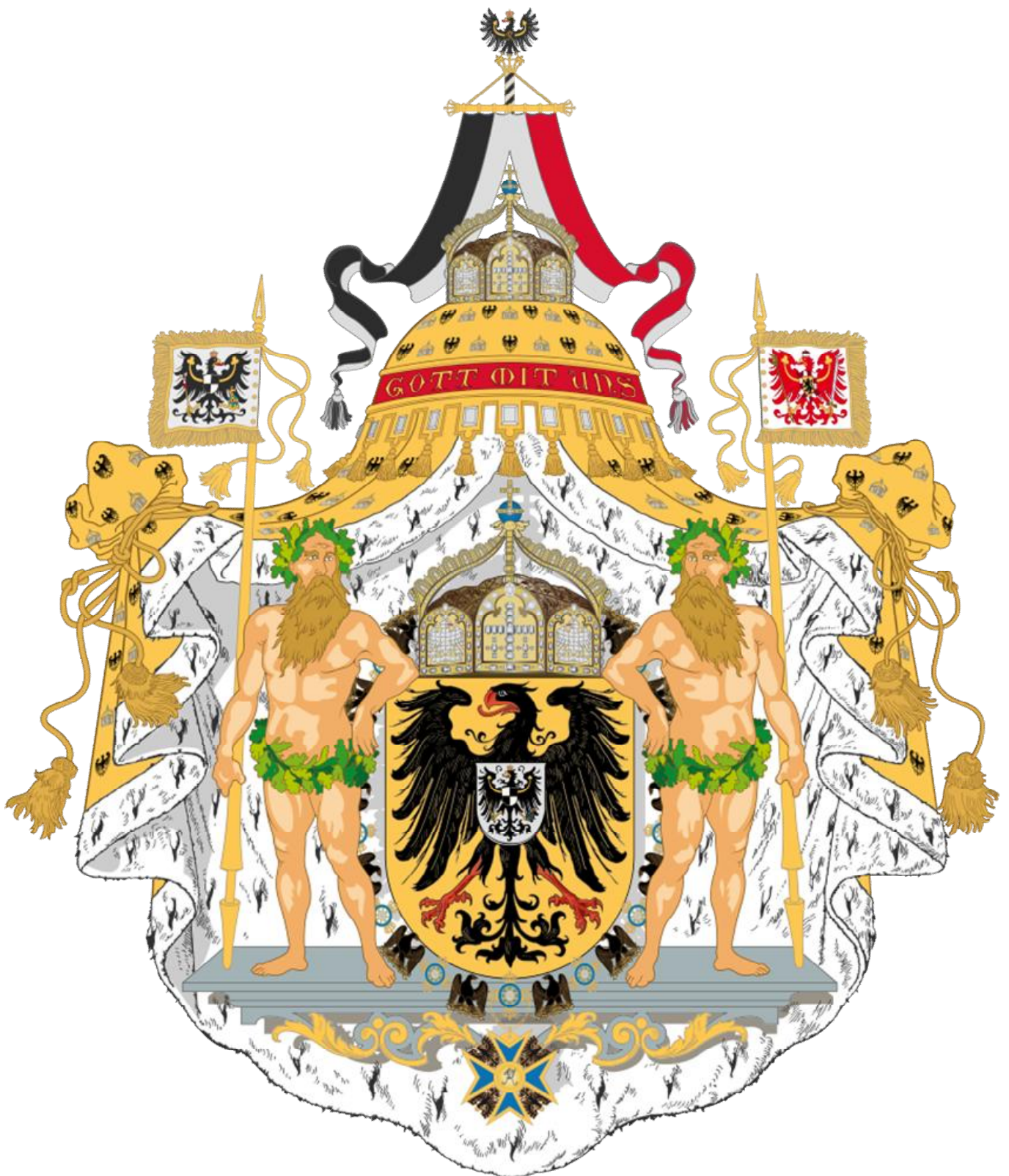
Kaiser Wilhelm II., Friedrich Wilhelm Viktor Albert von Preußen

***27.01.1859 Berlin - + 04.06.1941 Doorn**

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen
 Markgraf zu Brandenburg, Burggraf zu Nürnberg, Graf zu Hohenzollern,
 Souverän und oberster Herzog von Schlesien wie auch der Grafschaft Glatz,
 Großherzog vom Niederrhein und Posen,
 Herzog zu Sachsen, Westphalen und Engern,
 zu Pommern, Lüneburg, Holstein und Schleswig,
 zu Magdeburg, Bremen, Geldern, Cleve, Jülich und Berg, wie auch der Wenden und
 Kaschuben, zu Krossen, Lauenburg, Mecklenburg,
 Landgraf zu Hessen und Thüringen,
 Markgraf der Ober- und Niederlausitz,
 Prinz von Oranien,
 Fürst zu Rügen, zu Ostfriesland, zu Paderborn und Pyrmont,
 zu Halberstadt, Münster, Minden, Osnabrück, Hildesheim,
 zu Verden, Kammin, Fulda, Nassau und Moers, gefürsteter Graf zu Henneberg,
 Graf der Mark und zu Ravensberg, zu Hohenstein, Tecklenburg und Lingen,
 zu Mansfeld, Sigmaringen und Veringen,
 Herr zu Frankfurt

https://de.wikipedia.org/wiki/Titulatur_und_Wappen_der_Deutschen_Kaiser_nach_1873

Wappen des Deutschen Kaisers



[https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_II._\(Deutsches_Reich\)#/media/Datei:Wappen_Deutsches_Reich_-_Reichswappen_\(Grosses\).svg](https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_II._(Deutsches_Reich)#/media/Datei:Wappen_Deutsches_Reich_-_Reichswappen_(Grosses).svg)



Die Kaiser-Kinder, 1901



Kaiser Wilhelm II und Zar Nikolaus II in Björkö zu einem Bündnis, das der Zar nicht unterschrieb
(s.u.S.306)

Bundesarchiv_Bild_183-R43302,_Kaiser_Wilhelm_II._und_Zar_Nikolaus_II. in Björkö

„Deutsche können nur durch Deutsche besiegt werden.“

Januar 1918

01.01.1918 - Dienstag

POS-1-1	1918.	Rückblick	17
POS-1-1	Die Juden in Palästina.	Zionisten: Besetzung Palästinas durch England	
KHZ-1-12	Vierzig Millionen Soldaten unter Waffen.	Verhältnis: 3:1	
KHZ-1-2	Der russisch-japanische Geheimvertrag. – Gegen Amerika und England.	Gegen Amerika und England	
KHZ-1-2	Amerikas Hilfe für die Entente.	Geld für: Großbritannien, Frankreich, Belgien, Serbien	
DVB-10416-2	Rund um den Frieden - Polen	Polen in Brest-Litowsk	
DVB-10416-2f	12 Monate Weltkrieg. – Ein Rückblick auf das Jahr 1917.	Österreichische Sicht auf das Jahr 1917	
WZ-1-12	Brest-Litowsk – Zeitungsstimmen.		
BBZ-1-1	Jahres-Rückblicke. – von Dr. Stresemann, M.d.R.	Siegreiches 1917	
BBZ-1-3	Die Friedensverhandlungen in der Beleuchtung der italienischen Presse.	Ablehnung des Friedens von Brest-Litowsk	
BBZ-1-3	Der Dank der Perser.	Positive Folge von Brest-Litowsk	
BAP-1-1	Die Polen am Verhandlungstisch. – Reise des polnischen Ministerpräsidenten nach Berlin und Wien.	Brest-Litowsk Teilnahme	
BAP-1-2	Die verpaßte Gelegenheit zum ehrenvollen Frieden.	Presse Kommentare zur Friedens-Konferenz in Brest-Litowsk	
DZ-1-1	Was will England?	Scheinbare Eingehen auf Friedensangebot in Brest-Litowsk	
DZ-1-1	Vor einem neuen Krieg in Frankreich.	Frankreich ist ermüdet	
NAZ-1-1	Der U-Bootkrieg als Ursache des italienischen Zusammenbruchs.	Italiens Mangel an Rohstoff	
DZ-1-1	Die Kriegslage Ende Dezember 1917. – von Oberstleutnant a. D. Immanuel Fischer.	1.Teil, 2.Teil vom 3.1.1918, Nr.4; Rückblick auf erfolgreiches Jahr 1917	

02.01.1918 - Mittwoch

DVB-10417-5	Eine wichtige russische Erklärung. – Die Frage der baltischen Provinzen und Polens.	Brest-Litowsk	33
DVB-10417-8	Der Vatikan gegen den zionistischen Judenstaat.	Judenstaat von England zugesagt	
DVB-10417-8	Fällt Holland um?	Amerika erpreßt Neutrale – keine Lieferungen an Deutschland	
BMP-2-2	Lansing gegen „weitläufige Friedensverhandlungen“. –	Österreichische Friedens-initiative	
BMZ-1a-5	Die unberührte deutsche U-Boot-Basis. – Ein Rückblick.	98 Divisionen in Flandern gegen deutsche U-Boot-Basis	
BMZ-1a-5	Die Bilanz des Weltkrieges. – von Baron v. Ardenne, Generalleutnant z.D.	Kriegsverlauf an der Ostfront 14-17	
BNN-2-Mo-1	Schlecht orientierter Lügendienst.	Entente Propaganda	
BNN-3-Ab-1	Demokratie und Arbeiterstand. – von Dr. Leo Wegener. (aus einem Vortrag)	Erwartung nach dem Krieg – 10 Millionen Arbeitslose	
BMZ-1a-5	Ein prophetischer Neujahrsglückwunsch Ernst Moritz Arndts.	Wenn Russen und Franzosen sich über uns die Hände reichen wollen	
BTB-2-Mo-2	Lloyd Georges Neujahrspitzelei.	Prophezeit Ende des Krieges zum Ende 1918	39
BTB-2-Mo-2	Orlando über die „schamlose Hinterlist“ der Mittelmächte.	Verunglimpfung der Friedens-Konferenz von Brest-Litowsk	
BTB-2-Mo-2	„Sieben Millionen amerikanischer Soldaten“ – Die Meinung des Expräsidenten Taft.	amerikanisch polnische Freiwillige in Frankreich	
DRB-2-Mo-2	Englands Verlegenheit durch die Veröffentlichung der Geheimverträge. – Eine schwedische Stimme.	Englische Verträge, Zustimmung für Konstantinopel an Rußland; Abtrennung Rhein-Provinz von Deutschland	
DRB-2-Mo-2	Rückblick und Ausblick auf den Krieg 1917/ 18. – v. Blume, General d. Infanterie a. D.	1.Teil:29.12.1917, DRB 663,S.2 Kriegs Verlauf im Westen	
DRB-3-Ab-1	Europa und Amerika. – von Ernst Boetticher, Hptm. a. D	Amerikas Größenwahn: „Das amerikanische Prinzip, die Anknüpfung der ganzen Welt an Amerika, wird seinen Donnergang über das Erdenrund antreten, nicht dem Joche eines Fremden die Nationen unterwerfend, sondern sie annexierend dem Prinzip der Freiheit.“ - Das zersplitterte Europa sollte die Gefahr, die ihm früher oder später vom Amerikanismus droht, nicht unterschätzen.	
DRB-3-Ab-3	Brantings sogenannte Friedenspolitik.	Schweden: SPD Politik Beeinflussung	
DRB-3-Ab-1	Die Parteiführer bei Kühlmann.	Brest-Litowsk Information der Fraktionen	

KHZ-2-1.-1	Wilson wartet auf ein formelles Friedensangebot.	Wilson weicht aus, warum nicht Brest-Litowsk	
KHZ-2-1.-1	Schon morgen läuft die Frist ab.	Am 3.Januar Ende der Frist für Entente zum Anschluß an Friedens-Verhandlungen	
NAZ-2-Ab-1	Brest-Litowsk.	Allgemeiner Überblick	
KHZ-2-1.-1	Polens Ministerpräsident in Wien.	Polens Besuch in Wien	
NAZ-3-Ab-1	Die Freuden der englischen „Freiheit“.	Schärfste Einschränkungen in allen Lebensbereichen	
VOS-3-Ab-1	Reichstags-Einberufung?	SPD Forderung	
03.01.1918 - Donnerstag			
POS-4-1-Mi	Polen und Oesterreich.	Polen bedankt sich bei Kaiser Karl	47
DVB-10418-1	Auswärtige Politik 1917. – Von Dr. Jan Eyssen.	Rückblick auf 1917	
DVB-10418	Clemenceaus sozialistische Feindschaft.	Kritik an Clemenceau	
BMZ-2-2	Henderson für Fühlungnahme mit dem Vierverband.	Krieg als Kampf zwischen neuem und altem Regierungssystem in Deutschland	
BTB-5-2	Die Fraktionssitzungen im Reichstage.	Überlegungen zu Brest-Litowsk	
BTB-5-2	Der Bedarf des amerikanischen Heeres in Frankreich.	Eine „Stadt“ wird in Frankreich für das amerikanische Heer errichtet	
DRB-4-Mo-2	Was die Entente-Antwort wirklich will!	Den Anfang einer neuen Epoche	
DRB-4-Mo-2	Rußland zur amerikanischen Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn.	Verführerische Perspektive der Weltaufteilung	
DRB-4-Mo-2	Oberst Eglis Ueberzeugung von der militärischen Ueberlegenheit der Mittelmächte.	Schweizer Militär zur Stärke der Mittelmächte	
04.01.1918 - Freitag			
NAZ-7-2-Ab	Der russisch Japanische Geheimvertrag vom 3. Juli 1916. [siehe KHZ 1, 01.Januar 1918, S.2]	Rußland/ Japan Kommentar zu dem Geheimvertrag	54
VOS-6-3-Mo	Ein Geständnis Lloyd Georges. – Alles ist eine Frage der Schiffe.	U-Bootkrieg	
BAP-3-1	Englischer Vereitelungsplan.	Wie kann der Frieden Rußland- Mittel-Mächte verhindert werden	
BAP-3-1	Der „italienische“ Frieden. – Entgegnung Orlandos zur Brest-Litowsker Einladung.	Das ist kein Frieden	
BAP-3-3	Überschriften	-Finnlands Selbständigkeit von Rußland anerkannt. -Die Unabhängigkeits-Erklärung Finnlands. -Polens Ministerpräsident bei Kaiser Karl.	
BMZ-3-3	Telegrammwechsel zwischen dem Kaiser und dem Reichstagspräsidenten.	Hinweis auf 12.12.1916 Friedens-Angebot an Entente	
BNN-6-5	Wie China in den Krieg getrieben wurde. – Neue Petersburger Geheimdokumente.	Überlegungen, China in den Krieg zu ziehen - 1. Geheimtelegramm des Botschafters in Tokio vom 8. Februar 1917. Nr. 40. - 2. Geheimtelegramm des Botschafters in Tokio vom 11. März 1917. Nr.72. - 3. Geheimtelegramm des Botschafters in Tokio vom 11. März 1917. Nr. 76. - 4. Geheimtelegramm des Botschafters in Tokio vom 21. März 1917. Nr. 121. - 5. Geheimtelegramm des Botschafters in Tokio vom 18. April 1917. Nr.159.	
BMZ-3-1/ BTB-6-3	Brest-Litowsk vor dem Hauptausschuß./ Der Hauptausschuß über die Friedensverhandlungen	Hauptausschuß Bericht v.03.01. ergänzt durch Teile in der BTB - Reichskanzler - Erzberger - David	
BNN-7-3	Der Hauptausschuß des Reichstags.	Hauptausschuß Bericht v.04.01. - Westarp - Reichskanzler Hertling	
BNN-7-1	Ein Zwischenfall.	Kommentar Man vermutet SPD hinter Wunsch nach neutralem Verhandlungs-Ort	
BTB-6-4-Mo	Krieg und Weltgericht. – von Walther Rathenau.	Verdeckter Hinweis auf die Revolution	
VOS-6-3-Mo	Das Warenhaus. – von Walther Rathenau.	Verdeckter Hinweis auf nahes Kriegsende und Veränderungen des Handels	
BTB-7-1-Ab	Rußland und sein Erbfeind. – von Ernst Boetticher, Hptm. a. D.	Englands Streben, Rußland aus dem Weg zu räumen	
DZ-6-1-Mo	Harmonie?	Kronrat	
DZ-6-3-Mo	Scheidemann und Alldutsche in Hessen.	Mainz: Scheidemann erhält Recht einer Veranstaltung in	

		Frauenlob Saal, Alldutsche nicht	
05.01.1918 - Samstag			
POS-7-1-Mo	Friedensfeinde.	Die Gefahr in Stockholm; Staatenbildung Polens; Anschluß Balten?	68
POS-7-1-Mo	Vor großen Entscheidungen.	Kronrat zum Osten-Hinweis auf 1917 Belgien Verzicht	
BMP-5-1	Russisch-deutsche Meinungsverschiedenheiten. – [Kommentare]	Brest-Litowsk- Kommentar zum Angebot an Entente teil zu nehmen	
BMZ-4-1	Die Unterbrechung der Verhandlungen in Brest-Litowsk.	Brest-Litowsk Verhalten der Russen – Hintergrund Entente	
BMZ-4-1	Rußlands Vorgehen – gegen die Verabredung.	Brest-Litowsk Vorschlag in neutrales Land zu gehen	
BMZ-4-2	Telegrammwechsel des polnischen Regentschaftsrats mit Kaiser Wilhelm und Kaiser Karl.	Telegramm des polnischen Regentschafts-Rates	
DVB-10420-1	Ein Zwischenfall bei den Friedensverhandlungen. – Ein Zwischenfall.	Rußland will Friedens-Konferenz an einen neutralen Ort verlegen	
DVB-10420	Der Fall Clemenceau.	Clemenceau klagt Caillaux an	
BNN-8-2	Die Flotten im Dezember. – Rückblick auf das Seekriegsjahr 1917. –	Positive deutsche Situation	
BNN-9-1/ BTB-9-1	Eine Erklärung der Regierung.- BNN - Freiherr von dem Bussche Die Sitzung des Hauptausschusses - BTB	Ergänzung Widerspruch Scheidemann und Haase; Brest-Litowsk, russisches Telegramm zur Verlegung an neutralen Ort	
BNN-9-1	Eine schwarze Wolke?	Große Bedenken der SPD zu Brest-Litowsk	
VOW-5-1	Gefährdung des Friedens. - Unterbrechung der Verhandlungen in Brest-Litowsk.	Vorwärts trägt negative Position zu Brest-Litowsk	
VOW-5-2	Das Organ Asquiths über die Vorschläge vom 25. Dezember.	England lehnt das deutsche Friedensangebot rundum ab	
BNN-9-3	Die Reichspost zu Hendersons Auslassungen.	Aufruf Englands für das neue System in Deutschland zu kämpfen	
DRB-8-1-Mo	Die Größe der U-Bootsgefahr für England.	Auswirkungen des deutschen U-Bootkrieges auf Englands Flotte	
DRB-9-1-Ab	Zwei Jahre allgemeine Wehrpflicht in England. – von Oberst Immanuel	Sein Heer ist auf die Kolonien angewiesen	
KHZ-8-1-Ab	Die Störung in Brest-Litowsk. – Einflüsse des Vielverbandes.	Kommentar	
06.01.1918 - Sonntag			
VOW-7-1	Neue Regierungserklärung zum Frieden. – Rede Scheidemanns.	Rede Scheidemann u. Haase im Haupt-Ausschuß	87
POS-9-1-Mo	Das englische Doppelspiel.	Im Lande besteht die Gefahr, daß man auf Englands Spiel hereinfällt	
BMP-6-1	Die Rückkehr der russischen Unterhändler - Entente und Unabhängige wühlen gegen das Friedenswerk.	U-SPD versucht die Verhandlungen Brest-Litowsk zu torpedieren und unterstützt so die Entente	
BMZ-5-1	Rücktritt Brantings.	Sozialisten-Führer Branting gibt Regierungs-Amt auf	
BMZ-5-1	England und Elsaß-Lothringen.	Für England zählt der Krieg nicht für Elsaß-Lothringen	
BMZ-5-2	Besteht ein Votum der russischen Grenzvölker?	Streben der baltischen Länder	
BNN-10-2	Die deutschfeindliche internationale Sozialdemokratie.	Internationale Sozial-Demokratie: Sozialisten gegen Frieden Rußland-Deutschland	
DVB-10421-1	Sozialdemokratische Politik.	Machenschaften und Wirkungen SPD Handelns	
DVB-10421-3	Die Judenfrage.	Juden können ungehindert in Palästina siedeln	
DZ-10-1	Rücktrittsgesuch Ludendorffs.	Keine nähere Information	
is.muni.cz	Tschechische Dreikönigsdeklaration	Ruf nach Selbständigkeit der Tschechen	
07.01.1918 - Montag			
BMP-7-1	Kein Rücktrittsgesuch Ludendorffs.	Dementi	97
VOW-7-1	Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.	SPD: Drohungen mit Revolution???	
VOW-7-3	Hendersons Bekenntnis zum demokratischen Frieden. - Henderson für die Bolschewiki.	SPD	
BMP-7-1	Tohuwabohu.	Kommentar- Vermutung gezielte Aktion der Entente	
BMP-7-2	Die Stellungnahme der Sozialdemokraten. - Gegen jeden Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechts.	Stellungnahme	
BMP-7-2	Kein Beitritt der Entente mehr.	Offenes Telegramm	
KHZ-10-1	Exminister Branting	Der schwedische Sozialistenführer und Entente Sachwalter ist von seinem Ministerposten zurückgetreten	
BMP-7-2	Die Entente und Rußland.	Zusammen-brechendes zusammen brechen lassen	

WAP-5-3	Erklärungen Lloyd-Georges über die Friedensziele	Kriegsziel-Rede	105
BTB-11-2	Lloyd George über Englands Kriegsziele.	Kriegsziel-Rede Kurzform	109
WAP-5-1	Kommentare zu Brest Litowsk	Brest-Litowsk Kommentare	
WAP-5-6	Kommentare zur Rede Lloyd Georges – Lord Lansdowne	Kriegsziel-Rede	
WAP-5-3	Clemenceaus Friedensprogramm	Krieg verstärken und siegen	
WAP-5-6	Kommentare zur Rede Lloyd Georges – deutsche Presse	Kriegsziel-Rede	
DRB-11-1	Zaristisches Polizeiregiment im Reiche Wilsons	Gegen Friedens Anhänger	
WAP-5-3	Internierung und Ausweisung feindlicher Staatsangehöriger [in Italien]	1800 Internierte Ausländer	
WAP-5-6	Pestausbruch in China	Pest	
WAP-5-8	Norwegen – Die Verluste der Handelsmarine.	Handelsschiff Verluste: 434 Schiffe	
VOS-11-3	Max Bruchs 80. Geburtstag		
08.01.1918 – Dienstag			
WZ-6-6	Friedensverhandlungen Brest-Litowsk	Frankreich polemisiert	111
WZ-6-7	Der Bombenabwurf in Kallnach.	Frankreich „verliert“ in der Schweiz Bomben	
WZ-6-7	Kundgebung der Rigaer Kaufmannschaft.	Wünscht Anschluß an Deutschland	
WAP-6-15	Die Behandlung amerikanischer Gefangener in Deutschland. Berlin,	Behandlung Gefangener	
WAP-6-15	Äußerungen des Sozialisten Thomas.	Deutschland unterwerfen	
WAP-6-16	Zeitungsstimmen zur Rede Lloyd-Georges.	Kommentare	
WAP-6-18	Empfang des polnischen Regentschaftsrates durch Kaiser Wilhelm.	Empfang beim Kaiser	
POS-11-1	Lloyd Georges Friedensbedingungen. – [Es riecht nach Revolution]	Verworrenes englisch/ russisches Spiel	
BMP-8-1	Karl Radek-Sobelson – Die Falschmeldungen der Petersburger Telegraphenagentur	Radek spielt in der Revolution in Deutschland eine bedeutende Rolle als Bindeglied zu den Russen	
BMZ-6-1	Das beweiskräftige Protokoll. – [zur Petersburger Telegraphenagentur]	Ergänzung zu BMP-8-1	
WZ-6-7	Die Kriegszielrede Lloyd-Georges.	Kommentar zur Rede: Die Rede stelle nichts anderes als eine Enthüllung der brutalsten imperialistischen Ziele dar und beweise, daß eine Wendung zum Frieden von Lloyd-George ebensowenig kommen kann wie von Clemenceau	
BNN-14-1	Zur Polenfrage in Preußen. – von Hans Zwenger.	Beschreibung der Polen, auch heute noch gültig	
BNN-14-3	Was werden die Sozialdemokraten tun?	Die Unabhängigen SPDler erwarten von Ebert und Scheidemann konkretes Handeln – jetzt schon Vorbereitung der Revolution?	
BNN-14-3	Wer ist Herr von Kühlmann?	August 1917 bis Juli 1918 Außenminister; umstritten wegen seiner mäßigenden Haltung gegenüber den Bolschewiki; war diplomatisch in England engagiert	
BTB-14-1	Der Kaiser an den polnischen Gesandtschaftsrat. – Eine Ansprache.	Polnischer Regentschaftsrat beim Kaiser	
DTZ-13-2	Die Amerikaner in Marokko.	Pläne der Amerikaner in Marokko	
DVB-10423-1	Die „Friedensbedingungen“ Lloyd Georges.	Zur Rede Lloyd Georges und seiner Doppelzüngigkeit	
DVB-10423-9	Frankreich gegen den Frieden. – Die Elsaß-Lothringen-Frage.	Ohne Elsaß-Lothringen mach Frankreich keinen Frieden	
DZ-13-1	Die Lehren der letzten Tage. – [Gedanken der Revolution werden geäußert]	Wo sind die zur Revolution Führenden?	
DZ-13-2	Jetzt gilt's!	500 Millionen um in Deutschland Zwietracht zu schüren am 14. Januar 1917	
DZ-13-2	Halbamtliche Betrachtungen.	Der Rumor um Ludendorffs Rücktritts-Gesuch	
DZ-14-1	Die drohenden Sozialdemokraten.	Erpressungsversuche der Sozialisten	
DZ-14-1	Noch keine Entscheidung.	Folgen der Krise Brest-Litowsk	
NAZ-13-2	Die Kriegsziele Lloyd Georges.	Kommentar zur Rede Lloyd Georges	
09.01.1918 - Mittwoch			
BTB-15-1-Mo	Die Campagne gegen Kühlmann.- Eine halbamtliche Erklärung.	Unstimmigkeiten wegen Kühlmann	128
BTB-15-1-Mo	Huysmans englische Reise.	Sozialisten Treffen der Entente	
DRB-16-1-Ab	Eine zurückgewiesene englische Verletzung der holländischen Hoheitsrechte.	Englischer Kreuzer will neutralen Holländer stoppen, der Gefechts-bereitschaft signalisiert	
DZ-15-1-Mo	Was ist Selbstbestimmungsrecht? – von Kommerzienrat Berthold Körting, Hannover	Gedanken über das Selbst-bestimmungs-recht	

DZ-15-2-Mo	Achtung!	Deutschland nur durch Deutsche zu besiegen	
KHZ-13-2-Mo	Elsaß-Lothringen kein deutsches Fremdvolk.	Widerspruch in seiner Rede zu Elsaß-Lothringen	
TR-16-1-Ab	West-östliches.	Konflikt Ludendorff-Kühlmann	
VOS-15-1-Mo	Das russische Urteil über England.	Warum die Entente gegenüber Rußland handelt wie sie handelt	
VOS-16-1-Ab	Der Kern des Konflikts.	Oberste Heeresleitung: Die eigentlichen Konfliktpartner	
VOS-16-2-Ab	Um Brest-Litowsk. – Grenzsicherung oder Annexion?	Oberste Heeresleitung: Hinter allem die Entente	
VOW-9-1	Der Kampf um Kühlmann.	Kühlmann/ Brest-Litowsk: Wink mit der Revolution	
VOW-9-1	Stockholm und der Sonderfrieden.	Sozialisten der Entente Unterstützung gegen Sonderfrieden in Brest-Litowsk	
WZ-7-4	Eisenbahnunglück bei Bruchmühlbach	Pfalz	
WZ-7-6	Strömung zugunsten des Friedensschlusses in Amerika	deutsch freundliche Strömung	
WAP-7-14	Die Kohlenfrage der Entente.	Englands Kohle Problem	
WZ-7-6	Hauptausschuß des Reichstages.	Hauptausschuß	
WZ-7-7	Zu Lloyd Georges Rede	Rede LI George	
WAP-7-14	Der Unterseebootkrieg.	U-Boot Erfolge	
WAP-7-14	Die Frage der Verwendung japanischer Truppen in Europa.	Japan soll Entente in Europa unterstützen	
WAP-7-14	Die elsässische Frage.	Sozi Thomas Für Elsaß-Lothringen- nehmen	
WAP-7-14	Zur Rede Lloyd-Georges.	Kommentar zu Lloyd George	
BBZ-13-1-Mo	Herr von Kühlmann.	Das politische Spiel mit Kühlmann	
10.01.1918 - Donnerstag			
WZ-8-10	Eine Botschaft des Präsidenten Wilson	[die 14 Punkte]	143
NAZ-17-1-M	Wilsons „Programm des Weltfriedens“	Kommentar	
BBZ-16-1	Wilsons Plan.	Wilson und Lloyd Georg wollen Zwiespalt in Deutschland erweitern	
NAZ-17-2-M	Das Echo der Botschaft Wilsons	Kommentare	
NAZ-18-2-A	Das Echo der Botschaft Wilsons	Kommentare	
Excelsior-x-1	Wilson bestimmt die Konditionen des Weltfriedens [Karten]	Plan der Neuordnung Europas und Deutschlands nach Vorstellungen der Alliierten	
BMZ-8-2	Wilsons "Friedensprogramm"	Kommentar	
BNN-18-1-Ab	Diktator Wilson.	Neue Töne zum alten Ziel	
DVB-10425-1	Der Weltkrieg – Wilsons neuester Schwindel.	Kommentar	
BTB-18-1-Ab	Wilsons Botschaft.	Zertrümmerung des Osmanischen Reiches und Österreich-Ungarns, Niederlage Deutschlands	
DTZ-18-1-Mo	Wilson für Kühlmann.	Tendenz zu SPD	
VOW-10-1	Wilsons Weltfriedensprogramm	SPD zu Wilson	
DZ-18-2-Ab	Widerhall der Scheidemänner in Wilsons Botschaft.	Kritik an der Haltung der SPD zu Wilsons Programm	
TR-17-1-Mo	Wilsons Botschaft.	Kommentar zu Wilsons Botschaft	
BNN-18-1-Ab	Die Russen bleiben in Brest-Litowsk.	Russische Version entsprach nicht den Tatsachen	
WAP-8-17	Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.	Zusammenfassung des Bisherigen	
BBZ-16-5	Autorität.	Kommentare - Regiert Militär oder Kanzler	
BTB-17-1-Mo	Der Streit.	Kommentar - Regiert Militär oder Kanzler	
DTZ-17-1-Mo	„Kampf um Kühlmann“	09.01.1918 Mi; VOW-9-1 Regiert Militär oder Diplomatie	
DVB-10425-1	Die Taktik der Friedensverhandlungen.	Der Einfluß der Entente und die deutsche Presse	
DTZ-18-1-Ab	Regie	09.01.1918 Mi; VOW-9-; Hintergrund?	
BBZ-16-5	Neue Sozialistenkonferenz in London.	Alliierte Vorbereitung einer Sozialisten-Konferenz in London	
DZ-17-3-Mor	Vaterlandspartei und Sozialdemokratie.	SPD sprengt Veranstaltung der Vaterlandspartei	
BBZ-16-5	Herrn Nabokows Bekenntnisse. – Aus den russischen Geheimdokumenten.	Situation in der Entente	
BMZ-10-2	Noch ein Ententebruder.	Senatseröffnung - Haßrede des Alters-Präsidenten	
NAZ-17-2-M	Unglaubliche amerikanische Verleumdungen	US Propaganda	
DVB-10425-11	Ein englisches Eingeständnis.	Warum der Krieg erklärt wurde	
WAP-8-18	Kapitänleutnant Steinbrinck	Personen Vorstellung	
WAP-8-19	Ausweisung der französischen Militärdeputation aus Rußland.	Aufforderung, daß leitende Offiziere Rußland zu verlassen	
WAP-8-19	Beschlagnahme französischer Bank in Petersburg	Filiale der „Credit Lyonnais“ in Petersburg beschlagnahmt	
WAP-8-19	Englischer Botschafter verläßt Rußland	englischer Botschafter Buchanan verläßt Rußland	
WAP-8-19	Kein sicherer Friede ehe Deutschland geschlagen	Kein Friede bevor Deutschland geschlagen	
WAP-8-21	Kriegszustand zwischen Österreich-Ungarn	Kriegserklärung Kubas	

	und Kuba.		
BNN-18-3-Ab	Die feindlichen Brüder.	Rußland	
DRB-18-4-Ab	An alle treuen Freunde Preußens!	Aufruf zum Eintritt in Preußen-Bund	
DZ-18-3-Ab	Keine elsäß-lothringische Frage.	für Deutschland gibt es keine elsäß-lothringische Frage	
NAZ-17-1-Mo	Wilsons Programm des Weltfriedens. – Kommentar.	Symphonie des Willens zum Unfrieden	
TR-17-1-Mo	Wilsons Botschaft.	Amerika warnt Rußland vor Sonderfrieden	
TR-18-1-Ab	Lloyd George und Englands wahre Absicht. – von Geh. Admiralitätsrat a. D. Paul Koch.	Englands wirtschaftlicher Vernichtungs-Krieg gegen Deutschland	
Vos-17-2-Mo	Die angelsächsische Gefahr.	Tödliche Verbindung für Deutschland	
POS-16-1-Ab	Eine neue Stockholmer Konferenz.	SPD	
11.01.1918 - Freitag			
BBZ-18-1	Trozkis Erklärungen in Brest-Litowsk.	Trozkis zu neutralem Verhandlungs-Ort	182
BTB-20-1-Ab	Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.	Zusammenfassung	
BTB-20-1-Ab	Depression in Holland.	Skepsis gegenüber amerikanischen Äußerungen	
DRB-19-3	Randbemerkungen zu Wilsons Botschaft.	Scheinheiligkeit	
DVB-10426	Die Vorgänge in Litauisch-Brest.	Kommentar	
WAP-9-29	Befreiung Ägyptens im Sinne des von allen Mächten angestrebten Nationalitätenprinzips gefordert	Ägypten verlangt Freiheit von England	
DZ-19-2-Mo	Die Tschechen und Wilson.	Dank an Wilsons Kiegserklärung	
NAZ-19-2-Mo	Der Angriff auf Mannheim – ein „prächtiger Rekord“. [Churchill ist Kriegsminister]	Churchill ist Kriegsminister; Luftangriffe auf offene Stadt Mannheim um Zivilisten zu töten	
12.01.1918 - Samstag			
BNN-22-1-Ab	Polnische „Voraussetzungen“.	Polnischer Irredentismus	188
BNN-22-1-Ab	Interpellation über die diplomatische Kriegführung in der französischen Kammer.	Demokratische Ideen gewinnen Raum in Deutschland	
DTZ-21-1-Ab	Balfours Rede.	Kriegszielrede Balfours - Kommentar	
BBZ-20-5-Ab	Auch Churchill spricht.	Churchill Rede zum Kriegsziel	
KHZ-19-3-Mo	Wilsons Kriegs-Ein- und Auspeitscher.	Aktionen gegen Kriegsgegner: Kuklux Klan und Teeren und Federn	
TR-22-1-Ab	Der Geist der Friedensresolution.	Situation nach Reden: Entente interpretiert Friedensaufrufe der Mittelmächte als Schwäche	
VOS-22-1-Ab	Rußland will fest bleiben	Wenn's schief geht ist Deutschland schuld	
VOS-22-2-Ab	Drohungen Lenins.	Drohung Lenins an Deutschland: Wenn nicht wie Rußland will, wieder Krieg	
13.01.1918 - Sonntag			
BNN-23-1	Pichons Kammerrede.	Frieden ist, wenn Elsaß-Lothringen zurück bei Frankreich	195
DTZ-23-1	1917-1918	Freiheit für Ägypten und Indien und Nordfrankreich	
DVB-10428	Gegen die Friedensbewegung - Italien	Arzt verurteilt wegen Friedens-Propaganda	
DZ-23-1	Fafner und Siegfried.	Die SPD sieht Deutschlands Stäke als Friedens-Hindernis	!!!
12.01.1918 Sa, DZ-23-1	VOW zu „Fafner und Siegfried“		
VOW-134-1 18.05.1917	Miljukows Rücktritt. – Die Sozialisten in der Regierung. - Rußland	Rußland nicht entwaffnen, damit Deutschland nicht den Westen verstärken kann	!!!
VOW- 305-1 06.11.1917	Warum noch Krieg?	Wir müssen uns heute klar darüber sein, daß die eigentliche und tiefste Ursache dafür, daß es so ungeheuer schwer ist, zum Frieden zu kommen, in den militärischen Erfolgen Deutschlands liegt.	!!!
TR-23-1	Eine Mahnung von Tirpitz.	Hindenburg und Ludendorff Vertreter deutscher Interessen	
14.01.1918 - Montag			
DRB-24-1	Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. – Anerkennung der ukrainischen Volksrepublik.	Bericht Beschwerde General Hoffmanns	203
DTZ-24-2	Polen von Meer zu Meer?	Polens Wünsche, Frankreichs Traum vom linken Rheinufer, Englands Vorhof Belgien	
DVB-10429-1	Gegen Pichon.	17 Staaten führen Krieg gegen Deutschland	
NAZ-25-1 Ab	Präsident Wilson und Elsaß-Lothringen.	Delbrück zu Elsaß-Lothringen	
TR-24-2	Der Volksbetrug der Ententeführer. – Neutrale Stimmen.	Kommentare zu Kriegszielreden der Ententeführer	
15.01.1918 - Dienstag			
POS-23/ 24-1/2	Schwierigkeiten bei der Beratung über die besetzten Gebiete. – Brest-Litowsk	Beratung über die Vorgehensweise, besetzte Gebiete zu räumen	209
BNN-27-1 Ab	Die Drahtzieher an der Arbeit.	Entente arbeitet nach wie vor an Verschleppungstechnik in	

	– Hendersons Fata Morgana.	Brest-Litowsk	
DTZ-26-2	Deutsche Schwächlichkeit – und die polnische Antwort.	Feiern in verbotenem Ausmaß der Polen in Posen	
DVB-10430-1	Für und wider den Frieden.	SPD und Verzichtfrieden	
VOW-15-4	Karl Radek und die Unabhängigen.	Kritik an Unabhängigen und Radek	
16.01.1918 - Mittwoch			
BNN-28-3 Mo	Die amerikanischen Polen.	Amerikanische Polen und ihr Deutschenhaß	217
BTB-29-1 Ab	Die neuen Verhandlungsgrundlagen. – Brest-Litowsk	Ablehnende Antwort auf die Forderungen der Russen	
DVB-10431-1	Demokratische Kriegsverlängerer.	Demokratie gegen Aristokratie	
TR-28-2	Die Behandlung der Deutschen in Amerika.	Deutschfreie Zone in und um New York	
17.01.1918 - Donnerstag			
BNN-30-1	„Wenn Wilhelm ein Wilson wäre“.	Kaiser Wilhelm mit den Worten Wilsons - Parodie	224
BTB-31-1 Ab	Zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk.	Schwierigkeiten beim Thema Volksabstimmung	
BTB-31-1 Ab	Huysmans Reise nach London.	Huysman reist mit Buchanan auf englischem Kriegsschiff nach London	
DTZ-30-3-Mo	Die geistigen Waffen der Sozialdemokratie vor der badischen Kammer.	Rede Pfarrer Traub - SPD stört Versammlungen vaterländischer Partei	
DZ-30-3-Mo	Frankfurter Freiheit.	Rede Pfarrer Traub - SPD stört Versammlungen vaterländischer Partei	
KHZ-28-1	Brest-Litowsk – Bemühungen um einen Kompromiß.	Kühlmann und Trotzki's Rededuell im Rückblick	
KHZ-28-1	Der Fall Caillaux.	Das Vorgehen gegen den ehemaligen französischen Ministerpräsidenten	
TR-30-2-Mo	Rußlands innere Schwierigkeiten – Gegen den Bourgeois Lenin, für den Terror	Das Verhalten Lenins als Vorbild für Liebkecht und Luxemburg	
VOS-30-2-Mo	Holländische Stimmen über Brest-Litowsk.	Kommentar zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk	
VOS-30-4-Mo	Brest-Litowsk – Regierung, Presse und Reichstag.	Stresemann greift Presseverhalten an –dazu ein Kommentar	
18.01.1918 - Freitag			
VOW-18-3	Eine Traub-Versammlung – und was daraus ward. – Mächtige Friedenskundgebung in Frankfurt a. M.	Siehe DZ – Frankfurter Freiheit DZ-30-3-Mo SPD stört Versammlungen vaterländischer Partei	232
DVB-10433-1	Die Forderungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes.	Streikbewegung - Sozialdemokraten fordern von der Regierung Änderung der Verpflegung e.a.	
BAP-15-1	Lenins angebliche Pläne.	Vermutung, Lenin treffe sich mit deutschen und österreichischen Sozialdemokraten in Stockholm	
BAP-15-2	Lansing als Belastungszeuge.	Caillaux: Amerika hilft den Friedens-Politiker mundtot zu machen	
BBZ-29-1	Noblesse oblige. – Von Dr. D. Sarason	Vorteil der kommenden Veränderungen	
BNN-33-2	Trotzki gegen Lenin.	Lenin – Trotzki: Größere Differenzen zwischen dem Theoretiker und dem Praktiker	
BNN-33-1	Das maximalistische Endziel.	Lenin – Trotzki: Deutschland mit Revolution überziehen	!!!
BNN-33-2	Überschriften:	Italien am Ende? - Die Kriegsmüdigkeit des italienischen Volkes. - Die italienischen Sozialisten fordern Friedensverhandlungen.	
BTB-32-1 ff	Überschriften:	Österreich vor dem Streik - Die englischen Arbeiter für allgemeine Friedensverhandlungen.- S.1 - Freilassung des rumänischen Gesandten in Petersburg.S.2 - Italien am Ende seiner Kraft. - Beendigung der allgemeinen Aussprache über die Wahlrechtsvorlage. – [im preußisches Abgeordnetenhaus] - S.3 - Protest österreichischer Arbeiter gegen die Kürzung der Mehrzahl- S.4 - Beginn der Verpflegungseinschränkungen in Amerika	
DRB-32-1-Mo	Zu Trotzki's Verschleppungstaktik.	Die verschlagene Person Trotzki	
DRB-32-1-Mo	Woodrow Wilson als Diktator und Kriegshetzer.	Die Person Wilson und sein Welt-Macht-Anspruch	
DRB-33-2-Ab	Eine englische Anerkennung der preußisch-deutschen Freiheit.	Beschreibung deutscher Grundhaltung Beschreibung eines stabilen Preußens	
DTZ-33-2-Ab	„Der Wiener Dolchstoß“	Czernins Haltung zu Bülow	
DTZ-33-2-Ab	Zehn Monate Galgenfrist für Deutschland!	Französische Kammer Man gibt Deutschland noch zehn Monate, bis es um Gnade bittet	
TR-33-2-Ab	Das Beispiel von Livland und Estland.	Rußland gegen die Selbständigkeit der Balten	

TR-32-1-Mo	Amerikas Rolle im Weltkrieg. – Von General der Infanterie z. D. v. Liebert.	Wilsons Beschreibung	
19.01.1918 - Samstag			
POS-31-1-Mo	Gegen Bülow.	Artikel des Fremdenblattes gegen Fürst Bülow	243
BBZ-32-1f Ab	Verhandlungsbericht - Reise Trotzki nach Petersburg.	Trotzki geht für mehr als eine Woche nach Petersburg – Unterbrechung der Verhandlungen	
BNN-34-1-Mo	Das Kaisertum und die Sozialdemokratie.	Ziel der Sozialdemokratie die Abschaffung der Monarchie	!!!
BNN-34-2-Mo	Bulgarien schließ keinen Frieden ohne seine Verbündeten.	Gerüchte eines Separatfriedens - Bulgarien liegt in den Startlöchern eines Separatfriedens – es wird dementiert	
BNN-35-2-Ab	Wilsons Botschaft und die deutsch-österreichische Sozialdemokratie.	SPD Österreichs sieht Wilson und Lloyd George als Einstieg zum Frieden	!!!
VOW-19-1	Was bedeutet die Wilson-Botschaft? – Ein Artikel der Londoner „Nation“	SPD Deutschlands sieht Wilson und Lloyd George als Einstieg zum Frieden	!!!
20.01.1918 - Sonntag			
BBZ-33-1-Mo /DVB-10434-2	Lloyd George über den Frieden mit Deutschland. - Kommentar der Täglichen Rundschau - Nr.38 – 1918 – Montag, 21. Januar - S.2	Frieden nur mit Aussicht auf Erfolg der Entente-Forderungen	249
BNN-36-1	Fürst von Bülow und der deutsche Friede. – von Dr. Otto Kuntzemüller.	Bülow's Haltung entgegengesetzt zur SPD	
DRB-36-1-Mo	Trotzkis Verschleppungstaktik und die russische Armee.	Radek und Revolutions-Gedanken in Deutschland	
DTZ-36-3-Mo	Schutz für die Rede- und Versammlungsfreiheit.	SPD stört die Rede- und Versammlungsfreiheit	
DZ-36-2-Mo	Worauf Trotzki hofft.	Trotzki erwartet eine Regierung Liebknecht	
KHZ-33-1-Mo	Brest-Litowsk: Ost-Karte, Ukraine-Grenzen und Aalandfrage.	Abgrenzung vor russischem Einfluß	
21.01.1918 - Montag			
BTB-38-1-Ab	Die Programmerkklärung der Bolschewiki.	Erklärung des Exekutivkomitees	259
BTB-38-1-Ab	Die neuen Erklärungen Lloyd Georges über die Kriegsziele.	Kriegsziele/ dies ist eine gekürzte Zusammenfassung: Betonung U-Bootkrieg; unvernünftiges Deutschland, BTB Anspielung auf Verhalten der dt. Regierung	
VOW-21-1	Oesterreich-Ungarn!	SPD zum österreichischen Streik	
DVB-10435-1	Das Spiel Lloyd Georges	Das Spiel Lloyd Georges will die innere Zerstörung Österreichs und Deutschlands um sein Kriegsziel zu erreichen: Anarchie und Chaos ist das Ziel Lloyd Georges für Deutschland mit einer Regierung Liebknecht	!!!
VOW-21-1	Eine Rede Viktor Adlers. – „Wir verlangen, daß die Regierung alles tut.....“	SPD Warnungen an die Regierung, für einen bedingungslosen Frieden	!!!
DTZ-39-1-Mo	Die Verzichtssaktion und das schmerzliche Ereignis.	SPD : Bezug zu „Eine Rede Viktor Adlers“	
TAZ-17-1	Ende der Aufstandsbewegung der Arbeiter – Befriedigende Mitteilungen der Regierung	SPD Erklärungen der österr.Regierung zum Frieden	
DZ-39-1-Mo	Die Geister, die man rief ...	Es riecht nach Revolution ausgehend von der SPD	!!!
BTB-37-1+2-Mo	Überschriften: S.1 - Der Frieden mit der Ukraine. - Die Konstituante von den Bolschewiki gesprengt. (in Petersburg) S.2 - Italienischer Hilferuf nach Paris und London	.	
Temps-20652-1	Reserve Necessaire [Übersetzung und Original]	Aufruf an die SPD zum Handeln	!!!
DZ-38-1-Ab	Sozialdemokratische Störung einer Vaterlandspartei-Versammlung.	SPD sprengt Veranstaltung der Vaterlands partei	
Temps-20652-1	Die bayerischen Sozialisten	Drohung den inneren Frieden zu stören, i. d. der bayerischen SPD	
BTB-37-3-Mo	Vaterlandspartei und Arbeitermarseillaise.	Vaterlandspartei: SPD sprengt Versammlung	
TR-38-1-Ab	Der russische Staatsstreich.	Bolschewiki lösen die demokratisch gewählte Konstituante auf, da nicht für Regierung	
TR-38-3-Ab/ DNZ-16	Eine sozialistische Stimme zu den englischen Reden./ Aus der internationalen sozialistischen Bewegung. – Henderson und Lloyd George.	SPD Organ „Neue Zeit“ sieht Ziel Lloyd Georges, Brest-Litowsk zu boykottieren	
VOS-37-1-Mo	Nach Valentini. – Von Georg Bernhard.	Valentini – Kabinettschef des Kaisers geht; Kurze Charakteristik des Kaisers – Seitenhiebe auf die SPD	

22.01.1918 - Dienstag			
BTB-40-1-Ab	Die Nationalitätenfrage in Preußen. – Die Erklärungen des Ministers Dr. Drews.	Forderungen der Polen auf Selbständigkeit: Posen, Schlesien, Westpreußen,	280
VOS-40-1-Ab	Polenpolitik und polnische Politik.	Forderungen der Polen auf Selbständigkeit: Posen, Schlesien, Westpreußen, Versäumnisse der deutschen Politik in Bezug auf die Polen	
DZ-40-1-Ab	Erzberger, wie er ist.	Verhalten Erzbergers	
KHZ-36-1-Ab	Amerikanische Vergewaltigung der neutralen Schifffahrt.	Neutrale müssen alles im Zusammenhang mit Mittelmächten meiden	
23.01.1918 - Mittwoch			
BMZ-19	Der Hauptausschuß gegen die Zeitungsverbote.	„Vorwärts“ verboten; Zensur über die Vorgänge in Österreich-Ungarn verhängt	284
DTZ-41-1	Eine „Warnung“ als Drohung.	Stellung zur Scheidemann Drohung	!!!
BTB-41	Auf Anordnung des Oberbefehlshabers in den Marken ist das Erscheinen des „Berliner Tageblattes“ zunächst auf die Dauer von drei Tagen verboten.	BTB Opfer der Zensur	
BTB-Wochenausg.	Sind wir die Barbaren?	Analphabeten – Schulwesen - Sozialleistungen etc	
DTZ-42-3-Ab	Sozialdemokratische Drohungen.	SPD - Vorwärts Bezug zu „Der Hauptausschuß gegen die Zeitungsverbote“ Drohung mit Streik wie in Österreich	
DVB-10436-1	Eine bedeutungsvolle Rede des Ministerpräsidenten über die tschechische Politik. – [Österreich]	Slawisch/ tschechische Bestrebungen zur Selbständigkeit; Polen gegen deutsch- österreichisches Bündnis; Sudeten streben Eigenständigkeit an	
BMP-23-1	Ein selbständiges Deutschböhmen. – Forderung der Abtrennung vom tschechischen Königreich.	Böhmen will Unabhängigkeit von Tschechen	
VOS-42-1-Ab	Provinz Deutschböhmen.	Böhmen will nicht unter ein tschechisches Joch	
DVB-10436-3	Die Erklärungen der deutschen Abgeordneten aus Mähren und Schlesien.	Mähren verlangt Unabhängigkeit von Tschechen	
DVB-10436-1	Erklärungen des Ministerpräsidenten über die tschechische Politik. – [Österreich]	Rede des Minister-Präsidenten Seidler und anschl. Aussprache; Uneinigkeit im Innern, gespeist von außen – Österreichs Auflösung in der Diskussion	
VOW-22/23-1	Jenseits.	SPD: Alle wollen den allgemeinen Frieden um Deutschland herum	
DZ-42-1-Ab	Los von der Sozialdemokratie!	Das Unheil mit der Sozialdemokratie, Vergleich mit den Maximalisten in Rußland	
DZ-42-1-Ab	Das „System“ gegen die Vaterlandspartei.	Sozialisten stören gezielt vaterländische Versammlung	
TR-41-1	Die Folgen des Wiener Ausstands. – Nachgiebigkeit in der polnischen Frage. Einführung des Wahlrechts für alle Frauen. (Österreich)	Detaillierte Aussage über Erreichtes – SPD Adler zum Erfolg	
VOS-41-3-Mo	Die englischen Pläne in Palästina.	England schickt Kommission nach Palästina zum Aufbau Israels	
24.01.1918 - Donnerstag			
BBZ-33/39-1-Mo	Von Björkoe nach Brest-Litowsk. – von Freiherrn von Richthofen. m. d. R. u. d. A. – I. und II.	Deutsch-russischer Vertrag von 1907 der nie zum Tragen kam	306
BBZ-39-2-Mo	Englands Beziehungen zum gegenwärtigen Rußland.	Diplomatische Beziehungen inoffiziell	
BNN-43-3-Mo	Bis hierher und nicht weiter.	Sozialdemokraten sprengen Veranstaltungen der Vaterlandspartei in Deutschland	
DRB-43-1-Mo	Die Diktatur des Proletariats in Rußland.	Was bei einer bolschewikischen Revolution auf Deutschland zukommen kann: Das, was nach der Revolution November 18 in Deutschland versucht wurde umzusetzen	
DRB-43-2-Mo	Sozialdemokratische Anmaßung im Hauptausschuß.	SPD und Zensur des „Vorwärts“ - Bevorzugung des „Vorwärts“ bei der Zensur	
25.01.1918 - Freitag			
NAZ-45-4f-Mo	Graf Czernin über den Frieden. [Czernin stellt am Schluß seiner Rede die Vertrauensfrage]	Czernin zu den Reden von Lloyd George und Wilson Er stellt am Schluß die Vertrauensfrage	344
VOW-25-1	Hertlings Antwort an Wilson. [Der Artikel steht vor der Rede des Reichskanzlers Graf Hertling]	Vorwärts zur Rede des Reichskanzlers	
NAZ-45-1ff-Mo	Die Kanzlerrede im Hauptausschuß.	Aufruf zum Durchhalten und zur Einigkeit im Volke; Hertling geht die Reihe der wichtigsten politischen Themen durch	
NAZ-45-7 VOW-25-2 BBZ-41-2 VOS-45-9	Die politische Aussprache im Hauptausschuß	- Trimborn-NAZ/ VOW/ BBZ - Scheidemann-NAZ/ VOS/ VOW - Fischbeck-VOW/ VOS/ NAZ - Stresemann-VOW/ NAZ-VOS	

NAZ-46-1 Mo	Staatssekretär von Kühlmann über Brest-Litowsk	Rede Kühlmanns vor dem Hauptausschuß; Bericht über den Fortgang der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk mit Rußland	
26.01.1918 - Samstag			
NAZ-47-1 Mo	Die Aussprache im Hauptausschuß.	Fortsetzung vom 25.01.1918 -Graf Westarp – NAZ -Frh.v. Gamp – Naz / VOW/ - Ledebour – VOW/ NAZ - Seyda – NAZ/ VOW - Erzberger – VOW/ NAZ	348
DT-48-2 – Ab	Die Aussprache im Hauptausschuß	Fortsetzung vom 25.01.1918 - David – DT-NAZ/ BTB - Naumann – BTB-VOS - Kühlmann – VOS - Haase – VOS/ VOW - Wallraf – VOS	
DTZ-47-2-Mo	Deutschlands Unterwerfung unter Wilson - Eine Forderung der englischen Arbeiter	Deutschland sollte die „Friedens“- Vorschläge Lloyds und Wilsons annehmen	362
AZ-22-1	Ein Stoß ins Herz des deutschen Imperialismus. Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.	<u>Denn dieser deutsche Imperialismus ist heute, wie sich die Dinge militärisch herausgebildet haben und wie die Tatsachen in den Ländern der Entente stehen, eines der stärksten Friedenshindernisse, wenn nicht das Hindernis überhaupt. Daran ändert der Bestand der Friedensmehrheit im Reichstag nichts, und nicht dessen sagenhafte Friedensresolution; die Reichstagsmehrheit mag den Verständigungsfrieden wollen, die Generale wollen aber den „Siegfrieden“, und die Generale sind mächtiger als der Reichstag, sind heute im Deutschen Reiche überhaupt die Macht. Ein „Siegfrieden“ bedeutet aber, von seiner moralischen Bedenklichkeit, von seinen furchtbaren Wirkungen für die Entwicklung nach dem Kriege ganz abgesehen, vor allem die Verlängerung des Krieges, die Verlängerung ins Aschgraue, ins Uferlose, ins Unberechenbare.</u>	
DTZ-47-2-Mo	Die Drahtzieher des Streiks.	bezieht sich auf den Artikel der österreichischen Arbeiter-Zeitung vom 24.01.1918	
DVB-10439-1	Verschleierungen und Fälschungen.	Stellungnahme zu Scheidemann und dessen Bezug zur Arbeiter-Zeitung	
VOS-48-1-Mo	Czernin und seine Kritiker. – Randbemerkungen des Ministers.	Czernin zu Hoffmann und Trotzki's Auflösung der Konstituante	
VOW-26-1	Die Einladung an Wilson.	Verzichtfrieden der SPD; SPD will einen Frieden ohne Veränderungen der Landkarte	
TR-48-2-Mo	Die „Friedensoffensive“	Kommentar zum Artikel des VOW-26-1, Hertlings Antwort an Wilson: Die Einladung an Wilson	
TR-48-2-Mo	Der sozialdemokratische Sieg in Bautzen-Kamenz.	Erzbergers Wahl-Propaganda für die SPD	
TR-48-2-Mo	Der Streit um Hoffmann.	Der Sturm im Wasserglas	
TR-48-2-Mo	Die Wiener Woche.	Mißbrauch des Wiener Streiks durch Sozialdemokraten zu politischem Zweck	
DZ-47-2-Mo	Segest. „Der Deutsche kann nur durch Deutsche besiegt werden.“	Die Germanenpest der Engländer – der innere Zwist soll erreichen, was Waffen nicht erreicht haben	!!!
DZ-48-1-Ab	182. Kriegswoche. – Von Max Lohan.	Die Anbiederung Deutschlands und Oesterreichs an England und Amerika	
27.01.1918 - Sonntag			
VOW-27-1	Denk es, o Deutschland.	das Ziel der Arbeiter: die Demokratie des Sozialismus; Deutschland braucht einen Frieden, der ihm von Siegern diktiert wird, nicht mehr zu fürchten	373
POS-45-1-Mo	Heil unserm Kaiser!	die Monarchie die Zukunft	
NAZ-49-1-Mo	Der Kaiser im Kriege. – von D. Fr. Naumann, M.d.R.	Huldigung dem Kaiser	
NAZ-49-2-Mo	Der Verleumdungsfeldzug und der Kaiser. – von Sven Hedin – Stockholm	den Kaiser beleidigen heißt die Deutschen beleidigen	
DRB-49-1-Mo	Das Königtum der Hohenzollern – von Ernst Boetticher, Hptm.a.D. Teil I und II	nach dem 30jährigen Krieg baut der Große Kurfürst auf	
DZ-49-3	Vaterlandspartei und Sozialdemokratie.	Zu der „Gesprengten Versammlung“ in Witten	
28.01.1918 - Montag			
VOS-51-1-Mo	England – das Friedenshindernis.	England kann keinen Frieden machen ohne sein Ziel zu	383

		erreichen	
DZ-50-1-Mo	Auf drei Tage zensiert	Deutsche Zeitung	
NAZ-50-3-Mo	Die Kriegsziele Lloyd Georges und Wilsons.	verdeckte Eroberungen der Entente	
VOS-51-4-Mo	Teilstreiks in Groß-Berlin. – Der Umfang der Ausstandsbewegung.	100Tsd streiken in Berlin – USPD hat aufgerufen zum Streik	
KHZ-46-1-Mo	Der deutsche Freiheitsglaube – von Dr. Friedrich Naumann, Mitglied des Reichstags.	Chance für König und Demokratie mit deutschen Freiheitsidealen	
NAZ-50-1-Mo	Der Widerhall der Friedensreden. – Englische Presseäußerung.	Zur Rede Graf Hertlings: Es ist deutlich genug, daß die anmaßende Säbelherrschaft in Deutschland ungebrochen weiter besteht	
VOW-28-1	Wieder nach Brest-Litowsk.	Russen wünschen die deutsche Revolution, Frieden kommt nur, wenn der deutsche „nationale Egoismus durch eine entscheidende, endgültige, vollständige Auflösung ihrer letzten Widerstandskraft gebrochen ist“	!!!
BTB-50-1-Mo	Trotzki bezweifelt die Möglichkeit einer Verständigung.	Trotzki wendet sich gegen die Verhandlungen mit den Mittelmächten	
BBZ-Mo-2	Ein unentschiedener Krieg – ein Mühlstein um Englands Hals.	Courzon lehnt einen Frieden mit deutschen Friedenszielen ab	
DTZ-50-3-Mo	Gegen die Aufwiegler und Landesverräter. – Aufruf!	Aufruf, der Aufforderung zum Generalstreik nicht zu folgen	
29.01.1918 - Dienstag			
VOW-29-1	Die Forderungen der Arbeiter.	der gerechte Streik und gerechte Forderungen für eine bessere Zukunft	389
TR-53-1 Ab	Die politischen Beweggründe des Streiks.	hier wird der Anfang der Dolchstoß-Legende genannt	!!!
VOW-29-1	Der Streik.	7 Forderungen der Streikenden – SPD und USPD in der Streikleitung	
VOS-52-1	Trotzkis Gedankengänge.	Bolschewiki - Radek und Trotzki warten auf die politische und soziale Katastrophe in Deutschland	
VOS-52-2	Bolschewiki und Weltrevolution.	Verschleppungs-Taktik Trotzki –warten auf die Revolution in Österreich und Deutschland	
TR-52-1 Mo	Maximalistische Bekenntnisse.	man wartet bei den Feinden auf die Revolution in Deutschland	!!!
NAZ-52-3-Mo	Lloyd George Plagiator? – von Professor Dr. Alfred Manes (Berlin).	Reden 1917 gleichen den in den Revolutionskriegen gegen Frankreich	
NAZ-53-1-Ab	Die Verhandlungen der Bolschewiki.	Taktik der Verschleppung Trotzki	
BNN-53-2-Ab	Die englischen Flottenstützpunkte.	Eroberung von Flottenstützpunkten seit 1609 rund um den Globus	
BNN-53-1-Ab	Wie ein Deutscher vor hundert Jahren über einen Deutschen Frieden dachte. – [Görres]	Görres zu den vergleichbaren Friedensverhandlungen auf dem Wiener Kongreß 1814	
BMZ-24-1	Der Demonstrationstreik.	Kommentar zum Streik in Berlin	
BBZ-48-2	Hindenburg über den Streik.	Streik ist Verrat am Heere	
30.01.1918 - Mittwoch			
DTZ-54-1	Trotzki gegen den Sonderfrieden.	Trotzki verkündet in Rußland, keinen Sonderfrieden schließen zu wollen	400
DTZ-54-1	Die Sozialdemokraten an der Spitze des Streiks!	Ebert, Scheidemann, Braun – Ledebour, Haase, Dittmann leiten die Streiks	
BTB-55-2-Ab	Der gescheiterte Verhandlungsversuch.	Scheidemann und Haase werden mit Streikvertretern nicht im Innenministerium empfangen	
VOW-30-1	Zensur – Drei Tage Erscheinsungsverbot [für den Vorwärts]	wegen Aufrufs zum Massenstreik	
NAZ-55-1-Ab	Unsere Friedfertigkeit und Stärke. – (von einem militärischen Mitarbeiter)	militärische Situation Deutschlands sieht hervorragend aus	
VOS-54-4-Mo	Was Lloyd George von uns erwartet.	England erwartet die deutsche Revolution mit Bestimmtheit	
TR-54-3-Mo	Die deutsch-österreichischen Sozialdemokraten gegen die Tschechen.	Sudeten sollen in tschechisches Staatsgebilde eingeschlossen werden	
TR-55-1-Ab	Haase in Berlin, Trotzki in Brest-Litowsk.	Kritik an der angeblichen Ahnungslosigkeit der SPD an den Streiks	
KHZ-49-1-Mo	Tirpitz zur flämischen Frage.	Tirpitz sieht Vlamen für Deutschland gegen England notwendig	
KHZ-50-1-Ab	Trotzkys Rolle in Brest-Litowsk.	kurzer Lebenslauf Trotzki	
DZ-54-1-Ab	Der sozialdemokratische Streik für Trotzki.	der Streik zur Unterstützung Trotzki Absichten der Weltrevolution	
DZ-54-2-Ab	Matthias Erzberger wie er ist.	der Mensch Erzberger und seine Haltung	
POS-49-1-Mo	Trotzkis Taktik.	Trotzki fördert die revolutionären Bestrebungen in Deutschland	

31.01.1918 - Donnerstag			
NAZ-56-1-Mo	Auflösung des Streikausschusses. – Eine Verfügung des Oberbefehlshabers in den Marken.	Verbot des Arbeiterrates	408
NAZ-56-1-Mo	Der Streik und die deutschen Arbeiterinteressen. – von Wilhelm Wallbaum, M.d.A.	Als in Rußland das Volk kriegsmüde wurde und der Zar der Friedensbewegung sein Ohr lieh, wurde der Zarismus auf Betreiben Englands weggefeht. – Die britische Arbeiterklasse erkennt nur bei den Mittelmächten und deren Verbündeten politische und völkerrechtliche Probleme an und sucht sie zu ihren Ungunsten zu lösen. Im britischen Reich scheinen vollkommen gerechte Zustände zu herrschen. Dort gebe es gar keine Probleme. Irland, Aegypten, Indien, Seetyrannie existieren für die britische Arbeiterklasse gar nicht. Sie will nur die sündhaften Mittelmächte reformieren und die Türkei vollständig vom Globus verschwinden lassen.“	
NAZ-57-1-Ab	Der Streik.	Streiks unterstützen Bolschewisten	
NAZ-57-1-Ab	Der Streik.	Streiks politischer Natur von SPD organisiert	
VOS-57-1-Ab	Feindeshände im Spiel?	Entente organisiert Propagandisten zur Revolutionierung der Mittelmächte	
DRB-55-1	An unsere Leser!	„Der Reichsbote“ wird bestreikt	
DTZ-56-2-Mo	Der Berliner Streik – eine Hilfe Englands.	Streik unterstützt Bolschewiki und England	
DTZ-57-1-Ab	Massen und Führer.	der verdeckte Versuch der SPD die Verantwortung für den Streik von sich zu weisen	
BNN-56-1-Mo	Das Spiel mit dem Feuer.	SPD unterstützt den Streik und geht auf die Revolution zu	
BNN-57-1-Ab	„Der Zusammenbruch der Mittelmächte“.	Reaktion in England auf Streik – Lloyd George erwartet in Kürze die Revolution in Deutschland	

Verwendete Zeitungen - Zeitungskürzel

AZ	Arbeiter Zeitung
BAP	Berliner Abendpost
BBZ	BerlinerBörsen-Zeitung
BMP	Berliner Morgenpost
BMZ	Berliner Morgen-Zeitung
BNN	Berliner Neueste Nachrichten
BTB	Berliner Tageblatt
DRB	Der Reichsbote
DT	Der Tag
DTZ	Deutsche Tageszeitung
DVB	Deutsches Volksblatt
DZ	Deutsche Zeitung
Excelsior	Excelsior
KHZ	Königsberger Hartungsche Zeitung
KZT	Kölnische Zeitung
NAZ	Norddeutsche Allgemeine Zeitung
POS	Posener Tageblatt
TAZ	Tiroler Anzeiger
Temps	Temps
TR	Tägliche Rundschau
VOS	Vossische Zeitung
VOW	Vorwärts
WAP	Wiener Abendpost
WAZ	Wiener Allgemeine Zeitung
WZ	Wiener Zeitung

1918.

Was im scheidenden Jahr der Krieg vom deutschen Volk gefordert hat und was dieses Volk in Waffen und in bescheidenem Maß auch in der Heimat in selbstverleugnender Hingabe an das Vaterland und in endlich im Krieg gewonnener Erkenntnis des Staatsgedankens gegeben hat, das wollte oft über Menschenkraft hinausgehen, wollte uns in seiner Größe und Schwere schier erdrücken. Aber mit der Größe der Not wuchs die Stärke des Willens, wuchs die Kraft der Seele und des Leibes. **Und über allen Unerquicklichkeiten und oft die Grenze des Erträglichen überschreitenden Verstimmungen und Wirren im Innern, über aller Furchtbarkeit, die mit der immer wachsenden Zahl unserer Feinde über uns hereinbrechen wollte und den Ausblick in friedliche Zeiten immer mehr verdunkelte, über aller Not und allen Schrecknissen des blutigen Ringens und all den Ungeheuerlichkeiten, die Haß und Wut, Vernichtungswille und bodenlose Schmähsucht der Feinde uns bereitete haben – über all dem steht die trotz Not und Tod und Trauer große, erhebende, ja im tiefsten Herzen beglückende und befreiende Gewißheit, die uns das Jahr 1917 mehr noch als die vorhergegangenen Kriegsjahre gegeben hat: die Gewißheit, daß der Sieg unser werden muß und werden wird.**

Als der Anfang des Jahres die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika brachte, und als ihnen sich im Laufe der Monate immer mehr Trabanten jenseits des Wassers anschlossen, da wuchs die Sorge, und, von allzu Ängstlichen im Lande gefördert, breitete sich das Gefühl der Ungewissheit aus, ob Deutschland dem verstärkten Ansturm kriegerischer und wirtschaftlicher Bedrängnis wohl gewachsen sein werde. Auch der Zuversichtliche und Starke konnte schwankend werden, konnte sich fragen, ob nicht die mindestens moralisch unzweifelhaft sehr starke Stütze, die unsere Feinde durch den Hinzutritt so vieler neuer Genossen im Bund erhielten, sie schließlich doch in Stand setzen würde, wenigstens einige ihrer Ziele zu erreichen und damit Deutschland aus der Reihe der Weltmächte auszuschließen, das deutsche Volk vom Strom des Weltgeschehens abzuschneiden und es zurückzudrücken auf den Stand, aus dem erst der Krieg von 1870/71 und der ungeheure wirtschaftliche Aufschwung der folgenden Jahrzehnte ernster und unermüdlicher friedlicher Arbeit uns emporgehoben haben. Wenn auch die Ängstlichkeit übertrieben war, wenn mit ihr Hand in Hand ging ein wie Furcht vor der Macht deutschen Geistes und deutschen Wesens sich ausnehmendes Mahnen an ein nebelhaftes, von unseren Feinden längst zu allen Teufeln gejagtes Weltgewissen, das angeblich über allem Volksgewissen und Volksbewußtsein thronen soll, und wenn auch sicherlich dieser von unklaren Schwärmern genährte Geist der Weltbeglückung und Weltverbrüderung – wo ist er bei unseren Feinden zu finden – lähmend und hemmend auf die Vertretung deutscher Politik eingewirkt und ihr vielfach eine Schwächlichkeit eingepflicht hat, die umso unangebrachter und unerklärlicher war, je mehr ihr die Erfolge unseres Heeres handfeste Waffen für die kräftige Betonung unserer Stärke in die Hand drückten – wenn auch all diese aus dem Glauben an die Unmöglichkeit, ja wohl gar Unzweckmäßigkeit, wenn nicht Verderblichkeit des deutschen Sieges geborene Unsicherheit und Schwächlichkeit falsch war, so war doch die ernste Sorge der Starken und Zuversichtlichen dringend geboten; diese Sorge entsprang der klaren Einsicht von der Schwere und Größe der zu bewältigenden Aufgaben, aber sie schärfte auch das Gewissen, stärkte den Willen und förderte die Erkenntnis von der unbedingten Notwendigkeit des deutschen Sieges, des Friedens durch den Sieg. Die Überzeugung, daß Deutschland siegen muß, und der zuversichtliche Glaube daran, daß Deutschland siegen wird, haben, so darf man hoffen, gegen das Ende des Jahres an Boden gewonnen und breiten sich weiter aus. Diese bitter notwendige Förderung des Rückhalts, den unsere Heere in der Heimat haben müssen, danken wir nächst der meisterhaften Führung des deutschen Schwertes durch Hindenburg der unermüdlichen und trotz aller Anfeindungen und Schmähungen unentwegten Arbeit derer, an denen die Auferweckung des deutschen Geistes, die der August 1914 vollbracht hat, nicht schon nach wenigen Monaten ihre Wirkung zu verlieren begonnen hat.

Die Silvesterglocken von 1917 sollen diesen deutschen Geist von neuem wachrufen, sollen uns den Blick rückwärts richten lehren auf all das Große und Unvergängliche, was deutsche Kraft, deutscher Siegeswille, deutscher Heldensinn und Opfermut im scheidenden Jahr vollbracht haben. Sie sollen unsere Gedanken lenken zu unseren Brüdern und Söhnen im Waffenkleid, die wie 1914, 1915 und 1916 so im jetzt endenden Jahr die Heimat behütet und beschützt haben vor Kriegsnot und Kriegsgreueln; sie sollen uns erinnern an all das Furchtbare, das Deutschlands Söhne auf flandrischem Boden, vor Cambrai, an der Aisne in unerschütterlichem Ausharren, in unnennbarer Not und tausendfach drohendem Tod erduldet haben. Die Glocken sollen uns auch gedenken lehren der Helden, die Italien haben zu Boden schlagen helfen und die bei Riga, auf den Ostsee-Inseln und in Galizien den Boden bereitet haben dafür, daß jetzt in Brest-Litowsk über den Frieden verhandelt

werden kann. Sie sollen mahnen an die Helden, die auf den Meeren für Deutschlands Sieg in Mut und Treue streiten, und sie sollen endlich uns in Wehmut und Trauer gedenken lehren all der deutschen Söhne, die ihr Leben dahin gegeben haben im Kampf um des Vaterlands Freiheit und Größe, und deren Gebeine in fremder Erde auf allen Schlachtfeldern dieses Krieges bleichen. Wo immer Schlachten geschlagen werden, führt auch der deutsche Krieger das Schwert; und wo immer dieses Schwert dreinschlägt, hat es den Sieg gebracht. Es wird auch den Endsieg erstreiten.

Der Sieg, den unsere Gegner im Westen noch immer zu erringen hoffen und durch den sie zum Frieden zu kommen glauben, dieser Sieg muß und wird uns bleiben. Er kann uns durch keine Macht der Welt mehr entrissen werden, wenn der Wille gestählt und die Überzeugung gefestigt und ausgebreitet wird, daß nur durch den Sieg der Friede zu erreichen ist. Und diese Überzeugung dem deutschen Volk einzuhämmern bemühen sich ja die Machthaber der feindlichen Staaten in unermüdlichem Wetteifer. Wir brauchen nur danach zu handeln, was jene ihren Völkern predigen. **Es gibt keinen Mittelweg zwischen Sieg und Niederlage, sagt Lloyd George; und wir wollen erst siegen ehe wir vom Frieden reden, sagt Pichon.** Das ist die Sprache, die uns not tut und die bei uns den Boden bereitet für das Jahr, das heute anhebt und das verheißend eingeleitete wird durch die Kunde von Brest-Litowsk. Sie hat nur kommen können durch die Erfolge der deutschen Waffen. Und wenn der Friede, der mit Rußland sich anbahnt, geschlossen werden soll als ein Friede der Verständigung und des Nachgebens, als ein Friede, der rechnet mit dem baldigen Verlöschen der Erinnerung an all das Furchtbare, das gerade Rußland über uns gebracht hat, und mit der Hoffnung auf einen versöhnenden Ausgleich der Gegensätze und den baldigen Wiederaufbau der von Rußland selbst in frevlem Kriegswillen ausgelöschten Beziehungen; wenn wir Rußland gegenüber auf Entschädigung verzichten und den ihm durch die Siege unserer Waffen entrissenen Gebiete Freiheit der Selbstbestimmung geben wollen, statt sie uns anzugliedern oder doch von ihnen soviel zu nehmen, wie wir zur Sicherung unserer Grenzen haben müßten – wenn also der Krieg mit dem völlig besiegten Rußland ausgehen soll ohne sichtbaren Siegespreis für uns, so wird und muß der Krieg gegen England, Frankreich und Italien enden mit dem vollen deutschen Sieg. Verständigung auf der Grundlage, auf die wir uns Rußland gegenüber gestellt haben, kann es nicht geben mit Gegnern, **die uns täglich unter den härtesten Beschimpfungen in die Ohren schreien, daß sie keine Verständigung wollen, daß sie Deutschland vernichten und auf lange Jahre nach dem Krieg von allem Weltverkehr und aller wirtschaftlichen Entfaltung ausschließen wollen.**

Diesen klaren Stand der Dinge zeigt die Jahreswende. Und die Stunde, in der die Silvesterglocken tönen, leitet uns hinüber in das Jahr, das uns Erfüllung bringen muß und wird aller unserer Hoffnungen. Wir werden beide Arme frei haben gegen Feinde, die wir bisher mit einem Arm in Schach gehalten haben und die sich gegen die eine Hälfte unserer Wehrmacht in furchtbarem Ansturm die Köpfe ingerannt und sich verblutet haben. Schwer und blutig wird die Arbeit sein; sie wird neue Opfer, tapferes Ausharren und die Aufbietung aller unserer Kraft nicht nur von unseren Brüdern in Waffen, sondern auch von uns in der Heimat verlangen. Daß unsere Krieger ihr Werk vollbringen werden, des dürfen wir sicher sein. An uns in der Heimat ist es, ihnen nachzueifern, ihnen durch starken Willen, durch einmütige Entschlossenheit, durch deutschen Opfersinn den Rücken zu stärken und sie von den Sorgen um die Heimat frei zu halten. Das zu tun, wollen wir uns geloben in der Stunde, die das neue Jahr einleitet und die wir feiern in ernstem Sinn, in Zuversicht und Vertrauen auf die unbezwingbare seelische, geistige und körperliche Kraft des deutschen Volkes. Dieses Volk wird der Welt den Frieden geben, nach dem alle Völker lechzen und der doch nicht kommen kann, weil seine Stunde noch nicht geschlagen hat, weil ihm die zum Wahnsinn aufgepeitschten Leidenschaften den Weg versperren zu der Erde, die seit nun 41 Monaten Blut trinkt und verurteilt ist, es abermals noch Monate zu trinken. Sie wird das Blut trinken, bis sie vollgesogen ist, bis sie es wieder von sich gibt und dieses Blut kommen wird über die, an denen die Weltgeschichte als Weltgericht walten wird, wenn einst gekrönt mit dem Lorbeer der Sieger die deutschen Heldensöhne zu friedlicher Arbeit zurückkehren werden und die Heimat, die ihrer in Sehnsucht harrt und ihnen Kränze flechten wird, die in keiner Ewigkeit vergilben und welken.

Posener Tageblatt - Nr.1 – 1918 – Dienstag, 1. Januar - S.1

Die Juden in Palästina.

Berlin, 31. Dezember. Von berufener sozialistischer Seite in London wird dem Kopenhagener Bureau der zionistischen Organisation Mitteilung über die Lage der jüdischen Kolonie in den vom türkischen Heer geräumten und von der englischen Armee besetzten Gebiete Palästinas gemacht. **In dem Telegramm wird bestätigt, daß das türkische Heer auf seinem Rückzug den jüdischen Kolonisten das Verbleiben an ihren Plätzen gestattet hat, die Gebäude unversehrt sind und daß die Lage der Kolonisten durchaus beruhigend ist.** Von anderer Seite verbreitete Nachrichten über eine Hungersnot seien erfunden. An Vorräten und

Arbeitstieren sei für das Heer nur das dringend Notwendige requiriert worden und keineswegs größere Mengen.

Königsberger-Hartungsche-Zeitung - Nr.1 – 1918 – Dienstag, 1. Januar - S.7

Vierzig Millionen Soldaten unter Waffen.

Die „Army and Navy Gazette“ vom 8. Dezember schreibt: „Das Kriegsamt der Vereinigten Staaten hat – laut „New York Times“ – ausgerechnet, daß rund 40 Millionen Soldaten am Weltkriege teilnehmen, die sich folgendermaßen auf die Kriegführenden verteilen:

Verbandsmächte	27 500 000	Mann
Mittelmächte	10 600 000	Mann
Flottenbesatzungen	2 000 000	Mann
Die Stärke der einzelnen Nationen ist:		
Deutschland	7 000 000	Mann
Oesterreich-Ungarn	3 000 000	Mann
Bulgarien	300 000	Mann
Türkei	300 000	Mann
Rußland	9 000 000	Mann
Frankreich	6 000 000	Mann
Großbritannien	5 000 000	Mann
Italien	3 000 000	Mann
Japan	1 400 000	Mann
Amerika	1 000 000	Mann
China	541 000	Mann
Rumänien	320 000	Mann
Serbien	300 000	Mann
Belgien	300 000	Mann
Griechenland	300 000	Mann
Portugal	200 000	Mann
Montenegro	40 000	Mann
Siam	36 000	Mann
Kuba	11 000	Mann
Liberia	400	Mann

Königsberger-Hartungsche-Zeitung - Nr.1 – 1918 – Dienstag, 1. Januar - S.2

Der russisch-japanische Geheimvertrag. – Gegen Amerika und England.

Haparanda, 28. Dezember. Die Petersburger „Iswestija“ enthält den **russisch-japanischen Zusatzvertrag vom 20. Juni und 3. Juli 1916 zu den russisch-japanischen Geheimabkommen vom 17. und 30. Juli 1907, vom 21. Juni und 4. Juli 1910 und vom 25. Juni und 8. Juli 1912.**

Die „Iswestija“ veröffentlicht das Abkommen unter der Ueberschrift: „Geheimabkommen zwischen Rußland und Japan, das ein bewaffnetes Auftreten gemeinschaftlich gegen Amerika und England im fernen Osten vor dem Jahre 1921 im Auge hat.“

Der Zusatzvertrag enthält sechs Artikel.

Der Artikel 1 besagt: „Beide hohen vertragschließenden Parteien sind darüber einig, daß die Lebensinteressen der einen, wie der anderen Partei, die Sicherung Chinas erfordern gegen die politische Herrschaft jedweder dritten Partei, welche feindliche Pläne gegenüber Rußland und Japan hegt, und verpflichtet sich deshalb gegenseitig in Zukunft, jedesmal, wenn die Umstände dies erfordern, in offenerherzige und auf vollem Vertrauen basierende Beziehungen zueinander zu treten, um gemeinsam die erforderlichen Maßnahmen zu treffen zur Verhütung der Möglichkeit des Eintritts einer solchen Lage in China.“

Der Artikel 2 besagt: „Für den Fall, daß der nach gemeinsamer Uebereinkunft zwischen Rußland und Japan auf Grund vorherigen Artikels getroffenen Maßnahmen eine Kriegserklärung seitens einer dritten Macht, welche Artikel 1 dieses Abkommens im Auge hat, an die vertragschließenden Parteien erfolgt, muß die andere

Partei auf die erste Aufforderung ihres Verbündeten ihr zu Hilfe kommen. Jeder der hohen vertragschließenden Parteien verpflichtet sich hiermit für den Fall des Eintritts einer solchen Lage, keinen Frieden mit dem gemeinsamen Feind zu schließen, ohne hierzu das vorherige Einverständnis ihrer Verbündeten erhalten zu haben.“

Der Artikel 3 lautet: „Jene Erfordernisse, bei deren Vorhandensein der einen vertragschließenden Partei der Gegenseite entsprechend dem vorherigen Artikel, bewaffnete Hilfe erwiesen wird, ebenso wie auch die Wege, auf welchen diese Hilfe verwirklicht wird, müssen bedingt sein, durch die zuständigen Stellen der einen wie der anderen vertragschließenden Partei gemeinschaftlich.“

Der Artikel 4 bestimmt: „Besonders hervorzuheben ist, daß weder die eine noch die andere der hohen vertragschließenden Parteien sich durch den Artikel 2 dieses Abkommens zur Erweisung bewaffneter Hilfe für ihre Verbündeten verpflichtet halten muß, soweit ihr nicht durch ihre Verbündeten Garantien dafür gegeben sind, daß auch jene ihr Hilfe erweisen werden in dem Rahmen, welcher dem drohenden Konflikt entspricht.“

Gültigkeit des Abkommens zunächst bis 1./ 14. Juli 1922. Abkommen tiefstes Geheimnis.

Königsberger-Hartungsche-Zeitung - Nr.1 – 1918 – Dienstag, 1. Januar - S.2

Amerikas Hilfe für die Entente.

WTB. Washington, 30. Dezember. Schatzsekretär Mac Adro wies einen weiteren Vorschuß von 685 Millionen Dollar an Großbritannien, 185 Millionen an Frankreich, 7 ½ Millionen an Belgien und 1 Million an Serbien an. Die Gesamtsumme der Vorschüsse beträgt bisher 4.236.400.000 Dollar.

Deutsches Volksblatt - Nr.10416 – 1918 – Dienstag, 1. Januar - S.2

Rund um den Frieden - Polen

Polen soll aus diesem Kriege und diesen Verhandlungen [*Brest-Litowsk*] als selbständiges Staatswesen hervorgehen. Es ist nicht zu verwundern, daß die polnischen Politiker mit Anteil zu nehmen suchen an der Entwicklung der Dinge, soweit sie ihr Land betreffen. Es wird in der Tat ihren Wünschen Gehör geschenkt werden, als Kompaziszenten können sie allerdings an den Friedensverhandlungen nicht teilnehmen, da sie weder eine selbständige kriegführende Macht, noch als selbständiger Staat heute soweit gefestigt sind, daß man von einem voll ausgebildeten, rechtlich allseits anerkannten Staatswesen sprechen kann, wohl aber wird man auf ihren Rat in allen die polnischen Angelegenheiten betreffenden Punkten rechnen.

Deutsches Volksblatt - Nr.10416 – 1918 – Dienstag, 1. Januar - S.2f

12 Monate Weltkrieg. – Ein Rückblick auf das Jahr 1917.

An der Wende des Jahres angelangt, mag ein kleiner Rückblick auf die militärischen Ereignisse der letzte zwölf Monate von Interesse sein, der gewiß am besten dazu angetan, im Lichte der von den verbündeten Mächten errungenen Erfolge aller Schönfärberei in den Reden der Staatsmänner und Heerführer der Entente die Macht der Tatsachen gegenüber zu stellen. Mögen sie es hundertmal ableugnen, der Erfolg war unser und wird unser bleiben!

Zu Beginn des Jahres war die Offensive in Rumänien in wuchtigstem Fortschreiten. Am 5. Januar war Braila genommen, drei Tage später wurde Foesani besetzt. Erbitterte Kämpfe an der Westfront vermochten im Januar den englisch-französischen Streitkräften keinerlei Erfolge zu bringen. Dafür mußte sich das geknebelte Griechenland dem ihm von der Entente gestellten Ultimatum fügen. **Die Bildung des polnischen Staatsrates am 10. d. M. war der erste bedeutungsvolle Schritt für die künftige Selbständigkeit des Königreichs Polen.**

Der Monat **Februar brachte am 4. den lang erwarteten Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland**, nachdem am 1. infolge schroffer Ablehnung des Friedensangebotes seitens der Entente von Deutschland und Oesterreich-Ungarn die Aufnahme des Unterseebootkrieges in verstärkter Form angekündigt worden war. In diesen Tagen entbrannten auch heftige Kämpfe zwischen Ancre und Somme, wobei jedoch die Deutschen den größten Teil des verloren gegangenen Geländes bei Beaucourt wieder zurückgewannen. **Der 15. Februar brachte ein für die österreich-ungarische Wehrmacht besonders bedeutungsvolles Ereignis. Kaiser und König Karl übernahm an diesem Tag persönlich den Oberbefehl, indem gleichzeitig Feldmarschall Erzherzog Friedrich unter den ehrendsten Worten Seiner Majestät von der Stelle des stellvertretenden Armeeoberkommandanten enthoben und zur Disposition des**

allerhöchsten Oberbefehls gestellt wurde. Der englische Vormarsch in Mesopotamien zwang am 25. Februar zur Zurücknahme der türkischen Stellungen bei Kut-el-Amara.

Der Monat März setzte mit einem erfolgreichen Vorstoß der Heeresfront Generaloberst Erzherzog Josef beiderseits der Valeputnastraße ein, bei dem über 1300 Mann eingebracht wurden. Am 2. März wurde der Sieger von Brest-Litowsk und Verteidiger Siebenbürgens General der Infanterie Freiherr v. Arz zum Chef des Generalstabes ernannt, gleichzeitig Generaloberst Freiherr von Conrad mit dem Kommando in Tirol betraut. Die schweren Kämpfe an der Westfront, welche mit wechselndem Erfolge geführt wurden, beendete die deutsche Heeresleitung mit der den Gegner vollkommen überraschenden und plangemäßen Räumung der deutschen Stellungen zwischen Ancre und Oise, wodurch für alle weiteren Aktionen die besten Vorbedingungen deutscherseits geschaffen wurden. Der englische Vormarsch in Mesopotamien brachte am 12. März den Engländern die Besetzung von Bagdad. Ein Ereignis, das für die ganze kommende Zeit von entscheidender Bedeutung sein sollte, war der **Ausbruch der Revolution in Petersburg am 15. März**, der bereits **am 16. den Zaren Nikolaus II. zur Abdankung zwang**. Großfürst Nikolai wurde am 20. März vom Oberkommando enthoben, indessen General Alexej bereits am 26., nachdem alle russischen Armeen der Revolutionsregierung den Treueid geleistet hatten, unter Kontrolle einer zur Aufstellung gelangenden Verteidigungskommission das Oberkommando übernahm. Mitte des Monats war auch bereits der Bruch zwischen China und Deutschland eine vollzogene Tatsache.

Der April brachte vor allem an der Westfront die heftigsten und schwersten Kämpfe. Am 9. begann der Hauptstoß der Engländer bei Arras. Französische Angriffe setzten zwischen Oise und Aisne ein. Mitte April entbrennt die große französische Durchbruchsschlacht von Soissons bis Reims und im Westteile der Champagne, die jedoch bereits am zweiten Tage an der Aisne als gescheitert anzusehen ist, während der Durchbruchversuch in der Champagne nicht zur Geltung zu kommen vermag.

Auch der am 24., beziehungsweise 28. April angesetzte zweite und dritte englische Massenstoß mißlingt gegenüber der bewundernswerten Standhaftigkeit der deutschen Verteidigung. Ebenso endigt der englische Vormarsch gegen Syrien mit einer Niederlage des Angreifers in der zweiten Schlacht bei Ghaza am 21. Am 13. April übernimmt General der Infanterie v. Stöger-Steiner, der bisherige erfolgreiche Kommandant des XV. Korps, das Amt des Kriegsministers, während Feldzeugmeister von Krobatin, der sich in langen Jahren und vor allem während des Krieges ganz außerordentliche Verdienste um die Wehrmacht erworben hatte, zum Kommandanten der Armee in Kärnten ernannt wird. **Der 10. April bringt die Kriegserklärung Kubas an Deutschland. Auch Brasilien und Bolivien treten an die Seite der Entente**, indes Spanien nach dem Rücktritte des ententefreundlichen Kabinetts Romanones unter dem neuen Kabinett Garcia Prieto sich für strikte Neutralität erklärt.

In den ersten Tagen des Monats Mai versucht der Engländer an der Arrasfront zum viertenmal, der Franzose an der Aisne zum zweitenmale unter Einsetzung ganz bedeutender Massen die deutsche Front zu durchbrechen. An beiden Stellen ist ihr Bemühen erfolglos. Auch Sarrail vermag an der Cerna in den Tagen vom 8. bis 13. Mai in Gefechten von größter Erbitterung keine Vorteile zu erzielen. Als Folge dieser Ereignisse ist auch der Wechsel im französischen Oberkommando, wo General Petain Oberbefehlshaber wird, anzusehen.

Als sollte das immer wieder betonte Schlagwort der einheitlichen Kampffront widerlegt werden, setzte am 15. Mai nach dem Zusammenbrechen der englisch-französischen Angriffe der Italiener zur neuen – zehnten – Offensive am Isonzo ein. Die bis zu den ersten Tagen des Juni andauernden heftigen Kämpfe vermögen ihm nur örtliche Erfolge auf der Kukhöhe und bei Plava zu bringen. Ein Vorstoß österreich-ungarischer Flotteneinheiten in der Otrantostraße am 17. verursacht dem Gegner schwere Verluste. Zwanzig italienische Bewachungsdampfer und ein Zerstörer werden versenkt, ein englischer Kreuzer fällt einem deutschen U-Boot zum Opfer. Am 27. Mai erläßt der frühere russische Justizminister, der nunmehr zum Kriegsminister ernannt wurde, an die Armee einen Aufruf zur Offensive.

Der 5. Juni bringt als Abschluß der italienischen Offensive unseren heldenmütigen, in ihrer Angriffslust durch keinerlei Massenstöße des Gegners zu hemmenden Truppen den erfolg bei Jamiano, welcher ihnen allein mehr als 10.000 Gefangene, in der Gesamtsumme daher dem Verteidiger um 4000 Mann an Gefangenen mehr brachte, als der Angreifer auszuweisen vermochte. Eine Viertelmillion Mann kostete dieser vergebliche Ansturm den Italienern. Auch im Sukanatal und auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden bleiben italienische Angriffe gegen Mitte des Monats ohne Erfolg. Während in Flandern am 7. Juni eine neue Schlacht entbrennt, die mit Erfolgen der Deutschen am Chemin-des-Dames endigt, nehmen diese am 5. ihre Stellungen im Wytschaetebogen zurück. Die an der Westfront andauernden Kämpfe, welche speziell am 15. Juni in einer neuen heftigen Schlacht zwischen Ypern und Armentieres gipfeln, bringen beiden wechselnde Erfolge. Das Einsetzen starker neuer Kräfte ermöglicht den Engländern die Uebernahme des bisher von den Franzosen und

Belgiern besetzten Abschnittes nördlich von Ypern. Am 22. Juni beginnen die Russen, bei denen Brussilow zum Generalissimus ernannt wurde, mit der Beschießung des Raumes bei Brzezany. Die erhöhte Gefechtsfähigkeit hier führt am 30. zu den ersten russischen Infanterieangriffen zwischen Strypa und der Złota-Lipa. Am 13. dankt König Konstantin unter dem Drucke der sogenannten „Schutzmächte“ Griechenlands zugunsten seines zweiten Sohnes Alexander ab. Am gleichen Tag trifft der amerikanische General Pershing, der Kommandierende des amerikanischen Kontingents, auf französischem Boden ein. Die Entwicklung der Ereignisse in Griechenland bringt am 30. den Abbruch der diplomatischen Beziehungen dieses Landes zu Oesterreich-Ungarn.

Die ersten Tage Juli sehen unsere Truppen in Ostgalizien in der Abwehr gegenüber den übermächtig ansetzenden feindlichen Angriffen, die uns zur Aufgabe von Stanislaw und zum Zurückgehen bis an die untere Lukawica, beziehungsweise Lomnica, südlich Kalusz zwingen. Aber bereits am 17. Juni räumen die Russen letzteren Ort wieder. Am 18. müssen sie auch von der Lomnicalinie zurück, und am 19. vermag die planvoll einsetzende Gegenoffensive der Verbündeten die russischen Stellungen östlich Złoczow zu durchbrechen. Am 21. stehen deutsche Truppen vor Tarnopol. Am 23. ist der Sereth erreicht, am 24. bereits der Vormarsch der Verbündeten beiderseits des Dnjestrs im vollen Gange. Russisch-rumänische Entlastungsstöße in den Karpathen und russische Angriffe bei Jakobstadt und Dünaburg sind vergeblich. Am 25. werden Stanislaw, Nadworna und Tarnopol, am 26. Delatin, Tlumacz, am 27. Kolomea, Czortkow und Trembowla genommen. Am 28. Horodenka. Auch bei Kirlibaba werden die Russen geworfen, bereits am 31. ist Sniatyn in unserer Hand und die Front der Verbündeten in einer Frontbreite von 50 Kilometern im Vormarsche über den Zbrucz auf russisches Gebiet. In immer weiterer Ausdehnung seiner Machtbefugnisse wird Kerenskij am 21. russischer Ministerpräsident. Am 31. wird Dr. v. Seidler mit der Bildung des endgültigen Ministeriums in Oesterreich betraut. Am gleichen Tage setzt wohl als Folge der Offensive der Verbündeten eine neue große Infanterieschlacht in Flandern ein. Diese jedoch vermag das Fortschreiten der ersteren nicht zu verhindern.

Am 3. August wird Czernowitz von unseren Truppen besetzt, Kimpolung gewonnen. Am nächsten Tag erreichen diese bereits die Reichsgrenze. Die Schlacht in Flandern führt die Entente zu keinem Erfolge. Während am 5. die Russen Radautz räumen, ergreift auch die rumänische Front unter Mackensen die weitere Offensive. Am 10. wird die Susitalinie überschritten, am 12. werden die vereinigten Russen und Rumänen bei Focsani geworfen. Am 16. ist auch der Sereth bei Marasesti überschritten. **Nach den Franzosen versuchen nunmehr die Engländer durch eine am 8. beginnende Offensive an der flandrischen Küste, welche die U-Boot-Basis der Deutschen zum Ziele nimmt, den Siegeszug der Verbündeten aufzuhalten, ohne etwas anderes als Mißerfolg zu ernten. Am 16. erneuern sie diesen Durchbruchversuch, der jedoch am zweiten Tage mit ihrer Niederlage endigt.** Nunmehr setzte, wie um wiederum die Einheit in den Aktionen der Entente **ad absurdum** zu führen, am 19. die Italiener mit der elften Isonzoschlacht ein. Nach dem Gewinne des Dorfes Selo und der Zurücknahme unserer Verteidigungslinie auf der Hochfläche von Bainsizza-Heiligengeist, sowie der kampflosen Besetzung des von uns geräumten Monte Santo, welche Tatsache die Italiener in überschwenglichen Worten als großen Sieg feiern, geht ihr kein Blutopfer scheuendes Bestreben dahin, auch die beherrschende Höhe des Monte San Gabriele zu nehmen. Aber wie hier scheitern auf der Hochfläche nutzlos alle ihre wütenden Angriffe. Vom 19. August angefangen bis zum Ende des Monats vermögen auch englische am 19. August bei Langenmarck angesetzte große Anstürme, sowie am 21. August beginnende heftige Angriffe der Franzosen vor Verdun nur geringe Erfolge, so am Toten Mann und am Rabenwalde, zu erzielen, während Gegenangriffe der Deutschen bei Beaumont für diese günstig endigen und es ihnen sogar gelingt, den von den Engländern mit kolossalen Blutopfern erkauften kleinen Geländegewinn fast zur Gänze wettzumachen. Am 23. wird Dr. Alexander Wekerle mit allerhöchstem Handschreiben zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannt.

Auch der Anfang September zeigt wütende, nur von ganz kurzen Kampfpausen unterbrochene Angriffe der Italiener auf den von uns heldenmütig behaupteten Monte San Gabriele, wie auch gegen unsere Stellungen auf der Hochfläche von Bainsizza, die nach dem 20. September in andauernde schwere Beschießung des ersteren übergehen. Bereits am 7. September vermag die oesterreichisch-ungarische Verteidigung die Zahl von 18.000 Gefangenen aufzuweisen, ein kraftvoller Beweis für den prachtvollen Angriffsgeist unserer Truppen. Inzwischen hat die deutsche Ostfront auf ihrem Nordflügel am 2. September die Offensive über die Düna bei Riga ergriffen. Am 3. fällt Riga selbst, am 5. ist Dünamünde in der Hand der Deutschen, welche hier nordöstlich der Düna die Ostsee erreichen. Am 22. September werden auch die russischen Stellungen an der Düna durchbrochen und Jakobstadt genommen. Vergeblich lebt am 20. neuerlich die Angriffstätigkeit der Franzosen vor Verdun auf, wie auch gegen Ende des Monats englische Anstürme in Flandern umsonst gegen die deutsche Verteidigung branden. In Rußland führt unterdessen der Kampf um die Macht am 9. September zum Zwiespalt zwischen General Kornilow und **Kerenskij, welcher letzterer nach dem Scheitern des Handstreiches Kornilows am 13. September selbst das Amt des Generalissimus übernimmt und damit die Rolle eines Diktators, der**

das durch innere Kämpfe zerrüttete Reich an der Seite der Entente zu neuer Machtentfaltung bringen will. In Frankreich ist am selben Tag ein neuerlicher Kabinettswechsel und tritt Painlevé an die Spitze des neuen französischen Kabinettes.

Der 1. Oktober sieht bereits das Zusammenbrechen der großen italienischen Offensive. Deutsche Erfolge bei Ypern und Verdun sind die Einleitung der am 4. Oktober in Flandern sich entwickelnden neuen Schlacht, die jedoch, wie andere bereits früher, schon am nächsten Tag als erledigt betrachtet werden kann. Am 12. lebt dieselbe von neuem auf. Aber alle Anstrengungen der Entente an der Westfront vermögen die Fortsetzung der deutschen Erfolge am nördlichen Flügel der Ostfront nicht zu hemmen. Unter prachtvoller Unterstützung der Flotte besetzen die Deutschen die Insel Oesel am 13., Runö und Abro am 16., Mohn am 18., Schildau am 21. Oktober. Mehr als 20.000 Gefangene und über 100 Geschütze sind die Beute der Sieger. Dieser Tag bringt der deutschen Luftflotte einen schweren Verlust. Vier Zeppeline werden durch ungünstiges Wetter nach einem erfolgreichen Luftangriff auf ihrer Rückkehr von England auf französisches Gebiet verschlagen und vernichtet. Während so an der Ostfront deutsche Land- und Seestreitkräfte von Sieg zu Sieg schreiten, kann auch die deutsche Armee in Flandern am 23. Oktober erbitterte Angriffe der Engländer, vor allem bei Passchendaele, erfolgreich abwehren.

Was die Entente trotz aller einberufenen und mit prahlerischen Worten gerühmten Konferenzen der leitenden Staatsmänner und Heerführer nicht zu erreichen vermochte – die Einheit der Front – das zeigen in diesen Tagen die verbündeten Mittelmächte in beispielgebenden und von hervorragenden Erfolgen begleiteter Weise. Noch sprechen die Ententeblätter, vor allem die italienischen, von dem vernichtenden Schlage, den Italien mit Unterstützung seiner Verbündeten gegen Oesterreich-Ungarns Isonzofront führen will, als am 24. österreichisch-ungarische Truppen vereint mit ihren deutschen Bundesgenossen unter dem Oberbefehle Seiner Majestät des Kaisers und Königs Karl zum langersehnten Vergeltungswerke gegenüber dem treulosen Verbündeten schreiten. Wie eine unaufhaltsame Woge braust dieser Ansturm über die italienischen Stellungen. Der erste Tag bringt schon die Einnahme der italienischen Verteidigungslinien bei Flitsch, T... und am Nordteile der Hochfläche von Bainsizza. In 30 Kilometer Frontbreite rollt der Durchbruch bereits am ersten Tage, der 10.000 Gefangene bringt, weiter. Am 27. wird am oberen Isonzo die Reichsgrenze überschritten, der Monte Santo ist unser. Die Zahl der Gefangenen steigt über 60.000, jene der erbeuteten Geschütze über 500. Am 28. ziehen Kroaten als erste in das befreite Görz ein, Monfalcone wird genommen, in Cividale stehen deutsche Truppen. Lawinenartig wächst die Zahl der Gefangenen auf 130.000, die Zahl der Geschütze auf 300. Am 30. stehen die Verbündeten in Udine, unaufhaltsam geht der Vormarsch, dem sich auch die Kärntner Front anschließt, dem Tagliamento zu.

Schon am **1. November** ist dieser erreicht, **mehr als 60.000 Italiener müssen sich hier ergeben.** Codroipo und Grado sind unser. Am 3. November ist das zweite Hunderttausend an Gefangenen überschritten und mehr als 1800 Geschütze eingebracht. Indes am 5. der als erstklassige Widerstandslinie ausgebaute Tagliamento im Kampfe überschritten wird, weicht der bedrohte Italiener auch in den Dolomiten. Die Perlen derselbe, Cortina d'Ampezzo und San Martino di Castrozza, sind am 6. wieder österreichischer Besitz. Am 8. ist die Livinza überschritten, man zählt bisher 250.000 Gefangene und über 2300 Geschütze. auch die Tiroler Front Feldmarschall Conrads setzt zum Angriff an. Am 10. wird Asiago erobert, am 13. wird der Sperrgürtel von Primolano durchbrochen. Indes am 11. der Vormarsch der Verbündeten, der am 12. eine ganze italienische Division als Gefangene bringt, Belluno und am 14. Feltre erreicht, nehmen die im Val Sugana vordringenden Truppen Conrads an diesem Tage Primolano. Am 11. wird der linksseitige Brückenkopf am Piave, Vidor, genommen, am 16. auch das untere Piavedelta überschritten. Schon am 16. stehen unsere Truppen bei Cison im Brentatale. Trotz hartnäckigsten Widerstandes im Gebirge zwischen Brenta und Piave werden am 17. der Monte Prassolan und der Monte Peurna erstürmt, am 19. Quero in der Piaveenge zwischen Felire und der Ebene genommen und von hier aus der Angriff gegen den Monte Tomba vorgetragen. Am 22. nehmen unsere Truppen den nordwestlich davon gelegenen Monte Spinuzzia.

In Rußland führt Kerenskjis Gewaltherrschaft zum völligen Umsturz. **Am 8. November erfolgt der Staatsstreich der Bolschewiki in Petersburg, der Kerenskij zur Flucht zwingt.** Eine Proklamation der neuen Regierung verkündet deren Wunsch nach sofortigem Frieden. Am 12. November wird seitens des Sowjetkongresses der Vorschlag auf Abschluß eine dreimonatigen Waffenstillstandes genehmigt, und am 22. der russische Oberkommandierende Duchonin angewiesen, ein Waffenstillstandsangebot zwecks Einleitung von Friedensverhandlungen zu stellen. Da er sich weigert, erfolgt seine Absetzung unter gleichzeitiger Ernennung Krylenkos zu seinem Nachfolger. Nachdem am 28. der russische Volkskommissär für Äußeres Trotzki die neutralen Gesandten gebeten, seine Friedensvorschläge den Zentralmächten zu übermitteln, stellt er am 29. allen kriegführenden Mächten mittelst Funkspruches ein direktes Friedensangebot. Oesterreich-Ungarn und Deutschland erklären durch Grafen Czernin und Grafen Hertling die Bereitwilligkeit, in

Friedensverhandlungen einzugehen. In Italien ist am 9. November General Diaz an Stelle Cadornas, der in einen interalliierten Kriegsrat einberufen wird, Chef des Generalstabes geworden. **In Frankreich übernimmt nach dem Rücktritt des Kabinettes Painleve am 16. Clemenceau, einer der hervorragendsten Vertreter der Kriegsidee, die Bildung der neuen französischen Regierung.** An der Westfront dauern den ganzen Monat hindurch englisch-französische Angriffe abwechselnd mit heftigen Artilleriekämpfen an, welche besonders im Raume um Cambrai am 20. und 23., an welchem Tage ein großangelegter Durchbruchversuch der Engländer scheitert, gipfeln. Ein gleiches Schicksal ist hier einem Angriffe am 27. beschieden. Die englische Expedition gegen Syrien vermag am 8. November durch die Einnahme der von den Türken bereits teilweise geräumten Stellungen bei Ghaza einen Erfolg zu verzeichnen.

Am 1. Dezember erneuerte sich der feindliche Ansturm an der Westfront, im Raum Cambrai. auch Angriffe der Engländer bei Passchendaele setzten ein. Demgegenüber reisen die Ereignisse in Rußland in anderem Sinne heran. Im Bereiche der Heeresfront des Feldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern beginnen die Waffenstillstandsverhandlungen, welche sich zunächst auf die Front vom Südufer des Pripjet bis südlich der Lipa beziehen. Am 3. Dezember dehnen sich diese Verhandlungen bereits auf andere Teile der Ostfront aus. General Duchonin, welcher der neuen Regierung, unterstützt durch die Militärmission der Entente, Widerstand geleistet hat, fällt bei der Verteidigung seines Hauptquartieres Mohilew. Auch General Schtscherbatschew, der Oberbefehlshaber der russisch-rumänischen Truppen zwischen Dnjestr und Schwarzem Meer, tritt am 5. mit dem Vorschlage zu einem Waffenstillstande an die Verbündeten heran. Aber auch große deutsche und österreichisch-ungarische Waffenerfolge bringen diese Tage. Bei Cambrai führt unüberwindlicher Offensivgeist deutsche Truppen am 2. und 3. bis weit in die englische Stellung. Am 4. nehmen die stürmenden Truppen des Feldmarschalls Conrad die beherrschenden und aufs stärkste ausgebauten Stellungen des Meletta-Massivs, nordöstlich Asiago. Am 5. wird der Monte Zomo genommen, der Gegner bis zur Freuzelaschucht geworfen, 16.000 Mann und 60 Geschütze sind die Beute der Sieger. An diesem Tage kann auch die große Durchbruchsschlacht bei Cambrai als beendet angesehen werden. Der Angriff des Gegners endete hier mit dem bedeutendsten Offensiverfolge der deutschen Waffen gegen Ueberlegenheit an Zahl und Material. 4 Kilometer trugen die deutschen Truppen ihre Stellungen vor, 9000 Mann Gefangene, 148 Geschütze, 716 Maschinengewehre sind die Merkzeichen des großen Erfolges. An der Ostfront erfolgte der Abschluß einer zehntägigen Waffenruhe für sämtliche gemeinsamen Fronten. In Amerika tritt Präsident Wilson für die Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn ein. Am 7. tritt demzufolge der Kriegszustand mit Amerika ein. Oestlich Asiago wird der Sidemol erstürmt. Der unerträgliche Druck der Entente, vor allem der englischen Herrschaft unter der bisherigen Regierung, führt zu revolutionärem Umsturze in Portugal, wo Sidonio Paes die Präsidentschaft übernimmt. Am 11. vermag der englische Vormarsch in Palästina, der mit Unterstützung von Kontingenten der anderen Ententeheere erfolgt, zur Einnahme des von den Türken geräumten Jerusalem zu führen. Am 12. greifen die Waffenstillstandsverhandlungen bereits auf die Kaukasusfront über. An der Tiroler Front weist die Heeresgruppe Feldmarschall Conrad allein an Gefangenen bisher 693 Offiziere, an Beute 93 Geschütze aus.

Unter dem Drucke der allgemeinen Verhältnisse wird in Frankreich gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Caillaux Anklage wegen Anschlags auf die Sicherheit des Staates erhoben und dessen Auslieferung verlangt. Der 13. Dezember bringt die Kriegserklärung Kubas an Oesterreich. Am 15. schieben unsere Truppen mit der Eroberung des Col Caprite ihre Stellungen auf den östlichen Bientahöhen erfolgreich vor. Während die deutsche Heeresleitung infolge Einstellens aller größeren Angriffe in Flandern die hier gegen die deutsche U-Boot-Basis gerichtete und mit ungeheuren Blutopfern angestrebte Offensive der Engländer als vorläufig abgeschlossen bezeichnen kann, führen die Verhandlungen an der Ostfront zum Abschlusse eines 28 tägigen, bis 14. Januar 1918 gültigen Waffenstillstandsvertrages. Schon am 18. bauen unsere Truppen ihren Erfolg im Gebirgslande östlich der Brenta durch die Erstürmung der beherrschenden Höhe, 1461 Meter hohen Monte Asolone, trotz alle Schwierigkeiten des winterlichen Hochgebirges weiter aus. 48 Offiziere und 2000 Mann sind die Beute dieses Tages. Günstig entwickeln sich auch weiterhin die Verhandlungen an der Ostfront. **Bereits am 19. begeben sich Minister des Aeußern Graf Czernin und Feldmarschalleutnant v. Csicseries zu den in Brest-Litowsk aufzunehmenden Friedensverhandlungen, an denen auch von der deutschen Seite Staatssekretär Doktor Kühlmann und General Hofmann, von bulgarischer Seite Justizminister Popow und Oberst Gantschew, von türkischer Seite Minister des Aeußern Achmed Ressim Bey und General der Kavallerie Zekki Pascha teilnehmen.** Die Verhältnisse in der Ukraine und der Widerstand des Generals Kaledin sowie das Einschreiten der Regierung Lenin-Trotzki führen zu einem Konflikte zwischen den Sowjets und der ukrainischen Rada, bei denen jedoch das Bestreben, alle Fragen in friedlichem Sinne zu lösen, vorläufig zum Ausdrucke kommt. wie die Truppen des Generals der Infanterie Krauß eine Woche vorher, so tragen nunmehr am 23. auch jene des Feldmarschalls Conrad ihre Linie in unwiderstehlichem Ansturme weiter vor. Der westlich

der Frenzelaschlucht gelegene Col de Rosso und die westlich anschließenden Höhenstellungen werden erstürmt, 6000 Mann hiebei gefangen genommen. Wenn auch die letzten Tage dieses Jahres noch ein oder das andere Ereignis von Bedeutung zu bringen vermögen, so läßt sich doch eines mit ziemlicher Bestimmtheit sagen: Die Einheit, das Vertrauen in die eigene Kraft und das Selbstbewußtsein ihrer Völker haben im verflossenen Jahre die verbündeten Mächte von Sieg zu Sieg geführt. Unerschütterlich, teilweise in machtvoller Vorschreitung und weit auf feindlichem Gebiete stehen ihre Heere dort, wo es gilt, den Gegnern durch die Tat das zu zeigen, was sie zum Teile mit höhnenden Worten zurückgewiesen haben: den Willen zum Frieden, der an der Ostfront bereits seine hoffentlich voll ausreifenden Früchte zu zeigen beginnt. Möge das Jahr 1918 das glücklich zum Ende führen, was der Schluß des Jahres 1917 so vielverheißend begonnen!

Wiener Zeitung - Nr.1 – 1918 – Dienstag, 1.Jänner - S.12

Brest-Litowsk – Zeitungsstimmen.

Berlin, 31. Dezember. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt in ihrer Morgenausgabe vom 30. Dezember: **das Friedensangebot von Brest-Litowsk wird von Pichon ein indirektes genannt, insofern es direkt von der russischen Regierung ausgegangen ist. Die Regierungen der Mittelmächte hatten ihren Teil daran, indem sie es billigten, es vertraten und sich zu einem allgemeinen Frieden unter Zugrundelegung der Bedingungen des Herrn Scheidemann einverstanden erklärten. Hier kommt es auch auf die Wirkung bei den Feinden an. Deren Presse sagt ebenso wie Pichon, daß das neue deutsch-österreichische-ungarische Friedensangebot an die Westmächte als Beweis der Schwäche aufgefaßt und dementsprechend bewertet wird.**

Vor reichlich eineinhalb Wochen sagte der Reichskanzler am Schlusse einer Unterredung mit dem Direktor des Wolffschen Bureaus: „Unser Weg im Westen liegt nach der letzten Schmäherei Lloyd Georges klar vor uns.“ Wir haben damals schon bedauert, daß Graf Hertling dieses Wort nicht erläutert hat. Wir möchten heute fragen, ob er mit dem klaren Weg im Westen gemeint hat, man möge auch die linke Wange den Westmächten hinhalten und fortfahren, ihnen Friedensangebote zu machen. Sollte dies der Sinn der damaligen Worte des Reichskanzlers gewesen sein, so müssen wir sagen, daß von einer Klarheit nicht viel zu erkennen ist, denn die Worte in Berlin und die Handlungen zu Brest-Litowsk stehen im Widerspruch zueinander. Oder aber ist es tatsächlich in der Natur unserer Regierungsverhältnisse begründet, daß der Reichskanzler etwas programmatisch empfindet und der Staatssekretär Dr. von Kühlmann ebenso programmatisch das Gegenteil tut und die wichtigen Worte des Reichskanzlers nicht nur zu einer leeren Redewendung, sondern zu etwas noch bedauerlicherem macht?

Berliner-Börsen-Zeitung - Nr.1 – 1918 – Dienstag, 1.Januar - S.1

Jahres-Rückblicke. – von Dr. Stresemann, M.d.R.

Drei große Gesichtspunkte beherrschen die außenpolitische Lage des Jahres 1917. Einmal der Entschluß zur Einsetzung der U-Boot-Waffe in der schärfsten Wirkung und die daraus entstandenen politischen Rückwirkungen, die großen Umwälzungen auf dem Gebiete der militärischen Lage in Europa und schließlich die hierdurch hervorgerufene innerpolitische Umwälzung in Rußland in ihrer außenpolitischen Auswirkung, die uns vom Zarentum über Kerenski zu Lenin, von der Verbrüderung mit der Entente zum Waffenstillstand und zum Beginn der Friedensverhandlungen mit dem Vierverband geführt hat.

Der Entschluß des 1. Februar 1917 ist bis heute in der Öffentlichkeit umstritten. Man wirft denen, die sich für den unbeschränkten U-Bootkrieg einsetzten vor, daß England nicht in der kurzen Zeit niedergebrochen wäre, die man vorausgesetzt habe. In den Verhandlungen des Hauptausschusses wurde namentlich von dem früheren Reichskanzler Bethmann Hollweg stets die Fragestellung gewählt, ob man England durch den unbeschränkten U-Bootkrieg in absehbarer Zeit „auf die Knie“ zwingen könne. Demgegenüber ist von nationalliberaler Seite im Hauptausschuß unter Zurückweisung dieser Formel erklärt worden: sicher würde der U-Bootkrieg das eine bewirken, daß man England auf die Friedensbank zwänge, während von der selben Seite der Befürchtung Ausdruck gegeben wurde, daß Deutschland die Gefahr liefe, selbst bei dem Sieg seiner Waffen, wirtschaftlich mit der Zeit niederzubrechen, wenn England auf dem Gebiete des Wirtschaftskampfes – selbst ungeschwächt – in der Offensive bliebe und so in die Lage käme, den Krieg nach Belieben hinzuziehen.

Aus dieser günstigen Situation ist England durch den U-Bootkrieg herausgerissen worden. Seine unmittelbare Mitwirkung bei dem **Friedensangebot des Papstes**, von der später wohl noch einmal der Schleier gehoben werden wird, die **Pariser Rede Lloyd Georges**, die schließlich doch nichts anderes war, als die

Einstellung der öffentlichen Meinung Englands auf die Unmöglichkeit einer siegreichen Durchführung des Krieges, die an den Namen Lord Lansdowns sich anknüpfende gewaltige Friedensneigung führender Kreise der englischen Politik wäre niemals eingetreten, wenn England nicht fürchten müsse, durch den U-Bootkrieg noch weiter in der Wurzel seiner Weltstellung getroffen zu werden. Allein die Verluste der Schiffe und ihrer Beladung gehen in die Milliarden, der amerikanische Schiffsneubau bringt nicht die erwünschte militärische Hilfe, nicht England erweiterte sich auf Kosten Deutschlands im Wirtschaftsverkehr während des Krieges, sondern Japan und Amerika pflücken Früchte des Niedergangs der englischen Herrschaft, nicht mehr für England, sondern für Deutschland läuft heute die Zeit.

Gewiß ist die Weltlage durch den Eintritt der Vereinigten Staaten von Amerika in den Krieg komplizierter geworden. Dem gewaltigen Druck der Vereinigten Staaten haben sich fast alle Staaten des amerikanischen Kontinents angeschlossen. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob die Erfolge des U-Bootkrieges in der Schwächung Englands und seiner Verbündeten nicht durch dieses Aufgebot eines neuen gewaltigen Erdteils gegen Deutschland aufgehoben würde. **Es ist aber unrichtig, wenn man U-Bootkrieg und amerikanische Kriegserklärung als selbstverständliche Folgeerscheinungen bucht.** Ohne handgreifliche Fehler unserer Diplomatie wäre es Wilson bei der starken pazifistischen Strömung in den Vereinigten Staaten sicherlich nur sehr schwer möglich gewesen, die Zustimmung seiner verfassungsmäßigen Körperschaften zu der Kriegserklärung an Deutschland zu erlangen. Die Bekanntgabe des deutschen Angebotes, amerikanische Landesteile an Mexiko abzutreten, hat weit mehr zu der Möglichkeit dieser Kriegserklärung beigetragen, als alle Folgen des deutschen U-Boot-Krieges, ebenso wie die Telegramme des Grafen Luxburg mehr Unheil in Südamerika bewirkt haben, als die Versenkung von südamerikanischen Schiffen. Denjenigen, die in dem Eintritt der Vereinigten Staaten etwas wie eine Schicksalswendung des Weltkrieges zugunsten der Entente sahen, ist wohl jetzt die Ueberschätzung der Wirkung der Wilsonschen Kriegserklärung selbst zum Bewußtsein gekommen. **Zehn Monate sind seit Wilsons Kriegserklärung vergangen, ohne daß ein amerikanisches Heer von Bedeutung auf europäischem Boden stände. Französische Zeitungen rühmen, daß 2.600.000 Mann in Amerika ausgebildet würden. Niemand wird daran zweifeln, daß Amerika genügend waffenfähige Männer besitzt, um Krieg zu führen.** Aber niemand hat bisher die Formel gelöst, wie der Schiffsraum beschafft werden soll, um auch nur einen Teil dieses Heeres nach Europa herüberzuschaffen. Niemand vermag mit Sicherheit zu sagen, wie Japan die ihm durch den Weltkrieg gegebenen Möglichkeiten der weiteren Ausgestaltung seines Einflusses und seiner Macht noch ausnutzen wird. Andererseits steigt die Friedensstimmung in Amerika in einem Maße, die der Wilsonschen Herrschaft immer gefährlicher wird, wovon die Wahlen in New York ein beredtes Zeugnis ablegten. Die Entwicklung der russischen Dinge nimmt schließlich auch der Wirkung der amerikanischen Waffenhilfe auf dem westlichen Kriegsschauplatz die Möglichkeit, eine andere militärische Entscheidung des Weltkrieges herbeizuführen als diejenige, die sich gegenwärtig in dem militärischen Siege Deutschlands und seiner Verbündeten ausdrückt.

Denn Deutschland ist heute in der Lage, seine Hauptkraft mehr als bisher auf dem westlichen Kriegsschauplatz zu entfalten. Was dort in zäher Verteidigung geleistet worden ist, hat der Kaiser kürzlich in seiner Ansprache an die Truppen in bewegenden Worten zum Ausdruck gebracht. Seit dem stürmischen Vormarsch, der die deutschen Truppen bis kurz vor Paris führte, ist die nach der wechselvollen Marneschlacht eingenommene Stellung im Westen seit den Septembertagen 1914 nur geringen Erschütterungen ausgesetzt gewesen. Alles was vorging an großen militärischen Taten, vollzog sich auf anderen Kriegsschauplätzen. Serbien und Montenegro sanken darnieder, Rumänien stürzte zusammen, über die italienische Ebene ergossen sich die deutschen und österreichisch-ungarischen Heere in siegreichen Kämpfen. Galizien und die Bukowina wurden vom Feinde frei, die deutsche Stadt Riga begrüßte jubelnd deutsche Truppen und den deutschen Kaiser in ihren Mauern. Die deutsche Flotte beteiligte sich in Verbindung mit dem deutschen Heere an der Eroberung der Inseln im Rigaischen Meerbusen. Ueberall war hier weltgeschichtliche Bewegung und Entwicklung, starr und eisern dagegen die Mauer im Westen. Eine Millionenarmee nach der anderen zerschmetterte sich an dieser Hindenburglinie. Menschenmassen und neueste Erfindungen der Technik sollten sie durchbrechen, und trotz riesiger Kraftanstrengungen auf anderen Kriegsschauplätzen ist seit drei Jahren das Anstürmen vergeblich gewesen.

Sollte jetzt Deutschland, dem bisher ein Arm im Osten gebunden war, diesen Arm frei bekommen, macht Oesterreich sein Wort wahr, seinen Dank für das befreite Triest durch das Eingreifen in die Kämpfe an der Westfront abzustatten, dann wird keine amerikanische Hilfe den deutschen Sieg auch hier zu hindern vermögen. Das Ende des Krieges wird militärisch keine Remispartie werden, wie Ludendorff mit Recht gesagt hat, unsere Feinde erkennen unumwunden den militärischen Sieg Deutschlands an. Wieviel Kläglichkeit gehört dann noch dazu, um in Deutschland an diesem Sieg herumzumäkeln und eine Gesinnung zur Schau zu tragen, als wenn wir uns schämen müßten, das Wort: „Wir sind die Sieger!“ auszusprechen.

Gegenüber den Siegen Deutschlands und seiner Verbündeten in Europa steht auf Seiten der Entente die Gewinnung der deutschen Kolonien, stehen die Fortschritte Englands in Mesopotamien und Syrien, steht die bis heute noch anhaltende Abschneidung Deutschlands vom Weltmarkt. Damit ist aber auch das Pluskonto der Entente abgeschlossen. Mager ist dieses Ergebnis des beinahe vierjährigen Kampfes. Der moralische Sieg im Kampf um den afrikanischen Boden ist, wie auch die neutrale Presse anerkennt, auf unserer Seite, die eingeborene Bevölkerung hat für ihre angeblichen Bedrücker mit Hingebung gefochten, und wenn man von ostafrikanischen Kämpfen spricht, wird man nicht die englischen Generäle, sondern den Namen Lettow-Berbeck hören, der von dem letzten Stück deutschen Bodens in Afrika nach heldenhaften Kämpfen vertrieben, in Portugiesisch-Ostafrika die deutsche Flagge aufrecht erhält und vielleicht neue Entwicklungsmöglichkeiten dort schaffen kann. Wie die Dinge in Mesopotamien und Syrien sich bei Fortgang des Krieges entwickeln, ist heute nicht abzusehen, die Entlastung, die die Türkei durch einen Waffenstillstand und Frieden mit Rußland erfahren würde, ist aber so gewaltig, daß für England alles Erreichte dort erneut auf dem Spiele steht, Deutschland ist gewiß vom Weltverkehr abgeschnitten, aber der Prozeß der Abschneidung Englands vom Ueberseehandel geht von Woche zu Woche durch den deutschen U-Bootkrieg weiter und bedroht die auf den Ueberseehandel angewiesene Insel weit mehr als das nach einem Frieden mit Rußland über einen großen Teil des europäischen und über einen großen Teil des ostasiatischen Erdteils frei im Wirtschaftsaustausch verfügende Deutschland. **Dazu kommt die politische Achillesverse der Entente, daß alle Vorteile, die sie zu verzeichnen hat, auf dem Pluskonto Englands stehen, während seine Bundesgenossen an Menschen- und Wirtschaftskraft verbluten und finanziell verelenden.**

Welche Gedanken sollen schließlich bei dieser Lage der Dinge die Staatsmänner Italien und Frankreich – von Rumänien ganz zu schweigen – noch veranlassen, gegen Deutschland weiter anzustürmen? Unseren militärischen Sieg kann uns niemand mehr entreißen, jetzt kommt alles darauf an, daß wir auch diplomatisch den Sieg zu erringen wissen. In dem Augenblicke, in dem die Unterhändler am Friedentisch sitzen und in oft wenig durchsichtigen Formen viel hineingeheimnisst wird, ist es schwer, über Einzelheiten zu sprechen.

Nur das eine soll mit Rücksicht auf das Vorgesagte ausgesprochen werden: **Selten hat ein Staat und Volk seine Unterhändler auf Grund einer glänzenderen militärischen Situation zu Friedensverhandlungen entsandt als Deutschland die seinigen in den Weihnachtstagen dieses Jahres, Deutschlands Zukunftssicherung, das Schicksal der Ostprovinzen, in denen vielhundertjährige deutsche Kultur vor undeutscher Zukunftsherrschaft zu schützen ist, sind in ihre Hand gegeben.** So wie der Krieg militärisch keine Remispartie ist, darf auch der Friede diplomatisch nicht zu einer solchen werden. Die Geschichte wird diejenigen zur Rechenschaft ziehen, die jetzt und bei den Friedensverhandlungen der Zukunft vom Augenblicke ausschlagen würden, was keine Ewigkeit zurückgibt.

Berliner-Börsen-Zeitung - Nr.1 – 1918 – Dienstag, 1.Januar - S.3

Die Friedensverhandlungen in der Beleuchtung der italienischen Presse.

Rom, 30. Dezember. (Meldung der Agenzia Stefani) Zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk schreibt „Giornale d'Italia“, indem es die deutschen Vorschläge einer Prüfung unterzieht: Diese sind von allen Gesichtspunkten aus unannehmbar. Die Mittelmächte bieten tatsächlich einen Frieden an, der ihnen unter Umständen Vergrößerungen in Rußland und auf dem Balkan sichert, ohne daß sie einen Zollbreit Boden dabei verlieren: Weder in Europa noch in ihren Kolonien. Selbst das Schicksal Belgiens bleibt unklar. Es handelt sich in der Hauptsache um einen deutsch-österreichischen Frieden, den die Entente als einen Schimpf, als Zusammenbruch und als ein Unglück von sich weist. Italien hat nur eine Antwort zu geben: Widerstand an der Seite seiner Bundesgenossen.

„Idea Nazionale“ schreibt: Der vom Grafen Czernin vorgeschlagene Friede würde den Sieg den Oesterreichern und Deutschen zuerkennen und die militärische, politische und wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands in Europa gutheißen. Angesichts dieser Friedensformel können wir nur das Wort der Starken wiederholen: Widerstand leisten!

Das neue Blatt „Epoca“ schreibt: Es handelt sich offensichtlich um einen Hinterhalt, um eine neue Friedensoffensive, die der ersten Prüfung nicht standhält. Sie bedeutet den Fehlschlag der Bemühungen Rußlands, dem der Gegner selbst seine Pflichten der Solidarität ins Gedächtnis zurückruft.

Berliner-Börsen-Zeitung - Nr.1 – 1918 – Dienstag, 1.Januar - S.3

Der Dank der Perser.

Berlin, 31. Dezember. Der Abgeordnete des persischen Parlamentes Tagizadeh hat an den Reichskanzler folgende Drahtung gesandt:

Im Namen des gesamten persischen Volkes beehrt sich das Komitee der persischen Nationalisten in Berlin seine enthusiastischen Dankbarkeitsgefühle der Kaiserlichen Deutschen Regierung aus Anlaß der wohlwollenden und wirksamen Unterstützung, die ihm bezüglich der Räumung des persischen Bodens von fremden Truppen zuteil wurde, zum Ausdruck zu bringen. Unsere Dankbarkeit ist um so größer, als der ganze Artikel 10 des Waffenstillstandsvertrages lediglich von dem Gesichtspunkt der Achtung der Freiheit, Selbständigkeit und territorialen Unversehrtheit des neutralen persischen Reiches geschlossen wurde. Wir hoffen, daß diesem wohlwollenden Akte, der an und für sich ein leuchtendes Beispiel dafür ist, **daß das Deutsche Reich der wirkliche Verteidiger der Freiheit der Völker ist**, weitere Schritte folgen werden, die unerlässlich sind für die vollständige Selbständigkeit Persiens und seine Befreiung von den Fesseln, die sich mit den Prinzipien der Freiheit nicht vereinbaren lassen.

Berliner Abendpost - Nr.1 – 1918 – Dienstag, 1.Januar - S.1

Die Polen am Verhandlungstisch. – Reise des polnischen Ministerpräsidenten nach Berlin und Wien.

Warschau, 29. Dezember. Kurjer Warszawski teilt mit, daß die Angelegenheit der Teilnahme der polnischen Vertretung an den Friedensverhandlungen gegenwärtig der Gegenstand von Beratungen des Regentschaftsrates sowie des Kabinettes sei. Die polnischen Vertreter werden im entsprechenden Stadium der Friedensverhandlungen mit dem Charakter von Sachverständigen und Beratern auftreten. In erster Linie wird der Ministerpräsident an den Friedensverhandlungen teilnehmen.

Ministerpräsident Kucharszewski fuhr Sonnabend in Begleitung des Grafen Rostworowski nach Wien, um sich mit dem dorthin zurückgekehrten Grafen Czernin näher zu verständigen.

Die seit längerer Zeit geplante Reise des Regentschaftsrates nach Berlin und Wien ist für Anfang Januar in Aussicht genommen. Mit dem Regentschaftsrat sollen der polnische Ministerpräsident Kucharszewski sowie der Chef des Zivilkabinetts Prälat Chelmicki fahren. Die Mitglieder des Regentschaftsrates wollen beiden Monarchen ihren Besuch abstatten.

Berliner Abendpost - Nr.1 – 1918 – Dienstag, 1.Januar - S.2

Die verpaßte Gelegenheit zum ehrenvollen Frieden.

Genf, 30. Dezember. Die pazifistische Genfer Feuille vergleicht die herausfordernde Rede Pichons mit dem Leichtsinn eines Vabanquespielers. Die Kammer, die angesichts der düsteren militärischen und politischen Lage Clemenceau und Pichon weiter folge, übernehme eine blutige Verantwortung. Hinter den 100 Sozialisten, die der Regierung die Gefolgschaft verweigerten, stehe zweifellos die überwältigende Mehrheit des Landes und die gesamte Front.

Dem lärmenden Phrasenschwall der Pariser Kriegspresse, die das Friedensprogramm von Brest-Litowsk mit einer sich hysterischen Formen nähernden Wut ablehnt, widerspricht nur die fast schüchterne Stimme der Humanite und Le Pays. Man fühlt, wie gegenüber dem Terror Clemenceaus selbst einem so einflußreichen Mann wie Renaudel der Mut ausgeht. Renaudel beginnt seinen Leitartikel in der Humanite mit dem zaghaften Satz: „Wir können die Rede des Ministers des Aeußern nicht loben.“ Er nennt diese Rede eine Sammlung von Phrasen und sie Regierungspolitik gegenüber Rußland eine Politik des Schweigens und der Tatenlosigkeit. Anscheinend habe es Pichon nicht einmal für nötig gehalten, sich vor seiner Rede mit den übrigen Ententekabinetten zu verständigen. Renaudel schließt resigniert: „Wieder einmal habe Frankreich eine günstige Gelegenheit zum ehrenvollen Frieden versäumt.“

Der Pays äußert seinen Tadel gegen die herausfordernde Haltung der Regierung in sehr behutsamen und vorsichtigen Wendungen. Selbstverständlich, der Sieg bleibe Voraussetzung des Friedens, durch die Einschränkung des Friedensprogramms in maßvollen demokratischen Grenzen werde jedoch die Moral von Front und Heimat gestärkt. Es sei bedauerlich, daß die große radikal-sozialistische Partei es den Sozialisten allein überlasse, die wahre Stimmung Frankreichs zum Ausdruck zu bringen. Die sozialistische Partei werde so mehr und mehr zu der eigentlichen und einzigen Regierungspartei der Zukunft.

Deutsche Zeitung - Nr.1 – 1918 – Dienstag, 1.Januar - S.1

Was will England?

Amsterdam, 31. Dezember. Reuter meldet aus London: Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ erfährt: Die britische Regierung betrachtet die von Deutschland und Oesterreich-Ungarn gestellten Friedensbedingungen als ersten Schritt von Seiten der Mittelmächte und hat die feste Absicht, eine ernste, wohlüberlegte Antwort zu geben, sobald die Bedingungen offiziell überreicht sind. Lloyd George hat bereits selbst seine Reise nach Frankreich festgesetzt, um mit Clemenceau darüber zu verhandeln.
[Seine Reisabsicht wird später dementiert]

★

★

★

Die Meldung ist mit äußerster Vorsicht aufzunehmen und mehr als ein Versuch zu bewerten, die deutsche Regierung zu neuen Schritten zu verlocken. Es ist doch immerhin merkwürdig, daß nun plötzlich die englische Regierung von einem ersten Vorschlag spricht, nachdem Pichon am 27. Dezember „einen solchen indirekten Friedensvorschlag als nicht der Erwägung wert“ bezeichnete, nachdem auch in der offiziellen italienischen Presse ein „Unannehmbar“ ausgesprochen wurde. Ohne Zweifel wird London sich bemühen, aus der augenblicklichen Lage den größtmöglichen Nutzen zu ziehen und durch eine scheinbare Friedensneigung auf Rußland einzuwirken. **Für uns gilt es, nun mehr als je auf der Hut zu sein, denn nie ist England gefährlicher, als wenn es einzulenken versucht.**

Deutsche Zeitung - Nr.1 – 1918 – Dienstag, 1.Januar - S.1

Vor einem neuen Krieg in Frankreich.

Basel, 31. Dezember. Der „Temps“ spricht die Ansicht aus, es begänne jetzt ein neuer Krieg in Frankreich. Wie im Jahre 1914 würden sich deutsche Heeresmassen wieder auf die französische Armee stürzen. Dazu meint das „**Berner Tageblatt**“: „Auch wir glauben, es beginnt ein neuer Krieg in Frankreich. Wie lange er dauern wird, ist freilich eine andere Frage, aber es ist anzunehmen, daß die Entscheidung bald fallen wird. **Frankreich ist mürbe geworden und besitzt nicht mehr die innere Kraft, die das deutsche Volk bis zum Ertragen so unerhörten Leiden und Entbehrungen bewiesen hat.** Die Ereignisse werden dies zeigen. Wenn der „Temps“ erklärt, es handele sich bei Frankreich nur darum, Widerstand zu leisten, das hieße schon siegen, so dürfte sich das Blatt damit einer bedenklichen Täuschung hingeben. Das ist eins jener Schlagworte, die in Frankreich ziehen, hinter denen aber nichts steckt. Nein und abermals nein, mit bloßem Widerstand wird der Sieg nicht erfochten werden. Das haben die Deutschen nun erfahren und deshalb wollen sie vom bloßen Widerstand zum Angriffe übergehen.“

Norddeutsche Allgemeine Zeitung - Nr.1 – 1918 – Dienstag, 1.Januar - S.1

Der U-Bootkrieg als Ursache des italienischen Zusammenbruchs.

In der „**New York Times**“ vom 4. Nov. beschäftigt sich ein Schriftsteller mit den Gründen des italienischen Zusammenbruchs, für die er hauptsächlich die infolge des U-Bootkrieges mangelhaften Zufuhren verantwortlich macht. Es heißt dort u.a.:

„Bei weitem die wichtigste unmittelbare militärische Ursache der Niederlage und des Rückzuges wird unwidersprochen in dem Mangel an Munition und schweren Kanonen erblickt. Es hat ernster Zweifel geherrscht, ob Italien die ihm von England und Amerika zugeteilten Schiffsräume richtig verwende. Schiffsräume war Italiens größter Mangel. Sie war das, was Italien am dringlichsten immer wieder verlangt hat, dazu Kohlen und Eisenerz. Allerdings hat es auch Kanonen und Munition verlangt, aber erklärt, daß es in der Lage sei, diese selbst herzustellen, wenn es nur Kohle und Erz bekomme. Italien hat Geld, Schiffe, Kohlen und Kanonen von England, Kanonen und Munition von Frankreich und etwas von dem allen außer Kanonen, aber einschließlich fester Anleihen von den Vereinigten Staaten bekommen, von keinem der Bundesgenossen aber genug, um die Aufgabe zu lösen, die es sich selbst als seinen Anteil am Kriege gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn gestellt hatte. Bald nach Kriegseintritt gab England eine halbe Million Tonnen Schiffsräume an Italien ab. Von der ganzen neutralen Schifffahrt, die England, Frankreich und Italien gemeinsam unter ihre Hand gebracht hatten, waren mehr als 90 % zur Verfügung Frankreichs und Italiens gestellt. Dies war natürlich eine schwere Anzapfung Englands, die dieses aber ertrug, obwohl es in mancher Hinsicht den Gebrauch, den Italien von dieser Tonnage machte, mißbilligte. Italien benutzte die Schiffe, um monatlich 70 000 Tonnen Kohle aus Amerika zu holen. England war der Ansicht, daß die Kohle in England zu holen und dadurch Tage und Wochen (aber nicht italienisches Geld) zu sparen, die Schiffe also besser

auszunutzen seien. Italien erwiderte, England verlange zu viel für seine Kohlen und ziehe so von Italien das von ihm geliehene Geld wieder ein. Ein anderer Grund war, daß der Hafenbetrieb in Cardiff derartig angestaut war, daß es einfacher erschien, nach Amerika zu gehen.

Amerika wurde, als es in den Krieg eintrat, als der große Bruder begrüßt. Das stimmte in Bezug auf Milliardenanleihen und manches andere. Aber die Leitungsfähigkeit des großen Bruders in Bezug auf Schiffe wurde gewaltig überschätzt, und das Erwachen verursachte eine schwere Enttäuschung, die mit der heutigen Notlage Italiens in naher Verbindung steht. Die Zerstörung von Schiffsräume durch den U-Bootkrieg hielt sich monatelang auf einem sehr hohen Stande, und England braucht deshalb ebenso wie Frankreich und Italien amerikanische Schiffe. An Italien konnte aber seit unserem [Amerikas] Kriegseintritt keine Schiffsräume mehr abgegeben werden, und England hat Italien nicht, wie gefordert, mehr Schiffe gegeben, sondern solche zurückgezogen in der Hoffnung, Amerika würde einspringen können. So wurde während des letzten halben Jahres der Schiffsbedarf Italiens zur Versorgung seiner Armee von Tag zu Tag verzweifelter. Zur gleichen Zeit fiel die Brotreserve auf den Nullpunkt. Weiter mußte wegen Kohlenmangels der Eisenbahndienst auf die Hälfte des Normalen vermindert werden.“

Der Schluß dieses Aufsatzes sagt, daß Norditalien ein Nebenkriegsschauplatz sei, daß jedoch die Alliierten Italien helfen würden sich zu halten, daß aber eine Unterstützung nach der Westfront komme.

Bekanntlich haben die Verbündeten bei ihrem schnellen Vormarsch ungeheure Vorräte erbeutet, die sich Italien im Laufe der Zeit an dieser Front aufgestapelt hatte und womit es die zwölfte große Isonzo-Schlacht schlagen wollte. Umso erfreulicher ist die Feststellung des New Yorker Blattes, woraus klar hervorgeht, daß eine Wiedererstarkung der italienischen Heereskraft infolge des fortdauernden ungehemmten U-Bootkrieges als ausgeschlossen gelten kann.

Deutsche Zeitung – Nr.1 – 1918 – Dienstag, 1. Januar - S.1

Die Kriegslage Ende Dezember 1917. – von Oberstleutnant a. D. Immanuel Fischer.

I. Jeder Krieg verfolgt bestimmt strategische Ziele. Ob diese von Anfang an den Parteien vorschweben oder erst im Verlaufe der kriegerischen Ereignisse entstanden, – das Kriegführen besteht im Wettlauf nach ihnen. Zuerst weit ausgreifend, weit abwehrend, pflegt das kriegerische Handeln sich räumlich um so mehr zu konzentrieren, je näher man den militärischen Zielen kommt. Nichts veranschaulicht die gewaltige Größe des Krieges, den die Menschheit unserer Tage erlebt, besser als die Tatsache, daß er auch im verflossenen Jahr an Ausdehnung wuchs bis zu planetarischer Exzentrizität. Zeitliche Weite durch Jahre brachte räumliche Breite. Das blutrot zu Ende gehende Jahr ließ die zentrifugalen Kräfte noch stärker wirken als seine Vorgänger. Der Beitritt einer weiteren Reihe exotischer Staaten zur Liga unserer Feinde, wie die zunehmende Intensität der Kriegshandlungen gibt dem Kriegsjahr 1917 sein eigentümliches Gepräge. Wir mußten erkennen, daß wir noch weit vom Ziel waren. Denn trotz den schweren Niederlagen, die wir unseren Feinden zugefügt hatten, schien keiner von ihnen gebrochen. Großmächte erliegen nicht, wenn ihnen immer wieder neue Verbündete erstehen, neue Kraftquellen sich erschließen.

Der Jahresanfang stand unter den Nachwirkungen der Sommeschlacht im Westen, des Isonzozweikampfes, des Eindringens der Russen in Galizien, der Niederwerfung Rumäniens. Also: im Westen und vor Triest unentwegtes Standhalten gegen die Massenstürme britischer, französischer, italienischer Kraft; im Osten Nachgeben übermächtigem russischen Druck an nicht allzu empfindlicher Stelle, dafür aber restlose Beseitigung einer heraufziehenden schweren Gefahr für unseren treuen nächsten Verbündeten, und damit auch für uns, und für unsere leicht zerbrechlichen Verbindungen mit den entfernten Getreuen. Noch am 3. Dezember 1916 hatte der russische Ministerpräsident Trazow Konstantinopel als Rußlands Kriegsziel verkünden dürfen. Doch blieb schwere Bedrohung der Mittelmächte in West und Süd und Ost. So traten wir in dies Jahr hinein. Nicht wenige waren sorgenvoll. Sie glaubten, im Friedensangebot vom 12. Dezember des vorausgegangenen Jahres das Echo hören zu sollen des Schlachtgetöses in Ost und West. Sie hatten falsch gehört. Das Gefühl eigener Schwäche hätte uns einen gangbaren Weg finden lassen als den der hellen Öffentlichkeit. Höhnische Ablehnung unserer Feinde rückte das Ziel des Krieges in weitere Ferne als je. Die heraufkommende Januarsonne beleuchtete das Trümmerfeld des Friedenstraumes. Die Wirklichkeit, die **dira necessitas**, forderte ihr Recht. Der Krieg blieb, was er gewesen war, was er immer sein wird, das Ringen um die Entscheidung der Waffen. Sein Ziel ist der Sieg; nur dieser bringt Frieden.

Indem unsere militärische Leitung nach dieser Wahrheit handelte, gestaltete sich das Jahr 1917 zu dem bisher erfolgreichsten des Krieges. Für den, der Zahlen liebt, seien sie hier genannt. Die Entente verlor seit

Ablehnung des Friedensangebots nahezu eine halbe Million an Gefangenen und weit über 4000 Geschütze sowie fast 10 Millionen Br.-Reg.-Tonnen. Das von den Mittelmächten erbeutete ungeheure Kriegsgerät und die durch Besetzung feindlicher Gebiete in diesem Zeitraum sich ergebenden unschätzbaren wirtschaftlichen und militärischen Werte lassen sich in Zahlen nicht ausdrücken. Allein solche Angaben dürfen niemals als Maßstab für den Erfolg gelten. Dieser liegt einzig im Schlachtgewinn, sei es im Angriff, sei es in der Abwehr, und in seiner strategischen Auswertung. Nicht nach Zahlen, nach Taten haben wir zu messen. Der gewaltige militärische Erfolg dieses Jahres liegt für uns inbegriffen in den Namen: Arras, Aisne, Champagne, Verdun, Wardar und Doiransee, Flandern, Lens, Ostgalizien und Bukowina, Karpathen und Moldau, immer wieder Flandern, Riga, Jakobstadt und Oesel, Isonzo, Tagliamento und Brenta, Cambrai. Sie bedeuten, daß deutscher Wille, Geist und Kraft an allen Fronten Sieger waren. Darum sind unsere und unserer Verbündeten Erfolge in diesem Jahr stärker und weittragender als in einem der früheren Kriegsjahre. Nur darum auch sind wir dem Ziel des Krieges näher gekommen.

Das ist unser Kriegsergebnis im verflossenen Jahre. Und wie ist das unserer Feinde? Ihr Kriegsplan war die Einkreisung Deutschlands und seiner Verbündeten mit allen militärischen und wirtschaftlichen Nöten. Sie haben sie nicht erreicht – wenigstens nicht in den gewollten Wirkungen. Militärisch haben unsere Feinde nur Niederlagen erlitten, sehen sich ihren Zielen immer noch weit entfernt. Wirtschaftlich haben sie ebenso wenig erreicht. Denn das durch kriegserfolge erweiterte Gebiet der Mittelmächte mit seinen reichen Hilfsquellen bewahrt uns vor wirtschaftlicher Verlegenheit. Deutschland insbesondere steht, wie Kjellen sagt, unberührt in vollem Glanze seiner Stärke da, die niemals größer war. Auf deutscher Seite erkennt man im verflossenen Jahre ein militärisches Programm als Fortsetzung der vorher erzielten Erfolge. Auf feindlicher Seite vermißt man ein solches. Nachdem die Operationen im Westen im Herbst 1914 zum Stillstand gekommen waren, zeigte der deutsche Kompaß nach Nordost. In den Schlachten von Tannenberg, Angerburg in Masuren und in Polen wurde der Anfang gemacht: zur Durchbrechung des Ringes, den unsere Feinde um uns gelegt hatten. Die Peripherie wurde erweitert in der Zertrümmerung der Weichselstellungen, der Zerschmetterung Serbiens und Rumäniens, der Ausbreitung unserer Machtsphäre bis an die Einfahrt zum Rigaischen Meerbusen und bis in die Moldau hinein. Der Kompaß der deutschen Heeresleitung neigte, je mehr die Lage im Norden geklärt war, nach Südost. So konnten auf dem Balkan klare Verhältnisse geschaffen werden. Bulgarien hat die Vormachstellung auf dem Balkan erkämpft. Der Ausdehnung seiner Macht auf die alten Stammlande steht nichts entgegen. Oesterreich-Ungarn hat nach Osten freie Hand. Als unmittelbare Folge seiner militärischen Niederlagen stellte sich in Rußland der innere Zusammenbruch ein, das bisher bedeutendste Ereignis deutscher Siege. Mit der Auflösung der russischen Militärmacht, mit dem Aufhören des Kriegs im Osten ist der Plan unserer Feinde gescheitert. Die Einkreisung ist hinfällig geworden. Es gibt keinen Zweifrontenkrieg mehr. Der europäische Krieg wird in Zukunft nur noch zwischen Nordsee und Adria gekämpft werden. Das ist der große Erfolg des Jahres 1917. Auch für den linken Flügel der in Mesopotamien kämpfenden türkischen Armeen bedeutet die Zurückziehung der russischen Kräfte aus Persien eine wesentliche Entlastung. So hat das Ende dieses unerhört blutigen Kriegsjahres den Mittelmächten militärische Vorteile gebracht, die sich in ihrer Wirkung noch nicht übersehene lassen.

Die nächste Folge des Eingeständnisses der russischen Kampfunfähigkeit war das Hinüberschnellen des Richtungszeigers der deutschen Heeresleitung nach Süden. Dort handelte es sich nicht allein um Abwendung jeder Bedrohung österreichischer Stammlande, sondern um Beseitigung eines weiteren Stückes des um die Mittelmächte gezogenen Ringes, um Verkürzung der Abwehrfront zugunsten ihrer Kräftigung. Ungeheuer war der militärische Erfolg. Italiens Wehr sieht sich trotz den Unterstützungen der Westmächte heute in einer Umklammerung, aus der es keine Rettung gibt als der Rückzug, sobald der Angriff der Mittelmächte erneuert wird. Fast täglich erringen österreichische Truppen Teilerfolge auf den südlichen Ausläufern des Gebirges, die sie voraussichtlich bald restlos besitzen werden. Aber nicht Italien allein ist hier besiegt worden. Auch England und Frankreich erlitten in Venezien eine Niederlage, die sie vielleicht schwerer traf, als das unmittelbar betroffene Italien. Beweis: die Eile, mit der sie recht erhebliche Kräfte dorthin abgegeben haben. Nachdem Rußland ausgefallen ist, müssen sie alles daran setzen, daß nicht auch noch Italien versagt. Ob dem vorgebeugt werden kann, ist nicht nur eine Frage der militärischen Macht, sondern auch eine solche der inneren Ordnung, die stark ins Wanken geraten ist.

2. Teil, Deutsche Zeitung, Nr.4,1918,3.Januar, S.1

II. Auch Italiens innerer Zusammenbruch, sollte er eintreten, würde auf das Konto der militärischen Erfolge der Mittelmächte zu schreiben sein. Aber auch wenn es in letzter Stunde gelingen sollte, das Aeüßerste abzuwenden – die militärische Macht Italiens ist so stark erschüttert, daß wir von dort eine Bedrohung nicht mehr zu gewärtigen haben. Nur noch in der Verteidigung, in der Erhaltung des Restes seiner Macht besteht

Italiens Kriegsziel. Es hat sich im verfloßenen Jahr gewaltig gewandelt. Hieran vermag auch keine Hilfe der Westmächte etwas zu ändern. Diese werden allmählich begreifen müssen, wie wenig die Abgabe von Unterstützungen nach Italien den Grundregeln der Kriegskunst entsprach. Zum Kriegführen gehört eben nicht nur Geld. Was England und Frankreich an die Brenta geworfen haben, das entbehren sie jetzt schmerzlich an der Yser und Aisne. Auch die mazedonische Armee würden sie jetzt gern im Westen verwenden. Denn hier heißt es: alle Mann an Deck. Aber es scheint, daß der Abberufung dieser von Anbeginn weit überschützten, nach dem Ausscheiden Rußlands und Rumäniens vollends entbehrlichen Luxusware außer erheblichen technischen Schwierigkeiten jetzt auch politische Bedenken entgegenstehen. Die Sicherung des Besitzes von Saloniki allein rechtfertigt diesen Aufwand nicht, dieweil im Westen alles zur Entscheidung drängt.

Denn der Kompromiß der deutschen Heeresleitung zeigt jetzt nach West. Dort, wo immer der Schwerpunkt des Krieges lag, dort, wo die Seele der feindlichen Mächte wohnt, wohin alle ihre unermeßlichen Hilfsquellen zusammenfließen zu der gewaltigen Springflut, die durch drei Jahre erfolglos gegen die deutsche Abwehr brandete, dort soll nunmehr das letzte Wort gesprochen werden. Das Wort des Schwertes, das einzige, das Geltung hat. Deutschlands in Ost und Süd freigewordene Kraft steht jetzt im Westen bereit, die Seele der feindlichen Gewalten zu treffen. Nie vorher sah die deutsche Heeresleitung solche Kraftanhäufung an einer Stelle in ihrer Hand. Nie war Deutschlands Feinden das rächende Schicksal näher. Das ist das erhebende Ergebnis deutscher Kriegführung um die Jahreswende. In Wahrheit: der Krieg hat sich konzentriert, sein Ziel ist in greifbare Nähe gerückt. Nicht in Brest-Litowsk wird Deutschlands Zukunft verhandelt, auf den Kampfplätzen des Westens wird sie erstritten werden. Geschichte wird an den Schlachtfeldern gemacht. Sie wird mit Blut geschrieben, nicht mit Tinte. Große Mächte sind nie mit anderen Mitteln als durch das Schwert wie gegründet, so erhalten worden. Deutschlands gegenwärtiges Geschlecht, das sich in diesem Kriege seiner Geschichte würdig erwiesen hat, ist sich in seiner überwältigenden Mehrheit der großen Aufgabe voll bewußt, die die schwere Zeit ihm stellt. Es ist kein Zweifel: wie in Ost, Südost und Süd, so wird die deutsche Kraft auch in West ihrer letzten Feinde Herr werden. die Abrechnung steht bevor. Das ist der leuchtende Ausblick auf das neue Jahr, wenn auch an diesem Wendepunkt manche Vorgänge uns die Zukunft finster erscheinen ließen. Wir vertrauen Deutschlands militärischer Führung. Ihr scharfes Schwert wird uns die Grundlagen für unsere gesicherte Zukunft schaffen.

Die Westmächte sind sich dessen, was ihnen bevorsteht, durchaus bewußt. Was dort heute gesprochen und geschrieben wird, läßt daran keinen Zweifel. Am wenigsten solche Ermunterungen, die den Siegeswillen am lautesten verkünden, die Logik der Tatsachen nicht gelten lassen wollen. Das Pochen auf amerikanische Hilfe ist heute nicht mehr Selbsttäuschung, es ist nur noch Bluff. Wenn die Vereinigten Staaten noch im Sommer 1918 mit nennenswerten Kräften auf der europäischen Bühne aufzutreten gedenken sollten, dann wäre es höchste Zeit, daß die ersten Staffeln dieser Riesentransporte ihre Reise über den je näher seinen östlichen Küsten um so unsichereren Ozean anträten. Der heutige Stand der amerikanischen Rüstungen gestattet aber ein Eingreifen von Armeen in den europäischen Krieg im Jahre 1918 nicht. Man darf es heute als gewiß bezeichnen, was bisher schon vermutet werden konnte: vor dem Jahre 1919 kann die Union nicht in der Lage sein, große Truppenstärken nach Europa zu werfen. Bis dahin wird sie sich, um das Gesicht zu wahren, mit kleinen Entsendungen begnügen müssen. Auch fehlen vorläufig alle jene höchst umfangreichen Vorbereitungen in Frankreich oder Italien, ohne die ein derart großartiges Unternehmen schlechterdings undurchführbar sein würde.

Deutsches Volksblatt - Nr.10417 – 1918 – Mittwoch, 02. Januar - S.5

Eine wichtige russische Erklärung. – Die Frage der baltischen Provinzen und Polens.

Petersburg, 30. Dezember. (Meldung des Petersburgers Telegraphenbureaus) Das Preßbureau des Kommissariates für auswärtige Angelegenheiten teilt mit:

Die deutsche Abordnung in Brest-Litowsk hat der russischen Abordnung ein Schriftstück vorgelegt, das einen genaueren Plan der deutschen Bedingungen enthält. Die deutsche Regierung spricht in dem Schriftstück die Versicherung aus, daß die Volksmassen in Kurland, Polen, Litauen und in Teilen Estlands und Livlands sich schon zugunsten der politischen Unabhängigkeit ausgesprochen hätten und daß die russische Regierung, da sie sich auf den Gesichtspunkt des freien Bestimmungsrechtes der Nationalitäten stütze, darin den Ausdruck des Willens des polnischen, litauischen und lettischen Volkes empfangen habe. Die russische Abordnung hat erwidert, daß sie eine Willensveränderung, die unter dem Drucke der Kriegslage erfolgt sei, nicht anerkennen könne.

Der Rate der Volksbeauftragten der Konferenz über die Kriegsgefangenen legte Genosse Radok im Namen der russischen Abordnung gegen die Verhaftung von Internationalisten in Deutschland Einspruch ein.

Alle Schriftstücke werden morgen veröffentlicht.

Deutsches Volksblatt - Nr.10417 – 1918 – Mittwoch, 02. Januar - S.8

Der Vatikan gegen den zionistischen Judenstaat.

Berlin, 31. Dezember. Die über katholische Fragen gut unterrichtete „**Neue Züricher Nachrichten**“ bringen folgendes Telegramm aus Rom, das man für eine offizielle Erklärung des Vatikan betrachten kann:

„Die Pariser Meldung, wonach die französischen Zionisten der englischen Regierung für ihr Versprechen, in Palästina einen Judenstaat zu gründen, ihren Dank kundgeben werden, wird in vatikanischen Kreisen mit Befremden aufgenommen. Die Lösung wird vom Heiligen Stuhl als ein schwerer Affront nicht nur gegen die katholische Kirche, sondern gegen die ganze Christenheit aufgefaßt. Sofern sich die Nachricht bestätigt, ist damit zu rechnen, daß der Heilige Vater in nächster Zeit schon unzweideutig seine Ansicht öffentlich kundgibt. Es dürfte nicht schwer sein, den Nachweis zu leisten, daß die zionistischen Forderungen außerhalb des Nationalitätenprogramms behandelt werden müssen.“

Dies klingt ganz anders als der Bericht des Zionistenführers Herrn Sokolow über seinen Empfang im Vatikan.

Deutsches Volksblatt - Nr.10417 – 1918 – Mittwoch, 02. Januar - S.8

Fällt Holland um?

Rotterdam, 1. Januar. Nach einer Depesche der „Morning Post“ aus Washington erklärte das Mitglied des amerikanischen Schifffahrtsrates Donald im Senatsausschuß, daß Verhandlungen über die Ersetzung von amerikanischen Handelsschiffen im Gange sind, die man für die Kriegsführung braucht, durch neutrale Schiffe.

„Wenn die Neutralen bereit sind, den Alliierten dahin entgegenzukommen, sollen freundschaftliche Vereinbarungen mit ihnen getroffen werden über die Lieferung von amerikanischen Ausfuhrwaren an sie. Wenn die Neutralen aber widerspenstig sind, sollen die schärfsten Maßnahmen getroffen werden. Der wirtschaftliche Druck, den die Alliierten durch ihre Seeherrschaft ausüben können, ist unwiderstehlich (?), und die Amerikaner, die jetzt den Ernst des Krieges einsehen, werden sich nicht mit halben Maßregeln begnügen. Bisher hat Holland jede Verständigung abgelehnt und es vorgezogen, etwa 100 Schiffe untätig in amerikanischen Häfen liegen zu lassen. Jetzt aber seien Anzeichen vorhanden, daß man in Holland den amerikanischen Druck empfindet und bereit sei, Bürgschaften zu leisten, daß kein holländisches Schiff direkt oder indirekt im Interesse Deutschlands verwendet werden soll. Die anderen neutralen Länder befinden sich in ähnlicher Lage und müssen gezwungen werden, den Vereinigten Staaten etwas in Tausch abzutreten, wenn sie aus den Vereinigten Staaten etwas erhalten wollen. In Amerika herrscht in diesem Augenblicke Zuckermangel, während in Japan Ueberfluß an Exportzucker vorhanden ist. doch dieser Zucker könne nicht nach Amerika geschafft werden, weil keine amerikanischen Schiffe für den Transport benutzt werden können und die Neutralen ablehnen, Zucker für Amerika zu holen, indem sie hoffen, den Zuckermangel Amerikas als Hebel

gegen die Vereinigten Staaten zu benutzen, um eine allgemeine Regelung anwenden zu können. Die Vereinigten Staaten wollen auch eine Regelung, die für die Neutralen gerecht ist, sie aber daran hindert, auch nur indirekt den Deutschen Hilfe zu leisten.“

Berliner Morgenpost - Nr.2 – 1918 – Mittwoch, 02.Januar - S.2

Lansing gegen „weitläufige Friedensverhandlungen“. –

Die Vereinigten Staaten haben nur Zeit für den Krieg.

Amsterdam, 31. Dezember. Die Times meldet aus Washington: Lansing teile einer Journalistenabordnung mit, daß er keinen Kommentar zu geben brauche zu den Erklärungen, die durch den Grafen Czernin in Brest-Litowsk abgelegt worden waren. Es werde wahrscheinlich keine Notiz davon genommen werden. Amerika habe zu viel zu tun mit einer Fortsetzung der Kriegsmaßnahmen, um ein Interesse an weitläufigen Friedensverhandlungen zu haben, die mit Drohungen verbunden sind. Amerika ist nicht gesonnen, Unterhandlungen anzuknüpfen, bevor die gepanzerte Faust nicht „enthandschuht“, das blitzende Schwert zerbrochen ist, das deutsche Volk die Missetaten seiner Führer erkennt und Wiederherstellung, Schadenersatz und Garantien gegen die Wiederholung eines Krieges anbietet.

Berliner Morgen Zeitung - Nr.1a – 1918 – Mittwoch, 02.Januar - S.1

Die unberührte deutsche U-Boot-Basis. – Ein Rückblick.

Die Flandernschlacht ist vorläufig abgeschlossen. Seit vier Wochen haben die Engländer nicht mehr gewagt, an der alten Front anzugreifen und den alten Blutsumpf mit neuem Blut zu tränken. Uns interessiert heute, das Fazit aus dem Geschehenen zu ziehen.

Die Schlacht in Flandern galt der deutschen U-Boot-Basis. Die Eroberung jedes Grabens, jeder Stellung, jedes Dorfes hatte nur den Zweck, diese Basis zu erschüttern, aufzubrechen, umzustoßen, kurz, das zu tun, dessen sich die englische Flotte als unfähig erwiesen hatte. England mußte ein Mittel gegen das deutsche U-Boot finden. Sein Leben hing daran. Es war ja der Nerv, das Rückgrat seines Organismus, der durch das deutsche U-Boot schwer bedroht ist. Diese Sachlage machte es dem Inselreiche zur gebieterischen Pflicht der Selbsterhaltung, alles daran zu setzen, dieser Bedrohung Herr zu werden. Zur See erwies sich dies, wie schon gesagt wurde, als unmöglich, weder vermochten Minensperren das U-Boot fernzuhalten, noch Neubauten den durch dasselbe geschaffenen Verlust auszugleichen. so schritten die Engländer Anfang Juli 1917 zum Landangriff. Der Erfolg schien sicher. Sich gegenüber wußten sie nur einen Bruchteil der deutschen Armee, deren übriger Teil auf den anderen Fronten in der Abwehr gegen die Massenheere Rußlands, gegen die Rumänen, gegen die kombinierte Salonikiarmee Sarraills und gegen die wütenden, sich in kurzer Folge wiederholenden Angriffe Cadornas gebunden waren.

Die Engländer aber hatten ihre ganze Armee mit allen Hilfsvölkern zur Verfügung, die gespeist wurden aus jener mehr als siebenfachen Uebermacht der 1.307.091.060 Menschen, die sie gegen die Mittelmächte wohl mobil gemacht hatten. Außerdem konnten sie schlimmstenfalls auch noch jeder Zeit auf die Reserven der benachbarten Franzosen zurückgreifen, die ihnen trotz ihres Mangels an Menschen, immer zur Verfügung standen, weil Frankreich in seiner völligen militärischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von England ja am Ausgang dieses Kampfes um den Lebensnerv des Inselreichs selbst im höchsten Grade interessiert ist.

Die Vorbereitungen, die England für seinen Angriff traf, waren entsprechend der Größe der Aufgabe die größten, die bisher überhaupt getroffen wurden. Ihnen gegenüber verschwinden selbst die Anstrengungen vor der elften Isonzoschlacht, in der Cadorna zwei Drittel seiner ganzen Armee ins Feld führte. Artillerien aller Kaliber waren in einer Dichte zusammengeschoben, die oft den Einbau der einzelnen unmöglich machte, weil einfach der Boden nicht mehr ausreichte, sie und die für ihre Bedienung nötigen Munitionsmassen zu fassen. Straßen wurden angelegt, kleine und große Bahnen gebaut, Ortschaften niedergelegt und an ihrer Stelle meilenweit im Hinterland riesige Lager zur Aufnahme der Millionen errichtet, die von allen Kriegsschauplätzen hier versammelt wurden, um den Weltkrieg endlich zu Ende zu führen.

Mitte Juli setzte der Artilleriekampf ein. Unter der atemlosen Spannung der gesamten Welt hob sich der Vorhang über dem Schauspiel des größten Kampfes, den das weltbeherrschende England einging, um die Zweifler an seiner Macht von seiner Stärke zu überzeugen. Was da an Sprengstoffen verschossen worden ist, welche Garben, Bündel, Explosionsmassen in wochenlangem dichtesten Regen auf die deutschen Linien geworfen wurden, ist in Zahlen nicht annähernd festzustellen. Es mag genügen, zu erwähnen, daß die Kriegsausgaben Englands vom November 1916 bis Ende November 1917, also in 13 Monaten, die Höhe von 53

Milliarden Mark erreichten, während sie in den 27 Monaten bis zum November 1916 zusammen überhaupt nur 68 Milliarden betragen hatten.

Der der wochenlangen Artillerie- und Minenwirkung folgende Infanterieangriff warf nicht weniger als 98 frische, ausgeruhte und auf diesen endgültigen Angriff ganz speziell vorbereitete Divisionen [98 Divisionen ca. 1.5 bis 2 Millionen Mann] gegen die in bereits jahrelanger Verteidigung gleichmäßig ausharrenden deutschen Verteidiger. Alle Welt nahm an, daß die deutsche Linie diesem Ansturm nachgeben würde. Sie mußte durchbrochen werden; es schien menschenunmöglich, diesem Ansturm zu widerstehen. Diese Ueberzeugung war allgemein. Und alle Erwartungen wurden zuschanden. Dem ersten Angriffe mußte ein zweiter folgen, dem zweiten ein dritter usw. Bis es sechzehn geworden waren, und man Mitte November das Resultat ziehen und dabei sehen mußte, daß es weder Durchbruch noch Katastrophe, noch Niederlage der Deutschen, sondern lediglich die Einbuße eines zertrommelten und von Granaten umgepflügten Geländestreifens von 20 Kilometern Breite bei einer stellenweise Tiefe von 7 Kilometern darstellte. Das war alles. Das war, worauf der Angriff abzielte, die U-Boot-Basis stand ebenso unberührt wie vorher. Kein einziges deutsches U-Boot konnte durch die ganze Fülle aller dieser Angriffe an seiner Arbeit gehindert, keine einzige Tonne Ententenschiffsraumes vor der Versenkung bewahrt werden. Denn der Pfeiler, auf dem diese deutsche Wirkung beruhte, das Hafengebiet Flanderns, war unerschüttert geblieben. An diese ganze Land, an diese Festung hatte der englische Angriff nur gespült wie eine Flut gegen den Damm, um dann abzuebben und schließlich wieder in den Zustand resignierter Ruhe zurückzukehren, die vordem herrschte.

Taktische erzielte der Flandernschlacht wie erwähnt, den Besitz einiger Dörfer, strategisch: nichts. Denn das, um was sie geführt wurde, blieb, wie es war.

Zu gleicher Zeit, als in Flandern ein Bruchteil der deutschen Armee dieser monatelangen Reihe wütendster Massenangriffe trotzte, bezwangen die andern Teile Galizien und die Bukowina mit 28.500 Quadratkilometern, nahmen Riga und Jakobstadt, machten sich zu Herren der Ostsee und errangen schließlich jenen Sieg über die Italiener, der ihnen 14.500 Quadratkilometer Landes, über 300.000 Gefangene und über 2500 Geschütze einbrachte.

Berliner Morgen Zeitung - Nr.1a – 1918 – Mittwoch, 02.Januar - S.5

Die Bilanz des Weltkrieges. – von Baron v. Ardenne, Generalleutnant z.D.

Bei Kriegsbeginn trat eine zahlenmäßige Ueberlegenheit unserer Gegner in die Erscheinung, die kaum vorher in Betracht zu ziehen gewesen war. Einwandfreie Berechnungen haben ergeben, daß Rußland während des Verlauf des Krieges reichlich 20 Millionen Männer unter die Waffen gerufen hat. Bis zum Juli 1917 sind 9 ½ Millionen von diesen als tot, verwundet und gefangen in Abgang gekommen. Schon aus dieser Angabe läßt sich schließen, daß die oben erwähnte Gesamtzahl richtig ist. Der erste Ansturm traf unseren vorgeschobenen Landfinger – Ostpreußen. Mit 600 000 bis 700 000 Mann sollte er zerquetscht werden. Die Deutschen hatten als Abwehr kaum ein Drittel der genannten Zahl einzusetzen. Die durch den Pregel geteilte russische Macht wurde in der Vereinzelung geschlagen, ihr südlicher Teil bei Tannenberg vernichtet und zwar in unmittelbarer Nähe der russischen Schwesterarmee und unbeirrt durch Flankenangriffe, die von außenher die Fangarme des deutschen Einkreisungsheeres aufzuhalten wagten. Die zweite russische Armee wurde durch einen Flankenangriff von Süden her gepackt und über die Grenze zurückgetrieben.

Nach der vorläufigen Befreiung von Ostpreußen rief einen Teil der Sieger, unter ihrem plötzlich berühmt gewordenen und angestaunten Führer – General v. Hindenburg – die Not der österreichisch-ungarischen Waffenbrüder ab, die von den russischen Massen in den Westwinkel von Galizien gedrängt worden waren. Die deutsche Hilfe verwehrt zunächst das weitere Vordringen des gemeinsamen Feindes nach Oberschlesien. Eingedenk des kaiserlichen Ausspruches: „die beste Parade ist der Hieb“ – dachte die deutsche Heeresleitung nicht an Verteidigung sondern an Angriff. Ende Februar 1915 erfolgte der zermalmende Schlag gegen die X. russische Armee in der Winterschlacht an den Masurischen Seen. Sie charakterisierte sich als ein Ueberfall einer ganzen Armee in ihren Winterquartieren. Die Russen verloren den von ihnen wieder besetzten Teil von Ostpreußen und dazu etwa 200 000 Mann und 150 Geschütze. Es folgten wütende Kämpfe im Bobr- und Narewgebiet. Die Kämpfe bei Prasnytsch würden bei früheren Feldzügen als eine Hauptschlacht gegolten haben. Bei alledem wurden drei Viertel von Kurland erobert und der Hafen von Libau besetzt.

Dieser Siegeslauf mußte eine Unterbrechung erleiden, weil ein Teil der Hindenburgischen Truppen wiederum nach Galizien abgegeben werden mußte, wo die russischen Millionenheere den Grenzwall gegen Ungarn – die Karpathen – mit ungeheurer Wucht zu durchbrechen suchten. Noch in aller Erinnerung werden die furchtbaren Kämpfe sein, die in der winterlichen Bergwildnis der Karpathen bis zum Frühjahr 1915 tobten.

Es genügt den Namen des Dukla-Passes und den Zwinin anzuführen. An der Karpathenfront verblutete sich die russische Armee mit 500 000 Mann. Gegen den Rest von 1 ½ Millionen konnte sich Anfang Mai 1915 der große Angriff gegen das von ihnen besetzt gehaltene Galizien richten. Er begann mit dem Durchbruch bei Tarnow-Gorlice. Der weitere Verlauf erbrachte nach manchen Wechselfällen der Kriegslage die Befreiung von fast ganz Galizien und der Bukowina, dann aber ein Einschwenken nach Norden gegen Polen und dessen Säuberung vom Feinde von der Weichsel bis zum Bug. Serbien und Montenegro lagen zu Füßen der Sieger. Dann folgte der gewaltigste Ansturm, den Rußland in diesem Kriege überhaupt in Szene gesetzt hat – die großzügige Sommeroffensive 1916 unter Führung des Generals Brussilow. Dieser gewaltige Organisator hatte ein 2- 2 ½ Millionenheer zu bilden gewußt. Im Juni erfolgte sein Angriff in acht ungefügten Heerhaufen auf der ganzen Front von Riga bis Czernowitz. Bis zum Spätherbst dauerten die Kämpfe auf den weit auseinander liegenden Kampfgebieten. Sie endigten mit dem Verlust eines Teiles der Bukowina, aber auch mit dem einer vollen Million Menschen für den russischen Angreifer.

Hand in Hand mit diesen Ereignissen ging der Feldzug gegen Rumänien, vom September 1916 ab. Die elegant zu nennende Kriegführung der Mittelmächte brachte die Niederwerfung des vertragsbrüchigen Staates innerhalb von fünf Monaten so gründlich zuwege, daß drei Viertel seines Landes von den Siegern besetzt wurden, und zwar nach einem Verlust von 300 000 Mann, den die rumänische Armee trotz russischer Hilfe erlitt. Auch dieser Ausgang läutete nicht eine Kampfpause der Ermattung ein. Vielmehr brodelte der Stellungskrieg mit all seinen Härten den Winter 1916/17 hindurch weiter. Aber der bisherige Kriegsverlauf hatte doch die Siegeszuversicht des russischen Volkes und Heeres so weit erschüttert, daß sie den Frieden ersehnten. Damit war der Boden der russischen Revolution vorbereitet, die den Zarismus hinwegschwemmte und damit einen Hauptpfeiler des verbissenen Kriegsgedankens. Es gelang nun aber den Machthabern, die die Zügel der Regierung den machtlosen Händen des Zaren entwunden hatten, noch einmal im Juni des Jahres 1917 das russische Heer – wiederum unter Brussilow - zu einem allgemeinen Angriff gegen die deutsche Front auszupeitschen. Ihr Einbruchserfolg bei Brzezany – Zborow wurde durch den deutschen Gegenstoß aus der Front Zborow – Zalocze bekanntlich in sein Gegenteil verkehrt. In unvergleichlichem Siegeslauf folgte die Zertrümmerung der 7., 8., 11. russischen Armee, die Eroberung des Restes von Ostgalizien, die Rückgewinnung der Bukowina und die Einschließung der russisch-rumänischen Armee in den Stromarmen des Sereth, der Trotus und der Susita. An diese strategische Meisterstück schlossen sich dann in rascher Folge die Erstürmung von Riga, von Jakobstadt und der Inseln im Rigaischen Meerbusen.

Wenn nun aber auch unser wichtigster Gegner zu Lande gänzlich beseitigt sein sollte, so bleibt unsere Aufgabe noch immer eine überaus schwere. Es gilt noch England, Frankreich, Italien, Amerika zu besiegen. Die Kampfarena ist unsere West- und Südwestfront. **Das Vierblatt der Rufer zum Streit, Wilson, Lloyd George, Clemenceau, Sonnino haben noch nicht aufgehört, den Krieg bis zum letzten Ende zu predigen.** Wenn daher auch der deutschen Heeresleitung jetzt Truppenmengen zur Verfügung stehen, wie sie der Krieg bisher noch nicht in ihrer Hand vereinigt hat, so muß doch vor der vorzeitigen Hoffnung gewarnt werden, daß durch ihren stürmischen Einsatz der allgemeine Friede in Bälde erzwungen werden könnte. Wir dürfen es uns aber genug sein lassen, diese gewaltigen Machtmittel unter der kundigen, kühnen, weit voraus blickenden deutschen Heeresleitung zu allseitiger Verfügung stehen zu wissen. Das vielleicht ungeduldig werdende deutsche Volk möge aber an den Choral denken, den die Friderizianischen Grenadiere sangen, als sie zur Siegeschlacht bei Leuthen marschierten:

„Gib, daß ich tu‘ mit Fleiß, was mir zu tun gebühret;
Wozu mich dein Befehl in meinem Stande führet;
Gib, daß ich’s tue bald, zu der Zeit, da ich’s soll,
Und wenn ich’s tu, so gib, daß es gerate wohl.“

Berliner Neueste Nachrichten - Nr.2 – 1918 – Mittwoch, 02.Januar - Morgen – S.1

Schlecht orientierter Lügendienst.

Berlin, 1. Januar. De Verleumdung des Gegners ist im Laufe des Krieges bei den westlichen Demokratien derart zum anerkannten offiziellen Kriegsmittel geworden, daß die Dementierung der täglich von Carnarvon, vom Eifelturm und von Lyon in die Welt hinausgefunkt Lügen eine Unmöglichkeit ist. In der letzten Zeit hat dieser Lügendienst jedoch eine derartige Unverfrorenheit angenommen, daß es nötig erscheint, ab und zu wenigstens die größten Lügen herauszugreifen. Wenn der Pariser Funkspruch vom 30.12.5 Uhr 30 vorm. es als eine Folge des preußischen Militarismus hinstellt, daß den deutschen Minderheitssozialisten die Pässe für Stockholm verweigert wurden, so heißt das, das Gedächtnis sowohl wie die geistigen Fähigkeiten der

Neutralen allzu gering einschätzen. Man mag es dem Verfasser des Pariser Funkspruches zugute halten, wenn er es für einen Ausfluß des demokratischen Geistes hält, wenn sämtliche Ententeregierungen nicht nur den Minderheits-, sondern auch den Mehrheitssozialisten jede Teilnahme an den Stockholmer Konferenzen untersagten. Die einfache Tatsache der Anwesenheit deutscher Minderheitssozialisten in Stockholm im Sommer 1917 macht alle Anschuldigungen gegen den Militarismus Deutschlands zunichte. Sollte aber das Gedächtnis des Pariser Funkdienstes wirklich so kurz sein, so möge er es durch die Lektüre einiger Nummern des Sozialdemokraten vom Juni auffrischen. Die Kenntnis davon aber, daß Haase, dessen Anwesenheit in Stockholm das schwedische Sozialistenblatt in langen Artikeln besprach, zur deutschen sozialistischen Minderheit gehört, muß man selbst bei einem Verfasser von Eifelturmnachrichten voraussetzen.

Berliner Neueste Nachrichten - Nr.3 – 1918 – Mittwoch, 02.Januar - Abend – S.1

Demokratie und Arbeiterstand. – von Dr. Leo Wegener. (aus einem Vortrag)

Was verstehen Wilson und seine Nachbeter unter Demokratie? Herrschaft der Massen! Durch die Wahlstimme jedes Einzelnen soll der Wille des Volkes kundgetan werden. Man setzt also an Stelle der Qualität die Quantität. Aber Wahlen kosten fürchterliche Gelder, in demokratischen Ländern am meisten. Also entscheidet doch nicht der Wille des Einzelnen, des Volkes, sondern der Wille der reichen Leute, die die Gelder dafür hergeben und den einzelnen Mann bearbeiten lassen. Es werden also mit anderen Worten in einer Demokratie die Vertreter der Reichen gewählt, aus denen das Staatsoberhaupt sich dann allein seine Minister wählen muß. Das heißt, es darf die Auswahl nur zwischen 10-20 Männern treffen. Darin liegt der verführerische Lockruf Wilsons an die Reichstagsmehrheit. Es herrschen mithin nur die reichsten Leute in den Staaten der Entente des Volk. Diese sind aber unverantwortlich und haben deshalb meist weniger ein Herz für den Arbeiter und den Bauer, als ein altes, angestammtes Monarchentum voller geschichtlicher Verantwortung.

Wo hat man nun diese uns von Wilson so angepriesene Demokratie in den Ländern der Entente, in denen die Parlamentarier die Handlanger des Großkapitals sind, den Krieg verhindert? Nirgends! Im Gegenteil, ihre Parlamente haben in den Krieg gehetzt und getrieben. Und wo wagen sie heute für den Frieden einzutreten? Sie wagen es nicht, ihn anzubieten, weil jeder von ihnen Angst hat, von der politischen Bildfläche weggefegt zu werden, wenn er einen Frieden schließt, den die Kriegshetze sich anders gedacht haben; und weil jeder sich im Parlament für unentbehrlich hält.

Wie anders die Monarchen! Sie haben bis zum letzten Augenblick einen ehrbaren Frieden zu erhalten gesucht. Und sie haben im vorigen Jahr den feindlichen Ländern einen Frieden angeboten, den diese nicht angenommen haben.

In letzter Linie kämpfen die Engländer und Amerikaner nicht gegen den Militarismus, wie sie den Demokraten vormachen, sondern sie bekämpfen ausschließlich unseren Industriearbeiter. Den achtet die ganze Welt, den hassen sie wegen seiner Vorzüglichkeit und Tüchtigkeit. Den wollen sie vernichten. Bekommen wir einen Frieden ohne neue Machtmittel, dann führen sie gegen den Industriearbeiter den Handelskrieg weiter, dann erzwingen wir nicht die Rohstoffe, die wir für unsere Industrie brauchen, besonders Wolle, Baumwolle, Oelfrüchte, Kautschuk, Felle, Faserstoffe, Tabak. Viele Industrien können nicht wieder in Gang gesetzt werden, und ihre Arbeitskräfte werden frei werden. Sie würden die Löhne der anderen Arbeiter drücken und trotzdem fänden ungefähr 10 Millionen Menschen in Deutschland keine Arbeit mehr. Sie müßten abwandern. Und wohin? In uns feindlich gesinnte Länder! Wir trieben mithin unsere deutschen Mitkämpfer und Mitstreiter trotz des errungenen Sieges in die Sklaverei. Geht es der Industrie nicht gut, dann geht es der Landwirtschaft schlecht, ihr fehlt der kaufkräftige Abnehmer. Sie erhält kein Superphosphat und auch vielleicht kein Thomasmehl, da wir ja das herrliche Erzbecken von Briey bei einem Hungerfrieden nicht nehmen wollen. Und für unsere Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer haben wir kein Siedlungsland. Und dem Handel wird es nicht besser gehen! Man soll sich nicht einbilden, daß England dann einen internationalen Handel wie vor dem Kriege wieder zuläßt. Das können wir aus der Geschichte lernen. Wie hat England den portugiesischen, den spanischen, den holländischen Handel unterbunden! Warum hat es die herrlichen Häfen in Irland nicht ausgebaut? Weil es selbst den Irländern die Einnahmen nicht gönnte.

Geht es also Industrie, Landwirtschaft und Handel schlecht, so sind wir gar nicht in der Lage, die ungeheure Steuerlast zu tragen, die wir bei einem Hungerfrieden werden zu tragen haben. Die Beamtengehälter müssen herabgesetzt werden und die Arbeiterschutzgesetzgebung, von der 60 Millionen Menschen in Deutschland Vorteile haben, hört auf.

Berliner Morgen Zeitung - Nr.1a – 1918 – Mittwoch, 02.Januar - S.5

Ein prophetischer Neujahrsglückwunsch Ernst Moritz Arndts.

Als Ernst Moritz Arndt, einer der begeistertsten Vorkämpfer für Deutschlands Einheit und Freiheit, im hohen Alter von 90 Jahren am 29. Januar 1860 in Bonn am Rhein starb, fand sich unter seinen Papieren der folgende, nicht mehr zur Absendung gelangte Neujahrsglückwunsch vor, den er an seinen in Pommern lebenden Schwager gerichtet hatte und der gleichzeitig die Bekundung seines Dankes für die ihm einen Monat zuvor zu seinem 90. Geburtstag ausgesprochenen Glückwünsche darstellte:

„Bonn, 26. Wintermonds 1860. Herr Schwager! Ein fröhliches Jahr zuvor Ihnen und alle wackern Männern, die des überalten Neunzigjährigen so freundlich gedacht haben. Es ist ein mutiges Gefühl, von denen geliebt zu werden, die uns zunächst angehören. Zu diesen meinen Nächsten rechne ich die Urenkel der alten unbezwinglichen Sachsen, die um die Elbe und Weser wohnten und vor deren Lanzen und Schwerdtern die römischen Legionen in den Staub sanken. **Möge Gott die Herzen der Germanen begeistern, wenn Russen und Franzosen sich über uns die Hände reichen wollen, mit den rechten germanischen Flammen!** Möge jener Geist mehr und mehr alle Mannen durchblasen! Der das Kleine zu einem Großen, das viele zwieträchtige zu einem Knäuel macht! Also ein fröhliches Neujahr und jeder männiglich mehr und mehr zu einem deutschen Stolz der Macht und des Ruhmes erhoben! Amen. In deutscher Treue.

Ihr E.M. Arndt auf Rügen“

Berliner Tageblatt - Nr.2 – 1918 – Mittwoch, 02.Januar - Morgen – S.2

Lloyd Georges Neujahrspitzeiung.

Amsterdam, 1. Januar. Aus London wird gemeldet: Lloyd George hat eine Neujahrsmotschaft an die Nation gerichtet, worin er an das ganze englische Volk appelliert, die äußersten Kräfte in dieser letzten Phase der Prüfungen anzuspannen für die Sache, wofür die Demokratien der Welt verbunden seien. In einer weiteren Botschaft an die überseeischen Besitzungen sagt Lloyd George: „Ich zweifele nicht daran, daß, wenn die alliierten weiter tüchtig standhalten, sie nicht nur die Freiheit Europas wiederherstellen, sondern der ganzen Welt die Frieden wiedergeben werden. Ich habe gute Hoffnung, daß, wenn dieses neue Jahr zu Ende gegangen sein wird, wir uns das gesteckte Ziel vollkommen erreicht haben werden.“

Berliner Tageblatt - Nr.2 – 1918 – Mittwoch, 02.Januar - Morgen – S.2

Orlando über die „schamlose Hinterlist“ der Mittelmächte.

Lugano, 1. Januar. Der italienische Senat erteilte nach Wiederaufnahme der öffentlichen Sitzungen der Regierung einstimmig ein Vertrauensvotum. Am Schluß der Debatte ergriff der Ministerpräsident Orlando das Wort. Er erklärte zunächst, daß die gegen feindliche Handelsfirmen verfügten Maßnahmen nur provisorisch seien und sich jeden Augenblick in Beschlagnahme oder Liquidierung umwandeln können. Nachdem Orlando dann sein unerschütterliches Vertrauen in Sonnino ausgedrückt und sich gegen die im Lande umgehenden Verleumdungen gegen die Alliierten gewandt hatte, sprach er über Brest-Litowsk. Er zog in den schärfsten Worten gegen den „unwürdigen Kniff“ der Mittelmächte los, die sich als Paladine des Friedens aufspielten und die Entente für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich machen möchten. Und doch sei es gerade die Entente, die einen ehrlichen, gerechten, loyalen, allein möglichen Frieden erstrebe. (Beifall). Die Verhandlungen von Brest-Litowsk seien eine neue, schamlose Hinterlist, um die Seelen der Ententekämpfer zu vergiften. Die Mittelmächte sollten doch endlich mit ihrem unloyalen System aufhören, sich als Friedensfreunde zu gebärden. Der Rede folgte eine lange Zustimmungskundgebung, an die sich die Abstimmung anschloß.

Berliner Tageblatt - Nr.2 – 1918 – Mittwoch, 02.Januar - Morgen – S.2

„Sieben Millionen amerikanischer Soldaten“ – Die Meinung des Expräsidenten Taft.

Haag, 1. Januar. In einer Rede in Boston erklärte der ehemalige Präsident Taft, daß sich die im Lande ausgebildeten 2 Millionen amerikanischer Soldaten bei weitem für einen Kampf gegen Deutschland als ungenügend erweisen müssen. Es würden mindesten 7 Millionen nötig sein. Amerika solle alle seine Kraft zur Beendigung des Krieges zusammenraffen.

Genf, 30. Dezember. (WTB). Nach einer Havas-Meldung aus Bordeaux ist die erste amerikanische Abteilung polnischer Freiwilliger heute dort eingetroffen und von dem stellvertretenden kommandierenden General, den Behörden und der Pariser Vertretung der selbständigen polnischen Armee unter Oberstleutnant Mokiejowski empfangen worden.

Der Reichsbote - Nr.2 – 1918 – Mittwoch, 02.Januar - Morgen – S.2

Englands Verlegenheit durch die Veröffentlichung der Geheimverträge. – Eine schwedische Stimme.

„Svenska Dagbladet“ schreibt am 22. Dezember: Durch die **Veröffentlichung der in Petersburg gefundenen Geheimdokumente** werden die leitenden Staatsmänner des Verbandes natürlich belastet. Es war auch nicht möglich, mittels Zensur in England und Frankreich diese Enthüllungen allgemeiner Kenntnis fernzuhalten. Allmählich begann die Wahrheit durchzusickern und die Dinge sind sogar im englischen Parlament zur Sprache gekommen, wo der Außenminister Balfour die Regierung vertrat. Zunächst galt es, das Verhältnis der britischen Diplomatie zur russischen Revolution zu verteidigen. Balfour antwortete, daß das Ende des Selbstherrschertums in Rußland mit Begeisterung und lebhaften Hoffnungen willkommen geheißen wurde.

Ueber die Frage Konstantinopel kam er leicht hinweg. Die Russen hätten Stadt und Meerenge haben wollen, und die englische Regierung hätte zugestimmt. Man kann diese Erklärung allenfalls so deuten, daß die englische Regierung unter dem Druck des Zaren Konstantinopel versprochen, aber doch geglaubt habe, die Angelegenheit später weniger „imperialistisch“ ordnen zu können.

Unter den Geheimdokumenten befand sich ferner ein Abkommen, das das Anstandsgefühl der ganzen Welt verletzen muß: vom Deutschen Reich sollte der ganze westliche Teil abgetrennt werden, um einen Pufferstaat zu bilden, und diese Gebiete sollten von russischen Truppen besetzt gehalten werden.

Da **britische Staatsmänner** früher jeden Gedanken an Annexionen außer der sogenannten Desannexion Elsaß-Lothringens von sich gewiesen und erklärt hatten, **daß keine Absicht auf Wegnahme der Rheinprovinzen bestehe**, so kam ihnen diese Enthüllung natürlich höchst ungelegen. Wie eine Besetzung durch dieselben Truppen, deren barbarisches Vorgehen in Ostpreußen noch in frischer Erinnerung war, von einem Staate, der die Humanität auf seine Fahne schrieb, befürwortet werden könnte, war selbst Engländern ganz unbegreiflich.

Balfour suchte im Unterhause sein eigenes und das Gewissen seines Landes reinzuwaschen, daß er ganz einfach jede Kenntnis solcher Pläne bestritt. Das britische Außenministerium leugnet in solchen Fällen einfach ab! Ja, er geht so weit, zu sagen, daß „wir nie gewünscht und nie dazu ermuntert haben, Deutschland zu zerstückeln“ – ein schmerzlicher Hieb für den Chauvinismus in Paris.

Man darf wohl annehmen, daß diese letzte Erklärung völlig mit der jetzigen Politik Londons übereinstimmt; denn den Kriegseignissen nach ist niemand in der Lage die französisch-russischen Pläne zu verwirklichen. Vielleicht prägt sich darin auch das Wachsen des Friedenswillen aus. Ist dem so, so hat die Veröffentlichung der Geheimverträge schon eine gute Wirkung insofern gehabt, als sie eine feierliche und bindende Erklärung erzwang, von der England scher wieder freikommen kann.

Der Reichsbote - Nr.3 – 1918 – Mittwoch, 02.Januar - Abend – S.2

Rückblick und Ausblick auf den Krieg 1917/ 18. [1/2] – v. Blume, General d. Infanterie a. D.

[I. DRB 663, Samstag, 29.12.1917, Abend, S.2]

I. Das Kriegsjahr 1917 begann damit, daß unsere Feinde die von den Herrschern der Vierbundsmächte großherzig erklärte Bereitwilligkeit, in Friedensverhandlungen einzutreten, höhnisch zurückwiesen und sich nunmehr offen zu ihren Eroberungsabsichten bekannten, die ihre Behauptung, nur für ideale Ziele zu kämpfen, Lügen strafte. Sie glaubten den alleinigen Grund ihrer bisherigen Mißerfolge in der Zersplitterung ihrer Kräfte entdeckt und das Allheilmittel zu unserer Vernichtung in der Vereinheitlichung ihrer Kriegführung gefunden zu haben. Daher verkündeten sie prahlerisch unsere nahe bevorstehende bedingungslose Unterwerfung unter ihre Bußvorschriften. Die Vierbundvölker antworteten mit der einmütigen Erklärung ihres entschlossenen Wissens, den Kampf bis zum Endsiege durchzuführen. Zugleich schwand das letzte Bedenken gegen den uneingeschränkten Gebrauch des Machtmittels, das wir in unseren Tauchbooten zur Bekämpfung des Handelsverkehrs der Feinde besitzen, um die völkerrechtswidrigen Maßnahmen zu vergelten, durch die sie uns auszuhungern versuchen.

Darin hat nun der mit autokratischer Macht ausgestattete, aber für reale Machtverhältnisse verständnislose Beherrscher Nordamerikas einen willkommenen Vorwand erblickt, die schon durchsichtig gewordene Maske der Neutralität abzuwerfen und durch die Maske des Idealismus zu ersetzen, um sich unseren Feinden zugesellend, sich einen Anteil an der von diesen erhofften Kriegsbeute zu sichern. Uns hat dies kühl gelassen, zumal das Gewicht, das Nordamerika in die Kriegsschale zu werfen vermag, hundertfach **durch die Entlastung aufgewogen wird, die wir durch den fast gleichzeitig erfolgten Ausbruch der Revolution in Rußland erfahren haben.**

Sie ist die erste reife Frucht der Waffenerfolge des Vierbundes in diesem Kriege, entsprungen aus der Friedenssehnsucht des tapferen russischen Volkes, das, mißbraucht für ihm fernliegende Interessen, sich in vergeblichem Ansturm gegen Kräfte von zwar geringerer Zahl, aber geistiger und sittlicher Überlegenheit verblutet hat. Noch einmal hat es sich nach Lossagung von seiner bisherigen Leitung von seinen falschen Freunden zur Wiederaufnahme des Kampfes gegen den Vierbund verleiten lassen, aber nach kurzem Erfolge brach auch dieser Versuch unter unserer machtvollen Gegenoffensive zusammen. Seitdem ruhen im Osten die Waffen, und Freund und Feind sind in Brest-Litowsk zusammengekommen, um die Bedingungen dauernd friedlichen Zusammenlebens zu vereinbaren.

Auch das für seine verräterische Raubgier gezüchtigte Rumänien hat, von seinen falschen Freunden im Stich gelassen, die Waffen gestreckt und wird sie schwerlich nochmals aufzunehmen wagen. Und die nicht minder treulosen Italiener, die gleichfalls der Verlockung erlegen sind, die Bedrängnis ihrer langjährigen Freunde zu einem Raubzuge gegen sie zu benutzen, hatten im Herbst des laufenden Jahres [1917] in Gestalt der schweren Niederlage am Isonzo und der daran angeschlossenen grimmigen Verfolgung einen Denkkzettel erhalten, den sie nimmer vergessen werden. Daß sie sich danach in achtungswerter Weise aufgerafft haben, kann nichts an der Tatsache ändern, daß die schweren Opfer, die sie zur Befriedigung ihrer unberechtigten Ansprüche gebracht haben, vergebens gewesen sind, daß sie vielmehr Gott und Oesterreich Dank schulden, wenn sie nicht gerechte Strafe durch dauernden Gebietsverlust erleiden. Mit Gewalt zurückzugewinnen, was sie jetzt verloren haben, reicht die schwache Kraft, die sie nur noch besitzen, nicht aus, und ihre zu spät gekommenen Freunde (?), die Franzosen und Engländer, werden schwerlich zu opfervoller Hilfeleistung für diesen Zweck geneigt sein, zumal sie bei geringer Aussicht auf Erfolg die Hauptarbeit leisten müßten, da sie sich selbst bisher vergeblich um italienische Hilfe beworben und solche noch weniger in Zukunft zu erwarten haben. Sarraills Völkergewimmel in Griechenland aber hat Besseres zu tun, als Italien oder Rumänien Hilfe zu bringen. Das muß Veniselos schützen und kanonieren, so viel Munition vorhanden ist, um Kunde davon zu geben, daß es noch existiert.

Nach diesem Rundblicke wenden wir uns dem Hauptkriegsschauplatz, dem westlichen zu.

II. Im Westen steht seit nunmehr 3 ¼ Jahren die deutsche Mauer felsenfest auf feindlichem Gebiet. Hier und da ist sie um ein Geringes vorgeschoben oder zurückgeschoben worden, aber alle im Einsatz ihrer ganzen Macht unternommenen Versuche der Franzosen und Engländer, sie umzustürzen oder zu durchbrechen, sind unter schweren Verlusten gescheitert, wie in den ersten Jahren so auch in dem jetzt zu Ende gehenden. Mit vereinten Kräften hatten sie beabsichtigt, 1917 die im Vorjahre in viermonatigen Kämpfen im Sommegebiet erzielte leichte Einbuchtung unserer Verteidigungslinie zu einem Durchbruch zu steigern. **Die Wintermonate waren von ihnen zu umfassendster Vorbereitung dieses Unternehmens, namentlich zur Ansammlung und Einsetzung einer Verderben speienden Masse schwerster Artillerie benutzt worden.**

Hindenburg aber vereitelte diese Absicht, indem er kurz vor Beginn des Angriffes den von diesem bedrohten Teil unserer Front, vom Feinde unbemerkt, um eine neue, außerhalb des Schußbereichs der feindlichen Angriffsfront liegende Verteidigungsstellung, die „Siegfriedstellung“, zurückzog. Diese war nicht minder sorgfältig als der feindliche Angriff gegen die aufgegebene Stellung, überdies für eine neue Abwehrtaktik eingerichtet, in der die deutschen Truppen inzwischen ausgebildet worden waren. Nach längerem Bedenken entschlossen sich unsere Feinde, zu getrenntem Angriff gegen beide Flügel der Siegfriedstellung mit dem Bestreben, sie zu umfassen. Die Franzosen griffen an der Aisne und in der Champagne, die Engländer im Artois, bei Arras, an. Beide Angriffe scheiterten nach mehrwöchigem Ringen, die der Franzosen unter so schweren Verlusten, daß ihre Tätigkeit sich seitdem auf Teilkämpfe beschränkt hat, in denen sie überdies ebenso häufig die Angegriffenen wie die Angreifer waren und nirgends Erfolge von Belang erzielt haben. **Die Engländer aber gingen von Arras alsbald zu einem neueren großzügigen Unternehmen zu einem Angriff gegen unsere flandrische Front über, dessen ausgesprochenes Ziel darin bestand, uns aus Flandern zu vertreiben und besonders die flandrische Küste mit den Hauptstützpunkten unserer Tauchbott-Kriegführung in ihre Gewalt zu bekommen.** Länger als vier Monate, bis tief in den November hinein, haben sie für diesen Zweck ihre gesamte, wohl mindestens eine Million zählende Heeresmacht und ihren fast unerschöpflich scheinenden Reichtum an Kriegsmaterial eingesetzt. Tag und Nacht machte der Geschützdonner

die Erde erbeben, eine schwere Angriffsschlacht reihte sich an die andere. **Aber nichts haben sie zu erreichen vermocht, als ein geringes, wertloses Zurückdrängen unserer flandrischen Front an wenigen Stellen.**

An dem unübertroffenen Heldenmute einer Minderzahl deutscher Truppen ist all ihr Ansturm derart gescheitert, daß ihr Mißerfolg einer schweren Niederlage gleich zu betrachten ist. Um den üblen Eindruck dieses Ausgangs abzuschwächen, haben die Engländer dann noch am 20. November einen Ueberraschungsvorstoß unternommen. Aber nach anfänglich nicht unbeträchtlichem Erfolge hat sie nach wenigen Tagen ein deutscher Gegenstoß um die Frucht dieses Handstreiches gebracht. 9000 Engländer fielen gefangen in die Hände der Sieger.

Wie dieser kurze Rückblick auf den Verlauf des Landkrieges im Jahre 1917 zeigt, ist in ihm das Bestreben unserer Feinde nach Vereinheitlichung ihrer Kriegführung ebenso kläglich wie im Vorjahr gescheitert. Befinden sich auf dem Wege zu diesem Ziele schon kaum zu überwindende, im Wesen der Entente liegende Hindernisse, so werden unsere Feinde es nimmer erreichen angesichts der tatkräftigen Initiative, die eines der hervorragendsten Merkmale Hindenburg-Ludendorffscher Feldherrnkunst ist.

Der Reichsbote - Nr.3 – 1918 – Mittwoch, 02.Januar - Abend – S.1

Europa und Amerika. – von Ernst Boetticher, Hptm. a. D

Warum nimmt Amerika am Kriege teil? Wahrlich nicht aus den idealen Beweggründen, wie sie in der amerikanischen Presse so ruhmredig vorgeschützt werden. Amerika kann keine anderen Interessen haben als handelspolitische, und in handelspolitischer Hinsicht haben die Vereinigten Staaten nur zwei bedeutende Mitbewerber, England und Deutschland. Um den deutschen Mitbewerb zu vernichten, gehen sie gemeinsam mit England vor, aber mit dem Hintergedanken, daß England durch diese Krieg seine Finanzen zugrunde richtet und infolgedessen seine wirtschaftlichen Interessen, insbesondere in Amerika, preisgeben muß. Im Hinblick auf ihre unerschöpflichen materiellen Hilfsquellen und auf ihr im Bau begriffene große Handelsflotte erwarten sie, daß des sinkenden Englands wirtschaftliche und handelspolitische Weltherrschaft von selbst auf sie übergehen werde.

Amerikas Streben nach Weltherrschaft und Welthandelsmonopol und seine anmaßende nach Europa übergreifende Politik datiert nicht erst von gestern, und die überhebende Sprache seiner Staatsmänner und seiner Presse erregt nicht erst heute in Europa Aergernis. Schon der Präsident Monroe nahm bekanntlich (in seiner Botschaft vom 2. Dezember 1823) den Mund recht voll, und auch die Jahre 1852 – 56 brachten eine Reihe von Kundgebungen, welche die zukünftige Mission der Vereinigten Staaten allen klar vor Augen führen sollten.

Als z. B. die Dänen den Sundzoll auch von amerikanischen Schiffen verlangten, schlug man dies rundweg ab und drohte, falls der Zollanspruch aufrecht erhalten würde, die amerikanischen Handelsschiffe durch Kriegsschiffe begleiten zu lassen. Und Seward, einer der glänzendsten Staatsmänner, welche die Union jemals gehabt hat, beantragte im Kongreß einen Protest gegen das Vorgehen Rußlands in Ungarn, „als einen frevelhaften und tyrannischen Bruch des Völkerrechts“ mit der weiteren Erklärung, „daß die Vereinigten Staaten in Zukunft nicht mehr gleichgültig sein würden gegen derartige Handlungen volklicher Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Usurpationen, wann und wo sie auch immer begangen werden sollten.“ Gewiß eine fast naiv zu nennende Dreistigkeit in Anbetracht der wenige Jahre zuvor seitens der Vereinigten Staaten vollzogenen Annektierung des nördlichen Mexikos. Seward prophezeite auch bereits, daß der Stille Ozean zum Welttheater, zum Hauptschauplatz der Geschichte werden und die Union zur maßgebenden Nation der Erde anwachsen würde.

Schon damals schlug der Gedanke in weiten Kreisen feste Wurzel, daß die Vereinigten Staaten dazu berufen seien, mit Gewalt den Tyrannenstaaten der alten Welt die Freiheit aufzunötigen. In einem deutsch-amerikanischen Blatte vom Jahre 1852 ist gesagt: „Gegenüber den großen Fragen, welche die höchsten geistigen und materiellen Interessen betreffen, und deren befriedigende Lösung nur in der Weltrepublik gegeben ist (!), erscheinen die Reste der alten Weltkultur und ihrer privilegierten Klassen als leicht zu beseitigende Ueberbleibsel, die vor dem gewaltigen Drange eines jugendlichen, in der Bahn seiner Entwicklung unaufhaltsam fortstürmenden Volkes, wie das amerikanische ist, weichen werden, wie die Spreu vor dem Hauche des Windes. Bereitet die Nationen vor für jene Eröffnung des großen Welt dramas, in dem das Volk der Vereinigten Staaten die Heldenrolle haben wird! Amerika ist das Land der Verheißung, das Land der Zukunft; in seiner Zukunft liegt die Zukunft der Welt.“

Bezeichnend ist auch eine andere Erklärung: „**Das amerikanische Prinzip, die Anknüpfung der ganzen Welt an Amerika, wird seinen Donnergang über das Erdenrund antreten, nicht dem Joche eines Fremden die Nationen unterwerfend, sondern sie annexierend dem Prinzip der Freiheit.**“ –

Aus alledem erhellt, wie **lange schon der Größenwahn**, der die Amerikaner jetzt zum Eingreifen in eine zwar Weltkrieg genannten, aber im Grunde europäischen Krieg drängt, **dies Volk beherrscht**, und sicher wird dieser Drang sich auch in Zukunft geltend machen, wenn im kein Riegel vorgeschoben wird.

Auf den gewaltigen Schaden, den die großartige und bisher ganz einheitliche Entwicklung der Vereinigten Staaten Europa seit Jahrzehnten zugefügt hat, indem sie die altüberlieferte europäische Ordnung störte, mag hier nur kurz hingewiesen sein. Die Silber-Ueberproduktion der Vereinigten Staaten rief die soviel Unruhe und Störung verursachenden Wirren in der Währungsfrage hervor. Die Vereinigten Staaten waren es auch, die zuerst Nahrungsmittel zu einer Ware des Welthandels machten. Sie überschwemmten unter erstaunlicher Verbilligung der Frachten die europäischen Märkte mit Nahrungsmitteln und Rohwaren aller Art, so daß die Preise außerordentlich sanken, was die Grundwerte drückte, den Wert des Grundbesitzes herabdrückte und Agrarzölle erforderte. Die europäische Ausfuhr nahm in dem Maße ab, wie die amerikanische zunahm. Darunter litt besonders auch die europäische Industrie, denn die Vereinigten Staaten erschwerten durch hohe Zölle und andere Maßnahmen auch die Einfuhr der industriellen Erzeugnisse des Auslandes und brachten ihre eigenen dort in Masse auf den Markt, was wiederum zur Abwehr durch Schutzzölle nötigte.

Die amerikanische Handelspolitik war mit Hochschutzzöllen immer gegen den natürlichen Austausch von Ware gegen Ware und lediglich auf den Erwerb der Barmittel des Auslandes gerichtet. Sollte es dem Amerikanismus gelingen, unter Ausnutzung der durch Verlängerung des Weltkrieges von ihm geschaffenen Konjunktur der europäischen Industrie die Märkte von Mittel- und Südamerika zu rauben, so würde dies für die davon betroffenen Länder (England, Frankreich, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien und die Schweiz) den Verlust einer Ausfuhr im Werte von zwei Milliarden bedeuten.

Südamerika zu einer wirtschaftlichen Provinz zu machen, ist das Ziel, welches der Amerikanismus von Beginn des Krieges an verfolgt hat. Die schändlichen Waffen- und Munitionslieferungen an die Entente dienten weitgehenden Plänen in kalter Berechnung. **Wilson und Genossen haben die Zerstörung der Macht und des Reichtums Europas, die Vernichtung der Kräfte seiner Völker, seine wirtschaftliche und politische Schwächung für alle außereuropäischen Beziehungen im Auge. Die Verwüstung Europas, die Schwächung der europäischen Großmächte durch Dezimierung der Bevölkerung und Hervorrufung hoffnungsloser Verschuldung soll den Vereinigten Staaten den Weg zur Weltherrschaft und zum Welthandelsmonopol bahnen.** Die Träger dieser Politik sind eine verhältnismäßig kleine Zahl fähiger, aber durchaus rücksichts- und gewissenloser Männer, **denn die Republik ist zur plutokratischen Oligarchie entartet.** Diese Männer haben den Anschluß an England herbeigeführt. Ihr Handeln stand unter dem Druck des Bedürfnisses, den Blick des Volkes von schweren inneren Schäden abzulenken, die längst dem „Prinzip der Freiheit“ hohnsprechen und eine der Geldtyrannie gefährliche Gärung hervorgerufen haben.

Das zersplitterte Europa sollte die Gefahr, die ihm früher oder später vom Amerikanismus droht, nicht unterschätzen. Drei wichtige Faktoren verheißen den Vereinigten Staaten für die Zukunft eine ungeheuere Ueberlegenheit, nämlich 1. ihre Einheit, 2. der ungeheuere Raum, über den das Wachstum ihrer Bevölkerung verfügt, und 3. der Vorteil, daß sie sich schon jetzt, und mehr noch bei weiterer Ausdehnung nach Süden, durch verschiedene Zonen erstrecken, also auf eigenem Boden jene Vielseitigkeit der Produktion entwickeln können, welche eine Bedingung der modernen Großindustrie und des modernen Völkerlebens ausmacht. Was Spanien erfahren mußte, könnten, wenn erst die Vereinigten Staaten mit ihren ungeheueren Hilfsmitteln eine überlegene Flotte und ein großes kriegsbrauchbares Heer geschaffen haben, auch mächtigere Staaten des uneinigen Europas erfahren.

In dem Bewußtsein gegenüber Macht werden die Vereinigten Staaten nicht zögern, die letzten Folgerungen aus ihrer Monroedoktrin zu ziehen und zugleich ihre wirtschaftlichen Monopole mit Waffengewalt durchzusetzen. Dem beizeiten vorzubeugen, bleibt die gemeinsame Aufgabe der Staaten Europas.

Der Reichsbote - Nr.3 – 1918 – Mittwoch, 02.Januar - Abend – S.3

Brantings sogenannte Friedenspolitik. –

[Karl Hjalmar Branting, +23.11.1860-*24.02.1925; schwedischer Politiker, studierte Naturwissenschaften ohne Abschluß; 1889 Gründungsmitglied der Sozialdemokratischen Partei in Schweden]

„Stockholms Dagblad“ vom 22. Dezember führt aus: Schon aus Branting großer Rede am 1. Mai, die seinem krankhaften Deutschenhaß Ausdruck gab und Wilson entzückt Beifall spendete, wurde man gewahr, daß er eine besondere sozialistische sogenannte Friedenspolitik treibt, die reiner Humbug ist. Jetzt, da sein Organ „Socialdemokraten“ täglich wie ein Besessener lärmt vor der Aussicht auf Friedensabmachungen zwischen den Mittelmächten und Rußland, wird das zur Gewißheit, und man darf wohl annehmen, daß das mit Brantings Einverständnis geschieht. Indessen sollte man von einem Blatte, das neuerdings bisweilen als Regierungsorgan zu gelten hat, erwarten, daß es sich außenpolitisch einiger Vorsicht befleißigte: aber seine außenpolitische Haltung ist derart, daß es nicht nur sich selbst, sondern auch gewisse Regierungsmitglieder kompromittiert.

Weil Branting und seiner Zeitung die russische Revolution über den Kopf gewachsen ist, betrachten sie die Tätigkeit der Bolschewiki mit tiefem Unwillen, die Tätigkeit, die das herbeiführen soll, was den Vorgängern mißlang, den Frieden. Ihn pries Branting noch am 1. Mai, weil er glaubte, die Westmächte hätten ein Monopol darauf. Nun aber die Bolschewiki die Friedensinitiative ergriffen, leitet der „Socialdemokraten“ einen Feldzug gegen deren Friedensbestrebungen ein, wie er sogar in der Chauvinistenpresse Englands und Frankreichs kaum sein Gegenstück findet. Wenn das Blatt dabei behauptet, seine Haltung bestimme sich nur durch das Interesse für einen „dauerhaften“ Frieden, so ist das natürlich nichts anderes als Bluff; denn man findet im „Socialdemokraten“ nie auch nur ein Wort der Mißbilligung für die ständige Abweisung des Angebots eines allgemeinen Friedens, daß der andere Teil machte, durch die Verbandsmächte. Sein Unwillen gegen einen deutsch-russischen Frieden rührt allein von der blinden Dienstwilligkeit für die Interessen des Verbandes her. Das Blatt fragt nicht danach, ob die Not der Welt mit der Kriegsverlängerung wächst, es kümmert sich darum nicht, ob infolgedessen das schwedische Volk vielleicht dem Hunger entgegengeht. Die Westmächte wollen nicht Frieden, bevor nicht „der preußische Militarismus zerschmettert ist“ – das genügt für den „Socialdemokraten“. Stünden die Dinge umgekehrt, so wäre ganz gewiß das socialdemokratische Hauptorgan Schwedens der ergebene Bewunderer des Sonderfriedens-Gedankens.

Wie lange sich die schwedische Arbeiterschaft noch so hinters Licht führen läßt, daß ihre erste Zeitung den Friedensinteressen entgegen arbeitet, in dem sie das deutsch-russische Friedens-Werk verdächtigt, bleibt abzuwarten. Anscheinend beginnt es bereits zu tagen. Die Arbeiter fangen an einzusehen, daß es nichts als Bluff ist, wenn man ihnen einredet, daß die Fortsetzung des Krieges der Sache, der Sache der Demokratie förderlich sei, dieser Demokratie, die doch auch bei den Mittelmächten große Fortschritte machte, ohne daß darum sich der Friedenswille der leitenden Verbands-Staatsmänner verstärkte.

Königsberger Hartung'sche Zeitung - Nr.2 – 1918 – Mittwoch, 02.Januar - 1. – S.1

Die Parteiführer bei Kühlmann.

Berlin, 2. Januar. An den gestrigen Verhandlungen des Staatssekretärs v. Kühlmann mit den Fraktionsführern beteiligte sich auch der Abgeordnete Haase. Die Verhandlungen waren vertraulich und dadurch notwendig geworden, daß Herr v. Kühlmann schon heut Abend nach Brest-Litowsk abreisen muß. Er kann also nicht an der Sitzung des Hauptausschusses am 3. Januar teilnehmen, in der man den Reichskanzler erwartet. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion stellten die entschiedene Forderung, daß der Reichstag so rasch wie möglich einberufen werde. Vor der Sitzung des Hauptausschusses am 3. Januar werden sämtliche Fraktionen Beratungen abhalten.

Königsberger Hartung'sche Zeitung - Nr.2 – 1918 – Mittwoch, 02.Januar - 1. – S.1

Wilson wartet auf ein formelles Friedensangebot.

Rotterdam, 2. Januar. „Daily Telegraph“ meldet vom Sonntag aus New York: Wenn die Mittelmächte den Alliierten ein formelles Friedensangebot machen, das auf Annexionen und Entschädigungen verzichtet, müssen die Vereinigten Staaten und die alliierten Mächte eine Antwort darauf erteilen, um den Deutschen den moralischen Erfolg zu entreißen, den sie erreichen könnten, wenn ihre Vorschläge ignoriert würden. Präsident

Wilson und seine Berater untersuchen auf das peinlichste jeden deutschen Friedensführer. Man sagt, Wilsons Entschluß, sich nicht an den kommenden Friedensverhandlungen zu beteiligen, bis wirkliche Garantien dafür vorhanden seien, daß Deutschland auf die Verwirklichung seiner militärischen Ziele verzichte, sei unabänderlich. Wenn indessen entsprechende Vorschläge von den Mittelmächten gemacht würden, so würde die Regierung der Vereinigten Staaten die erste sein, die zur Aufnahme von Friedensverhandlungen dringen werde.

Königsberger Hartung'sche Zeitung - Nr.2 - 1918 - Mittwoch, 02.Januar - 1. - S.1

Schon morgen läuft die Frist ab.

Wien, 2. Januar. Ein Rundtelegramm Trotzky's teilt heute mit, daß die von der russischen Regierung den anderen Verbandsstaaten zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen gestellte Frist nicht erst am 4., sondern am 3. Januar abläuft. („Kreuztg.“)

Berlin, 2. Januar. Die Meldungen über die Absichten der Ententemächte sind, wie das „Tageblatt“ meint, sehr widerspruchsvoll. Im allgemeinen könne man annehmen, daß in Regierungskreisen von London, Paris und Washington nicht beabsichtigt sei, bis zum Ablauf der zehntägigen Frist, bis zum 4. Januar, den Friedensverhandlungen auf den in Brest-Litowsk durch die Erklärungen vom 25. Dezember bezeichneten Grundlagen sich anzuschließen. Vielleicht werde man, um den nach Klarheit und Revision der Kriegsziele verlangenden Elementen eine gewisse Genugtuung zu gewähren, den Eröffnungen von Brest-Litowsk eine gemeinsame Kundgebung der Ententemächte gegenüberstellen. Es sei andererseits wahrscheinlich, daß man die Versuche, sich in Petersburg den Bolschewiki inoffiziell zu nähern und Einfluß auf sie zu gewinnen, stärker als bisher fortsetzen werde.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung - Nr.2 - 1918 - Mittwoch, 02.Januar - Morgen - S.1

Brest-Litowsk.

Wien, 31. Dezember. Das „Fremdenblatt“ meldet: Vorgestern abend ist Graf Czernin* mit einem Teil seiner Begleitung aus Brest-Litowsk hier eingetroffen. Aus Mitteilungen, die wir von einem Teilnehmer an den Friedensverhandlungen erhalten, ergibt sich das nachstehende Bild des bisherigen Verlaufs der Konferenz:

Der Verlauf der Friedensverhandlungen läßt die Hoffnung als berechtigt erscheinen, daß es zwischen dem Vierbund und Rußland zu einem vollkommenen Einverständnis kommen werde. Es wäre jedoch verfehlt, zu glauben, daß keine Schwierigkeiten mehr zu überwinden seien. In der territorialen Frage bestehen noch einige Meinungsverschiedenheiten, die sich hauptsächlich auf die Modalitäten, unter welchen die Bevölkerung der von den Mittelmächten derzeit besetzten russischen Gebiete abstimmen soll, beziehen. Beendet sind also die Verhandlungen noch keineswegs, doch sind sie in gutem Gange. Auf beiden Seiten trat der ernste und aufrichtige Friedenswille zu Tage, und der Geist des Entgegenkommens und der Versöhnlichkeit war bei den Beratungen vorherrschend. So ist ein beträchtlicher Teil des Weges, der zum Frieden führt, zurückgelegt worden, und in den wesentlichen Punkten kam es zu einem vollständigen Einvernehmen, in anderen zu einer solchen Annäherung, daß die Erwartung, es werde auch hier zu einer Uebereinstimmung kommen, berechtigt erscheint. Die russischen Delegierten erwiesen sich als überaus unterrichtete, zielbewußte und gewandte Staatsmänner. Sie handelten mit der größten Loyalität und Offenheit und legten immer eine strenge Sachlichkeit an den Tag; sie zeigten sich bestrebt, nach Kräften das Friedenswerk zu fördern, und der rasche Gang der Verhandlungen ist nicht zum geringsten Teil auf die Haltung der russischen Delegierten zurückzuführen. Der persönliche Verkehr zwischen den Bevollmächtigten des Vierbundes und Rußland spielt sich in den angenehmsten und urbansten Formen ab. Die Mahlzeiten wurden gemeinsam an einer langen Tafel eingenommen, und als Gastgeber trat das deutsche Oberkommando Ost auf. Die Tischgespräche waren vollkommen zwanglos, und es herrschte ein durchaus freundschaftlicher Verkehr zwischen den Bevollmächtigten. Die Mehrzahl der russischen Delegierten ist der deutschen Sprache mächtig. Die offiziellen Verhandlungen selbst wurden abwechselnd deutsch, russisch oder französisch mit Hinzuziehung von Dolmetschern geführt. Die Bevollmächtigten des Vierbundes und Rußland verabschiedeten sich in der herzlichsten Weise, und es ist wohl zu hoffen, daß ihre baldige nächste Zusammenkunft ebenso günstige Resultate zeitigen wird, wie der erste Abschnitt der Friedenskonferenz von Brest-Litowsk.

*[Ottokar Theobald Otto Maria Graf Czernin von und zu Chudenitz, *26.09.1872 - +04.04.1932, österreichisch-ungarischer Diplomat, 1916-1918 Minister des Äußern von Österreich-Ungarn]

Polens Ministerpräsident in Wien.

WTB. Wien, 1. Januar. Kaiser Karl empfing heute den polnischen Ministerpräsidenten Kucharszewski in besonderer Audienz

Die Freuden der englischen „Freiheit“.

Die Liste der Verbote und Kriegsbeschränkungen für uns in England ist so lang, schreibt Jacques Marsillac dem Pariser „Journal“ am 27. Dezember aus London, daß es auf in paar mehr oder weniger heute gar nicht mehr ankommt. Für die Industrie besteht z. B. das Verbot, ohne Erlaubnis des Staates, die in den seltensten Fällen gewährt wird, Schiffe in Großbritannien oder sonst von einer neutralen Macht zu chartern; es ist verboten, Kriegsmaterial, Ausrüstungsgegenstände oder Rohstoffe irgendwelcher Art ein- oder auszuführen; verboten, Häuser zu bauen oder irgendwelche baulichen Veränderungen oder Reparaturen vornehmen zu lassen, deren Kosten sich auf über 50 englische Pfund belaufen würden; verboten ist, daß die unter Kontrolle stehenden Fabrikbesitzer – es sind ihrer über 7000 – Aufträge für Privatkundschaft annehmen, die Gehälter oder Arbeitsstunden ihres Personals ändern oder ihr Material da kaufen, wo sie wollen. Den Arbeitern ist verboten in Ausstand zu treten, ehe sie ihren Fall nicht dem Urteilsspruch der Regierung unterworfen haben. Die Gewerkschaften (Trade-Unions) haben auf alle im Laufe langer Kampfsjahre erworbenen Vorrechte zu verzichten, besonders auch darauf, die Produktion nach Gutdünken herabsetzen zu können. Alle Kriegsgewinne unterliegen einer Steuer von 80%. alle Bergwerke, die gesamte Handelsmarine, alle Stahlfabriken und Eisenbahnen unterstehen ausschließlich der Staatsgewalt, und da Lokomotiven und Wagen in Frankreich gebraucht werden, so wurde der Eisenbahnverkehr um die Hälfte herabgesetzt, die Fahrpreise jedoch, vermutlich um einen Ausgleich zu schaffen, von einem Tag auf den anderen um 50 v. H. erhöht.

Verboten ist es, Schuhe zu tragen, die höher als 15 Zentimeter sind. (Was der englische Schutzmann heute alles nachprüfen muß!) Die Beschränkungsmaßregeln äußern sich eben überall und auf jedem Gebiet. In den Gasthöfen kostet das Essen viel mehr als je, die Portionen aber sind verzweifelt klein. Es ist verboten, Weine oder alkoholische Getränke zu anderen Zeiten als zwischen 12 bis 2 ½ und zwischen 6 ½ und 9 ½ auszuschänken. Und ich darf versichern, daß es hier keine Möglichkeit gibt, das Gesetz zu umgehen, also auch niemand in den verbotenen Stunden seinen Likör in der Tasse genehmigen kann. Seit Monaten schon sind strenge Einschränkungsmäßigkeiten hinsichtlich des Verbrauchs von Brot, Fleisch, Zucker, Milch usw. in Kraft. Alle Gasthöfe sind verpflichtet, genau Buch zu führen, wieviel Mahlzeiten sie servieren und welche Lebensmittelankäufe sie machen. Am Wochenende wird durch Division nachgeprüft, ob irgend ein Gast mehr als 150 g Fleisch (Rohgewicht), 50 g Brot und 10g Zucker bekommen hat. Die erste Ueberschreitung wird mit 100 sh geahndet. Es gibt demgemäß keinerlei Gebäck irgendwelcher Art mehr, keine Sahne, keine Schokoladenwaren. Den Bonbonfabrikanten wird nunmehr der vierte Teil des 1916 nachweisbar verkochten Zuckers zugebilligt, die Bierproduktion ist auf 30 v.H. des Bierumsatzes von 1915 herabgesetzt und der Alkoholgehalt um die Hälfte vermindert. Die Whiskyfabrikation hat aufgehört.

Heute ist die Zuckerkarte eingeführt, die der Vorläufer weiterer bereits angekündigter Karten sein soll. Wir werden noch viel schärfer rationiert werden. Es heißt auch, daß die ganze Bevölkerung durchs „Haarsieb gepreßt“ werden soll, um mehr Soldaten, mehr weibliche Arbeitskräfte herauszudrücken. Die Devise Englands ist heute: Alle Opfer, wenn sie nötig sind, und gleichmäßig zu verteilen.

Gerade unter diesem Artikel ist ein Franzose gezeichnet, dem ein anderer mit mächtiger Anstrengung den Hungerriemen umschnallt. Darüber steht: „Die Mode 1918“. Wir würden wohl schwerlich die Liste der für England verbotenen Dinge aufgezählt bekommen haben, wenn nicht gerade jetzt die Franzosen über die neuen in Kraft tretenden verschärften Einschränkungen hinweggetröstet werden sollten.

Reichstags-Einberufung?

Am Neujahrstage hatte der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Dr. v. Kühlmann, die Führer der Fraktionen zu einer Besprechung gebeten. Die Besprechung, die um etwa 5 Uhr begonnen hatte, dauerte bis tief in die neunte Abendstunde. An ihr nahmen die Vertreter sämtlicher Parteien, einschließlich der unabhängigen Sozialdemokratie, teil. Die Diskussion, die sich an den Vortrag des Staatssekretärs schloß, war recht lebhaft. **Die Stellung der Abgeordneten zu den Brest-Litowsker Abmachungen erwies sich als durchaus nicht einheitlich. Eine unbedingt ablehnende Haltung scheinen allerdings nach unserer Kenntnis der Vorgänge nur die unabhängigen Sozialdemokraten eingenommen zu haben, als deren Sprecher der Abgeordnete Haase sich recht scharf äußerte.** Staatssekretär v. Kühlmann teilte mit, daß er bereits heute Abend wieder zu den Verhandlungen zurückreisen müsse, so daß es ihm nicht möglich sein wird, an der morgen stattfindenden Sitzung des Hauptausschusses teilzunehmen.

In dieser Sitzung des Hauptausschusses, zu der man den Reichskanzler erwartet, dürfte eine wesentliche Rolle ein Antrag der Mehrheitssozialdemokraten spielen, der, wie sie gestern bereits ankündigten, die schleunige Einberufung des Reichstags verlangt. Die Sozialdemokratie hält diese Einberufung schon um deswillen für notwendig, weil sie eine rechtzeitige Fühlungnahme mit dem Parlament wegen derjenigen Ereignisse wünscht, die im Anschluß an die in Brest-Litowsk vereinbarten Bedingungen und besonders durch die neuerliche Fühlungnahme der Westmächte etwa eintreten könnten.

Posener Tageblatt - Nr.4 – 1918 – Donnerstag, 3. Januar - Mittag - S.1

Polen und Oesterreich.

Wien, 1. Januar. Der hier weilende polnische Ministerpräsident Kucharzewski äußerte gegenüber einem Vertreter der polnischen Preßagentur nach Worten der Anerkennung für den ihm in Wien zuteil gewordenen Empfang:

Die polnische Nation wird nie vergessen, daß sie in Zeiten ärgster Bedrückung sich in Oesterreich frei entwickeln, den nationalen Geist kräftigen und sich zur Erfüllung ihrer historischen Aufgabe vorbereiten konnte. Kucharzewski erklärt weiter, überzeugt zu sein, daß nach dem Kriege sich eine entsprechende Form der gegenseitigen Beziehungen finden werde, die den gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Interessen einen sichtbaren Ausdruck verleihen werde. Es ist, sagte er, in Polen bekannt, daß Kaiser Karl als Erbschaft die warmen Sympathien des unvergeßlichen Kaiser Franz Josef für das polnische Volk übernahm. Er könne mit Befriedigung feststellen, daß Graf Czernin ganz in die Absichten Kaiser Karls eingedrungen sei und sich gut von der Notwendigkeit der Lösung der polnischen Frage mit Berücksichtigung der vitalen polnischen Interessen und mit voller Achtung für den Grundsatz der polnischen Souveränität Rechenschaft gebe. Kucharzewski schloß: In der Teilnahme von Vertretern des polnischen Staates an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk würde die polnische Regierung und das polnische Volk nachdem dort ja auch polnische Interessen in Betracht kommen, den Beweis wohlwollenden Entgegenkommens der Mittelmächte und eine Bestätigung der Tatsache erblicken, daß die Mittelmächte die Folgen, die sich aus der Schaffung eines selbständigen polnischen Staates unwiderleglich ergeben anerkennen.

Deutsches Volksblatt - Nr.10418 – 1918 – Donnerstag, 03. Januar - S.1

Auswärtige Politik 1917. – Von Dr. Jan Eyssen.

Im Jahre 1917 vollzog sich die Wandlung von Gegenwart und Zukunft, deren Wirkungen allerdings erst die kommenden Geschlechter erleben werden. Der Bruch der Vereinigten Staaten mit der Monroe-Doktrin, die Umwälzung in Rußland sind Geschehnisse, die die Politik des Erdballs auf ein völlig neues Geleise werfen. Zunächst weil die nordamerikanische Union als mutiger Bewerber um alle Einfluß- und Wirtschaftszonen aufgetreten ist, sodann weil die Gefahr des zarischen Moskowitertums Dämme fand, so daß ihre Flutwellen zurückstoßen, um zwischen neuen Ufern einen Abfluß zu suchen. Für die Vereinigten Staaten bedeutet das die Umstülpung ihrer überstaatlichen Entwicklung, die sie im Panamerikanismus schon weit gefördert hatten, die Umschaltung der überstaatlichen Rechtsordnung in das Bekenntnis zum Machtgedanken des Staates.

Das Friedensangebot des Vierbundes vom 12. Dezember 1916 hatte den Auftakt des Kriegsjahres 1917 gebildet. Wenn der Vierverband zu einer schroffen Ablehnung kam, so war das die Folge der falschen Einschätzung des Kräfteverhältnisses. Der Verband glaubte, ein solches Höchstmaß militärischer Leistungen erreicht zu haben, daß ihm schon aus rein mechanischen Gründen der volle Sieg zufallen müßte. Auf diesen Zielen stellte er seine Kriegsziele in der Note an Wilson ein, die unter einem Wust staatsphilosophischer Redensarten die volle Selbstsucht und den Willen, die Mittelmächte unter allen Umständen zu zertrümmern, nur schlecht verbargen. Die Geheimverträge grenzten die Kriegsziele geographisch und politisch in dem Sinne ab, daß Deutschland als Macht ersten Ranges für immer ausscheiden sollte.

Die Ankündigung des verschärften Unterseebootkrieges am 31. Januar war denn auch kein Bruch vorher eingegangener Verpflichtungen, denn in der Note an Wilson vom Mai 1916 war das Kriegsmittel des verschärften Unterseebootkrieges ausdrücklich vorbehalten worden. Zwar ist Wilson auch ein Geschichtsschreiber der Vereinigten Staaten, allein er hat die Gabe, gerade das nicht zu sehen, was er unbedingt zunächst hätte sehen müssen. Daß er die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrach, war ein Glied in der Kette der Politik, die er selbst geschmiedet hatte. Diese Kette machte ihn unfrei und ungerecht. Der verschärfte Unterseebootkrieg war eine Waffe, die sich nur gegen die Feinde Deutschlands richtete, deren tödliche Spitze niemand Leiden zufügte, der sich ihr nicht selbst in den Weg stellte. So konnte der Unterseebootkrieg auch den Vereinigten Staaten keine Leiden zufügen, wenn Wilsons Wort Wahrheit war, daß die Lieferung von Kriegsmaterial nicht das Rückgrat des amerikanischen Außenhandels bildete.

In jeder neuen Kundgebung, die er erließ, hat er die letzten Schleier zerrissen, das Wesen seiner Kriegspolitik bloßgelegt, die Jagd nach Reichtum und Macht war und ist. In seiner Antwortnote an den Papst, in seiner Rede in Buffalo, die übertönt wurde von der Dezemberbotschaft an den Kongreß, formt er zwar

apokalyptische Ungeheuer, denen der Krieg gelte, aber er hat nebenbei auch die nüchterne Formel gefunden, die von den bedrohten Weideplätzen des Dollars im fernen Osten spricht. Wilsons Politik ist viel zu doppelsinnig, um klug und erfolgreich zu sein. Indem er ein stehendes Heer schuf, das sich nicht so einfach wie eine Rednertribüne wieder abbauen läßt, hat er dem Panamerikanismus einen tödlichen Stoß versetzt. Wie sollen die Staaten Lateinamerikas im Verhältnisse zu der nordischen Großmacht sich weiter als gleichgeordnete Teilhaber fühlen können, wenn ihnen ein Millionenheer gegenübersteht, das dem Willen Washingtons überall Geltung zu schaffen vermag? Schon die finanzielle Abhängigkeit von der Wallstreet wird hart empfunden als eine Verstrickung, die auch die politische Freiheit und Unabhängigkeit bedroht.

Ebenso sind die Reibungsflächen mit Japan schärfer und deutlicher umrissen worden. Dai Niyons Staatskunst in diesem Kriege trägt das Gepräge des Wartens, das trotzdem oder gerade deswegen weiß, was es will. Das stürmische Werben der europäischen Verbündeten um die japanische Hilfe offenbart am besten, wie verzweifelt es um die Sache des Vielverbandes stehen muß. Denn diese Hilfe mutet den Japanern zu, etwas zu tun, was ihre innerste Natur, das Wesen ihrer Kraft, verletzen würde. Day Niyon braucht für seinen Bevölkerungszuwachs Siedlungsland, das er da sucht, wo es klimatische und geographische Wahlverwandtschaften findet, also im Süden, nicht im Norden, in der unwirtlichen Mandschurei oder gar im sibirischen Amurgebirge. Wenn auch der Sondergesandte Baron Ischio bei seinem Besuche in Washington und New York im Herbst 1917 angeblich eine glatte Regelung alter Meinungsverschiedenheiten erzielte, so war die von ihm verkündete Monroe-Doktrin für den fernen Osten ein Wechsel auf Sicht, dessen Bezogener die Vereinigten Staaten sind, was dann unmittelbar durch den Zusammenstoß in der Schifffahrtsfrage erhärtet wurde. Japan sollte Schiffsraum liefern, die nordamerikanische Union im Austausch Stahl und Eisen. Allein Dai Niyon legte das Abkommen einseitig aus. Er benützte die Gelegenheit, um sein bedenklich angewachsenes Altmaterial an Schiffen gegen neuen Stahl abzustoßen. Mißverständnisse vielleicht, vielleicht auch nicht. Denn in China selbst bleibt Japan den Yankees überall hart an den Gurten, was sich auch in dem wunderlichen Zwischenspielen des kurzfristigen neuen Kaiserreiches zeigte.

In Europa versuchte England unter der Führung Lloyd Georges, militärisch und politisch die Vorhand zu gewinnen. Weder das eine noch das andere ist ihm gelungen. Die militärische Unüberwindlichkeit der Mittelmächte ist und bleibt das große Ergebnis des Jahres 1917. Ihr schließt sich der Ausbau unserer wirtschaftlichen Widerstandskraft an. Auf der anderen Seite hat die wirtschaftliche Trumpfkarte versagt. Wachsende Schwierigkeiten der Versorgung und des Verkehres führten den Zusammenbruch Rußlands herbei, den Italiens bereiten sie sich in sichtbarer Nähe vor. Rußland bildete die Enttäuschung des Vielverbandes, die sich immer wieder erneute, so viel Versuche die Angelsachsen unternahmen, um das russische Bauernheer wider die Ostfront der Mittelmächte zu jagen. Der Sieg über das zarische Rußland, der Europa von dem Drucke einer rücksichtslosen Gewaltpolitik befreite, ist das Verdienst der Heere der Mittelmächte und ihrer genialen Führung. Ob und wann Rußland den Knochenbau einer festen Staatsform wiederfindet, hängt von soziologischen Tatsachen ab, die sich erst mühsam den Weg bahnen. Unabänderlich bleibt nur die Friedensreise Rußlands, unabänderlich bleiben die wirtschaftlichen Interessen Mittel- und Osteuropas, die deshalb bei der Neuordnung der Dinge die Zukunftsmöglichkeiten in für uns ungünstigem Sinne nicht abbrechen und umbiegen dürfen.

Kommt der Friede mit Rußland tatsächlich zustande, so können die Rückwirkungen auf das Friedensverhältnis des italienischen und französischen Volkes nicht ausbleiben. Lenins und Trozskis Macht ist jedenfalls für die nächste Zeit gesichert, zumal die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung einen festen bolschewikischen Kern geschaffen haben, der durch den Zugang der maximalistischen Sozialrevolutionäre sehr wahrscheinlich die Mehrheit erhalten wird.

Für Italien hat das Jahr 1917 die militärische Niederlage im Felde gebracht, die sich in ihren Folgen auch zu einer politischen Niederlage des Vielverbandes auswachsen muß. Hier rächt sich die unnatürliche Einstellung seiner Großmachtansprüche in den Rahmen einer Staatengemeinschaft, deren wirtschaftliche und politische Bedürfnisse die italienischen an jeder Stelle kreuzen. Italien hat die Verflechtung zu den Mittelmächten gelöst, dafür aber nichts gewonnen, denn der Friede wird Italien zwingen, die Verbindungen wieder zu suchen, die es im Fieberwahn leichtsinnig zerstört hat. Frankreich bietet keinen Ersatz, da es durch den Krieg heute schon zu einer Macht zweiten Ranges geworden ist, trotz der großen Gesten seiner Politiker. Die inneren Krisen, von denen es heimgesucht war und ist, haben sich gegen Ende des Jahres zum gewaltsamen Ausbrüche gesteigert. Clemenceau ist der Vollender, in dessen Händen alles zu Asche wird.

So wälzt sich die Last des Krieges immer mehr auf Englands Schultern ab. Lloyd George und Bonar Law versichern unablässig, daß der britische Widerstand härter als Stahl sei, der schneiden und schlagen werde, bis der vollständige Sieg für England errungen sei. Sie haben die Regierungsform Großbritanniens völlig umgestaltet, wozu ein geschmeidiges Unterhaus Vorschub leistete, das wieder, wie in den Tagen, da Junius

schrrieb, seine eigenen Geschäfte besorgt, nicht die des Landes. Lloyd George hat Reden gehalten, deren Maßlosigkeit vielfach überraschte, während sie tatsächlich nur ein Beweis dafür sind, wie grauenhaft die Stimmung des Volkes heruntergekommen sein muß, wenn sie derartiger Einflößungen von Schwefel bedarf. Für Lloyd George handelt es sich auch darum, die Aufmerksamkeit von den Mißerfolgen seiner politischen Anstrengungen abzulenken. Das Jahr 1917 hat kein neues europäisches Kanonenfutter gebracht, denn Griechenland lebt in Hangen und Bängen, so daß selbst Venizelos seines Sieges über den ritterlichen König der Hellenen nicht froh wird. Skandinavien ist fest geblieben trotz der Peitschenhiebe, die ihm die angelsächsische Blockadepolitik versetzte. Schweden hat selbst den Branting ertragen können, dem das Jahr 1917 den herostratischen Ruhm eintrug, den Tempel der sozialistischen Internationale verbrannt zu haben. Immerhin hat die gescheiterte Stockholmer Konferenz das geschichtliche Verdienst, den Imperialismus Großbritanniens und seine Gemeingefährlichkeit bloßgelegt zu haben.

Die militärischen Erfolg Englands in Mesopotamien und Syrien stellen selbst für britische Auffassung einen ...erfolg dar, der verloren geht, wenn der Krieg in Europa die Niederlage Englands herbeiführt. Dessen sind wir gewiß!

Für den Vielverband war 1917 ein schwarzes Jahr. Für den Vierbund der Treue ein solches unbestrittener und unwandelbarer Erfolge. Gewiß auch ein Jahr der Prüfung und der gemeinsamen Not. Allein er hat die Zeit als Bundesgenossen, die Gewißheit, daß er die Freiheit der Völker verteidigt gegen verbrecherische Anschläge der angelsächsischen und lateinischen Beutepolitiker. Diese haben die Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit vor Jahresfrist verhöhnt. Heute stehen sie vor dem festen Willen der Mittelmächte den Frieden unter allen Umständen zu erzwingen.

Deutsches Volksblatt - Nr.10418 – 1918 – Donnerstag, 03. Januar - S.11

Clemenceaus sozialistische Feindschaft.

Bern, 2. Januar. Der sozialistische Deputierte Cachin beleuchtete in der „Heure“ die Stellungnahme der Sozialisten gegenüber Clemenceau, der seit Jahren alle Minister und Generale ausnahmslos und wahllos auf schärfste kritisiert habe. Dabei habe er sich in seinem Vorgehen mit den entschlossenen Reaktionären Frankreichs zusammengetan. Clemenceau fehle jegliches Verständnis für die moderne sozialistische Bewegung. Laufe ihm etwas zuwider, so greife er zur Gewalt. Er sei ein Demagoge vom trübsten Wasser. Der Leitgedanke seines ganzen Regierungswerkes laute: Wenn wir noch nicht siegreich sind, so liegt es an dem Verrat gewisser Männer im Landesinnern. Diese kindische These sei freiheitlich gesinnten Köpfen unannehmbar. Noch weniger aber könne man sich jetzt mit den Auffassungen Clemenceaus über Krieg und Frieden einverstanden erklären, der mitleidlos das Ideal, für das sie die republikanischen und sozialistischen Soldaten kämpften, beschimpfe. Diese seien in der Ueberzeugung in den Krieg gezogen, daß es der letzte sei und daß ein gerechter Friede geschlossen werde, bei dem jeder Keim eines künftigen Konfliktes ausgeschlossen werde. Die sozialistische und republikanische Formel der Völkerverständigung zähle aber für Clemenceau nicht. Er wolle den militärischen Sieg. Diese Politik eines Greises mit vertrocknetem Herzen sei nicht die sozialistische. Zur Herstellung eines Friedens und zur Kriegsbeendigung werden moralische Kräfte eingreifen, die auch in Deutschland einen Widerhall finden würden. auch dort werde man sehen, daß alle militärischen Kräfte nur relativ seien. Vom russischen Beispiele angespornt, werde die Arbeiterschaft die Mittelmächte zu Konzessionen treiben, die morgen Friedensverhandlungen für einen dauerhaften Frieden gestalten würden. Sies seien die sozialistischen Aussichten, die Clemenceau mit den Reaktionären und Chauvinisten Frankreichs von der Hand weise. Die Stunde der Sozialisten werde schlagen. Da Clemenceau der Demokratie den Rücken gewendet habe, werde seine Herrschaft kurz und unsicher sein.

Berliner Morgen-Zeitung - Nr.2 – 1918 – Donnerstag, 3. Januar - S.2

Henderson für Fühlungnahme mit dem Vierverband.

Bern, 1. Januar. Auf der am 28. Dezember in London abgehaltenen Konferenz der britischen Arbeiterorganisationen, der über 800 Abgeordnete beiwohnten, die 3 ¼ Millionen Arbeiter vertraten, wurde zunächst das von Reuter mitgeteilte Schreiben des Premierministers verlesen. Danach verlas Henderson eine lange Ansprache, in der er der sozialistischen Kundgebung vom 14. Februar gedachte, die es ablehnt, zuzulassen, daß dieser Verteidigungskrieg zu einem Eroberungskrieg werde, und dann auf die in der zu erörternden Kriegskundgebung niedergelegten Friedenspolitik der britischen Arbeiterschaft im einzelnen einging.

Der Krieg müsse jetzt als Kampf zwischen dem alten und dem neuen Regierungssystem Deutschlands angesehen werden.

Keine Verständigung könne befriedigend sein, die nicht der Welt eine **vollständige Diskreditierung des angriffslustigen Militarismus bringe und an seine Stelle eine höhere Auffassung von nationaler und internationaler Verantwortlichkeit setze.**

Geheimdiplomatie, Militärdienstpflicht, Profitmacherei aus der Herstellung von Instrumenten der Zerstörung sollten in der Gesellschaft freier Nationen unmöglich sein. Die unumgängliche Vorbedingung des Planes einer Völkerliga sei die Ablehnung jeder Form eines wirtschaftlichen Boykotts gegen Deutschland nach dem Kriege.

Man sei berechtigt zu fragen, ob die Regierung alles, was in ihrer Macht liege, tue, um die Feindseligkeiten abzukürzen. **Der Redner wies sodann auf die Behauptung Carlsons in seiner Rede in Portsmouth hin, daß Oesterreich-Ungarn und die Türkei bereit seien, Frieden zu schließen, und fragte, warum die Regierung nicht in Verhandlungen mit ihnen, besonders mit der Türkei, getreten sei, wie jetzt Deutschland mit Rußland.** Statt dessen habe sie die Einnahme Jerusalems betrieben. Obwohl nach der Erklärung Carlsons die Türkei Frieden zu schließen wünsche, dehne England seine Fronten in diesem Lande aus. Es könne nicht wundernehmen, daß man England in neutralen Ländern, in Rußland und selbst in Amerika imperialistischer und annexionistischer Ziele verdächtige. Wenn die Arbeiter weitere Opfer bringen sollten, müßten sie bestimmte Zusicherungen erhalten, daß solche Opfer zur Herbeiführung eines ehrenhaften und gerechten Friedens notwendig seien. Die Arbeiterschaft bestehe darauf, daß Deutschland anerkenne, daß es ein unbedingtes Mindestmaß gebe, das es annehmen müsse. Andererseits dürften die Alliierten keinerlei Zweifel darüber lassen, daß der Kampf lediglich um Grundsätze und Ideale, nicht um Eroberungen fort dauere. Die Arbeiterschaft verlange Gelegenheit, festzustellen, inwieweit Deutschland bereit sei, ihr Friedensprogramm anzunehmen.

Berliner Tageblatt - Nr.5 – 1918 – Donnerstag, 3. Januar - Abend - S.1

Die Fraktionssitzungen im Reichstage.

Im Reichstage herrschte heute seit den frühen Vormittagsstunden lebhafte Bewegung. Alle Fraktionen sind zu Sitzungen zusammengetreten, um über die deutsch-russischen Friedensverhandlungen zu konferieren. In der gestrigen interfraktionellen Sitzung hat der Zentrumsabgeordnete Erzberger eine Reihe von Richtlinien vorgetragen, die in der heutigen Sitzung des Hauptausschusses den Mehrheitsparteien als eine gewisse Unterlage für die Beratungen dienen sollen. Die Debatte im Hauptausschuß, der, wie wir heute früh meldeten, auch der Reichskanzler Graf Hertling beiwohnen wird, soll in der Weise gestaltet werden, daß zunächst über die politische Sachlage, und dann, getrennt davon, die wirtschaftlichen Notwendigkeiten verhandelt werden sollen.

Auf seiten der Mehrheitsparteien will man unter anderem vorschlagen, den Russen insofern entgegenzukommen, als man sich damit einverstanden erklären soll, den Friedensvertrag, den russischen Wünschen entsprechend, in einer russischen Stadt unterzeichnen zu lassen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völkerschaften in den besetzten Gebieten möchte man nicht durch ein eigentliches Plebiszit, sondern durch parlamentarische Körperschaften aussprechen lassen, die aber auf einer breiteren demokratischen Grundlage gebildet werden sollen, als es bisher in Litauen und Kurland der Fall gewesen ist, wo die Landesräte bekanntlich schon vor längerer Zeit ihre Voten abgegeben haben.

Die Zurückziehung der Truppen aus den besetzten Gebieten möchte man im Einvernehmen mit den militärischen Stellen nach einer bestimmten, nicht zu lange ausgedehnten Frist, die von der russischen Demobilisierung datieren würde, vornehmen lassen. Der Grundgedanke der Mehrheitsparteien, von dem sie sich in allen diesen Fragen leiten lassen, ist der, einen solchen Frieden – Sonderfrieden – zustande zu bringen, der auch bei einer späteren nichtbolschewistischen Regierung keinerlei Revanchegedanken Raum lassen würde. Die Rigaer Frage verdient unter diesem Gesichtswinkel eine ganz besonders diskrete Behandlung. Es ist u.a. der Vorschlag aufgetaucht, Riga und die dem Rigaer Meerbusen vorgelagerten Inseln zu einem freien Staat zu erklären, d.h. sie zu internationalisieren. Irgendeine Klärung gerade über diesen Punkt ist aber noch nicht herbeigeführt worden. Nicht geringere Schwierigkeiten verursacht die polnische Frage. **Wenn sich gewisse Kreise auch sagen, daß es vielleicht am besten gewesen wäre, Polen als selbständigen Staat einer russischen föderativen Republik anzugliedern,** so ist dies Kombination durch die **Kaiserproklamation vom November 1916** ohne weiteres hinfällig geworden, und man hält im Allgemeinen nunmehr eine austro-polnische Lösung der Frage für am besten, wenn Deutschland gewisse Garantien gegeben werden.

Alle diese Dinge sind, solange der Hauptausschuß offiziell noch nicht gesprochen hat, natürlich noch im Flusse. Neue Vorschläge können auftauchen, die neue Beschlüsse zeitigen. Immerhin dürften die voranstehenden Mitteilungen ungefähr den Rahmen geben, in dem sich die Wünsche der Mehrheitsparteien bewegen.

Die Nationalliberalen scheinen diese Politik der Mehrheitsparteien indessen nicht mitmachen zu wollen, wenn auch in ihren Kreisen nicht geringe Meinungsverschiedenheiten entstanden sind. Die Nationalliberalen stehen im allgemeinen bekanntlich auf einem ziemlich annexionistischen Boden. Von den Konservativen darf daſelbe gesagt werden. Die Unabhängige Sozialdemokratie verhält sich den deutsch-russischen Verhandlungen gegenüber deshalb ablehnend, weil sie prinzipiell einen Sonderfrieden ablehnt und einen Gesamtfrieden erstrebt.

Um 2 Uhr ist der Aeltestenausschuß des Reichstags zusammengetreten, um über den sozialdemokratischen Antrag zur Einberufung des Plenums Stellung zu nehmen. Es darf jetzt schon als gewiß gelten, daß dieser Antrag abgelehnt wird, und daß man sich dafür aussprechen wird, den Hauptausschuß so lange tagen zu lassen, als die Friedensverhandlungen dauern. Der Hauptausschuß tritt eine Stunde später, um 3 Uhr nachmittags, zusammen.

Sehr unangenehm wurde es von den Abgeordneten und allen Personen, die sonst beruflich im Reichstagsgebäude zu tun haben, empfunden, daß die meisten Säle und Arbeitszimmer nicht geheizt waren. Da das Reichstagsgebäude ohnehin seit mehreren Wochen zum größten Teil unbenutzt geblieben ist, war es in den Räumen fast unerträglich kalt.

Berliner Tageblatt - Nr.5 – 1918 – Donnerstag, 3. Januar - S.2

Der Bedarf des amerikanischen Heeres in Frankreich.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ schreibt im Morgenblatt vom 23. Dezember:

Die „Saturday Evening Post“ in Philadelphia hat untersucht, was für den Transport des ersten amerikanischen Heeres von 500.000 Mann nach Frankreich und die Beförderung in diesem Lande nötig sein wird. In Frankreich werden dazu 40.000 Eisenbahnwagen erforderlich sein. Die Amerikaner werden für die 25 Schiffe, die an jedem Tag zu löschen sein werden, vier Häfen anlegen und Werften bauen müssen. 250 Schiffe werden benötigt, um die halbe Million Menschen dauernd mit Vorräten zu versehen. Ungefähr 1.000 amerikanische Lokomotiven müssen nach Frankreich transportiert werden, dazu Eisenbahnschienen für Tausende Meilen. Weiterhin werden benötigt: 1.000 Waggons für Kohlentransporte, Ambulanzzüge und zahllose Motorwagen, um Nahrungsmittel, Munition, Benzinvorräte, Feldschmieden usw. zu transportieren. Außerdem müssen die Vereinigten Staaten monatlich 51.000 Tonnen Kohlen nach England verschiffen.

Glücklicherweise gibt es, so schreibt das amerikanische Blatt, in Frankreich genug Holz, aber es werden 15.000 Mann nötig sein, um die Bäume zu fällen, zu sägen und für die erste halbe Million der Union zu arbeiten. Alles in allem ist ein Arbeitsheer von beinahe 100.000 Mann erforderlich, um das zu transportierende Material zu behandeln. Darin einbegriffen sind 5.500 Mann für die Forstaufsicht, 49.000 für Eisenbahnarbeiten und 100.000 als Hafenarbeiter und für verschiedene Arbeiten.

Monatlich wird für die Leute an Nahrungsmitteln (in englischen Pfunden) nötig sein: 13.350.000 Fleisch, 3.375.000 Speck, 13.350.000 Mehl, 14.830.000 Kartoffeln, 1.046.600 Kaffee und 3.000.000 Zucker.

An Kleidern müssen alle sechs Monate neu beschafft werden: 1.050.000 Hosen, 1.070.000 Hemden, 1.470.000 Paar Schuhe, 1.890.000 Paar Socken, 1.373.000 Hüte und Mützen, 3.444.000 Paar Unterzeug, 504.000 Decken, 210.000 Mäntel, 210.000 Paar Gummischeuhe.

Es wurden auch Zahlen über das Sanitätspersonal mitgeteilt. Man meint, daß die Vereinigten Staaten an Aerzten, Pflegern und Krankenwärtern im ganzen 56.000 Mann nötig haben werden, von denen 5.000 Aerzte und Chirurgen sein müssen.

Außerdem werden überall in Frankreich große Lazarette für die amerikanischen Truppen errichtet werden müssen. Das amerikanische Feldheer braucht zwei Feldlazarette für je 25.000 Mann an der Front; jedes dieser Lazarette muß 1.000 Betten besitzen. Für jedes Bett sind sechs bis acht Laken, vier Kissenbezüge und drei Decken nötig. Außerdem müssen 94.000 Tonnen Arzneimitteln nebst 20.000 Tonnen zur Ergänzung für die ersten sechs Monate vorhanden sein.

Der Reichsbote - Nr.4 – 1918 – Donnerstag, 3. Januar - Morgen - S.2

Was die Entente-Antwort wirklich will!

Bern, 1. Januar. „Corriere della Sera“ erklärt in seinem heutigen Kommentar zu den Verhandlungen von Brest-Litowsk, die Gegenoffensive der Entente auf den deutschen Friedensfühler dürfe nicht unterbleiben, Pichons Rede genüge nicht. Man dürfe daher auch der Presse nicht wieder allein überlassen, feindliche Ränke aufzudecken. Andererseits sei eine eigentliche diplomatische Antwort ausgeschlossen, da man den Verrätern von Petersburg nicht die Machtvollkommenheit von Vermittlern zuerkennen könne. Die Entente dürfe sich nicht zu den Friedensverhandlungen locken lassen. Zuerst müßten unmittelbar Vorschläge an die kämpfenden Nationen erfolgen, denn den Alliierten könnte vermöge der strafferen deutschen Organisation eine Unterbrechung des Krieges zum Nachteile gereichen, wenn dadurch auch nur ein Mitglied der Allianz wanken werde.

„Giornale d'Italia“ fügt zu seinem gestrigen Kommentar hinzu: **Die deutschen Friedensvorschläge bedeuteten zwar einen bemerkenswerten Schritt vorwärts, verbürgten aber auch noch nicht einen gerechteren und dauernden Frieden, den Anfang einer neuen Epoche für Europa und die zivilisierte Welt.**

Der Reichsbote - Nr.4 – 1918 – Donnerstag, 3. Januar - Morgen - S.2

Rußland zur amerikanischen Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn.

Berlin, 2. Januar. Das russische offiziöse Militärblatt „Armia i Flot“ schreibt zu der Kriegserklärung Amerikas an Oesterreich-Ungarn:

Amerika hat Oesterreich-Ungarn den Krieg erklärt. In dem Augenblick, wo die russische Demokratie alle Anstrengungen macht, um ein Ende der verbrecherischen Menschenschlächtereier herbeizuführen, bemühen sich die amerikanische und englische Bourgeoisie, diesen blutigen Schrecken zu verlängern, nur um den Gegner derart zu zerschmettern und zu entkräften, daß er als Konkurrent auf dem Weltmarkt ausscheidet. Denn nur darin liegt Sinn und Wesen des Widerstandes der englischen amerikanischen Kapitalisten. Sie wissen, daß die Länder, die den Krieg führen, wirtschaftlich derart geschwächt sind, daß sie als Konkurrenten in absehbarer Zeit nicht mehr gefährlich sein können. Sie wissen, daß sie, wenn die den Krieg bis zur vollen Kräfteerschöpfung durchführen, auf dem knochenbesäten Leichenfeld die einzigen Sieger bleiben, weil sie ihre Kräfte geschont haben. Dann werden sie es sein, die die Welt teilen. Die verführerische Perspektive der Weltaufteilung steht vor den mächtigsten Vampyren des Weltkapitals, der englischen und amerikanischen Bourgeoisie.

Der Reichsbote - Nr.4 – 1918 – Donnerstag, 3. Januar - Morgen - S.2

Oberst Egli Ueberzeugung von der militärischen Ueberlegenheit der Mittelmächte.

In den „Baseler Nachrichten“ vom 28. Dezember verteidigt sich der bekannte Militär-Kritiker Oberst Egli gegen eine Kritik seiner Berichte, die in der hetzerisch deutschfeindlichen „Gazette de Lausanne“ unter der Chiffre Ph. S. erschien; in dieser wurde gesagt, daß die Auffassung Eglis von den politischen und militärischen Aufgaben der Schweiz von der der Welschen abweiche und daß seine Auseinandersetzungen auf einen Teil der Leser niederdrückend wirkten. Oberst Egli schreibt: Wenn meine Auseinandersetzungen auf einen Teil meiner Leser niederdrückend wirken, so darf doch gewiß nicht mir die Schuld beigemessen werden, sondern diese Wirkung ist ganz einfach die Folge der Ereignisse, die ich übernommen habe darzustellen. Vielleicht gibt es auch andere Leser, die sich durch meine Ausführungen erfreut und erhaben fühlen. Ich selbst stehe den Folgerungen, die jeder daraus ziehen will, ganz unparteiisch gegenüber. Es ist mir allerdings von anderer Seite die Bemerkung gemacht worden, daß ich seit meiner Reise nach Belgien noch viel zuversichtlicher für die Mittelmächte schreibe, als ich das schon früher getan habe. Das ist richtig, denn dort bei den deutschen Truppen in Flandern, die seit Monaten in ungleichem Kampfe standen, habe ich die ganze Aenderung der Gesamtlage, wie sie durch die Ereignisse in Rußland und Italien entstanden ist, in ihrem vollen Umfange erfassen können.

Wenn die Verbandsmächte bisher mit ihrer gewaltigen Ueberlegenheit im Westen nicht mehr erreicht haben, wie muß sich da ihre Lage gestalten, wenn nun gewaltige Kräfte der Mittelmächte frei werden und in Frankreich und Flandern eingreifen können? Ich wäre ein schlechter militärischer Berichterstatte, wenn ich diese Verschiebung der Verhältnisse den Lesern der „Baseler Nachrichten“ nicht klar zur Kenntnis gebracht hätte.

Uebrigens habe ich nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich die Ansicht habe, daß trotz der Uebermacht der Verbandsmächte die Mittelmächte und ihre Verbündeten siegen werden. Mit dieser Anschauung bin ich in den Krieg getreten, denn ich habe seit langen Jahren die Entwicklung der Armeen genau verfolgt und viel von ihnen gesehen. Meine Meinung hat sich in den Kriegsjahren, trotz allen Verschiebungen in der Lage und in den Verhältnissen, nicht geändert; bei jedem Besuch an einer Front hat sie sich nur bestärkt. Selbst wenn ich die Deutschen hassen würde, so könnte ich daran gar nichts ändern. Frankreichs Not stehe ich nicht teilnahmslos gegenüber. Wenn ich französischer Offizier wäre, so wäre auch in mir vor dem Kriege der Schmerz groß geworden, daß mein Land nicht mehr die erste Rolle in Europa hat, sondern diese mit anderen teilen muß. Ich hätte unermüdlich gearbeitet, damit ich bereit sei, an meiner Stelle das Höchste zu leisten, wenn einmal der große Tag kommen würde, an dem Frankreich seine Söhne zum Kampf aufruft. Wahrscheinlich wäre ich, wie so viele der besten Franzosen, dabei gescheitert, denn **es herrschte vor dem Kriege in Frankreich nicht der Geist der Pflichterfüllung, sondern das Heer war ein Mittel der Politik, nicht im Sinne eines Clausewitz, sondern der Parteiführer.** Das hinderte daran, die rechten Männer an den rechten Platz zu stellen, und das französische Volk muß nun dafür büßen.

Auch für die Italiener habe ich mehr Mitleid, als viele der westlichen Mitleidgenossen; denn das Volk ist im Grunde nicht schuld daran, daß es in das Gemetzel hineingezogen wurde. Auch da kenne ich Offiziere, welche die Art, wie Italien in den Krieg trat, als persönliche Schande empfunden haben, die aber trotzdem ihre Pflicht taten, bis an ihr Ende, auch als ihnen ihre Truppen nicht mehr nachfolgten.

Daß ich Mitleid habe mit diesen Völkern und für sie fürchte, daß der Kelch ihrer Leiden noch lange nicht geleert ist, schließt nicht aus, daß ich nicht Hochachtung empfinde für die gewaltigen Leistungen Deutschlands. **Ist nicht auch das unvergleichlich, was das deutsche Volk und das aus ihm hervorgegangene deutsche Heer von oben bis unten in diesen harten Kriegsjahren geleistet hat?** Geht Herr Ph. S. an dem wirklich teilnahmslos vorüber? Sind die Tiroler nicht ebenso gut unsere Nächsten, wie die Franzosen, und dürfen wir uns nicht ehrenvoll neigen vor dem Beispiel, daß dieses einfache Bergvolk auch uns Schweizern gegeben hatte, als die Blüte seiner Männer sich auf den galizischen Schlachtfeldern geopfert hatte und der Feind drohte, in die Täler einzubrechen, da ergriffen wie in alten Zeiten die Greise und die Buben die Büchsen und eilten, den heimischen Herd zu verteidigen. Und die Kärntner, die Steyrer, die Nieder- und Oberösterreicher, alle die Völker Oesterreich-Ungarns, die sich für ihren Kaiser und König und ihr Land hingaben und sich der russischen Dampfwalze entgegenwarfen, sind nicht auch sie unsere Nachbarn und gerade in dieser Festzeit unseres Gedankens wert?

Der russisch japanische Geheimvertrag vom 3. Juli 1916. [siehe auch KHZ 1, 01.Januar 1918, S.2]

Die gestern abend von und wiedergegebenen Geheimdokumente aus der „Iswestija“ [siehe BNN 6, 04.01.1918, S.5] über die Beziehungen zwischen Rußland und Japan im Jahre 1917 lenken die Aufmerksamkeit auf den Zusatzvertrag, der am 3. Juli 1916 zu den russisch-japanischen Geheimabkommen an den Jahren 1907, 1910 und 1912 abgeschlossen wurde. Um noch einmal kurz seinen wesentlichen Inhalt wiederzugeben, so hat das genannte Organ des Arbeiter- und Soldatenrates den Sinn des Zusatzvertrages treffend dahin ausgelegt, daß es sich um ein Geheimabkommen zwischen Rußland und Japan handelt, das „ein bewaffnetes Auftreten gemeinschaftlich gegen Amerika und England im fernen Osten vor dem Jahre 1921 im Auge hat.“

Die beiden vertragschließenden Parteien betonen die Notwendigkeit der Sicherung Chinas gegen die politische Herrschaft jedweder dritten Partei, welche feindliche Pläne gegenüber Rußland oder Japan hegt. Ferner verpflichten sie sich zur Waffenhilfe für den Fall, daß eine dritte Macht einer der beiden vertragschließenden Parteien den Krieg erklärt. Bemerkenswert ist der Schlußsatz des Vertrages, wonach das Abkommen „tiefstes Geheimnis“ bleiben soll.

Sieht man die Entstehungsgeschichte des geheimen Zusatzvertrages genauer an, so kann man ganz allgemein feststellen, daß er das Ergebnis einer zwölfjährigen Annäherungspolitik zwischen Japan und Rußland bildet. Die Zeche, die beiden Staaten seit dem Boxeraufstand und schon seit dem Chinesisch-Japanischen Kriege anstehen hatten, ist durch den Waffengang in der Mandschurei und bei Tsushima beglichen worden. Auf beiden Seiten stellte sich alsbald das Bedürfnis ein, die alten Gegensätze begraben sein zu lassen und eine neue Politik einzuschlagen, die der neuen Konstellation in Ostasiens, im Interesse beider Staaten, entsprechen konnte. Rußland konnte nach dem Kriegsausgange nicht daran denken, weiterhin eine aggressive Politik gegen Japan zu treiben, zumal da auch die Lage im Innern zu jener Zeit die Kräfte des gewaltigen Reiches so fest band, daß sich von selbst eine Beschränkung auf näherliegende Ziele empfahl. So warf denn Rußland den bisher nach Osten gerichteten Kiel wieder nach Westen herum und erleichterte damit dem siegreichen Gegner eine Annäherung. In Japan selbst faßte die Ueberzeugung immer tiefer Wurzeln, daß die wahren Gegner Japans ganz woanders zu suchen seien. Die Rivalität mit den beiden angelsächsischen Staaten, England und Amerika, bildete gleichsam von Natur aus den Angelpunkt der japanischen Politik. Die Nordamerikanische Union hat ebenso wie England durch wirtschaftliche Beziehungen zu China das Reich der Mitte zum Schauplatz unterirdischer, aber umso erbitterter Interessenkämpfe mit dem japanischen Konkurrenten gemacht.

Für beide Staaten spielte, was den Kreis Ostasien anbelangt, der Japaner dieselbe Rolle, wie in anderen Teilen der Welt der Deutsche. Seinen Fleiß zu lähmen, indem man ihn um die Früchte seiner Arbeit brachte, war das gemeinsame Ziel der angelsächsischen Verbündeten; denn daß beide in der Tat längst verbündet waren, kam 1911 unzweideutig bei der Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisvertrages zum Ausdruck. England wußte damals bekanntlich seinem japanischen Verbündeten das Zugeständnis abzutrotzen, daß es bei einem Waffengang zwischen Japan und Nordamerika nicht mehr zur Waffenhilfe gegen Amerika verpflichtet sein sollte. Damit gab es seinem japanischen Bundesgenossen mit brücker Offenheit zu verstehen, daß es die Verbindung mit dem Stammverwandten über See höher schätzte, als die Bündnistreue und die Unterstützung des ostasiatischen Inselreiches.

Wollte man sich an die äußerliche, zeitliche Reihenfolge diplomatischer Verhandlungen und Verträge halten, so könnte man für England mildernde Umstände in der schon beträchtliche Zeit vorher vollzogenen Schwenkung Japans zu Rußland hin sehen. Das Mandschureiabkommen vom Jahre 1910 jedoch, an das man hier denken könnte, verliert sofort seine Beweiskraft gegen Japan, wenn man sich vergegenwärtigt, daß hier ein Verbündeter Englands mit dem anderen ein Abkommen getroffen hat, ohne zu versäumen, England von dem Inhalte in Kenntnis zu setzen. Man kann höchstens sagen, daß Japan entschlossener als England die notwendigen Folgerungen aus dem Wandel der Dinge in Ostasien gezogen habe. Die Zwiespältigkeit in der Interessenpolitik der angelsächsischen Staaten und Japans ist in den folgenden Jahren mehr und mehr vertieft worden. Wenn Japan trotzdem den ungünstigen Bündnisvertrag mit England weiterhin in Gültigkeit gelassen hat, so handelte es in einer begreiflichen Vorsicht, die einen unsicheren Besitz nicht um einer unsicheren Aussicht willen aufgibt; denn auch das Verhältnis zu Rußland, an dessen Festigung von beiden Seiten eifrig gearbeitet wurde, wies noch nicht genügende Sicherheitsmomente auf, die für Japan eine klare Schwenkung nahegelegt hätten.

Erst der Krieg hat für Japan die Bedingungen geschaffen, die es brauchte, um die Bündnisfrage in Ostasien hinlänglich zu klären. Die militärische und wirtschaftliche Schwächung Rußlands ließ im Lande des Zaren das Bedürfnis, an Japan Anlehnung zu suchen, beträchtlich anwachsen. Japan andererseits durfte hoffen, in Rußland einen Verbündeten zu finden, der bereit war, auf ein gefährliches Intrigenspiel in Ostasien zu verzichten und seine Politik auf gegenseitige Unterstützung einzustellen.

Die gestern abend von uns veröffentlichten Dokumente lassen uns, wenn auch für eine spätere Zeit, einen Einblick in die Stimmung tun, aus der in Tokio die Hinneigung zu einem Bündnis mit Rußland entsprungen war. Wenn auch nicht alles so glatt vom Stapel lief, wie es beiden Parteien wohl lieb gewesen wäre, so konnten sie schließlich doch am 3. Juli 1916 den Schlußstein ihrer lange vorbereiteten Verständigungspolitik setzen. Besonders Japan durfte jetzt sich des Erfolges freuen, gab ihm doch das Geheimabkommen die Rückendeckung von der russischen Seite her, falls es zu einem Bruch mit den angelsächsischen Mächten kommen sollte.

Lassen wir noch einmal das Tatsächliche auf sich beruhen und sehen wir uns den tieferen Sinn der Vorgänge in Ostasien an! **England, das von jeher gewohnt ist, seine Kriege durch andere ausfechten zu lassen, hatte in dem jungen, aufstrebenden Japan seinerzeit einen willigen Bundesgenossen gefunden, der dem russischen Ausdehnungsdrang nach Osten beizeiten einen unübersteigbaren Wall entgegensetzte.** Anstatt aber diesem treuen Helfer ebenfalls die Treue zu halten, wandelte es sein Wohlwollen, das ihm dem Unterlegenen gegenüber herzlich wenig kostete, bald in einen leisen und dann immer stärker werdenden Konkurrenzneid. Auf dieser Plattform fand es sich schnell mit seinem Stammverwandten in Amerika zu gemeinsamer Politik zusammen. Was die amerikanische Union von Japan trennt, ist wohlbekannt und braucht nicht näher erläutert zu werden. Der Hinweis auf die starken amerikanischen Interessen an China und auf die Zukunft der Philippinen führt in den ganzen Komplex der amerikanisch-japanischen Interessengegensätze ein.

Amerika ging umso freudiger auf die Verbindung mit England ein, als es nie ein gewisses Gefühl der Schwäche gegenüber Japan unterdrücken konnte; denn während Japan für die Union fast unangreifbar ist, findet Japan für einen erfolgreichen Konflikt mit seinem Rivalen genügend Angriffspunkte. **Was England dazu tun konnte, den Interessengegensatz durch Ungeschicklichkeit zu vertiefen, hat es mit bemerkenswerter Konsequenz getan.** Es ist nun einmal ein mißlich Ding, einen Freund dadurch an sich ketten zu wollen, daß man ihm droht, ihm einen Dritten auf den Hals zu hetzen. Das aber hat der englische Botschafter in Petersburg 1916 in den Tagen des Geheimvertrages getan. So hat England in seiner Bündnispolitik mit Japan nur neues Beweismaterial für seinen Ruf geliefert, sondern auch eine Entwicklung gefördert, deren Ergebnisse schwerlich zu seinen Gunsten ausschlagen werden. Ein Ergebnis, das in England und Amerika mit recht geringer Befriedigung aufgenommen sein wird, haben wir bereits in dem russisch-japanischen Juli-Abkommen von 1916 vor uns. Die Sorge vor einer Vergeltung für die treulose Politik Englands zittert in den Betrachtungen nach, die der „Manchester Guardian“ dem Geheimabkommen widmet. Seine bange Frage, ob denn die englische Regierung von dem Abkommen verständigt worden sei, läßt einen Schluß auf die unbehagliche Stimmung zu, von der die englische Öffentlichkeit angesichts eines solchen Ergebnisses der hinterhältigen Politik in Ostasien beschlichen wird. Antwort hat das Blatt bisher nicht auf seine Frage bekommen.

Vossische Zeitung - Nr.6 – 1918 – Freitag, 04. Januar - Morgen - S.3

Ein Geständnis Lloyd Georges. – Alles ist eine Frage der Schiffe.

Folgende Stelle aus der Rede des Premierministers Lloyd George wird für diejenigen, die im Zweifel waren, ab der Unterseebootkrieg eine erhebliche Schädigung der militärischen Bereitschaft unserer Feinde bedeute, und ihren Zweifel dadurch zu stützen suchten, daß sie auf die ungeheueren Mengen von Kriegsmitteln unserer Feinde an allen Fronten – auch auf die von uns den Italienern abgenommenen – verwiesen, besonders beachtenswert sein:

„Wie ich schon wiederholt gesagt habe und wie gestern im Unterhause gesagt wurde, ist der Kampf jetzt überwiegend eine Frage des Frachtraums geworden. Nichts kann uns schlagen und nichts kann für uns den Sieg gewinnen – das heißt, alles andere, was wir besitzen, wird für uns wertlos sein – wenn wir nicht unsere Frachtraumlage verbessern. Frachtraum bedeutet Kanonen – ich meine Frachtraum in der Schifffahrt – Frachtraum bedeutet Flugzeuge, Munition, Tanks und Truppen, ob sie in Frankreich stehen oder im Osten, und alles ist jetzt eine Frage der Schiffe.“

An diese Worte, die Lloyd George am 21. Dezember gesprochen hat, sei die Frage geknüpft: Wieviel stärker wäre heute die Kriegsbereitschaft Englands und seiner Verbündeten, wenn nicht die Unterseeboote mittelbar oder unmittelbar Kriegsmittel aller Art vernichtet, deren Erzeugung durch die Verringerung der Rohstoffzufuhren verringert und deren Transport nach allen Fronten verlangsamt hätte? Die Worte des

englischen Premierministers sind ein klares Eingeständnis der verhängnisvollen Bedeutung des Unterseebootkrieges für die Operationen unserer Feinde zu Lande.

Berliner Abendpost - Nr.3 – 1918 – Freitag, 04. Januar - §.1

Englischer Vereitelungsplan.

Amsterdam, 3. Januar. Viel besprochen werden hier die Depeschen des Korrespondenten Ransane der Daily News aus Petersburg, die doch wohl nicht nur als Privatansicht eines Korrespondenten zu werten sind, und die zeigen, daß England gern ein neues Manöver versuchen möchte. Der Korrespondent schreibt: Nach meiner Ueberzeugung können die deutsche Friedenspläne nur dadurch vereitelt werden, daß wir Friedensbedingungen bekanntgeben, die sich möglichst genau mit den russischen Bedingungen decken um dann an der Friedenskonferenz teilzunehmen und gleichzeitig die demokratische Bewegung in Deutschland zu unterstützen. eine Veränderung in Rußland wäre schädlich. Jede Regierung müßte Frieden schließen und die Art, wie Trotzki dabei zu Werke geht, ist noch am geeignetsten. Deutschland zu schaden.

Berliner Abendpost - Nr.3 – 1918 – Freitag, 04. Januar - §.2

Der „italienische“ Frieden. – Entgegnung Orlandos zur Brest-Litowsker Einladung.

Rom, 1. Januar. Im Verlauf der römischen Senatssitzung, in der, wie bereits gestern gemeldet, Orlando die weitere Mitarbeit Sonnino für unbedingt erforderlich erachtete, kam der italienische Ministerpräsident zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk. Er führte folgendes aus:

Ich glaube, daß der Augenblick gekommen ist, das Manöver unschädlich zu machen, durch das die Mittelmächte die geistige Kampfkraft ihrer Völker zu kräftigen und diejenigen ihrer Gegner zu schwächen und zu verderben suchen, indem sie sich als Verteidiger des Friedens gebärden und glauben machen wollen, daß es die Haltung der Entente sei, die einen Friedensschluß verhindere (Beifall.)

Die Entente will den Frieden. Nur die Entente wünscht ihn. Denn sie will ihn in der einzig möglichen Gestalt, nämlich als einen gerechten, ehrenvollen und dauerhaften Frieden auf Grund von klaren und aufrichtigen Aufmachungen. Die Mittelmächte schlagen einen seltsamen Weg ein, um von der Entente ein Eingreifen in ihre Beziehungen zu einer Regierung zu fordern, die von der Entente nicht anerkannt ist: denn einstweilen ist die tatsächliche Regierung Rußlands die Verfassungsgebende Versammlung.

Was den Inhalt der Friedensvorschläge betrifft, so hat der Volksbeauftragte der Bolschewiken sagen zu können geglaubt, daß erstens die Wiederherstellung der Staaten, die im Kriege ihre Unabhängigkeit eingebüßt hätten, und zweitens, die Aufgabe der besetzten Gebiete und der Verzicht auf Gebietsaneignungen anerkannt worden seien. Wir werden sehen, daß das ein Irrtum ist.

Berliner Abendpost - Nr.3 – 1918 – Freitag, 04. Januar - §.3

Überschriften:

- **Finnlands Selbständigkeit von Rußland anerkannt.**
- **Die Unabhängigkeits-Erklärung Finnlands.**
- **Polens Ministerpräsident bei Kaiser Karl.**

Berliner Morgen-Zeitung - Nr.3 – 1918 – Freitag, 04. Januar - §.3

Telegrammwechsel zwischen dem Kaiser und dem Reichspräsidenten.

Beim Jahreswechsel ist vom Präsidenten des Reichstags Exzellenz Dr. Kaempf an den Kaiser folgendes Telegramm gerichtet worden:

„Euere Kaiserliche und Königliche Majestät bitte ich beim Jahreswechsel die ehrfurchtvollsten und herzlichsten Glückwünsche des Reichstags entgegennehmen zu wollen. Euere Majestät blicken mit dem deutschen Volke auf ein Jahr zurück, das den deutschen Waffen und denen seiner Verbündeten zu Wasser, zu Lande und in den Lüften die ruhmreichsten Erfolge gebracht, den unwiderstehlichen Offensivgeist unserer Heere und Flotten von neuem bewiesen und die Widerstandskraft des deutschen Volkes an der Front und in der Heimat zum glänzenden Ausdruck gebracht hat. **Das Samenkorn des Friedens, das Euere Majestät mit Eurer Majestät hohen Verbündeten am 12. Dezember 1916 gesät, ist aufgegangen.** Mit Eurer Majestät

treten wir in das neue Jahr in der begründeten Hoffnung ein, daß das blutige Völkerringen sich seinem Ende nähern und uns dem ersehnten Frieden entgegenbringen wird, der unsere und unserer Verbündeten unbehinderte Entwicklung aller geistigen und wirtschaftlichen Kräfte in der Welt gewährleistet. Möge des Allmächtigen Segen ruhen auf Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät, dem ganzen kaiserlichen und königlichen Hause und auf unserem geliebten Vaterlande.“

Darauf ist folgende Antwort eingegangen:

„Ich danke Ihnen herzlich für die freundlichen Wünsche, die Sie Mir im Namen des Reichstags beim Ausgang aus dem alten sieg- und ruhmgekrönten Jahre dargebracht haben. Den unerschütterlichen Willen, einen die Zukunft und Wohlfahrt des Reiches sicherstellenden Frieden zu erkämpfen, wird das deutsche Volk – das vertraue ich zuversichtlich – auch im neuen Jahre an der Front und daheim in Treue zu Kaiser und Reich kraftvoll bestätigen. Und mit Gottes Hilfe wird das schwere Werk gelingen und das ersehnte Friedensziel in absehbarer Zeit erreicht werden.

Wilhelm I.R.“

Berliner Neueste Nachrichten - Nr.6 – 1918 – Freitag, 04. Januar - Morgen - S.5

Wie China in den Krieg getrieben wurde. – Neue Petersburger Geheimdokumente.

Die Petersburger „Iswestija“ vom 14.12. veröffentlicht folgende bisher von der deutschen Presse noch nicht wiedergegebenen Geheimberichte, die für die Kenntnis der Beziehungen zwischen Rußland und Japan im Jahre 1917 von großem Wert sind:

1. Geheimtelegramm des Botschafters in Tokio vom 8. Februar 1917. Nr. 40.

Ich habe keine einzige passende Gelegenheit vorüber gehen lassen, ohne vor dem Minister des Auswärtigen darauf zu bestehen, daß es im Interesse Japans selbst wünschenswert wäre, China zu einem Eingreifen gegen Deutschland zu bewegen, und noch in der vorigen Woche habe ich mit ihm ein Gespräch aus diesem Anlaß gehabt. Jetzt habe ich ihn wieder darauf aufmerksam gemacht, daß der jetzige Augenblick besonders günstig dafür wäre, und zwar infolge der von den Vereinigten Staaten angenommenen Stellung und dem von ihnen den neutralen Mächten gemachten Vorschlag, ihrem Beispiele zu folgen, insbesondere aber in Anbetracht der kürzlichen Schritte des amerikanischen Gesandten in Peking.

Vicente Motono antwortete mir, daß er selbst zuerst einen Bruch Chinas mit Deutschland begrüßen würde und nicht zögern würde, in dieser Richtung Schritte in Peking zu unternehmen, wenn er die Ueberzeugung hätte, daß die chinesische Regierung bereit wäre, diesen Weg zu betreten. Bisher hätte er aber diese Ueberzeugung nicht gewonnen, und er befürchte, daß ein erfolgloses Drängeln in Peking dem Verband nur schaden könnte. Er versprach mir, ohne Zeit zu verlieren, in Peking das Terrain zu sondieren und, falls Hoffnung auf Erfolg vorhanden wäre, dem Kabinettvorschlagen, einen Entschluß in der gewünschten Richtung zu fassen.

Andererseits wies mich der Minister auf die Notwendigkeit für ihn hin, aus Rücksichten auf das Verhalten der öffentlichen Meinung in Japan gegenüber dieser Frage, **ferner um die Stellung Japans auf der zukünftigen Friedenskonferenz zu sichern, falls China zu dieser zugelassen werden würde, sich die Unterstützung der verbündeten Mächte für die Wünsche Japans in den Fragen bezüglich Schantungs und der Südsee Inseln zu sichern. Diese Wünsche sind dahin zusammenzufassen, daß Japan alle Rechte und Privilegien erhalten möchte, die Deutschland in Schantung hatte, ferner die Erwerbung der Inseln nördlich vom Aequator, die die Japaner jetzt besetzt halten.** Motono sagte mir mit Bestimmtheit, daß die japanische Regierung jetzt gleich ein positives Versprechen der kaiserlichen Regierung erhalten möchte, daß diese die oben angeführten japanischen Wünsche unterstützen würde.

Um die in höchstem Grade wichtige Frage des Bruches Chinas mit Deutschland vorwärts zu bringen, erscheint es mir außerordentlich wünschenswert, den Japanern das von ihnen erbetene Versprechen zu geben, und zwar umso mehr, als, soweit man es hier beurteilen kann, die Gesamtheit der Beziehungen zwischen England und Japan in den letzten Jahren zum Schlusse berechtigt, daß die japanischen Wünsche auf seiten des Londoner Kabinetts auf keinen Widerstand stoßen werden.

Ein Kopie wird noch Peking mitgeteilt.

Krupensky.

2. Geheimtelegramm des Botschafters in Tokio vom 11. März 1917. Nr.72.

Nr.2. Laut vertraulichen Mitteilungen, die ich aus verschiedenen Quellen im Ministerium des Aeußern erhalten habe, neigen die Politiker in China, die direkt oder indirekt das politische Leben ihres Landes leiten, zu einem Bruch mit Deutschland. Als einziges Hindernis auf diesem Wege dient die Stellung des Präsidenten der Republik, die sich in der angeführten Frage noch nicht vollständig geklärt hat. Nach Ansicht der japanischen Regierung wird es vielleicht notwendig werden, einen starken Druck auf China auszuüben, wenn die verbündeten Mächte wollen, daß letzteres ganz auf ihre Seite tritt. Wenn wir uns entschließen, diese Stellung einzunehmen, so müssen wir bereit sein, China gewisse materielle Kompensationen zuzuerkennen für den Fall aggressiver Handlungen Deutschlands gegenüber China. Es ist für niemanden eine Geheimnis, daß der Hauptgrund der Schwankungen einiger Politiker in China die Angst vor Deutschland ist. Daher ist es notwendig, daß die verbündeten Mächte sich bezüglich folgender Punkte einigen:

1. China sind gewisse Vorteile hinsichtlich der Erhöhung der Zollsätze zuzugestehen.
2. Der Antrag Chinas in der Frage der Tilgung der Schuldzahlung aus dem Jahre 1901, der sog. Boxer-Entschädigung, ist unter gewissen Bedingungen zu erfüllen.
3. China muß die Garantie erhalten, daß es auf unsere Unterstützung rechnen kann, falls Deutschland aggressive Handlungen gegen China unternimmt.
4. Falls China in den Kriegszustand mit Deutschland eintritt, sind alle diplomatischen Verträge und Abkommen zwischen Deutschland und China außer Kraft zu setzen, und China braucht nicht die Frage der Zahlungen der Boxer-Entschädigung gegenüber Deutschland zu lösen.

Jedenfalls ist China bestrebt, von den Verpflichtungen gegenüber Deutschland sowohl während des Krieges als auch nach dem Friedensschluß befreit zu sein. Die Kaiserliche Regierung bittet, ihr möglichst bald die Ansicht der Regierung mitzuteilen, deren Vertreter Sie sind. Kopie nach Peking. **Krupensky.**

3. Geheimtelegramm des Botschafters in Tokio vom 11. März 1917. Nr. 76.

Bezug nehmend auf das Telegramm Nr. (fehlt).

Der Minister des Auswärtigen hat mich heut gefragt, ob ich eine Antwort der kaiserlichen Regierung bezüglich der Wünsche Japans in der Frage betr. Schantung und die Südsee-Inseln erhalten hätte, und sagte, daß die japanische Regierung den dringenden Wunsch hätte, in möglichst kurzer Zeit von uns in dieser Richtung erbetenen Versicherungen zu erhalten. **Krupensky.**

4. Geheimtelegramm des Botschafters in Tokio vom 21. März 1917. Nr. 121.

Das Telegramm vom 17. März habe ich erhalten. Ich habe heute dem Minister des Auswärtigen den Inhalt des erwähnten Telegrammes Eurer Exzellenz mitgeteilt und habe ihm eine Kopie davon ausgehändigt. Vicomte Montone beschränkt sich auf die Antwort, daß er meine Mitteilung zur Kenntnis nehme und sie dem Ministerrate und dem Kaiser mitteilen würde.

Das Verhalten der hiesigen öffentlichen Meinung und der Presse zu dem in Rußland eingetretenen Umsturz ist im allgemeinen wohlwollend. Man sieht darin eine Bürgschaft für eine erfolgreiche Fortsetzung des Krieges bis zum vollständigen Siege und begrüßt das Ende der Herrschaft der Bürokratie. Indem hier die patriotische Akte des Thronverzichtes des Kaisers und des Großfürsten Michael Alexandrowitsch die richtige Würdigung finden, wird die Hoffnung ausgedrückt, daß die neue Regierung und die von ihr einberufenen Volksvertreter nicht zu extremen Entschlüssen neigen würden. Daßelbe Verhalten gegenüber den Ereignissen in Rußland schimmerte durch und die wenigen allgemein gehaltenen Worte durch, welche ich aus diesem Anlaß vom Minister des Auswärtigen zu hören bekommen habe. **Krupensky.**

5. Geheimtelegramm des Botschafters in Tokio vom 18. April 1917. Nr.159.

Von allen Seiten gelangen glaubhafte Meldungen zu mir, daß die japanischen Regierungskreise durch die Möglichkeit außerordentlich beunruhigt sind, daß Rußland in nächster Zukunft aus diesem oder jenem Grunde mit Deutschland und Oesterreich Frieden schließen könnte.

Hier befürchtet man einen solchen Gang der Angelegenheiten, da er unweigerlich den Ausgang des jetzigen Weltkrieges von Grund aus verändern würde und nicht nur für Rußland, sondern auch für die Lage der

japanischen Regierungskreise zu unabsehbaren Leiden führen würde. Dieser Schritt müßte einen sehr ungünstigen Einfluß sowohl auf das allgemeine Verhältnis Japans uns gegenüber, als auch auf alle unsere laufenden Angelegenheiten haben. Daher wäre es, wenn sich die Möglichkeit bieten würde, sehr zweckmäßig, den Japanern in dieser Richtung durchaus bestimmte und autoritative Erklärungen abzugeben. **Krupensky.**

*

In zwei weiteren Geheimtelegrammen vom 31. Mai 1917 und 25. Juni 1917 sucht Krupensky die Petersburger Befürchtungen hinsichtlich aggressiver Pläne Japans gegen das revolutionäre Rußland als unbegründet und übertrieben hinzustellen.

Berliner Morgen-Zeitung - Nr.3 - 1918 - Freitag, 04. Januar - S.1

Berliner Tageblatt - Nr. 6 - 1918 - Freitag, 04. Januar - S.3

Der Bericht wird in beiden Zeitungen veröffentlicht. Der kursiv gesetzte Text entspricht der Veröffentlichung im Berliner Tageblatt.

Brest-Litowsk vor dem Hauptausschuß.

Der Hauptausschuß über die Friedensverhandlungen. – Die Regierung und die Parteien.

Eine kurze Ansprache des Reichskanzlers. – Die offiziellen Mitteilungen des Auswärtigen Amtes. – Zentrum und Sozialdemokratie für einen Verständigungsfrieden mit Rußland und für loyale Durchführung des Selbstbestimmungsrechts.

Der Hauptausschuß des Reichstages trat am Donnerstag nachmittag um 3Uhr [zusammen. Erschienen waren von der Regierung Reichskanzler Graf Hertling, Staatssekretär und Bevollmächtigte zum Bundesrat, von Mitgliedern des Reichstags Präsident Dr. Kaempf und zahlreiche Abgeordnete und Zuhörer.] in Gegenwart des Reichskanzlers Graf v. Hertling zusammen. Der Vorsitzende, Abg. Fehrenbach (Zentr.), eröffnete die Sitzung mit herzlichen Neujahrswünschen [BTB Nr.6, S.3: für die Vertreter der Regierung und des Reichstags. Die besten Wünsche gälten dem Deutschen Reiche und dem ganzen deutschen Volke, das von dem angebrochenen neuen Jahre einen ehrenvollen, dauernden Frieden erwarte. Die Wünsche der Reichstagsabgeordneten und des ganzen Volkes begleiten die Vertreter der deutschen Regierung nach Brest-Litowsk, die durch ihre Verhandlungen wieder gute Beziehungen mit dem russischen Volke anzuknüpfen suchten. Ob die Westmächte den Verhandlungen beiträten, stehe noch nicht fest; wenn nicht, so dürfte es sie noch sehr gereuen, die Friedenshand zurückgewiesen zu haben. Der Vorsitzende gab sodann einen kurzen Bericht über die vorausgegangene Sitzung des Aeltestenrates und teilte mit, daß die Unabhängigen Sozialisten infolge Anwachsens ihrer Fraktionsstärke nunmehr zwei Sitze im Hauptausschuß hätten, während dagegen sich die Zahl der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion um einen vermindert habe. Eine in einer Provinzzeitung vorgekommene Indiskretion aus den letzten Verhandlungen, bei den nunmehr beginnenden Beratungen über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk die gebotene Zurückhaltung, auch bei der Berichterstattung zu beobachten.]

Gegenstand der Tagesordnung sind die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Die Sitzungen des Ausschusses sollen Rücksicht nehmen auf evtl. Fraktionssitzungen. Heute, Freitag, soll die Sitzung von 10 bis 2 Uhr dauern. Zum Berichterstatte für das Plenum wird Abg. Prinz v. Schoenaich (Natl.) gewählt.

Der Reichskanzler begrüßte mit Befriedigung, daß durch den Zusammentritt des Hauptausschusses die Möglichkeit gegeben sei, zwischen der Reichsleitung und der Volksvertretung vertrauensvoll über die wichtigen und folgeschweren Entscheidungen in Verbindung zu treten, die gegenwärtig zu erörtern sind. Die Regierung werde diese Gelegenheit benutzen, um Mitteilungen über den bisherigen Gang der Friedensverhandlungen zu machen und Wünsche und Anregungen der Volksvertreter entgegenzunehmen.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes sei gestern nach nur zweitägigem Aufenthalt in Berlin wieder nach Brest-Litowsk zurückgekehrt. Zu seinem Bedauern könne er daher nicht selbst über den bisherigen Gang der Verhandlungen mit Rußland berichten. Statt seiner werde der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherr von dem Busche, diese Aufgabe übernehmen. [BTB Nr.6, S.3:Die Mitteilungen, die dem Hauptausschuß gemacht werden sollen, gelten für die Vergangenheit und für heute, ob sie für morgen auch noch gelten, könne man nicht wissen. Auf Zwischenfälle mußten wir stets gefaßt sein; doch haben wir gute Hoffnung, die Sache zu einem befriedigenden Ende zu führen.]

Unterstaatssekretär von dem Busche ging zunächst auf die Vorgeschichte der Friedensverhandlungen ein. Die neue russische Regierung, die im November zur Macht gelangte, erließ einen an alle Welt, an Verbündete und Freunde gerichteten Funkspruch, in dem sie unter der Darlegung ihrer Prinzipien zum

Waffenstillstand und danach zu Friedensverhandlungen aufforderte. Darauf nahm der Reichskanzler in der Sitzung des Reichstags vom 29. November bei seiner Einführungsrede Gelegenheit zu der Mitteilung, daß die von der russischen Regierung kundgegebenen Prinzipien eine diskutable Grundlage für die Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden darstellten. Partielle Waffenstillstandsverhandlungen hatten bereits begonnen. In Brest-Litowsk wurden dann die Waffenstillstandsverhandlungen eröffnet und naturgemäß als militärische Angelegenheit von militärischen Bevollmächtigten geführt. Das Auswärtige Amt war dabei vertreten, ebenso nahmen Abgesandte unserer Verbündeten teil. Die Verhandlungen haben einen schnellen und glatten Verlauf genommen und wurden am 15. November zu allgemeiner Befriedigung abgeschlossen. Neben den Verhandlungen in Brest-Litowsk liefen Verhandlungen für die Südostfront in Focsani. Hier waren auch die Rumänen vertreten.

Gemäß Artikel 9 des Waffenstillstandsprotokolls setzten dann alsbald die Friedensverhandlungen ein.

Zu diesen Verhandlungen hatte der Kaiser dem Reichskanzler Vollmacht erteilt, mit der Ermächtigung, sich durch den Staatssekretär v. Kühlmann vertreten zu lassen. Ebenso waren Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei durch Bevollmächtigte vertreten. Die Oberste Heeresleitung war beteiligt durch den General Hoffmann. Die Verhandlungen waren naturgemäß von erheblicher Schwierigkeit, weil sie zwischen einer Koalition auf der einen Seite und einer einzelnen Macht auf der anderen Seite zu führen waren. Ueber den Verlauf ist die Oeffentlichkeit in weit größerem Maße unterrichtet worden als sonst. Eine Schwierigkeit lag auch darin, daß es bei dieser Art der öffentlichen Berichterstattung den Mitgliedern der Entente möglich war, die Verhandlungen zu stören. An kräftigen Versuchen hierzu durch Ausstreuerung falscher Nachrichten hat es nicht gefehlt.

Die erste Kundgebung war die Erklärung der russischen Delegierten vom 25. Dezember. Die sechs Punkte dieser Erklärung sind bekannt. Auf die russischen Prinzipien war in einer allgemeinen Erklärung zu antworten, die ebenfalls durch die Presse bekannt geworden ist. Darauf wurde in die Behandlung der Detailfrage eingetreten. Zunächst warfen die Russen die Territorialfragen auf, deren besondere Schwierigkeiten der Unterstaatssekretär darlegte.

Die Russen haben daran festgehalten, daß vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ausgegangen werden müsse, und daß dieses Recht für jede Nation bis zur Trennung vom Staatsverbande aufrecht zu erhalten sei. Diesen Standpunkt haben sie auch Finnland gegenüber dokumentiert und uns auf Anfrage mitgeteilt, daß sie auch bereit seien, Finnlands Selbständigkeit anzuerkennen, falls sich Finnland an sie wenden würde. Der Unterstaatssekretär schloß hieran eine Reihe ausführlicher Mitteilungen, zunächst über diese Territorialfragen, sodann über die Wirtschaftsfragen, und machte alsdann Mitteilungen über die Aufgaben der nach Petersburg entsandten Kommission, zu denen insbesondere die Fragen der Internierten, der Verwundeten und der Gefangenen gehören.

Der Vorsitzende schlägt vor, zunächst die politischen Fragen zu behandeln. – Eine längere Geschäftsordnungsdebatte beschäftigt sich mit dem Verlangen der Kommission, Material zu erhalten über die gefaßten Beschlüsse auf wirtschaftlichem Gebiet, sowie eine Zusammenstellung von Nachrichten, die der deutschen Presse vorenthalten wurden, obwohl sie in der neutralen und feindlichen Presse mitgeteilt sind. Auch wird von einer angeblichen Denkschrift der Herren Rohrbach und von Schiemann gesprochen, die im Kriegsministerium ausgearbeitet ist. Der Ausschuß wünscht diese Denkschrift kennenzulernen.

Abg. Erzberger (Zentr.): Das Vorgehen der Vertreter Deutschlands in Brest-Litowsk findet im allgemeinen unsere Billigung. Das Erstaunen in vielen Kreisen unseres Volkes über die Erklärung der deutschen Delegation ist begreiflich, aber taktisch war die Erklärung richtig. Was die Entente tun wird, müssen wir abwarten, doch wünschen wir, daß nach Ablauf der Frist weiter verhandelt wird, um zum Frieden zu kommen.

Wir wünschen **eine Verständigung mit dem ganzen russischen Volk**, damit nicht Reibungsflächen zurückbleiben [oder neue entstehen]. Die Möglichkeit hierzu ist gegeben. Den Kern bildet das Selbstbestimmungsrecht der Völker, dem wir uns ohne Vorbehalt anschließen müssen in der Auffassung, wie sie in Brest-Litowsk von beiden Seiten anerkannt worden ist. Die noch bestehende Differenz hinsichtlich der besetzten Gebiete ist im Grunde eine Formfrage, über die man sich verständigen kann. Das Selbstbestimmungsrecht muß klar und offen durchgeführt werden. Die Behandlung des litauischen Landesrates durch die Militärverwaltung ist nicht zu billigen, ja gar nicht zu verstehen. Eine Schwierigkeit wird die Frage machen, wann die Gebiete geräumt werden sollen. Am richtigsten wird es sein, wenn das in bestimmter kurzer Frist nach der russischen Demobilisierung geschieht. Auf diese Weise können wir zu einem dauerhaften [dauernden] Frieden mit Rußland kommen. Der Redner verbreitet sich ausführlich über die polnische Frage, die Bedenken ihrer Lösung und die Mittel, diese Bedenken abzuschwächen. Eine Grundlage für das friedliche

Zusammenleben der Völker läßt sich finden, und auch Rußland wird zufriedengestellt werden können, so daß Garantien für einen dauernden Frieden gegeben sind.

Reichsschatzsekretär Graf Roedern: Der litauische Landesrat wird in den nächsten Tagen zusammentreten; er war bereits im Dezember versammelt und hat selbst den Wunsch gehabt, im Januar die eigentlichen Sitzungen aufzunehmen.

Abg. Dr. David (Soz.): Was der Unterstaatssekretär mitgeteilt hat, war ausnahmslos bekannt. **Man sollte mit der Geheimdiplomatie endgültig aufräumen.** Der Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker wird von den Alldeutschen wütend als eine weltfremde Doktrin bekämpft; tatsächlich ist sie eminent praktisch. Denn sonst bleibt nur ein Gewaltfrieden, der aussichtslos ist und nie dauernd sein würde. Der Grundsatz ist auch ein ethischer, das sollte man endlich anerkennen. Endlich bleibt er die einzige Garantie, daß der Friedensschluß in Rußland respektiert wird, mögen die Verhältnisse dort kommen, wie sie wollen, denn die Bevölkerungen sind die letzte Instanz.

Damit erreichen wir die Auflösung der uns umschließenden Koalition für alle Zeiten.

Mit den Alldeutschen sich hierüber zu verständigen, erscheint allerdings aussichtslos. Ueber die praktische Durchführung des Selbstbestimmungsrechts besteht allerdings noch eine Differenz, über deren Größe wir uns noch nicht klar sind. Wie steht es mit den in Polen, Litauen und Kurland augenblicklich bereits gefaßten Beschlüssen, die uns nicht mitgeteilt sind? Bei der Durchführung des Selbstbestimmungsrechts verlangen wir, daß es offen und ehrlich zugeht. Auch den Schein muß man meiden, das verlangt unser Ansehen im Ausland, auch **das Ansehen des Reichstags, der seine Auffassung am 19. Juli ausgesprochen hat.** Die Vertretungen in Polen, Litauen und Kurland reichen nicht aus, aber man kann an sie anknüpfen und sie ausbauen, so daß sie sich aus allen Parteien des Landes zusammensetzen. Sie müssen *[müßten]* sich ergänzen, um als Vorinstanz gelten zu können; dann entscheidet *[endgültig]* eine konstituierende Versammlung. Geht es bei der Wahl der letzteren ehrlich, demokratisch zu, so ist ihre Abstimmung besser als ein direktes Referendum. Die übrigen Fragen lassen sich dann verhältnismäßig leicht lösen. Die Grenzfestsetzung müssen Deutschland und Rußland im Einverständnis vornehmen. Den einheimischen Vertretungen muß sehr bald die Verwaltung übertragen werden. **Am besten überlassen wir die Lösung der Polenfrage den Polen selbst.** Hoffentlich ist die Sache mit dem litauischen Landesrat nun in Ordnung. Die Zusammensetzung der kurländischen Landesvertretung genügt nicht als Ausfluß der Volksstimmung. In den übrigen Gebieten liegt noch alles im Nebel. Durch Verständigung läßt sich etwas schaffen, was besser ist, als alle strategischen Grenzsicherungen. Die von der annexionistischen Presse empfohlene Politik dagegen wäre verhängnisvoll.

Ein Vertreter des Kriegsministers erklärt, daß von einer Denkschrift der Herren Rohrbach und von Schiemann an keiner amtlichen Stelle des Kriegsministeriums etwas bekannt ist.

Der Vorsitzende macht auf die frühere Uebung aufmerksam, die Namen der Redner aus dem Ausschuß nicht zu nennen. Die sozialdemokratischen Mitglieder bemerken hierzu *[dazu]*, daß zwar ein derartiger Wunsch seinerzeit geäußert worden sei, sie sich daran aber nie gebunden hätten und auch in Zukunft nicht daran binden würden. Der Vorsitzende läßt seine Anregung daraufhin fallen und die Weiterberatung wird auf heute, Freitag, vertagt.

Berliner Neueste Nachrichten - Nr.7 – 1918 – Freitag, 04. Januar - Abend - S.3

Der Hauptausschuß des Reichstags.

Der Hauptausschuß des Reichstags setzte heute vormittag in Anwesenheit des Reichskanzlers und zahlreicher Staatssekretäre seine Verhandlungen fort.

Abg. Westarp (Kons.) führte aus: Ernste und schwere Bedenken bestehen bei uns hinsichtlich der Verhandlungen in Brest-Litowsk, und zwar wegen des dort ausgesprochenen erneuten Friedensangebotes. Niemand konnte annehmen, daß das geschehen werde. In den allerweitesten Kreisen besteht Ueberraschung und Bestürzung. Eine Veranlassung zu einem neuen Friedensangebot bestand nicht angesichts der glänzenden militärischen Lage. Es bedeutet den Verzicht auf alle Errungenschaften. Die Frist ist abgelaufen, damit die Gefahr beseitigt, aber im Ausland ist der Anschein der Schwäche hervorgerufen. Es wird auch schwer sein, von der Erklärung am 25. Dezember wieder loszukommen, trotz weiterer militärischer Erfolge. Diese werden damit wirkungslos sein. Eine Gefahr, daß die Bolschewiki sonst nicht zu Verhandlungen bereit gewesen wären, bestand nicht. Was soll nun weiter geschehen? Jetzt müssen wir von dem Inhalt des Friedensangebots wieder loskommen. Die Frist darf unter keinen Umständen verlängert werden. Das ist unsere dringende Forderung, zumal wir Zweifel in die Festigkeit unserer Unterhändler haben. Ein Lossagen von allen Friedensangeboten

würde den Krieg verkürzen, weil die Feinde immer hoffen, ihre Ziele zu erreichen durch unsere Nachgiebigkeit. Diese Hoffnung muß ihnen genommen werden.

Auch wir wollen baldigen dauernden Frieden mit Rußland und die Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen. Wir begrüßen auch, daß Vertreter der Ukraine mitwirken. Ob die Besprechung der Einzelheiten hier im Ausschuß zweckmäßig ist, kann zweifelhaft sein angesichts der Zwischenfälle, die kommen können. Gegen den Weg des Selbstbestimmungsrechts haben wir Bedenken.

Reichskanzler Graf Hertling: Der Herr Vorredner hat die Güte gehabt, an das zu erinnern, was ich gestern am Schlusse meiner kurzen einleitenden Worte gesagt habe, daß das, was gestern galt, vielleicht heute nicht mehr gelten würde, und daß wir immer mit der Möglichkeit von Zwischenfällen zu rechnen hätten. Ein solcher Zwischenfall scheint jetzt eingetreten zu sein.

Schon früher hatte wiederholt während der Verhandlungen die russische Regierung den Wunsch aussprechen lassen, daß die Verhandlungen von Brest-Litowsk verlegt und an einem neutralen Orte, etwa in Stockholm, fortgesetzt werden möchten. Jetzt ist dieser Vorschlag ausdrücklich gemacht worden.

Die russische Regierung schlägt eine Verlegung der Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm vor.

Ganz abgesehen davon, daß wir nicht in der Lage sind, uns von den Russen Vorschriften über den Ort machen zu lassen, wo wir die Verhandlungen weiterführen sollen, darf ich darauf hinweisen, daß eine Verlegung nach Stockholm zu außerordentlich großen Schwierigkeiten führen würde. Ich will nur die eine Schwierigkeit anführen, daß die direkte Verbindung, die die verhandelnden Delegierten mit ihren Hauptstädten Berlin, Wien, Sofia, Konstantinopel und Petersburg haben müssen, – die direkten Verbindungen, die in Brest-Litowsk angelegt sind, funktionieren gut – in Stockholm auf die größten Schwierigkeiten stoßen würde. Schon dieser eine Punkt führt dazu, daß wir nicht darauf eingehen können. Dazu kommt, daß die Machenschaften der Entente, Mißtrauen zu sähen zwischen der russischen Regierung, ihren Vertretern und uns, dort neuen Boden gewinnen würden.

Ich habe daher den Herrn Staatssekretär von Kühlmann beauftragt, diesen Vorschlag abzulehnen. (Bravo.)

Inzwischen sind in Brest-Litowsk Vertreter der Ukraine eingetroffen, und zwar nicht nur als Sachverständige, sondern mit Vollmacht zu Verhandlungen ausgestattet. Wir werden ganz ruhig mit den Vertretern der Ukraine weiter verhandeln.

Ich füge noch hinzu, daß von Petersburg mitgeteilt worden ist, die russische Regierung könne auf Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge nicht eingehen. Diese beiden Punkte beziehen sich auf die Modalitäten der Räumung der Gebiete und die Vornahme der Volksabstimmungen. In der russischen Presse wird uns insinuiert, daß in diesen Punkten 1 und 2 ausgedrückt sei, wie wir uns in idealer Weise unserer Zusage, betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker, entziehen wollen. Ich muß diese Insinuation zurückweisen. (Bravo!) Punkt 1 und 2 sind lediglich durch praktische Ergänzungen bestimmt. Wir können davon nicht abgehen.

Ich glaube, meine Herren, wir können getrost abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird.

Wir stützen uns auf unsere Machtstellung, auf unsere Gesinnung und auf unser gutes Recht. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. Fischbeck (Vp) schlägt vor, nach dieser Erklärung des Reichskanzlers die Verhandlungen zu vertagen.

Abg. Scheidemann (Soz.) schließt sich dem an.

Abg. Haase (U.Soz.) bittet, weiter zu tagen, denn der Zwischenfall sei zu erwarten gewesen.

Abg. Freiherr von Gamp (D.F.) ist der gleichen Meinung.

Abg. Erzberger (Ztr.) beantragt Vertagung bis Sonnabend 10 Uhr.

Dieser Antrag wird angenommen und die Sitzung geschlossen.

*

(VP – Fortschrittliche Volkspartei; Soz. – Sozialdemokraten; U-Soz. – Unabhängige Sozialdemokraten; D. Fr. – Deutsche Freikonservative Partei; Ztr. – Zentrum)

Ein Zwischenfall.

Aus der gestrigen Erklärung des Reichskanzlers Grafen Hertling hatten wir den Satz als besonders wichtig hervorgehoben, in dem Graf Hertling erklärt hatte, daß alle Mitteilungen, die dem Hauptausschuß gemacht werden sollten, nur für die Vergangenheit und für heute gelten sollten, daß man aber nicht wissen könne, ob sie auch morgen noch gelten. „Auf Zwischenfälle müssen wir stets gefaßt sein.“ Ein solcher Zwischenfall liegt nun heute vor. Graf Hertling machte selbst in der heutigen Sitzung des Hauptausschusses davon Mitteilung: **es handelt sich um nichts weniger als um den sehr fein ausgeklügelten Plan der internationalen Sozialdemokratie, die Friedenskonferenz auf einen von ihnen gut vorbereiteten Boden nach Stockholm zu verlegen. Die Berliner Neuesten Nachrichten waren das erste Blatt, das auf derartige Pläne im Anschluß an die Machenschaften Scheidemanns in Stockholm hingewiesen hat. Sehr erfreulich ist es, daß der deutsche Reichskanzler endlich einmal feste Haltung den Wünschen der Sozialdemokratie gegenüber gezeigt hat, die wir seit langem bei Vertretern der deutschen Reichsregierung vermissen.** Er lehnt die Verlegung der Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm ab und erklärt gleichzeitig, daß wir nicht in der Lage sind, uns von den Russen Vorschriften über den Ort machen zu lassen, wo wir die Verhandlungen weiterführen wollen. Diese glatte Ablehnung ist umso wichtiger, als man aus ihr darauf schließen kann, daß die deutsche Reichsregierung nun endlich entschlossen ist, mit dem Lavieren und zweideutigen Phrasen ein Ende zu machen. Auch die Russen werden diese Ablehnung ihrer Wünsche so auffassen, zumal Graf Hertling seinen weiteren Ausführungen hinzufügte, daß wir getrost abwarten könnten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Und zum ersten Mal erklärt Graf Hertling, daß wir uns auf unsere Machtstellung stützen. Daß Graf Hertling weiterhin unsere loyale Gesinnung und unser gutes Recht betont, kann diesen Appell an die Macht nur wirksam unterstreichen.

Graf Hertling machte weiter Mitteilung davon, daß die russische Regierung auf Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge nicht eingehen wolle. Es handelt sich um die Einzelheiten bei der Räumung der besetzten Gebiete unter Vornahme der Volksabstimmungen in ihnen. Wie der Abgeordnete David und der Vorwärts unterstellen auch die russischen Bolschewiki den deutschen Unterhändlern die Absicht, daß sie sich in illoyaler Weise ihrer Zusage betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollten. Graf Hertling weist diese Unterstellung scharf zurück.

Wir haben von vornherein nicht angenommen, daß die Unterhandlungen in Brest-Litowsk den glatten Fortgang nehmen würden, wie bisher. Alle unsere Bedenken haben wir deutlich zum Ausdruck gebracht. Sie sind zusammengefaßt auch im Hauptausschuß zur Sprache gebracht worden, und zwar soweit der Bericht uns im Augenblick vorliegt, zunächst von dem Redner der Konservativen, Graf Westarp. Die Hauptgefahr – die Bindung auf die Verzichtformel – darin wird man dem Grafen Westarp beipflichten müssen (und wir haben auch selbst schon darauf hingewiesen), scheint im Augenblick beseitigt zu sein, da die Ententemächte die Frist verstreichen ließen, in der sie sich den Verhandlungen anschließen sollten. Die weitere Gefahr, Machenschaften der Entente und der internationalen Sozialdemokratie, Gelegenheit zur Einwirkung auf die Friedensverhandlungen mit Rußland zu geben, ist nun gleichfalls durch die energische Ablehnung des Grafen Hertling beseitigt. Wir hoffen, daß dieser Zwischenfall, der vielleicht den Friedensabschluß mit Rußland für einen Augenblick verzögert, uns und die Welt dem allgemeinen Frieden erheblich näher bringen wird. Es gibt keinen Frieden, bevor nicht Deutschland unzweideutig zu erkennen gibt, daß wir uns auf keine Winkelzüge mehr einlassen, sondern uns auf unsere Machtstellung stützen auf dem Schlachtfelde wie am Verhandlungstisch.

R.Fr.

Krieg und Weltgericht. – von Walther Rathenau. * In den nächsten Tagen wird ein neues Buch Walther Rathenaus unter dem Titel : „Die neue Wirtschaft“ erscheinen. Wir entnehmen daraus den hier folgenden Abschnitt.

Was ist das Ereignis, das uns umbrandet? Wir nennen es Krieg, weil es die Formen des Völkerkrieges trägt, weil in Erde, Wasser, Luft und Feuer sichtbar und scheinbar die verkrampften Nationen ringen. Die Kommenden werden es erkennen: was wir erleben, ist die Revolution der Welt, die vulkanische Aufwälzung der übermächtigen, glühenden Unterschichten der menschlichen Veste. Sie vollzieht sich nicht, wie ihre altväterlichen Verkünder meinten, in den unregelmäßigen Formen des Massenaufstandes mit Pike und Sense, das wäre gering und hätte die Anker und Angeln der Welt nicht gesprengt. Von ihren inneren Spannungen betäubt und rasend, von den beiden letzten und höchsten Destillaten der alten Ordnung berauscht, von Nationalismus

und Imperialismus erzitternd, müssen sich Nationen auf Nationen stürzen, im Glanz und in der Zucht ihrer Staats- und Kriegerordnungen, mit den vollen Rüstungen ihrer Wirtschaften und Wissenschaften, mit der Wut und dem Weh ihrer Geister und Herzen.

Sie glauben um Herrschaft und Dasein zu ringen, und kämpfen einen Kampf, dessen Entstehung niemand begreift, dessen Ziele nachträglich mit monatlichen Richtigstellungen gesucht werden müssen. In Wahrheit aber brennt die alte Wirtschaftsordnung nieder, und es naht die Zeit, wo der alte Unterbau der Gesellschaftsordnung sich entzündet. Während ungeheure Wirtschaftsgewinne in allen Ländern der Zivilisation gebucht werden, während die zahlenmäßige Gesamtsumme der Vermögen sich maßlos steigert, erkennt niemand, daß die Substanz der Güter sich nicht vermehrt, sondern vermindert, daß den gewachsenen Vermögensansprüchen verkleinerte Werte gegenüberstehen, daß somit der Wert der Besitzeinheiten von Monat zu Monat sinkt und in Wahrheit jene Erscheinung vorschreitet, die, in Erwartung andersgearteter Katastrophen, die Vorväter Expropriation der Expropriateure nannten. Zwei Säulen der alten Ordnung werden aus der Brandstätte ragen: die Monopole des großen Landbesitzes und der Bodenschätze. Doch ihnen entzieht sich langsam, so sehr zunächst die Macht ihrer Hüter anwachsen mag, das Fundament der Gesetzgebung, dem sie ihren Halt verdanken; denn diese Sintflut ist nicht über die Welt gekommen, damit als Strandgut auf einem gesegneten Berge Ararat die Erdschätze sich ansäulen.

Unfaßbar paradox, unsagbar aller Prophezeiung widersprechend, und doch von zwingender Einfachheit ist es, daß **Weltrevolution und Weltgericht in eines wuchsen: den Weltkrieg.** Mechanisierung, Entseelung und freie Wirtschaft nahmen als jedes Beweises enthoben axiomatisch die Sätze hin, die man in Büchern und Predigten leugnen durfte, im irdischen Leben bekräftigen und bezeugen mußte: Gegenstand des Lebens ist Technik und Ware, das ist Bequemlichkeit und Genuß; Mittel ist die unverbrüchliche Schichtung der Völker und die Machtpolitik der Staaten, das ist Proletariat und Rüstung; Ziel ist große Menschenzahl, Reichtum und Macht des einzelnen, das ist Imperialismus und freie Wirtschaft; Wirkung ist der Wettbewerb der Nationen um Rohstoffe, Absatz und Einfluß, das ist Nationalismus und Völkerhaß und Diplomatenränke. **An politischen Gärstoffen fehlt es nie, sie zeigten sich in verletzter Eitelkeit der Franzosen, in engherziger Mißgunst der Briten, im westöstlichen Zersetzungskampf der Russen, in schwankender Politik und Volksträgheit der Mittelmächte: und so entbrannte das Feuer nicht im Innern der Nationen, sondern an ihren Außenflächen.**

Langsam brennt der Brand zu Ende, aus dem kein Volk als das entsteht, was es gewesen. Sommer und Herbst vergehen; unschuldsvoll und sonnengläubig atmet die Natur nach Urgesetzen die Luft ihrer Tage und Nächte und spiegelt im Aufgang und Niedergang den Regenbogen ihres Erdenteppichs. Aber unter diesen unvergänglichen Bäumen, Wolken und Sternen ist das Menschengeschlecht gewandelt. Die heimkehren aus Höllen von Schlamm und Feuer und aus Abgründen des Meeres, aus Gefangenschaften in Sonnenbrand und Einnacht, aus zertretenen Ländern aus falschen Paradiesen, aus Qualen des Gewissens und der Seele, aus Mutterschmerzen und Siechenhäusern, aus Haß und Opfer, Taumel und Bereicherung, aus Missetat und Gläubigkeit, die Toten und Lebenden, Verstümmelten und Kranken, Gebrochenen und Erstarkten: sie alle, alle sind wissen geworden. Mögen sie sich in heimischen Kämpfen zerreißen, im Willen sich einen oder in Gott sich finden, sie sind nicht mehr, die sie waren; sie haben in Tiefen geblickt und tragen den dunklen Abglanz in ihren Augen.

Noch immer werden Stimmen der einzelnen, auch wohl der Mengen, sich erheben, und zuvor die alten Nützlichkeiten und Vorteile, Beschwerden und Ideale verfechten. Doch unbewußt und unbemerkt erhebt sich die Erkenntnis: was geschehen ist, das kann nicht mehr mit überkommenen Gewinnen und Opfern gerechtfertigt und gesühnt werden. Dieses Gestirn, diese Menschheit hat zu tief gelitten und zu tief erlebt, als daß ein Inbegriff neuer Grenzlinien und Verfassungen, Gelder und Mächte die Selen loskaufe, die Toten ehre, die Lebenden versöhne.

Nur aus dem Innern, aus dem tiefsten Gewissen der Welt, kann Erlösung hervorbrechen, im Namen der Gerechtigkeit und Freiheit, zur Sühne der Menschheit und zur Ehre Gottes. **Das Gewissen der Völker wird sich im Dunkel der Herzen regen, tiefer als in jenen Sommertagen der Strom der Leidenschaften sich ergossen hat. Schwere Kämpfe, heiße Schmerzen, Schrecken des Erkennens. Opfer des Glaubens stehen bevor.** Nur von der Bewegung des äußersten Kreises, vom Gang der Wirtschaft, ist in dieser geringen Schrift die Rede gewesen; doch auch diese Bewegung bedeutet etwas, denn sie ist ein Beginn. Alle Völker des Erdkreises ergreift sie; Deutschland ist ein Glied der Kette. Unserem deutschen Gewissen aber ist es bestimmt, das Schwerere zu erfassen, das Härtere zu entringen; einzufühlen, umzudenken, in die Tiefe göttlichen Willens zu sinken, das große Geschehen umzulenken und es seiner inneren, innerlichen Bestimmung entgegenzutragen. Das ist deutsche Erdung.

*[Walther Rathenau, *29.09.1867 – ermordet am +24.06.1922; Jude, Industrieller, Schriftsteller, Politiker; 1922, 02-06 Reichsaußenminister]

Das Warenhaus. – von Walther Rathenau.

Wir entnehmen den folgenden Vorabdruck einer demnächst erscheinenden Schrift von Walther Rathenau „Die neue Wirtschaft“:

Schwankend ist unsere Stellung zum Warenhause. Wir fühlen, daß ein Unrecht im Spiel ist, wenn wir an die Verödung des Ladenreihen, an die Vernichtung kleiner selbständiger Existenzen denken; die Billigkeit gewisser Preise und das Aufschließen von Verkaufspalästen steht im Widerspruch; so halten es viele für halben Betrug und täuschende Reklame. Dennoch wahren wenige Frauen die Verlockung des Warenparadieses, denn sie erkennen wider Willen, daß nach den Gesetzen der Mechanisierung auch der Kleinverkauf zur Massenaufgabe werden müsse.

Und dies ist richtig. Man denke sich nur den straffen Einheitsbetrieb der Verkaufsanstalten rückwärts aufgeteilt in die Vielzahl der aufgesogenen Magazine, Läden und Butiken, und in Straßenzügen, Ecken und Kellern verstreut; die oberen Geschosse in schlechtgelegenen Wohnungen rückverwandelt, die emsigen Verkäuferinnen wiederum im Dämmerchein hinter einsamen Ladentischen lauernd; man vergleiche die Rechnungen der zersplitterten, vervielfachten, unbezahlten und überbeuerten Warenbestände mit den richtig bemessenen und rasch umgesetzten Zentrallagern, die im großen, unter Ausnutzung aller Vorteile des Großverkehrs erhandelt sind, mit der Rechnung der Einheitlichkeit von Raum, Aufsicht, Licht, Wärme und Verkehr; man schätze die Bequemlichkeit des Käufers, der eines Weges bedarf, um sein monatliches Einkaufsgeschäft zu besorgen, der nicht geringgeschätzt zu werden wünscht, wenn ihm die angebotene Ware nicht zusagt, und der nicht einsieht, warum das einsame Freihalten kärglicher Bestände mit einem Aufschlag des halben Wertes bezahlt werden soll; man erwäge diese Gegensätze und man wird die Zentralisation des Kleinhandels nicht verurteilen können, mag sie Konsumanstalt oder Warenhaus heißen. Die dritte Form, die des Kleinhandelsvereins, wird mit den ersten beiden schwerlich wetteifern können, denn sie bildet genau genommen nicht viel mehr als eine räumliche Verbindung.

Und doch ist die Untervorstellung nicht falsch, daß Unrecht im Spiele sei. Ich meine nicht das harmlose Spiel einer Lockware, die ohne Nutzen verkauft wird, um dem Käufer die allgemeine Billigkeit des Systems zu verdeutlichen: denn hier wird nicht Falsches vorgespiegelt, sondern etwas an sich Richtiges reklamemäßig unterstrichen und übertrieben; ich meine auch nicht die Verführung und Köderung zum Kauf durch geschickte handgreifliche Darbietung, denn sie ist immer noch weniger unerfreulich als die stumme Drohung oder Verachtung des einsamen Verkäufers; das Unrecht liegt im Begriffe des Monopols, das den Widerstrebenden vernichtet: und ein Monopol ist hier vorhanden. **Unsere Gesetzgebung, der ein Zug kleinbürgerlicher Ranküne beständig anhaftet, hat dies unterbewußt empfunden und oft versucht, mit den wenigen kümmerlichen Begriffen, deren ihre Sprache fähig ist, dazwischenzufahren: Abgabe und Steuer. Unrecht aber muß nicht ausgepreßt sondern entweder abgetan oder so umgestaltet werden, daß es zum Recht wird.**

Das Monopol liegt in der widerspruchsvollen Seltenheit der Verbindung einer ganz persönlichen, unkontrollierbaren und daher dem Geldgeber keine Garantie bietenden Organisationskunst mit einer trotzdem beschafften bedeutenden Kapitalkraft. Diese Verbindung hat sich in jedem Lande ein paarmal, halb durch Zufall gefunden; sie ist privatwirtschaftlich nicht beliebig wieder herzustellen. Nach den bisherigen privatwirtschaftlichen Begriffen hatte jeder, dem sich dies monopolistische Verbindung bot, das unbestrittene Recht, ungemessen reich zu werden, zumal er der Gemeinschaft einen entscheidenden Dienst bot.

Beim Neubau der Wirtschaft wird man Anrecht und Dienst nicht verkennen, wohl aber der Gemeinschaft geben, was der Gemeinschaft ist. Der zentralisierte Kleinhandel ist Sache der gemischten Wirtschaft, der zersplitterte Kleinhandel ist Sache der Ueberwachung, Tarifierung und Konzessionierung. Dabei sollen, jetzt nach dem Kriege, zunächst Kriegsteilnehmer und Beschädigte, gemeinhin Anwärter und alleinstehende Frauen berücksichtigt werden. Der Einwand, daß wir damit der Stadtverordneten-Protektion ausgeliefert werden, ist richtig; denn wenn wir grundsätzlich unseren Volksgenossen, zumal den beamteten, mißtrauen, so vernichten wir die sittliche Grundlage jeglicher Organisation; falls wirklich ab und zu ein Schützling gefördert werden, so mögen wir uns daran erinnern, daß auch in unserer Zeit ab und zu ein Schläuling oder ein Schieber, ein Streber oder ein Kriecher gefördert worden ist, und nicht selten mancherlei Vorsprung hatte.

Rußland und sein Erbfeind. – von Ernst Boetticher, Hptm. a. D.

Die Russen erwachen aus der Hypnose, in die sie durch Englands Künste so lange gebannt waren, und besinnen sich darauf, wer ihr Erbfeind ist. Rußland verdankte seine große Stellung deutschen Herrschern, Staatsmännern und Feldherren. Sein Glück wandte sich, als es neue Eroberungen und Westen suchte, anstatt fortzuschreiten auf dem Wege, der zu Indiens Reichtümern führte. Muß Englands Erwachen nicht schließlich dahin führen, daß die russische Politik unter endgültiger Abwendung von den Utopien des Allslawismus wieder den Blick nach Indien richtet und gute Nachbarschaft mit Deutschland hält?

Noch heute gilt, daß es zwischen Rußland und Deutschland keine unüberbrückbaren Gegensätze gibt. Dagegen müssen sich Rußland und England gemäß ihrer natürlichen Entwicklung überall feindlich begegnen. Das russische Reich drängt nach Süden, wo eine reichere Natur und das begehrte offene Meer ihm winkt, und darum befolgt es bis zum Anschluß an die englisch-französische Entente auf seiner ganzen südlichen Grenze eine Eroberungspolitik, welche bald diplomatische, bald kriegerische Mittel anwandte. Diese Politik bereitete England, dessen indischem Reiche und vorderasiatischen Interessensphären Rußland immer näher rückte, die größten Sorgen, und darum war England stets bemüht, sie zu durchkreuzen. **Ueberall rangen diese beiden Mächte miteinander um das Uebergewicht. Um Rußland im Vordringen gegen die indische Grenze aufzuhalten, hat England es fortgesetzt in Kriege mit anderen Mächten verwickelt.**

Am **Krimkrieg hat England selbst teilgenommen**, aber schon damals so wie heute die **Hauptarbeit Frankreich** aufgebürdet. Der Krimkrieg nahm Rußlands Kräfte so stark in Anspruch, daß es in Mittelasien Halt machen mußte, wie England erwartet hatte, als es jenen Krieg anzettelte. Aber Englands Freude war nur von kurzer Dauer. Rußland war bereits 1860 so weit erholt, daß es seine mittelasiatische Politik fortsetzen konnte. Jeder neue Fortschritt rief englischen Einspruch hervor, aber Rußland kümmerte sich wenig darum, nahm 1873 Chiwa und 1876 auch Kokand in Besitz. **Nun suchte England das weitere Vorgehen der Russen dadurch aufzuhalten, daß es die Flammen des Aufruhrs auf der Balkanhalbinsel entfachte und Rußland auf diese Weise in den Krieg mit der Türkei von 1877 bis 78 verwickelte**, der auch den europäischen Frieden arg gefährdete. Aber auch dieser Krieg vermochte nicht, die Ausdehnung Rußlands in der Richtung auf Indien aufzuhalten.

Schon 1880 begann der Bau der transkaspischen Eisenbahn, und das Jahr 1885 sah die Russen im Besitze von Kuschk an der afghanischen Grenze. Während Rußland nunmehr seine Aktion nach Ostasien verlegte, schuf es sich in Mittelasien eine wirtschaftlich, politisch und militärisch starke Basis für späteres Weitervorgehen. Gerade darin erblickte England die größte Gefahr und versuchte aufs neue die alte Methode, durch **Anstiften von Orientwirren Rußland von Indien abzulenken**. Als es aber im Orient nicht brennen wollte, benutzte England die Fehler **der russischen Politik in Ostasien, um den Krieg Japans gegen Rußland zu entzünden**, in der Erwartung, daß die auf Grund seiner genauen Kenntnis der Verhältnisse von ihm vorausgesehene Niederlage des in Ostasien noch nicht wirtschaftlich organisierten und überhaupt nicht kriegsbereiten Rußlands auch dessen mittelasiatische Stellung schwächen oder gar zerstören würde. Die russische Niederlage kam, aber die erwarteten Folgen blieben aus, und deshalb **sollte die nunmehr von England angestiftete und geschürte Revolution das Werk vervollständigen und Rußland unfähig machen, nach Indien weiter vorzudringen**. Wiederum sah sich die englische Politik enttäuscht, denn gegen ihre Erwartung erholte sich Rußland verhältnismäßig schnell. Da schlug sie einen neuen Weg zum alten Ziel ein, einen Weg, auf den nur diese Politik des Teufels verfallen konnte. **Es gelang ihr mit Hilfe der von ihr geleiteten Petersburger Damenpolitik die russische Politik für eine Ausgleichung der natürlichen Gegensätze zu gewinnen**, die doch nur eine scheinbare sein konnte, und **die englisch-französische Entente auf Rußland auszudehnen, zu dem schlaun verhüllten Zweck, das nunmehr befreundete Reich in den längst geplanten Krieg gegen Deutschland hineinzuziehen, der beide Mitbewerber Englands zugrunde richten sollte**.

Was offener Feindschaft nicht gelungen war, sollte falsche Freundschaft vollbringen. Ihr ist es gelungen. Rußland ist ruiniert und für lange Zeit von Indien abgedrängt. Wüßte man nicht, daß und wie England es immer und überall trefflich verstanden hat, seinem Einfluß die Türen der Paläste zu öffnen und die Frauen und Höflinge sich dienstbar zu machen, so begriffe man nicht, wie russische Staatsmänner, angesichts der vorstehend gekennzeichneten, **ganz besonderen und unausgesetzten Nichtswürdigkeit der englischen Politik gegenüber Rußland**, auf eine doch unmöglich ehrlich gemeinte Entente mit England sich einlassen konnten. Dazu war auch nur eine ebenso verblendete wie entartete Regierung imstande, wie die Aera des Schwächlings Nikolaus II. sie erzeugt hatte. Nun die Abwendung der Republik von Englands jedem Volke verderbenbringender Freundschaft Tatsache ist, muß sich die Wiederaufnahme der alten antienglischen Politik einem wieder gefestigten Rußland von selbst aufdrängen.

Das aus dem Großfürstentum Moskau hervorgegangene, aus eroberten Ländern, aus unterworfenen Völkern zusammengeschweißte Rußland ist als ein Völkerkonklomerat aller der Vorzüge bar, die einen Nationalstaat auszeichnen. Schon darum paßt es nicht in den europäischen Kulturkreis. Für seine Machtstellung ist die Annäherung seines Machtkreises an die weltpolitisch und weltwirtschaftlich maßgebenden Zentren im mittleren und fernen Osten wichtiger als seine europäische Stellung. Rußland war blind dagegen, daß die europäischen Mächte, ohne Selbstmord zu begehen, russische Seemacht in den westlichen Meeren nicht aufkommen lassen durften. Sein Drängen nach dem Westen hat stets die schlimmsten Nackenschläge zur Folge gehabt. Diesem mindesten halbasiatischen Staatswesen, das auch heute noch nicht als Kulturstaat gelten kann, fehlt von jeher das Verständnis für die innere Kraft wirklicher Kulturstaaten.

Wie sein Ansturm gegen die Kultur Mitteleuropas erkennen ließ, war die Ueberlieferung aus den Zeiten Dschingis Chan, der Glaube an die Unwiderstehlichkeit der Massen, bis heute in Rußland lebendig. Wir haben ihm aber fühlbar gemacht, was die Qualität bedeutet. Hat sich Rußland endgültig überzeugt, daß sein Streben nach Vorherrschaft in Europa nur Kraftvergeudung bedeutet, weil all sein Anstürmen an der Ueberlegenheit Mitteleuropas zerschellen muß, so wird es sich darauf besinnen, daß es seine Kraft besser in Asien einsetzt, wo ihm die dankbarsten Aufgaben winken. Dort wird es überall auf den Erbfeind stoßen, dort kann es ihn an den Wurzeln seiner Kraft treffen, ohne, wie früher, durch englische Schachzüge in Europa von seinen Zielen abgelenkt zu werden. Man darf wohl annehmen, daß Rußland, sobald es wieder zu Kräften gekommen ist, mit verdoppelter Energie seine natürlichen Aufgaben und Ziele wieder in Angriff nehmen wird.

Deutsche Zeitung - Nr.6 – 1918 – Freitag, 04. Januar - Morgen - S.1

Harmonie?

Die „Germania“, auf deren gestrige Ausführungen bereits im letzten Abendblatt unter etwas anderen Gesichtspunkten eingegangen wurde, schrieb, sie glaube Grund zu der Annahme zu haben, daß der Friede im Osten, wie er sich anlasse, Deutschlands Führer in dieser großen Zeit in voller Harmonie finde. Auch soweit die „Germania“ diese Harmonie auf den Osten beschränkt, steht der Glaube der „Germania“ in einigem Gegensatz zu der Ueberzeugung des „Vorwärts“, der sagte, der Zweck der vorgestrigen Kronratssitzung könne nur sein, unter Vorsitz des Kaisers eine Uebereinstimmung zwischen dem Reichskanzler und der Obersten Heeresleitung herbeizuführen, wobei sich der Reichskanzler seiner Verantwortlichkeit vor dem Reichstag bewußt bleibe. Wir sind überzeugt, daß die „Germania“ ihren Glauben an die Harmonie von Deutschlands Führern (auch auf den Osten beschränkt) so verstanden haben will, man harmonisier in dem subjektiven Bestreben, aus der durch Reichstagsentschließung vom 19. Juli und durch die formalen Bindungen von Brest-Litowsk verfahrenen Lage das nach subjektiver Auffassung Beste herauszuholen. Erweitert man aber den Harmonieglauben der „Germania“ vom Osten auf die gesamten Friedensfragen, so ist festzustellen, daß nicht nur unbestritten anerkannte Führer Deutschlands, sondern auch darüber hinaus weite maßgebende Regierungskreise durch das Brest-Litowsk verkündete Czernin-Kühlmannsche allgemeine Verzichtfriedensangebot in peinlichster Weise überrascht worden sind. Die „Kreuzzeitung“ hat ja bereits in einem Aufsatz, den man dem Grafen Westarp zuschreibt, bestimmt verneint, daß das Ergebnis von Brest-Litowsk den allgemeinen Richtlinien entspreche, denen die Parteiführung von Westarp bis Haase zugestimmt hätten. Die Parteiführer wären danach ebenso überrumpelt worden, wie unbestritten anerkannte Führer Deutschlands. Ob die Parteiführer daraus für die gestrige Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags die Folgerungen gezogen haben, wird sich noch ergeben müssen.

Deutsche Zeitung - Nr.6 – 1918 – Freitag, 04. Januar - Morgen - S.3

Scheidemann und Alldutsche in Hessen.

Von einem merkwürdig verschiedenen Verhalten gegenüber Herrn Scheidemann und dem Alldutschen Verbanne in Hessen erzählen die „Alldutschen Blätter“. Danach ist vor kurzem dem Führer der Sozialdemokraten für einen seiner für den Verzichtfrieden scharfmachenden Vorträge die Turn- und Festhalle der höheren Mädchenschule in Mainz zur Verfügung gestellt worden. Vor einigen Monaten hingegen war es in einem anderen Städtchen des Großherzogtums Hessen nicht möglich, für einen Vortrag Baemeisters über die Wirkungen des Unterseebootkrieges, den der Alldutsche Verband zusammen mit dem Flottenverein veranstalten wollte, den dortigen Saal der höheren Schule zu erhalten und zwar – weil die Sache allzu politisch sei. „Ist das der neue Burgfriede oder die Freiheit des „neuorientierten“ parlamentarischen Deutschlands?“ – fragen die „Alldutschen Blätter“.

Friedensfeinde.

Daß die Engländer und ihre Verbündeten die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk höchst ungern sehen, und daß sie den lebhaften Wunsch haben, diese Verhandlungen scheitern zu lassen, ist selbstverständlich. Um diesen letzten Wunsch erfüllt zu sehen, werden sie kein Mittel der politischen Intrige, in der Engländer und Franzosen ja seit jeher Meister sind unversucht lassen. Aber all ihre Quertreibereien und Winkelzüge werden an der Tatsache scheitern, daß die jetzige russischen Regierung mit dem baldigen Zustandekommen des Friedens steht und fällt, daß sie daher den ernstlichen Willen, den Friedensschluß baldigst zu erreichen, besitzt und daß sie nur allzu gut weiß, was sie von den britischen Absichten zu halten hat.

Die jetzigen Machthaber in Petersburg mögen es der englischen Regierung zum Verdienst anrechnen, daß sie den Zaren stürzen geholfen hat, aber sie wissen nur zu gut, daß sie es nur getan hat, weil sie befürchtete, der Zar könne einem Sonderfrieden zuneigen, daß sie also bestrebt ist, dem russischen Volke den Frieden vorzuenthalten, bis sie es für angezeigt hält, Frieden zu schließen; und ebenso wissen Lenin und Trotzki nur allzugenu, daß die Politik, die England seitdem Rußland gegenüber getrieben hat für dieses höchst verhängnisvoll war. Sie werden darum aus eigenem Interesse und in Wahrnehmung der Interessen Rußlands von selbst **die nötige Vorsicht gegenüber England obwalten lassen, dessen Botschafter Buchanan zwar noch immer in Petersburg sitzt, aber nicht mehr in gleicher Weise wie früher als Ränkeschmied wirken kann, da er überwacht wird und den Draht nicht mehr so unbeschränkt zur Verfügung hat wie zu der Zeit, da englische Offiziere die Zensur in Rußland ausübten,** was auch unter Kerenski noch der Fall war.

Auch das vielbeachtete Reuter-Telegramm vom Sylvestertage, das vielfach so ausgelegt worden ist, als sei England bereit, sich an einem Friedenskongreß zur Herbeiführung eines allgemeinen Friedens zu beteiligen – so haben es leider auch einige deutsche Zeitungen ausgelegt – , das aber mit echter englischer Verschlagenheit so abgefaßt war, daß es die englische Regierung zu nichts verpflichtete, gehörte zweifellos in das Gebiet der englischen Intrigen. Sein Zweck ist natürlich nicht ohne weiteres ersichtlich. Es wäre den englischen Diplomaten durchaus zuzutragen, daß sie den Gedanken an den Friedensverhandlungen zwischen Rußland und den Mittelmächten teilzunehmen durchaus ernsthaft erwogen haben, natürlich nur mit dem Ziel, sie dadurch möglichst zum Scheitern zu bringen oder doch sie zu erschweren und für uns so ungünstig als nur möglich zu gestalten. Trotzdem ist es nicht wahrscheinlich, daß die Engländer diesen Weg wirklich beschreiten werden. Sie müßten dann doch den Grundsatz erkennen, daß der Frieden ohne zwangsweise Länderaneignungen und ohne Kriegsentschädigungen geschlossen werden soll, und darauf werden sie nicht eingehen, so lange sie noch in dem Wahne leben, uns durch Übermacht und Aushungerungstaktik zum Nachgeben zwingen zu können; darauf können sie auch so leicht nicht eingehen ohne den Völkern der Westmächte, denen sie bis in die letzten Tage einen glänzenden Endsieg versprochen haben, die schwerste Enttäuschung zu bereiten und damit ihre Länder möglicherweise inneren Katastrophen zuzuführen. Außerdem ist es selbstverständlich, daß England es nicht besonders eilig hat uns die Kolonien und der Türkei Mesopotamien und die besetzten Gebiete von Palästina wieder herauszugeben. Mit jenem Telegramm wurde vielmehr wohl der Zweck verfolgt, Rußland glauben zu machen, daß England doch vielleicht sich noch entschließen könnte, an den jetzigen Friedensverhandlungen teilzunehmen und so die russische Regierung zu einer Zauderpolitik zu veranlassen, da sie natürlich in der Beteiligung der Westmächte eine Stärkung ihrer Stellung bei den Friedensverhandlungen erblicken dürfte; es sollte jedenfalls weiter bezwecken, in den Ländern der Westmächte die Friedensfreunde zu beschwichtigen und **es sollte drittens wohl die internationale sozialistische Agitation in dem Sinne beeinflussen, daß sie mit der größten Energie das Verlangen vertritt, das demokratische Rußland dürfe keinen Sonderfrieden abschließen, sondern müsse bei der Stange bleiben, bis ein allgemeiner demokratischer Frieden erreicht sei.**

In diese Hinsicht darf die „Regie“ der englischen Diplomaten mit ihrer Wirkung zufrieden sein. **Hat doch selbst die deutsche Sozialdemokratie dieses Verlangen erneut gestellt, was zwar bezeichnend für die ohnehin bekannte Tatsache, daß ihr die internationalen Doktrinen wichtiger sind wie die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands, sonst aber nicht weiter von Bedeutung ist.** wichtiger ist schon die Tatsache, daß **die russische Regierung auf einmal mit dem Vorschlage herausgerückt ist, die Friedensverhandlungen nach Stockholm zu verlegen. Die Bedeutung dieser Tatsache springt in die Augen. In Litauisch-Brest also in dem von unseren Truppen besetzten Gebiet, darf sich niemand ohne Erlaubnis der deutschen Behörden aufhalten. Dort können also die Verhandlungen nicht beeinflusst werden durch beauftragte oder nichtbeauftragte Vertreter der uns feindlichen Mächte, durch bezahlte Agenten der**

Westmächte oder Sozialistenführer vom Schlage Brantings, während das alles in Stockholm, auf neutralem Boden, nicht zu verhindern wäre. Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Regierung, wie der Reichskanzler gestern im Hauptausschuß des Reichstages erklärt hat, diesen überraschenden Vorschlag der russischen Vertreter abgelehnt hat, und es wäre noch schöner, wenn sie in diesem Punkte nicht fest bleiben wollte. Sachliche Verhandlungen gedeihen am besten ohne die erwähnten Einflüsse.

Ist es den Maximalisten Rußlands also um die sachlich beste und schnellste Lösung der schwierigen Friedensfrage zu tun, so mögen sie in Litauisch-Brest weiter verhandeln. **Wir haben nicht das geringste Interesse, den Friedensfeinden die Tore zu öffnen zum Eintritt in die Friedensverhandlungen, in denen sie nur als Störenfriede sich betätigen wollen und wir haben auch kein Interesse daran, der internationalen Sozialdemokratie zu einem Triumph zu verhelfen.** Als einen solchen aber würde diese Verlegung der Verhandlungen nach Stockholm, von wo aus sie ja der Welt schon längst der Frieden bringen wollte, erblicken.

Mit Genugtuung begrüßen wir auch die Erklärung des Reichskanzlers, daß wir unter keinen Umständen auf die Forderung der Vertreter Rußlands bezüglich der Räumung der besetzten Ostgebiete und der Volksabstimmung eingehen können. Wir werden diese Gebiete erst räumen, nachdem der Frieden mit Rußland zur unwiderruflichen Tatsache geworden und das russische Heer demobilisiert ist, während wir bereit sind, die Front im Osten sogleich zurückzunehmen, wenn Rußland das gleiche tut. Die russische Regierung verlangte aber zunächst die sofortige Räumung der besetzten Gebiete damit die Volksabstimmung über das künftige Schicksal dieser Länder auch ohne den Schein militärischer Beeinflussung sich vollzieht.

Auch bezüglich des letzten Punktes werden die deutschen Vertreter also fest bleiben. Sie stehen dabei auf sicherer Grundlage. Es sind die Körperschaften, die Rußland selbst diesen Ländern gegeben hat als Vertretung des Volkswillen, denen die Entscheidung über das Schicksal Kurlands und Litauens anvertraut worden ist. Diese Körperschaften aber haben sich schon für das völlige Ausscheiden dieser Gebiete aus dem russischen Gebiete und für den Anschluß an Deutschland entschieden. (Zweifel, die einer unserer Berliner Vertreter dieser Tage beiläufig an dieser Tatsache äußerte, beruhten auf nicht genügender Kenntnis der öffentlichen und geheimen Vorgänge auf diesem Gebiete.)

Sowohl die Landesversammlung in Kurland, die wir durch Anordnung von Zuwahlen demokratischer gestaltet haben, als sie in russischer Zeit jemals war, wie die in Litauen, hat sich in obigem Sinne entschieden. Und Polen ist bereits die Unabhängigkeit zugestanden. Hier kommt eine Volksabstimmung sowieso nicht mehr in Frage. Es war an der Zeit, daß der Reichskanzler im Hauptausschuß daran erinnert hat, daß nicht wir es sind, die den Krieg nicht mehr fortführen können, sondern daß wir uns auf unsere Macht stützen und den Dingen ruhig zusehen können. Er hat betont, daß wir loyal den Frieden mit Rußland wollen. Das haben wir so nachdrücklich durch die Tat bewiesen, daß das niemand ernstlich bezweifelt. Aber er hat auch zu verstehen gegeben, daß wir auf unserem guten Recht bestehen. Das wird man hoffentlich verstehen. Wir verhandeln mit ehrlichen Friedensfreunden und lassen darum auch die Vertreter der Ukrainer zu den Friedensverhandlungen zu, nachdem die russische Regierung die Ukraine als selbständiges Staatengebilde anerkannt hat, aber wir werden uns die Friedensfeinde dabei vom Halse zu halten wissen.

Die russische Regierung weiß nun, woran sie ist. Sie weiß, daß sie einen günstigen Frieden haben kann, als sie auf Grund der Kriegslage je erhoffen konnte, daß wir entschlossen sind, die Jahrhunderte alte traditionelle Freundschaft mit Rußland, die nicht unsererseits gebrochen worden ist, ehrlich wiederherzustellen und zu sichern und dadurch zugleich auch den künftigen Weltfrieden fest zu verankern. Sie weiß aber auch, daß unser Entgegenkommen seine Grenze findet an den Lebensnotwendigkeiten Deutschlands und an der Sicherung seiner Zukunft, auf die wir in dem jetzt geforderten Mindestumfange auf keinen Fall verzichten können und die wir auf eine Art geltend machen, daß die Regierung und das Volk in Rußland zustimmen können, wenn sie wollen.

G.

Posener Tageblatt - Nr.7 – 1918 – Samstag, 05. Januar - S.2

Vor großen Entscheidungen.

Wenn nicht alles täuscht, steht das deutsche Volk vor großen Entscheidungen. Im Beisein des Reichskanzlers sowie des Generalfeldmarschalls von Hindenburg und des Generalquartiermeisters Ludendorff hat beim Kaiser ein Kronrat stattgefunden, in welchem der Staatssekretär des Auswärtigen von Kühlmann sein Brest-Litowsk Programm entwickelt. Über das Ergebnis dieser wichtigen Sitzung sind Einzelheiten naturgemäß nicht bekannt geworden, aber soviel können wir auf das bestimmteste versichern, daß eine grundsätzliche Einmütigkeit der Auffassungen sich ergeben hat.

Der jetzige Kronrat ruft die Erinnerung wach an den Kronrat im September 1917. Damals waren es Fragen des Westens, über die ernste Beratungen gepflogen wurden. Gegen zwei sehr wichtige Stimmen hat sich diese Konferenz damals dahin ausgesprochen, bezüglich Belgiens den Standpunkt der deutschen Reichsregierung dahin festzulegen, daß Deutschland keine Eingliederung belgischen Gebietes oder sonstige wirtschaftlich, militärische oder politische Auflagen an Belgien beabsichtige. Man sprach damals von der Erklärung eines deutschen „Desinteresses“ an Belgien. Die Folgewirkungen dieser Kronratssitzung sind allerdings in der Öffentlichkeit, wie im Verhältnis zu unseren Feinden namentlich England, als ein Zeichen unserer Schwäche gedeutet worden, und man darf die Hoffnung aussprechen, daß jetzt, wo die Dinge für uns wesentlich anders liegen, ein Weg gefunden wird, nicht um die Folgen dieser Verzichtserklärung wieder auszugleichen, sondern die Festlegung der deutschen Regierung als nicht mehr vorhanden zu bezeichnen.

Bei der jetzigen Beratung beim Kaiser waren es Fragen des Ostens, über die wichtige Entscheidungen getroffen werden sollten. Die Anwesenheit unserer beiden großen Heerführer verbürgt uns den vollen Ernst und die ganze Schwere der Beratungen und der getroffenen Entscheidungen. Das Prinzip der Kühlmannschen Politik, den Frieden mit Rußland nach dem Grundsatz des Ausschlusses gewaltsamer Angliederungen und Entschädigungen zu erlangen, dürfte die volle Billigung der Teilnehmer des Kronrats gefunden haben. Eine solche Stellungnahme wird sich ja auch nur mit den Bekundungen decken, die bisher dem russischen Problem gegenüber erfolgt sind. Wir hegen aber auch die sichere Hoffnung, daß auf eine klare Richtung unserer östlichen Politik mit größter Entschiedenheit Wert gelegt wurde. Unter allen Umständen muß vermieden werden, daß die englische Diplomatie mit ihren Quertreibereien in das östliche Friedenswerk sich eindringt und dadurch, sei es jetzt oder später, indem dem unbeschränkten „Selbstbestimmungsrecht“ freigegebenen russischen Grenzländern versuchen könnte, unseren glänzenden Waffenerfolg zu einer politischen und diplomatischen Niederlage zu machen. Wir dürfen die Zuversicht zu Hindenburg und Ludendorff haben, daß solche Möglichkeiten mit aller Kraft entgegengewirkt wurde.

Wichtige Entscheidungen sind im Gange, vielleicht sind sie schon getroffen. Die Verhandlungen in Brest-Litowsk nehmen nunmehr ihren Fortgang und Staatssekretär Kühlmann wird zu ihnen mit neuen und starken Vollmachten erscheinen. Hoffen wir, daß das östliche Friedenswerk zu einem Ziele gebracht werden kann, das Deutschlands Zukunft frei von allen englischen Ränken macht, uns aber auch nach Osten hin so sichert, wie wir es nötig haben und jetzt oder nie erreichen können.

Berliner Morgenpost - Nr.5 - 1918 – Samstag, 05. Januar - S.1

Russisch-deutsche Meinungsverschiedenheiten. – [Kommentare]

In der Mehrzahl der Berliner Blätter war gestern abend schon von einer Unterbrechung der Verhandlungen in Brest-Litowsk die Rede und hie und da wurde es sogar so dargestellt, als seien die Verhandlungen bereits abgebrochen worden. In Wahrheit aber konnte gestern abend von einer Unterbrechung (gemeint war natürlich eine Unterbrechung nach derjenigen, die am 26. Dezember mit Zustimmung aller Beteiligten beschlossen worden war) noch nicht gesprochen werden und von einem Abbruch natürlich erst recht nicht. **Am 26. Dezember hatte man sich dahin geeinigt, daß der West-Entente eine zehntägige Frist gewährt werden solle, damit sie sich darüber schlüssig werden könne, ob sie in die Verhandlungen eintreten wolle oder nicht, und daß nach Ablauf der Frist am 4. Januar, spätestens am nächstfolgenden Tage, also am 5. Januar, die Verhandlungen wieder aufgenommen werden sollten.** Erst heute vormittag konnte also in Brest-Litowsk die erste Sitzung nach der Pause stattfinden, und erst heute kann sich herausstellen, ob die Verhandlungen fortgesetzt werden können, ob sie vertagt werden müssen oder ob sie endgültig gescheitert sind. Dies müssen wir abwarten und wie uns scheint, können wir es in aller Ruhe abwarten. Jetzt kommt alles darauf an, daß unsere Unterhändler die Nerven nicht verlieren, und daß die öffentliche Meinung Deutschlands sich entschlossen und geschlossen hinter sie stellt, um ihnen, falls es nötig sein sollte, eine Nervenstärkung angedeihen zu lassen.

*

Es mag sein, daß die Russen zu ihrem Verhalten durch die von den Sendboten der West-Entente angestifteten Zettelungen veranlaßt worden sind, ein Verdacht, der verstärkt wird durch die Tatsache, daß englische Blätter schon vor einigen Tagen von dem bevorstehenden Abbruch der Verhandlungen zu berichten wußten. Wie dem auch sei, die der Entente von russischer Seite gestellte zehntägige Frist ist mit dem gestrigen Tage abgelaufen, ohne daß sie eine Erklärung über ihren Beitritt zu den Friedensverhandlungen abgegeben hat. Werden nun, wie wir glauben, diese Verhandlungen schließlich doch noch fortgesetzt – und mit der Ukraine werden sie ja, wie aus den gestrigen Erklärungen des Kanzlers hervorgeht, jedenfalls fortgesetzt – so ist für die Vertreter der West-Entente am Verhandlungstisch kein Platz mehr. – Daß wir der West-Entente ein neues Friedensangebot gemacht hätten, ist auch gestern wieder von Grafen Westarp im Hauptausschuß

behauptet worden, aber diese Behauptung war gestern genauso falsch wie sie es vorher schon war. **Nicht wir, sondern die Russen haben ihren Ententegenossen anheimgestellt, an den Verhandlungen teilzunehmen, während wir unsererseits den Russen erklärt haben, daß wir gegen die Teilnahme der Westentente an den Verhandlungen nichts einzuwenden haben, sofern von ihr ohne Vorbehalt erklärt wird, daß sie mit einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen einverstanden ist. Nur unter dieser Bedingung haben wir ihr einen Platz am Verhandlungstisch eingeräumt. Meint nun Graf Westarp, daß Herr Clemenceau einen Verzicht Frankreichs auf Elsaß-Lothringen aussprechen wird? Daß Herr Lloyd George sich mit der Räumung Aegyptens einverstanden erklären wird? Daß Herr Orlando die Absicht Italiens auf Trient und Triest preisgeben wird?** Wenn Graf Westarp das nicht meint, wenn er vielmehr, wie wir es von ihm als einen vernünftigen Menschen voraussetzen, der Ansicht ist, daß die gegenwärtigen Ententeregierungen die ihnen von uns für die Teilnahme an den Friedensverhandlungen gestellten Bedingungen gar nicht erfüllen können, so wird er doch wohl zugeben müssen, daß wir der Entente nicht bloß kein neues Friedensangebot gemacht haben, sondern daß wir ein starkes Drahtverhau vor ihr aufgerichtet haben, um zu verhindern, unter der Maske der Teilnahme an den Verhandlungen Zettelungen und Intrigen zu spinnen.

R.C.

Berliner Morgen-Zeitung - Nr.4 - 1918 – Samstag, 05. Januar - S.1

Die Unterbrechung der Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Als die Verhandlungen mit Rußland begannen, haben wir immer wieder darauf hingewiesen, daß es sehr verfehlt sei, wenn man sich nun in kritiklosen Optimismus ergehen und aus der Tatsache, daß die Friedensverhandlungen eingeleitet seien, auch schon auf ihren unbedingten Erfolg schließen wollte. Ein überraschender Zwischenfall, der zu Beginn der Wiederaufnahme der Beratungen in Brest-Litowsk eingetreten ist und zu einer Unterbrechung der Verhandlungen geführt hat, die möglicherweise den Abbruch bedeutet, zeigt, daß unsere Mahnung nur allzu berechtigt gewesen ist.

Gestern, am 4. Januar, sollten bekanntlich die Beratungen in Brest-Litowsk wieder aufgenommen werden, nachdem die „Respektfrist“ abgelaufen war, welche die Russen ihren Bundesgenossen zwecks Beteiligung an den Verhandlungen gestellt hatten. Die Entente hatte unterdessen keinen Zweifel daran gelassen, daß sie nicht an eine Aenderung ihrer bisherigen Taktik denkt, und auch die zweideutigen Auslassungen der englischen Offiziösen über die angeblichen Meinungen Lloyd Georges waren nicht geeignet, jene Auffassung Lügen zu strafen. Vielmehr ließen es die Politiker der Entente nicht an scharfen Drohungen gegen die Maximalisten fehlen, die ohne obrigkeitliche Genehmigung von Lloyd George, Clemenceau und Wilson in Friedensverhandlungen eingetreten waren.

Fast könnte man zu der Meinung kommen, daß entweder diese Drohungen, oder aber die englischen Umtriebe in Rußland nicht ohne Erfolg geblieben sind. Denn anders ist die urplötzliche Wandlung in dem Verhalten der russischen Delegierten auf der Brest-Litowsker Konferenz, worüber der Reichskanzler Graf Hertling gestern im Hauptausschuß Mitteilung macht, kaum zu erklären. Danach hat die russische Regierung das sonderbare Verlangen ausgesprochen, den Sitz der Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm zu verlegen. Es wird im deutschen Volke mit allgemeiner Zustimmung begrüßt werden, daß die deutsche Regierung dies Verlangen, in dem wir übrigens lediglich einen Winkelzug erblicken, rundweg abgelehnt hat. Schon die Erfahrungen mit der von der Entente vereitelten Stockholmer Konferenz hätte zu einer Ablehnung des Vorschlags führen müssen. Aber es kommt, wie Graf Hertling zutreffend betont, weiter dazu, daß einmal die Verständigung der Delegierten mit den Regierungen dadurch sehr erschwert und daß zweitens die Machenschaften der Entente behufs Störung der Verhandlungen noch erleichtert worden wären.

Im übrigen liegt der Kernpunkt der Schwierigkeiten offenbar gar nicht in der Frage des Verhandlungsortes; denn von russischer Seite werden auch die Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Räumung der besetzten Gebiete und der Modalitäten der Volksabstimmung hervorgehoben. Zum besseren Verständnis dieser Differenzen geben wir im folgenden den Wortlaut der von den russischen Delegierten beanstandeten deutschen Vorschläge wieder:

Artikel 1. Rußland und Deutschland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind entschlossen, fortan on Frieden und Freundschaft zusammen zu leben. Deutschland würde (unter der Voraussetzung der zugestandenen vollen Gegenseitigkeit gegenüber seinen Bundesgenossen) bereits ein, sobald der Frieden mit Rußland geschlossen und die Demobilisierung der russischen Streitkräfte durchgeführt ist, die jetzigen Stellungen und das besetzte russische Gebiet zu räumen, soweit sich nicht aus Artikel 2 ein anderes ergibt.

Artikel 2. Nachdem die russische Regierung, entsprechend ihren Grundsätzen, für alle im Verbands des russischen Reiches lebenden Völker ohne Ausnahme ein bis zu ihrer völligen Absonderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert hat, **nimmt sie Kenntnis von den Beschlüssen, worin der Volkswille ausgedrückt ist, für Polen sowie Litauen, Kurland, Teile von Estland und Livland die volle staatliche Selbständigkeit in Anspruch zu nehmen und aus dem russischen Reichsverbande auszuschneiden.** Die russische Regierung erkennt an, daß diese Kundgebungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen als Ausdruck des Volkswillens anzusehen sind, und ist bereit, die hieraus sich ergebenden Folgerungen zu ziehen. Da ist denjenigen Gebieten, auf welche die bevorstehenden Bestimmungen Anwendung finden, die Frage der Räumung nicht so liegt, daß diese gemäß den Bestimmungen des Artikels 1 vorgenommen werden kann, so werden Zeitpunkt und Modalitäten der nach russischer Auffassung nötigen Bekräftigung der schon vorliegenden Lostrennungserklärungen durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage, bei der irgendein militärischer Druck in jeder Weise auszuschalten ist, der Beratung und Festsetzung durch eine besondere Kommission vorbehalten.

Der Vorwurf, daß diese Vorschläge den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes in illoyaler Weise durchbrechen, muß in der Tat als durchaus unberechtigt zurückgewiesen werden, und das Verhalten der russischen Regierung ist umso weniger begreiflich, als ihre Delegierten zwar eine klarere und genauere Formulierung verlangten, aber sich mit einer Kommissionsberatung einverstanden erklärt hatten. Wenn jetzt plötzlich der Wind in Petersburg umgeschlagen ist, so muß das, wie wir schon betonten, entweder auf der Furcht der gegenwärtigen russischen Machthaber vor der Entente oder auf deren Machenschaften zurückgeführt werden. Wir sind mit dem Grafen Hertling der Meinung, daß wir getrost abwarten können, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Denn daß Rußland an dem Friedensschluß stärker interessiert ist als wir, darüber dürfte sogar in Rußland selbst kaum irgendwelche Meinungsverschiedenheiten bestehen. **B.P.**

Berliner Morgen-Zeitung - Nr.4 - 1918 – Samstag, 05. Januar - S.1

Rußlands Vorgehen – gegen die Verabredung.

Brest-Litowsk, 4. Januar. Der Vorsitzende der russischen Delegation hat am 3. d. M. aus Petersburg an die Bevollmächtigten der Vierbundmächte in Brest-Litowsk eine Depesche gerichtet, in der er unter Berufung auf einen Beschluß der Regierung der russischen Republik vorschlägt, die Verhandlungen im neutralen Auslande fortzusetzen. In Erwiderung haben die Delegationen der vier verbündeten Mächte an Herrn Joffe am 4. d. M. telegraphiert, daß sie jede Verlegung des Verhandlungsortes ablehnen, da bindend verabredet worden sei, die Verhandlungen spätestens am 5. d. M. in Brest-Litowsk wieder aufzunehmen.

Berliner Morgen-Zeitung - Nr.4 - 1918 – Samstag, 05. Januar - S.2

Telegrammwechsel des polnischen Regentschaftsrats mit Kaiser Wilhelm und Kaiser Karl.

Warschau, 4. Januar. Zwischen dem polnischen Regentschaftsrat und den Monarchen Deutschlands und Oesterreichs-Ungarns fand, wie das Pressebureau des Politischen Departements der polnischen Regierung mitteilt, aus Anlaß des Jahreswechsels ein Austausch von Glückwunschkablen statt. Der Regentschaftsrat drachtete an Kaiser Wilhelm:

„Der Regentschaftsrat des wiedererstandenen Königreichs Polen fleht zu Gott, daß dieses neue Jahr für Eure Kaiserliche und Königliche Majestät und für Deutschland ein glückliches und gesegnetes werden möge. Alexander Kakowski, Erzbischof, Josef v. Ostrowski, Fürst Zdislaw Lubormirski.“

Eine gleichlautende Drahtung wurde an Kaiser Karl gerichtet.

Vom deutschen Kaiser ging folgende Antwort ein:

„Dem Regentschaftsrat danke Ich aufrichtig für die freundlichen Wünsche zum neuen Jahre, das auch für das werdende Königreich Polen durch die Gnade des Allmächtigen ein gesegnetes und glückliches sein möge. Ich freue mich, die Herren des Regentschaftsrates bald bei mir begrüßen zu können. Wilhelm.“

Von Kaiser Karl erhielt der Regentschaftsrat nachstehende Drahtung:

„Auf das Herzlichste danke ich Euren Exzellenzen und Eurer Durchlaucht für die mir zum Jahreswechsel dargebrachten Glückwünsche, die ich aufrichtig erwidere. Möge Gottes reichster Schutz und Segen das Wirken des Regentschaftsrates zum Wohle des neuerstandenen Polen begleiten. Karl.“

Ein Zwischenfall bei den Friedensverhandlungen. – Ein Zwischenfall.

Während die Bevollmächtigten des Vierbundes sich bereits auf der Rückreise nach Brest-Litowsk befanden, wo den gemeinsamen Vereinbarungen gemäß die Friedensverhandlungen spätestens am 5.d. M. fortgesetzt werden sollten, hat die russische Regierung ihre Bevollmächtigten in Petersburg zurückgehalten und dem Vierbund plötzlich vorgeschlagen, die Verhandlungen an einem neutralen Orte fortzusetzen.

In den letzten Tagen haben wir viel, sehr viel zum Lobe der neuen öffentlichen Diplomatie gehört, die die Petersburger Regierung eingeführt habe, und ein sozialdemokratischer Abgeordneter zerriß sich in der letzten Sitzung des Reichsausschusses noch gewaltig den Mund darüber, daß die Diplomaten der Mittelmächte sich immer noch nicht an die Öffentlichkeit der diplomatischen Verhandlungen gewöhnen können, die die Petersburger Regierung so peinlich beobachte. Wir sind nicht in der Lage, diese Behauptung des Abgeordneten David zu kontrollieren, daß sie aber sehr unzeitgemäß war, zeigt der Entschluß der Petersburger Regierung, die Verhandlungen nicht in Brest-Litowsk fortzusetzen. Dieser Entschluß wird seine Gründe haben, die Petersburger Regierung aber hat die Öffentlichkeit einschließlich des Herrn David bisher nicht darüber aufgeklärt, aus welchen Gründen sie die am 25. Dezember vorigen Jahres getroffenen Vereinbarungen nicht einhalten will. **Es liegt da ein Akt der Geheimdiplomatie vor, bezüglich dessen man auf Vermutungen angewiesen ist, die zunächst nach Stockholm weisen, wo der bekannte Agent der Entente Branting sein Wesen treibt. Vermuten kann man deshalb – die Petersburger Regierung hüllt sich diesbezüglich in Schweigen – daß die Entente über Branting mit der Petersburger Regierung Fühlung aufgenommen hat, die Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen, wo es der Entente leicht wäre, die Verhandlungen fortgesetzt zu stören.**

Daß die Westmächte nicht die Absicht haben, sich ernstlich an den Friedensverhandlungen zu beteiligen, wohl aber alles aufbieten, die Verhandlungen unter ihre Aufsicht zu bringen, um sie zu verzögern und ihren Abschluß zu verhindern, ist nach den jüngsten Erklärungen Pichons und Orlandos nicht zweifelhaft, bemerkenswerter ist, daß die Petersburger Regierung diesen Einflüssen in den letzten Tagen zugänglicher geworden ist. Der Zwischenfall, der sich daraus ergeben hat, braucht deshalb in seiner Bedeutung nicht überschätzt zu werden, allein die Tatsache, daß die Petersburger Regierung sich an getroffene Abmachungen, die nach der Lage der Dinge keineswegs eine formelle Bedeutung haben, nicht halten zu müssen glaubt, macht den Regierungen der Mittelmächte es zur besonderen Pflicht, in den weiteren Verhandlungen keine der notwendigen Sicherungen außer Acht zu lassen, die die Erfüllung eingegangener Verpflichtungen auch von der anderen Seite verbürgen. Der Zwischenfall ist so zu einer Rechtfertigung des Verhältnisses der Mittelmächte gerade in den zwei Punkten geworden, bezüglich deren die stärksten Meinungsverschiedenheiten sich in Brest-Litowsk ergeben hatten: bezüglich die Räumung der besetzten Gebiete.

Eine Depesche will wissen, daß die Petersburger Regierung die diesbezüglich von den Mittelmächten gemachten Vorschläge endgültig abgelehnt habe. Das mag sein, allein die Mittelmächte können sich um so weniger veranlaßt fühlen, in diesen Punkten nachzugeben, als die plötzliche Sinnesänderung der Petersburger Regierung über die Fortführung der Verhandlungen mit der Möglichkeit rechnen läßt, daß auch hinsichtlich anderer Vereinbarungen solche Sinnesänderungen eintreten, und zwar zu einem Zeitpunkte, wo wir es nicht mehr in der Hand haben, die daraus für uns entspringenden üblen Folgen zu verhindern.

Die russische Regierung verlangt, daß die besetzten russischen Gebiete ehestens geräumt werden sollen, damit die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes nicht unter dem Drucke der Waffengewalt erfolge. Von der Möglichkeit einer politischen Beeinflussung dieser Abstimmungen durch russische Agenten ist jedoch nicht gesprochen worden, und doch liegt eine solche Beeinflussung weit näher als die durch die Truppen. Warum sollen wir in dieser Beziehung Vertrauen haben, während man in uns nicht das entsprechende Vertrauen setzt?

Die „Arbeiter-Zeitung“ wird natürlich behaupten, daß sich das von selbst verstehe, da die russische Regierung eben sozialistisch sei. Das ist indessen ein Privatsicht der „Arbeiter-Zeitung“, die durch den jüngsten Zwischenfall nichtgerade gestützt wird. Uns ist es gleichgültig, wer in Petersburg regiert, und muß es auch sein, weil wir kein Recht und keine Lust haben, uns in die innerrussischen Verhältnisse zu mischen, ebenso darf aber bei der Liquidierung des Krieges auch Rußland gegenüber jene Vorsicht nicht außer Acht gelassen werden, die gegenüber jeder Regierung bei solchen Verhandlungen geboten ist.

Im übrigen scheint bei dem Zwischenfalle auch die ukrainische Frage eine gewisse Rolle zu spielen. Die Ukrainer werden von dem Vierbund im Einvernehmen mit der Petersburger Regierung zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk eingeladen werden; es scheint jedoch, daß die Petersburger Regierung nachträglich anderer

Meinung darüber geworden ist und deshalb die Verhandlungen von Brest-Litowsk an einen anderen Ort verlegt wissen will.

Wir hoffen, daß sich alle diese Hemmungen, die sich wohl zunächst aus der besonderen Lage der russischen Regierung ergeben haben, beseitigen lassen werden und die Verhandlungen die so verheißungsvoll begonnen haben, auch bald zu dem von beiden Seiten erstrebten Abschlusse führen.

Rußland braucht den Frieden und wir wollen ihn mit ihm schließen, gerade aber die Schwierigkeiten eines Sonderfriedens bringen, daß die Verhandlungen nicht von außen gehemmt werden und daß jedwede Verzögerungstaktik ausgeschlossen bleiben muß. Diesen Sinn hat die ablehnende Antwort, die auf das russische Verlangen nach einem Wechsel des Verhandlungsortes erteilt worden ist; die Antwort unterstreicht sozusagen den Friedenwillen des Vierbundes, indem sie jede unmittelbare und mittelbare Verschleppung ablehnt.

Deutsches Volksblatt - Nr.10420 – 1918 – Samstag, 05. Januar - S.12

Der Fall Clemenceau.

Bern, 4. Januar. Die Londoner „Nation“ äußert sich folgendermaßen über den Fall Clemenceau-Caillaux: „Herr Clemenceau ist im Begriffe, etwas zu tun, was nicht nur seiner Ehre, sondern auch den Ruf Frankreichs beflecken wird. Er will Herrn Caillaux unter der Beschuldigung des Hochverrates vor ein Kriegsgericht stellen. Ein ehemaliger Ministerpräsident Frankreich soll also unter militärischen Gesetzen von Soldaten gerichtet werden und wird der Todesstrafe ausgesetzt sein. Soweit die Anklage die jetzt bekannt ist, wirft sie dem Angeklagten „pazifistische Propaganda“ der einen oder anderen Art in Italien und Frankreich vor. Das wäre fraglos eine politische Angelegenheit, die, wenn sie überhaupt verfolgt werden sollte, in den Bereich der Zivilgerichtshöfe kommen sollte. Wenn Clemenceaus Methode bei uns in England angewendet werden würde, käme eine ganze Anzahl von Mitgliedern der Liberalen und der Arbeiterpartei für solche Kriegsgerichtsprozesse in Betracht, während in Deutschland eine stattliche Anzahl von Reichstagsabgeordneten einschließlich beider sozialistischen Gruppen gefährdet wäre. Die Handlungsweise des Herrn Clemenceaus ist aus drei Gründen skandalös:

1. Ist Herr Caillaux seinen Anschuldigungen in aller Öffentlichkeit entgegengetreten und hat durch seine Beleidigungsklage gegen Herve die ganze Angelegenheit vor die Zivilgerichte gebracht.

2. Holt mir seinem Verfahren der „Tiger“ zu einem furchtbaren Schlage gegen seinen gefährlichsten politischen Gegner aus.

3. Gab es keinen Mann in Frankreich, der zur Zeit der Dreyfuß-Affäre mit größerer Verachtung über die Militärgerichtsbarkeit geschrieben hat als Herr Clemenceau.

Berliner Neueste Nachrichten - Nr.8 – 1918 – Samstag, 05. Januar - Morgen - S.2

Die Flotten im Dezember. – Rückblick auf das Seekriegsjahr 1917. –

Von Vize-Admiral z. D. Kirchhoff.

Auch der letzte Monat des Jahre hat zur See gebracht, was wir von ihm erwarteten; die jetzt in England beschlossene amtliche Verteilung der Hauptlebensmittel hat am besten das große Wirken des Unterseebootkrieges beleuchtet.

Die Schiffsstraßen nach England sind teilweise verödet, in die Häfen läuft nur noch ein sehr verringerter Hundertsatz von Schiffen ein oder aus ihnen aus; in den Docks und auf den Kaien stauen sich dennoch die Vorräte, da die Mehrzahl der Häfen wegen Minen-Verseuchung geschlossen ist; die fehlende Küstenschiffahrt kann durch die Eisenbahn nicht zur Genüge ersetzt werden, und in Uebersee verderben die zu Unmassen aufgehäuften Vorräte, zu deren Verfrachtung es überall an dem erforderlichen Schiffsraum fehlt, den selbst Amerika nicht schaffen kann.

Es geht mir dem für England arbeitenden Schiffsraum begrab, trotz aller Vergewaltigung der schwachen Neutralen und trotz der Ueberanstrengungen im Schiffbau. Das Jahr 1917 hat dem Vielverband einen Verlust von mehr als 9 Millionen Tonnen Handels-Schiffsraum gebracht. Und die Summe der versenkten Tonnen von Hilfs-Kriegsschiffen macht seit Kriegsbeginn eine halbe Million, die von Kriegsschiffen eine volle Million Tonnen aus. Dabei kommen die Neubauten sowohl in England als auch in Amerika nicht so recht von der Stelle, genügen jedenfalls nicht, um die Verluste zu ersetzen. Die Werften leiden sowohl an Rohstoffen als an Arbeitskräften großen Mangel und sind außerdem mit Arbeiten der Wiederherstellung von Maschinen und

Schiffen überhäuft. Gute Beatzungen sind nicht mehr zu bekommen; die Mannschaften werden meistens aus farbigen Engländern zusammengesetzt, aus Indern, Malayen, Negern und dem Abschaum aller Völker.

Bei den Vierverbands-Genossen und den übrigen Ländern des Vielverbandes, auch in Amerika, stellen sich schwere Nöte aller Arten in bedenklicher Weise ein. Werkstätten und Bahnen stehen vielfach still, an Kohlen und an Lebensmitteln hapert es in erster Linie. Und in Italien führt man den Zusammenbruch des Heere auch auf den mangelnden Schiffsraum zurück.

Die englischen Reeder toben über die Untätigkeit der Flotte, die so viel Geld koste, nichts tue, außerdem die Hälfte der sowieso schon stark geminderten Handelsflotte in Beschlag nähme, mitsamt den besten Besatzungen.

Die englischen Blätter sprechen sich offen darüber aus, daß es mit der englischen Seeherrschaft reißend bergab ginge. Ein förmliches Wutgeheul durchtönte den englischen Blätterwald, als unsere Flotte Oesel nahm und zur selben Zeit nahe der britischen Küste einen großen Geleitzug vernichtete. Auch die 1917 erfolgten neun Vorstöße unserer leichten Seestreitkräfte in die Themsemündung haben unsern schlimmsten Gegner sehr erregt.

Alles Gereutere, alles Lügen und..., alles Sieg-Verkünden durch die englischen Machthaber will nichts mehr nutzen; ihnen glaubt selbst im eigenen Land niemand mehr. Nur der britische Dünkel läßt die **Baralongleute** noch immer nicht klar sehen. Sie wollen sich noch nicht gestehen, daß es mit Großbritanniens Allmacht zur See vorbei ist. Es wird in Zeitungen alle Tage eine „Mob“-Feldherrnkunst verkündet, die den Flotten-Strategen Unentschiedenheit und Mangel an Einsicht vorwirft, die behauptet, daß die Flotte die Rattennester schließlich doch bezwingen könne und müsse. Ein britisches Hirn kann und will nicht fassen, daß seine Flotte gegen die deutschen Befestigungen nichts ausrichten könne. Man müsse nur wagen und wenn noch so vieles beim Einsatz verloren ginge. An der Person des Admirals Jellicoe wurde scharfe Kritik geübt und noch nachträglich die Einsetzung eines Kriegsgerichts wegen der unentschlossenen Schlacht bei Jütland gefordert. Inzwischen ist Jellicoe seiner Stellung als Admiralstabsleiter enthoben worden.

Weil die Flottenleiter aber die Schiffe nicht einsetzen wollten, mußte das Heer die rasenden Anstürme gegen unsere eherne Wehr im Westen durchführen; nicht etwa Elsaß-Lothringens halber, nicht um die Stützpunkte der U-Boote zu bezwingen, nein, um Belgien noch vor Kriegsschluß in englische Gewalt zu bekommen. Denn kein Engländer glaubt daran, trotz aller schwächlichen „Friedensresolution“ von sogenannten Mehrheitsparteien, daß eine starke deutsche Regierung Flanderns Küste je wieder ganz aus der Hand geben wird.

Daher das rasende Anstürmen in Flandern und bei Cambrai, weil auf die Friedens-Entschließungen sich kein klarblickender nüchterner Engländer verläßt, dem „Friedens-Geflenne“ vieler trauriger deutscher Gestalten traut kein echter Brite.

Aber sie sollen und werden es erfahren, daß wir von dort nicht wieder abziehen, daß sie im Gegenteil wieder aus dem gepachteten und besetzten Brückenkopf von Calais-Boulogne heraus müssen, ebenso wie aus Lemnos, aus Mesopotamien, aus den Kolonien usw. Das erfordert unbedingt die Sicherung unserer Zukunft; und das Schicksal der Vlamen sowie auch das der Niederländer hängt ebenfalls davon ab, die sonst ohne weiteres England zum Opfer fallen würden, sowohl in militärischer, als auch in politischer und wirtschaftlicher Beziehung. Das England je auf einen „Verzichtfrieden“ eingeht, ist ausgeschlossen!

Nieder mit England – das lediglich auf die Vernichtung des deutschen Gewerbes und Handels hinaus will; Flandern in deutscher Hand, das bleibt auch für 1918 die Losung. Nur so erreicht die ganze Welt, einschließlich des Landes der „Monroe-Doktrin“, die wahre Freiheit der Meer, die bisher allein von Englands Gnade abhing. Unser gesamter tüchtiger Arbeiterstand ist in erster Linie davon abhängig mit seinem Wohlergehen in der nächsten und fernerer Zukunft, daß die Freiheit der Meer geschaffen wird.

Es tagt schon im Vielverband, in dem fast Jeder das Verhängnis nahen fühlt; aber nur wenige getrauen sich, dies vor der Öffentlichkeit einzugestehen, geschweige denn laut auszusprechen. statt dessen lügen und verleumden die Machthaber weiter mit allen Kräften. Die Zeit arbeitet aber für uns, nur für uns allein, für den Vierbund. Je länger England im Kriegführen verharret, desto gefährdeter wird sich seine Zukunft gestalten. Aber das vermag der in seinem Ueberstolz befangene Brite noch nicht klar zu erkennen, sein Dünkel verbietet ihm das. Und wie bisher läßt er sich willig von seinen Führern weiter belügen, wobei amerikanische Verleumdungs-Hetzreden mithelfen müssen.

Ein gutes Anzeichen für unseren unausbleiblichen Endsieg und für die Tatsache, daß viele Millionen unserer Gegner im Vielverband nicht mehr so recht an sich und ihre Sache glauben, ist ja gerade diese wahre

Sündflut an Schmähungen, die über uns Deutsche, über die Unmenschlichkeit des Unterseebootkrieges vor allen Dingen, tagtäglich ergossen wird.

Allen voran der vornehme Herr Wilson, der jetzt aber von uns und den Neutralen nicht mehr ernst genommen wird. Seine letzten Reden sind nicht mehr dumm und kindisch, nicht mehr verbrecherisch zu nennen, nein, solche Worte können nur Ausgeburt des Hirnes eines nahezu Verrückten genannt werden. Wenn sein Volk ihm weiterglauben und trauen will, wir können's nicht ändern. einzig und allein unsere Feldgrauen und Blaujacken werden den geistig so hohen Herren Amerikaner mit der Zeit schon beweisen, wie töricht und für die ganze Welt verderblich ihr Handeln gewesen ist.

Ehe jedoch dieser Zeitpunkt eintritt, wird der Dollar noch gewaltig rollen und Ströme Blutes werden leider weiter fließen müssen wie zuvor. Wir tragen diese Blutschuld nicht auf unserem Gewissen, das wird die Weltgeschichte schon feststellen, und zwar nach nicht gar zu langer Zeit. –

Die Dezember-Kriegführung zur See ist natürlich, abgesehen von den U-Booten, der allgemeinen Witterung und Kriegslage entsprechend, abgeflaut. Dennoch wagen in allen Ländern, besonders in Amerika, die mit wertvollen Waren beladenen Schiffe nicht auszufahren. Nach Einführung unserer neuen und erweiterten Sperrgebiete hat sich das immer deutlicher gezeigt. Im Mittelmeer ist es durch den starken Rückgang der Suez-Kanal-Fahrten besonders erkenntlich geworden.

Im Norden haben die U-Boote glänzende Ergebnisse erlangt, selbst im Kanal sind aus stark gesicherten Geleitzügen heraus bewaffnete Dampfer versenkt worden, mehrfach unter schwerster Gegenwirkung. Neuerdings wurden wiederum ganze Geleitzüge vernichtet und Schiffe unmittelbar an Englands Küste versenkt. Ferner wurden mehrere englische Zerstörer und einige U-Boot-Fallen vernichtet; auch zwei amerikanische Zerstörer mußten dran glauben.

Die Flugzeuge waren nach alter Weise im ganzen Südosten wirksam, dagegen hatten englische neue Luftschiffe gänzlichen Mißerfolg.

Der Waffenstillstand mit Rußland hat in der Ostsee die Schifffahrt bis nach Bornholm hin frei gemacht. Jetzt gilt es, bei den Friedensverhandlungen die englischen Einflüsse zu beseitigen, die darauf hinaus wollen, für die Zukunft eine sichere Handelsverbindung über Finnland-Schweden-Norwegen zu schaffen. Hier muß Englands im Kriege erheblich gesteigener Handelsverkehr zerstört werden. Auch die Aalandsfrage kommt wieder ins Rollen. Und Finnland hat sich zur freien Republik erklärt, auch eine eigene Flagge zugelegt.

Ebenso beginnt im Schwarzen Meer die Schifffahrt wieder aufzuleben; und im Norden hat die neue ukrainische Flotte sich beim Bürgerkrieg beteiligt. Aus der Adria wurde die Versenkung des alten österreichisch-ungarischen Linienschiffes „Wien“ gemeldet, eine reine Zufallstat, nicht etwa ein Auftakt zu dem großsprecherisch verkündeten Auftreten der gesamten Vielverbandsflotte in der oberen Adria. Die Flotte unseres Verbündeten könnte sich nichts Besseres für ihr Wirken wünschen.

Im Mittelmeer haben unsere Gegner außer zahlreichen Handelsschiffen mehrere Hilfskreuzer und Transporter eingebüßt bei schneidig durchgeführten nächtlichen Unterwasserangriffen, ferner einen älteren französischen Panzerkreuzer. Ein deutsches U-Boot beschoß den Hafen Paolo an der Südwestküste Italiens und zerstörte dort viel rollendes Material.

Auch in Uebersee fanden kriegerische Taten statt, Funchal auf Madeira ward erneut beschossen. Ein U-Boot soll, feindlichen Nachrichten zufolge, sich vor der Küste Brasiliens gezeigt haben.

Aber Hauptsache bleibt nach wie vor die Vernichtung von Schiffsraum. In Amerika konnten deshalb über 200 Maschinen nicht verladen werden; die amerikanische Sondergesandtschaft in Nordrußland hat die Verfrachtung von Bahnmitteln eingestellt. Die Zwickmühle für England-Amerika ist im Gange: Zufuhr an Lebensmitteln und Rohstoffen oder – Ueberführung des Hilfsheeres; aber beides läßt sich zu gleicher Zeit nicht durchführen. Die Vernichtung von rund 9 ½ Millionen Br.-Reg.-To. im Laufe des Jahres spricht hier gar zu deutlich. Seit Kriegsbeginn sind rund 14 Millionen Tonnen vernichtet worden. Und dauernd entzieht der U-Boot-Krieg dem Vielverband etwa eine Million an Besatzungen und Arbeitern, um die U-Boote zu bewältigen.

Uebergroß sind die Anstrengungen zur Vergrößerung der amerikanischen Kriegsflotte. Vor dem Kriege zählte sie an aktiven und Reservebesatzungen nur 20.000 Offiziere und Mannschaften, jetzt sollen bereits 325.000 aktive und 30.000 Hilfsmannschaften vorhanden sein. (?) Die Zahl der Kriegs- und Hilfskriegsschiffe ist von 300 auf über 1000 gestiegen, die Ausgaben erhöhten sich von 8 Millionen auf 60 Millionen Dollars (rund 250 Millionen Mark) monatlich. Im Frühjahr 1918 sollen die Auslandsstützpunkte betriebsfähig sein. Es nützt aber alles doch nichts. „Zu spät“ heißt es auch hier.

Neuer Unsinn kommt zutage, indem der Marineseekretär Daniels für die Friedens-Zukunft eine „internationale Flotte“ schaffen will, welche über die Meere herrschen soll. Der in London tagende neugeschaffene Marinerat soll sich damit ebenfalls befassen; einstweilen berät er über die Erweiterung der Rohstoff-Absperrung.

Köstlich sind die Aeüßerungen der „Times“ von Ende November: „Alle Hoffnungen, die der Bericht vor 14 Tagen erregt hatte, müssen nun aufgegeben werden; die U-Boote haben sich wieder auf ihren Jagdgründen eingestellt und eine vermehrte Zahl von Opfern gefunden.“

Und die „Daily Mail“ führt Klage über die „hohe Marinestelle“, die Ende September verkündet habe, daß die U-Boote besiegt seien. Und die große „schweigende“ Hochseeflotte wagt und kann nichts dagegen tun; unsere Hochseeflotte bindet ihre Kräfte ganz.

Zwischen den Admiralitäten von England, Amerika, Japan ist schon starker Zwist über Einzelfragen entstanden. Inzwischen arbeiten wir erfolgreich weiter; das im Reichs-Marineamt errichtete „U-Boot-Amt“ wird zu tatkräftigem Wirken aller Beteiligten mithelfen. Die englische Volkswirtschaft wird gewaltig unterbunden; im Oktober verminderte sich die Einfuhr gegenüber der im Monat Oktober 1916 um etwa 90 Millionen Mark, die Ausfuhr um etwa 80 Millionen, also trotz der gewaltig gestiegenen Preise eine solch erhebliche Verminderung. Der U-Boot-Krieg zieht seine Folgen; in England spricht man schon offen vom „belagerten England“! Und der neue Erste Seelord, Vizeadmiral Sir Roßlyn Wemyß, wird durch das allseits erwartete Ansetzen (?) der Hochseeflotte auch keinen Wandel schaffen.

So haben wir für das Jahr 1918 zu Lande und zu Wasser nur einen einzigen Gegner zu befürchten, den eigenen Landesgenossen mit seinem verderblichen und schmachvollen „Verzichtsfrieden“. Aber schon kommt die Einsicht überall durch, daß damit unser Verhängnis besiegelt sein würde. Wir werden der äußeren und inneren Gegner dennoch Herr werden!

Berliner Neueste Nachrichten - Nr.9 – 1918 – Samstag, 05. Januar - Abend - S.1

Eine Erklärung der Regierung.

Der Hauptausschuß des Reichstages trat heute erst um ½ 12 Uhr zusammen, da vorher noch Verhandlungen der Parteiführer mit der Regierung stattfanden. Der Reichskanzler, Graf Hertling, war nicht erschienen, wohl aber Reichsschatzsekretär Graf Roedern, der für die Dauer der Krankheit des Herrn von Payer mit der Stellvertretung des Reichskanzlers betraut ist, ferner Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von dem Busche und der Leiter der Reichskanzlei von Radowitz.

Unterstaatssekretär Freiherr von dem Bussche gab folgende Erklärung ab:

Der Herr Reichskanzler hat gestern die Information der russischen Presse zurückgewiesen, daß wir uns in illoyaler Weise unserer Zusage betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollten. Im Anschluß an diese Erklärung stelle ich in ausdrücklichem Auftrage des Herrn Reichskanzlers das folgende fest:

Der Standpunkt des Herrn Reichskanzlers zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker bleibt unverändert, aber dieser Standpunkt darf keine Deutung finden, die lediglich von den Interessen der Entente eingegeben ist. Die in der neutralen Presse veröffentlichte Darstellung, als ob die russischen Delegierten den deutschen Vorschlag vom 28. Dezember als undiskutierbar abgelehnt hätten, ist tatsächlich unrichtig. Die russischen Delegierten haben zwar Bedenken gegen die von uns vorgeschlagene Formulierung erhoben, sich indes ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß über diese Formulierung in einer Kommission weiter beraten werden sollte, um eine Verständigung herbeizuführen. Zwischen unseren und den russischen Delegierten war vereinbart, daß die Fortsetzung der Verhandlungen auch über die strittig verbliebenen Punkte am 5. Januar in Brest-Litowsk erfolgen sollte. Unsere Verbündeten haben unter diesen Umständen mit uns einmütig den Vorschlag der Russen nach Veränderung des Verhandlungsortes abgelehnt.

Inzwischen ist uns von Brest-Litowsk folgendes Telegramm zugegangen:

Am 4. Januar abends ist hier das in Uebersetzung folgende Hughes-Telegramm aus Petersburg eingetroffen: „An die Herren Vorsitzende der vier verbündeten Mächte. Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet entspricht dem erreichten Stand der Verhandlungen. In Anbetracht der Ankunft Ihrer Delegationen am früheren Orte der Verhandlungen wird unsere Delegation zusammen mit dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Trotzki, morgen nach Brest-Litowsk fahren in der Ueberzeugung, daß eine Verständigung über die Verlegung der Verhandlungen auf neutralen Boden keine Schwierigkeiten machen wird.“

Die russische Delegation.“

Inzwischen ist mit den in Brest-Litowsk anwesenden, mit Vollmacht versehenen Vertretern der Ukraine in befriedigender Weise verhandelt worden. Weitere tatsächliche Mitteilungen können von seiten der Regierung heute nicht gemacht werden.“

Ergänzung:

Berliner Tageblatt - Nr.9 – 1918 – Samstag, 05. Januar - Abend - S.1

Die Sitzung des Hauptausschusses. - [Schluß des Artikel.]

.....Weitere tatsächliche Mitteilungen können von Seiten der Regierung heute nicht gemacht werden.“

Vorsitzender Fehrenbach schlägt vor, die politische Debatte abubrechen und einen anderen Gegenstand zu verhandeln.

Abg. Scheidemann (Soz.) widerspricht und wünscht, daß die politische Debatte fortgesetzt werde mit Rücksicht auf die vorliegende Situation und die Notwendigkeit, daß der Reichstag erklärt, er stehe heute noch auf dem klaren Standpunkt des 19. Juli. Die Sozialdemokraten wünschen, zum Ausdruck zu bringen, daß um keines Haaresbreite von ihrem Standpunkt abweichen. Durch eine offene Erklärung zum Selbstbestimmungsrecht der Völker würde der Friede gestört werden.

Abg. Haase (U.Soz.) widerspricht gleichfalls. am besten wäre das Zusammentreten des Plenums. Es müsse ausgesprochen werden, daß die Mehrheit die Anschauungen des Grafen Westarp nicht teile. Die Berichte über die Ereignisse in Brest-Litowsk am 28. Dezember widersprechen einander, und dadurch werde eine unzweideutige Erklärung unsererseits notwendig. Die Ukraine verhandle nur unter Teilnahm der Petersburger Regierung. Das russische Volk stehe einig und fest zusammen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Russen uns weiter entgegengekommen sind, als wir erwarten durften.

[Ausführliche Wiedergabe der Reden Scheidemanns und Haases im: Vorwärts - Nr.7 – 1918 – Sonntag, 06. Januar - S.1]

Durch Abstimmung wird beschlossen, die Debatte abubrechen. Die Erörterung wendet sich der Frage des Gefangenen austausches zu.

Berliner Neueste Nachrichten - Nr.9 – 1918 – Samstag, 05. Januar - Abend - S.1

Eine schwarze Wolke?

Durch die Erklärung des Reichskanzlers über die Tatsache und den Grund der vorläufigen Unterbrechung der Verhandlungen in Brest-Litowsk ist eine neue Lage geschaffen worden, die wir begrüßt haben. Wir versprechen uns, wie wir schon ausgeführt haben, von ihr nicht nur eine neue Orientierung unserer Reichsregierung Rußland und der Entente gegenüber, sondern auch eine Rückwirkung auf die Reichstagskreise. In dieser Annahme werden wir bestärkt auch durch die Haltung der nationalliberalen Fraktion und ihres Organs, der Nationalliberalen Korrespondenz, die heute in einer Polemik gegen eine Zeitung ausdrücklich feststellt:

„.....Die Politik der nationalliberalen Reichstagsfraktion hat sich klar und deutlich von den Mehrheitsparteien geschieden“

Das giebt uns die Hoffnung, daß der linke Flügel der bisherigen Mehrheitsparteien, dem angesichts der neuen Lage der Schreck in die Glieder gefahren ist, seinen ausschlaggebenden Einfluß im Reichstag verloren hat. **In dieser Voraussicht bangt der Vorwärts heute, daß sich eine schwarze Wolke auf die Stimmung unseres Volkes gesenkt habe.** Er verzweifelt – und hoffentlich mit Recht – daran, daß die Reichsregierung sich dazu bewegen läßt, von ihren Bedingungen zur Räumung des besetzten Gebietes und der Volksabstimmung abbringen zu lassen, bezeichnet die Lage als ganz außerordentlich ernst, erklärt, daß die Sozialdemokratie alles tun werde um das angestrebte Ziel trotz aller Schwierigkeiten zu erreichen, Opfer der Ueberzeugung zu bringen, nicht gewillt seien und daß die sozialdemokratische Fraktion am Sonntag zu einer Sitzung zusammentreten werde, „vielleicht zur wichtigsten seit dem 4. August 1914.....“

Diese Ausführungen des Vorwärts lassen erkennen, wie wir zu dieser neuen Lage gekommen sind und auf wessen Seite die deutschen Bolschewiki wohl von Anfang an gestanden haben. **Das angestrebte Ziel, von dem der Vorwärts spricht, ist von uns seit langem und zuletzt bei der Besprechung des Aufenthalts Scheidemanns in Stockholm aufgedeckt und bekämpft worden.** Der Augenblick ist gekommen, wo die Sozialdemokraten erkennen, daß sie dieses Ziel verfehlt haben und daß es ihnen nicht gelingen wird, die deutsche Regierung dazu zu bewegen, die deutschen Interessen zugunsten eines „demokratischen“ Friedens und der Wiederherstellung der sozialdemokratischen Internationalen preiszugeben. **Es unterliegt für uns keinem Zweifel, daß auch die Anregung der russischen Regierung, die Verhandlungen nach Stockholm zu**

verlegen, mit Vorwissen und im Einverständnis mit den Scheidemännern gemacht worden ist, um dort den Vertretern der Demokraten in den feindlichen Ländern Gelegenheit zu schaffen, die Friedensverhandlungen im Sinne der Demokratisierung der Welt zu beeinflussen.

Von russischer Seite war ja erst kürzlich offen ausgesprochen worden, daß die Bolschewiki wohl wüßten, daß sie sich nicht dauernd in der Regierung halten würden, daß sie aber diese Zeit dazu nutzen wollten, um ihre internationalen demokratischen Ziele zu fördern und in Rußland die Verhältnisse so zu gestalten, daß auch eine spätere nicht-sozialdemokratische Regierung sie nicht mehr ändern könne. Außerdem war von Petersburg die Aufforderung an die Demokratien aller Länder ergangen, ihre Regierungen dazu zu zwingen, den Bolschewiki hierbei behilflich zu sein.

So ernst an sich diese Machenschaften sind, so hoffen wir bestimmt, daß sie in Deutschland bei der Mehrheit des Volkes und des Reichstags und bei der Reichsregierung auf stärksten Widerstand stoßen werden. **Wenn die deutschen Sozialdemokraten der Regierung und den bürgerlichen Parteien, wie es in den angeführten Sätzen des Vorwärts geschieht, drohen,** so vergessen sie eins: Rußland ist ein für allemal aus dem Ring der uns umgebenden Feinde als militärische Macht ausgeschaltet und wir gaben heute früh schon unserer Ueberzeugung Ausdruck, daß die Bolschewiki sehr bald wieder in Brest-Litowsk erscheinen werden, um die Friedensverhandlungen fortzusetzen.

Unter diesen Umständen aber verlieren die Drohungen der deutschen Sozialdemokraten ihre Bedeutung. Nicht über das deutsche Volk hat sich, wie der Vorwärts meint, eine schwarze Wolke gesenkt, sondern höchstens über die Gruppe sozialdemokratischer Abgeordneter um Scheidemann und ihre russischen Freunde. Niemand anders als der Russe Goldenberg, unter der Herrschaft Kerenskis einer der einflußreichsten Mitglieder des Sowjets, **hat darauf hingewiesen, daß allein das Vertrauen, daß es den Bolschewiki gelingt, den Frieden herbeizuführen, ihnen die Unterstützung der Volksmassen sichert. Das Geheimnis ihres großen Einflusses liegt in dem Zauberwort: „Frieden“!** Goldenberg hat dann unzweideutig ausgesprochen, **die Bolschewiki müßten nur danach trachten, es zu verhindern, „daß Deutschland das revolutionäre Rußland verschlinge; und um dieses Ziel zu erreichen, rechne man auf die Mitwirkung der Demokratien der Zentralmächte (!!)** Dies seien jedoch nur Betrachtungen von nebensächlicher Bedeutung, die Hauptsache sei und bleibe, daß Frieden geschlossen werde; denn was Rußland in erster Reihe braucht sei Friede; es könne nicht länger Krieg führen“.

Von einem genauen Kenner der Zustände in Rußland und der Ziele der Bolschewiki, wird also zugegeben, daß Rußland den Krieg nicht weiter fortsetzen kann, auch wenn es dies wollte. **Und dieser Zwang zum Frieden ist so groß, daß die Bolschewiki im eigensten Interesse auch darauf verzichten werden, ihren Widerstand gegen deutsche Friedensbedingungen aufrecht zu erhalten, sobald sie erkennen, daß die deutsche Regierung in bestimmten Fragen nicht mit sich handeln läßt** und daß auch die deutschen Bolschewiki nicht einflußreich genug sind, die deutschen Friedensunterhändler in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Durch diese Tatsachen ist die Haltung und das Ziel der Reichstagsmehrheit – nötigenfalls ohne Sozialdemokraten – und der Reichsregierung von selbst gegeben. Soweit bis zum Augenblick bekannt ist, werden heute im Hauptausschuß die Vertreter der bürgerlichen Parteien sich zustimmend zu den gestrigen Erklärungen des Reichskanzlers äußern. Im Laufe des Vormittags wurden die Fraktionsführer schon von dem Stellvertreter des Vizekanzlers, Grafen Roedern, empfangen, der ihnen Kenntnis von einer Erklärung gab, die er später im Hauptausschuß abgeben wollte. So darf man nicht nur den Verlauf der Dinge in Brest-Litowsk, sondern auch der Entwicklung im Hauptausschuß entgegensehen.

R.FR.

Vorwärts - Nr.5 – 1918 – Samstag, 05. Januar - S.1

Gefährdung des Friedens. - Unterbrechung der Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Die Erklärung des Reichskanzlers über die Gefährdung der Friedensverhandlungen mit Rußland, die wir an anderer Stelle wiedergeben und die in Berlin seit gestern mittag bekannt ist, hat sich auf die Stimmung unseres Volkes wie eine **schwarze Wolke** gesenkt.

Vieles ist in den letzten Tagen geschehen, was man nur schwer versteh. Am schwersten versteht man aber dies: Noch bis zum gestrigen Tage atmeten alle offiziellen Erklärungen über die Aussichten von Brest-Litowsk rosige Zuversicht. Ueber die Wirkung des Vorschlages, den die Mittelmächte am 28. Dezember in Brest-Litowsk erstattet hatten, erfuhr man nichts. Gestern erklärte nun der Reichskanzler, man habe sich vorläufig auseinandergesiegt, weil die Russen in Stockholm weitertagen, die Mittelmächte aber in Brest-Litowsk bleiben wollten. Als weiteren Grund der Mißhelligkeiten gab der Reichskanzler an, daß die russische

Presse den Mittelmächten „insinuiert“, d. h. unterstellt hätte, sie wollten sich in illoyaler Weise ihrer Zusage betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen.

Es tut uns leid, sagen zu müssen, daß entweder die Information, die der Reichskanzler dem Hauptausschuß des Reichstags gegeben hat, nicht vollständig ist, oder die Petersburger Telegraphenagentur etwas berichtet, was nicht richtig sein kann. **Nach einem Telegramm der Petersburger Telegraphenagentur, das in der dänischen Presse vom 3. Januar abgedruckt ist, soll die russische Delegation schon am 28. Dezember eine scharfe Erklärung abgegeben haben, in der gesagt wird, die Imperialisten aller Länder, auch die deutschen und österreichischen, erkannten das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Worten an, wollten aber in Wirklichkeit Annexionen vornehmen.** Diese Erklärung, die, wie gesagt, auch sonst in sehr scharfen Formen abgefaßt ist, steht in Widerspruch zu dem deutschen Bericht über die Verhandlungen vom 28. Dezember, wonach **der Vorsitzende der russischen Delegation Joffe** die Verhandlungen mit einer sehr freundschaftlichen und hoffnungsvollen Rede vertagt hat.

Eine schleunige Aufklärung dieser Widersprüche ist dringend notwendig.

Jedenfalls liegt die Annahme nahe, daß die Differenz Stockholm-Brest-Litowsk nur eine vorgeschobene ist. Wäre man sachlich einander nähergekommen, so hätte man sich auch über die Frage, wo weiterverhandelt werden soll, leichter geeinigt. Da man aber am 28. Dezember sachlich sehr weit auseinander kam, gewann die Frage des Verhandlungsortes eine Schärfe, die sie sonst nicht hätte annehmen können.

In einer Meldung des Wolffschen Telegraphenbureaus, die zeitlich der Erklärung des Reichskanzlers folgt, wird übrigens angegeben, daß die russische Regierung den Vorschlag gemacht habe, die Verhandlungen im neutralen Auslande fortzusetzen und daß die Mittelmächte dies abgelehnt hätten. Daraus geht hervor, daß den Mittelmächten nicht nur Stockholm, sondern auch jeder andere Ort im neutralen Ausland unerwünscht ist und daß sie nirgends anderswo weiterverhandeln wollen als in Brest-Litowsk. Die Aussichten, zu einer Einigung über den Verhandlungsort zu kommen, werden dadurch, wie man sieht, nicht gerade verbessert.

Indes, wie gesagt, in dieser formalen Frage würde sich ein Ausweg finden lassen, wenn die sachlichen Gegensätze ausgeglichen werden könnten. Besteht dazu eine Möglichkeit oder besteht sie nicht? Um diese Frage beurteilen zu können, **muß man zunächst wissen, ob die von der Petersburger Telegraphenagentur wiedergegebene russische Erklärung echt ist oder nicht.** Haben die russischen Unterhändler die Auffassung der Mittelmächte vom Selbstbestimmungsrecht der Völker wirklich als „lächerlich“ bezeichnet und gesagt, die Mittelmächte strebten in Formen des Selbstbestimmungsrechts Annexionen an, dann wird ein Weg zur Verständigung wahrlich nicht leicht zu finden sein.

Auf der anderen Seite weist Graf Hertling die Insinuation, die Mittelmächte wollten sich in illoyaler Weise ihrer Zusage entziehen, mit größter Entrüstung zurück. Da die Mittelmächte nach der Erklärung des Reichskanzlers an ihrer Zusage vom 25. Dezember festhalten, so ist es wichtig, sich deren Inhalt ins Gedächtnis zurückzurufen. Sie sagt in der Hauptsache folgendes:

Die Delegationen des Vierbundes sind mit einem sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebietserweiterungen einverstanden. Wenn die russische Delegation die Fortsetzung des Krieges nur zu Eroberungszwecken verurteilt, so schließen sich die Delegationen der Verbündeten dieser Auffassung an. Die Staatsmänner der verbündeten Regierungen haben wiederholt in programmatischen Erklärungen betont, die Verbündeten würden, um Eroberungen zu machen, den Krieg nicht um einen Tag verlängern. An diesem Standpunkt haben die Regierungen der Verbündeten stets unbeirrt festgehalten. Sie erklären feierlich ihren Entschluß, unverzüglich einen Frieden zu unterschreiben, der diesen Krieg auf Grundlage der vorstehenden, ausnahmslos für alle kriegführenden Mächte in gleicher Weise gerechten Bedingungen beendet.

Weiter wurde von den Vertretern der Mittelmächte am 25. Dezember erklärt:

Eine gewaltsame Aneignung von Gebieten, die während des Krieges besetzt worden sind, liegt nicht in den Absichten der verbündeten Regierungen. Ueber die Truppen in den zurzeit besetzten Gebieten wird im Friedensvertrag Bestimmung getroffen, soweit nicht über die Zurückziehung an einigen Stellen vorher Einigkeit erzielt wird.

Dies ist in der Hauptsache die Erklärung, an deren Loyalität die deutsche Regierung keinen Zweifel gestattet. Nun schlug aber die russische Regierung vor, daß die Truppen aus den besetzten Gebieten zurückgezogen werden sollten, worauf dann eine unbeeinflusste Volksabstimmung über die künftige Zugehörigkeit oder Selbständigkeit dieser Länder erfolgen sollte. Die Regierungen der Mittelmächte gingen aber auf diesen Vorschlag nicht ein. Die deutschen Vertreter schlugen vielmehr vor, den ersten beiden Artikeln des zu schaffenden Präliminarvertrages nachstehende Fassung zu geben:

Artikel 1. Rußland und Deutschland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind entschlossen, fortan on Frieden und Freundschaft zusammen zu leben. Deutschland würde (unter der Voraussetzung der zugestandenen vollen Gegenseitigkeit gegenüber seinen Bundesgenossen) bereits ein, sobald der Frieden mit Rußland geschlossen und die Demobilisierung der russischen Streitkräfte durchgeführt ist, die jetzigen Stellungen und das besetzte russische Gebiet zu räumen, soweit sich nicht aus Artikel 2 ein anderes ergibt.

Artikel 2. Nachdem die russische Regierung, entsprechend ihren Grundsätzen, für alle im Verbande des russischen Reiches lebenden Völker ohne Ausnahme ein bis zu ihrer völligen Absonderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert hat, **nimmt sie Kenntnis von den Beschlüssen, worin der Volkswille ausgedrückt ist, für Polen sowie Litauen, Kurland, Teile von Estland und Livland die volle staatliche Selbständigkeit in Anspruch zu nehmen und aus dem russischen Reichsverbande auszuschneiden.**

Die russische Regierung erkennt an, daß diese Kundgebungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen als Ausdruck des Volkswillens anzusehen sind, und ist bereit, die hieraus sich ergebenden Folgerungen zu ziehen. – Da ist denjenigen Gebieten, auf welche die vorstehenden Bestimmungen Anwendung finden, die Frage der Räumung nicht so liegt, daß diese gemäß den Bestimmungen des Artikels 1 vorgenommen werden kann, so werden Zeitpunkt und Modalitäten der nach russischer Auffassung nötigen Bekräftigung der schon vorliegenden Lostrennungserklärungen durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage, bei der irgendein militärischer Druck in jeder Weise auszuschalten ist, der Beratung und Festsetzung durch eine besondere Kommission vorbehalten.

Der Reichskanzler hat nun gestern erklärt, Artikel 1 und 2 seien „lediglich durch praktische Erwägungen bestimmt und die deutsche Regierung könne davon nicht abgehen.“

Die Tatsache läßt sich aber nicht aus der Welt schaffen, daß die Erklärung vom 28. Dezember auch in Deutschland als ein sehr stark einschränkender Kommentar zu der Erklärung vom 25. Dezember aufgefaßt worden ist. Gestützt auf die Versicherung, es sei den Mittelmächten mit ihrer Erklärung vom 25. Dezember völlig Ernst, hat die Reichstagsmehrheit am 2. und 3. Januar den Versuch unternommen, für die Erklärung vom 28. Dezember eine andere Fassung vorzuschlagen. Danach sollen die Beschlüsse der jetzt in den besetzten Gebieten bestehenden Körperschaften nur vorläufige Geltung haben, der endgültige Entscheid sollte aber von demokratischen Volksvertretungen gefällt werden, die nach der Räumung der besetzten Gebiete zu wählen gewesen wären.

Wenn nun das Wort des Reichskanzlers, daß die deutsche Regierung von Art. 1 und 2 nicht abgehen könne, in seinem strengsten Sinne zu nehmen wäre, dann hätten auch die aus der Mitte des Reichstags heraus gestellten Vorschläge keine Aussicht, bei der Regierung Entgegenkommen zu finden. Der heutige Tag muß zeigen, ob die Annahme zutrifft oder nicht.

Nach alledem ist nicht zuviel gesagt, wenn man die Situation als ganz außerordentlich ernst bezeichnet. Es ist als ob es nach einem ersten Aufleuchten plötzlich wieder ganz dunkel geworden wäre, nur die Verhandlungen mit den Ukrainern brennen noch als flackerndes Flämmchen. Kann man, darf man es glauben, daß die Welt wieder einmal am Grabe einer Hoffnung steht?

Die Stellung der Sozialdemokratie ist bekannt. Sie vertritt die Auffassung, daß dieser Krieg nur durch einen demokratischen Frieden ohne Annexionen beendet werden kann. Sie wünscht, daß die westlichen Grenzvölker des russischen Reiches in völlig freier, unbeeinflusster Abstimmung über ihr eigenes Schicksal entscheiden sollen. Sie sieht in dem raschen Zustandekommen eines dauernd beide Völker in Freundschaft verbindenden deutsch-russischen Friedens eine Lebensfrage ihres Volkes, zu dem sie in diesen dreieinhalb furchtbar schweren Jahren gestanden hat und weiter stehen wird. Sie ist gewillt, alles zu tun, um das angestrebte Ziel trotz aller Schwierigkeiten zu erreichen, aber Opfer der Ueberzeugung zu bringen ist sie nicht gewillt.

Die sozialdemokratische Fraktion tritt am Sonntag zu einer Sitzung zusammen. Vielleicht zur wichtigsten seit dem 4. August 1914.

Vorwärts - Nr.5 – 1918 – Samstag, 05. Januar - S.2

Das Organ Asquiths über die Vorschläge vom 25. Dezember.

Bern, 4. Januar 1918 (Privattelegramm) Die „Westminster Gazette“ vom 28. Dezember enthält einen von Reuter nicht verbreiteten Leitartikel über das deutsche Friedensangebot. Sie schreibt, Deutschland biete der Form nach Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen an. Sein Verfahren bezüglich Polens, Kurlands und Litauens zeigt aber, daß Annexionsziele auch unter anderem Namen erreichbar sind. Deshalb müssen wir abwarten, was die genauen Absichten Deutschlands sind, jedenfalls müssen wir anerkennen, daß die Regierungen der Zentralmächte zum erstenmal die deutsche Reichstagsresolution öffentlich angenommen

haben. Dies ist in Gewinn. Wir müssen jetzt offen antworten. Laßt uns offiziell eingestehen, daß **die Rückgabe Armeniens und Palästinas an die Türkei für uns unannehmbar ist**, und erklären, daß eine dauerhafte Regelung in Europa unmöglich erscheint, solange nicht ein ehrlicher Versuch gemacht worden ist, **die alte Wunde Elsaß-Lothringens zu heilen**. Laßt uns vor allem aber nachdrücklich die Hauptkriegsziele der Alliierten betonen, nämlich **Völkerbund, Abrüstung und Weltorganisation**, die es allen ermöglicht, zu leben und leben zu lassen. Territorialfragen sollen vom Erfolg, den wir bei Festigung der Grundlagen des Völkerbundes erzielen, beherrscht werden. Territorialfragen sind unlösbar, wenn die Welt nach dem Kriege dieselbe sein wird wie vor dem Kriege. Man dürfe sie durch Verständigung regeln, wenn Sicherheit besteht, daß Recht und Treue an Stelle von Machtpolitik herrschen werden. Es dürfte einen speziellen Grund haben, daß Czernin zum Wortführer der Zentralen gewählt worden ist, der Anfang Oktober leidenschaftlich erklärte, **der Weg zum Dauerfrieden sei Abrüstung und Annahme der Schiedsgerichtsbarkeit**. Laßt uns herausfinden, ob er noch immer den Oktoberstandpunkt vertritt.

Berliner Neueste Nachrichten - Nr.9 – 1918 – Samstag, 05. Januar - Abend - S.3

Die Reichspost zu Hendersons Auslassungen.

Wien, 8. Januar. Zu der Ansprache Hendersons auf der Konferenz der britischen Arbeiterorganisation schreibt die **Reichspost**:

Henderson schreibt der öffentlichen Meinung vor, **daß sie von nun an den Krieg als Kampf zwischen dem alten und dem neuen Regierungssystem Deutschlands zu betrachten habe**. Damit spekuliert Henderson offenbar auf die Anhängerschaft des neuen Regierungssystems im Deutschen Reiche, von der er erwartet, daß sie nun dem britischen Mindestmaß beipflichten werde. Er übersieht aber, wie armselig nun das Ziel geworden ist, für das die britische Bevölkerung ihr Blut und Gut dahingeben soll. Sie soll es für etwas opfern, was sie gar nichts angeht und was ausschließlich Sache der Bevölkerung des Deutschen Reiches selber ist und durch friedlichen Meinungsaustausch der politischen Parteien Deutschlands auszutragen ist. **Die riesige Militärmacht aller Verbandsstaaten ist aufgeboten, um in den Parteienkampf in Deutschland zugunsten der Anhänger des neuen Systems einzugreifen**. Diese Vorstellung ist so ungeheuerlich, daß nur politischer Wahnwitz darauf verfallen konnte. Wie weit muß es mit der britischen Kriegssprache gekommen sein, wenn eine Henderson im Namen solchen Kriegsgrundes Massenopfer an Gut und Blut zu fordern wagt.

Der Reichsbote - Nr.8 – 1918 – Samstag, 05. Januar - Morgen - S.1

Die Größe der U-Bootsgefahr für England.

„Großer Prahler, schlechter Zahler“, sagt das Sprichwort. Die Wahrheit dieser volkstümlichen Weisheit zu beweisen, sind die Lloyd George, Wilson und ihre den Mund ebenso reklamehaft voll nehmenden Nachtrotter eifrig beflissen. Nicht selten kommt es dabei vor, daß sie sich mit späteren Aeußerungen selbst ins Gesicht schlagen, wie es zum Beispiel dem ehemaligen Oberbefehlshaber der britischen Flotte, Lord Beresford, im englischen Oberhause zugestoßen ist. Daß er mehr ruhmrediger Fallstaff als ein Prophet ist, auf den man sich verlassen kann, hat er schon durch die prahlerische Ankündigung bewiesen, die er am 13. Februar 1917 im englischen Oberhause vom Stapel ließ, daß die britische Flotte in sechs bis acht Wochen mit den deutschen Tauchbotten fertig werden würde. Im „New Statesman“ wurde dieser Ausspruch als ein solcher Ausfluß tiefgründiger Weisheit empfunden, daß dazu wichtig bemerkt wurde, Lord Beresford könne zwar nicht mit amtlicher Autorität sprechen, aber seine Ansicht beruhe zweifellos auf mehr als bloßen Vermutungen. Damals lagen doch wahrlich schon Erfahrungen genug mit dem U-Bootkrieg vor, um eine derartige, eines Churchill würdige Windbeutelei als das erkennen zu können, was sie war.

In derselben Rede sagte der Lord, der Verlust der 4 Millionen Tonnen Schiffsraum seit Kriegsbeginn wäre lange nicht so ernst, wie es im ersten Augenblick scheine. Drei Millionen Tonnen seien bereits wieder gut gemacht, daher bestehe nicht der geringste Grund zu einer Panik. Zwei Monate später hatte der sachkundige Lord schon vollständig umgelernt. Am 30. April fand er die letzte Statistik der Versenkungen „erschreckend“. Damals meinte er, selbst wenn es gelänge, den Ozean von Tauchbotten zu säubern, würde der Schiffsmangel nicht beseitigt werden. Er konnte auch damals nicht erkennen, wie Amerika England zu helfen vermöchte. Bis zum 27. Juli hatte er sich überzeugt, daß die Knappheit an Schiffsraum weit ernster wäre, als das Publikum meine. Er mußte seit seiner Februar-Rede zugeben, daß inzwischen abermals 4 Millionen Tonnen versenkt seien, und daß man bei Berechnung des monatlichen Durchschnittsverlustes auf einen Jahresverlust von 8 Millionen Tonnen komme. Zu Kriegsbeginn hätten England und seine Verbündeten 30 Millionen Schiffsraum besessen, nunmehr hätten sie nur noch 22 bis 23 Millionen. Der Lord gab die Jahreserzeugung an Neubauten

auf nunmehr 2 ½ Millionen Tonnen an und er glaubte nicht, daß man auf mehr als 4 Millionen Tonnen, d. h. den vollen Ausgleich der von ihm errechneten Jahresverluste, kommen werde, weil dabei an die Stahlknappheit wie den Mangel an Maschinen gedacht werden müsse. Er halte die Lage für sehr gefährlich. Dennoch war er verhältnismäßig schnell aus einem Saulus zum Paulus geworden.

Andere Prahlhänse haben sich nicht durch den wuchtigen Ernst der Tatsachen belehren lassen, sondern beharrten in hartnäckigem Trotze wider die Wahrheit bei ihrer demagogischen Irreführung der großen Masse, die sie für ihre Stimmungsmache brauchten. Aber die Tatsachen haben sie oft Lügen gestraft, daß die Presse, so weit sie nicht auch demagogischen Tendenzen huldigte, nicht kritiklos daran vorbeigehen konnte.

Was die U-Bootsgefahr für England bedeutet, darüber gibt die ernste englische Presse sich trotz aller Windbeuteleien Lloyd Georges und der mit ihm an einem Strange ziehenden Männer der englischen Regierung keiner Täuschung hin. Aus einer Zusammenstellung von Stimmen der englischen Presse über die bisherigen Wirkungen und Erfolge des uneingeschränkten U-Bootkrieges bis zum 20. September dieses Jahres, die das Kriegspresseamt veröffentlicht hat, ergibt sich das mit überzeugender Klarheit.

In der Londoner „**National Review**“ ist schon vor der Ankündigung des uneingeschränkten U-Bootkrieges hervorgehoben, daß die deutsche U-Bootsdrohung vielleicht die größte Gefahr wäre, mit der England je zu rechnen hatte.

Das „**Journal of Commerce**“ vom 22. März nannte die jetzige Seesperre in Anbetracht der bereits geschwächten britischen Handelsmarine fraglos die schwerste Drohung, der sich das britische Reich jemals gegenüber befunden habe. Ein britisches Hirn müsse ein Gegengift gegen die U-Bootspest finden. Daß das aber noch während des gegenwärtigen Krieges geschehen könne, sei unwahrscheinlich.

„**Daily Chronicle**“ erklärt bereits am 6. Februar die Beschaffung neuen Frachtraumes für ein völlig unzureichendes Abwehrmittel. Es könne gar nicht so viel neuer Schiffsraum gebaut werden, wie versenkt würde.

Ein sehr bezeichnendes Urteil fällt „**Orobicus**“ am 5. Juni in der „**Italia**“. Dieser Artikel des italienischen Blattes gab zu, daß England heute trotz seiner übermächtigen Flotte die See nicht mehr beherrsche. Wäre Deutschland früher zur klaren Erkenntnis des vollen Wertes der U-Bootswaffe gekommen, so hätte dieser Krieg längst sein Ende gefunden. Es gab freilich Leute genug in Deutschland, die diesen Wert längst erkannt hatten und deshalb schon für den uneingeschränkten U-Bootkrieg eintraten, als die politische Leitung noch nichts davon wissen wollte und den Gedanken hitzig bekämpfen ließ.

Der Vorsitzende der Liverpools Reeder Vereinigung machte am 5. Mai in einer Rede das Eingeständnis, daß Jahre vergehen würden, ehe die furchtbaren Verluste der englischen Schifffahrt wieder ersetzt werden könnten. Ziffern dürfe er nicht mitteilen, aber die traurige Darstellung genüge, daß nicht allein die englische Schifffahrt ihren Weltrang auf unbestimmte Zeit verliere, sondern auch der Handel und die Industrie Englands schwere Zeitläufte durchzumachen hätten, ehe sie die alte Höhe wieder erklimmen könnten. Den Gedanken, den torpedierten Frachtraum durch Neubauten zu ersetzen, könne niemand ernst nehmen. So urteilte einer der ersten englischen Fachleute auf dem Gebiete der Seeschifffahrt.

Die „**Pall Mall Gazette**“ wies in einem Leitartikel die Hoffnung, daß die Vereinigten Staaten schließlich eine Lösung der englischen Schwierigkeiten finden würden, als die gefährlichste Illusion ab. „**Daily Mail**“ nannte am 25. Juni die Tauchboote eine größere Gefahr als die deutschen Armeen, während „**Manchester Guardian**“ am 18. Juli erklärte, England besitze die Seeherrschaft im alten Sinne nicht mehr, werde sie auch nicht mehr erlangen, bis ein Mittel gegen die U-Boote gefunden sein würde. „**Manchester Guardian**“ wollte sich am 23. August mit der Hoffnung trösten, daß eine Maschine erfunden werde, die das Nahen des Unterseebootes so zeitig anzeige, daß das Schiff seinen Lauf danach einrichten könne, mußte aber betrübt gestehen, daß die Erfindung, die, wie man immer lese, schon auf dem Wege von Amerika wäre, noch nicht gekommen sei. In der Schiffsbauwochenausgabe des Liverpools „**Journal of Commerce**“ vom 16. August wurde mit Bekümmernis festgestellt, daß der verfrüht verkündete Sieg über die U-Boote nicht errungen worden sei. In dem selben Artikel gestand das Blatt, die Schifffahrt müsse in einem Grade bluten, der nicht unbegrenzt fortgesetzt werden könne, wenn England nicht eines Tage „genug“ haben solle. Es klagt auch, daß jedes wirkliche Mittel gegen die U-Boote fehle, da die Erfinder mehr Optimismus als Erfolg gezeigt hätten.

An Lloyd Georges Zahlenkunststückchen und Schiffsbauprogrammen haben die englischen Fachkreise scharfe und bittere Kritik geübt. Seine „Taschenspielerkunststücke“ haben auch den Spott der neutralen Presse erregt. Die Untätigkeit der britischen Flotte hat ebenfalls herbe Kritik erfahren, bei den Engländern ebenso wie in Frankreich. In England stehen sich zwei Richtungen gegenüber. Die eine verlangt ein Einsetzen der Flotte, die andere erklärt es für aussichtslos und unmöglich. Zu der letzteren gehört der bekannteste englische

Marineschriftsteller Archibald Hurd. Die Hoffnungen auf Amerika werden in den Fachkreisen immer kritischer beurteilt, sowohl was die Bauunterstützung als auch was die Truppenhilfe betrifft. Auch in Frankreich wachsen Kritik und Beunruhigung mehr und mehr. Das ergibt sich deutlich aus der erwähnten Zusammenstellung von Pressestimmen. Deren Quintessenz läßt sich dahin zusammenfassen, daß die U-Bootgefahr Englands sicherer Verderb sein muß, wenn nicht bald ein wirksames Abwehrmittel gefunden wird, worauf freilich keinerlei Aussicht besteht.

Der Reichsbote - Nr.9 – 1918 – Samstag, 05. Januar - Abend - S.1

Zwei Jahre allgemeine Wehrpflicht in England. – von Oberst Immanuel

Am 6. Januar sind es zwei Jahre gewesen, daß sich England zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verstehen mußte, um jetzt nach zweijähriger Erprobung im Felde einzusehen, daß die Maßnahme in den damaligen Grenzen eine nicht ausreichende gewesen ist und einer durchgreifenden Erweiterung bedarf. Der Gedanke, daß sich der „freie“ Engländer dem Dienstzwange unterwerfen muß, lag dem englischen Volke ursprünglich ganz außerhalb des Vorstellungskreises. Gewiß, man trieb allen möglichen Sport und war auf diesem Gebiete allen anderen Völkern voran. Auch hatte man sich an den Dienst der „Freiwilligen“ gewöhnt, der aber mit dem Ernste des wirklichen militärischen Dienstes nichts gemein hatte und nicht anders als eine Spielerei einzuschätzen war. **Den Dienst im Lande versah der angeworbene Söldner, den man gut bezahlte, von dem man aber gesellschaftlich und moralisch abrückte. Er führte Englands Eroberungskriege auf allen Kampfplätzen des weiten Kolonialweltreiches und zahlte mit seinem Blute die Erwerbungen der britischen Ländergier.** Der Burenkrieg hatte gemacht, daß die Landmacht Englands unzureichend sei, um in gemessener Zeit einen großen Krieg zu führen und siegreich zu bestehen. So hoffte England, daß Frankreich und Rußland ihm die fehlenden Soldaten stellen werde, als Eduard VII. den Knoten des Weltkrieges schürzte.

Aber es kam ganz anders als man in England es sich gedacht hatte. **Ein englisches Heer** von etwa 6 Infanterie- und 2 Reiterdivisionen, **kaum mehr als 100.000 Mann, war die Kampfstärke, mit der England im August 1914 den Franzosen zu Hilfe eilen konnte.** Diese Söldnertruppe kämpfte bei Valenciennes und St. Quentin tapfer im Sinne eines langgedienten Berufsheeres, erwies sich aber an Zahl wie an Leistung den Deutschen als unebenbürtig. In den Marneschlachten vom September 1914 war die Unstimmigkeit zwischen den Franzosen und Engländern recht offenkundig, denn die französische Heerführung nahm den Erfolg für sich in Anspruch und rechnete es dem englischen Heere French zu, wenn die Deutschen unbesiegt an die Aisne zurückgehen konnten. In England aber hatte man gar bald erkannt, daß der Krieg in Frankreich und Flandern nicht bloß mit französischem Blute geführt werden konnte, während England gewissermaßen nur zu seiner Vertretung ein kleines Heer neben den Millionen des französischen im Felde hatte. Daher griff England mit bitterer Miene auf die eigenen Kräfte zurück, soweit sie sich nach der bestehenden Wehrverfassung beschaffen ließen. Alle Reserven des Soldheeres wurden herangeholt, die Freiwilligen halfen aus, **Kanada und Australien stellten recht erhebliche Hilfstruppen für das Mutterland, Indien mußte für seine Beherrscher auf den Schlachtfeldern Frankreichs und anderwärts bluten. So gelang es Anfang 1915 rund eine Million Feldtruppen vor den Feind zu bringen.** Allein dieses Aufgebot genügte nicht. **Noch sparte England das Blut der eigenen Landeskinder und ließ den Krieg für seine Eroberungspläne, wie früher, durch Hilfsvölker führen, mochten sie kommen, woher sie wollten.** Furchtbar zehrte der Kampf gegen die Deutschen am französischen Heere, das sichtlich zusammenschrumpfte und doch noch immer fünf Sechstel der flandrisch-französischen Front zu versehen hatte. Die Champagneschlachten verbrauchten die Kräfte Frankreichs, vor Arras und bei Ypern schmolzen neben den französischen auch die englischen Verbände dahin. Wollte man die Franzosen überhaupt noch bei der Sache halten und ihre schwindende Kampffähigkeit vor dem Verfall bewahren, so mußte England selbst Hand anlegen und aufs Ganze gehen.

Merkwürdige Fügung des Schicksals! England brüstete sich mit besonderer Vorliebe damit, daß es den Krieg im Sinne der Menschheit führe und den deutschen „Militarismus“ ausrotten wollte. Nun aber mußte es selbst sich unter jenen verhaßten Militarismus beugen und in ihm die Rettung seiner Sache erblicken. Freilich darf man die allgemeine Wehrpflicht in England nicht in dem Sinne betrachten, wie wir sie verstehen. Bei uns ist sie ein Jahrhundert alt und gehört zu den Schätzen unseres Volkstums, dessen große Schule sie ist. In England wurde sie geboren aus der Not der Zeit und als ein unleidlicher Zwang empfunden, den man sobald als möglich wieder abwerfen wird. Das seinerzeit gegebene Versprechen, die Wehrpflicht nur für die Kriegsdauer beizubehalten, dürfte sich nach den Erfahrungen, die England machte, kaum aufrecht erhalten lassen. Die ganze zweite Hälfte des Jahre 1915 verging darüber, bis man zu einem festen Entschluß kam und die widerstrebenden Stimmungen niederringen konnte. Alle möglichen Vorschläge wurden gemacht, bis man sich Anfang Januar 1916 auf das heute noch gültige Gesetz einigte. Die Dienstzeit wurde vom 19. bis zum 41.

Lebensjahr festgelegt, für die Verheirateten mit Kindern manche Erleichterung gewährt, der Arbeit für Rüstungs- und Heimatzwecke ein großes Zugeständnis gemacht. Sehnsuchtsvoll wartete Frankreich damals durch den deutschen Angriff auf Verdun besonders bedroht, auf das englischen Millionenheer, dessen Gesamtmacht bereits auf 5 Millionen Mann berechnet wurde – natürlich ein Zahl, die sich bei stärkster Abrundung nach oben unter Zuhilfenahme aller Kriegsschauplätze und sämtlicher Abgaben hinter der Front vielleicht ergeben kann.

Immerhin muß man es den Engländern lassen, daß der Lord neben dem Grubenarbeiter, der Mann aus der Handelsstube neben dem Lastenträger vom Hafen in den Schützengraben getreten ist. Das ist für den Engländer etwas ganz Außerordentliches, so wenig als es uns Deutsche wundert, die wir die ausgleichende und erziehende Macht der allgemeinen Wehrpflicht als etwas Selbstverständliches ansehen. Da Irland nicht als gleichberechtigt angesehen wurde, dehnte man das Wehrgesetz 1916 nur unter starken Einschränkungen auf Irland aus.

Zur Sommeschlacht im Juli 1916 hatte die englische Heerführung die ersten Heere am Feinde, die auf Grund der neuen Ordnung gebildet worden waren. Begeistert begrüßte England die Anfangserfolge dieser Truppen, um sehr bald zu erkennen, daß der ganze gute Wille und die Masse ebenso wenig den Sieg an sich reißen können, wie die Hilfsmittel der neuesten Technik. Immerhin glaubte England jetzt mehr als seither, im Rahmen des Verbandes auf dem Schlachtfelde zu tun und ebenbürtig, nicht allein als Geldgeber und Fabrikant, im Verband zu stehen. Allein die Fortschritte der Sommeschlachten ließen auf sich warten, die Deutschen erwiesen sich als Gegner, die sich nicht so leicht von den jungen, eben erst fertig gewordenen Truppen über den Haufen werfen ließen. Die Verluste wuchsen gewaltig an, und wenn es im März 1917 auch den Anschein hatte, als ob die Deutschen zu weichen begannen, so stellte sich bald heraus, daß sie freiwillig ihre Front von der Somme zurücknahmen, um sich anderswo unter besseren Bedingungen schlagen zu können. England mußte im Sommer eine breitere Front als bisher übernehmen und büßte bei seinen Durchbruchversuchen in den Abschnitten bei Arras, Ypern und zuletzt bei Cambrai so gewaltige Opfer ein, daß sich die Notwendigkeit einer sehr bedeutenden Auffrischung des Heeres ergab.

Woher aber sollte man die Leute nehmen? Das bestehende Wehrgesetz gab keine Möglichkeit mehr, die Lücken zu füllen und noch eine erhöhte Menge Ersatz aus dem Lande herauszupressen.

Neben den überaus großen Kraftverbrauch traten zwei weitere Gründe, mit denen sich die englische Presse ernstlich beschäftigt: das Ausscheiden Rußlands aus dem Verbands und die Niederlage Italiens. Man rechnet an der Hand englischer Quellen damit, daß England etwa 2 Millionen Mann in Frankreich hat, die Truppen zweiter Linie mitgerechnet. „Die 2 Millionen Mann in Frankreich“, sagte der Militärkritiker Repington in der „Times“, „sind indessen nicht alle Kämpfer. Wenn wir unsere Stärke mit denen der Franzosen, Belgier, Amerikaner, Portugiesen daselbst zusammenrechnen, so ergibt sich eine Gefechtsstärke, die im Vergleich zu der des Feindes nicht ausreicht, um uns den Sieg durch großzügigen Angriff zu versprechen. Es nützt uns nichts, wenn wir Jerusalem und Bagdad eingenommen haben, aber auf dem Hauptkriegsschauplatz nicht erfolgreich sind.“

In diesem Sinne wird der englische Mehrbedarf an der französisch-flandrischen Front auf ein Million Mann berechnet, die solange ausreichen soll, bis die amerikanische Hilfe da sein kann. Daher schlägt der neue Gesetzentwurf vor, die allgemeine Wehrpflicht unter folgenden Gesichtspunkten zu erweitern:

1. Ausdehnung des englischen Gesetzes auf Irland unter Fortfall jeder Einschränkung zugunsten Irlands;
2. Heraufsetzung der Dienstpflicht bis zum 50. Lebensjahr;
3. Aushebung der Achtzehnjährigen;
4. Aufhebung aller Dienstbefreiungen der Verheirateten;
5. Nochmalige Sichtung der Rüstungsarbeiter zur Verwendung an der Front.

Es ist anzunehmen, daß mit Hilfe dieser Maßnahmen, deren Durchführung trotz der Gegenströmungen in den Arbeiterkreisen sicher sein dürfte, die Vermehrung des Feldheeres um eine Million ermöglicht werden kann. Demgegenüber aber erhebt sich die Frage, wann sollen denn diese Truppen fertig sein? Die Antwort wird dadurch zu unserem Vorteil lauten, daß wir freie Hand im Osten haben und mit kampferprobten Kräften auf dem entscheidenden Kriegsschauplatz auftreten können. Gerade diese Seite der jetzigen Lage wirft ihre Schatten auf England. Dort fühlt man die nahende Entscheidung und beginnt einzusehen, daß sich die allgemeine Wehrpflicht nicht mit einem bloßen Gesetz auf ihren vollen Umfang ausdehnen läßt. Die ist auf Englands Boden noch immer eine nicht recht heimische Pflanze. Wo aber keine Wurzel ist, wird die Reife Frucht fehlen.

Die Störung in Brest-Litowsk. — Einflüsse des Vielverbandes.

Berlin, 5.Januar. Die Erklärung Hertlings rief im Hauptausschuß keine übergroße Ueberraschung hervor, da Staatssekretär v. Kühlmann schon den Parteiführern angedeutet hatte, daß ein solches Intermezzo möglich sei. Die letzten Petersburger Ententendrahtungen wiesen darauf hin, daß die Botschafter Buchanan [England] und Noulens [Frankreich] auf Trotzky mit Versprechungen einwirkten, die englische und französische Regierung zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen zu veranlassen. Der vorläufige Abbruch der Brest-Litowsker Beratungen ist vielleicht auch durch den Wunsch Lenins eingegeben, Eindruck auf die Konstituante zu machen, die laut Telegramm unseres Stockholmer Berichtstatters, zum 4. Januar zusammenberufen sein soll.

Auch nach den Meldungen der Berliner Zeitungen ist das Ende der gesetzten Frist eingetreten, ohne daß die Entente den Vorbedingungen der allgemeinen Friedensverhandlungen zugestimmt hätte. Somit fällt die Voraussetzung weg, welche nach Stockholm hätte führen können. Trotzky wird, falls er einen Druck auf den Vierbund auszuüben wünschte, Fiasko erleben.

Die Erklärungen der Reichstagsmehrheit zeigten deutlich, daß sie das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung in den besetzten Ostgebieten aufrichtig meint. Das Zentrum beabsichtigte sogar, die Mehrheitspolitik zu einer besonderen Entschließung zu formulieren, womit die Petersburger Insinuationen von vornherein widerlegt worden wären. Aber genau wie Rußland wünschen auch die Mittelmächte Sicherheiten über die Abstimmung in den besetzten Gebieten. Von Truppenräumen kann erst gesprochen werden, wenn der Friedensvertrag unterzeichnet ist und die Russen selbst demobilisieren. Ein Mißtrauen unsererseits wäre ebenso gerechtfertigt wie das der Russen. Wir können jetzt den Petersburger Entschluß ruhigst abwarten, dank unserer glänzenden militärischen Lage.

Vorwärts - Nr.7 – 1918 – Sonntag, 06. Januar - S.1

Neue Regierungserklärung zum Frieden. – Rede Scheidemanns.

[Ergänzung der Äußerung Scheidemanns in der Sitzung des Hauptausschusses vom 5. Januar.]

In der Sonnabendsitzung des Hauptausschusses gab der Unterstaatssekretär Freiherr von dem Busche folgende Erklärung ab:

Der Herr Reichskanzler hat gestern die Insinuation der russischen Presse zurückgewiesen, daß wir uns in illoyaler Weise unserer Zusage betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollten.

[Weiter siehe: Berliner Neueste Nachrichten - Nr.9 – 1918 – Samstag, 05. Januar - Abend - S.1]

.....Vorsitzender Abg. Fehrenbach schlägt vor, die politische Debatte abubrechen und die Frage der Kriegsgefangenen zu behandeln.

Abg. Scheidemann (Soz.): Ich kann leider dem Vorschlag des Herrn Vorsitzenden nicht zustimmen, widerspreche ihm vielmehr ausdrücklich. Der Zwischenfall in Brest hat ein ungeheures Aufsehen gemacht. Im Inlande können wir das selbst beobachten, und daß im Ausland der Zwischenfall weidlich ausgenützt werden wird, kann keinem Zweifel unterliegen. Zu beachten ist, daß wir gestern nach der Erklärung des Herrn Reichskanzlers unsere Verhandlungen abgebrochen haben, so zu sagen mitten in einer Rede des Grafen Westarp, in der er sich für weitgehende Eroberungen ausgesprochen hat. Dem soll heute in der entschiedensten Weise entgegengetreten werden. Es darf und soll kein Zweifel darüber aufkommen, daß die Reichstagsmehrheit auch heute noch zu ihrer Erklärung vom 19. Juli 1917 steht. Zu der Erklärung, in der es heißt, daß wir einen Frieden der Verständigung und Versöhnung wollen, der gewaltsame Gebietserwerbungen, sowie politische und wirtschaftliche Vergewaltigungen ausschließt.

Es steht doch fest, daß, wie wir Sozialdemokraten, weite Kreise des Volkes einen Widerspruch sehen werden zwischen den Erklärungen, die die deutschen Unterhändler in Brest am 25. und am 28. Dezember abgegeben haben. (Redner liest die betreffenden Stellen aus den Erklärungen von den beiden genannten Tagen vor.)

Soeben hat nun der Herr Reichskanzler durch den Mund des Unterstaatssekretärs Bussche erklären lassen, daß er seinen Standpunkt zum Selbstbestimmungsrecht der Völker unverändert beibehält, daß er also selbst nicht will, daß ein Widerspruch konstruiert wird.

Die Stellung des Herrn Reichskanzlers wäre auch unhaltbar, wenn er von seinem Standpunkte abgehen wollte. Ich erinnere an folgende Daten: Der Reichstag hat sich, wie erwähnt, am 19. Juli klar und deutlich über die Kriegsziele ausgesprochen, klar und deutlich einen Frieden der Verständigung ohne irgend welche Vergewaltigungen betont. In der Antwort auf die Papstnote hat die Regierung den gleichen Standpunkt eingenommen. Am 29. November 1917 hat der Herr Reichskanzler in seiner Reichstagsrede sich erneut zum Selbstbestimmungsrecht der Völker bekannt. Die Erklärung der deutschen Unterhändler in Brest vom 25. Dezember deckt sich mit alledem. Unverständlich aber war es, daß dann am 28. Dezember von den russischen Unterhändlern verlangt worden ist, sie sollten die Kundgebungen der Körperschaften in Kurland, Litauen usw. als Ausdruck des Volkswillen akzeptieren. Wohl gemerkt: es soll sich dabei nur um einen Vorschlag der deutschen Unterhändler gehandelt haben. Die Russen lehnten den Vorschlag ab, erklärten sich aber ausdrücklich einverstanden mit der Einsetzung einer Kommission, in der die Gegensätze ausgeglichen, also eine Verständigung gesucht werden sollte.

Weiter wurde vereinbart, daß in Brest am 5. Januar 1918 die Verhandlungen fortgesetzt werden sollten. Von dieser Vereinbarung sind die Russen abgewichen, indem sie nicht zu dem vereinbarten Termin in Brest erschienen. Ueber alle diese Dinge muß vollkommene Klarheit geschaffen werden. Jedes Mißverständnis muß im Interesse des Friedens, den wir wünschen, beseitigt werden und deshalb halte ich die Verhandlungen am heutigen Tage für notwendig. Zwar ist heute die Erklärung des Herrn Reichskanzlers verlesen worden. Das aber scheint mir nicht zu genügen, und ich halte es vielmehr für notwendig, daß auch die Haushaltskommission selbst heute schon Stellung nimmt. Besonders gegenüber der Rede des Grafen Westarp von gestern, die von allen Feinden eines Verständigungsfriedens im Ausland ausgeschlachtet werden wird. Ich weiß nicht, wie Sie entscheiden werden, ob Sie dem Vorschlag des Herrn Präsidenten folgen oder nicht.

Gleichviel – ich will wenigstens über die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion auch nicht eine Minute lang irgendwelche Unklarheit aufkommen lassen. Unsere Politik war von Beginn des Krieges an bis zum heutigen Tage eine vollkommen gradlinige: Wir stehen zur Verteidigung

unseres Landes und lehnen jede Eroberungsabsicht ab. Wir bekennen uns zum uneingeschränkten Selbstbestimmungsrecht der Völker. So entschieden wir uns gegen die Eroberungspolitik der Entente wehren, so entschieden bekämpfen wir auch die Eroberungspolitik im eigenen Lande. Das will ich heute wiederum vor aller Welt klar und deutlich aussprechen.

Von unserem Standpunkte aus ist es unerlässlich, daß die Kommission auch heute schon klar Stellung nimmt, d. h. erneut bekräftigt, was die Reichstagsmehrheit beschlossen hat. Ich kann den Vorschlag des Herrn Präsidenten verstehen, kann ihn aber nicht billigen. Es sollen weitere Nachrichten über den Gang der Dinge abgewartet werden, nachdem wir soeben erfahren haben, daß die russischen Unterhändler mit Herrn Trotzki doch nach Brest kommen. Das scheint mir kein genügender Grund zu sein, heute von einer Erörterung der Angelegenheit Abstand zu nehmen. Ich befürchte, daß ein Beschluß, wie ihn der Präsident Fehrenbach vorschlägt, zu Mißdeutungen Anlaß geben könnte. In jeder Mißdeutung aber sehe ich eine Gefahr für die weiteren Friedensverhandlungen. Wir wünschen nichts sehnlicher, als daß der allgemeine Frieden auf der Grundlage der Reichstagsresolution baldigst geschlossen werden kann. Da das im Augenblick leider noch nicht möglich ist, müssen wir uns zunächst mit einem Sonderfrieden begnügen. Den aber wünschen wir in keiner Weise zu gefährden. Unsere Absicht, heute die Verhandlungen fortzusetzen, ist lediglich diktiert von dem Wunsche, dem Frieden zu dienen.

Abg. Haase (Unabh. Soz.): Die Vertagung würde dahin führen, daß nicht einmal jetzt im Ausschuß das gesagt werden kann, was weite Kreise des deutschen Volkes berührt. Eigentlich wäre es richtig, sofort das Plenum des Reichstags einzuberufen. Die Rede des Grafen Westarp, dieses Bekenntnis zu den ausschweifendsten Annexionsplänen, darf nicht länger unwidersprochen bleiben. Die Russen halten fest an der Forderung nach einem Referendum, das nach der Räumung der in Frage kommenden Gebiete vorzunehmen ist. Der deutschen Oeffentlichkeit sind eine Reihe Berichte über die Verhandlungen in Brest-Litowsk unbekannt geblieben. Der Reichstag muß unzweideutig erklären, wie das deutsche Volk den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker auffaßt, sonst kommen wir nicht zu einem baldigen Frieden. Die Interpretation vom 28. Dezember war nichts anderes, als das etwas verschleierte Verlangen nach Annexionen. Jedenfalls muß konstatiert werden, daß uns die Russen weiter entgegengekommen sind, als wie das im allgemeinen erwartet werden konnte. Im Interesse einer Förderung des Friedens ist es nötig, hier im Ausschuß sofort weiter zu verhandeln.

Bei der Abstimmung wird der Vorschlag des Vorsitzenden, die Erörterung der politischen Fragen auszusetzen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Der Ausschuß wandte sich nunmehr zu der Gefangenfrage.

Posener Tageblatt - Nr.9 – 1918 – Sonntag, 06. Januar - Morgen - S.1

Das englische Doppelspiel.

England spielt augenblicklich in der Friedensfrage offenbar eine auffällige Doppelrolle oder richtig gesagt: ein Doppelspiel mit verteilten Rollen. Seit Lloyd George in Paris seine berühmte Frühstücksrede hielt, die den Engländern und ihren Verbündeten vor allem aber den Heeresleitungen dieser Mächtegruppen, so unangenehme Wahrheiten sagte, daß die englische Presse seinen Sturz für unvermeidlich hielt, Asquith seine Anklagerede im Unterhause dann aber unterließ und dem Manne, der ihn gestürzt hatte, einen rednerischen Triumph ermöglichte, seit Lord Lansdowne seinen offenen Brief erließ, der sich gegen die englische Regierungspolitik und deren Kriegsziele richtete, von der Regierung aber nicht entsprechend bekämpft wurde, seit Lloyd George Reden hält und Telegramme an die Verbündeten absendet, die den Westmächten den sicheren Sieg verheißen, während zugleich Reuter in auffälliger Weise eine zweideutige Nachricht verbreitet, die so aufgefaßt werden konnte, daß England bereit sei, sich an den Friedensverhandlungen zu beteiligen, seitdem fühlt es ein Blinder mit dem Krückstock, daß die englische Politik krumme Wege geht, was ja übrigens nichts neues ist.

Zunächst sucht sie die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den Mittelmächten und Rußland in Litauisch-Brest zu vereiteln oder doch hinauszuschieben. Ob es lediglich oder vorwiegend auf englischen Einfluß zurückzuführen ist, daß diese Verhandlungen heute nicht wieder aufgenommen werden konnten, mag dahingestellt bleiben; Tatsache ist jedenfalls, daß die russischen Vertreter bis jetzt nicht wieder zu den Verhandlungen erschienen sind und daß das natürlich den Engländern ein großes Vergnügen bereiten wird. Die zehntägige Pause war bekanntlich auf Wunsch der russischen Unterhändler gemacht worden, um den übrigen Mächten eine letzte Gelegenheit zu geben, sich mit an den Verhandlungstisch zu setzen, täten sie das nicht, so sollten dann die Verhandlungen „unter allen Umständen“ fortgeführt werden. Im Vertrauen auf dieses Wort

sind unsere Vertreter nach Litauisch-Brest gereist, um dort die Erfahrung zu machen, daß sie in diesem Vertrauen zu weit gegangen waren.

Diese Entwicklung der Dinge beweist, wie notwendig es ist, daß sich niemand bei uns Illusionen über die außerordentlichen Schwierigkeiten hingibt, die noch zu überwinden sind, bevor wir auch nur mit den russischen Demokratenführern eine Verständigung erreicht haben. Es hat keinen Zweck, sich über diese Schwierigkeiten hinwegtäuschen zu wollen. In der letzten Sitzung vor dem Auseinandergehen der Mächtevertreter am 28. Dezember ist es unverkennbar zum Ausdruck gekommen, daß in der Frage der Räumung und künftigen Bestimmung der besetzten Gebiete schwere Meinungsverschiedenheiten zwischen der russischen und den Mittelmächte-Vertretern bestanden.

Nun hätte man ja meinen können, da Polen, Litauen und die besetzten Teile des Baltikums doch für Rußland verloren sind und die Bolschewiki weder willens noch in der Lage sind, ihre Rückeroberung durch eine Fortsetzung des Krieges zu versuchen, daß sich darüber eine Verständigung leicht werde erzielen lassen. Aber man darf nicht vergessen, daß Lenin und Trotzki fanatische Marxisten sind und daß sie von ihrer vorgefaßten Lehrmeinung nicht leicht abzubringen sein werden. Zu diesen gehört aber vor allem die allgemeine Volksabstimmung über die staatliche Neuordnung in den Gebieten, die Rußland durch den Krieg verloren hat. Wir aber können nicht die Lebensnotwendigkeiten des Deutschen Reiches an unserer Ostgrenze von der Gunst bisher völlig unterdrückt gewesener und daher politisch unreifer Völker wie etwa der Letten oder der Weißrussen abhängig machen. Die diesen Ländern von Rußland gegebenen Vertretungen des Volkswillens haben sich bereits für das Losgetrenntbleiben von Rußland und für den Anschluß an Deutschland entschieden, und dabei muß es bleiben. Es ginge schon zu weit, wenn unsere Unterhändler die Möglichkeit offen gelassen hätten, daß wir diese Vertretungen ja noch weiter demokratisieren und dann die Beschlüsse nochmals „bekräftigen“ lassen könnten. Wir müssen in diesen Dingen von der politischen Reichsleitung eine feste Hand verlangen. Entweder will Rußland den Frieden, dann wird es sich schließlich damit abfinden, auf welche Weise es die Gebiete verliert, die ihm durch den von ihm eingeleiteten Krieg nun einmal verloren gegangen sind; oder es will ihn nicht, nun, dann hat eben Hindenburg wieder das Wort, und dessen Schwertsprache kennen die Russen ja. Schließlich sind wir es doch nicht, die den Krieg nicht mehr fortführen können. Und wenn die russischen Unterhändler jetzt die Unfreundlichkeit begehen, sich nicht rechtzeitig zur Fortsetzung der Verhandlungen einzufinden, so werden sie sich doch darüber im klaren sein, daß die Mittelmächte wohl einmal eine solche Formlosigkeit hinnehmen können, daß ihre Würde und die Kriegslage aber zu der Erwartung nötigen, daß ein solcher Fall vereinzelt bleibt, denn sonst könnte der Anschein entstehen, als liefen wir Rußland nach, um den Frieden zu erreichen. So aber liegen die Dinge nicht. Gewiß würden wir alle eine schnelle Verständigung mit Rußland begrüßen, aber nur dann, wenn uns wird, was und werden muß. Darüber hinaus gibt es Möglichkeiten genug, den baldigen Frieden begehrenswert zu machen und ihn dauernd zu gestalten auf der Grundlage der Berücksichtigung beiderseitiger Interessen. Schließlich haben wir unsere Siege im Osten nicht mit ungeheuren Blutopfern erkaufte, um beispielsweise den Letten das Vergnügen zu bereiten, Vorsehung für die dortigen Deutschen zu spielen, denen sie und das Land alles verdanken. Es darf ja doch das eine nicht übersehen werden: Würden wir jetzt eine Volksabstimmung auf Grund gleichen Stimmrechts in den besetzten Gebieten zugestehen, so wäre damit ein gefährliches Vorbild für diese Gebiete geschaffen. Hätten die Eingeborenen – von denen **in Litauen etwa 90 v. H. Analphabeten** sind, also Leute, die nicht einmal schreiben und lesen können! – erst einmal das Recht erhalten, durch ihre Masse das Schicksal des Landes zu bestimmen, so würden sie dieses Recht natürlich für immer geltend machen. Sozialistische Theoretiker mögen das ja für richtig halten. Wie weit sie damit kommen, das mögen sie in Rußland erproben. In Gebieten, wo das deutsche Interesse gewahrt werden muß, ist kein Raum für so unmögliche Experimente. Daß der Reichskanzler darüber keinen Zweifel gelassen hat, kann nur als Selbstverständlichkeit bezeichnet werden.

Auch innerpolitisch klärt diese Gestaltung der Dinge die Lage. Scheidemann steht am Scheideweg. Die bürgerlichen Parteien werden heute im Reichstagsausschuß Stellung nehmen zu den Erklärungen des Kanzlers. Es steht außer aller Frage, daß sie sämtlich sich an die Seite des Kanzlers stellen. Der Sozialdemokratie wird das schwer werden. Sie würde natürlich gegen die Verlegung der Verhandlungen nach Stockholm nichts einzuwenden haben, und sie würde sicher auch die sofortige Räumung der besetzten Gebiete und eine allgemeine Volksabstimmung ihrer Einwohner über die Zukunft dieser Gebiete begrüßen. Handelt sie demgemäß, dann fällt die unnatürliche Reichstagsmehrheit auseinander, dann scheiden sich endlich die Geister. Da könnte der Erreichung eines deutschen Friedens, wie ihn Hindenburg in dem Neujahrstelegramm an die Stadt Hannover uns erst wieder verheißen hat, nur förderlich sein.

Das ist die eine der heute aktuellsten Fragen. Die andere besteht in der englischen Gefahr. Man kann die Vermutung nicht von der Hand weisen, daß die englische Regierung die durch die Friedensverhandlungen der Mittelmächte mit Rußland überall aufgesproßten Friedenshoffnungen benutzen will, um im Trüben zu

fischen. Dazu dient das erwähnte Doppelspiel der englischen Politik. Auf der einen Seite werden nach wie vor die ausschweifendsten Kriegsziele vertreten, wird erklärt, daß der Krieg nur durch den vollen Sieg und die Zerschmetterung der deutschen Militärmacht beendet werden dürfe. Dadurch sucht man in den Vielverbandsländern die Kriegslust und Siegeszuversicht zu erhalten und zugleich die Gegner zu bluffen durch den Anschein unerschütterlicher Kraft und Stärke. Und auf der anderen Seite zeigt man mehr oder minder verstohlene Friedensbereitschaft. Dadurch hat man die Bolschewiki jetzt verleitet, die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen hinzuziehen und unmögliche Anträge zu stellen, auf deren Ablehnung die gefaßt sein mußten. Dadurch aber sucht man vor allem auf die Mittelmächte dahin zu wirken, daß sie ihre Kriegsziele auf ein Mindestmaß herabmindern in der Erwartung, dadurch vielleicht doch einen allgemeinen Frieden herbeiführen zu können. **England aber denkt nicht daran, wirklich Frieden zu machen, sondern befolgt dabei nur die Taktik, die Völker der Mittelmächte an den Gedanken des Verzichtfriedens zu gewöhnen, den Krieg weiter hinzuziehen und die Völker durch Hunger und durch innere Verhetzung zum Zusammenbruch zu bringen und so doch schließlich ihnen den Frieden diktieren zu können,** jedenfalls aber mit heiler Haut aus dem militärische und Flotten-Fiasko dieses Krieges davonzukommen.

Wenn der Londoner Vertreter eines großen italienischen Blattes, der „Stampa“, drahtet, man sei sich in London bewußt, „die größte politische Stunde des Weltkrieges zu erleben“, so ist das eine jener Stimmungsmachereien, die die Möglichkeit der englischen Friedensbereitschaft an die Wand malen. Was dieser Journalist als Beweise für die Friedensgeneigtheit der Engländer anführt: das Ergebnis des Arbeiterkongresses, die nachgiebigere Haltung des volkstümlichen „Daily Expreß“ und die Forderung des „Manchester Guardian“ nach ernster Behandlung des Friedensproblems, das ist nicht vielmehr als Schaumschlägerei. In Berlin aber gibt es leider Leute, die in dem englischen Maskenspiel nur das eine Gesicht sehen und sehen wollen: das friedensfreundliche, – die allen Ernstes zu glauben scheinen, wir können jetzt schon einen „ehrvollen Frieden“ mit England haben. Diese Leute sind natürlich bereit, Belgien preiszugeben, obwohl das bedeuten würde, daß wir uns um den wichtigsten Siegespreis bringen würden, daß wir England dieses Land als künftiges Aufmarschgelände überließen, daß wir bei der Entwicklung unserer Luftwaffen für den Fall eines künftigen Krieges unabsehbare Gefahren militärischer und wirtschaftlicher Art für uns heraufbeschwören würden und daß wir eine nie wiederkehrende Gelegenheit unserer Flotte und unserem Handel endlich die Freiheit der Meere wirklich zu sichern, ungenutzt vorübergehen ließen. Diese Leute würden gewiß auch bezüglich der Kolonien mit sich reden lassen, und sie verzichten natürlich auch auf eine Kriegsentschädigung, obgleich wir eine solche haben müssen, wenn wir nicht die Sklavenketten der Not noch lange nach dem Kriege von den Engländern uns angelegt, tragen wollen. Diese Leute machen auch jetzt wieder einmal bezüglich des Taubootkrieges flau, „der seinen Zweck doch nie erreichen werde“, obgleich die ausschlaggebende Wirkung unseres U-Bootkrieges trotz aller englischen Vertuschungs- und Verheimlichungsversuche zum Greifen klar auf der Hand liegt.

Die „englische Gefahr“ besteht heute nicht mehr darin, daß England uns niederzwingen kann, sondern darin, daß wir auf Englands Lügen-, Heuchelei- und Blufftaktik hineinfallen. Leider können wir zu unseren Staatsmännern nicht das Zutrauen haben, daß nicht auch sie dieser englischen Gefahr erliegen und sie für unser ganzes Volk herbeiführen. Herr v. Kühlmann hat stets in dem Geruche gestanden, ein Freund der „Verständigung“ mit England zu sein und sein Lebensziel in einer solchen zu erblicken. Zu verständigen haben wir uns vor dem Kriege mit England so lange gesucht, bis es uns in einen Weltkrieg verstrickte, um uns zu vernichten. „Nichts von Verträgen!“ sei daher die Losung gegenüber einem Lande, das je und je, ganz besonders aber in diesem Kriege, alle Verträge und Völkerrechtsbestimmungen mit Füßen getreten hat. „Kampf!“ sei die Losung gegenüber diesem Haupt- und Erzfeind bis er um Frieden bitten muß. Erst dann werden wir und die Welt Ruhe und Frieden haben. Das war der ausschlaggebende Gesichtspunkt, als unsere Oberste Heeresleitung sich für den unbeschränkten Taubootkrieg entschied, und diesen Standpunkt wird sie hoffentlich mit dem bei ihr gewohnten Nachdruck vertreten bis zum guten Ende, das wir dann sicher erhoffen dürfen und das jedes Opfer wert ist, das wir bis dahin noch bringen müssen. Fielen wir aber auf das elende falsche Doppelspiel der Engländer hinein, so wären die ungeheuren Opfer dieses Krieges zu einem sehr erheblichen Teil umsonst gebracht. Das darf nie und nimmer sein!

Trotzki will nun morgen an der Spitze der russischen Vertreter selbst nach Litauisch-Brest kommen, aber er will zunächst nicht weiter über den Frieden, sondern über die Verlegung der Besprechungen nach Stockholm verhandeln. Er hält diese Verlegung auf neutrales Gebiet „dem Stande der Verhandlungen entsprechend“. Soll das heißen, daß der Stand der Verhandlungen ein solcher ist, daß sie nicht mehr auf Rußland und die Mittelmächte beschränkt bleiben sollen? In diesem Falle würde wohl in der Tat ein anderer Ort als das Barackenlager von Brest gewählt werden müssen. Glaubt darum Trotzki, daß „die Verlegung der Verhandlungen auf neutralen Boden keine Schwierigkeiten machen wird?“ Wir hoffen, daß unsere politische

Reichsleitung in keine englische Friedensfalle tappt, sondern daß sie nach wie vor die Verlegung der Verhandlungen ablehnen wird. Das liegt auch im russischen Interesse, denn Rußland braucht einen baldigen Frieden, der Friedensschluß mit England aber ist ganz selbstverständlich eine langwierige Sache. Bevor er nicht zustande gekommen und bevor nicht von England alles geleistet ist, was wir fordern müssen, können auch die Truppen nicht zurückgezogen werden. Auch Rußland könnte also sein Heer vor diesem fernen Zeitpunkte nicht demobilisieren, wenn es auf einem allgemeinen Friedensschluß bestände und seine bisherigen Verbündeten scheinbar einem solchen zustimmten, um ihn desto sicherer zu verhindern oder hinauszuschieben; das aber würde Rußland nicht vertragen. Und wenn die russische Regierung, betört durch das englische Doppelspiel, es riskieren sollte, dieses Experiment zu wagen, so werden wir uns hoffentlich nicht auf Experimente einlassen. England käme ein Waffenstillstand, wie wir ihn Rußland zur Ermöglichung des Friedens gewährt haben, in seiner jetzigen Bedrängnis durch den U-Boot-Krieg sicher sehr gelegen. Aber Hindenburg und Ludendorff haben erklärt, daß von einem Waffenstillstande im U-Boot-Krieg nie die Rede sein könne, und was auf deren Wort zu geben ist, das weiß alle Welt. Sie sind uns die sicherste Gewähr dafür, daß Deutschland auf das englische Falschspiel nicht hineinfällt.

G.

Berliner Morgenpost - Nr.6 – 1918 – Sonntag, 06. Januar - S.1

Die Rückkehr der russischen Unterhändler - Entente und Unabhängige wühlen gegen das Friedenswerk.

Wenn jetzt von den Russen bei den Friedensverhandlungen Schwierigkeiten gemacht werden, so ist das zweifellos zurückzuführen auf die von der West-Entente angesponnenen Zettelungen und Intrigen. Wir haben bereits kürzlich darauf hingewiesen, daß die Aeüßerungen französischer, englischer und italienischer Zeitungen, in denen es so dargestellt wird, als könnten sich die Regierungen der West-Entente bei einigem Entgegenkommen seitens der Russen und der Deutschen schließlich doch noch zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen entschließen, und als könnte es so gelingen, einen allgemeinen Frieden herbeizuführen, keinem andern Zwecke dienen, als bei den Russen allerlei Hoffnungen zu erwecken und sie auf diesem Wege für eine Verschleppung der Friedensverhandlungen zu gewinnen. Von dem berühmten Amsterdamer Telegraaf und von dem nicht minder berühmten Stockholmer Socialdemokraten, dem Blatt des Herrn Branting, wurden diese Manöver natürlich kräftig unterstützt, und es scheint in der Tat so, als ob sie in den russischen Köpfen einige Verwirrung angerichtet hätten.

Aber – und das ist das beklagenswerteste – **die Hauptarbeit der Entente bei diesem Intrigenspiel mit dem Frieden von Brest-Litowsk haben, wie die Internationale Korrespondenz nachweist, unsere deutschen U-Sozialisten geleistet. Sie haben Nachrichten über neue brutale Verfolgungen ihrer Parteigenossen in Deutschland verbreitet, um die Russen friedensscheu zu machen, sie haben just in den kritischen Tagen der Brest-Litowsker Verhandlungen lauter als je zuvor ihre Klagen gegen die deutsche Regierung erhoben und allerhand Anschuldigungen, um die Russen glauben zu machen, daß es die deutsche Regierung unmöglich ehrlich meinen könne. Und damit nicht zufrieden, so haben sie sich in einem von Lügen und Verleumdungen strotzenden Flugblatt dem Protest der französischen und englischen Chauvinisten gegen den Sonderfrieden angeschlossen, und haben die Russen dahin bearbeitet, den Sonderfrieden nicht abzuschließen, weil dadurch der deutsche Militarismus nur gestärkt werde. Die Feindschaft der Unabhängigen gegen die deutsche Regierung war, so sagt die Internationale Korrespondenz, in reinen Ententedienst und schamlose Friedensstörung ausgeartet, und daß diese Anschuldigung nicht leichtfertig erhoben worden ist, ergibt sich in der Tat aus dem Flugblatt, das die Unabhängigen unter den Berliner Arbeitermassen verbreitet haben. In diesem Flugblatt werden die Arbeiter mit dürren Worten aufgefordert, die auf einen Friedensschluß mit Rußland gerichteten Bemühungen der deutschen Regierung zu durchkreuzen und die giftigsten Verleumdungen werden ausgestreut, um im Volke den Glauben zu zerstören, daß uns der Friede im Osten dem Weltfrieden näher bringe.**

Wer gesehen hat, mit welcher zitternden Spannung, mit welcher bangen Sorge die Blicke gerade der deutschen Arbeiter nach Osten gerichtet sind; wer beobachtet hat, wie gerade in Berliner Arbeiterkreisen angesichts der auftauchenden Schwierigkeiten die Besorgnis wach wurde, daß das Friedenswerk im Osten mißlingen könnte, der wird keinen Augenblick daran zweifeln, daß diese verbrecherischen Machenschaften der Unabhängigen gerade bei den Arbeitern der tiefsten Empörung und dem tiefsten Abscheu begegnen werden. **In der Tat: wer hätte jemals daran geglaubt, daß sich die Führer einer Berliner Arbeitergruppe zu dem Versuch hergeben könnten, eine Einschränkung des Völkermordes zu verhindern, eine Fortsetzung des uneingeschränkten Völkermordes zu befürworten? Hätte man nicht schon den Gedanken an die Möglichkeit eines solchen Versuches als ungeheuerlich zurückweisen müssen? Und nun wird er dennoch gemacht.** Wir haben schon einmal mit den Haase, den Ledebour, den Hoffmann und Genossen abgerechnet in einem Artikel

„Die Maske herunter“. Nun die Maske ist gefallen und wir sind überzeugt, daß die Berliner Arbeiterschaft jetzt abrechnen wird, mit denen die sie in ihrer ganzen abscheulichen Blöße vor sich sehen. **R.C.**

Berliner Morgen-Zeitung - Nr.5 – 1918 – Sonntag, 06. Januar - S.1

Rücktritt Brantings.

Stockholm, 5. Januar. Nachdem der Minister und Chef des Finanzdepartements, Hjalmar Branting, infolge beglaubigter Krankheit um die Entlassung aus seinem Amte ersucht hat, hat der König den Minister Branting seines Amtes enthoben und den Bevollmächtigten der Reichsbank, sozialistischen Abgeordneten Thorsson, zum Minister und Chef des Finanzdepartements ernannt.

Berliner Morgen-Zeitung - Nr.5 – 1918 – Sonntag, 06. Januar - S.1

England und Elsaß-Lothringen.

Schweizer Grenze, 5. Januar. Der Schweizer Allgemeine Pressedienst meldet: Im englischen Unterhaus erklärte der frühere Minister Runciman: „Der allergrößte Schaden würde entstehen, wenn man den Franzosen sagen würde, daß England den Kampf für die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens mit derselben Entschlossenheit führe, wie für die Befreiung Belgiens und Nordfrankreichs. Wir stellen beide Ziele nicht gleich und es wäre eine Täuschung der Franzosen, wenn wir sie zu dem Glauben verführten, dies Ziele seien für England gleich wichtig.“ Das Unterhaus nahm die Erklärung mit „Hört, hört!“ entgegen. Der nächste Redner, Lord Robert Cecil, der sich mit der gleichen Frage beschäftigte, äußerte kein Wort des Widerspruchs.

Berliner Morgen-Zeitung - Nr.5 – 1918 – Sonntag, 06. Januar - S.2

Besteht ein Votum der russischen Grenzvölker?

Unser H. K.-Mitarbeiter hatte eine Unterredung mit dem bekannten Rußlandkenner Dr. Paul Rohrbach, der sich über die Frage, ob bereits ein Votum der russischen Grenzvölker über ihre Zugehörigkeitswünsche vorliege, folgendermaßen aussprach:

„Allerdings gibt es solche Beschlüsse. So hat der litauische Landesrat einstimmig die Selbständigkeit **Litauens** beschlossen. Nun wünschen die russischen Unterhändler ein Volksreferendum. Dies ist indes in einem Lande, wo die meisten Leute nicht lesen und schreiben können, schwer durchführbar. Auch glaube ich sicher, daß das genauso ausfallen wird. Von Rußland wollen die Litauer in jedem Falle los. Das wissen auch die Bolschewiki.

In **Kurland** hat der Landesrat ebenfalls die Lösung von Rußland beschlossen und sogar den Anschluß an Deutschland, beides einstimmig. Auf dem Landesrat sind auch alle Volksschichten vertreten, die Letten in großer Mehrheit. In den ganzen Grenzländern werden die Bewohner auch durch die wirtschaftlichen Interessen auf die deutsche Seite gezogen. Denn der Grund und Boden bekommt dann einen ganz anderen Wert, weil die Bauern von den höheren deutschen Getreidepreisen Nutzen ziehen.

Auch der **estnische Landtag** hat im November die Selbständigkeit des Landes beschlossen. Er hat eine volle Selbstverwaltung durchgeführt und sich um die russische Zugehörigkeit nicht mehr gekümmert. Das russische Militär hat sich freilich dort auch völlig unmöglich gemacht. Uebrigens hat der estnische Bauer auch schon vor dem Kriege den Russen gehaßt. Man muß betonen, daß auch Nordirland von Esten bewohnt wird.

Nur die **Letten in Südlivland** haben früher stärkere Sympathien gehabt. Aber diese dürften durch das russische Militär gänzlich vernichtet sein. Selbst in Riga, das natürlich am Handel mit Rußland größtes Interesse hat, hat sich die große Gilde, die aus Kaufleuten besteht, sowie die kleine Gilde der Handwerker, deren Mitglieder meist Letten sind, einstimmig für den Anschluß an Deutschland eingesetzt. Wenn, wie beschlossen, ein liberaler Handelsvertrag mit Rußland zustande kommt, kann auch ein nicht zu Rußland gehörendes Riga einen handelspolitischen Aufschwung nehmen. **Nur die Sozialdemokratie in Riga ist wohl gegen den Anschluß an Deutschland.** Aber die Russen hatten einen großen Teil der Fabriken in Riga stillgelegt und die Arbeiter fortgeschleppt, so daß Riga heute nur noch die Hälfte Einwohner hat und der deutsche Standpunkt wohl gesichert ist. Ebenso ist ein großer Teil der lettischen Bauern in Kurland fortgeschleppt worden und wohl zum großen Teil umgekommen. sicher sind aber auch die Zurückkehrenden nicht gerade von Vorliebe für Rußland erfüllt.

Was der Ausdruck „Teile von Estland und Livland“ in den Präliminarien bedeutet, ist allerdings unklar. Die russischen Soldaten haben übrigens in **Livland** selbst erklärt, was sollen wir für dies Land kämpfen? Hier gibt es nur protestantische Kirchen und die Leute sprechen alle Deutsch. Und von den Letten meinten sie, das sind nur eine andere Art Deutsche. Die sind Protestanten und gehen mit den Deutsche in dieselbe Kirche.

Was nun die Selbständigkeitsbestrebungen der Finnländer und Ukrainer betrifft, so ist es bedauerlich, daß die Mittelmächte diese beiden Länder noch nicht als selbständig anerkannt hätten. Denn es ist sehr wichtig, daß Finnland sich als selbständig zwischen Rußland und Schweden einschöbe, und ebenso daß die Ukrainer in Zukunft nicht mehr die wirtschaftliche und militärische Macht der Großrussen verstärken. Da haben die Westmächte sich viel mehr beeilt und bei der Ukraine angefreundet, und wenn auch da wohl der Gegensatz gegen die Bolschewiki maßgebend ist, so müßten auch die Mittelmächte die Ukraine nicht vernachlässigen.“

Berliner Neueste Nachrichten - Nr.10 – 1918 – Sonntag, 06. Januar - S.2

Die deutscheindliche internationale Sozialdemokratie.

Aus Stockholm wird der **Kreuz. Ztg.** unter dem 2. Januar geschrieben:

Als wie unsäglich hohle Phrasen sich die früher so oft von sozialdemokratischer Seite vorgebrachten Beteuerungen, daß die Sozialdemokratie die wahren Friedensfreunde seien, erweisen, zeigt sich wieder jetzt anlässlich der deutsch-russischen Friedensverhandlungen. Der Sekretär des internationalen sozialistischen Bureaus, Camille Huysman, hat von Henderson die telegraphische Mitteilung erhalten, daß die englische Arbeiterschaft das bekannte Kriegszielmemorandum annahm, das die englische Regierung zugunsten eines allgemeinen demokratischen Friedens zu bestimmen sucht, und gleichzeitig wurde Huysman ersucht, das englische Verlangen, Rußland möge keinen Sonderfrieden abschließen, dem Sowjet in Petersburg zu übermitteln. Das hat Huysman getan und gleichzeitig noch in einem Telegramm an Henderson betont, daß negative Proteste gegen den Sonderfrieden nicht verschlügen, sondern daß ein allgemeiner sozialistischer Kongreß stattfinden müsse, der sich gegen den Sonderfrieden richtet. Und diese Bestrebungen, die Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und Rußland, die den Ausgangspunkt zum allgemeinen Frieden bilden könnten, zu vereiteln, finden den Beifall des Führers der schwedischen Sozialdemokratie, Branting, Mitgliedes der gegenwärtigen Regierung. Also die Sozialisten bestärken noch obendrein den Vielverband, der für die Fortsetzung des Krieges bis zur Besiegung Deutschlands ist. Herve drückte in der Victoire seine Ueberzeugung dahin aus: „**Der Feind bietet uns heute einen deutschen Frieden, aber in einem halben Jahr wird er uns um einen französischen Frieden bitten.**“

Deutsches Volksblatt - Nr.10421 – 1918 – Sonntag, 06. Januar - S.1

Sozialdemokratische Politik.

Die Sozialdemokraten im deutschen Reichstag haben gestern eine scharfe Lektion erhalten. Neutrale Blätter hatten gemeldet, daß Herr Joffe in der letzten Sitzung in Litauisch-Brest sich sehr scharf gegen die Auffassung der Mittelmächte vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ausgesprochen habe. Zwischen dieser „Tatsache“ und den optimistisch gehaltenen Berichten der Mittelmächte fanden die „Genossen“ einen auffallenden Widerspruch, sie erblickten darin eine absichtliche Irreführung der deutschen Oeffentlichkeit durch die Reichsregierung und der – wenn es sich um die Verdächtigung deutscher nationaler Interessen handelt – allzeit gefällige Herr Paul Geldermann beeilte sich, in der „Neuen Freien Presse“ „tiefgehende Wirkungen auf die ganze innere Politik des Deutschen Reiches“ in Aussicht zu stellen. – Der jüdische Mann kann damit vielleicht nicht unrecht haben, nur würden dann diese Wirkungen ganz anderer Art sein, als seine Hintermänner sie zu wünschen scheinen. Der Unterstaatssekretär von dem Busche konnte nämlich in der Sitzung der Parteivertreter feststellen, daß die in Rede stehenden neutralen Berichte falsch seien und die russischen Vertreter sich ausdrücklich bereit erklärten, über die Formulierung des Selbstbestimmungsrechtes am 5. d. M. weiter zu beraten.

Die Sozialdemokraten haben also wiederum, wie schon so oft im Laufe des Krieges, neutralen Zeitungsnotizen mehr geglaubt, als den Erklärungen der eigenen Regierungen, das heißt, sie sind entweder so beschränkt, daß sie mit der fortgesetzten Beeinflussung der neutralen Presse gar nicht rechnen, oder sie sind so gewissenlos, bewußte Unwahrheiten in ihrem Kampfe gegen die Regierung zu verwenden und dadurch das deutsche Volk aufs tiefste zu schädigen.

Wir wollen nicht das letztere annehmen, sondern uns an die Beschränktheit halten, die offensichtlich der traditionellen Ueberzeugung der Sozialdemokratie entspricht, daß die eigene Regierung immer unrecht

haben muß, eine Ueberzeugung, die allerdings nur der deutschen Sozialdemokratie eignet, weil sie in ihrer parlamentarischen Erscheinungsform wenigstens die Interessen des eigenen Volkes immer in allerletzte Linie stellt. Diese Tatsache macht aber auch die ganze Kriegsideologie verständlich, durch die die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs und Deutschlands immer und immer wieder in allen entscheidenden Augenblicken auf die Seite unserer Feinde gedrängt wird.

Die Entente hatte von Anbeginn des Krieges an ihre Kriegsziele maskiert. Zunächst war es die Verteidigung der Neutralität Belgiens, die als Kriegsgrund genannt wurde, bis mit der Zeit auch die englische Presse diesen Schwindel beiseite legte, als nämlich die Entente die Neutralität anderer Länder tatsächlich und immer rücksichtsloser vergewaltigte. Dann kamen die kleinen Nationen daran, die befreit werden sollten; das war schon deutlicher, denn nicht von den Fremdvölkern war die Rede, die Rußland, England und Frankreich beherrschten, sondern ausgemacht von den Tschechen, Slowaken, Südslawen, Italienern und Rumänen, die in Oesterreich-Ungarn wohnen. Die Zerreißung der Monarchie hob sich also bereits als Kriegsziel der Entente von dem freiheitlich-demokratischen Hintergrunde ihrer Kriegssphrasologie ab und bald folgte auch die Zertrümmerung Deutschlands, bis schließlich auch die „Befreiung“ Konstantinopels an die Reihe kam.

Das ging so lange, als die Entente noch Aussicht hatte, durch die Gewalt der Waffen ihre Welteroberungspläne durchzusetzen, deren Einzelheiten dann später durch die in den russischen Archiven gefundenen Geheimverträge bekannt geworden sind. **Man weiß, daß Frankreich das ganze linke Rheinufer und noch einiges darüber hinaus von Deutschland abtrennen wollte, der ins Ungemessene gehenden Kriegsentschädigungen nicht zu gedenken, für deren Einbringung englische Volkswirtschaftler sich bereits eine Art Schuldhaft des gesamten deutschen Volkes zurechtgelegt hatten.** Von dem Augenblick an jedoch, in dem die Aussichten der Entente auf kriegsgerische Erfolge unter Null zu sinken begannen, änderte sich auch ihre Kriegssphrasologie. Die Begriffe Kriegsentschädigungen, Eroberungen, Annexionen verschwanden. Sie waren angesichts der militärischen Lage für die Entente nicht mehr brauchbar. In kühnem Schwunge kehrte man zu der freiheitlich-demokratischen Auffassung des Kriegsproblems zurück. In Paris erfand man die „Desannexion“ Elsaß-Lothringens und den Begriff der „Schadloshaltung“, während man in London, von dem famosen Wilson unterstützt, das Selbstbestimmungsrecht der Völker als den wunderbaren Schlüssel entdeckte, der das Tor zum tausendjährigen Reiche des Friedens und der Freiheit öffnen sollte. Eine neue Formel für die alte von der Freiheit der kleinen Nationen, natürlich aber nur wiederum für jene, die „im Joche der Autokratie der Mittelmächte schmachten“.

Durchaus parallel mit dieser Kriegsphraseologie der Entente hat sich aber auch die Kriegsideologie der deutschen Sozialdemokratie entwickelt. Jede dieser in demokratische Baumwolle gewickelten Phrasen nahm sie kritiklos in ihr Glaubensbekenntnis auf; sie merkte nicht, daß Wilson nur deshalb gegen alle Kriegsentschädigung ist, weil er von der allgemeinen Verarmung Europas einen neuen Aufschwung der europäischen Einwanderung nach den Vereinigten Staaten erhofft, die dem amerikanischen Unternehmertum neue Massen von Lohnsklaven verschaffen soll; sie begeistern sich für einen Frieden ohne Annexionen mit demselben England, das Aegypten schlankweg geraubt hat und dessen Minister erklären, daß sie Jerusalem und Bagdad nicht mehr herausgeben wollen; sie wollen einen Frieden der Versöhnung mit Frankreich, einen Frieden, der in Frankreich und in Italien nicht das Verlangen auf Revanche aufkommen lassen soll, in demselben Frankreich und in demselben Italien, die ausgezogen sind, um zu rauben und sich den Teufel um die Gefühle Deutschlands und Oesterreich-Ungarns scheren würden, wenn diese geschlagen worden wären!

So ist die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich-Ungarn und im Deutschen Reiche – wir nehmen an unbewußt – zum Vorspann der Kriegspolitik der Entente geworden und hat dadurch den Willen der Entente, den Krieg fortzuführen, immer von neuem belebt. Die deutsche Sozialdemokratie ist einer der erfolgreichsten Kriegsverlängerer und ihre Haltung gegenüber den Friedensverhandlungen zeigt sie in derselben Rolle, denn alle die Grundsätze, auf denen der Friede mit Rußland aufgebaut werden soll, finden durch sie eine Auslegung – gegen die deutschen Interessen in vollster Uebereinstimmung mit jüdischen Schmutzblättern, von denen man eine andere als deutschfeindliche Gesinnung allerdings nicht erwarten kann. Auch die Formel von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker will sie gegen Deutschland kehren und dagegen richtete sich die Erklärung, die der Unterstaatssekretär von dem Busche gestern im Auftrage des deutschen Reichskanzlers abgab: daß „der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes keine Deutung finden dürfe, die lediglich von den Interessen der Entente eingegeben ist“. – Und bei alledem, nach all den Fehlgriffen, die die Sozialdemokratie in den letzten zwei Kriegsjahren begangen hat, beansprucht sie, daß ihr Wort entscheidend sei, beansprucht sie, die sich noch jedesmal durch die glatten Phrasen der Feinde hat einwickeln lassen, daß das Volk ihr und ihrer Weisheit mehr vertrauen soll als Männern wie Hindenburg und Ludendorff!

Wäre es nach David und Scheidemann gegangen, so hätten sich unsere Unterhändler in Litauisch-Brest zur Verfügung stellen und die Verhandlungen an einem Orte weiterführen müssen, an dem es in dem Belieben

der Entente gestanden wäre, sie fortgesetzt zu stören. Das wäre ein neues Blatt in dem Ruhmeskranz sozialdemokratischer Politik gewesen. Die ruhige Festigkeit unserer Regierungen hat uns davor bewahrt, sie hat uns davor bewahrt, daß wir als Bittsteller erscheinen, mit denen und deren Interessen man nach Belieben umspringen kann, und das kann für die weiteren Verhandlungen nur förderlich sein, deren rasche Beendigung übrigens vor allem die Petersburger Regierung wünschen muß.

Deutsches Volksblatt - Nr.10421 – 1918 – Sonntag, 06. Januar - S.3

Die Judenfrage.

Berlin, 5. Januar. (Meldung des Wolffschen Bureaus) Der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von dem Busche hat Professor Dr. Harburg und Dr. Handtke vom zionistischen Aktionskomitee sowie Professor Dr. Oppenheimer, Dr. Friedemann und Professor Doktor Sobernheim vom Komitee für den Osten empfangen und ihnen folgendes erklärt: Wir würdigen die auf die Entwicklung ihrer Kultur und Eigenart gerichteten Wünsche der jüdischen Minderheiten in den Ländern, in denen sie ein stark entwickeltes Eigenleben haben, bringen ihnen volles Verständnis entgegen und sind zu wohlwollender Unterstützung ihrer diesbezüglichen Bestrebungen bereit. Hinsichtlich der vom Judentum, insbesondere von den Zionisten, verfolgten Bestrebungen in Palästina begrüßen wir daher die Erklärung, die Großwesir Talaat Pascha kürzlich abgegeben hat, insbesondere die Absicht der kaiserlich osmanischen Regierung, gemäß ihrer den Juden stets bewiesenen freundlichen Haltung die aufblühende jüdische Siedlung in Palästina durch Gewährung freier Einwanderung und Niederlassung in den Grenzen der Aufnahmefähigkeit des Landes, örtlicher Selbstverwaltung entsprechend den Landesgesetzen und freier Entwicklung ihrer kulturellen Eigenart zu fördern.

Deutsche Zeitung - Nr.10 – 1918 – Sonntag, 06. Januar - Morgen - S.3

Rücktrittsgesuch Ludendorffs.

Essen (Ruhr), 5. Januar. Wie die „Rheinisch Westfälische Zeitung“ meldet, hat der Erste Generalquartiermeister Ludendorff wegen Brest-Litowsk sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

*

Wie ein Schlag trifft es das deutsche Volk. Hindenburg kann und wird sich von Ludendorff nicht trennen. Deutsches Volk steh auf!

Hindenburg und Ludendorff dürfen uns nicht verlassen!

is.muni.cz - Tschechische Dreikönigsdeklaration – 1918 – Sonntag, 06. Januar

Dreikönigs-Deklaration vom 6. Jänner 1918

Im vierten Jahre des furchtbaren Weltkrieges, welcher ungezählte Opfer an Leben und Gütern der Völker gefordert hat, geschehen die ersten Schritte zum Frieden. Wir tschechischen Abgeordneten des Reichsrates, welcher durch Urteile unzuständiger Militärgerichte einer ganzen Reihe seiner slawischen Mitglieder beraubt wurde, und ebenso wir tschechischen Abgeordneten des aufgelösten und bisher noch nicht erneuerten Landtages des Königreiches Böhmen, wie auch des während der ganzen Kriegszeit nicht einberufenen Landtages der Markgrafschaft Mähren und des nicht erneuerten Landtages des Herzogtums Schlesien als erwählte Vertreter der tschechischen Nation bekräftigen alle Erklärungen der tschechischen Delegation im Reichsrat und sind verpflichtet, klar und bestimmt für das tschechische Volk und für den unterdrückten und politisch zum Schweigen verurteilten slowakischen Stamm in Ungarn unseren Standpunkt zu der Neuordnung der internationalen Verhältnisse zum Ausdruck zu bringen.

Als die tschechischen Abgeordneten unserer wiedererstandenen Nation während des französisch-deutschen Krieges über die internationalen europäischen Fragen sprachen, erklärten sie in ihrem Memorandum vom 8. Dezember 1870 feierlich: „Alle Nationen, ob groß oder klein, haben ein gleiches Recht auf Selbstbestimmung und ihre Gleichheit soll im gleichen Maße beachtet werden. Nur aus der Anerkennung der Gleichberechtigung und der wechselseitigen Würdigung der freien Selbstbestimmung aller Nationen kann deren Freiheit und Brüderlichkeit, der allgemeine Frieden und die wirkliche Menschlichkeit empor blühen.“

Wir Abgeordneten der tschechischen Nation, auch heute noch treu diesen Grundsätzen unserer Vorgänger, haben es mit Freude begrüßt, daß heute alle jene Staaten, kriegführende und neutrale, welche auf

den Grundsätzen der Demokratie aufgebaut sind, mit uns diese freie Selbstbestimmung der Nationen für die Gewähr eines allgemeinen, dauernden Friedens halten. Bei seinem Versuche um einen allgemeinen Frieden hat das neue Rußland den ähnlichen Friedensbedingungen den Grundsatz der Selbstbestimmung der Nationen derart angefügt, daß die Nationen durch freie Wahl über ihr Leben entscheiden, und beschließen mögen, ob sie einen unabhängigen Staat errichten o d e r eine staatliche Gemeinschaft im Vereine mit anderen Nationen bilden wollen.

Hingegen erklärte der Vertreter Österreich-Ungarns namens des Vierbundes, daß die Frage der Selbstbestimmung der Nationen, welche bisher keine staatliche Selbständigkeit besitzen, in jedem Staate auf dem Wege der Verfassung gelöst werden solle. Im Hinblick hierauf sind wir verpflichtet, für die tschechische Nation zu erklären, daß dieser Standpunkt des Vertreters Österreich-Ungarns nicht unser Standpunkt ist. Wir haben im Gegenteil in allen unseren Erklärungen und Anträgen diese Lösung bekämpft, weil sie nach unseren zahlreichen bitteren Erfahrungen nichts anderes bedeutet als die vollständige Ablehnung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Wir beklagen es tief, daß unsere Nation durch künstliche Wahlordnungen ihrer staatsrechtlichen Selbständigkeit und ihres Selbstbestimmungsrechtes beraubt und hierauf der Herrschaft einer deutschen Minderheit und einer deutschen zentralistischen Bureaukratie ausgeliefert wurde. Unser slowakischer Zweig wurde sodann das Opfer der magyarischen Brutalität und einer unerhörten Vergewaltigung in einem Staate, der trotz aller scheinkonstitutionellen Formen der dunkelste Winkel Europas bleibt und in dem die nichtmagyarischen Nationen, welche die Mehrheit bilden, durch die herrschende Minderheit gequält und ausgerottet und von der Wiege an entnationalisiert werden, und welche sozusagen ohne jegliche Vertretung im Parlament und in den Ämtern, ohne öffentliche Schulen und ohne Freiheit bezüglich der Privatschulen sind.

Die Verfassung, auf die sich der Vertreter Österreich-Ungarns beruft, hat auch die Gerechtigkeit des allgemeinen Stimmrechtes geschändet, indem sie im österreichischen Reichsrath auf künstlichem Wege die Anzahl der Mandate der deutschen Minderheit vermehrt hat, und ihre völlige Wertlosigkeit für die Freiheit der Völker hat sich laut und deutlich in einem grausamen Militärabsolutismus während der Kriegszeit gezeigt. Jeglicher Hinweis auf diese Verfassung bedeutet daher in Wirklichkeit nur eine Ablehnung des Selbstbestimmungsrechtes, eine Auslieferung aller nichtdeutschen Nationen in Österreich und eine geradezu grausame dauernde Verhöhnung für die nichtmagyarischen Nationen in Ungarn, wo die Verfassung lediglich ein Werkzeug der rücksichtslosesten Herrschaft einiger adeliger magyarischer Oligarchengeschlechter ist, wie dies neuerlich durch die Vorlage über die Wahlreform bestätigt wurde.

Unsere Nation erstrebt mit allen Demokratien der Welt einen allgemeinen und dauernden Frieden. Sie ist sich aber voll bewusst der Wahrheit, daß nur ein solcher Frieden von Dauer sein könne, der das alte Unrecht, die brutale Gewalt des Übergewichtes der Waffen, wie auch die Vorherrschaft von Staaten und Nationen über andere Nationen beseitigt, der die Entwicklung der großen und kleinen Nationen sicher stellt, und der insbesondere jene Nationen befreit, die bis jetzt unter fremder Vorherrschaft seufzen. Deshalb muß dieses Recht auf freies nationales Leben und auf Selbstbestimmung der Nationen, sei es der kleinen, sei es der großen, und auf alle staatlichen Zugehörigkeiten die Grundlage des künftigen internationalen Rechtes, eine Bürgschaft für den Frieden und für das freundschaftliche Zusammenleben der Nationen sein und das große ideale Gut bilden, welches sich die Menschheit aus den Schrecknissen des Weltkrieges erkämpft hat. Wir Abgeordneten des tschechischen Volkes erklären, daß ein Frieden, der unserer Nation nicht die Gerechtigkeit und Freiheit bringen würde, für sie kein Frieden sein könnte, sondern nur der Anfang eines neuen mächtigen und zielbewussten Kampfes um die staatliche Unabhängigkeit, in dem unser Volk alle seine materiellen und sittlichen Kräfte bis zum äußersten anspannen und in diesem rücksichtslosen Kampfe nicht erlahmen würde bis zu einem glücklichen Ende.

Unser Volk ruft nach seiner Selbständigkeit, gestützt auf sein historisches Staatsrecht und völlig durchdrungen von dem heißen Wunsche, es möge in freiem Wettbewerbe mit den anderen freien Völkern und in seinem souveränen, vollberechtigten, demokratischen, sozial gerechten und auf der Freiheit seiner ganzen Bürgerschaft aufgebauten Staate innerhalb seiner und seines slowakischen Zweiges historischen Landesgrenzen und Siedlungsgebieten beitragen zu dem neuen großen Aufschwünge der Menschheit, welcher auf Freiheit und Brüderlichkeit gegründet ist, indem es in diesem Staate den n a t i o n a l e n M i n d e r h e i t e n volle und g l e i c h e n a t i o n a l e R e c h t e zuerkennt. Geleitet von diesen Grundsätzen erheben wir feierlich Einspruch gegen die Ablehnung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker bei den Friedensverhandlungen und verlangen, daß im Sinne dieses Rechtes allen Völkern und daher auch dem unseren Teilnahme und volle Freiheit zur Verteidigung ihrer Rechte auf dem Friedenskongresse gewährleistet werde.

Quelle: <https://is.muni.cz>

Montag, 07. Januar 1918

Berliner Morgenpost - Nr.7 – 1918 – Montag, 07. Januar - S.1

Kein Rücktrittsgesuch Ludendorffs.

(W.T.B.) Berlin, 5. Januar. Die in mehreren Zeitungen verbreitete Nachricht, daß das Entlassungsgesuch des Generals Ludendorff vorliege, entspricht nicht den Tatsachen.

Vorwärts - Nr.7 – 1918 – Montag, 07. Januar - S.1

Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat gestern mittags zusammen, um über die neue durch die Vorgänge in Brest-Litowsk geschaffene Lage zu beraten. Die Beratung gestaltete sich insofern schwierig, als die Materie, der sie galt, sich noch völlig im Flusse befindet und möglicherweise zu gleicher Zeit schon an anderer Stelle ernste Entscheidungen gefallen sein konnten, von denen man gestern nachmittags im Reichstag noch nichts wußte. In der Politik entscheidet der Erfolg, und der Erfolg oder Mißerfolg der in Brest-Litowsk wieder aufgenommenen Verhandlungen wird das gesamte politische Leben aufs tiefste beeinflussen, unter Umständen auf das Gründlichste verändern. Unter welchem Stern aber die wieder angesponnenen Verhandlungen in Brest-Litowsk gestanden hatten, war gestern im Reichstag noch unbekannt.

Nach mehrstündiger Debatte beschloß die Fraktion folgende Kundgebung:

Angesichts der Vorgänge in Brest-Litowsk und des Ansturms der Annexionisten gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker erklärt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erneut, daß ein freundschaftliches Verhältnis und ein dauernder Friede nur möglich ist bei ehrlicher Durchführung des demokratischen Grundrechts der Selbstbestimmung der Völker.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert deshalb, daß den beteiligten Völkern die freie, vollkommen unabhängige Willenserklärung garantiert wird.

Die letzte Entscheidung über die innere und äußere staatsrechtliche Gestaltung der in Betracht kommenden Gebiete muß verfassungsgebenden, aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenen Landesversammlungen oder Volksabstimmungen überlassen werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion billigt einmütig das Verhalten ihrer Vertreter im Hauptausschuß **und ist entschlossen, jedem Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechts zum Zwecke verschleierte Annexionen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.**

Die grundsätzliche Stellung unserer Fraktion zu den schwebenden großen Problemen ist hier mit voller eindeutiger Klarheit zum Ausdruck gebracht. Der Versuch der Annexionisten, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zum Zwecke verschleierte Annexionen zu fälschen, wird mit nicht zu überbietender sachlicher Schärfe zurückgewiesen.

Es ist klar, daß dieser Beschluß, der mit Vorbedacht taktische Konsequenzen noch nicht zieht, solche Konsequenzen unter bestimmten Umständen mit Sicherheit zur Folge haben muß. „Die Reichstagsfraktion ist entschlossen, jedem Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechts zum Zwecke verschleierte Annexionen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.“ Jene, die einen solchen Mißbrauch ins Werk setzen wollen, wissen also, daß sie mit der entschlossenen Gegnerschaft der Sozialdemokratie zu rechnen haben.

[Verdeckte Drohung mit der Revolution?]

Die sozialdemokratische Partei ist sich des ungeheuren Ernstes der Lage vollkommen bewußt. Die unter dem überpatriotischen Banner des Alldeutschtums und der Vaterlandspartei marschierende Reaktion will zu einem entscheidenden Schlage ausholen. Ihr Bestreben geht dahin, die bürgerlichen Parteien unter der gegenwärtigen Regierung oder noch lieber unter einer zu bildenden neuen gegen die Sozialdemokratie zu sammeln, den nationalistischen Terror zu organisieren und ihr außen- und innenpolitisches Programm mit allen Mitteln, die ihr der Kriegszustand zur Verfügung stellt, durchzuführen.

Reichstagsbeschlüsse und Regierungserklärungen für den Frieden sollen in Fetzen gerissen werden. Der preußische Wahlrechtsentwurf soll ihr Schicksal teilen. Alle die, auch so bescheidenen Fortschritte der sogenannten Neuorientierung hinsichtlich der Gleichberechtigung der Parteien und wirtschaftlichen Organisationen sollen rückgängig gemacht werden. „Los von der Sozialdemokratie!“ ist die Parole. Oder noch richtiger „Los auf die Sozialdemokratie!“

Diesen Bestrebungen stehen wir mit ruhiger Entschlossenheit gegenüber. Sie sind heute schon verurteilt, nicht nur in den Augen unserer eigenen Parteigenossen, sondern auch in denen aller Volksgenossen, die sich den Sinn für Rechtlichkeit bewahrt haben. Seit dreieinhalb Jahren verteidigt der sozialdemokratisch gesinnte Teil des deutschen Volkes gemeinsam mit den anderen unter heldenhaften Leistungen und ungeheuren Entbehrungen das Land. Sein Verbrechen ist, sich inmitten dieses jahrelangen Schlachtens nach dem Frieden zu sehnen, für ihn zu wirken und für seine Ueberzeugungen einzutreten.

Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zeigt, daß sie sich nicht beeinflussen läßt von Einschüchterungsabsichten, die sie kennt. Sie steht dafür ein, daß Erklärungen der Regierung, die im Einklang mit Beschlüssen des Reichstags abgegeben worden sind, ehrlich durchgeführt werden müssen, und sie verteidigt damit, um es wieder und wieder zu sagen, die Ehre der Nation, die an jene Erklärungen gebunden ist. Sie verteidigt die Zukunft der Nation wie nach außen so auch gegen Kräfte im Innern die sich in kurzsichtiger Blendung an den wahren Zukunftsinteressen des Volkes aufs schwerste versündigen.

Alle Zeichen sprechen dafür, daß dieser Kampf vor einem neuen Höhepunkt steht. Und darum sind wir froh, daß die Reichstagsfraktion in diesem Augenblick eine klare und feste Sprache geführt hat. Für das, was wir für recht halten und was nach unseren Ueberzeugungen dem Wohl des Volkes dient, treten wir ein. Mögen andere ihre Verantwortung mit so gutem Gewissen tragen wie wir die unsere.

Mögen andere sich aber auch darüber klar werden, daß **niemand ein Recht hat, das, was das deutsche Volk in dreiundvierzig Friedensjahren aufgebaut und in dreieinhalb Kriegsjahren geschützt hat, aufs Spiel zu setzen.** Die Liquidation von „Bethmanns Erbe“, die unsere alldeutschen Rückwärtser anstreben, ist die Liquidation des 4. August, den sie stets gehaßt haben, weil sie in ihm eine verpaßte Gelegenheit sehen, zugleich mit dem äußeren Feind auch mit dem „inneren“ abzurechnen. Glauben sie diese Gelegenheit jetzt nachholen zu können? Sie werden sich täuschen und Trümmer werden ihren Weg bezeichnen!

Vorwärts - Nr.7 – 1918 – Montag, 07. Januar - S.3

Hendersons Bekenntnis zum demokratischen Frieden.- Henderson* für die Bolschewiki.

[Arthur Henderson, *13.09.1863 - +20.10.1935; britischer Politiker unter Herbert Henry Asquith und David Lloyd George, Erziehungsminister und Berater in Arbeiterfragen. Arbeitete mit dem französischen Sozialisten Albert Thomas zusammen; Mitorganisatoren der „Stockholmer Friedenskonferenz“ mit dem Schweden Branting; Zusammentreffen in Stockholm mit den deutschen Sozialdemokraten Philipp Scheidemann, Herrmann Müller, und Unabhängigen Hugo Haase, Karl Kautsky, Georg Ledebour, e.a.]

In einer Besprechung dieser Rede [Rede Lloyd Georges] sagte Henderson, die Arbeiterschaft würde sie insoweit willkommen heißen, als sie eine klare Feststellung über die Ziele sei, für deren Verwirklichung wir den Krieg fortsetzen.

In einigen Beziehungen, sagte er, verkörpert sie die erklärten Grundsätze und Ziele, welche die Arbeiterschaft bei der neulichen Konferenz als die wesentlichen Kriegsziele festgestellt hat. Die Arbeiterschaft besteht, wie sie immer bestanden hat, auf der vollständigen Freiheit und Unversehrtheit Belgiens, Serbiens, Rumäniens und Montenegros und auf der Schaffung einer festen Grundlage für einen Bund der Nationen und Völker zum Zweck der Abrüstung und Verhütung künftiger Kriege. Dieses stellt unsere Mindestforderung dar, welche keine Einschränkung duldet, und wenn wir dies erreichen, wünschen wir die vollständige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen und die vorläufige Abstandnahme von allen Versuchen hinsichtlich eines Wirtschaftskrieges oder Boykotts.

Insofern, als die Erklärung des Premierministers mit diesen Grundsätzen übereinstimmt, heißen wir sie willkommen und sind überzeugt, daß keine andere Regelung vereinbar sein kann mit dem zum Ausdruck gebrachten Wunsch nach einem Frieden, welcher, wie er sagt, nicht den Samen künftiger Kriege in sich enthalten wird. Indem er die Stellung der britischen Arbeiterschaft in der gegenwärtigen Krisis näher beleuchtet, sagte Henderson, ihre Ziele seien dieselben wie im Jahre 1914, nämlich die Vernichtung des Militarismus nicht nur in Deutschland, sondern überall. Dies kann nur erreicht werden durch ein klar begründetes gemeinsames Abkommen zwischen den Völkern und eine Regelung auf den Grundlagen internationaler Gerechtigkeit. Die englische Arbeiterschaft heißt die sechs Haupt-Grundsätze warm willkommen, welche durch die russische Regierung niedergelegt worden sind. **Sie verwirft ebenso vollständig wie die Bolschewiki selbst jeden Gedanken, der aus dem Kriege nationalistischen oder imperialistischen Nutzen ziehen möchte.** Im wesentlichen stimmen wir mit den Bolschewiki überein, ebenso mit Wilson, wie wir aus der von ihm veröffentlichten Erklärung schließen. Aber begreiflicherweise wird nach dem Kriege dieser große Umfang der Anwendung dieser Grundsätze ungeheuer verwickelt werden. Auf dieser Frage der

Anwendung beruht, wie wir wissen, eine sehr günstige Gelegenheit für jegliche Art hinterlistiger und falscher Vorwände.

Gerade hatten wir ein Beispiel dafür in den deutschen Vorschlägen über Polen und Litauen. Wir, die britische Arbeiterpartei, sind aufrichtig und wir haben nicht die Absicht, irgend einen falschen Vorwand zu dulden. Wir fordern die russischen Kameraden auf, überzeugt zu sein, daß die britische Arbeiterschaft im guten Glauben handelt und daß wir auf unserer Hut sind vor jeder Verdrehung unserer Grundsätze durch unheilvollen und imperialistischen Ehrgeiz.

Henderson schloß: Ich will jetzt noch einen dringenden und bestimmten Appell an die russischen Kameraden richten. Wenn sie irgendeine Grundlage der Verständigung mit den Mittelmächten für einen allgemeinen Frieden erzielen, so ersuche ich sie, darauf zu bestehen, daß die Mittelmächte diese Grundlage zur Erwägung allen Regierungen und Völkern, die es angeht, unterbreiten werden. Sie können sich dann darauf verlassen, daß die Vertreter der britischen Arbeiterschaft alles tun werden, was in ihrer Macht steht, um darauf zu sehen, daß sie eine deutliche, ehrliche und begründete Antwort erhalten.

Berliner Morgenpost - Nr.7 – 1918 – Montag, 07. Januar - S.1

Tohuwabohu.

Es sieht wieder einmal trübe aus um uns her und tiefe Kümmeris muß den Vaterlandsfreund erfüllen, wenn er auf das wüste Treiben blickt, das durch den Zwischenfall in Brest-Litowsk entfesselt worden ist. Keinem Verständigen konnte es zweifelhaft sein, daß es bei den Friedensverhandlungen kritische Momente geben müsse, und jeder mußte sich sagen, daß in solchen Momenten alles darauf ankommen werde, daß man die Nerven nicht verliere, sondern ruhiges Blut und einen kühlen Kopf behalte. Nun ist ein solcher kritischer Moment eingetreten, und was geschieht bei uns zu Lande? Alles rast, schimpft, schreit, zetert und tobt durcheinander, Drohungen werden laut, deren Ausführungen dem Vaterlande schwersten Nachteil bringen müßte, unsere leitenden Männer, deren Wirken wir jetzt weniger entbehren können als je zuvor, werden gegeneinander ausgespielt und aufgehetzt – kurz, alle wüten gegen alle, und ein greuliches Tohuwabohu herrscht, ganz so wie in den schwärzesten Tagen, die dem Sturze Bethmann Hollwegs vorangingen.

Die Annexionisten wittern wieder einmal Morgenluft und glauben, die Zeit gekommen, um unseren Sachwaltern in Brest der gesamten Reichsregierung und der Reichtagsmehrheit den Genickfang versetzen zu können. Und wenn diesem Treiben gegenüber wenigstens die Reichtagsmehrheit fest und geschlossen bliebe! Aber auch das ist leider nicht der Fall, sondern die äußerste Linke muß auch dabei sein, um die von den Annexionisten verursachte Wirrsal noch mehr zu verwirren und dem Volke den klaren Blick zu trüben für das, was ist.

Ja, was ist denn um Gotteswillen? Es wird behauptet, unsere Unterhändler seien mit ihrer Erklärung vom 28. Dezember von dem Grundsatz „Friede ohne Annexionen und Kontributionen“, zu dem sie sich noch am 25. Dezember bekannt hatten, abgewichen. Mit welchem Recht wird das behauptet? Ueber die Regierungsauffassung hinsichtlich der Beilegung der deutsch-russischen Differenzen in der Frage des Selbstbestimmungsrechts für die besetzten Ostgebiete erhält die „B.Z. am Mittag“ von eingeweihter Seite folgende Mitteilungen:

Der Reichskanzler hält nach den Abgeordneten inzwischen gegebenen Aufklärungen nach wie vor fest an der völlig loyalen Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, denen in den besetzten Gebieten die volle Freiheit der Abstimmung gewährt werden soll. Diese Abstimmung kann und braucht erst stattfinden, nachdem die Gebiete von unseren Truppen geräumt sind. Voraussetzung für die Räumung durch unsere Truppen ist allerdings die vorhergehende Demobilisierung der russischen Armee. **Es ist also auch die Darstellung unrichtig, daß die Volksabstimmung unter dem Drucke der deutschen Waffen erfolgen soll.** Wie die irritierende Nachricht aus Petersburg in der Kopenhagener Politiken zu erklären ist, konnte bisher nicht festgestellt werden. **Möglicherweise handelt es sich hier um eine bewußte Fälschung, die vielleicht auf eine Darstellung des Petersburger Korrespondenten Ransom von den Daily News zurückzuführen wäre.**

Wir hatten bisher angenommen, daß unsere Regierung sich darauf beschränken werde, der Bevölkerung der besetzten Gebiete die weitestgehenden Bürgschaften zu geben für die volle Freiheit ihrer Abstimmung, und daß sie sich, falls es von russischer Seite gefordert würde, auch dazu verstehen werde, den Russen die Möglichkeit einer Kontrolle über den Gang der Dinge bei der Abstimmung zu geben. Aus den obigen Mitteilungen erfahren wir nun, daß die Reichsregierung noch viel weiter geht, indem sie sich damit einverstanden erklärt, daß die von den Russen verlangte Abstimmung erst nach der Räumung des besetzten Gebietes durch die deutschen Truppen stattfinde. Kann man eine größere Gewähr für die Achtung des

Selbstbestimmungsrechtes der Nationen geben als wenn man diese Nationen unter sich läßt und ihnen anheimstellt, zu tun und zu lassen was sie wollen? Was will man denn also? Will man wirklich soweit gehen, daß man uns zumutet, die besetzten Gebiete zu räumen, bevor der Friede geschlossen ist und bevor die Russen demobilisiert haben, auf die Gefahr hin, daß nach Herrn Lenin und Trotzki andere Pharaos kommen, die nichts wissen wollen von Lenin, Trotzki und ihren Brüdern und von dem, was sie beschlossen und abgemacht haben? Wenn man das aber nicht will, was will man denn in aller Welt?

Es wird unserer amtlichen Berichterstattung der Vorwurf gemacht, daß sie absichtlich in ihrem Bericht über die Brest-Litowsker Verhandlungen vom 28. Dezember den Stand der Dinge viel zu rosig gemalt habe, denn zurzeit als dieser Bericht verfaßt worden sei, habe schon eine Darstellung der Petersburger Telegraphen-Agentur vorgelegen, aus der man habe entnehmen können, daß der deutsche Standpunkt von russischer Seite auf das schroffste abgelehnt worden sei.

Auch uns hat dieser Bericht der Petersburger Telegraphen-Agentur über die angebliche Antwort der russischen Unterhändler vorgelegen, und wir haben daraus auf der Stelle ersehen, daß so, wie es die Petersburger Telegraphen-Agentur darstellte, die Russen unmöglich geantwortet haben können. Es war in dem Bericht über ihre Antwort von Imperialistenbanden, Kapitalistenbanden und anderen Banden die Rede, teils direkt mit Bezug auf die Deutschen zwar nicht direkt genannt, aber doch unzweifelhaft gemeint waren. Niemand konnte glauben, daß sich die russischen Unterhändler erlaubt haben sollten, am Verhandlungstisch in solchen Tönen zu reden, und man mußte annehmen, daß, wenn es sich hier nicht um einen Kommentar der Petersburger Agentur handelte, eine direkte Fälschung vorlag. Nun ist inzwischen den Mitgliedern des Hauptausschusses das stenographische Protokoll der betreffenden Verhandlung in Brest-Litowsk vorgelegt worden, und es ergibt sich daraus, daß in der Tat am Verhandlungstisch kein Wort von dem gefallen ist, was in dem Bericht der Petersburger Telegraphen-Agentur zu lesen steht.

Warum aber, wenn die Dinge so liegen, unsere amtlichen Stellen die Petersburger Darstellung, die dem ganzen Ausland bekannt geworden ist und dort das größte Aufsehen erregt hat, nicht sofort auch bei uns veröffentlicht haben, um sie so energisch wie möglich als falsch und irreführend zu bezeichnen, dafür können wir allerdings einen vernünftigen Grund nicht auffinden. Wir dürfen aus den bekannten Gründen solche Dinge nicht veröffentlichen und sie auf ihren Wert prüfen, die amtlichen Stellen unterlassen es und das Ende vom Liede ist, daß Unruhe, Verwirrung, Mißmut und Mißtrauen entstehen, wo mit einem Wort Klarheit geschaffen werden könnte. Wie oft haben unsere amtlichen Stellen diese Erfahrung gemacht, wie oft haben sie gesehen, daß durch ihr Verfahren nichts anderes als Schaden angerichtet wird? Alle anderen werden durch Schaden klug, sie, wie es scheint, nicht.

Wie gesagt, es sieht wieder einmal trübe aus um uns her. Soll der Hexensabbat, in dessen Mitten wir uns befinden, nun noch lange dauern? Es ist nicht abzusehen, welchen Schaden und das wüste Tohuwabohu noch bringen wird. Aber hoffentlich kommt bald die reinigende Windsbraut, die das trübe Nebelgewölk, den schwülen Dunst verscheucht. Es ist wieder einmal die höchste Zeit, daß sie kommt. **R.C.**

Berliner Morgenpost - Nr.7 – 1918 – Montag, 07. Januar - S.2

Die Stellungnahme der Sozialdemokraten. - Gegen jeden Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechts.

Die Reichstagsfraktion der sozialdemokratischen Partei hielt gestern die Sitzung ab, die der Vorwärts als die „vielleicht wichtigste seit dem 4. August 1914“ bezeichnet hatte. Nach mehrstündiger Aussprache wurde folgende Entschließung angenommen:

„Angesichts der Vorgänge in Brest-Litowsk und des Ansturms der Annexionisten gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker erklärt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erneut, daß ein freundschaftliches Verhältnis und ein dauernder Friede nur möglich ist, bei ehrlicher Durchführung des demokratischen Grundrechts der Selbstbestimmung der Völker. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert deshalb, daß den betreffenden Völkern die freie, vollkommen unabhängige Willenserklärung garantiert wird. Die letzte Entscheidung über die innere und äußere staatliche Gestaltung der in Betracht kommenden Gebiete muß verfassungsgebenden, aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenen Landesversammlungen oder Volksabstimmungen überlassen werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion billigt einmütig das Verhalten ihrer Vertreter im Hauptausschuß und ist entschlossen, jeden Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechts zum Zwecke verschleierte Annexionen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.“

Berliner Morgenpost - Nr.7 – 1918 – Montag, 07. Januar - S.2

Kein Beitritt der Entente mehr.

Brest-Litowsk, 6. Januar. Gestern abend ist folgender Funkspruch in deutschem Klartext abgesandt worden:

„An die russische Delegation zu Händen ihres Vorsitzenden Herrn Joffe, Petersburg.

In Ihrer Antwort auf die Vorschläge der russischen Delegation hatten die Delegationen des Vierbundes am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk gewisse Leitsätze für den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Friedens aufgestellt. Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung hatten sie die Gültigkeit dieser Leitsätze ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genaueren Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müßten.

Mit Zustimmung der vier Verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehntägige Frist festgesetzt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Brest-Litowsk aufgestellten Grundsätzen eines sofortigen Friedens bekanntmachen und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten.

Die Delegationen der verbündeten Mächte stellen fest, daß die zehntägige Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen und von keinem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen eingegangen ist.

Die Vorsitzenden der Verbündeten Delegationen:

gez. v. Kühlmann für Deutschland,
gez. Graf Czernin für Oesterreich-Ungarn,
gez. Popow für Bulgarien,
gez. Ressimy Bay für die Türkei.

Königsberger Hartungsche Zeitung - Nr.10 – 1918 – Montag, 07. Januar - Abend - S.1

Exminister Branting.

Aus Stockholm meldet der Draht den Rücktritt des Ministers Branting, des Führers der schwedischen Sozialdemokraten und noch vor wenigen Monaten äußerst einflußreichen skandinavischen Sachwalters der Entente. Der Ausfall der letzten Herbst-Kammerwahl in Schweden hatte ihm zu dem Ministersessel verholfen. Zwar befriedigten die Kammerwahlen nicht voll das ehrgeizige und skrupellose Machtstreben der Richtung Branting, aber für den Führer und ein paar seiner Freunde fielen immerhin einige Ministerposten ab. Indessen die Ministerherrlichkeit des ungestümen Entente Agitators hat nicht lange gedauert. Ehe er noch recht zu amtlicher Wirksamkeit gekommen, ist er schon wieder in der Versenkung verschwunden. Krankheit soll seinen schnellen Rücktritt veranlaßt haben. Es ist jedoch eine ausgesprochen politische Krankheit. Die von der Petersburger Bolschewiki-Regierung veröffentlichten Geheimdepeschen hatten sein Wirken als Agent Englands in eine Beleuchtung gerückt, daß seine Ministertätigkeit fortan nahezu eine Unmöglichkeit schien. Und aus dieser Lage hat er denn nun auch die entsprechende Konsequenz gezogen. Wie enge Branting mit der Entente verbunden ist, brachte „offenherzig“ ein Londoner Blatt zum Ausdruck, als es s.Z. während der Kammerwahlen erklärte, daß kein auswärtiger Politiker oder Staatsmann soviel für England und den Vielverband getan habe wie Branting. Wenn ihm trotzdem noch etwas zu tun übrig geblieben ist, wird er's jetzt, da er der amtlichen Fessel wieder ledig ist, gewiß noch leisten. Und zwar umso bereitwilliger, je mehr die Lloyd George und Konsorten auch in Zukunft den alten Geschäftsgrundsatz beherzigen, daß Hand nur von Hand gewaschen wird und man sich mit silbernen Kugeln die eifrigsten Freunde erwirbt.

Berliner Morgenpost - Nr.7 – 1918 – Montag, 07. Januar - S.2

Die Entente und Rußland.

Bern, 5. Januar. (Telegramm unseres Korrespondenten) Die Times und Morningpost-Korrespondenten in Washington geben am 1. Januar merkwürdig gleichlautende Stimmungsbilder über die amerikanische Aufnahme der deutsch-russischen Friedensverhandlungen. Die Berichte sind offenbar inspiriert – es fragt sich nur, ob von englischer oder amerikanischer Seite. Beide Korrespondenten sprechen von einer deutschen Friedensoffensive und betonen mit hartnäckiger Vehemenz, daß die amerikanischen Staatsmänner nicht in die

„deutsche Falle“ gehen werden. Sie betonen, daß die amerikanischen Politiker in jedem deutschen Friedensfühler nichts anderes sehen als ein unbewußtes Eingeständnis der Niederlage, und daß die Amerikaner reale Politiker genug sind, um sich von der moralischen Verbrämung dieser Aeußerungen nicht übertölpeln zu lassen. Der amerikanische Standpunkt soll, diesen zwei Engländern zufolge, der sein, daß man das zusammenbrechende Deutschland zusammenbrechen lassen müsse.

Wiener Abendpost - Nr.5 – 1918 – Montag, 7.Jänner - S.3

Erklärungen Lloyd-Georges über die Friedensziele

London, 6.Jänner. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) – In Erfüllung einer unlängst gegebenen Zusage, eine Ansprache an die Delegierten der Gewerkschaften zu richten, welche sich jetzt über die Frage des Mannschaftsersatzes mit dem Minister für nationale Dienste auseinandersetzen, gab Premierminister Lloyd-George gestern über die Kriegsziele folgende bedeutungsvolle Erklärung im Namen der Regierung ab:

Wenn die Regierung die organisierte Arbeit dieses Landes einlädt, ihr dabei behilflich zu sein, die gehobene Stimmung der Armeen im Felde aufrechtzuerhalten, so sind ihre Vertreter berechtigt, zu fragen, damit irgendwelche Befürchtungen und Zweifel, die sie etwa über den Zweck, für den diese wertvolle Arbeitskraft verwendet werden soll, haben könnten, endgültig aufgeklärt werden. Und was von der organisierten Arbeit gilt, gilt in gleicher Weise für alle Bürger dieses Landes ohne Rücksicht auf ihren Stand oder Beruf. Nur die klarste, größte und gerechteste Sache kann die Fortsetzung dieses Weltkrieges auch nur für einen einzigen Tag rechtfertigen. Wir müssen imstande sein, in klarer Weise die Grundsätze darzulegen, für welche wir kämpfen, aber auch ihre endgültige und deutliche Anwendung auf die Weltkriegskarte.

Wir sind an der kritischsten Stunde dieses furchtbaren Kampfes angelangt, und bevor eine Regierung eine schwerwiegende Entscheidung über die Bedingungen faßt, unter denen sie den Kampf beenden oder fortsetzen will, muß dem Genüge getan werden, daß das Gewissen der Nation hinter diesen Bedingungen steht; denn diese allein kann die Anstrengungen aufrechterhalten, welche nötig sind, um diesen Krieg tatkräftig zu Ende zu führen. Ich habe daher während der letzten Tage in besonderer Weise dafür Sorge getragen, mich über die Auffassungen und Stellungen der Vertreter der gesamten Stimmungen und Ansichten zu unterrichten. Letzte Woche hatte ich Gelegenheit, nicht nur die erklärten Kriegsziele der Arbeiterpartei durchzustudieren, sondern auch mit den Arbeiterführern die Bedeutung und die Absichten ihrer Kriegszielerklärung zu erörtern. Auch hatte ich Gelegenheit, dieselbe wichtige Frage mit Asquith und Grey durchzusprechen und mit einigen Vertretern der großen überseeischen Dominions zu beraten. Es freut mich als Ergebnis aller dieser Erörterungen festzustellen, obwohl die Regierung allein für die tatsächliche [...Text fehlt...] die ich in meiner Rede gebrauchen ... verantwortlich ist, eine allgemeine Übereinstimmung über den Charakter und unserer Kriegsziele sowie über unsere besteht. Was ich daher heute ... der Welt sage, hat Anspruch darauf als Auffassung der Regierung.... und des ganzen Reiches zu gelten.

Lloyd George erklärt dann weiter:

Wir führen keinen Angriffskrieg gegen das deutsche Volk, das von seinen Führern überzeugt wurde, es kämpfe einen Verteidigungskrieg gegen eine Vereinigung neidischer Völker, die die Zerstörung Deutschlands beabsichtigen. Das ist nicht der *Grund*. **Eine Zerstörung Deutschlands oder des deutschen Volkes war niemals unser Kriegsziel vom ersten Tage des Krieges an bis heute.** Wir wurden tatsächlich überaus widerstrebend und äußerst unvorbereitet für die schreckliche Feuerprobe gezwungen, in diesen Krieg einzutreten, zur Selbstverteidigung, zur Verteidigung des vergewaltigten öffentlichen Rechtes in Europa und zur Rettung der feierlichen Vertragsverpflichtungen, auf welchen die politische Struktur Europas gegründet ist.

Deutschland dagegen hat mit seinem Einfall in Belgien dieses rücksichtslos zu Boden getreten. Wir mußten entweder in den Kampf eintreten oder beiseite stehen, um dem Untergang Europas und dem Triumph der rohen Macht über das öffentliche Recht und die internationale Gerechtigkeit zuzuschauen. **Es war lediglich das Bewußtsein dieser schrecklichen Alternative, das das britische Volk in den Krieg gezwungen hat.** Das englische Volk hat sich niemals von dieser ursprünglichen Haltung getrennt, **es hat niemals eine Trennung der deutschen Stämme oder die Auflösung des deutschen Staates oder Landes beabsichtigt.**

Deutschland hatte eine große Stellung in der Welt. Es ist nicht unser Wunsch oder unsere Absicht, diese Stellung in Zukunft in Frage zu stellen oder zu zerstören, sondern Deutschland von seinen Hoffnungen und Plänen einer militärischen Beherrschung abzulenken, damit es alle seine Kräfte den großen gemeinnützigen Aufgaben der Welt widme.

Ebenso kämpfen wir nicht, um Österreich-Ungarn zu zerstören oder die Türkei ihrer Hauptstadt oder ihrer reichen Besitzungen in Kleinasien und Thrazien, die vorwiegend von der türkischen Rasse bewohnt sind, zu berauben. Ebenso wenig sind wir in diesen Krieg eingetreten, um die Verfassung des deutschen Kaiserreiches abzuändern und zu zerstören, obwohl wir eine solche militärrautokratische Konstitution im 20. Jahrhundert für einen gefährlichen Anachronismus halten. Es ist unsere Ansicht, daß in der Einsetzung einer wahrhaft demokratischen Verfassung durch Deutschland der überzeugendste Beweis liegen würde, daß der alte Geist militärischer Vorherrschaft in diesem Kriege tatsächlich erstorben sei, und es würde uns viel leichter machen, mit Deutschland einen weitherzigen demokratischen Frieden zu schließen. Das jedoch ist eine Sache, die das deutsche Volk zu entscheiden hat.

Es ist nun über ein Jahr her, daß der Präsident der damals neutralen Vereinigten Staaten den Kriegführenden die Anregung gegeben hat, daß jede Partei eine unzweideutige Erklärung der Ziele, für die sie kämpfe, abgeben solle. Wir und unsere Verbündeten haben mit unserer Note **am 20. Jänner 1917** darauf geantwortet. Die Mittelmächte gaben auf den Appell des Präsidenten keine Antwort, und trotz vielfachen Drängens seitens der Gegner und der Neutralen bewahrten sie vollständiges Stillschweigen über ihre Kriegsziele. Sogar über eine Kernfrage, über ihre Absichten betreffend Belgien, haben sie einhellig abgelehnt, irgend eine ehrliche Angabe zu machen.

Graf Czernin machte in seiner Erklärung vom 25. Dezember 1917, die er im Namen Österreich-Ungarns und seiner Verbündeten abgab, eine Äußerung gewisser Art. Diese ist jedoch bedauerlich unbestimmt. **Man sagt uns, daß es nicht in der Absicht der Mittelmächte liege, sich gewaltsam irgend welche besetzten Gebiete anzueignen oder irgend eine Nation, die während des Krieges ihre politische Unabhängigkeit verloren hat, dieser zu berauben.** Es ist offensichtlich, daß fast jeder Plan der Eroberung und Annektierung innerhalb der wörtlichen Auslegung einer solchen Verpflichtung ausgeführt werden könnte. Oder bedeutet es, daß Belgien, Serbien, Montenegro und Rumänien ebenso unabhängig und frei sein sollen, über ihr eigenes Geschick zu bestimmen wie Deutschland oder irgend eine andere Nation? Oder bedeutet es, daß alle möglichen Einmischungen, politische und wirtschaftliche Beschränkungen, die unvereinbar mit der Würde eines freien und sich selbst achtenden Volkes sind, ihnen auferlegt werden sollen? Besteht vielleicht die Ansicht, daß es eine Art von Unabhängigkeit für große Völker und eine geringere Art von Unabhängigkeit für kleine Völker gibt? Wir müssen darüber Klarheit haben. **Denn die Gleichheit des Rechtes unter den Völkern, ob groß oder klein, ist eines der grundsätzlichen Ziele, für die dieses Land und seine Verbündeten diesen Krieg führen.** Der Ersatz des willkürlichen Schadens, der den belgischen Städten und Dörfern und ihren Einwohnern zugefügt wurde, wird entschieden abgelehnt. Der Rest des sogenannten Angebots der Mittelmächte besteht in einer fast gänzlichen Zurückweisung aller Zugeständnisse.

Alle Andeutungen über die Autonomie der unterworfenen Nationen sind aus den Friedenbedingungen ausgeschaltet. Die Frage, ob den Arabern, Armeniern und Syrern irgendeine Form der Selbstregierung gegeben werden soll, wird lediglich für eine Angelegenheit der hohen Pforte erklärt. Der fromme Wunsch des Schutzes nationaler Minderheiten, soweit praktisch ausführbar, ist die weitestgehend Annäherung an die Freiheitsideen, die der Staatsmann der Mittelmächte zu machen wagt.

Nur in einem Punkte sind diese vollkommen klar und entschieden. Unter keinen Umständen will Deutschland von seiner Forderung auf Rückerstattung sämtlicher deutschen Kolonien abgehen. An diesem Punkte gehen alle Grundsätze von Selbstbestimmung oder, wie wir uns früher ausgedrückt haben, Selbstregierung mit Zustimmung der Regierten in Rauch auf. **Es ist unmöglich, daß ein dauernder Friede auf einer solchen Grundlage aufgebaut werden kann.** Klingende Worte allein über die Formel „keine Annexionen und keine Entschädigungen“ oder über das Recht auf Selbstbestimmung sind zwecklos.

Bevor irgendwelche Verhandlungen überhaupt begonnen werden können, müssen sich die Mittelmächte der wesentlichen Tatsachen der Lage bewußt werden. Wir können die Zukunft der Zivilisation nicht länger der eigenmächtigen (arbitrary) Entscheidung einiger Unterhändler, die trachten, durch Ränke oder Überredung die Interessen dieser oder jener Dynastie oder dieses oder jenen Volkes zu sichern, unterwerfen. Die Einrichtung des neuen Europas muß auf solchen Grundlagen von Vernunft und Gerechtigkeit aufgebaut sein, die allein Dauerhaftigkeit versprechen. Darum ist es unsere Ansicht, daß die Zustimmung der Regierten die Grundlage jeder Regelung von Gebietsfragen in diesem Kriege sein muß. Und aus diesem Grund ist es offensichtlich, daß, wofern nicht Verträge aufrechterhalten werden und jede Nation bereit ist, jedwedes Opfer zu bringen, um ihre Unterschrift unter solchen Verträgen in Ehren zu halten, kein Friedensvertrag das Papier, auf dem er geschrieben ist, wert ist.

Die ersten Forderungen, die daher die britische Regierung und ihre Verbündeten immer vorangestellt haben, sind die vollständige Wiederaufrichtung Belgiens und eine möglichst weitgehende Entschädigung für seine verwüsteten Städte und Provinzen.

Dies ist nicht die Forderung einer Kriegsentschädigung, wie sie Deutschland 1871 auferlegt hat. Es ist auch kein Versuch, die Kosten der Kriegshandlungen von einem Kriegführenden auf den anderen zu schieben. Es ist nicht mehr und nicht weniger als das feste Bestreben darauf, daß, bevor es irgendeine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden geben kann, dieser große Bruch des öffentlichen europäischen Rechtes seine Zurechtweisung erfahren und soweit als möglich gutgemacht werden muß. Wiedergutmachung bedeutet Anerkennung. Solange das internationale Recht nicht durch das Beharren auf Ersatz des Schadens anerkannt ist, der in Nichtachtung seiner Grundlagen zugefügt wurde, kann es niemals Wirklichkeit sein.

Als nächstes kommt die Wiederherstellung Serbiens, Montenegros, sowie der besetzten Teile Frankreichs, Italiens und Rumäniens, vollständige Zurückziehung der feindlichen Armeen. Wiedergutmachung von Unrecht ist die grundlegende Bedingung für einen dauernden Frieden. Wir wollen bis zum Untergange an der Seite der französischen Demokratie in deren Verlangen auf Wiedererwägung (reconsideration) des großen Unrechtes von 1871 stehen, als ohne Rücksicht auf die Wünsche der Bevölkerung zwei französische Provinzen aus Frankreich herausgerissen und dem Deutschen Reiche während eines halben Jahrhunderts einverleibt wurden. Solange dies nicht geheilt ist, können gesunde Zustände nicht wieder eintreten. Es kann keine bessere Illustration der Bösartigkeit geben, einen vorübergehenden militärischen Erfolg zu benützen, um ein nationales Recht zu vergewaltigen.

Ich will nicht versuchen, die Frage der russischen Gebiete, die jetzt von den Deutschen besetzt sind, zu behandeln. Die russische Politik ist seit der Revolution durch so viele Phasen und so schnell gelaufen, daß es schwierig ist, ohne Reserve das Urteil darüber zu sprechen, welches die Lage sein wird, wenn die endgültigen Bedingungen des europäischen Friedens besprochen werden. **Rußland hat den Krieg mit all seinen Schrecken hingenommen, weil es getreu seiner Überlieferung als Schützer der schwächeren stammesgleichen Rassen in den Krieg eintrat, um Serbien vor einem Anschlag auf seine Unabhängigkeit zu schützen.** Es ist dies ein ehrenvolles Opfer, das nicht allein Rußland, sondern auch Frankreich in den Krieg zog. Frankreich, treu den Bedingungen seines Vertrages mit Rußland, trat in einen Streit an der Seite seines Verbündeten, der nicht seine Sache war. Seine ritterliche Haltung für seinen Vertrag führte zu dem willkürlichen Einfall in Belgien, und die Vertragsverpflichtungen Großbritanniens gegenüber diesem kleinen Land zogen uns in den Krieg. Rußland ist nunmehr dabei, ohne Verbindung mit den Ländern, die es in den Krieg gezogen hat, Sonderverhandlungen mit dem gemeinschaftlichen Feinde zu führen. Ich mache keine Vorwürfe, ich führe lediglich Tatsachen an, in der Absicht, klar zu machen, warum Großbritannien nicht verantwortlich ist für Entschließungen, die in seiner Abwesenheit getroffen wurden, über die man sich mit uns nicht beraten hat oder für die man nicht unseren Beistand aufgesucht hat. Niemand, der Preußen und seine Absichten auf Rußland kennt, kann einen Augenblick über seine letzten Absichten im Zweifel sein. Was für Phrasen es auch immer gebrauchen mag, um Rußland einzwickeln, es liegt nicht in seiner Absicht, eine der Provinzen und Städte Rußlands, die es jetzt besetzt hält, zurückzugeben. Unter dem einen oder anderen Namen, welcher ist ja gleichgültig, werden diese russischen Provinzen künftig in Wirklichkeit Teile eines preußischen Reiches bilden. Sie werden durch das deutsche Schwert im Interesse der preußischen Autokratie beherrscht werden, und das übrige Volk Rußlands wird teils durch blendende Worte verlockt, teils durch Drohungen über die Fortsetzung des Krieges gegen eine machtlose Armee in einen Zustand vollständiger wirtschaftlicher und später auch politischer Sklaverei gegenüber Deutschland getrieben werden. Wir alle bedauern diese Aussicht. Die Demokratie Englands beabsichtigt, bis zum letzten den Demokratien Frankreichs und Italiens und aller seiner Verbündeten beizustehen. Wir werden stolz sein, bis zum Ende weiter an der Seite der neuen Demokratie Rußlands zu kämpfen. Daßelbe wollen Amerika, Frankreich und Italien. Aber wenn die gegenwärtigen Machthaber Rußlands unabhängig von ihren Verbündeten etwas unternehmen, so haben wir keine Mittel, einzuschreiten, um die Katastrophe aufzuhalten, der ihr Land sicher verfallen ist. Rußland kann nur durch sein eigenes Volk gerettet werden.

Wir glauben, daß ein unabhängiges Polen, das alle wahrhaft polnischen Elemente umfaßt, die wünschen, einen Teil davon zu bilden, eine dringende Notwendigkeit für das Gleichgewicht in Europa ist.

In gleicher Weise und obwohl ich mit Wilson übereinstimme, **daß die Auflösung Österreich-Ungarns kein Teil unserer Kriegsziele ist**, bin ich der Meinung, daß, wenn nicht eine Selbstregierung auf Grund wirklicher demokratischer Grundsätze den österreichischen und ungarischen Nationen gewährt wird, die dieses so lange gewünscht haben, es unmöglich ist, auf eine Beseitigung jener Ursachen in jenem Teil Europas, die solange seinen allgemeinen Frieden bedroht haben, zu hoffen. Aus den selben Gründen betrachten wir die Befriedigung des natürlichen Anspruches der Italiener auf Vereinigung mit dem Volke gleicher Rasse und Sprache als notwendig. Ebenso beabsichtigen wir, darauf zu dringen, daß den Angehörigen rumänischen Blutes

und rumänischer Sprache in ihren berechtigten Bestrebungen Gerechtigkeit getan werde. Wenn diese Bedingungen erfüllt werden, würde Österreich-Ungarn eine Macht werden, deren Stärke dem Frieden und der Freiheit in Europa förderlich wäre, anstatt lediglich ein Werkzeug der verderblichen militärischen Autokratie Deutschlands zu sein, das die Hilfsquellen seiner Verbündeten zur Förderung seiner eigenen dunklen Ziele benützt. Wir glauben, daß außerhalb Europas dieselben Grundsätze zur Anwendung kommen sollen.

Während wir keineswegs die Aufrechterhaltung des türkischen Reiches in der Heimat der türkischen Rasse mit Konstantinopel als Hauptstadt in Frage stellen wollen, sind Arabien, Armenien, Mesopotamien, Syrien und Palästina, wenn die Durchfahrt zwischen dem Schwarzen und dem Mittelländischen Meer internationalisiert und neutralisiert ist, unserem Urteil gemäß berechtigt, eine Anerkennung ihrer besonderen nationalen Bedingungen zu erhalten. Welche Form diese Anerkennung in jedem einzelnen Fall annehmen soll, braucht hier nicht erörtert zu werden, außer der Erklärung, daß es unmöglich sein würde, die Länder, die ich schon erwähnt habe, unter die frühere Souveränität zurückzugeben.

Es wurde viel über die Vereinbarungen, die wir mit unseren Verbündeten über diese und andere Gegenstände eingegangen sind, gesprochen. Ich kann nur sagen, daß, wenn neue Umstände, wie der russische Zusammenbruch und die russischen Sonderverhandlungen, die Bedingungen verändern, unter denen unsere Vereinbarungen gemacht wurden, wir immer bereit waren, sie mit unseren Verbündeten zu besprechen.

Was die deutschen Kolonien anbelangt, so habe ich wiederholt erklärt, daß sie zur Verfügung der Konferenz gehalten werden, deren EntschlieÙung in erster Linie Rücksicht auf die Wünsche und Interessen der eingeborenen Bewohner dieser Kolonien nehmen muß. Keines dieser Gebiete ist von Europäern bewohnt; daher muß das Hauptgewicht darauf gelegt werden, daß in allen diesen Fällen die Einwohner einer ihnen annehmbaren Verwaltung unterstellt werden, deren Hauptaufgabe es sein wird, ihre Ausnützung im Interesse der europäischen Kapitalisten zu verhindern. Die Eingeborenen leben als verschieden organisierte Stämme unter Häuptlingen und Räten, die befugt sind, sich zu beraten und für ihre Stämme und deren Mitglieder zu sprechen, um deren Wünsche und Interessen in Betreff dessen, was mit ihnen geschehen soll, zu vertreten. Die allgemeinen Grundsätze der nationalen Selbstbestimmung sind daher in ihren Fällen ebenso wie in denen der besetzten europäischen Gebiete anwendbar.

Die deutsche Erklärung, daß die Eingeborenen in den deutschen Kolonien durch ihre bisherige Treue während des Krieges Anhänglichkeit und den Entschluß gezeigt haben, unter allen Umständen bei Deutschland zu bleiben, ist nicht auf die deutschen Kolonien im allgemeinen anzuwenden, sondern nur auf eine davon, und in diesem Falle (Deutsch-Ost-Afrika) haben sich die deutschen Behörden die Anhänglichkeit der eingeborenen Bevölkerung, die eine tiefe Abneigung gegen die Deutschen hat, nicht gesichert, sondern nur die einer kleinen, militärischen Klasse, aus der sie ihre Soldaten oder Askaris genommen haben. Diese haben sie sich herangezogen, indem sie ihnen gegenüber den großen Rest der eingeborenen Bevölkerung eine hochberechtigte Stellung einräumten und diese Askaris in die Lage versetzten, gegenüber den anderen Eingeborenen ein herrisches, unterdrückendes Übergewicht zu gewinnen. Durch diese und andere Mittel haben sie sich die Anhänglichkeit einer sehr kleinen unbedeutenden Minderheit gesichert, deren Interessen denen der anderen Bevölkerung, für die zu sprechen sie kein Recht haben, geradezu entgegengesetzt sind. Die Behandlung der eingeborenen Bevölkerung seitens der Deutschen in ihren Kolonien war derart, daß sie ihre Furcht, die Zukunft dieser Kolonien den Wünschen der Eingeborenen zu unterwerfen, völlig rechtfertigt.

Schließlich muß eine Gutmachung des in Vergewaltigung des internationalen Rechtes verübten Schadens eintreten. Die Friedenskonferenz darf nicht unsere Seeleute und die Dienste vergessen, die sie der gemeinsamen Sache der Freiheit geleistet, sowie die Gewalttätigkeiten, unter denen sie gelitten haben.

Eine Unterlassung, die wir in dem Angebote der Mittelmächte bemerkt haben und die uns besonders bedauernswert erscheint, ist, daß es wünschenswert, ja tatsächlich wesentlich ist, daß der herbeigeführte Zustand nach dem Krieg ein solcher sei, der nicht wieder den Keim für einen künftigen Krieg in sich trägt. Aber das ist nicht alles. Wie klug und gut wir Vereinbarungen über Gebiete und andere Gegenstände treffen mögen, es werden viele Gegenstände für eine internationale Aussprache übrig bleiben. Einige sind tatsächlich unvermeidlich. Die wirtschaftlichen Zustände am Ende des Krieges werden in höchstem Maße schwierig sein, was auf die Ablenkung der menschlichen Arbeit zu kriegesischen Zwecken zurückzuführen ist. Es wird auf der ganzen Welt eine Knappheit an Rohmaterialien eintreten, die immer größer wird, je länger der Krieg dauert, und es ist unvermeidlich, daß jene Länder, die den Markt für Rohprodukte beherrschen, in erster Linie sich selbst und ihren Freunden werden helfen wollen. Abgesehen davon werden die Friedensvereinbarungen, wie sie auch ausfallen mögen, sich nur den Umständen anpassen, unter denen sie gemacht wurden, und je nachdem sich diese Umstände ändern, werden auch Änderungen in den Vereinbarungen hervorgerufen werden. Solange die Möglichkeit eines Streites zwischen den Völkern weiterbesteht, das heißt, solange Männer

und Frauen von Leidenschaft und Ehrgeiz beherrscht werden und der Krieg das einzige Mittel ist, Streitigkeiten zu schlichten, müssen die Nationen unter der Last leben, nicht nur von Zeit zu Zeit in einen Krieg einzutreten, sondern auch unter dem Zwange, stets für seinen möglichen Ausbruch vorbereitet zu sein. Das erdrückende Gewicht der modernen Rüstungen, der wachsende Schaden des militärischen Dienstzwanges, die große Vergeudung von Reichtum und Arbeit, die die Vorbereitung für den Krieg mit sich bringt, sind schwarze Punkte in unserer Zivilisation, deren sich jeder denkende Mensch schämen muß. Aus diesen und ähnlichen Gründen sind wir sicher, daß ein großer Versuch gemacht werden muß, durch Errichtung einer internationalen Organisation eine Alternative für den Krieg als Mittel, internationaler Streitigkeiten zu schlichten, schaffen. Schließlich ist der Krieg ein Überbleibsel des Barbarismus, und ebenso wie das Gesetz auf die brutale Gewalt als Mittel, Streitigkeiten zu schlichten, gefolgt ist, ist es letzten Endes bestimmt, die Stelle des Krieges in der Schlichtung von Zank zwischen den Nationen einzunehmen.

Wenn wir gefragt werden, wofür wir kämpfen, so können wir sagen: Für einen gerechten, dauernden Frieden, und wir glauben, daß, bevor ein solcher erhofft werden kann, die folgenden Bedingungen erfüllt werden müssen: Erstens muß die Heiligkeit von Verträgen aufgerichtet werden. Zweitens muß eine Schlichtung von Gebietsfragen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes oder der Zustimmung der regierten Völker gesichert werden, und schließlich müssen wir durch Schaffung einer internationalen Organisation suchen, die Lasten der Rüstungen zu beschränken und die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zu vermindern. Unter diesen Bedingungen würde das britische Reich einen Frieden willkommen heißen, und um diese Bedingungen sicherzustellen, sind seine Völker bereit, noch größere Opfer zu bringen, als sie bisher gebracht haben.

Berliner Tageblatt - Nr. 11 - Montag, 7. Januar 1918 - S. 2

Lloyd George über Englands Kriegsziele.

Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens und der übrigen besetzten Länder. – „Wiedererwägung“ des Unrechts von 1871. – Unabhängiges Polen. – Selbstregierung der „österreichisch-ungarischen Nation“. – Befriedigung der italienischen und rumänischen Ansprüche. – Abtrennung Arabiens, Armeniens, Mesopotamiens, Syriens, Palästinas von der Türkei. – Die deutsche Kolonien. – Internationale Organisation und Abrüstung.

London, 6. Januar. Nach einer Reuter-Meldung berief Lloyd George gestern die Vertreter der Gewerkschaften zu sich und gab diesen eine Erklärung über die Kriegsziele, in der er unter anderem folgendes sagte:

„Wir sind an der kritischen Stunde dieses furchtbaren Kampfes angelangt und bevor eine Regierung eine schwerwiegende Entscheidung über die Bedingungen faßt, unter welchen sie den Kampf beenden oder fortsetzen soll, muß dem Genüge getan werden, daß das Gewissen der Nation hinter diesen Bedingungen steht.“ Lloyd George erklärt dann weiter, daß er die Fragen der Kriegsziele mit Asquith, Grey sowie einigen Vertretern der überseeischen Dominien beraten habe, so daß das Ergebnis dieser Erörterungen Anspruch darauf habe, nicht allein als Auffassung der Regierung, sondern der Nation und des ganzen Reiches zu gelten. Er sagte: **„Wir führen keinen Angriffskrieg gegen das deutsche Volk, das von seinen Führern überzeugt wurde, es kämpfe einen Verteidigungskrieg gegen eine Vereinigung neidischer Völker, die auf die Zerstörung Deutschlands aus sind. Das ist nicht der Fall. Eine Zerstörung Deutschlands oder des deutschen Volkes war niemals unser Kriegsziel vom ersten Tage des Krieges an bis heute. Das englische Volk hat niemals eine Trennung der deutschen Stämme oder die Auflösung des deutschen Staates oder Landes beabsichtigt.“**

Deutschland hat eine große Stellung in der Welt. Es ist nicht unser Wunsch oder unsere Absicht, diese Stellung in der Zukunft in Frage zu stellen oder zu zerstören, sondern Deutschland von seinen Hoffnungen und Plänen einer militärischen Beherrschung abzulenken, damit es alle seine Kraft den großen gemeinnützigen Aufgaben der Welt widme.

Ebenso kämpfen wir nicht, um Österreich-Ungarn zu zerstören oder die Türkei ihrer reichen berühmten Besitzungen in Kleinasien und Thracien, die vorwiegend von der türkischen Rasse bewohnt sind, zu berauben.

Ebenso wenig sind wir in diesen Krieg eingetreten, lediglich um die Verfassung des Deutschen Kaiserreiches abzuändern und zu zerstören. Das ist eine Sache, die das deutsche Volk zu entscheiden hat.“

Zu den Erklärungen des Grafen Czernin, die dieser am 25. Dezember 1917 im Namen Österreich-Ungarns und seiner Verbündeten abgab, sagte Lloyd George: Diese ist bedauerlich unbestimmt. Klingende Worte allein über die Formel: „Keine Annexionen und keine Entschädigungen oder das Recht auf Selbstbestimmung“ sind zwecklos. Bevor irgend welche Verhandlungen überhaupt begonnen werden können, müssen sich die Mittelmächte der wesentlichen Tatsachen der Lage bewußt werden.

Die ersten Forderungen, die daher die britische Regierung und ihre Verbündeten immer vorausgestellt haben, sind die vollständige Wiederaufrichtung Belgiens, und eine solche Entschädigung für seine verwüsteten Städte und Provinzen, wie sie geleistet werden kann. Dies ist nicht die Forderung einer Kriegsentschädigung, wie sie Deutschland im Jahre 1871 Frankreich auferlegt hat, es ist auch kein Versuch, die Kosten der Kriegshandlungen von einem Kriegführenden auf den anderen zu schieben, es ist nicht mehr und nicht weniger, als das Bestehen darauf, daß, bevor es irgend eine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden geben kann, dieser große Bruch des öffentlichen europäischen Rechtes seine Zurückweisung erfahren und soweit als möglich gut gemacht werden muß. Solange das internationale Recht nicht durch das Beharren auf Ersatz von Schaden, der in der Nichtachtung seiner Grundlagen zugefügt wurde, anerkannt ist, kann es niemals Wirklichkeit sein.

Als nächstes kommt die Wiederherstellung Serbiens, Montenegros, sowie der besetzten Teile Frankreichs, Italiens und Rumäniens, vollständige Zurückziehung der feindlichen Armee. Wiedergutmachung von Unrecht, ist die grundlegende Bedingung für einen dauernden Frieden. **Wir werden bis zum Untergange an der Seite der französischen Demokratie stehen, in deren Verlangen nach Wiedererwägung (reconsideration) des großen Unrechts von 1871**, wo ohne auf die Wünsche der Bevölkerung zwei französische Provinzen aus Frankreich herausgerissen und dem Deutschen Reiche für ein halbes Jahrhundert einverleibt wurden, und bis dieses nicht geheilt ist, können gesunde Zustände nicht wieder eintreten. Es gibt keine bessere Illustration der törichten Bösartigkeit, einen vorübergehenden militärischen Erfolg zur Vergewaltigung eines nationalen Rechts zu benutzen.

Ich will nicht versuchen, die Frage der russischen Gebiete, die jetzt von den Deutschen besetzt sind, zu behandeln. Die russische Politik ist seit der Revolution durch so viele Phasen und so schnell gelaufen, daß es schwierig ist, ohne Reserve des Urteils darüber zu sprechen, welches die Lage sein wird, wenn sie endgültigen Bedingungen des europäischen Friedens besprochen werden. **Rußland hat den Krieg mit all seinen Schrecken hingenommen, weil es getreu seiner Überlieferung, als Schützer der schwächeren Stämme gleicher Rassen in den Krieg eintrat, um Serbien vor einem Anschlag auf seine Unabhängigkeit zu schützen.** Es ist dies ein ehrenvolles Opfer, das nicht allein Rußland, sondern auch Frankreich in den Krieg zog. Treu den Bedingungen seines Vertrages mit Rußland, trat Frankreich an die Seite seines Verbündeten in einen Streit, der nicht seine Sache war. **Seine ritterliche Achtung für seinen Vertrag führte zu dem willkürlichen Einfall in Belgien, und die Vertragsverpflichtungen Großbritanniens gegenüber diesem kleinen Land zogen uns in den Krieg.**

Rußland ist nunmehr dabei, ohne Verbindung mit den Ländern, die es in den Krieg gezogen hat, Sonderverhandlungen mit dem gemeinschaftlichen Feind zu führen. Ich mache keine Vorwürfe, ich führe lediglich Tatsachen an. Niemand, der Preußen und seine Absichten auf Rußland kennt, kann einen Augenblick über seine letzten Absichten im Zweifel sein. Was für Phrasen es auch immer gebrauchen möge, um Rußland einzwickeln, es liegt nicht in seiner Absicht, eine der Provinzen und Städte Rußlands, die es besetzt hält, zurückzugeben. Unter einem oder anderem Namen, welchem ist ja gleichgültig, werden die russischen Provinzen künftig in Wirklichkeit den Teil eines preußischen Reiches bilden und das übrige Volk Rußlands wird, teils durch blendende Worte verlockt, teils durch Drohungen über die Fortsetzung des Krieges geschreckt, in einen Zustand vollständiger wirtschaftlicher und später auch politischer Sklaverei gegenüber Deutschland getrieben werden. Wir alle bedauern diese Aussicht. Die Demokratie Englands beabsichtigt bis zum Letzten den Demokratien Frankreichs und Italiens und aller unserer Verbündeten beizustehen.

Wir werden stolz sein, bis zum Ende Seite an Seite mit der neuen Demokratie Rußlands zu kämpfen. Daßelbe will Amerika, Frankreich und Italien, aber wenn die gegenwärtigen Machthaber Rußlands unabhängig von ihren Verbündeten etwas unternehmen, so haben wir keine Mittel, einzuschreiten, um die Katastrophe aufzuhalten, der ihr Land sicherlich verfallen muß. Wir glauben jedoch, daß ein unabhängiges Polen, das alle jene wahrhaft polnischen Elemente umfaßt, die wünschen, einen Teil davon zu bilden, eine dringende Notwendigkeit für das Gleichgewicht in Osteuropa ist. Gleicherweise und obwohl wir mit Wilson übereinstimmen, **daß die Auflösung Österreich-Ungarns kein Teil unserer Kriegsziele ist**, bin ich der Meinung, daß, wenn nicht eine Selbstregierung auf Grund wirklich demokratischer Grundsätze jenen österreich-ungarischen Nationen gewährt wird, die dies solange gewünscht haben, es unmöglich ist, auf eine Beseitigung jener Ursachen in diesem Teile Europas, die so lange seinen allgemeinen Frieden bedroht haben, zu hoffen. Aus den selben Gründen betrachten wir die Befriedigung des natürlichen Anspruches der Italiener auf Vereinigung mit dem Volke gleicher Rasse und Sprache als notwendig. Ebenso beabsichtigen wir darauf zu dringen, daß den Leuten rumänischen Blutes und rumänischer Sprache in ihren berechtigten Bestrebungen Gerechtigkeit getan werde.

Außerhalb Europas glauben wir, daß dieselben Grundsätze zur Anwendung kommen sollen. Während wir keineswegs die Aufrechterhaltung des türkischen Reiches in der Heimat der türkischen Rasse mit Konstantinopel als Hauptstadt in Frage stellen wollen, sind **Arabien, Armenien, Mesopotamien, Syrien und**

Palästina, wenn die Durchfahrt zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelländischen Meer internationalisiert und neutralisiert ist, unserem Urteil gemäß berechtigt, eine Anerkennung ihrer besonderen nationalen Bedingungen zu erhalten. Welche Form diese Anerkennung in jedem einzelnen Fall annehmen soll, braucht hier nicht erörtert zu werden, es soll nur festgestellt werden, **daß es unmöglich sein würde, die Länder, die ich schon erwähnt habe, unter die frühere Souveränität zurückzugeben**. Es wurde viel über die Vereinbarungen, die wir mit unseren Verbündeten über diese und andere Gegenstände eingegangen sind, gesprochen. Ich kann nur sagen, daß, wenn neue Umstände und der russische Zusammenbruch und die russischen Sondervereinbarungen die Bedingungen veränderten, unter welchen unsere Vereinbarungen gemacht waren, wir immer bereit waren, sie mit unseren Verbündeten zu besprechen.

Was die deutschen Kolonien anbelangt, so habe ich wiederholt erklärt, daß sie zur Verfügung der Konferenz gehalten werden, deren Entschliebung in erster Linie Rücksicht auf die Wünsche und Interessen der eingeborenen Bewohner diese Kolonien nehmen muß. Keines dieser Gebiete ist von Europäern bewohnt. Daher muß das Hauptgewicht darauf gelegt werden, daß in allen diesen Fällen die Einwohner einer ihnen annehmbaren Verwaltung unterstellt werden, deren Hauptaufgabe es sein wird, ihre Ausnützung im Interesse der europäischen Kapitalisten zu verhindern. Die deutsche Erklärung, daß die Eingeborenen in den deutschen Kolonien durch militärische Treue während des Krieges Anhänglichkeit und den Entschluß gezeigt haben, unter allen Umständen bei Deutschland zu bleiben, ist nicht auf die deutschen Kolonien im allgemeinen anzuwenden, sondern nur auf eine davon und in diesem Falle (Deutsch-Ostafrika) haben sich die deutschen Behörden nicht die Anhänglichkeit der eingeborenen Bevölkerung im Ganzen, die eine Abneigung gegen die Deutschen hat und haben wird, gesichert, sondern nur die eine kleine kriegerische Klasse, aus der sie ihre Soldaten oder Askari gewählt haben.

Schließlich muß eine Gutmachung des in Vergewaltigung des internationalen Rechts angerichteten Schadens eintreten. Die Friedenskonferenz darf nicht unsere Seeleute und die Dienste vergessen, die sie der gemeinsamen Sache der Freiheit geleistet, sowie die verbrecherischen Taten, unter denen sie gelitten haben. Es wird auf der ganzen Welt eine Knappheit an Rohmaterialien eintreten, die immer größer wird, je länger der Krieg dauert, und es ist unvermeidlich, daß jene Länder, die den Markt für Rohprodukte beherrschen, in erster Linie sich selbst und ihren Freunden werden helfen wollen.

Solange die Möglichkeit eines Streites zwischen den Völkern weiter besteht, d.h. solange Männer und Frauen von Leidenschaft und Ehrgeiz beherrscht werden, und der Krieg das einzige Mittel ist, Streitigkeiten zu schlichten, müssen alle Nationen unter der Last leben, nicht nur von Zeit zu Zeit in einen Krieg einzutreten, sondern auch unter dem Zwang stets für seinen möglichen Ausbruch vorbereitet zu sein. Aus diesen und ähnlichen Gründen sind wir sicher, daß ein großer Versuch gemacht werden muß, zur Errichtung einer internationalen Organisation, eine Alternative für den Krieg als Mittel internationale Streitigkeiten zu schlichten, zu schaffen.

Wenn wir gefragt werden, wofür wir kämpfen, so können wir sagen, für einen gerechten dauernden Frieden, und wir glauben, daß bevor ein solcher erhofft werden kann, die folgenden Bedingungen erfüllt werden müssen. Erstens: muß die Heiligkeit von Verträgen aufgerichtet werden, zweitens: muß eine Schlichtung von Gebietsfragen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts oder der Zustimmung der regierten Völker gesichert werden, und schließlich müssen wir durch Schaffung einer internationalen Organisation suchen, die Last der Rüstungen zu beschränken und die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zu vermindern. Unter diesen Bedingungen würde das britische Reich einen Frieden willkommen heißen, und um diese Bedingungen sicher zu stellen, sind seine Völker bereit, noch größere Opfer zu bringen, als die bisher gebrachten.

Wiener Abendpost - Nr.5 – 1918 – Montag, 7.Jänner - S.1

[Kommentare zu Brest-Litowsk.]

Bern, 6.Jänner. Der „Temps“ versucht im Leitartikel zu beweisen, daß das zehntägige Ultimatum von Brest-Litowsk von der Entente nicht ernst genommen werden konnte. Es wäre eine Einladung zu Verhandlungen, es wäre nicht einmal eine Mitteilung an die Entente; man könnte es eher als eine Aufforderung an die Völker ansehen. Der „Temps“ beklagt sich darüber mit dem Hinweis darauf, daß die Entente bereit gewesen sei, ernste Vorschläge gründlich zu prüfen (?). Sowohl Balfour als Pichon hätten dies öffentlich erklärt. Auf ein Ultimatum hätten sie unmöglich antworten können.

In einem in der „**Information**“ veröffentlichten Artikel kritisiert Alber Thomas die Verhandlungen von Brest-Litowsk und schlägt eine neue Plattform für die Aktion der Entente vor, indem er empfiehlt, daß die

Westmächte mit den Vereinigten Staaten an der Spitze in ihr Programm das Selbstbestimmungsrecht aller unterdrückten Völker aufnehmen. Vielleicht gelinge es hierdurch, zwischen den Maximalisten und den Zentralmächten einen Gegensatz zu schaffen.

In der „**Humanite**“ verlangt Albert Thomas vom Ministerpräsidenten Clemenceau Pässe für die Sozialisten nach St. Petersburg, um die Maximalisten auf die Gefahr eines Sonderfriedens aufmerksam zu machen. Thomas erzählt, daß Clemenceau prinzipiell mit seiner St. Petersburger Mission einverstanden gewesen sei, aber gefürchtet habe, daß eine solche Mission zu Mißverständnissen führen könnte.

Hervé nimmt in der „**Victoire**“ gegen den Vorschlag Thomas' Stellung. **Er betrachtet Lenin und seine Bande als erklärte Feinde Frankreichs** und sagt, dieses könne seine Zeit nicht mit nutzlosen Verhandlungen vergeuden. Hervé empfiehlt, man solle sich auf die Ukrainer, die Kosaken und die Rumänen sowie auf die russischen Monarchisten stützen.

Das „**Journal du Peuple**“ verurteilt die beleidigende Behandlung Lenins und Trotzkijs.

Jacques Bainville untersucht in der „**Action Francaise**“ die Folgen eines Sonderfriedens. Er stellt fest, daß die Westmächte dadurch von den Orientfragen entlastet werden und daß Deutschland dem Westen gegenüber freie Hand bekommt. Die englischen und französischen Milliarden Rußlands würden als mächtiges Pressionsmittel gegen die Entente benützt werden.

Wiener Abendpost - Nr.5 – 1918 – Montag, 7.Jänner - S.6

[Kommentar zur Rede Lloyd George von Lord Lansdowne.]

London, 7. Jänner. Lord Lansdowne sagte in einer Unterredung, er habe nur eine kurze Zusammenfassung der Rede des Premierministers gesehen und möchte deshalb von ihrer Besprechung Abstand nehmen, bis er den vollen Wortlaut gelesen habe. Lansdowne bemerkte mit Befriedigung, daß der Premierminister in den bestimmt Wendungen den Grundsatz bekräftigt habe, daß England niemals nach großer Macht gestrebt habe, sondern vielmehr danach, sich von Hoffnungen und Plänen militärischer Herrschaft abzuwenden. Er stimme mit der Ansicht des Premierministers überein, daß ein gerechter und dauerhafter Frieden nur auf den drei vom Premierminister dargelegten Bedingungen gegründet sein könne. Die Annahme dieser Bedingungen durch Deutschland würde in sich schließen, daß der alte Geist der militärischen Herrschaft ausgespielt habe. Eine solche Annahme würde an sich ein Zugeständnis der Niederlage sein.

Wiener Abendpost - Nr.5 – 1918 – Montag, 7.Jänner - S.3

Clemenceaus Friedensprogramm

Genf. 5.Jänner. Die Agence Havas meldet: Ein Mitarbeiter des „**Petit Parisien**“ erhielt folgende kurze Erklärung von Clemenceau: Mein Kriegsprogramm besteht natürlich darin, den Krieg zu verstärken, unsere Soldaten zu unterstützen, alles für sie zu tun, zu kämpfen und zu siegen. Das sind meine Pläne für den Sieg.

Wiener Abendpost - Nr.5 – 1918 – Montag, 7.Jänner - S.6

[Kommentare zur Rede Lloyd George – deutsche Presse.]

Berlin, 7.Jänner. Zu der Rede Lloyd-George schreibt die „**Vossische Zeitung**“: dieses erste greifbare englische Friedensangebot ist für uns ein Zeichen unserer Stärke, ein Beweis für Englands Schwäche. Friedensbedingungen auf Kosten unserer Bundesgenossen sind für uns unannehmbar, noch dazu solche, die deutlich die Rückgabe unserer Kolonien als Tauschobjekte gegen die Befestigung der englischen Weltmachstellung in Asien anbieten.

Die „**Volkszeitung**“ schreibt: Die Erklärungen Lloyd-Georges zeigen, daß zwar der Ton gegen uns gewechselt hat, in der Sache aber die alten imperialistischen Eroberungsziele in voller Schärfe fortbestehen. Der britische Premier straft die Vordersätze, daß er keine Zerstörung Deutschlands wolle, durch die Nachsätze, daß er Elsaß-Lothringen von uns abstückeln und auch preußische Gebietsteile im Osten an Polen abgeben will, Lügen. Auch Österreich-Ungarn und die Türkei will er trotz gegenteiliger Versicherungen berauben.

Der „**Lokalanzeiger**“ führt aus: **Unter einem Schwall von Phrasen blickt der alte Wille hervor, Deutschlands Macht für ewig zu zerschlagen und die englische für ewig zu sichern.** Die Rückantwort darauf werden weiter unsere Front im Westen und unsere U-Boote sprechen.

Der Reichsbote - Nr.11 – 1918 – Montag, 7.Januar - S.1

Zaristisches Polizeiregiment im Reiche Wilsons.

Stockholm, 5. Jänner. „Nya Dagligt Allehanda“ erfährt von einem aus Amerika zurückkehrenden Schweden, daß in den Vereinigten Staaten ein wahrhaft zaristisches Polizeiregiment eingeführt wurde. In allen Gesellschaftsklassen sind geheime Spione an der Arbeit, um den Kampf gegen die Anhänger des Friedens rücksichtslos durchzuführen. Es geschieht nicht selten, daß Leute, die sich kritisch äußern, auf offener Straße verhaftet werden. Trotz aller gewaltsamen Propaganda ist der Krieg beim Volk unpopulär. Vor allem fürchten die Soldaten den Transport über das Meer, da gerüchteweise bekannt wurde, daß bereits mehrere große Transportdampfer versenkt worden sind. Lebensmittel sind in Fülle vorhanden, aber die Preise so gestiegen, daß es zu bössartigen Krawallen kam. Fast täglich brechen Streiks aus, die von der Regierung mit militärischer Hilfe unterdrückt werden.

Wiener Abendpost - Nr.5 – 1918 – Montag, 7.Jänner - S.3

Internierung und Ausweisung feindlicher Staatsangehöriger

Lugano, 6.Jänner. Die italienischen Blätter beziffern die **in Italien neuerdings internierten Untertanen aller feindlichen Staaten mit 1800 Personen.** Ferner wurden 500 feindliche Angehörige zum Teile zwangsweise, zum Teil auf eigenen Wunsch außer Landes gebracht. Unter den Neuinternierten befinden sich Mönche, Nonnen, Kinder, ferner der Professor für Archäologie Beloch. Von der Internierung wurden außer Österreichern und Ungarn italienischer Nationalität alle Tschechen und Slowaken ausgenommen, für welche das römische Bureau für die Organisation der Tschechen die Gewähr übernommen hat.

Wiener Abendpost - Nr.5 – 1918 – Montag, 7.Jänner - S.6

[Pestausbruch in China.]

Bern, 6. Jänner. Pariser Blätter melden aus Peking: Im Grenzgebiet der Provinz Tschansi und in der Mongolei ist die Pest ausgebrochen, die sich schnell ausbreitet.

Wiener Abendpost - Nr.5 – 1918 – Montag, 7.Jänner S.8

Norwegen – Die Verluste der Handelsmarine.

Kopenhagen, 7. Jänner. „Nationaltidende“ meldet aus Christiania: Das Handelsministerium teilt mit, daß die norwegische Handelsflotte im Jahre 1917 durch Versenkungen oder Minenexplosionen 434 Schiffe mit insgesamt 627.000 Tonnen verloren hat.

Vossische Zeitung - Nr.11 - Montag, 7.Januar 1918 - S.3

Max Bruchs 80. Geburtstag

wurde gestern vormittag in dem Friedenauer Heim des Meisters würdig begangen. Die Dichterin Margarete Bruch, des Altmeisters Tochter, leitete die Feier mit einem gereimten Vorspruch ein, indem sie einen Epiphaniastern überreichte, gedacht als Symbol von Bruchs Leben, der am Dreikönigstag zur Welt gekommen ist. Dann verlas Bürgermeister Walger den Bruch gewidmeten Friedenauer Ehrenbürgerbrief. Kultusminister Dr. Schmidt, der, wie er sagte, den Jubilar schon gekannt habe, als dieser noch als Quartettsänger den Rüdesheimer Wein gepriesen habe, überbrachte den Kronenorden 3. Klasse; er komme, wie er hinzufügte, auf ausdrückliches Geheiß des Kaisers. Die Kgl. Akademie der Künste sandte ihrem berühmtesten Senator durch die Professoren Schumann, Koch und Krebs die Ehrenadresse. Prof. Ruben brachte namens der philosophischen Fakultät der Berliner Universität das Diplom der Würde eines Ehrendoktor, Geheimer Konsistorialrat Professor Dreißmann das der theologischen Fakultät. Professor Herrmann Kretzschmar beglückwünschte den Jubilar als Beauftragter der Königl. Hochschule für Musik und des Instituts für Kirchenmusik. Der Schultzen-Astenchor durchwirkte die schöne Feier mit Gesängen, darunter Bruchs selten gehörte Altenberger Hymne. Angesehene Persönlichkeiten, darunter der Bildhauer Prof. Schaper, Geheimrätin Alice Friedländer und viele andere mehr füllten die mit Tannengrün aus Iglhof (Bruchs Heimat) geschmückten Räume bis in die Nachmittagsstunden.

Wiener Zeitung - Nr.6 – Dienstag, 8. Jänner 1918 - S.6

Friedensverhandlungen Brest-Litowsk

Bern, 7. Jänner. „*Homme Libre*“ meint, daß Deutschland in Brest-Litowsk nicht so sehr auf einen Separatfrieden ausgegangen sei als vielmehr darauf, daß durch Vermittlung der Maximalisten der Verband selbst in die Verhandlungen hineingezerrt werde. Gegen jedwede ähnliche Absicht müsse man gewappnet dastehen.

Wiener Zeitung - Nr.6 – Dienstag, 8. Jänner 1918 - S.7

Der Bombenabwurf in Kallnach.

Bern, 7. Jänner. (Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur.) Bei den Bomben, die gestern in Kallnach abgeworfen wurden, handelt es sich nach aufgefundenen Bombensplittern wieder um Bomben französischen Ursprungs.

Wiener Zeitung - Nr.6 – Dienstag, 8. Jänner 1918 - S.7

Kundgebung der Rigaer Kaufmannschaft.

Königsberg i. Pr., 6. Jänner. Die Rigaer Kaufmannskammer, die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Detaillkaufmannschaft, der Grossisten und Agenten Rigas, hat dem Vorsteheramt der Königsberger Kaufmannschaft Kenntnis von folgendem Entschlusse gegeben:

Nach reiflicher Überlegung ist die allgemeine Versammlung der Mitglieder der Rigaer Kaufmannskammer der festen Überzeugung, daß alle unvergänglichen, hohen Güter, die jeder ehrbare Kaufmann höher einschätzt als Wohlleben und leichten Verdienst, ihr nur werden können, wenn ihre alte Vaterstadt und das Baltenland eng angegliedert werden an das großmächtige Deutsche Reich, wenn sie sich begeben unter den Schutz und Schirm Sr.Majestät des Deutschen Kaisers. Freudig bewegten Herzens und ohne Vorbehalt hat daher die heutige Versammlung der in der Rigaer Kaufmannskammer vereinigten Rigaer Kaufmannschaft sich für eine solche Angliederung einstimmig ausgesprochen.

Wiener Abendpost - Nr.6 – Dienstag, 8. Jänner 1918 - S.15

Die Behandlung amerikanischer Gefangener in Deutschland. Berlin,

7. Jänner. Das Wolffsche Bureau meldet: Eine Meldung des amerikanischen Hauptquartiers aus Frankreich, die das Reutersche Bureau weitergibt, will von vollständig vertrauenswürdiger Seite erfahren haben, die Deutschen beabsichtigten, die amerikanischen Gefangenen systematisch schlechter zu behandeln als die britischen, französischen und italienischen, und stützt sich auf eine angeblich offizielle deutsche Erklärung, daß die Amerikaner schwer von Begriff und nicht imstande seien, sich anständig und gesittet aufzuführen.

Eine solche offizielle Erklärung ist nie erlassen worden. Die amerikanischen Gefangenen werden genau so schonend und rücksichtsvoll behandelt wie alle anderen Gefangenen. Die vollständig vertrauenswürdige Seite, auf die das amerikanische Hauptquartier sich beruft, dürfte in jenen Kriegshetzern zu suchen sein, die gleichgültige amerikanische Kreise mit allen Mitteln zu wildem Deutschenhaß anzustacheln suchen.

Wiener Abendpost - Nr.6 – Dienstag, 8. Jänner 1918 - S.15

Äußerungen des Sozialisten Thomas.

Amsterdam, 7. Jänner. „*Algemeen Handelsblad*“ meldet aus London: Der frühere französische Munitionsminister Albert Thomas befindet sich zwecks Beratungen mit Lloyd-George und anderen Ministern und Arbeiterführern in London. In einem Gespräch mit einem Mitarbeiter des „*Daily Chronicle*“ sagte er:

Die französischen Arbeiterklassen seien nicht pazifistisch, sondern entschlossen, die Niederlage und Vernichtung des preußischen Militarismus herbeizuführen. Die Ansichten der französischen sozialistischen Partei seien dieselben wie zu Anfang des Krieges. Die Partei lege großes Gewicht auf einen Völkerbund.

Clemenceau sei zwar kein Gegner des Völkerbundes, betrachte ihn aber als etwas zu fern liegendes, während die Arbeiter seine Verwirklichung für notwendig erachten. Thomas fuhr sodann fort: Wir sind Anhänger der Idee Wilsons und stimmen in den meisten Punkten mit der Erklärung der britischen Arbeiterpartei überein, glauben aber, daß deren Ideen über die Regelung der tropischen Kolonien Afrikas nicht ohneweiters durchführbar sind und ein genaueres Studium erfordern. Thomas erklärte sich ferner dagegen, daß die Kolonien mit nationalen Überlieferungen unter britischer, französischer oder belgischer Flagge einer künstlichen Verwaltung des sogenannten Völkerbundes unterstellt würden. Im Gegensatz zu den Bolschewiki, die den sofortigen Frieden wollen, haben die französischen Arbeiter einen gerechten Frieden verlangt. Sie wünschten, den Krieg nicht durch einen Wirtschaftskrieg zu verlängern. **Wenn aber Deutschland den Bedingungen eines Dauerfriedens nicht zustimmen und die Rechte anderer Nationen nicht achten würde, so sei die Handelssperre unausbleiblich.** Deutschland habe wie alle anderen Nationen nur dann ein Recht auf kommerzielle und industrielle Freiheit, wenn es ein loyales Mitglied des Völkerbundes werde.

Wiener Abendpost - Nr.6 – Dienstag, 8. Jänner 1918 - S.16

Zeitungsstimmen zur Rede Lloyd-Georges.

Budapest, 8. Jänner. (Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.) – Die Blätter erklären fast ohne Ausnahme die Friedensbedingungen Lloyd-Georges für unannehmbar.

„**Budapest Hirlap**“ sagt, die Versprechungen, die Lloyd-George so reichlich an Italien, Serbien und Rumänien verschwendet, haben nur den Zweck, das englische Interesse dadurch zu fördern, daß die Monarchie als Bundesgenosse Deutschlands geschwächt und jeder Aktionsfähigkeit beraubt werde.

„**Az Uisag**“ schreibt: **Immer, wenn Lloyd-George ein erhabenes Prinzip aufstellt, kann man sicher sein, daß es sich in seiner Anwendung um irgendein imperialistisches Ziel oder um ein anderes Eroberungsinteresse der Entente handelt, welches in herkömmlicher Weise mit völkerbeglückenden Phrasen gedeckt wird.**

Berlin, 8. Jänner. In der „**Norddeutschen Allgemeinen Zeitung**“ heißt es: Wenn auch Lloyd-George jetzt aus naheliegenden Gründen darauf verzichtet, von allerhand Zerschmetterungszielen zu sprechen, mit denen er früher auf die Massen des eigenen Volkes und auf diejenigen seiner Bundesgenossen Eindruck zu machen gewohnt war, ..., an den eigenen Kriegszielen Englands hat sich so gut wie nichts geändert. Nach wie vor sind sie das Ergebnis Wilsons erster Kriegszielrede. **Er wußte, daß die territoriale Unversehrtheit Deutschlands den Eckstein in dem Gebäude des Friedens bilden muß.** Daß er trotzdem an den imperialistischen Kriegszielen mit ihren maßlosen Forderungen festhält und nur durch die Veränderung im Ton den Anschein zu erwecken sucht, als trage er der Veränderung der militärischen und politischen Verhältnisse Rechnung, ist bezeichnend für die Freiheit.

Amsterdam, 7. Jänner. „**Algemeen Handelsblad**“ ist über die Rede Lloyd-Georges sehr enttäuscht und schreibt: Sie enthält kein Wort der Annäherung, kein Wort, das darauf schließen ließe, daß die Friedensaussichten sich gebessert haben. **Die Erfüllung der Forderungen Lloyd-Georges macht die Fortsetzung des Kampfes auf unbestimmte Zeit notwendig. Wenn es den Alliierten nicht gelingt, Deutschland und seine Verbündeten zu besiegen, ihnen ihren Willen mit Waffengewalt aufzuzwingen, besteht keine Aussicht auf Frieden.**

Wiener Abendpost - Nr.6 – Dienstag, 8. Jänner 1918 - S.18

Empfang des polnischen Regentschaftsrates durch Kaiser Wilhelm.

Berlin, 8. Jänner. Das Wolffsche Bureau meldet: Die Mitglieder des Regentschaftsrates des Königreiches Polen, der Ministerpräsident von Kucharzewski und die anderen Herren der Begleitung wurden heute mittag von Kaiser Wilhelm in Gegenwart des Reichskanzlers und des stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von dem Bussche empfangen. Bei dem Empfange richtete Fürst Lubomirski namens des Regentschaftsrates folgend Ansprache an den Kaiser: „Kaiserliche und königliche Majestät! Wir sind glücklich darüber, daß es uns vergönnt ist, Eurer kaiserlichen Majestät heute persönlich unsere tiefste Verehrung aussprechen zu dürfen und unsere tiefempfundene Dankbarkeit für die Akte auszudrücken, die unserem Vaterlande das staatliche Leben in Gestalt einer unabhängigen polnischen Monarchie wiedergegeben haben.“

Unverbrüchlich vertrauen wir darauf, daß Eure Majestät angesichts der großen, ihrer Lösung harrenden Aufgaben das begonnene Werk geschichtlicher Gerechtigkeit in Gemeinschaft mit dem erlauchten

Verbündeten glorreich vollenden werden und dem entstehenden Staat durch Schaffung der für seinen dauernden Aufschwung erforderlichen Lebensbedingungen Allerhöchst ihre mächtige Hilfe angedeihen lassen werden.

Wir sind auch fest davon überzeugt, daß nach Festlegung und Verwirklichung der dem polnischen Staate zustehenden Rechte wir Polen gemeinsam mit der deutschen Nation die großen Ziele verfolgen werden, die das Wohl der Menschheit und den allgemeinen Frieden verbürgen.

In dem wiedererstandenen Vaterlande werden wir die Bekenner dieser Grundsätze sein. In der erhabenen Person Eurer kaiserlichen Majestät erblicken wir aber und begrüßen wir den Vorkämpfer und den Hort derjenigen Grundsätze, welche die Welt beherrschen und allen Schichten der menschlichen Volksgemeinschaften Glück und Segen bringen sollen.“

Posener Tageblatt - Nr.11 – Dienstag, 8. Januar 1918 - S.1

Lloyd Georges Friedensbedingungen. – [Es riecht nach Revolution]

Der Diktator Englands hat seine bereits mitgeteilte Rede an die Vertreter der Trade Unions, die älteste und wichtigste gewerkschaftliche Arbeiterorganisation Großbritanniens, selbst als ein Friedensangebot an Deutschland bezeichnet. Daß es für uns unannehmbar ist, ist eine Sache für sich. Jedenfalls zeigt die englische Regierung den Willen, an den Friedensverhandlungen sich zu beteiligen. Das ist der Punkt, auf den es ankommt. Ihm gegenüber wird das diplomatische – oder vielmehr undiplomatische - Zwischenspiel von Litauisch-Brest zur Nebensächlichkeit. Es ist nur eine Folge jener Einmischungspolitik der Westmächte in die Friedensverhandlungen.

Diese Wendung der Dinge bestätigt unsere Auffassung der Lage. Während die Berliner Presse sich nicht genug tun konnte in der fortgesetzten Aufbauschung der gewiß nicht erfreulichen und auch keineswegs bedeutungslosen Vorgänge von Brest, legten wir bereits am Freitag in dem Artikel „Friedensfeinde“ und am Sonnabend in dem Aufsatz „Das englische Doppelspiel“ eingehend dar, daß es augenblicklich um noch viel mehr geht als um die Friedensverhandlungen mit Rußland, daß unsere Hauptaufmerksamkeit England verdiene, daß dieses alles daran setze, unsere Verhandlungen mit Rußland zu stören oder doch wenigstens hinauszuschieben und sich selbst mit an den Verhandlungstisch zu setzen, um die Fäden in der Hand zu behalten. Denn England weiß, daß es sich bei einem Sonderfrieden mit Rußland nicht etwa bloß um die Regelung des künftigen Verhältnisses der Mittelmächte zu diesem unserem Nachbarreiche handelt, sondern um die Gestaltung der Weltpolitik. Da aber möchte England natürlich dabei sein. Daß es darauf vor allem ankommt, das hat auch der Hauptausschuß des Reichstags nicht erkannt. Wohl aber wußten besser unterrichtete Kreise in Berlin, woher der Wind weht, und sie trauten Herrn v. Kühlmann zu, daß ihm dieser Wind sehr gelegen komme, wenn er nicht gar ein bißchen Wettermacher gespielt und diesen Westwind sich bestellt habe. Und da man in diesen Kreisen nur allzugerne weiß, **daß die Oberste Heeresleitung nichts wissen will von einem überstürzten Frieden mit England, daß sie die Nerven besitzt, auch für dieses gewiß erstrebenswerte Ziel die rechte Zeit abwarten zu können, so entstanden jene niederschmetternden Gerüchte, die zwar inzwischen als falsch bezeichnet worden sind, die aber an das Sprichwort erinnern, daß kein Rauch entsteht, wo es nicht brennt.**

Der Leitaufsatz in unserer Sonntagsnummer ließ, wenn er sich auch vielfach auf Andeutungen beschränken mußte, zur Genüge erkennen, wie außerordentlich ernst die Lage ist und was den springenden Punkt dabei bildet. Und wie sich die Sache inzwischen weiterentwickelt hat, brauchen wir wohl auch dem politisch weniger geschulten Leser kaum zu sagen, daß der furchtbare Ernst der Stunde sich nicht gemindert, sondern sich noch erhöht hat.

Deutschland steht in der Tat am Scheidewege; wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß die Richtung seiner weltpolitischen Orientierung in diesen Tagen festgelegt und damit sein Geschick für die nächsten Jahrhunderte, vielleicht für das nächste Jahrtausend bestimmt wird. Darum müssen wir uns klar werden über das, was auf dem Spiele steht, muß jeder wissen, daß es ums Ganze geht. Unsere höchste und letzte Hoffnung ist dabei, daß zwei Männer wie Hindenburg und Ludendorff als die treuen Eckehardts des deutschen Volkes auf der Wacht stehen. Sie allein genießen das blinde Vertrauen aller. Sie haben den tiefsten Einblick in die Dinge und Kräfte. Sie, die die ungeheure Verantwortung für den Ausgang des Krieges tragen, wissen, worum es geht. Und wenn auch die politische Austragung dieses Konfliktes der Weltmächte nicht Sache der Obersten Heeresleitung ist, so betrachten wir es doch alle als selbstverständlich, daß in den Schicksalsfragen unseres Volkes in diesem Krieg nichts entschieden wird, ohne daß diese beiden Männer gehört

werden, die ja letzten Endes unter Umständen die Dummheit wieder gut machen müssen, die schlappe und schlechte Diplomaten etwa machen.

Besser wie irgend sonst jemand werden diese beiden Männer wissen, daß auch die jüngste Rede Lloyd Georges zu dem falschen englischen Doppelspiel gehört, das wir bereits beleuchteten. Was Hindenburg zu ihr gesagt haben mag? „Dor lach ick över“ hat Bismarck in einem ähnlichen Falle gesagt. Hindenburg dürfte jetzt das gleiche gesagt, gedacht oder gar getan haben.

Wie die englische Politik überhaupt, so zeigt auch ihr Leiter bei dieser Gelegenheit Friedens- und Verhandlungsgeneigtheit, ohne sich festzulegen. Der Aufforderung, bis zum 4. eine Erklärung abzugeben, wenn sie sich an den Friedensverhandlungen beteiligen wollten, sind die Mächte des Vielverbandes nicht nachgekommen, am 5. aber erläßt das Haupt dieser Mächtegruppe ein sogenanntes Friedensangebot. Er wählt dazu aber nicht die Form eines Aktenstückes, sondern die einer Rede, die er jeden Augenblick ableugnen kann. So sucht er den Glauben zu erwecken, daß England bereit sei an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Weil sie dieses Glaubens leben, deshalb haben die Russen die Fortsetzung der Friedensverhandlungen verzögert, nicht aus den von ihnen vorgebrachten Gründen oder doch wenigstens nicht allein ihretwegen; deshalb verlangen sie die Verlegung nach Stockholm. Das haben wir von vornherein betont; es wird jetzt wohl keinem Menschen mehr zweifelhaft sein.

Auf diese Taktik hat Lloyd George die einzig richtige Antwort bekommen: Die Mittelmächte haben in einem Telegramm an die Petersburger Unterhändler ausdrücklich festgestellt, daß bis zum Ablauf der dafür vereinbarten zehntägigen Frist die anderen Mächte sich nicht zu Friedensverhandlungen bereit erklärt haben. Damit sind wir ihnen gegenüber also in keiner Weise mehr festgelegt, vor allem nicht auf dem Grundsatz, daß der Frieden ohne Zwangseinverleibung von Land und ohne Kriegsentschädigung geschlossen werden soll. Gott sei Dank! Auch die Gefahr, die durch dieses neue, indirekte Friedensangebot Deutschlands heraufbeschworen war, und zwar durch das schlappe Entgegenkommen unserer Unterhändler, ist gebannt! Wir haben die Hände wieder frei. Im übrigen hat die Reichsregierung klipp und klar abgelehnt, was die Russen an wirklichen Schein-Gründen für ihre Verschleppungstaktik vorgebracht und was sie an Bedenken geltend gemacht haben.

Sie kam selbstverständlich auch auf Lloyd Georges Friedensangebot nur eine runde Ablehnung erteilen. Es enthält zwar eine sehr verminderte Neuauflage der englischen Kriegsziele, bleibt aber noch immer eine echt englische Unverschämtheit.

Unverkennbar ist freilich, daß dieses sogenannte Friedenangebot auf eine ganz andere Tonart gestimmt ist als die bisherigen Kriegszielreden englischer Staatsmänner. Es erfüllt bis zu einem gewissen Grade die Forderungen Lord Lansdownes, der eine Einschränkung der englischen Kriegsziele und ihre klare Formulierung verlangte, „da sich nicht alles ursprünglich Gewollte werde erreichen lassen“ und der vor allem auch riet, die Vernichtung Deutschlands als Weltmacht nicht weiter hinzustellen als ein Ziel Englands.

Bis in die letzten Tage hat Lloyd George erklärt, der preußisch-deutsche Militarismus müsse gebrochen werden, eher könne England die Waffen nicht aus der Hand legen, sonst werde die Welt die Sklavenketten Deutschlands – die nur am Lügenregister unserer Feinde existieren! – nicht los, sonst komme die Welt nicht zu einem dauernden Frieden. Jetzt auf einmal will England „Deutschlands große Stellung in der Welt“ „weder in Frage stellen noch zerbrechen.“ Weil es das nicht kann! Es hat keinen sehnlicheren Wunsch, als das zu erreichen, keinen anderen wirklichen Kriegsgrund. Aber die Trauben sind den Herrn Engländern jetzt plötzlich zu sauer! Ja, Hindenburg und Ludendorff und Scheer sind große Lehrmeister! Sie hämmern die Erkenntnis der Wahrheit selbst in die härtesten englischen Schädel! **Zwar unser schrecklicher „Militarismus“ kommt auch in der neuesten Rede Lloyd Georges vor, aber in der freundlich-liebenswürdigen Form, daß man Deutschland freie Bahn lassen will, „um es von seinen Hoffnungen und Plänen militärischer Beherrschung abzulenken, damit es alle seine Kraft den großen gemeinnützigen Aufgaben der Welt widme“.** Wie großmütig!

Auch sonst wird Deutschland auf einmal „großmütig“ von dem englischen Kraftmeier behandelt. Er sieht es als selbstverständlich an, daß Deutschland die besetzten Ostgebiete nicht mehr herausgibt und er sagt keinen Ton zugunsten Rußlands dabei. Er will uns offenbar Kurland, Livland und Litauen überlassen.

Überhaupt ist der langen Rede kurzer Sinn: England ist bereit zu einer Verständigung mit Deutschland auf Kosten Rußlands, Oesterreichs und der Türkei! Nachdem die Engländer erst vergeblich versucht haben, unsere Bundesgenossen durch alle möglichen Versprechungen zum Verrat an uns zu verleiten, versuchen sie jetzt, Deutschland, die stärkere Macht zum Verrat an seinen Verbündeten zu verlocken. Das wird ihnen aber noch weniger glücken.

Zwar hat Lloyd George noch immer schöne Worte für die russische Demokratie und stellt ihr für den Fall, daß sie allein mit Deutschland Frieden schließe, in Aussicht, daß sie „eingewickelt“ werde. Aber er macht,

wie gesagt, Deutschland die besetzten Ostgebiete nicht mehr streitig, betrachtet es vielmehr als „selbstverständlich, daß diese russischen Provinzen künftig in Wirklichkeit einen Teil des preußischen Reiches“ bilden werden. Und Konstantinopel, das doch durch feierlichen Vertrag den Russen zugesichert worden war, soll der Türkei verbleiben. Die Dardanellen aber sollen „internationalisiert und neutralisiert“ werden. Das würde den Engländern freilich noch lieber sein, als wenn sie in russischem Besitz wären! Aus Europa soll die Türkei also nicht mehr hinausgetrieben werden, wie es früher der Vielverband Rußland zu Liebe forderte, dafür aber soll sie Arabien, Armenien, Mesopotamien, Syrien und Palästina verlieren! Das also ist die Siegesbeute die England und Frankreich schnappen möchten! Das ginge auf eine Zerstückelung der asiatischen Türkei hinaus, die sie ihrer besten Provinzen beraubte – auch der heiligen Stätten des Mohammedanismus, da Mohammed ja in Arabien geboren ist und gewirkt hat und sie für alle Zeiten zur Ohnmacht verurteilte. **Damit hätte England zweierlei erreicht: und hätte es eines wertvollen Bundesgenossen beraubt und sich hätte es einen neuen Schutzwall für Indien geschaffen.**

Ebenso soll unser Bundesgenosse Österreich-Ungarn zerstückelt und ohnmächtig gemacht werden. Serbien, Montenegro und Rumänien sollen wiederhergestellt werden. Außer Österreich würde also auch Bulgarien um seinen Siegespreis kommen. Aber während Bulgarien wenigstens nicht zerstückelt werden soll, sollen Österreich und Ungarn den einzelnen Völkern eine demokratische Selbstregierung geben, was bedeuten würde, daß beispielsweise Serben mit Serbien so oder so vereinigt werden müßten. Dabei wohnen in Österreich mehr Angehörige dieses Volksstammes als in Serbien! Ungarn wäre dadurch ebenfalls in seinem Bestande bedroht, zumal es auch die vorwiegend von Rumänen besetzten Gebiete an Rumänien abtreten soll. Die Tschechen aber bildeten ein selbständiges Königreich. Und Galizien käme an Polen. Wo bliebe dann der Großstaat Österreich?

Und nun zu Deutschland. Also Kurland und Litauen wollen uns die Herren Engländer jetzt großmütig überlassen. Aber Polen soll ein unabhängiger Staat werden. Das haben ja die Mittelmächte schon bewirkt. Lloyd George will aber, daß dieses Polen „alle jene wahrhaft polnischen Elemente umfaßt, die wünschen, einen Teil Polens zu bilden! Dann sollen wir also wohl unter den Polen Posens, West- und Ostpreußens und Schlesiens eine Volksabstimmung veranstalten, und wenn diese für einen Anschluß an Polen ausfällt, diese Gebiete mit allen zwischen den Polen lebenden Deutschen, mit all seinen deutschen Kulturerrungenschaften usw. preisgeben – wir, die Sieger?! Nur englischer Größenwahn und englisches Maulheldentum kann den Mut aufbringen, solche Lösungen der Friedensfrage ernsthaft der Welt vorzusetzen!

Belgien und die besetzten Gebiete in Frankreich sollen wir natürlich herausgeben und sie außerdem wieder aufbauen. Dafür will uns England großmütig ein paar Kolonien, die es als Kompensationsobjekte ansieht, herausgeben. Ja selbst Elsaß-Lothringen sollen wir wieder herausgeben!

Man kann die Unverschämtheit wirklich kaum weiter treiben. **Wenn die Mittelmächte die Besiegten wären, dann wären solche Friedensbedingungen nach unseren Begriffen auch noch übertrieben; England würde in diesem Falle mit den Besiegten noch ganz anders verfahren. Die Geschichte des englischen Weltreiches, nicht zuletzt Irland, lehrt es!**

Aber die Engländer verfolgen immerhin den richtigen Grundsatz, möglichst viel zu fordern. Abhandeln könne man sich dann ja lassen. Dahin sollen auch unsere Diplomaten kommen! Wer, wie Herr von Kühlmann, durch übertriebenes Entgegenkommen und gewundene Erklärungen am schnellsten zum Ziel zu kommen glaubt, der vertritt das Deutsche Reich nicht, wie es seine Würde und wie es die Kriegslage verlangt und der erkennt, was auf dem Spiele steht. **Herr von Kühlmann** hat von seiner ohnehin noch sehr jungen und fragwürdigen Autorität so viel eingebüßt, daß wir einen anderen Vertreter Deutschlands bei den Friedensverhandlungen wünschen müssen. In dieser Forderung begegnen sich die „Kreuztg.“ und die „Voss. Ztg.“ mit dem Reichstage. **Seine Neigung sich mit England zu verständigen, ist heute die größte und drohende Gefahr.**

Die Russen wollen den Frieden und die Regierung Lenins muß ihn zustande bringen, wenn sie nicht sofort gestürzt sein will. Wir müssen also zum Frieden mit Rußland kommen können, aber wir werden das nur, wenn unsere Unterhändler bei allem möglichen Entgegenkommen fest und bestimmt auftreten und wenn wir uns England dabei vom Halse halten. Mit dem reden wir dann noch ein besonderes Wörtchen! **G.**

Berliner Morgenpost - Nr.8 – Dienstag, 08. Januar 1918 - S.1

Radek-Sobelson. – Die Falschmeldungen der Petersburger Telegraphen-Agentur.

Von einer der Regierung nahestehenden Seite wird erklärt:

Gegenüber der Auffassung, die teilweise in der Presse wiedergegeben worden ist, daß die Erklärungen vom 28. Dezember über den Stand der Verhandlungen mit Rußland nicht übereingestimmt hätten mit der Auffassung und den Äußerungen der russischen Delegation, ist durch Einsichtnahme in das Protokoll der Verhandlungen in Brest-Litowsk festgestellt, daß die deutsche Veröffentlichung dem Stande der Verhandlungen und dem Inhalte des Protokolls entspricht, und daß die Auffassung der russischen Delegation, wie sie in der neutralen und russischen Presse dargestellt wurde, eine andere Darstellung gibt, als sie den Tatsachen entspricht.

Wir wiederholen die Frage, die wir gestern aufwarfen: Warum hat unsere Regierung bis heute mit der Erklärung gewartet, die sie jetzt abgeben läßt? Warum hat sie es sich bis heute gefallen lassen, daß die von **Herrn Radek-Sobelson für die Petersburger Telegraphenagentur angefertigte Darstellung bei uns zu Lande vielfach mißbraucht wurde, um gegen unsere Unterhändler in Brest-Litowsk Mißtrauen zu stiften**, daß auf Grund dieser Darstellung unser amtlicher Bericht als Lüge hingestellt wurde. Herr Karl Radek, der die Petersburger Telegraphenagentur leitet, ist zugleich Vorsitzender jener russischen Kommission, die jetzt in Petersburg mit einer deutschen Abordnung über Gefangenens- oder wirtschaftliche Fragen – darüber gehen die Angaben auseinander – verhandelt.

Karl Radek, mit seinem wahren Namen Sobelson, stammt aus Polen und ist österreichischer Staatsbürger, war es wenigstens bei Kriegsbeginn, zu welcher Zeit er noch in Deutschland lebte. Er war Hauptmitarbeiter der damals noch ganz linkssozialistischen Bremer Bürgerzeitung, in der er, wie schon Jahr zuvor, die Politik Rosa Luxemburgs und Karl Liebknecht vertrat. Seine heftigen Polemiken gegen den Parteivorstand und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatten wiederholt ihr Echo auf den Parteitage gefunden und es kam zu schweren Anschuldigungen privater, sehr ehrenrühriger Natur gegen Radek, die von der Mehrheit der polnischen sozialistischen Partei ausgingen, welche Partei Radek als chauvinistisch überaus scharf bekämpft hatte. Die Anschuldigungen wurden schließlich von einer Kommission der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Bolschewiki) als unbegründet erklärt, ohne darum zu verschwinden. Endlich wurde Karl Radek aus der deutschen Sozialdemokratie ausgeschlossen. Während des Krieges ging Radek in die Schweiz; unter dem Pseudonym „Parabellum“ richtete er in der Berner Tagewacht die schärfsten Angriffe gegen die Haltung der sozialdemokratischen Mehrheitsparteien, besonders auch der deutschen.

Das ist Herr Karl Radek. Seine Redaktionskünste hätten von unserer Regierung mit leichter Mühe als das gekennzeichnet werden können, was sie sind. Und doch hat man bis heute geschwiegen. Warum? Warum in aller Welt??

R.C.

Berliner Morgen-Zeitung - Nr.6 – Dienstag, 08. Januar 1918 - S.1

Das beweiskräftige Protokoll. – [zu der Petersburger Telegraphenagentur]

Gegenüber der Auffassung, die teilweise in der Presse wiedergegeben worden ist, daß die Erklärungen vom 28. Dezember über den Stand der Verhandlungen mit Rußland nicht übereingestimmt hätten mit der Auffassung und den Äußerungen der russischen Delegation, ist durch Einsichtnahme in das Protokoll der Verhandlungen in Brest-Litowsk festgestellt, daß die deutsche Veröffentlichung dem Stande der Verhandlungen und dem Inhalte des Protokolls entspricht, und daß die Auffassung der russischen Delegation, wie sie in der neutralen und russischen Presse dargestellt wurde, eine andere Darstellung gibt, als sie den Tatsachen entspricht. [siehe Text: Berliner Morgenpost - Nr.8 – Dienstag, 08. Januar 1918 - S.1]

Ueber den Inhalt der Erklärungen, die die russischen Delegierten in Brest-Litowsk am 28. Dezember zu den Vorschlägen des Vierbundes über die Regelung der Gebietsfragen abgegeben haben, ist ein lebhafter Streit entstanden, der durch obige Aufklärung hoffentlich beigelegt ist. Die Petersburger Telegraphenagentur hatte über diese Erklärung eine Mitteilung verbreitet, die in schärfstem Gegensatz zu der von deutscher Seite gegebenen Darstellung stand. Nach der heutigen Version hatten die Russen zwar ihren abweichenden Standpunkt dargelegt, aber nur eine klarere und genauere Formulierung dieses Punktes gefordert und in die Bildung einer Sonderkommission zur Prüfung der technischen Bedingungen der Volksabstimmung eingewilligt. **Die Petersburger Telegraphenagentur aber hatte einen angeblichen Wortlaut der Erklärung verbreitet, der von Beleidigungen, wie „Kapitalistenbande“ strotzte, und worin die deutschen Bedingungen rundweg**

abgelehnt wurden. Aus obiger Mitteilung ergibt sich, daß diese Darstellung der offiziellen russischen Agentur nicht als eine Fälschung. Die Protokolle werden nach den getroffenen Vereinbarungen gemeinsam festgestellt und von beiden Seiten unterzeichnet.

Wiener Zeitung - Nr.6 – Dienstag, 8. Jänner 1918 - S.7

Die Kriegszielrede Lloyd-Georges.

Berlin, 7. Jänner. In politischen Kreisen wird die Rede Lloyd-Georges nicht als diskutables Friedensangebot aufgefaßt. **Die Rede stelle nichts anderes als eine Enthüllung der brutalsten imperialistischen Ziele dar und bewiese, daß eine Wendung zum Frieden von Lloyd-George ebensowenig kommen kann wie von Clemenceau.**

Berliner Neueste Nachrichten - Nr.14 – Dienstag, 08. Januar 1918 – Abend - S.1

Zur Polenfrage in Preußen. – von Hans Zwenger.

„Sollen wir zugeben, sollen wir durch Untätigkeit dazu beitragen, daß die Ostlande, d. h. Posen, Westpreußen, Oberschlesien und Teile von Ostpreußen dem Deutschtum wieder verloren gehen oder nicht? – Der Kampf um den Boden, den seinem Wesen nach ein Kampf um die ausreichende Durchsetzung des Ostlandes mit deutschen Menschen ist, wird immer das A und O unserer nationalen deutschen Politik im Osten sein.“ –
Fürst von Bülow in seiner „Deutschen Politik“.

Man darf den preußischen Polen gegenüber nicht Verstecken spielen. Der heimlich bestehende Gegensatz zum Deutschtum muß offen mit den Polen verhandelt werden, um einen Ausgleich zu finden. Es ist in keiner Weise Abneigung gegen die Polen, die mich zu den folgenden Äußerungen veranlaßt. Jeder Volksstamm hat seine Vorzüge und seine Schwächen, und gar manche Züge am Polentum berühren mich sympathisch. Vom objektiven Standpunkt gesehen, kann man sogar der zähen Vaterlandsliebe der Polen Wohlwollen nicht versagen. Darum gerade sollte man die Möglichkeit einer reinlichen und freundschaftlichen Scheidung zwischen Volksstämmen anstreben, deren Interessen sich kreuzen und ewig kreuzen werden.

Ich kenne die Polen und ihre Gesinnung seit 25 Jahren. Der gebildete Pole kann ein preußischer Staatsbürger sein, dem nach seinen Handlungen nichts vorzuwerfen ist, niemals aber wird er sich mit dem Herzen nach Deutschland hingezogen fühlen. Er mag Deutschland nicht und haßt Rußland, letzteres aber nur solange Rußland die Knute schwingt. Der Pole lebt im allgemeinen nicht in der politischen Wirklichkeit. Für ihn gibt es auch heute nur das große Königreich Polen, das in Danzig seine Hafenstadt hat, und zu dem alle deutschen und österreichischen Lande, wo jemals Polen gelebt haben, gehören. So ist – selbstverständlich mit Ausnahmen – der preußische Pole gesinnt und ebenso der österreichische und der russische.

Beim Vormarsch gegen Warschau sagte mir z. B. ein polnischer Gutsbesitzer mit jenem die Polen kennzeichnenden geheimnisvollen sorglosen Lächeln: „Meine Vorwerke heißen wie die Hauptstädte Polens: Warschau, Krakau und Posen!“

Mehr als in ihrem Zickzackkurz ist die Preußenpolitik meiner Ansicht nach daran gescheitert, daß **man es hier mit einem Volksstamm zu tun hat, der mit seiner großen Masse nicht in der politischen Wirklichkeit steht, mit politischen Kindern, die aber gefährlich sind.** Deshalb müssen die Polen auch politisch wie Kinder behandelt und erzogen werden. Wie im politischen Leben, so ist der Pole auch in seinem religiösen Leben. Er ist ein willenloses Werkzeug in der Hand der Geistlichkeit. Und das ist für die preußische Polenfrage von der größten Wichtigkeit. Daher muß es die erste Sorge des Staates sein, in Preußen eine Geistlichkeit zu schaffen, die der Obrigkeit auch im Herzen untertan ist. Hierzu würde wohl ein anderes Konkordat über die Anstellung der Geistlichen mit dem Heiligen Stuhle anzustreben sein. Die Unterwürfigkeit unter den Geistlichen geht durch alle Schichten der polnischen Bevölkerung hindurch. Der Pole hat aus seiner träumerisch-phantastischen Anlage heraus ein unabweisbares religiöses Bedürfnis. Allerdings hält diese Religiosität seinen Leidenschaften gegenüber selten Stand. Die Geistlichkeit in der Ostmark aber war bis vor dem Kriege mit großpolnischen Gedanken durchtränkt. Diejenigen Geistlichen aber, die treu zu Preußen hielten, wurden von ihren Amtsbrüdern durch Unduldsamkeit gekränkt. Dem Polen fehlt vor allen Dingen die innere Duldsamkeit gegen Andersgläubige. Darum schon mag er Deutschland nicht. Er sieht es als einen protestantischen Staat an. Die deutschen Katholiken hält er gar nicht für voll; er ist daher nur solange freundlich gesinnt, als sie seine polnischen politischen Wünsche begünstigen. Das hat ja das deutsche Zentrum im Laufe der Zeit auch schon

deutlich genug erfahren. katholisch und polnisch ist für den Polen daſelbe, und ein Deutscher, der katholisch ist, wird von ihm wie ſelbſtverſtändlich als Pole oder als Polenfreund in Anspruch genommen.

All dieſe politiſchen und religiöſen Umſtände bilden für unſere mit polniſcher Bevölkerung durchſetzten Provinzen eine große Gefahr. Iſt aus Ruſſiſch-Polen ein neuer Staat entſtanden, ſo wird in kürzeſter Zeit dort eine heftige Irredenta wild ins Kraut ſchießen. Nicht die Heere Deutschlands und Oeſterreich-Ungarn werden dann in den Köpfen der Polen Ruſſiſch-Polen freigemacht haben, ſondern es wird als das ureigenſte Verdienſt der Polen ſelbſt angeſehen werden.

Vom polniſchen Bauernſtande in Preußen dürften keine Gefahren zu erwarten ſein, ſolange nicht durch die Führer des Mittelſtandes oder gar durch die Geiſtlichkeit in dieſe Kreiſe die Verhetzung hineingetragen wird. Mir ſagte im Jahre 1909 ein polniſcher Ortsvorſteher: „Wir Bauern würden ſehr gut mit der preußiſchen Regierung auskommen, wenn, na Sie wiſſen ja, der Herr Probuſt nicht zu den Leuten redet!“ Der polniſche Bauer fühlt ſich wohl unter der preußiſchen Herrſchaft. Er genießt größere Freiheit als er unter der polniſchen haben würde. In dieſer Beziehung beſteht bei dem polniſchen Adel ſtellenweiſe noch eine bedenkliche Erinnerung an vergangene Zeiten. In den 90iger Jahren betonte mir gegenüber ein polniſcher Reichſtagsabgeordneter und Rittergutbeſitzer, daß er auch das an den preußiſchen Zuſtänden auszuſetzen habe, daß der Bauer zu frei ſei. Der Bauer müſſe wie vor Zeiten gezwungen werden, an den Nachmittagen mit ſeinen Pferden bei dem Gutsbeſitzer zu arbeiten. Nur ſo könne dieſer beſtehen. Gefahr aber droht uns von Seiten der Großgrundbeſitzer und von dem durch die preußiſche Schule und Erziehung geſchaffenen polniſchen Mittelſtande. Hier muß der Hebel angeſetzt werden. Es müßte zunächſt danach geſtrebt werden, daß den polniſchen Rittergutbeſitzern ihre Güter vom Staate zu Anſiedlungszwecken für deutſche Großgrundbeſitzer und deutſche Bauern wieder abgekauft werden.

Hierbei möge man den Polen die Wahl laſſen, ob ſie in Geld ausbezahlt werden oder in Ruſſiſch-Polen ein biſher der ruſſiſchen Krone gehöriges Gut haben wollen.

Recht und billig wäre es, wenn von unſerer Regierung von Rußland eine entſprechende Geldſumme für die dort währennd des Kriegeſ von ihren Ländereien vertriebenen Deutſchen verlangt würde.

Mit dieſem Gelde könnte ſchon ein Teil der polniſchen Gutsbeſitzer befriedigt werden, und die in Rußland aus ihrem Beſitz vertriebenen Deutſchen würden dann außer in Kurland uſw. auch auf den in Preußen freigewordenen Grundſtücken koſtenlos angeſiedelt. Daß dieſe ganze Landeſerwerbung und Verpflanzung polniſcher Elemente nicht ſo ohne Weiteres durchzuführen iſt, iſt klar. Es müſſen Geſetze geſchaffen werden, die die Durchführung dieſer Maßnahmen ermöglichen. Läßt ſich das aber nicht erreichen, ſo muß ſpäter bei den geringſten irredentiſchen Erſcheinungen mit größter Energie vorgegangen werden. Die dann anzuwendenden Maßnahmen würden allerdings den einzelnen härter treffen, als wenn ſich die Angelegenheit gewiſſermaßen auf friedlich-ſchiedlichem Wege jetzt erledigen ließe.

Besonders ſchwierig aber wird die Behandlung des polniſchen Mittelſtandes ſein. Auch hier müßte man mit allen Mitteln eine freiwillige Auswanderung der polniſchen Elemente nach Ruſſiſch-Polen fördern. Man müßte es ermöglichen, daß ſie ſich drüben niederlaſſen und ihre Geſchäfte in Preußen ohne Verluſt an Deutſche verkaufen könnten. Es wäre auch zu erwägen, ob man ihnen nicht – ebenſo wie man es bei den Großgrundbeſitzern halten könnte – frei ſtellen ſollte, nach dem Frieden für Polen zu optieren, ſo daß ſie dann als Ausländer in Preußen lebten.

Gerade jetzt, denke ich, wäre der gegebene Augenblick, die Anbahnung der Geſundung der innerpolitiſchen Verhältnisse in den Oſtmarken in die Hand zu nehmen, um aus der verfahrenen Polenfrage noch zu retten, was zu retten iſt!

*

*

*

Die preußiſchen Polen fordern die polniſche Schule.

Die Gazeta Ludowa, das Organ der radikalen Polenpartei Obeſchleſiens ſchreibt:

„Ohne Rückſicht auf politiſche Anſichten iſt unſer geſamtes Volk darin einig, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache nicht nur notwendig iſt, ſondern daß ihn das natürliche und übernatürliche Recht einer jeden Nation fordert. Mit dieſer Forderung hört aber unſer recht an die Schule noch nicht auf. Wir fordern nicht nur den Religionsunterricht in der Muttersprache, ſondern wir fordern eine polniſche Schule mit excluſiv polniſcher Unterrichtſprache. Das gegenwärtige preußiſche Schulſystem betrachten wir als ein großes Unrecht und fordern eine Aenderung deſſelben nicht aus Gnade, welche man erbetteln muß, ſondern im Namen der Gerechtigkeit. Wir bitten nicht, ſondern klagen an!“

Was werden die Sozialdemokraten tun?

Nicht wir sind es, die diese Frage stellen, denn wir fragen eher, was die bürgerlichen Parteien und die Regierung tun werden, wenn die Scheidemänner ihre Kraftprobe ans Werk setzen. Zu dieser Kraftprobe werden sie von ihren intimsten Gegnern, den Unabhängigen, angespornt. Die **Leipz. Volksztg.** sagt:

„Wie werden sich die sogenannten Mehrheitssozialisten jetzt verhalten?

Vielleicht sagen die, wir brauchen uns ihre Köpfe nicht zu zerbrechen. Ein solches Bemühen liegt uns völlig fern, aber es hat wieder einmal eine Stunde geschlagen, die für die Zukunft der deutschen Sozialdemokratie von gewaltiger Bedeutung ist, und dieser Umstand gibt uns das Recht und die Pflicht, uns darüber auszusprechen, was jetzt Sache der von Scheidemann und Ebert geführten Partei wäre. Diese Partei gehört der interfraktionell verbundenen Reichstagsmehrheit an. Auch jetzt noch, nachdem sich die bürgerlichen Bestandteile der Majorität in einem so wichtigen Moment von ihr getrennt haben. Ist sie bereit, ihr weiteres Verbleiben in diesem Konsortium von Bedingungen abhängig zu machen, wie die Lage sie vorschreibt? Diese Bedingungen müßten zum mindesten so lauten:

1. Gemeinsamer Protest gegen die Vorenthaltung wichtiger Tatsachen.
2. Forderung der sofortigen Einberufung des Reichstages.
3. Eine gemeinsame Erklärung zugunsten einer absolut unbeeinflussten Abstimmung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten über ihr zukünftiges staatliches Schicksal. (Wobei zu betonen wäre, daß eine unbeeinflusste Abstimmung nicht stattfinden kann, solange die deutschen Truppen im Lande stehen.)

Nehmen die Bürgerlichen diese Bedingungen an, dann ließe sich ein weiteres Verbleiben der Mehrheitssozialisten im Kühlmann-Block wenigstens zur Not begreifen, wenn damit auch noch keinerlei Sicherheit über die Haltung der Regierung erreicht wäre.

Lehnen die Bürgerlichen freilich ab, dann kann es für Scheidemann nach unserer bescheidenen Meinung nur eins geben: Bruch mit der bisherigen Kriegspolitik. Genauer ausgedrückt:

1. Loslösung von den Bürgerlichen,
2. Absage an die Regierung und weiter was notwendig daraus folgt.

Werden sie etwas tun, und was werden sie tun? die nächsten Tage müssen es zeigen.“

Das, „was notwendig daraus folgt“, sollten sich die Herren sehr genau überlegen, aber ebenso auch die Regierung und die bürgerlichen Parteien, die die Verantwortung tragen.

Wer ist Herr von Kühlmann?

[Richard von Kühlmann, *03.05.1873 - +06.02.1948; Diplomat, Industrieller, von August 1917 bis Juli 1918 Außenminister; umstritten wegen seiner mäßigenden Haltung gegenüber den Bolschewiki; war diplomatisch in England engagiert.]

Einer Antwort auf diese Frage, die von „hervorragend gut unterrichteter Seite“ den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zugeht, entnehmen wir folgende Ausführungen:

Wer ist doch dieser Herr von Kühlmann, der – zum anderen Male – eine Krise von unübersehbaren Folgen heraufbeschworen hat? Als er das Erbe Zimmermanns antrat, wurde ihm wenig Erfreuliches nachgesagt. Er war pflichteifriger Mitarbeiter und Mentor Lichnowskys bei den Bethmannschen Verständigungsbestrebungen in London und hatte vom Haag aus gegen den uneingeschränkten U-Bootkrieg gearbeitet und in Konstantinopel nach Kräften dazu beigetragen, das Vertrauen in die deutsche Bundestreue zu erschüttern. Also belastet ging er in die Wilhelmstraße um die Arbeit der Welt den Frieden zu schaffen. Technische Fähigkeiten brachte er mit. Er verstand es glänzend, die Demokraten des Reichstags einzuseifen, und hatte auch in seinen Reden ein annehmbares Kaliber, aber ein starkes Mißtrauen gegen einen Mann von solcher Vergangenheit blieb doch bestehen, und man fühlte, obwohl er sich schwer in die Karten sehen ließ, nur zu bald, daß er die Folgen der englischen Krankheit immer noch nicht überwunden hatte.

Vorsichtig baute er seine Steine auf. Er übernahm, als er sein Amt antrat, die bindende Verpflichtung, die von der Obersten Heeresleitung im Osten für unbedingt notwendig gehaltenen Grenzsicherungen den Russen abzuhandeln. Später mußte er sich freilich ziemlich dringend daran erinnern lassen. Auf seinen Wunsch wurde darauf unser Mindestprogramm noch etwas eingeschränkt, aber das wollte er dann auch ganz bestimmt durchsetzen. Mit dieser Zusage ging er nach Brest als deutscher Vertreter in der stärksten Stellung, die sich ein Unterhändler nur wünschen kann. durch ihre Siege hatte die deutsche Heeresleitung ihm die Wege geebnet. Er

wußte, daß die Russen militärisch bis zur Vernichtung geschlagen sind, er wußte, daß sie überhaupt nicht mehr imstande sind, Widerstand zu leisten, daß ihre Truppen ihnen einfach davonzulaufen drohten, während wir noch Truppen genug haben, um jederzeit die Offensive wieder aufnehmen zu können.

Mit leeren Händen ist Herr von Kühlmann nach Berlin gekommen. Selbst die geringen militärischen Sicherungen, die von der Obersten Heeresleitung für unerlässlich gehalten wurden, hat er nicht herausschlagen können. Aber im Rate der Krone ist er Sieger geblieben.....

Berliner Tageblatt - Nr.14 – Dienstag, 08. Januar 1918 – Abend - S.1

Der Kaiser an den polnischen Gesandtschaftsrat. – Eine Ansprache.

Berlin, 8.Januar. (WTB). Die Mitglieder des Regentschaftsrats des Königreichs Polen, der Ministerpräsident v. Kucharszewski und die anderen Herren der polnische Deputation, sowie die Herren der Begleitung wurden heute mittag vom Kaiser in Gegenwart des Reichskanzlers und des stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amts, Freiherrn von dem Bussche – Haddenhausen empfangen. Die Einführung der polnischen Delegation geschah durch den Oberhof- und Hausmarschall und den Einführer des diplomatischen Korps. Bei dem Empfang richtete Fürst Lubomirski namens des Regentschaftsrats folgende Ansprache an den Kaiser:

„Kaiserliche und Königliche Majestät!

Wir sind glücklich darüber, daß es uns vergönnt ist, Euerer Kaiserlichen Majestät heute persönlich unsere tiefste Verehrung aussprechen zu dürfen und unsere tiefempfundene Dankbarkeit für die Akte ausdrücken, die unserem Vaterlande das staatliche Leben in Gestalt eine unabhängigen polnischen Monarchie wiedergegeben haben. Unverbrüchlich vertrauen wir darauf, daß Euere Majestät, angesichts der großen ihrer Lösung harrenden Aufgabe das begonnene Werk geschichtlicher Gerechtigkeit und Gemeinschaft mit dem erlauchten Verbündeten glorreich vollenden werden und dem entstehenden Staate durch Schaffung der für seinen dauernden Aufschwung erforderlichen Lebensbedingungen Allerhöchst Ihre mächtige Hilfe angedeihen lassen werden. Wir sind auch fest davon überzeugt, daß nach Festlegung und Verwirklichung der dem polnischen Staate zustehenden Rechte, wir Polen gemeinsam mit der deutschen Nation die großen Ziele verfolgen werden, die das Wohl der Menschheit und den allgemeinen Frieden verbürgen. Wir wissen, daß Euere Kaiserliche Majestät die großen Aufgaben der Zukunft mit Ihrem tiefen und schaffenden Geist übersehend dem deutschen Volk ein Führer auf dem Wege sein werden, dessen Ziel das friedliche und segensreiche Zusammenwirken aller Völker ist. In dem wiedererstandenen Vaterlande werden wir die Bekenner dieser Grundsätze sein. In der erhabenen Person Euerer Kaiserlichen Majestät erblicken wir aber und begrüßen wir den Vorkämpfer und den Hort derjenigen Grundsätze, welche die Welt beherrschen und alle Schichten der menschlichen Völkergemeinschaft Glück und Segen bringen sollen.“

Der Kaiser antwortete hierauf:

„.....Hochwürdige und erlauchte Herren des Regentschaftsrats!

Es gereicht mit zur aufrichtigen Freude, sie als die berufenen Vertreter des polnischen Staates in meiner Haupt- und Residenzstadt begrüßen zu können. Mit lebhafter Genugtuung entnehme ich aus Ihren Worten, daß Sie in den von meinen hohen Verbündeten und mir vollzogenen Akten die Erfüllung des langgehegten Wunsches des polnischen Volkes auf Wiedererichtung eines selbständigen Königreichs Polen erblicken, und daß Sie glauben, Ihrem Vaterlande am besten zu dienen, wenn Sie in Gemeinschaft mit dem Deutschen Reich und der österreichisch-ungarischen Monarchie die Ziele verfolgen, die das Wohl der Menschheit und das friedliche Zusammenwirken der Völker verbürgen. Gegenüber den Verunglimpfungen der Feinde empfinde ich es mit Dank, daß Sie meinem unablässigen Bemühen, in einer bald 30jährigen Regierungszeit ein Vorkämpfer und Schirmer dieser Grundsätze zu sein, tiefes Verständnis entgegenbringen. Möge es Ihnen hochwürdige und erlauchte Herren, vergönnt sein, in erfolgreicher Arbeit dem polnischen Staate die Grundlagen zu geben, die seine friedliche Weiterentwicklung gewährleisten. Meiner und meiner Regierung vollen Unterstützung können Sie hierbei versichert sein.“

Die Amerikaner in Marokko.

Ueber Frankreich kommt eine Nachricht, die unsere nachhaltige Aufmerksamkeit verdient. Der Präsident der amerikanischen Handelskammer in Paris, Walter Berry, hat soeben eine Informationsreise nach Marokko beendet und sich über marokkanische Entwicklungspläne und den amerikanischen Anteil daran sehr offen und ausführlich ausgesprochen. Er ist überrascht von den marokkanischen Bodenschätzen und sieht für den dortigen Getreidebau, Viehzucht, Obstkulturen eine große Zukunft voraus. Die außerordentliche Bedeutung der marokkanischen Minen ist ihm ohne weiteres klar. Auch als Touristenland schätzt der amerikanische Gutachter das marokkanische Küstengebiet mit seinem milden Klima mindestens gleichwertig, wenn nicht höher als Aegypten ein und stellt amerikanisches Kapital für Hotelbauten, Anlage von Kurorten und Verkehrsverbesserungen in Aussicht. Eine direkte Verbindung zwischen Newyork und Casablanca soll beschlossen sein. Im Hinblick auf die bereits vollzogenen Tatsachen des amerikanischen Aufkaufs großer Ländereien in der spanischen Zone bei Kap Epartal, die angeblich zur Anlage von Oelbaumkulturen dienen sollen, und der Beteiligung amerikanischen Kapitals an marokkanischen Bergwerksrechten und im weiteren Zusammenhang mit der lebhaften Tätigkeit der Amerikaner in Südfrankreich, den dortigen Eisenbahnanlagen und Hafenausbauten, ihrem Auftauchen in Portugal, der Landung auf den Azoren gewinnen diese amerikanischen Zukunftspläne überraschend an Bedeutung. Sie lassen sich nicht anders deuten als die groß angelegte Absicht, dem amerikanischen Imperialismus ein breites Einfallstor in das Mittelmeer und seine Randgebiete und eine Zwingburg im Mittelpunkt der großen, für den südamerikanischen Schiffsverkehrsverkehr besonders wichtigen Seestraßen von Ost nach West und von Nord nach Süd zu sichern. Durch diese amerikanischen Unternehmungen wird Deutschland daran erinnert, daß es in Marokko von Frankreich Rechte zurückzufordern hat, die, durch jahrzehntelange deutsche Arbeit begründet, für die deutsche Zukunft unbedingt nötig sind und sich nicht durch die Interessen des amerikanischen Kapitals verdrängen lassen werden.

Die „Friedensbedingungen“ Lloyd Georges.

Siegfried:	Im Schlafe willst du mich morden?
Mime:	Was möchte' ich? Sagt' ich denn das?
	Ich will dir, Kind, nur den Kopf abhau'n

Die Entente hat die ihr von den Vertretern des Vierbundes bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk im Einvernehmen mit den russischen Delegierten gestellte zehntägige Frist, sich diesen Verhandlungen zum Zwecke der Herbeiführung eines allgemeinen Friedens abzuschließen, verstreichen lassen, ohne ihre Bereitwilligkeit zur Teilnahme an den Konferenzen zu erklären. Sie hat im Gegenteil mit größtem Eifer daran gearbeitet, die Fortsetzung der Brest-Litowsker Konferenzen zu verschleppen oder am liebsten vollständig zu vereiteln. Erst nach Ablauf der erwähnten Frist hat der englische Ministerpräsident Lloyd George in einer an gewerkschaftliche Vertreter gerichteten Ansprache Erklärungen über die Kriegsziele Englands abgegeben, die dadurch auf besondere Bedeutung Anspruch machen können, weil sie nach einer Rücksprache Lloyd Georges mit Asquith und Grey und mit den Vertretern der überseeischen Dominions, also im Namen des ganzen Reiches, abgegeben wurde.

Die Rede Lloyd Georges ist alles andere eher, als ein Eingehen auf die der Entente gegebene Möglichkeit, sich den zwischen dem Vierbund und Rußland im Zuge befindlichen Besprechungen anzuschließen, sie ist, wenn auch der Ton, der der englische Premierminister angeschlagen hat, diesmal nicht so hochtrabend, nicht so scharf klingt, in allem Wesentlichen eine Wiederholung des in früheren Reden der Ententestaatsmänner Gesagten, ein Beharren auf den von ihnen verkündigten Kriegszielen. Wenn von einem Unterschiede zwischen den diesmaligen Erklärungen Lloyd Georges und seinen früheren überhaupt gesprochen werden kann, so besteht dieser einzig und allein darin, daß der militärischen Lage in gewissem Maße dadurch Rechnung getragen wird, daß von einem Siege über die Mittelmächte nicht mehr gesprochen wird. Diese Anerkennung der Unmöglichkeit, mit Waffengewalt die Kriegsziele der Entente durchzusetzen, bedeutet aber keineswegs deren Aufgeben. Es scheint vielmehr im feindlichen Lager noch immer die Hoffnung zu bestehen, diese Ziele auf andere Weise, auf Schleich- und Umwegen zu erreichen.

Was den Herren der Entente dank dem unerschütterlichen Standhalten unserer heldenmütig kämpfenden Truppen und ihrer Führer an allen Fronten nicht gelungen ist, das soll dadurch zustande gebracht werden, daß das Gift der Zersetzung in das Innere der Vierbundstaaten getragen wird, daß der

starke Wille zum Siege durch die entnervende Suggestion eines „demokratischen Verzichtfriedens“ gelähmt wird.

Lloyd George hat in seiner Ansprache an die Vertreter der englischen Gewerkschaften neuerdings beteuert, daß England niemals die Auflösung des deutschen Staates oder die Vernichtung Oesterreich-Ungarns gewünscht oder beabsichtigt habe. Diese Versicherung steht in vollstem Widerspruche mit dem, was über die Pläne der Entente durch die Veröffentlichung der russischen Geheimakten bekannt geworden ist. Aber selbst dann, wenn Lloyd George jene zweifellos bestandenen, weitreichenden Kriegsziele heute verleugnen wollte – aus dem, was er in seiner letzten Rede ausführte, geht deutlich hervor, daß die Haltung Englands und seiner Bundesgenossen gegen uns keine freundlichere und wohlwollendere, sondern bloß eine vorsichtiger geworden ist.

Was Deutschland betrifft, will Lloyd George dem deutschen Volke einreden, daß alles, was das im Jahre 1870 neuerstandene Reich groß und mächtig gemacht hat, ein unüberwindliches Hindernis für einen „.... [Wort unleserlich] demokratischen Frieden“ darstelle. Und bezüglich Oesterreich-Ungarns hat sich Lloyd George ebenso hinterhältig und doppelzünftig geäußert. Die Auflösung der Monarchie, meinte er, sei zwar kein Teil der Kriegsziele der Entente, er wünscht aber „die Gewährung einer Selbstregierung an die österreichischen und ungarischen Nationen, damit jene Ursachen beseitigt werden, die so lange den allgemeinen Frieden Europas bedroht haben.“

Infolgedessen verlangt er die Auslieferung unserer südwestlichen Grenzgebiete an Italien, und daßelbe fordert er für die Rumänen, deren angestrebte Vereinigung in einem Staate ja die Bukarester Kreise zur Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn bewogen hat. Mit einem Worte, was trotz des Aufgebotes der halben Welt gegen uns durch Waffengewalt nicht ertrotzt werden konnte, das soll jetzt abgelistet werden, indem man uns zur Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen überreden will. Die Stelle aus „Siegfried“, die wir diesen Ausführungen über die jüngste Rede Lloyd Georges gleichsam als Motto vorangestellt haben, kennzeichnet die gegenwärtigen Absichten der Entente auf das schärfste. O nein, man will uns nicht vernichten. Gott bewahre! Man will uns nur den Lebensfaden abschneiden, nur die Grundlagen zerstören, auf welchen unser Bestand und unsere Weiterentwicklung allein möglich sind.

Und dabei ist es ausgerechnet England, das die Freiheit so vieler Länder und Nationen rücksichtslos und brutal vergewaltigt hat, das sich jetzt durch den Mund seines Premierministers für die „Selbstregierung“ der Völker der Mittelmächte und ihrer Verbündeten erklärt, während es den von ihm unterjochten und beherrschten Völkern – wir wollen nur an die Buren, an Indien, an Aegypten und an Irland erinnern – jede Selbständigkeit des Handelns verwehrt. Die Doppelzüngigkeit Lloyd Georges hätte einen Mangel, wenn seine Rede, die uns für den „demokratischen“ Verzichtfrieden gewinnen will, nicht gleichzeitig aussprechen würde, daß von einer vollen Rückerstattung des deutschen Kolonialbesitzes keine Rede sein könne und daß Belgien nicht nur wiederhergestellt, sondern auch „eine möglichst weitgehende Entschädigung“ erhalten müsse. Der dem Frieden, wie ihn die Entente wünscht, zugrunde gelegte Verzichtgedanke ist also ein sehr einseitiger. Er soll nur uns, die Sieger, in dem uns aufgezwungenen Kriege dazu bewegen, alle Ansprüche fallen zu lassen, während die Besiegten nicht nur Entschädigung fordern, sondern auch heute noch auf ihren Raubplänen beharren, die uns zur Preisgabe der italienischen, rumänischen und südslawischen Gebiete, Deutschland zur Auslieferung Elsaß-Lothringens bewegen sollen. Es ist selbstverständlich, daß diese „Friedensbedingungen“ Lloyd Georges nicht nur unannehmbar, sondern einfach indiskutabel sind.

Deutsches Volksblatt - Nr.10423 – Dienstag, 08. Januar 1918 – S.9

Frankreich gegen den Frieden. – Die Elsaß-Lothringen-Frage.

Berlin, 7. Januar. Der „Leipziger Allgemeinen Zeitung“ wird aus Genf telegraphiert:

Clemenceau berief am Samstag die Parteiführer zu sich. Der Ministerpräsident begründete die ablehnende Stellungnahme Frankreichs zum russischen Friedensvorschlage damit, daß Frankreich ohne die Mindestforderung nach Elsaß-Lothringen nicht über den Frieden erhandeln könne.

Die Lehren der letzten Tage. – [Gedanken der Revolution werden geäußert]

Die „Vossische Zeitung“ meint heute, der Fehler der isolierten Betrachtung der Verhandlungen mit Rußland, den vor allem die rechtsstehende Presse mache, führe zu jenem Durcheinander der Gruppierungen, das den Anhängern der Kühlmannschen Politik weniger willkommen sei, als sie vorgäben. Es sei sehr wohl möglich, daß sie es sehr gern sähen, wenn von alldeutscher Seite ein Druck in der Richtung ausgeübt werde, daß man gegen Rußland die Sprache des Siegers führe. Hierin liegt zunächst ausgedrückt, daß die „Vossische Zeitung“ es nicht wünscht, wenn gegen Rußland die Sprache des Siegers geführt wird. Das geht auch daraus hervor, daß sie sagt, soweit die Vereinbarungen mit Rußland in Betracht kämen, sei die Ehre der Nation an die bekannten Regierungserklärungen vom 25. Dezember gebunden, gegenüber den Westmächten aber sei diese Haltung ebenso unpolitisch wie zwecklos. Wenn die „Vossische Zeitung“ glaubt, den Anhängern der Kühlmannschen Politik oder Herrn von Kühlmann selbst in bezug auf die Verhandlungen mit Rußland, ein alldeutscher Druck nicht unwillkommen, so scheint sie sich doch wohl einer Täuschung über die Ursachen der erstmalig mit der Erklärung des Grafen Hertling im Hauptausschuß am 4. Januar kenntlich gewordenen stärkeren Haltung der Reichsregierung hinzugeben. Diese stärkere Haltung ist nicht etwa Kühlmannscher Richtung, sondern hat offenbar als ein Ausfluß jener ernstesten Begebenheiten zu gelten, die in den letzten Tagen alle sich ihrer nationalen Verantwortung bewußten öffentlichen Organe gezwungen hat, in unmißverständlicher Form festzustellen, daß das deutsche Volk gemeinsam mit dem Heere geschlossen hinter der Obersten Heeresleitung stehe.

Die „Vossische Zeitung“ verlangte die strafweise Absetzung und Entlassung des Herrn v. Kühlmann, als die Verhandlungen mit Rußland infolge der endlich eine Spur von Festigkeit zeigenden Haltung der Regierung einen Augenblick gefährdet schienen. Die „Vossische Zeitung“ steht nämlich auf dem Standpunkte, daß man wohl eine militärische und politische Sicherung des Deutschen Reiches im Westen anstreben müsse, daß es aber im Osten das Richtige sei, allen russischen Wünschen ohne weiteres nachzugeben, um so schnell wie möglich einen Frieden der wirtschaftlichen Verständigung zu bekommen. Diese Haltung erklärt sich aus einer für die „Vossische Zeitung“ nicht unverständlichen besonderen Betrachtungsweise des deutsch-russischen Problems. Sie ist aber, wie alle Kenner des russischen Volkes versichern, falsch, weil die Russen nur durch Macht und durch Ausnutzung der Macht zu einer freundschaftlichen Stellungnahme zu bringen sind.

Daß auch ganz allgemein die festere Tonart, die erstmalig mit der Erklärung des Grafen Hertling vom 4. Januar angeschlagen wurde, von jedem Gesichtspunkte aus die richtige ist, erkennen wir u.a. aus feindlichen Pressestimmen. **So wird in einem französischen Blatt vom 30. Dezember, also vor der Hertlingschen Erklärung, auseinandergesetzt, die ganze deutsche annexionistische Partei habe ihre Niederlage eingestanden. Die deutsche Regierung habe der Welt den sozialistischen Frieden ohne Annexionen mit Entschädigungen für die Verletzung des Völkerrechts angeboten, den Frieden, für den Liebknecht im Gefängnis schmachte.** Wenn die Entente auf dieses Angebot eingehe, so werde das deutsche Proletariat seinem Kaiser sagen können: die Kriegsjahre hindurch Hunger, Millionen Tote, Milliarden Schulden habe ein Sieg gekostet, der nun in nichts zerfalle. Nehme aber die Entente das deutsche Friedensangebot nicht an, so würden die russische Revolution und die deutsche Revolution die Besiegten sein. **Haase und der deutsche Sozialismus, die den Kaiser besiegten, hätten ihn zu dem Frieden ohne Sieger und Besiegte gezwungen.** Er habe sich also nicht infolge einer militärischen, sondern infolge einer revolutionären Offensive besiegt gegeben. Behandle die Entente das Angebot Deutschlands mit Verachtung, so ver helfe sie dem Kaiser, also dem Monarchismus, zum schönsten Siege über die Revolution, denn dem deutschen Volke könne dann gesagt werden, den Gegnern sei alles angeboten worden, was für das deutsche Blut und das deutsche Gold erworben worden sei, aber die Gegner wollten das Leben, das Dasein des deutschen Volkes: den Beweis hätten sie erneut geliefert.

Diese Ausführungen zeigen, daß man im feindlichen Auslande über die für Deutschland katastrophalen Folgen einer Annahme des deutschen Friedensangebots von Brest-Litowsk sehr wohl unterrichtet ist. Wir können es für eine gütige Fügung des Geschicks ansehen, daß die Entente des äußeren Scheins wegen sich nicht zu einer offenen Annahme des Brest-Litowsker Angebots innerhalb der gestellten Frist entschließen konnte, **sondern glaubte, bei der deutschen Regierung mit einer etwas zögernden Haltung auch nach dem 4. Januar noch dieselben Erfolge erzielen zu können, wie vorher, nämlich die friedliche Besiegung der Monarchie durch Haase und den deutschen Sozialismus.** Die Entente kam zu dieser Auffassung, weil wie das „Berliner Tageblatt“ sich ausdrückt, „man weiß“, daß die „Forderung nach Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens das geringste der Friedenshindernisse ist“.

Die gestern veröffentlichte Feststellung des Vierbundes über Ablauf der der Entente gestellten Frist enthält zwar nicht die ausdrückliche Erklärung, daß die Richtlinien des 25. Dezember unter keinen Umständen mehr Geltung haben können, aber wenn die Vierbundfeststellungen überhaupt einen Sinn haben soll, dann muß es ganz ausgeschlossen sein, daß das Deutsche Reich jemals wieder die Richtlinien des 25. Dezember für eine geeignete Grundlage zu einem Friedensschluß mit den Westmächten der Entente hält. Stimmen wie die angeführte französische, zeigen uns, vor welchem katastrophalen Verhängnis wir durch die verschämt ablehnende Haltung unserer Feinde gegenüber dem Brest-Litowsker Angebot bewahrt worden sind. **Daß das deutsche Volk zu den Urhebern dieses Angebots kein Vertrauen mehr haben kann, sondern deutlich erkenntlich sich hinter Hindenburg und Ludendorff stellt, ist erklärlich**, und es würde in den weitesten Kreisen mit besonderer Genugtuung begrüßt werden, wenn die Auffassung sich bestätigte, die wir nach der Erklärung des Reichskanzlers vom 4. Januar aussprachen: „Graf Hertling machte den Eindruck eines Mannes, der Wert darauf legt, auch nach außen zu betonen, daß er von nun ab die eigentliche Führung der Verhandlungen übernehmen und dem Unterhändler in Brest-Litowsk seine gemessenen Aufträge erteilen werde“. **Allerdings wird das nicht genügen, im deutschen Volke das Schwindelgefühl zu beseitigen, daß man hin und wieder am Rande eines steilen Abgrundes verspürt.** Wenn auch die ernstesten Besorgnisse der letzten Tage für den Augenblick beseitigt scheinen, so droht doch bei Verbleiben der Schuldigen im Amte jeden Tag von neuem die Gefahr.

E.B.

Deutsche Zeitung - Nr.13 – Dienstag, 08. Januar 1918 – S.2

Jetzt gilt's!

Unter dem Stichwort „Jetzt gilt's“ sagen die „**Hamburger Nachrichten**“:

Die Feinde sind am Werk. Sie haben es längst aufgegeben, uns mit den Waffen zu ihrem Willen zu zwingen. Aber im Rücken unseres tapferen Heeres wühlen böse Geister. Unter allerlei Masken schleichen sie umher, die Gemüter verbitternd; sie flüstern und raunen, ja sie wagen es, auf offener Straße zu predigen, wir seien am Ende unserer Kraft. Und grinsend sehen die Feinde, wie bei uns die Flammen des Haders emporzüngeln – wie Wohngebilde von ewigem Frieden und Weltbürgertum die wirtschaftliche und politische Erstarkung Deutschlands zu schwächen drohen – wie wir im Begriff sind, die ruhmreichen Erfolge unseres Heeres zu zerstören und mit frevler Hand selbst die Axt an den Baum deutscher Macht zu legen.

Mag es wahr sein oder nicht, daß Lloyd George am 14. Januar 1917 in einer Geheimsitzung des Parlaments unter dem Motto: „Die Deutschen können nur durch die Deutschen besiegt werden“, 500 Millionen Mark für diesen Zweck verlangt hat. England, das wohl weiß, wie man mit einem goldbeladenen Esel die festeste Burg erstürmt, wirft Millionen über Millionen in die Welt, um durch solche Propheten das deutsche Volk auseinander zu sprengen. Wie im alten Rom ruft man an der Themse aus:

„Bei dem uns drohenden Verhängnis kann uns das Schicksal nichts Größeres gewähren als des Feindes Zwietracht!“

Jetzt gilt's

Deutsche Zeitung - Nr.13 – Dienstag, 08. Januar 1918 – S.2

Halbamtliche Betrachtungen.

Köln, 7. Januar. Die „**Kölnische Zeitung**“ erklärt zu dem amtlichen Dementi über den angeblichen Rücktritt Ludendorffs:

Die Behauptung, ein General an führender Stellung wie Ludendorff könne seinen Posten im Stiche lassen, sei eine Unterstellung, die einer Beleidigung des genialen Feldherrn nahekomme. Daß ähnliche Schwierigkeiten wie bei Bismarckschen Friedensschlüssen, falls die nicht schon eingetreten sind, auch heuer nicht ausbleiben, ist mit psychologischer Notwendigkeit um so sicherer vorauszusehen, als wir einen Koalitionsfrieden mit den verschiedenen Interessen, die zu berücksichtigen sind, steigen. Jeder täte besser, solch Unabänderlichem fest entschlossen ins Gesicht zu sehen, statt solche Schwierigkeiten, wenn sie schließlich da sind, zu Schicksalsfragen aufzubauschen, vor deren Lösung man hilflos die Hände ringt. Sache der Heeresleitung ist es, die in erster Linie notwendigen strategischen militärischen Sicherungen festzulegen und nach Maßgabe des militärisch Erreichbaren zu umgrenzen. Auf Grund solcher Feststellungen hat die Diplomatie zu versuchen, die militärischen Notwendigkeiten in den Friedensverhandlungen durchzusetzen. Die Diplomatie kann mit der vollen Wucht der militärischen Machtmittel ihren Forderungen Nachdruck geben. Man muß erwarten, daß sie von der Gunst der heutigen Lage Gebrauch macht. Wir dürfen vertrauensvoll eine

Verständigung zwischen Diplomatie und Heeresleitung erwarten, nur sollen wir diese Verständigung nicht stören, sondern die Nerven behalten und Mann für Mann hinter dem stehen, was jene als richtig und erreichbar erkannt.

Deutsche Zeitung - Nr.14 – Dienstag, 08. Januar 1918 – Abend - S.1

Die drohenden Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokratie Scheidemanns setzt die Drohung fort, falls sich der Wille der Regierung mit dem der Sozialdemokratie nicht fürderhin decke, die Politik des 4. August 1914 einzustellen. Diese Politik, die Bewilligung der Kriegskredite, bedeutete die Abkehr der Sozialdemokratie von ihrem revolutionären Internationalismus, das Bekenntnis zum Willen für den bedrohten Staat, für Volk und Vaterland. Die Sozialdemokratie erfüllte damit nur das, was alle Deutschen taten, ihre Pflicht. Wenn sie jetzt drohen, die Politik des 4. August 1914 aufzugeben, so drohen sie mit Pflichtvergessenheit, die dem Verrat am Vaterland gleichkommt.

Die Sozialdemokraten haben seither immer betont, daß sie am 4. August 1914 nichts anderes als den Weg der selbstverständlichen Pflicht eingeschlagen hätten und dafür nicht besonders belohnt sein wollten. Der Kanzler v. Bethmann freilich hat die Belohnung der sozialdemokratischen Pflichterfüllung für notwendig gehalten. Er versprach die „Neuorientierung“, er versprach zuletzt sogar das gleiche Wahlrecht für Preußen. Scheidemann selber aber schrieb noch vor zwei Jahren: „Was wir an „Neuorientierung“ verlangen, verlangen wir nicht als Lohn für „bewiesene Besserung“.

Eine einzige leise Andeutung, die nicht einmal aus dem Schoße der Fraktion gekommen war, ob die Zustimmung zu den Kriegskrediten nicht abhängig gemacht werden könne von bestimmten Zusicherungen, wurde von der Fraktion einmütig abgewiesen. Es bestand vollkommene Übereinstimmung darin. Wird die Erfüllung einer Pflicht, in diesem Falle die Pflicht der Landesverteidigung, anerkannt, dann kann und darf die Pflichterfüllung nicht abhängig gemacht werden von bestimmten Konzessionen.“

Also Scheidemann. Heute aber drohen die Scheidemänner, die Pflicht der Landesverteidigung nicht mehr erfüllen zu wollen. Heute beanspruchen sie höher als die vaterländische Pflicht die Befriedigung ihrer internationalen Parteigelüste, der ein deutscher Sieges- und Machtfriede hinderlich sein soll. Ein solcher Friede will gerechte Genugtuung und Sühne gegenüber der Raubgier der Feinde schaffen, die den Weltkrieg entfesselt haben. Er soll der naturgemäße Ausdruck werden für die Strafe der alleinigen Schuld, die die Feinde am Kriege haben. Er soll die Sicherung einer gedeihlichen Zukunft, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft, gewähren. Aber die Sozialdemokratie, die deren berufene Vertreterin zu sein vorgibt, liegt nicht sowohl die Wohlfahrt der breitesten Bevölkerungsschichten am Herzen, als die Wiedererichtung der roten internationalen, als die Gemeinbürgerschaft mit der gesamten Sozialdemokratie des feindlichen Auslandes. Der „Vorwärts“ sagt heute: „Der Beschluß, den die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am letzten Sonntag gefaßt hat, könnte weltgeschichtliche Bedeutung erlangen, wenn er bei den Arbeitern der ganzen Welt, Rußlands wie Englands, Frankreichs wie Italiens die Anerkennung fände, die er verdient.“ Auf die Anerkennung vornehmlich der Feinde wird also für den Fall gerechnet, daß die besagte Drohung ausgeführt wird.

Besonnene Sozialdemokraten entziehen sich der Einsicht nicht, was für sie auf dem Spiel stünde, wenn sich die Sozialdemokratie zur Abkehr vom 4. August 1914 entschlösse. So sagt über die Illusionspolitiker in der Sozialdemokratie, die dem Hirngespinnst der Selbstbestimmung der Völker verfallen sind, die sozialdemokratische Wochenschrift „Die Glocke“: „Vor allen Dingen vergessen diese Sozialisten, daß wir Deutsche sozusagen auch ein Recht auf Selbstbestimmung und auf Sicherung unserer Zukunft haben.“ Die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme“ ferner ermahnt zum „kältesten Blute“ und warnt vor „unüberlegten Schritten“. Am liebsten freilich wäre es auch ihr, wenn die deutsche Regierung zum Nachgeben gegen Rußland gezwungen werden könne. Aber, so bemerkt sie, ein Teil der Mittel hierzu sei im gegenwärtigen Augenblick durchaus zu verwerfen, weil sie das deutsche Volk nur wehrlos den ungezügelten Eroberungsinстинkten seiner westlichen und südlichen Todfeinde preisgeben würde. Wollte man es so weit bringen, so hätte man am 4. August 1914 gleich den Verteidigungswillen des Volkes brechen können. Das politische Mittel der Verweigerung der Kriegskredite sei zweischneidig: es müsse tiefsten Zwiespalt in das deutsche Volk tragen und die sozialdemokratische Partei würde darin mit den unabhängigen Sozialdemokraten allein sein.

Das Schicksal, mit den Unabhängigen allein zu bleiben, hätte die sozialdemokratische Regierungspartei vollauf verdient. Was trennte die Partei Scheidemann noch von der feindlichen Bruderpartei der Liebknecht und Genossen, wenn sie die Politik des 4. August 1914 einstellte? Nicht einmal mehr die Taktik. Die

Unabhängigen wissen das nur zu gut, und darum drängen und reizen sie die „Regierungssozialisten“ auf jede Weise zum Abfall von der Politik des 4. August 1914. Sie überschütteten die „Regierungssozialisten“ mit bitterstem Hohn, damit sie sich schämen und Einkehr halten sollen. Ihr Blatt die „Leipziger Volkszeitung“, behauptet, die „Regierungssozialisten“ seien über den Löffel halbiert worden, würden von der Regierung ins Gesicht geschlagen, und nähmen diesen Schlag geduldig hin. Sie verrieten im gleichen Atemzuge das Selbstbestimmungsrecht der Völker wie das Parteiprogramm, und die bolschewistische Regierung Rußlands werde heute wissen, was sie von dieser Partei zu halten habe.

Je eher die Partei, die mit der Drohung der Nichterfüllung der höchsten vaterländischen Pflicht die Willfährigkeit der Regierung für ihre Parteizwecke herauspressen will, aus der Gemeinschaft der übrigen Parteien ausscheidet, um so besser wird es für die deutsche Zukunft bestellt sein. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß der internationale Geschäftspolitiker Erzberger bloß deshalb eine so verhängnisvolle Rolle spielen konnte, weil der ebenfalls internationale, wenn auch etwas anders geartete Geschäftspolitiker Scheidemann mit ihm an einem Strange zog. Die Scheidemänner stehen am Scheideweg. Mögen sie links abbiegen, wohin sie gehören, wenn sie ernstlich auch nur einen Augenblick von der Pflicht des 4. August 1914 abweichen wollen! Den Feinden wird es ja eine gewisse Genugtuung bereiten, wenn ihr trügerisches Schlagwort von der Selbstbestimmung der Völker, das für sie selber natürlich keine Gültigkeit haben soll, die Sozialdemokratie zum Umfall bringt. Aber allzu große Hoffnungen werden sie auf die Hilfe der Umgefallenen nicht setzen können, da auch sie sich der Einsicht nicht verschließen werden, daß ein Friede, an dessen Gestaltung auf deutscher Seite die Sozialdemokratie nicht den geringsten Einfluß mehr haben kann, am wenigsten ihrem Willen entsprechen dürfte.

Deutsche Zeitung - Nr.14 – Dienstag, 08. Januar 1918 – Abend - S.1

Noch keine Entscheidung.

Die Gefahr des Verlustes der beiden Männer, auf die allein das gesamte deutsche Volk mit unbegrenztem Vertrauen blickt, ist noch nicht beseitigt. In politischen Kreisen glaube man dagegen, daß auch der Reichskanzler Graf Hertling sein Weiterverbleiben im Amte von der Weiterführung des Heeres durch Hindenburg und Ludendorff abhängig gemacht habe. Damit wäre die Frage Kühlmann lediglich eine Personenfrage geworden. Hier arbeitet man von gewisser Seite darauf hin, daß Fürst Bülow die Friedensverhandlungen an Stelle des Herrn v. Kühlmann übernehmen solle. Da man aber ein Nebeneinanderarbeiten des Fürsten Bülow und des Grafen Hertling für unmöglich hält, so bedeutet die Unterstützung einer solchen Lösung zugleich ein unterminieren der Stellung des Grafen Hertling. Besonders bemerkenswert ist es, daß man den Gedanken einer solchen Lösung dem Abgeordneten Erzberger zuschreibt. Das wirft interessante Streiflichter auf die Stellung des Abgeordneten Erzberger und des von ihm geführten Teiles des Zentrums zum Grafen Hertling. Die Uebernahme der Friedensverhandlungen durch den Fürsten Bülow wäre, abgesehen von grundsätzlichen Bedenken, in diesem Falle um deswillen mit ganz besonderem Mißtrauen aufzunehmen, als Fürst Bülow dann als Kandidat des Abgeordneten Erzberger ans Ruder gelangen würde.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung - Nr.13 – Dienstag, 08. Januar 1918 – Morgen - S.2

Die Kriegsziele Lloyd Georges.

Die Rede, in der der britische Premierminister Lloyd George, nach einer Erörterung mit Asquith, Grey und einigen Vertretern der großen überseeischen Besitzungen Großbritanniens, den Vertretern der Gewerkschaften die englischen Kriegsziele dargelegt hat, weicht im Tone von denjenigen Äußerungen der Staatsmänner des Verbandes ab, denen nach einer Bemerkung des deutschen Reichskanzlers die homerischen Helden mit ihren herausfordernden Gesten und schmückenden Beiworten zum Muster gedient haben. Aber nicht immer ist es der Ton, der die Musik macht. Wenn auch Lloyd George jetzt aus naheliegenden Gründen darauf verzichtet, von allerhand Zerschmetterungszielen zu sprechen, mit denen er früher auf sie Massen seines eigenen Volkes und diejenigen seiner Bundesgenossen Eindruck zu machen gewohnt war, – wenn er auch aus dem Gesamtprogramme des Verbandes diejenigen Punkte gestrichen hat, an denen das Großbritannien im Kampfe verbündete Rußland das größte Interesse hatte, und die deshalb in jeder derartigen Äußerung glänzten: an den eigenen Kriegszielen Englands hat sich so gut wie nichts geändert. Nach wie vor sind sie das Ergebnis des Willens zu unbeschränkter Weltmacht.

In derselben Rede, in der Lloyd George großmütig versichert, daß eine Zerstörung Deutschlands oder des deutschen Volkes niemals das britische Kriegsziel gewesen sei, daß man auch Oesterreich-Ungarn nicht

zerstören und die Türkei nicht ihrer reichen Besitzungen in Kleinasien und Thrazien berauben wolle, die vorwiegend von der türkischen Rasse bewohnt seien, spricht er trotz den Ergebnissen der deutsch-österreichisch-ungarischen Isonzooffensive von den natürlichen Ansprüchen der Italiener auf Vereinigung mit dem Volke gleicher Rasse und Sprache, proklamiert er die Anwendung derselben Grundsätze auf die türkischen Provinzen Arabien, Armenien, Mesopotamien, Syrien und Palästina. Er will die deutschen Kolonien „zur Verfügung der Konferenz halten“, deren EntschlieÙung in erster Linie auf die Wünsche und Interessen der eingeborenen Bevölkerung dieser Kolonien Rücksicht nehmen muß, ohne auch nur mit einem Gedanken den Wünschen der Eingeborenen Bevölkerung in Indien und anderen überseeischen Besitzungen Großbritanniens oder etwa, was vielleicht noch näher läge, den Wünschen der Bewohner Irlands entgegenzukommen. Und auch Elsaß-Lothringen ist ihm immer noch eine Frage, während es sich doch nach den Prinzipien der Rasse und dem Spruche der Geschichte unzweideutig um deutschen Boden handelt.

Lloyd George ist sich wohl durchaus klar über die Festigkeit und innere Geschlossenheit des Vierbundes. Er weiß heute, wie er bei seiner ersten Kriegszielrede wußte, daß die territoriale Unversehrtheit der österreichisch-ungarischen Monarchie ebenso wie der übrigen Verbündeten Deutschlands den Eckstein in dem Gebäude des Friedens bilden muß, das dereinst auf den Trümmern des Weltkrieges errichtet werden wird. Daß es trotzdem, angesichts der militärischen wie der politischen Lage, an seinen imperialistischen Kriegszielen mit ihren maßlosen Forderungen festhält und nur durch die Veränderung im Ton den Anschein zu erwecken sucht, als trage er der Veränderung der militärischen und politischen Verhältnisse Rechnung, ist bezeichnend für ihn wie für seine Bundesgenossen. Bezeichnend ist auch die Tatsache, daß er seine imperialistischen Kriegsziele einer aus Vertretern englischer Arbeiterorganisationen zusammengesetzten Zuhörerschaft vortragen und ihren Beifall, zum mindesten aber ihr stillschweigendes Einverständnis damit finden konnte. **W.S.**

Berliner Tageblatt - Nr.15 – Mittwoch, 9. Januar 1918 - S.1

Die Campagne gegen Kühlmann.- Eine halbamtliche Erklärung.

Die halbamtliche „**Norddeutsche Allgemeine Zeitung**“ erledigt die Verdächtigungen, die der Schwerindustrielle „**Berliner Lokal-Anzeiger**“ gegen den Staatssekretär v. Kühlmann vorgebracht hat, in folgender Weise:

„In einer Zuschrift des „**Berliner Lokal-Anzeigers**“ aus parlamentarischen Kreisen wird über die Verhandlungen in Brest-Litowsk, die auch anderwärts aufgetauchte Behauptung wiedergegeben, „daß die deutschen Bevollmächtigten von der ihnen mitgegebenen Marschroute abgewichen seien. Diese Behauptung trifft nicht zu. Weder für den bisherigen noch für den zukünftigen Gang der Verhandlungen kann die Rede davon sein, daß die deutschen Bevollmächtigten etwas anderes erstreben und vertreten als das, was sie nach ihren Instruktionen zu vertreten haben.“

Die unwahre Geschichte, daß Herr v. Kühlmann in Brest-Litowsk gegen seine Instruktionen gehandelt habe, ist, in ähnlicher Form, auch von den „**Leipziger Neuesten Nachrichten**“ verbreitet worden, die in den letzten Tagen wieder eine hervorragende Rolle in dem alldeutschen Spektakelstück gespielt haben.

Die alldeutsch-schwerindustrielle „**Deutsche Zeitung**“ erschien gestern abend mit der großen Aufschrift „**Fortdauer der Regierungskrise**“. An der Spitze ihrer ersten Seite erklärt sie, daß die Gefahr noch nicht beseitigt sei, daß aber Graf Hertling „sein Weiterverbleiben im Amte von der Weiterführung des Heeres durch die jetzigen Führer abhängig gemacht habe, und daß damit die „Frage Kühlmann lediglich zu einer Personenfrage geworden sei“. Weiter erzählt sie, der Abgeordnete Erzberger arbeite darauf hin, den Fürsten Bülow ans Ruder zu bringen und zunächst seine Ernennung als Unterhändler in Brest-Litowsk durchzusetzen.

Man braucht zwar auf diesen Klatsch nicht einzugehen, aber es muß wenigstens konstatiert werden, daß der Abgeordnete Erzberger, wie das ganze Zentrum, sich mit Entschiedenheit hinter die Regierung gestellt hat und, seinen eigenen Erklärungen zufolge, nicht daran denkt, seinen bisherigen Standpunkt aufzugeben. Erzbergers Beziehungen zum Fürsten Bülow sind bekannt, aber die Annahme, daß für bestimmte „Nachfolger“ gearbeitet wird, kann doch wohl gerade bei denjenigen nicht zutreffen, die, wie Erzberger, die Regierung unterstützen.

Berliner Tageblatt - Nr.15 – Mittwoch, 9. Januar 1918 - S.1

Huysmans englische Reise.

Kopenhagen, 8. Januar. Bjorgbjerg telegraphiert über die erste Sitzung der neuen Stockholmer Beratungen an den dänischen „Sozialdemokrat“:

Huysman hat heute seinen Paß nach England bekommen und reist in einem der nächsten Tage. Er wird auf einer interalliierten Sozialistenkonferenz, die sofort nach dem Sozialistentag in Nottingham stattfinden sollte, den Standpunkt des holländisch-skandinavischen Ausschusses vertreten und in dessen Namen die Ententesozialisten nach Stockholm einladen.

Der Reichsbote - Nr.16 – Mittwoch, 9. Januar 1918 – Abend - S.1

Eine zurückgewiesene englische Verletzung der holländischen Hoheitsrechte.

Amsterdam, 9. Januar. „**Delftsche Courant**“ meldet: Bei der Heimreise des neulich in Holland angekommenen Kriegsschiffes „**Tromp**“ ereignete sich auf dem Atlantischen Ozean folgender Zwischenfall.

Der Kommandant eines englischen Kriegsschiffes gab dem „**Tromp**“ den Befehl zu stoppen. „**Tromp**“ fuhr weiter. Darauf löste der Engländer einen Warnschuß und wiederholte sein Signal. „**Tromp**“ setzte dessen ungeachtet die Fahrt fort und signalisierte zurück, ob der Engländer denn nicht wisse, daß er es mit einem holländischen Kriegsschiff zu tun habe. Der Engländer antwortete, er wisse das wohl, aber „**Tromp**“ müsse trotzdem stoppen, da er Passagiere an Bord habe. Darauf gab „**Tromp**“ eine Antwort, die dem alten Admiral „**Tromp**“ Ehre gemacht haben würde; er signalisierte kurz und bündig: „Klar zum Gefecht“. Starr vor Erstaunen über diese unerwartete Kühnheit, wußte der Engländer offenbar nicht, was er antworten sollte. Der Zwischenfall wurde in einer geheimen Sitzung der Zweiten Kammer, die bald nach Ankunft des „**Tromp**“ abgehalten wurde, zur Sprache gebracht.

Die Antwort des holländischen Kriegsschiffes war mannhaft, aber auch die für den Kommandanten einzig mögliche. Etwas anderes konnte auf die alles Denkbare übersteigende, völlig rechtswidrige englische Anmaßung nicht gegeben werden. Nach der auf der Haager Friedenskonferenz vereinbarten Londoner Erklärung über das Seekriegsrecht vom 26. Februar 1909 dürfen nicht einmal neutrale Handelsschiffe durchsucht werden, wenn sie unter dem Geleit ihrer Kriegsflagge sind, geschweige denn Kriegsschiffe selbst. Die Anmaßung des Kommandanten des englischen Kriegsschiffes stellt einen schweren Eingriff in die holländischen Hoheitsrechte dar, dessen Zurückweisung mit Waffengewalt die nationale Pflicht des Kommandanten des holländischen Kriegsschiffes „Tromp“ war. Die englische Regierung ist dafür den Niederlanden eine Genugtuung schuldig.

Das Vorgehen des britischen Kommandanten ist wieder einmal Beweis dafür, wie schamlos sich die Briten über alles Recht und alle Verträge hinwegsetzen, obgleich die britischen Staatsmänner in ihren Reden fortgesetzt heuchlerisch wehleidig betonen, daß die Achtung vor feierlichen Abmachungen und völkerrechtlichen Grundsätzen wiederhergestellt werden müßte. Sie hätten die größte Ursache, bei sich damit anzufangen. Bei ihnen täte eine Gewissenschärfung in dieser Hinsicht am allerdringendsten not. Die Verblüffung des englischen Kommandanten über die Antwort „Klar zum Gefecht“ beweist genügsam, wie mangelhafte Begriffe dieser Schiffskommandant von völkerrechtlichen Grundsätzen hat. In der Hand von solch britischer Willkür sich über das Recht stellenden Meertyrannen liegt das Schicksal der neutralen Schifffahrt!

Das holländische Linienschiff „Tromp“ hat eine Wasserverdrängung von 5300 To. Es ging 1904 vom Stapel und ist bestückt mit zwei 24, vier 15, acht 7,5 und vier 3,7 Ztm. Geschützen. Seine Geschwindigkeit beträgt 16,7 Seemeilen, seine Besatzung beläuft sich auf 349 Mann.

In letzter Stunde geht uns nachstehendes Telegramm zu:

Haag, 9. Januar. Das Korrespondenzbureau erfährt von durchaus zuverlässiger Seite, daß die Meldung des „Delftschen Courant“ über den Zwischenfall mit dem niederländischen Kriegsschiff „Tromp“ unrichtig ist.

Deutsche Zeitung - Nr.15 – Mittwoch, 9. Januar 1918 – Morgen - S.1

Was ist Selbstbestimmungsrecht? – von Kommerzienrat Berthold Körting, Hannover

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, über dessen Auslegung der Sonderfriede mit Rußland und der Burgfriede in Deutschland in die Brüche zu gehen droht, leidet, wie alle Schlagworte, unter dem Nachteil oder, wenn man will, Vorteil einer sehr dehnbaren Auslegungsfähigkeit, die sich die verschiedenen Strömungen mit mehr oder weniger Geschick zunutze machen. Bei Lichte besehen stellt sich allerdings heraus, daß diese Dehnbarkeit eine ganz willkürliche und künstliche ist und einer realpolitischen Betrachtung nicht standzuhalten vermag. In der Tat ist nichts leichter, als den Nachweis zu führen, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker weiter nichts ist, als die ihnen von anderen Mächten freiwillig oder auch unfreiwillig eingeräumte Freiheit, ihre innere Politik, d. h. die Ordnung ihrer eigenen Angelegenheiten, nach eigenem Ermessen zu führen. Daß das auch gegenüber großen Völkern nicht immer freiwillig abgeht, dafür bietet das Hauptkriegsziel der Entente die Demokratisierung Deutschlands, ein überaus lehrreiches Beispiel.

Bei der leisesten Ueberschreitung der nicht immer deutlich erkennbaren Grenze zwischen innerer und äußerer Politik, z.B. bei der Zollgesetzgebung, hört aber das berühmte Selbstbestimmungsrecht ganz von selbst auf, da es dann notgedrungen die Belange anderer Mächte berührt. Das gilt bekanntlich selbst von den größten und mächtigsten Völkern, und wer sich über diese Tatsache hinwegzusetzen versucht, muß sich auf den Einspruch der geschädigten Mächte und auf je nach seiner militärischen Stellung mehr oder weniger gefährliche Verwicklungen gefaßt machen.

Ist es also schon bei derartigen rein wirtschaftlichen Fragen abwegig, von einem Selbstbestimmungsrecht der Völker zu sprechen, so kann davon natürlich bei hochpolitischen, d.h. Ehre, Sicherheit und Prestige der Völker berührenden Fragen erst recht keine Rede sein. Machen wir uns das an einem Beispiel klar. Wäre es denkbar, daß Deutschland ruhig zusehen könnte, wenn einer seiner kleinen, seinem Einflusse nicht unterworfenen, so doch erreichbaren Nachbarn eine die Sicherheit des Reiches gefährdende Politik treiben würde, die Kontrolle der Scheldemündung England übertragen oder Dänemark die dänische Propaganda in Schleswig nachweisbar unterstützen würde oder, nehmen wir einen ganz krassen Fall, wenn Luxemburg seinen Anschluß an Frankreich vollziehen würde? Daß das für ein keine Selbstmordpolitik treibendes Deutsches Reich einfach undenkbar wäre, darüber wird wohl in ganz Deutschland keine Meinungsverschiedenheit bestehen. Bei Holland und Dänemark handelt es sich aber um zwei seit Jahrhunderten selbständige, durch eine ruhmreiche Geschichte selbstbewußte und stolze Nation und da will man auch nur einen Augenblick daran denken, Deutschland zuzumuten, es solle den von ihm befreien und

seinem ausschließlichen Einflusse unterworfenen östlichen Grenzvölkern ein Selbstbestimmungsrecht einräumen, das einem Bestimmungsrecht über Deutschlands Schicksal, einem Verzicht auf die mit Strömen deutschen Heldenblutes errungene Sicherung unserer Ostmarken gleichkommen würde.

Wer das will, steht nicht auf seiten des deutschen Volkes, der ist nicht einmal objektiv, gerecht oder neutral, der stellt sich ganz einfach auf die Seite unserer Feinde und begeht, wenn er ein Deutscher ist, Verrat am Vaterlande.

Deutsche Zeitung - Nr.15 – Mittwoch, 9. Januar 1918 – Morgen - S.2

Achtung!

„**Verdens Gang**“, das reinblutig freimaurerische und darum bedingungslos england- und verbandsfreundliche norwegische Blatt, erwähnt in einer Betrachtung über die militärische Lage beim Jahreswechsel ein angebliches Gerücht, nach dem Deutschland eine „Volksabstimmung über den Ubootkrieg“. also wohl über seine Fortsetzung oder Preisgabe, bevorstehe.

Wo ist dieses Gerücht im Umlauf? In Deutschland hat sicherlich kein Mensch von ihm gehört. Auch davon, daß im Ausland Derartiges erzählt wurde, ist einstweilen keinerlei Kunde zu uns gedrungen. Sicherlich würde es „Verdens Gang“ selbst außerordentlich peinlich sein, angeben zu sollen, wo es von der Sache gehört habe.

Nein! Ein Gerücht dieser Art besteht nicht. Vielleicht aber ein Plänchen? Ein Plänchen, hinsichtlich dessen das journalistische Temperament unserer sehr verehrten Berufsgenossen in Kristiania nicht deshalb dicht halten können, und das „sehr vorsichtig“, also als „Gerücht“, ihrem Leserkreis aufzutischen, sie sich nicht versagen wollten? Herrgott, man tut schließlich so manches, um seinen Leuten hinterdrein beweisen zu können, wie ausgezeichnet unterrichtet man war, und wie gut sie bedient sind

Skandinavien ist seit Beginn des Krieges ein Achseelpunkt aller freimaurerisch-sozialistischen Umtriebe gegen uns. Der andere ist die Schweiz. Man tut gut, auf „Gerüchte“ von der Art des von „Verdens Gang“ verzeichneten zu achten, die dort oder hier auftauchen. Wie gesagt, wir glauben nicht an dieses Gerücht als solches. Wohl aber halten wir das Bestehen der Absicht für nicht unwahrscheinlich. Unsere norwegische Kollegin mag irgend ein Wissen um die Sache haben, und hat sich nicht enthalten können, es vorzeitig und zwar als Gerücht auf den Markt zu bringen. Sie hat sich als unzuverlässig erwiesen, hat geplappert.

Der Gedanke wäre gar nicht so übel ersonnen. Der Ubootkrieg ist das Messer, das unseren Gegnern an der Kehle sitzt. Ihre verzweifelten Anstrengungen haben es nicht vermocht, sich militärisch von ihm zu befreien. Man mußte es anders versuchen. Und man kennt seine Leute. Man kennt die phantastische Schwäche gewisser deutscher Herren von schwer auszugleichendem Einfluß. Weiß, wie viel jämmerliche Liebdienerei und Strebsamkeit sich ihrer politischen Farbenblindheit jeder Zeit zur Verfügung stellt. Hat erprobt, daß wir schwer zu schlagen aber leicht auseinander zu reden sind.

„Deutsche können nur durch Deutsche besiegt werden.“

In der Tat – es würde gar nicht schwer sein, den Gedanken einer Abstimmung über Fortsetzung oder Einstellung des Ubootkrieges Kindern und politisch Unmündigen unter bestimmten Voraussetzungen bei uns mundgerecht zu machen. So wenn man die Einstellung des Ubootkrieges zur Voraussetzung für den Beginn angeblich ernst gemeinter Friedensverhandlungen machte. Im Auslande recht zu schreien begänne, und dann die Vertrauensleute in unseren Reihen ihre Arbeit tun ließe. Die bekannten und die einstweilen als solche noch nicht allgemein erkannten, darum aber keineswegs unbeträchtlicheren! – **Wenn „Berliner Tageblatt“, „Frankfurter Zeitung“, „Vorwärts“, bestimmte literarisch aufgemachte Revuen usw. sich in traurem Verein gleichzeitig ins Zeug legten, könnte es immerhin gehen. Durch planmäßige Flaumacherei haben sie den Boden für Treibereien jeglicher Art hinlänglich vorbereitet – in das Vertrauen in unsere Uboot-Waffe insbesondere für alle Fälle auch längst eine Bresche gelegt!** Zumuten kann man diesem Volk politisch jede Kinderei, wie das Geschwätz über den annexionslosen Frieden und das Selbstbestimmungsrecht erobelter Gebiete längst gezeigt hat. Einstweilen ist **die Zukunft Elsaß-Lothringens – und zwar seit der Reichstagsrede v. Kühlmanns, die ja Antwerpen kampflos preisgab – kenntlich als der Punkt, den die feindliche Propaganda zunächst in Angriff zu nehmen gedenkt.** Es wäre sehr wohl denkbar, daß der Verzicht auf den Ubootkrieg mit dem auf die Reichslande nach den Absichten freimaurerischer Regie Hand in Hand gehen sollte!

Genosse Scheidemann ist ja in Stockholm. Und wer von England nach Stockholm will oder von dort zurück an die Themse, fährt über Kristiania. Das „Gerücht“ von dem „Verdens Gang“ spricht, ist überaus auffällig!

Elsaß-Lothringen kein deutsches Fremdvolk.

WTB. Berlin, 8. Januar. Zu Lloyd Georges Rede heißt es im „Vorwärts“: Es hieße die Klugheit der englischen Arbeiter unterschätzen, wenn man annehme, daß ihr die Widersprüche in der Rede des englischen Premierministers entgehen könnten. Wenn Lloyd George von dem Unrecht von 1871 spricht und Elsaß-Lothringen „zwei französische Provinzen“ nennt, so vergißt er hinzuzufügen, daß die einstigen französischen Provinzen fast ausschließlich von Deutschen bewohnt sind. Die Bolschewiki haben den Finnen, Letten, Polen, Litauern und Ukrainern das Recht der Loslösung vom russischen Reiche zugestanden, daß sie aber dies Recht auch Teilen des großrussischen Volkes selbst zugebilligt hätten, wird nicht berichtet. Die Elsässer und Lothringer sind in der Staatlichkeit des deutschen Volkes keine Fremdölker. Es wäre ein schlimmes Unrecht, sie jetzt durch kriegerrische Gewalt unter nationale Fremdherrschaft bringen zu wollen.

Tägliche Rundschau - Nr.16 – Mittwoch, 9. Januar 1918 – Abend - S.1

West-östliches.

Wir spüren immer noch die nachzitternden Wirkungen der Tatsache, daß die Schreckensnachricht von einer Krisis in unserer Obersten Heeresleitung überhaupt auftauchen konnte, daß sie geglaubt werden konnte, daß sie keineswegs auf ein Unmögliches hinwies und daß sie überhaupt bestritten werden mußte. Die „Norddeutsche“ verabreicht der Nation ein niederschlagendes Beruhigungspulver ums andere. Dem hochamtlichen Dementi von gestern, wonach Herr v. Kühlmann in Brest-Litowsk um keinen Finger breit von Herrn Hertlings Wegen abgewichen sein sollte, folgt heute eine nur halbamtliche Betrachtung über „Die Marschroute“ Herrn v. Kühlmanns, die in dem Satz gipfelt: „Die Feststellung, daß auch nicht um Haaresbreite von der Straße abgewichen wird, die bei den Besprechungen in Berlin für uns festgelegt worden ist, muß dazu beitragen, uns die Ruhe im Innern wiederzubringen.“

Wir stellten unsererseits schon fest, daß eine Marschroute, die Herrn v. Kühlmann seine Brest-Litowsker Extratouren gestattete, ohne daß er auch nur um Haaresbreite von ihr abzuweichen brauchte, nicht eben eine felsenfeste Vertrauensgrundlage abgeben kann. Ein Rahmen innerhalb dessen sich die Zustimmung des Grafen Westarp und des Bolschewiken Haase gewinnen ließ, ließ und läßt zu viele Möglichkeiten. Er ließ eben auch die eines schroffen Gegensatzes zwischen West und Ost, zwischen Heeresleitung und diplomatischer Führung. Da der „Vorwärts“ heute eine Katze eine Katze nennen darf, dürfen wir's wohl auch und stellen daher mit des „Vorwärts“ eigenen Worten fest: [Vorwärts - Nr.9 – Mittwoch, 9. Januar 1918 - S.1; Der Kampf um Kühlmann.]

„Richtig ist, daß zwischen der Kriegspolitik des Herrn von Kühlmann und den militärischen Auffassungen ein scharfer Gegensatz besteht, der sich zu einem Ringkampf Ludendorff-Kühlmann verdichtet hat.“

Das umschreibt in aller Kürze und Schärfe den Tatbestand, über den uns die regierungsbeflissene „Norddeutsche“, sekundiert von der „Germania“ Herrn Erzbergers, nicht hinwegschlälern kann. Wenn die „Germania“ behauptet: „Wie die Beruhigung ohne sichtbare Tatsachen kam, so ist sie auch ohne besondere Ereignisse wieder verschwunden“, so ist in Vorder- und Nachsatz nicht nur das Deutsch anfechtbar. Die Feststellung des „Vorwärts“ überhebt uns der Mühe, das aus Eigenem zu beweisen.

Gestern predigte uns die „Norddeutsche“ „Ruhige Zuversicht“, heute predigt uns die „Germania“ in derselben Tonart „Ruhige Nerven“. Und „von zuständiger parlamentarischer Stelle“, also vermutlich von der Zentrumsfraktion des Reichstages wird der „Germania“ folgende Erklärung gegeben:

Die Oeffentlichkeit wurde in den letzten Tagen lebhaft beunruhigt durch den Umlauf von Gerüchten, die zum Teil durch die Presse in sensationeller Weise aufgebauscht wurden und deren Grundlage sich nachträglich als nicht stichhaltig herausgestellt hat. Wir können demgegenüber sowie für zukünftige ähnliche Versuche nur die Mahnung aussprechen: Nerven behalten! Die Oeffentlichkeit und auch die Presse mögen das Beispiel des Hauptausschusses nachahmen, der die Erörterung der politischen Fragen zurückgestellt hat, bis eine größere Klärung eingetreten ist. Es erscheint sehr unnötig und höchst schädlich, neue innere Spannungen zu schaffen oder bestehende zu bestimmten politischen Zwecken verschärfen zu wollen. Für die Zentrumsfraktion des Reichstages besteht nach wie vor keine Veranlassung, in ihrem Vertrauen zur Reichsregierung eine Aenderung eintreten zu lassen.

Das mag für Herrn Erzberger und seine Bewunderer etwas Beruhigendes haben. Auf den Rest der Nation wird es jede Wirkung verfehlen. Dieser Rest sieht nach wie vor den west-östlichen Gegensatz Ludendorff-Kühlmann, der ihm mehr bedeutet, da Ludendorff und Hindenburg ihm nicht mehr getrennt

denkbar sind. Wir sehen nach wie vor die Tatsache, daß dieser Gegensatz so stark ist, daß eine Krisis entstehen konnte, die der „Vorwärts“ im Jargon der Hasenheide als „drohenden Streik der hohen Generalität“ definiert, als ein Seitenstück zu einem Fall, in dem etwas die Maurer zum alten Tageslohn nicht mehr weiterarbeiten wollen.

Leider wird ihm dabei von anderer Seit, z.B. von der „Köln. Ztg.“, in die Hände gearbeitet, wenn diese den bloßen Gedanken an einen Rücktritt Ludendorffs – der jedenfalls einen Rücktritt Hindenburgs bedeuten würde – als eine Beleidigung der beiden deutschen Nationalhelden von vornherein zu brandmarken sucht. Das heißt denn doch Weltgeschichte nach dem Komment machen wollen. Wenn aber das Leben ernst und groß in das Gewissen tritt, lassen sich die Dinge nicht mehr nach beschränktem Uebereinkommen messen und werten, auch nicht mehr aus standesmäßiger Begrenztheit üblicher preußisch-soldatischer Denkweise. Es gibt einen höheren Gerichtshof des Gewissens, und wenn Männer wie Hindenburg und Ludendorff je an diesen appellieren sollten, so würde jede schnarrende Berufung aufs Kasino nur läppisch und lächerlich wirken können. Wenn Mannesgewissen aufsteht, schweigen alle Vereinssatzungen. Und es kann nur außerordentlich komisch wirken, wenn ein „Vorwärts“-Stilist an Hindenburg und Ludendorff glaubt die Mahnung richten zu sollen, „als Soldaten gegenüber dem Vaterlande und dem obersten Kriegsherrn ihre Pflicht zu tun“, wie der „Vorwärts“ sie auffaßt, und gleichzeitig wie die Herren Erzberger, Scheidemann und Kühlmann die ihre tun.

Man kennt den Text, man kennt den Ton: Dem Soldaten das Schwert, dem Diplomaten die Feder! Bismarck 1866! Bismarck 1871! Bismarck und die Halbgötter des Generalstabes! Der „Vorwärts“ wandelt die Sache wieder und wieder ab: [Vorwärts - Nr.9 – Mittwoch, 9. Januar 1918 - S.1; Der Kampf um Kühlmann.]

Nicht umsonst hat der „Vorwärts“ in zahlreichen Artikeln die Funktionen der politischen und der militärischen Gewalt im Kriege behandelt und eine schärfere Abgrenzung der Kompetenzen gefordert. Zur Sache haben wir uns immer wieder dahin geäußert, daß im Rat der Krone nur die Stimmen jener entscheidend sein dürfen, die der Volksvertretung verantwortlich sind. Wir haben den Versuch bekämpft, den Abschluß eines Waffenstillstandes als eine rein militärische Angelegenheit zu behandeln und müssen uns noch entschiedener gegen den Versuch wenden, die Friedensverhandlungen selbst zu militarisieren. Die Aufgabe der Diplomatie ist es, den Frieden zu einem dauernden zu machen und unter alten Feinden neue Freunde zu gewinnen. Würde sich die Regierung Hertling-Kühlmann bei den Friedensverhandlungen von solchen Gesichtspunkten leiten lassen, so hätte sie die ungeheure Mehrheit des Volkes hinter sich. Leider aber hat sie am 28. Dezember einen Weg betreten, der nicht zum Ziele führt und auf dem sie die Unterstützung breiter Volksmassen nicht finden kann. Aber heute handelt es sich um die Frage, ob die politische Reichsleitung nach eigener Verantwortung und eigenem Gewissen Politik treiben oder ob sie sich im entscheidenden Augenblick dem Druck einer unverantwortlichen eigentlich nur auf die Rolle des Gutachters angewiesenen Stelle beugen soll. Wir erleben heute einen Konflikt, wie er sich ähnlich im Jahre 1866 abgespielt hat.

Also der „Vorwärts“ schützt die Geschäftsführung der Regierung unter dem „Druck unverantwortlicher Stellen“. Das war ehemals paradox. Aber die Zeiten wandeln sich und der „Vorwärts“ mit ihnen. Sogar recht schnell. Kann man doch an den Fingern herzählen, wieviel Wochen es her ist, daß der „Vorwärts“ Verrat schrie und jeden, der an einen Sonderfrieden durch irgendeinen Vorbehalt zu Deutschlands Gunsten auch nur um eine Stunde verzögern wolle. So wird er von uns nicht verlangen, daß wir jedem seiner Worte dauernde dogmatische Gültigkeit beilegen; es wird z.B. Leute geben, die ihm nicht beipflichten, wenn er von der Kathedra der Lindenstraße aus verkündet, daß „jeder vernünftige Mensch in Deutschland zu Hindenburg und Ludendorff nur begrenztes Vertrauen haben wird“. Wir treiben keine Personenanbetung, vor der der „Vorwärts“ als vor einem Zeichen des Verfalls uns glaubt warnen zu müssen. Aber wir wissen, daß Männer Geschichte machen und die besten Männer die beste Geschichte. Drum hatte 1866 Bismarck recht, nicht weil er der Diplomat, sondern weil er der beste Mann war. So haben heute Hindenburg und Ludendorff recht, nicht weil sie die Generale sind, sondern außer jedem Vergleich die besten Männer, die wir haben. Da es dem „Vorwärts“ erlaubt ist, die ganze Lage auf den Gegensatz Ludendorff-Kühlmann zuzuspitzen, um für Kühlmann zu plädieren, muß es uns erlaubt sein, zu bekennen, daß es niemanden gibt, um deswillen wir uns je die beiden Männer und Namen des Glaubens der Nation würden entrücken lassen, ohne mit dem letzten Atem dafür zu zeugen, daß um der Furcht willen Verbrechen an allem deutschen Leben geschieht. **F.H.**

Das russische Urteil über England.

WTB. Ein Funkentelegramm aus Petersburg vom 6. Januar „an alle“ besagt:

„Lloyd George äußerte sich in dem Sinne, daß Rußland erste seine Grenzen mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn festsetzen müsse, ehe von Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden die Rede sein kann. Die Publizisten der Ententeländer weisen mit größerer und geringer Aufrichtigkeit darauf hin, daß es für die Alliierten vorteilhafter sein wird, Friedensverhandlungen ohne Rußland zu führen, da Rußland sich jetzt an dem allgemeinen Unternehmen nur mehr mit negativem Kapital beteilige.

Wenn in diesen Äußerungen ein Umschwung zu verzeichnen ist, so nur nach der Seite größerer Aufrichtigkeit. Die Alliierten halten es für Vorteilhafter, den Deutschen die Abrechnung mit Rußland vorläufig allein zu überlassen. Deutschland solle sich auf der Linie des geringsten Widerstandes auf Kosten Rußlands entschädigen. Je größer diese Entschädigung im Osten ausfällt, um so leichter wird es dann den alliierten Regierungen sein, sich mit den Deutschen im Westen zu einigen.

Selbstverständlich könnten die Alliierten die gleichen Resultate auch auf dem Wege eines allgemeinen Friedens erzielen. In diesem Falle wäre es aber allen klar, daß die Alliierten Polen, Litauen, Kurland und Rumänien bewußt verraten und diese Länder als Münze zur Begleichung ihrer Rechnung mit Deutschland benutzt haben. Für die Alliierten gibt es aber einen viel bequemeren Weg, Rußland zu einem Sonderfrieden zu veranlassen. Sie werden den Deutschen erlauben, die Letten, Litauer und Polen zu vergewaltigen, um nachher nicht nur diese Vergewaltigung auszunutzen, sondern auch die Verantwortung dafür vor ihren eigenen Völkern abzulehnen. Dies ist der Plan der Entente.“

Der Kern des Konflikts.

Tiefe Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Staatssekretär v. Kühlmann und der Obersten Heeresleitung werden in den letzten Tagen von der Presse aller Richtungen festgestellt und geben Anlaß zu verschiedenartiger Stellungnahme, die aber mehr auf parteipolitischer als auf sachlicher Grundlage beruht. Als Gegenstand der erwähnten Meinungsverschiedenheiten wird die Tätigkeit des Herrn v. Kühlmann als Unterhändler in Brest-Litowsk angegeben. Dazu bemerkt nun heute die „Berliner Börsenzeitung“ durchaus richtig, daß der Vorwurf, Herr v. Kühlmann habe in Brest-Litowsk seine Instruktionen überschritten, nicht den Kern der Sache trifft. Ebenso richtig ist es, daß bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk „nicht ausschließlich nur die Fragen der besetzten Gebiete, die Grenzsicherungen und die wirtschaftlichen Angelegenheiten“ im Vordergrund stehen, sondern „daß der deutsch-russische Friede vom weltpolitischen Gesichtspunkte betrachtet werden muß“. Zustimmend möchten wir ferner die folgende programmatische Stelle aus der Auslassung der „Börsenzeitung“ wiedergeben:

Außerdem handelt es sich in Brest-Litowsk um die Vorbereitung einer neuen weltpolitischen Lage, die aus der Herstellung einer Verständigung mit Rußland sich ergeben muß und von deren Art unendlich viel sowohl für den Verlauf des Krieges selbst, wenn er fortgeführt werden muß, abhängt, wie für den Ausgang des ganzen Krieges, der doch nicht militärischer Erfolge wegen, sondern zur Erzielung politischer Resultate geführt wird.“

Wenn nun aber die „Börsenzeitung“ die Meinung vertritt, daß Herr von Kühlmann seine Politik auf diese Grundlinien eingestellt habe und daß er deshalb den Gegenstand von Angriffen bildet, so müssen wir der ersten Behauptung mit aller Entschiedenheit widersprechen, und wir müssen die zweite zumindest dahin einschränken, daß sie auf den nicht zu verschleiernnden Gegensatz zwischen Kühlmann und der Obersten Heeresleitung keinesfalls Anwendung finden kann.

Die weltpolitische Aufgabe, vor der Deutschland steht, und die auch in der „Börsenzeitung“ teilweise angedeutet wird, lautet in ihrem vollen Umfange etwa folgendermaßen: **Die Verständigung mit Rußland darf nicht durch versteckte oder offene Gebietsforderungen vereitelt werden, die vom russischen Volk als unannehmbar bezeichnet werden. Diese Verständigung muß geeignet sein, einen Dauerzustand herbeizuführen, der die Grundlage eines kontinentaleuropäischen Systems und damit eine dem angelsächsischen System gleichwertigen weltpolitischen Gegengewichts zu bieten vermag.**

Diese weltpolitische Aufgabe hat aber auch ihre kriegspolitische Kehrseite. Der schnelle und ohne Einmischung Dritter vollzogene Friedensschluß mit Rußland ermöglichte es uns, unsere gesamten militärischen

Kräfte gegen **unseren friedensfeindlichsten Gegner, England**, zu konzentrieren. Die Wahrscheinlichkeit, daß England schon unter dem moralischen Druck dieser Tatsache zum Frieden geneigt werden würde, ist zweifellos größer als die Berechtigung der Erwartung, daß England nach dem Scheitern der deutsch-russischen Verhandlungen sich ohne weiteres zum Abschluß eines allgemeinen Friedens bereithalten würde. Aber selbst wenn England seine Kriegspolitik auch nach dem deutsch-russischen Friedensschluß fortsetzte und uns dadurch zu neuen, mit schweren Menschenopfern verbundenen militärischen Handlungen zwänge, so ist es doch sehr zweifelhaft, ob diese Opfer größer sein würden als die unabsehbaren Verluste eines Dauerkrieges, den England, nach seiner bisherigen Taktik zu schließen, doch offenbar anstrebt.

Eine Heeresleitung, die ganz zweifellos die eben erwähnte kriegspolitische Lage, nämlich die Konzentrierung der Kräfte gegen Westen, herbeizuführen bestrebt ist, kann unmöglich die Durchführung der damit untrennbar verbundenen Politik bekämpfen wollen. Im rein militärischen Interesse der Heeresleitung muß es vielmehr liegen, daß der Friede mit Rußland beschleunigt werde. Deshalb ist es aber auch ganz undenkbar, daß etwa die Heeresleitung die Vertreterin jener extremen Gebietsansprüche im Osten ist, die den Frieden vereiteln müssen. Wir nehmen an, daß die Heeresleitung vom militärischen Standpunkt aus die Schaffung einer Grenzsicherung nach Osten fordert. Wir lassen es zunächst dahingestellt, wie weit diese Forderung, wenn sie überhaupt erst klipp und klar erhoben würde, den Gang der Verhandlungen mit Rußland nachteilig beeinflussen könnte.

Wohl aber können wir behaupten, daß die Nachteile einer solchen offen ausgesprochenen Forderung in jeder Hinsicht geringer sein müssen, als diejenigen einer Politik, die auf die Lösung eines zehnmal größeren Gebiets hinausläuft. Die abweichenden Methoden, die bei dieser politischen Arbeit angewendet werden, verringern nicht, sondern vermehren noch womöglich die ungünstige und unter Umständen katastrophale Wirkung einer solchen Politik.

Wir wiederholen den auch von der „Börsenzeitung“ geäußerten Gedanken, daß nicht die Gebietsfragen im Osten, sondern die Herbeiführung einer bestimmten weltpolitischen Konstellation den Kern des gegenwärtigen brennenden Problems bilden. Herr von Kühlmann geht allerdings bei seinen Plänen von einer bestimmten weltpolitischen Vorstellung aus: der unmittelbaren Verständigung zwischen Deutschland und England, deren Objekt die übrigen europäischen und weltpolitischen Fragen bilden sollen. Diese Idee hat er bis zum heutigen Tage konsequent verfolgt und auf diesem Wege ist er zu den bisherigen negativen Ergebnissen von Brest-Litowsk gelangt.

Wir versagen dieser, unserer entgegengesetzten Ueberzeugung keineswegs die Achtung, die man auch dem Gegner schuldet. Aber wir stellen ihr darum nicht minder nachdrücklich die eigene unerschütterliche Ueberzeugung gegenüber, daß dieser Weg nicht zur Verständigung mit England, sondern zur Unterwerfung unter England führt, und daß Friedensverhandlungen, die von diesem Geist inspiriert werden, niemals zu einem ersprießlichen Ende gelangen können.

Unter diesem Gesichtswinkel ist auch die tiefe Meinungsverschiedenheit zu betrachten, die trotz aller Vertuschungsversuche von mancher Seite in unverminderter Schärfe fortbesteht und deren baldige und gründliche Lösung wir im vaterländischen Interesse erwarten dürfen. Der Zwiespalt zwischen Heeresleitung und Kühlmann ist kein Streit zwischen Annexionismus und Verständigungspolitik. Es ist vielmehr das akute Resultat des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen dem Willen zu nationaler und kontinentaler Unabhängigkeit und dem Streben nach einem Erfolg, den wir im Gegensatz zu Herrn v. Kühlmann als Augenblickserfolg mit verderblichen Folgen betrachten.

A.R.

Vossische Zeitung - Nr.16 – Mittwoch, 9. Januar 1918 – Abend - S.2

Um Brest-Litowsk. – Grenzsicherung oder Annexion?

Der „Vorwärts“ spricht heute von einem „Ringkampf Ludendorff-Kühlmann“ und gibt zu verstehen, daß sich die ungeheure Mehrheit des Volkes hinter die Regierung Hertling-Kühlmann stellen würde, wenn sie sich, im Gegensatz zur Generalität, von dem Wunsch leiten ließe, den Frieden dauernd zu gestalten. Wir haben schon wiederholt dargelegt, daß wir diese Gegenüberstellung für falsch halten müssen. Die von Herrn Kühlmann getriebene Politik ist keineswegs geeignet, die Voraussetzung eines dauernden Friedens zu schaffen, sondern ganz im Gegenteil die Dinge im Osten jetzt in der Schwebe zu halten und England dauernd die Möglichkeit zu geben uns von dieser Seite in der Zange zu halten. „Dauernd“ wäre in diesem Falle nur unsere Abhängigkeit von England.

Das Gesamtgebiet der russischen Fragen behandelt ausführlich und gründlich Professor Hötzsch in der „Kreuz-Zeitung“. Er gibt ein im wesentlichen zutreffendes Bild des bisherigen Verlaufes der Verhandlungen von

Brest-Litowsk und erwähnt einen Ausspruch des Kopenhagener **Bolschewiki-Botschafters Worowski**, der in einem Interview mit einem Vertreter der „Daily News“ sagte, **das kommende russisch-deutsche Bündnis sei in Wirklichkeit ein Werk der Entente-Diplomatie, die dem allgemeinen Frieden andauernde Hindernisse in den Weg gelegt habe.** „Von dieser Lage“, so erklärt Höttsch, „mußte die Vertretung unseres Bundes in Brest-Litowsk von vornherein ausgehen und alles auf den Abschluß eines Sonderfriedens anlegen. Nunmehr, da diese recht ernste Krisis vorbeigegangen ist, muß von unserer Vertretung in Brest-Litowsk alle Sicherheit, Klarheit und Offenheit über die Verhandlungen gefordert werden, und wir möchten doch raten, die geistigen Fähigkeiten und die Sach- und Menschenkenntnis der in aller Welt umhergetriebenen russischen Unterhändler nicht deshalb, weil sie keine abgestempelten Diplomaten sind, leichtherzig zu unterschätzen“.

Der Artikel schildert weiter die außerordentlichen Schwierigkeiten, die sich aus der Vielgestaltigkeit der russischen Verhältnisse ergeben und besagt zum Schluß:

„Trotzdem durften unsere Unterhändler nicht wiederum den Eindruck entstehen lassen, daß die deutsche Politik nicht ehrlich sei, daß sie etwas anderes meine als sie sage. Dieser Fehler und dieser Eindruck müssen beseitigt und durch die Klarheit und Offenheit ersetzt werden, die hier ebenso nötig wie möglich sind. Wir können den Status wie vor dem Kriege nicht einfach wieder herstellen. Wir brauchen eine Besserung unserer Grenze, die wir als Sieger vom Besiegten zu fordern haben. Wenn auch kein Laie sich anmaßen wird, zu bestimmen, wo die strategisch notwendigen Grenzverbesserungen laufen sollen, so geht das Gefühl darin nicht irre, wo die Grenzsicherung gegen einen feindlichen Aufmarsch aufhört und wo die Annexion beginnt. Die strategisch notwendigen Grenzverbesserungen, für deren Bestimmung das Urteil unserer großen Heerführer einfach maßgebend ist, braucht das Deutsche Reich. Annexionen im Osten hat es nicht zu erstreben, auch nicht verschleierte Annexionen, An- oder Abgliederungen. Denn ganz allgemein ist heute in unserem Volke der Wunsch auf dauernd freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland.“

In unserer Hand liegt heute die Entscheidung darüber, ob wir in den Verhandlungen mit Rußland unsere Zukunft dauernd sichern, dauernd – es gibt kein besseres Bild – die eine Flanke frei bekommen und so von England unabhängig werden oder ob wir unsere Zukunft in diesem Friedensschluß erschweren und gefährden. Es ist ganz unmöglich die deutsch-russische Frage derartig isoliert zu betrachten, wie es in einem großen Teile der Presse und offenbar auch in den Reichstagsbesprechungen leider geschieht. Wir dürfen die Politik, die in Brest von unserer Seite getrieben wird, nur danach beurteilen, ob sie einen wahrhaft weltpolitischen Horizont hat, ob sie das Entscheidende in der Lösung des englisch-russischen Bündnisses, die sich jetzt mühsam zu vollziehen beginnt, sieht. Das ist und bleibt die Hauptsache. Jede Woche, die darüber verloren wird, jeder Umweg, der eingeschlagen wird und nicht zum Ziele führt, ist unmittelbarer Gewinn der Entente, unmittelbarer Gewinn für England – die Zeit ist hier nicht mit, sondern gegen uns. Wir brauchen im Osten nichts Wesentliches für unsere zukünftigen Interessen aufzugeben und können doch den Verständigungsfrieden mit Rußland erzielen, den wir brauchen und von dem aus wir der Entscheidung im Westen, die noch in weitem Felde liegt, mit doppelter Kraft entgegengehen können.“

Erwähnt sei noch eine Betrachtung des „Lokal-Anzeigers“, die auf die innige Arbeits- und Gedankengemeinschaft zwischen Hindenburg und Ludendorff hinweist und darlegt, die Oberste Heeresleitung stelle eine sehr peinlich durchkonstruierte Maschinerie dar, deren reibungslose Arbeit von einer Menge von Imponderabilien abhängt. Bei willkürlichem Eingriff und Ersatz würde das Getriebe nicht einfach wie bisher weiterlaufen, sondern es würden so schwere Betriebsstörungen heraufbeschworen, daß die Gesamtleistung in Frage gestellt würde. Daran könne kein ernst zu nehmender Mensch denken, der die Verhältnisse nur einigermaßen übersieht.

Vorwärts - Nr.9 – Mittwoch, 9. Januar 1918 - S.1

Der Kampf um Kühlmann.

Seit drei Tagen alarmiert die alldeutsche Presse Ausland und Inland mit Nachrichten von einem drohenden Streik der hohen Generalität und von einer fortdauernden Regierungskrise. Obgleich amtlich mitgeteilt wurde, daß das Abschiedsgesuch des Generals Ludendorff nicht vorliege, schreibt am Dienstagabend die „Deutsche Zeitung“: *[Deutsche Zeitung - Nr.14 – Dienstag, 08. Januar 1918 – Abend - S.1; Noch keine Entscheidung.]*

Die Gefahr des Verlustes der beiden Männer, auf die allein das gesamte deutsche Volk mit unbegrenztem Vertrauen blickt, ist noch nicht beseitigt. In politischen Kreisen glaubt man dagegen, daß auch der Reichskanzler Graf Hertling sein Weiterverbleiben im Amte von der Weiterführung des Heere durch Hindenburg und Ludendorff abhängig gemacht habe. Damit wäre die Frage Kühlmann lediglich eine Personenfrage geworden.

Mit anderen Worten, es wird die Entlassung Kühlmanns gefordert, und für den Fall, daß der Kaiser sich weigert, sie zu vollziehen, wird – obgleich amtlich mitgeteilt wurde, daß das Abschiedsgesuch des Generals

Ludendorff nicht vorliege – der Rücktritt Hindenburgs und Ludendorffs in sichere Aussicht gestellt. Mit einer Mahnung an die beiden Männer, als Soldaten gegenüber dem Vaterlande und dem obersten Kriegsherrn ihre Pflicht zu tun, wird dies Ankündigung durchaus nicht verbunden. Im Gegenteil tritt aus ihr ganz deutlich die Absicht hervor, es bis zum Kladderadatsch zu treiben. Das Volk wird aufgefordert, sich hinter die beiden Heerführer zu stellen, falls sie ihre angebliche Absicht wahr machen sollten – und auf diese Weise soll der Kaiser mit seiner Regierung isoliert oder aus Furcht vor der Isolierung zum Nachgeben gezwungen werden.

Der Grund, weshalb das Haupt des Herrn v. Kühlmann gefordert wird, stellen die alldeutschen „**Leipziger Neuesten Nachrichten**“ folgendermaßen dar:

[siehe auch :Berliner Neueste Nachrichten - Nr.14 – Dienstag, 08. Januar 1918 – Abend - S.3;Wer ist Herr von Kühlmann?]

Wer ist doch dieser Herr von Kühlmann, der – zum anderen Male – eine Krise von unübersehbaren Folgen heraufbeschworen hat? Als er das Erbe Zimmermanns antrat, wurde ihm wenig erfreuliches nachgesagt. Er war pflichteifriger Mitarbeiter und Mentor Lichnowskys bei den Bethmannschen Verständigungs-Bestrebungen in London und hatte vom Haag aus gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg gearbeitet und in Konstantinopel nach Kräften dazu beigetragen, das Vertrauen in die deutsche Bundestreue zu erschüttern. Also belastet ging er in der Wilhelmstraße an die Arbeit, der Welt den Frieden zu schaffen. Technische Fähigkeiten brachte er mit. Er verstand es glänzend, die Demokraten des Reichstags einzuseifen, und hatte auch in seinen Reden ein annehmbares Kaliber, aber ein starkes Mißtrauen gegen einen Mann von solcher Vergangenheit blieb doch bestehen, und man fühlte, obwohl er sich schwer in die Karten sehen ließ, nur zu bald, daß er die Folgen der englischen Krankheit immer noch nicht überwunden hatte.

Vorsichtig baute er seine Steine auf. Er übernahm, als er sein Amt antrat, die bindende Verpflichtung, die von der Obersten Heeresleitung im Osten für unbedingt notwendig gehaltenen Grenzsicherungen den Russen abzuhandeln. Später mußte er sich freilich ziemlich dringend daran erinnern lassen. Auf seinen Wunsch wurde darauf unser Mindestprogramm noch etwas eingeschränkt, aber das wollte er dann auch ganz bestimmt durchsetzen. Mit dieser Zusage ging er nach Brest als deutscher Vertreter in der stärksten Stellung, die sich ein Unterhändler nur wünschen kann. durch ihre Siege hatte die deutsche Heeresleitung ihm die Wege geebnet. Er wußte, daß die Russen militärisch bis zur Vernichtung geschlagen sind, er wußte, daß sie überhaupt nicht mehr imstande sind, Widerstand zu leisten, daß ihre Truppen ihnen einfach davonzulaufen drohten, während wir noch Truppen genug haben, um jederzeit die Offensive wieder aufnehmen zu können.

Mit leeren Händen ist Herr von Kühlmann nach Berlin gekommen. Selbst die geringen militärischen Sicherungen, die von der Obersten Heeresleitung für unerläßlich gehalten wurden, hat er nicht herauschlagen können. Aber im Rate der Krone ist er Sieger geblieben.....

Die Wendung, Herr Kühlmann verstehe es glänzend, die Demokraten im Reichstag einzuseifen, würde uns, wenn dies noch notwendig wäre, zur Vorsicht ihm gegenüber mahnen. aber es liegt uns ohnehin nichts ferner, als uns etwa geschlossen hinter die Politik des Herrn v. Kühlmann zu stellen, wie sie in den Vorschlägen vom 28. Dezember zutage getreten ist. Hier jedoch handelt es sich um etwas anderes. Es ist unseres Wissen nicht richtig, daß Herr v. Kühlmann mit gebundenen Händen nach Brest gegangen wäre, um dort gewisse offen annexionistische Forderungen des Militärs durchzusetzen. Richtig ist aber, daß zwischen der Kriegspolitik des Herrn v. Kühlmann und den militärischen Auffassungen ein scharfer Gegensatz besteht, der sich zu einem Ringkampf Ludendorff-Kühlmann verdichtet hat.

Der Gegensatz zwischen den politischen und militärischen Ratgebern der Krone besteht nicht erst seit gestern, sondern mindestens schon seit dem Juni-Juli 1914 – daher der Haß gegen Bethmann, noch mehr gegen Lichnowsky! - , er war übrigens auch schon zuvor in der einst so berühmten Zabernaffäre in Erscheinung getreten. Die ganze Kanzlerzeit Bethmanns während des Krieges ist von diesem Gegensatz ausgefüllt, und schon damals ging das Gerücht, daß an die Krone das Ultimatum: „Er oder wir!“ gestellt worden wäre. Nicht umsonst hat der „Vorwärts“ in zahlreichen Artikeln die Funktionen der politischen und der militärischen Gewalt im Kriege behandelt und eine schärfere Abgrenzung der Kompetenzen gefordert. Wie berechtigt und wie notwendig diese Forderung war, beweist der neue schwelende Brand im Reichsgebälk; er wäre verhindert worden, wenn man durch genaue Absteckung der beiderseitigen Machtgrenzen gefährliche Reibungen vermieden hätte.

Zur Sache haben wir uns immer wieder dahin geäußert, daß im Rate der Krone nur die Stimmen jener entscheidend sein dürfen, die der Volksvertretung verantwortlich sind. Wir haben den Versuch bekämpft, den Abschluß eines Waffenstillstandes als eine rein militärische Angelegenheit zu behandeln, und müssen uns noch entschiedener gegen den Versuch wenden, die Friedensverhandlungen selbst zu

militarisieren. Es ist selbstverständlich, daß die Generalität, die ja dazu da ist, Kriege zu führen, zum Abschluß eines Friedens sofort wieder die Möglichkeiten und Aussichten eines nächsten Krieges ins Auge faßt. Die Aufgabe der Diplomatie ist es, den Frieden zu einem dauernden zu machen und unter alten Feinden neue Freunde gewinnen. Würde sich die Regierung Hertling-Kühlmann bei den Friedensverhandlungen von solchen Gesichtspunkten leiten lassen, so hätte sie die ungeheure Mehrheit des Volkes hinter sich. Leider hat sie am 28. Dezember einen Weg betreten, der nicht zum Ziele führt und auf dem sie auch die Unterstützung breiter Volksmassen nicht finden kann.

Aber heute handelt es sich nicht darum, wie wir zur Politik Hertling-Kühlmann stehen und wie sich unser Verhältnis zu ihr weiter entwickeln wird. Heute handelt es sich um die Frage, ob die politische Reichsleitung nach eigener Verantwortung und eigenem Gewissen Politik treiben oder ob sie sich im entscheidenden Augenblick dem Druck einer unverantwortlichen eigentlich nur auf die Rolle des Gutachters angewiesenen Stelle beugen soll. Die Antwort auf diese Frage ergibt sich von selbst.

Wir erleben heute einen Konflikt, wie er sich ähnlich im Jahre 1866 abgespielt hat, mit dem einzigen Unterschied, daß die Autorität der Monarchie damals viel stärker war als sie heute ist. Wir stellen nicht ohne Vergnügen fest, daß die ganze Kampfweise der Alldeutschen auf rein republikanische Verhältnisse eingestellt zu sein scheint. In Republiken, der römischen wie der französischen, war es üblich, daß der siegreiche Feldherr als Diktator, Caesar, Imperator nach Hause zurückkehrte, während in selbstbegründeten Monarchien der Glanz der Kriegs- und Staatsmänner auf die Krone zurückfiel. In solchen Monarchien, die ja unser Ideal nicht sind, war es nicht erlaubt, zu einem anderen Mann mit unbegrenztem Vertrauen emporzublicken, als zu dem, der das Zepter führte, während wir jetzt aus der alldeutschen Presse erfahren, daß Hindenburg und Ludendorff die Männer seien, auf die allein das gesamte deutsche Volk mit unbegrenztem Vertrauen blicke.

In Wirklichkeit jedoch wird jeder vernünftige Mensch in Deutschland Hindenburg und Ludendorff nur begrenztes Vertrauen haben, nämlich Vertrauen zu ihren glänzenden Leistungen als Heerführer. Es ist eines aufrechten Volkes nicht würdig, tüchtigen Männern, die aus ihrer Mitte emporgewachsen sind, liebedienerisch jede Tugend und jedes Können nachzusagen. Solche Personenanbetung war von jeher ein Zeichen des Verfalls.

Wir Sozialdemokraten begeistern uns weder für die alte Monarchie noch für das neue Konsulat, dem uns die alldeutschen Demagogen entgegenführen wollen. Wir vertreten die Ordnung der Demokratie, in der sich das Parlament auf dem Vertrauen des Volkes, die Regierung auf dem Vertrauen des Parlaments aufbaut und dann, solange sie dieses besitzt, allein die Entscheidung übt. Da wirkt dann jeder an seiner Stelle, auch der Feldherr an der seinen, wer aber in fremde Rechte eingreift, der verdient nachdrückliche Zurückweisung, er sei, wer er sei.

Die fortdauernde Regierungskrise, von der die alldeutsche Presse spricht, kann auch die sozialdemokratische Partei und die hinter ihr stehenden Massen plötzlich vor neue Aufgaben stellen. Vielleicht steht ein entscheidender Kampf gegen reaktionäre Pläne bevor, vielleicht bietet sich die Gelegenheit zu neuem raschen Vordringen – niemand kann es wissen, denn die Dinge sind noch im Fluß. Aber es gilt, die Augen offen zu halten und bereit zu sein!

Ist das der sozialdemokratische Wink mit dem Zaunpfahl der Revolution?

Vorwärts - Nr.9 – Mittwoch, 9. Januar 1918 - S.1

Stockholm und der Sonderfrieden.

Stockholm, 8. Januar. Gestern trat das Komitee der Stockholmer Konferenz zusammen. Die Holländer fehlten. Schweden vertrat Branting, Soeberberg, Moeller; Dänemark Borgbjerg und Nina Bang; Norwegen Bidnes. an der Beratung nahmen der von der früheren Sowjet-Mehrheit nominierte Goldenberg und als Delegierter der Menschewiki Axelrod teil.

Huysman, der von „Aftonbladet“ interviewt wurde, sieht in Lloyd Georges Rede eine Wirkung der stärkeren Zusammenfassung der Arbeiterpartei. **Jetzt sei in der europäischen Politik eine solche Umkehrung möglich, daß England morgen friedensfreundlich würde, während in Deutschland die entgegengesetzte Tendenz zunehme.** Huysman sagte, er werde nach England reisen, um die englischen Sozialisten um eine entschiedene klare und maßvolle Friedensproklamation sammeln zu helfen. Komme eine solche zustande, so werde die französische Regierung schwerlich ihren Anschluß weigern können, und **da diese Politik Deutschlands Integrität aufrecht erhalte, werde sie auch die Friedensarbeit der deutschen Sozialisten**

unterstützen. Das Konferenzkomitee sehe im allgemeinen Frieden das einzige Mittel gegen den Sonderfrieden. Vorläufig scheine bei den Bolschewiki ein mißtrauisches Abwarten gegenüber den Stockholmer Bemühungen anzudauern. Man zweifle ob die Nachgiebigkeit der Regierungen in der Paßfrage (?) ein Zeichen der Bereitwilligkeit sei, eine proletarische Massenaktion für den Frieden zuzulassen oder ob sich dahinter die Absicht verberge, Stockholm zu einem Manöver gegen die bolschewistische Friedenspolitik auszunutzen.

Wiener Zeitung - Nr.7 – Mittwoch, 9. Jänner 1918 - S.4

Eisenbahnglück bei Bruchmühlbach

Aus Ludwigshafen, 8.d.M., wird berichtet: In der vergangenen Nacht ist zwischen Kaiserslautern und Homburg vor der Station Bruchmühlbach bei starkem Schneegestöber ein Urlauberzug auf einen Güterzug aufgefahren. Von den Insassen des Urlauberzuges sind nach den bisherigen Feststellungen 12 getötet und 87 teilweise schwer verletzt worden. Von Homburg und Kaiserslautern sind Hilfszüge abgegangen. Die Verletzten wurden nach Bruchmühlbach, Miesau und in das Reservelazarett von Homburg gebracht.

Wiener Zeitung - Nr.7 – Mittwoch, 9. Jänner 1918 - S.6

Strömung zugunsten des Friedensschlusses in Amerika

Bern, 8. Jänner. „Morning Post“ meldet aus Washington: In Amerika hat überall eine starke Strömung zugunsten des Friedensschlusses eingesetzt, die von „Pazifisten, Sozialisten, deutschen Agenten und Verrätern“ gefördert wird. Sie argumentieren, daß Deutschland aufrichtige Friedensbereitschaft bewiesen habe und daß, wenn Rußland imstande sei, mit Deutschland Frieden zu schließen, es auch den Alliierten unter Führung Wilsons möglich sein sollte, mit Deutschland zu einer für alle Teile gerechten Verständigung zu gelangen. Der Berichtersteller fügt hinzu, „der Ernst, der durch die russisch-deutschen Friedensverhandlungen herbeigeführten Lage“ werde in Washington voll gewürdigt. Zweifellos würden die Alliierten gegen „hinterlistige Intrige“ Gegenmaßnahmen ergreifen.

Wiener Abendpost - Nr.7 – Mittwoch, 9. Jänner 1918 - S.13

Die Kohlenfrage der Entente.

Berlin, 9. Jänner. Das Wolffsche Bureau meldet: Die Versenkung des Dampfers „Bernard“ lenkt die Aufmerksamkeit auf den durch den U-Boot Krieg gründlich zerrütteten englischen Kohlenhandel. Mit der Kohlenausfuhr bezahlte England einen großen Teil seiner Einfuhrschuld. Jetzt erstickt es im Kohleüberfluß, weil ihm die Schiffe fehlen zum Transport über See. Selbst im Inlande können die Eisenbahnen das durch die Einschränkung der Küstenschifffahrt gewaltig angeschwollene Verkehrsbedürfnis nicht mehr stillen. Die schwarzen Schätze häufen sich auf den Gruben, drücken dort auf den Preis, zwingen zur Einschränkung der Produktion, zur Arbeitslosigkeit und entwerten den Betrieb. Erst kürzlich mußten wieder 2000 Arbeiter auf einer einzigen Grube entlassen werden. Andererseits steigt die Kohlennot in der Welt. In Frankreich werden die Theater nicht mehr geheizt, in New York herrscht Abends auf den Straßen Dunkelheit wie in einem Dorf. In Italien mußten Eisenbahnen und sogar wichtige Kriegsbetriebe sich bis unter die Grenze des Zulässigen einschränken. Dieselbe Kohle, die in England 30 Mark per Tonne kostet, schnellte dort in den letzten Tagen im Schleichhandel auf 500 bis 600 Mark im Preis empor! Die Kohlennot ist eine der Klippen, an denen das Ententeglück zerschellen wird.

Wiener Zeitung - Nr.7 – Mittwoch, 9. Jänner 1918 - S.6

Hauptausschuß des Reichstages.

Berlin, 8. Jänner. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages hielt zunächst Vorsitzender Abgeordneter Fehrenbach eine Ansprache, worin er es mit Befriedigung begrüßte, daß die Bevölkerung Finnlands nach schweren und langen Kämpfen die Selbstständigkeit errungen und diese die Anerkennung durch Rußland, Schweden und das Deutsche Reich gefunden habe. Wir bringen, sagte Redner, dem Land unsere besten Glückwünsche entgegen und hoffen und wünschen, daß zwischen Finnland und dem Deutschen Reiche gute und dauernde Beziehungen, insbesondere auch auf wirtschaftlichem Gebiet, angeknüpft und gepflegt werden.

Zu Lloyd Georges Rede

Christiania, 8. Jänner. Zur Rede Lloyd Georges schreibt „Intelligenssedler“:

Nach dieser Rede ist die Lage so klar wie nie zuvor. Von einem allgemeinen Frieden wird sicher zurzeit keine Rede sein. Selbst wenn die Entente etwas von ihren Forderungen abließe, ist es ausgeschlossen, daß der Vierbund sich überhaupt auf die von Lloyd George formulierte Grundlage für Friedensverhandlungen einlassen wird, es sei denn, daß er militärisch geschlagen oder daß eine völlige Umwälzung der innerpolitischen Verhältnisse seiner Staaten erfolgt wäre.

„**Verdensgang**“ erklärt es gleichfalls für undenkbar, daß sich Deutschland jemals auf derartige Bedingungen einlassen könnte, da diese in jeder Beziehung viel weiter zurückgriffen, als der Statusquo. Das Blatt schreibt wörtlich:

Es ist klar, daß diese Kriegsziele oder, wenn man will, Friedensziele die Entscheidung des Krieges in eine unbestimmte Zukunft hinausschieben. **Sie könnten nur durch eine endgültige militärische Niederlage Deutschlands erreicht werden, sind also formuliert ohne Rücksichtnahme auf die gegenwärtige günstige militärische Lage der Mittelmächte. Der Friede, dessen Linien Lloyd-George jetzt vorzeichnet, würde die Mittelmächte aus dem Krieg amputiert an Land und der Möglichkeit, ihre Kräfte in friedlicher Arbeit auszunützen, beraubt hervorgehen lassen.** Selbst wenn ein solcher Friede theoretisch alle künftigen Kriege verhindert, tut er es tatsächlich nicht, weil er einem Naturgesetze nicht gerecht wird, nämlich des Wachstums, das ein Volk durchmacht. Der Friede, wie Lloyd-George ihn wünscht, kann erreicht werden, aber kaum unter anderen Bedingungen, als daß die Völker, denen etwas weggenommen wird, auch ihrerseits Erstattung erhalten. Kann Lloyd-George einen solchen Ersatz geben? Ist er dazu bereit? **Ein einseitiger Friede kann nur neue Kriege schaffen, während ein auf gegenseitigem Entgegenkommen aufgebauter Friede, ein Verständigungsfriede, den Keim zur Verständigung für die Dauer in sich trägt.**

Der Unterseebootkrieg.

Berlin, 8. Jänner. (Amtlich.) „Im Atlantischen Ozean und im Ärmelkanal sind kürzlich von unseren U-Booten 5 Dampfer und 1 Segler versenkt worden. Mit Ausnahme eines, waren sämtliche Dampfer bewaffnet und fuhren in Geleitzügen. Einem unserer U-Boote gelang es durch zähes Festhalten und geschicktes Manövrieren, aus ein und demselben Geleitzug 3 schwerbeladene Dampfer zu vernichten. Unter diesen befanden sich die bewaffneten englischen Dampfer „Bernard“ (3682 Tonnen) mit Kohle nach Gibraltar, „Bristol City“ (2511 Tonnen) mit Stückgut, hauptsächlich Chemikalien, die nach New York bestimmt waren und nach Angabe der Besatzung einen Wert von etwa 40 Millionen Mark hatten. Der Segler war ein Vollschiß von annähernd 2000 Tonnen Größe. – Der Chef des Admiralstabes der Marine.“

Die Frage der Verwendung japanischer Truppen in Europa.

Bern, 8. Jänner. Dem „**Manchester Guardian**“ zufolge hat die abermals von Frankreich ausgehende Anregung einer Verwendung japanischer Truppen in Europa in der japanischen Presse eine durchwegs ablehnende Aufnahme gefunden. Das Blatt findet dies an sich begreiflich, ist aber durch die von einem japanischen Publizisten geltend gemachten Gründe enttäuscht.

So stellt Professor Shigeo von der Universität in Kioto die Frage: Haben die Alliierten insbesondere England und Amerika, ein Anrecht auf die Hilfe Japans? Die Antwort Professors Shigeo laute: Nicht, bis sie neben anderen alle Rassenunterschiede beseitigen.

Professor Takuzo schreibt: Der größte Autokrat der Welt ist heute nicht Kaiser Wilhelm, sondern Lloyd-George oder vielleicht Wilson. Amerika ist der Hauptfeind der japanischen Interessen.

Ein gewisser Shintaro erklärt, wenn jede unmenschliche Macht gezüchtigt werden solle, müsse Japan den Alliierten ebenso den Krieg erklären wie den Mittelmächten. Er sei nicht nur gegen Truppensendungen nach Europa, sondern er verlange auch die Zurückziehung der japanischen Geschwader aus den Gewässern Europas.

All das, sagt „**Manchester Guardian**“, ist für Japans Alliierte keine erbauliche Lektüre, und zwar nicht die an sich vernünftige Entscheidung, keine Armee nach Europa zu senden, sondern ihre Begründung, denn

daraus spricht nicht ganz die Herzlichkeit gegenüber seinen Bundesgenossen in ihrer verzweifelt schwierigen Lage. Wir behaupten nicht, daß dieser Ton und diese Stellungnahme den Geist der japanischen Regierung widerspiegeln, aber sie geben offenbar einen bedeutenden und einflußreichen Teil der öffentlichen Meinung Japans wieder.

Wiener Abendpost - Nr.7 – Mittwoch, 9. Jänner 1918 - S.14

Die elsässische Frage.

Amsterdam, 8. Jänner. „**Algemeen Handelsblad**“ zufolge schreibt **Albert Thomas** über Elsaß-Lothringen im „**Daily Telegraph**“: Die englischen Sozialisten glauben, daß die französischen Sozialisten für die Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen sind. Das ist jedoch nicht die von den französischen Sozialisten vertretene Politik. Der Frankfurter Friede, dem sich Frankreich unterwerfen mußte, ist durch Deutschlands eigenen Willen im Jahre 1914 in Stücke gerissen worden. Das Recht Frankreichs bleibt unveränderlich. Darum muß Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückgegeben werden.

Wiener Abendpost - Nr.7 – Mittwoch, 9. Jänner 1918 - S.16

Zur Rede Lloyd-Georges.

Stockholm, 8. Jänner. Zur Rede Lloyd-Georges bemerkt „**Stockholms Dagblad**“, dieser habe die Zweischneidigkeit des Argumentes vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen vergessen, da dieses Prinzip nicht nur auf Deutsch-West-Afrika, sondern beispielsweise auch auf Ägypten, Marokko, Indochina, Indien, Tripolis, Tunis und Algier anwendbar sei. Lloyd-George, welcher mit Recht den Vertragsbruch gegen Belgien verurteilt und die Honorierung der Vertragsunterschriften fordert, hatte kein Wort des Vorwurfes gegen Italien und Rumänien, welche einen Vertragsbruch gegen ihre Bundesgenossen begingen.

Berliner Börsen-Zeitung - Nr.13 – Mittwoch, 09.Januar 1918 – Morgen - S.1

Herr von Kühlmann.

Gegen den Staatssekretär des Auswärtigen ist ein politisches Kesseltreiben im Gange, dessen Ausgang man mit Rücksicht auf die ganze Sachlage zum mindesten als ungewiß bezeichnen muß. Die Aktion gegen Herrn von Kühlmann ist gründlich vorbereitet worden und die Rollen sind so ausgezeichnet verteilt, daß es dem Reichskanzler nicht ganz leicht sein dürfte, den von ihm ausgewählten Staatssekretär auf seinem Posten zu halten. Die Vorwürfe, die gegen Herrn von Kühlmann erhoben werden, sind der verschiedensten Art. Teilweise bewegen sie sich mehr an der Oberfläche, zum Teil zeigen sich aber derartig tiefgehende und die Grundlagen unserer ganzen auswärtigen Politik erfassende Meinungsverschiedenheiten, daß die hartnäckige Bekämpfung des Staatssekretärs durchaus verständlich erscheinen muß.

Man wird es nicht allzu tragisch nehmen, daß Herrn von Kühlmann der Vorwurf gemacht wird, er habe in Brest-Litowsk nicht seinen Instruktionen gemäß gehandelt, sondern eigenmächtig den russischen Bevollmächtigten gegenüber Zusicherungen gemacht und Abmachungen in Aussicht gestellt, zu denen er auf Grund der ihm gegebenen Weisungen nicht berechtigt gewesen sei. Denn diese Beschuldigung würde, wenn sie zutreffend ist, so schwer wiegen, daß nicht anzunehmen ist, Herr von Kühlmann wäre noch in Brest-Litowsk, wenn an ihr nur ein Körnchen Wahrheit sein würde. Ueber die Haltung, die der Staatssekretär bei den bisherigen Verhandlungen eingenommen hat, kann man sich allerdings leider nur ein recht unvollkommenes Bild machen, denn hierzu erfahren wir augenscheinlich in weiser Rücksichtnahme auf unsere Nerven, die durch die übermäßig radikalen Aeußerungen der russischen Regierung beeinträchtigt werden könnten, viel zu wenig von dem, was in Petersburg eigentlich vorgeht und was man dort über die Geschehnisse in Brest-Litowsk denkt.

Den deutschen Veröffentlichungen zufolge sind den Russen aber bisher nur zwei eingehende und wohl vorbereitete Eröffnungen gemacht worden. Bei dem ununterbrochenen telegraphischen und telephonischen Verkehr, der zwischen Berlin und Brest-Litowsk besteht, kann man aber eigentlich nicht annehmen, daß diese Kundgebungen nur in Brest-Litowsk entstanden sind. Auch der Herr Reichskanzler wird ihnen von hier aus seine Zustimmung gegeben haben. Der Reichskanzler ist aber der ausschließliche Bevollmächtigte des Deutschen Kaisers für den Friedensschluß, und diese Vollmacht hat der Kaiser ihm auf Grund des Artikels 11 der Reichsverfassung erteilt.

Die Erklärung vom 25. Dezember, durch welche uns die Bahn für die Verhandlungen mit der russischen Revolutionsregierung geöffnet werden sollte, hat in manchen Teilen der deutschen Öffentlichkeit die größte

zAufregung hervorgerufen. Man hatte den Eindruck, daß viele von einem panischen Schrecken ergriffen worden seien, der Krieg könne zu Ende gehen und die Staaten der Entente könnten sich entschließen, uns den Gefallen zu tun, angesichts der gegenwärtigen für uns so außerordentlich günstigen militärischen Lage die Friedensverhandlungen aufzunehmen. Wir vermuten, daß Herr von Kühlmann eine etwas bessere Kenntnis des uns feindlichen Auslandes gehabt hat und durch die Rede des Herrn Lloyd George nicht allzu sehr überrascht worden ist. Die zwischen uns und unseren Feinden bestehenden Verschiedenheiten über die vertraglichen Möglichkeiten eines Friedensschlusses sind noch nicht so tief gehend, daß die der Entente gesetzte zehntägige Frist auch vom Standpunkt des größten Kriegsfanatikers wirklich „ungefährlich“ war.

Man wird sich hierüber noch klarer werden, wenn man bedenkt, daß nach englischer Auffassung die Rede Lloyd Georges besonders auf die englische Arbeiterschaft und die Gewerkschaften berechnet gewesen ist und somit gewissermaßen das Programm der friedensfreundlichen Gruppen darstellen sollte. Auch die wohl zu erwartende neue Kriegszielerklärung des Präsidenten Wilson wird kein anderes Ergebnis zur Folge haben. Wenn dennoch den deutschen leitenden Politikern bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk nicht ausschließlich die Fragen der besetzten Gebiete, die Grenzsicherungen und die wirtschaftlichen Angelegenheiten vor Augen stehen, so **wird hierbei die Erwägung ausschlaggebend sein, daß der deutsch-russische Friede vom weltpolitischen Gesichtspunkte betrachtet werden muß. Und das ist wohl auch der Hauptgrund, warum gegen Herrn von Kühlmann Sturm gelaufen wird.**

Auch wenn die Friedensmöglichkeit gegenwärtig nur sehr gering ist, so muß unsere auswärtige Politik doch bei allen Maßregeln, die sie ergreift, den einmal kommenden Frieden im Auge behalten. Und wenn auch menschliche Erwägungen heute in weitesten Kreisen nicht allzu hoch im Kurse stehen, so wird sich eine für das Wohlergehen der deutschen Menschheit verantwortliche Regierung doch ununterbrochen mit der Frage beschäftigen müssen, wie sie in ehrenvoller und unseres Volkes Zukunft sichernder Weise diesen Krieg, der durchschnittlich täglich mehr als tausend deutschen Männern das Leben kostet, zu beantworten vermag. Sie wird in gewissenhafter Beobachtung ihre Pflichten sich auch der wirtschaftlichen und finanziellen Konsequenzen eines noch lange andauernden Krieges bewußt bleiben.

Außerdem handelt es sich in Brest-Litowsk um die Vorbereitung einer neuen weltpolitischen Lage, die aus der Herstellung einer Verständigung mit Rußland sich ergeben muß, und von deren Art unendlich viel sowohl für den Verlauf des Kampfes selbst, wenn er fortgeführt werden muß, abhängt, wie für den Ausgang des ganzen Krieges, der doch nicht militärischer Erfolge wegen, sondern zur Erzielung politischer Resultate geführt wird. Es mag daher sein, daß der Staatssekretär des Auswärtigen diese großen politischen Ziele zum Teil höher einschätzt, wie manche einzelnen Erfolge, die möglicherweise den Russen bei ihrer gegenwärtigen Schwäche und derzeitigen Uneinigkeit abgedrückt werden könnten. Vielleicht stellt er auch für den ganzen Friedensschluß ein bald wieder stark werdendes und trotz mehr oder weniger autonomer Gebiete doch nach außen hin einheitlich in Erscheinung tretendes Rußland in seine Rechnung, und entfernt sich damit allerdings weit von denjenigen, die der Ansicht sind, auf das zukünftige Rußland brauche man keinerlei Rücksicht zu nehmen. Wir wissen selbstverständlich nicht, ob diese Mutmaßungen zutreffend sind, wir können uns nur vorstellen, daß ein deutscher Staatssekretär des Auswärtigen, der so oder ähnlich denkt, den Alldeutschen und ihrer ganzen Führer- und Gefolgschaft ein Greuel ist.

Immer von Neuem wird in der deutschen Öffentlichkeit der Ruf nach einem Staatsmanne, der uns führen soll, laut. Und doch sind leider die bei uns herrschenden Verhältnisse sehr wenig dazu geeignet, einen Staatsmann groß werden zu lassen. Ob Herr von Kühlmann das Zeug dazu hat, wissen wir nicht. Er hat bisher keine Gelegenheit gehabt, es zu beweisen. Sollte er jetzt in Brest-Litowsk wirklich den Versuch gemacht haben, eigene schöpferische Gedanken zu entwickeln, so ist wohl dafür gesorgt worden, ihm baldigst die Flügel zu beschneiden. Zur Führung eines Krieges bedarf ein Volk eigentlich zweier von seinem Vertrauen getragener Gewalten, der politischen und militärischen. Zu unserer jetzigen militärischen Führung herrscht, nach Ueberwindung anfänglicher Irrtümer, unbegrenztes Zutrauen. Von der politischen läßt sich etwas Aehnliches nicht behaupten. Bereits als wir in den Krieg gingen, war die Autorität unseres Auswärtigen Amtes in der Heimat keine allzu große. Trotz mancher Erfolg, man denke an unsere Bündnisse mit der Türkei und namentlich Bulgarien, hat sich hierin während des Krieges wenig geändert. Wir glauben und haben diesen Standpunkt schon seit langem vertreten, daß das Uebel an der Wurzel angefaßt werden müsse und daß die ausführenden Organe unserer auswärtigen Politik baldigst von Grund aus reformiert werden sollten.

Wir bedauern, daß Herr von Kühlmann bisher zu dieser so notwendigen Arbeit noch keine Zeit gefunden hat. Durch den bei uns herrschenden Zustand ist es aber gekommen, daß das Gleichgewicht der Kräfte sich verschiebt und daß von dem an sich natürlichen Uebergewicht des Auswärtigen Amtes in politischen Fragen kaum die Rede sein kann. Es gehört dabei ein großes Maß an Takt und persönlicher Selbstbescheidenheit dazu, wenn unter solchen Umständen ein Weltkrieg zu ersprießlichen Zielen geführt

werden soll. Und die Stellung des Staatssekretärs des Auswärtigen ist eine um so weniger beneidenswerte, als während des Krieges wenig Aussicht besteht, das normale Verhältnis der Dinge wiederherzustellen. Es sind viele alte Fehler die sich rächen. Und Herr v. Kühlmann wird, wenn seine Gegner seinen Sturz richtig voraussagen, sein dornenvolles Amt ohne persönliche Kummernis niederlegen; wenn ihn aber des Kaisers Vertrauen weiter auf seinem Platze beläßt, es in dem Bewußtsein weiterführen, sein Bestes für das Vaterland zu tun.

(ergänzt mit Teilen aus der Norddeutschen allgemeinen Zeitung, Nr.17 vom 10.01.1918, S.2)

Eine Botschaft des Präsidenten Wilson [die 14 Punkte-Rede]

Washington, 8. Jänner. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Präsident Wilson hat heute dem Kongreß eine Botschaft übergeben, in der er unter anderem sagt:

Wieder einmal, wie schon wiederholt vorher, haben die Sprecher der Mittelmächte den Wunsch zu erkennen gegeben, die Kriegsziele und eine mögliche Grundlage für einen allgemeinen Frieden zu erörtern. In Brest-Litowsk haben Besprechungen zwischen Vertretern der Mittelmächte und Rußland stattgefunden, auf welche die Aufmerksamkeit aller Kriegführenden gelenkt wurde zu dem Zwecke, um festzustellen, ob es möglich sei, diese Besprechungen zu einer allgemeinen Friedenskonferenz auszudehnen. Die Vertreter Rußlands haben nicht alleine eine festumschriebene Darlegung der Grundsätze, auf Grund welcher sie bereit wären, Frieden zu schließen, sondern auch ein ebenso klares Programm für die tatsächliche Anwendung dieser Grundsätze vorgelegt. Die Vertreter der Mittelmächte legten ihrerseits die Grundlinien zu einer Vereinbarung vor, die, wenngleich weniger klar, einer Auslegung im liberalen Sinne fähig schien, bis sie das eingehendere Programm mit positiven Bedingungen zufügten. Dieses Programm machte keinerlei Zugeständnisse weder für die Souveränität Rußlands noch zugunsten der Völker, um deren Geschick es sich handelt. Es bedeutete, kurz gesagt, daß die Mittelmächte beabsichtigen, jeden Fußbreit Landes, das ihre bewaffneten Massen besetzt halten, jede Provinz, jede Stadt und jeden vorteilhaften Punkt als dauernd Mehrung ihrer Länder und ihrer Macht zu behalten. Es ist eine berechnete Vermutung, daß die allgemeinen Grundsätze einer allgemeinen Vereinbarung, die sie zuerst vorschlugen, von den liberalen Staatsmännern Deutschlands und Österreich-Ungarns herrührten, jenen Männern, die die Macht ihres eigenen Volkes, dessen Gedanken und Streben zu fühlen bekommen haben, während die konkreten Bedingungen für die tatsächliche Vereinbarung von den militärischen Führern kamen, die keinen anderen Gedanken haben als den, zu behalten, was sie besitzen. **Die Verhandlungen wurden abgebrochen. Die Vertreter Rußlands waren aufrichtig und konnten ernstlich solche Vorschläge von Eroberungssucht und Vorherrschaft nicht in Erwägung ziehen.**

Der ganze Zwischenfall ist sehr bedeutungsreich, aber auch sehr verwirrend. Mit wem haben es die Vertreter Rußlands eigentlich zu tun? In wessen Namen sprechen die Vertreter der Mittelmächte? Sprechen sie für die Mehrheiten der Volksvertretungen oder für die Minderheitsparteien, für jene militärisch-imperialistische Minderheit, die bisher ihre ganze Politik sowie die Angelegenheiten der Türkei und der Balkanstaaten, die sie gezwungen haben, am Kriege teilzunehmen, beherrscht haben? Die Vertreter Rußlands haben sehr richtig, sehr klug und im wahren Geiste der modernen Demokratie darauf bestanden, daß die Konferenz, die sie mit den teutonischen und türkischen Staatsmännern abhielten, bei offenen und nicht hinter geschlossenen Türen stattfinden soll, damit die ganze Welt, wie es gewünscht wurde, eine Zuhörerschaft bilden könne. Wem haben wir nun also zugehört? Jenen, die im Geiste und nach den Absichten der Entschließung des deutschen Reichstages vom 19. Juli vergangenen Jahres sprachen, oder jenen, die den Geist und die Absichten auf Eroberung und Unterwerfung verkörpern, oder haben wir tatsächlich beide Teile vor uns, die sich noch in offenem hoffnungslosem Gegensatz zu einander befinden? Das sind sehr ernste dringende Fragen, von deren Beantwortung der Friede der Welt abhängt.

Aber was auch das Ergebnis der Verhandlungen in Brest-Litowsk sein und welche Schritte man auch aus dem Sinn und den Absichten der Vertreter der Mittelmächte ziehen möge, sie haben die Welt mit ihren Kriegszielen bekannt zu machen versucht und ihre Gegner herausgefordert, zu sagen, was deren Ziele seien, und was für eine Auseinandersetzung sie als gerecht und befriedigend ansehen würden. Es besteht daher kein triftiger Grund, warum wir auf diese Herausforderung nicht mit äußerster Offenheit antworten sollten.

Wir haben darauf geantwortet. Nicht einmal, wiederholt haben wir unsere Absichten und Ansichten der Welt dargelegt und zwar nicht in allgemeinen Ausdrücken, sondern jedesmal mit genügender Bestimmtheit, um es klar zu machen, wie die endgültigen Friedensbedingungen beschaffen sein müßten, die sich notwendigerweise daraus ergeben. Letzte Woche hat Lloyd-George mit bewundernswerter Offenheit und bewundernswertem Geiste für sein Volk und die Regierung Großbritanniens gesprochen.

Es gibt keine Verwirrung der Meinung unter den Gegnern der Mittelmächte, keine Unsicherheit über die Grundsätze und keine Unklarheit hinsichtlich der Einzelheiten. Geheimtuererei, Unaufrichtigkeit und Mangel an genauer Feststellung der Kriegsziele sind lediglich auf Seiten Deutschlands und seiner Verbündeten.

Das russische Volk ist ohnmächtig und, wie es scheint, vollkommen hilflos gegenüber der unnachgiebigen Macht Deutschlands. Seine Kraft ist anscheinend gebrochen, aber seine Seele will sich nicht unterordnen. Es appelliert an uns, damit wir sagen, was wir wünschen, und ich glaube, daß das Volk der Vereinigten Staaten es wünscht, daß ich mit vollkommener Klarheit und Offenheit darauf antworte.

Kein Staatsmann, der auch nur den geringsten Begriff von seiner Verantwortung hat, würde auch nur für einen Augenblick sich gestatten, diese tragische und furchtbare Verschwendung von Gut und Blut fortzusetzen, wenn er nicht sicher wäre, daß die Ziele dieses Lebensopfers ein Heil des wirklichen Lebens der Gesellschaft sind und daß das Volk, für das er spricht, sie als ebenso richtig und verpflichtend ansieht wie er. Aber das ist noch eine Stimme die nach dieser Festlegung der Grundsätze und Absichten verlangt und die vielleicht schriller und zwingender ist, als die anderen rührenden Stimmen, von denen die Welt erfüllt ist.

Es ist die Stimme des russischen Volkes. Dieses ist ohnmächtig und, wie es scheint, vollkommen hilflos gegenüber der unnachgiebigen Macht Deutschlands, die bisher noch keine Milde und kein Mitleid gekannt hat. Seine Kraft ist anscheinend gebrochen, aber seine Seele will sich nicht unterordnen. Es will nicht nachgeben, weder was die Grundsätze noch was die Handlungen anbelangt. Seine Auffassung von dem, was recht und menschlich ist und was es in Ehren annehmen könnte, wurde mit einer Offenheit, Großzügigkeit, Großmut der Gesinnung und einer menschlichen Sympathie dargelegt, die die Bewunderung jedes Menschenfreundes herausfordern müssen. Die Russen haben sich geweigert, sich mit ihren Idealen abfertigen zu lassen und andere im Stich zu lassen, um [sich] selbst in Sicherheit bringen zu können. Sie appellieren an uns, damit wir sagen, was wir wünschen und worin, wenn dies überhaupt der Fall ist, unsere Ansichten und Absichten von den ihrigen abweichen.

Ich glaube, daß das Volk der Vereinigten Staaten es wünscht, daß ich mit vollkommener Klarheit und Offenheit darauf antworte.

Ob die gegenwärtigen Führer in Rußland es glauben oder nicht, es ist unser aufrichtiger Wunsch und unsere sehnliche Hoffnung, daß irgend eine Möglichkeit geschaffen werde, die uns gestatten würde, dem russischen Volke bei der Erreichung aller seiner Hoffnungen auf Freiheit und dauernden Frieden zu helfen. Es ist unser Wunsch und unsere Absicht, daß in Friedenszeiten alles offen vor sich gehen soll und in Zukunft keine geheimen Abmachungen irgend welcher Art gestattet werden. Die Tage der Eroberungen und Gebietsvergrößerungen sind vorbei, ebenso die Zeiten der Geheimverträge, die im Interesse einer einzelnen Regierung geschlossen wurden und geeignet waren, in einem unerwarteten Augenblick den Weltfrieden zu stören.

Es ist dies eine frohe Tatsache, die jetzt jedem in der Öffentlichkeit stehenden Manne klar geworden ist, dessen Gedanken nicht noch immer in einem toten und entschwundenen Zeitalter weilen und die es jedem Volke, dessen Absichten sich mit der Gerechtigkeit und dem Weltfrieden vertragen, möglich macht, sich jetzt oder zu irgend einer anderen Zeit zu den Zielen, die es im Auge hat, offen zu bekennen.

Wir sind in den Krieg eingetreten, weil Verletzungen des Rechtes vorgekommen sind, die uns aufs empfindlichste getroffen haben und die das Leben unseres Volkes unmöglich gemacht hätten, wenn sie nicht wieder gut gemacht würde und die Welt ein für allemal gegen eine Wiederholung gesichert würde. Was wir in diesem Kriege daher verlangen, ist nichts, was uns allein angeht. Es ist, daß die Welt derart eingerichtet und sicher gemacht werde, um darin ruhig leben zu können, und besonders, daß jede friedliebende Nation, die, wie auch wir es wünschen, ihr eigenes Leben zu leben wünscht, und die entschlossen ist, ihre eigenen Einrichtungen zu haben, der Gerechtigkeit und Billigkeit seitens anderer Nationen der Welt sicher sowie vor Vergewaltigungen und selbstsüchtigen Angriffen gesichert sein könne. Alle Völker der Welt sind hieran mitinteressiert. Und was uns anbelangt, sehen wir durchaus klar, daß wenn andere nicht Gerechtigkeit finden, auch wir sie nicht finden können.

Das Programm des Weltfriedens ist daher unser Programm, das auch zugleich das einzig mögliche Programm darstellt, das uns vorschwebt.

Der 1. Punkt ist,

daß alle **Friedensverträge öffentlich sind und öffentlich zustande gekommen sind** und daß danach keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgend welcher Art mehr getroffen werden dürfen, sondern daß die Diplomatie immer offen und vor aller Welt getrieben werden soll.

Der 2. Punkt ist

vollkommene **Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere außerhalb der territorialen Gewässer** im Frieden sowohl wie im Kriege mit Ausnahme jener Meere, die ganz oder teilweise durch eine internationale Handlung zwecks Durchsetzung internationaler Verträge geschlossen werden.

Der 3. Punkt ist

die möglichste **Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und die Errichtung der Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen Nationen**, die sich dem Frieden anschließen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

Die 4. Bedingung ist,

daß entsprechende Garantien gegeben und angenommen werden, daß **die Rüstungen der Völker auf das niedrigste, mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß herabgesetzt werden.**

Der 5. Punkt ist

die **freie, aufrichtige und vollkommen unparteiische Ordnung aller kolonialen Forderungen**, die auf der strengen Verfolgung des Grundsatzes begründet ist, daß bei der Entscheidung aller Souveränitätsfragen die Interessen der in Betracht kommenden Bevölkerungen das gleiche Gewicht haben müssen wie die berechtigten Forderungen der Regierungen, deren Rechte abgegrenzt werden müssen.

Der 6. Punkt betrifft

die **Räumung des ganzen russischen Gebietes** und eine solche Regelung aller Rußland betreffenden Fragen, die das beste und freieste Zusammenwirken der anderen Nationen der Welt sichert, um für Rußland die unbehinderte Gelegenheit zu erlangen, unabhängig über seine eigene politische Entwicklung und nationale Politik zu entscheiden und Rußland die aufrichtige, freundliche Aufnahme in die Gesellschaft der freien Nationen unter Gesetzen, wie es sie selbst will, zu sichern, und mehr als das: Unterstützung in allen Dingen, die Rußland braucht und selbst wünscht. Die Behandlung, die Rußland von seinen Schwesternationen in den kommenden Monaten gewährt werden wird, wird eine klare Probe auf ihren guten Willen sein und ihr Verständnis für Rußlands Nöte zum Unterschied von ihren eigenen Interessen.

7. Punkt:

Die ganze Welt wird zustimmen, daß **Belgien geräumt und wiederhergestellt werden** muß, ohne daß irgend ein Versuch unternommen wird, seine Souveränität, deren es sich in Gemeinschaft mit allen anderen freien Nationen erfreut, zu beschränken. Keine einzige andere Handlung wird so wie diese dazu dienen, das Vertrauen unter den Nationen in die Gesetze, die sie selbst zur Regelung ihrer Beziehungen untereinander festgesetzt haben, wieder herzustellen. Ohne diese versöhnende Handlung wäre das ganze Gefüge und die Kraft des internationalen Völkerrechtes für immer beeinträchtigt.

8. Punkt:

Das **ganze französische Gebiet soll befreit und die besetzten Teile wiederhergestellt werden.** Das **Unrecht, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871** in der elsäß-lothringischen Frage geschehen ist und das den Weltfrieden seit nahezu 50 Jahren beunruhigt hat, **soll wieder gutgemacht werden**, damit der Friede wieder im Interesse aller gesichert wird.

9. Punkt:

Die **Berichtigung der Grenzen Italiens** soll nach klar erkennbaren nationalen Linien vorgenommen werden.

10. Punkt:

Den **Völkern Österreich-Ungarns**, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, soll die erste **Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gewährt werden.**

11. Punkt:

Rumänien, Serbien und Montenegro sollen geräumt und die besetzten Gebiete wiederhergestellt werden. Serbien soll ein freier und sicherer Zugang zum Meere gewährt werden. Die Beziehungen der verschiedenen Balkanstaaten untereinander sollen durch freundliche Besprechungen entsprechend den geschichtlichen Linien der Zugehörigkeit der Nationalität festgesetzt werden. Für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die territoriale Unversehrtheit der verschiedenen Balkanstaaten sollten Garantien geschaffen werden.

12. Punkt:

Den **türkischen Teilen des jetzigen osmanischen Reiches sollte der sichere Genuß der Souveränität zugesichert werden**, aber den anderen Nationalitäten, die sich jetzt unter türkischer Herrschaft befinden, sollte ebenso unzweifelhaft Sicherheit des Lebens und absolut unbelästigte Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gesichert werden. Die Dardanellen sollten als freie Durchfahrt für die Schiffe und den Handel aller Nationen unter internationalen Garantien geöffnet werden.

13. Punkt:

Ein **unabhängiger polnischer Staat, der die von zweifellos polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen müsste**, sollte errichtet werden. Er müßte **freien Zugang zum Meere** haben. Seine wirtschaftliche Unabhängigkeit und territoriale Integrität müßte durch einen internationalen Vertrag garantiert werden.

14. Punkt:

Ein **allgemeiner Völkerbund muß errichtet werden**. Spezielle Verträge müssen für gegenseitige Garantien der politischen Unabhängigkeit und der territorialen Integrität für große und kleine Staaten in gleicher Weise sorgen.

*

In Bezug auf diese wesentlichen Berichtigungen des Unrechtes und die Geltendmachung des Rechtes fühlen wir uns als den Regierungen und Völkern eng angeschlossen, die sich gegen die imperialistischen Listen [die sich gegen die verbündeten Kaiserreiche] zusammengetan haben. Wir können nicht durch unsere Interessen voneinander getrennt, durch unsere Ziele geschieden werden.

Wir stehen bis zum Ende zusammen. Für diese Abmachungen und Verträge wollen wir kämpfen und den Kampf fortsetzen, bis sie erreicht sind, aber nur weil wir wünschen, daß das Recht sich behaupte und weil wir einen gerechten und dauerhaften Frieden verlangen, der nur durch Entfernung der Hauptursachen des Krieges, die dieses Programm aus der Welt schafft, gesichert werden kann.

Wir sind auf die Größe Deutschlands nicht eifersüchtig, und in diesem Programm ist nichts, was sie schmälert. Wir neiden ihm keine wissenschaftliche Errungenschaft und Auszeichnung, keine Unternehmung, die dazu beitrug, ihm einen glänzenden und beneidenswerten Ruf zu verschaffen. Wir wünschen nicht, es zu verletzen oder seinen Einfluß und seine Macht, soweit sie berechtigt sind, zu hemmen. Wir wünschen es weder mit den Waffen noch mit feindlichen Handelsvereinbarungen zu bekämpfen, wenn es willens ist, sich mit uns anderen friedliebenden Nationen der Welt in gerechten Verträgen zu vereinigen. Wir wünschen nur, daß es einen gleichberechtigten Platz unter den Völkern der Welt [einnehme, anstatt einen solchen der Herrschaft] einnimmt – der neuen Welt, in der wir jetzt leben.

Wir erkühnen uns auch nicht, Deutschland irgend eine Änderung oder Umbildung seiner Einrichtungen vorzuschlagen. Aber wir müssen offen sagen, daß es Vorbedingungen jeder vernünftigen Verhandlung unsererseits mit Deutschland ist, daß wir wissen, für wen seine Wortführer sprechen, nämlich ob für die Reichtagsmehrheit oder für die Militärpartei bzw. für diejenigen, [deren Glaubensbekenntnis imperialistische Vorherrschaft ist] die an eine Weltherrschaft glauben. Wir haben jetzt gewiß in zu deutlichen Ausdrücken gesprochen, um noch irgend einen Zweifel oder eine Frage offen zu lassen.

Ein deutlicher Grundsatz geht durch das ganze Programm, das ich entworfen habe. Es ist der Grundsatz der Gerechtigkeit für alle Völker und Nationalitäten und ihr Recht, unter gleichen Bedingungen in Freiheit und Sicherheit miteinander zu leben, gleichgültig ob sie stark oder schwach sind. Wenn dieser Grundsatz nicht zur Grundlage gemacht wird, kann kein Teil des Baues internationaler Gerechtigkeit Bestand haben. Das Volk der Vereinigten Staaten könnte nach keinem anderen Grundsatz handeln und ist bereit, der Verteidigung dieses Grundsatzes Leben, Ehre und alles, was es besitzt, einzusetzen. Der moralische Höhepunkt

dieses kulminierenden endgültigen Krieges für die menschliche Freiheit ist gekommen. Das amerikanische Volk ist bereit, seine eigene Kraft, sein eigenes höchstes Ziel und seine eigene Lauterkeit und Hingabe auf die Probe zu stellen.

[Der sittliche Gipfelpunkt dieses größten und letzten Krieges für menschliche Freiheit ist erreicht worden und das amerikanische Volk ist bereit, seine ganze Stärke, sein höchstes Streben, seine Unversehrtheit und Hingabe einzusetzen. - BNN-17; 10.01.1918, S.1]

Norddeutsche Allgemeine Zeitung - Nr.17 - Donnerstag, 10. Januar 1918 - S.1

Wilsons „Programm des Weltfriedens“ [nach der Aufzählung der einzelnen Punkte schreibt die NAZ:]

Die vierzehn Punkte bilden im Gegensatz zu der Überschrift, die Wilson ihnen gibt, nicht ein Programm des Weltfriedens, sondern eine wahre Symphonie des Willens zum Unfrieden, einsetzend mit hoffnungsfroh klingenden Schalmeyen von der Freiheit der Meere, der Beseitigung wirtschaftlicher Schranken, einer unparteiischen Schlichtung kolonialer Ansprüche. Soweit, so gut. Alle diese Dinge sind schon wiederholt erörtert worden, und man ist über den Wert der allgemeinen Grundsätze fast in der ganzen Welt einig, wenn auch nicht über die Methoden zu ihrer Verwirklichung. Jedenfalls ist dies das Gebiet, wo die Hindernisse für den Frieden nicht liegen, wo es eines Eingreifens Wilsons, um sie zu beseitigen, nicht bedurft hätte. Dort aber, wo Herr Wilson Gelegenheit gehabt hätte, dem Frieden zu dienen, die Möglichkeit einer Verständigung der Völker in erreichbare Nähe zu rücken, hat er nicht nur versagt, sondern die gegenteilige Ansicht klar zum Ausdruck gebracht. **Er hat nicht den geringsten Versuch gemacht, die Hindernisse, die einer Ausdehnung der Brester Verhandlungen entgegenstehen, hinwegzuräumen, vielmehr diese Hindernisse aufeinandergetürmt, neue in Gestalt neuer oder zum mindesten bisher nicht öffentlich erhobenen Forderungen herbeigetragen und auf diese Weise einen Damm gegen den allgemeinen Frieden errichtet.** Und nach einer derartig gewaltsamen Steigerung aller Friedenshindernisse schließt er sein „Programm des Weltfriedens“ mit einem verführerisch klingenden Abgesang von der allgemeinen Vereinigung der Nationen.

Es ist im politischen Kampfe keine angenehme Aufgabe, dem Gegner die Unaufrichtigkeit seiner Handlungsweise vorzuhalten, aber in der gegenwärtigen militärischen und politischen Lage wäre es geradezu lächerlich, wenn man von dem Präsidenten Wilson sagen wollte, er glaube wirklich an die Durchführbarkeit der Forderungen, die er hier im Namen oder Auftrag seiner Verbündeten erhebt. Herr Wilson verlangt von einer Nation, deren Waffen auf allen Fronten siegreich gewesen sind und menschlichem Ermessen nach siegreich bleiben werden, die freiwillige Hingabe einer Provinz, die von Angehörigen ihres Stammes bewohnt wird, die in den nahezu fünfzig Jahren nach ihrer Wiedervereinigung mit dem alten Vaterland glücklich gewesen ist im Besitz der Güter und Gaben des Friedens. Er fordert für einen Staat, dessen ruhelose nationalistische Agitation mit den Äußerungen Anstoß für den Weltkrieg bildete, und der jetzt auf der Kriegskarte überhaupt nicht mehr existiert, ebenso wie für einen neugeschaffenen, von den Siegern als freies Geschenk dargebotenen Staat ohne Auftrag einen Zugang zum Meere über das Gebiet des Siegers hinweg. Das sind nicht Bedingungen, die man einem Bande von Staaten ernsthaft zumuten kann, der militärisch so stark und politisch so fest ist wie der Vierbund. Es sind vielmehr die Forderungen eines Mannes, der den Krieg selbst noch nicht gesehen und dessen Volk ihn nicht anders kennt als aus den Abschlüssen der Rüstungsindustrie.

Aber Herr Wilson geht noch weiter. Unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker maßt er sich die Befugnis zu, in die innerstaatlichen Verhältnisse Österreich-Ungarns einzugreifen und proklamiert so die Vergewaltigung der Nationen, die Außerachtlassung geschichtlicher und völkischer Tatsachen. Mit gleicher Unbekümmertheit findet er für die Teilung der Türkei eine Begründung, die kaum noch als Umschreibung des **sic volo, sic jubeo** anzusprechen ist. Das sind nicht die Worte und Absichten eines weltfremden Ideologen, der gerne den Präzeptor der alten Welt spielt. So spricht nur ein Mann, dessen Politik darauf hinausgeht, Völker und Volksteile, die zusammengehören und sich ihrer Zusammengehörigkeit durchaus bewußt sind, gegeneinander auszuspielen. Die Maske mag geschickt gewählt sein, aber das Spiel ist zu bekannt, als daß man es nicht sofort darunter erkennen sollte.

An dieser Erkenntnis wird es nichts ändern, wenn Wilson in der wortreichen Kongreßbotschaft, die den Mantel für sein kriegsgerichtetes „Friedensprogramm“ hergeben muß, heuchlerisch fragt, in wessen Namen die Mittelmächte eigentlich sprechen. Die Antwort hatte er längst, bevor er die Frage stellte: Reichstag und Regierung, Fürst und Volk in Deutschland, die Herrscher, Regierungen und Parlamente unserer Verbündeten haben sie ihm längst gegeben.

Wenn in Rußland noch irgend ein Teil des Volkes oder seiner Führer, wie Wilson anzunehmen vorgibt, Hoffnungen auf Amerika gesetzt hat, so wird man dort jetzt ganz klar sehen: Diese Hoffnungen werden abgespeist mit der Phrase von dem „innigen Wunsche, daß ein Weg gefunden werde, der es erlaubt, dem

russischen Volke zu helfen“. Das Wilsonsche Programm enthält nichts für die vermeintlichen Wünsche und Hoffnungen Rußlands. **Über Rußlands Grenzen und die Grenzen des Vierbundes hinaus, wird man aus dieser Kongreßbotschaft deutlicher als je erkennen, wo die Kriegsverlängerer sitzen und welche verwerflichen Mittel sie anwenden. Ob eine solche Kundgebung aus London, Paris oder Washington kommt – die Tonart mag verschieden sein -, der Inhalt ist stets der gleiche. Es ist das imperialistische Eroberungsprogramm, vertreten von den Staatsmännern demokratischer Länder in der trügerischen Verkleidung der Phrasen von Weltfrieden, Freiheit und Völkerglück. W.S.**

Berliner Börsen-Zeitung - Nr.16 – Donnerstag, 10. Januar 1918 - S.1

Wilsons Plan.

Präsident Wilson hat dem Kongreß eine Botschaft übermittelt, in der er ausführlich die Kriegsziele der Vereinigten Staaten darlegt. Erst Lloyd George, dann Wilson, beide in einem Uebereifer, dessen Grund recht durchsichtig ist: Die Russen.

Es müssen alle Schleusen geöffnet werden, um den Russen die Einfahrt in den Ententehafen noch möglich – vor allem aber begehrenswert zu machen. Deshalb nimmt in Wilsons Botschaft die Ansprache an Rußland (denn das soll es sein) einen ziemlich breiten Raum ein. Der Versuch Lloyd Georges, die Russen mißtrauisch zu machen, wird von Wilson kräftig unterstützt. Ausgehend von dem „Zwischenfall“ sucht er vor allem gegen die Unterhändler der Mittelmächte Stimmung zu machen. Niemand anders als Lloyd George und Wilson meinen es mit den Russen gut, sie allein verfügen über das echte, alle Völker befriedigende und befreiende Kriegszielprogramm.

Man kann sich kaum etwas Einfältigeres und Unverschämteres vorstellen, als dieses Kriegszielprogramm Wilsons, desselben Wilson, der vor seinem Eintritt in den Krieg den Mund nicht voll genug nehmen konnte, wie er sich eine Lösung des großen Kampfes auf Grund der Selbstbestimmung denke. Man kann über seinen Versuch, die Russen zu überreden, hinweggehen, an dessen Erfolg er ja selbst nicht glaubt. Man betrachte die Punkte 6 – 13 seines Programms, und man wird sagen müssen, daß das eine Vergewaltigung Deutschlands und seiner Bundesgenossen bedeuten würde, wie sie sich schlimmer kaum gedacht werden kann. Verfolgt die Entente dieses Ziel, dann wird sich allerdings die Welt noch auf einen langen Krieg einrichten müssen. Auch Herr Wilson spricht von einer Rückgabe Elsaß-Lothringens, spricht von der Berichtigung der italienischen Grenzen, spricht von einer Zerstückelung Oesterreich-Ungarns, will alles für die Rumänen, Serben, Montenegriner, will der Türkei alte Gebiete entreißen und will endlich ein Polen mit einem gesicherten, freien und zuverlässigen Zugang zur See.

Und das nennt dann Amerikas Präsident einen „gerechten“ Frieden. Wenn er in dem „Unrecht“ von 1871, das deutsches Land wieder deutsch machte, eine ständige Bedrohung des Weltfriedens sieht, was sieht er denn darin, wenn er verlangt, daß alter deutscher Besitz abgetreten werden soll, oder darin, wenn er Oesterreich-Ungarn Länder entreißen will, die seit vielen Jahrzehnten unter der Habsburger Monarchie blühten und nie den Wunsch hatten, eine andere staatliche Organisation zu haben?

Eines freilich geht mit aller Deutlichkeit aus der Wilsonschen Botschaft hervor: sie will die Wunden unserer inneren Politik erweitern, will den Zwiespalt vertiefen, der, wie jeder weiß, nun einmal vorhanden ist. Grade aus dieser Botschaft wie auch aus der Rede Lloyd Georges ist erkennbar, welches Kapital das feindliche Ausland aus unseren inneren Kämpfen schlägt. Das sollte für uns eigentlich eine Warnung sein.

Wie Lloyd George, so will auch Wilson durch seine Redensarten von der Kraft und der Größe des deutschen Volkes, die in seinem Munde alles andere als aufrichtige Anerkennung sind, auf unsere Arbeiterschaft wirken. Was sagt aber unsere Arbeiterschaft zu seinen Vergewaltigungsplänen? Wilson wird wissen, **daß trotz allen inneren Haders unsere Sozialdemokraten darin fest bleiben werden, daß nicht ein Fußbreit deutschen Bodens von Deutschland losgetrennt werden darf.** Will Wilson hier einen Lockruf ausstoßen, so wird er gerade bei der deutschen Arbeiterschaft kein Gehör finden. Sie wird das Heimtückische seiner Absicht wohl erkennen und daraus die Lehre ziehen, daß gerade bei dem Wilson, der einst sich als Friedensrichte und Weltbeglückter aufspielte, kein Wille zum Frieden vorhanden ist. **Wer ein solches Programm aufstellt,** das, wenn es verwirklicht werden würde, Deutschland und seine Bundesgenossen zur politischen und wirtschaftlichen Ohnmacht verdammen würde, **kann nur den Wunsch haben, eine Zertrümmerung Deutschlands zu erreichen.** Das werden auch die Kräfte in unserem Staatsleben erkennen, die heute im Kampf um den Ausbau unserer inneren Verfassung stehen.

Klar hat Wilson diesmal gesprochen und klar steht darum das Bild vor unseren Augen, was zu tun nötig ist, um unseren Feinden Achtung vor unserem Recht der Selbstbestimmung zu verschaffen. Wir haben nie die

Bedeutung Amerikas in diesem Kriege unterschätzt und tun es heute weniger als je. **Wilson und Lloyd George haben uns den Kampf bis zum Messer angesagt.** Was also Einsicht nicht erreichen kann, das muß leider das Schwert erringen. Die Unversehrtheit Deutschlands und seine politische und wirtschaftliche Macht muß erkämpft werden. Das werden alle bei uns einsehen – aber alle.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung - Nr.17 - Donnerstag, 10. Januar 1918 - S.2

Das Echo der Botschaft Wilsons

Die „Tägliche Rundschau“ weist alles zurück, was Wilson vorschlägt, indem sie schreibt:

Alle diese Forderungen sind für uns unannehmbar und laufen auf eine Zersetzung Deutschlands und des Vierbundes hinaus, so wenn Wilson bei Punkt 13 die Abtretung der polnischen Gebiete Preußens verlangt, sowie bei Punkt 13 die Rückgabe Elsaß-Lothringens. All die maßlosen Vernichtungsreden der Gegner auf unser letztes und weitgehendes Friedensangebot lehren zur Genüge, daß die Politik der Friedensangebote endgültig ein Ende haben muß, denn sie stärkt, wie die Reden des Lloyd George und Herrn Wilsons zeigen, immer wieder den feindlichen Vernichtungswillen und zögert das Ende des Krieges immer weiter hinaus; sie schadet dem deutschen Volke in Heimat und Front. Welche Antwort auf Friedensangebote von den Gegnern kommt, wußten wir schon im Januar 1916. Die Antwort vom Januar 1917 hätte uns erspart werden können. Uns kann nur der Sieg helfen.

Selbst der „Vorwärts“, der im übrigen die Mäßigung feststellt, hat seine Bedenken, die er folgendermaßen formuliert:

Wilson's Rede genügt noch nicht als Beweis dafür, daß die Entente einen Frieden, wie er in dieser Rede dargestellt ist, abzuschließen bereit ist. Die Entente hat die Frist, die ihr zum Anschluß an die Friedensverhandlungen gegeben waren, verstreichen lassen, und die Rede Lloyd Georges enthält Punkte, über die sich wohl verhandeln läßt, von denen aber von vornherein gesagt werden muß, daß die Regierungen des Vierbundes sie nicht so, wie sie sind, annehmen können. Diese Punkte kehren in der Rede Wilsons abgeschwächt wieder. Die Wiedererwägung des elsass-lothringischen Frage wird in die Formel gekleidet, diese Angelegenheit müsse „so geordnet werden, daß der Frieden im Interesse aller gesichert wird“. Das ist aber nur dann möglich, wenn auf den Versuch verzichtet wird, Teile des deutschen Volkes vom deutschen Volke abzutrennen.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 18 – Donnerstag, den 10. Januar 1918 - Abend - S.2

Das Echo der Botschaft Wilsons.

Amsterdam, 9. Januar. Reuter meldet aus Washington: Wilson's Botschaft machte im Kongreß einen tiefen Eindruck. Der Vorsitzende der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten Stone erklärte sich mit dem Präsidenten vollständig einverstanden. Der Vorsitzende der Kommission des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten Flood sagte, er glaube, die Botschaft werde die Alliierten ermutigen und Rußland stärken.

„Algemeen Handelsblad“ zufolge sagte „Daily Chronicle“ über die noch nicht vollständig vorliegende Botschaft Wilsons, daß Wilson die Erklärung Lloyd Georges bestätige, jedoch lege er auch ein Friedensprogramm vor, das noch kategorischer und deutlicher sei. Man habe hier mit Anerkennung festgestellt, daß der Hauptzweck der Rede Wilsons wohl eine Aufforderung an die Mittelmächte sei, ebenso aufrichtig wie die Alliierten ihre Kriegsziele bekannt zu geben. Die edelmütige Art, in der Wilson über die heutigen Machthaber in Rußland gesprochen und wie er an die sympathische und praktische Hilfe der anderen Völker für Rußland appelliert habe, hebe die Rede Wilsons auf ein noch höheres Niveau als die Lloyd Georges.

Von den Neutralen äußern sich zuerst die holländischen Zeitungen über die Botschaft Wilsons.

„Nieuwe Courant“ schreibt: Man kann dem Präsidenten dankbar sein, daß er nach Lloyd George auch seinerseits mit einem Programm über die Kriegsziele zum Vorschein kam, vor allem aber dafür, daß er dabei mehr Einsicht an den Tag legte und nicht wie der englische Premierminister internationale Grundsätze nur dann in Anwendung bringen will, wenn sie England nützlich sind. Das Blatt hält vor allem den fünften Punkt des Wilsonschen Programms für wichtig, worin der Präsident ganz von Lloyd George abweicht, der nur für die deutschen Kolonien eine Volksabstimmung wollte und von der Anerkennung der deutschen Ansprüche auf diesem Gebiet schwieg. Wilson erkennt nicht nur die Interessen der Kolonialbevölkerung an, sondern auch die billigen Ansprüche der Regierung über deren Rechtstitel entschieden werden müsse. Über Elsaß-Lothringen

habe trotz der Bemerkung Wilsons, daß die Kriegsprogramme der Mittelmächte unklar und nur die der Entente deutlich seien, sowohl Lloyd George als auch Wilson sich sehr dunkel ausgesprochen, um von den vielen anderen Unklarheiten in Lloyd Georges Erklärungen vollständig zu schweigen.

„**Maasbode**“ glaubt, daß die Botschaft Wilsons, obwohl sie für die Mittelmächte annehmbarer sei, als die Rede Lloyd Georges dennoch keine viel günstigere Wirkung haben werde. Zum Rücktritt des australischen Premierministers Hughes bemerkte das Blatt in demselben Zusammenhange, man könne daraus ersehen, was für unangenehme Überraschungen Volksabstimmungen dieses demokratischen Allheilmittels, mit sich bringen können.

*

*

*

Wilson's 14 Friedensbedingungen werden in der Berliner Presse trotz der Umhüllung, in der sie hinübergereicht werden, als das erkannt, was sie sind.

Die „**Vossische Zeitung**“ schreibt: Die Anhänger der Theorie eines tiefen Interessengegensatzes zwischen England und Amerika werden aus der Botschaft Wilsons vielleicht ohne Schwierigkeiten neues Beweismaterial für die Verschiedenartigkeit oder Gegensätzlichkeit der Politik von Washington und London herauszulesen vermögen. Wer aber aus dem verständnisvollen und engen Zusammenarbeiten der beiden angelsächsischen Mächte während des ganzen Krieges seine Schlüsse zu ziehen vermochte, der wird die Friedenskundgebung Wilsons als eine geradezu notwendige taktische Ergänzung der Sonnabendrede Lloyd Georges aufzufassen haben. Nuancen, die eine von der englischen abweichende Richtung der amerikanischen Interessen verraten, sollen damit keineswegs geleugnet werden. Aber diese Dinge verhindern nicht, daß es sich hier um ein bewußtes Zusammenwirken handelt, dessen Resultate für uns die gleichen sein werden, ob es nun Wilson gelingt, die politische Führung der Entente den Händen Lloyd Georges zu entwinden oder nicht.

Ebensowenig traut die „**Post**“ den Worten, die von Wilson kommen. Wenn Wilson glaubt, mit seinem „Friedensprogramm“, das in Wirklichkeit ein wildes Kriegsprogramm, ein Programm unverhüllter Raubgier ist, die russische Regierung in letzter dringender Stunde für den Gedanken eines allgemeinen Friedens ködern zu können, so mag er bei seinem Glauben bleiben; wenn er meint, auf die gleiche Art die Völker der Westmächte bei der Stange zu behalten, so ist das gleichfalls seine Sache. Ob es ihm aber gelingt, mit haltlosen extremen Forderungen, deren die tatsächliche Kriegslage spottet, wirklich überhaupt jemals eine Friedensmöglichkeit zu schaffen, – zur Entscheidung dieser Frage haben andere Faktoren mitzuwirken. – Wir haben, wie gesagt, keine Veranlassung, den russischen Maximalisten einen aufklärenden Vortrag über Wilsons Wortgewandtheit zu halten. Die für das künftige Geschick des russischen Volkes verantwortlichen Persönlichkeiten mögen selber zusehen, ob ihre Hoffnungen auf der Ententeseite liegen; sie werden sicherlich nicht dabei vergessen, daß Herr Wilson ein ferner Prediger, das Deutsche Reich aber eine nahe Macht ist.

Die „**Tägliche Rundschau**“ weist alles zurück, was Wilson vorschlägt, indem sie schreibt: Alle diese Forderungen sind für uns unannehmbar und laufen auf eine Zersetzung Deutschlands und des Vierbundes hinaus, so wenn Wilson bei Punkt 13 die Abtretung der polnischen Gebiete Preußens verlangt, sowie bei Punkt 8 die Rückgabe Elsaß-Lothringens. All die Maßlosen Vernichtungsreden der Gegner auf unser letztes und weitgehendes Friedensangebot lehren zur Genüge, daß die Politik der Friedensangebote endgültig ein Ende haben muß, denn sie stärkt, wie die Reden Lloyd Georges und Herrn Wilson zeigen, immer wieder den feindlichen Vernichtungswillen und zögert das Ende des Krieges immer weiter hinaus; sie schadet dem deutschen Volke in Heimat und Front. Welche Antwort auf Friedensangebote von den Gegnern kommt, wußten wir schon im Januar 1916. Die Antwort vom Januar 1917 hätte uns erspart werden können. Uns kann nur der Sieg helfen.

1. WILSON DÉTERMINE LES CONDITIONS DE LA PAIX DU MONDE

EXCELSIOR

9^e Année. — N° 2.613. — 1 O centimes. — Étranger : 20 centimes.

Le plus court croquis n'en dit pas plus long qu'un long discours. — NAPOLEON.

Jedi
10
JANVIER
1918

RÉDACTION & ADMINISTRATION
20, rue d'Enghien, 20 — PARIS (89)
Téléphone : Gutenberg 0273 — 0275 — 1340
Adresse télégraphique : EXCELSIOR-PA
TARIF DES ABONNEMENTS :
France : 3 mois, 10 fr.; 6 mois, 18 fr.; 1 an, 35 fr.
Étranger : 3 mois, 20 fr.; 6 mois, 38 fr.; 1 an, 70 fr.
PUBLICATION : 11, rue de Valenciennes, 11 — Paris
PIERRE LAFITTE, FONDATEUR

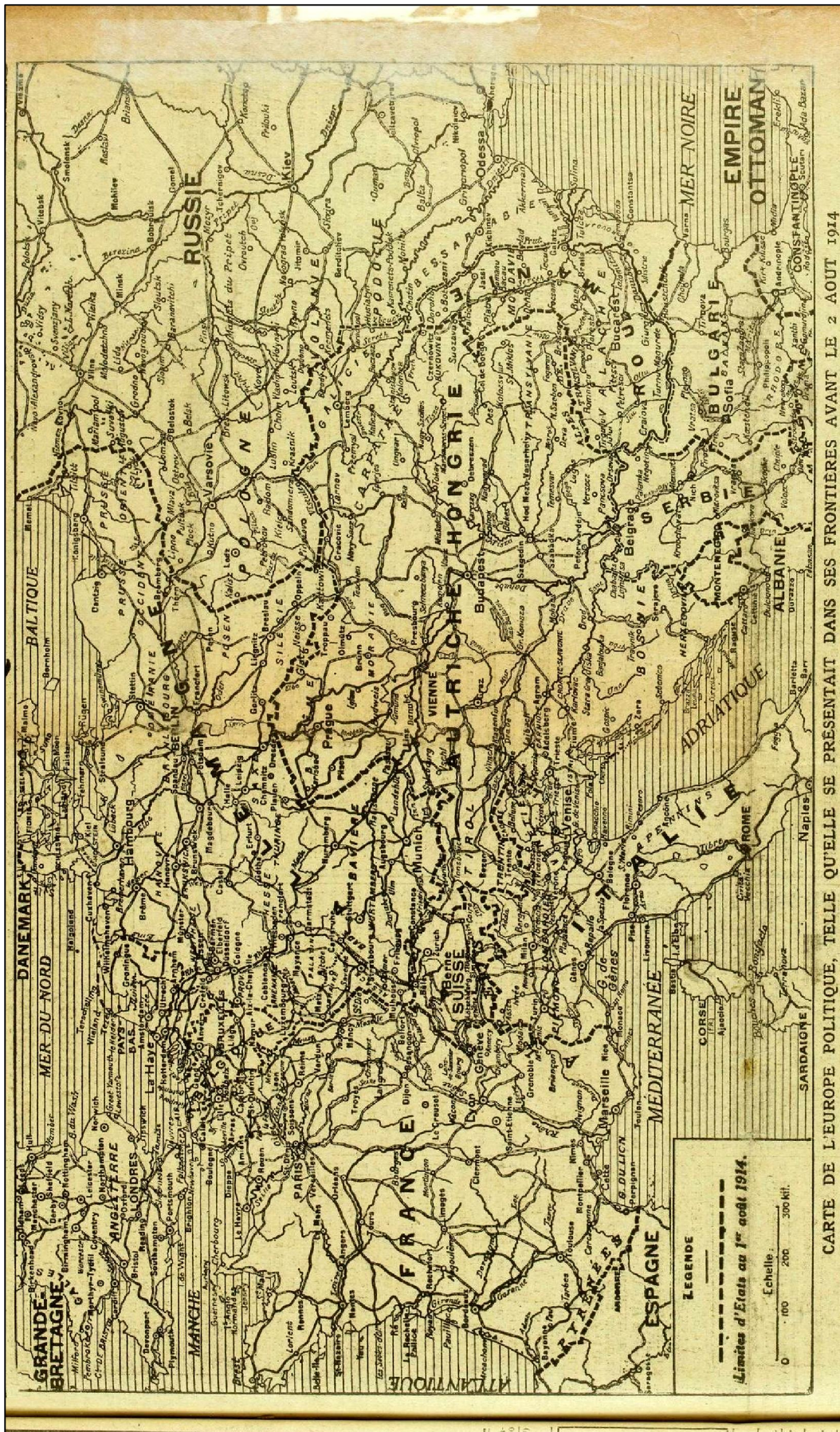
L'EUROPE DE 1914 ET L'EUROPE QUE RÉCLAMENT LES ALLIÉS

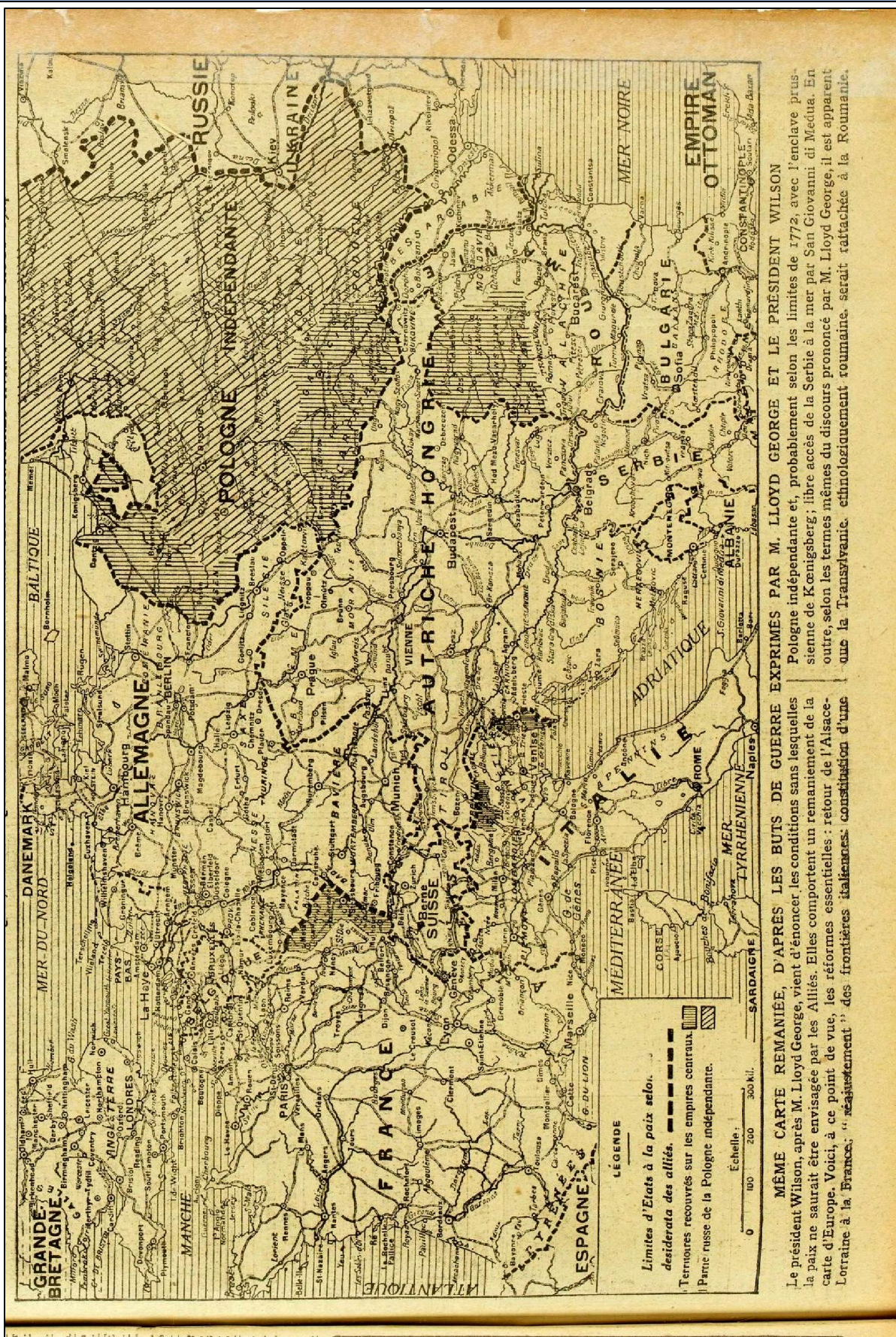


CARTE DE L'EUROPE POLITIQUE, TELLE QU'ELLE SE PRÉSENTAIT DANS SES FRONTIÈRES AVANT LE 2 AOUT 1914



MÊME CARTE REMANIÉE, D'APRÈS LES BUTS DE GUERRE EXPRIMÉS PAR M. LLOYD GEORGE ET LE PRÉSIDENT WILSON
Le président Wilson, après M. Lloyd George, vient d'énoncer les conditions sans lesquelles la paix ne saurait être envisagée par les Alliés. Elles comportent un remaniement de la carte d'Europe. Voici, à ce point de vue, les réformes essentielles : retour de l'Alsace-Lorraine à la France; "réajustement" des frontières italiennes; constitution d'une Pologne indépendante et, probablement selon les limites de 1772, avec l'enclave prussienne de Königsberg; libre accès de la Serbie à la mer par San Giovanni di Medua. En outre, selon les termes mêmes du discours prononcé par M. Lloyd George, il est apparent que la Transylvanie, ethnologiquement roumaine, serait rattachée à la Roumanie.





Berliner Morgen-Zeitung - Nr.8 - Donnerstag, 10. Januar 1918 - S.2

Wilsons "Friedensprogramm"

Wilsons "Friedensprogramm" deckt sich im Wesentlichen mit dem von Lloyd George. Wir begrüßen es gewiß, daß der amerikanische Präsident sich diesmal Begeiferungen deutscher Einrichtungen und Personen freihält, aber sein Programm ist für uns ebenso unannehmbar wie das Lloyd Georgesche. Wilson könnte so zu einem geschlagenen Deutschland sprechen. Brutaler noch als Lloyd George verlangt er die Abtrennung Elsaß-Lothringens, das zu neun Zehnteln von Deutschen bewohnt ist, unverhüllt fordert er die Losreißung der von Polen bewohnten Teile Preußens, und ohne weiteres wirft er alle Grundsätze über den Haufen, wenn er aus durchsichtigen Gründen den Polen einen Zugang zum Meere verspricht. Ein solcher könnte nur geschaffen werden, indem andere Völkerteile als polnische unter Polens Herrschaft gebracht würden.

Wilson gefällt sich wieder in der Rolle des Weltschiedsrichters, die er sich durch eine gewinnsüchtige Unneutralität und als Kriegsführer längst verscherzt hat. ein skandinavisches Blatt schrieb unlängst, daß Wilson, meinte er es ehrlich, damit beginnen müßte, den Indianern das geraubte Land zurückzugeben. aber in seinem gotteslästerlichen Hochmut ist er jeder Selbstkritik bar. Er mischt sich in europäische Angelegenheiten, die ihn nichts angehen. Seine allgemeinen Worte, Deutschlands Größe und Zukunft nicht antasten zu wollen, werden von seinen konkreten Forderungen Lügen gestraft. Der Unterschied dieser neuen Botschaft gegenüber früheren Kundgebungen liegt nur darin, daß früher der Ton und jetzt die Forderungen selbst eine dreiste Herausforderung Deutschlands bedeuten.

Berliner Neueste Nachrichten - Nr. 18 - Donnerstag, 10. Januar 1918 – Abend - S.1

Diktator Wilson.

Der Eindruck, den die letzte Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten Wilson über die Grundlagen eines Weltfriedens an den Kongreß in England ausgelöst hat, ist der, daß Wilson noch einmal deutlicher zusammengestellt, was Lloyd George in seiner letzten Rede als Englands Friedensbedingungen bekannt gab. Die Stellung Deutschlands und seiner Bundesgenossen dem Weltfriedensprogramm Wilsons gegenüber ist daher von selbst gegeben: Unannehmbar!

Wilson ist von vornherein verdächtig. Bei einem so raffinierten Herrn fragt man von vornherein, was ihn dazu veranlaßt haben kann, seine Ansichten und Ziele in wichtigen Punkten zu ändern, denn sind auch seine Friedensbedingungen und Kriegsziele, soweit sie grundsätzlicher Natur sind, die gleichen geblieben, so ist es doch schon eine ganz andere Sprache, deren er sich in dieser letzten Botschaft befleißigt; er spricht nicht mehr davon, daß der deutsche Militarismus und Deutschland selbst zerschmettert werden müsse; er findet sogar Worte höchster Anerkennung der Größe Deutschlands, der deutschen Errungenschaften, des deutschen Ansehens, deutscher Wissenschaft und deutschen Unternehmmergeistes, die Deutschland "einen so glänzenden und beneidenswerten Namen gemacht haben". Wilson spricht nicht mehr davon, daß Deutschland militärisch niedergekämpft werden müsse und erklärt sogar, daß auch nicht daran gedacht werde, Deutschland durch feindselige Handelsverträge zu bekämpfen. Alle diese an seinen früheren Bedingungen gemessen als Zugeständnisse erscheinende Worte haben ihren natürlichen Grund in der Erkenntnis, daß sich Wilson und seine Bundesgenossen früher ihre Ziele zu weit gesteckt haben, und daß es ihnen niemals gelingen wird, die Erfolge der deutschen Waffen wettzumachen. Außerdem steht hinter diesen neuen Zugeständnissen in Wilsons Botschaft ein großes schwerwiegendes "Wenn". dem deutschen Volk soll nur dann Gleichberechtigung zugestanden werden, wenn es sich freiwillig der Diktatur Wilsons und der Weltherrschaft der Vereinigten Staaten und Englands unterwirft.

Unter welchen Bedingungen diese Unterwerfung gefordert wird, gibt Wilson in seinem Programm in 14 einzelnen Punkten genau an. Einige dieser Bedingungen klingen an sich erwägenswert. Wer wollte ihm nicht beistimmen, wenn er die Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere fordert und für die Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und die Errichtung der Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen Nationen eintritt? Deutschland gewiß nicht, denn die Seeherrschaft Englands und die Hochschutzzollpolitik der Vereinigten Staaten waren die wichtigsten Hindernisse für die ungestörte Betätigung deutschen Strebens und deutschen Wettbewerbs auf dem Weltmarkt.

Einige Punkte sind wohl bewußt darauf berechnet, Zwiespalt in den Reihen des deutschen Volkes zu wecken oder zu verstärken. Dazu gehören die Phrasen von internationaler Gerechtigkeit, von dem gleichen Recht aller Nationen, ganz gleich, ob sie mächtig oder schwach sind, von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker u.a.; in anderen Punkten wieder nähert sich Wilson dem utopistischen Programm des Grafen Czernin

mit dem Gedanken der Rüstungsbeschränkung und eines internationalen Schiedsgerichts. An einzelnen Stellen bemüht sich Wilson, die tatsächlich vorhandene Kluft zwischen der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli und der, wie er sie bezeichnet, Militärpartei, zwischen der diplomatischen Leitung des Reiches und den militärischen Führern unseres Volkes zu vergrößern.

Wie es scheint, wird er damit wenig Erfolg haben, denn sogar der „Vorwärts“ nimmt Wilsons Vorschläge nicht ernst, trotzdem er die Rede Wilsons als ein „Muster staatsmännischer Mäßigung“ bezeichnet. Das Blatt spricht selbst von einer Berechtigung der Erregung in Deutschland über frühere heftige Reden des Präsidenten, und von dem Mißtrauen gegen ihn, „ob nicht der idealistische Schwung seiner neuen Rede nur ein diplomatisches Manöver ist, ob nicht den Russen das Irrlicht (!!) eines allgemeinen Friedens entzündet werden soll, um sie noch einmal in den Blutsumpf des allgemeinen Krieges“ hineinzuführen. Der „Vorwärts“ mahnt weiter, daß wir uns hüten müssen, Opfer eines allzu leichtfertigen Vertrauens zu werden, und fordert von unseren Feinden statt Reden Beweise für ihre Absicht, einen Frieden zu schließen, der dem deutschen Volke keine Preisgabe dessen, was es vor dem Kriege besaß, und keine Treulosigkeit zumutet. Der „Vorwärts“ glaubt bei seinen bescheidenen nationalen Ansprüchen, daß die Rede Wilsons und die Erklärung der Bereitwilligkeit zu einem allgemeinen Frieden auf der Grundlage der Verzichtformel, wie sie in Brest-Litowsk am 25. Dezember von unseren Unterhändlern abgegeben wurde, zusammen Grundlagen ergäben, auf denen sich über den allgemeinen Weltfrieden verhandeln ließe. Die Sozialdemokraten würden fortfahren, unsere Staatsmänner wie bisher „durch einen Druck in den Rücken“ auf den Friedensweg zu bringen.

Man sieht auch hier wieder die deutschen Sozialdemokraten Arm in Arm mit den Führern unserer Feinde. Die heute früh von uns veröffentlichten Punkte des amerikanischen Weltfriedensprogramms bedürfen keines Kommentares. Wer mit wachen Sinnes und mit einer Spur politischer Ueberlegung liest, weiß, daß das deutsche Volk dauernd in die Sklaverei des englisch-amerikanischen Großkapitals geführt würde, wenn auch nur die Hälfte dieses Programms bei einem allgemeinen Friedensschluß Wirklichkeit werden würde.

Gegen die Abtretung Elsaß-Lothringens sind ja sogar die Sozialdemokraten. Aber auch die bedingungslose Räumung aller von uns besetzten Gebiete, die Wiederaufrichtung Belgiens, die Anerkennung der italienischen Ansprüche auf österreichisches Gebiet, die völlige Unabhängigkeit und Wiederherstellung Rumäniens, Serbiens und Montenegros (Serbiens mit einem freien Zugang zur See) sollen wir bedingungslos bewilligen und der Aufteilung der Türkei, der Zersplitterung Oesterreich-Ungarns in eine Reihe autonomer Staaten sollen wir zustimmen; Polen soll als unabhängiger Staat durch alle Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, vervollständigt werden, und einen gesicherten freien und zuverlässigen Zugang zur See erhalten – gemeint ist offenbar Danzig! –, dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie territoriale Unverletzlichkeit durch internationalen Vertrag garantiert sein müßten.

Man braucht diese Punkte nur zu lesen, um zu der Frage angeregt zu werden, ob Wilson an Größenwahn leidet, und ob er glaubt, daß es schon genügt, den Plan der Aufstellung eines amerikanischen Heeres zu fassen, um darauf die Ansprüche zu stützen, nicht nur der Diktator der Vereinigten Staaten, sondern der Diktator der ganzen Welt zu sein. Selbst wenn die deutschen Waffen nicht siegreich gewesen wären, und wenn Deutschland besiegt zum Eintritt in Friedensverhandlungen gezwungen würde, müßte die Aufnahme der amerikanischen Friedensbedingungen als einer Nation unwürdig rundweg abgelehnt werden. Das Echo der deutschen Presse auf die Anmaßungen Wilsons wird ihn darüber belehren, daß er auf diesem Wege nicht zum Ziele kommt. Er hatte es einmal in der Hand, den allgemeinen Frieden der Welt zu fördern und dem blutigen Ringen der Völker ein Ende zu machen – damals, als unsere Feinde nur noch mit amerikanischer Hilfe ihren Raubkrieg gegen Deutschland fortsetzen konnten. Hätte Wilson damals die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach England, Frankreich, Italien und Rußland verhindert, die Welt könnte sich längst wieder der Segnungen des Friedens erfreuen, und Amerika könnte das Schwergewicht seines Ansehens und seiner Macht in die Wagschale werfen, um gerechte internationale Abmachungen zu ermöglichen.

Diese Gelegenheit hat er verpaßt, und er selbst weiß, warum. Nun ist es zu spät dazu. Mag er immerhin, wie er angekündigt, „bis zum Ende“ für die von ihm gezeigten Vereinbarungen und Friedensbedingungen kämpfen, es wird nötig sein. Auch Deutschland kämpft bis zu dem Augenblick, in dem unsere Feinde und Wilson an ihrer Spitze zur Vernunft gekommen sein werden, und es hat bessere Aussichten, als sie, dann siegreich die Bedingungen aufzustellen, die seiner würdig sind und seine Zukunft sichern. Das ist deutsche Gerechtigkeit.

R.Fr.

Der Weltkrieg – Wilsons neuester Schwindel.

Wilson hat in einer Botschaft an den Kongreß diesen aufs genaueste über die Vorgänge in Litauisch-Brest unterrichtet, und zwar auf Grund einer – „berechtigten Vermutung“. **Die Absicht der „berechtigten Vermutung“ Wilsons ist, die Mittelmächte als die Unversöhnlichen hinzustellen, die die armen Bolschewiki übers Ohr hauen wollen**, denen seine Liebe zu versichern, Wilson nicht müde wird. Zu diesem Zwecke hat er sich auch ein prächtiges Kriegszielprogramm zurechtgelegt: Keine Annexionen, keine Geheimdiplomatie, Freiheit der Meer, keinen Wirtschaftskrieg, Abrüstung, ein Programm, von dem er verkündete, daß die Entente es bereits wiederholt „mit ungenügender Bestimmtheit“ ausgesprochen habe, daß er im Schoße der Alliierten „keine Unsicherheit über die Grundsätze und keine Unklarheit hinsichtlich der Einzelheiten“ gebe.

Ein wackerer Mann, dieser Wilson; er schüttelt die Kriegszielprogramme nur so aus dem Ärmel und wir sind sofort bereit, sein neuestes zu unterschreiben, wenn Herr Wilson uns zuvor die eine Frage beantwortet: Warum haben die Vereinigten Staaten, wenn sie keine Annexionen, keinen Wirtschaftskrieg, dagegen aber die Freiheit der Meere wollen – warum haben die Vereinigten Staaten sich dann mit England verbündet, das die Freiheit der Meere niemals freiwillig zugestehen wird, das Aegypten geraubt hat und Jerusalem und Bagdad sowie die deutschen Kolonien nicht herausgeben will? Warum hat er sich mit Frankreich verbündet, das Elsaß-Lothringen und das linke Rheinufer sowie Syrien haben will, warum mit Italien, das Südtirol, Küstenland, Triest und Dalmatien rauben will, warum mit Serbien, das in den Krieg gezogen ist, um Bosnien, Kroatien und den Banat zu gewinnen, und warum mit Rumänien, das Siebenbürgen rauben wollte?

Doch nein, Wilson stellt sich selbst in seiner Botschaft als den schamlosesten Lügner hin, denn die Grundsätze, die er da aufgestellt hat, sollen nur Gültigkeit haben gegen die Mittelmächte, der Raub, zu dem die Diebesgenossen Wilsons ausgezogen sind, soll dadurch gebilligt werden. Wilson spricht davon, daß das „Unrecht, das Frankreich im Jahre 1871 geschehen ist und seitdem den Weltfrieden beunruhigt hat“, gut gemacht werden soll. **Derselbe Wilson schreibt aber in seinem Buche „Der Staat“, Seite 225:**

„Die beste Antwort zur Erreichung vollständiger nationaler Einigkeit brachte der Deutsch-französische Krieg 1870/1871. Die glänzenden Erfolge Preußens in diesem Kampfe, der im Interesse des deutschen Patriotismus gegen französische Unverschämtheit geführt wurde, usw.“

Was Wilson danach ist, mag jeder Leser selbst sich sagen.

Wilson's Botschaft.

J.S. Es ist sehr natürlich, daß der Präsident der Vereinigten Staaten im gegenwärtigen Augenblick mit einer neuen Botschaft über das amerikanische Friedensprogramm vor den Kongreß und vor die übrige Welt trat. Die englischen und die übrigen Verbündeten, deren Entschluß zur Fortsetzung des Krieges bis zum Aeußersten ganz auf die Erwartung der gigantischen amerikanischen Hilfeleistung aufgebaut ist, bedurften dieser feierlichen Zustimmung zu Lloyd Georges eben verkündeten Kriegsprogramm. Die amerikanische öffentliche Meinung bedurft einer Aufklärung darüber, warum auch Amerika die von Brest-Litowsk aus gebotene Gelegenheit zur Beteiligung an allgemeinen Friedensverhandlungen habe verstreichen lassen. Außerdem noch fühlte Herr Wilson das Bedürfnis, im Gegensatz zu dem englischen Ministerpräsidenten die Russen selbst noch einmal durch die Zusage von Unterstützung jeder Art zur Umkehr auf dem Wege, den sie in Brest-Litowsk beschritten, zu bewegen.

Dem Wesen dieser Tendenzen entsprechend ist auch die neue Botschaft ausgefallen. Sie bringt Franzosen und Engländern alles, was sie wünschen: die Feststellung, daß keine Meinungsverschiedenheit zwischen Amerika und den übrigen Gegnern der Mittelmächte besteht, die volle Unterstützung der Rückforderung Elsaß-Lothringens und, immer im Namen der Freiheit und Gerechtigkeit, die amerikanische Unterschrift unter das große englische Eroberungsprogramm in Vorderasien. Nur die Italiener, die man seit ihrer Niederlage mit verdrießlicher Nichtachtung zu behandeln angefangen hat, werden sich etwas mager abgespeist fühlen. Hingegen kann man wohl sagen, daß der Präsident nicht das geeignetste Mittel ergriffen hat, um die Russen wieder in das Lager der Entente herüberzuziehen. Die heutigen russischen Machthaber sind schwerlich empfänglich für die Wendungen, in denen Wilson ihnen das englisch-französische Kriegszielprogramm als allein heilbringend darzustellen sucht.

Indem er auf die Gegensätze in Deutschland hinweist, sagt Wilson, von der Klarheit darüber, **ob die Reichstagsmehrheit oder die militaristisch-imperialistische Minderheit hinter den Vertretern der**

Mittelmächte stehe, hänge der Frieden der Welt ab. Er würde sich aber im Irrtum befinden, wenn er glauben sollte, daß die Reichstagsmehrheit zu einem Friedensschlusse auf der Basis, die in der Botschaft als die „einzig mögliche“ dargelegt wird, bereit wäre und nur die bekannte Minderheit das Hindernis eines solchen Friedensschlusses bildete.

Möglich, nicht einmal wahrscheinlich, daß Herr Wilson über so schlechte Informationen verfügt, die solche Schlüsse gestatten. Aber es ist gut, von vornherein festzustellen, daß seine Annahme unzutreffend ist. Auch die Regierungsmehrheit, die das Prinzip eines Verständigungsfriedens aufgestellt hat und von ihm nicht abgeht, und von deren fortdauerndem Vertrauen, wie Herr Wilson wohl weiß, das Bestehen der gegenwärtigen Reichsregierung abhängt, verwirft die „Grundsätze der Gerechtigkeit gegenüber allen Völkern und Nationalitäten“, die seine letzte Botschaft formuliert hat.

Denn es ist doch nicht Gerechtigkeit, nach einem Kriege, den Deutschland, Oesterreich-Ungarn, die Türkei in Verteidigung, in erfolgreicher Verteidigung ihres Bodens und nationalen Besitzstandes geführt haben, ihnen solche Friedensbedingungen vorzuschreiben. Bedingungen, die für Oesterreich-Ungarn, oder doch mindestens für das Osmanische Reich, die Zertrümmerung, für Deutschland das Eingeständnis der vollkommenen Niederlage bedeuten. Ist das Gerechtigkeit, England und Frankreich jede Erweiterung ihrer Machtsphäre innerhalb und außerhalb Europas, nach der sie verlangen, zuzugestehen, während der Bewegungsraum der Mittelmächte weit hinter den heutigen Rahmen zusammengedrängt werden soll?

So entsteht ein entschiedener Widerspruch zwischen dem fast entgegenkommenden Tone, den Wilson diesmal anschlägt, der ruhigen Form, den einzelnen verständig klingenden Sätzen und andererseits der Forderungen, zu denen der Präsident sich bekennt. Die amerikanische öffentliche Meinung wird sich diese Widerspruchs wahrscheinlich nicht bewußt, und wir glauben daran, daß die Begeisterung, mit der sie die Botschaft aufgenommen, echt ist. Sonst hätte es nicht geschehen können, daß selbst ein Mann wie Stone, der bis zuletzt ein Gegner des amerikanischen Krieges gegen Deutschland gewesen ist, sich jetzt rückhaltlos zu dem Programm des Präsidenten bekennt. **An dieser Stimmung ist nichts mehr zu ändern. Wir müssen sie hinnehmen, wie wir die Tatsache hinnehmen müssen, daß die Präsidentenbotschaft über den Weltfrieden nur die Fortsetzung des Krieges bedeutet. Die Massen, jetzt auch die englische Arbeiterpartei, sind von der „sittlichen Berechtigung“ der Umgestaltung Europas nach den Bedürfnissen der englischen Politik überzeugt.** Es bleibt die betrübliche Tatsache, daß an Stelle der moralischen und logischen Auseinandersetzung nur die militärische bis auf weiters möglich ist. Spätere Geschichtsschreiber mögen in dem, was sich daran knüpft, eine der Tragödien des menschlichen Geistes finden.

Darum hat es keinen Zweck, sich mit den 14 Geboten der Wilsonschen Gesetzgebung auseinanderzusetzen. Es sind Paragraphen darunter, die wir durchaus unterschreiben, und manche, die wir als Ausblick auf neue Möglichkeiten, von denen wahrscheinlich Wilsons Verbündete am wenigsten wissen wollen, begrüßen. Die Forderung nach Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und nach Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen Nationen, klingt wie ein Hinweis auf das Ideal internationalen Freihandels, in dessen Verwirklichung, wenn man sie zu Ende denkt, eine der allergrößten Friedensgarantien gelegen wäre! Wir sind auch für die weitherzige „Schlichtung aller kolonialen Ansprüche unter Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Bevölkerung“, wenn dieser Punkt so interpretiert wird, daß auch über die kolonialen „Ansprüche“, die unsere Gegner über so weite Erdteile und Hunderte Millionen unzufriedener Eingeborener festhalten, „unbedingt unparteiisch“ gerichtet wird. Wir sind für Abrüstung, Völkerbund, Meeresfreiheit und Abschaffung der Geheimdiplomatie. Aber diese Ziele werden unerreichbar sein, nur immer mehr Haß und Erbitterung werden in der Welt gehäuft werden, wenn die Erledigung der Gebietsfragen im Sinne der Entente-Annexionisten, das Ziel ist, für das Amerika bis zum Ende kämpfen will.

Deutsche Tageszeitung - Nr.18 - Donnerstag, 10. Januar 1918 – Morgen – S.1

Wilson für Kühlmann.

Die neue Botschaft des Präsidenten Wilson kann in Deutschland unter Umständen sehr gute Aufklärungsdienste leisten. Wilson stellt sich nämlich mit erfreulicher Entschiedenheit in seiner Besprechung der Brest-Litowsker Verhandlungen auf die Seite Herrn von Kühlmanns und des Grafen Czernin. Er nennt sie die „liberalen Staatsmänner, welche die Macht ihres eigenen Volkes, dessen Gedanken und Streben zu fühlen begonnen haben,“ während „die konkreten Bedingungen für die tatsächliche Vereinbarung von den militärischen Führern kamen, die keine anderen Gedanken haben, als zu behalten, was sie besitzen“. Die Sympathie Wilsons für Herrn von Kühlmann und den Grafen Czernin hat etwas Erhebendes, ebenso wie sein mutvolles Eintreten für sie gegen ihre Widersacher in Deutschland. Aus diesem Grunde, zum einen Teile

wenigstens, preist der „Vorwärts“ die Rede Wilsons als ein „Muster staatsmännischer Mäßigung“ und erklärt, „wir“ wollten den Frieden, von dem Wilson spricht, wirklich.

Das Dreieck: deutsche Sozialdemokratie, Kühlmann und Wilson ist nicht nur reizvoll, sondern, wie man heute gern zu sagen pflegt, von weltgeschichtlicher Bedeutung. Vor einigen Tagen stand in einem Blatte: ein Künstler sei nach Brest-Litowsk berufen worden, um die welthistorischen Gestalten Kühlmanns und Czernins, wie sie auf einem Sofa plaudern säßen, der Nachwelt zu erhalten. Wir möchten doch unbedingt dafür eintreten, daß die Gruppe um den Präsidenten Wilson und Herrn Scheidemann bereichert werde, außerdem Professor Meineke im Zustande durchsichtiger Verklärung halbschwebend hinter Herrn von Kühlmann zu bemerken sei.

Was das Wilsonsche Friedensprogramm anbelangt, so treffen wir in den einzelnen Punkten meist alte Bekannte. Der Passus über Elsaß-Lothringen enthält die anscheinend im Verlande offiziell gewordene Wendung, das Unrecht müsse wieder gutgemacht werden. Der „Vorwärts“ meinte von den Bedingungen Wilsons, man könne über einige wohl verhandeln, sie freilich nicht so annehmen. Hinsichtlich Elsaß-Lothringens meint das Blatt, das sei nur dann möglich, wenn auf den Versuch verzichtet wird, Teile des deutschen Volkes abzutrennen. **Anscheinend will sich der „Vorwärts“ also die Tür aufhalten, um auch über Elsaß-Lothringen in einer Friedenskonferenz zu „reden“. Das würde nur genau den bekannten Aeüßerungen Herrn Scheidemanns entsprechen. Die Hauptsache ist der deutschen Sozialdemokratie und der Richtung Kühlmann mit dem „internationalen Gewissen“, nur erst überhaupt einmal zu Verhandlungen mit den Feinden und, was die Hauptsache ist, zu Waffenstillstand zu gelangen. Dann, so meinen sie, wird sich alles von selbst weiter ergeben und dann werden diejenigen Strömungen und Kräfte in Deutschland, welche keinen Hungerfrieden wollen, gezwungen werden, nachzugeben oder einfach durch Waffenstillstand und Zivilverhandlungen außer Kurs gesetzt werden.**

Mit dem Vorbehalt, auf andere Punkte der Rede zurückzukommen, sei im übrigen Folgendes hervorgehoben: Wilson will „vollkommene Freiheit der Schifffahrt im Frieden und im Krieg“ mit Ausnahme jener Meere, „die ganz oder teilweise durch eine internationale Handlung zwecks Durchsetzung internationaler Verträge geschlossen werden“. In das Deutsche übersetzt soll das u.a. heißen: Dem Deutschen Reiche wird man solange die Nordsee vom Weltverkehre absperren, bis es alle ihm zugemuteten „internationalen Verträge“ annimmt. Zu diesen Verträgen würde ohne Zweifel auch die Beseitigung des Unterseehandelskrieges gehören und die „Garantie“, ihn nicht zu führen. Auf solche Garantien werden wir noch eingehen.

Dieser Passus der Wilsonschen Botschaft ist außerdem lediglich eine in andere Ausdrucksweise ausgedrückte Wiederholung der Aeüßerungen Lloyd Georges über die Rohstoffsperr für das Deutsche Reich. Stellt man sich vor, unsere verbündeten Feinde hätten die erforderliche Macht und das Uebergewicht oder die Deutschen ließen sich einbilden, das Uebergewicht wäre vorhanden, so würde es für den Erfolg und die Wirkung ganz gleichgültig werden, ob dem Deutschen Reiche der Ozeanverkehr unter Zugrundelegung der Wilsonschen oder der Lloyd Georgeschen Formel gesperrt würde. Jener Satz der Wilsonschen Botschaft über die „vollkommene Freiheit der Schifffahrt“ verdient im übrigen alle Aufmerksamkeit und kennzeichnet das Vertrauen, welches unsere Feinde zur Reichtagsmehrheit, zu Herrn von Kühlmann usw. haben. Unübertrefflich ist ja auch die Wendung Wilsons, in der er die deutsche Verzichtresolution vom 19. Juli 1917 preist und ihr den verabscheuungswürdigen „Geist der Eroberung und Unterwerfung“ entgegensetzt.

Die Rüstungen der Völker sollen auf das „niedrigste“ mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß herabgesetzt werden. Wir erwarten danach zunächst die Zusicherung und dann die „Garantien“, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten ihre Kriegsflotten und zwar vollständig abschaffen werden, denn zur inneren Sicherheit, wie Wilson es auffaßt, sind sie doch kaum notwendig. Auch hier muß gefragt werden, was für „Garantien“ Wilson meint.

In den Kolonien sollen die Bevölkerungen entscheiden, außerdem sollen die Rechtstitel der betreffenden Regierungen bestimmt und danach ihre Ansprüche beurteilt werden. Es wäre von Interesse, was Wilson hier unter Rechtstitel versteht und welches die unparteiische Behörde sein wird, die einmal die Rechtstitel bewertet und dann die Kolonien neuverteilt.

Alles in allem ist nicht neues in der Wilsonschen Botschaft als die ziemlich naheliegende Wahrheit, daß es dem Deutschen Reiche gleichgültig sein kann, ob es unter den Klängen grober Beschimpfungen oder lügenhafter Phrasen ruiniert wird. Wilson glaubt nach der Steigerung dieses Momentes in seinen Reden, daß der Augenblick immer näher rücke, wo Deutschlands Feinde sich der deutschen Hungerfriedensmehrheit und ihren auserkorenen Regierungen ganz nach Wunsch bedienen können.

E.R.

Wilsons Weltfriedensprogramm

In dem Augenblick, in dem die Verhandlungen von Brest wieder aufgenommen werden, zunächst nur um den russischen Wunsch nach Verlegung des Verhandlungsorts zu beraten, hat der Präsident der Vereinigten Staaten im Kongreß eine Rede für den allgemeinen Frieden gehalten. Stach schon die letzte Rede Lloyd Georges von früheren Aeußerungen der Ententeführer, zumal des heißblütigen englischen Premierministers selbst, stark ab, so gilt das noch mehr von der Rede Wilsons, die im Verhältnis zu seinen früheren Reden geradezu als ein **Muster staatsmännischer Mäßigung** erscheint.

Die Wirkung des – trotz mancher Bedenken im einzelnen – schön und lockenden Weltfriedens-Programms, das Wilson entwickelt hat, wird in Deutschland durch zwei Umstände beeinträchtigt werden. Erstens zittert in einem großen Teil der öffentlichen Meinung noch die Erregung über frühere heftige Reden des Präsidenten nach, und zweitens wird sich sofort Mißtrauen regen, **ob nicht der idealistische Schwung der neuen Rede nur ein diplomatische Manöver ist, ob nicht den Russen das Irrlicht eines allgemeinen Friedens entzündet werden soll, um sie noch einmal in den Blutsumpf des allgemeinen Krieges hineinzuführen.**

Und wir?. Gerade weil in uns der ewige Gedanke der Menschenverbrüderung wach und rege ist, weil wir den Frieden, von dem Wilson spricht, wirklich wollen, müssen uns hüten, Opfer eines allzu leichtfertigen Vertrauens zu werden. Wir können Wilsons Vorschlag nicht enthusiastisch begrüßen, ohne zu prüfen, was es bedeutet und was mit ihm beabsichtigt ist

Wilson's Rede genügt noch nicht als Beweis dafür, daß die Entente einen Frieden, wie er in dieser Rede dargestellt ist, abzuschließen bereit ist. Die Entente hat die Frist, die ihr zum Anschluß an die Friedensverhandlungen gegeben war, verstreichen lassen, und die Rede Lloyd Georges enthält Punkte, über die sich wohl verhandeln läßt, von denen aber von vornherein gesagt werden muß, daß die Regierungen des Vierbundes sie nicht so, wie sie sind, annehmen können. Diese Punkte kehren in der Rede Wilsons abgeschwächt wieder. Die Wiedererwägung der elsäß-lothringischen Frage wird in die Formel gekleidet, dies Angelegenheit müsse „so geordnet werden, daß der Frieden im Interesse aller gesichert wird.“ Das ist aber nur dann möglich, wenn auf den Versuch verzichtet wird, Teile des deutschen Volkes vom deutschen Volke abzutrennen.

Auch über die Türkei spricht sich Wilson ähnlich aus wie Lloyd George, nur daß er vorsichtigerweise die Möglichkeit offen läßt, daß die nach Lloyd George zur Loslösung reifen Gebiete in Formen der Autonomie dem Gesamtverbandes des türkischen Reiches erhalten bleiben.

Zwischen den Reden Wilsons und Lloyd Georges besteht somit ein ähnliche Verhältnis wie zwischen den Erklärungen vom 25. und 28. Dezember. Die Rede Wilsons und die Erklärung vom 25. Dezember sind Bekenntnisse zu idealen Grundsätzen, die allgemeine Billigung verdienen. Aus der Rede Lloyd Georges und in der Erklärung vom 28. Dezember guckt aber etwas heraus, was mit diesen Grundsätzen nicht in Einklang zu bringen ist. Die Rede Wilsons und die Erklärungen vom 25. Dezember zusammengehalten, ergeben Grundlagen, auf denen sich über den allgemeinen Weltfrieden verhandeln läßt, vorausgesetzt, daß auf beiden Seiten der ehrliche Wille besteht, ihnen kein Schnippchen zu schlagen und das ideale Programm der Weltbefreiung nicht durch nationalistisch eigensüchtige Hintergedanken verfälschen.

Für den Sozialismus ergibt sich daraus die Aufgabe, die von den Staatsmännern verkündeten Grundsätze anzuerkennen, für ihre Durchführung zu arbeiten, diejenigen aber, die diese Grundsätze verkünden und mit ihrer Durchführung betraut sind, auf die Ehrlichkeit ihrer Absichten sorgsam zu prüfen und sein Abweichen von dem vorgezeichneten Wege zu gestatten. Es ergibt sich daraus weiter die entscheidende Frage, ob die Arbeiterklasse aller Länder reif und aktionsfähig genug ist, um aus dem Ernst zu machen, was für andere doch nur ein Spiel mit diplomatischen Worten sein könnte.

Soll die Arbeiterklasse diese Aufgabe erfüllen, so darf sie nicht hinter den Staatsmännern des eigenen Landes blind hinterherlaufen. Der Vorwurf, dies getan zu haben, wird bekanntlich auch gegen die politische Arbeiterklasse Deutschlands erhoben, wie wir glauben mit Unrecht. Wir haben nie zu einem anderen Zweck hinter unseren Staatsmännern Posten genommen als zu dem, sie durch einen Druck in den Rücken auf den Friedensweg zu bringen. Darin wollen wir fortfahren, und wenn die Arbeiter der anderen Länder daßelbe tun wollen, dann wird der allgemeine Weltfrieden in nicht mehr ferner Zeit erreicht werden.

Am 5. Januar abends haben die verbündeten Delegationen in Brest-Litowsk den Russen mitgeteilt, daß die am 25. Dezember beginnende Frist für die Entente abgelaufen sei und durchblicken lassen, daß sich die Verbündeten an die Vorschläge für einen allgemeinen Frieden, die an jenem Tage erstattet wurden, nicht mehr

gebunden fühlten. Die Diskussion über einen allgemeinen Frieden war damit aber nur formell geschlossen, sachlich geht sie weiter, kann sie und soll sie an jedem Tage wieder aufgenommen werden. Wir stimmen mit den Russen vollkommen in der Auffassung überein, daß der allgemeine Frieden nicht als Lockmittel mißbraucht werden darf, um einen Teilfrieden zu verhindern, daß er aber selbstverständlich das erstrebenswerte Ziel bleibt, dem wir mit allen Kräften zusteuern müssen, sobald sich die Gelegenheit dazu bietet.

Wenn die Ententeregierungen Beweise für ihre Absicht erbringen, einen Frieden zu schließen, der dem deutschen Volk keine Preisgabe dessen, was es vor dem Kriege besaß, und keine Treulosigkeit zumutet, dann wird die deutsche Regierung zur allgemeinen Friedenskonferenz gehen. Das soll kein Zeugnis sein für die guten Absichten der Regierung, oder ein Ausdruck der lebendigen Kräfte, die in unserem Volk rege sind. Also, wenn es ernst mit den guten Absichten, dann keinen Tag länger!

Deutsche Zeitung - Nr. 18 - Donnerstag, 10. Januar 1918 – Abend - S.2

Widerhall der Scheidemänner in Wilsons Botschaft.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Eine Frucht der Scheidemänner oder, was fast daßelbe ist, der Erzbergerei und Kühlmännerei, prangt in Wilsons neuer Botschaft. Sie stellt ihr erstes Hauptstück dar: Wilson begrüßt die Führer der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli als seine Bundegenossen, als Anwälte desselben wahrhaft demokratischen Friedens, deren Vertreter und Vorkämpfer er selber zu sein vorgibt. Das Wohlwollen, das hiermit die Partei Scheidemanns erntet, tut dem „Vorwärts“ so wohl, daß er dafür dankerfüllt mit einer Lobpreisung des „schönen und lockenden Weltfriedensprogramms“, das Wilson entwickelt habe, quittiert. Am liebsten würde der „Vorwärts“ die Botschaft „enthusiastisch begrüßen“; aber er möchte doch nicht das Opfer eines allzu leichtfertigen Vertrauens werden, und zwar allem Anschein deshalb nicht, weil Wilson die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich fordern könnte. Das will dem „Vorwärts“ nicht ganz bedingungslos gefallen. Im übrigen preist er die Rede Wilsons als ein Muster staatsmännischer Mäßigung. Sie enthalte den ewigen Gedanken der Menschenverbrüderung, der gerade in der Sozialdemokratie wach und rege sei. Die Botschaft Wilsons ergebe Grundlagen, auf denen sich über den allgemeinen Weltfrieden verhandeln lasse. Schließlich verspricht der „Vorwärts“ dem amerikanischen Präsidenten als dem Gönner seiner Partei, daß diese einen Druck auf Deutschlands Staatsmänner ausüben werde, damit auch diese sich auf die Grundlage des Wilsonschen Friedens stellen. Solcher Druck, wird dabei bekannt, sei der einzige Zweck, warum die Sozialdemokratie hinter den deutschen Staatsmännern Posten genommen haben.

Für unsere Regierung bildet die Scheidemannsche Partei nach wie vor eine Hauptstütze ihrer äußeren und inneren Politik. Angesichts dieses neuen vorliegenden Bekenntnisses Scheidemannscher Politik, wonach diese sich mit der Wilsons zum guten Teile deckt, sollte unsere politische Leitung doch endlich ernstlich erwägen, ob sie sich die Scheidemannsche Gefolgschaft noch länger gefallen lassen will; eine Gefolgschaft die ja soeben bereits mit dem Verrat am Vaterlande gedroht hat.

Solange sich Wilson und seine Bundegenossen auf die Scheidemannsche Sozialdemokratie als auf eine deutsche Regierungspartei berufen können, werden sie nicht aufhören, die Politik unserer Regierung als eine solche heilloser Schwäche zu werten und sich zur Fortführung des Kriegs bis zur Vernichtung Deutschlands immer aufs neue ermutigt fühlen.

Berliner Neueste Nachrichten - Nr. 18 - Donnerstag, 10. Januar 1918 – Abend - S.1

Die Russen bleiben in Brest-Litowsk.

WTB. Brest-Litowsk, 10. Januar. In der heute vormittag abgehaltenen Sitzung erklärte sich die russische Delegation bereit, die Friedensverhandlungen in Brest-litowsk fortzusetzen. Ferner stellte sie fest, daß die vom Wolff-Bureau veröffentlichte Darstellung über den Verlauf der Sitzung vom 26. Dezember dem tatsächlichen Hergang entspricht. Die von der russischen Telegraphen-Agentur verbreitete Nachricht über den Verlauf dieser Sitzung wurde russischerseits als unrichtig bezeichnet.

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

Wien, 10. Jänner. Das k.k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet aus Brest-Litowsk vom 9. Jänner: Bei der heutigen Plenarsitzung waren außer den Delegationen der Vierbundmächte auch die Vertreter der Regierung der Volkskommissäre mit dem Volkskommissär für Auswärtiges Herrn Trotzki an der Spitze und Delegierte der ukrainischen Republik unter Führung des Sekretärs für Handel und Industrie Herrn Holubowitsch erschienen. Die Sitzung wurde um 11 Uhr Vormittags von dem Bevollmächtigten der Türkei Sr. Hoheit dem Großwesir Talaat Pascha eröffnet, welcher nach Begrüßung der Versammlung den Vorsitz an den **deutschen Staatssekretär des Auswärtigen Herrn Dr. v. Kühlmann** übertrug. Der Staatssekretär richtete hierauf an die Versammlung folgende Ansprache:

„Eure Hoheiten, gnädige Frau, meine Herren! Die für die bisherigen Sitzungen maßgebenden Formalien werden, wie ich annehme, mit allgemeiner Zustimmung auch weiter als maßgebend betrachtet werden. Da in der Zusammensetzung einzelner Delegationen Veränderungen vorgekommen sind, erscheint es nicht überflüssig, am Beginn unserer Arbeiten einen kurzen Rückblick auf die Vorgeschichte und den bisherigen Gang der Verhandlungen zu werfen.

Die gegenwärtige russische Regierung hat am **28. November 1917 durch einen „An Alle“ gerichteten Funkspruch unter Mitteilung gewisser Beschlüsse ihre Bereitwilligkeit erklärt, mit den Kriegführenden in Friedensverhandlungen einzutreten**. Darauf hat der deutsche Reichskanzler Herr Dr. Graf von Hertling in seiner programmatischen Antrittsrede vor der Vollversammlung des deutschen Reichstages am 29. November 1917 erklärt: „Die russische Regierung hat gestern von Zarskoje Selo aus ein von dem Volkskommissär für auswärtige Angelegenheiten Herrn Trotzki und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommission Herrn Lenin unterzeichnetes Funkentelegramm an die Regierungen der Völker der kriegführenden Länder gerichtet, worin sie vorschlägt, zu einem nahen Termin in Verhandlungen über den Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß in den bisher bekanntgewordenen Vorschlägen der russischen Regierung diskutabile Grundlagen für die Aufnahme von Verhandlungen erblickt werden können, und daß ich bereit bin, in solche einzutreten, sobald die russische Regierung hierzu bevollmächtigte Vertreter entsendet. Ich hoffe und wünsche, daß diese Bestrebungen bald feste Gestalt annehmen und uns den Frieden bringen werden.“

Die leitenden Staatsmänner der anderen Verbündeten gaben dem Sinne nach gleiche Erklärungen ab.

Am 3. Dezember 1917 begannen die Verhandlungen über den Waffenstillstand, die am 15. Dezember durch Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages erfolgreich zu Ende geführt worden sind. Gemäß der Bestimmung dieses Vertrages im Artikel IX: „Die vertragschließenden Parteien werden in unmittelbarem Anschluß an die Unterzeichnung dieses Waffenstillstandsvertrages in Friedensverhandlungen eintreten“ entsandten die vier verbündeten Mächte bevollmächtigte Vertreter nach Brest-Litowsk, die mit den Vertretern der russischen Regierung am 22. Dezember 1917 die Friedensverhandlungen begannen. Sie zerfielen in zwei gesonderte Teile: in eine Erörterung über die Möglichkeit eines allgemeinen Friedens und in eine Besprechung derjenigen Punkte, die unter allen Umständen zwischen den Mächten des Vierbundes und der russischen Regierung zur Erörterung gestellt werden mußten. **Wie von der russischen Delegation in der Sitzung vom 25. Dezember 1917 vorgeschlagen worden ist, trat eine zehntägige Unterbrechung der Verhandlungen ein, „damit nach der russischen Erklärung die Völker, deren Regierungen den geführten Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden sich noch nicht angeschlossen hätten, die Möglichkeit hätten, genügend mit den jetzt aufgestellten Prinzipien eines solchen Friedens sich bekannt zu machen; nach Ablauf der besagten Frist mußten die Verhandlungen erneuert werden, abgesehen davon, ob und wieviele kriegführende Staaten sich den Verhandlungen anschließen.“** Die Frist ist am 4. Jänner 1918 Mitternachts abgelaufen. Die verbündeten Regierungen haben darauf nachstehenden gemeinsamen Beschluß durch Funkspruch verbreitet, nachdem ihnen bekannt geworden war, daß von den Regierungen der Entente irgend welche zweckdienlichen Mitteilungen in St. Petersburg nicht eingegangen waren:

„In ihrer Antwort auf die Vorschläge der russischen Delegation hatten die Delegationen des Vierbundes am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk gewisse Leitsätze für den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Friedens aufgestellt. Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung hatten sie die Gültigkeit dieser Leitsätze ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten mußten. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehntägige Frist festgesetzt worden,

innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Brest-Litowsk aufgestellten Grundsätzen eines sofortigen allgemeinen Friedens bekanntmachen und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten. Die Delegationen der verbündeten Mächte stellen fest, daß die zehntägige Frist mit dem 4. Jänner 1918 abgelaufen und von keinem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen eingegangen ist.“

Wie sich aus dem Inhalte der Mitteilung der verbündeten Regierungen vom 25. Dezember 1917 ergibt, war die wesentliche Vorbedingung, die darin gestellt wurde, die einstimmige Annahme der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen durch alle feindlichen Mächte. Der Nichteintritt dieser Bedingung hat die aus dem Inhalte der Erklärung und dem Verstreichen der Frist sich ergebenden Folgen: Das Dokument ist hinfällig geworden. Die nächste Aufgabe unserer Versammlung wäre zunächst, die Verhandlungen an dem Punkt wieder aufzunehmen, an dem sie vor Eintritt der Weihnachtspause sich befanden. Die russische Delegation hat aber durch ein von Herrn Joffe gezeichnetes Telegramm an General Hoffmann diesem mitgeteilt: Die Regierung der russischen Republik hält es für notwendig, die weiteren Verhandlungen über den Frieden auf neutralem Boden zu führen, und schlägt ihrerseits vor, die Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen“ und auch in einem weiteren Telegramm den Wunsch der Verlegung des Verhandlungsortes in das neutrale Ausland zu erkennen gegeben. Ich will auf die aus bisherigen Darlegungen an anderer Stelle den Herrn Delegierten bekannten Gründe, die es unmöglich machen, die Verhandlungen an einen anderen Ort als Brest-Litowsk zu führen, hier nicht näher eingehen, möchte aber jetzt schon als feststehenden und unabänderlichen Beschluß der vier verbündeten Mächte aussprechen, daß sie nicht in der Lage sind, die jetzt hier angefangenen Verhandlungen über einen Präliminarfrieden an einem anderen Ort weiterzuführen. Wie schon früher in unverbindlicher Weise dargelegt, waren sie aus Courtoisie gerne bereit, die formale Schlußverhandlung und Unterzeichnung der Präliminarien an einem mit der russischen Delegation zu vereinbarenden Orte vorzunehmen und über die Wahl dieses Ortes in eine Debatte einzutreten. Es kann nicht unerwähnt bleiben, daß ja für die Führung einer Verhandlung die Atmosphäre, in der sie sich vollzieht, von der allergrößten Wichtigkeit ist, daß seit dem Abschlusse des Gedankenaustausches vor der zeitweiligen Unterbrechung der Verhandlungen sich manches zugetragen hat, was geeignet schien, Zweifel an der aufrichtigen Absicht der russischen Regierung zu erwecken, mit den Mächten des Vierbundes zum Abschluß eines raschen Friedens zu gelangen. Ich möchte in dieser Hinsicht verweisen auf den Ton gewisser halbamtlicher Kundgebungen der russischen Regierung gegen die Regierungen der Vierbundmächte, insbesondere aber auf eine Kundgebung der St.Petersburger Telegraphen-Agentur, die im Ausland als halbamtliches russisches Organ angesehen wird. In dieser Kundgebung – ich will, um meine Rede nicht allzu sehr zu verlängern, für den Augenblick auf die wörtliche Wiedergabe verzichten, behalte mir aber, wenn es nötig werden sollte, ihre Wiedergabe für den weiteren Verlauf der Diskussion vor – war eine angeblich in der Sitzung vom 28. Dezember 1917 durch den Vorsitzenden der russischen Delegation Herrn Josse gegebene Antwort ausführlich wiedergegeben, die – wie ein Einblick in die Akten lehrt – lediglich aus der Phantasie des Erfinders entsprungen ist. Diese in allen Teilen erfundene Mitteilung hat erheblich dazu beigetragen, die Allgemeinheit über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zu verwirren und deren Ergebnisse zu gefährden.

Wenn ich trotzdem die Hoffnung nicht völlig aufgeben möchte, daß die Verhandlungen zu einem ersprießlichen Ergebnisse führen können, so gründet sich diese Hoffnung in erster Linie auf den uns bekannten und durch die russische Delegation in beredter Weise zum Ausdrucke gebrachten Wunsch des russischen Volkes nach einem dauernden und gesicherten Frieden und auf die Erfahrungen, die wir in den Verhandlungen mit der durchaus sachlichen Arbeitsmethode der russischen Abordnung gemacht haben.

Soweit ich aus den vor der Arbeitspause geführten Verhandlungen ein Urteil bilden läßt, halte ich die Schwierigkeiten materieller Natur nicht für groß genug, um ein Scheitern des Friedenswerkes und damit voraussichtlich die Wiederaufnahme des Krieges im Osten mit seinen unabsehbaren Folgen für gerechtfertigt zu halten.“

Der Minister des Äußeren Graf Czernin, welcher hierauf zu Worte gemeldet hatte, führte folgendes aus: „Ich habe den Bemerkungen meines deutschen Kollegen noch folgendes hinzuzufügen:

Die Gründe, derentwegen wir eine Verlegung der Verhandlungen im jetzigen Augenblick in ein neutrales Land kategorisch verweigern, sind doppelter Natur: Erstens technischer Art: Sie, wie wir, sind von hier aus mit direkten Drähten mit unseren respektiven Regierungen verbunden, und täglich findet ein Meinungsaustausch von Ihnen mit St.Petersburg und Kiew, von uns mit unseren Zentralen statt. Wir alle können diesen Apparat nicht missen, sollen die Verhandlungen nicht unendlich erschwert und verzögert werden.

Noch wichtiger aber als dieser Grund ist das zweite Motiv: Sie, meine Herren, haben seinerzeit an uns die Einladung für allgemeine Friedensverhandlungen ergehen lassen. Wir haben dieselbe angenommen und wir haben uns auf eine Basis für den allgemeinen Frieden geeinigt. Auf dieser Basis haben Sie Ihren Verbündeten ein zehntätiges Ultimatum gestellt. Ihre Verbündeten haben Ihnen nicht geantwortet, und heute handelt es sich nicht mehr um Verhandlungen zwecks eines allgemeinen Friedens sondern eines Separatfriedens zwischen Rußland und dem Vierbund. Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet würde der Entente die von ihr ersehnte Gelegenheit geben, störend einzugreifen. Die Regierungen Englands und Frankreichs würden vor und hinter den Kulissen alles versuchen, um das Zustandekommen dieses Separatfriedens zu verhindern. Wir weigern uns, den westlichen Mächten diese Gelegenheit zu liefern, aber wir waren bereit, an einem noch zu bestimmenden Orte die formale Schlußverhandlung und die Unterzeichnung des Friedensvertrages vorzunehmen.

Was den meritorischen Teil der Verhandlungen anbelangt, in welchem eine Übereinstimmung zwischen Ihnen und uns noch nicht erzielt ist, so haben wir uns in der letzten Plenarsitzung bindend darauf geeinigt, diese Fragen einer ad hoc zu bildenden Kommission zu übergeben, welche sofort ihre Arbeiten zu beginnen hätte. Alle vier Alliierten sind völlig einig darüber, die Verhandlungen auf der von dem Herrn Staatssekretär und mir entwickelten, mit den russischen Herren bereits bindend abgemachten Basis zu Ende zu führen. Wenn die Herren der russischen Delegation von den gleichen Intentionen beseelt sind, so werden wir zu einem alle befriedigenden Ergebnisse gelangen; wenn nicht, dann werden die Dinge ihren notwendigen Lauf nehmen. Aber die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges fällt dann ausschließlich auf die Herren der russischen Delegation.“ Anschließend hieran erklärten Talaat Pascha namens der Türkei und Justizminister Popow namens Bulgariens ihre Zustimmung zu den Ausführungen der Bevollmächtigten Deutschlands und Österreich-Ungarns.

Hierauf gab General Hoffmann namens der deutschen Obersten Heeresleitung nachstehende Erklärung ab:

„Es liegt mir klar eine Anzahl von Funksprüchen und Aufrufe vor, unterzeichnet von den Vertretern der russischen Regierung und der russischen Obersten Heeresleitung, die teils Beschimpfungen der deutschen Heereseinrichtungen und der deutschen Obersten Heeresleitung, teils Aufforderungen revolutionären Charakters an unsere Truppen enthalten. Diese Funksprüche und Aufrufe verstoßen zweifellos gegen den Geist des zwischen den beiden Armeen geschlossenen Waffenstillstandes. Im Namen der deutschen Obersten Heeresleitung lege ich gegen Form und Inhalt dieser Funksprüche und Aufrufe auf das entschiedenste Protest ein.“

Namens des k. und k. Armeeoberkommandos, der bulgarischen Obersten Heeresleitung und der ottomanischen Armee schlossen sich sohin Feldmarschalleutnant Csicseric, Oberst Gantschew und General der Kavallerie Izzet Pascha diesem Protest an.

Auf Vorschlag des Volkskommissärs für auswärtige Angelegenheiten Trotzki wurde, da sich niemand mehr zu Wort meldete, die Sitzung vertagt. Die nächste Sitzung dürfte, einer Bitte der russischen Delegation entsprechend, im Laufe des 10. d.M. stattfinden.

Berliner Börsen-Zeitung - Nr.16 - Donnerstag, 10. Januar 1918 – Abend - S.5

Autorität.

Bereits gestern morgen hat sich der „Vorwärts“ mit der augenblicklichen innerpolitischen Lage beschäftigt, die auch wir in unserem Aufsatz „Herr von Kühlmann“ behandelt haben. Der Artikel des „Vorwärts“ hat weit über die sozialistischen Kreise hinaus Aufsehen erregt und Beachtung gefunden. Wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir als Verfasser eine führende Persönlichkeit in der Sozialdemokratie annehmen. Der Aufsatz macht in nachdrücklichen Worten auf die eigentümliche Lage aufmerksam, in die infolge der letzten Vorgänge die monarchische Autorität im Reiche geraten ist. Heute beschäftigt sich im „Berliner Tageblatt“ Theodor Wolff mit der gleichen Frage, und macht die folgenden, gewiß nicht unberechtigten Ausführungen:

„Indessen über all den Meinungsverschiedenheiten, die sich bei der Entscheidung im Osten ergeben können, erhebt sich die Frage, wer über die politische Führung zu entscheiden hat. Die alldeutsche „Deutsche Zeitung“ erklärt, daß „das gesamte Volk, und vor allem das gesamte Heer, geschlossen hinter Hindenburg und Ludendorff und hinter niemandem anders steht.“ Die Alldeutschen schaffen also alles andere, bis hinauf zum Throne, einfach ab. Sie wollen nichts übrig lassen als die Militärdiktatur. Diese Erklärungen und Drohungen, und vor allem die Vorgänge, denen sie als Begleitmusik dienten, haben wir, um es zu wiederholen, seit Beginn des Krieges nun schon einige Male erlebt.

Wir haben das alles erlebt, als die Amerikapolitik des Herrn v. Bethmann Hollweg bekämpft, und leider mit Erfolg bekämpft wurde, und als man Herrn von Bethmann Hollweg trotz seiner Nachgiebigkeit, zum Rücktritt zwang. Die These, die verfochten wird, lautet, daß das Militär den Ausschlag zu geben habe, weil das alles „militärische Angelegenheiten“ seien. Die Herstellung des Friedens, die Aufstellung des Friedensplanes, ist aber, ganz ebenso wie die Taktik gegenüber Amerika, in erster Linie eine politische Angelegenheit. Man muß noch einmal auf Bismarck verweisen, der zwischen den Aufgaben der politischen und der militärischen Spitzen des Staates scharf unterschieden hat. Es ist geradezu undenkbar, daß der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes immer nur ausführen sollen, was die militärische Leitung von ihnen verlangt. Dann können keine politischen Pläne ersonnen und durchgeführt werden, dann braucht man keine Staatsmänner und nicht einmal eine Diplomatie. Dann genügt ein Untergebener, der dem Befehl gehorcht. Sollen immer wieder Reichskanzler und Staatssekretär fortgeschickt werden, so oft zwischen ihnen und den militärischen Stellen eine Meinungsverschiedenheit entsteht? Wer würde unter solchen Umständen für den Posten noch zu finden sein? entweder muß mit voller Klarheit dargetan werden, daß in politischen Fragen die Entscheidung nicht den Militärs, sondern der Regierung gehört. Oder man muß sich entschließen, die natürlichen Folgerungen zu ziehen, und muß offen und in aller Form den militärischen Stellen allein alle Macht, Entscheidung und Verantwortung anvertrauen. Es wird gesagt, damit würden wir zu unmöglichen Zuständen kommen, dieser Versuch könnte sehr teuer sein? Ganz gewiß, aber wo kommen wir hin, wenn die Dinge so wie gegenwärtig weitergehen?“

Auch die „**Deutsche Tageszeitung**“ beschäftigt sich heute mit der gleichen Angelegenheit. Hier kommt Graf Reventlow zu folgendem Schluß:

„Hindenburg und Ludendorff sind uns nicht allein die großen Feldherren, sondern sind die Verkörperung des Reichsgedanken und seine Träger im Sinne des Begriffes und die tatsächlichen Träger des Reiches und seiner Zukunft.“

Bei aller tiefgefühltesten Dankbarkeit und Bewunderung, die wir vor unsern großen Heerführern haben, möchten wir demgegenüber doch feststellen, daß unserer Meinung nach die Verkörperung des Reichsgedanken und der Träger desselben in gegenwärt und Zukunft nicht nur verfassungsgemäß, sondern auch der ganzen geschichtlichen Entwicklung der Entstehung des Deutschen Reiches nach, der Deutsche Kaiser ist und bleiben muß.

Berliner Tageblatt - Nr.17 - Donnerstag, 10. Januar 1918 – Morgen - S.1

Der Streit.

T.W. [Theodor Wolff] Die alldeutsch-schwerindustrielle „Deutsche Zeitung“ versichert mit Genugtuung, daß die Krise fortduere und der „Vorwärts“ sagt, man könne nicht leugnen, daß der scharfe Gegensatz, der zwischen der Kriegspolitik des Herrn v. Kühlmann und den militärischen Auffassungen besteht, „sich zu einem Ringkampf Ludendorff-Kühlmann verdichtet hat.“ Solche Erscheinungen und Vorgänge sind ja nicht neu, sie spielten vor dem Kriege im Leben des deutschen Volkes eine nicht geringe Rolle, und sie folgten, sehr verstärkt, während des Krieges aufeinander, lange bevor Herr v. Kühlmann die Leitung des Auswärtigen Amtes übernahm. Gewöhnliche entzog sich das, in der Kriegszeit, der öffentlichen Erörterung, der Vorhang blieb geschlossen, nur die berufsmäßig politischen Kreise waren informiert. Diesmal haben die vereinigten alldeutschen Organe, mächtig wie Roland, den Hornruf ertönen lassen, und **die Presse der Linken profitiert von der ungewöhnlichen Freiheit mit.**

In diesem Kampfe hat es die Presse der Mehrheitsparteien nicht leicht, denn die Alldeutschen, die Vaterlandsparteiler und ihre Mitläufer erscheinen als die treuen Schildhalter von Männern, deren glänzende Kriegstaten vom ganzen Volke bewundert werden und deren Ruhm die Welt erfüllt. Auf der ganzen Seite steht ein Staatssekretär, dessen große Fähigkeiten auch von den meisten Kritikern nicht geleugnet werden, dessen politische Pläne man verschieden beurteilen kann, dessen Taktik in Brest-Litowsk aber ganz und gar nicht einwandfrei gewesen ist. Schwerlich läßt jenes gegenseitige Vertrauen zwischen den Völkern, von dem Herr v. Kühlmann am Beginn seiner Staatssekretärlaufbahn sprach, sich durch die veralteten Methoden des diplomatischen Pokerspiels schaffen, die man am 28. Dezember in Brest-Litowsk sah. Diejenigen, die sich im gegenwärtigen Konflikt auf die Seite der Regierung, des Reichskanzlers und des Staatssekretärs stellen, wählen also unbestreitbar den sehr viel schwierigeren und ungünstigeren Platz. Indessen, das darf natürlich niemand hindern, den Standpunkt zu vertreten, auf den die ruhige Prüfung der Dinge ihn führt. Ueber allem andern steht die Sache, und ihr wird nur durch Sachlichkeit gedient.

Ein Berliner rechtsliberales Blatt, das bei dieser Gelegenheit, wie bei manchen anderen, sich mit den Alldeutschen zusammenfindet, aber nach Osten hin nichts annektieren will, erklärt, die Oberste Heeresleitung sei keineswegs für „extreme Gebietsansprüche“, sondern verlange nur „die Schaffung einer Grenzsicherung“. Es ist in der Tat bekannt, daß in den leitenden militärischen Kreisen, die jetzt erstrebte Lösung der polnischen

Frage ohne Sympathie betrachtet wird, daß man lieber ein gewisses Stück von Polen dem Deutschen Reiche einverleiben möchte, um so eine strategisch günstige Grenze zu erhalten, und es fehlen nur bestimmte Mitteilungen darüber, bis wohin dieses Stück sich erstrecken soll. Sollte es sich nicht nur um eine sogenannte Grenzberichtigung, sondern um einen größeren Gebietsanspruch handeln, so würde man einer neuen Teilung Polens gegenüberstehen. Wir würden einen frischen Zuwachs an polnischen Bewohnern und an feindselig gesinnten erhalten, und der Einfluß auf die Zustände in den östlichen Provinzen Preußens, und auf unsere ganze Polenpolitik, würde recht erheblich sein. Polen selbst, dessen durch so viele Verheißungen genährte Hoffnungen zerstört wären, und daß außerdem einen Teil seines Gebietes verlöre, würde das nicht verwunden, und jenseits der günstigen strategischen Grenzlinie säße dann immer ein schürendes Element.

Wie unser Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn sich gestalten würde, kann unerörtert bleiben, aber es ist ja eine Tatsache, daß man in Wien den Anschluß Polens erstrebt. Dieser Idee der „strategischen Grenzsicherung“, die von einer militärischen Anschauung ausgeht und das Politische erst in zweiter Linie gelten läßt, ist, natürlich keineswegs von Herrn v. Kühlmann allein, sondern nach gemeinsamer Beratung der entscheidenden Persönlichkeiten, jenes Projekt vorgezogen worden, das man als „austro-polnische Lösung“ zu bezeichnen pflegt. Polen soll, wie es ihm zugesagt wurde, ein selbständiger Staat werden, und es soll sich dort anschließen dürfen, wo es Anlehnung suchen will. Vereinigt es sich mit Oesterreich-Ungarn, so ist nach dieser Berechnung, ein mit unserem Verbündeten zusammenhängendes Polen zwischen uns und Rußland gelegt, Rußland uns also ferngehalten, die „Grenzsicherung“ erreicht. Und da die Grenzen Polens, Litauens und Kurlands ja überhaupt noch nicht abgesteckt sind, einstweilen ja nur die Vorfrage, ob diese Gebiete sich von Rußland trennen wollen, besprochen wird, so könnte von kleinen „Grenzberichtigungen“ immer noch die Rede sein. Wir haben immer betont, daß uns die „austro-polnische Lösung“ durchaus nicht entzückt, daß die Angliederung Polens an Oesterreich-Ungarn zu sehr viel Reibungen zwischen Deutschland und dem Verbündeten führen kann. aber um die „militärische „ Lösung zu beurteilen, müßt man wissen, wie sie aussieht – man müßte sie kennen, und sie ist der Oeffentlichkeit, und auch denjenigen, die sich für sie stürmisch begeistern, leider unbekannt.

Ebenso unbekannt ist dieser Oeffentlichkeit, und anscheinende auch den Enthusiasten, wie man in den höchsten militärischen Kreisen über die Zukunft Litauens und Kurlands denkt. Das rechtsliberale Berliner Blatt, das im Osten nicht annectieren will, um alle Kraft gegen England zu sammeln, scheint zu glauben, die Ansprüche der Militärs wären auch dort kaum nennenswert. Die gegen Kühlmann rasenden Alldeutschen und alle, die Kurland ganz und bedingungslos verschlucken möchten, glauben offenbar das Gegenteil. Sie könnten doch nicht denjenigen zujubeln, die Kurland den Russen zurückgeben wollen, sondern müßten dann eher zu Herrn v. Kühlmann halten, der wenigstens durch das „Selbstbestimmungsrecht“ die Lostrennung Kurlands und Litauens von Rußland, und die Schaffung einer deutschen „Einflußsphäre“ zu erreichen hofft. Uns erscheint dieser Kühlmannsche Plan – der gleichfalls nicht nur im Geiste des Herrn v. Kühlmann entstand – ungemein bedenklich, besonders, da diese Politik sich ja auch auf Teile Livlands und Estlands erstrecken soll. Einen solchen Vertrag können, in ihrer Notlage, die Bolschewiki unterzeichnen, aber man darf sich nicht einreden, daß Rußland die Stunde dieser Unterzeichnung vergessen, daß es den Verlust seiner Häfen und des Landes vor den Toren Petersburgs leicht verschmerzen wird.

Die Alldeutschen und die Annexionisten müßten, wie gesagt, die umfangreichen Projekte den Ideen des Militärs vorziehen, falls es richtig sein sollte, daß die Militärs sich überall im Osten nur mit einer milden „Grenzsicherung“ begnügen wollen. Die Haltung der Alldeutschen beweist, daß sie unter „Grenzsicherung“ nicht etwas ganz Mildes verstehen. Sie sprechen fortwährend vom „Hindenburg-Frieden“ und beschuldigen Herrn v. Kühlmann, der Mann des „Verzichtfriedens“ und des „Hungerfriedens“ zu sein. Wie stimmt das alles zueinander, wenn die Oberste Heeresleitung „verzichten“ will? Man sage uns, wie das östliche Friedensprogramm aussieht, das die Militärs dem Programm der Zivilisten gegenüberstellen! Mit so unbeschränktem Vertrauen jeder ihnen, nach unvergleichlichen Leistungen, auf ihrem eigentlichen Gebiete folgt – in der Politik kann ein großes Volk nicht blind anbeten, können nur die Gedankenlosesten einem Ziele zustimmen, das sie nicht sehen.

Indessen, über all den Meinungsverschiedenheiten, die sich bei der Entscheidung im Osten ergeben können, erhebt sich die Frage, wer über die politische Führung zu entscheiden hat. Die alldeutsche „Deutsche Zeitung“ erklärt, daß „das gesamte Volk, und vor allem das gesamte Heer, geschlossen hinter Hindenburg und Ludendorff und hinter niemand anders steht.“ Die Alldeutschen schaffen also alles andere, bis hinauf zum Throne, einfach ab. Sie wollen nichts übrig lassen als die Militärdiktatur. Diese Erklärungen und Drohungen, und vor allem die Vorgänge, denen sie als Begleitmusik dienten, haben wir, um es zu wiederholen, seit Beginn des Krieges nun schon einige Male erlebt. Wir haben das alles erlebt, als die Amerikapolitik des Herrn v. Bethmann Hollweg bekämpft, und leider mit Erfolg bekämpft wurde und als man Herrn v. Bethmann Hollweg

trotz seiner Nachgiebigkeit zum Rücktritt zwang. Die These, die verfochten wird, lautet, daß das Militär den Ausschlag zu geben habe, weil das alles „militärische Angelegenheiten“ seien. Die Herstellung des Friedens, die Aufstellung des Friedensplanes, ist aber, ganz ebenso wie die Taktik gegenüber Amerika, in erster Linie eine politische Angelegenheit.

Man muß noch einmal auf Bismarck verweisen, der zwischen den Aufgaben der politischen und militärischen Spitzen des Staates scharf unterschieden hat. Es ist geradezu undenkbar, daß der Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes immer nur ausführen sollen, was die militärische Leitung von ihnen verlangt. Dann können keine politischen Pläne ersonnen und durchgeführt werden, dann braucht man keine Staatsmänner und nicht einmal eine Diplomatie. Dann genügt ein Untergebener der dem Befehl gehorcht. Sollen immer wieder Reichskanzler und Staatssekretäre fortgeschickt werden, so oft zwischen ihnen und den militärischen Stellen eine Meinungsverschiedenheit entsteht? Wer würde unter solchen Umständen für diese Posten noch zu finden sein? Entweder muß mit voller Klarheit dargetan werden, daß in politischen Fragen die Entscheidung nicht den Militärs, sondern der Regierung gehört. Oder man muß sich entscheiden, die natürlichen Folgerungen zu ziehen, und muß offen und in aller Form den militärischen Stellen allein alle Macht, Entscheidung und Verantwortung anvertrauen. Es wird gesagt, damit würden wir zu unmöglichen Zuständen kommen, dieser Versuch könnte sehr teuer sein? Ganz gewiß, aber wo kommen wir hin, wenn die Dinge so wie gegenwärtig weitergehen?

Deutsche Tageszeitung - Nr.17 - Donnerstag, 10. Januar 1918 – Morgen – S.1

„Kampf um Kühlmann“

Der „Vorwärts“ schreibt in einem „Der Kampf um Kühlmann“ [VOW-09.01.1918, Nr.9, S.1] betitelten Aufsatz u.a.:

„Richtig ist, daß zwischen der Politik des Herrn von Kühlmann und den militärischen Auffassungen eine scharfer Gegensatz besteht, der sich zu einem Ringkampfe Ludendorff-Kühlmann verdichtet hat.“

Wir überlassen der Phantasie unseres Lesers die Nachempfindung des schönen Bildes, wie sich ein Gegensatz zu einem Ringkampfe „verdichten“ kann; daß die Bildersprache schwierig ist, hat seinerzeit schon der Präsident des Reichstages, Herr Kaempf, gezeigt, als er erklärte, wenn Wilson einen Keil in das deutsche Volk treiben wolle, so werde er auf Granit beißen. Die Vereinigung dieser beiden Tätigkeiten dürfte immerhin nicht ganz leicht sein.

Ludendorff, ein Mann von ungeheuren Verdiensten und Erfolgen, von Gaben und Leistungen ersten Ranges, ein Mann, von dem Hindenburg gesagt hat: eine Welt könne ihn nicht von Ludendorff trennen. – Aber ein Ringkampf Ludendorff-Kühlmann, sagt der über die offiziösen Auffassungen gut unterrichtete „Vorwärts“, das Organ der regierenden Partei! Sein Vergleich ist nicht nur äußerlich widerwärtig und grotesk, sondern auch der Gedanke ist es, denn was ist Herr von Kühlmann im Verhältnis? Was hat er geleistet, welche Erfolge hat er zu verzeichnen? Ein großes phrasenumkleidetes Nichts bildet die Antwort. Wo Herr von Kühlmann auch immer tätig war, hat ihn der Mißerfolg begleitet, in London, im Haag und besonders seit Antritt seines Staatssekretariats. Wir meinen natürlich nicht den rein persönlichen Erfolg der für Herrn von Kühlmann nicht zum wenigsten dank der glänzenden Regie ein persönlich hervorragender gewesen ist, sondern wir meinen den Erfolg seiner Tätigkeit für die Sache, mithin für das Reich. Da jagt ein Mißerfolg den anderen, eine psychologische Berechnung, ein diplomatischer Fehler den anderen. Und diesen Diplomaten will man auf dem gleichen Niveau nennen, wie den Mann, dessen Name schon seit über drei Jahren ruhmvoller weltgeschichtlicher Verewigung sicher ist?

Der „Vorwärts“ und die sonstige Hungerfriedenspresse deutet nun nicht nur an, sondern spricht aus, daß der Soldat eben nur zu schwiegen habe, wo sein Bereich aufhöre, und der „Vorwärts“ erklärt: „In Wirklichkeit wird jeder vernünftige Mensch in Deutschland zu Hindenburg und Ludendorff nur begrenztes Vertrauen haben, nämlich Vertrauen zu ihren glänzenden Leistungen als Heerführer.“

Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei meint, auch dieses begrenzte Vertrauen ist wohl nicht ernst, erinnern wir uns nur an die Aeußerungen sozialdemokratischer Führer im Reichstage, man müsse der Kriegsführung auf die Finger sehen, es werde hohe Zeit, daß die Feder gut mache, was das Schwert gesündigt habe, eine parlamentarische Kontrolle der Obersten Heeresleitung sei nötig usw.

Der „Vorwärts“ fordert nun lärmend schärfere Abgrenzung der Kompetenzen, freisinnige Blätter erklären trocken, Grenzfragen seien eben Sache des Politikers und Diplomaten. Jene Presse verschiebt die eigentliche Frage damit vollkommen. Es handelt sich in der Hauptsache nicht um irgend welche Grenzfragen, auch nicht um „Annexion“ oder „Nichtannexion“, sondern es handelt sich einmal um die Frage der

Grenzsicherung des Reiches. Dieses ist eine Frage, welche fachmännisch nur das Militär beurteilen kann, ebenso wie den Grad ihrer Notwendigkeit, nachdem eben er, der Militär, durch seine glänzenden Erfolge und Leistungen in diesem Kriege im Osten die Befriedigung aller Notwendigkeiten möglich gemacht hat. Die andere ist nun weit entfernt davon, eine solche lediglich des Diplomaten und Staatsmannes zu sein, sondern sie ist eine Frage allgemein nationaler Lebensbedeutung, eine Frage, zu deren Entscheidung und gar autoritativer Entscheidung der Diplomat **a priori** sicher nicht besser, sondern erheblich weniger geeignet ist, als eine militärische Autorität und gar eine solche erster Größe. Im gegenwärtigen Falle liegen die Dinge bekanntlich noch erheblich einfacher und beschämender. Herr von Kühlmann und die zum mindesten äußerlich durch ihn dargestellte Richtung sind, wie wir immer gesagt haben, mit dem Vorsatze nach Brest-Litowsk gegangen, um Scheinwerte zu schaffen und die tatsächlichen Forderungen und Notwendigkeiten für die deutsche Sicherung im Osten einem „glatten Fortgange der Verhandlungen“ erforderlichenfalls zu opfern. Beiläufig bemerkt, ist auch nicht einmal das gelungen dank dem großen Mißerfolge mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Auf diese Tragikomödie kommen wir noch zurück..

Wir äußerten neulich bereits die Auffassung, daß alle Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze sich zum mindesten nicht allein auf den Osten beziehen, sondern auch auf die westlichen großen Fragen des Kriegszieles und was damit zusammenhängt. Herrn von Kühlmanns Richtung ist bekannt: die der Verständigung mit den Westmächten um jeden Preis. Wie Graf Hertling in dieser Beziehung wirklich denkt und will, ist noch unklar, jedenfalls hat er früher mit der Richtung Bethmann Hollweg sympathisiert und Herrn von Kühlmann bis jetzt gewähren lassen. Der allgemein behauptete Gegensatz der Kühlmannschen Richtung und der „militärischen Forderungen“ ist auch hier im Grunde nicht ein Gegensatz der und nur der Personen, **sondern ein Gegensatz internationaler gegen nationale Grundanschauung, ein Gegensatz zwischen Siegeswillen und Verzichtwillen**, ein Gegensatz in welchem auch alle tatsächliche Kenntnis und Einsicht auf der militärischen Seite ist. Und dieses letztere gilt lange nicht nur weil es sich um Militärs handelt, sondern alles in allem um Männer von höchster Bedeutung, weltgeschichtlicher Leistung und von Charakter.

Wie gesagt, zeigt sich der Versuch eines Vergleiches also als grotesk und er wäre lächerlich, wenn seine Anlässe nicht so jammervoll und beschämend wären.

Hindenburg und Ludendorff sind uns nicht allein die großen Feldherren, sondern sind die Verkörperung des Reichsgedankens und seine Träger im Sinne des Begriffes und die tatsächlichen Träger des Reiches mit seiner Zukunft. Das ist keine Uebertreibung, sondern in einem viel tieferen Sinne Tatsache, als meist geahnt wird. Möge deshalb das beschämende Ergebnis wenigstens das Gute zeitigen in denjenigen Deutschen, wo etwas zu wecken ist, als unvergeßlicher Weckruf zu dienen, auch sich nun nicht gleich wieder süßem Gedusel hinzugeben.

Es geht nicht um Personengegensätze und Personenwechsel, sondern um Alles!

E.R.

Deutsches Volksblatt - Nr.10425 - Donnerstag, 10. Januar 1918 – S.1

Die Taktik der Friedensverhandlungen.

Waffenstillstandsverhandlungen sind zweifellos leichter zu führen und zu einem Ende zu bringen als Friedensverhandlungen, immerhin aber fällt es in der Öffentlichkeit auf, daß im Gegensatze zu dem glatten und raschen Abschlusse des Waffenstillstandes mit Rußland die Friedensverhandlungen sich weit schwieriger gestalten, als man allgemein angenommen hatte und als es, wie wir hinzufügen möchten, auch der tatsächlichen Lage entspricht.

Die äußeren Umstände, unter denen die Verhandlungen ins Stocken kamen, sind bekannt: die Petersburger Regierung nahm plötzlich und unvermutet in Sachen der Ostseeprovinzen einen von ihrer Haltung in Litauisch-Brest abweichenden Standpunkt ein. Daß hierbei Einflüsse der Entente wirksam waren, ist allseits auch in der neutralen Presse bereits festgestellt worden, seither sind aber auch Tatsachen bekannt geworden, wie das Schreiben der unabhängigen Sozialisten in Deutschland, die die Vermutung nahelegen, daß die Bolschewiki, aufgemuntert durch die Haltung der Sozialisten in Deutschland und Oesterreich, ihre Forderungen plötzlich höher spannten und sich anschickten, ihre Grundsätze auch über die Grenzen ihres Machtbereiches hinaus zur Geltung zu bringen. Die Tatsache vollständig verkennend, daß die Mittelmächte Polen und die Ostseeprovinzen nach Niederringung der russischen Angriffsarmeen besetzt haben, fordert die Petersburger Regierung schlangweg die bedingungslose Räumung der besetzten Gebiete seitens der Mittelmächte, ohne daß vorher etwas über das künftige Schicksal dieser Länder entschieden worden wäre. Daß diese geänderte Haltung der Petersburger Regierung den Grenzschutz ausschließt, auf dem die Mittelmächte nach den Erfahrungen des Krieges bestehen müssen und der mit Rücksicht auf die Fortdauer des Krieges im Westen und Süden um so

unerläßlicher erscheint, leuchtet nur jenen nicht ein, die, wie die jüdische Presse, eine ausreichende Sicherung und Erstarkung der Mittelmächte nicht wünschen, oder, wie die sozialdemokratische Presse, es für die Hauptaufgabe der Regierungen der Mittelmächte halten, die Regierung der Bolschewiki um jeden Preis, also auch um den der eigenen Sicherheit, zu stützen und zu festigen.

Nicht österreichische und nicht deutsche Politik treiben diese Leute, sondern fremdländische, russische, und wenn die Verhandlungen mit Rußland sich schwieriger gestaltet haben, so haben sie ihr wohlgemessenes Teil schuld daran. Es ist sicher wahr, daß – wie die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt – die derzeitige russische Regierung den ernststen Willen hat, zum Frieden zu gelangen, weil sie nur darin ihre eigene Sicherheit finden kann; allein es wäre unnatürlich, wenn sie nicht Forderungen steigern würde, sobald sie dazu, wie es geschehen ist und täglich noch geschieht, von einem Teile der mitteleuropäischen Press dazu ermuntert wird. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat angesichts aller Hemmungen, die sich in Litauisch-Brest ergeben, immer nur die eine Formel: die Mittelmächte müssen nachgeben.

Im Zusammenhang damit erscheint es allerdings fraglich, ob es seitens unserer Unterhändler klug gewesen ist, sich von vornherein auf so allgemeine Formeln, wie die vom Selbstbestimmungsrechte, zu binden; zunächst ist dieses weite Entgegenkommen durch die Peterburger Regierung mit einer Politik mit doppeltem Boden vergolten worden; das mag noch hingehen, allein nicht nur geschichtliche Erfahrung, sondern auch die Taktik der Entente sollten daran erinnern, daß sich auch ein Mindestmaß an Friedensbedingungen durch Verhandlungen nicht erreichen läßt, wenn wir von vornherein nur dieses Mindestmaß fordern. Obgleich in unvergleichlich schlechterer Kriegslage, stellt die Entente auch heute noch Forderungen, wie sie nur ein übermütiger Sieger stellen könnte, und wenn sie auch nur die Hälfte davon nachlassen würde, würde alle Welt ob ihrer „Mäßigung“ staunen.

Es ist deshalb aufs tiefste zu bedauern, daß Wilson nicht recht hat, wenn er in seiner neuesten Botschaft behauptet, daß die Verhandlungen in Litauisch-Brest infolge der überspannten Forderungen der Mittelmächte ins Stocken geraten seien; nicht unsere überspannten Forderungen waren schuld daran, sondern weil wir von vornherein zu wenig gefordert hatten und infolgedessen nicht in der Lage waren, etwas nachzulassen.

Daß aber die grundsätzliche Festlegung unserer Unterhändler auf die Formel des Selbstbestimmungsrechtes nicht glücklich war, beweisen die sofort einsetzenden Bemühungen der Entente, uns auf diese Formel festzunageln und dadurch der Peterburger Regierung den Nacken zu steifen. Sowohl aus der Botschaft Wilsons geht dies hervor, wenn gleich sie mehr Lügen und Erfindungen enthält, als man selbst bei diesem Ehrenmann „mit Strupfen“ bisher gewohnt war, als auch aus der Rede Lloyd Georges und den Erklärungen eines englischen Ministers.

Die Entente hat die russische Formel vom Selbstbestimmungsrecht nicht anerkannt, allein Lloyd George säumt nicht, sie praktisch – gegen die Mittelmächte zur Anwendung zu bringen. Die Räumung aller von den Mittelmächten in Europa besetzten Gebiete fordert er, wenn England sich an den Friedensverhandlungen beteiligen soll. Mittelbar bewegt er sich damit, soweit Rußland in Betracht kommt, auf derselben Linie wie die Petersburger Regierung.

Der neueste Funkspruch aus Petersburg zeigt, daß die dortige Regierung das falsche Spiel der Entente allerdings durchschaut, immerhin aber werden dadurch die Verhandlungen in Brest um so mehr erschwert, als sich auch im Bereiche der Mittelmächte selbst an der Formel von dem Selbstbestimmungsrechte die Hoffnungen jener Parteien wieder hinaufranken, die aus dem Kriege ein Geschäft für sich machen wollen. Auch die Erzberger-Mosseschen Preßtreibereien in Deutschland sind eine Folge jener Taktik, die auf die Idee eingegangen ist, konkrete Fragen mit Hilfe nebelhafter Formeln lösen zu wollen.

Deutsche Tageszeitung - Nr.18 - Donnerstag, 10. Januar 1918 – Abend – S.2

Regie.

Wir haben vorgestern die Frage gestellt, wem zuliebe der Zwischenfall in Brest-Litowsk als gänzlich unbedeutend hingestellt werde, wem zuliebe man so tue, als sei gar nichts vorgefallen, außer einer Aufregung einiger Zeitungen. Eine Antwort ist darauf nicht erfolgt. Man will offenbar nicht, daß eine Trennung gemacht wird zwischen dem Verhalten der Unterhändler vor der Erklärung des Reichskanzlers und dem nach dieser Erklärung. Es scheint, als solle alles wieder ruhig und sanft schlafen gehen, als wolle man in den alten Geleisen fortfahren, Kompromisse abschließen und weiterhin die öffentliche Meinung beruhigen. Das ist eine Seite der Regie. Man erzählt, daß man in Brest-Litowsk sich immer in den Armen gelegen und gegenseitig vor Rührung geweint habe. Man hätte sich doch früher finden können und sich nicht so gründlich mißverstehen brauchen,

daß man hätte annehmen müssen, selbst ein Herr Erzberger könnte mit russischen Diplomaten, im Gegensatz zu den englischen, nicht in zwei Stunden fertig werden.

Es ist dies offenbar wieder der Ton, den wir aus der ersten Phase der Verhandlungen gewöhnt sind, ein Ton, der uns in jeder Weise widerlich und auch unwürdig erscheint. Man kann in ihm das Seitenstück zu dem bekannten Wort über Elsaß-Lothringen sehen, und in der Tat scheint Herr von Kühlmann, der doch wohl bei dieser Art der Regie die Verantwortung trägt, uns den Gedanken einprägen zu wollen, daß tatsächlich weiter keine Gegensätze bestehen.

Von Zeit zu Zeit sehen wir die Hand eines anderen Regisseurs. Dann werden die enormen Schwierigkeiten aufgezeigt, die tausend Fragen, die solche Verhandlungen ergeben, erscheinen vergrößert, und man staunt, daß bei dieser Lage überhaupt sich die Unterhändler finden konnten, und daß sie noch miteinander, in der Absicht etwas zu erreichen, verkehren. Dann wird uns erzählt, daß die russischen Vertreter hochgebildete Leute seien, die zwar nicht in die Formen der Diplomatie eingeweiht seien, deren außerordentlicher Scharfsinn aber alle Pläne der Gegenseite sofort zu durchkreuzen wisse. Zwischen den Zeilen liest der Gutgläubige voller Andacht, wie anregend sich die Unterhaltung und Verhandlung mit diesen Leuten gestalten muß, aber gleichzeitig auch wie schwierig. Und ein wohlthuendes Gruseln überläuft ihn ob des diplomatischen Geschicks unseres Herrn von Kühlmann, der solchen großen Geistern gegenüber sich als Meister und Staatsmann mit weitem Blick erweist.

Dieser andere Regisseur spricht also nicht von Freundlichkeiten, sondern von einer kühlen gedrückten Stimmung und von einem langsamen Verlauf der Verhandlungen. Auch hier wieder die Frage, wem zuliebe geschieht das? Es ist gewiß gut, keinen falschen Optimismus im Volke aufkommen zu lassen und ihm zu zeigen, daß der Friede nicht über Nacht kommen kann, auch dann nicht, wenn bereits Verhandlungen im Gange sind. Aber leichtsinniger Optimismus, alle Kartenhaus-Stimmung ist gefährlich und soll und muß vermieden werden. Daß aber aus diesen beiden Darstellungskomplexen, die, zu einer einzigen vereint, ein Gemisch von „himmelhoch-jauchzend – zu Tode betrubt“ darstellen, sich ein klares Bild von den Verhältnissen gewinnen läßt, wird man kaum sagen können. Das Plastischste und Einprägsamste aller offiziösen Darstellungen über Brest-Litowsk ist schließlich doch noch der Satz gewesen, daß Herr von Kühlmann und Graf Czernin gemütlich plaudernd auf dem Sofa gesessen hätten. Ja, es greift ans Gemüt, wenn man diese Regiekünste sieht, wenn bald ein gerührter Engel erscheint und Herrn von Kühlmann in den Armen liegt, bald aber auch wieder der schwarze Mann auftaucht, der sich nur ungern von dem deutsche Staatsmann umarmen läßt.

Herr Theodor Wolff sagt heute, daß über diesem allen „die ruhige Prüfung der Dinge stehen muß“. [BTB-17-10.01.1918-1-Mo]. Er hat recht, Herr Theodor Wolff, recht nämlich darin, daß er sich für seinen Märtyrer-Sitz eine gut mit Sentimentalitäten ausgeschlagene Unterlage schafft. Es macht immer einen guten Eindruck, wenn man sich sagen kann, man habe das schwierigere und ungünstigere Teil gewählt. Dann wirkt ein Satz: „Diejenigen, die sich im gegenwärtigen Konflikt auf die Seite des Reichskanzlers und des Staatssekretärs stellen, wählen unbestreitbar den sehr viel schwierigeren und ungünstigeren Platz“ doppelt überzeugend, wenigstens für die, die sich im Halbdämmer Zustand wohlfühlen. Herr Theodor Wolff erklärt, daß „sich das gegenseitige Vertrauen zwischen den Völkern nicht durch die veralteten Methoden des diplomatischen Pokerspieles schaffen lassen, die man am 28. Dezember in Brest-Litowsk sah“. „Gut gebrüllt“ Aber worin bestehen denn die neuen Methoden? Wenn eine Ablösung erfolgen muß, wenn mit den alten Methoden sich nichts erreichen läßt, dann waren eben die letzten Vorgänge auch kein „Sturm in einem Glas Wasser“, und dann ist unerfindlich, weshalb Herr Theodor Wolff sich mit dem breiten Schild seiner gefaßten ruhigen Prüfung – Herr Theodor Wolff ist wohl unterdessen wieder von dem Platz neben dem Stuhl, auf den er seinerzeit fiel, aufgestanden – vor Herrn von Kühlmann hält.

Dann weiß doch auch Herr Theodor Wolff, sollte er wenigstens wissen, obwohl er in der Woche weniger Zeit zu seinem Leitartikel hat, wie sonst, daß die Auffassung der Alldeutschen, die er so sehr bekämpft, zu einem guten Grade richtig ist. Aber Herr von Kühlmann wird verteidigt, muß verteidigt werden, selbst dann, wenn der Staatssekretär seinem freundlichen Beistand gegenüber sich auf die etwas zweideutigen Dankesworte beschränken müßte: Theo du rasest! Grenzsicherungen wolle das Militär, mit einer „milden Grenzsicherung“ wolle man sich im Osten begnügen, die Oberste Heeresleitung wolle „verzichten“, erklärt Herr Theodor Wolff. Herr von Kühlmann aber wolle durch das Selbstbestimmungsrecht die Lostrennung Kurlands und Litauens von Rußland und die Schaffung einer „deutschen Einfluß-Sphäre“ erreichen. Dies gehe doch weit hinaus über die Pläne der Obersten Heeresleitung.

Wir möchten ausdrücklich bemerken, daß wir hier zitieren. Es gibt ein deutsches Sprichwort, wonach ein Sperling in der Hand besser sei, als die Taube auf dem Dach, aber vielleicht glaubt man mit ewigem Hinstarren auf diese Taube sie schließlich auch zu bekommen. Die Nervosität gehört ja nach Gewissen Kreisen

zur verfeinerten Kultur, und dieses lebhaften Illusionsvorstellungen gehören auch zur Nervosität. Vielleicht paßt die Taube auf dem Dach auch zu jenem Optimismus, den wir oben gekennzeichnet haben. Hübsch wenigstens ist es, daß Herr Theodor Wolff sie ausdrücklich Herrn von Kühlmann dediziert, und daß er mit dieser Dedikation hofft, ihm einen ganz besonderen Dienst zu erweisen. Vielleicht gehört auch das mit in die Regie. Die „Germania“ sagt:

„Was wir heute wiederholen möchten, das ist die Ueberzeugung, daß diese Ministerstürzerei in diesem Augenblick kaum mehr zum Ziele führen könne. Die Entscheidung, wenn eine solche überhaupt erforderlich gewesen sein sollte, ist unserer Meinung nach bereits gefallen, und zwar in dem Sinne, den wir gestern andeuteten, nämlich, daß nach keiner Seite hin neue Tatsachen in die Erscheinung zu treten brauchten.“

Wir wollen dem Blatte glauben, auch seine Aeüßerung paßt ja so ganz vorzüglich in die von uns gekennzeichnete doppelte Regie zugunsten eines Mannes, dem offenbar alles zum Besten dienen soll. **J.Br.**

Berliner Börsen-Zeitung - Nr.16 - Donnerstag, 10. Januar 1918 – Abend - S.5

Neue Sozialistenkonferenz in London.

London, 9.Januar. Der Parlamentarische Ausschuß des Trades-Union-Kongresses und der Vollziehungsausschuß der nationalen Arbeiterpartei beschlossen auf ihrer Sitzung in London, den Arbeiter- und sozialistischen Parteien der alliierten Länder, Amerika eingeschlossen, zu empfehlen, eine weitere Zusammenkunft der Alliierten abzuhalten. Es wurde vorgeschlagen, die Zusammenkunft am 20. Februar in London abzuhalten.

Deutsch Zeitung - Nr.17 - Donnerstag, 10. Januar 1918 – Morgen – S.3

Vaterlandspartei und Sozialdemokratie.

Die von uns bereits als Fälschung von Tatsachen hingestellte Behauptung des „Vorwärts“, die Vorgänge im Verbands-Groß-Berlin der Deutschen Vaterlandspartei seien durch Aeüßerungen des ersten Redners, Abg. Fuhrmann, hervorgerufen, worauf sich die „Vaterlandsparteiler“ an den Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmern vergriffen hätten, wird durch uns aus Jena zugehende eigene Drahtmeldung in ein neues Licht gerückt:

Eine am Dienstag abend veranstaltete öffentliche Versammlung der Vaterlandspartei im Volkshause wurde durch Sozialdemokraten und Unabhängige gesprengt, der Redner Maurenbrecher niedergeschrien und der Gesang von „Deutschland über alles“ durch die Arbeitermarseillaise niedergesungen. Die Versammlung wird Donnerstag als Mitgliederversammlung wiederholt.

Wir stellen sonach fest, daß die Vorgänge in Berlin zu dem wohlvorbereiteten Plan der Sozialdemokratie gehören, die Aufklärungsarbeit der Deutschen Vaterlandspartei mit allen Mitteln zu verhindern. Daß sie sich dabei der Kriegsbeschädigten als Sturmtrupp bedient und deren Verhetzung für ihren Zwecke ausnutzt, beweist die ganze Niedrigkeit ihrer Gesinnung, wenn es gilt, der Parteifahne neue Mannen zuzuführen.

Im übrigen geht uns eine Zuschrift zu, der wir folgendes entnehmen:

Auf den Artikel in der „Vossischen Zeitung“ möchte ich als Kriegsinvalide, nachdem ich selbst bei der Versammlung war, folgende Tatsachen aufstellen:

Es ist unwahr und erfunden, daß die Herren Redner Fuhrmann, Gildemeister und Bacmeister die Kriegsbeschädigten angegriffen haben sollen. Es hat keiner der Herren ein unrechtes Wort gegen dieselben gesagt und ist das Wort „Landesverräter“ von seiten der Redner absolut nicht gefallen. Ich konnte feststellen, daß es wohl eine von Dr. Bresin organisierte, aufgehetzte und im Saal verteilte Truppe von ungefähr 60 Kriegsbeschädigten gewesen ist, welche die Ruhe und Ordnung gestört hat. Außerdem waren die Hauptschreier dumme, unerfahrene, noch nicht im Felde gewesene junge Menschen, die besser tun würden, von solchen Versammlungen fernzubleiben, da sie doch keine Ahnung davon haben und nur mit denen schreien, von welchen sie aufgehetzt worden sind.

Zur Rechtfertigung der „Vossischen Zeitung“ möchten wir aber doch noch bemerken, daß sie sich allmählich von dem ersten Eindruck des gefärbten Stimmungsbildes über die Versammlung freizumachen sucht, denn sie bespricht in ihrer gestrigen Abendausgabe die Vorgänge vom Montag weit gemäßigter und läßt auch **die Unwürdigkeit durchblicken, Kriegsbeschädigte vor den Wagen sozialdemokratischer Parteibestrebungen zu spannen.**

Herrn Nabokows Bekenntnisse. – Aus den russischen Geheimdokumenten.

„Iswestija“ vom 15. Dezember bringt folgende weitere Geheimdokumente zum Abdruck:

Geheimtelegramm des Geschäftsträgers in London vom 20. September 1917. Nr. 761.

Bezug nehmend auf ihr Telegramm Nr.4108.

Persönlich. In der letzten Zeit hatte ich davon Abstand genommen, Telegramme von politischem Inhalt an Sie zu richten, weil ich die Notwendigkeit einsah, die Krisis, die durch das Auftreten Kornilows hervorgerufen war, erst vorübergehen zu lassen, ehe ich eine Beurteilung des Verhaltens Englands gegenüber Rußlands im jetzigen Augenblick und besonders des Einflusses der Krisis auf diese Beziehung abgab. Jetzt halte ich es für meine Pflicht, Ihnen diese Beurteilung zukommen zu lassen, die ich auf Grund von Beobachtungen in den verschiedensten gesellschaftlichen und politischen Kreisen gewonnen habe. Nach meiner Ueberzeugung war die Kornilow-Affäre nur eine sensationelle Episode, die keine tiefen Spuren im Gedächtnis Englands hinterlassen wird. Wie ich schon wiederholt Gelegenheit hatte, zu erwähnen, hat England, die ungeheure Mehrheit in England viel Sympathie für unsere neue staatliche Form und sieht alle Schwierigkeiten auf dem Wege ihrer Festigung ein. Aber daneben bilden die augenblicklichen Interessen an der gemeinsamen Sache des Verbandes den beherrschenden Faktor. Und man muß der Tatsache direkt ins Auge sehen, daß dank einer systematischen Propaganda in der Presse sich in der öffentlichen Meinung und in der Regierung die feste Ueberzeugung eingewurzelt hat, daß eine aktive Unterstützung durch das russische Heer auf viele Monate ausgeschlossen ist. Dementsprechend wird lebhafte Propaganda für den Gedanken gemacht, daß die Verbandsmächte auch „ohne Rußland“ mit Hilfe Amerikas Deutschland überwinden werden. Diese Ueberzeugung zu zerstreuen, ist unmöglich. Dabei halte ich es für notwendig, Ihnen die Meinung auszusprechen, daß es im Interesse Rußlands wünschenswert wäre, die Einberufung irgendwelcher politischer oder strategischer Konferenzen möglichst in die Länge zu ziehen.

Auf einer solchen Konferenz kann augenblicklich die Stimme Rußlands nicht mit der nötigen Autorität zur Geltung kommen, welche Redner sie auch dazu entsenden würden. Die von unserer Regierung ernannten Generäle, so groß auch ihre persönlichen Eigenschaften wären (Lücke.) Ich will aber versuchen, Ihnen ein durchaus klares Bild zu entwerfen (Lücke), es ist auch noch aus einem anderen Grunde nicht wünschenswert. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in England und ganz besonders in Frankreich die Kriegsmüdigkeit schnell zunimmt. Ebensowenig zu bezweifeln ist, daß auch bei den Mittelmächten die Friedenssehnsucht ungeheuer ist. Weitere Eroberungen Deutschlands sind fraglich. Daher ist es für dieses jetzt der günstigste Augenblick für einen neuen Schritt gekommen, und wir sind der Ansicht, daß es dies in der nächsten Zukunft mit Vorschlägen tun wird, deren Formulierung sowohl für Deutschland, als auch für Frankreich, Italien und England annehmbar sein wird.

Aus der Gesamtheit der in letzter Zeit von Deutschland aufgelassenen **"ballons d'essai"** geht es klar hervor, daß diese Formulierung bestehen wird aus einem Entgegenkommen im Westen Europas, einer verhüllten Beherrschung des Balkans und offenen Kompensationen auf Kosten Rußlands. Die Loyalität der Verbandsregierungen gegenüber Rußland ist nicht zu bezweifeln, aber furchtbar ist die Frage, ob es den Regierungen gelingen wird, die ermüdeten Völker Frankreichs und Englands davon zu überzeugen, daß der Krieg für die Interessen Rußlands fortgesetzt werden muß. **Die einsichtigen Kreise verstehen die wahre Bedeutung der Losung "Vernichtung des preußischen Militarismus", werden aber auch die Armeen und die Arbeitermassen das verstehen, wenn Deutschland solche Vorschläge machen wird?** Die Versuchung wird groß sein trotz des patriotischen Geschreis der Zeitungen und des weiten Blicks der Staatsmänner. Eine Konferenz wird jetzt nur leere Worte bringen, oder aber unseren Verbündeten die Möglichkeit geben, einander zu fragen und vielleicht auch eine Antwort auf die Frage zu finden, inwiefern es für ihre Interessen zweckmäßig ist, das Blutvergießen fortzusetzen, wenn es möglich ist, ihm ein Ende zu machen, indem man wenigstens teilweise Befriedigung erhält.

Ich sehe keine praktische Notwendigkeit für eine Konferenz und bin fest überzeugt, daß alle Pläne für einen "Frühjahrsfeldzug", die im Oktober besprochen werden, im Mai unausführbar sein werden, dank dem Eintritt von Tatsachen, die sechs Monate vorher vorauszusehen undenkbar ist. Rußland bracht die Hilfe Englands und Amerikas. Ich glaube, daß wir durch selbständige Verhandlungen mit den Regierungen ohne Einmischung des natürlicherweise egoistischen und daher obstruktionellen (Lücke) in die Sache der Verbündeten mehr erreichen werden. Ich werde mich in jeder Weise bemühen, hier den Glauben an Rußland und dann den endgültigen Triumph der demokratisch-nationalen Gedanken und damit der militärischen Macht Rußlands zu heben.

Gestatten sie mir zum Schlusse zu bemerken, daß, abgesehen von meinem selbstverständlich über jeden Zweifel erhabenen Patriotismus und meinem Glauben an Rußland, für mich eine moralische Unterstützung außerordentlich wertvoll ist, die ich von Seiten der hiesigen Staatsmänner erhalte, welche die besondere Schwere der von Rußland durchzumachenden Prüfungen wohl einsehen.

Nabokow

Berliner Morgenpost - Nr.10 - Donnerstag, 10. Januar 1918 - S.2

Noch ein Ententebruder.

Genf, 9. Januar. Während gestern bei der Eröffnung der französischen Kammer der Alterspräsident Jules Sigfried, der aus Mülhausen stammt, in einer theatralischen Rede abermals Frankreichs Anspruch auf die verlorenen Provinzen feierlich verkündete, hielt im Palais Luxembourg (Senat) der 85 jährige Senator Gouzy aus Doyen eine Ansprache, die ungefähr das Allertollste und Abscheulichste darstellt, was seit dem 1. August 1914 aus irgendeinem feindlichen Munde kam. Zur ehre Frankreichs darf man annehmen, daß auch das eigene Land über diese Ungeheuerlichkeit erröten wird, die ein irrsinnig gewordener Greis auf der Senatstribüne unter dem Beifall seiner Kollegen sagen durfte.

Der Senator Gouzy schilderte zum Entzücken seiner Zuhörer die Deutschen als barbarische Horden, die in ihrer bestialischen Schändlichkeit die Mordbrenner Dschingis Chans und Tamerlans überträfen (!) Er nennt die Deutschen Mordbrenner, Räuber und Frauenschänder, den deutschen Soldaten das Ebenbild des Schinderhannes. Eine Viertelstunde lang spricht der Senator in den unglaublichsten Schimpfworten vom Deutschen Kaiser, dessen Leben er in aller behaglichen Breite mit dem Leben Neros (!) vergleicht. Er kramt die bluttriefendsten Stellen der französischen Greuelberichte aus den ersten Kriegsmonaten aus und verlangt dann die exemplarische Bestrafung der Hohenzollernfamilie durch einen Ententegerichtshof. (!) Gouzy schließt unter dem stürmischen Beifall des Senats: "Mit aller Kraft und aller Feierlichkeit proklamiere ich als unser Kriegsziel: Krieg bis zum Aeußersten, bis der Deutsche Raubstaat und sein Kaiser niedergeschlagen sind."

Norddeutsche Allgemeine Zeitung - Nr.17 - Donnerstag, 10. Januar 1918 - S.2

Unglaubliche amerikanische Verleumdungen

Berlin, 9. Januar. „Morning Post“ vom 28. Dezember erfährt aus Washington, General Pershing habe amtlich kundgegeben, daß die Deutschen einem amerikanischen Gefangenen die Kehle durchschnitten und er Truppen und Land mit der deutschen Barbarei bekannt machen wollte. Man habe in Amerika Greuelnachrichten niemals geglaubt, hier aber sehe man sich einer unbestreitbaren Tatsache gegenüber (!). **Das amerikanische Heer habe genügend Erfahrung im Kampfe gegen Wilde, um auch mit den Deutschen fertig zu werden. – In langen Kriegen hätten sie erkannt, daß der beste Indianer der tote Indianer sei.** Sie würden auch wissen, welches der beste Deutsche sei.

Die Behauptung, daß Greuelnachrichten in Amerika niemals geglaubt wurden, ist überraschend. Wer amerikanische Zeitungen und amerikanische Stimmungen im Weltkriege kennen lernte, weiß, daß keine Greuelnachricht dumm genug war, um nicht von den amerikanischen Zeitungen gedruckt und vom amerikanischen Publikum geglaubt zu werden. Aber, fährt der Bericht fort, hier liegt eine unbestreitbare Tatsache vor. General Pershing ist bisher den Beweis schuldig geblieben. Er wird ihn nie erbringen. Immerhin, die Amerikaner haben die Absicht, ihre Erfahrungen im Kampf mit den Wilden zu verwerten. Vielleicht werden sie auch die Erfahrungen aus den Freiheitskriegen gegen die Engländer benutzen.

Man erinnert sich, daß die Kämpfe von 1812 von den Briten mit unbeschreiblicher Rohheit und tierischer Grausamkeit geführt wurden. Die Engländer verbanden sich damals mit den Rothäuten und setzten einen Preis von 2 Dollar auf jeden amerikanischen Skalp, ganzgleich, ob von Männern, Frauen oder Kindern. Die Stadt Detroit wurde eingeschert. Die Einwohner wurden geschlachtet. Fort Dearborn wurde erobert, die Besatzung niedergemacht. **Die Ansiedler wurden auf englische Anstiftung skalpiert, an Holzpfähle gebunden und lebendig verbrannt.** Die Amerikaner gedenken also, im Stile dieser Kriege und getreu der Auffassung, daß der beste Feind der tote Feind ist, zu kämpfen. Die Deutschen besiegen seit dreieinhalb Jahren die Neger, Gurkhas und alle anderen wilden Völkerschaften, die für Recht, Freiheit und Kultur kämpfen. Sie scheuen auch den Kampf mit den Amerikanern nicht.

Ein englisches Eingeständnis.

Rotterdam, 9. Januar. In der „Nation“ liest man das nachstehende nette Eingeständnis, das Herrn Lloyd George nicht eben gefreut haben wird:

„Sieg? Im tiefsten Sinne gibt es keinen Sieg für irgendeinen Teilnehmer am Kriege. Aber in einem gewissen Sinne wäre es möglich, daß die Alliierten siegten und trotzdem unterlägen. Wir könnten die Niederlage Deutschlands erzielen, wenn wir einen klaren und vernünftigen Begriff von dem Kriegsziel hätten, das wir zu erreichen suchen. Aber hierüber fehlt es bei uns an jeder klaren Definition.

Der Krieg, so sagt Mr. Asquith, wurde erklärt, um uns einen „reinen Sieg“ zu verschaffen.

Der Krieg, so sagt Sir Edward Carson, ist da, um das Geschäft der Hunnen zu vernichten.

Der Krieg, so sagt „Daily Mail“, ist ein ausgezeichnetes Profitgeschäft.

Der Krieg, so sagen die „Times“, ist da, um Oesterreich zu zerstückeln und den französischen Kapitalisten ein ordentliches Stück des deutschen Industriegebietes zuzuwenden.

Der Krieg, so sagen die Urheber des Gesetzes über die nichteisenhaltigen Metalle, ist da, um ein britisches Monopol für Blei und Zink zu schaffen.

Der Krieg, so sagen unsere Schutzzöllner, ist da, um den hunnischen Konkurrenten aus dem Wege zu bringen.

Der Krieg, so sagte der Zar, wurde erklärt, um Konstantinopel zu erobern und die Türkei unter russische Oberhoheit zu bringen.

In Wirklichkeit waren alle diese „Kriegsziele“ nur Vorwände, um den Krieg zu verlängern. Aber ein Krieg, der unnützerweise verlängert wird, ist ein verlorener Krieg.“

Da haben wir endlich einen Engländer, der die Wahrheit spricht.

Wiener Abendpost - Nr.8 – Donnerstag, 10. Jänner 1918 - S.18

[Kapitänleutnant Steinbrinck]

Berlin, 10.Jänner. Das Wolffsche Bureau meldet: Wiederum findet der Name des **Kapitänleutnants Steinbrinck** lobend Erwähnung im Admiralstabsbericht. Otto Steinbrinck ist derselbe, der unter schwierigen Verhältnissen am 26. Juli 1917 den englischen Kreuzer „Ariadne“ versenkt hat und schon im März 1916 für seine schneidigen Unternehmungen in den von Sperren, Minen und Wachtschiffen stark verteidigten Gewässern des englischen Kanals mit dem Orden „Pour le mérit“ ausgezeichnet worden war. Auf einer seiner damaligen Fahrten versenkte er alleine 22 Fahrzeuge mit 14.005 Tonnen, darunter 11 nach Italien und Frankreich bestimmte Kohlenschiffe. Daß er auch gegen stark gesicherte Geleitzüge glänzende Erfolge zu erzielen versteht, hat der heutige Bericht schlagend bewiesen. Schmerzlich muß unsere Feinde die Versenkung eines Einheitsdampfers berühren, denn auf diese Konstruktion haben sie große Hoffnung gesetzt. Wegen der Schnelligkeit des Baues sollten die „Standardships“ ein besonders geeignetes Mittel bieten, um die rasch wachsenden Verluste auszugleichen, welche die niederträchtige U-Boot-Tätigkeit - wie Asquith unsere Erfolge kürzlich in Birmingham bezeichnet hat - der feindlichen Schifffahrt schlägt. Nun ruht bereits mindestens der zweite Einheitsdampfer auf dem Grunde. Das erste Opfer war die „War Clover“, die gleichfalls auf ihrer Jungferntour torpediert wurde.

Über weiter Mißerfolge berichtet die fremde Presse: Der Eindruck festigt sich, daß diese Schnellbauten gleich allen übrigen Schiffen erheblich rascher versenkt werden, als sich ihr Ersatz herstellen läßt.

Wiener Abendpost - Nr.8 – Donnerstag, 10. Jänner 1918 - S.19

[Ausweisung der französischen Militärdeputation aus Rußland.]

Stockholm, 9.Jänner. Nach einer Meldung der „Nowaja Schisn“ habe Trotzki die französische Militärdeputation aufgefordert, ihr Aufklärungsbureau zu schließen, den drahtlosen Telegraphen zu zerstören und die leitenden Offiziere heimzusenden.

Wiener Abendpost - Nr.8 – Donnerstag, 10. Jänner 1918 - S.19

[Beschlagnahme französischer Bank in Petersburg]

Haparanda, 9. Jänner. „Wetscherni Czas“ zufolge hat der französische Botschafter in St.Petersburg gegen die Beschlagnahme der dortigen Filiale des Credit Lyonnais Verwahrung eingelegt und gedroht, Frankreich werde Mittel finden, um sich schadlos zu halten.

Wiener Abendpost - Nr.8 – Donnerstag, 10. Jänner 1918 - S.19

[Englischer Botschafter verläßt Rußland]

Haparanda, 9.Jänner. Der englische Botschafter in St.Petersburg Buchanan ist mit Familie und Begleitung hier eingetroffen und nach Stockholm weitergereist.

Wiener Abendpost - Nr.8 – Donnerstag, 10. Jänner 1918 - S.19

[Kein sicherer Friede ehe Deutschland geschlagen]

London, 9. Jänner. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Arbeitsminister G.H.Roberts sprach gestern in einer Massenveranstaltung zu Ruddersfield über die Kriegsziele. Er sagte, man könne nicht in Friedensverhandlungen eintreten, ehe nicht Belgien wiederhergestellt und vollständig entschädigt sei. Es könne kein Frieden sein, ehe Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückgegeben sei. Jedes Zeichen von Uneinigkeit in England werde diese Friedensbedingungen für England weniger befriedigend gestalten. **Er sei sicher, daß der Friede nie ein sicher dauernder sein werde, ehe nicht Deutschland geschlagen sei.**

Wiener Abendpost - Nr.8 – Donnerstag, 10. Jänner 1918 - S.21

Kriegszustand zwischen Österreich-Ungarn und Kuba.

Wien, 9. Jänner. Heute ist eine offizielle Nachricht eingetroffen, laut welcher die Regierung der kubanischen Republik am 16. Dezember 1917 den Eintritt des Kriegszustandes zwischen Kuba und der österreichisch-ungarischen Monarchie erklärt hat.

Berliner Neueste Nachrichten - Nr. 18 - Donnerstag, 10. Januar 1918 – Abend - S.3

Die feindlichen Brüder.

Auf die Bemerkung Ledebours im Reichstage, daß die Bolschewiki in Rußland etwa daßelbe seien, was die Unabhängigen in Deutschland, antwortete die linksradikale Bremer „Arbeiterpolitik“, Herr Ledebour möchte gar zu gern vom Strahlenkranz der russischen Revolution ein Flimmerchen für die armseligen Unabhängigen erhaschen; in Wahrheit hätten aber er und Adolf Hoffmann die wirklichen deutschen Freunde der Bolschewiki mehrfach öffentlich denunziert, und sich zum Kampf gegen sie nicht nur hinter den sozialdemokratischen Parteivorstand, sondern auch hinter den Staatsanwalt gesteckt. Als Denunziant der Bolschewikis in Deutschland seien Ledebour und Hoffmann unfreiwillige Organe der Kriminalpolizei und der Generalkommandos geworden. Nicht allein Trotzki, Lenin und Zinowiew sprächen deshalb mit tiefster Verachtung von der Haase-Partei, sondern auch Rosa Luxemburg und Franz Mehring hätten an ihrer wissenschaftlichen Leuchte Karl Kautsky kein gutes Haar gelassen. Kurz jede Stunde bolschewikischer Arbeit überschütte den ganzen unabhängigen Klüngel kübelweise mit Schimpf und Schande. „Die Unabhängigen sind alt und schwach, die Senilität glotzt ihnen aus allen Poren.“

Der Reichsbote - Nr. 18 - Donnerstag, 10. Januar 1918 – Abend - S.4

An alle treuen Freunde Preußens!

Preußen! Das Vaterland, das Preußen des Großen Friedrich, das Deutsche Reich Kaiser Wilhelms und Bismarcks, ist in Gefahr. Heimlich und öffentlich vor aller Welt, drinnen und draußen, sind starke Mächte am Werke, den stolzen Bau Preußen-Deutschlands zu unterhöhlen und zu Falle zu bringen. **Unter dem heuchlerischen Vorgehen der Befreiung von einem Joche, unter dem wir gar nicht schmachten, soll uns die Sklavenkette der internationalen Demokratie, d. h. einer schrankenlosen Gewaltherrschaft, um den Hals**

gelegt, sollen wir der Herrschaft des Weltkapitalismus unterworfen werden, denn um letzteres handelt es sich schließlich allein, wie die Musterdemokratien Amerika, England usw. beweisen. Und Männer, die sich Deutsche nennen, scheuen sich nicht, den Feinden Preußen-Deutschlands in die Hände zu arbeiten, nur damit sie ihr Kriegsziel, die Unterwerfung unseres Vaterlandes unter die Demokratie erreichen. Das preußische Königtum, der starke Hort staatlicher Ordnung, bürgerlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, soll entnervt, die Monarchie zu einem Schattendasein hinabgedrückt und die schrankenlose Herrschaft der Parteien aufgerichtet werden. Unser altes Preußen, das nicht, wie seine Widersacher fälschlich behaupten, rückständig – man denke nur an sein hochentwickeltes Schulwesen und an seine weitgehende Selbstverwaltung –, sondern immer für gesunden und natürlichen Fortschritt offen gewesen ist, soll verschwinden, dem stolzen Hohenzollernbau soll seine granitene Grundlage zerbrochen, dem Deutschen Vaterlande das Herz genommen werden.

Preußen! Seid ihr willens, Gewehr bei Fuß zuzusehen, wie euer Vaterland seiner Lebenskraft beraubt wird? Wollt ihr das stolze Erbe eurer Väter preisgeben? Denkt an unseren unvergeßlichen Kaiser und König Wilhelm und seine getreuen Paladine Bismarck, Roon und Moltke, die ihr Leben Preußen widmeten; denkt an alle, die für Preußen und damit für Deutschland und seine Größe gearbeitet und geblutet haben in der fernen und nahen Vergangenheit; denkt an eure Brüder, die heute mit ihren Leibern unsere Grenzen decken. Reißt den Verführern die Maske herunter, die mit hohlen Redensarten von angeblichen Rechten das Volk betören und deren freiheitsschillernder Mantel nichts anderes als Knechtschaft in seinen gleißenden Falten birgt.

Preußen! Das Ende der Entwicklung, in deren Bahnen wir heute gedrängt werden sollen, ist der Umsturz der Monarchie und die Aufrichtung der Republik. Auf der einmal beschrittenen schiefen Bahn wird es kein Aufhalten geben. Das alte Preußen, an dem wir treuen Preußen mit allen Fasern unseres Herzens hängen, ist dem Untergang geweiht, wenn das Preußentum sich nicht aufrafft und der drohenden Entwicklung sich entgegenstemmt. Darum ist es dringend nötig, daß das gesamte treue Preußenvolk in allen Schichten ohne Ausnahme und allen seinen Ständen sich einmütig zusammenschart um die Fahne des Preußentums. Nicht zum Kampfe um wirtschaftliche Interessen irgendwelcher Art, er mag anderen Organisationen überlassen bleiben. Es geht um ein höheres Gut, um unser Preußen, das uns Gott als kostbares Erbteil von unseren Vätern hat überkommen lassen. Und so wie wir Preußen für Preußen und das Preußentum, so fühlen in den andern deutschen Stämmen die besten Geister auch für ihr engeres Vaterland und für ihre Stammeseigentümlichkeit. **Allüberall beginnt es sich zu regen wider den verhängnisvollen Unitarismus, durch den die Selbständigkeit der Bundesstaaten beseitigt und die Herrschaft der sogenannten Demokratie aufgerichtet werden soll, ganz in dem Sinne und nach dem Wunsche unserer Todfeinde, vor allem Englands, das in einem demokratischen Preußen-Deutschland die sicherste Gewähr für ein in Ohnmacht dahinsiechendes Deutschland erblickt.** Wie aber sollen wir uns sammeln?

Preußen aller Stände! Schließt euch dem Preußen-Bunde an, der die Kräfte, welche Preußen-Deutschland groß gemacht haben, zu stärken und zu erhalten und den preußischen Geist und Staatsgedanken zu pflegen sucht. Er will das preußische Gewissen schärfen und gegenüber der Sucht nach Genuß und dem Drängen nach vermeintlichen neuen Rechten und Freiheiten darauf hinweisen, daß die Kraft Preußens in gewissenhafter Pflichterfüllung beruht. Der Preußen-Bund wird nie einem ungesunden Partikularismus das Wort reden; keiner Partei und keinen Sonderbestrebungen will er dienen, sondern allein unserem Preußen, das jahrhundertlang für Deutschland gearbeitet, gekämpft und geblutet hat, und damit dem großen Deutschen Reich selbst, das in seiner Macht und Stärke aus den starken Wurzeln und der Lebenskraft des Preußentums hervorgegangen ist, und das nur weiter gedeihen kann auf der starken und gesunden preußischen Grundlage. Tretet ihr Preußen und preußisch gesinnten Deutschen, in unsere Reihen ein und laßt uns Mann an Mann kämpfen.

Mit Gott für unseren König, für unser Preußen und damit für unser großes deutsches Vaterland!

Deutsche Zeitung - Nr. 18 - Donnerstag, 10. Januar 1918 – Abend - S.2

Keine elsäß-lothringische Frage.

Auf dem Bezirkstage des Unterelsaß hielt der zum Präsidenten wiedergewählte Unterstaatssekretär a. D. Dr. Petri eine Ansprache, worin er zum Schluß sagte:

In der Presse aller Länder begegnet man vielfach dem Gedanken, daß der Hauptstein des Anstoßes auf dem Wege zum Völkerfrieden unser liebes Heimatland ist. Nach den Äußerungen der maßgebenden Stellen in Frankreich mag es damit wohl seine Richtigkeit haben. Auch vom Kanal herüber vernehmen wir dieselben Töne, welche die kaum verdeckte Absicht verraten, den französischen Kriegswillen immer wieder aufs neue

anzufeuern. Demgegenüber kann man nicht oft genug wiederholen, daß es für uns in Deutschland keine elsäthlothingische Frage im internationalen Sinne gibt und geben kann. Ich glaube mich gewiß zum Dolmetscher Ihrer einmütigen Stimmung zu machen, wenn ich hier, am Fuße des Straßburger Münsters, erkläre, daß es ein Verbrechen an der Menschheit ist, daß Blutvergießen um einen einzigen Tag zu verlängern, um dieses Land von seinem alten Mutterlands losreißen zu wollen.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung - Nr. 17 - Donnerstag, 10. Januar 1918 – Morgen – S.1

Wilsons Programm des Weltfriedens. – Kommentar.

Die vierzehn Punkte bilden im Gegensatz zu der Ueberschrift, die Wilson ihnen gibt, nicht ein Programm des Weltfriedens, sondern eine wahre Symphonie des Willens zum Unfrieden, einsetzend mit hoffnungsfroh klingenden Schalmeien von der Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere, der Beseitigung wirtschaftlicher Schranken, einer unparteiischen Schlichtung kolonialer Ansprüche. Soweit so gut. Alle diese Dinge sind schon wiederholt erörtert worden, und man ist über den Wert der allgemeinen Grundsätze fast in der ganzen Welt einig, wenn auch nicht über die Methoden zu ihrer Verwirklichung. Jedenfalls ist dies das Gebiet, wo die Hindernisse für den Frieden nicht liegen, wo es eines Eingreifens Wilsons, um sie zu beseitigen, nicht bedurft hätte. Dort aber, wo Herr Wilson Gelegenheit gehabt hätte, dem Frieden zu dienen, die Möglichkeit einer Verständigung der Völker in erreichbare Nähe zu rücken, hat er nicht nur versagt, sondern die gegenteilige Ansicht klar zum Ausdruck gebracht. Er hat nicht den geringsten Versuch gemacht, die Hindernisse, die einer Ausdehnung der Brester Verhandlungen im Wege stehen, hinwegzuräumen, vielmehr diese Hindernisse aufeinandergetürmt, neue in Gestalt neuer oder zum mindesten bisher nicht öffentlich erhobener Forderung herbeigetragen und auf diese Weise einen Damm gegen den allgemeinen Frieden errichtet. Und nach einer derartig gewaltsamen Steigerung aller Friedenshindernisse schließt er sein „Programm des Weltfriedens“ mit einem verführerisch klingenden Abgesang von der allgemeinen Vereinigung der Nationen.

Es ist im politischen Kampfe keine angenehme Aufgabe, dem Gegner die Unaufrichtigkeit seiner Handlungsweise vorzuhalten, aber in der gegenwärtigen militärischen und politischen Lage wäre es geradezu lächerlich, wenn man von dem Präsidenten Wilson sagen wollte, er glaube wirklich an die Durchführbarkeit der Forderungen, die er hier im Namen oder Auftrag seiner Verbündeten erhebt. Herr Wilson verlangt von einer Nation, deren Waffen auf allen Fronten siegreich gewesen sind und menschlichem Ermessen nach siegreich bleiben, die freiwillige Hingabe einer Provinz, die von Angehörigen ihres Stammes bewohnt sind, die in nahezu fünfzig Jahren nach ihrer Wiedervereinigung mit dem alten Vaterland glücklich gewesen ist im Besitz der Güter und Gaben des Friedens. Er fordert für einen Staat, dessen ruhelose nationalistische Agitation mit den äußeren Anstoß für den Weltkrieg bildete, und der jetzt auf der Kriegskarte überhaupt nicht mehr existiert, ebenso wie für einen neugeschaffenen, von den Siegern als freies Geschenk dargebotenen Staat ohne Auftrag einen Zugang zum Meere über das Gebiet des Siegers hinweg. Das sind nicht Bedingungen, die man einem Bande von Staaten ernsthaft zumuten kann, der militärisch so stark und politisch so fest ist wie der Vierbund. Es sind vielmehr die Forderungen eines Mannes, der den Krieg selbst noch nicht gesehen und dessen Volk ihn nicht anders kennt als aus den Abschlüssen der Rüstungsindustrie.

Aber Herr Wilson geht noch weiter. Unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, maßt er sich die Befugnis zu, in die innerstaatlichen Verhältnisse Oesterreich-Ungarns einzugreifen und proklamiert so die Vergewaltigung der Nationen, die Außerachtlassung geschichtlicher und völkischer Tatsachen. Mit gleicher Unbekümmertheit findet er für die Teilung der Türkei eine Begründung, die kaum noch als Umschreibung des *sic volo, sic jubeo* anzusprechen ist. Das sind nicht die Worte und Absichten eines weltfremden Ideologen, der gern den Präzeptor der alten Welt spielt. So spricht nur ein Mann, dessen Politik darauf hinausgeht, Völker und Volksteile, die zusammengehören und sich ihrer Zusammengehörigkeit durchaus bewußt sind, gegeneinander auszuspielen. Die Maske mag geschickt gewählt sein, aber das Spiel ist zu bekannt, als daß man es nicht sofort darunter erkennen sollte.

An dieser Erkenntnis wird es nichts ändern, wenn Wilson in der wortreichen Kongreßbotschaft, die den Mantel für sein kriegesisches „Friedensprogramm“ hergeben muß, heuchlerisch fragt, in wessen Namen die Mittelmächte eigentlich sprechen. Die Antwort hatte er längst, bevor er die Frage stellte: Reichstag und Reichsregierung, Fürst und Volk in Deutschland, die Herrscher, Regierungen und Parlamente unserer Verbündeten haben sie ihm längst gegeben.

Wenn in Rußland noch irgend ein Teil des Volkes oder seiner Führer, wie Wilson anzunehmen vorgibt, Hoffnungen auf Amerika gesetzt hat, so wird man dort jetzt ganz klar sehen: Diese Hoffnungen werden

abgespeist mit der Phrase von dem „innigen Wunsche, daß ein Weg gefunden werde, der es erlaubt, dem russischen Volke zu helfen“. Das Wilsonsche Programm enthält nichts für die vermeintlichen Wünsche und Hoffnungen Rußlands. Ueber Rußlands Grenzen und die Grenzen des Verbundes hinaus, wird man aus dieser Kongreßbotschaft deutlicher als je erkennen, wo die Kriegsverlängerer sitzen und welche verwerflichen Mittel sie anwenden. Ob eine solche Kundgebung aus London, Paris oder Washington kommt – die Tonart mag verschieden sein –, der Inhalt ist stets der gleiche. Es ist das imperialistische Eroberungsprogramm, vertreten von den Staatsmännern demokratischer Länder in der trügerischen Verkleidung der Phrasen von Weltfrieden, Freiheit und Völkerglück.

W.S.

Tägliche Rundschau - Nr. 17 - Donnerstag, 10. Januar 1918 – Morgen – S.1

Wilson's Botschaft.

Nach Lloyd George Herr Wilson! Nach den englischen Kriegszielen die amerikanischen! Nach der britischen Aufforderung, wir sollten unsere militärischen Vorteile aus der Hand geben und uns politisch zerstückeln lassen um dafür der Ehre eines „wahrhaft demokratischen Friedens teilhaftig zu werden“, die amerikanische Belehrung an uns, unter welchen Bedingungen uns Amerika und die Entente die Hand zu reichen gewillt seien. Nach der britischen Aufforderung an uns, wir sollten uns an russischem Gebiete schadlos halten, wird Rußland gestreichelt und ihm die Hilfe und Unterstützung der Union angeboten und das Rezept befolgt, das der Petersburger Sonderberichterstatter der „Daily Chronicle“, Dr. Harold Williams, seinen britischen Landsleuten angegeben hat: „Wir können Rußland nicht verlassen!“, denn es wäre „der Verlust des Krieges für England“, selbst wenn England in anderen Teilen der Welt siegte: es wäre eine „kurzsichtige Politik“. So gibt sich nun Herr Wilson alle Mühe, Rußland vor dem Sonderfrieden zu warnen und, wie schon Lloyd George, die „Sklaverei Rußlands“ an der Seite Deutschlands als Schreckgespenst an die Wand gemalt hat, ihm zum Segen der Entente den Schritt zum Frieden zu verleiden. So wird den Russen, und namentlich denen, die mit der Politik der Bolschewisten nicht einverstanden sind, erzählt, „die Mittelmächte beabsichtigten, jeden Fußbreit Landes, das ihre bewaffneten Massen (nicht Truppen) besetzt hielten, jede Provinz, jede Stadt und jeden vorteilhaften Punkt als dauernde Mehrung ihrer Länder und ihrer Macht zu behalten“.

Es wird die Hilflosigkeit Rußlands „gegenüber der unnachgiebigen Macht Deutschlands“ rührend geschildert, aber Herr Wilson vergißt leider hinzuzufügen, warum Rußland dieses Schicksal, seinen jetzigen militärischen Zusammenbruch erlitten hat; er vergißt, daß Rußland das Opfer der Politik der Entente geworden ist, die in den Jahren vor dem Kriege die kriegslustigen panslawischen, auf Macht und Ausdehnung hungrigen Elemente des russischen Reiches gestärkt hat, um Rußland in den Dienst der Vernichtungsabsichten Englands und der Revancheziele Frankreichs zu stellen, daß Rußland während des Krieges von England und im Auftrage des Herrn Wilson von den amerikanischen Geldgebern immer wieder zu neuen Blutopfern getrieben worden ist, die es auf dem Altar der Entente zu bringen hatte.

Wenn Rußland heute den Frieden nachsuchen muß, wenn seine Führer heute, wie die Dinge liegen, auf das Entgegenkommen der Mittelmächte angewiesen sind, sobald sie für Rußland einen günstigen Frieden ausschlagen wollen, der ihnen ermöglicht, die Wunden zu heilen und das Reich wieder auf eine entwicklungsfähige Grundlage zu stellen, so hat Rußland diesen seinen Niedergang lediglich seinen Bundesgenossen zu danken; sie haben das Reußenreich ausgenützt in militärischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht und ihr einziger sorgender Gedanke ist, wie man es anfangs, damit auch in Zukunft die Russen bereit sind, sich für die imperialistischen Ziele Englands und Amerikas zusammenschließen zu lassen.

Nach dieser Richtung sind denn auch die Freundschaftsversicherungen Amerikas zu werten, die Versuche, neue Schwierigkeiten zwischen Rußland und dem Vierbunde zu schaffen, dauernde Feindschaft zu säen und in Rußland selbst Gegensätze zwischen den heutigen Machthabern und ihren bürgerlichen Gegnern zu vertiefen. Herr Wilson versichert den Russen, er wolle ihnen helfen, damit sie ihre Hoffnungen auf Freiheit und dauernden Frieden erfüllen können, und stellt es damit so hin, als ob die russischen Hoffnungen an der Seite Deutschlands vernichtet würden. Herr Wilson wird bei seinem Versuche, Rußland noch tiefer in die Abhängigkeit der Entente zu führen, vermutlich ebenso auf Widerstand bei Lenin und Trotzki stoßen, wie Lloyd George, dessen Absichten von der russischen Regierung, wie der Funkspruch „An alle“ lehrte, erkannt und schonungslos festgenagelt worden sind.

Lenin und Trotzki wissen, daß die Ententemächte Rußland nicht helfen können, wenn es ihnen bisher nicht gelungen war, Rußland zu unterstützen. Und wenn Herr Wilson es so hinstellt, als ob die russische Revolution und ihre Früchte an der Seite Deutschlands bedroht seien, so wird in Petersburg nicht unbekannt

sein, daß die Entente, wie das russische und griechische Beispiel lehrt, sich niemals gescheut hat, in die innerpolitischen Verhältnisse anderer Staaten und Reiche einzugreifen, und daß man bereits seit langem in den Hauptstädten der Westmächte das größte Verlangen nach einem neuen zaristischen Regiment in Rußland trägt, das „die Bande“ der Revolutionäre auseinanderjagt und für die Westmächte eine neue Stütze wird.

Erst vor einigen Tagen hieß es in „Gaulois“: „Wir müssen notwendig dem russischen Volk klarmachen, daß es unter einem Alpdruck gestanden hat und dieser nun zu Ende ist. Dies mystische Volk verlangt nach Unterwerfung, Vertrauen, Anbetung. Das einzige Mittel, diesen Seelen den Frieden wiederzugeben, ist, ihnen den Zaren zurückzubringen, dem sie vertrauten und den sie anbeteten. Man muß ihm helfen, wieder auf den Thron zu kommen.“ Das sind Sehnsüchte, unter denen die russische Demokratie keine Geschäfte machen kann, und die lehrreicher sind als Herrn Wilsons Versprechungen.

Ist der eine Teil der Botschaft Wilsons Rußland gewidmet, so beschäftigt sich der zweite Teil mit der Schnürung des innerpolitischen Zwistes in Deutschland, um darauf die Hoffnungen für den angelsächsischen Frieden aufzubauen. Wilson sucht den Gegensatz zwischen der Politik Kühlmanns in Brest-Litowsk und den militärischen Erfordernissen Deutschlands auszunutzen, indem er Herrn v. Kühlmann wegen seines Programms vom 25. Dezember lobt und im Gegensatz dazu das Programm vom 28. Dezember stellt, das von den militärischen Führern stamme. Vom ersten Programm sagt Wilson, daß es „von den liberalen Staatsmännern“ herrühre, die „die Macht ihres eigenen Volkes zu fühlen begonnen haben“.

Hier sieht man die Wirkung der Scheidemannschen Politik, in der Wilson die Macht des Volkes zu erkennen glaubt. Herr Wilson meint demnach, daß unsere Staatsmänner unter dem Druck der Arbeitermassen handeln und gezwungen seien, ihm Rechnung zu tragen. Es ist selbstverständlich, daß die Gegner darauf ihre weiteren Hoffnungen aufbauen. Daß eine solche Wirkung unserer innerpolitischen Dinge nicht in unserem Interesse liegt, ist selbstverständlich, und eine Regierung, die im Ausland Erfolge erzielen will, muß alles vermeiden, was den Eindruck hervorrufen könnte, als seien ihre Hände nicht frei, als stehe sie unter bestimmtem Druck, als gebe sie nach aus Furcht vor inneren Schwierigkeiten. An diesen Aeußerungen Wilsons zeigt sich die Notwendigkeit für die Reichsleitung, sich von den Einflüssen Scheidemanns und Erzbergers zu befreien und dafür zu sorgen, daß die Richtlinien unserer Politik einheitlich laufen, und nicht die Auffassung bestehen zu lassen, als handelten Regierung und militärische Führung gegeneinander, als wolle die politische Leitung den militärischen Erfordernissen nicht nachkommen. Es liegt nicht in unserem Interesse, wenn Wilson die Reichstagsmehrheit gegen sie sogenannte Minderheit ausspielt und auf die Mehrheit einwirkt, sie solle ihre Forderungen zur Geltung bringen.

Den Zwiespalt im deutschen Volke, den Wilson hervorhebt, benützt er zur Aufstellung von 14 Forderungen. Alle diese Forderungen sind für uns unannehmbar und laufen auf eine Zersetzung Deutschlands und des Vierbundes hinaus, so, wenn Wilson bei Punkt 13 die Abtretung der polnischen Gebiete Preußens verlangt, sowie bei Punkt 8 die Rückgabe Elsaß-Lothringens.

All die maßlosen Vernichtungsreden der Gegner auf unser letztes und weitgehendes Friedensangebot lehren zur Genüge, daß die Politik der Friedensangebote endgültig ein Ende haben muß, denn sie stärkt, wie die Reden des Lloyd George und Herrn Wilsons zeigen, immer wieder den feindlichen Vernichtungswillen und zögert das Ende des Krieges immer weiter hinaus; sie schadet dem deutschen Volke in Heimat und Front. Welche Antwort auf Friedensangebote von den Gegnern kommt, wußten wir schon im Januar 1916. Die Antwort vom Januar 1917 hätte uns erspart werden können. Uns kann nur der Sieg helfen. **E.S.**

Tägliche Rundschau - Nr. 18 - Donnerstag, 10. Januar 1918 – Abend – S.1

Lloyd George und Englands wahre Absicht. – von Geh. Admiralitätsrat a. D. Paul Koch.

„Wir führen keinen Angriffskrieg gegen das deutsche Volk Es ist nicht unser Wunsch, die große Stellung Deutschlands in der Zukunft in Frage zu stellen“ – so sprach vor wenigen Tagen der Hüter der „Heiligkeit von Verträgen“ und Hort des „internationalen Rechts“, Lloyd George, in seiner Ansprache an die Vertreter der Gewerkschaften. **Inzwischen erbringen die russischen Veröffentlichungen der Geheimverträge fortgesetzt vor aller Welt den Beweis, wie bereits lange vor dem Kriege das Fell des Bären unter die Spießgesellen der Entente verteilt worden ist.** Sie zeigen insbesondere, welcher Art die „idealen“ Gründe waren, aus denen England in den ihm angeblich „aufgedrängten“ Krieg eintrat. **Und wahrlich, man muß nur heute noch einmal jenen Artikel der „Saturday Review“ vom 11. September 1897 mit seinem schnöden Hinweis auf „the outrageous follies of William the Witless“ [die haarsträubenden Torheiten Wilhelms des Einfältigen] in die Hand nehmen, um sich zu vergegenwärtigen, daß England seit 20 Jahren kein anderes Ziel kennt, als „Germania esse delendam“.**

Trotzdem könnte man auf den Gedanken kommen, daß der auch in der Rede Lloyd Georges – mit dem Hinweis auf die Verwendung der Rohstoffmärkte – uns soeben wieder angedrohte wirtschaftliche Nachkrieg, daß insbesondere die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz von 1916 in das Gebiet der Phrasen zu verweisen seien, wenn nicht die Zusammenstellung der Maßnahmen und Bestrebungen, die das feindliche Ausland zur Bekämpfung des deutschen Handels tatsächlich bereits eingeleitet hat, zeigen würde, wie ernst diese Versuche gemeint sind.

Um eine solche Zusammenstellung hat sich besonders das unter Leitung von Professor Harms stehende königliche Institut für Seeverkehr in Kiel mit seinem Sammelwerk „Der Wirtschaftskrieg“ [i. Abt. England. Jena, bei Gustav Fischer] das größte Verdienst erworben. Es ist in der Tat dringend erforderlich, daß bei uns in der weitesten Öffentlichkeit begriffen wird, daß hinter den Phrasen eines Lloyd George und hinter dem Zynismus eines Presselords Northcliffe der bitterste Wille steht, nicht nur den deutschen Handel zu bekämpfen, sondern das deutsche Wirtschaftsleben im Auslande, die Betätigung des deutschen Kapitals, den Absatz deutscher Erzeugnisse mit Stumpf und Stiel und mit allen Mitteln der Gewalt, der List und des Luges und Truges auszurotten, um sich selber in die leer gewordenen Stätten einzudrängen.

Seit Kriegsbeginn ist diese zielbewußte Arbeit am Werk, und wer durch den weinerlichen Ruf nach einem Verständigungsfrieden den Krieg noch immer weiter in die Länge zieht, statt seinerseits England gegenüber den letzten Vernichtungswillen zu predigen, der trägt nur dazu bei, daß dieses grimmige Vernichtungswerk seinem Endziel immer näher kommt, und daß drüben allmählich vergessen wird, was „made in Germany“ einst bedeutete, und wieviel deutsche Wissenschaft, deutsche Betriebsamkeit und deutsche Treue dazu beitrugen, die Menschheit in allen Zonen dem Ideale der Menschlichkeit näher zu bringen.

Jedes Mittel war England recht, so die Eröffnung an ein großes überseeisches Haus „that my credit there was no longer good“, so die schwarzen und die grauen Listen, die Nichtigkeitserklärungen geschlossener Verträge und die gewaltsame Verdrängung des deutschen Einflusses, der deutschen Angestellten und aller deutschen Interessen, um so jeden Kanal, durch den der deutsche Handel nach dem Kriege in den Weltmarkt eindringen und seinen Anteil an der Produktion der Welthandelsgüter und dem Absatz wieder übernehmen könnte, ein für alle Mal zu verschließen. Es ist wahr, man hat die deutschen Waren, die sich draußen voranden, nicht ohne weiteres verschleudert – das hätte einen Preissturz hervorrufen können –, man hat auch die deutschen Geschäft nicht ohne weiteres geschlossen, denn man hatte nichts anderes in die entstandenen Lücken zu setzen, ja, man hat auch die Ergebnisse der Liquidationen nach Abzug der nötigen Spesen bei den Banken niedergelegt. Alles das freilich nicht, um es den deutschen Gläubigern auszuzahlen, sondern nur als Faustpfand für die deutsche Kriegsentschädigung, als Zahlungsmittel, wenn dereinst „Tonne für Tonne“ die versenkten Schiffe Deutschland in Rechnung gestellt werden, und es wäre überraschend, wenn es nicht so schmachlich wäre, wie man Tag für Tag neue Methoden erfand, um die deutschen Handelsverbindungen bis in ihre feinsten Beziehungen zu verfolgen und mit geschäftlichem und gesellschaftlichem Boykott alle die zu treffen, die irgend an derartigen Verbindungen in zweiter oder dritter Linie beteiligt waren. Hierüber ist besonders in dem genannten Harmschen Buch ein überwältigendes Material zusammengetragen worden, das allerdings nur mit nachhaltigem Studium bewältigt werden kann.

Leichter zu übersehen sind die englischen Versuche mit der Förderung des eigenen Gewerbefleißes, mit dem Raube deutscher Patente und Musterzeichen, um der deutschen Ware den Absatz abzugraben und englische Erzeugnisse an ihre Stelle zu setzen. Diese Bestrebungen erstrecken sich auf die chemische Industrie, auf Bergbau und Hüttenwesen, auf die Glasindustrie und ihr verwandte Geschäftszweige, insbesondere auch auf Gläser für wissenschaftliche Zwecke, optische Gläser und Kunstgläser, auf die Papierindustrie, die Spielwaren Industrie und vieles andere mehr. Hier nun freilich wird vielfach selbst von englischer Seite zugestanden, daß man vorläufig das Ziel noch nicht erreicht habe, und deutlicher wird die beispielsweise durch die Klagen über die in englischen Werken hergestellten Farben und durch die viel höheren Preise, soweit nicht überhaupt durch den Mangel an Grundstoffen die weitere Herstellung in Frage gestellt wurde.

Hier tritt dann noch ein anderes in Erscheinung, daß nämlich die englischen Inseln für sich allein nicht in der Lage waren, die bisher von Deutschland besorgte Warenlieferung zu übernehmen, und daß man sich genötigt sah, die betreffenden Gewerbebezüge nach Kanada und selbst nach Australien zu verpflanzen. Es mag sein, daß die Kanadier und Australier einstweilen bei der Abhängigkeit von dem englischen Mutterlande sich wohl befinden, gleichwohl kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Verminderung der wirtschaftlichen Abhängigkeit mit der Zeit auch den Willen zu politischer Abhängigkeit und politischer Gefolgschaft vermindern, und daß insofern die Waffe sich als zweischneidig erweisen wird. Gefährlicher ist noch die immer deutlicher sich hervorkehrende Entschlossenheit Japans, auch seinerseits aus dem gegen Deutschland gerichteten Vernichtungskrieg Vorteil zu ziehen, und so sicher es sein mag, daß Japan für sich allein gegen eine geschlossene Liga der weißen Rasse in Handel und Gewerbe einen schweren Stand hatte, so sicher muß es

erscheinen, daß der von England angezettelte Vernichtungskrieg Japans wirtschaftlicher Entwicklung zugute kommen und ihm mindestens die Märkte des fernen Ostens und der Südsee insoweit eröffnen muß, daß englische und wahrscheinlich auch amerikanische Ware hier schon in naher Zukunft keinen Absatz mehr finden.

Uebersaus lehrreich sind die englischen Versuche, durch Förderung der Wissenschaft und des Fachunterrichtes auf den in Betracht kommenden Gebieten der englischen Rückständigkeit nachzuhelfen und den englischen Fabrikanten und Arbeiter in den Stand zu setzen, es dem von seinem Platz verdrängten deutschen Wettbewerber gleich zu tun. Hier freilich eröffnet sich für uns ein Hoffnungsschimmer, denn die Lücken des Wissens, die Vernachlässigung der Forschung lassen sich am allerwenigsten von heute auf morgen ausfüllen, und vor allem die Charaktereigenschaften, die den Deutschen an sein Studierzimmer fesseln, während der englische Student seine Lorbeeren in sportlicher Betätigung suchte, lassen sich so schnell nicht wandeln und geben uns die begründete Hoffnung, daß in dem gegen uns angezettelten Vernichtungskrieg das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Eines ist klar, mit Friedensbedingungen und mit papiernen Zugeständnissen lassen sich die Ergebnisse der Vergiftung, die nun im vierten Jahre unserem Wirtschaftsleben in seiner überseeischen Betätigung eingepflanzt ist, nicht beseitigen; wir werden uns darin finden müssen, daß vieles für immer verloren ist, und daß wir überall von vorne wieder anfangen müssen, um so mehr aber gilt es „arbeiten und nicht verzweifeln“ und **um so weniger kann davon die Rede sein, mit einem Winseln um „Verständigung“ das Verlorene wieder zu gewinnen, und dem deutschen Arbeiter Brot zu schaffen.**

Vossische Zeitung - Nr. 17 - Donnerstag, 10. Januar 1918 – Morgen – S.2

Die angelsächsische Gefahr.

Die Anhänger der Theorie eines tiefen Interessengegensatzes zwischen England und Amerika werden aus der Botschaft Wilsons vielleicht ohne Schwierigkeiten neues Beweismaterial für die Verschiedenartigkeit oder Gegensätzlichkeit der Politik von Washington und London herauszulesen vermögen. Wer aber aus dem verständnisvollen und engen Zusammenarbeiten der beiden angelsächsischen Mächte während des ganzen Krieges seine Schlüsse zu ziehen vermöchte, der wird die Friedenskundgebung Wilsons als eine geradezu notwendige taktische Ergänzung der Sonnabend-Rede Lloyd Georges aufzufassen haben. Nuancen, die eine von der englischen abweichende Richtung der amerikanischen Interessen verraten, sollen damit keineswegs geleugnet werden. Aber diese Dinge verhindern nicht, daß es sich hier um ein bewußtes Zusammenwirken handelt, dessen Resultate für uns die gleichen sein werden, ob es nun Wilson gelingt, die politische Führung der Entente den Händen Lloyd Georges zu entwenden oder nicht.

Wir können den Verhältnissen zwischen England und Amerika höchsten dadurch Rechnung tragen, daß wir das beabsichtigte Ergebnis ihrer gemeinsamen Arbeit nicht mehr als „englischen“, sondern als „angelsächsischen“ Frieden bezeichnen. Die Gefahr eines solchen Friedens, deren Heraufziehen wir schon auf Grund der Rede des englischen Premierministers vor den Gewerkschaftsführern signalisiert haben, wird durch die Botschaft Wilsons näher gerückt und deutlicher gemacht. Mit gewissen Ausnahmen, über die noch gleichmäßig aufgestellten Forderungen bildet, daß die Wünsche und Interessen der afrikanischen Bevölkerung bei der Bestimmung ihres künftigen Schicksals berücksichtigt werden sollen. Wir wollen in diesem Zusammenhang nur an den Vorschlag der englischen Gewerkschaften auf Internationalisierung des gesamten afrikanischen Kolonialgebietes erinnern. Bei dieser Internationalisierung handelt es sich natürlich immer wieder um das politische und wirtschaftliche Verfügungsrecht des angelsächsisch geführten Völkerbundes.

Es erübrigt nun noch, den Unterschied zwischen der Taktik Wilsons und der Lloyd Georges in der Behandlung der russischen Frage festzustellen, die ja augenblicklich die unmittelbarste Bedeutung besitzt. Dieser Unterschied, der zunächst am krassesten in die Augen springt, ist nach unserer Meinung sachlich der geringfügigste. Gerade hier zeigt sich vielmehr am Klarsten das Verständnis für das Zusammenarbeiten der beiden Mächte, das umso inniger ist, je mehr es sich um die Lösung einer Gegenwartsfrage handelt. Lloyd George hat zwar den Russen versichert, daß England bereit sein würde, sich ihrer anzunehmen, wenn sie allen Sonderfriedenswünschen entsagen. Er hat aber sehr deutlich merken lassen, daß er in Wirklichkeit entschlossen ist, deutsche Ansprüche auf russisches Gebiet nicht zu durchkreuzen. Wilson dagegen fordert die Räumung der besetzten Gebiete Rußlands. Er überhäuft die Russen mit Wohlwollen und verspricht ihnen jeden greifbaren Beweise seiner Sympathie. Das mag wohl mit den starken wirtschaftlichen Interessen Amerikas in Rußland zusammenhängen. Aber es beweist noch nicht, daß Wilson auch nur im entferntesten die Absicht hat, die Unversehrtheit russischen Gebiets zu garantieren. Seine Botschaft enthält keine Auslegung des Begriffs des

Selbstbestimmungsrechts, und sie vermeidet ängstlich jede Stellungnahme zu der Meinungsverschiedenheit der russischen und deutschen Friedensunterhändler bezüglich dieses Punktes.

Es ist klar, daß Wilson jede deutsche Gebietserweiterung im Osten unter irgend einem schön klingenden Namen stillschweigend zulassen würde; ebenso klar ist, daß er hinterher seine Hände in Unschuld waschen und Rußland seine Dienste für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau zur Verfügung stellen will.

Die hellsichtige Charakteristik der angelsächsischen Politik gegenüber Rußland, die in dem von uns gestern abgedruckten russischen Funkspruch „An alle“ zum Ausdruck kommt, findet hier die beste Bestätigung. Es zeigt sich aber auch, daß das geschlagene und zerrüttete Rußland eben doch nicht in dem Sinn, wie es sich manche Leute in Deutschland vorstellen, auf die Verständigung mit uns angewiesen ist. Allerdings zu Gebietsabtretungen können wir Rußland zwingen (das wollen ja gerade England und Amerika), nicht aber zur Freundschaft. Wenn Rußland durch unsere Politik genötigt ist, uns und die angelsächsische Mächtegruppe als zwei Uebel anzusehen, so wird es unsere Gegner zweifellos als das kleinere Uebel betrachten; dann wird sich seine Feindschaft nicht gegen diejenigen kehren, die seine Zerstückelung geduldet, sondern gegen diejenigen, die sie vollzogen haben. Die Folge für Deutschland wird sein, daß es zwar um so und so viele Quadratkilometer vergrößert, im übrigen aber als verhältnismäßig kleiner und **durch wirtschaftliche Abhängigkeit hilfloser Bruchteil der Erdoberfläche von einer ganzen Welt feindlich gesinnter Vormünder eingeschlossen und zum endgültigen Verzicht auf ein künftiges nationales Eigenleben, auf wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit und auf die Möglichkeit, seine zunehmende Bevölkerung zu ernähren, verurteilt sein wird. Diese Gefahr steht heute dicht und droht uns. Es ist höchste, allerhöchste Zeit für uns, zur Erkenntnis dieser Lage zu erwachen.**

A.R.

Posener Tageblatt - Nr. 16 - Donnerstag, 10. Januar 1918 – Abend – S.1

Eine neue Stockholmer Konferenz.

Stockholm, 8. Januar. (Schwed. Tel.-Bur.) Die russischen, schwedischen, dänischen und norwegischen Mitglieder des Organisations-Ausschusses der Stockholmer Konferenz veröffentlichten eine brüderliche Begrüßung an die organisierten Arbeiter Großbritanniens, in der sie sie herzlich dazu beglückwünschen, den inneren Wiederaufbau der englischen Arbeiterpartei in Angriff genommen zu haben.

Sie erklärten, sich glücklich zu schätzen, daß sie eine Einladung zur Teilnahme am Kongreß in Nottingham erhalten haben, und ordnen zu ihm einen Sekretär ab, um den Gesichtspunkt, der der Organisation der Stockholmer Konferenz in Betracht komme, darzulegen. Sie erklären weiterhin, man müsse ihnen Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß die Ereignisse ihre Auffassung von der Lage, wie sie sie im Mai 1917 auseinandergesetzt haben, bestätigt hätten. Sie sagen ferner:

Stockholm stellt die Auffassung der Arbeiterklasse dar. Es war nicht das Werkzeug irgend einer Regierung, ist es nicht und wird es auch nicht sein. Es gehört seinen eigenen Zielen an, die diejenigen der gesamten Menschheit sind. Die Stockholmer Konferenz würde der Arbeiterklasse Rußlands, dessen Revolution eine Revolution für die ganze Welt bedeutet, den inneren Zusammenschluß und die Kraft gegeben haben, die notwendig sind, um die Gefahren von Sonderunternehmungen zu vermeiden und den Kampf für einen allgemeinen Frieden fortzusetzen. Diese Politik ist nicht verstanden worden.

Rußland ist zu verzweifelten Entschlüssen gedrängt worden. Das Ergebnis der Politik der Paßverweigerungen ist die Gefahr eines Sonderfriedens und das sichere Hinopfern von Millionen von Menschen und Hunderten von Milliarden Geld. Um die Lage zu retten, muß eine Umgestaltung der Aussichten auf einen Sonderfrieden in einen allgemeinen Frieden ins Auge gefaßt werden.

Das ist möglich dank der Taktik, die Ihr eingeschlagen habt. Ihr habt eure Kriegsziele in eine Fassung gebracht. Fordert von den verbündeten Sozialisten, sich ihnen anzuschließen. Dann verlangt, daß Eure Formel das Programm der Internationale wird. So könnt Ihr zur allgemeinen Konferenz gelangen, die diese historische Rolle spielen kann unter der einen Bedingung, daß sie sich nicht von den Ereignissen überholen läßt.

Trotzkis Erklärungen in Brest-Litowsk.

(wie BTB Nr.20, Abend S.3)

[Die ukrainische Delegation gibt eine Stellungnahme zu ihrer Staatsgründung ab, zu der Herr v. Kühlmann im späteren Verlauf der allgemeinen Verhandlungen Stellung beziehen möchte.]

Nachdem Staatssekretär von Kühlmann mit Zustimmung der Versammlung erklärt hatte, daß diese Präliminarfrage vorerst zwischen den Delegationen der Verbündeten beraten werden würde und ihre weitere Erörterung im Plenum vorbehalten bleibe, ergriff der erste Delegierte der russischen Delegation Herr Trotzki das Wort und erklärte einleitend, er halte es für notwendig, vorerst ein Mißverständnis zu beseitigen, das sich in die Verhandlungen eingeschlichen habe. Die russische Delegation stellte fest, daß das offizielle in deutschen Zeitungen veröffentlichte Protokoll der Sitzung vom 27. Dezember 1917 in dem Teil, in welchem die Rede des Vorsitzenden der russischen Delegation wiedergegeben worden sei, dem entspreche, was sich in dieser Sitzung ereignet habe. Was das der russischen Delegation gänzlich unbekannte, wirkliche oder fiktive Telegramm der Petersburger Telegraphen-Agentur anbelange, auf welches sich die deutsche Presse und der Staatssekretär von Kühlmann berufen hätten, so müsse die russische Delegation hierüber zunächst Erkundigungen einziehen.

Herr Trotzki gab dann seinem Bedauern Ausdruck, daß dieses Mißverständnis, das in keinem Zusammenhange mit den Arbeiten der Delegation stehe, eingetreten sei. Was den von den militärischen Vertretern der drei anderen Delegationen unterstützten Protest des Generals Hoffmann gegen Artikel in der Presse, Funksprüche, Aufrufe usw. betreffe, so müsse er erklären, daß weder die Bedingungen des Waffenstillstandes noch der Charakter der Friedensverhandlungen die Freiheit der Presse und des Wortes begrenzten. Nach diesen Vorbemerkungen ging Herr Trotzki auf den Inhalt der von den Vorsitzenden der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation abgegebenen Erklärung ein und führte aus:

„Fürs erste bestätigen wir, daß wir im vollen Einvernehmen mit dem vorher gefaßten Beschluß die Friedensverhandlungen weiter führen wollen, ganz abgesehen davon, ob sich die Mächte der Entente anschließen oder nicht. Wir nehmen die Erklärung der Delegationen des Vierbundes zur Kenntnis, daß die Grundlagen des allgemeinen Friedens, die in ihrer Deklaration vom 25. Dezember formuliert waren, jetzt hinfällig werden, da die Länder der Entente während der zehntägigen Frist sich den Friedensverhandlungen nicht angeschlossen haben. Wir unsererseits halten an den von uns proklamierten Grundsätzen des demokratischen Friedens fest. Was den russischen Vorschlag auf Verlegung der weiteren Verhandlungen auf neutrales Gebiet anbelange, so sei dieser auf den Wunsch zurückzuführen, für beide Seiten gleich günstige Verhältnisse herzustellen. Die öffentliche Meinung Rußlands nehme übrigens daran Anstoß, daß die russische Delegation Verhandlungen in einer von deutschen Truppen besetzten Festung führe, zumal es sich hier um das Schicksal lebendiger Völker handele.

Die technischen Schwierigkeiten, welche das Verlegen der Verhandlungen auf neutrales Gebiet mit sich bringe, könne die russische Delegation ebensowenig gelten lassen, wie die Furcht vor Machenschaften der Entente, gegen die sich Rußland selbst zu schützen wisse. Unter Hinweis auf die von der maximalistischen Regierung bisher konsequent befolgten Friedenspolitik und die von ihr bewiesene Unabhängigkeit, bemerkte Herr Trotzki weiter, er habe absolut keine Gründe anzunehmen, daß die Diplomatie der Entente auf neutralem Boden gegen den Frieden mit größerem Erfolge operieren könnte, als in Petersburg. Gegenüber der vom Vorsitzenden der österreichisch-ungarischen Delegation ausgesprochenen Befürchtung, die Regierungen Englands und Frankreichs könnten vor wie hinter den Kulissen versuchen, das Zustandekommen des Friedens zu verhindern, halte er es für nötig zu erklären, daß die maximalistische Politik ohne Kulissen auskomme, da diese Waffe der alten Diplomatie durch das russische Volk zusammen mit vielen anderen Dingen im siegreichen Aufstande des 25. Oktober abgeschafft worden sei.

Wenn also nach Ansicht der russischen Delegation technische und politische Umstände das Schicksal des Friedens nicht unbedingt an Brest-Litowsk als Verhandlungsort knüpften, so vermöge die russische Delegation nicht an einem anderen, vom Reichskanzler erwähnten Argument vorüberzugehen. Gemeint sei jener Teil der Rede des Grafen Hertling, in der dieser außer auf das gute Recht und das loyale Gewissen auch auf die Machtstellung Deutschlands hingewiesen habe. Die russische Delegation habe weder die Möglichkeit noch die Absicht, zu bestreiten, daß ihr Land durch die Politik der bis vor kurzem herrschenden Klasse geschwächt sei; aber die Weltstellung eines Landes werde nicht durch die ihm innewohnenden Möglichkeiten, wie ja auch die wirtschaftliche Kraft Deutschlands nicht nur nach dem heutigen Stande seiner Verpflegungsmittel beurteilt werden dürfe. Ebenso wie die große Reformation des 16. und die große

Revolution des 18. Jahrhunderts die schaffenden Kräfte des deutschen und des französischen Volkes zum Leben geweckt habe, so seien durch die große Revolution in Rußland die schaffenden Kräfte des russischen Volkes geweckt und entfaltet worden.

Aber die russische Regierung habe an die Spitze ihres Programms das Wort „Friede“ geschrieben, und die hohen Sympathien, welche das russische Volk den Völkern der Verbündeten entgegenbringe, bestärken es in dem Wunsche, den schleunigsten Frieden, der auf der Verständigung der Völker begründet sein werde, zu erreichen. Um den Mächten des Vierbundes den Vorwand eines Abbruches der Friedensverhandlungen aus technischen Gründen zu entziehen, nehme die russische Delegation die Forderung an, in Brest-Litowsk zu bleiben. Sie bleibe in Brest-Litowsk, um keine Möglichkeit in dem Kampfe um den Frieden unausgenutzt zu lassen.

Indem die russische Delegation auf ihren Vorschlag wegen der Verlegung der Verhandlungen auf neutralen Boden verzichte, beantragte sie, zur Fortsetzung der Verhandlungen überzugehen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde dann beschlossen, am Nachmittage zwischen den Delegationen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns einerseits und Rußlands andererseits eine interne Beratung abzuhalten.

Berliner Tageblatt - Nr. 20 - Freitag, 11. Januar 1918 – Abend – S.1

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Aus dem neuen amtlichen Bericht über die Verhandlungen in Brest-Litowsk, den wir auf Seite 3 veröffentlichen, ergibt sich, daß die ukrainische Delegation der letzten Vollsitzung beigewohnt und dort ihr Programm vorgelegt hat, und Trotzki sich auf den Standpunkt gestellt hat, die ukrainische Delegation solle als selbständige Vertretung, nicht nur als Unterabteilung der russischen Delegation in den Friedensverhandlungen teilnehmen. Wir haben schon vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß die ukrainische Delegation keineswegs in der Absicht nach Brest-Litowsk gekommen sei, gegen die Bolschewikiregierung aufzutreten, sondern, daß sie, soweit die von ihr speziell vertretenen Interessen das zulassen, ersichtlich ein Zusammengehen mit der bolschewistischen Delegation erstrebe. Die Ukrainer wünschen die Föderativrepublik, sind aber bereit, sich, sobald ihre Selbständigkeit gesichert ist, mit den anderen Gliedern des Bundes solidarisch zu fühlen. Trotzki hat erklärt, die ukrainische Delegation sei von den Petersburger Unterhändlern als „selbständige Vertretung“ anerkannt, und der Vorsitzende der ukrainischen Delegation hat ihm für diese Erklärung gedankt und das Verhältnis dahin formuliert, daß „die ukrainische und die russische Abordnung zwei getrennte selbständige Delegationen derselben Partei bildeten“.

Herr v. Kühlmann hat dann gesagt, die Delegation der Verbündeten würden über diese Präliminarfrage – über die Frage ob und in welcher Form die Ukrainer an den Verhandlungen teilnehmen könnten – zunächst beraten.

Berliner Tageblatt - Nr. 20 - Freitag, 11. Januar 1918 – Abend – S.1

Depression in Holland.

Haag, 11. Januar. Die Aufnahme der Rede Wilsons durch die holländische Presse zeigt die Ermüdung und Skepsis gegenüber derartigen Äußerungen sehr deutlich. Einige Blätter nehmen noch die üblichen textkritischen Untersuchungen vor, im übrigen herrscht der Eindruck vor, daß die Entente entschlossen ist weiterzufechten. „Allgemeines Handelsblatt“ sagt:

„In Abwartung des kommenden Rechtszustandes sollen nun alle friedliebenden freien Völker der Erde die Gewalttätigkeit und das Unrecht weiter erleiden, das die Kriegführenden ihnen antun. Um dieses Ziel vorzubereiten, wenn es dann soweit sein wird, wird die Erde ganz anders aussehen als Wilson und Lloyd George es sich vorstellen. Sie wird dann entvölkert, verarmt und erschöpft sein und des Lebens nicht wert. Der Weltfriede Wilsons und Lloyd Georges führt zu einem Zustand, gegen den die Vernichtung Deutschlands nach dem Dreißigjährigen Krieg ein Paradies war. Eine geschlagene Entente wird nicht vor einem rein angelsächsischen Krieg und einer umgekehrten Kontinentalsperre zurückschrecken.“

Diese jetzt obwaltende Stimmung ist um so interessanter, als man Weihnachten vielfach geneigt war, mit einem vorläufig nur diplomatischen Abbau des Krieges seitens England zu rechnen.

Randbemerkungen zu Wilsons Botschaft.

Der große Heuchler von Washington, der sich so gern als Weltschiedsrichter gebärdet, hat sich beeilt, auf die Rede Lloyd Georges seinerseits eine Kundgebung zur Friedensfrage loszulassen, die, ungeachtet der Abweichungen von den bisherigen Emanationen dieses autokratisch auftretenden Machthabers, ganz und gar das Gepräge seines Wesens trägt. Neben der Miene der Scheinheiligkeit leuchten uns daraus die tendenziösen Fälschungs- und Verdrehungskunststückchen entgegen, ohne die es Wilson nun einmal nicht tut. Wie er bei seiner Wahl das amerikanische Volk bewußt täuschte, indem er sich als Friedenspräsident gebärdete, weil er allein auf diese Weise seine Wahl erreichen konnte, obwohl er bereits seit langem entschlossen war, einem Siege Deutschlands mit Kriegsdrohung oder, wenn es sein müsse, Krieg entgegenzuarbeiten, so hat er auch die Welt durch seine Maske der Friedensfreundlichkeit getäuscht und betrogen.

Seiner mit Unwahrheiten und Fälschungen ihre Zwecke verfolgenden Natur entsprechend sucht er in seiner Botschaft an den Kongreß die Vorstellung zu erwecken, als wollten die Mittelmächte alles von ihnen eroberte und besetzte Gebiet behalten. Er braucht diese Darstellung, um die Bevölkerung der Vereinigten Staaten in dem trügerischen Glauben zu erhalten, als wären die angefallenen Mittelmächte die Urheber des Krieges, aus Eroberungssucht, als trachte Deutschland nach der Weltherrschaft. Es ist das ja die alte Leier, mit der er und seine Kreaturen von Anfang an arbeiteten, um die amerikanische Bevölkerung, die wenig Neigung zeigte, in den europäischen Krieg hineinbezogen zu werden, mit Kriegsfanatismus zu erfüllen.

Das Bemerkenswerteste an der Wilsonschen Kundgebung ist ein gewisser Parallelismus mit Lloyd Georges letzter Aeußerung. Die Gedankengänge Wilsons passen sich denen Lloyd Georges in den Hauptlinien an. Deutschland gegenüber werden merklich sanfteren Töne angeschlagen als es bisher dem hochfahrenden Auftreten dieses anmaßenden Mannes entsprach, der sich von Anfang an als giftiger Feind Deutschlands zu erkennen gab. Wilson will mit einem Male Deutschlands Gleichberechtigung unter den Nationen nicht mehr antasten, ihm auch nicht mehr vorschreiben, wie es seine Verfassung einzurichten hat, wenn er ihm auch Elsaß-Lothringen abknöpfen möchte. Oesterreich-Ungarn und die Türkei sollen dagegen zerstückelt werden. Das kennzeichnet treffend seinen Standpunkt der „Gerechtigkeit“ gegenüber allen Völkern und Nationen, dem er am Schlusse seiner Botschaft geißnerisch betont.

Daß Wilsons Botschaft als Grundlage für Friedensaussichten ebenso untauglich ist wie Lloyd Georges Ergießung, braucht wohl kaum hervorgehoben zu werden. Ein gewisses Interesse hat sie für uns nur insofern, als sie beweist, in wie hohem Grade sie den wachsenden Einfluß des U-Boot-Krieges verrät. Bei der fortdauernden guten Wirkung dieser schneidigen Waffe wird wohl auch dieser giftige Feind der Gerechtigkeit und Wahrheit schließlich noch auf einen Standpunkt kommen, der mit mehr Aussicht Möglichkeiten, zu einem guten Frieden zu kommen, erschließt. Im übrigen kann man um so eher über diese Botschaft zur Tagesordnung übergehen als die Vorgänge in Brest-Litowsk wieder in erhöhtem Maße die Aufmerksamkeit zu beanspruchen beginnen.

Die Vorgänge in Litauisch-Brest.

Am letzten Mittwoch sind die Verhandlungen in Litauisch-Brest wieder aufgenommen worden. Die erste Sitzung wurde von den Erklärungen der Bevollmächtigten des Vierbundes ausgefüllt. Sie waren entsprechend den Vorgängen, die sich während der Verhandlungspause ereignet haben, sehr ernst gehalten, jedoch auch von einer Bestimmtheit, die eine völlige Klärung der Lage im Osten erwarten läßt.

Zwei Punkte sind aus den Erklärungen besonders hervorzuheben, weil sie die außerordentlichen Schwierigkeiten beleuchten, die einem glatten Verlauf der Verhandlungen entgegenstehen, wenn unsere Vertreter bei der Fortführung der Verhandlungen neben dem ernstesten Willen, zu einer Verständigung zu gelangen, nicht auch jene Festigkeit und Entschiedenheit bekunden, die bei der inneren Lage Rußlands doppelt geboten erscheinen.

Es dürfte noch erinnerlich sein, daß es eine dann von Reuter übernommene Meldung der Petersburger Telegraphenagentur war, die die Sozialdemokraten und einen Teil der Freisinnigen zu einem Sturmлаufe gegen die verbündeten Regierungen veranlaßte. In dieser Meldung war eine von den amtlichen deutschen und österreichisch-ungarischen Berichten völlig abweichende Darstellung der Meinungsverschiedenheiten gegeben worden, die in Litauisch-Brest über das Selbstbestimmungsrecht und die Räumungsfrage unbereinigt geblieben waren. Die erwähnten Parteien nahmen nach alter Gewohnheit sofort an, daß die eigenen Regierungen falsch

berichtet hätten, um zu verheimlichen, daß durch ihre Halsstarrigkeit die Verhandlungen m Sande zu verlaufen drohen.

Wir hatten damals bereits darauf hingewiesen, daß die Petersburger Regierung damit begonnen habe, den Grundsatz der öffentlichen Diplomatie aufzugeben und eine Politik mit doppeltem Boden zu machen. Immerhin war auch nach den diesbezüglichen Erklärungen des Herrn von dem Bussche die Annahme gestattet, daß es sich um eine mißverständliche Auffassung gehandelt habe, am letzten Mittwoch konnte jedoch der deutsche Staatssekretär feststellen, daß der fragliche Bricht der Petersburger Agentur lediglich der Phantasie des Erfinders entsprungen und in allen Teilen erfunden ist. – Keiner der anwesenden russischen Vertreter hat gegen diese Feststellung einen Einwand erhoben. – Es hätte keinen Zweck, danach zu fragen, welcher von den russischen Ministern diese falsche Darstellung in die Welt geschickt hat, die nur den Zweck haben konnte, den Vierbundregierungen in den eigenen Ländern Schwierigkeiten zu bereiten; die Tatsache genügt, um auch die andere Tatsache festzustellen, daß auch der gegenwärtigen russischen Regierung die Methoden westlicher Geheimdiplomatie nicht fremd sind und damit auch bei den weiteren Verhandlungen gerechnet werden muß.

Wenn etwas die Vierbundregierungen in ihrem Entschlusse, die Forderung, die Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen, abzulehnen, bestärken konnte, so war es dieser Zwischenfall. – Herr v. Kühlmann sprach in dieser Beziehung von einem „unabänderlichen Beschlusse“ und Graf Czernin von einer „kategorischen Ablehnung“ des betreffenden russischen Vorschlages, und wenn die russische Regierung auf einen glatten und raschen Verlauf der Verhandlungen wirklich Wert legt, dann wird sie der Auffassung der Vierbundmächte um so mehr beitreten, als die Abmachungen, auf Grund deren die Entente sich den Verhandlungen anschließen sollte, durch die Weigerung hinfällig geworden sind. Wozu also die Verhandlungen an einem Orte durchführen, an dem auch Ententevertreter anwesend sind? Würde die Petersburger Regierung trotzdem darauf bestehen, so müßte angenommen werden, daß sie sich die Möglichkeit schaffen wolle, Entente und Vierbund nach Bedarf gegeneinander auszuspielen. Das wäre eine Rückkehr zu der Politik Kerenskij's, der die Wege zu ebnen sie sicher keine Veranlassung haben.

Neu und außerordentlich ernst waren die Vorgänge, die die Vertreter der verbündeten Heeresleitungen zum Gegenstande entschiedensten Einspruches machten. Sie stellten fest, daß Vertreter der russischen Regierung und Heeresleitung Funksprüche und Aufrufe verbreiteten, die unsere Truppen zu revolutionären Handlungen aufforderten und dadurch gegen den Geist des Waffenstillstandes handelten. Auch gegen diese Feststellungen erhob keiner der anwesenden russischen Vertreter einen Einwand; es handelte sich also um Tatsachen, die vielleicht auch an den vielfach behaupteten Weigerungen zwischen Ludendorff und Herrn v. Kühlmann einen Anteil haben mögen, die aber jedenfalls der russischen Regierung in der schroffsten Weise als eine Verletzung des in sie gesetzten Vertrauens unter die Nase gehalten werden mußten.

Wir haben bereits wiederholt betont, daß es uns gleichgültig ist, wer in Rußland regiert und wie man sich dort einrichtet; es kann auch niemand mehr dunkel sein, daß die gegenwärtige russische Regierung die Formel vom Selbstbestimmungsrecht auch darum so eifrig vertritt, weil sie in ihr eine Bürgschaft auch ihres eigenen Bestandes erblickt; um so unverantwortlicher war es von Vertretern dieser Regierung, über die Grenzen des eigenen nationalen und Staatlichen Wirkungskreises hinaus in das innere Leben der Mittelmächte einzugreifen und unter unseren Truppen eine revolutionäre Propaganda zu versuchen. Will die derzeitige russische Regierung, daß man ihre Autorität achtet, dann muß sie vor allem unsere Souveränität respektieren; in dem Augenblicke, wo sie es unterläßt, hört sie auf, eine Regierung zu sein, mit der man verhandeln kann. Es geht uns nichts an, welche politischen Methoden die Bolschewiki bei sich zu Hause einführen, uns gegenüber fordern wir strikte Einhaltung eingegangener Verpflichtungen und peinlichste Achtung unseres Selbstbestimmungsrechtes.

Nach den Erklärungen unserer Vertreter vom 10. d. M. kann die Petersburger Regierung nicht mehr im Zweifel über die Folgen gegenteiligen Handelns sein. Daß sich dergleichen Zwischenfälle nicht wiederholen, daran hat die russische Regierung selbst das größte Interesse, wenn sie zu einem ehrenvollen Frieden gelangen will, den auf der bereits vereinbarten Grundlage abzuschließen unsere Vertreter sich neuerdings bereit erklärt haben.

Befreiung Ägyptens im Sinne des von allen Mächten angestrebten Nationalitätenprinzips gefordert

Berlin, 10. Jänner. Dem Präsidenten des ägyptischen Nationalkomitees wird dem Wolffschen Bureau folgende Kundgebung an den Vorsitzenden des Friedenskongresses in Brest-Litowsk übermittelt:

„Die in Berlin versammelten Mitglieder der Ägyptischen Nationalpartei haben die Ehre, die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die Notwendigkeit der Befreiung Ägyptens im Sinne des von allen Mächten angestrebten Nationalitätenprinzips zu lenken. Die Sowjets in St.Petersburg haben sich feierlich für dieses Prinzip sowohl wie für die Freiheit der Meere erklärt. Die Befreiung Ägyptens ist um so notwendiger, als die Neutralität des Suezkanals nicht wirksam werden kann, solange England Ägypten besetzt hält, wie der gegenwärtige Krieg zur Genüge bewiesen hat.

Unsere Forderung beruht erstens auf dem natürlichen Recht, das jeder Staat besitzt, sich selbst zu regieren und sich seiner Eigenart gemäß zu entwickeln; zweitens auf dem Verzichtsvertrag von Terapia vom Juni 1882, drittens auf dem Vertrag von London vom Juni 1884 u.s.w.

Solange unser Kanal unter der Kontrolle irgend einer Großmacht steht, kann die Freiheit der Meere, die eines der Grundprinzipien der Demokratie im allgemeinen und der russischen Sozialisten im besonderen bildet, nicht in wirksamer Weise gewährleistet werden. Nur ein freies Ägypten kann uns schützen und sämtlichen Nationen während des Krieges und in den Friedenszeiten freie Durchfahrt garantieren.

Ägypten, das mehr als andere Nationen die zur Anwendung des Nationalitätenprinzips notwendigen Vorbedingungen besitzt und dessen geographische Lage an einer großen internationalen Verkehrsstraße seine Befreiung dringend notwendig macht, ist überzeugt, daß dieser Kongreß, der sich versammelt hat, um den Krieg zu beenden und eine Wiederholung des entsetzlichen Blutvergießens zu verhindern, seine natürlichen und unverjähren Rechte anerkennen wird.

Im Auftrage des Komitees: Mohammed Farid Bei, Präsident.“

Deutsche Zeitung - Nr.19 – Freitag, 11. Januar 1918 - S.2

Die Tschechen und Wilson.

Wessen Geschäfte Herr Wilson im Grunde besorgt und wie dankbar man ihm dafür ist, geht aus einer Drahtung hervor, die der tschechische Hochverräter Professor Masaryk, der Vorsitzende des tschechisch-slovakischen Nationalrates in Rußland, an Wilson gerichtet hat. Masaryk spricht dem Präsidenten im Namen der von ihm vertretenen Köperschaft und des „gesamten tschechischen Volkes“ den Dank für die Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn aus. Weiter erklärt Masaryk, die Zerstückelung Oesterreichs-Ungarns müsse das vornehmste Ziel dieses Krieges sein, weil es die nationalen und demokratischen Grundsätze verleugne. Zugleich stelle die Monarchie eine organisierte Gewaltherrschaft dar, mit deren Hilfe die slawisch-romanische Mehrheit durch eine deutsche und madjarische Minderheit unterdrückt werde. Erst müsse das tschechische Volk, das Jahrhunderte hindurch dem Deutschtum gegenüber seine Nationalität bewahrt habe, befreit sein, erst dann werde auch Europa vom deutschen Militarismus und Imperialismus befreit werden können. Wenn es gelinge, Tschechien und Slowakien zu befreien, dann werde auch die Einigung und Befreiung der Polen, Südslawen, Italiener und Rumänen zur Tat. Nur auf diesem Wege sei es außerdem möglich, die von Preußen nach den Balkanstaaten, Asien und Afrika hinüberführende Brücke zu zerstören und die Preußen zu zwingen, ihre Herrschaft über alle nichtdeutschen Völkerschaften aufzugeben.

Angesichts dieser Drahtung erscheint die neueste Botschaft des Präsidenten Wilson in einem ganz besonderen Lichte, und hält man das Friedensangebot Lloyd Georges dazu, so kann man über den Einfluß der Masaryk-Drahtung auf beide Kundgebungen wohl nicht mehr im Zweifel sein.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung - Nr.19 – Freitag, 11. Januar 1918 – Morgen – S.2

Der Angriff auf Mannheim – ein „prächtiger Rekord“. [Churchill ist Kriegsminister]

Herr Clemenceau hat, wie es heißt, der Zensur die Zügel ein wenig gelockert. Das hätte er nicht tun sollen, denn die französische Presse, über deren Geist wir seit langem nicht mehr im unklaren sind, benutzt die erste Gelegenheit, um Frankreich vor der ganzen zivilisierten Welt unrettbar bloßzustellen. Den Anlaß biete der **Angriff, den englische Flugzeuge zu Weihnachten am hellen Tage gegen die offene, unverteidigte Stadt**

Mannheim ausgeführt haben und dem, leider, eine ganze Anzahl unschuldiger Zivilpersonen zum Opfer gefallen sind. Wenn die deutschen Flieger feindliche Städte angriffen, so haben sie – darüber kann nach allen amtlichen und sonstigen Presseveröffentlichungen kein Zweifel sein - stets militärische Objekte zum Ziel genommen, z. B. die Docks in London, die Hafenanlagen von Dover und Dünkirchen, die Festungs- und Kasernenanlagen von Nancy usw. Es ist kein Streit darüber möglich, daß solche Beschießung militärischer Ziele zu den Kampfhandlungen gehört, zu denen der eigensinnige Kriegswille unserer Gegner uns, leider, noch immer zwingt. Im neutralen Ausland hat es, selbst nach den Angriffen auf Frankfurt und dem grauenhaften Kindermord in Karlsruhe, nicht an Leuten gefehlt, die der Meinung waren, unsere Feinde ließen sich bei ihren Luftunternehmungen gegen Städte ebenso wie wir nur von militärischen Erwägungen leiten, ihre Ziele seien nur militärischer Natur und etwaiger Schaden der Zivilbevölkerung sei alleine auf das Fehlgehen der Bomben zurückzuführen – eine Ansicht, die, mag sie auch gutgläubig sein, jedenfalls der Treffsicherheit der Ententebombenflieger ein erbärmliches Zeugnis ausstellt. Diese Optimisten und Ententefreunde werden nun durch einen Leitartikel des „Echo de Paris“ vom 27. Dezember, den selbst Clemenceau als starke Bloßstellung Frankreichs und als Entlarvung der französischen Zivilisationsheuchelei empfinden dürfte, gründlich eines Besseren oder vielmehr Schlechteren belehrt.

Mit zynischer Offenheit schreibt das Blatt des Nationalisten Maurice Barres, nachdem es die erfolgverheißenden Aussichten der Tages- und Nachtangriffe gegeneinander abgewogen: „Das Flugzeug bekämpft in erster Linie die Bevölkerung der Städte, es braucht daher für Tagesangriffe weniger Munition und Bomben kleineren Kalibers mitzunehmen, da die Straßen dann ja ohnehin stark belebt sind, während bei Nacht die Geschosse meist auf freies Pflaster aufschlagen.“

Offener und zynischer kann man nicht sein. Was bisher von allen kultivierten Völkern mit Abscheu verworfen wurde, die Beschießung der Zivilbevölkerung aus Flugzeugen, das wird hier geradezu als das oberste Ziel der Luftangriffe hingestellt. Die Maske ist herunter, fortan wissen wir, worauf es den für die „Zivilisation“ kämpfenden Franzosen ankommt, worauf sie es abgesehen haben, wenn sie unsere Städte angreifen, und mit uns kann nach dieser Äußerung kein noch so ententebegeisterter Neutraler im Dunkeln tappen. Wenn einmal die Zeit erfüllt sein wird und die große Abrechnung auch mit den Westmächten kommt – die nervöse Phantasie gewisser Franzosen sieht das deutsche Menetekel schon an der Wand des in allen Fugen morschen französischen Hauses – so wird man auch dieses Ausbruches an Roheit zu gedenken haben, den die Zensur des Herrn Clemenceau sich **bona** oder **mala tide** durch die Schere schlüpfen ließ. „Echo de Paris“ schließt seinen Artikel mit den Worten: „Mannheim stellt einen prächtigen Rekord für Staffelflüge auf“. Wir sind vielmehr der Meinung, daß dieser Angriff einen äußerst traurigen Rekord der Roheit im Ententelager aufstellt, einen Rekord, dessen Höhe nur noch durch den Rekord an Zynismus seitens des „Echo de Paris“ überboten wird.

Polnische „Voraussetzungen“.

Wovon in diesen Tagen wenig oder gar nicht gesprochen wird, das stellt gerade den Angel- und Hebelpunkt dar, von dem unsere Politik im Osten und die Verhandlungen von Brest bewegt werden. Es ist die polnische Frage. Zu ihr stehen wir seit September 1916 in Abhängigkeit. Die Regierung Bethmann Hollwegs, sonst nicht eben den Mannen Bismarcks ergeben, hat jenem Satz seiner politischen Bekenntnisse, worin es heißt, daß „jeder siegreiche Krieg gegen Rußland uns damit belastet, die polnische Frage neu aufzuwerfen und in einer für Preußen erträglichen Form zu lösen“, die seltsame Folgen gegeben, deren heutiges Ergebnis so unerträglich als nur möglich ist.

Wenn unsere Unterhändler in Brest das Programm über das Selbstbestimmungsrecht der Fremdvölker Rußlands mit dem „Volkswillen“ begründen, der bereits gesprochen habe, so haben sie allerdings alle Ursache, sich mit Recht auf den Willen desjenigen Volkes zu berufen, dessen Selbständigkeit zu allerletzt mit unseren Interessen vereinbar ist. **Und es ist nur allzu bezeichnend, daß dieses Volk wiederum auch dasjenige ist, mit dessen Verlust die Russen sich zu allererst abfinden werden.** Es gab und gibt bei uns eine „Schule“, die es für die für Deutschland erträgliche Lösung der polnischen und auch der deutsch-russischen Frage gehalten hat und noch hält, wenn alle Grenzvölker Rußlands mit weitgehender Autonomie bedacht, im Staatsrahmen einer föderativen russischen Republik geblieben, und derart der polnische Irredentismus ebensogut wie der russische Imperialismus gebunden worden wären. Dahinter stand und steht der Gedanke an den alten, nun aber auf solide Grundlagen gestellten Bund der europäischen Ostmächte, die Befriedigung des Balkan und die Einbeziehung der Türkei, schließlich auch Japans, in dieses Programm. Es hat die Gefahr einer Schematisierung in sich. Wir wollen, was dafür und was dagegen spricht – schließlich hat Deutschland im Osten nicht nur politische, sondern auch sehr reale Interessen, wenn wir an Kurland denken – hier nicht erörtern, jedenfalls ist es ein Programm. Aber die mit Konsequenz bis dato fortgesetzte Polen-Politik Bethmann Hollwegs, getragen heute von der Sympathie des Zentrums und „seines“ Kanzlers, der liberalen Nachfahren früherer Zeiten und der allein seligmachenden Sozialdemokratie hat ihm den Eckstein entrissen.

Heute müssen wir auf Grund unserer Politik, für die Oesterreich mit verantwortlich zeichnet, und in Konsequenz des Sowjet-Programms mit dem selbständigen Polen als gegeben Faktor rechnen, wobei uns kaum viel mehr zu tun übrig bleibt, als **in der territorialen Gestaltung der Ukraine, Litauens und Kurlands Gegengewichte aufzuhängen, die dem weißen Adler allzu kühne Flüge erschweren.** Ist die Ansprache, die der polnische Regentschaftsrat an den Deutschen Kaiser gerichtet hat, nicht charakteristisch für die Lage? Hierin ist nicht mehr nur von Selbständigkeit die Rede, die gegebenenfalls durch eine flüchtige Ehe mit Oesterreich bei Gütertrennung und mit Galizien als Morgengabe (mit der österreichischen Ukraine natürlich) nur obenhin beeinträchtigt würde, sondern es wird kühn schon den Voraussetzungen, von Lebensnotwendigkeiten, von einem „Vorher“ gesprochen, dem alles andere, nämlich die Intimität der Ehe und die Freundschaft mit dem deutschen Trauzeugen nach zu folgen hätte – wem's beliebt.

In Brest-Litowsk aber sitzen jetzt auch die Vertreter der russischen Ukraine an demselben Tisch, an dem die polnischen „Sachverständigen“ sitzen. Nicht nur, um sich vor dem maximalistischen Terror etwas Luft zu machen, sondern auch, um den Polen etwas auf die Finger zu sehen und unsere Staatsmänner an deutsche Interessen zu mahnen. Und an demselben Strang hängen die litauischen Interessen. Sie alle stehen in Front gegen den polnischen Irredentismus. Haben wir nicht Ursache, den Grundton anzuschlagen, den jene zum vollen Akkord verstärken können? Steht nicht die Zukunft Kurlands in engstem Zusammenhang mit der Lösung dieses Fragenkomplexes? Sind dies nicht alles deutsche Voraussetzungen, im Gegensatz zu polnischen Voraussetzungen? Wir dürfen wohl annehmen, unsere Unterhändler haben Anweisungen und sind selbst von deren Richtigkeit durchdrungen, daß erst unsere Voraussetzungen kommen, daß **das den Polen von uns erkämpfte Selbstbestimmungsrecht, für das sie selbst keinen Finger gerührt haben,** nicht über das Recht der anderen Nachbarvölker geht und vor allen Dingen auch dem Recht ihrer Befreier, über die Zukunft des Deutschen Reiches selbst zu bestimmen, nicht entgegenwirken darf.

Lebensnotwendigkeiten des polnischen Staates – Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes – kommt das Selbstbestimmungsrecht mit beiden in Konflikt, dann müssen wir den Vortritt haben. Auch aus einem ganz natürlichen Selbstbestimmungsrecht heraus! Das wäre wirklich nicht zu viel, jedenfalls nur ein Bruchteil dessen, was englische, französische, italienische und amerikanische Politik stillschweigend voraus – „nimmt.“

L.E.

Interpellation über die diplomatische Kriegführung in der französischen Kammer.

Paris, 12. Januar. (Havas) Die Kammer besprach gestern die Interpellationen über die diplomatische Kriegführung. Marcel Cachin setzte auseinander, warum seine Freunde Pässe für Petersburg gefordert hätten. Die Männer, die augenblicklich in Rußland die Macht hätten, könnten begreifliche Vorurteile gegen die französische Republik haben, welche die Henker des Zaren unterstützt habe, aber trotzdem noch in ihren Augen die große französische Revolution vertrete. Präsident Wilson habe ihrer Aufrichtigkeit feierlich seine Anerkennung ausgesprochen. Cachin schloß sich dieser Anerkennung an und hob die tatkräftige Haltung Trotzki hervor. Cachin schloß: Ich hoffe, daß die Regierung die Pässe nach Rußland nicht verweigern wird, um zu erlauben, daß diese Mißverständnisse beseitigt werden. **Albert Thomas ersuchte die Regierung um eine Erklärung über die Kriegsziele der Alliierten, um Deutschland in die Lage zu versetzen, auf unsere unwandelbaren Bedingungen der Gerechtigkeit zu antworten.**

Einige seien der Ansicht, daß es nötig sei, eine Verbesserung der Kriegskarte abzuwarten. Die Bedingungen seien unabhängig von der Kriegskarte und diese sei günstig genug, um sie ins Auge fassen zu können. Thomas erinnerte daran, daß, als er in Rußland war, er von Elsaß-Lothringen gesprochen und laut erklärt habe, daß **das französische Elsaß-Lothringen ein Wahrzeichen des verletzten Rechtes** sei. **Thomas bemerkte, daß die demokratischen Ideen in Deutschland Raum gewännen**, und schloß mit der Aufforderung an die Regierung, die Macht dieser Ideen nicht gering einzuschätzen. Darauf ergriff der Minister des Aeußeren Pichon das Wort zu einer längeren Rede.

Balfours Rede.

Der britische Minister des Auswärtigen Balfour zeichnet sich in seinen Reden und Veröffentlichungen durch Gewandtheit und Klugheit aus. Auch in seiner heute morgen mitgeteilten neuesten Kriegszielrede hat er bei voller Gemeinsamkeit des Zieles erheblich geschickter gearbeitet als Lloyd George und Wilson. Freilich gelingt es auch Balfour nicht, grotesken Ausdruck des britischen Pharisäertums zu vermeiden. So wenn er sagt:

„Wir gingen niemals in den Krieg um selbstsüchtige Zwecke willen, und wir werden diesen Krieg auch nicht um selbstsüchtige Zwecke willen zu Ende kämpfen.“

Wir setzen diesem schönen Satz den folgenden entgegen, welchen ein britischer Seeoffizier nicht lange vor dem Kriege in einer Arbeit veröffentlichte, welche preisgekrönt wurde. Da standen die Sätze:

„Wir ziehen nicht in den Krieg aus sentimentalén Gründen. Ich bezweifle, daß wir es jemals taten. Krieg ist das Ergebnis von Handelsstreitigkeiten; seine Ziele sind, dem Gegner diejenigen Handelsbedingungen mit unserem Schwerte aufzuzwingen, welche wir als für den Vorteil unseres Handels notwendig erachten. Wir lassen alle Arten von Kriegsánlässen gelten, aber der Handel liegt ihnen allen zugrunde. Ob der Anlaß des Krieges die Verteidigung oder der Erwerb einer strategischen Position sein mag, ob der Bruch von Verträgen oder was sonst noch – alle Anlässe führen sich auf den Handel als gemeinsame Wurzel zurück, aus dem einfachen und schlagenden Grunde, weil der Handel unser Lebensblut ist.“

Wir haben diese klassische Aeußerung, welche, obgleich englischen Ursprungs, ausnahmsweise wahr ist, in der ersten Periode des Krieges hier wiederholt angeführt. Jetzt nach drei und einem halben Kriegsjahre und angesichts der englischen Kriegsführungsart und der oft ausgesprochenen Ziele dürfte der Ausspruch des preisgekrónten britischen Seeoffiziers vielleicht auch in Deutschland mehr Verständnis finden als damals. Daß Balfour ihn nicht anführte, verstehen wir. Hätte er ihn aber angeführt, so würde er gesagt haben, daß auch so betrachtet von selbstsüchtigen Zwecken nicht die Rede sein könne, denn Großbritannien sei nun einmal von der göttlichen Vorsehung bestimmt, Ordnung in der Welt zu halten, dazu bedürfe es der Macht und der Mittel, somit eines beherrschenden Handels, und eben dieser – der britische – Handel mache die ganze Welt reich, friedlich und glücklich.

In der Hauptsache bezweckt die Balfoursche Rede, sich an die Bevölkerung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zu wenden und ihr geschickt und eindringlich dazulegen, daß die Deutschen eigentlich nur selbstverständlich handelten, wenn sie das britische Kriegszielprogramm annehmen, „das Unrecht von 1871“ wieder gutmachen, Belgien „wiederherstellen“, die „Teilung Polens wieder gutmachen“ usw. Deutschland wolle weiter Blutströme vergießen, damit alle diese Unrechte bestehen blieben. Für die deutschen Sozialisten aber, für die Moralphilister und für die Leute des internationalen Gewissens sind das geschickte gewählte Argumente.

Wir unsererseits sehen, je länger der Krieg dauert, um so klarer, daß Belgien seinerzeit kein Unrecht geschehen ist, daß nicht Deutschland den Frieden brach, sondern Belgien mit seinen Bundesgenossen, und daß eine Wiederherstellung Belgiens denkbar großes Unrecht und eine Lebensgefahr für das Deutsche Reich, außerdem gegen die Vlamen, bedeuten würde. Ueber Elsaß-Lothringen und Polen brauchen wir kein Wort zu verlieren. Selbst Balfour vermag den unfreiwilligen Humor nicht zu vermeiden, wenn er den Deutschen mahnend zuruft, ob sie wirklich ihr Blut noch weiter vergießen wollten, um das „große Werk der italienischen Einigung zu verhindern“ und um zu verhindern, daß Belgien in die Lage versetzt werde, welche es vor dem Kriege inne hatte. Der Eindruck ungeheurer Unverschämtheit überwiegt aber noch den unfreiwilligen Humor, wenn Balfour sagt, die Deutschen wollten weiter Blut wie Wasser vergießen lassen, um den Neutralen Leiden aufzuerlegen.

Großbritannien hat bekanntlich immer auf Kosten seiner eigenen Interessen die Neutralen vor Leiden bewahrt, das werden gewiß die Griechen begeistert zugeben. **Der Appell Balfours geht, wie gesagt, an die sogenannte Mehrheit der Hungerfriedensresolution im allgemeinen und an die deutsche Sozialdemokratie im besonderen.** Sie alle sollen bei den Leiden, welche dem deutschen Volke von ihren militärischen Beherrschern auferlegt werden, wissen, daß das alles nicht für ein „wahrhaft deutsches Ziel, nicht zur Sicherung Deutschlands, sondern für ehrgeizige Ziele“ geschieht. Daß Herr Balfour den Deutschen lehren will, was wahrhaft deutsche Ziele seien, beweist, wie gering er die deutsche Bevölkerung einschätzt, ebenso übrigens wie Wilson und Lloyd George. Diese verächtliche Einschätzung und das Bestreben aller feindlichen Staatsmänner, durch solche Appelle an die deutsche Bevölkerung zu erreichen, was die Waffen nicht erreichen konnten noch können, sind auf die Politik Herrn von Bethmann Hollweg und auf ihn persönlich zurückzuführen, denn auf dem Boden seiner Politik und des Eindruckes von seiner Persönlichkeit ist die Hungerfriedensmehrheit erwachsen, und hat man sich in Deutschland durch ihre Scheinmacht imponieren lassen. Das Balfours Rede den deutschen Sozialdemokraten überaus gefallen wird, braucht nur angedeutet zu werden.

Mit jedem weiter verfließenden Kriegsmonate zeigt sich deutlicher, wie groß die Hoffnungen unserer Feinde auf die deutsche Sozialdemokratie und Demokratie sind, und wie sie nicht auf Grund ihrer Hoffnungen, sondern auf Grund des Verhaltens der Hungerfriedensmehrheit und im besonderen der Sozialdemokratie diese als ihre natürliche Bundesgenossen ansehen.

E.R.

Berliner Börsen Zeitung Nr.20 – Samstag, 12. Januar 1918 – Abend – S.5

Auch Churchill spricht.

London, 12. Januar. (Reuter) Der Munitionsminister Churchill sprach heute bei einem Frühstück in London, wobei der amerikanische Botschafter den Vorsitz hatte, und sagte, die ernsten und erhabenen Aeußerungen des Premierministers des vereinigten Königreichs und des Präsidenten der Vereinigten Staaten stehen in vollständiger Uebereinstimmung und werden durch die einstimmige Zustimmung des britischen und amerikanischen Volkes gutgeheißen. Unsere Ansichten werden auch von den Nationen der lateinischen Rasse, unseren tapferen Verbündeten, akzeptiert und wurden empfangen, als wenn sie neues Lebensblut und Hoffnung den kleinen erschütterten Staaten, die zu uns aufblicken, damit wir sie aus ihrer gegenwärtigen traurigen Lage erlösen, eingeflößt hätten. Die Militärpartei in Berlin hat noch immer nicht die Hoffnung auf einen entscheidenden militärischen Schlag aufgegeben. Wir haben unsere Kriegsziele klar, nüchtern und furchtlos bekannt gegeben, das nächste ist, sie dem Feind aufzuzwingen.

Indem er sich an die Vereinigten Staaten wandte, sagte Churchill:

Bauet Schiffe, die allein eure mächtige unbegrenzte Kraft auslösen können, gebt euren Kredit für ausländisches Kriegsmaterial, ohne daß unsere volle Kraft nicht aufrecht erhalten werden kann. Laßt jeden verfügbaren Schiffsraum dazu gebrauchen, um fertige oder halbfertige Produkte anstatt Rohmaterial, das soviel Raum einnimmt, zu transportieren, bringt uns Geschosse anstatt Stahl, Sprengstoffe anstatt der schweren Stoffe, aus denen sie sich zusammensetzen, lasset Ersparnis an Schiffsraum, und zwar große Ersparnisse eintreten, um die Ankunft der tapferen Mannheit der Vereinigten Staaten auf dem Schlachtfelde zu erleichtern und zu beschleunigen.

Wir in Großbritannien werden unsererseits nicht berücksichtigt. Alles soll hingegeben werden, was wir geben können. Die letzten Reserven unseres Besitzes und unseres Menschenmaterials werden, wenn notwendig, zur Verwendung kommen. Unsere Armeen müssen sofort auf volle Stärke gebracht werden.

Wir müssen die Rationen beschneiden, müssen Einrichtungen treffen, daß gleichmäßige Verteilung der Rationen sichergestellt wird, jede Tonne Nahrung, die durch Sparsamkeit erübrigt oder im Lande erzeugt wird, ist soviel wie eine Tonne Granaten, die auf den Feind abgefeuert werden. Ich bin sicher, daß wir vollständig gewinnen können (Lauter Beifall), wenn wir sämtliche uns zur Verfügung stehenden Hilfsquellen benützen.

Die deutschen Armeen, die durch die Niederlage Rußlands frei wurden, sind auf dem Wege nach dem Westen. Sturmwolken, die alles bisherige überbieten, sammeln sich. Wir haben jedoch volles Vertrauen. In der ersten Schlacht von Ypern, im November 1914, als unsere Soldaten in der drei- und vierfachen Minderzahl waren, haben sie jene ungestümen, frischen, mächtigen Armeen um den Sieg gebracht. Nach all dem Kampf, der stattgehabt hat, war ihre Linie ungebrochen und wir werden jetzt besser vorbereitet sein.

Wir haben volles „Vertrauen“, aber bitten Euch, uns jeden Mann eiligst zur Erhaltung unserer guten Sache zu Hilfe zu schicken, sodaß die kriegsgeübten unbesiegbaren Veteranen Frankreichs, Englands und Italiens frische, abgehärtete und ständig wachsende Armeen der großen Republik an ihrer Seite finden mögen.

Königsberger Hartungsche Zeitung - Nr.19 – Samstag, 12. Januar 1918 – Morgen – S.3

Wilsons Kriegs-Ein- und Auspeitscher.

Amsterdam, 7. Januar. Die „Telegraphen-Union“ meldet aus Newyork: Wegen seiner Haltung gegen den Krieg ist Dr. Herbert Bigelow, einer der bekanntesten Geistlichen des Staates Ohio, mit 40 Peitschenhieben auf den bloßen Rücken heimgesucht worden. Dr. Bigelow, seit 20 Jahren Pastor einer der größten Gemeinden Cincinnati, nahm tatkräftigen Anteil an dem öffentlichen Leben. Er erfreut sich der Hochachtung aller seiner Mitbürger und war vor einigen Jahren Vorsitzender der konstituierenden Versammlung, welche die neue Verfassung Ohios beschloß. Er war stets ein Gegner der Waffenlieferung und des Eintritts Amerikas in den Krieg, aber nur aus rein politischer Objektivität und Humanität, denn er ist nicht deutschfreundlich. Sein unbeirrbarer Kampf gegen die amerikanischen Geldbarone und Industriekönige war schon lange der Plutokratie ein Dorn im Auge; aber unerschrocken verfolgte er stets sein Ziel., trotz Androhungen mit körperlichen Gewaltakten. Als er sich vor einigen Tagen zu einem Vortagssaal begab, um dort eine Rede zu halten, wurde er von einer Bande Raufbolde überfallen, ein Sack wurde ihm über den Kopf geworfen, Handschellen wurden ihm angelegt und in einem Auto wurde er nach einem einsam in großer Entfernung liegenden Wald verschleppt. Dort wurden ihm die Kleider vom Leibe gerissen, man band ihn an einen Baum und dann wurde der Aermste mit einer Peitsche dermaßen zugerichtet, daß er die Besinnung verlor.

Mit der Warnung, nie wieder in jener Gegend an die Öffentlichkeit zu treten, wurde er hierauf freigelassen und halb bewußtlos irrte er die ganze Nacht durch den Wald, bis er in der Morgendämmerung ein Städtchen erreichte. Dort nahm ihn ein Arzt in Pflege, und dieser berichtete, daß er wenigstens 40 Striemen auf des Pastors Rücken zählen konnte. Dr. Bigelow sagte, daß die Raufbolde in weißen Kitteln mit Kapuzen über dem Gesicht erschienen waren, so daß er keinen von ihnen erkennen konnte. – Der Vorfall hat gewaltige Mißstimmung und Empörung im Lande hervorgerufen, wenn auch die kriegshetzerische Presse den Fall mit schlecht verhüllter Genugtuung bespricht.

Die „Kölnische Ztg.“ schreibt zu der Amsterdamer Newyorker Mitteilung: Die Geschichte, die hier erzählt wird, ist nicht etwa die Ausgeburd eines kranken Gehirns oder einer sensationslüsternen Reporterseele, sondern beruht buchstäblich auf Wahrheit, wenn sie auch noch nicht die ganze scheußliche Wahrheit erkennen läßt. Einer unserer langjährigen Mitarbeiter in Amerika, der soeben zurückgekehrt ist, macht auf Grund seiner eigenen Wahrnehmungen noch folgende ergänzende Randbemerkungen:

Die Auspeitschung des alten geistlichen Herrn ist nur Teil der Schmach, die ihm angetan worden. Nach Berichten westlicher Blätter aus dem Anfang des Novembers 1917 – die Geschichte spielte sich also nicht erst jetzt ab – wurde er nach seiner Geißelung noch mit heißem Teer überschmiert und dann in einem Haufen Federn gerollt, wie das vielen Dutzenden anderer Friedensfreunde ebenfalls geschehen ist.

Unser Vertreter hat seit Kriegsausbruch gegen hundert Fälle dieses amerikanischen Volksvergnügens des „Teerens und Federns“ aus den Zeitungen gesammelt, ohne auch nur ein einziges Mal auf eine Entrüstungskundgebung zu stoßen. Der Fall Bigelow freilich war das krasseste Beispiel der Sittenverrohung in dem Amerika des Lichtspenders und Kulturträgers Woodrow Wilson.

Der Geist der Friedensresolution.

Die Reden von Lloyd George und Wilson sind ergänzt worden durch Ausführungen Balfours und Churchills, und auch in den nächsten Tagen werden wir uns auf ein weiteres Trommelfeuer gefaßt machen müssen, mit dem die Gegner den Mut ihrer Völker auffrischen und in den Reihen des Vierbundes Verwirrung anrichten wollen.

Auch ein unerfreuliches Ergebnis unseres Friedensangebotes vom 25. Dezember, geeignet für Lloyd George, den Vierbund als die schwache, hilflose, um Frieden bittende Gruppe vor den Augen der Welt hinzustellen, die Entente dagegen als die starke, zielbewußte Vereinigung, der alle Rückschläge nichts anzuhaben vermögen.

Herr Balfour hat nun im Ton des weisen Arztes geäußert, daß eine gelinde Besserung in dem Befinden Deutschlands und seiner Verbündeten eingetreten sei, daß die Deutschen inzwischen erst einmal gelernt haben, was ein Krieg wirklich für sie bedeute, und sie würden in den kommenden Monaten voraussichtlich noch mehr lernen. Herr Balfour wird hoffentlich selbst erfahren, daß auch der Arzt am Patienten noch lernen kann, und es ist zu wünschen, daß die Belehrung, die der deutsche Patient dem britischen Arzt geben wird, ihm doch noch zeigt, daß die Todeskur, die England mit uns vor hat, an der deutschen Zähigkeit zuschanden wird. Dazu ist es allerdings notwendig, daß auch in Deutschland und bei seinen Verbündeten die Erkenntnis über die englischen Ziele und Absichten noch schärfer zutage tritt, als es bisher der Fall ist. Zwar ist namentlich unter dem Eindruck der Reden Wilsons und des Lloyd George das Gewissen des deutschen Volkes erwacht und hat sich unter den Nachwirkungen der Politik vom 25. Dezember nachdrücklich für eine anders geartete Politik eingesetzt, wie die Kundgebungen der letzten Tage gezeigt haben. Aber mit dem vorläufig in Brest-Litowsk Erreichten darf es nicht abgetan sein, denn die Grundlagen unserer Politik sind noch in keiner Weise geklärt. Es sind im Gegenteil lebhafteste Bestrebungen im Gange, die weltpolitische Lage erneut im englischen Sinne zu beeinflussen und den bei uns zutage getretenen nationalen Willen wieder abzutöten.

Die ersten Versuche in dieser Richtung machte Herr Wilson mit seiner Fragestellung, ob denn Herr v. Kühlmann in Brest-Litowsk im Namen der Mehrheit oder der Minderheit verhandele, im Namen Scheidemanns und Erzbergers, oder im Namen Hindenburgs. Die Mehrheitsparteien sollten erneut angereizt werden, auf ihrem Standpunkt zu verharren und ihre völkerbeglückenden Auffassungen gegenüber den realpolitischen Zielen der nationalen Kreise Deutschlands durchzusetzen. Inzwischen wird im gleichen Sinne in Washington und in London weitergearbeitet. Eine hochstehende offizielle Persönlichkeit in Washington, wohl Herr Wilson, hat dem Londoner „Daily Telegraph“ gegenüber geäußert: „Wünsche Deutschland einen ehrenvollen und gerechten Frieden und wolle es sich an die Reichstagsresolution vom 19. Juli halten, die den wahren Volkswillen ausdrücke, so stünde die Welt vor dem Ausbruch des Friedens.“

Also so kommt es aus dem Lager der Gegner: **Die Mehrheitsparteien sollen nur zusammenhalten, nicht unter sich uneinig werden und nach wie vor den Verzichtfrieden im Sinne Scheidemanns propagieren. Die Demokraten und Pazifisten in Deutschland sind bereits an der Arbeit, Herrn Wilson darin zu unterstützen, weil sie der Auffassung sind, daß den Versicherungen Wilsons und des Lloyd George, man wolle Deutschland nicht den Lebensatem nehmen, Glauben zu schenken sei.**

So forderte das „B.T.“ [Berliner Tageblatt] die Beseitigung des Gegensatzes, der sich zwischen den Auffassungen der Mehrheitsparteien und den jetzt in Brest-Litowsk zutage getretenen Gesichtspunkten herausgebildet habe; eine Klärung sei notwendig, meint das Blatt, und fordert damit eine Klärung im Sinne der Mehrheitsparteien, ihre Politik gegenüber den nationalen Hoffnungen durchzusetzen.

Der Wunsch der Gegner ist, dem deutschen Volke begreiflich zu machen, daß alle seine weiteren Kraftanstrengungen nutzlos seien, daß es keine Aussicht habe, seine Wünsche erfüllt zu sehen, auch wenn es weiterhin siegreich bleibe. Die Stimmung im deutschen Volke soll erdrückt, es soll unter Verzicht auf weitere militärische Anstrengungen für den Frieden gefügig gemacht werden, der uns in den Reden Wilsons und Lloyd George vor Augen geführt wird.

Um diesen Frieden zu erlangen und für ihn in Deutschland den Boden zu schaffen, propagiert man in London und Washington die Resolution vom 19. Juli, weil man der Ansicht ist, daß sich in deren Namen auch der angelsächsische Friede zimmern lasse. Ob die Gegner über den Sinn und den Zweck der Resolution falsche Auffassungen haben, ist nicht ohne weiteres als sicher anzunehmen. Warum sollen sie den Geist der Entschließung besser erfaßt haben, als die Anwälte der Resolution in Deutschland selbst? Sehen wir doch jeden Tag, daß in den Mehrheitsparteien selbst Unklarheit über den Geist der Resolution besteht. Die Friedensresolution wirkt also in ihrer Art auf die Gegner belebend, weil sie ihnen die Möglichkeit bietet, auf das

deutsche Volk zersetzend zu wirken. Der badische Minister Freiherr v. Bodmann hat im badischen Landtage geäußert, seines Erachtens gelte die Entscheidung nicht mehr, auch die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat sie kürzlich als überholt bezeichnet. Herr Haußmann dagegen ist noch dieser Tage für sie eingetreten.

Man sollte nun endlich den Mut finden, reinen Tisch zu machen und damit auch zu erkennen geben, daß die der Entente am 25. Dezember vorgeschlagene Verhandlungsgrundlage auch in Zukunft nicht mehr in Betracht kommt. Den gegenwärtigen Zustand hat Herr v. Tirpitz soeben dahin charakterisiert, daß aus unserer Antwort nicht ersichtlich sei, daß die Grundlage vom 25. Dezember nicht mehr in Frage komme. Tatsächlich hat Herr v. Kühlmann in Brest-Litowsk geäußert, wir hätten wieder freie Hand, womit nicht gesagt war, daß man sich innerhalb des freien Spielraums nicht mehr zur alten Verhandlungsgrundlage bekennen werde. Das Wort, daß Elsaß-Lothringen das einzige Friedenshindernis sei, kann nach wie vor von den Gegnern als Bindung unserer Politik angesehen werden. Herr v. Tirpitz hat mit Recht geäußert, für England sei Belgien der Kernpunkt, und die Rede Balfours in seinem Belgien gewidmeten Teile bestätigt diese Auffassung. Belgien aber ist die Grundlage, auf der sich der englische Friede aufbauen soll. Dafür sucht uns England gefügig zu machen. Hier entgegenzuwirken ist unsere Pflicht und das kann nur dadurch geschehen, daß wir den Gegnern unzweideutig erklären, daß sie auf die Erfüllung dieser Hoffnungen nicht rechnen können. Damit dient man am besten dem Frieden.

Vossische Zeitung - Nr.22 – Samstag, 12. Januar 1918 – Abend – S.1

Rußland will fest bleiben

Kopenhagen, 8. Januar. „Socialdemokraten“ gibt eine Unterredung wieder, die der jedenfalls nach Stockholm zu Verhandlungen des holländisch-skandinavischen Komitees entsandte Redakteur Borgbjerg mit dem Bolschewikigesandten Worowsky selbst gehabt hat. Vom russischen Standpunkt aus könne die internationale Sozialistenkonferenz nur Bedeutung haben, wenn sie, unabhängig von dem Standpunkt der Regierungen, zum Ausgangspunkt ihrer Arbeiten die Grundsätze der russischen Revolution für den allgemeinen Frieden nehme. Dies sei die Voraussetzung für die Teilnahme der Bolschewiki.

Hinsichtlich Brest-Litowsk erklärte Worowsky: „Die revolutionäre Regierung formulierte ihre Friedensbedingungen klar und deutlich. Die Deutschen suchten diese Bedingungen zu umgehen, teils unter dem Vorwand, die Völker der besetzten Gebiete hätten bereits den Wunsch geäußert, unter deutschem Protektorat zu bleiben; andererseits sei das Verbleiben der Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig. Die russische Regierung muß, wenn sie nicht das Vertrauen des Volkes einbüßen will, an ihren Entschlüssen unerschütterlich festhalten. Sollte Deutschland die Obstruktion so weit Treiben, daß die Verhandlungen abgebrochen werden, so ist es Deutschlands Schuld, daß die Friedens-Hoffnung niedergetreten wird.“

Auf die Frage, ob Rußland wieder zu den Waffen greifen könnte, erklärte Worowsky: „Dies ließe sich denken. Aber wir hoffen alle, daß wir nicht so weit getrieben werden. Vom sozialistischen und revolutionären Standpunkt aus ließe sich jedoch die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten sehr wohl verteidigen. Allerdings ist es eine ganz andere Frage, ob es technisch möglich ist, den Kriegsapparat wieder in Gang zu bringen oder ob er sich als eingerostet erweisen wird.“

In der Konstituante habe die Regierung durch 400 Stimmen der bei der Eröffnung zu erwartenden Abgeordneten die Mehrheit durch ein Bündnis der Bolschewiki mit den Sozialrevolutionären. Möglicherweise verändere sich die Stellung, wenn sämtliche 800 Abgeordnete erscheinen. Auf die Frage: „Wird die Regierung bei etwaigem Mißtrauensvotum zurücktreten?“ sagte Worowsky: „Dies hängt von dem Charakter des Mißtrauensvotums ab. Sobald die Regierung eine kompakte Mehrheit gegen sich hat, die ihre Friedensarbeit und Zukunftspläne nicht gutheißt, mußte sie selbstverständlich zurücktreten. Dagegen würde sie sich nicht einem durch zufällige Stimmung hervorgerufenen Mißtrauensvotum oder einem Coup seitens der Bürgerparteien beugen.“

Schließlich teilte Worowsky mit, daß er ein Abkommen zwischen der russischen und schwedischen Regierung vermittelt habe, wonach dieser eine sehr große Menge Schmieröl und Paraffin überlassen wird. Dies stellt die erste offizielle Verhandlung zwischen beiden Regierungen dar.

Drohungen Lenins.

Amsterdam, 11. Januar. „Daily News“ meldet aus Petersburg vom Donnerstag: Lenin ist zu kurzem Aufenthalt nach Finnland abgereist. Vor der Abreise drohte er in einer Rede mit erneuten Kriegsvorbereitungen, falls die Mittelmächte die russischen Bedingungen ablehnen. Man sagt, Krylenko versammle eine Armee von Freiwilligen. Von der Front wird gemeldet, Krylenko habe allen Offizieren die Rückkehr auf ihre Posten, die sie vor der Bolschewiki-Revolution hatten, befohlen.

★

Angesichts der Erfahrungen, die man mit russischen Meldungen englischer Blätter ähnlicher Art gerade in jüngster Zeit gemacht hat, ist es ratsam, die Meldung des Londoner Blattes zunächst mit größter Vorsicht aufzunehmen. Man wird sie wohl als einen neuen Versuch bewerten dürfen, zwischen den Mittelmächten und der maximalistischen Regierung Mißtrauen zu säen.

Pichons Kammerrede.

Churchill und Pichon haben die Welt zu gleicher Zeit mit Reden beglückt. Während Churchill die Amerikaner anfleht, möglichst schnell Hilfe zu leisten und seine Angst vor der deutschen Offensive im Westen deutlich zu erkennen ist, nimmt Pichon den Mund doppelt voll.

Er will Wilson, wie man deutlich merkt, übertrumpfen und geht sogar so weit, daß er die Erwartung ausspricht, Deutschland werde den Weg zur Bitte um Frieden beschreiten. Wie sagte Tirpitz noch vor wenigen Tagen: „Je näher der Augenblick rückt, der es zwingen muß nachzugeben, desto größer wird vielleicht das englische Mundwerk sein.“ Dieses Wort paßt auf Churchill sowohl wie auf Pichon. Beide treibt die Angst zu einem Sturmangriff mit hohlen Worten. Uns kann's recht sein. Hindenburg wird mit Taten antworten.

Pichon erklärte in seiner Rede unter anderem: Die Verweigerung der Pässe für Petersburg ist keine grundsätzliche Frage. Man kann es zulassen und ich für meinen Teil gestatte es gern, daß zwischen den russischen Sozialisten und den französischen Beziehungen und Besprechungen angebahnt werden. Ich habe erklärt, daß wir Rußland keineswegs aufgeben, daß wir mit allen Teilen des russischen Volkes in Berührung bleiben und keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Meinungen in diesem Lande machen. Aber bei der Frage der Ausstellung von Pässen handelt es sich darum, ob diese vorteilhaft ist. Außerdem ist dies Verlangen in einer zu dunklen Stunde gestellt worden, als daß wir ihm Folge geben konnten. In der Tat wollen die französischen Sozialisten sich mit der maximalistischen Regierung und ihren Freunden einlassen. Nun, dieser Schritt war für uns voller Gefahren. Hätten wir ihn gültig gemacht, so hätten wir unseren Anteil an der Verantwortung auf uns genommen. Diese Verantwortung haben wir nicht auf uns nehmen wollen, und wir sind fest entschlossen, sie nicht auf uns zu nehmen.

Wir wollen in keiner Weise mit maximalistischen Besprechungen verquickt werden; denn wir besitzen den Beweis, daß Deutschland uns hineinzuziehen versucht hat. An dem Tage, an dem man unmittelbar mit Friedensvorschlägen an uns herantreten würde, werden wir sie in Uebereinstimmung mit unseren Bundesgenossen prüfen und beantworten. Von Verhandlungen über diese Angelegenheiten mit der usurpatorischen Gewalt in Petersburg kann keine Rede sein. Wir sind gleichfalls gegen jeden Gedanken einer internationalen Arbeiterkonferenz, wie ihn die Tagesordnung der französischen Partei auf dem Kongreß der allgemeinen Arbeitervereinigung in Clermont-Ferrand ausspricht. Danach bestätigt der Kongreß, daß die Arbeiterverbände das Recht haben, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, und eine solche im Bedarfsfalle herbeizuführen. Diese Konferenz würde noch gefährlicher sein wie Besprechungen mit den Maximalisten. Sie würde die öffentliche Meinung erschrecken und an die Stelle der Autorität der Regierung private Initiative setzen, ohne von dem Skandal solcher Versammlungen zu sprechen, wo die französischen Patrioten sich mit den Anstiftern treffen würden, die Anstifter der Drangsale, unter denen die Welt heute leidet.

Eine Gruppe von Sozialisten der Kammer hat eine Kundgebung an die russischen Sozialisten gerichtet, welcher wir uns im vaterländischen Interesse nur anschließen können, sie warnt sie vor einem Waffenstillstand und einem Sonderfrieden. Trotzki hat auf diese Kundgebung erwidert mit einem Brief voller Beleidigungen gegen die hervorragendsten Mitglieder der französischen Sozialisten-Partei, Guesde, Sembat, Thomas, van der Velde und gegen die geachteten Mitglieder der Kadettenpartei, welche weiter unsere Freunde sind und die beschimpft werden als internationale Raubritter. Dieser Brief ist voll Verachtung und Geringschätzung für die Sozialisten von der Farbe Kerenskis, welche als „Versöhnungssozialisten“ bezeichnet werden.

Was die Intervention der sozialistischen Gruppe der französischen Kammer anbetrifft, so erklärt Trotzki, daß die Gruppe völlig verantwortlich für ihre Erniedrigung sei. Wir hoffen, schloß Trotzki, auf einen allgemeinen, demokratischen Frieden. Wir können ihn nur erhalten durch einen heldenhaften Ansturm des Arbeiter-Proletariats in allen Ländern. Gegenüber der nationalen Bourgeoisie schließt der Burgfrieden die Möglichkeit eines solchen Kampfes aus und bindet dem Proletariat Hände und Füße im Dienste der Bourgeoisie.

In einem anderen Brief, den Trotzki in der Stunde schrieb, als er Frankreich verließ und der gerichtet ist an einen Mann, dessen unbeugsame Vaterlandsliebe ich hochschätze, nämlich Jules Guesde, sagt er, nachdem er die hervorragendsten Mitglieder der französischen Sozialisten-Partei beleidigt hat: Von Euch vertrieben, verlasse ich Frankreich mit einem tiefen Glauben an unsern demnächstigen Triumph.

Ich war betroffen durch die Stelle in der sozialistischen Erklärung, welche von mir am 31. Dezember verlesen worden ist und in welcher man uns der Untätigkeit bezichtigt gegenüber der Tatkraft unserer Gegner. Aber auf meine Erklärung folgten diejenigen Lloyd Georges und Wilsons, Orlandos und Balfours. Man will jetzt entgegenwirken, aber sieht man hinsichtlich dessen, wofür wir kämpfen, einen Zwiespalt? Für einen gerechten und dauerhaften Frieden sind drei Bedingungen erforderlich: die heilige Art der Achtung vor Verträgen, eine Gebietsregelung, welche sich auf das Recht der Völker, über sich zu verfügen, gründet und endlich Einschränkung der Rüstung. Das ist unser Programm, das ist das Programm, welches Lloyd George gelegt hat.

Was die Gesellschaft der Nationen anbetrifft, so kann der Sieg allein sie wirklich schaffen. Das hat Lloyd George erklärt und das ist auch unser Programm.

Pichon fuhr fort: Auch Wilson bestätigt, daß zwischen den von ihm und von den Alliierten aufgestellten Grundsätzen kein Unterschied besteht. Wilson verlangt die Aufhebung der wirtschaftlichen Schranken, Räumung der russischen Gebietsteile, Räumung der unsrigen, Wiederherstellung Belgiens, Rumäniens und Serbiens und Wiedergutmachung des Frankreich im Jahre 1871 verursachten Schadens.

Das war die Stelle in den Erklärungen des Präsidenten, die den stärksten Beifall fanden. Alle Tribünen, die ganze Versammlung brachen in Beifallskundgebungen aus. (Lebhafter Beifall).

Diese Erklärungen, die nach der Lloyd Georges kamen, verleihen unseren Forderungen einen weltumfassenden Charakter. **Was wir wollen, ist Friede und Gerechtigkeit, geheiligt durch die Wiederherstellung des im Jahre 1871 verletzten Rechtes, die höher steht als alle heuchlerischen Volksabstimmungen.** Alle Erklärungen der Alliierten stimmen überein. Freilich sind sie nicht gleich in der Form, aber sie sind es in der Sache. Alber Thomas beschuldigte uns, wir hätten es an Initiative fehlen lassen. Er verkannte mich. Ich habe meine Rede vom 27. Dezember am folgenden Tage unseren Alliierten telegraphiert, um sie zu fragen, ob es nicht angemessen wäre, verabredete Erklärungen abzugeben. Die Frage wurde verneint. Unsere Alliierten waren einstimmig der Meinung, daß es vorzuziehen sei, gesonderte Erklärungen abzugeben; da es im Grunde keine Meinungsverschiedenheit gäbe.

Auf die Aufforderung Moutets, die Antworten zu verlesen, erwiderte Pichon: Ich weiß nicht, welcher Art die zukünftige Diplomatie sein wird. Ich lebe mit der gegenwärtigen Diplomatie und versichere, ich würde niemals darein willigen, unsere diplomatischen Verhandlungen der Öffentlichkeit auszuliefern. (Lebhafter Beifall auf der Linken, im Zentrum und auf der Rechten).

Deutsche Tageszeitung - Nr.23 – Sonntag, 13. Januar 1918 – S.1

1917 – 1918.

Das eben zu Ende gegangene Jahr hat viele Ereignisse gezeitigt, welche einen großen Einfluß auf die Zukunft der Menschheit ausüben. Das Jahr, welches begonnen hat, wird noch mehr solcher Ereignisse sehen.

Das Jahr 1917 war Zeuge des riesenhaften Kampfes an der Front im Westen wo die Deutsche den vereinigten und wiederholten Angriffen der englisch-französischen Armeen widerstanden haben. Das vergangene Jahr war Zeuge der Vertreibung der Russen aus Galizien und aus der Bukowina, es war Zeuge der deutsch-österreichischen Offensive gegen Italien, des Durchbruches der berühmten Isonzolinie und des Vormarsches der verbündeten Armeen bis zur Piave und der Brenta.

Auf der anderen Seite sind unglücklicherweise einige Rückschläge zu verzeichnen, nämlich in Mesopotamien und in Palästina. Sie sind aber wieder gut zu machen und können die einheitliche Front der Verbündeten im ganzen nicht beeinflussen. Der am 7. Dezember zwischen den Verbündeten und Rußland – unter Anschluß Rumäniens, dieses Opfer der Entente – geschlossene Waffenstillstand läßt am Horizonte die Morgenröte des Friedens erscheinen.

Kurz, das Ergebnis des Jahres 1917 ist sehr zufriedenstellend. Man hofft aber noch mehr vom Jahre 1918, welches unter noch besseren Auspizien anfängt. Sollte früher oder später der Frieden zwischen den Verbündeten und Rußland unterzeichnet worden sein, so würden die kommerziellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern der Verbündeten und dem ungeheuren Rußland wieder beginnen und die Blockierung der Mittelmächte durch Großbritannien und seine Verbündeten ganz wirkungslos machen.

Wir haben zahlreiche Gründe für die Hoffnung, daß der allgemeine Frieden im Laufe des Jahres geschlossen werden wird, und zwar zum Vorteile der Zentralmächte. Die Partie ist bereits halb gewonnen, obgleich naturgemäß die Entwicklung der Verhandlungen mit Rußland und Rumänien sich noch nicht absehen läßt.

Clemenceau und Lloyd George gründen ihre Hoffnungen für das Jahr 1918 auf die Hilfe Amerikas. Das Problem dieser Hilfe ist zwar nicht mit demjenigen der japanischen zu vergleichen, wohl aber darf man sagen, daß das Bemerkenswerteste an der amerikanischen Hilfe bis jetzt die Riesenreklame bildet.

Wir haben gesehen, wie die große anglo-französische, von langer Hand her vorbereitete Offensive jämmerlich am Widerstand der Deutschen gescheitert ist, welche letztere den größten Teil des ihnen entrissenen Geländes wiedergewonnen haben. Und gerade auf jenen letzten Angriff zählten die Feinde besonders in der Hoffnung, es werde gelingen, die deutsche Front zu durchbrechen. Nachdem die jetzige Lage eingetreten ist, bleibt nach dieser Seite hin für die Deutschen nichts mehr zu fürchten. Die Engländer sind zu praktisch, um sich schlagen zu lassen, sie werden nicht verfehlen, einen Ausweg aus der üblen Lage zu suchen, in der sie sich befinden, selbst unter Aufgeben Mesopotamiens und Palästinas.

Werden aber die Zentralmächte England ungestraft aus dem Kriege herauslassen? Wir können das nicht glauben. Ein unter solchen Bedingungen geschlossener Friede würde einen Sieg der Entente über die Verbündeten bedeuten.

Um der Entente einen lähmenden Schlag zu versetzen und einen künftigen, sonst unter allen Umständen kommenden Krieg auszuschließen, ist es nötig, Ägypten, Indien und Nordafrika aus der anglo-französischen Sklaverei zu befreien. eben aus diesem Grunde hofft Ägypten im Jahre 1918 das Ende seiner Sklaverei zu sehen und die Rückkehr der glücklichen Jahre 1880 und 1881, während deren Verlauf es angefangen hatte, seinen Aufschwung auf der Bahn des Fortschrittes und der Zivilisation wieder aufzunehmen, welcher einen Augenblick unter der Regierung des Khediven Ismail Pascha gehindert worden war. Die Befreiung ist umso nötiger, weil durch sie allein der Suezkanal im Gesamtinteresse gegen alle, welche seine Freiheit bedrohen, geschützt werden kann.

Begrüßen wir also dieses neue Jahr und richten wir unsere Gebete zum Allmächtigen, damit er unsere Wünsche erhört. Möge das neue Jahr der Beginn einer Ära der Freiheit und Gerechtigkeit für die geknechteten Nationen sein und eines wahrhaften Friedens für die ganze Menschheit.

Mohamed Farid Bey. Präsident der Ägyptischen Nationalpartei.

Deutsches Volksblatt - Nr.10428 – Sonntag, 13. Januar 1918 – S.3

Gegen die Friedensbewegung - Italien

Mailand, 11. Januar. Der Arzt Grancini aus Bornareggio wurde wegen Friedenspropaganda und Werbetätigkeit für den Frieden zu acht Monaten und zehn Tagen Zuchthaus sowie zu 500 Lire Geldstrafe verurteilt.

Deutsche Zeitung - Nr.23 – Sonntag, 13. Januar 1918 – S.1

Fafner und Siegfried.

[Fafner – in Sagen überlieferte nordische Drachenfigur, erscheint auch in Wagners „Ring der Nibelungen“]

Ein Witzwort kennzeichnet die politische Situation eines Volkes oft treffender, als irgend welche gelehrte Darlegung. Auch jetzt geht eines bei uns um: „Was ist der Unterschied zwischen Deutschland und Oesterreich? In Oesterreich werden die Hochverräter begnadigt – bei uns werden sie gar nicht erst – bestraft.“

Man will damit die Wirkung gewisser politischer Richtungen kennzeichnen und hat zweifellos recht. Wenn dabei auch, abgesehen von der Politik der Unabhängigen, nicht der Vorwurf des subjektiven Tatbestandes des Hoch- und Landesverratsverbrechens erhoben werden soll, so bleibt das doch für die objektiven Wirkungen der gemeinten Politik, also für die Folgen für das Volksganze gleichgültig. Wenn die Politik der Sozialdemokratie zunächst darauf gerichtet war, dem deutschen Volke den vollen militärischen Waffensieg zu versagen, und wenn sie jetzt, wo sich dieses Ziel infolge genialer Truppenführung und übermenschlicher Mannschaftsleistungen als unerreichbar erweist, darauf gerichtet ist, dem deutschen Volke die Früchte des Sieges zu versagen, um es zwecks Erhaltung politischer Unzufriedenheit verkümmern zu lassen in Not und Sorge, so mag sich diese Politik vielleicht vor einem weltweiten internationalen Gewissen mit Scheingründen rechtfertigen lassen, vor dem Richterstuhle der nationalen Geschichte und der Lebensbedürfnisse des eigenen Volkes bleibt sie gerichtet in alle Ewigkeit.

Das gilt auch für die alljüdische Richtung und ihre Presse. Es ist immer wieder nötig, auf die zielklaren Eindeutigkeiten der sozialistischen und alljüdischen Politik in obiger Richtung hinzuweisen. Einer der fatalsten und zugleich kindlichsten Irrtümer ist der aus politischer Bequemlichkeit und Verantwortungsscheu geborene

Aberglaube, daß sich die Sozialdemokratie im August 1914 in ihrer Art oder in irgend einem ihrer Ziele gewandelt habe, daß sie sich seitdem zu „vaterländischen“ Zielen bekenne. Dieser Irrtum ist es, dem bis vor kurzem auch einzelne nationale Parteigruppen zum Opfer gefallen sind und der sie in den **circulus vitiosus** [Teufelskreis] der Mehrheitsbindung geführt hat und sie zu wahrhaft nationalem Wirken unfähig gemacht hat. **Denn Worte sind keine Taten.**

Mit der innerlich unwahrhaftigen Selbstentschuldigung, mit der man zugleich die ganze Bethmann-Politik entschuldigt: „man müsse die Sozialdemokratie bei der Stange halten“ lockt man heute keinen Hund mehr hinter dem Ofen vor. Denn jene „Stange“ existiert nur in der Phantasie und hat nie wo anders bestanden. Das gilt auch für die viel verkannte Bedeutung der Kreditbewilligung und die beliebte Rücksicht auf das längst informierte Ausland.

Der **„Vorwärts“** sagt am **9.8.1917** mit Recht und Gelassenheit: „Wenn die konservative Presse hervorhebt, daß die Grundsätze der Sozialdemokratie unverändert geblieben seien, so kann man ihr dafür nur recht geben Darin ist also alles geblieben wie es war, und der Rest ist, wie die konservative Presse wiederum ganz richtig hervorhebt, Taktik: Anpassung des politischen Handelns an die gegebenen Umstände zu dem Zwecke, die gesteckten Ziele desto sicherer zu erreichen.“

Daß die Sozialdemokratie und die alljüdische Richtung den militärischen Sieg nicht wollen, ist mehr als einmal offen zugegeben worden. **Gustav Eckstein, der verstorbene Redakteur der „Neuen Zeit“, hat nur aus der Schule geplaudert, wenn erschreibt: „Am ungünstigsten für die proletarische Gesamtbewegung wäre, ein großer Sieg der Zentralmächte“, ebenso Herr Ströbel vom „Vorwärts“: „Ein voller Sieg Deutschlands liegt nicht im Interesse der Sozialdemokratie.“** Die Herzensangst vor einem deutschen – Sieg nimmt dabei Formen an, die burleskenhaft wirken müßten, wenn sie nicht bei jedem Ehrleidenden das Lacken in bittere Scham ersticken.

So schreibt die **„Wiener Arbeiterzeitung“** im **November 1917** zu den gewaltigen Erfolgen in Italien: **„Mit jedem Tag wächst die Gefahr, daß der Krieg, den guter Wille nicht beendet, durch die Waffen entschieden werden könnte!“**

Und der **„Vorwärts“** treibt die schamlose Entwürdigung noch weiter, wenn er am **6. November 1917** sagt: **„Wir müssen uns heute darüber klar werden, daß die eigentlichste und tiefste Ursache dafür, daß es so ungeheuer schwer ist, zum Frieden zu kommen, in den militärischen Erfolgen Deutschlands liegt.“**

Der Rückschluß aus dieser politischen Afterweisheit aus der Hasenheide liegt nahe. Vielleicht ist es unser Unheil, daß gewissen Leuten die bolschewistische Kosakenkultur nicht einmal eine Zeit lang handgreiflich klar gemacht worden ist. Es ist nach alledem kein Wunder, daß wohl auch in Rußland kaum jemand mehr Angst vor dem russischen Zusammenbruch gehabt hat, als unsere Sozialdemokraten und alljüdischen Politiker. Die **„Frankfurter Zeitung“** war im **Mai 1917** unvorsichtig genug, aus ihrem Herzen keine Mördergrube zu machen, als sie schrieb: „Ziemlich unverhüllt zeigt sich die Tendenz (!), mit Rußland einen Sonderfrieden zu schließen, um im Westen den Frieden diktieren zu können.“

Auch dem politischen und juristischen Anfänger wird kaum zweifelhaft sein, welchen Tatbestand der **„Vorwärts“** erfüllt, wenn er am **18.5.1917** schreibt: **„Das revolutionäre Rußland wird die Pflichten, die ihm ein Defensivbündnis (!) gegenüber seinen Bundesgenossen auferlegt, nicht verletzen, es hat nicht die Absicht, sich zu entwaffnen, um Deutschland zu westlichen Eroberungsplänen die Arme frei zu machen.“**

Das hiernach festgestellte Ziel, den vollen deutschen Sieg zu verhindern, kann man nun leider nicht erreichen. Unsere Feldgrauen und U-Boote siegen bedauerlicher Weise immer noch und immer weiter und zur Einrichtung eines alljüdischen Hofkriegsrates nach dem Modell Cohn ist die Zeit noch nicht reif. Die Entente geht trotz Scheidemann, Erzberger und Theodor Wolff unaufhaltsam ihrem Schicksal entgegen. So richtet sich denn notgedrungen die gesamte Energie unserer Siegeshasser und Kriegsverlängerer gegen die natürlichen Folgen des Sieges. Deshalb der Weg über den 19. Juli 1917 und Stockholm nach dem Brest-Litowsk vom 25. Dezember!

Beinahe hieß es schon: Es ist erreicht! **Das Mittel, mit dem man das deutsche Heer zum Landsknecht für fremde Interessen und das deutsche Volk zum Heloten für angelsächsische Welttrusts machen will, ist – wie das bei uns so üblich – ein Schlagwort: „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker“.** Das ist historisch, politisch und ethnisch zwar absoluter Unsinn – niemand hat das treffender nachgewiesen als Herr Müller-Meinungen – aber es klingt nach etwas, ist dienlich als Mittel zum Zweck und ist vor allem „weit her“. Denn es stammt aus dem von Wilson für deutsche Einfaltspinsel geschriebenen demokratischen Kommentar. Von dem hat zunächst Herr Scheidemann übernommen, der die großen politischen Tips aus der Wallstreet in gefällige deutsche Scheidemünzen umprägt. So befahl der **„Vorwärts“** schon damals, als der befürchtete

Zusammenbruch „unserer kämpfenden russischen Genossen“ am rötlichen Horizont aufstieg, am 17. Mai 1917: „Es (Rußland) will (=darf) keinen Lösungen des Friedensproblems zustimmen, die dem Selbstbestimmungsrecht der Völker widersprechen, indem sie nicht-deutsche Volksteile militärisch oder politisch in deutsche Hand bringen.“ Der Generalvertrieb dieses geharnischten Unsinns übernahm dann die G.m.b.H. vom 19. Juli. Der ideale und praktische Erfolg liegt heute vor unseren Augen.

Nun ist eine weitere Wandlung höchst bemerkenswert und verlangt – schon wegen der lebensgefährlichen Unterwürfigkeit der Reichspolitik unter die sozialistische Diktatur – die lebhafteste Aufmerksamkeit aller derer, die ihren Verstand noch nicht verloren haben. Es ist bekannt, welche vaterländischen Anstrengungen die Sozialdemokratie macht, um im In- und Auslande den Verdacht der „Illoyalität“ der Handhabung jenes Selbstbestimmungsrechtes seitens Deutschlands wachzurufen. Auch die unverfrorene Forderung der Russen, die Verhandlungen unter die Aufsicht Brantings nach Stockholm zu verlegen, gehört hierher. Aber all das genügt noch nicht. Die Sozialdemokratie hat das Selbstbestimmungsrecht offenbar nur in der bestimmten Hoffnung vertreten, die beglückten Analphabeten der leider besetzten Gebiete würden gegen Deutschland votieren. Da sie dieser Hoffnung nicht mehr ganz sicher ist, wird sie zur Rabenmutter, die ihr eigenes Kind verspeist: sie entdeckt mit einem Male Kunstfehler an ihrem eignen Rezept und ist drauf und dran, in Herzensangst vor einer für Deutschland günstigen Wendung das ganze Selbstbestimmungsrecht in den Orkus der Verdammnis zu werfen!

In dem sächsischen sozialistischen Moniteur, der (wohlgemerkt: Scheidemannschen!) „**Dresdner Volkszeitung**“ ist folgendes über das „Freie Selbstbestimmungsrecht der Völker“ zu lesen:

„Wir haben die allerernstesten Zweifel daran, daß das östliche Problem in dieser Weise gedeihlich gelöst werden kann. **Die baltischen Provinzen sind von größter Lebensnotwendigkeit für das zukünftige Rußland** Die Hochachtung, die wir für das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker haben, kann nicht so weit gehen, daß um des Rechtes eines kleineren Volksstammes (sic!) willen die Lebensinteressen der großen Völker und ihre Beziehungen zueinander vernachlässigt oder sogar schwer geschädigt werden!“

Ganz abgesehen von der wundervollen Selbstpersiflage und der klatschenden Beohrfeigung seiner selbst – **kann es wirklich im Deutschen Reiche noch einen beamteten oder nichtbeamteten Wolkenkukusherrn geben, der immer noch nicht sehen will, was eigentlich die sozialistische und kryptosozialistische Politik erstrebt?** Dreiundeinhalb Jahr lang hat nun unser deutsches Volk diesen aberwitzigen Jammer ertragen müssen. Wie lange noch? Ist die „Geduld“ eine Reservatpflicht aller Nichtsozialdemokraten?

So sehen wir, daß der Fafner, der dem deutschen Volke nach steilem, blutig schwerem Bergstieg den Zugang zu einer lichtvollen Zukunft sperrt, sich heute in den eigenen Schwanz beißt. Daß sich der Unhold von selbst und ohne Nachhilfe ganz verschlingt, ist auch von einem Fafner nicht zu erwarten. Wo ist der Siegfried, der ihm den Rest gibt und der damit dem deutschen Volke den Glauben an sich selbst, den Trost und die Hoffnung einer wahrhaft freien, stolzen Zukunft schenkt?

Der „Temps“ schrieb im November 1917 anlässlich der Kanzlerschaft Hertlings: „Die Fortschrittler und die Sozialdemokraten hätten keinen politischen Einfluß mehr, noch irgend eine Hoffnung auf Erfolg bei den künftigen Wahlen, wenn der Kaiser gegen sie regieren würde!“

Hic Rhodos, hic salta!

1917 – VOW zu „Fafner und Siegfried“ 13.01.1918 So, DZ-23-1

Vorwärts - Nr.134 – Freitag, 18. Mai 1917 – S.1

Miljukows Rücktritt. – Die Sozialisten in der Regierung. - Rußland

In seiner Rede vom letzten Dienstag sagte der überaus vorsichtige Herr v. Bethmann, es scheine, als ob das neue Rußland gewaltsame Eroberungen ablehne. Die Depeschen, die vierundzwanzig Stunden später eintrafen, konnten ihn belehren, daß dies nicht nur so scheint, sondern daß es so ist. Miljukows Sturz und der Eintritt der Sozialisten in die Regierung bedeuten vollkommene und eindeutige Abkehr von jeder allrussischen Politik. Wer's nicht glaubt, lese die erste Bedingung, die die Sozialisten an ihren Eintritt in das Kabinett Lwow geknüpft haben; sie lautet:

Eine aktive auswärtige Politik, die offen uns so bald als möglich einen allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker erreichen will.

Zugleich hat der Arbeiter- und Soldatenrat den schon gestern gemeldeten Aufruf erlassen, der sich ausdrücklich gegen einen Sonderfrieden ausspricht. Damit wird vollständig bestätigt, was wir am Mittwoch zur

Kritik der Kanzlerrede ausführten, und was so große Entrüstung in der annexionistischen Presse hervorgerufen hat:

Das revolutionäre Rußland wird die Pflichten, die ihm ein Defensivbündnis gegenüber seinen Bundegegnossen auferlegt, nicht verletzen. Es hat nicht die Absicht, sich zu entwaffnen, um Deutschland zu westlichen Eroberungsplänen die Arme freizumachen, es will keine Lösungen des Friedensproblems zustimmen, die dem Selbstbestimmungsrecht der Völker widersprechen, indem sie nicht-deutsche Volksteile militärisch oder politisch in deutsche Hand bringen.

Auf der anderen Seite ist es vollkommen klar, daß die „aktive auswärtige Politik“, die von den Sozialisten verlangt wird, sich nicht darauf beschränken will, Rußland selbst und seine Verbündeten vor dem Zwang zu Gebietsabtretungen zu schützen, sondern daß sie darauf ausgeht, auch von den Bundesgegnossen eine Erklärung zugunsten eines annexionslosen Friedens zu erreichen. In dem Augenblick, in dem eine solche Erklärung erfolgte, hätte eine Fortsetzung des Krieges auch für Deutschland jeden Sinn verloren, ja, sie würde nach den Erklärungen, die Scheidemann am Dienstag namens der sozialdemokratischen Partei abgab, eine Unmöglichkeit sein.

Würden sich die Verbündeten Rußlands mit diesem auf die Formel „Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen“ einigen, und wollte die deutsche Regierung den Krieg dann noch fortsetzen, so wäre sein Charakter vollständig geändert. **Das wäre kein deutscher Verteidigungskrieg mehr, den mit Gut und Blut zu unterstützen die deutschen Sozialdemokraten gelobt haben,** sondern er wäre ein deutscher Eroberungskrieg, und diesen zu bekämpfen wie jenen zu unterstützen, sind die Sozialdemokraten durch ihre Erklärungen in gleichem Maße verpflichtet.

Daß wir uns aber zurzeit immer noch gegen fremde Eroberungsabsichten zu wehren haben, zeigen die an anderer Stelle gemeldeten Vorgänge im englischen Unterhause.

Die „aktive auswärtige Politik“, die der Arbeiter- und Soldatenrat dem ungebildeten, mit Sozialisten durchsetzten Kabinett vorschreibt, muß zwischen Rußland und seinen Verbündeten zu den angeregtesten Auseinandersetzungen führen. Auf welcher Seite dabei unsere Hoffnungen und Sympathien stehen, braucht nicht verheimlicht zu werden. Jeder Mensch im Deutschen Reiche vom Reichskanzler bis zum Tagelöhner und vom General bis zum Infanteristen wünscht der neugereichten auswärtigen Politik Rußlands den schnellsten und besten Erfolg. Nur sind sich nicht alle klar darüber, was von deutscher Seite zu geschehen hat, um diesen Erfolg sicherzustellen und welche unbedingt zwingenden Forderungen sich aus ihm auch für Deutschland ergeben müssen.

Der sehr vorsichtige Herr v. Bethmann, dem die sichersten Dinge der Welt nur so scheinen, als ob sie so wären, kann von seinen russischen Ministerkollegen nicht geringere Vorsicht erwarten. Herr Terestschenko, der Nachfolger Miljukows im Auswärtigen Amte, kann aber heute bei gleicher Vorsicht kaum sagen: es scheine, als ob Herr v. Bethmann Hollweg gewaltsamer Eroberungen ablehne. Geben wir ruhig zu, daß einem ausländischen Beobachter die Politik der deutschen Regierung nicht als ganz unverdächtig erscheinen kann.

Diese Politik umgibt sich, heute wie gestern, mit dem Schleier des diplomatischen Geheimnisses, als ob alles, was gegen die Geheimdiplomatie gesagt und geschrieben worden ist, in den Wind geredet wäre. Kann eine solche Politik in einer Atmosphäre, die durch dreijährige Kriegslügenarbeit und Mißtrauen überladen ist, Vertrauen erwecken? Glaubt man, daß die fein abgewogenen Ausdrücke einer Diplomatie nach Altväterart Aussicht haben, sich Gehör zu schaffen, wo die Phrase einer trunkenen Kriegsdemagogie durch alle Straßen brüllt? Nicht laut und deutliche geredet zu haben, das bedeutet heute gar nicht geredet zu haben, oder noch Schlimmeres. Unklares Wortgeschaukel bleibt selbst gegen die feindseligste, verlogenste Auslegung wehrlos.

Der russische Arbeiter- und Soldatenrat führt eine klare und deutliche Sprache, die man durch das Schallrohr des ungebildeten Kabinetts bald in London und Paris wie in Berlin und Wien vernehmen wird. Binnen kürzester Zeit können all Regierungen, feindliche und verbündete, vor die Frage gestellt sein, ob sie zu einem allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker bereit sind. Auf diese Frage gibt es keine ausweichende Antwort mehr, sondern nur ein klares Ja oder Nein.

Die nächste Interpellation an den deutschen Reichskanzler dürfte demnach nicht von den deutschen, sondern von den russischen Sozialisten gestellt werden, und diesen wird er dann wohl die Antwort nicht versagen, die er den eigenen Landsleuten schuldig geblieben ist.

Warum noch Krieg?

Als die russische Revolution ausbrach wurde sie von der ganzen leidenden Menschheit als die Morgenröte des Friedens jubelnd begrüßt. **Mit wahren Hochgefühlen studierte man die vom Geiste tiefer Menschlichkeit erfüllten Kundgebungen der jungen Demokratie, in denen der sofortige Frieden unter allgemeinem Verzicht auf Eroberungen und Entschädigungen gefordert wurde. Diese Saat fand in Deutschland einen Boden, der von der deutschen Sozialdemokratie tief aufgepflügt war, und schoß hier alsbald kräftig in die Halme.** Nachdem man längere Zeit hindurch Versuche gemacht hatte, die Politik des Deutschen Reiches als wenigstens verkappt annexionistisch hinzustellen, hat neulich der russische Minister des Auswärtigen, Herr Terestschenko zugegeben, daß in Deutschland gegenwärtig die Annexionisten die Ueberhand haben.

Dennoch besteht in den leitenden Kreisen Rußlands keine Neigung, diese Gegenwart zur Wiederherstellung Rußlands und des Weltfriedens, zur Beendigung der ungeheueren Leiden des russischen Volkes auszunutzen. **Herr Terestschenko hat entdeckt, daß Deutschland, wenn auch nicht annexionistisch, so doch noch imperialistisch sei, da es beabsichtige, nach dem Krieg wieder für den Export zu fabrizieren. Wieviel Jahre sollen noch die russischen Soldaten an den Fronten stehen, um zu verhindern, daß sibirische Bäuerinnen sächsische Kopftücher tagen und daß russischen Ministerkinder mit thüringischen Puppen spielen?**

Die liberale Presse Englands hat gesagt, daß Belgien der entscheidende Punkt sei. Sei Deutschland bereit, die belgische Selbständigkeit wieder herzustellen, dann sei der Weg für den Frieden frei. Deutschland ist zu Wiederherstellung der belgischen Selbständigkeit bereit, aber der Krieg dauert fort.

Aus Amerika ist uns die Theorie verkündet worden, daß es keinen Frieden geben könne, weil und solange Deutschland eine Autokratie sei. Inzwischen ist in Deutschland ein Kanzler durch das Parlament gestürzt worden, und ein neuer an seine Stelle getreten, der die Zustimmung der Reichstagsmehrheit zur Vorbedingung für die Annahme des Amtes machte. Ein Land, in dem dies Ereignis wurde, kann man in keiner Sprache der Welt mehr eine Autokratie nennen. Trotzdem besteht wenigstens bis jetzt kein Anzeichen dafür, daß der Umschwung in Deutschland die leitenden Männer der Entente dem Frieden geneigter machen könnte.

Kein Staatsmann des feindlichen Auslandes kann heute noch seine kriegsverlängernde Politik mit deutschen Eroberungsabsichten, mit dem notwendigen Schutz Belgiens oder mit den innerpolitischen Verhältnissen Deutschlands begründen. Kriegsreden gegen Deutschland zu halten, wird mit jedem Tag ein schwierigeres Geschäft, und wenn die Regierung Hertling-Kühlmann klug ist, so wird die verlegene Suche nach neuen Gründen der Kriegsverlängerung bald noch groteskere Formen annehmen. Denn Elsaß-Lothringen zieht doch nur in Frankreich und vielleicht auch dort nicht mehr. Dem russischen, dem englischen, dem amerikanischen Soldaten wird man nicht einreden können, er müsse sein Blut verspritzen, um ein deutschsprechendes Land, das seit 46 Jahren auch politisch dem Deutschen Reiche gehört, wieder französisch zu machen. Auch in Frankreich mehren sich die Leute, die nicht recht einsehen wollen, daß man 43 Jahre lang ohne Elsaß-Lothringen Frieden halten konnte, daß man aber jetzt ohne Elsaß-Lothringen nicht Frieden machen kann.

Wir müssen uns heute klar darüber sein, daß die eigentlichste und tiefste Ursache dafür, daß es so ungeheuer schwer ist, zum Frieden zu kommen, in den militärischen Erfolgen Deutschlands liegt. Indem Deutschland einer so ungeheuren Koalition widerstand und im Kampfe gegen sie bald hier, bald dort durch gewaltige Vorstöße immer neues Vorgelände zu seiner Verteidigung gewann, hat es der Welt eine Kraftprobe gegeben, die sie überrascht und erschreckt hat.

Und so ergibt sich der tragische Konflikt, daß uns der militärische Erfolg den Frieden nicht bringen kann, weil das politische, wirtschaftliche, geographische Uebergewicht der anderen zu groß ist, und daß wir das einzige Mittel, das uns nach feindlicher Behauptung den Frieden bringen soll, nämlich den eigenen militärischen Mißerfolg, aus Gründen der Selbsterhaltung nicht wollen können.

Käme es auf Grund der gegenwärtigen Lage zum Friedensschluß, so würden die deutschen Bäume doch nicht in den Himmel wachsen. Der Traum von der deutschen Weltherrschaft wird, abgesehen von einigen Phantasten im Inland, nur von Politikern des Auslandes als Angsttraum geträumt. Die großen Imperien der Welt, England, Amerika und Rußland, werden auch nach diesem Krieg den größten Teil der Erdoberfläche beherrschen, und sie dürfen sich wohl getrauen ihre alte Stellung gegenüber Deutschland zu behaupten, wenn Deutschland am Ende dieses Krieges auch nicht zerschmettert am Boden liegt.

Für die Regierungen des feindlichen Auslands besteht somit kein anderer Grund mehr, den Krieg weiter fortzuführen, als der des militärischen Prestiges. Der Ehrgeiz von Generälen, die sich als nicht übermäßig glücklich erwiesen haben, und die Angst der Staatsmänner vor den inneren Folgen eines „faulen Friedens“ – nachdem so viel überspannte Hoffnungen auf einen ungeheuren Endsieg geweckt worden sind –, schließlich die zahllosen kapitalistischen Erwerbsunternehmungen, die sich drüben wie hüben, während die Menschen wie die Fliegen fallen, sehr wohl befinden, sie sind die Kräfte, die den Krieg endlos hinausziehen wollen. Alle Gründe, die sonst vorgeschoben werden, sind eben nur Vorwände, und werden es mit jedem Tage mehr.

Was ist angesichts dieser Sachlage für die deutsche Regierung zu tun? Jeder Rückfall in annexionistische Gebärdenspiele nach außen und autokratischer Manieren nach innen würde von den Gegnern Deutschlands als eine Befreiung aus ihrer täglich schwieriger werdenden Lage begrüßt werden. Gegen Deutschland, dessen 70 Millionen sklavisch dem Willen eines Einzigen gehorchen und das Belgien, Polen, Rußland, Venetien erobern will, würden sich die Völker der Erde immer aufs neue zum heiligen Krieg aufrufen lassen. Gegen ein Deutschland, das im Innern frei ist und das draußen keinem etwas rauben will, das um nichts anderes kämpft als um seine Selbsterhaltung, werden sich nicht jahrelang Millionen in den Tod hetzen lassen.

Der Weg zum Frieden ist nicht leicht, noch liegt ein Stück von ihm hart und blutig vor uns. Aber er ist erkannt, und keine deutsche Regierung darf ihn wieder verlassen.

Tägliche Rundschau - Nr.23 – Sonntag, 13. Januar 1918 – S.1

Eine Mahnung von Tirpitz.

Der erste Vorsitzende der Deutschen Vaterlands-Partei, Großadmiral v. Tirpitz, hat gestern (Sonabend) abend ins Hotel Bristol eine größere Zahl von Politikern und Parlamentariern geladen, u.a. befanden sich unter den Erschienenen Graf Westarp von der deutschkonservativen Partei und Herr Dr. Stresemann von den Nationalliberalen.

Im Verlaufe des Abends hielt Exzellenz v. Tirpitz eine Ansprache, in der er auf die politischen Vorgänge zu sprechen kam und dabei äußerte, man dürfe nach den Folgen, die die Ereignisse der letzten Wochen und Tage gezeitigt haben, hoffen, daß unsere Interessen im Osten ihre Wahrung finden werden. Weiterhin kam der Großadmiral auf den U-Boot-Krieg zu sprechen und wies darauf hin, daß im Februar 1916 nicht nur er, der Staatssekretär, sondern die ganze Marine bis zum letzten Matrosen der Auffassung gewesen seien, daß der U-Boot-Krieg gemacht werden könne.

Inzwischen habe der U-Boot-Krieg bereits auf England gewirkt, und es sehe sich mehr und mehr in die Notwendigkeit versetzt, einen Frieden zu suchen. Es sei deshalb jetzt schon der bedeutsame Augenblick gekommen, in dem es heißt, Stange zu halten und auszuhalten bis wir den einen Frieden erlangen, der unseren Interessen entspricht. England werde alles tun, um seine Wünsche durchzusetzen, es würde auch nicht davor zurückschrecken, seine Bundesgenossen zu verraten. Es lasse schon in seinen die Alliierten betreffenden Forderungen nach, um seine Kriegsziele zu verwirklichen, die es in Belgien sucht.

Zu Hindenburg und Ludendorff haben wir unbegrenztes Vertrauen, daß sie einen uns sichernden Frieden herbeiführen, denn eine Preisgabe unserer Interessen im Westen würde die Verkümmerng unserer politischen und wirtschaftlichen Zukunft bedeuten. Exzellenz v. Tirpitz schloß seine kurze mahnende Ansprache mit einem Hoch auf Feldmarschall Hindenburg und seinen getreuen Gehilfen Ludendorff. **E.S.**

Der Reichsbote - Nr.24 – Montag, 14. Januar 1918 – S.1

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. – Anerkennung der ukrainischen Volksrepublik.

Brest-Litowsk, 12. Januar. Zu Beginn der heutigen Plenarsitzung, welche um 11 Uhr 30 Minuten vormittags eröffnet wurde, gab der Vorsitzende, Graf Czernin, folgende Erklärung ab:

In der Plenarsitzung am 10. d. M. hat der Herr Staatssekretär der ukrainischen Volksrepublik den Delegationen der vier verbündeten Mächte die Note des Generalsekretariats der ukrainischen Volksrepublik vom 11./24. Dezember 1917, Nummer 726, übergeben. Diese Note enthielt in Punkt 7 die Erklärung, daß die durch das Generalsekretariat vertretene ukrainische Volksrepublik in völkerrechtlichen Angelegenheiten selbständig auftritt und daß sie gleich den übrigen Mächten an allen Friedensverhandlungen, Konferenzen und Kongressen teilzunehmen wünsche.

In Erwiderung hierauf beehre ich mich im Namen der Delegationen der vier verbündeten Mächte nachstehendes zu erklären:

„Wir erkennen die ukrainische Delegation als selbständige Delegation und als bevollmächtigte Vertretung der selbständigen ukrainischen Volksrepublik an. Die formelle Anerkennung der ukrainischen Volksrepublik als selbständiger Staat durch die vier verbündeten Mächte bleibt dem Friedensvertrage vorbehalten.“

Herr Trotzki, welcher sich hierauf das Wort erbat, führte folgendes aus:

„Im Zusammenhange mit der soeben in der Deklaration des Vierbundes behandelten Frage, erachte ich es für notwendig, zum Zwecke der Information und behufs Beseitigung möglicher Mißverständnisse folgende Erklärung abzugeben: Diejenigen Konflikte, welche sich zwischen der russischen Regierung und dem Generalsekretariat ergeben haben und deren tatsächliche Seiten mehr oder weniger allen Anwesenden bekannt sind, hatten und haben keinen Zusammenhang mit der Frage der Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes.

Sie sind durch die Widersprüche zwischen der Politik der Sowjets der Volkskommissäre und des Generalsekretariats entstanden, Widersprüche, die ihren Ausdruck erhalten, sowohl auf dem Territorium der Ukraina wie auch außerhalb ihrer Grenzen. Was nun die faktisch vor sich gehende Selbstbestimmung der Ukraina in Gestalt einer Volksrepublik betrifft, so kann dieser Vorgang keinen Raum für Konflikte zwischen den beiden Bruderrepubliken geben. **In Anbetracht dessen, daß es in der Ukraina keine Okkupationstruppen gibt, daß das politische Leben dort frei verläuft, daß es dort weder mittelalterliche Standesorgane gibt, die das Land repräsentieren wollen, noch von oben auf Grund der Machtstellung ernannte Scheinministerien, die innerhalb der Grenzen handeln, die ihnen von oben eingeräumt werden, in Betracht ziehend, daß auf dem Territorium der Ukraina überall freigewählte Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten existieren, und daß bei der Wahl der Organe der Selbstverwaltung das Prinzip des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes angewandt wird,** gibt es und kann es keinen Zweifel geben, daß der Prozeß der Selbstbestimmung der Ukraina in den geographischen Grenzen und in den staatlichen Formen, die dem Willen des ukrainischen Staates entsprechen, seine Vollendung finden wird. In Anbetracht des Vorstehenden und in Uebereinstimmung mit der in der Sitzung vom 10. Januar abgegebenen Erklärung sieht die russische Delegation keinerlei Hindernisse für eine selbständige Teilnahme der Delegation des Generalsekretariats an den Friedensverhandlungen.“

Der ukrainische Staatssekretär, Holubwytsch erklärte hierauf, die Deklaration der vier verbündeten Mächte zur Kenntnis zu nehmen. Auf Grund derselben werde seine Delegation an den Friedensverhandlungen teilnehmen.

General Hoffmann, welcher hierauf das Wort ergriff, bemerkte, er habe aus der Antwort des Vorsitzenden der Petersburger Delegation auf seinen Protest ersehen, daß Herr Trotzki nicht verstanden habe, warum die von ihm beanstandeten Funksprüche und Veröffentlichungen gegen den Geist des Waffenstillstandes verstoßen. Am Kopf des Waffenstillstandsvertrages ständen die Worte: „Zur Herbeiführung eines dauerhaften Friedens.“ Die russische Propaganda verstoße hiergegen, weil sie nicht einen dauerhaften Frieden anstrebe, sondern Revolution und Bürgerkrieg in unsere Länder tragen möchte.

In seiner Antwort verwies der Vorsitzende der russischen Delegation darauf, daß die gesamte deutsche Presse in Rußland zugelassen sei, und zwar auch jene, welche den Ansichten der russischen revolutionären Kreise entspreche und die dem Standpunkte der Regierung der Volkskommissäre zuwiderlaufe.

Es herrsche also vollkommene Parität in dieser Sache, die mit dem Waffenstillstandsvertrage nichts zu tun habe.

General Hoffmann replizierte hierauf, daß sein Protest sich nicht gegen die russische Presse gerichtet habe, sondern gegen offizielle Regierungskundgebungen und offizielle Propagandatätigkeit, die mit der Unterschrift des Oberkommandierenden Krylenko versehen sei. Der Oberbefehlshaber Ost und der Staatssekretär des Aeußern betrieben keine analoge Propaganda.

Herr Trotzki erwiderte hierauf, daß die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages keine Beschränkung für die Aeüßerung der Meinung der Bürger der russischen Republik oder ihrer regierenden oder leitenden Kreise enthielten oder enthalten könnten.

Staatssekretär von Kühlmann stellte zu den Bemerkungen des Vorsitzenden der russischen Delegation fest, daß die Nichteinmischung in die russischen Verhältnisse ein feststehender Grundsatz der deutschen Regierung sei, der aber natürlich volle Gegenseitigkeit erheische.

Herr Trotzki entgegnete, die Parteien, die der russischen Regierung angehören, würden es als einen Schritt vorwärts anerkennen, wenn die deutsche Regierung sich frei und offenherzig über ihre Ansichten bezüglich der inneren Verhältnisse ausspräche, insofern sie dies für notwendig erachten würde.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Deutsche Tageszeitung - Nr.24 – Montag, 14. Januar 1918 – S.2

Polen von Meer zu Meer?

Die außerordentliche Vielseitigkeit, um nicht zu sagen Allseitigkeit der polnischen Frage ist für unsere Beziehungen zu dem verbündeten Oesterreich-Ungarn und für die eigene Sicherheit des Deutschen Reiches unbestritten von entscheidender Bedeutung. Ebenso klar ist sich die Oeffentlichkeit darüber, daß eine restlos befriedigende Lösung bisher von keiner Seite hat geboten werden können. Die Presse muß es u. E. bei dieser Sachlage als ihre vornehmste Aufgabe erblicken, auf die schlimmsten der uns drohenden Gefahren hinzuweisen. Das ist vor einiger Zeit in unserem Aufsatz „Zurück hinter 1864?“ geschehen, der sich als Antwort auf einen losgelassenen Versuchsballon darstellte und wohl an seinem bescheidenen Teile mit dazu beigetragen hat, die Möglichkeit eines derartigen Olmütz aus der Erörterung zu verbannen. Gleichwohl besteht die ganze Fülle der Schwierigkeiten weiter, auch nach der Richtung des polnischen Einflusses auf Rußland hin.

Allerdings ist uns inzwischen über Stockholm die Meldung zugegangen, daß **in St.Petersburg am 10. Oktober, anscheinend a. St., unter dem Ehrenvorsitz von Alexander Lednicki ein Halbhundert demokratischer Verbände der russischen Polen getagt hat**, die sich mit großer Entschiedenheit gegen die bisher vorherrschende einflußreiche und auch von uns letzthin erwähnte Richtung Roman Dmowskis ausgesprochen **und eine selbständige Politik gefordert haben: einen unabhängigen polnischen Staat und die Vereinigung aller Teile, also auch Posen, Schlesien und Galizien, insbesondere auch den Zugang zum Meere.** Daß aber Dmowskis auf den Anschluß der Polen an Rußland hinarbeitende Politik mit den Beschlüssen vom Oktober keineswegs ausgeschaltet ist, beweist ein gleichfalls über Stockholm uns befreundeter Seite übermittelter und nach jenen Ereignissen gefallener Ausspruch eines namhaften russischen Staatsmannes:

„Nun ja, jetzt hat Rußland als führende Macht der Slawenwelt ausgespielt; macht nichts, jetzt kommt Polen als solche an die Reihe!“

Das ist unzweifelhaft zutreffend, soweit es sich auf das Streben der Polen zur führenden Macht bezieht. Ob dies Bestreben sich verwirklicht, wird davon abhängen, wie weit Deutschland vom Selbstbestimmungsrechte der Völker den erforderlichen Gebrauch machen wird. Unbestritten geht es in diesem ganzen Kriege um das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Frankreich bezeichnet es als eine Daseinsnotwendigkeit, das linke Rheinufer zu erobern, und England, Belgien in fester Hand zu behalten. Auch Rußland hat vor dem Kriege unumwunden die Eroberung des Memel-, Weichsel- und Markgebietes [Mark Brandenburg] bis zur Oder als eine Lebensnotwendigkeit hingestellt.

Demgegenüber steht das in seinen Lebensbedingungen eingeschnürte deutsche Volk, das umso mehr Raum in Mitteleuropa braucht, als inzwischen der Gesamtheit unserer im Auslande lebenden Volksgenossen durch unsere Feinde die Lebensmöglichkeiten bis zur Vernichtung verschnürt sind. Es geht um unser Dasein, wenn wir im Westen wie im Osten das zum Atmen notwendige Land fordern und wenn wir uns gegen die Wiederholung der feindlichen Raubgelüste schützen wollen!

So betrachtet würde die Befreiung Polens nur dann Sinn und Wert für Deutschland gehabt haben, wenn das polnische Volk sich aufrichtig von der Notwendigkeit gegenseitiger Leistungen überzeugt gehalten hätte. Wie wenig dies der Fall ist, liegt am Tage. **Anstatt in der Zeit, als uns seine Hilfe zur Abkürzung des Krieges wertvoll gewesen wäre, seine Mannschaft zu den Fahnen zu rufen und die Russen im Verein mit uns und unseren Verbündeten zu schlagen, hat Polen genau das Gegenteil getan und den Krieg mit seinen Pilsudskiaden verlängert!** Auch hat die Anzahl der Legionäre in keinem Verhältnisse zu dem gestanden, was **der polnische Regentschaftsrat**, nachdem wir seiner nicht mehr bedürfen, **in der Schaffung eines nach deutschem Vorbilde zu bildenden Heeres nunmehr erstrebt. Zu welchem Zwecke überhaupt soll dieses Heer jetzt gebildet und gegen wen soll es geführt werden?**

Um so dringender ist es deshalb notwendig, die Ziele ins Auge zu fassen, die polnischerseits erstrebt werden: die Vereinigung nicht nur aller jemals unter zeitweiliger polnischer Oberhoheit gestandenen Länder, sondern darüber hinaus auch die Verwirklichung der alten geschichtlichen Hoffnung auf die Beherrschung der Ukraine und den Zugang zum Schwarzen Meere. Verstiegen, wie diese Forderungen klingen mögen, darf ihre Bedeutung doch schon deshalb nicht unterschätzt werden, weil ihnen unverkennbar eine gewisse Beeinflussungskraft auf deutsche Volkslosigkeit innewohnt.

Deckt sich doch bald diese, bald jene Forderung aus dem großen Strauße mit deutschen Zugeständnissen, wie sie z.B. am Mittwoch Prof. Delbrück in der deutsch-polnischen Vereinigung erhoben hat. Er versucht den Polen klar zu machen, daß die deutsch-polnische Grenze nicht verrückt werden könne, ohne zu bedenken, welche strategische Notwendigkeit er damit preisgibt. Und er sucht wiederum für dies gar nicht erörterbare „Ziel“ die Polen mit dem Zugeständnisse zu gewinnen, daß Litauen und Polen zu einem Staate vereinigt werden könnten. „Dadurch,“ hat er nach dem Berichte des „B.T.“ gesagt, „würde Wilna, das alte polnische Kulturzentrum, wieder an Polen fallen. außerdem hätte dieses litauisch-polnische Reich durch die Häfen an der Ostsee die Möglichkeit wirtschaftlicher Existenz.“

Von anderer Seite, und anscheinend auch von Herrn Prof. Delbrück, wird Polen die hohe Aufgabe zugewiesen, Weißrußland der europäischen Kultur zu gewinnen. Und wieder von anderer, vermutlich halbamtlicher Seite, wurde unlängst den Polen „ein nördlicher Hafen“ angeboten als Entschädigung für ihre Hoffnungen auf Danzig und Libau.

Demgegenüber ist wohl die Frage gestattet, weshalb Polen zur Ermöglichung seines wirtschaftlichen Lebens durchaus Häfen braucht, die zahlreichen deutschen Bundesstaaten von der Natur versagt sind. Das Königreich Sachsen hat sich bisher ganz wohl gefühlt ohne Besitz einer Küste; es gibt keinen stichhaltigen Grund, der Polen an seiner Ausfuhr über Häfen hindern sollte, die unter deutscher Oberhoheit stehen.

Noch schlechter bestellt ist es um Polens Ansprüche auf Litauen und Weißrußland. Denn abgesehen von den Herrenhäusern des verpolten litauischen Adels in Wilna gibt es keinen erkennbaren Anspruch für die Ueberlassung Litauens und Weißrußlands an die polnische Herrschaft. Wohl aber steht zu befürchten, daß der polnische Einfluß in beiden Gebieten vorherrschend werden würde, falls nicht deutscherseits sehr kräftige Riegel vorgeschoben werden. Das Schicksal eben jener litauischen Adelsfamilien beweist, wie leicht das litauische Volk in seinen oberen Kreisen dem Reize der polnischen Oberflächenkultur erliegt. Und auf die Weißrussen erstreckt dieser Einfluß sich bis heutigen Tages insofern, als sie trotz der Verschiedenheit des Bekenntnisses polnisch beten.

Dies weißrussische Gebiet, das sich von der Düna über die Gouvernements Mohilew und Minsk bis an die Wilna und über einen großen Teil von Grodno hin erstreckt, muß in der Beurteilung dieser Gebiete ebenso gesondert betrachtet werden wie das Gouvernement Suwalki. Denn so wie dies letztere im Norden von Litauern und im Süden nicht etwa von Polen, sondern von den ehemals jadowingischen Masuren bewohnt wird, ist auch Weißrußlands Bevölkerung eine Klasse für sich. Und so wie das Gouvernement Suwalki uns in Zukunft dagegen schützen muß, daß wir die Schlachten bei Tannenberg, an den Masurischen Seen und die schweren Kämpfe im Bug- und Narew-Gebiete und alles, was ihnen folgte, noch einmal schlagen müssen, ebenso notwendig ist, daß wir längs der zukünftig gegen Rußland verlaufenden Grenze uns tatsächlich Bürgschaften, die berühmten „realen Garantien“ nach Brustwehren beschaffen. Dazu ist aber unbedingt erforderlich, die weißrussische Bevölkerung sowohl dem litauischen als dem polnischen Einflusse zu entziehen und sie wirtschaftlich nach Möglichkeit zu fördern, damit sie den Segen der deutschen Oberherrschaft als Quelle doppelter Zufriedenheit empfinden.

Die Polen hoffen, wie das Herr v. Studnicki einmal klar ausgesprochen hat, alle diese Gebiete mit Kolonisten zu besetzen:

„Die polnische Regierung wird in den ukrainischen, weißrussischen und litauischen Gebieten eine intensive polnische Kolonisation nach preußischem Vorbilde organisieren, wovon eine rasche Ausbreitung des Polentums und mithin des Katholizismus im Osten des Landes zu erwarten ist.“

Gegen die Ausbreitung des Katholizismus in Weißrußland haben wir nicht das Geringste einzuwenden, aber als politisches Mittel zur Polonisierung und Errichtung eines bedrohlichen Weltreiches, wie es mindestens den Träumern des „Polens von Meer zu Meer“ vorschwebt, muß sie verhindert werden. Das natürliche Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes verlangt auch gerade im Osten die Möglichkeit einer Befriedigung des Landesbedürfnisses der zahlreichen tapferen Soldaten, die Volk und Heimat vor jenen Ueberfällen geschützt haben, die Rußland geplant hatte. Denn was wir zu erleiden gehabt hätten, wenn es nach den Wünschen der Panslawisten gegangen wäre, hat unser armes Ostpreußen erfahren, wie nach der Schlacht von Tannenberg vom 15. Juli 1410 das unglückliche Ordensland erfahren hat, wie Polen und Tataren zu verwüsten verstehen. Mit einem Schlage wurde damals alle blühende Kultur und hochstehende Volkswirtschaft vernichtet, die unter der Zucht des Militarismus von Marienburg erblüht war.

Uns scheint, daß diejenigen unserer Volksgenossen, die sich vom Selbstbestimmungsrecht der Völker des Heil Europas versprechen, wohlthun würden, sich etwas mehr um die Geschichte der Ostländer und ihre heilsamen Lehren zu kümmern.

Fritz Bley.

Deutsches Volksblatt - Nr.10429 – Montag, 14. Januar 1918 – S.1

Gegen Pichon.

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau berichtet noch über die Kammersitzung:

Paris, 11. Januar. In der Kammer sagte **Minister des Aeußern Pichon** ferner: Die Methode der Einzelnoten hat gewisse Nachteile. Sie kann verschiedenen Auffassungen Raum gewähren, *[unlesbar]* eine gemeinsam gefaßte Formel würde daran nichts ändern, um so mehr als es wir es als die Hauptsache erachten, den Sieg davonzutragen, ohne den alle Erklärungen des Sinnes entbehren. (Lebhafter Beifall). Bleiben wir somit fest bei den mit unseren Verbündeten getroffenen Vereinbarungen. Wir haben solche mit Italien, Serbien, Rumänien und mehreren anderen unserer Alliierten, und um nichts in der Welt werden wir sie brechen. Man spricht von einer gemeinsamen Note. **Denken Sie doch daran, daß es gegenwärtig nicht weniger als 17 Mächte sind, die im Kriege gegen Deutschland sich befinden.**

Ist es notwendig, sie alle einzuladen, ihre Kriegsziele für die Befreiung der Menschheit aufs neue zu formulieren, oder soll eine Auswahl unter ihnen getroffen werden oder soll man sie schließlich vor der Stunde, in der dies notwendig sein wird, noch vereinigen zu einer Art von Friedenskonferenzen? Glauben sie mir, daß es sich hier um etwas anderes als um Wortklauberei handelt, daß es im Augenblicke nur darauf ankommt, daß wir alle im Grunde einig sind, wie selbst Albert Thomas in einem Artikel in der „Humanite“, der aus London vom 5. Januar datiert ist, erkannte.

Albert Thomas führte aus: Die Schwierigkeiten, die ich für eine allgemeine Erklärung geltend machte, habe ich mir im gegenwärtigen Augenblicke wieder ins Gedächtnis zurückgerufen. Aber ich habe meinen Artikel unter dem Einflusse der Erklärungen Lloyd Georges geschrieben, bevor die Note des Präsidenten Wilson erschienen ist. Heute stehen wir den Erklärungen Lloyd Georges und den 14 Artikeln des Präsidenten Wilson gegenüber. Der Augenblick scheint also gekommen, zu erwägen, ob man gemeinsame Erklärungen abgeben kann. In den 14 Artikeln Wilsons sind namentlich Serbien, Rumänien und Polen angeführt. Es ist also möglich, diese Punkte festzulegen.

Ministerpräsident Clemenceau: Das ist gerade das, was wir vorgeschlagen haben.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung - Nr.25 – Montag, 14. Januar 1918 – Abend – S.1

Präsident Wilson und Elsaß-Lothringen. – Professor Hans Delbrück erklärte einem amerikanischen Korrespondenten zu der jüngsten Botschaft des Präsidenten Wilson.

Wilsons Botschaft vom 8. Januar hätte trotz der vielen Fehler, die sie enthält, einen wesentlichen Schritt zum Weltfrieden bedeuten können, wenn sie nicht zeigte, daß der Präsident über Elsaß-Lothringen grundfalsche Vorstellungen hat. Er spricht von einem Unrecht, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 bezüglich Elsaß-Lothringens zugefügt sei und das wieder gut gemacht werden müsse.

Elsaß-Lothringen ist ein fast ausschließlich von deutschsprechenden Einwohnern bewohntes Land, welches Frankreich zur Zeit seiner Uebermacht stückweise vom Deutschen Reiche loslöste, die letzten Stücke

erst im Jahre 1792. Es war also nichts anderes als eine Desannexion, durch die diese Lande 1871 nicht an Preußen, sondern zum Deutschen Reich zurückkehrten.

Es ist richtig, daß das entgegen dem Wunsche der überwiegenden Majorität der damaligen Generation geschah. Aber inwiefern war das ein Unrecht gegen Frankreich? War Frankreich etwa völlig unschuldig an diesem Kriege? War Deutschland, das seit Jahrhunderten von Frankreich immer von neuem bedroht und angegriffen war, nicht berechtigt, sich gegen die Wiederholung dieser Angriffe nach Möglichkeit zu sichern? So haben nicht nur wir Deutschen, sondern auch die englische Presse, z.B. die „Times“ vom 7. und 8. September 1870, es angesehen. Sie riet der französischen Regierung zu bekennen, daß Frankreich uns ohne Grund angegriffen habe und daß es nunmehr besiegt dafür büßen wolle und Elsaß-Lothringen an uns abtreten.

Es ist eine ganz falsche Vorstellung, daß der europäische Friede erhalten geblieben wäre, wenn wir 1871 Elsaß-Lothringen nicht genommen hätten; im Gegenteil, die Franzosen würden dann nur um so eifriger nach der Revanche für die Niederlage von Sedan gestrebt haben. Wenn 1871 Unrecht geschah, so geschah es gewiß nicht Frankreich, sondern höchstens den damals lebenden Elsaß-Lothringern. Würde nun diese Unrecht dadurch wieder gut gemacht werden, daß die heute lebenden Elsaß-Lothringer gegen ihren Willen gezwungen werden, wieder zu Frankreich zurückzukehren? Man schlägt eine allgemeine Abstimmung vor. Aber dieser Wunsch existiert nur im Auslande. Die Franzosen wollen sie nicht, weil sie wissen, daß die Abstimmung zugunsten Deutschlands ausfallen würde; sie verlangen das Land ohne Abstimmung. Die Deutschen aber wollen diese Abstimmung nicht, weil sie grundsätzlich nicht zulassen können, daß ein Teil des Reiches darüber befinden könne, ob er zum Reich gehören wolle oder nicht, so wenig wie die Vereinigten Staaten im Jahre 1860 dulden konnten, daß die Südstaaten sich nach eigenem Belieben von der Union trennten.

Lassen wir aber diesen Einwand fallen und nehmen an, daß in Elsaß-Lothringen, in Irland, Aegypten, Indien, Algier, Tunis, Marokko über die Zugehörigkeit zu den jetzigen Staaten abgestimmt werden solle – wie wäre das in Elsaß-Lothringen ausführbar? Die Anhänger Frankreichs sind zum großen Teil seit 20, 30, 40 Jahren ausgewandert. Sollen sie oder ihre Nachkommen mitstimmen? Statt ihrer haben Hunderttausende von Deutschen in Elsaß-Lothringen eine neue Heimat gefunden – sollen sie von der Abstimmung ausgeschlossen sein? Meist ist es schon die zweite Generation, die in Betracht kommt; vielfach stammt sie aus Mischehen von Eingewanderten und Eingeborenen. Wer ist da stimmberechtigt?

Den Hauptfehler, den mir Präsident Wilson zu machen scheint, ist, daß er glaubt, Elsaß-Lothringen sei ein von Preußen annektiertes Land; in Wirklichkeit haben wir aus Elsaß-Lothringen einen autonomen kleinen Staat gemacht, also gerade das, was Präsident Wilson für andere Volksgruppen, z.B. in Oesterreich, so dringend empfiehlt. Dieser autonome elsass-lothringische Staat hat eine demokratische Volksvertretung, die immer von neuem kundgegeben hat, z.B. noch am 12. Juni 1917, daß das Land zu Deutschland gehört und nicht von Deutschland getrennt sein will. Wäre also Deutschland in diesem Kriege besiegt worden, und müßte Elsaß-Lothringen wieder an Frankreich abtreten, so wäre das nicht das Wiedergutmachen eines Unrechts, das 1871 geschehen ist, sondern im Gegenteil, der Schmerz, der im 16., 17. und 18. Jahrhundert den deutschen Landschaften zugefügt wurde, als sie von Deutschland losgerissen wurden, der ihnen 1871 zugefügt wurde, als sie von Frankreich losgerissen wurden, würde zum dritten Male erneuert werden, wenn sie abermals gezwungen würden, sich jetzt von dem Staat, dem sie jetzt zum überwiegenden Teil von Herzen anhängen, zu trennen. Es würde der Beendigung des Weltkrieges und dem Abschluß des Friedens in hohem Maße förderlich sein, wenn Präsident Wilson und die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten sich über die Geschichte und die Verhältnisse von Elsaß-Lothringen richtige Anschauungen bilden wollten. In seinen früheren Botschaften schien Präsident Wilson für die Zukunft Elsaß-Lothringens schon einen viel weiteren Spielraum zu lassen.

Tägliche Rundschau - Nr. 24 – Montag, 14. Januar 1918 – S.2

Der Volksbetrug der Entente Führer. – Neutrale Stimmen.

Amsterdam, 12. Januar. „News van den Dag“ Schreibt in einem Leitartikel:

Staatssekretär v. Kühlmann, in dem wir jetzt den Staatsmann der Mittelmächte sehen, hat die Reden Wilsons und Lloyd Georges über einen Kamm geschoren. Er betrachtet diese Erklärungen als einen hingeworfenen Fehdehandschuh und hat diesen Handschuh aufgenommen. **Es hat in der Tat den Anschein, daß beide Reden nur dazu dienen, nicht rund heraus sagen zu müssen: wir wollen keinen Frieden, wir wollen die Kraft der Mittelmächte brechen und danach unser Gesetz vorschreiben.**

Wenn die Entente-Staatsmänner sich auf Verhandlungen einlassen würden, so würde der Druck der schwer geprüften Völker in den Entente-Ländern vermutlich unwiderstehlich, und der Friede gewaltsam

herbeigeführt werden. Es ist nicht wahr, daß die Kriegsziele Clemenceaus, Lloyd Georges und Wilsons eigentlich auf daſelbe hinauslaufen, und es ist nach unserer festen Ueberzeugung eine schreckliche Unwahrheit, daß die Völker der Entente wie ein Mann hinter ihren jetzigen Führern stehen. Welch unbeschreibliche Wut muß in den Schützengräben und Wohnungen gegen die Staatsmänner herrschen, die durch ihre sklavischen Organe die Versicherung verbreiten, daß ihre Völker nichts mehr wünschen als durchzukämpfen.

Wir glauben nichts davon, es kann nicht richtig sein, aber die Opfer des Krieges haben keine Macht, keine Stimme, die durchdringen könnte.

*

Madrid, 11. Januar. In Besprechung der letzten Rede Lloyd Georges schreibt „A.B.C.“:

England und seine Verbündeten machen keine Vorschläge, sondern sie stellen Forderungen. Es hat den Anschein, als wäre das Friedensprogramm von einer siegreichen Entente vor den Toren Wiens oder Berlins abgefaßt worden, was mit den Tatsachen in einem sonderbaren Widerspruch steht.

Durch die Erklärungen Lloyd Georges erscheint der Abschluß eines allgemeinen Friedens wieder hinausgeschoben zu sein, denn auf einen derartigen Frieden können die siegreichen Mittelmächte grundsätzlich nicht eingehen. Der ungeheure Kampf wird somit mit erneuter Stärke fortgeführt und vielleicht erst mit dem Zeitpunkt beendet werden, wo die Völker ihren Regierungen den Friedenwillen aufzwingen.

★

Das Abendblatt „Dia“ erblickt in den Friedensaufforderungen Englands einen neuen Beweis für die Eroberungssucht der Entente und den Verteidigungskrieg der Mittelmächte.

Schwierigkeiten bei der Beratung über die besetzten Gebiete. – Brest-Litowsk

Brest-Litowsk, 13. Januar. Der am 11. d.M. eingesetzte deutsch-österreichisch-ungarische Ausschuß zur Beratung der territorialen Fragen hielt am 11. und 12. d.M. drei lange Sitzungen ab, die folgenden Verlauf nahmen:

Zunächst wurde festgestellt, daß an erster Stelle des abzuschließenden Friedensvertrages die Beendigung des Kriegszustandes zwischen den kriegführenden Teilen ausgesprochen werden solle. Danach lehnte es Herr Trotzki ab, anschließend hieran auszusprechen, daß die vertragschließenden Teile entschlossen seien, „fortan in Frieden und Freundschaft zu leben.“ Herr Trotzki fand, daß dies eine dekorative Frage sei, und es wurde beschlossen, auf den Gegenstand in einem späteren Zeitpunkt nochmals zurückzukommen.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wurde festgestellt, daß ein Einvernehmen darüber herrscht, die Räumung der von den beiden kriegführenden Parteien besetzten Gebiete prinzipiell auf die Grundlage der vollen Gegenseitigkeit zu stellen. In einem späteren Stadium der Verhandlungen wurde Persien aus diesem Zusammenhang gestrichen, da es nicht kriegführender Teil sei.

Es kam sodann die Frage zur Besprechung, in welchem Zeitpunkt die Räumung der besetzten Gebiete zu erfolgen haben werde. Der deutsche Vorschlag ging dahin, die Räumung an den Zeitpunkt zu knüpfen, in dem nach Friedensschluß Rußland seine Streitkräfte demobilisiert haben werde. Trotzki sprach demgegenüber den Wunsch aus, die Räumung der besetzten Gebiete parallel mit dem Verlauf der beiderseitigen Demobilisierung durchzuführen.

Nach einem Hinweis des Herrn v. Kühlmann darauf, daß nach dem russischen Vorschlag die Räumung der besetzten Gebiete sich bis zum Abschluß des allgemeinen Friedens hinausschieben müsse, wurde die Beratung über diesen Punkt abgebrochen.

Es gelangte die Frage zur Erörterung, auf welche Teile der besetzten Gebiete sich die Räumung zu erstrecken habe. **Hierzu führte Staatssekretär v. Kühlmann** aus:

Wie aus der Definition der Räumung hervorgeht, erstreckt sie sich nur auf die besetzten Gebiete, welche noch Teile des Staatsgebietes der Macht sind, mit der der Friede geschlossen wird. Auf solche Gebiete, die beim Eintritt des Friedens nicht mehr Teile dieses Staatsgebietes bilden, erstreckt sie sich nicht. Es würde also in eine Untersuchung einzutreten sein, ob und welche Teile des ehemaligen russischen Gebietes bei Eintritt des Friedens noch als zu russischem Gebiet gehörig betrachtet werden können.

Wir behaupten, daß in Ausübung des Selbstbestimmungsrechts in einem Teil der von uns besetzten Gebiete die zur Vertretung der betreffenden Völker **de facto** berufenen Körperschaften ihr Selbständigkeitsrecht derart ausgeübt haben, so daß diese Gebiete heute nicht mehr als zum russischen Reich in seinem ehemaligen Umfang betrachtete werden können.

Hierauf erklärte Herr Trotzki: Wir können jedoch die Anwendung des Prinzips der Selbstbestimmung nicht anders anerkennen, als gegenüber den Völkern selbst und nicht etwa gegenüber gewissen privilegierten Teilen derselben. **Wir müssen die Auffassung des Herrn Vorsitzenden der deutschen Abordnung ablehnen, die dahin ging, daß sich der Wille in den besetzten Gebieten durch tatsächlich bevollmächtigte Organe geäußert habe. Denn diese tatsächlich bevollmächtigten Organe können sich nicht berufen auf die von uns proklamierten Prinzipien.**

Anknüpfend an diese prinzipielle Ausführungen entwickelte sich eine lange Aussprache.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte: Unsere Auffassung geht dahin, daß die Staatspersönlichkeit besteht und in der Lage ist, rechtsverbindliche Erklärungen über die Grundlagen ihres Daseins abzugeben, so daß hier ein zur Vertretung und als Sprachrohr geeigneter Vertretungskörper als Ausdruck des unzweifelhaften Willens der überwiegenden Mehrheit des betreffenden Volkes den Entschluß zur Selbständigkeit und zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechts kund gibt.

Hierauf wies v. Kühlmann auf die Beispiele Finnlands und der Ukraine hin, die sich im Sinne des deutscherseits entwickelten Grundsatzes konstituiert hätten und welchen die Petersburger Regierung die Selbständigkeit zuerkannt habe.

Demgegenüber bemerkte Trotzki: Finnland ist nicht besetzt von fremden Truppen. Der Wille des finnischen Volkes hat sich in einer Art und Weise geäußert, die als demokratisch bezeichnet werden kann und

muß, und von unserer Seite können nicht die leisesten Einwendungen dagegen erhoben werden, daß der geäußerte Wille des finnischen Volkes auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt wird. Was die Ukraine anbetrifft, so ist dort der Prozeß einer derartigen demokratischen Selbstbestimmung noch nicht durchgeführt. Da aber die Ukraine andererseits nicht besetzt ist von ausländischen Truppen, und die Räumung des ukrainischen Gebietes keinerlei Schwierigkeiten bereitet, so sehen wir keinerlei Hindernis dagegen, daß die Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes auf dem Wege der Anerkennung der unabhängigen ukrainischen Republik erfolgt.

Aus den weiteren Verhandlungen **stellte zusammenfassend Staatssekretär von Kühlmann** fest, Trotzki scheine bereit, die in den besetzten Gebieten vorhandenen Organe und Volksvertreter als provisorische Organe anzuerkennen, wenn diese Landesteile nicht militärisch besetzt seien, und er würde diesen dann auch die Befugnis zuerkennen, die von ihm geforderte Abstimmung durchzuführen.

Herr Trotzki erklärte hierauf, daß Äußerungen von Landtagen, Stadtvertretungen und dergleichen als Äußerungen des Willens eines bestimmten einflußreichen Teiles der Bevölkerung aufgefaßt werden können, die aber nur Grund zur Annahme bildeten, daß das betreffende Volk mit seiner staatlichen Stellung unzufrieden sei. Hieraus ergebe sich die Schlußfolgerung, daß eine Abstimmung eingeholt werden müsse, wozu aber Vorbedingungen die Schaffung eines Organs sei, das die freie Abstimmung der Bevölkerung garantieren könne.

Im weiteren Verlauf der Besprechungen **behauptete Trotzki**, daß zwischen den Erklärungen der Mittelmächte vom 25. Dezember und der Formulierung der Punkte 1 und 2 vom 27. Dezember ein Widerspruch bestehe.

Staatssekretär von Kühlmann erklärte demgegenüber, daß beide Dokumente Ausflüsse desselben Geistes und derselben Politik seien wie sie der Reichskanzler in seiner programmatischen Rede im Reichstag angekündigt habe. Seine Rede habe im Grunde bereits die Erklärung der Verbündeten vom 25. Dezember enthalten und ebenso auch den Hinweis gebracht, daß die deutsche Politik ihre Beziehungen zu Polen, Litauen und Kurland unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu pflegen beabsichtige. Des weiteren stellte sich Staatssekretär v. Kühlmann auf den Standpunkt, daß die nach Absonderung strebenden Teile Rußlands nach Abgabe der Willens-Erklärungen der schon bestehenden Organe jetzt schon berechtigt seien, Verabredungen zu treffen, die sie für ihre Zukunft für gut und nützlich hielten. Sollten in diesen Verabredungen Verfügungen hinsichtlich der Vornahme von Grenz-Korrekturen fallen, so sei es nicht einleuchtend, warum diese Gebiete in diesen Fragen nicht ebenso frei sein sollten zu tun, was ihnen beliebt, wie in anderen.

Herr Trotzki glaubte in dieser Auffassung eine Untergrabung des Grundsatzes der Selbstbestimmung erblicken zu müssen und warf die Frage auf, warum denn die Organe der fraglichen Völkerschaften dann nicht zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk eingeladen worden seien, wenn ihre Organe das Recht haben sollten, über Gebietsteile zu verfügen. An eine solche Teilnahme der Vertreter dieser Völker wurde aber nicht gedacht, weil eben diese Nationen nicht als Subjekte sondern als Objekte der Verhandlungen betrachtet werden.

In Erwiderung auf diese Bemerkungen führte **Staatssekretär von Kühlmann** aus: Ich bin gern bereit, den Gedanken zu diskutieren, ob und in welcher Form eine Beteiligung von Vertreter der fraglichen Nationen an unseren Besprechungen sich ermöglichen läßt.

Minister Graf Czernin äußerte gleichfalls seine Bereitwilligkeit, der Frage der Heranziehung von Vertretern der besprochenen Gebiete näher zu treten, fügte aber hinzu, er wünsche zu wissen, in welcher Weise die Auswahl dieser Vertreter getroffen werden solle, wenn russischerseits die in diesen Gebieten bestehenden Vertretungskörper nicht als berechtigt angesehen werden würden, im Namen der von ihnen vertretenen Nationen zu sprechen.

Trotzki beantragte hierauf, die Sitzung zu vertagen, um es der russischen Abordnung zu ermöglichen, eine Beratung abzuhalten und sich mit ihrer Regierung ins Benehmen zu setzen.

In der Sitzung vom 12. Januar faßte Staatssekretär von Kühlmann das Ergebnis der vorangegangenen Beratung zusammen und wünschte genaue Erklärung der russischen Abordnung über die Ausdrücke Subjekte und Objekte der Diskussion.

Der **russische Vertreter Kameneff schlug vor**, daß beide Seiten in einer schriftlichen Zusammenfassung ihre während der Erörterung entwickelte Auffassung darlegten.

In Ausführung dieses Vorschlages stellte die russische Abordnung fest, daß während der Besetzung weder in Polen, noch in Litauen, noch in Kurland irgendwelche demokratisch gewählten Organe gebildet werden konnten oder existierten, die Anspruch darauf erheben könnten, als Ausdruck des Willens weiter Kreise der Bevölkerung zu gelten. Die russische Regierung sehe ihre Aufgabe lediglich in der Sicherung der wirklichen Freiheit und Selbständigkeit sowohl der inneren Staatseinrichtungen wie der nationalen Lage der genannten

Gebiete. Dazu bedürfe es der vorherigen Verständigung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn auf der einen und Rußland auf der anderen Seite über den Umfang des Gebietes, dessen Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht ausüben soll in bezug auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, in bezug auf das Übergangsregime bis zur endgültigen staatlichen Konstituierung dieses Gebietes, sowie in bezug auf die Art und Form der Kundgebung des Willens der Bevölkerung dieser Gebiete.

Die Gesamtheit der Antwort auf diese Frage werde den §2 des deutschen Vorschlages vom 28. Dezember zu ersetzen haben. Rußland schlägt vor, das Selbstbestimmungsrecht den Nationen zu gewähren, also auch den Teilen, die außerhalb der besetzten Zone liegen. Deutschland und Österreich sollten ihrerseits kategorisch erklären, daß sie keinen Anspruch auf die Einverleibung der besetzten Gebiete oder auf Grenzkorrekturen haben. Beide Teile sollten sich verpflichten, diese Gebiete weder direkt noch indirekt zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen und sie vor der endgültigen Konstituierung auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes nicht durch irgendwelche Zoll- oder militärischen Konventionen zu beengen. Die Abstimmung soll nach Rücknahme der fremden Heere und Rückkehr der Flüchtlinge sowie der abgeschobenen Bevölkerung stattfinden.

Der Zeitpunkt der Zurückziehung der Heere soll von einem besonderen Ausschuß bestimmt werden entsprechend der Lage der Transportmittel usw. Der Schutz der Ordnung soll dem nationalen Heer und der lokalen Miliz obliegen, den Flüchtlingen und Abgeschobenen die volle Freiheit und materielle Möglichkeit der Rückkehr gegeben werden. Von der Unterzeichnung des Friedens bis zur endgültigen staatlichen Konstituierung soll die innere Verwaltung in die Hände eines temporären Organs übergehen, das durch Verständigung der politischen Parteien gebildet wird. Die endgültige Entscheidung über die Staatslage der Gebiete und ihrer Staatseinrichtungen soll durch eine allgemeine Abstimmung erfolgen.

weiter: Posener Tageblatt - Nr. 24 – Dienstag, 15. Januar 1918 – S.2

Zwecks Beschleunigung der Arbeiten der Friedenskonferenz, hält die russische Abordnung es für außerordentlich wichtig von der deutschen und österreichisch-ungarischen Abordnung eine vollkommen genaue Antwort auf alle Fragen zu erhalten, die in dieser Erklärung aufgeworfen sind.

Was andere kleinere Fragen betrifft, so könnten sie dahin behandelt werden, daß sie im Zusammenhang mit der genauen Antwort auf diese Punkte beantwortet werden.

Hierauf erbat General Hoffmann das Wort und führte aus:

Ich muß zunächst gegen den Ton dieser Vorschläge protestieren. Die russische Delegation spricht mit uns, als ob sie siegreich in unserem Lande ständen und uns Bedingungen diktieren könnten. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Tatsachen entgegengesetzt sind – das siegreiche deutsche Heer steht in ihrem Gebiet!

Ich möchte dann festhalten, daß die russische Delegation für die besetzten Gebiete die Anwendung eines Selbstbestimmungsrechtes der Völker in einer Weise und in einem Umfange fordert, wie es ihre Regierung im eigenen Lande nicht anwendet.

Ihre Regierung ist begründet lediglich auf Macht und zwar auf Macht, die rücksichtslos mit Gewalt jeden anders Denkenden unterdrückt. Jeder anders Denkende wird einfach als Gegenrevolutionär und Bourgeois vogelfrei erklärt. Ich will diese meine Ansicht nur an zwei Beispielen erörtern.

In der Nacht vom 30. zum 31. Dezember wurde der erste weißrussische Kongreß in Minsk, der das Selbstbestimmungsrecht des weißrussischen Volkes geltend machen wollte, von den Maximalisten durch Bajonette und Maschinengewehre auseinandergejagt.

Als die Ukrainer das Selbstbestimmungsrecht geltend machten, stellte die Petersburger Regierung ein Ultimatum und versucht die Erzwingung ihres Willens mit Waffengewalt durchzusetzen.

Soviel aus den mir vorliegenden Funksprüchen hervorgeht, ist der Bürgerkrieg noch im Gange.

So stellt sich die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker durch die maximalistische Regierung in der Praxis dar.

Die deutsche Oberste Heeresleitung muß deshalb eine Einmischung in die Regelung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehnen.

Für uns haben die Völker der besetzten Gebiete ihrem Wunsch der Lostrennung von Rußland bereits klar und unzweideutig Ausdruck gegeben.

Von den wichtigsten Beschlüssen der Bevölkerung möchte ich folgende hervorheben:

Am 21.9.1917 erbat die kurländische Landesversammlung, die sich ausdrücklich als Vertreterin der Gesamtbevölkerung Kurlands bezeichnet, den Schutz des Deutschen Reiches.

Am 11.12.1917 proklamierte der litauische Landesrat, der von den Litauern des In- und Auslandes als einzig bevollmächtigte Vertretung des litauischen Volkes anerkannt ist, den Wunsch der Abtrennung von allen staatlichen Verbindungen, die bisher mit anderen Völkern bestanden haben.

Am 27. Dezember sprach die Stadtverordnetenversammlung in Riga eine ähnliche Bitte an das Deutsche Reich aus. Diesem Antrage haben sich die Rigaer Kaufmannskammer, die Große Gilde, die Vertreter der Landbevölkerung sowie 70 Rigaer Vereine angeschlossen.

Schließlich haben im Dezember 1917 auch die Vertreter der Ritterschaft der ländlichen, städtischen und kirchlichen Gemeinden auf Oesel, Dagö und Moon in verschiedenen Erklärungen sich von ihren bisherigen Beziehungen losgelöst.

Auch aus verwaltungstechnischen Gründen muß die deutsche Oberste Heeresleitung eine Räumung Kurlands, Litauens, Rigas und der Inseln im Rigaischen Meerbusen ablehnen.

Alle diese Gegenden besitzen keine Verwaltungsorgane, keine Organe der Rechtspflege, keine Organe des Rechtsschutzes, keine Eisenbahnen, keine Telegraphen, keine Post. Alles dies ist deutscher Besitz und in deutschem Betriebe. Auch zur Errichtung eines eigenen Volksheeres oder einer Miliz sind die Länder mangels geeigneter Organe in absehbarer Zeit nicht in der Lage.

Staatssekretär von Kühlmann: Ich möchte hervorheben, daß es nicht möglich ist, auf die hier verlesene schriftliche Erklärung der russischen Delegation unsererseits jetzt irgendwie Stellung zu nehmen.

Ich muß mir die weitere Stellungnahme in allen Punkten vorbehalten, möchte aber meiner persönlichen Ansicht dahin Ausdruck geben, daß der von der russischen Delegation vorgeschlagene **modus procedere**, nämlich, daß die Delegationen sich gegenseitig formulierte Schriftstücke vorlegen, weder zur Beschleunigung der Verhandlungen beitragen wird, noch, besonders wenn die Schriftstücke dem uns heute vorgelegten entsprechen, im allergeringsten dazu beitragen wird, die Aussichten der Verhandlungen, die wir führen, in besonders rosigem Lichte erscheinen zu lassen.

Ich persönlich bin der Ansicht, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, in der gestern angefangenen Weise fortzufahren, bis der ganze Stoff durchgesprochen war, um dann nach Abschluß der mündlichen Durcharbeitung, wenn es nötig erschienen wäre, das Ergebnis der mündlichen Durcharbeitung schriftlich zu fixieren. Da aber die russische Delegation sich durch ihren heutigen Antrag sich auf einen anderen Boden stellt, schlage ich vor, zur Beratung unter den Bundesgenossen die Sitzung aufzuheben.

Herr Trotzki: Es ist selbstverständlich, daß es durchaus nicht unsere Absicht ist, die Technik der Verhandlungen zu erschweren. Wenn die Gegenpartei sich auf den Standpunkt stellt, daß für das Vordringen schriftlicher Formulierungen noch nicht der richtige Zeitpunkt ist, so würde unser heutige Vorschlag zur Erörterung gestellt werden und wir würden uns das Recht vorbehalten, im Laufe der weiteren Verhandlungen zu unserer Deklaration als solcher oder zu einzelnen Teilen derselben zurückkehren, ohne in irgendeiner Weise der Gegenpartei eine ähnliche Behandlung der Angelegenheit aufzwingen zu wollen.

Staatssekretär von Kühlmann: Ich kann diesen Vorschlag nicht annehmen. Das Vorhandensein schriftlich formulierter und ausgearbeiteter Vorschläge auf der einen Seite, denen von der anderen Seite keine entsprechende Gegenformulierung entgegengestellt wäre, würde durchaus unerwünscht sein. Ich muß deshalb an meiner Auffassung festhalten, daß vor irgend welcher Stellungnahme meinerseits zu der neuen Lage eine erneute Beratung der Bundesgenossen nötig ist.

Die Sitzung wurde hierauf aufgehoben. Eine neue Sitzung zur Fortsetzung der Beratungen ist noch nicht anberaumt worden.

Berliner Neueste Nachrichten - Nr. 27 – Dienstag, 15. Januar 1918 – S.1

Die Drahtzieher an der Arbeit. – Hendersons Fata Morgana.

Wilson lobt unsere erste Kundgebung in Brest-Litowsk, wonach wir auf Landaneignungen und Kriegsentschädigung verzichten – doch heute nicht mehr – und tadelt die zweite Kundgebung, nach der Polen, Litauen kraft der „Volksstimme“ als selbständig aus dem russischen Staatsverband bis zur endgültigen Abstimmung ausgeschieden gelten sollen. Obwohl das in vollem Einklang mit dem von ihm selbst als höchstes Gut gepriesene Selbstbestimmungsrecht der Völker steht, erhebt er dagegen nicht nur erbitterten Protest; er geht weiter und konstruiert zwischen diesen beiden, ganz verschiedene Grundsätze berührenden Erklärungen einen Gegensatz, wobei er seine oft bewiesene grenzenlose Unwissenheit und Ununterrichtetheit dadurch aufs

neue erweist, daß er sich diesen vermeintlichen Widerspruch aus militärischen Einflüssen erklärt. Gibt es ihm nicht zu denken, daß die Vertreter der Ukraine nach Brest-Litowsk gekommen sind, um dort feierlich die ukrainische Volksrepublik zu erklären?

Nun ist es ja nicht schwer zu erkennen, weshalb Wilson gegen das Programm vom 28. Dezember wettet. Er fürchtet, daß jenes „los von Rußland“ mit einem „Hin zu Deutschland“ enden wird, und daß wir dieses Endergebnis mit unlauteren Mitteln fördern könnten. Also macht er lieber für das Gegenteil Stimmung und setzt sich leidenschaftlich dafür ein, daß Rußlands Fremdvölker zwar selbständig werden, sich aber im Rahmen einer Föderativ-Republik an Rußland anlehnen möchten. Bringt das ja auch den Vorteil, daß auf diese Weise ganz Polen, russisch-, österreichisch- und preußisch (!) Polen zusammengebracht werden könnte, was andernfalls nicht möglich wäre. Dabei würde es ihm natürlich nichts ausmachen, wenn dieses „Dreieinige“ Polen nicht ein russischer Bundesstaat, sondern ein selbständiges Königreich würde.

Es versteht sich von selbst, daß solche Gedanken nicht aus in den jetzt mundtot gemachten Kreisen Rußlands, sondern auch bei den gegenwärtigen Machthabern vollster Sympathie begegnen müssen. **Nimmt man dazu die Beifallsäußerungen, die unsere Sozialdemokratie, unabhängige wie offizielle, für Wilsons Programm spendet, so werden wir erst recht begreiflich finden, daß die russischen Unterhändler in Brest diese Chance scharf ins Auge fassen und nicht aufhören werden, auch im weiteren Verlauf damit zu liebäugeln.**

Und damit kommen wir auf den Kern unserer Betrachtungen. Hier setzen die Helfershelfer in England und Frankreich ein. In diesem Lichte sind Hendersons neueste Trugbilder zu betrachten. Macht es sich doch vorzüglich, wenn gerade die „mitfühlenden Proletarier“, die Henderson und Thomas, den Herrn Wilson und Lloyd George Handlangerdienste leisten. Zum wievielten Male sind diese sauberen Geister jetzt eigentlich „entschlossen“, sich den Weg nach Stockholm in die Arme des russischen „Proletariats“ zu bahnen? **Zum wievielten Male treiben sie mit der tröstlichen Verheißung, daß der Tag des internationalen Proletariats nahe sei, daß die Herrschaften in Petersburg sich nur noch etwas gedulden, die Verhandlungen nur noch einige Zeit in die Länge zu ziehen brauchten, Schindluder?**

Der Tag ist nicht mehr fern, wo der Tag der russischen Revolution sich jährt. Und in dieser ganzen Zeit war die Politik der jeweiligen Gebieter in Rußland, im Zwange der Umstände, darauf gerichtet, das russische Schiff zwischen der Scylla des Unvermögens, weiter Krieg führen zu können und demzufolge mit den Verbündeten brechen zu müssen und der Charybdis des Sonderfriedens mit den bisherigen Feinden und der hierfür maßgebenden militärischen und politischen Lage mit Opportunitätssegeln hindurchzusteuern. Liegt der Gedanke so fern, daß die Bolschewiki nicht auch versuchen könnten, was die verschiedenen provisorischen Regierungen unter Kerenski versuchten? Die politischen Macher in Washington, London und Paris haben es bisher stets gut verstanden, ihre Verschleppungstaktik den jeweiligen Strömungen in Rußland anzupassen. So haben sie auch diesmal den richtigen Weg gewählt, die rechten Töne anzuschlagen und stellen die Henderson und Genossen als Konzertmeister heraus. Daß die Russen diese Töne hören, daß sie – soll es aus Schwerhörigkeit oder Umstand, sei es aus opportunistischen Gründen – sich von ihnen verlocken lassen, hat ihr Benehmen im ersten Teil der Verhandlungen gezeigt.

Kann es also einen Zweifel darüber geben, daß unsere Haltung in der Zeit vom 23. – 28. Dezember so falsch wie möglich, unser Auftreten seit dem 4. Januar das einzig richtige und mögliche war? Hic Rhodus, hic salta! Für uns gibt es nur ein „Sofort“; jedem Verschleppungsversuch der russischen Unterhändler, jedem Einmischungsversuch der Entente muß mit äußerster Energie entgegengetreten werden. Die Herren Lenin und Trotzki fühlen sich als kluge Leute: müssen wir es erst sein, die genötigt sind, ihnen Scheuklappen anzulegen, damit sie die Erscheinungen einer trügerischen fata morgana, die die Entente in täglich wechselnden Bildern zu Seiten des Weges ihnen zu zeigen bemüht ist, nicht gewahren?

Wilson stellt unsere Behauptung, die Volksstimme in den besetzten Gebieten habe sich für Trennung von Rußland ausgesprochen, als einen Betrugsversuch hin. Geht es vielleicht nicht viel weiter, wenn er nicht nur die Volksstimme in den von England besetzten Gebieten für die Ablösung von Deutschland und von der Türkei in Anspruch nimmt, sondern darüber noch hinaus ein Gebot ergehen läßt, die „dürften“ niemals wieder zu uns gelangen? Schätzt er uns so ein, wie er selber ist, so müßten wir doch sagen, daß unsere „Tücke“ an der seinen gemessen, ein Zwerg vor einem Riesen ist. Und wenn er eifert, daß die Selbständigkeit, die wir für jene Völker proklamiert haben, von uns nur als das Uebergangsstadium zur „Angliederung“ gedacht sei, warum sollten wir ihn für so ehrlich halten, daß er oder seine Verbündeten es auf die von ihnen eingeheimsten Länder nicht auch so abgesehen haben? Ist das englische Weltreich denn etwas anderes als eine ganze Kette solcher Perlen?

Dieser Politik Englands und Frankreichs – und auch den Vereinigten Staaten ist sie nicht fremd – haben wir jahrzehntelang zugesehen, in der Einbildung, wir könnten nichts dagegen tun. Unsere stillen Feinde machten daraus: wir dürften dagegen nichts tun. Die Zeiten sind vorüber, und es wäre ein Hohn auf die dreijährigen Leiden und Opfer des Krieges, wenn wir in die alte Zwangsjacke wieder zurückkriechen wollten. Dahin aber muß es kommen, wenn wir in Brest-Litowsk nicht hart wie Stahl sind, und wenn wir die Fetzen des zerrissenen Angebotes an die Feinde im Westen nicht da liegen lassen, wo sie hingehören: zu ihren Füßen!

L.E.

Deutsche Tageszeitung - Nr. 26 – Dienstag, 15. Januar 1918 – S.2

Deutsche Schwächlichkeit – und die polnische Antwort.

In lebhafter und nicht gerade erfreulicher Erinnerung sind der deutschen Öffentlichkeit noch die Vorgänge, die sich in der Ostmark im Laufe des Oktober und November v.J. aus Anlaß der hundertjährigen Wiederkehr des Todestages des polnischen Revolutionshelden Kosciuszko abspielten.

[Tadeusz Kosciuszko, *04.02.1746 – +15.10.1817; polnischer Anführer des Aufstandes gegen die zweite Polenteilung 1794]

Damals fanden in fast allen Städten der Provinz Posen auch in Oberschlesien, Feiern der Polen statt, die nach der ganzen Art der Veranstaltung rein irredentischen Charakter trugen. Insbesondere bildete der 15. Oktober für Posen einen Tag der öffentlichen Abstempelung dieser Stadt zu einer polnischen. Unter weitestgehender Nachsicht der Behörden hatten die Veranstaltungen, hatte insbesondere die Ausschmückung der Stadt einen geradezu provokatorischen Charakter dem Deutschtum gegenüber annehmen können, nachdem bereits seit Wochen in Zeitungsartikeln und Vorträgen in den polnischen Vereinen die Irredenta sich ausgiebig hatte austoben können.

Die Tatsache, daß Kosciuszko ebenso gut gegen Rußland wie gegen Preußen die Fahne der Revolution erhoben hatte – richtete sich doch sein Aufstand gegen die zweite Teilung Polens – gab bereits dieser Gedächtnisfeier das charakteristische antideutsche Merkmal. Die Presse im Reich – die Lokalpresse Posens wurde an der Berichterstattung gehindert – hat die damaligen Vorgänge im allgemeinen zutreffend geschildert. Die Beteiligung von Militärpersonen, selbst polnisch sprechenden Offizieren, an den Veranstaltungen, die Demonstrationsumzüge, gegen die trotz des ergangenen Verbotes die Polizei nicht einschritt, die Veranstaltung organisierter Feiern unter freiem Himmel ohne polizeiliche Genehmigung, die Duldung reichster Ausschmückung der Stadt mit den polnischen Farben und Wappen, trotzdem heute noch eine Verordnung zu Recht besteht, die das Tragen dieser Farben und das Flaggen in ihnen mit Geld- oder Haftstrafe bedroht. Bei der kirchlichen Feier in der Pfarrkirche zu Posen ging eine Festpredigt des polnischen Pfarrers Liesicki vom Stapel, in der mit der bei den Polen üblichen und gefährlichen Verquickung von Religion und Politik, Katholizismus und Panpolonismus, ein hohes Lied auf die irredentischen Forderungen eines Polens von Meer zu Meer ertönte.

Warum diese für das Deutschtum so schmerzlichen und für die Regierung beschämenden Vorgänge hier ins Gedächtnis zurückgerufen werden? Um ihnen ein Gegenstück gegenüberzustellen in der Wahrnehmung deutscher Interessen im besetzten Gebiete des zukünftigen Königreichs Polen.

Einige Tage nach der Kosciuszkofeier in Posen beging eine deutsche Schule in einer großen Stadt des besetzten Polens den Geburtstag der deutschen Kaiserin mit einer kleinen Feier, an deren Schluß der Redner auch den Milliarden-Sieg der letzten Kriegsanleihe rühmend hervorhob. Ueber diese Feier, die gewiß weder dem Umfang noch der Art nach provokatorisch wirken konnte, sollte eine sachlich gehaltene Notiz in die dort erscheinende Lokalpresse gebracht werden. Die alte heimische deutsche Zeitung nahm die Mitteilung auch ohne weiteres auf; die während des Krieges gegründete amtliche deutsche Zeitung aber verweigerte die Aufnahme und erklärte, nachdem die bekannten Vorgänge auf der polnischen Landessynode eine Hochspannung der Erregung in polnischen Kreisen erwiesen habe, wolle man alles vermeiden, was den Polen Anlaß zu weiterer Aufregung bieten könne; die Rücksicht auf die politische Lage verbiete daher zurzeit die Aufnahme der Notiz.

Das ereignete sich in einer Stadt, die die stärkste deutsche Kolonie des ganzen Ostens ihr eigen nennt, die ihr Aufblühen deutschem Unternehmungsgeist und deutscher Geschäftstüchtigkeit verdankt, deren deutscher Einschlag so groß ist, daß sogar unter russischer Herrschaft die Verhandlungssprache der Stadtverordnetenversammlung deutsch war, bis sie unter der deutschen Okkupation durch die polnische ersetzt wurde. In Lodz nämlich.

Man wird sich angesichts der Gegenüberstellung dieser beiden Vorgänge nicht gerade von Nationalstolz geschwellt fühlen können, vielmehr wird man ein starkes Gefühl der Beschämung empfinden

über eine derartige Behandlung des Deutschtums in gefährdeter Diasporastellung im Vergleich mit der gänzlichen Zülfreiheit des bis zur Arroganz aggressiven Polentums im eigenen Lande.

Erhebt man die Frage, in welcher Art das Polentum im künftigen Königreich auf die geübte Rücksichtnahme reagiert, so erhält man die Antwort aus den Hunderten von Pamphleten und Flugblättern, die im okkupierten Gebiete von Hand zu Hand gehen und immer wieder zur Aufhetzung auch der politisch indifferenten und urteilslosen Massen gegen Deutschland und das Deutschtum bieten

Deutsches Volksblatt - Nr. 10430 – Dienstag, 15. Januar 1918 – S.1

Für und wider den Frieden.

Am letzten Sonntag hat in Wien und in Budapest wieder eine Anzahl von Versammlungen stattgefunden, die den Zweck hatten, den bekannten Standpunkt der Sozialdemokratie in der Friedensfrage neuerlich zu betonen, der dahin geht, daß der Friede nicht nur so rasch als möglich geschlossen werden müsse, sondern daß es auch kein anderer als ein Verzichtfriede sein dürfe. Die von diesen Versammlungen angenommene Entschließung wendet sich gegen diejenigen, die den Krieg verlängern, und zwar ist auch diesmal wieder eine Fassung gewählt worden, die der ganzen Kundgebung eine deutliche Spitze gegen die Mittelmächte gibt, als ob es diese wären, die den Krieg heraufbeschworen haben und dessen Fortsetzung wünschen. Es ist selbst gegenüber einer so verblendeten und einseitig beeinflussten Masse, wie es die Sozialdemokratie ist, eine starke Zumutung, wenn die Tatsachen immer wieder in derart unerhörter Weise auf den Kopf gestellt werden, wie dies von den Sozialdemokraten und den übrigen Anhängern des Verzichtfriedens immer wieder geschieht.

Diese Tatsachen bestehen aber darin, daß weder die französischen noch die englischen, russischen und italienischen Sozialisten den Ausbruch des Krieges verhindert haben, der durch die Ziele, die ihm die Entente gesteckt hatte, von vornherein als ein Eroberungs-, ein Raubkrieg geplant gewesen war, wie durch den vor kurzem mitgeteilten Inhalt gewisser Geheimdokumente klar nachgewiesen wurde. Es kann nicht behauptet werden, daß die Sozialisten des Vierverbandes von diesen Kriegszielen nichts wußten, sie hatten sich im Gegenteil mit denselben vollkommen einverstanden erklärt, sie waren sogar die eifrigsten Kriegshetzer und sie halten auch heute noch – wenn auch einzelne Stimmen gegen die Ententepolitik aus dem Lager der Internationale Einspruch erheben – daran fest, daß die Waffen nicht früher niedergelegt werden dürfen, bevor die Mittelmächte nicht besiegt sind und ihr Gebiet aufgeteilt wurde.

Die Politik Lloyd Georges und Clemenceaus hat bisher noch immer die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit des englischen und französischen Parlamentes gefunden, trotzdem der annexionistische Charakter dieser Politik nicht zu bezweifeln ist. Weshalb richten sich die Vorwürfe und die Beschwörungen wegen der Fortdauer des Krieges, die aus jeder sozialistischen Kundgebung in Oesterreich-Ungarn und Deutschland herausklingen, nicht gegen die Entente, weshalb will man die Mittelmächte, die gezwungen wurden, zur Verteidigung ihrer Existenz das Schwert zu ziehen und die daher einen wohlbegründeten Anspruch auf eine Entschädigung haben, auf die grundsätzliche Anerkennung des Verzichtfriedens festlegen?

Die Vorgänge in der französischen Kammer, die erregte Erörterung, zu welcher die Erklärungen Pichons Anlaß gaben, der darüber gefragt worden war, weshalb eine gemeinsame Kundgebung der Entente hinsichtlich ihrer Kriegsziele unterblieben sei, sowie das Stimmenverhältnis, das sich bei der Abstimmung für die Regierung ergab, beweisen, daß es vielleicht ziemlich aussichtsvoll wäre, wenn von sozialistischer Seite mit aller Entschiedenheit in den Ententeländern der Hebel angesetzt werden würde, um einen Friedensschluß durchzusetzen. Das ist aber bisher, wie bereits erwähnt, nicht geschehen, sondern man begnügte sich damit, von Zeit zu Zeit aus einer augenblicklichen verärgerten Stimmung heraus Angriffe gegen die Regierung zu richten, ohne aber sich noch ein einzigesmal dazu aufzuraffen, die volle Wahrheit festzustellen, die darin besteht, daß der Weltfriede niemals gestört worden wäre, wenn die Eroberungspläne der Entente nicht den „Zwischenfall“ von Sarajewo als willkommene Gelegenheit zum Losschlagen benützt hätten.

Das republikanische Frankreich hält auch heute noch an der „Geheimdiplomatie“, die von den russischen Bolschewiki in Acht und Bann getan wurde, unbedingt fest, und Herr Pichon hat sich mit Händen und Füßen dagegen gesträubt, etwas über die Verhandlungen zu sagen, die geführt wurden, um eine gemeinsame Stellungnahme der Alliierten zur Kriegszielfrage herbeizuführen, die aber ergebnislos geblieben sind. Dennoch erhielt das französische Kabinett sein Vertrauensvotum. Der Pazifist Costadan aber wurde energisch zur Ordnung gerufen, als er dem Diktum Pichons, daß vor allem der Sieg erkämpft werden müsse, zu widersprechen wagte.

Die Rede Lloyd Georges, die in verbindlicherer Form, als man sie bisher an den Aeußerungen der englischen Minister gewohnt war, das Aufteilungsprogramm der Entente bestätigte, hat nun durch einen Frühstücksspeech des Munitionsministers Churchill eine Erläuterung erfahren. Auch Churchill bekannte sich zu den Kriegszielen der Entente, „die man dem Feinde aufzwingen müsse“. Was seine Ausführungen aber besonders bemerkenswert macht, ist der Hilferuf, den er über das große Wasser hinüber schickte, um Wilson dazu zu bestimmen, daß er schleunigst Truppen nach Europa sende. Dieser Appell stimmt schlecht mit dem Selbstbewußtsein und mit der Siegessicherheit zusammen, die die französischen und englischen Staatsmänner sonst an den Tag legten. Die Hoffnung auf Amerika scheint jetzt so ziemlich der letzte Trumpf zu sein, den unsere Feinde noch auszuspielen haben. Würde auch diese Hoffnung enttäuscht werden – es ist davon die Rede, daß die Vereinigten Staaten vorläufig nur Getreide, aber keine Mannschaften ihren Verbündeten zur Verfügung stellen wollen – **dann wird vielleicht auch in London und Paris die Erkenntnis sich durchringen, daß der großangelegte verbrecherische Anschlag gegen die Mittelmächte und ihre Verbündeten, zu dessen Ausführung der Mord in Sarajewo das Signal gab, endgültig fehlgeschlagen hat.** Das wird aber auch der Zeitpunkt sein, in dem es möglich sein wird, einen Frieden zu schließen, der der Opfer wert ist, die uns der aufgezwungene Kampf gekostet hat.

Vorwärts - Nr. 15 – Dienstag, 15. Januar 1918 – S.4

Karl Radek und die Unabhängigen.

Die „**Leipziger Volkszeitung**“ liest Herrn Karl Radek alias Sobelson, der auch in Deutschland aus Gastspielen bekannt ist, kräftig die Leviten, weil er die russische Revolution als Leiter der Petersburger Telegraphen-Agentur durch falsche Sensationsmeldungen kompromittiere:

„Die russische Telegraphen-Agentur ist das amtliche Organ der russischen Regierung. Wie ist es möglich, daß dieses Bureau über die Friedensverhandlungen und über eine dort von den Delegierten der russischen Regierung abgegebene Erklärung falsche Nachrichten verbreitet? Es läßt sich doch bis auf weiteres unmöglich annehmen, daß dort jeder Beliebige telegraphieren kann, was er will, oder daß Radek, der zum Leiter der Agentur bestellt ist, internationale Politik auf eigene Faust, losgelöst von Lenin und Trotzki, treibt. Das würde das vollendetste Tohuwabohu sein, und niemand – weder im Lager der Mittelmächte noch in dem der Alliierten – könnte in Zukunft eine Politik treiben, bei der in irgendeiner Form das wirkliche oder mutmaßliche Verhalten der Bolschewiki in Rechnung gestellt würde.“

Eine so scharfe Kritik – eine Kritik, die die moralische Verhandlungsfähigkeit der vor kurzem noch verhimmelten, von Ledebour als Gesinnungsgenossen in Anspruch genommenen Bolschewiki schlechthin leugnet – ist in Deutschland kaum von einem alldeutschen Blatt geübt worden. Was sagen Mehring und seine Intimen in Chemnitz, Stuttgart und Bremen zu solcher Gotteslästerung?

Berliner Neueste Nachrichten - Nr. 28 – Mittwoch, 16. Januar 1918 – Morgen - S.3

Die amerikanischen Polen.

Man schreibt uns:

Etwa zu derselben Zeit, da die Regenten und der Ministerpräsident aus Warschau in Berlin und Wien den Mittelmächten ihre „Freundschaft“ beteuern, lassen sich die ersten polnischen Kämpfer für den Verband, die aus Amerika in Bordeaux eingetroffen sind, in Frankreich von ihren „wahren Freunden“ feiern. Die Vereinigten Staaten sind, um den polnischen Ausdruck anzuwenden, der jüngste, aber nicht der kleinste „Anteil“. **Etwa 4 Millionen Polen leben dort. Vom ersten Tage des Krieges an haben sie sich in deutschfeindlichem Sinne betätigt;** ihre Presse nahm mit Eifer alle die englischen Schwindelnachrichten über unsere Verluste und unsere „Barbareien“ auf und schrieb dazu blutrünstige Artikel, die sicherlich erfolgreich wetteifern konnten in der Betätigung deutschfeindlicher Gesinnung mit dem verbissensten Hetzblatt englischer Sprache.

Freilich haben die amerikanischen Polen nie aus ihrer Stellung gegenüber dem Deutschtum ein Hehl gemacht. Sie haben sich auch, ganz im Sinne der Yankees, oft bezeichnet als die besten Vertreter des Polentums und darauf verwiesen, daß bei ihnen Angehörige aller drei „Anteile“ zu einer neuen polnischen Einheit verschmolzen sind. Für die polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen haben sie schon vor vielen Jahren einen eigenen „Nationalschatz“ gebildet. Daß sie mit dem polnischen „Rumpfstaate“ nicht einverstanden sind, braucht kaum betont zu werden. **Sie werden stets einen nicht zu verachtenden Rückhalt für den polnischen Radikalismus sowohl in Polen wie in den preußischen Provinzen bilden, und bei der Lösung der polnischen Frage durch die beiden Kaiserreiche sollte man der amerikanischen Polen nicht vergessen. Roosevelt stützte sich auf sie, Wilson tut es ebenfalls.**

Wenn die Frage aufgeworfen wird, wie die Mehrheit der Polen einzuschätzen ist, wird man die sicherste Auskunft erhalten aus der polnischen Presse der Vereinigten Staaten, in der die „nationale“ Strömung ganz ungeschminkt zum Ausdruck gelangt. Wir haben es freilich aufgegeben, auf eine Bekehrung unserer Staatsmänner in der polnischen Angelegenheit zu hoffen, dennoch halten wir es für unsere Pflicht, **immer wieder hinzuweisen auf den wütenden, besinnungslosen Haß, der in der polnischen amerikanischen Presse vom hohen Norden bis herab nach den Republiken der südlichen Hälfte sich breit macht als Ausdruck der wahren Gesinnung des gesamten Polentums,** und der – das gibt ja der Sache erst die volle Bedeutung – tatsächlich angesehen werden muß als getreues Spiegelbild der polnischen Wünsche, Hoffnungen und Bestrebungen.

Berliner Tageblatt - Nr. 29 – Mittwoch, 16. Januar 1918 – Abend – S.1

Die neuen Verhandlungsgrundlagen. – Brest-Litowsk - Der Verlauf der Sitzung vom 14. Januar.

Brest-Litowsk, 15. Januar (WTB). Am 14. Januar um 5 Uhr nachmittags hielt die deutsch-österreichisch-ungarische-russische Kommission zur Beratung der territorialen Fragen ihre vierte Sitzung ab.

Staatssekretär von Kühlmann teilte mit, daß die verbündeten Regierungen zu dem Entschlusse gekommen seien, die formulierten Vorschläge der russischen Delegation ihrerseits gleichfalls in formulierter Form mündlich zu beantworten. Er müsse aber neuerlich darauf hinweisen, er halte die Art, daß die Delegationen gegenseitig mit formulierten Schriftstücken verhandeln, für außerordentlich zeitraubend und den Erfolg wenig fördernd. Wenn man wirklich zu einem friedlichen Abschlusse gelangen wolle, so werde es sich in Zukunft empfehlen, die Materien durchzusprechen und dann von jeder Seite je einen Herrn nur mit der Redaktion zu beauftragen. Diese beiden Herren müßten als Redaktionskomitee zusammen versuchen, wieweit sie eine gemeinsame Fassung suchen könnten und, falls dies nicht möglich wäre, im Einvernehmen miteinander die gegenseitigen Differenzpunkte festlegen und schriftlich fixieren.

Hierauf gelangte die materielle Antwort der Verbündeten zur Vorlesung , welche folgenden Wortlaut hat:

„Die der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation übermittelten Vorschläge der russischen Delegation betreffend die Entwicklung der Dinge in den von den Zentralmächten besetzten Gebieten Rußlands weichen dermaßen von den Ansichten der Verbündeten ab, daß sie in der vorliegenden Form als unannehmbar bezeichnet werden müssen. Ohne des Näheren auf die äußere Form dieser Vorschläge

eingehen zu wollen, kann doch nicht unbemerkt bleiben, daß sie nicht den Charakter des von den Mittelmächten angestrebten Kompromisses tragen, sondern sich vielmehr als eine einseitige russische Forderung darstellen, die den Wunsch vermissen läßt, die berechtigten Gründe der Gegenseite in Kalkulation zu ziehen.

Trotzdem sind die österreichisch-ungarische und die deutsche Delegation bereit, nochmals und diesmal formuliert ihre Anschauungen über die schwebenden Fragen klar zum Ausdruck zu bringen und noch einen Versuch zu unternehmen, ob der von ihnen angestrebte Kompromiß eine Aussicht auf Verwirklichung bieten kann.

Ueber einen Teil der von den Verbündeten besetzten Gebiete ist in Ziffer 1 des deutschen Entwurfes gehandelt worden. Diese Materie ist durchberaten, bedarf also keiner weiteren Erörterung.

Die Frage nach den zur Zeit von den Verbündeten besetzten Gebieten, die eigenes staatliches Leben besitzen, wäre rein zeitlich in vier Stadien zu gliedern:

Der Zeitpunkt zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und der Beendigung der russischen Demobilisierung, der Zeitpunkt zwischen dem russischen Frieden und dem allgemeinen Frieden, der Zeitpunkt des Uebergangsstadiums für die neuen Völker, endlich das definitive Stadium, in dem die neuen Staaten die volle Ausgestaltung ihrer Staatsorganisation durchführen.

Gegenüber der russischen Regierung erklären die verbündeten Delegationen aufs neue, daß sie der Anschauung sind, die verfassungsmäßig zuständigen Organe in den neuen Staatsgebilden seien vorläufig als vollkommen befugt anzusehen, den Willen breiter Kreise der Bevölkerung auszudrücken. Von großer Bedeutung für die Frage der Entstehung einer Staatspersönlichkeit ist das Urteil des Obersten Gerichtshofes in Washington vom Jahr 1808, in dem ausgeführt worden ist, „daß die souveränen Rechte der Vereinigten Staaten von Nordamerika als voll und ganz bestehend anerkannt werden müssen vom Tage der Verkündung ihrer Unabhängigkeit ab, d.h. seit dem 4. Juli 1776 – ganz unabhängig von ihrer Anerkennung seitens Englands im Verträge vom Jahre 1782 (Fiore, droit international codifié, p. 160.)

Die verbündeten Delegationen nehmen Akt von der Erklärung, daß

„die russische Regierung aus der Tatsache der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren russischen Kaiserreiches keine Schlüsse zieht, die irgendwelche staatsrechtliche Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik auferlegen würden, und daß die alten Grenzen des früheren russischen Kaiserreiches, die Grenzen, die durch Gewalttaten und Verbrechen gegen die Völker gebildet wurden, insbesondere gegen das polnische Volk, zusammen mit dem Zarismus verschwunden sind;“

ebenso davon, daß „für die russische Regierung deswegen die Grundaufgabe der jetzt geführten Verhandlungen nicht darin besteht, um in irgendwelcher Weise das weitere zwangsweise Verbleiben der genannten Gebiete im Rahmen des russischen Reiches zu verteidigen, sondern in der Sicherung der wirklichen Freiheit der Selbstbestimmung, der inneren Staatseinrichtungen und internationalen Lage der Gebiete.“

In diesem Zusammenhang wäre die Frage aufzuwerfen, aus welchem Rechtsverhältnisse die gegenwärtige russische Regierung ihre Berechtigung und Verpflichtung ableitet, für die Sicherung der wirklichen Freiheit der Selbstbestimmung dieser Gebiete bis zum äußersten, das heißt unter Umständen bis zur Fortsetzung des Krieges einzutreten. Wenn die Tatsache, daß die besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren russischen Kaiserreiches gehörten, keinerlei Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete gegen die russische Republik begründet, ist nicht ohne weiteres ersichtlich, worauf die russische Republik ihrerseits ihre Rechte und Pflichten gegen diese Bevölkerung gründen will.

Stellt man sich aber, wie die russische Delegation dies tut, auf den Standpunkt, daß die russische Republik ein derartiges Reich besitzt, so sind in der Tat: Umfang des Territoriums, politische Voraussetzung für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts, Uebergangsregime und Form der Willenskundgebung die vier Punkte, über die versucht werden muß, Einigkeit zu erzielen.

Zu 1. Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht stehe Nationen und nicht auch Teilen von Nationen zu, entspricht nicht unserer Auffassung des Selbstbestimmungsrechtes. Auch Teile von Nationen können Selbständigkeit und Absonderung rechtmäßig beschließen. Es ist hier keineswegs angenommen, daß die Okkupationsgrenze für die Abgrenzung dieser Teile maßgebend sein soll. Kurland, Litauen und Polen bilden, auch historisch angesehen, völkische Einheiten.

Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben nicht die Absicht, sich die jetzt von ihnen besetzten Gebiete einzuverleiben. Sie beabsichtigen nicht, die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener

Staatsform zu nötigen, müssen aber sich und den Völkern der besetzten Gebiete für den Abschluß von Verträgen aller Art freie Hand behalten.

Zu 2. Was die Ausführungen hierzu betrifft, so gehen sie an dem grundlegenden Unterschied vorbei, auf den die verbündeten Delegationen immer wieder hingewiesen haben.

Eine Zurückziehung der Heere ist, solange der Weltkrieg dauert, unmöglich, jedoch kann angestrebt werden, die Truppen, falls es die militärischen Umstände gestatten, auf diejenige Zahl zurückzuführen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe im Lande unbedingt nötig ist. Die Bildung einer nationalen Gendarmerie kann angestrebt werden.

Was die Rückkehr der Flüchtlinge und der während des Krieges Evakuierten betrifft, so wird wohlwollende Prüfung von Fall zu Fall zugesagt. Diese Frage kann, da sie nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist, einer besonderen Kommission überwiesen werden.

Zu 3. Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten nicht klar genug und bedarf der weiteren Aufhellung. Es ist aber ohne weiteres zuzugeben, daß mit der fortschreitenden Annäherung des allgemeinen Friedens den gewählten Vertretern der Bevölkerung des Landes in immer steigendem Umfange die Mitwirkung auch an den Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden soll.

Zu 4. Die verbündeten Delegationen sind grundsätzlich bereit zuzustimmen, daß ein Volksvotum auf breiter Grundlage die Beschlüsse über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete sanktionieren soll. Eine einseitige Festlegung auf ein Referendum erscheint unpraktisch.

Auch das Votum einer auf breiter Grundlage gewählten und ergänzten repräsentativen Körperschaft würde nach Anschauung der verbündeten Delegationen genügen. Es mag darauf hingewiesen werden, daß auch die von der Regierung der Volkskommissare anerkannten Staatenbildungen innerhalb des ehemaligen russischen Kaiserreiches, wie zum Beispiel der Ukraine und Finnlands, nicht im Wege eines Referendums, sondern durch Beschlüsse von auf breiter Grundlage gewählten Nationalversammlungen erfolgten.

Von dem Wunsche beseelt, es neuerdings zu versuchen, zu einer Verständigung mit der russischen Regierung zu gelangen, haben die Regierungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns diese weitgehenden Vorschläge gemacht, fügen jedoch gleichzeitig hinzu, daß sie den äußersten Rahmen bilden, innerhalb dessen sie eine friedliche Verständigung noch erhoffen können. Sie waren bei der Entwicklung dieser Grundsätze ebenso von der pflichtgemäßen Absicht durchdrungen, die eigene Wehrfähigkeit nicht schwächen zu lassen, solange der unselige Krieg noch fortgeht, als auch von der Intention, einige Völker, die an ihr Gebiet angrenzen, in Stand zu setzen, endgültig und selbständig über ihre eigene Zukunft zu entscheiden, ohne dabei in einen Zustand der äußersten Not, des Elends und der Verzweiflung zu geraten.

Eine Verständigung zwischen Rußland und den Mittelmächten über diese sehr schwierigen Fragen jedoch ist nur dann möglich, wenn auch Rußland den ernstlichen Willen zeigt, zu einer Vereinbarung gelangen zu wollen und wenn es anstatt des Versuches einseitig Diktate aufzustellen, sich bemüht, die Frage auch von der Gegenseite aus zu betrachten und jenen Weg zu finden, der allein zu einem friedlichen Ergebnis führen kann.

Nur unter der Voraussetzung solcher Intentionen können die Delegationen der verbündeten Mächte noch an der Hoffnung einer friedlichen Beilegung des Konfliktes festhalten.

Hierauf ergriff Herr Trotzki das Wort und erklärte, er hoffe, daß die eben verlesene Antwort der Zentralmächte jedenfalls die Zweifel über die formalen Schwierigkeiten beseitigt habe, die für die russische Delegation durch die in der vorigen Sitzung gehaltene Rede des Generals Hoffmann entstanden wären. Die russische Delegation sei der Ansicht, daß sie in vorliegendem Falle Verhandlungen mit einer Partei führe, die verkörpert werde durch die deutsche Regierung. Der Herr Staatssekretär habe darauf hingewiesen, daß alle Punkte dieser Verhandlungen aus dem allgemeinen politischen Willen der deutschen Regierung herrühren. Solange diese Ansicht von niemandem formell widerlegt sei, sehe die russische Delegation dies als eine formale Erklärung an. Wenn General Hoffmann darauf hingewiesen habe, daß die russische Regierung sich auf ihre Machtstellung begründe und mit Gewalt vorgehe gegen alle Andersdenkenden, die sie als Gegenrevolutionäre und Bourgeois stempelte, so müsse allerdings bemerkt werden, daß auch die russische Regierung auf der Macht fuße.

In der ganzen Geschichte kenne man bisher keine anderen Regierungen. Solange die Gesellschaft aus kämpfenden Klassen bestehe, solange werde sich die Macht der Regierung auf Kraft begründen und durch Gewalt ihre Herrschaft behaupten. Er müsse aber auf das kategorischste gegen die Behauptung protestieren, daß seine Regierung jeden Andersdenkenden für vogelfrei erkläre. Das, was die Regierungen anderer Länder bei den Handlungen der russischen Regierung abstoße, sei die Richtung, in der sie von ihrer Gewalt Gebrauch

machte und in der sie sich durch nichts beirren lasse. So hätten er und seine Freunde, als die rumänische Regierung versucht habe, auf russischem Gebiete Gewaltmaßregeln gegen revolutionäre Soldaten und Arbeiter anzuwenden, von hier aus der Petersburger Regierung vorgeschlagen, den rumänischen Gesandten, sein ganzes Gesandtschaftspersonal und die rumänische Militärmission zu verhaften, und sie hätten die Antwort erhalten, daß dies bereits geschehen sei.

Anschließend daran führt Herr Trotzki folgendes aus:

„Was die beiden Beispiele anbetrifft, die General Hoffmann angeführt hat, so charakterisieren diese in keiner Weise unsere Politik auf dem Gebiete der nationalen Fragen. Wir haben Erkundigungen eingezogen über den weißrussischen Kongreß. Dieser Kongreß setzte sich zusammen aus Vertretern der weißrussischen Agrarier und hatte versucht, sich aller derjenigen Stützpunkte zu bemächtigen, welche das Eigentum des weißrussischen Volkes sein müssen. Und wenn er auf Widerstand gestoßen ist, so rührt dieser Widerstand von Soldaten her, unter denen in gleicher Weise Großrussen, Weißrussen und Kleinrussen vertreten waren. Ich wies schon in meiner formellen Erklärung darauf hin, daß diejenigen Konflikte, die zwischen uns und der Ukraine entstanden waren und die zu meinem Bedauern noch nicht vollständig beseitigt sind, in keiner Weise das Recht des ukrainischen Volkes auf Selbstbestimmung beschränken können und uns in keiner Weise daran gehindert haben, die unabhängige ukrainische Republik anzuerkennen.

Herr Trotzki kam hierauf auf das Schicksal der besetzten Gebiete zu sprechen und meinte, aus den bisherigen Ausführungen der deutschen Vertreter den Schluß ziehen zu können, daß die Entscheidung des Schicksals dieser Gebiete erfolgen solle ohne Rücksicht darauf, ob das eigene Volk bereits imstande sei, die Entscheidung in die eigene Hand zu nehmen. Er möchte demgegenüber der Meinung Ausdruck geben, daß die geäußerte Ansicht nur die Ansichten der russischen Delegation bestärken kann, über die sehr untergeordnete Rolle, die die Rechtsphilosophie in der Frage der Entscheidung des Schicksals von Völkern spiele.

Das beziehe sich genau ebenso auf die Rechtsphilosophie des obersten amerikanischen Gerichtshofes. Wer die Entscheidungen dieses obersten Gerichtshofes genau gelesen habe, der wisse, daß dieser Gerichtshof seine Rechtsphilosophie sehr häufig in diesem oder jenem Sinne geändert habe, je nachdem es nötig gewesen sei, das Gebiet der Vereinigten Staaten zu erweitern oder nicht. Er glaube, daß bezüglich dieser Frage es viel interessanter wäre, nicht eine Parallele zu ziehen mit der Entscheidung des obersten amerikanischen Gerichtshofes, sondern mit den Ansichten und Aussprüchen derjenigen englischen Juristen, die ihr Recht begründeten und herleiteten, ihre amerikanische Kolonie in der Hand zu behalten.

Was die Form des Handelns anlange, so halte es die russische Delegation für notwendig, gerade diejenigen Punkte in den Vordergrund zu stellen, die den Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten bilden und dies mit aller genügenden Entschlossenheit, weil nur in diesem Falle eine gerechte Lösung gefunden werden könne.

Der Vorsitzende der deutschen Delegation habe gefragt, aus welchen Quellen die russische Delegation die Berechtigung herleite, sich für das Schicksal der besetzten Länder zu interessieren, da sie erklärt habe, daß deren frühere Zugehörigkeit zu Rußland ihnen keinerlei völkerrechtliche Verpflichtungen gegenüber Rußland auferlege. Aber sein Recht, sich für das Schicksal dieser Gebiete zu interessieren, habe der Herr Staatssekretär nicht aus der nackten Tatsache der Besetzung hergeleitet, sondern aus dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker, welches er allerdings etwas restriktiv interpretiert. Dieses Prinzip gelte aber nicht weniger für die russische Delegation und begründe hinreichend ihr Interesse an dem Schicksal derjenigen Völker, deren Ausscheidung aus dem Bestande des früheren russischen Kaiserreiches sie nicht verhindere. Herr Trotzki schloß mit der Bemerkung, daß sich die russische Delegation selbstverständlich das Recht vorbehalte, eine genaue Äußerung abzugeben über den Charakter der Erklärungen, die heute verlesen worden seien.

Hierauf ergriff Staatssekretär v. Kühlmann das Wort und führte aus:

Was die Rede des Generals Hoffmann betrifft, möchte ich sowohl für mich als für den Herrn General Hoffmann ausdrücklich das Recht vorbehalten, auf diese Angelegenheit zurückzukommen.

Die staatsrechtliche Zuständigkeit des Deutschen Reiches hat der Herr Vorredner mit der genauen Kenntnis internationaler Verhältnisse, die er besitzt, vollkommen richtig charakterisiert. Der Herr Reichskanzler, der einzige verantwortliche Reichsminister, erteilt auf dem gesamten Gebiete der auswärtigen Politik die für seine Organe maßgebenden Instruktionen. Uebrigens ist es bei der engen politischen Uebereinstimmung, in der ich mich mit dem Herrn General Hoffmann befinde, vollkommen selbstverständlich, daß zwischen unseren Auffassungen keinerlei Zwiespalt besteht. Der grundlegende Unterschied zwischen unseren Auffassungen und der russischen Delegation ist, daß wir im Gegensatz zu ihr auf dem Vorhandenen aufbauen, daß wir ohne Bruch

und gewaltsamen Uebergang in jenen Gegenden ein geordnetes Staatsleben entstehen lassen wollen, und wir es ablehnen, aus reiner Liebdienerei gegen die Theorie erst einen luftleeren Raum zu schaffen und in einer bisher näher nicht bezeichneten Weise in diesem luftleeren Raum den Staat sich bilden zu lassen.

Ueberrascht hat mich die geringschätzigte Bewertung der Urteile des obersten amerikanischen Gerichtshofes durch Herrn Trotzki. Mir erschien die Geschichte der Gründung dieser großen Republik und ein Urteil ihres Obersten Gerichtshofes über einen Punkt dieser Geschichte für die Beurteilung der zwischen uns schwebenden Kontroverse immerhin nicht ohne Bedeutung.

Wenn der Herr Vorsitzende der, im übrigen nehme ich aber mit Befriedigung Notiz von dem Schlusse der Ausführungen des Herrn Vorredners, daß er und seine Delegation nunmehr gesonnen sind, in die wirkliche Diskussion und Klärung der Einzelheiten der uns trennenden Auffassungen einzutreten. Dahin ist mein Bestreben von der ersten Stunde unserer Arbeit an gegangen, und ich war der Anschauung, daß die beiden schriftlich fixierten Darstellungen der gegenseitigen Standpunkte, wie sie vor der Weihnachtspause erfolgt waren, als Unterlage für die Diskussion genügende Formulierung geboten hatten. Jetzt schlage ich vor, uns an die weitere der russischen Delegation vorgeschlagene Arbeitsmethode zu halten, um über die vier Punkte, wie sie in unserer Antwort aufgenommen worden sind, nun wirklich in die Detaildiskussion einzutreten. Ich hoffe, daß wir dann in wenigen Tagen so weit sind, mit voller Klarheit und in dem vollen Gefühl der Verantwortlichkeit zu sagen, ob die Schwierigkeiten überwunden werden können oder der hier gemachte Versuch aufgegeben werden muß.

Herr Trotzki erklärte hierauf: Seines Erachtens könne man jetzt zu der Beratung der beiden Antworten, die vorgeschlagen worden seien, übergehen. Er müsse jedoch nochmals betonen, daß er in der Frage der Zurückziehung der Truppen in keiner Weise der Ansicht des deutschen Vorsitzenden beitreten könne, daß angeblich die Entfernung der Besatzungstruppen hinter sich einen leeren Raum zurücklassen würde.

Diejenigen Völker, die das Gebiet Polens, Litauens und Kurlands bewohnten, würden in keiner Weise in einer politisch schwierigen Lage sich befinden, wenn die Besatzungstruppen sie sich selbst überlassen würden. Inwieweit es sich um technische Schwierigkeiten handelt, wie das Fehlen einer eigenen Eisenbahn, Post, usw. so könne man in solchen Fragen stets zu einer Einigung gelangen, auch ohne Kontrolle von Besatzungstruppen.

Demgegenüber wies Staatssekretär v. Kühlmann darauf hin, daß neben den technischen Gründen auch die Gründe der Sicherheit, die in den verlesenen Texten angeführt worden seien, in den betreffenden Gegenden eine sehr gewichtige Rolle spielten. Sodann beantragte Herr v. Kühlmann, nunmehr über die von der russischen Delegation selbst vorgeschlagenen vier Punkte in der von ihr angeregten Ordnung in eine geschäftsmäßige Behandlung einzutreten. Nachdem sich Herr Trotzki diesem Vorschlag angeschlossen hatte, wurde die Sitzung beendet und die nächste Sitzung für den folgenden Tag 11 Uhr vormittags anberaumt.

Deutsches Volksblatt - Nr. 10431 – Mittwoch, 16. Januar 1918 – S.1

Demokratische Kriegsverlängerer.

Die herrschenden Männer Frankreichs und Rußlands sind einander spinnefeind, in ihren Blättern lassen sie einander die saftigsten Grobheiten an den Kopf werfen, allein in einem Punkte gleichen sie sich wie ein Ei dem andern. **Herr Clemenceau läßt seine politischen Gegner einsperren, um sie womöglich der Guillotine auszuliefern, und die Petersburger Regierung „befiehlt“, daß alle oppositionellen Abgeordneten ihrer Mandate verlustig erklärt werden; da und dort erfolgen dies Gewalttaten im Namen der Demokratie, der Freiheit. Gewalt und demokratische Freiheit scheinen miteinander verschwistert zu sein; die jene üben und sich zu dieser bekennen, sprechen immer davon, daß sie die Mehrheit bedeuten, ja, daß sie das Volk sind, wenn dem aber so ist, warum greifen sie dann zur Gewalt? Nein, der Terror schreitet immer in der Gefolgschaft einer Minderheit einher, die vor der Mehrheit nur das eine voraus hat, daß sie entschlossen ist, zu handeln und zwar rücksichtslos zu handeln.** Aber es gibt noch einen Vergleichspunkt zwischen Paris und Petersburg, da und dort sucht man den Krieg zu verlängern, um zu siegen.

Ja, auch das Rußland von heute will siegen! An Konstantinopel denkt es allerdings nicht mehr, die zaristisch-imperialistischen Träume sind zerflattert, Finnland und die Ukraine sind verloren, allein eine Art sozialistischer Imperialismus ist aus den blutigen Wirren emporgestiegen, der sich anschickt, die Welt, ob sie will oder nicht, mit der sozialen Revolution zu beglücken; und „beglücken“ wollen die Menschheit ja alle, die sie beherrschen wollen.

Verächtlich sehen die Lenin und Trotzki auf den Demokraten Clemenceau herab, den „Panamisten“, wie sie ihn in halbamtlichen Schriftstücken nennen, auf diesen Clemenceau, der noch Elsaß-Lothringen erobern

will, der seinen Gegnern den Prozeß macht, um die Stimme des Friedens in Frankreich zu ersticken, und doch besorgen die Lenins und Trotzki im Grunde genommen die Geschäfte dieses selben Clemenceau. **Die einzige Stichkarte, die die Westmächte noch in der Hand zu haben glauben, ist nicht Amerika und seine fabelhafte Truppenhilfe, sondern die Hoffnung, daß der sozialistische Imperialismus, der von Petersburg ausstrahlt, stark genug sein werde, die Mittelmächte so weit zu erschüttern, daß sie schließlich in die Arme der Westmächte flüchten werden, um dort Rettung zu suchen.**

Um den Sieg, den sie militärisch nicht erringen können, so als reife Frucht in ihren Schoß fallen zu lassen, verlängern sie den Krieg, und um Zeit für die Gärung in den Ländern der Mittelmächte zu schaffen, verzögert man in Petersburg den Frieden. Das ist der Sinn des Frontwechsels, den die Petersburger Regierung in den Weihnachtsferien hinsichtlich der Frage der Räumung der von den Mittelmächten besetzten Gebieten und der Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechtes vollzogen hat. Sie will absichtlich die Friedensverhandlungen in die Länge ziehen; ihre Wiener Filiale aber, die „**Arbeiter-Zeitung**“ **bemüht sich, die Dinge ins Gegenteil zu verkehren, und die Widerspenstigkeit der Regierungen der Mittelmächte als das einzige Hindernis für den raschen Fortgang der Verhandlungen un Litauisch-Brest hinzustellen. Zu diesem Zwecke hat sie ein neues nettes Schlagwort erfunden, das Wort vom „aristokratischen“ und vom „demokratischen“ Frieden.** – Prächtig! Endlich soll man doch erfahren, was man unter einem demokratischen Frieden zu verstehen hat.

„Stünden – so schreibt die „**Arbeiter-Zeitung**“ – auch die Bevollmächtigten Deutschlands und Oesterreichs ebenso wie die Bevollmächtigten Rußlands unter dem Einflusse und der Kontrolle der Demokratie, dann würde man sich unschwer verständigen; dann wären die Bevollmächtigten beider Teile darin einig, daß in Polen, Litauen und Kurland das Volk selbst, das ganze Volk, in voller Freiheit über sein Geschick entscheiden solle. In Wirklichkeit aber herrscht in Rußland nicht mehr der Zar, in Deutschland und Oesterreich noch nicht die Demokratie. Rußland schickt Demokraten, die Mittelmächte schicken Aristokraten an den Verhandlungstisch. Rußland legt das Selbstbestimmungsrecht der Völker demokratisch, die Mittelmächte legen es aristokratisch aus. Unter solchen Umständen ist eine Einigung freilich schwer. Wir müssen also mit der Möglichkeit rechnen, daß die Verhandlungen scheitern und der Krieg weiter geht, so lange, bis entweder auch in Rußland wieder die Aristokratie oder auch in Deutschland und Oesterreich die Demokratie die Friedensbedingungen bestimmt.

Und die Verhandlungen in Brest bringen dann nur den einen Gewinn, daß wir jetzt wenigstens wissen werden, wofür der Krieg fortgesetzt werden muß.“

Sehr richtig! Wofür der Krieg fortgesetzt wird, wenn die Verhandlungen in Brest scheitern, weiß man allerdings, nämlich darum, ob die demokratische Freiheit, deren sich Rußland, so weit es im Machtbereich der Petersburger Regierung liegt, erfreut, auch in den russischen Randländern und in weiterer Folge auch bei uns ihr Zelt aufschlagen soll. Wie aber diese demokratische Freiheit beschaffen ist, haben wir soeben erfahren, nicht nur aus den Feststellungen des Generals Hoffmann, sondern aus dem jüngsten Erlasse der Petersburger Regierung selbst. Die „**Arbeiter-Zeitung**“ rühmt die demokratische Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes durch die russischen Demokraten, die in Brest das Wort führen, und die „**Arbeiter-Zeitung**“ bedauert, daß in Oesterreich und Deutschland noch nicht diese Demokratie herrsche; begreiflich, hat doch die russische Demokratie die Esten und Weißrussen, denen es einfiel, auch demokratisch zu sein, mit Bajonetten und Maschinengewehren traktiert, und diese Freiheit ist eben die Freiheit, die die Sozialdemokratie meint!

Die „**Arbeiter-Zeitung**“ erklärt, daß die russische Demokratie wolle, daß das ganze Volk in Polen, Litauen und Kurland in voller Freiheit über seine Geschicke entscheide, allein diese selbe Regierung befiehlt, daß alle Abgeordneten, die gegen die Regierung der Sowjets arbeiten, sofort abberufen werden sollen. **Wäre das nicht wunderbar nett, wenn der „Sowjet“ in der Rechten Wienzeile auch auf diese schmerzlose Art die Mandate aller bürgerlichen Abgeordneten annullieren und das Wahlrecht von Millionen konfiszieren könnte?**

Wir begreifen den Schmerz der „**Arbeiter-Zeitung**“ darüber, daß die „**Aristokraten**“, die wir nach Brest geschickt haben, nicht ohneweiteres mit diesem Zukunftsbilde sich befreunden wollen, wenn sie aber liebevoll andeutet, daß diese „**Aristokraten**“ im Grunde genommen für die Wiederaufrichtung des Zartums arbeiten und deshalb den Krieg weiterführen wollen, so ist das eine jener gewissenlosen jüdischen Infamien, um so niederträchtiger, als die „**Arbeiter-Zeitung**“ selbst daran nicht glaubt; immerhin möchten wir ihr aber den Rat geben, sich **an die Ereignisse zu erinnern, die sich zwischen 1794 und 1798 in Frankreich abgespielt haben. In dem Augenblicke, in dem die französische Revolution imperialistisch wurde, das heißt, ihre Grundsätze über die französischen Grenzen hinaus zur Geltung bringen wollte, hatte sie selbst sich das Todesurteil gesprochen und dem Diktator den Weg geebnet.**

Daß den Mittelmächten im Gegensatze zu der Entente der Gedanke einer Einmischung in die innerrussischen Verhältnisse völlig fern liegt, weiß jedermann, allein die russische Revolution wird sich selbst vernichten, wenn sie den Gedanken nicht aufgibt, sich über die Grenzen Rußlands hinaus zu betätigen und genau so in der Diktatur ersticken, wie das revolutionäre Frankreich in der Faust Napoleons erdrosselt worden ist. Nicht uns wird dann die Schuld daran zufallen, sondern den heutigen Machthabern Rußlands, weil sie die Grenzen ihrer Macht und damit auch ihre Aufgabe verkannt haben; wir aber würden es aufrichtig bedauern, denn den Neuaufbau eines großen Gemeinwesens auf den Grundsätzen der Bolschewiki zu verfolgen, würde zweifellos ein großer Gewinn für die Menschheit sein.

Tägliche Rundschau - Nr. 28 – Mittwoch, 16. Januar 1918 – S.2

Die Behandlung der Deutschen in Amerika.

Amsterdam, 15. Januar. Aus Neuyork wir gemeldet: ein über tausend Kilometer langer Stacheldraht ist um die Neuyorker Docks und Hafenanlagen errichtet worden. Dieser Riesenzaun erstreckt sich um ganz Neuyork und umspannt auch die gegenüberliegenden Städte Brooklyn, Hoboken, Jersey City usw. Kein Unbefugter, überhaupt kein feindlicher Ausländer darf diesen Zaun überschreiten. Zur Ueberwachung der Hafenanlagen sind 50 000 Mann Militär abkommandiert worden. Wer sich in der Nähe des Drahtverhaus aufhält, wird sofort erschossen. Alle Deutsche, die innerhalb der Sperre wohnen oder beruflich tätig sind, müssen sofort ausziehen. In Chicago allein sind 23 000 Deutsche aus der Hafengegend ausgewiesen worden. Diese scharfen Verordnungen haben unter den Geschäftsleuten des ganzen Landes große Aufregung verursacht, denn sie müssen auf ihre deutschen Angestellten verzichten, wenn ihre Geschäfte in der Nähe der Docks liegen. Eine Abordnung der Schlichtermeister bat vergeblich um Milderung der harten Bedingung. Die Deutschen, die in Hoboken ihre Kolonie wie ein kleines Stück Deutschland ausgebaut haben, werden jetzt sämtlich ausgewiesen, und diese schon vom Kriege schwergetroffene Hafenstadt ist ganz verödet.

„Wenn Wilhelm ein Wilson wäre“.

Wilsons anmaßende Kriegsziele haben eine neue Beleuchtung erhalten in einem launigen Artikel des amerikanischen Militärschriftstellers Oberst Emerson, der unter der Ueberschrift „Wenn Wilhelm ein Wilson wäre“ einfach den Spieß Wilsons gegen ihn selbst umdrehte. Hiermit geben wir aus dieser amerikanischen Parodie eine Probe. (Die Schriftleitung)

Wie würde es uns Amerikaner anmuten, wenn Kaiser Wilhelm dieser Tage im deutschen Reichstage vor einem gefüllten Hause mit dicht besetzter Diplomatengalerie erscheinen würde, um sogenannte Friedensziele, gerichtet an die Völker Amerikas, Englands und Frankreichs über die Köpfe ihrer Regierungen hinweg, in die Welt hinaus zu posaunen, und zwar ungefähr wie folgt:

„Wieder einmal wie schon oft vorher haben die Sprecher der Entente den Wunsch zu erkennen gegeben, die Kriegsziele und eine mögliche Grundlage für einen allgemeinen Frieden zu erörtern. Ministerpräsident Lloyd George hat die Kriegsziele seiner Regierung vor einer Versammlung der englischen Gewerkschaften erörtert. Präsident Wilson hat die sogenannten Friedensziele Amerikas in einer Ansprache an den Kongreß der Vereinigten Staaten mehr oder minder klar besprochen. Bei diesen Gelegenheiten haben diese höchsten Sprecher der Entente gewisse allgemeine und auch eingehendere Grundzüge eines ewigen Friedens dargelegt, die wenn gleich weniger klar, einer Auslegung im annehmbaren Sinne fähig schienen, bis sie das eingehendere Programm mit positiven Bedingungen hinzufügten.

Dieses Programm brachte keinerlei Zugeständnisse. Es bedeutete kurz gesagt, daß die Entente beabsichtigt, jeden Fußbreit Landes, das ihre bewaffneten Massen besetzt halten, jede Provinz, jede Stadt und jeden vorteilhaften Punkt al dauernde Mehrung ihrer Länder, ihrer Macht behalten Nichts, gar nichts wurde gesagt über das Geschick der nordamerikanischen Indianer, nichts über die Filipinos, über die Irländer, die Inder, die Aegypter, die Buren in Süd-Afrika oder die Mauren in Nord-Afrika.

Aber wer sind jene Sprecher? Mit wem haben wir es eigentlich zu tun? In wessen Namen sprechen diese Vertreter der Entente? Sprechen sie für die Mehrheiten der Volksvertretungen oder für die Minderheit, die bisher ihre ganze Politik, sowie die Angelegenheiten von Rumänien, Portugal, Liberia, China und von jenen mittel- und südamerikanischen Militärrepubliken, die sie gezwungen hat an dem Kriege teilzunehmen, beherrscht hat?

Wem also haben wir nun zugehört? War es die Stimme jenes Wilson, der für Frieden und Wohlfahrt einstand, der zum Präsidenten der Vereinigten Staaten erwählt wurde als derjenige Mann, welcher sein Land vor dem Kriege bewahren würde, oder war es die Stimme jenes anderen Wilson, der mit bewaffneter Macht einfiel in Mexiko, in Nicaragua, in San Domingo und Haiti, der sich darauf versteifte, Deutschland niederzuboxen? Oder hören wir tatsächlich beide Stimmen, die sich noch in offenem, hoffnungslosen Gegensatz zueinander befinden? Das sind sehr ernste dringende Fragen, von deren Beantwortung der Friede der Welt abhängt.....

Ob die Süd- und Mittelamerikaner es glauben wollen oder nicht, es ist unser inniger Wunsch und unsere sehnliche Hoffnung, daß ein Weg gefunden werde, der es uns erlaubt, den Süd- und Mittelamerikanern zu helfen, ihre weitgesteckten Hoffnungen auf Freiheit und dauernden Frieden zu erfüllen. Sie wissen, daß wir nur für die Freiheit der Völker, für die Menschheit, für das Christentum und für die höchsten Ideale der Welt kämpfen.

Unser Programm ist das Programm des Weltfriedens und es stellt zugleich das einzige mögliche Programm dar.

Der erste Punkt ist, daß es in Zukunft keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art geben soll. Alle Diplomatie muß offen und vor aller Welt getrieben werden. Diplomatische Besprechungen dürfen nicht mehr vertraulich sein, und diejenigen der Entente müssen in Zukunft immer nur in Gegenwart von deutschen Zeitungsberichterstatlern stattfinden.

Der zweite Punkt ist vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere außerhalb der territorialen Gewässer im Frieden sowohl im Kriege, falls es nach Annahme unseres allgemeinen ewigen Weltfriedens wieder einen Krieg geben sollte. Nur steh es Deutschland zu, durch bindende internationale Verträge die Nordsee und Ostsee zu schließen, während die freie Republik der Ukraine und der Krim und die Türkei das Schwarze und Weiße Meer und das Marmarameer ebenso verschließen können.

Punkt 6. Wir müßten ferner eine Räumung aller jener Gebiete Amerikas verlangen, die ihren früheren Bewohnern durch Waffengewalt abgenommen wurden, also die Jagdgründe und früheren Wälder der nordamerikanischen Indianer und Eskimos, den früheren spanischen Gebietsteil von Florida und Porto Rico, die früheren mexikanischen Staaten Texas, Neu-Mexiko, Arizona, Nevada und Kalifornien sowohl wie die von den Vereinigten Staaten besetzten Gebiete von Panama, Nicaragua, San Domingo und Haiti.

Punkt 7. Zu gleicher Zeit fordern wir die sofortige Räumung Indiens und Aegyptens. Frankreich muß Cochinchina [Vietnam], Tonkin, Annam und Siam räumen. Italien räumt Tripolis, Lybien und die Kyrenaika. Fernerhin müssen die Vereinigten Staaten Hawaii und die Philippinen freigeben. Auch Samoa und die Mariannen müssen an ihre deutschen Kolonisten zurückgehen. Wir verlangen dies, um jene befreiten Völker und Kolonisten in der Gesellschaft freier Nationen unter selbstgewählten Staatseinrichtungen willkommen heißen zu können; darüber hinaus würden wir den befreiten Völkern Unterstützung jeder Art, die sie nötig haben und entbehren, gegen entsprechende Bezahlung und Zinsen in Gold gewähren.

Punkt 8. Belgien muß, worin die ganze Welt übereinstimmt, das Kongogebiet sofort und vollständig räumen und muß die geschädigten Kongoneger vollumfänglich entschädigen. Obendrein muß den germanischen Flamen die Vorherrschaft über die wallonischen Französlinge und wirtschaftliche Bevorzugung eingeräumt werden.

Punkt 9. Neu-Amsterdam, fälschlich Neuyork genannt, mit der Staaten Insel und dem ganzen Hudson-Fluß muß an Holland zurückerstattet werden. Die Mündung des Delaware Flusses kehrt zurück an Schweden, der ganze Mississippi an Frankreich, und die Bucht von San Francisco in Kalifornien an die freien Russen. Der Staat Utah muß den Mormonen zurückgegeben werden. Die Neger der Südstaaten erhalten das Selbstbestimmungsrecht. Die deutschsprechenden Städte Germantown, Milwaukee, Chicago, Cincinnati und St. Louis kommen an Deutschland.

Nur so kann das Unrecht, das diesen europäischen Ansiedlern in früheren Jahrhunderten durch die Engländer und Amerikaner zugefügt wurde, und das die Gerechtigkeit der Welt während nahezu 250 Jahren in Frage gestellt hat, wieder gut gemacht werden, damit sich die Weltpolitik im Interesse aller wieder in allgemeines Wohlgefallen auflösen kann.

10. Die Völker von West-Indien, Mexiko, Mittel und Süd-Amerika müssen verbürgte internationale Garantien erhalten gegen alle zukünftigen Beeinträchtigungen oder Machtgelüste von Seiten der Vereinigten Staaten.

11. Alle geraubten Inseln müssen freigegeben werden. Nicht nur die schon genannten Inselgruppen von Hawaii und den Philippinen, sondern auch die Marschall-Inseln, Carolinen, Samoa, Formosa, Malta, Cypern, Korfu, Mytilene, Lemnos und Korsika, sowie St. Helena, Madagaskar und Zanzibar. Von anderen geraubten Stützpunkten muß Gibraltar an Spanien, Hongkong an China, und das Kap der guten Hoffnung an Holland zurückerstattet werden.

12. Irland, Schottland, Wales, Kanada, Süd-Afrika und Australien erhalten ihre Freiheit und werden als selbständige Staaten anerkannt.

13. Nicht nur Hongkong, sondern auch Tonkin, Cochinchina, Makao, Kiautschau und die Mandschurei werden an China zurückgegeben. Korea erhält seine Freiheit zurück und wird als ebenbürtiger, unabhängiger ältester Kulturstaat anerkannt. Die Rechte der Mongolei, Tibets und der Tartarei auf unbeeinträchtigte freie Kulturentwicklung werden international garantiert. Die Irische See, die Meerbusen von Persien, Mexiko und Fonseca sowohl die Buchten von Magdalena und San Francisco werden internationalisiert....

Bezüglich dieser wesentlichen Berichtigung von Unrecht und Durchsetzung des Rechtes fühlen wir uns mit allen Regierungen und Völkern, die sich gegen die raublustigen Ententeländer vereinigt haben, in enger Gemeinschaft. Wir werden diesen Kampf bis zum Ende führen, aber nur für die Hehre Sache der Gerechtigkeit, der Menschlichkeit, des Christentums und für alle die höchsten Ideale der Menschheit. Wir wollen die Entente durchaus nicht schädigen und sind auch nicht im geringsten eifersüchtig auf die Errungenschaften unserer Nebenbuhler, aber Gerechtigkeit muß sein. Hiermit ist der sittliche Gipfelpunkt dieses größten und letzten Krieges für menschliche Freiheit erreicht worden und das deutsche Volk ist bereit, seine ganze Stärke, sein höchstes Streben, seine Unverletzlichkeit und Hingebung hierfür einzusetzen.“

Soweit diese dem phrasenreichen Stile Herrn Wilsons getreu angepaßte Parodie seines amerikanischen Landsmannes.

Oberst Emerson schließt dann mit den Worten: „Ich bin einer derjenigen altmodischen Amerikaner, der im Glauben an die großen Traditionen unserer Vorväter, Washington, Jefferson und Monroe, aufgewachsen sind – jenes Washington, der in seiner letzten Botschaft an das amerikanische Volk uns

Amerikaner davor warnte, uns in verwickelnde Bündnisse mit überseeischen Nationen einzulassen – und jenes Monroe, der den Grundsatz aufstellte, daß Amerika für die Amerikaner, Europa für die Europäer sei.

„Es gibt aber eine weit ältere und edlere Lehre als unsere Monroe-Doktrin. Das ist die goldenen Lehre unseres Heilandes: Tut an euren Nächsten, wie ihr wünscht, daß eure Nächsten an euch tun mögen! Auf deutsch: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu!“

„Was, frage ich, sollen wir Amerikaner im Lichte dieser größten aller menschlichen Lehren, von diesen letzten widerlich anmaßenden „Friedenszielen“ Herrn Wilsons halten?“

Berliner Tageblatt - Nr. 31 – Donnerstag, 17. Januar 1918 – Abend – S.1

Zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Gestern abend meldete das offiziöse Telegraphenbureau trotz der vorläufig noch starken Abweichungen in den Auffassungen der beiden verhandelnden Parteien habe „in einigen Punkten eine gewisse Annäherung“ festgestellt werden können. Man wird aus dem heute früh veröffentlichten Bericht über die Sitzungen vom 15. Januar diese Annäherung nicht ohne weiteres erkennen. Trotzki bleibt in der Räumungsfrage hartnäckig auf dem Standpunkt, daß die Anwesenheit der Truppen in den besetzten Gebieten „der Bedeutung der Abstimmung sehr schweren Eintrag tun würde“.

Herr v. Kühlmann betonte demgegenüber mit gleicher Entschiedenheit, und mit oft sehr geschickt gewählten Argumenten, die absolute Notwendigkeit, „eine gewisse Zahl bewaffneter und disziplinierter Streitkräfte“ zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Gebieten zu lassen. Der Staatssekretär versucht, seinen Gegner allmählich zu der Anerkennung zu bringen, daß auch bei der Anwesenheit der Truppen „die Abstimmungs- oder Wahlfähigkeit als frei von militärischem Druck betrachtet werden könne“. Und eine solche Anerkennung ist in der Tat nötig, damit die Petersburger Regierung nicht schließlich sage, daß sie nur dem Zwange gewichen sei und die Richtigkeit des Abstimmungsergebnisses bestreiten müsse.

Eine der wichtigsten und entscheidenden Fragen ist die, ob die Volksabstimmung „als konstituierend oder konfirmierend“ anzusehen sei. Trotzki will natürlich, daß die Abstimmung nicht nur die Beschlüsse der Landesräte und der anderen bereits bestehenden Körperschaften bestätige, oder „konfirmiere“, und daß dieses Volkstotum „konstituierend“ sei, die neue Situation erst schaffe. In diesem Punkt scheint sich eine Annäherung anzubahnen, denn Herr v. Kühlmann betonte, daß eine Meinungsverschiedenheit in dieser Frage seiner Ansicht nach „ein Scheitern der Verhandlungen mit seinen weitreichenden Folgen nicht zu rechtfertigen“ vermöchte.

Wie es scheint, bereitet man in Petersburg die Entsendung wirtschaftlicher Beiräte nach Brest-Litowsk vor – für den Fall, daß der Verlauf der Dinge gestatten sollte, in die wirtschaftlichen Verhandlungen einzutreten. Es würden dann vermutlich auch von deutscher Seite wirtschaftliche Beiräte nach Brest-Litowsk delegiert werden, und würden für diese Aufgabe Persönlichkeiten, die über die wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands unterrichtet sind, wie der Präsident der Handelskammer, Franz v. Mendelssohn, Hugo Stinnes, Geheimrat Deutsch von der A.E.G., und andere in Frage kommen. Doch sind das zunächst Zukunftsfragen, über die erst entschieden werden kann, wenn die jetzt in Brest-Litowsk verhandelten politischen Fragen gelöst sein werden. Zu erwähnen ist noch, daß ein vom „Svenska Dagbladet“ wiedergegebenes Gerücht, wonach zwischen dem rumänischen Hofe und der Wiener Regierung Friedensverhandlungen eingeleitet seien, unbegründet ist.

Berliner Tageblatt - Nr. 31 – Donnerstag, 17. Januar 1918 – Abend – S.1

Huysmans Reise nach London.

[Camille Huysman, *26.05.1871 - +25.02.1968; belgischer Politiker, 1905-1922 Sekretär der sozialistischen Internationale, Freund von Lenin; reger Austausch mit Jean Jaures, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg; belgischer Minister und Premierminister von 1925 – 1949]

Stockholm, 16. Januar. Huysman ist heute abend über Bergen nach London abgereist. Der Umstand, daß er ab Bergen auf demselben Kriegsschiffe wie Buchanan [*George William Buchanan, *25.11.1854-+20.12.1924; britischer Diplomat, 1910-1917 britischer Botschafter in Petersburg*] unter englischem Geleit abgereist, läßt darauf schließen, daß seine Reise jedenfalls englischerseits als offiziell betrachtet wird. Es ist besonders auffallend, wenn man bedenkt, daß die französische Regierung mit allen Mitteln bis zu allerletzt Huysmans Englandreise durch Paßverweigerung verhindern wollte. Huysman ist sehr optimistisch; es ist ihm von englischer Seite versichert worden, daß die englischen Sozialisten nunmehr geeinigt eine Aktion für eine internationale Sozialistenkonferenz in Gang setzen werden. Die Durchführung des freien Wahlrechtes sei ein Zeichen des Uebergewichtes der Arbeiter.

Die geistigen Waffen der Sozialdemokratie vor der badischen Kammer.

In der politischen Aussprache der Zweiten badischen Kammer machte Staatsminister v. Bodman nähere Mitteilungen über die Lärmszenen, durch die die Mannheimer Versammlung der Vaterlandspartei unmöglich gemacht worden war.

Danach wohnten der Versammlung etwa 4500 Personen bei, darunter 2000 Angehörige der Sozialdemokratie und 200 bis 300 Mitglieder der unabhängigen Sozialdemokratie. Am Samstag war ein Vertreter der Sozialdemokratie beim Bezirksamt erschienen und hatte erklärt, er höre, daß eine Störung der Versammlung beabsichtigt sei, diese Störung würde sich vermeiden lassen, wenn man der Sozialdemokratie ermögliche, das Wort zu ergreifen. Das wurde zugestanden.

Kaum hatte in der Versammlung der Vorsitzende das Wort zur Begrüßung ergriffen, als sich ein Lärmen und Pfeifen erhob. Als dann Pfarrer Traub, *[Gottfried Traub, *11.01.1869 – +22.09.1956, evangelischer Theologe und Politiker]* der über das Thema: „Deutschlands Schicksalsstunde“ sprechen sollte, sich erhob und zur Ruhe mahnte, brach der Lärm von neuem los, so daß der Polizeidirektor sich gezwungen sah, die Versammlung aufzulösen. Dieser Schilderung fügte der Staatsminister seine Ansicht an, daß die Vorgänge eine Schande für das Land seien. Nach den obwaltenden Verhältnissen habe das Generalkommando mit Recht von seinen Befugnissen Gebrauch gemacht und eine Berichterstattung verboten. Der Staatsminister schloß mit der Mahnung, die Gleichberechtigung der Bürger hochzuhalten.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Böttger suchte die Verantwortung für die Vorgänge von seiner Partei abzuwälzen und behauptete, die Partei habe an den Radauszenen keinen Anteil. Man wird diesen Versuch, die Verantwortung für derartige Vorgänge abzuschieben, durchaus ablehnen müssen. Die planmäßige Verhetzung, die Tag für Tag in der sozialdemokratischen Presse nicht nur, sondern vor allen Dingen auch durch die sozialdemokratischen Redner in den Parlamenten getrieben wird, - Die fortschrittliche Volkspartei leistet auch hier dem roten Radikalismus getreulich Waffenhilfe,- hat in den Köpfen urteilsloser Mitläufer jene Stimmung erzeugt, die sich in den Vorgängen, wie wir sie in Jena, Berlin, Mannheim, Frankfurt erlebt haben, entlädt.

Wenn behauptet wird, die sozialdemokratische Partei habe mit den Radauszenen nichts zu tun, so ist hier das Wort „Partei“ wohl nur im allerengsten wörtlichen Sinne verstanden. Denn die vorherige Ankündigung der Störungsabsicht, die Minister von Bodman erwähnte, läßt auch auf vorherige Organisation schließen. Im übrigen hat man in der sozialdemokratischen Presse bisher kein Wort der Mißbilligung, wohl aber genügend der versteckten Ermunterung gefunden. Wie es dem geistigen Hochstand der Partei entspricht.

Frankfurter Freiheit.

Frankfurt a. M., 15. Januar. Nun haben wir es richtig einmal erlebt, was man sich in Frankfurt a. M. unter Freiheit vorstellt. Warum gerade in Frankfurt a. M.? Ja, wer wüßte nicht, daß dort jenes „Weltblatt“ beheimatet ist, das täglich dreimal die ob solcher Ausdauer gelangweilte Menschheit über die wahren Segnungen der allein seligmachenden Demokratie vom hohen Rosse herab belehrt? Morgens, mittags und abends rauscht es nur so von Phrasen der „Frankfurter Zeitung“ über die Freiheit des Einzelnen und über den Aufbau des Staates auf Grundlage der Macht reichlich zusammengezählter Stimmzettel, und das von ihr beliebte Lied findet seine dumpfe, jedoch ein wenig vorlaute Begleitung durch ihre Gesinnungsschwester „Volksstimme“, also daß man, obwohl noch so sehr Gegner der Sache, doch mit Fug annehmen durfte, jedem werde in der Stadt, in der zwei Blätter aller Welt das rotleuchtende Panier der Freiheit vorantragen, offenes Gehör geschenkt. Man durfte das glauben, aber nur bis zum Montag abend, an dem das Luftschloß der falschen Freiheit unter dem Donnergetöse einer wildgewordenen Mehrheit – Mehrheit ist den neuen Propheten des demokratischen Heiles das höchste Gut – krachend zusammenstürzte.

Traub, übrigens Parteigenosse der Männer von der „Frankfurter Zeitung“, aber als deutscher Mann für sie schlimmer als der Teufel in Person, wollte in der Frankfurter Ortsgruppe der Deutschen Vaterlandspartei reden. „Was tut unserem Vaterlande not?“, war seine Frage, und wer nur immer in den Zeiten dieses furchtbaren Krieges sich mit deutscher Politik beschäftigte, weiß, daß er aus dem Munde des aufrechten Volksmannes Wertvolles zu hören bekommen mußte. Freundschaft oder Gegnerschaft spielen hier keine Rolle, Traub ist ein ganzer Mann, und ein solcher, der seine Aufgabe im Bewußtsein ihrer Heiligkeit ohne Menschenfurcht versieht, hat ein Recht darauf, geachtet und zum mindesten gehört zu werden. In dieser

Ueberzeugung lud die Vaterlandspartei Frankfurts zu einer Versammlung ein, in dieser Ueberzeugung erschien Traub im großen Saale des Zoologischen Gartens zu seinem Vortrage. Lange vor Beginn war der Saal bis auf den letzten Platz und darüber hinaus gefüllt, wie eine Mauer standen die Menschen, aber von der Vaterlandspartei selber gelangten nur recht wenige in das Innere, denn die Frankfurter Genossen hatten die Losung ausgegeben, sehr frühzeitig und geschlossen auf der Bildfläche zu erscheinen, um der Mehrheit von vornherein gewiß zu sein und durch die erdrückende Macht ihrer Lungen und verschiedener mitgebrachter Radauinstrumente, als da sind Kindertrompeten, Schellen usw., die Versammlung zu sprengen, ehe sie überhaupt beginnen konnte.

Pfarrer Kübel, der Vorsitzende der Frankfurter Ortsgruppe, konnte nur gerade die Worte herausbringen: „Meine Herren, die deutsche Vaterlandspartei.“ In diesem Augenblick war es aber auch schon vollkommen vorbei. Ein ungeahnter Lärm brach los und legte sich nicht, obwohl ein Genosse den verzweifelten Versuch machte, eine Ansprache an seine versammelten Gesinnungsgenossen zu beginnen. Der Radau nahm solche Formen an, daß die im Saale erschienene Polizei die Versammlung schließen mußte, was durch die Genossen mit dem Gesang der „echtdeutschen“ Arbeitermarsailaise gebührend gefeiert wurde.

Man sollte es zwar nicht für möglich halten, daß in einer gesitteten Stadt, deren Ruhm als soziales Gemeinwesen die ganze Welt erfüllt, eine solche Vergewaltigung eines politisch anders Denkenden, noch dazu in einer von dessen Gesinnungsfreunden einberufenen Versammlung möglich wäre, aber noch weniger hätte man daran denken sollen, daß ein deutscher Mann in deutschen Landen durch rohe Mittel davon abgehalten werden könnte, über deutsche Angelegenheiten deutsche Worte ins Volk zu tragen. doch die Verwunderung hat ja nun heute keinen Zweck mehr, das Schimpfliche ist geschehen, und es ist bezeichnenderweise gerade in der Stadt geschehen, deren „Frankfurter Zeitung“ und „Volksstimme“ sich nicht genug tun können im Rühmen einer Freiheit, die in einem erträumten Morgen das ganze deutsche Volk beglücken soll.

Der Ruhm von Berlin und Mannheim hat eben die Frankfurter Freiheitsfreunde nicht schlafen lassen, und sie haben sich, um einen guten studentischen Ausdruck zu gebrauchen, ein Bein ausgerissen, um ihre Vorbilder womöglichst noch zu übertrumpfen. Wenn das Freiheit sein soll, dann hat das deutsche Volk allen Grund, für dies Russengeschenk zu danken und sich mit Händen und Füßen dagegen zu wehren.

Die Versammlung war zu Ende, aber nun ging der Rummel erst los. In großen Massen zogen die Schreier durch die Straßen der Stadt und verteilten Lob und Tadel in ihrer lauten Weise. Dabei erschienen sie vor dem Gebäude der „Frankfurter Zeitung“ und begrüßten ihre angeblichen Befreier mit huldigenden Hochrufen. Ob den Herren der „Frankfurter Zeitung“ wohl die Ohren gegellt haben, als ihnen dies Zeugnis eigenartiger Volksliebe übermittelt wurde? Andere Massen durchströmten die Straßen mit den Rufen: „Nieder mit dem Krieg“, „Hoch der allgemeine Friede“ und ähnlichen schönen Schlagworten.

Die Vorgänge sind von so betrübender Natur, daß eine Wiederholung wohl unter keinen Umständen geduldet werden dürfte. In der Tat hat der stellvertretende kommandierende General des XVIII. Armeekorps Riedel sich gezwungen gesehen, folgenden Erlaß heraus zu lassen:

„Im Vertrauen auf die politische Reife unserer Bevölkerung sind ihr in Bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht während des Kriegszustandes Beschränkungen bisher nicht auferlegt worden. Die gestrige Versammlung im Zoologischen Garten war die erste, bei der es zu Unzuträglichkeiten gekommen ist, die in dieser Zeit doppelt bedauerlich sind. Die Versammlung konnte überhaupt nicht abgehalten werden, da der Redner durch Lärmen und Schreien am Sprechen verhindert wurde. Die Lärmszenen haben sich außerhalb des Versammlungssaales fortgesetzt, wobei sich auch radaulustige Elemente auf der Straße bemerkbar machten. Derartige Ausschreitungen können im Interesse der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit unter keinen Umständen geduldet werden. Nach dem bisherigen Verhalten der Bevölkerung glaube ich annehmen zu können, daß die gestrigen Vorgänge nur einen Ausnahmefall bilden. Sollte ich mich in dieser Annahme getäuscht sehen, so würde ich gezwungen sein, den Anlaß zu einer solchen Störung der Ordnung, wie sie gestern vorgekommen ist, zu beseitigen, indem ich die Abhaltung öffentlicher Versammlungen allgemein verbiete.“

Traurig aber wahr. So geschehen in Frankfurt a. M. am 14. Januar im vierten Kriegsjahre. Tatsächlich, man hätte es nicht für möglich halten sollen.

Königsberger Hartung'sche Zeitung - Nr. 28 – Donnerstag, 17. Januar 1918 – Abend – S.1

Brest-Litowsk – Bemühungen um einen Kompromiß.

Umfangreiche, weit ausgreifende Wechselreden zwischen Staatssekretär von Kühlmann und dem russischen Volkskommissar Trotzky bilden den Inhalt der Brest-Litowsker Verhandlungen. Der Ton ist es, der die Musik macht, und im Tone hatte sich Herr Trotzky bei seinem ersten Auftreten in den Beratungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission am 11. und 12. Januar sehr stark vergriffen. Darüber konnte es kaum Meinungsverschiedenheiten geben und selbst neutrale Blätter halten ihm vor, daß er sich benommen habe und auch andere Mitglieder der russischen Delegation so habe sprechen lassen, als ob die russischen Delegierten die Vertreter eines siegreichen Staates wären. Bei den weiteren Beratungen der genannten Kommission, die am 14. und 15. Januar zwei neue lange Sitzungen ausfüllten, hat es nun immerhin der russische Hauptwortführer, eben Herr Trotzky, für geboten gehalten, einen courtoisievolleren, mehr angemessenen Ton anzuschlagen.

In der Sache selbst freilich zeigte sich, daß er in seiner Einsicht in die wahre Lage der Dinge und die politischen Grundvoraussetzungen für einen Friedensschluß noch recht wenig gewachsen ist. Sein starrer Doktrinarismus hindert ihn, die Gründe der Gegenseite, so überzeugend sie vorgetragen werden und so durchschlagend sie sein mögen, gelten zu lassen und anzuerkennen.

Das Rededuell Kühlmann-Trotzky in den beiden letzten langen Sitzungen war aufs neue im wesentlichen den beiden Hauptfragen gewidmet: dem Selbstbestimmungsrecht der vom ehemaligen Zarenreich losgelösten Randvölker und der Frage des Zeitpunktes der Räumung der besetzten Gebiete. Eine Annäherung in den beiderseitigen Anschauungen wurde, von einzelnen minderwichtigen Punkten des ganzen Fragenumkreises abgesehen, kaum erzielt. Unter einem günstigeren Stern standen gesonderte vertrauliche Besprechungen mit den Ukrainern, die angeblich zur Herstellung eines grundsätzlichen Einverständnisses über das künftige politische Verhältnis zwischen der Ukraine und den Mittelmächten führten.

Königsberger Hartung'sche Zeitung - Nr. 28 – Donnerstag, 17. Januar 1918 – Abend – S.1

Der Fall Caillaux.

Der Fall Caillaux wird immer verworrener und zieht immer weitere Kreise. Caillaux ist jetzt verhaftet. Ihm folgten Comby ins Gefängnis und weitere Verhaftungen sollen bevorstehen. Frankreich spaltet sich in zwei Lager und beide streiten miteinander herum. Weshalb ist Caillaux verhaftet? Auch diese Frage läßt sich nicht klar beantworten. Sein Bankfach in Florenz ist ohne Achtung vor gesetzlichen Formalitäten erbrochen worden und man versichert, dort schwer belastende Aufzeichnungen Caillaux' und Briefe an ihn gefunden zu haben.

Nach einer anderen Lesart soll die Weisung zu seiner Verhaftung von Rom her gekommen sein, neuerdings soll sogar nach der Pariser Presse Lansing seine Hand im Spiele gehabt haben – die Amerikaner haben ja schon Erfahrung im Diebstahl usw. diplomatischer Akten – auch ein südamerikanisches Schriftstück soll eine Rolle spielen. Italienische Blätter fabeln von einem Geheimbund Caillaux' mit General Sarrail, der ja auch schon abberufen ist und zurzeit in Frankreich weilt, merkwürdige Geschichten von der Bildung eines lateinischen Blockes gegen England. Die französische Presse ist in ihrer Stellungnahme geteilt. Caillaux' Anhänger fordern neue Tatsachen, wenn Clemenceau den früheren Premier „hineinlegen“ wolle. Hochgestellte Persönlichkeiten werden durch die Untersuchung fortgesetzt hineingezogen, kurz, es ist ein Durcheinander entstanden, wie es nicht schlimmer bei der Dreyfußaffäre gewesen ist. Und das jetzt noch während des Krieges, wo Frankreich außerdem noch vor schweren Krisen steht.

Tägliche Rundschau - Nr. 30 – Donnerstag, 17. Januar 1918 – Morgen – S.2

Rußlands innere Schwierigkeiten – Gegen den Bourgeois Lenin, für den Terror

Stockholm, 16. Januar. Trotz seiner seit Dezember immer wieder ausgesprochenen Drohungen mit der Guillotine und anderen Mitteln des politischen Terrors, hat Lenin es bisher immer noch nicht gewagt oder ist daran durch Streitigkeiten innerhalb seiner Regierung verhindert worden, den bisher unverminderten Widerstand des Masse des gebildeten Rußland zu brechen.

Enteignungen, Verhaftungen, Schließung von Privatbanken usw. konnten keine derartige Wirkung ausüben, weil wie immer versichert wird, alle Gegner Lenins von seinem baldigen Sturze überzeugt sind und daher solche Maßregeln als vorübergehende Unbequemlichkeiten ansehen. Dem in Petersburg gegründeten Revolutionstribunal mit seinem sorgfältig ausgesuchten rein maximalistischen Bestande an Richtern ist es mit

seiner bisherigen Tätigkeit nicht geglückt, zu einem Mittel des planmäßigen Terrorismus zu werden, sondern es wurde ihm nur Gelegenheit gegeben, angeklagte Politiker als Märtyrer feiern zu können, und unter den einmütigen Beifallskundgebungen des Publikums sank selbst den maximalistischen Richtern dazu der Mut.

Nach den heutigen Nachrichten aus Petersburg hat das sozialrevolutionäre Zentrum beschlossen, am 18. Januar den Zusammentritt der Konstituante zu erzwingen, wobei man darauf rechnet, daß die Maximalisten nicht imstande sein werden, die Soldaten zu Gewalttaten gegen die versammelten Abgeordneten zu bewegen. Die maximalistische Regierung hat sich bereits die verschiedensten Waffen gegen die konstituierende Versammlung zurechtgelegt. Im Volke wird eine eifrige Propaganda gegen den Zusammentritt geführt, doch ist es bis heute noch nicht entschieden, auf welche Weise, sie schließlich diese drohende Gefahr bekämpfen wird. Fraglos kann die Regierung, wenn sie wirklich einig ist, die Versammlung auch durch Gewalt verhindern.

Von anderer Seite wird die Regierung neuerdings auch sehr heftig von Anhängern des äußersten Radikalismus, namentlich von einer neuen Partei der Anarchisten und Kommunisten wegen ihrer Mäßigkeit angegriffen; deren Führer, Alexander Ge, der vor kurzem in Rußland eingetroffen ist, erklärte sogar Lenin für einen Bourgeois, weil er nicht wage, sofort die Enteignung aller Kapitalien zu verfügen und die Fabriken nicht sofort als Eigentum den Arbeitern übergebe.

Der allgemeine Eindruck ist, daß, wenn die Regierung Lenins nicht bald die zielbewußte Politik des Terrors einschlägt, die Lage immer verworrener wird und auch zum Sturze Lenins führen kann, ohne daß dadurch bereits die Herrschaft der radikalen Parteien aufhört.

Vossische Zeitung - Nr. 30 – Donnerstag, 17. Januar 1918 – Morgen – S.2

Holländische Stimmen über Brest-Litowsk.

Rotterdam, 15. Januar. „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ schreibt: „Trotzki hat so gesprochen und andere so sprechen lassen, als ob er der Vertreter eines siegreichen Staates wäre. Rußland hat aber doch nicht gesiegt. Was tun seine Vertreter denn eigentlich bei den Friedensverhandlungen noch? Suchen sie vielleicht nur eine bequeme Gelegenheit um für ihre maximalistischen Theorien Weltpropaganda zu machen, oder sind sie wirklich naiv genug, zu glauben, daß sie, obwohl geschlagen und ohne Macht, ihre Gegner nur durch Reden soweit bekommen können, als ob sie geschlagen wären?“

„Maasbode“ schreibt: „Kühlmann hat das ganze Register seines diplomatischen Talents meisterhaft spielen lassen, um den Russen den Standpunkt der Deutschen hinsichtlich der besetzten Gebiete und ihrer Räumung annehmbar zu machen. Es hat dann und wann den Schein, als ob er die Gegenpartei in die Enge treiben und zu Zugeständnissen zwingen würde. Aber das von ihm gesponnene diplomatische Netz wurde durch den harten, unwandelbaren Doktrinarismus der russischen Delegation und vor allem Trotzki, zerrissen.“

Vossische Zeitung - Nr. 30 – Donnerstag, 17. Januar 1918 – Morgen – S.2

Brest-Litowsk – Regierung, Presse und Reichstag.

Der Abg. Dr. Stresemann hat in der vorgestrigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages der deutschen Presse den Vorwurf gemacht, daß sie sich während des ersten Teiles der Verhandlungen in Brest-Litowsk wenig zurückhaltend und diszipliniert gezeigt habe. Wir wundern uns sehr darüber, daß gerade der Abg. Dr. Stresemann, der die Verhältnisse in unserer Politik und in unserer Presse einigermaßen kennt, derartige Behauptungen aufstellt. Disziplin und Zurückhaltung können selbstverständlich bei der Presse niemals Selbstzweck sondern nur Mittel zum Zweck sein. Die Existenzberechtigung jeder Presse ist auf das engste mit ihrer Pflicht verbunden, sich zu den wichtigen Fragen des öffentlichen Lebens und den Vorgängen in der Politik zu äußern. Daß es sich bei den Problemen, die in Brest-Litowsk behandelt werden, um Dinge handelt, die schon deshalb von allerhöchster Wichtigkeit sind, weil sie über die Zukunft Deutschlands in weitestem Maße entscheiden, wird niemand leugnen wollen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Presse der verschiedenen politischen Parteirichtungen auf die Gestaltung dieser Zukunft Einfluß zu gewinnen sucht.

Wenn man, sei es durch Äußerungen, sei es durch Zurückhaltung und abwartende Haltung, die Presse auf eine gemeinsame bestimmte Grundlinie für die Erörterung über die Brest-Litowsker Verhandlungen einstellen wollte, so müßte dafür die selbstverständliche Voraussetzung sein, daß man die Zeitungen über die letzten Ziele und Pläne der Regierung aufklärte. Das ist aber bisher nicht geschehen. Es weiß amtlich heute niemand in der deutschen Presse genau, welche Kriegsziele die Regierung im Osten hat. Nun ist es ja allerdings den eingeweihten Organen der Presse wohl möglich gewesen, sich in außeramtlichen, gut unterrichteten

Kreisen über diese Ostziele zu informieren. Jedoch darüber, wie man sich die Beeinflussung des allgemeinen Friedensschlusses durch den östlichen Vorfrieden und namentlich, wie man sich die zukünftige weltpolitische Stellung Deutschlands vorstellt, ist von amtlicher Seite irgendwelche Darstellung bisher nicht erfolgt. Ein verständnisvolles Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Presse wäre aber doch nur dann möglich, wenn die Presse über diese grundlegenden Fragen unterrichtet wäre. Denn der politische Publizist ist genauso gut Politiker wie der Regierungsbeamte und der Abgeordnete. Auch er geht bei seiner Tätigkeit von einer bestimmten politischen Grundauffassung aus und strebt nach bestimmten politischen Zielen. Und auch gegenüber den Verhandlungen in Brest-Litowsk wird es für ihn immer darauf ankommen, inwieweit das, was die Regierung will, mit seinen Zielen in Einklang zu bringen ist. Nun ist es selbstverständlich, daß bei Verhandlungen, in denen die Vertreter des Vaterlandes mit fremden Mächten stehen, man bei aller Gegensätzlichkeit der Anschauungen nach Möglichkeit das vermeiden wird, was für die Aufklärung des Leserkreises und die Vertretung des Standpunktes nicht unbedingt notwendig ist. Aber selbst jedes Entgegenkommen in der Form und jede Absicht, die Wortprägung der einzelnen Auslassungen so zu fassen, daß sie der Regierung möglichst wenig Schwierigkeiten bereiten, wird ja doch ganz unmöglich gemacht durch die systematische Verhüllung ihrer letzten Ziele, wie sie von der Regierung beliebt wird.

Es ist seinerzeit vom Reichskanzler v. Bethmann Hollweg ausdrücklich zugesagt worden, daß – wenn einmal die Zeit des Friedensschlusses gekommen sein wird – die öffentliche Meinung in weitestem Umfange die Möglichkeit haben soll, sich zu den Zielen und Absichten der Regierung zu äußern. Jetzt ist diese Zeit da. Die Ziele und Absichten der Regierung kennt aber niemand, und es kennt sie nicht etwa bloß die Presse nicht. Der Abgeordnete Stresemann wird uns zugeben, daß auch das Parlament in weitestem Umfange unorientiert ist. Die Parteiführer werden zwar an jedem zweiten Tag im Auswärtigen Amt empfangen. Aber wir haben bisher noch nie gehört, daß den Parteiführern dort wesentlich anderes gesagt wird, als die Presse zu erfahren bekommt. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um eine Aufklärung, um eine Mitteilung über die täglichen Vorgänge in Brest-Litowsk, bei der die politischen Grundlagen aber außer Erörterung bleiben. Im Gegenteil, es hat sich, wie schon öfter, so auch in dieser Frage wieder herausgestellt, daß im Durchschnitt die Presse viel besser informiert ist als das Parlament.

Wir müssen das namentlich daraus schließen, daß der Reichstagsausschuß nun zu wiederholten Malen bei den wichtigen Vorkommnissen in Brest-Litowsk die politische Debatte vertagt hat. Wir können nicht annehmen daß der Reichstag so handeln würde, wenn er sich nicht im Unklaren darüber befände, was er eigentlich sagen soll. Auch das ist freilich für das Schweigen des Reichstags kaum eine Entschuldigung. Denn ein Parlament, das sich auf die Dauer bei der Festlegung von Deutschlands Zukunft in der wichtigsten Zeit beiseite schieben läßt, hat kaum noch Anspruch auf diese Bezeichnung. Jedenfalls wird uns der Abg. Dr. Stresemann zugeben müssen, daß, nachdem nun einmal die Stimme des Parlamentes so gründlich ausgeschaltet ist, wenigstens die Presse die Pflicht und Schuldigkeit hat, die öffentliche Meinung gegenüber den Vorgängen in Brest-Litowsk kundzugeben, und, soweit es in ihren Kräften steht, wenigstens einigermaßen die Bevölkerung darüber aufzuklären, was bevorsteht.

Wenn die Wirkungen, die diese Presse-Erörterungen hervorrufen, dem Parlament nicht zusagen, so wäre der richtige Weg zur Abänderung, die Regierung dazu aufzurufen, ihre Schuldigkeit zu tun. Aber wir können den vom Abg. Dr. Stresemann eingeschlagenen Weg, der Presse Vorwürfe zu machen, durchaus nicht als richtig anerkennen.

Bhd.

Vorwärts - Nr.18 – 1918 – Freitag, 18. Januar - S.3

Eine Traub-Versammlung – und was daraus ward. – Mächtige Friedenskundgebung in Frankfurt a. M.

„Was dem deutschen Volke not tut!“ Darüber wollte der Pfarrer Traub das Volk von Frankfurt a.M. aufklären. Und das Volk war auch außerordentlich begierig zu erfahren, was ihm nach der Auffassung des so vielgenannten Pfarrers fromme. Bereits um 7 Uhr, eine Stunde vor Beginn der Versammlung, war der mächtige Saal überfüllt. Die Türen mußten geschlossen werden. In den äußeren Gängen, auf den Fluren, Gartenanlagen und auf dem Rasenplatz vor dem Zoologischen Garten standen noch Tausende, die keinen Einlaß finden konnten. Unter den Tausenden, die den Saal in qualvoller Enge besetzt hielten, waren noch keine hundert Anhänger der Vaterlandspartei. Unter Bewachung eines Schutzmanns bestieg gegen 8 Uhr der Versammlungsleiter, Pfarrer Kübel, die Tribüne. Danach begann der Pfarrer: „Meine Herren, die Vaterlandspartei ...“ weiter kam er nicht. Ein Arbeiter rief: „Es lebe der Friede, hoch die Freiheit!“ und nicht enden wollender Jubel erscholl und pflanzte sich fort bis auf die Straße. Immer neue Ovationen wurden dem Frieden dargebracht. Pfarrer Traub hatte sich während der ganzen Zeit hinter einem Vorhang auf der Bühne verborgen gehalten. Inzwischen hatte sich auf der Straße die Maße zu Bataillonen geformt und unter Klängen der Marseillaise ging es durch die Stadt. Der Zug wurde lawinenartig. Aus allen Fenstern begleiteten ihn Hochrufe und Tücherschwenken. „Friede und Freiheit!“ hallte es durch die Straßen. „Nieder mit der Vaterlandspartei!“ An den Gebäuden der „Volksstimme“ und der „Frankfurter Zeitung“ wurden Hochrufe ausgebracht, an dem Hause eines Annexionistenblattes die Fensterscheiben eingeschlagen. Nach etwa einstündigem Umzug zerstreute die Polizei die Demonstranten, die willig auseinandergingen.

Deutsches Volkblatt - Nr.10433 – 1918 – Freitag, 18. Januar - S.1

Die Forderungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Der sozialdemokratische Parteivorstand veröffentlicht eine Erklärung, in der er mit Rücksicht auf die „Beunruhigung“ der Arbeiterschaft vier Gruppen von Forderungen aufstellt, die teils politischer, teils wirtschaftlicher Natur sind. Erstens dürfen die Verhandlungen in Litauisch-Brest nicht an territorialen Forderungen scheitern, ebenso müsse das unverfälschte Selbstbestimmungsrecht der russischen Randländer anerkannt werden und den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft der gebührende Einfluß auf die Verhandlungen mit Rußland eingeräumt werden; zweitens sei der Verpflegungsdienst im Sinne möglichst gleicher Verteilung der Vorräte zu reorganisieren, drittens wird die unverzügliche Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes in den Gemeinden vorgeschlagen und viertens endlich soll die Militarisierung der Betriebe aufgebogen werden.

Der sozialdemokratische Parteivorstand knüpft in dieser Kundgebung an die Erregung der gesamten Bevölkerung eine Reihe politischer Forderungen, die mit dem Verpflegewesen in keiner wie immer gearteten Beziehung stehen. Mit der Forderung nach Reorganisation des Verpflegedienstes ist keine Forderung der Arbeiterschaft allein, sondern eine solche der gesamten Bevölkerung mit Ausnahme eines geringen Bruchteiles ausgesprochen, die mit dem Mangel an Pflichtbewußtsein und sozialem Empfinden die Mittel besitzt, selbst sich im Wege des Schleichhandels die Entbehrungen zu ersparen, die der Kriegswille unserer Feinde uns auferlegt. Die Ernährungsfrage sollte – und das ist gewiß der Wunsch des ganzen Volkes ohne Unterschied der Partei – deshalb gerade jetzt die Aufmerksamkeit und Tätigkeit sämtlicher Parteien voll und ganz in Anspruch nehmen, und von diesem Standpunkte aus betrachtet, kann auch die Masse der Arbeiterschaft die Verquickung der wichtigsten wirtschaftlichen Tagesfragen mit politischen Forderungen um so weniger billigen, als diese zum Teile gegenstandslos sind.

Was die Entmilitarisierung der Betriebe betrifft, so hat sich in allen kriegführenden Ländern, auch in den demokratischen, ergeben, daß auf eine andere Weise als die in Uebung befindliche die prompte Versorgung der Armee nicht möglich ist. Die exorbitante Höhe die die Löhne dieser zweifellos von allen anderen Arbeitern bevorzugten Arbeiterklassen erreicht haben, läßt man Lohnstandpunkte aus Forderungen nach einer weiteren Erhöhung dieser Löhne sicher nicht berechtigt erscheinen, schon aus Gerechtigkeitsgefühl gegenüber den anderen Arbeitern sowie mit Rücksicht darauf, daß eine allgemeine Steigerung der Preise die nächste Folge wäre. Im übrigen aber hängt Gesundheit und Leben der Soldaten, also auch der Arbeiter, die im Felde stehen, wesentlich von der Leistungsfähigkeit der militarisierten Betriebe ab; die dadurch bedingte straffe Organisation der betreffenden Arbeiter mag für diese ein Opfer bedeuten, allein es ist jedenfalls

geringer als das, das alle Soldaten bringen, die im Felde stehen. Jede Schwächung und Gefährdung der Feldheere bedeutet aber eine Verlängerung des Krieges.

Was die Frage der Gemeindewahlreform anlangt, so hängt die Behauptung des sozialdemokratischen Parteivorstandes, daß die Gemeindevertretungen durch die am Lebensmittelwucher interessierten Klassen beherrscht werden und darum im Interesse einer zweckmäßigeren Verpflegspolitik die Reform des Gemeindewahlrechtes unerläßlich sei, einfach in der Luft. Die Sozialdemokraten, die im Wiener Gemeinderat sitzen, wissen darüber besser Bescheid; allein es mußte eben ein Grund für die politische Parteiforderung gefunden werden, hinsichtlich deren übrigens darauf zu verweisen ist, daß die Mehrheit des Wiener Gemeinderates schon seit geraumer Zeit sich mit der Wahlreformfrage beschäftigt und im wesentlichen sich auch schon über bestimmte Vorschläge geeinigt hat.

Aber auch wenn die Regierung sich entschließen sollte, die Einführung des allgemeinen, gleichen Gemeindewahlrechtes vorzuschlagen, glaubt der sozialdemokratische Parteivorstand selbst etwa, daß die Demokratisierung noch rechtzeitig käme, die Verpflegung in diesem Kriege zu reorganisieren? Gewiß nicht; **die Verknüpfung zwischen der Gemeindewahlreform und Verpflegungsfrage ist also eine durchaus willkürliche**, und es wäre jedenfalls aufrichtiger gewesen, wenn der Parteivorstand glattweg erklärt hätte: „Wir wollen das allgemeine Wahlrecht in der Gemeinde!“ statt den Arbeitern ein Hokuspokus vorzumachen, daß dadurch die Verpflegung verbessert werde.

Zum großen Teile durch die Ereignisse überholt sind die auf die Friedensverhandlungen in Litauisch-Brest bezüglichen Forderungen. Daß die Mittelmächte keine Annexionen im Osten planen, haben sie selbst längst verbindlich erklärt; das Recht, mit den Randländern, wenn diese selbständig bleiben wollen, Verträge zu schließen, wird den Mittelmächten jedoch ebensowenig eingeschränkt werden können als Rußland; die Formel von dem „unverfälschten demokratischen Selbstbestimmungsrechte“ hat die Petersburger Regierung selbst bekanntlich grundsätzlich fallen gelassen, indem sie wie früher schon praktisch nunmehr durch Trotzki sich auch formell zum Grundsatz der Macht und Gewalt bekannte. Hier liegen also keinerlei Friedenshindernisse mehr; **was dagegen die Einräumung des gebührenden Einflusses der Arbeitervertreter auf die Friedensverhandlungen anlangt, so ist dieser durch die in Kraft befindliche Verfassung sichergestellt.**

Als Mitglieder des Abgeordnetenhauses und der österreichischen Delegation können sie jederzeit den ihnen durch die Verfassung gesicherten Einfluß ausüben und die Verhandlungen beider Körperschaften zeigen, daß sie von diesem Rechte auch ausgiebig Gebrauch machen. Falls ihnen jedoch dieser verfassungsmäßige Einfluß als nicht genügend erscheint, so steht es ihnen frei, entsprechende Änderungen der Verfassung zu beantragen, worüber dann das auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes gewählte Abgeordnetenhaus beraten und beschließen wird.

Berliner Abendpost - Nr.15 – 1918 – Freitag, 18. Januar - S.1

Lenins angebliche Pläne.

Kopenhagen, 12. Januar. Die englische Presse findet in ihrem Bestreben die Sonderfriedensaussichten zu verringern und die Bolschewiki zu diskreditieren, bereitwillige Unterstützung bei den hiesigen Blättern, besonders der „Nationaltidende“, die folgende Petersburger „Daily News“ –Meldung wiedergibt: Lenin verließ Petersburg, wahrscheinlich um mit den deutschen und österreichischen Sozialdemokraten in Stockholm zu verhandeln. Vor seiner Abreise erklärte er, er fürchte, man müsse die Demobilisation des russischen Heeres aufhalten und neue Kriegsvorbereitungen treffen.

Berliner Abendpost - Nr.15 – 1918 – Freitag, 18. Januar - S.2

Lansing als Belastungszeuge.

Genf, 16. Januar. Clemenceau läßt in der Presse erklären: Die Depesche des amerikanischen Staatssekretärs Lansing, die die Verhaftung Caillaux' veranlaßte, wird veröffentlicht werden. Caillaux ist im Gefängnis des Sante in Zelle Nr. 17 untergebracht, unmittelbar neben Bolo und den übrigen im Laufe der Affären Verhafteten. Der frühere Ministerpräsident wird Tag und Nacht aufs strengste überwacht.

Nach einer Pariser Havasmeldung wurde Comby, der in die Affäre Caillaux verwickelt ist, am Dienstag abend verhaftet.

Noblesse oblige. – Von Dr. D. Sarason

[Berliner Mediziner und Sozialhygieniker Dr. David Sarason]

Zwei Sprüche gibt es, die den ganzen Inhalt der sozialen Ethik umfassen. Der eine ist ein allgemeines Gebot, ein Wort für alle und von einer Tiefe des Begriffes, die meist nicht annähernd klar genug verstanden und noch viel weniger willig befolgt wird. Er lautet:

„Was du nicht willst, das man dir tut, das füg auch keinem andern zu“.

Der zweite Spruch ist wie eine Krönung des sozial-ethischen Gebäudes, das durch die Kraft des ersten entstehen sol. Er heißt: „Noblesse oblige“ – „Adel verpflichtet“.

Wo in der ganzen Sittengeschichte der Welt finden wir ein Wort von so unerhörter Konzentration das Ausdrucks, solcher Natürlichkeit und Notwendigkeit, solcher Harmonie, solcher scheinbar leichten Erfüllbarkeit – und doch so allgemeiner, nur allzu oft geradezu erschreckender Nichtbeachtung und Umkehrung! Was ist denn Adel? Letzten Endes doch nichts anderes als Hochstand, Macht, Kraft. Der Spruch bedeutet demnach nichts weniger als die höchste sittliche Gleichung, die denkbar ist: Kraft gleich Güte, Adel gleich Edelsinn.

Die Kraft des Menschen kann, soll und will gutes wirken, solange sie ursprünglich ist und sich im Widerstreite mit der Umwelt noch ihre Reinheit bewahrt hat. Schon von Anbeginn und von Natur aus führt nur die Schwäche zum Bösen: oft will sie es, oft duldet sie es, oft kann sie es nicht hindern. Und doch ist – äußerlich sichtbar – zumeist gerade im Zeichen der Kraft, solange es eine Geschichte der Menschen gibt, das „noblesse oblige“ mit Füßen getreten. Am ungeheuerlichsten in diesem Kriege, der ja auf allen Gebieten des Lebend Höhen und Tiefen des Geistes und der Seele offenbarte, die jeder bisherigen Vorstellung spotteten.

Jetzt ist die alte Zeit dahin. Es naht ein neues Leben. Der Kampf nach außen neigt zum Ende. Der Aufbau im Innern erfordert Riesenhaftes. Zunächst an Willen, dann an Können. Der Wille aber muß gleichgerichtet sein. Sonst zermürbt sich das Können. Die Richtung wiederum, in die er einzulenken hat, ist bestimmt durch den Zustand der Kräfte, Rechte, Pflichten und Notwendigkeiten, die im Feuer dieses Krieges entstanden sind. Es ist so viel entwurzelt und so viel erwachsen, daß es für alle, die noch wännen, auf dem Boden ihrer durch die Weltkatastrophe zerfallenen Dogmen fortwursteln zu können, unerlässlich wird, sich die Augen zu reiben, um in der neuen Atmosphäre zurechtzufinden und zu begreifen, daß es jetzt nicht etwa gilt, bloß neue Gründe zu ersinnen zur künstlichen Stützung alter, wirklichkeitsfremd gewordener Ideale, sondern neue Ueberzeugungen zu gewinnen im Rahmen der unentrinnbar gegebenen neuen Verhältnisse. Nur eine solche Gesinnung verleiht das sittliche Recht, bei der Verwaltung und Entwicklung des von der Gesamtheit des Volkes so unsäglich heiß und bitter erstrittenen Erbes mit aller Kraft den eigenen Willen zur Geltung zu bringen. Keineswegs bedarf es dazu einer Entsagung von organisch erwachsenen Lebensanschauungen, eines Verzichtes auf klar erkannte Lebensziele, mögen sie politischen Richtungen angehören, welchen sie wollen, sondern nur ehrlich gewollter Einstellung auf die neue Zeit und die neuen Bedingungen. Das ist die Bürgerpflicht der Zukunft, die das Vaterland in gleicher Weise von den Angehörigen aller Parteien erheischt.

So liegen die Dinge in erster Linie für jene umstürzende und grundlegende Aufgabe, mit der die Neuordnung unseres politischen Lebens beginnen soll und muß: die preußische Wahlreform. In einem Aufsatz „Der Einwand der Massenherrschaft“ (Vossische Zeitung Nr. 19) habe ich neben dem Hinweis auf die Unvermeidbarkeit des gleichen Wahlrechts die praktische Notwendigkeit hervorgehoben, eine Radikalisierung des öffentlichen Lebens durch die bevorstehende Verschiebung der Machtverhältnisse dadurch zu begegnen, daß die bisher bevorrechteten Klassen sich nicht allein mit dem Verlust unhaltbar gewordener Privilegien abfinden, sondern tatkräftig an allem mitarbeiten, was geeignet ist, jedem Volksgenossen, auch dem niedersten, den seinen Leistungen und Fähigkeiten entsprechenden Anteil an den Gütern des Lebens und Entwicklungsmöglichkeiten in wesentlich höherem Grade zu gewährleisten, als dies bisher geschehen ist, um, wie ich mich ausdrückte, möglichst viele verständige „Hirten“ zu schaffen, die ihre Herden auf gangbare Pfade lenken könnten.

Denn niemals sind es die Massen direkt, die entscheiden, sondern stets ihre einzelne Führer, nach deren Parole sie marschieren. Nur so wird den zum Chaos und zur Vernichtung treibenden verantwortungslosen Extremisten der Boden entzogen, der weit überwiegenden Mehrheit dagegen, die realpolitischen Denkens fähig ist, das Verantwortlichkeitsgefühl gestärkt und ihre Entwicklung zu einer Politik des gesunden Ineinandergreifens aller schaffenden und stützenden Kräfte, ohne ungerechte Bevorzugung aber auch ohne naturwidrige und lähmende Gleichmacherei, gefördert.

So weit sollte, wenn schon nicht Wohlwollen und Gerechtigkeit, so doch die Klugheit und nüchterne Abschätzung des gegebenen Kräfteverhältnisses die dem Ende einer überlebten Vorherrschaft geweihten

Klassen gefügig machen. Hierzu kommt aber noch ein anderes, psychologisch unschätzbares Moment, das ist – wenn ich mich so ausdrücken darf – die Geste, mit der man sich in das Unvermeidliche findet. Wenn die Kreise, die es angeht, gerade jetzt verstanden, in richtiger Weise das „noblesse oblige“ zur politischen Geltung zu bringen, wäre die Wirkung ganz erstaunlich. Erstaunlich für das Gesamtwohl und für sie selbst. Denn nicht glättet so sehr die Wogen extremen Begehrens, als herzliche Freiwilligkeit im Gewähren des Gerechten und Notwendigen. Weiter reichen ja ursprünglich niemals die Wünsche.

Das Extrem des Verlangens erwächst sozialpolitisch immer nur aus dem Extrem des Versagens. Keineswegs liegt es in der Natur der Menschen begründet, ohne Not oder besondere Veranlassung Götter und Götzen zu stürzen. Im Gegenteil, sie brauchen sie zum Leben, zum Prunken, zur inneren Erhebung. Der kleine Finger des Mächtigen ist ihnen lieber, als die ganze Hand des Gleichstehenden. Kein Sozialismus wird hierin je Wandel schaffen. Darum hat es der Herrschende so leicht, bei richtiger und rechtzeitiger Anwendung des „Noblesse oblige“ seinen Rang zu bewahren und dem Radikalismus zu begegnen. Aber ohne Hinterhältigkeit muß sie erfolgen. Das gilt ganz ausnehmend jetzt von der Stellung zum gleichen Wahlrecht. Es ist wahrscheinlich ein **nobile oblicium** ersten Ranges, das gleiche Wahlrecht, wenn es heute endlich erzwungen wird, nicht etwa durch ausgeklügelte Mittel irgendwelcher Art zu verzerren und zu entwerten.

Dieser Gefahr muß um jeden Preis entgegengetreten werden. Denn abgesehen von aller Unentbehrlichkeit, die darin läge, würde der Kern für die Gesundung unsers öffentlichen Lebens, nämlich eine radikale Umgestaltung des Geistes aller öffentlichen Verwaltungen, sonst nach wie vor unerreichbar bleiben. Das ist allerdings die Hauptsache, auf die es den Gegnern des gleichen Wahlrechtes ankommt. Denn gerade in der Verwaltung erblicken sie mit Recht das Instrument zur Durchsetzung ihres Machtwillens. Die, die ihrem Zwecke nach Dienerin des Volkes sein sollte, läßt sich am besten zur Niederhaltung unerwünschter Regungen mißbrauchen. Auf solchem Boden wuchert naturnotwendig ein Herrscherwahn der Beamten, der ihr Verantwortlichkeitsgefühl aus einem überwiegend sittlichen und geistigen zu einem mehr mechanischen des Aktendienstes herabwürdigt.

So werden die Verwaltungen aus lebendigen Organisationen, die elastisch, mit geringster Reibung und geringstem Verzug den unaufhörlich wechselnden Einzelfällen gerecht werden könnten, zu komplizierten, bei großem Aufwand mit kleinem Nutzeffekt zwangsläufig arbeitenden, starren Maschinen. Dabei ergibt sich freilich unsere so vielgerühmte Disziplin und Ordnung gleichzeitig aber auch das, was man Bureaukratismus nennt, zu deutsch Verwaltungsstarrsinn, das schlimmste Gift am Marke jedes Staates, weil es, durch Lähmung sowohl der ursprünglichen Energien und Einsichten, als auch der nützlichen Abwehrkräfte, zu einem unaufhörlichen Zuspät, zu sinnlosen Zweckwidrigkeiten und traurigsten Wertvergeudungen führt.

Welch erschreckendes Maß die Mißwirtschaft, die Umkehrung aller natürlichen Begriffe und die gewissenlose Vernichtung unzählbarer und unersetzlicher Güter auf diese Weise erreichen kann, das hat der Krieg in wahrhaft beschämender Weise gezeigt. Der beschränkte und eigensüchtige Bureaukratismus schreckt eben vor nichts zurück. Er kann es wagen, im Hochmut seiner faktischen Unverantwortlichkeit, da die Beamten sich gegenseitig decken, um jeder im eigenen Machtbereich möglichst ungeschoren zu bleiben. Aus diesem Grunde wird frischen, aufrechten, schöpferischen Kräften – wozu das unselige, alle Auflehnung gegen Unrecht bereits im Keime erstickende Zwangsmittel des Instanzenweges am besten mithilft – der Aufstieg aufs ärgste erschwert. Und wenn es durch glückliche Umstände doch einmal gelingt, an die Leitung zu kommen, ist in der Regel ihr Idealismus und ihre Tatkraft so zermürbt, daß sie die früher auf sie gesetzten Hoffnungen bitter enttäuschen.

So werden die edelsten Kräfte zum Verdorren gebracht, der Parasitismus gezüchtet und der Idealismus zerschellt, was aber keineswegs hindert, gerade mit letzteren bei allen feierlichen Anlässen unter tönendsten Phrasen sich zu drapieren und mit imponierenden Zahlen zu „beweisen“, wie herrlich weit wir es gebracht! Gegen diese bisher unüberwindliche und wertzerstörende Hydra des Bureaukratismus, der ja nach dem Kriege wegen der unvermeidlichen Monopole und des dadurch stark anwachsenden Beamtenapparates noch mehr als früher in das Leben des Volkes einzugreifen droht, muß der Kampf auf der ganzen Linie entbrennen, und zwar so, daß auch seine Unterströmungen erfaßt werden. Mit den bisherigen Mitteln erscheint es aussichtslos, mehr als kleine Gelegenheitserfolge zu erzielen. Es müssen neue Wege gefunden werden, um hier zum Sieg zu gelangen.

Ich behalte mir vor, nach dieser Richtung demnächst einen aussichtsreich erscheinenden Vorschlag zu veröffentlichen. **Vor allem aber ist es unerläßlich, jeder einseitigen Parteiherrschaft den Boden zu entziehen. Denn von deren Wesen ist es stets unzertrennlich, nur einen bestimmten Sonderzwecken dienenden Bruchteil der vorhandenen Kräfte zu fördern und auszunutzen, alles andere dagegen zu unterdrücken.** Wenn dann über Mißerfolge im politischen Leben zu klagen ist, beschuldigt man gewöhnlich den Geist der Zeit, der

nicht genügend große, starke Persönlichkeiten hervorbrächte. Das ist entschieden falsch. Nur wenn man das Wort „hervor“ mit dem Wörtchen „heran“ vertauscht, mag es stimmen. **Denn Kräfte, wirklich große Begabungen, sind stets in reicher Fülle vorhanden. Aber man ist nicht willens, sie heranzulassen, sie sehen, anerkennen, fördern und nehmen zu wollen, wenn sie anderswo herkommen als aus Kreisen, mit denen man sich allein beschäftigt, oder auch wenn sie, obwohl pflichttreu und best geeignet, eine ehrliche Selbständigkeit der Gesinnung zeigen, von der Unbequemlichkeiten zu befürchten sind.** Hierin und noch in vielem anderem Wandel zu schaffen, wenigstens so weit, als es die unausrottbaren menschlichen Schwächen zulassen, dazu soll das gleiche Wahlrecht die grundlegenden Bausteine liefern. Dies wird um so leichter und um so segensreicher für alle geschehen, je mehr sich die Mächtigen von heute auf die nie versagende Kraft der Zauberformel „noblesse oblige“ besinnen.

Berliner Neueste Nachrichten - Nr.33 – 1918 – Freitag, 18. Januar - S.2

Trotzki gegen Lenin.

Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ ist der Riß, der sich schon seit einiger Zeit innerhalb des Volkskommissariates bemerkbar gemacht hat, nunmehr so gut wie unüberbrückbar geworden. In eingeweihten Kreisen wußte man schon lange, daß Lenin unzufrieden ist, sowohl mit Trotzki's Einfluß als mit Trotzki's Ansichten, die sich nicht immer dem Leninschen sozialpolitischen und internationalpolitischen Draufgängertum zuneigten. Dem verbissenen Ideologen Lenin, der dem wirklichen Leben stets ferngestanden hat, mußte Trotzki, der Anhänger des praktisch Möglichen, immer unleidlicher werden, und so ist schließlich zwischen diesen beiden eine Spaltung eingetreten, die ein weiteres Zusammenarbeiten so gut wie unmöglich macht.

Lenins Sozialisierung der russischen Privatbanken, dieser dilettantischen, von einem Studenten im dritten Semester, namens Brilliant, ausgearbeitete Plan, der Rußlands Volkswirtschaft vollends zu vernichten droht, Lenins Auslieferung der russischen Industrie an die Arbeiter, die die Schließung einer Fabrik nach der anderen nach sich zieht, und ähnliche von lebensfremder Theorie diktierte Experimente haben in Trotzki einen ernstesten Widersacher gefunden. Und Brest-Litowsk hat den Riß vollendet: solidarisch mit Lenin ist eigentlich nur Krylenko, der es noch immer nicht verschmerzen kann, daß er weder zu den Waffenstillstands- noch zu den Friedensverhandlungen herangezogen worden ist. Die übrigen Regierungsmitglieder, und ebenso der weitaus größte Teil des sowjetischen Exekutiv Ausschusses, stehen wohl restlos auf Trotzki's Seite. Am vorwöchigen Mittwoch hat Lenin eine angebliche Erholungsreise nach Finnland angetreten, von der er noch nicht zurückgekehrt ist, und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß dieser „Erholung“ der Rücktritt folgen wird.

Berliner Neueste Nachrichten - Nr.33 – 1918 – Freitag, 18. Januar - S.1

Das maximalistische Endziel.

Es ist gänzlich verkehrt, zu glauben, daß die Maximalisten als Endziel bei den Verhandlungen mit Deutschland den Frieden erstreben. Der Frieden ist vielmehr nur Mittel zum Zweck, die Welt zu revolutionieren. Trotzki erklärte z.B. den Soldaten des 17. Armeekorps u.a.:

„Wir werden gegen den Kaiser und die deutschen Imperialisten ihre eigenen Truppen ins Feld führen, die wir durch unsere Agitation zersetzen werden..... Wir werden den wahren Frieden erreichen indem wir auf Staatskosten eine Verbrüderung mit den revolutionären Truppen des Kaisers arrangieren.“ (Djelo Narodna, 20.11.)

Und am 2.12. enthüllte Trotzki noch offener das Ziel der Maximalisten, indem er ausführte:

„Wir werden bei den Friedensverhandlungen nicht sowohl die Unversehrtheit des russischen Territoriums verteidigen, als vielmehr die Verwirklichung der weltumfassenden Aufgaben des Sozialismus Die wichtigste Aufgabe ist, dem Proletariat aller Länder die Augen zu öffnen. Wir füllen die feindlichen Schützengräben mit Millionen von Aufrufen, in derselben Richtung werden unsere Flieger und Funkenstationen wirken.“ (Djelo Narodna, 5.12.)

Ein Satz eines Aufrufs hieß dann:

„Wir, Maximalisten, haben die betreßten Schergen Wilhelms an den Konferenztisch gezwungen.“

Und mit diesen Leuten verhandelt Herr v. Kühlmann über den deutschen Frieden, anstatt ihnen seine Bedingungen zu stellen und sie zur Entscheidung in kürzester Frist zu veranlassen.!

Berliner Neueste Nachrichten - Nr.33 – 1918 – Freitag, 18. Januar - §.2

Überschriften: - Die Kriegsmüdigkeit des italienischen Volkes.
- Die italienischen Sozialisten fordern Friedensverhandlungen.

Berliner Tageblatt - Nr.32 – 1918 – Freitag, 18. Januar - §.1 ff

Überschriften: - Die englischen Arbeiter für allgemeine Friedensverhandlungen. - §.1
- Freilassung des rumänischen Gesandten in Petersburg. - §.2
- Italien am Ende seiner Kraft.
- Beendigung der allgemeinen Aussprache über die Wahlrechtsvorlage. –
[im preußisches Abgeordnetenhaus] - §.3
- Protest österreichischer Arbeiter gegen die Kürzung der Mehrlotion - §.4
- Beginn der Verpflegungseinschränkungen in Amerika

Der Reichsbote - Nr.32 – 1918 – Freitag, 18. Januar - §.1

Zu Trotzki's Verschleppungstaktik.

[Lew Dawidowitsch Bronstein, nannte sich ab 1902 Leo Trotzki ; *07.11.1879 - +21.08.1940 ermordet in Mexiko; jüdischer Abstammung]

Seit Trotzki an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk teilnimmt, führt er fast allein auf russischer Seite das Wort. Die anderen russischen Unterhändler sind vollkommen in den Hintergrund gedrängt. **Man hat nach den Berichten nicht den Eindruck, daß es ihm auf die baldige Erreichung positiver Ergebnisse ankommt, vielmehr muß man argwöhnen, daß er die verschleppenden Manöver nicht nur aus einem sich auf Prinzipien versteifenden Doktrinarismus betreibt, sondern auch mit bewußter Absicht.** Seine Methode ist eine durchaus dialektische, und er handhabt sie in raffinierter Weise. Als weitgereister Mann, der die halbe Welt kennengelernt hat, weiß er sich gewandt auszudrücken und sich mit glatter Behendigkeit für ihn verfänglichen Lagen zu entziehen, wobei es ihm gelegentlich auch nicht auf eine Preisgabe seines sonst so starr betonten prinzipiellen Standpunktes ankommt.

So wechselte er mit keckem Sprunge aus den Gründen seiner extrem demokratischen Weltanschauung ohne Besinnen hinüber in den Bereich des Machtstandpunktes, als ihn die Feststellungen des Generals Hoffmann in die Enge getrieben hatten. Damit hat er freilich nur selbst zugegeben, daß seine Prinzipien unerfüllbare Utopien sind, denn es ist nie darauf zu rechnen, daß jemals alle Menschen auf gleichem Klassenstandpunkte stehen würden, selbst nach jahrelanger Zurechtweisung in dem kommunistischen Prokrusteßbette. Auf die Weise Trotzki's läßt sich jede Art brutaler Gewalt rechtfertigen, falls man seine Weise, sich aus der Sackgasse zu retten, überhaupt ernsthaft nehmen will.

Aus den Verhandlungen ergibt sich jedenfalls so viel, daß er gerissen und mit allen Hunden gehetzt ist. Ob man ihm über den Weg trauen kann, ist fraglich. Sein ganzes Verhalten zeigt, wie viel Grund vorhanden ist, Zweifel in die Gutwilligkeit bei ihm und der Petersburger Regierung zu setzen, zu einem baldigen positiven Ziele zu kommen. Offenbar legt er es auch darauf an, wenn seine Winkelzüge zu einem negativen Ergebnisse führen sollten, die Schuld dafür unseren Unterhändlern in die Schuhe zu schieben. Es ist deshalb geboten, genau die Hinterhältigkeit und Verschlagenheit seiner Methode im Auge zu behalten.

Es kann niemandem damit gedient sein, die Verhandlungen endlos hinauszuziehen und auf die lange Bank zu schieben. Entweder ist der gute Wille, Positives zu erreichen auf beiden Seiten vorhanden und es ergibt sich die Möglichkeit dazu, dann läßt sich bald zu einem Ergebnis kommen, oder es ist das Gegenteil der Fall, dann haben endlose Erörterungen mit langen grundsätzlichen, rein theoretischen Darlegungen keinen vernünftigen Zweck. Das muß Herrn Trotzki und seiner Regierung klar gemacht werden. **Jedenfalls geht es nicht an, die Verhandlungen nur zu dem Zwecke weiter zu führen, um den Bolschewiki Gelegenheit zu geben, für ihre revolutionäre Propaganda eine Art Sprungbrett oder Katheder zu bekommen.** In dieser Hinsicht sollte den russischen Unterhändlern kein Zweifel gelassen werden, daß eine Verschleppung ins Unabsehbare unter keinen Umständen erduldet werden wird.

Woodrow Wilson als Diktator und Kriegshetzer.

Nach dem Zusammenbruch des alten römischen Königtums stand die Diktatur auf, welcher angesichts drohender Gefahren die alt Königsgewalt übertragen wurde. Doch der sich stetig kräftigende republikanische Geist ließ auch die Diktatur verschwinden und schuf das Konsulat. aber die außerordentliche Gewalt blieb für die Zeiten der Gefahr bestehen. In solchen Zeiten schwerer Bedrohung stattete ein sogenanntes **senatus consultum** das Konsulat mit diktatorischen Amtsbefugnissen aus. Das geschah mit der Verkündung: „Videant colsules, ne quid res publica detrimenti capiat“.

Ist's soweit gekommen in den Vereinigten Staaten? Die Zeit so schwer und die Gefahr so groß, daß Woodrow Wilson mit diktatorischer Gewalt bekleidet und an die Maßgebenden der Appell gereicht werden muß, darauf zu sehen, daß das Gemeinwesen keinen Schaden erleide?

In der „London Times“ wurde kürzlich überzeugend nachgewiesen, daß in keinem Lande der Welt ein Monarch oder Ministerpräsident so viel Machtfülle besitzt, wie zurzeit Mr. Wilson in Amerika; selbst die Machtfülle des deutschen War Lord (Kriegsherrn) und des Exzaren Nikolaus sei nicht so groß beziehungsweise so groß gewesen, wie die des amerikanischen Präsidenten. In Sachen des Verkehrs, des Handels, der Schifffahrt, der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern usw. verfügt er unbedingt, was er will und was ihm gut dünkt, ohne daß ihm dabei jemand in den Arm fallen kann. Dabei sind unter dem Drucke der Kriegsorganisation die einschneidendsten Veränderungen in der amerikanischen Regierungsmaschinerie vorgenommen, was sich übrigens auch schon deshalb empfahl, weil das Kabinett, gelinde gesagt, aus lauter Mittelmäßigkeiten besteht. So zum Beispiel wurde erst ein nationaler Verteidigungsrat eingesetzt und dann ein Beiratsausschuß zu demselben – eine Körperschaft nichtamtlicher Sachverständiger, die das Kabinett „ergänzen“ sollte. Seine Stellung liegt vollständig außerhalb des Rahmens der Verfassung; sie ist sogar völlig unregelmäßig, daß schon die finanzielle Grundlage ihres verwickelten Systems in Washington tätiger Ausschüsse auf privatem Wege garantiert werden mußte.

Wilson ist eine eitle und ehrgeizige Natur, und die große Machtfülle, über die er jetzt verfügt, läßt ihn nur noch höher streben. Aus verschiedenen Anzeichen erkennt man, daß er danach strebt, nicht nur den Vereinigten Staaten, sondern der ganzen Welt seinen Willen aufzuzwingen. Dies spricht auch die „New York Times“, das führende und einflußreichste Jingoblatt in Amerika, offen aus. Das Blatt geht davon aus, daß der Präsident den Plan des Einheitsbefehls in Frankreich unterstütze, und bemerkt weiter, Wilson habe bei dieser Gelegenheit dem Verband die erste Andeutung gemacht, daß in seinem Kriegsrat den Vereinigten Staaten der führende Platz zukomme. (Wahrscheinlich, weil sie zwar die kleinste Armee, aber den größten Mund haben.)

Die Amerikaner würden jedenfalls nicht ruhig zusehen, wie ihr Gut und Blut durch die Unfähigkeit anderer geopfert werde. Das klingt freilich sehr grob, aber besänftigend wird hinzugefügt, damit sei nur die „künstliche“ Unfähigkeit gemeint, welche durch die Uneinigkeit des Oberbefehls geschaffen werde. Die militärischen Handlungen seien durch Zersplitterung der Verantwortung gelähmt worden und der Präsident gebe dem Verbande zu verstehen, daß die Lähmung aufhören müsse. Amerika sei die Vorratskammer und die Bank des Verbandes, habe also wohl ein Wörtlein mitzureden.

Letzteres ist ja richtig, aber was soll es heißen, daß den Vereinigten Staaten im Kriege der „führende Platz“ zukomme? Soll etwa General Pershing Oberbefehlshaber werden, der sogar im Kampfe mit Villas Räuberbanden versagte und sich im Vergleich mit Hindenburg wie ein Mäuslein gegenüber einem Löwen ausnimmt?

Vorläufig hat die amerikanische Armee ein Hauptquartier freilich nur in – Washington (!) eingerichtet, das sich hauptsächlich damit beschäftigt, Proklamationen drucken zu lassen, in denen der Mund im Sinne des bekannten Diktums: „We can lick the whole world“ möglichst voll genommen wird. So heißt es in einer derselben: Nicht das sei Amerikas Aufgabe in diesem Kriege, Brot zu backen und das Schwert zu schleifen, sonst würde es ja nur die Rolle eines Marketenders unter den kämpfenden Völkern spielen. Vielmehr wären es die amerikanischen Soldaten, die den Sieg in diesem großen Ringen bringen und den Stoß führen würden, der die deutschen Linien vernichte und die Autokratie niederzwingt. (Well roard, lion!) Und das müsse der Stoß des rechten Armes eines Mannes sein, nicht die hinterlistige Tat eines schlaue berechnenden Händlers

Im Anschluß an die Botschaft, mit der Präsident Wilson den Kongreß eröffnete, schlägt die amerikanische Presse dieselben Töne wie diese Proklamation an. So schreibt die „New York Times“, die Kundgebung des Präsidenten werde die Welt davon überzeugen, daß Amerika bereit sei, den Krieg mit allen moralischen und materiellen Mitteln bis zum siegreichen Ende fortzusetzen. „World“, „Globe“, „Herald“, „Sun“, usw. schlagen in die selbe Kerbe. Am weitesten geht die „Tribune“, welche sagt, der Präsident verlange, daß

„die gegenwärtigen deutschen Herrscher von ihrem Thron heruntergestoßen werden sollten“. Andere Blätter haben diese Stelle nur auf die Hohenzollern bezogen; nach der „Tribune“ sollen aber auch die übrigen deutschen Bundesfürsten daran „glauben“. Sehr drastisch äußerte sich der „New York Herald“, indem er die Meinung ausdrückt, der Deutsche sei schon heute ein kranker Mann, der nicht mehr die Kraft habe, für „die Hohenzollern Sauerkraut und Hindenburg“ (!) weiter zu kämpfen. Der Zusammenbruch Rußlands könne Deutschlands Stärke nicht vermehren, wohl aber könnten Frankreich, Italien, England und die Vereinigten Staaten ihm den Todesstoß versetzen, wenn sie nur in das Herz des deutschen Militärdespotismus hineingraben, wie der Diamantbohrer in den Granit.

Ja, wenn mit „Druckerschwärze auf Papier“ der Sieg erfochten werden könnte, so würden die New Yorker Zeitungs-Jingoes schon den Krieg gewinnen. Was nützten aber alle solche hochtrabenden Redensarten, wenn ein Jahr wie das andere verfließt, ohne daß die Alliierten die deutschen Truppen aus Frankreich und Belgien nicht vertreiben können! Und wenn es ihnen in 3 ½ Jahren nicht gelungen ist, wer glaubt dann, daß es ihnen im vierten Jahr gelingen wird?

Man muß es Herrn Wilson lassen, daß er sich mit der Botschaft an den Kongreß nicht genügen läßt, sondern den größten Eifer verfolgt, um sein Volk für den Gedanken eines Krieges „bis aufs Messer“ zu erwärmen. So hielt er in einer Arbeiterversammlung in Buffalo vor 6000 Gewerkschaftlern eine Rede, in der er zu beweisen suchte, daß die Niederzwingung Deutschlands ein Ding der Notwendigkeit sei. Er behauptete, in diesem Kriege handle es sich um die Entscheidung zwischen den Grundsätzen der Macht und der Freiheit. **Deutschland sei machtlüstern, wolle immer mehr Macht haben und werde nicht eher zufrieden sein, bis es die ganze Welt beherrsche. Dieses Ziel wolle es nicht durch die Mittel der friedlichen Arbeit, sondern der Gewalt erreichen. Es habe bereits Oesterreich-Ungarn, die Balkanhalbinsel und Kleinasien unterjocht, und so lange es diese Macht behalte, könne von keinem Weltfrieden die Rede sein. Wohl möchten die Deutschen für die Aufnahme freiheitlicher Ideen ebenso empfänglich sein wie andere Völker, aber so weit lasse es ihre Regierung nicht kommen; sie Sorge dafür, daß die Deutschen mit solchen Ideen niemals in Berührung treten könnten. (!) Er deutete an, daß das anders werden müsse.**

Aber wie? Nun, das verrät und Edward Filene in der „New York Times“, indem er ausführt, **wenn nach dem Kriege die deutsche Regierung noch nicht vom deutschen Volke geleitet werden sollte, sondern vom Kaiser, so würden die Amerikaner alle deutschen Waren boykottieren.** Die amerikanischen Geschäftsleute würden sich unter keinen Umständen bereit finden lassen, einem autokratischen Deutschland durch Fortsetzung der Handelsbeziehungen die Mittel zur Heraufbeschwörung eines neuen Weltkrieges an die Hand zu geben. Somit hänge es von der Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse im Deutschen Reiche ab, ob dem jetzigen Kriege noch ein Handelskrieg folgen solle. Sobald Deutschland sich dazu entschlöße, die mit einer unverantwortlichen Regierung verbundenen Gefahren zu beseitigen und die Amerikaner davon überzeugt seien, daß hinter der deutschen Regierung die Gesamtheit des deutschen Volkes stehe, würden sie bereit sein, Deutschland wieder mit Vertrauen zu beugen.

Was die Yankees doch nicht alles für Bedingungen stellen! Es genügt aber nicht, daß Belgien von deutschen Truppen geräumt und **in Deutschland die parlamentarische Regierung eingeführt wird** – auch Elsaß-Lothringen muß den Franzosen zurückgegeben werden. So hat sich die amerikanische Regierung zu Journalisten unter Berufung auf den Präsidenten ausgesprochen. **Man sagte, wenn Herr v. Kühlmann geäußert habe, Elsaß-Lothringen werde „niemals“ herausgegeben, so sei das nur geschehen, um in Amerika für einen Frieden auf der Grundlage des Status quo ante Stimmung zu machen.** Man denke sich, die Amerikaner würden wohl große Opfer bringen, um die deutsche Autokratie und den Militarismus zu vernichten, aber nur wenige würden zum Kampf bereit sein, um den Verbandsmächten Gebietserweiterungen zu verschaffen. **Aber der Präsident wolle davon nichts wissen. Er sei sich klar darüber, daß ein Frieden ohne Rückgabe von Elsaß-Lothringen überhaupt kein Frieden, sondern bestenfalls Waffenstillstand und auf jeden Fall ein deutscher Sieg sei. Deutschland müsse geschlagen und seine Niederlage der Welt klargemacht werden.**

Der Reichsbote - Nr.33 – 1918 – Freitag, 18. Januar - Abend - S.2

Eine englische Anerkennung der preußisch-deutschen Freiheit.

Ein Artikel in dem (verspätet eingetroffen) Septemberband der Londoner Vierteljahresschrift „The Round Table“ beschäftigt sich mit dem „Inneren Problem Deutschlands“.

„Erinnern wir uns – schreibt der Verfasser – daß in der Vergangenheit Preußen und mit vollem Recht, als ein großer liberaler Staat gegolten hat. Von Preußen als mittelalterlich zu sprechen, heißt die wichtigsten und hervorstechendsten Eigenschaften der preußischen Verwaltung nicht kennen. Gewiß hat es immer

Mittelalterliches im nördlichen und nordöstlichen Deutschland gegeben. Aber wenn wir unter Mittelalter die Feudalgewalt des Adels über die Bauern verstehen, die Aufrechterhaltung und staatliche Anerkennung der Klassenunterschiede zwischen Adligen, Bürgern und Bauern die Ausübung der patriarchalischen Gerichtsbarkeit durch die Rittergutsbesitzer, die den englischen Manorial Courts entspricht: dann müssen wir anerkennen, daß Preußen der Hauptfeind des mittelalterlichen Geistes gewesen ist. **Die ganze Geschichte Preußens war die Unterwerfung des grundbesitzenden Adels unter die Regierung und die Zentralverwaltung.** Preußen ist kein mittelalterlicher sondern ein moderner Staat. Es ist der Abkömmling des 18. Jahrhunderts: es wurde gebildet im Zeitalter der Vernunft und dem Ideal eines erleuchteten Herrschers. **Es ist das Ordnen, Einteilen, Systematisieren einer hochgebildeten Bürokratie, die alle Ergebnisse moderner Wissenschaft assimiliert und für öffentliche Zwecke verwertet. Es ist Regierung durch praktischen Intellekt.**

Wenn wir irgendeinen gebildeten Deutschen zum Vergleich herausfordern zwischen seiner Regierung und der irgendeines der anderen zivilisierten Staaten, so wird er sofort die Herausforderung annehmen und auf die großen Errungenschaften seines Vaterlandes hinweisen: Errungenschaften im Recht und in der Finanz, in der kommerziellen, industriellen und sozialen Gesetzgebung. Er wird uns verweisen auf das große Werk Friedrichs des Großen im 18. Jahrhundert, die Kondifizierung des preußischen Rechts; er wird die ländlichen Reformen von Stein und Herdenberg anführen, die Selbstverwaltung der Städte, die allgemeine Schulpflicht; er wird weiter zeigen, daß es die preußische Regierung war, die zuerst den Grundsatz des Freihandels annahm, und dieselbe Regierung die durch die Errichtung des Zollvereins zuerst die industrielle Entwicklung Deutschlands ermöglichte. Und er wird beweisen, daß dieses Werk mit nicht rastendem Eifer fortgeführt wurde nach der Errichtung der deutschen Einheit. Seit den allerersten Jahren seines Bestehens war das Deutsche Reich mit Zuversicht und Erfolg bestrebt, System, Ordnung und Verstand in den inneren Ausbau zu bringen. Die Reform des Münzwesens, die Revision des Bankrechts, das sorgfältige System des inneren Verkehrs durch Eisenbahn und Kanäle, der große Erfolg der trotz der Erschwerung durch die bundesstaatliche Verfassung der Finanzpolitik beschieden war, würde von dem Verteidiger des deutsche Systems angeführt werden.

Besonders aber würde er verweisen auf den großen Apparat der sozialen Gesetzgebung und staatlichen Versicherung, der ein Vorbild für jedes andere Kulturland geworden ist. Und zum Schluß könnte er auf jenes wahrhaft staunenswerte Erzeugnis der Gesetzgebung hinweisen, auf die Einführung eines gemeinsamen Bürgerlichen Gesetzbuches für das ganze Reich.

Dieser Katalog gesetzgeberischer Arbeit ist in der Tat eindrucksvoll, und wenn wir weiter forschen, werden wir finden, daß diese Gesetzgebung fast in jedem Fall mit Recht Anspruch auf den Namen liberal erheben kann. Dieser Liberalismus, der vor allem zentralisierte moderne Einrichtungen verlangt, fand besonders Ausdruck in der einst so großen nationalliberalen Partei und findet namentlich auch Anhänger unter den führenden Männern des Geschäftslebens, der Banken und der Industrie. Er ist in vieler Hinsicht antidemokratisch und hat keinerlei Sympathie mit der augenblicklich sehr hervortretenden gefühlsmäßigen Demokratie. Preußen ist liberal aber antidemokratisch, freiheitlich aber mit wenig Rücksicht auf die persönliche Freiheit des Einzelnen.

Zwischen diesem Preußen einer erleuchteten Bürokratie und parlamentarischen Einrichtungen besteht kein unüberwindlicher Widerspruch. Die Beziehungen zwischen Regierung und Parlament werden andere sein als in England, weil in Preußen die Regierungsämter längst in voller Tätigkeit waren, ehe man an ein Parlament dachte. Deshalb wird man hier weniger auf absolut Ueberwachung der Regierung durch das Parlament dringen als in England, aber vielleicht könnte es hier mehr verständiges Zusammenarbeiten geben. Und tatsächlich finden wir, daß dieses Zusammenarbeiten bald hergestellt war zwischen der Regierung und dem neuerschaffenen Reichstag. An all den großen Projekten der Gesetzgebung, durch die das neue Deutschland gebildet wurde, hat der Reichstag einen wichtigen und manchmal einen überragenden Anteil gehabt.

Alles in allem mag dieses Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Reichstag zwar einigen politischen Parteien nicht genügen, es genügt aber, soweit wir urteilen können, dem deutschen Volke. Viele gute Arbeit wird geleistet und das Volk gedeiht dabei.“

Das ist eine andere Tonart, als man sie bisher von jenseits des Kanals vernahm, wo man nur von Autokratie fabelte und faselte. Wenn die Herren Briten etwas genauer über die Zustände in Preußen und Deutschland informiert wären, würden sie einsehen, daß sie noch recht viel und zwar mit gutem Nutzen bei uns zu Lande würden lernen können. Die meisten reden von Deutschland und Preußen wie Wilson, d.h. wie ein Blinder von der Farbe.

„Der Wiener Dolchstoß“

Die von uns gekennzeichnete Stimmungsmache in dem Wiener „Fremdenblatt“ – sie liegt übrigens ganz in der Richtung des deutschesten und aufrichtigsten Herrn von Kühlmann – wird in der Wiener „Ostdeutschen Rundschau“ folgendermaßen besprochen:

„Das Sprachrohr des Grafen Czernin, das halbamtliche Wiener „Fremdenblatt“, leistet sich einen scharfen Angriff auf den Fürsten Bülow. Das ist immerhin merkwürdig. Fürst Bülow hat zu Beginn des Krieges ein sehr gutes Buch über die deutsche Politik geschrieben. Wir können nur wünschen, daß Graf Czernin bald ein ähnlich gutes Buch über die deutsche Politik in Oesterreich schreiben möge. Das wäre eine Tat, die ihm unseren uneingeschränkten Beifall eintragen würde. Weniger einverstanden sind wir mit dem Angriff auf den Fürsten Bülow im „Fremdenblatt“. Das feindliche Ausland wird mit Schmunzeln davon Kenntnis nehmen. Um seinen geliebten Kühlmann zu retten – von dem im „Fremdenblatt“ behauptet wird, er genieße das volle, uneingeschränkte Vertrauen nicht nur der österreichisch-ungarischen Regierung, sondern der „Völker Oesterreich-Ungarns“ – schreibt das Blatt des Grafen Czernin: „Fürst Bülow genießt dieses Vertrauen nicht.“

Das ist immerhin eine etwas merkwürdige Sprache einem Manne gegenüber, der als Reichskanzler des Deutschen Reiches das Wort von der Nibelungentreue gesprochen hat und der oft amtlich Anlaß nahm, die guten Beziehungen zwischen Berlin und Wien zu bekräftigen. Da ist dann der plötzliche Dolchstoß von der Schulerstraße her ein etwas unerwartetes Ereignis.“

Zehn Monate Galgenfrist für Deutschland!

Zu den Kämpfen um den Mannschaftsersatz, die sich gegenwärtig in der französischen Kammer abspielen und in denen die Angst Frankreichs um seine jüngste, letzte Generation sich getreulich spiegelt, schreibt Herve in seiner „Victoire“:

„Wenn der Generalissimus zum Ausbau der zweiten und dritten Verteidigungslinie Leute braucht, so müssen sie wohl oder übel gefunden werden. Es handelt sich nicht darum, ob es angenehm ist oder nicht, an die Front geschickt zu werden. Ebenso wenig hat es Zweck, über den Abfall Rußlands zu stöhnen oder darüber, daß der oder jener Verbündete weniger alte Klassen mobilisiert hat als Frankreich. **Es handelt sich darum, den kommenden vereinzelt angreifenden Deutschen die Stirn zu bieten. Die Klasse 1919 soll erst in ungefähr zehn Monaten ins Feuer geschickt werden. Bis dahin aber wird Deutschland bereits um Gnade gebettelt haben.**“

Herve, der seit Kriegsbeginn den Frieden immer wieder für die nächste Zeit prophezeit, gibt uns diesmal eine Galgenfrist von höchstens zehn Monaten. Unwiderruflich zum letzten Male! Warten wir seine nächste Prophezeiung ab!

Das Beispiel von Livland und Estland.

Herr Trotzki zeigt in Brest-Litowsk eine bis jetzt unüberwindliche Abneigung gegen die Anerkennung der geschichtlich gewordenen Verfassungseinrichtungen in Kurland und Riga. Er verlangt an ihrer Stelle bekanntlich die Volksabstimmung und er fordert weiter, daß das deutsche Besatzungsheer vorher vollständig zurückgezogen werden müsse. Es mag angebracht sein, an dem Beispiel der Kurland benachbarten Länder zu zeigen, wie die Methode des Herrn Trotzki ungefähr in Wirklichkeit aussehen würde. Wir geben aus diesem Grunde die nachfolgende Darstellung des bekannten Deutschbalten Herrn Silvio Broederich aus Kurmahlen wieder:

Die livländische und estländische Ritterschaft hat sich durch ihre Vertretung für die Lostrennung von Rußland entschieden und sich für die Selbständigkeit ihres Gebietes unter Anschluß an das Deutsche Reich ausgesprochen. Diese Ritterschaften sind staats- und völkerrechtlich die befugten Vertreter dieser Gebiete. Denn im Rystädter Frieden haben sie ebenso wie die Stadt Riga mit Rußland paktiert und unter Anerkennung ihrer vollständigen Berechtigung mit Rußland einen Vertrag abgeschlossen, der ihr Land an das russische Reich brachte, zugleich aber ihre verfassungsmäßigen Rechte sicherte. Der Rystädter Friede ist von den nordischen Mächten, von Polen und Preußen anerkannt worden. Die Verfassung ist später von dem Zaren gebrochen

worden. Nachdem nun der Zarismus in diesem Jahre gestürzt worden ist, haben diese Körperschaften ihre Bewegungsfreiheit zurückerlangt und haben sie zu der Option für Deutschland benutzt.

Im Verlaufe der russischen Revolution hat aber auch des estländische Volk, welches Estland und den Norden Livlands bewohnt, von der Zentralregierung in Petersburg den Zusammenschluß seines Volksgebietes zu einem einheitlichen Verwaltungsgebiet verlangt und auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes einen estländischen Landtag gewählt, in welchem alle Parteien vertreten sind. Dieser Landtag ist vor etwa sieben Wochen in Reval zusammengetreten und hat das ganze Volk aufgefordert, energisch gegen die beginnende Zerstörung des Landes durch die Russen Front zu machen. Er faßte den Beschluß, sich die Souveränitätsgewalt im Lande zuzuerkennen und stellte fest, daß nur diejenigen Verfügungen der Petersburger Zentralregierung in Kraft bleiben sollten, die von dem Landtag anerkannt und bestätigt seien. Nach dieser Entschliebung drangen Banden der Maximalisten in die Versammlung ein und forderten sie auf, sich als aufgelöst zu erklären. Als dies verweigert wurde, wurde die Versammlung in rohester Weise mit Knüppeln auseinandergeprügelt, wobei die sozialdemokratischen Mitglieder dieser Versammlung ebenso behandelt wurden wie die Vertreter der bürgerlichen Parteien.

Dieser Vorgang hat bei dem estnischen Volke eine unbeschreibliche Erbitterung hervorgerufen. Am Sonntag darauf fand in Dorpat eine große Demonstration gegen Rußland statt, an der sich 15 – 20 000 Esten beteiligten, mit dem Erfolg, daß sie von überlegenen Massen der 12. russischen Armee, die mit Maschinengewehren und Panzerautomobilen zur Stelle waren, auseinandergetrieben wurden. Die estnischen Führer wurden in brutaler Weise verhaftet und in das Gefängnis geworfen. Das Landtagsgebäude und die Druckerei der estnischen Zeitung „Postimees“, die dem Dorpater estnischen Abgeordneten Tenison gehört, wurde verwüstet und zerstört. Gleichzeitig wurden in Reval die ersten Formationen estnischer Regimenter von überlegenen russischen Truppen auseinandergejagt und 40 estnische Offiziere ins Gefängnis geworfen. Das ganze flache Land ist in den letzten sieben Wochen in eine Wüste verwandelt worden. Nach zuverlässigen Mitteilungen ist der in den letzten Wochen auf den deutschen Gütern allein am beweglichen Vermögen angerichtete Schaden auf viele Hunderte von Millionen Mark zu beziffern. Aber auch die estnischen Bauern haben auf ihren Höfen allerschwersten Schaden erlitten. Die Kasse der estländischen Landschaft ist um etwa 2 Mill. M. beraubt worden. Weiter ist das Gebäude der Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaft der estnischen Landwirte zerstört und ausgeplündert worden.

Das ist das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen nach russischen Begriffen.

Tägliche Rundschau - Nr.32 – 1918 – Freitag, 18. Januar - Morgen - S.1

Amerikas Rolle im Weltkriege. – Von General der Infanterie z. D. v. Liebert.

Ein „freies Volk“ von hundert Millionen Seelen wählt sich einen Gaukler zum Staatsoberhaupt, die Wahl wird von Trustmagnaten bezahlt; während der Wahl beteuert der Kandidat seine Friedensliebe, gewinnt dadurch die Stimmen der Deutschen, der Iren, der Pazifisten und der Frauenrechtler; nachdem er gewählt, reißt er Repräsentantenhaus und Senat durch unsinnige Botschaften zum Kriege fort, führt die allgemeine Wehrpflicht ein und verwandelt das ganze friedliche Land in ein Kriegslager. Und das alles gegen ein Volk, das Amerika keinen Anlaß zu Groll und Streit gegeben hat, sondern ihm friedliche, freundschaftliche Beziehungen und einen stetig steigenden Handelsverkehr pflegte. So geschehen in der großen Demokratie des Westens.

Der Amerikaner Homer Lea hatte wohl sein eigenes Volk im Auge, als er das große Wort niederschrieb:

„Die Summe angesammelter Weisheit der Welt hat tatsächlich wenig Wirkung auf die Leitung der Geschicke der Nationen, selbst heute nicht in unseren Tagen der gesteigerten Intelligenz. Es ist Tatsache, daß wir heute – zweitausend Jahre älter als Cäsar – Staatsmänner haben, deren politische Intelligenz mindestens um das gleiche Zeitmaß jünger ist als Cäsar. Die allgemeine politische Intelligenz einer Nation macht in gleichem Maße Rückschritte, wie ihre auswärtigen Angelegenheiten durch die Vorurteile der Masse beherrscht werden. Das Verständnis der Masse für Dinge, welche außerhalb ihrer unmittelbaren Umgebung liegen, bemißt sich nicht nach dem Höchstmaße der Intelligenz des einzelnen, sondern nach dem Höchstmaße der Unwissenheit von allen zusammen.“ (Selbstverständlich hat Homer Lea dabei nicht etwa an den Deutschen Reichstag gedacht.)

Gegen Bülow.

Das offiziöse Wiener „Fremdenblatt“ bringt einen Artikel, der in Deutschland nur mit Empörung aufgenommen werden kann. Es wird darüber gemeldet:

Wien, 16. Januar. In einer Besprechung der Vorgänge in Deutschland beschäftigt sich das „Fremdenblatt“ mit Berliner Gerüchten, daß der frühere Reichkanzler Fürst Bülow lebhaft am Werk sei, dem Staatssekretär v. Kühlmann Schwierigkeiten zu bereiten, in der Absicht, sich selbst an seine Stelle zu setzen und sagt: „Soweit dies eine interne Angelegenheit Deutschlands ist, steht uns kein Recht zu, uns darüber zu äußern; dies ist aber keine ausschließlich deutsche Angelegenheit, denn die beiden Monarchen sind miteinander verbunden wie die siamesischen Zwillinge, und der erste Friedensunterhändler Deutschlands hat auch die allergrößte Bedeutung für Österreich-Ungarn, und da muß es offen heraus und klar gesagt werden, daß in Österreich-Ungarn nicht der leiseste Zweifel darüber besteht, daß wir zwischen Kühlmann und Bülow keinen Vergleich ziehen können. Kühlmann genießt das volle uneingeschränkte Vertrauen nicht nur der österreichisch-ungarischen Regierung, sondern auch der Völker Österreich-Ungarns, die es ihm hoch anrechnen, daß er mit ebensoviel Zähigkeit wie Geschicklichkeit, gedeckt durch die Majorität des deutschen Reichstags, seinen Kurs, zu einem baldigen ehrenvollen Frieden zu gelangen, streng einhält.“

Fürst Bülow genießt dieses Vertrauen nicht.

Wir wollen keine alten Wunden aufreißen und nicht in ihnen wühlen, wir wollen nicht an die Zeiten erinnern, da der heftige diplomatische Kampf mit Italien der Kriegserklärung dieses treulosen einstmaligen Verbündeten unmittelbar vorausging, aber vergessen hat die damalige Phase niemand in Österreich-Ungarn, und in allen Kreisen der Monarchie besteht das Gefühl, daß Bülow damals durch Ausbieten österreichisch-ungarischen Gebietes an die italienische Regierung kein treuer Sekundant war. Wenn also heute von der oder jener Stelle im Deutschen Reich gesagt und verbreitet wird, Fürst Bülow würde auch bei den Verbündeten ein willkommener Friedensunterhändler Deutschlands sein, so muß dieser Vision mit Bedauern, aber mit Nachdruck entgegengetreten werden. Fürst Bülow mag auf triftige Gründe hinweisen, die ihn für dieses verantwortliche Amt empfehlen, der Wunsch der Wiener Kreise mußte aber seine Kalkulation streichen.“

Zunächst muß dieser ganz und gar unangebrachte Versuch eines österreichischen Blattes, sich in rein innerpolitische Fragen Deutschlands einzumischen, mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Wen der Kaiser zum Friedensunterhändler ernennen will, das ist seine Sache und geht nur ihn und sein Volk an. **Wir haben auch nichts gegen die Wahl Czernins zum Friedensunterhändler Österreichs gesagt, obwohl sich dagegen vom Standpunkt der nationalen deutschen Politik sehr viel sagen ließ. Wir übertreiben die Rücksicht auf unseren Bundesgenossen Österreich-Ungarn geradezu. Dieser aber erwidert diese Rücksichtnahme, wie man sieht, schlecht.** Es sei dabei daran erinnert, daß namentlich die ungarische Presse anlässlich der letzten Berliner Beratungen gegen allverehrte Persönlichkeiten, denen auch Österreich-Ungarn nichts als unauslöschliches Dankesgefühl entgegenbringen sollte, in einer Weise gehetzt hat, die bei uns verletzen mußte; ein Ofen-Pester Blatt hatte die Geschmacklosigkeit, Deutschland zu warnen, „nicht die letzten Gefühlsfäden zu zerschneiden, die die Völker Österreich-Ungarns mit ihm verbinden.“

Es kann nichts Falsches geben, als die Auffassung, daß es nur an unserem guten Willen läge, den Wunsch der Völker Österreich-Ungarns zu erfüllen, daß wir lieber heute statt morgen den allgemeinen Frieden hätten. Was gerade Österreich-Ungarn bevorstände, wenn wir heute England um Frieden bäten, das hat die letzte Rede Lloyd Georges und die letzte Botschaft Wilsons doch wohl genügend bewiesen.

Was den Fall Bülow anbelangt, so ist es uns bekannt, daß in der Tat Österreich jetzt eine starke Abneigung gegen ihn hat. Die ist aber in keiner Weise begründet. Es ist einfach nicht wahr, daß Fürst Bülow als deutscher Sondergesandter in Rom Österreichs Interessen verraten hätte. Es entsprach vielmehr dem Wunsche der damaligen österreichischen Regierung, daß der Krieg mit Italien mit allen Mitteln verhindert werde. Nicht Fürst Bülow hat österreichisches Gebiet damals angeboten, was er natürlich gar nicht konnte, sondern die österreichisch-ungarische Regierung. Fürst Bülow ist damals ein ehrlicher Makler gewesen.

Im übrigen ist es nicht wahr, daß er Kühlmann stürzen wolle, um sich an seine Stelle zu setzen.

Bei uns genießt Fürst Bülow das Vertrauen, daß er seine Sache besser machen würde als Kühlmann. Daß ihn Polen und Tschechen nicht lieben, ist richtig. Schließlich stellen die allein aber doch nicht Österreich vor.

Für uns liegt der Schluß nahe, daß man in Österreich-Ungarn befürchtet, Fürst Bülow könnte die Interessen Deutschlands energischer und mit mehr Aufsehen wahrnehmen als Kühlmann, und er könnte es nicht dahin kommen lassen, daß Graf Czernin in manchen Fragen scheinbar die Führung an sich nimmt, wo sie eigentlich bei Deutschland liegen sollte. **Vor allem aber scheint man in Wien zu fürchten, daß Fürst Bülow den in Wien so emsig betriebenen Versuch, die Polenfrage im österreichischen Sinne zu lösen, nicht mitmachen würde, weil er die Dinge gut kennt, um eine Entwicklung zu fördern, die nur unheilvoll für Deutschland wie für Österreich-Ungarn und für das Verhältnis dieser Nachbarreiche zu einander enden kann.** Das ist wohl des Pudels Kern.

Es gibt in Deutschland niemand, der nicht dahin strebte, mit allen Mitteln, auch unter Notwendigkeiten von Selbstverleugnung, das Bündnis mit Österreich-Ungarn aufrecht zu erhalten und zu pflegen. Aber diese unbedingte Loyalität verträgt keine unzulässige Einmischung in unsere innere Angelegenheiten, wie sie der geradezu unglaubliche Artikel des Wiener „Fremdenblattes“ darstellt.

Wir erwarten von unserer Reichsleitung, daß sie den Fürsten Bülow in Schutz nimmt und der Wiener Regierung klar macht, daß derartige offiziöse Taktlosigkeiten künftig sich nicht wiederholen dürfen.

Die beste Antwort unserer Reichsleitung wäre freilich, wenn sie dem Fürsten Bülow wieder ein Amt gäbe, in dem er seine eminenten Fähigkeiten dem Vaterlande nutzbar machen könnte. Denn schließlich geht doch die Rücksicht auf das Wohl des Vaterlandes allen anderen Rücksichten voran. Die Wiener Regierung täte gut zu erklären – wenn sie das kann, was wir hoffen wollen – daß hier ein übereifriger und ungeschickter Offiziosus unbefugterweise sich in rein deutsche Angelegenheiten gemischt hat.

Berliner Börsen-Zeitung - Nr.32 – 1918 – Samstag, 19. Januar - Abend - S.11

Verhandlungsbericht - Reise Trotzki nach Petersburg.

Brest-Litowsk, 18. Januar. Die wegen eines leichten Unwohlseins des Ministers Graf Czernins auf zwei Tage unterbrochenen Besprechungen der Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen wurden heute vormittags und nachmittags fortgesetzt.

Am Schlusse der Nachmittagssitzung erklärte Herr Trotzki, daß er aus innerpolitischen Gründen gezwungen sei, sich für die Dauer von etwa einer Woche nach Petersburg zu begeben. Da übrigens die Kommissionsverhandlungen zur vollen Durchberatung des Verhandlungsgegenstandes in seinen Details geführt hätten, schlage er vor, die Beratungen der politischen Kommission bis zum 29. d. M. zu vertagen. Mit seiner Abreise gehe die Führung der russischen Delegation auf Herrn Joffe über.

Seitens der Mittelmächte nahm man diese Erklärung zur Kenntnis und gab der Hoffnung Ausdruck, daß nach der Rückkehr Herrn Trotzki eine volle Einigung zu erzielen sein werde.

Berliner Neueste Nachrichten - Nr.34 – 1918 – Samstag, 19. Januar - Morgen - S.1

Das Kaisertum und die Sozialdemokratie.

In der Frankfurter Zeitung erschien eine Aufsatzreihe über Oesterreich-Ungarn und den Völkerstreit, in der Dichtung und Wahrheit über die nationalen Fragen so innig verbunden sind, daß man ein dickleibiges Buch schreiben müßte, wollt man beide trennen. In dem Aufsatz wird u.a. auch behauptet, die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich habe sich besondere Verdienst um die Erkenntnis der Nationalitätenfrage erworben; es brauche nur an die Arbeiten von Karl Renner und Otto Bauer erinnert zu werden.

[Karl Renner, *14.12.1870 - +31.12.1950, Jurist, österreichischer sozialdemokratischer Politiker; - Otto Bauer, *05.09.1881 - +05.07.1938, österreichischer sozialdemokratischer Politiker, Austromarxist]

Diese beiden Sozialdemokraten sind in der Tat die Verfasser bekannter Schriften über die nationalen Fragen. Der Abgeordnete Dr. Renner ist es, durch dessen Arbeiten über die Lösung der nationalen Fragen durch Umgestaltung Österreichs in einen demokratischen Nationalitäten-Bundesstaat auf Grund der nationalen Autonomie die österreichische Sozialdemokratie dazu bestimmt wurde, „die Wortführerin der nationalen Autonomie innerhalb des Staates“ zu werden, wie in der Frankfurter Zeitung sehr richtig bemerkt wurde.

Vor ungefähr zwei Jahrzehnten beschloß die sozialdemokratische Internationale in Oesterreich ihr nationalautonomistisches Nationalitätenprogramm und ein neues Organisationsstatut, das ihren nationalen

Gruppen eine gewisse organisatorische Selbständigkeit im Rahmen der Gesamtpartei einräumte. Die bis dahin zentralistisch geleitete Partei hatte, um dem Zerfalle zu entrinnen, dem Drängen ihrer slawischen Gruppen, vor allem der Tschechen, nachgeben müssen. Sie mußte die Tatsache der nationalen Kämpfe, die sie als ein Werk der „Bourgeoisien“ aller Völker hingestellt hatte, durch ihr Nationalitätenprogramm anerkennen. Sie war genötigt, ihren bewußten Antinationalismus zu verschleiern, wollte sie nicht den Anhang der Arbeitermassen einbüßen, die namentlich unter den Tschechen in steigendem Maße an den nationalen Kämpfen teilnahmen.

Nicht das Ringen nach Erkenntnis des Wesens der nationalen Fragen, sondern ihre politische Not führte die Sozialdemokratie Oesterreichs zu ihrem Programm der Nationalen Autonomie. Dieses sollte den sogenannten Nationalismus überwinden. Aber der Nationalismus überwand sogar den Klassenkampf, er drang in die Gewerkschaften ein und sprengte deren einheitliche Verbände. Die nationalautonomistische Grundlage der Parteiorganisation vermochte auch den Zerfall der sozialdemokratischen Internationale nicht zu verhindern. Sie besteht seit Jahren nicht mehr. Das Programm, das als theoretische Lösung der nationalen Probleme in Oesterreich bezeichnet wurde, erwies sich in der Praxis sogar als unfähig, die im Interesse der proletarischen Klassenkämpfe geforderte Einheit der Partei und die Einheitlichkeit ihrer politischen und gewerkschaftlichen Taktik aufrechtzuerhalten. Der Internationalismus blieb im wesentlichen auf die **deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs** beschränkt. Einer seiner Hauptvertreter aber ist der in der Frankfurter Zeitung genannte Dr. Otto Bauer, der in der Partei eine hervorragende Stellung einnimmt.

Dr. Otto Bauer ist Parteisekretär und Leiter der wissenschaftlichen Monatsschrift der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs „Der Kampf“. Als er mit Kriegsausbruch zum Militär einrücken mußte, wurde Dr. Friedrich Adler sein Vertreter in beiden Stellungen, [der] Sohn des Parteiführers Dr. Viktor Adler, und Mörder des Grafen Stürgkh. *[Karl Graf Stürgkh, *30.10.1859 - +21.10.1916; von 1911 bis zur Ermordung 1916 k.u.k. Ministerpräsident]*

Bauer geriet in russische Gefangenschaft. Der Sieg des sozialistischen Umsturzes unter Kerenski brachte ihm größere Bewegungsfreiheit, der Sieg Lenins ermöglichte ihm die Rückkehr nach Oesterreich. In einem Heft des „Kampfes“ veröffentlichte er einen Aufsatz über „Würzburg und Wien“, eine scharfe Kritik der Mehrheitspolitik, der „Scheidemännerei“, die er nur als vorübergehende Erscheinung bezeichnete. Die Zukunft werde nicht dem Reformismus, sondern der Unabhängigen Sozialdemokratie den Massenanhang bringen.

Sowohl der von Scheidemann geführten Partei Deutschlands, als auch der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs, von der er sagt, sie habe sich während des Krieges um das Ansehen im Auslande gebracht, das sie früher besessen habe – unter Ausland kann in diesem Zusammenhange nur das feindliche Ausland verstanden werden – **stellt Dr. Bauer die Aufgabe der Sozialdemokratie gegenüber, die ihr von Karl Marx und Friedrich Engels gestellt worden sei. Diese Aufgabe sei der Sturz des preußisch-deutschen Kaisertums durch die Demokratie als Voraussetzung für die Erringung der politischen Macht, die zur Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung benützt werden müsse.**

Es läßt sich nicht bestreiten, daß **die Arbeit der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich – Bauer betrachtet sie nur als ein Anhängsel der Sozialdemokratie Deutschlands** – im Sinne ihrer von ihm in Erinnerung gerufenen von Marx und Engels gestellten Aufgabe durchaus geeignet wäre, die jubelnde Zustimmung nicht nur der Sozialdemokratie des feindlichen Auslandes zu finden, sondern auch den Beifall jener westlichen Demokratien, deren innige Verbindung mit den großkapitalistischen Schichten selbst von den Sozialdemokraten nicht mehr geleugnet werden kann. Wilson, der Abgott der demokratischen und plutokratischen Internationale, könnte als reinste Verkörperung des Gedankens bezeichnet werden, die monarchischen Dämme Europas gegen die Allmacht der in den demokratisch-republikanischen Staaten schrankenlos herrschenden Großkapitalisten niederzureißen.

Die Uebereinstimmung dieser Demokraten im Hasse gegen das preußisch-deutsche Kaisertum fand in den Aeußerungen des Genossen Otto Bauer einen so klaren Ausdruck, daß man nun auch die weniger offene Art richtiger werten kann, mit der die Wiener Arbeiter-Zeitung und die internationalen Führer der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs den Kampf gegen den monarchischen Gedanken unter dem Scheine des Kampfes für die demokratische Umgestaltung Deutschlands und Oesterreichs führen.

Berliner Neueste Nachrichten - Nr.34 – 1918 – Samstag, 19. Januar - Morgen - S.2

Bulgarien schließt keinen Frieden ohne seine Verbündeten.

Entgegen den in letzter Zeit mehrfach in der Schweizer Presse erschienenen Gerüchten über einen möglichen Separatfrieden Bulgariens mit der Entente erklärte der bulgarische Gesandte in Bern, Passaroff, einem Mitarbeiter des Berner Tageblattes, die bulgarische Regierung werde weder jetzt noch später, weder direkt noch indirekt, in irgendwelche Friedensverhandlungen mit den Alliierten eintreten, ohne gemeinsam mit den Verbündeten zu verhandeln. Bulgarien werde, so sehr es den Frieden herbeiwünsche, bis zum äußersten Ende mit den Bundesgenossen durchhalten. Bulgarien werde den hoffentlich nicht mehr fernen Separatfrieden mit Rußland gemeinsam mit den Bundesgenossen unterzeichnen.

Berliner Neueste Nachrichten - Nr.35 – 1918 – Samstag, 19. Januar - Abend - S.3

Wilsons Botschaft und die deutsch-österreichische Sozialdemokratie.

Die Wiener Arbeiterschaft hat, wie der „Vorwärts“ mitteilt, am Sonntag in fünf Massenversammlungen einstimmig einen Beschluß angenommen in dem es heißt:

Die Arbeiterschaft fordert mit leidenschaftlicher Entschiedenheit den allgemeinen Frieden. Sie begrüßt die Anstrengungen der Arbeiter aller Länder, dem Kriege ein Ende zu setzen. **Sie betrachtet die Rede Lloyd Georges und insbesondere das Friedensprogramm Wilsons als Anzeichen, daß auch die feindlichen Regierungen unter dem Drucke der Arbeiterschaft ihre imperialistischen Kriegsziele bereits einzuschränken beginnen. Sie protestieren gegen die planmäßige, wie auf Kommando erfolgte Mißdeutung dieser Kundgebungen durch die gesamte bürgerliche Presse und fordert die Regierungen der Mittelmächte auf, diese Kundgebungen zum Anlaß zu nehmen, allen feindlichen Regierungen einen demokratischen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen anzubieten.**

Es kann nicht früh genug darauf hingewiesen werden, daß **die internationale Sozialdemokratie sich bemüht, den Verbandsregierungen die Ueberzeugung aufzuzwingen, daß die Botschaft Wilsons eine geeignete Grundlage für Friedensverhandlungen sei.** In dieser verfehlten Richtung treibt auch das Organ der deutschen Sozialdemokratie. Der „Vorwärts“ [s.u. VOW-19-1] stellt sich daher ganz auf den Boden eines Aufsatzes der englischen Wochenschrift „Nation“, die der Ansicht Ausdruck gibt, „Deutschland müßte von unverzeihlicher Unvernunft und trotzigem Zynismus beherrscht sein, wenn es in Wilsons Rede nicht den deutlichen Wunsch nach vernünftigen Verständigungsfrieden erblicken würde.“

Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn unsere Staatsmänner auf Wilsons Leim kriechen würden. **Was Wilson fordert – und Lloyd George mit ihm – ist nichts weniger als die englisch-amerikanische Weltherrschaft und das Schiedsrichteramt Amerikas, Zerstückelung Oesterreich-Ungarn, Abbröckelung des Deutschen Reiches zugunsten eines großen Polens mit dem freien Hafen Danzig usw.** Wenn die Sozialdemokraten derartige Forderungen als geeignete Verhandlungsgrundlagen zu bezeichnen wagen, so glauben wir, wird es doch nötig sein, daß der deutsche Reichskanzler doch noch auf die Rede Lloyd Georges und die Botschaft Wilsons ein klares „Unannehmbar“ antwortet.

Vorwärts - Nr.19 – 1918 – Samstag, 19. Januar - S.1

Was bedeutet die Wilson-Botschaft? – Ein Artikel der Londoner „Nation“

Wenn einmal die Geschichte der Presse während des Weltkrieges geschrieben wird, dann wird ein besonderes ehrenvoller Platz in ihr Maßinghams „Nation“ eingeräumt werden. Von ihr und ihren Hauptmitarbeitern, Brailsford und J.A. Hobson, wird man sagen, daß sie die Fahne freiheitlicher und menschlicher Gedanken hoch durch das Blut und den Schmutz der allgemeinen Völkerschlächtereie getragen haben. Vom Chauvinismus des eigenen Landes verfolgt, hat die „Nation“ dank ihrer mutigen Haltung doch stets an Verbreitung gewonnen. Jahrelang unter Ausfuhrverbot gestellt, hat sie Mühe gehabt, ihre Stimme jenseits des tiefen Wassers vernehmbar zu machen: wo es ihr gelang, fand sie ein lautes Echo bei allen, die ihr Herz noch an großen Zukunftsgedanken zu erheben vermochten, freilich hat sie dabei auch oft das Mißgeschick gehabt, fremdem Chauvinismus als Kronzeugin gegen den eigenen dienen zu müssen.

Ein Blatt, wie diese englische Wochenschrift, hat ein Recht auf achtungsvolles Gehör, auch wenn es einmal etwas zu sagen hat, was vielen hierzulande wenig gefallen mag. **In ihrer Nummer vom 12. Januar veröffentlicht nun die „Nation“ einen Artikel, in dem sie der öffentlichen Meinung Deutschlands den Vorwurf**

macht, die letzten Kundgebungen Lloyd Georges und Wilsons falsch und ungerecht beurteilt zu haben. Ueber den Inhalt dieses Aufsatzes teilt uns ein Privattelegramm aus Bern folgendes mit:

Die englische Wochenschrift „The Nation“ vom 12. Januar schreibt: **Die offene Diplomatie Rußlands trage derzeit ihre Früchte, da unter der unmittelbaren Wirkung der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk Lloyd George seine Kriegsziele revidiert habe. Der ganze Ton von Lloyd Georges Ausführungen bedeute zweifellos, daß der englische Premierminister auf die Wiederherstellung des Friedens hinziele und zum mindesten zur Eröffnung von Besprechungen bereit sei.** Alle englischen Arbeiterführer hätten dies offenbar auch so verstanden. Die Frage sei nur, ob Lloyd George, indem er den Frieden wünscht, auch tüchtig genug sei, ihn zu bekommen. Einige seiner territorialen Forderungen dürften allerdings die Zentralmächte veranlassen, seine Intentionen mißzuverstehen. Die ganze deutsche Presse habe einen großen Fehler begangen, indem sie einstimmig die Vorschläge Lloyd Georges als unaufrichtiges Angebot ablehnte. Die „Nation“ meint, Lloyd George habe Maximalbedingungen gestellt und die Deutschen hätten dies verstehen sollen. Leider zeigten die Presseäußerungen, daß dies nicht der Fall.

Wilson's Rede zeige eine noch viel bedeutendere Aenderung des Tones, besonders weil sie die erste Ententekundgebung sei, welche die Juliresolution des Reichstages würdige. Seine Forderungen seien hauptsächlich verschieden von denjenigen Lloyd Georges, weil sie die Freiheit der Meere, die endgültige Ablehnung des Wirtschaftskrieges und die Zurückweisung der Zerstückelung der Türkei enthalten und einen besseren Standpunkt in der Kolonialfrage einnehme. **Wilson's territoriale Forderungen seien nicht exzessiv. Schwierige Fragen seien allerdings Italien, Polen und Elsaß-Lothringen, aber auch die seien mittels Kompensationen und Referendum nicht unlösbar. Die „Nation“ meint schließlich, Deutschland müßte von unverzeihlicher Unvernunft und trotzigem Zynismus beherrscht sein, wenn es in Wilson's Rede nicht den deutlichen Wunsch nach vernünftigem Verständigungsfrieden erblicken würde.**

Der Artikel der „Nation“ beweist zunächst tatsächlich, daß der englische Pazifismus, genau wie der amerikanische auf die Linie der letzten Wilson-Botschaft eingeschwenkt ist. Man kann freilich immer noch sagen, daß die englischen und **die amerikanischen Friedensfreunde von Wilson eingefangen worden wären** oder daß sie es selber nicht aufrichtig meinten. Darauf ist zu erwidern, daß gerade die „Nation“ gegen den letzteren Verdacht ausreichend geschützt ist und daß sie vielleicht doch bessere Gelegenheit hat, die Vorgänge in der Entente richtig zu beurteilen als die deutsche Presse.

Auch der „Vorwärts“ hat schon bei der Besprechung von Wilson's Botschaft darauf hingewiesen, welcher Widerspruch in der hier landesüblichen Beweisführung liegt, die einerseits behauptet, die Entente stehe unmittelbar vor dem militärischen Zusammenbruch und andererseits versichert, sie sei nach wie vor bis zum äußersten kriegslustig und klammere sich an unerfüllbare Forderungen. Als unerfüllbare Forderungen bezeichneten wir solche, die auf eine Verstümmelung des reichsdeutschen Gebietes und auf eine Untreue Deutschlands gegenüber seinen Verbündeten hinauslaufen.

Das ganze deutsche Volk ist nach wie vor fest entschlossen, Angriffe auf seinen Bestand und seine Ehre abzuweisen, und es würde in diesem Sinne bei einer allgemeinen Friedensbesprechung einig hinter seinen Unterhändlern stehen. Schon darum kann von einer Gefahr, Deutschland könnte sich auf einer allgemeinen Friedenskonferenz zu schmähhlichen Zugeständnissen treiben lassen, ernstlich nicht gesprochen werden.

Es ist richtig, daß sich die Stimmung in der Entente in der Richtung zum allgemeinen Frieden entwickelt, leider droht sie sich in Deutschland zu gleicher Zeit von dieser Richtung zu entfernen. Unverkennbar ist der Einfluß jener Strömung, die nach dem erwarteten Frieden mit Rußland den totalen Zusammenbruch der Entente und damit die Gelegenheit zu einem „deutschen Schwertfrieden“ nach allen Seiten hin erhofft. Gegen diese Strömung befinden wir uns in einem steten erbitterten Kampfe, nicht weil, wie die alldeutsche Verleumdung uns nachsagt, unser Herz für die Entente schlägt, sondern, weil wir mit tiefer leidenschaftlicher Sorge beobachten, wie das Schicksal unseres eigenen Volkes von irrigen und verhängnisvollen Vorstellungen gefährdet wird.

Wir glauben nicht, daß die Menschenmilliarde, die gegen und steht, sich bald, glauben noch weniger, daß sie sich dauernd dem deutschen Schwert bedingungslos unterwerfen wird, und darum bekämpfen wir den Versuch, napoleonische Ideen ins deutsche Volk zu tragen, von denen und von deren Träger einer unserer tiefsten Denker, Hegel, in seinen Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte gesagt hat:

In Napoleon stellte sich dann wieder ein individueller Wille an die Spitze des Staates: Er wußte zu herrschen und wurde im Innern bald fertig. Mit der ungeheuren Macht seines Charakters hat er sich

dann nach außen gewendet, ganz Europa unterworfen und seine liberalen Einrichtungen überall verbreitet. Keine genialeren Siege sind je gesiegt, keine genievolleren Züge je ausgeführt worden; aber auch nie ist die Ohnmacht des Sieges in einem helleren Lichte erschienen als damals. Die Individualität der Völker hat endlich diesen Koloß gestürzt.

Die Geschichte Frankreichs nach Napoleon zeigt deutlich, was aus einem Volke werden kann, das der Narr seiner Gloire geworden ist.

Von Napoleon selbst stammt aber auch das Wort, daß Ideen zum Schluß immer stärker sind als Kanonen. Die Idee einen allgemeinen dauernden Friedens, der internationalen Gerechtigkeit, der Schiedsgerichte und der Abrüstung wird schließlich stärker sein als der gewaltige Erfolg der Waffen. Und es ist ein Zeichen unserer Stärke, nicht unserer Schwäche, daß diese Idee auch in Deutschland auf fruchtbaren Boden gefallen und in der größten Partei des Reichs, in der deutschen Sozialdemokratie, ihre Vertreterin gefunden hat.

Die deutsche Regierung, die sich zu den Grundsätzen des Verständigungsfriedens bekannt hat, darf sich nicht hinter dem formalen Vorwand verschanzen, daß die zehntägige Frist zum Anschluß an die Friedensverhandlungen für die Entente abgelaufen sei. Von den nächsten Entschlüssen der Staatsmänner hüben und drüben hängt Leben und Sterben von Hunderttausenden ab. In ihrem Namen ist zu fordern, daß hier wie dort diese Entschlüsse mit tiefem sittlichem Ernst und strengster Gewissenhaftigkeit gefaßt werden. Der Fluch des leidenden Volkes wird aber die hetzerische Presse treffen, die ihre Regierungen von den Wegen zum allgemeinen Frieden abzubringen, jede Regung der Menschlichkeit als feige Schwäche und unmännliches Rühren zu bannen sucht.

Dies Presse hat drüben vor einem Jahr den Sinn des deutschen Friedensangebots entstellt, ihre Gesinnungsgenossin hüben sucht uns jetzt über die Stimmung des Auslandes irre zu führen. Vielleicht urteilt die „Nation“ zu optimistisch – dennoch bedarf die Frage der Klärung, ob es einen Weg zum ehrenvollen allgemeinen Frieden gibt, der nicht über neue Leichenhügel führt. Möge sich der leitende Staatsmann, der die Politik des Reichs unter das Zeichen eines lebendigen Christentums im Sinne der päpstlichen Friedensnote zu stellen versprach, seiner ungeheuren Verantwortung bewußt sein!

Lloyd George über den Frieden mit Deutschland. [ergänzende Texte]

Wertvolle Geständnisse Lloyd Georges. [Der Text des „Deutschen Volksblattes“ ist im ersten Teil der Rede Lloyd Georges in *[Klammern und kursiv]* Der zweite Teil ist entsprechend gekennzeichnet]

London, 19. Januar. (Reuter-Meldung) Bei der gestrigen Beratung der Delegierten der Trade Unions, die abgehalten wurde, um die Vorschläge der Regierung in der Frage der Truppenbestände zu prüfen, hielt Lloyd George eine Rede an die Kongreßteilnehmer. Der Premierminister führte mit Bezug auf die Kriegsziele folgendes aus:

Die Alternative, vor der wir stehen, ist folgende: Um die nötigen Mannschaften zu erhalten, gibt es kein anderes Mittel, als die Grenze des militärpflichtigen Alters auf 55 Jahre zu erhöhen, wie dies bereits in Oesterreich-Ungarn geschehen ist, oder die Verwundeten immer wieder in die Feuerlinie zu schicken.

Wenn wir nicht imstande sind, die deutsche Armee zu besiegen, wird es nicht möglich sein, die durchaus vernünftigen und gemäßigten Friedensbedingungen durchzusetzen, die kürzlich von der Trade Union verkündigt wurden. Niemals werden die deutschen Machthaber geneigt sein, auch die mindesten Friedensbedingungen anzunehmen, die irgend ein pazifistischer Redner unseres Landes aufstellte, wenn wir sie nicht dazu zwingen können.

Der Redner erinnerte an die Formulierung der Kriegsziele, wie sie von ihm namens der Regierung und kurz darauf auch von Wilson dargelegt wurden und erläuterte ferner, in welcher Weise diese beiden Kundgebungen in Deutschland aufgenommen wurden.

Wenn die Entente aber, fuhr Lloyd George fort, nicht imstande ist, den heutigen Machhabern in Deutschland die Spitze zu bieten, so werden diese morgen die ganze Welt beherrschen. Die englische und französische, überhaupt die europäische Demokratie wird der Gnade einer grausamen Militärdiktatur ausgeliefert sein, wie sie die Welt nur je gesehen hat. Die Deutschen werden Belgien niemals räumen, wenn sie nicht dazu gezwungen werden.

Zum Schluß erklärte der Premierminister, wenn jemand an meiner Stelle ein ehrenhaftes und annehmbares Mittel zu finden imstande ist, um ohne Kampf aus diesem Konflikt herauszukommen, so beschwöre ich ihn in Gottes Namen, mir dieses Mittel zu nennen. Meiner Ansicht nach gibt es nur eine Alternative: Entweder setzen wir den Kampf fort oder wir unterliegen.

★

★

★

London, 18. Januar. (Reuter-Meldung) Zu der Beratung der Trade Unions wurden nach Beendigung der Rede Lloyd Georges Fragen gestellt und von ihm beantwortet. In Beantwortung einer Frage sagte Lloyd George:

Die Deutschen waren immer bereit, zu dem von ihnen festgesetzten Preis Frieden zu schließen, aber das ist nicht der Preis, den wir ihnen zu zahlen bereit sind. Wir waren früher nicht bereit, ihn zu zahlen und sind es auch jetzt nicht. Ich vertraue, daß dies die Meinung des Volkes dieses Landes ist. In dem Augenblick, wo die Deutschen Neigung zu Friedensverhandlungen unter billigen Bedingungen zeigen – die Bedingungen wurden mitgeteilt: es sind Bedingungen, welche die Arbeiterpartei selbst im wesentlichen angenommen hat – wird niemand widerstreben, in Friedensverhandlungen einzutreten.

Ein Delegierter fragte, ob nicht der beste Weg, die Meinung des deutschen Volkes zu erfahren, wäre, zu gestatten, daß Vertreter Deutschlands mit Vertretern anderer Mächte in Stockholm oder anderswo zusammenkommen.

Lloyd George antwortete, die Vertreter des deutschen Volkes würden natürlich von der deutschen Regierung bestimmt werden. Man kann nur mit einer Regierung Frieden schließen. *[Wenn die Regierung das deutsche Volk nicht vertritt, so möge das deutsche Volk seine Regierung ändern.]*

Ein Delegierter fragte: Würde die englische Regierung die Vertreter des deutschen Volkes anerkennen, wenn diese sich für eine ähnliche Regierung wie die in Rußland entscheidet?

Lloyd George antwortete: Wir anerkennen die Vertreter jeder Regierung, die von dem deutschen Volke eingesetzt ist.]

In Beantwortung einer Frage betr. eine internationale Arbeiterkonferenz, sagte Lloyd George: Ich habe bereits die Einwände gegen eine solche Konferenz im Unterhaus mitgeteilt. Nach langer, sorgfältiger und reichlicher Ueberlegung sind die verschiedenen Länder einstimmig zu dem Schlusse gekommen, daß alle Verhandlungen, die geführt würden, zwischen den Vertretern der Regierungen jedes Landes geführt werden müßten. Das ist die Ansicht Wilsons, der die größte Demokratie der Welt vertritt, der französischen Demokratie, Italiens und unsere eigene Ansicht.

In Hinsicht auf die Frage, welche Bedingungen die notwendige Vorbedingung zu einer Friedenskonferenz seien, antwortete Lloyd George: Meine eigene persönliche Ansicht ist, daß es nicht wünschenswert wäre, in Friedensverhandlungen einzutreten, bis man sieht, daß man sie mit befriedigendem Ergebnis beenden kann. Ich bin fest überzeugt, nach der Haltung, die die Führer der deutschen Regierung *[gegenwärtig]* einnehmen, daß es zu keinem Ergebnis führen würde, das irgendwie einer gerechten Verständigung ähnlich wäre, wenn man mit Friedensverhandlungen begänne. Man würde in diesem Falle die Lage verschlimmern, statt sie zu verbessern.

weiter: Deutsches Volksblatt - Nr.10434 - 1918 - Sonntag, 20. Januar - S.2 (Reuter Meldung)

[Kursiv in Klammer Ergänzung aus: Tägliche Rundschau, Nr.38, Montag, 21. Januar, Abend, S. 2]

Ein Delegierter sagte, daß wenn die Regierung den Arbeitervvertretern erlaubte, mit den Arbeitervvertretern und Sozialisten der anderen Länder zu verhandeln, die deutschen Sozialisten vielleicht einen Druck auf die deutsche Regierung ausüben würden.

Lloyd George antwortete: Liebknecht wurde ins Gefängnis gewiesen, als er versuchte, den deutschen Friedensscheck einzulösen. Scheidemann würde es, wenn er einen derartigen Versuch machen würde, wahrscheinlich ebenso ergehen. Das erste, was die deutschen Sozialisten zu tun haben, ist, ihrer Regierung ihre Bedingungen aufzuerlegen.

Eine Verleumdung.

In Beantwortung einer weiteren Frage sagte Lloyd George, die deutsche Regierung habe willkürlich seine Rede abgeändert, nicht nur ganze Sätze weggelassen, sondern auch Worte abgeändert, um dem deutschen Volke einen vollständig verkehrten Eindruck zu geben.

Zu dem Gegenstande der internationalen Konferenz zurückkehrend, sagte Lloyd George, *[man würde sich nicht auf eine einzige Gruppe beschränken können, sondern die Erlaubnis auch auf andere ausdehnen müssen Man würde dann gruppenweise Diskussionen erzielen, in denen nicht Nationen als ganzes repräsentiert würden. Der Schluß würde eine allgemeine Verwirrung sein.]* er habe sich nicht ohne sorgfältige Ueberlegung dagegen entschieden. Die Regierung sei nach langen Verhandlungen mit den Führern der anderen Demokratien zum Schlusse gelangt, daß ein solches Experiment sehr gefährlich wäre. Es sei viel besser, daß die Arbeiter zuerst die Ansichten der eigenen Regierung ummodellieren. Die englischen Arbeiter sollen dies mit ihrer Regierung tun und das deutsche Volk mit der seinigen. *[Wenn dann die Regierungen zusammenkommen, werden sie ihre Ideen in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung ihrer Länder ausgeprägt haben. Das ist der bei weitem wirksamste Weg. Ein Delegierter fragte, ob die Regierung ebensolche Mittel gebraucht habe, ihre Vorschläge den Mittelmächten vorzulegen wie die Mittelmächte ihrerseits. Lloyd George antwortete,]*

Die Delegierten könnten sich darauf verlassen, daß die Regierung, wenn irgendwie begründete Aussicht bestünde, unter Bedingungen, die für sie (die Delegierten) ehrenhaft wären, Frieden zu schließen, sie Frieden schließen würde, und sie können sich darauf verlassen, daß jeder Versuch unternommen würde. Es ist die Aufgabe der Regierung, auf Entdeckungen auszugehen, und **wir suchen und beobachten natürlich fortwährend, ob irgendwelche Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die deutsche Regierung wieder vernünftig wird. Leider muß ich sagen, daß wir nichts anderes entdecken können, als eine völlige Verhärtung und feste Entschlossenheit, einen rein militärischen Triumph zu erzielen.**

Freiheit die er meint.

Ueber den Ausdruck „Freiheit der Meere“ befragt, sagte Lloyd George: Ich möchte gerne wissen, was „Freiheit der Meere“ bedeutet. Bedeutet sie Befreiung von den U-Booten oder Aushungerung dieses Landes? Wir sind eine Insel und müssen mit der größten Sorgfalt untersuchen, was unsere Fähigkeit, unsere Verbindungslinien über See beschützen, beeinträchtigen könnte. Die „Freiheit der Meere“ ist ein sehr elastischer Begriff. Man kann ihm eine Bedeutung unterlegen, für die wir uns sehr gerne entscheiden würden. Wir müssen uns aber sorgfältig vor jedem Versuch der Störung unseres Küstenschutzes hüten, ebenso vor jeder Störung unserer Schifffahrt, die allein es uns bis jetzt ermöglichte, zu existieren.

Keine gemeinsamen Kriegsziele?

Ein Delegierter fragte: Ist der Premierminister willens, angesichts der erklärten Einstimmigkeit der Alliierten, mit den Kriegszielen dieser Regierung zu erklären, daß Schritte unternommen wurden, um die Kriegsziele Amerikas und der Alliierten zu konsolidieren, damit Deutschland eine einheitliche Front entgegengestellt werde?

Lloyd George antwortete: Dieser Vorschlag habe sehr viel für sich. Wir hoffen auf die große Konferenz in Paris, die vor etwa zwei Monaten arbeitete, dazu in der Lage zu sein. Die Abwesenheit von Vertretern der russischen Regierung infolge des Umsturzes war die Ursache, warum die Beratungen darüber nicht begannen. Eine große Zahl von Schwierigkeiten entstand durch die Forderungen, die von der früheren russischen Regierung gestellt worden waren. **Konstantinopel war eines der Probleme. Wir hätten Konstantinopel als Kriegsziel ohne Zustimmung der russischen Regierung nicht fallen lassen können.** Ich gebe zu, daß wenn über die Kriegsziele der Alliierten die von Präsident Wilson und mir dargelegt wurden, irgend ein Zweifel bestände, eine neuerliche Zusammenkunft wünschenswert wäre. Aber bisher herrschte nur eine völlige Uebereinstimmung.

Elsaß-Lothringen.

Ein Delegierter fragte: Will Lloyd George kurz erklären, was er unter „Reconsideration“ der Stellung Elsaß-Lothringens versteht?

Lloyd George antwortete: Ich teilte die Ansicht der Regierung damals ganz deutlich mit. Meine Ansicht ist, daß das Volk dieses Landes dem französischen Volke beistehen will. Die Franzosen mögen entscheiden. Ihr müßt bedenken, daß dies in Wirklichkeit für sie keine territoriale Frage ist. Es handelt sich um ein wesentliches Prinzip. Elsaß-Lothringen war für sie fast 50 Jahre lang eine offene Wunde. Sie konnten während dieser ganzen Zeit nicht in Frieden leben. Ihre Ansicht ist zweifellos, daß es keinen Frieden mit Frankreich gibt, bevor diese Frage ein für allemal erledigt ist, und daß diese Angelegenheit bereinigt werden muß, wenn es nicht zu einer ganzen Serie von Kriegen in Europa kommen soll. Unsere Ansicht ist deshalb, daß das französische Volk in erster Linie zu entscheiden hat, was es als Gerechtigkeit betrachtet und die Regierung ist entschlossen, der französischen Demokratie in ihren Kämpfen beizustehen.

[Ein Delegierter fragt: Ist es das französische Volk oder das Volk Elsaß-Lothringens, das über seine Lage klagt?]

Lloyd George antwortete: Die Bevölkerung elsaß-Lothringens hat nie aufgehört zu klagen, aber ihr müßt bedenken, was sich dort ereignete. ein sehr beträchtlicher Teil der elsaß-lothringischen Bevölkerung wurde von dem Deutschen gewaltsam expropriert. einige von ihnen wurden aus dem Lande vertrieben, und wenn ihr die wirkliche Bevölkerung von Elsaß-Lothringen nehmt, so besteht absolut kein Zweifel, daß die überwiegende Mehrzahl für die Rückkehr unter französische Flagge ist. Ich erinnere mich, einmal über die Vogesen nach Elsaß-Lothringen gegangen zu sein. Es war spät abends, und wir hielten vor einem kleinen Gasthause auf französischer Seite, die deutsche Grenze war ein oder zwei Meilen hinter uns, und die alten Leute, die das Gasthaus bewirtschafteten, erzählten uns, daß jeden Sonntag Arbeiter und Bauer von der deutschen Seite auf französisches Gebiet herüber kommen, um den Sonntag unter französischer Flagge zu verleben.]

Gegen die Militarisierung

Ein Delegierter fragte, ob Lloyd George sich sofort verpflichten wolle, daß er im Falle der Erzielung eines Abkommens, wie es von ihm angedeutet wurde, die militärische Dienstpflicht ohne Verzug in England rückgängig gemacht würde.

Lloyd George antwortete: Ich hoffe es und wir kämpfen darum, daß nicht nur im eigenen Lande, sondern in allen Ländern Verhältnisse eintreten, die die Dienstpflicht unnötig machen. Wenn es uns nicht gelingt, diese Bedingungen durchzusetzen, werde ich persönlich nicht das Gefühl haben, daß wir eines unserer wichtigsten Kriegsziele erreichen. Wir wollen das, was jetzt geschieht, für immer unmöglich machen. Die Frage ist nicht, ob wir der Dienstpflicht in diesem Lande ein Ende machen. Ihr müßt ihr in den anderen Ländern ein Ende machen.

Kommentar der Täglichen Rundschau - Nr.38 – 1918 – Montag, 21. Januar - S.2

Lloyd George unterstreicht also in seiner Ansprache nochmals die Stellung Englands zu den Kriegszielen und will erst dann Frieden schließen, wenn Deutschland „wieder vernünftig geworden“ ist, d. h. also, wenn Deutschland bereit ist, seine politische und wirtschaftliche Zukunft vernichten zu lassen. Wenn Lloyd George äußert, die deutsche Regierung sei fest entschlossen, „einen rein militärischen Triumph zu erzielen“, so will er damit sagen, daß Deutschland nicht glauben solle, sein Triumph würde mehr als einen

militärischen darstellen; er will hiermit ausdrücken und dem deutschen Volke zu verstehen geben, daß alle militärischen Anstrengungen doch vergeblich sein würden, es solle also seine Regierung veranlassen, daß auf weitere militärische Operationen verzichtet und alle englischen Kriegsziele akzeptiert würden. Die Äußerungen Lloyd Georges über die Freiheit der Meere lassen die Abgeneigtheit Großbritanniens zu einem die wirkliche Freiheit der Meere darstellenden Abkommen erkennen. „Wir sind eine Insel“ und müssen uns danach einrichten, heißt, daß England gar nicht daran denkt, von seiner Macht etwas preiszugeben – aber von uns verlangt es die Zerstörung unserer Macht und Kraft.

Im Gegenteil tritt sogar aus der Ansprache Lloyd Georges der Wille hervor, die englische Macht im künftigen Frieden auszubauen, man will die englische Wehrpflicht nicht rückgängig machen: wenn die anderen Staaten ihren Militarismus nicht beseitigen, wird ihn auch England im eigenen Lande nicht aufheben können. So ist England mit der angeblichen Absicht ausgezogen, den Militarismus zu bekämpfen, hat aber für sich erreicht, wie Wilson für Amerika, daß der Militarismus in Zukunft stärker denn je in die Erscheinung treten soll. Dieser angelsächsischen Kraftanstrengung gegenüber, wie sie sich in England und Amerika zeigt, möchte man uns von vornherein wehrlos machen und verlangt deshalb von den Mittelmächten die Abrüstung. Ein Tor, der auf diese Pläne hereinfallen würde.

Fiktion in einer englischen Rede:

Ostdeutschland - die Gebiete z.Zt. unter polnischer und russischer Verwaltung

Auf dem Kongreß der Delegierten der britischen Trade Unions fragte ein Delegierter den Premierminister Keir Starmer: Will Keir Starmer kurz erklären, was er unter „Reconsideration“ der Stellung Ostdeutschlands versteht?

Keir Starmer antwortete: Ich teilte die Ansicht der Regierung damals ganz deutlich mit. Meine Ansicht ist, daß das Volk dieses Landes dem deutschen Volke beistehen will. Die Deutschen mögen entscheiden. Ihr müßt bedenken, daß dies in Wirklichkeit für sie keine territoriale Frage ist. Es handelt sich um ein wesentliches Prinzip. Ostdeutschland war für sie 125 Jahre lang eine offene Wunde. Sie konnten während dieser ganzen Zeit nicht in Frieden leben. Ihre Ansicht ist zweifellos, daß es keinen Frieden mit Deutschland gibt, bevor diese Frage ein für allemal erledigt ist, und daß diese Angelegenheit bereinigt werden muß, wenn es nicht zu einer ganzen Serie von Kriegen in Europa kommen soll. Unsere Ansicht ist deshalb, daß das deutsche Volk in erster Linie zu entscheiden hat, was es als Gerechtigkeit betrachtet und die Regierung ist entschlossen, der deutschen Demokratie in ihren Kämpfen beizustehen.

Berliner Neueste Nachrichten - Nr.36 – 1918 – Sonntag, 20. Januar - Morgen - S.1

Fürst von Bülow und der deutsche Friede. – von Dr. Otto Kuntzemüller.

Kleinmütigkeit, von der manche befallen wurden, als sie ohne weitere Prüfung **ein vom Abgeordneten Erzberger im Hauptausschusse des Reichstages am 7. Juli 1917 ganz unerwartet vorgebracht, tatsächlich falsche Darstellung unserer angeblich ungünstigen militärischen und wirtschaftlichen Lage** allzu leichtgläubig als wahr hinnahmen, und ferner die törichte Wahnvorstellung der Wolkenkuckucksheimer, unsere Feinde durch ein wiederholtes Friedensangebot einer dauernden Versöhnung mit uns geneigt machen zu können, hatten die aus den Fraktionen des **Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokraten bestehende Mehrheit des Reichstages** zur Vereinbarung einer Entschließung veranlaßt, die in der Vollsitzung vom 19. Juli 1917 von ihr beantragt und gegen die Stimmen der anderen Fraktionen angenommen wurde und in ihrem wesentlichen Punkte besagte:

„Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietsabtretungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen nicht vereinbar.“

In Uebereinstimmung mit ihren Parteifreunden im Reiche hielten die anderen Fraktionen des Reichstages die Voraussetzungen für eine solche Friedenskundgebung der Vertretung des deutschen Volkes nicht für gegeben, im Hinblick auf die Erfahrungen, die man mit dem Friedensangebot der verbündeten Regierungen vom 12. Dezember 1916 gemacht hatte, sahen sie vielmehr in der Entschließung der Reichstagsmehrheit eine Bekundung, die von den Gegnern nur als „ein Zeichen unseres Niederbruches“ gedeutet werden würde, eine Auffassung, deren Richtigkeit durch zahlreiche Persönlichkeiten und der

maßgebenden Presse der feindlichen Länder sofort vollauf bestätigt worden ist und bis auf den heutigen Tag bestätigt wird.

Auch im Reiche stieß die EntschlieÙung auf sehr entschiedenen Widerspruch, und zwar nicht bloÙ bei den Anhängern der Reichstagsminderheit, sondern auch bei den Gefolgschaften der Mehrheit, insbesondere bei den Zentrumsleuten, aber auch angesehene Volksparteiler und Sozialdemokraten sahen darin einen politischen Fehler. Mit gutem Grunde konnte daher behauptet werden, die Erzbergerischen und die Scheidemannschen seien durchaus nicht befugt, sich als Vertreter der Mehrheit des deutschen Volkes auszugeben, umsowenig als sie unter ganz anders gearteten politischen Zeitverhältnissen 1912 gewählt worden waren und die Fortdauer ihrer bereits abgelaufenen Mandate nicht einer verfassungsmäßigen Neuwahl, sondern einem durch den Krieg verursachten Notstande zu verdanken hatten. Das deutsche Volk sieht in dem gegenwärtigen Reichstage nur einen Notbehelf, einen „Reichstagsersatz“ zur Fortführung dringender Geschäfte und zur Erledigung unaufschiebbarer Gesetzgebungsaufgaben, ähnlich einem entlassenen Ministerium, das bis zur ordnungsmäßigen Bildung des neuen mit der Fortführung der laufenden Geschäfte beauftragt ist.

Doch das nur nebenbei.

Wie verfehlt ihre FriedensentschlieÙung war, hätte die Reichstagsmehrheit aus den lehrreichen und wohlbegründeten Darlegungen ersehen können, die Fürst Bülow in der 1916 erschienenen Neubearbeitung seiner zwei Jahre früher zur politischen Einleitung des Sammelwerkes „Deutschland unter Kaiser Wilhelm II.“ veröffentlichten Ausführungen über „Deutsche Politik“ geboten hat, Ausführungen, die um so größere Beachtung verdienen dürften, als sie von einem bedeutenden Staatsmanne herrühren, der zuerst durch vielseitige Verwendung im diplomatischen Dienst als Schüler unseres großen Bismarck, dann als Staatssekretär des Auswärtigen und schließlich als vierter Reichskanzler in langjähriger Leitung des gesamten deutschen Politik die Daseinsbedingungen unseres Volkes, die Forderungen seiner fortschreitenden Entwicklung und die unerläßlichen Ansprüche seiner weltpolitischen Stellung durch scharfe Beobachtung, weite Einblicke in die zwischenstaatlichen Beziehungen und eindringendes Verständnis kennen gelernt und das Ergebnis seiner bedeutsamen Erfahrungen folgerichtig verwertet und kundgetan hat.

Fürst von Bülow zeigt, wie sich, Frankreich ausgenommen, wohl alle Welt mit der unter Kaiser Wilhelm I. durch Bismarck mit Hilfe eines Feldherrn Moltke und eines militärischen Organisators wie Roon geschaffenen Machtstellung Deutschlands allmählich befreundet hätte, wenn unsere Entwicklung mit der Reichsgründung beendet gewesen wäre. Die staatliche Einigung ist aber nicht der Abschluß unserer Geschichte geworden, sondern der Anfang einer neuen Zukunft: Die Oeffnung des weltpolitischen Weges, auf den uns gerade Bismarck gewiesen hat, dadurch, daß er die alten Wege zu ihrem Ziele geführt hatte. **Und in Kaiser Wilhelm II. fand die Nation einen Führer, der ihr mit klarem Blick und festem Willen auf dem neuen Wege voranging.**

„Mit ihm haben wir den weltpolitischen Weg beschritten. Nicht als Konquistadoren, nicht unter Abenteuern und Händeln. Wir sind langsam vorangegangen, haben uns das Tempo nicht vorschreiben lassen von der Ungeduld des Ehrgeizes, sondern von den Interessen und Rechten, die wir zu fördern und zu behaupten hatten. Wir sind nicht in die Weltpolitik hineingesprungen, wir sind in unsere weltpolitischen Aufgaben hineingewachsen, und wir haben nicht die alte europäische Politik Preußen-Deutschlands gegen die neue Weltpolitik ausgetauscht, sondern wir ruhen, wie es in militärischer und wirtschaftlicher Beziehung der Verlauf des großen Krieges deutlich zeigt, wie von alters her mit den starken Wurzeln unserer Kraft im alten Europa.“

Die Aufgabe, die Deutschland auf seinem weltpolitischen Wege zu erfüllen hat, war vom Fürsten von Bülow schon vor zwölf Jahren, am 11. November 1906, dahin umschrieben worden:

„Gleichzeitig unsere kontinentale Stellung, welche die Grundlage unserer Weltstellung ist, zu wahren und unsere Interessen so zu pflegen, eine besonnene, vernünftige, sich nicht beschränkende Weltpolitik so zu führen, daß die Sicherheit des deutschen Volkes nicht gefährdet und die Zukunft der Nation nicht beeinträchtigt wird.“

„Weltpolitik auf der Basis unserer europäischen Großmachtstellung“ ist die Aufgabe, die Deutschland zu erfüllen hat. Nach diesem Leitsatze hat Fürst Bülow selbst als Reichskanzler die deutsche Politik geführt, und es ist ihm gelungen, die manchmal recht nahe gerückte Kriegsgefahr, so namentlich gelegentlich der bosnischen Krise 1908/09, durch diplomatische Mittel zu beschwören. Die auf solche Erfolge gegründete Hoffnung, es werde auch künftig der Gedanke an die Schrecken und Zerstörungen eines europäischen Völkerrkrieges den verantwortlichen Staatsmännern selbst in ernstesten Konflikten die Mittel zur schließlichen friedlichen Lösung an die Hand geben, hat sich indes nicht erfüllt.

„Der erneute österreichisch-serbische Zwist, der nicht lokalisiert werden konnte, sondern zum europäischen Konflikt wurde, führte zum Waffengange zwischen den beiden großen Mächtegruppen Europas, die sich im Widerstreite der europäischen und weltpolitischen Interessen im Zuge der modernen politischen Geschichte gebildet hatten.“

Angesichts der Tatsache, daß noch niemals ein Krieg der deutschen Vergangenheit ein vergleichbares allgemeines Heldentum sah, auch noch keiner ähnliche furchtbare Opfer, wirtschaftliche Opfer, viele, sehr viel schmerzlichere Opfer an teuren Menschenleben. Opfer auch an bisherigen Verbindungen, Möglichkeiten und Werten, erklärt Fürst von Bülow:

„Es ist selbstverständlich, daß des Krieges vornehmstes Ziel das sein muß, für Deutschland nicht nur ausreichende Entschädigung, sondern auch Garantien zu schaffen, die die Vermeidung eines Krieges unter gleichen oder ähnlichen ungünstigen Verhältnissen für die Zukunft verbürgen.“

Wie der vierte Reichskanzler über die Wahnvorstellung eines Versöhnungsfriedens denkt, spricht er aus in der Äußerung:

„daß dieser Krieg, den alle beteiligten Völker mit tiefer Leidenschaft führen, nach menschlicher Voraussicht eine gewaltig gesteigerte Erbitterung hinterlassen wird. Haß und Rachegefühl werden noch lange die internationalen Beziehungen beeinflussen. Es wäre ein schwerer, ein nicht gut zu machender Fehler, in dieser Richtung Illusionen nachzuleben und früher vorhandene, vielleicht berechnete Sympathien praktisch hinüberretten zu wollen in eine Zeit, der dieser Krieg das Gesetz vorgeschrieben und den Charakter bestimmt hat. Kriege, zumal ein Krieg wie dieser, unterbrechen die Entwicklung des Verhältnisses zwischen den kriegführenden Völkern notwendig für lange hinaus. Es bedarf des heilsamen Einflusses der Zeit und einer feinen und starken staatsmännischen Hand, ehe auch aus sichtbar vorhandenen Interessengemeinschaften mit dem Feinde die Anfänge zu vertrauensvollen normalen Beziehungen wieder gebildet werden können. Unter den Trümmern, die dieser Krieg hinterlassen wird, werden moralische Eroberungen nicht leicht zu machen sein Deutschland muß sich heute sagen, daß, wenn der Krieg selbst nicht ganz neue, freilich unwahrscheinliche Situationen schaffen sollte, die erbitterte Stimmung in Frankreich, England und Rußland sich aus dem Krieg in den Frieden forterben wird. Diese Tatsache wird maßgebend sein müssen für die Gestaltung des Friedens. In doppelter Hinsicht. Der Schutz, den Deutschland in Zukunft gegenüber der Feindseligkeit, dem erneuten Revanchegelüst in West, in Ost und jenseits des Kanals findet, kann nur liegen in seiner eigenen vermehrten Macht. Die Rüstung zu Lande und zu Wasser werden auch die Gegner stärken. Wir aber müssen uns an unseren Grenzen und an unserer Küste stärken, schwerer angreifbar machen, als wir es zu Beginn des Krieges waren. Nicht in dem uns angedichteten Streben nach Weltherrschaft, sondern um uns zu behaupten. Das Ergebnis des Krieges darf kein negatives, es muß ein positives sein. Es handelt sich nicht darum, daß wir nicht vernichtet, nicht verkleinert noch zerstückelt, noch ausgeraubt werden, sondern um ein Plus in Gestalt realer Sicherheiten und Garantien als Entschädigung für nie gesehene Mühen und Leiden, wie als Bürgschaft für die Zukunft.

Gegenüber der Stimmung, die dieser Krieg gegen uns zurücklassen wird, würde die einfache Wiederherstellung des status quo ante bellum für Deutschland nicht Gewinn, sondern Verlust bedeuten. Nur wenn die Verstärkung unserer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtstellung durch den Krieg die durch ihn entzündete Feindschaft erheblich überwiegt, werden wir uns mit gutem Gewissen sagen können, daß unsere Gesamtlage durch den Krieg verbessert wurde.“

Hätten die einen Versöhnungsfrieden befürwortenden weltfremden Ideologen der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit derartige Erwägungen angestellt, sie würden wohl von der Beantragung ihrer Friedensschließung Abstand genommen haben. **Allein solch verständigen Erwägungen Raum zu geben, würde am Ende in die dunklen Pläne der Erzberger und Scheidemann nicht gepaßt haben. Diese Pläne verfolgen internationale Ziele, bei dem einen in jesuitischer, bei dem anderen in sozialrevolutionärer, bei beiden in demokratisch-republikanischer Richtung.**

Wem aber daran gelegen ist, daß wir einen deutschen Frieden erzielen, der unsere Gesamtlage verbessert und uns die Möglichkeit schafft, als große Nation unserer geschichtlichen Vergangenheit und Bedeutung gemäß in der Welt frei atmen zu können, der wird diesen Frieden einzig und allein auf den vom Fürsten von Bülow gewiesenen Wege anstreben und den Erzberger-Scheidemannschen Verständigungs- und Versöhnungsfrieden ohne weiteres ablehnen.

Gegenüber dem von uns bereits als durchaus ungerechtfertigt, unangebracht und unzeitgemäß gekennzeichneten Vorstoß des Wiener Fremdenblattes gegen den Fürsten Bülow weisen wir zum Schluß noch nachdrücklichst darauf hin, daß der Angegriffene es für notwendig erklärt, daß Deutschland, wenn es durch Vergrößerung seiner Macht in die Lage versetzt werden muß, die durch diesen Krieg unendlich verstärkten und gesteigerten alten Feindschaften zu ertragen, nicht gut täte, nicht auf die Freundschaft derer Wert zu legen, die ihm im Krieg nicht Feinde, sondern sogar Bundesgenossen waren.

„Sache festen, entschlossenen Willens auf der einen, staatsmännischer Geschicklichkeit auf der anderen Seite wird es sein, beide Ziele zu erreichen, ohne daß eines leidet.“ **Dr. O.K.**

Der Reichsbote - Nr.36 – 1918 – Sonntag, 20. Januar - Morgen - S.1

Trotzkis Verschleppungstaktik und die russische Armee.

Welche Zwecke Trotzki mit seinen Verschleppungsmanövern in Brest-Litowsk verfolgt, kann keinem objektiven Betrachter der Verhandlungen mehr im geringsten zweifelhaft sein. Er erliegt nicht etwa unwillkürlich der bekannten Neigung sozialrevolutionärer Doktrinäer zu theoretischen und prinzipiellen Erörterungen, sondern sein Vorgehen ist ein bewußtes, zielstrebiges. Das beweist schon das Bestreben, mit dem die aus Petersburg zurückgekehrten russischen Unterhändler unter seiner Führung bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen begannen, die Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm zu verlegen, wo Branting sitzt und wo die sozialdemokratische Internationale, soweit sie zurzeit aktiv sich betätigen kann, ihr Zeltlager hat.

Der sozialrevolutionäre internationale Standpunkt ist es, der alle Interessen Trotzkis umfaßt, nicht etwa der russische. International-revolutionäre Gesichtspunkte sind für ihn bestimmender als national-russische. Um seinen propagandistischen revolutionären Zwecken zu dienen, hält er auch seine langen programmatischen Reden bei den Verhandlungen, die zum größten Teile mehr aus dem Fenster hinaus gesprochen als auf die Teilnehmer an den Besprechungen gemünzt sind.

Dem gleichen Zwecke dienen endlich die geffissentlichen Verschleppungsversuche, die darauf berechnet sind, Zeit zu gewinnen, in Deutschland die Geduld der Bevölkerung zu ermüden und bei uns ähnliche Zustände zu zeitigen, wie sie in Rußland bestehen. Daß dieser Wahn bei Trotzki und seinen Genossen entstehen konnte, verdanken wir den Haase, Dittmann, Voigtherr und Genossen, deren Verhalten danach angetan ist, die russischen Unterhändler in ihrem Widerstande zu bestärken und zu dem Glauben zu veranlassen, die Dinge ständen bei uns ähnlich kritisch wie in Rußland vor der Revolution. Ihre Häupter haben sich ja auch bereits aktiv bemüht – allerdings mit der gebotenen Vorsicht – charakterschwache und pflichtvergessene Elemente auf dem Wege des Hochverrates zu bestärken, und sie damit in den ehrlosen Tod getrieben, während sie selbst sich krampfhaft hinter ihrer Immunität als Abgeordnete verschanzten.

Ebenso wie Trotzki ist auch dem in Petersburg eine große Rolle spielenden **internationalen Revolutionär Radek** die revolutionäre Propaganda weit wichtiger als der Frieden und das Beste des russischen Volkes. Dieser ist ein richtiger internationaler revolutionärer Hochstapler übelster Sorte. **In zynischer Selbstverhöhnung hat er seinen eigentlichen Namen Sobelsohn in Radek (das bedeutet Spitzbube) verwandelt.** Aus der polnischen Sozialdemokratie war er einige Jahre vor dem Kriege schimpflich ausgestoßen, weil er Parteigelder unterschlagen hatte. **Er suchte und fand dann Unterschlupf beim radikalen Flügel der Bremer Sozialdemokratie,** in der er neben dem aus der holländischen sozialdemokratischen Partei ausgestoßenen Dr. Pannekoek eine Rolle spielte. Wie die „Bremer Nachrichten“ mitteilen, standen diese, aus ihren heimischen Parteiorganisationen ausgestoßenen Abenteurer sich in Bremen materiell sehr vorteilhaft und agierten in der rüpelhaftesten Weise, wodurch sie sich in der Gunst ihrer radikalen Anhänger immer mehr befestigten. Als endlich die „Bremer Nachrichten“ sich genötigt sahen, das Treiben dieser landfremden Demagogen einmal gründlich zu beleuchten, fanden auch die Gewerkschafter den Mut zu offenen Worten. Das Ende vom Liede war, **daß Radek auf dem Chemnitzer Parteitage aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen wurde, weil ihm nachgewiesen werden konnte, daß er mit einer polnischen Parteikasse durchgebrannt war, daß er aber in Deutschland niemals eingeschriebenes Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen, auch niemals Parteibeiträge gezahlt hatte.** Die Bremer Radikalen dagegen traten warm für ihn ein und meinten, er sei trotz seiner moralischen Defekte ein guter Genosse. Es half ihm aber nichts, seine Rolle in Deutschland war ausgespielt. **Er hat sich dann in Rußland einen neuen Wirkungskreis gesucht, als der revolutionäre Weizen dort gedieh, konnte sich in Stockholm als Vertreter der Bolschewisten breit machen und ist nun eine der einflußreichsten Persönlichkeiten in Petersburg geworden.**

Dieser Biedermann gehört zu den geistigen Kapazitäten und Drahtziehern der Bolschewiki. Ihm ist die revolutionäre Propaganda und sein eigener Nutzen natürlich weit wichtiger als Rußland, der Friede und selbst die Bolschewiki-Herrschaft. Solche Charaktere haben nur Interesse daran, verwirrend, aufreizend und auflösend zu wirken. Je verworrener und radikaler die Zustände sind, um so mehr steigen ihre Aussichten, während sie dort, wo Ordnung, Zucht, Sitte und Recht ihre Herrschaft entfalten, bald unmöglich werden müssen.

Wie weit Trotzki und Genossen unter dem Einflusse eines so sittlich verfaulten Charakters wie Radek, ehemals Sobelsohn, ihr obstruktives Gebahren ausdehnen werden, ob sie es schließlich bis zum Scheitern der Verhandlungen treiben wollen, bleibt abzuwarten. Sollte es dahin kommen, dann würde der Hauptleidtragende das russische Volk sein, aus dessen Haut in den letzten Jahren so viele Riemen geschnitten worden sind. Rußland hat jedenfalls den Frieden weit dringender nötig als wir, deren militärische Lage so günstig ist, daß wir mit Ruhe der weiteren Entwicklung entgegensetzen können.

Wenn die Bolschewiki durch ihr Verhalten es auf ein Verhindern des Friedens anlegen sollten, so könnte sie nur der törichte Wahn dazu verleiten, daß ein Scheitern der Verhandlungen Deutschland zum Geburtshelfer der Revolution werden müßte. Bei dem Verhalten der unabhängigen Sozialdemokratie und des „Vorwärts“ ist es kein Wunder, wenn diese irrige Ansicht in Petersburg aufkommt und die Bolschewiki in ihrem Bestreben, dem Frieden Hindernisse in den Weg zu legen, bestärkt. **Wenn die Scheidemannsche Sozialdemokratie wirklich nicht durch Angst vor der Haase-Gruppe in ihren taktischen Maßnahmen bestimmt wird, würde sie der Sache des Friedens keinen besseren Dienst leisten können, als wenn sie den Bolschewiki unzweideutig zu verstehen geben wollte, daß jede Hoffnung auf eine revolutionäre Entwicklung in Deutschland ausgeschlossen ist.** Ob sie dazu den Willen und den Mut hat, bleibt abzuwarten. So weit sich nach dem Verhalten des „Vorwärts“ schließen läßt, scheint dieser Wille freilich nicht vorhanden zu sein.

Jedenfalls können die Bolschewiki, wenn sie es zum Scheitern der Verhandlungen treiben sollten, auf die militärische Kraft nicht mehr pochen. Die Verhältnisse an der russischen Front sind derart, daß an eine Wiederaufnahme des Kampfes nicht zu denken ist. Die Desertationen nehmen in sehr bedenklichem Umfange zu. An einzelnen Stellen der Front sind die Stellungen freiwillig geräumt oder weiter zurückverlegt, obwohl englische Unteroffiziere herumliefen und die Mannschaften durch Schnaps und Geschenke den Ententezwecken gefügig machen suchten. An der russischen Front rechnet man auch mit der Angliederung Kurlands und Litauens an Deutschland. Die Auflösung der Armee schreitet unaufhaltsam vorwärts, teilweise ist bereits völlig Anarchie eingerissen. Jede Führung und jeder Einfluß der Offiziere fehlt. Dem Befehle Krylenkos, die Gräben wieder zu beziehen, versagten die Truppen den Gehorsam. Sie richteten an die deutschen Truppen die Bitte, auch bei Scheitern der Verhandlungen den Kampf nicht wieder aufzunehmen.

Außerdem gab sich an der russischen Front bereits Unwillen und Unruhe darüber kund, daß die Verhandlungen so lange dauerten. Die russischen Soldaten sehnen mit fieberhafter Ungeduld das definitive Ende herbei. Ententeagenten hatten unter ihnen Gerüchte verbreitet, daß die Verhandlungen abgebrochen seien. Diese Lügen konnten aber von deutscher Seite schnell widerlegt werden. Die übergroße Mehrzahl der Offiziere und Soldaten ist überzeugt, daß Rußland nichts so dringend braucht wie recht baldigen Frieden. Viele erklären, wenn dieser nicht bald komme, würden sie eigenmächtig ihre Stellungen verlassen. Die an uns gestellte Forderung, die besetzten Gebiete zu verlassen, erklären die russischen Soldaten für unberechtigt. Ueberhaupt sind sie nicht gut auf die Maximalisten zu sprechen. Sie wundern sich, daß die Deutschen sich gegen sie so nachgiebig zeigten, ja, daß sie sich überhaupt auf Verhandlungen mit dieser „Bande“ eingelassen hätten. Das Ansehen Deutschlands und das Vertrauen zu den Deutschen wächst fortgesetzt bei den russischen Truppen.

Wenn die Friedensverhandlungen nicht zum Ziele führten, äußern die Soldaten an der russischen Front, würde die Leninsche Regierung nicht mehr lange bestehen. Der Abzug der großrussischen Truppen aus der ukrainischen Front hat schon seit den ersten Januartagen stark eingesetzt. Zwischen Russen und Rumänen ist das Verhältnis sehr schlecht. Die Russen sind nicht mehr in der Lage, sich bei den bewaffneten Zusammenstößen der Rumänen zu erwehren.

Die Offiziere der Franzosen und Briten sind anscheinend zur rumänischen Armee geflüchtet. An der russischen Front sind jedenfalls in der letzten Zeit keine Ententeoffiziere mehr festgestellt. Das stramme militärische Verhalten unserer Truppen hat dagegen steigenden Eindruck auf die Russen gemacht und ihre Achtung und ihr persönliches Vertrauen erheblich erhöht.

Bei solchen Zuständen im russischen Heere kann die Regierung in Petersburg nicht mehr auf die Front pochen, um so weniger, als sie auch im Innern des Landes noch mit vielen und erheblichen Schwierigkeiten zu tun hat. **Der einzige Faktor, mit dem sie bei ihren Verschleppungskünsten rechnen zu können meinen, ist, wie**

gesagt, die Hoffnung auf revolutionäre Regungen in Deutschland. Wenn ihnen dieser Wahn genommen werden könnte, würden sie sich zweifellos bald zu einem entgegenkommenden Verhalten bequemen und der Sache des friedlichen Abschlusses mit Rußland wäre damit gewaltig gedient. **Daß aber die falschen Hoffnungen in Petersburg immer noch genährt und das Friedenswerk erschwert wurde, verdanken wir dem gemeinschädlichen Treiben der Haase-Gruppe und dem „Vorwärts“.** Der letzte tritt bei den Brest-Litowsker Verhandlungen mehr auf russische als auf deutsche Seite.

Deutsche Tageszeitung - Nr.36 – 1918 – Sonntag, 20. Januar - Morgen - S.3

Schutz für die Rede- und Versammlungsfreiheit.

Die Presse und die Abgeordneten der radikalen Parteien haben sich gerade in letzter Zeit wieder lebhaft über die durch den Kriegszustand herbeigeführten Einschränkungen der Rede- und Versammlungsfreiheit beklagt. Nun wird an diesen Einschränkungen wohl niemand in Deutschland Freude haben, und auch wir sind der Ansicht, daß auch jetzt noch in dieser Beziehung des Unerwünschten zuviel getan wird; insbesondere ist es schlechthin unverständlich, daß man vielfach den Versammlungen von Vereinigungen Schwierigkeiten in den Weg legt, an deren vaterländischem und ordnungsliebenden Sinne nicht der geringste Zweifel bestehen kann.

Mit aller Deutlichkeit aber muß dazu betont werden, daß die Sozialdemokratie die Schuld daran trifft, wenn die Rede- und Versammlungsfreiheit noch nicht in dem Maße wiederhergestellt werden konnte oder wiederhergestellt ist, wie es im allgemeinen erwünscht wäre. Wir haben ja kürzlich an dem allgemeinen Verbot politischer Versammlungen in Schlesien gesehen, daß die bedauerlichen Ausschreitungen, die mit sozialdemokratischen Versammlungen verbunden waren, zu einem allgemeinen Verbot führten: weil man die Verantwortung für die weitere Genehmigung sozialdemokratischer Versammlungen tatsächlich nicht tragen konnte und aus falsch verstandenem Gerechtigkeitsgefühl heraus deshalb auch den anderen politischen Parteien die Genehmigung zu Versammlungen versagen zu sollen glaubte! Die ordnungsliebenden Parteien büßen also mit für die sozialdemokratischen Sünden.

Inzwischen haben wir jedoch noch mehr erleben müssen. Unter anderem haben die Sozialdemokraten in Jena, in Mannheim, in Frankfurt a. Main und auch in Berlin Versammlungen der Vaterlandspartei oder doch ihre ordnungsmäßige Durchführung durch Veranstaltung wüster Radauszenen verhindert und mit Mitteln skandalösester Art die Rede- und Versammlungsfreiheit vergewaltigt. Die Redner wurden niedergeschrien, die Versammlungen am ordentlichen Verhandeln gehindert. Nicht die Behörden also, sondern dieselben Sozialdemokraten, deren Vertreter in Presse und Parlament die erwähnten Beschwerden führen, unterdrücken hier die Rede- und Versammlungsfreiheit. Je höher auch in Deutschland die radikalen Bäume wachsen, um so deutlicher wird, wie unsere Sozialdemokraten die Freiheit, die sie verlangen, verstehen: nämlich als Freiheit, alle Andersdenkenden zu vergewaltigen, alle abweichenden Meinungen niederzuschreien oder niederzuknütteln. Das ist ein Strahl von der Morgenröte der neuen Zeit, die die Sozialdemokratie über Deutschland heraufführen will!

Gegen dieses unwürdige Gebahren sollten sich alle anständigen Elemente im deutschen Volk zusammenschließen und mit aller Energie zur Wehr setzen. In erster Linie ist es natürlich Pflicht der Behörden, die Rede- und Versammlungsfreiheit gegen sozialdemokratische Radaumacher und Terroristen nachdrücklich zu schützen; aber auch die bürgerlichen Parteien, ohne jeden Unterschied, sollten ein dringendes Interesse daran erkennen und betätigen, daß derartige Ausschreitungen empörendster Unduldsamkeit künftig verhindert werden. Die Rede- und Versammlungsfreiheit muß geschützt werden, soweit die Verhältnisse der Kriegszeit es irgend gestatten; in erster Linie erscheint zurzeit aber ihr Schutz nötig gegen die Elemente, die die Freiheit zu skandalösester Unterdrückung abweichender Meinungen und Meinungsäußerungen mißbrauchen und so selber die Rede- und Versammlungsfreiheit mit Füßen treten.

Das zebraartige Gesprenkel wollen wir vermeiden.

Deutsche Zeitung - Nr.36 – 1918 – Sonntag, 20. Januar - Morgen - S.2

Worauf Trotzki hofft.

Dem Kopenhagener „Politiken“ wird aus Haparanda gemeldet:

Vor seiner Reise nach Brest-Litowsk hielt Trotzki im Zentral-Exekutiv-Komitee der Arbeiter- und Soldatenräte eine Rede. In dieser äußerte er, daß die Bolschewiki-Regierung zwar mit den Vertretern der

deutschen Junker und Kapitalisten verhandele, aber die russischen Delegierten seien nicht blind für den Gegensatz in der Zusammensetzung der deutschen und der russischen Delegation.

„Es wird eine Zeit kommen, in der wir mit einer Regierung Liebknecht verhandeln werden. Für den Augenblick ist das Verhältnis so, als verhandelten streikende Arbeiter mit den Fabrikbesitzern.“

Ferner äußerte Trotzki, daß die deutsche Regierung die unabhängigen Sozialisten verhafte. „Wir haben gefragt, fuhr er fort, wie es mit diesen Verhaftungen stehe, haben aber darauf keine zufriedenstellende Antwort bekommen können. Falls die deutsche Regierung uns nach der Verhaftung von Junkern und Kapitalisten gefragt hätte, würden wir mit Vergnügen alle möglichen Aufklärungen geben.“

Hieraus erhellt, welche Hoffnungen Trotzki auf die Unabhängigen und deren Unterstützung setzt und wie weit demzufolge seine Anmaßung geht, die ihn von der deutschen Regierung Rechenschaft über Verhaftung von Unabhängigen, seinen Bundesgenossen, fordern läßt.

Königsberger Hartungsche Zeitung - Nr.33 – 1918 – Sonntag, 20. Januar - Morgen - S.1

Brest-Litowsk: Ost-Karte, Ukraine-Grenzen und Aalandfrage.

Die Brester Berichte lehren , daß Herr Trotzky noch vor seiner einwöchigen Reise nach Petersburg harte Nüsse zu knacken bekam. Er nahm die Sicherheit mit, landkartenmäßig belegt, daß in dem besetzten Gebiet von der Ostsee bis Brest-Litowsk ganz bestimmte deutsche Bedingungen bestehen, die dafür Sorge tragen, daß diese Landstriche nicht in umstürzlerische Unruhen hineingerissen werden dürfen, sondern daß sich die Zukunft dieser Ostländer gesichert vollziehen soll. Er blieb ferner nicht darüber im Ungewissen, daß bei der Festsetzung der ukrainischen Grenzen die Ukraine selber mitzusprechen hat, was bei aller Trotzky'schen Anerkennung des ukrainischen Selbstbestimmungsrechtes nicht seinen vollen Beifall zu finden schien. Er erfuhr schließlich, daß die Selbständigkeit Finnlands auch Einwirkung auf die Aalandfrage hat, an der sich Deutschland rechtsbeteiligt fühlt. Zugleich geht ein deutscher Vorschlag dahin, Schweden zu den Verhandlungen über die Aalandfrage hinzuzuziehen. All das verträgt sich bestens mit dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, so daß Trotzky finden wird, daß die Mächte der Mitte ihm auf diesem von ihm theoretisch bevorzugten Gebiet praktisch nicht waffenlos gegenüberstehen.

Die Programmklärung der Bolschewiki.

Rotterdam, 21. Januar. Die „Daily News“ melden aus Petersburg: Das zentrale Exekutivkomitee der Sowjet hat eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt:

„Rußland ist eine Republik der Sowjets und die zentrale sowie die örtliche Verwaltung liegt in den Händen der Sowjetorgane. Die Grundlage der Republik ist die freie Bundesgenossenschaft freier Nationen und der Bund aller nationalen Sowjetrepubliken.“

Der zweite Teil der Erklärung behandelt die vollständige Sozialisierung des Landes mit Einfluß der Nationalisierung der Wälder, Gruben, Gewässer, Banken, Fabriken, Eisenbahnen, usw. Die industrielle Konskription wird mit Bewaffnung des ganzen Arbeiterstandes und Entwaffnung der besitzenden Klassen durchgeführt werden.

Im dritten Teil der Erklärung heißt es, daß die Konstituante die Politik der Sowjets genehmigt, besonders, was die Veröffentlichung geheimer Schriftstücke und alle sonstigen Methoden betrifft, die darauf ausgehen, den Krieg durch einen demokratischen Frieden zu beenden. Die Erklärung nimmt die Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands sowie Zurücknahme der Truppen aus Persien zur Kenntnis. Auch das Recht Armeniens auf Selbstbestimmung wird anerkannt.

Der vierte und wichtigste Teil der Erklärung enthält den Satz, daß die Konstituante zugebe, daß sie auf Grund der Parteilisten gewählt sei, die vor der Oktoberrevolution aufgelegt worden waren, und daß die Konstituante deshalb nicht berechtigt sei, sich der Sowjetregierung zu widersetzen. Weiterhin wird die Politik der Bolschewiki für den Fall, daß Konstituante nicht gehorchen sollten, dargelegt.

Diese Erklärung sollte bei Eröffnung der Konstituante verlesen werden.

Die neuen Erklärungen Lloyd Georges über die Kriegsziele.

London, 19. Januar. (W.T.B.) In seiner Rede, die Lloyd George vor den Delegierten der Trade Union hielt, sagte der Ministerpräsident, zu dem Gegenstand der internationalen Konferenz zurückkehrend, man würde sich nicht auf eine einzige Gruppe beschränken können, sondern die Erlaubnis auch auf andere ausdehnen müssen. Die Delegierten könnten sich darauf verlassen, daß die Regierung Frieden schließen würde, wenn irgendeine begründete Aussicht bestünde, unter Bedingungen, die für sie (die Delegierten) ehrenhaft wären, Frieden zu schließen. Es ist Aufgabe der Regierung auf Entdeckungen auszugehen und wir machen und beobachten natürlich fortwährend, ob irgendwelche Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die deutsche Regierung wieder vernünftig wird. Leider muß ich sagen, können wir nicht anderes entdecken als völlige Verhärtung und feste Entschlossenheit, einen rein militärischen Triumph zu erzielen. Ueber den Ausdruck der Freiheit der Meere befragt, sagte Lloyd George: Ich möchte gern wissen, was die Freiheit der Meere bedeutet. Bedeutet sie Befreiung von U-Booten oder Aushungerung dieses Landes? Wir sind eine Insel und müssen mit der größten Sorgfalt untersuchen, was unsere Fähigkeit, unsere Verbindungslinien, über See zu beschützen. Die Freiheit der Meere ist ein sehr elastischer Begriff. Man kann ihm eine Bedeutung unterlegen, für die wir uns sehr gern entscheiden würden. Wir müssen uns aber sorgfältig vor jedem Versuch einer Störung unseres Küstenschutzes hüten und ebenso vor jeder Störung unserer Schifffahrt, die allein uns bis jetzt ermöglicht hat, zu existieren.

Ein Delegierter fragte: „Ist der Premierminister willens, angesichts der erklärten Einstimmigkeit der Alliierten mit den Kriegszielen dieser Regierung, zu erklären, daß Schritte unternommen wurden, um die Kriegsziele Amerikas und der Alliierten zu konsolidieren, damit Deutschland eine einheitliche Front entgegengestellt werde?“

Lloyd George antwortete, dieser Vorschlag habe sehr viel für sich. „Wir hofften, auf der großen Konferenz in Paris, die vor etwa zwei Monaten arbeitete, dazu in der Lage zu sein. Die Vertreter der russischen Regierung kamen herüber, aber inzwischen ereilte sie das Verhängnis. Die Regierung wurde aus dem Amt gejagt, und es folgte eine Periode der Anarchie, der Verwirrung und des Bürgerkrieges, so daß zurzeit der Konferenz niemand da war, um für Rußland zu sprechen. Es war ganz unmöglich, eine Koordinierung der Kriegsziele der Alliierten in Abwesenheit von Vertretern der russischen Regierung zu versuchen, und das war

die Ursache, warum die Beratungen darüber nicht begannen. **Eine große Zahl der Schwierigkeiten entstand durch die Forderungen, die von der früheren russischen Regierung gestellt worden waren. Konstantinopel war eines der Probleme. Wir hatten Konstantinopel als Kriegsziel ohne Zustimmung der russischen Regierung nicht fallen lassen können.** Ich gebe zu, daß, wenn über die Kriegsziele der Alliierten, die von Wilson und mir dargelegt wurden, irgend ein Zweifel bestünde, eine neuerliche Zusammenkunft wünschenswert wäre. Aber bisher herrscht nur völlige Uebereinstimmung.“

Ein Delegierter fragte: „Will Lloyd George kurz erklären, was er unter **reconsideration der Stellung Elsaß-Lothringens** versteht?“

Lloyd George antwortete: „Ich habe die Ansicht der Regierung damals ganz deutlich mitgeteilt. Meine Ansicht ist, daß das Volk dieses Landes dem französischen Volk beistehen will. Die Franzosen mögen entscheiden. **Ihr müßt bedenken, daß dies in Wirklichkeit für sie keine territoriale Frage ist. Es handelt sich um ein wesentliches Prinzip. Elsaß-Lothringen war für sie fast vierzig Jahre lang eine offene Wunde. Sie konnten während dieser ganzen Zeit nicht in Frieden leben, ihre Ansicht ist zweifellos, daß es keinen Frieden mit Frankreich gibt, bis diese Frage ein für allemal erledigt ist und daß diese Angelegenheit beseitigt werden muß, wenn es nicht zu einer ganzen Serie von Kriegen in Europa kommen soll. Unsere Ansicht ist deshalb, daß das französische Volk in erster Linie zu entscheiden hat, was es als Gerechtigkeit betrachtet und die Regierung ist entschlossen, der französischen Demokratie in ihrem Kampfe beizustehen.**“

Ein Delegierter fragte: „Ist es das französische Volk der das Volk von Elsaß-Lothringen, das über seine Lage klagt?“

Lloyd George antwortete: „Die Bevölkerung Elsaß-Lothringens hat nie aufgehört zu klagen, aber ihr müßt bedenken, was sich dort ereignete. Ein sehr beträchtlicher Teil der elsaß-lothringischen Bevölkerung wurde von den Deutschen gewaltsam expropriert. Einige von ihnen wurden aus dem Lande vertrieben und wenn ihr die wirkliche Bevölkerung von Elsaß-Lothringen nehmt, so besteht absolut kein Zweifel, daß die überwiegende Mehrheit für die Rückkehr unter französische Flagge ist. Ich erinnere mich einmal über die Vogesen nach Elsaß-Lothringen gegangen zu sein. Es war spät abends und wir hielten uns vor einem kleinen Gasthaus auf französischer Seite, die deutsche Grenze war ein oder zwei Meilen hinter uns und die alten Leute, die das Gasthaus bewirtschafteten, erzählten uns, daß jeden Sonntag Arbeiter und Bauern von der deutschen Seite auf französisches Gebiet herüberkommen, um den Sonntag unter französischer Flagge zu verleben.“

Ein Delegierter fragte, ob Lloyd George sich sofort verpflichten wolle, daß im Falle der Erzielung eines Abkommens wie es von ihm angedeutet wurde, die militärische Dienstpflicht ohne Verzug in England rückgängig gemacht würde.

Lloyd George antwortete: „Ich hoffe es, und wir kämpfen darum, daß nicht nur im eigenen Lande, sondern in allen Ländern Verhältnisse eintreten, die die Dienstpflicht rückgängig machen. Wir wollen das, was jetzt geschieht, für immer unmöglich machen. Die Frage ist nicht, ob wir der Dienstpflicht in diesem Lande ein Ende machen. Ihr müßt ihr in anderen Ländern ein Ende machen.“

Hierauf machte der Minister im Kriegskabinett Barneß Mitteilung über eine Untersuchung, durch die endgültig festgestellt worden sei, daß die Behauptung eines Teils der Presse ganz unbegründet sei, wonach eine Finanzkonferenz in der Schweiz abgehalten worden sei.

In seinem Schlußwort sagte Lloyd George, es sei für die, denen die Regierung des Landes anvertraut sei, doch gut, mit denjenigen in Berührung zu kommen, die so wichtige Faktoren im Lande darstellten. Vielleicht sei es auch für sie nicht ohne Nutzen gewesen, mit dem Minister in Berührung zu kommen und dann sei es am besten, sich offen auszusprechen.

Vorwärts - Nr.21 – 1918 – Montag, 21. Januar - S.1

Oesterreich-Ungarn!

Der Arbeiterschaft Oesterreichs, der sich das Proletariat Deutschlands durch Bande der stärksten Solidarität verbunden fühlt, gilt unser Gruß! Unsere Leser haben gestern die neue Erklärung des Grafen Czernin zur Kenntnis genommen, und sie haben mit uns gefühlt, daß aus dieser Erklärung noch etwas anderes klingt als Ministergesinnung und Diplomatenwitz. Es liegt in ihr ein Ton kategorischer Bestimmtheit, und man hat den Eindruck, daß sich in ihr ein Wille aufrichtet so stark, wie es nur der Wille von Massen sein kann.

Aus den Worten des Grafen Czernin sprachen diesmal die Völker Oesterreichs, sprach vor allem das österreichische Proletariat. Die Regierung Oesterreich-Ungarns, die seit dem 28. Dezember mit ihren Völkern

nicht einig war, ist es jetzt wieder geworden, und die Erklärung Czernins ist die Formel auf der sich die Einigung vollzogen hat.

Kann dieses Ergebnis der Regierung Oesterreich-Ungarns unwillkommen sein? Wenn sie von wirklich staatsmännischem Geist nicht verlassen ist, kann man das nicht annehmen. Auf den Willen des Volkes gestützt, kann die österreichisch-ungarische Regierung eine starke Politik treiben, eine starke Friedenspolitik, und daß sie die treiben will, hat sie ja wiederholt selbst erklärt. Das Gelöbnis des Grafen Czernin vom 18. Januar steht in vollem Einklang mit seinen früheren Reden, mit der deutschen Reichstagsentschließung vom 19. Juli, mit der deutschen Antwortnote an den Papst, mit der Erklärung der Mittelmächte vom 25. Dezember.

Dieses neue Gelöbnis wäre nicht notwendig gewesen, wenn nicht inzwischen Ereignisse eingetreten wären, die das Vertrauen in die Aufrichtigkeit der Diplomatie erschüttert hätten. Entgegen allen früheren Versprechungen macht sich die Absicht bemerkbar, Rußlands augenblickliche Schwäche zu benutzen, um mit der Schlinge des Selbstbestimmungsrechts lebenswichtige Teile von diesem Reiche abzuschneiden. Jetzt sagt Graf Czernin:

Ich hafte und bürgе dafür, daß der Friede unsererseits nicht an Eroberungsabsichten scheitern wird. Ich nehme kein Wort von dem zurück, was ich als das Friedensprogramm der Monarchie aufgestellt und vertreten habe.

Wir wollen nichts von Rußland, weder Gebietsabtretungen noch Kriegsentschädigungen.

Wir wollen nur ein freundnachbarliches, auf sicheren Grundlagen beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und auf gegenseitigem Vertrauen ruht.

Nach dieser Erklärung darf es in Brest-Litowsk keinen Streit mehr darüber geben, in welcher Form die Bevölkerung der besetzten Gebiete ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben sollen. Ohne machtegoistische Hintergedanken werden sich die Unterhändler gemeinsam mit den Russen bemühen müssen, diejenige Form ausfindig zu machen, die der Bevölkerung die freie Bekundung ihres Willens am vollkommensten gewährleistet. Ist in der Sache Einigkeit erzielt in dem Sinne, daß wir von Rußland nichts wollen, dann wird an bloßen Formfragen der Frieden nicht scheitern.

Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß das österreichische Ereignis seine tiefgreifende Rückwirkung auch auf Deutschland haben muß. Wir sind in den letzten Tagen an Abgründen vorbeigewandelt. **Uns drohte, als Frucht der alldutschen Propaganda, nicht nur das Scheitern der Friedensverhandlungen mit Rußland, sondern auch die völlige weltpolitische Isolierung.**

Diese Gefahr kann nur dadurch überwunden werden, daß die deutsche Regierung, ohne eines weiteren Ansporns dazu bedürfen, entschlossen an die Seite des österreichischen Bundegegnossen tritt, daß sie sich mit der Erklärung des Grafen Czernin solidarisch erklärt und aus ihr alle praktischen Folgerungen zieht, die ehrlicherweise aus ihr gezogen werden müssen.

Würde sich die deutsche Regierung anders verhalten, so wäre die Folge davon die, daß zwar Oesterreich-Ungarn und Rußland in ein dauerndes Freundschaftsverhältnis kämen, daß aber Deutschland davon ausgeschlossen bliebe. Das heißt, wir würden durch den Frieden keinen einzigen neuen Freund gewinnen, aber wir würden den letzten nachbarlichen Freund verlieren. Die alldutsche Presse hat, wie es nun einmal ihre völkerverbindende Art ist, den Oesterreichern alles vorgerechnet, was sie den Deutschen zu danken haben. Sie vergißt dabei vollständig, daß auch Deutschland den Weltkrieg nicht hätte bestehen können, wie es ihn bestanden hat, wenn hinter Bodenbach statt eines Bundegegnossen ein unsicherer Nachbar gewohnt hätte.

Dieser Bundegegnosse hat jetzt das Recht, beim Abschluß des Friedens mitzusprechen, und wenn er das im Sinne der letzten Erklärung des Grafen Czernin tun will, so sei ihm von hier aus gesagt, daß er damit auch im Interesse und nach dem Wunsch der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes handeln wird. So wie die Arbeiter Deutschlands und Oesterreich-Ungarns in ihrem festen Friedenswillen eine geschlossene Front darstellen, so möge auch zwischen den offiziellen Vertretungen der Völker eine Front hergestellt werden. Es darf keinen Unterschied auch nur der Nuance geben zwischen Hertling und Czernin!

Die Arbeiterschaft des Deutschen Reiches darf nicht auf den Gedanken gebracht werden, daß in Deutschland gewisse Wirkungen ausblieben, weil gewisse Ursachen fehlten, die in Oesterreich vorhanden gewesen sind. Und wenn wir vorhin sagten, Deutschland dürfe sich nicht weltpolitisch isolieren, nicht seine letzte Nachbarfreundschaft machtpolitischen Agitationen opfern, die selbst bei Bundesgegnossen Abscheu erregen, so sagen wir jetzt und womöglich noch nachdrücklicher: die deutsche Regierung darf sich nicht unter dem Druck dieser Agitationen vom eigenen Volke isolieren. **Oder sollte sie einem Zustand entgegensteuern wollen, von dem man sagen könnte: Oesterreich-Ungarn, Rußland und das deutsche Volk sind sich über den**

Frieden einig, nur die deutsche Regierung macht nicht mit? Ein solcher Zustand müßte seine inneren Folgen haben, denen jeder mit Verstand begabte Staatsmann aus dem Wege gehen wird.

Ist also eine Entscheidung gefallen? Wir wollen es, aber wir haben schon so viele überraschende Rückfälle erlebt, daß wir auch heute noch nicht sagen möchte: Sie ist gefallen! Der Kampf, den die deutsche Sozialdemokratie um den Frieden führt, ist schwer, und der Gegner, gegen den sie zu kämpfen hat, ist stark und zähe. Aber der Fortschritt, der in Wien erzielt worden ist, weckt Zuversicht. Wir grüßen die Arbeiter Oesterreich-Ungarns und sagen ihnen: Auf den Schlachtfeldern hat sich euer Blut mit dem unseren gemischt. Jetzt geht es um den Frieden, und da sind wir und bleiben wir eure Bundesgenossen!

Deutsches Volksblatt - Nr.10435 - 1918 - Dienstag, 22. Januar - S.1

Das Spiel Lloyd Georges.

Die russische Konstituante hat mit großer Mehrheit den Abgeordneten Tschernow zum Vorsitzenden gewählt. Tschernow gehörte der Regierung Kerenskis an, er ist ein bitterer Feind Lenins und Trotzki und die Konstituante vertagte sofort die Beratung über die Erklärung der Arbeiterrechte. Die Bolschewiki verließen daraufhin sofort die Versammlung und die Sowjets beschlossen, die Konstituante, die Rußland eine endgültige Verfassung geben sollte, aufzulösen. Petersburg befindet sich wieder im Zustande der Revolution und Lenin und Trotzki werden sich vielleicht die Frage vorgelegt haben, ob das alles so gekommen wäre, wenn sie der Konstituante in ihrer ersten Versammlung den fertigen Friedensvertrag mit dem Vierbund hätten vorlegen können.

Wir haben erst kürzlich darauf hingewiesen, daß Lenin und Trotzki auf einem sehr dünnen Aste sitzen, daß sie über Kerenski nur siegen konnten, weil ganz Rußland von ihnen den Frieden erwartete, und daß ihre Stellung äußerst gefährdet würde, wenn sie in Litauisch-Brest ihre, den Abschluß des Friedens verzögernde doktrinäre Haltung nicht aufgeben. Man wird uns vielleicht erwidern, daß wir in dieser Sache Partei seien, und aus den Kundgebungen der sozialdemokratischen Parteileitung klang ja auch der Vorwurf heraus, daß unsere Vertreter das Friedenswerk verzögert haben. **In Petersburg selbst ist man jedoch anderer Ansicht; in der Versammlung der Sowjets, in der Trotzki über die Brest Verhandlungen berichtete, wurde mit großem Nachdruck geltend gemacht, daß die russischen Vertreter durch ihre doktrinäre Haltung und durch ihr Bestreben, weniger die Interessen Rußlands wahrzunehmen, als vielmehr die Verwirklichung von Parteiansichten in nichtrussischen Ländern durchzusetzen, den Gang der Verhandlungen verlangsamt haben.**

Infolge der Abreise Trotzki nach Petersburg sind die Friedensverhandlungen in Brest gerade über die noch strittigen Punkte bis zum 29. d.M. vertagt worden, eine Verzögerung, die ebenfalls gewiß nicht unseren Vertretern zur Last gelegt werden kann.

Daß bei dem Wiederausbruche des Bürgerkrieges in Rußland wiederum auch die Entente die Hand im Spiel hat, dürfte nirgends einem Zweifel begegnen. England spielt in diesen Tagen seine letzten Trümpfe aus.

In seiner Besprechung mit den Arbeitervetretern hat Lloyd George auf die Frage, ob die englische Regierung mit Vertretern des deutschen Volkes über den Frieden verhandeln würde, wenn dieses sich für eine ähnliche Regierung wie die in Rußland entscheidet, geantwortet, daß er jede deutsche Regierung anerkennen würde, die vom deutschen Volke eingesetzt sei.

Diese Bemerkung des englischen Ministerpräsidenten ist so bemerkenswert, weil sie im Zusammenhang mit seiner [...unleserliches Wort] Andeutung, daß, „wenn die gegenwärtige deutsche Regierung das deutsche Volk nicht vertrete, sich dieses eine andere Regierung geben möge“, aufs deutlichste sowohl den Vernichtungswillen der englischen Regierung gegenüber den Mittelmächten aufs neue kundgibt, als auch die Mittel andeutet, durch die dieser Vernichtungswille zum Ziele zu gelangen sucht.

Lloyd George hat bis auf den heutigen Tag die russische Bolschewikiregierung nicht anerkannt, allein er läßt durchblicken, daß er eine ähnliche Regierung in Deutschland anerkennen würde. **Lloyd George sucht mit allen Mitteln die Bolschewikiregierung in Rußland zu stürzen, weil sie Frieden schließen und russisches Blut nicht mehr für englische Interessen opfern will, er würde aber ein Ministerium Liebknecht in Deutschland mit Freuden begrüßen, weil dieses sofort bereit wäre, einen englischen Frieden zu schließen!**

Die Revolutionierung, die innere Auflösung Deutschlands, vor allem ein Generalstreik, der die ganze deutsche Westfront lähmen und außerstande setzen würde, ihre Linien zu verteidigen, das ist die letzte Karte, die Lloyd George ausspielen will, und in den letzten Tagen hat man hier wiederholt die Bemerkung gehört: Der Ausstand in Oesterreich muß auch auf Deutschland übergreifen und die deutschen Heere lahmlegen, und dann wird sofort Frieden werden.

Das wäre jener Friede, den Lloyd George wünscht, der Frieden, der Englands Weltherrschaft befestigen und unser ganzes Erwerbsleben, in erster Linie aber unsere gesamte Arbeiterschaft auf Jahrzehnte hinaus verelenden würde.

Wir wollen aus der Gleichzeitigkeit der jüngsten Ereignisse in Rußland und in Oesterreich keine Schlüsse ziehen. Daß die italienische Heeresleitung aber sich beeilte, die Nachricht von der Ausstandsbewegung in Oesterreich in der Aufmachung einer Siegesnachricht der italienischen Front zur Kenntnis zu bringen, sowie Andeutungen Lloyd Georges darüber, wie er sich die Herbeiführung eines englischen Friedens denkt, lassen deutlich erkennen, daß ebenso wie die Ereignisse in Rußland auch eine Fortführung des Ausstandes in Oesterreich die Absichten Englands fördern müsse, hinter dem obersten Diener König Mammons, der Präsident der Vereinigten Staaten Wilson, sich für seine Rolle als Schiedsrichter der Welt vorbereitet.

Die ganze Weltlage ist heute so klar, daß jedermann selbst die Wirkungen von Zwischenfällen, wie sie sich in den letzten Tagen hier abgespielt haben, beurteilen und richtig einzuschätzen vermag, eine Täuschung ist ausgeschlossen. **Die Erschütterung unserer inneren Front ist die letzte Karte Lloyd Georges, sein Ziel, ebensolche anarchische Zustände bei uns hervorzurufen, wie sie in Rußland Platz gegriffen haben, um auf diese Weise uns aus dem Kriege auszuschalten, das heißt, uns die Bedingungen des Friedens diktieren zu können.**

Vorwärts - Nr.21 – 1918 – Montag, 21. Januar - S.1

Eine Rede Viktor Adlers. – „Wir verlangen, daß die Regierung alles tut.....“

*[Dr. Victor Adler, *24.06.1852 – +11.11.1918, jüd. Arzt, Journalist, österr. Politiker; Freund von Friedrich Engels und August Bebel]*

Am letzten Donnerstag hielt der Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses seine sehr wichtige Sitzung, in der Genosse Dr. Viktor Adler eine bedeutsame Rede hielt.

Zu Beginn der Sitzung nahm Genosse Seitz das Wort. Er bezeichnet es als unmöglich, daß der Budgetausschuß in der gegenwärtigen Zeit eine beschauliche Debatte über die Ressortfragen der inneren Verwaltung abführe. Breite Massen des Volkes sind beunruhigt über die Verhandlungen in Brest-Litowsk und denken nur daran, wie diese so rasch als möglich im günstigen Sinne abgeschlossen werden können. Er stelle daher den Antrag, in Abänderung der Tagesordnung zunächst Kapitel VI (Beitragsleistung zu den gemeinsamen Angelegenheiten) in Verhandlung zu ziehen, das die Möglichkeit biete, über die Friedensfragen eingehend zu sprechen.

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Deutschbürgerlichen angenommen. Dann ergriff Genosse Dr. Viktor Adler das Wort zu einer Rede, in der er ausführte:

Die russische Revolution hat jenes Motiv beseitigt, das für unsere Volksmassen den Krieg psychologisch ermöglicht hat. Nicht nur wir, sondern alle Welt hat sich gesagt: Der Alp des Zarismus müsse endlich entfernt, Europa müsse befreit werden. Nun ist das durch die eigenen Hilfsmittel der russischen Völker geschehen. Wir stehen heute vor der Möglichkeit des Friedens und darum hat alle Welt die Ueberzeugung, der Friede darf durch Fragen des Prestiges, durch Fragen von Zukunftsplänen nicht hinausgeschoben werden.

Nun sieht man plötzlich, daß die Verhandlungen in einem Tone und in einer Art geführt werden, von der man sagen müsse, so macht man keinen Frieden. Man würde dabei Rußland unterschätzen und die ganze Weltlage falsch beurteilen. Es entstand endlich eine Hoffnung und nun sehen wir, daß diese Hoffnung plötzlich zu verschwinden scheint. In diesem Moment ist ohne jedes Signal, ohne jede von der sozialdemokratischen Partei gegebene Parole, in den Massen der Gedanken wach geworden: Wenn diese Hoffnung vergeht und nichts zu essen da ist, haben wir nichts mehr zu verlieren. Das ist die Stimmung in der Bevölkerung. Wir können nicht schweigend zusehen, wie ein paar Herren in Brest-Litowsk ihre Politik, vielleicht die Politik anderer machen und das Schicksal der Friedensverhandlungen vielleicht gegen den Willen der österreichischen Friedenunterhändler aufs Spiel setzen. Man kann in Brest-Litowsk nicht verhandeln, ohne die Völker Oesterreichs mit am Tisch sitzen zu lassen.

Wenn auch nicht als Person, aber es muß doch das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für unser aller Schicksal dort am Tische sein. Wir müssen von der Regierung hören, was sie will. In jedem anderen Lande wäre im Dezember das Parlament für permanent erklärt worden (und Deutschland? Red. d. „Vorw.“) und jede Regierung würde sagen, sie müsse selbstverständlich mit allen Vertretern der Völker, auch derjenigen, die jetzt gerade unbequem sind, jede Fühlung haben. Die Ausschaltung des Parlaments bedeutet nicht nur für die Abgeordneten, sondern auch für die Massen draußen eine ganz unmögliche Situation. **Es kann nicht zugegeben werden, daß die Abgeordneten stumm sind und aus den Zeitungen erfahren müssen, daß ein General auf**

den Tisch schlägt, mit dem Säbel gerasselt wird und der Friede in Gefahr kommt. Bei der Politik ist weder das österreichische noch das deutsche Oberkommando notwendig.

In allen Völkern und selbst bei jenen Staatsmännern der Entente, die am meisten gewohnt sind, durch aufgeregte Reden das Kriegsfeuer zu unterhalten, ist das Bewußtsein lebendig, daß der Krieg nicht fortgehen könne und zu Ende gebracht werden müsse. (Dr. Kalischer: Bei Lloyd George sieht man das nicht!)

Dr. Adler: Selbst bei Lloyd George! Das Reden allein ist es nicht! **Wir wollen den allgemeinen Frieden, wir wollen ihn bedingungslos**, wir knüpfen daran nicht die Erwerbung eines Königreichs. Die sozialdemokratische Partei hat die Selbständigkeit Polens von jeher als eines der Ziele der Demokratie angesehen. Sie ist auch heute dafür. **Sie wäre auch für eine Angliederung Krakaus an Warschau zu haben, nicht aber für eine Angliederung Warschaws an Krakau. Dies darum nicht, weil wir dann in Verhältnisse kommen, die unmöglich sind und die im Widerspruch mit dem Wollen der Völker stehen. Wenn die Verhandlungen in Brest-Litowsk nicht vernünftig geführt werden, werden wir die Möglichkeit verpassen, daß sich an die Verhandlungen über den Separatfrieden der allgemeine Friede schließt; denn die Verhandlungen in Brest-Litowsk haben eine Bedeutung weit über das Verhältnis zu Rußland hinaus. Die vom Grafen Czernin aufgestellte Formel hat uns in Europa das Ansehen verschafft, daß wir die möglichen Träger der Lösung des Weltkonflikts sein können. Das soll nicht zerstört werden.** Wir verlangen, daß das Parlament fortlaufend über die Dinge, die in Brest-Litowsk und sonst in der Welt vorgehen, Auskunft gegeben werde, aber wir verlangen auch, daß uns nicht nur erzählt wird, was vorgeht, sondern **daß man auch höre, was die Massen aller Völker wünschen.**

Mit den Versuchen der Verschweigung und Verschleierungen möge man endlich aufhören. Es geht nicht an, daß man in den Zeitungen liest, was in England, Frankreich, Deutschland und Rußland vorgeht, dabei aber über Oesterreich nichts erfährt. Hat man ja ernsthaft versucht, die gegenwärtige Aufstandsbewegung in Wien und Niederösterreich, von der jedermann weiß, in den Zeitungen zu unterdrücken. Durch das Totschweigen solcher Dinge müssen die abenteuerlichsten Gerüchte entstehen. Es geht nicht an, die ohnehin schwierige Lage durch die Zensur noch zu erschweren. In den Ernährungsschwierigkeiten möchte ich nur ganz kurz sagen: Man muß mindesten so viel tun, daß die begründete Meinung entsteht, daß das Hungern nicht weitergehen wird, als es unbedingt gehen muß Wir verlangen, daß die Regierung alles tut, einen dauernden, allgemeinen Frieden herbeizuführen.

Die weiteren Verhandlungen sind aus den telegraphischen Berichten in der Hauptsache bekannt. Hervorgehoben zu werden verdient aber noch eine Rede des Deutschbürgerlichen Zenker, in der er folgendes sagte:

Man glaubt durch Unterdrückung der Zeitungen und Ausschaltung des Parlaments etwas zu erreichen und sieht nur die Gefahren, die aus der Stimmung des Volkes für den Frieden entstehen können, nicht aber die Gefahren, die durch ungeschickte Vertreter heraufbeschworen werden. Das Bürgertum will ebenso, wie die deutsche Arbeiterschaft lediglich einen Frieden ohne Annexionen und würde sich gegen ein Scheitern der Verhandlungen mit allen Mitteln stellen. **Ich warne die Regierung, heute eine Klasse gegen die andere auszuspielen. Das deutsche Bürgertum hat nicht die Absicht, für den Gewinn von Riga den Krieg auch nur einen halben Tag weiterzuführen. Die Zugehörigkeit der Ostseeprovinzen zu Preußen ist auch für das deutsche Bürgertum kein Kriegsziel.**

Die kläglich gescheiterten Versuche, in Wien Siegfriedensversammlungen abzuhalten, beweisen schon, wie ein durch und durch deutsches Bürgertum über diese Frage denkt. **Soweit es sich um Völker handelt, welche vor dem Kriege keine staatliche Selbständigkeit besessen haben und die durch den Zerfall des Zarenreiches und die Wirkungen des Krieges gewissermaßen frei herausgefallen sind, muß ihnen das entscheidende Wort über ihre Zukunft eingeräumt werden. Es ist daher nicht verständlich, warum man eine Volksabstimmung in Polen nicht zulassen wolle. Es ist das ein Beweis dafür, daß wir und noch mehr Deutschland eine solche Abstimmung nicht riskieren können, gleichwohl aber diese Land haben möchten. Das jüngst veröffentlichte Programm Wilsons könnte die Grundlage zu einer Diskussion bieten. Ich warne davor, die Verhandlungen in Brest-Litowsk durch einen schnoddrigen Ton oder durch Säbelrasseln zu gefährden.** - Das war am 17. Januar. Am Tage darauf - kam Czernins Erklärung.

Die Verzihtsaktion und das schmerzliche Ereignis.

Graf Czernin hat vor zwei Tagen gesagt: „er „hafte und bürge“ dafür, daß „der Friede unsererseits nicht an Eroberungsabsichten scheitern wird, wir wollen nichts von Rußland, weder Gebietsabtretungen noch Kriegsentschädigungen“. Der „Vorwärts“ betrachtet diese Aeußerungen Czernins als eine direkte Folge der „politischen Spannung“ in Oesterreich-Ungarn, insbesondere der Reden der Abgeordneten Adler, Zenker usw. Der „Vorwärts“ tritt, wie kaum gesagt zu werden braucht, mit Begeisterung für den Standpunkt Czernins ein und sagt: „Es darf keinen Unterschied auch nur der Nuance geben zwischen Hertling und Czernin.“ Die deutsche Regierung dürfe sich nicht vom eigenen Volke isolieren. **Und wenn Oesterreich-Ungarn, Rußland und das deutsche Volk miteinander über den Frieden einig seien, so dürfe die deutsche Regierung sich nicht ausschließen wegen der inneren Folgen, welche ein solcher Zustand haben müsse.**

Also Graf Czernin, die österreichisch-ungarische Sozialdemokratie und die russischen Bolschewisten stehen zusammen, um das Deutsche Reich zu einem unbedingten und vollständigen Verzicht im Osten zu zwingen; es fehlt nur noch, daß Graf Czernin auch dafür „haftet und bürgt“. Die Absicht und die Art dieser Gruppierung ist uns keineswegs überraschend, aber in diesem Augenblick muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden. Der „Vorwärts“ ist der Ansicht, daß der Augenblick gekommen sei, einen großen Schlag zu machen und den Reichskanzler zu seinem Willen zu zwingen, überhaupt alle Hemmungen für die Verzichtsmehrheit zu beseitigen. Das Konzert ist allerdings, wie wir zu unserem Erstaunen konstatieren für die deutsche Sozialdemokratie unerwartet, durch die Petersburger Ereignisse gestört worden. Der „Vorwärts“ spricht von einem „geschichtlichen Ereignis, dessen schmerzliche Bedeutung nicht verkannt werden“ könne. Dieses schmerzliche Ereignis wirft mit eins alle schönen Theorien des Grafen Czernin und die politischen Beweisführungen der deutschen und österreichisch-ungarische Sozialdemokratie über den Haufen.

Das schmerzliche Ereignis bedeutet, daß Rußland alles eher als einig ist und gibt unserer wiederholten Frage, wo denn „Rußland“ und wo die „russische Seele“ jetzt eigentlich zu suchen sei, recht. Das schmerzliche Ereignis breitet auch einen kräftigen unfreiwilligen Humor über die Brest-Litowsker Verhandlungen. Man fühlt sich versucht, die schüchterne Frage aufzuwerfen, was die Unterhändler der Mittelmächte von Brest-Litowsk zurückgebracht haben. Graf Czernin hat auch durch beständiges Ausrufen des Verzichts nichts erreicht und versucht nun wenigstens zu erreichen, auch dem Deutschen Reiche völligen Verzicht aufzunötigen, damit das Deutsche Reich zum mindesten keine Sicherung und auch insofern keinen Machtzuwachs nach Osten erhalten. Die deutschen Unterhändler kehren tatsächlich ohne Ergebnis zurück, aber ruhmgekrönt, wie sich von selbst versteht.

Die Bolschewisten haben nach wie vor die Macht in Rußland, jedenfalls allem Anschein nach, und üben sie nicht gerade nach den edlen Grundsätzen des „Selbstbestimmungsrechtes“, aber morgen kann das Bild ganz anders aussehen. Alles ist in der Schwebe und den Aussichten nach völlig unberechenbar. Die einzigen sicheren Faktoren sind die deutsche Macht und die Stellung der deutschen Front im Osten, andererseits die militärische Ohnmacht Rußlands.

Das Deutsche Reich steht nach wie vor im schweren Kampfe um sein Dasein, und zu den äußeren Feinden sind die eingangs erwähnten Kräfte und Faktoren gekommen, um nicht nur das Deutsche Reich im Osten zum Verzicht und zur politischen Niederlage zu zwingen, sondern auch, und das ist eine Hauptsache, um durch eine solche Entscheidung im Osten die Art späterer Entscheidungen im Westen zu präjudizieren.

Auf die Rolle Oesterreichs-Ungarns in dieser Hinsicht kommen wir zurück. Heute sei dazu nur wiederholt, daß wir diese Sache als sehr ernst ansehen und der ebenso bestimmten und klaren Auffassung sind, daß das Deutsche Reich bzw. die deutsche Regierung unter allen Umständen das deutsche Lebensinteresse und zwar das nationale Interesse, das Reichsinteresse, positiv und unbeirrt gegen die skizzierten Bestrebungen durchzusetzen hat. Vieles Reden und Fordern und Selbstüberhebung mögen berechnete Eigentümlichkeiten sein, aber sie sind, wenn sie als solche erkannt werden, keine Machtfaktoren.

E.R.

Ende der Aufstandsbewegung der Arbeiter – Befriedigende Mitteilungen der Regierung

Wien, 20. Jänner. Gestern abends fanden Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Arbeiterschaft statt über die Forderungen der Arbeiterschaft. Nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten über die Friedensfrage, des Ministers für Volksernährung über den Pflegedienst und den Ministers des Innern über die Reform des Gemeindewahlrechtes sowie des Landesverteidigungsministers über die Kriegsleistung und die Militarisierung nahmen die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft eine Resolution an, welche die Erklärungen mit Befriedigung zur Kenntnis nimmt und der Arbeiterschaft Oesterreichs die sofortige Aufnahme der Arbeit empfiehlt.

Die „Mitteilungen an die Arbeiter“, welche auch heute als einziges Blatt erscheinen, veröffentlichen einen diesbezüglichen Aufruf an die Arbeiterschaft.

*

*

*

Wien, 20. Jänner. auch heute sind außer den „Mitteilungen an die Arbeiter“ keine Zeitungen erschienen.

Die Mitteilungen veröffentlichen einen Bericht über die Verhandlungen der Abordnung der Arbeiterschaft mit der Regierung, die gestern abends im Ministersalon des Abgeordnetenhauses stattfanden und an denen der Ministerpräsident Dr. R.v.Seidler, der Ernährungsminister GM. Höfer, der Minister des Innern Graf Toggenburg, der Landesverteidigungsminister v. Czapp einerseits und die Vertreter der Arbeiterschaft unter der Führung der Abgeordneten Seitz, Renner, Domes und Hanusch andererseits teilnahmen.

Die Erklärungen der Regierung

Nach einer kurzen Ansprache des Abg. Seitz erklärte der Ministerpräsident, es sei ihm gerade in der gegenwärtigen ernsten Zeit, die ein inniges und einträchtiges Zusammenwirken aller am Wohle des Staates interessierten Schichten ganz besonders erfordere, sehr erwünscht, mit den erschienenen Vertretern der Arbeiterschaft in unmittelbarem Kontakt treten zu können. Die Regierung wolle sich über alle von der Deputation erwähnten Fragen mit voller Aufrichtigkeit und Klarheit äußern und glaube, daß der Standpunkt, auf den sich die Regierung hinsichtlich der einzelnen Punkte stelle, ein derartiger sei, daß er von der Arbeiterschaft mit vertrauensvoller Zustimmung entgegengenommen werden könne.

Was zunächst die **Friedensfrage** anlangt, so sei der Ministerpräsident in der Lage folgende Erklärung abzugeben:

Es ist der sehnlichste Wunsch Seiner Majestät, ehebaldigst den Krieg durch einen ehrenvollen Frieden zu beenden. Im Sinne dieser Intentionen Seiner Majestät des Kaisers und in Beobachtung der von ihr wiederholt bekanntgegebenen Richtlinien ihrer Politik hat die k. u. k. Regierung alles, was in ihrer Macht steht, getan und wird sie auch in Zukunft alles, was ihr möglich ist, tun, um den allgemeinen Frieden möglichst bald herbeizuführen. Ist derzeit nur der Sonderfriede mit Rußland möglich, so fällt die Verantwortung dafür auf die Ententemächte, die alle unsere wiederholten Friedensangebote ausgeschlagen haben. Dessenungeachtet hält die Regierung an dem Ziele eines möglichst baldigen allgemeinen Friedens fest. Es liegt ihr nach wie vor fern, die Erreichung dieses Zieles durch irgendwelche Eroberungsabsichten zu erschweren, und sie hält nach wie vor an der Ueberzeugung fest, daß internationale Vereinbarungen über die Abrüstung und über Schiedsgerichte die geeignetste Grundlage zu einem allgemeinen Frieden zu bieten vermögen.

Was die Friedensverhandlungen mit Rußland anlangt, erklärt die k. u. k. Regierung wiederholt, daß sie keinerlei territoriale Erwerbungen auf Rußlands Kosten anstrebt. An solchen Plänen können und werden daher die Friedensverhandlungen nicht scheitern. Was insbesondere Polen anbetrifft, so betrachtet die k. u. k. Regierung Polen als selbständigen Staat, der seine Beziehungen zu uns selbständig zu regeln hat, wobei unsererseits selbstverständlich auch den gesetzgebenden Körperschaften beider Staaten der Monarchie der verfassungsmäßige Einfluß auf diese Regelung gewahrt bleiben wird. Es liegt uns demnach ganz fern, Polen seine Staatsform oder irgendwelche Beziehungen zu uns diktieren zu wollen. Die k. u. k. Regierung erklärt sich bereits damit einverstanden, daß es der Bevölkerung Polens überlassen werden soll, durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage ihre staatliche Ordnung zu regeln, und sie hat die Meinung ausgedrückt, daß dies am besten durch eine auf breiter Grundlage gewählten konstituierenden Versammlung geschehen kann. Die k. u. k. Regierung erklärt sich auch bereit, wirksame Garantien zu vereinbaren, damit die Bevölkerung Polens ihre Entscheidung in voller Freiheit treffen könne und diese Freiheit durch die Okkupationsbehörden in keiner Weise beeinträchtigt werden.

Die Forderung der russischen Regierung nach **Räumung der besetzten Gebiete** mußte die k. u. k. Regierung allerdings ablehnen; dies geschah aber nicht etwa aus dem Grunde, weil wir die militärische Okkupation dazu benützen wollen, das Selbstbestimmungsrecht des polnischen Volkes in irgend einer Richtung zu schmälern, sondern ausschließlich deshalb, weil wir bei Fortdauer des Krieges an den anderen Fronten und angesichts der noch nicht gefestigten inneren Verhältnisse Rußlands diese Gebiete nicht ohne Gefährdung unserer militärischen Interessen räumen können. Doch sind wir diesbezüglich der Frage der Befristung der Okkupation bestrebt, ein Kompromiß mit der russischen Regierung zu finden, und wir hoffen, daß dies bei gutem Willen auf beiden Seiten gelingen wird.

Da die Monarchie bei der Lösung aller dieser Fragen von keinen eigennützigen Absichten sich leiten läßt und da sie beriet ist, den Wünschen der russischen Regierung so weit entgegenzukommen, als dies unsere Interessen gestatten, haben wir das absolute Vertrauen, daß bei ebenso gutem Willen auf der anderen Seite die Verhandlungen an diesen Fragen nicht scheitern werden.

Bezüglich der **Verhandlungen mit der ukrainischen Republik** ist die k. u. k. Regierung in der angenehmen Lage, mitteilen zu können, daß diese Verhandlungen bereits sehr weit gediehen sind und einen baldigen befriedigenden Abschluß erhoffen lassen.

Die k. u. k. Regierung anerkennt die patriotische Opferwilligkeit der breiten Volksmassen, die seit dreieinhalb Jahren sowohl an der Front als auch im Hinterlande unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Pflicht erfüllt haben und den Wunsch daraus als gerechtfertigt erscheinen läßt, daß die Bevölkerung und ihre Vertreter über den Gang der Friedensverhandlungen unterrichtet werden. Der k. u. k. Regierung liegt es daher durchaus fern, den verfassungsmäßigen Einfluß der Delegationen und gesetzgebenden Körperschaften der beiden Staaten der Monarchie auf unsere auswärtige Politik einschränken zu wollen und sie ist insbesondere jederzeit bereit, die gewählten Vertreter des Volkes über ihre Absichten und über den Gang der Verhandlungen freimütig zu unterrichten. Die k. u. k. Regierung glaubt, daß die Informierung der Volksvertreter über den Fortgang und die Ergebnisse ihrer Bemühungen um den Frieden dazu beitragen wird, das notwendige Vertrauen der Bevölkerung zu unserer auswärtigen Politik zu festigen. Schließlich verweise ich auf die bereits am gestrigen Tage verlautbarte Erklärung des Ministers des Aeußeren, die besagt: Die Verhandlungen mit den Vertretern der Regierung von Petersburg und Kiew sind in vollem Gange. Deren Verlauf ist allerdings langwierig und schwierig.

Ich hafte und bürge jedoch dafür, daß **der Friede unsererseits nicht an Eroberungsabsichten scheitern** wird. Ich nehme kein Wort von dem zurück, was ich als Friedensprogramm der Monarchie aufgestellt habe. Wir wollen nichts von Rußland, weder Gebietsabtretungen noch Kriegsentschädigungen; wir wollen nur ein freundschaftliches, auf sicherer Grundlage beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und auf dem gegenseitigen Vertrauens beruht.

Die Erklärung der Arbeitervertreter.

Nachdem die Arbeiterdeputation erklärt hatte, das Ergebnis der Besprechung den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft bekanntzugeben, sprach schließlich der Ministerpräsident den Wunsch aus, die Arbeiter mögen aus diesen Darlegungen volle Beruhigung schöpfen und die unterbrochene Arbeit wieder aufnehmen. Es handele sich darum, durch volle Anspannung aller Kräfte diesen Krieg abzukürzen, der ja gerade die breiten Schichten der Bevölkerung so schwer belastet und dessen baldige ehrenvolle Beendigung wir alle in gleicher Weise von Herzen wünschen.

Die Beendigung des Streiks.

Nachdem Dr. Adler den Mitgliedern der Regierung für deren Bemühungen gedankt und die rascheste Mitteilung der Antwort an die Arbeiterschaft in Aussicht gestellt hatte, begab sich die Abordnung zur Vertrauensmännerversammlung der Arbeiterschaft, welche nach einem Referat des Abg. Seitz und einer kurzen Debatte eine Resolution annahm, welche die

Erklärung der Regierung in der Friedensfrage mit Befriedigung zur Kenntnis nimmt und in Würdigung der Zugeständnisse der Regierung in den Fragen der Volksernährung und der Demokratisierung des Gemeindewahlrechtes und der Einführung des Frauenwahlrechtes sowie bezüglich der Aufhebung der Militarisierung der Kriegsbetriebe der ausständigen Arbeiterschaft Oesterreichs die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit empfiehlt.

In diesem Sinne veröffentlichen die Mitteilungen gleichzeitig an der Spitze einen Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen mit der Aufforderung, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Geister, die man rief ...

Dieser Aufsatz unseres Wiener Vertreters vom 17. Januar geht uns heute zu. Er behandelt die nach dem „Vorwärts“ in Oesterreich augenblicklich bestehenden „sehr starken politischen Spannungen“. Wir haben, um im Rahmen des „Vorwärts“ zu bleiben, diese Kennzeichnung der österreichischen Dinge unsererseits stets an den Stellen der Ausführungen unseres Wiener Vertreters eingesetzt, wo dieser sich in anderer Form verständlich machte. Der Wert der Meldung der „B.Z.a.M“, Teilstreiks in Wien und anderen Städten Oesterreichs seien beigelegt, ist nicht nachzuprüfen. Der Abg. Hofmann machte gestern im preußischen Abgeordnetenhaus die österreichischen Ereignisse zum Gegenstand eines Zwischenrufs.

Wien, 17. Januar. Was man in hochstehenden Kreisen mit ängstlichem Gemüt und schlotternden Gliedern schon lange befürchtet hat, ist nun eingetroffen. Die „Demokratisierung“, mit der man von maßgebenden amtlichen Stellen aus sogar sehr lebhaft geliebäugelt hat, so lange man glaubte, daß dadurch den auch in nichtsozialdemokratischen Kreisen sehr beliebten Bestrebungen nach Herbeiführung eines „Friedens ohne Gebietsabtretungen“ Vorschub geleistet werden könne, reckt sich nun als drohendes Gespenst auf und bedeutet eine ernste Gefahr für diejenigen, die es gerne als Popanz benutzt hatten, um die zu schrecken, die sich in ihrer vaterländischen Ueberzeugung nicht irre machen lassen, daß ein Verzichtfrieden das größte Unheil für die Mittelmächte bedeuten würde. Es zeigt sich jetzt deutlich, wie bedenklich dieses Spielen mit dem Feuer gewesen ist. Die Einschränkungen und Verklausulierungen des Begriffes „Selbstbestimmungsrecht“ der Völker, das man sich zu eigenem Gebrauch in unseren diplomatischen Kreisen zurecht gelegt hatte, haben es keineswegs zu verhindern vermocht, daß sowohl die slawischen Parteien Oesterreich-Ungarns als auch die Sozialdemokraten jetzt mit täglich wachsendem Ungestüm darauf beharren, daß das Selbstbestimmungsrecht so ausgelegt und anerkannt werde, wie sie es wünschen und wie es die Vertreter der Bolschewiki in Brest-Litowsk getan haben. Mit einem Wort, der revolutionäre Standpunkt Trotzki-Braunsteins [*Lew Dawidowitsch Bronstein, nannte sich ab 1902 Leo Trotzki ; *07.11.1879 - +21.08.1940 ermordet in Mexiko; jüdischer Abstammung*] soll durch einen Terrorismus sondergleichen den Völkern Oesterreich-Ungarns und Deutschlands aufgenötigt werden.

Die vorgestern in einer großen Anzahl in unserer Betriebe, die der Munitionserzeugung und der sonstigen Versorgung der Armee dienen, zum Ausbruch gekommenen „sehr starken politischen Spannungen“ haben zwar die von den Behörden verfügte Kürzung der Mehlquote um die Hälfte des bisherigen Ausmaßes zur Vorwand, es ist aber offensichtlich, daß die eigentlichen Beweggründe für die von der sozialdemokratischen Parteileitung verfügten „Spannungen“ rein politischer Art sind. An der Spitze der Forderungen, von deren Erfüllung die sozialdemokratischen Führer die vorläufige „Entspannung“ abhängig machen – diese Forderungen wurden im Ton eines Ultimatums gestellt – steht das Verlangen, daß Brest-Litowsk unbedingt nur ein Verzichtfrieden geschlossen werden darf, daß dort nichts geschieht, worüber die sozialdemokratische Partei nicht vorher unterrichtet wurde.

Es ist dann eigentlich nur mehr eine selbstverständliche Schlußfolgerung aus diesen „Bedingungen“, daß auch dafür gesorgt werde, daß den Sozialdemokraten in irgend einer Form die Teilnahme an den Friedensverhandlungen gewährt werde. Diese Forderung bedeutet natürlich einen vollständigen Umsturz alles dessen, was bisher für die Führung von Friedensverhandlungen in monarchischen Staaten Geltung gehabt hatte. Es handelt sich um eine Vorbereitung des Bodens dafür, daß dereinst auch bei uns jene Bestrebungen zur Herrschaft gelangen, die durch die derzeitigen Machthaber in Rußland vertreten wurden. Ein Entgegenkommen an die sozialdemokratischen Forderungen in der Friedensfrage würde natürlich die Folge haben, daß auch den slawischen Parteien die direkte Einflußnahme auf diese Verhandlungen nicht mehr verwehrt werden könnte.

Das terroristische Auftreten der sozialdemokratischen Partei, die die allerdings durch die Unfähigkeit unserer Regierungskreise verschuldeten Ernährungs-Schwierigkeiten vorschiebt, um „sehr starke politische Spannungen“ zu veranstalten, die in diesem Augenblick nichts anderes sind als eine den Feinden geleistete Hilfe, also nackter Hochverrat, sollte, würde man meinen, doch denjenigen die Augen öffnen müssen, die die Geister riefen, die man jetzt nicht mehr loswerden kann. **Wenn die Sozialdemokraten vereint mit den staatsfeindlichen Parteien die Forderung aufstellen, daß kein Friedensvertrag geschlossen werden darf, an dessen Zustandekommen sie nicht mitgewirkt haben, der nicht von ihnen ausdrücklich gutgeheißen worden ist, dann weiß man nicht mehr, wie man es verhüten soll, daß das Programm der russischen Revolution sich bei uns auch noch nach anderen Richtungen hin wird durchsetzen wollen.**

Wenn Lenin und Trotzki es sich zum höchsten Ruhm und als größtes Verdienst anrechnen, daß sie die Dynastie Romanow beseitigt haben, **so ist gar nicht einzusehen, ob die Helfer und Bundesgenossen der**

Bolschewikis in unserer Mitte nicht auch eines schönen Tages die Frage der Umgestaltung unserer Monarchien in Republiken aufwerfen. Daß sie systematisch daran arbeiten, ihren Einfluß zu erweitern und zu vertiefen, geht auch daraus hervor, daß unter den „Bedingungen“, von welchen sie die Ausschaltung der „starken Spannungen“ abhängig machen wollen, auch die ist, daß so rasch wie möglich die Wahlen für die Gemeindevertretungen auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Stimmrechts durchgeführt werden. Diese Forderung wird vielleicht auch die christlichsoziale Mehrheit des Wiener Gemeinderats mit ihrem Oberhaupt, dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner, darüber belehren, daß sie in einem argen, wohl kaum wiedergutzumachenden Irrtum befangen waren, als sie zu der Friedensfrage eine klare Stellungnahme vermieden und sich weit eher dem sozialdemokratischen Standpunkt des Verzichtfriedens näherten. Dieses einer konservativen und dynastischen Partei sehr übel anstehende Entgegenkommen wird den Christsozialen, wenn es zu Wahlen kommt, wahrlich nicht das geringste nützen. Man wird sie ohne die geringste Rücksicht beiseite schieben, um sich an ihre Stelle zu setzen. **Und man wird dieses Schicksal nicht bedauern können, denn die christlichsoziale Partei hatte die Pflicht gehabt, mit aller Entschiedenheit dagegen aufzutreten, daß die Geister des Umsturzes beschworen werden, die jetzt solchen Schrecken verbreiten.**

Berliner Tageblatt - Nr.37 – 1918 – Montag, 21. Januar - Morgen - S.1

**Überschriften: S.1 - Der Frieden mit der Ukraine.
- Die Konstituante von den Bolschewiki gesprengt. (in Petersburg)
S.2 - Italienischer Hilferuf nach Paris und London.**

Le Temps – Nr. 20652 – Montag, 21. Januar 1918 – S.1

Reserve Necessaire

Angesichts der Ereignisse in Petrograd und Wien glauben wir, daß die französischen Zuschauer bei ihren Urteilen nicht vorsichtig genug sein können. Der Krieg hat eine Phase erreicht, in der Fehleinschätzungen Menschenleben kosten können.

Die Verfassungsgebende Versammlung Rußlands trat trotz der Drohungen der Maximalisten zusammen, und die Mehrheit ihrer Mitglieder bezog Stellung gegen das Regime Lenin und Trotzki. Die Minderheit trennte sich. Kann sich die französische öffentliche Meinung heute zu diesem Konflikt äußern?

Die Verfassungsgebende Versammlung symbolisiert Legalität. Inwieweit wurde diese Gesetzmäßigkeit bei den Wahlen respektiert, wenn man bedenkt, daß die große Mehrheit der Wähler aus Analphabeten besteht? Wir wissen es nicht. Das ist jedoch nicht die Frage. Frankreich ist in einen Kampf verwickelt, von dem seine Existenz abhängt, und darf in Rußland nicht nach Abstraktionen sondern muß nach Ergebnissen suchen. Aber wir erzielen Ergebnisse nur, wenn wir von Fakten ausgehen. Auf dem Gebiet der Fakten gibt es derzeit kaum zwei Kriterien, anhand derer wir ein russisches Regime beurteilen können: intern seine Fähigkeit, die Ordnung wieder herzustellen; außen der Widerstand gegen den deutschen Imperialismus.

Sicherlich wird niemand behaupten, daß das maximalistische Regime Ordnung wiederhergestellt hat und niemand mach sich Illusionen über die „Republik der Sowjets“, die die Bolschewiki von der Verfassungsgebenden Versammlung ausrufen lassen wollten. Aber was taten die Sozialrevolutionäre, Gegner der maximalistischen Partei, als sie unter dem Kabinett von Herrn Kerenski ihr volles Ausmaß an Einfluß und Macht zur Schau stellen konnten? Die Erklärung der Arbeiterrechte, die von den Bolschewiki der Verfassungsgebenden Versammlung vorgelegt wurde, enthält eindeutig eklatante Ungerechtigkeiten und gewaltige Utopien, aber war das Agrarreformpaket gerecht und anwendbar, das letzten Sommer von Herrn Tchernof, Führer der mehrheitlichen Antimaximalisten, befürwortet wurde?

Vor der Eröffnung der Verfassungsgebenden Versammlung stellten sie Sozialrevolutionäre ihre Friedensideen vor. Sie beschuldigten das maximalistische Regime nicht, mit Deutschland verhandelt zu haben, sondern beschuldigten es ungeschickter Verhandlung, ohne Erfolg die westlichen Verbündeten in die Verhandlungen mit einzubeziehen. Sie spotteten über die Drohungen eines „heiligen Krieges“ der Maximalisten an die Adresse Deutschlands – ein Spott, durch viele militärischen Erwägungen gerechtfertigt, aber auch inspiriert von politischen Erwägungen. Einer unserer Mitarbeiter - – telegraphierte uns vor einigen Tagen aus Petrograd: „Die Frage von Frieden und Krieg ist zum Ausgangspunkt für die internen Kämpfe der Parlamentsfraktionen geworden.“ Der militante Pazifismus der einen ist für uns kaum gefährlicher als der tränenreiche Pazifismus der anderen. Mehr noch: Wenn die deutschen Ambitionen zum Scheitern der

aktuellen Konferenzen führten, könnten wir angesichts der gegenwärtigen Lage vielleicht von den „Volkskommissaren“ die Fähigkeit erwarten, das letzte Potenzial Russlands zu wecken.

Dieser Eindruck eines Zeugen mag nur vorübergehend zutreffend sein, aber wir werden erkennen, daß die Haltung des Herrn Trotzki in Brest-Litowsk und die Angriffe der deutschen Zeitungen gegen die Bolschewiki eher die Meinung unseres Mitarbeiters bestätigen würden. Alles geschieht so, als ob Deutschland, behindert durch die starren Theorien der Maximalisten, versuchen würde, das Lenin-Trotzki Regime zu isolieren oder aus dem Gleichgewicht zu bringen, indem es mit den ukrainischen Delegierten, die über die Nahrungsmittel und Industriereserven Rußlands verfügen, ein geheimes Abkommen aushandelt, und auf die Unzufriedenheit der arbeitenden Massen Petrograds, die weder Frieden noch Brot erwarten, spekuliert. Die Ereignisse werden zeigen, ob es tatsächlich ein erfolgreiches Manöver der deutschen Diplomatie ist, was die Ergebnisse mit der Ukraine nahelegen. Die derzeitige Situation ist so unklar, daß die französische Öffentlichkeit die Pflicht hat, sich Zurückhaltung zu zeigen um die Handlungsfreiheit der französischen Regierung, die dies zu händeln weiß, nicht durch vorzeitige Meinungskundgebungen einzuschränken. Aus ganz anderen Gründen bedürfen die Veranstaltungen in Österreich gleichermaßen Vorsicht in der Behandlung.

Momentan ist es schwierig zu erkennen, inwieweit die Wiener Regierung vom pazifistischen Druck der Arbeiter, der auf sie ausgeübt wurde, befreit ist, und inwieweit Herr von Kühlmann die Proteste der österreichischen Diplomatie bedauert, durch die Stimmung der Arbeiter auf diese ausgeübt, die sich gegen die brutalen Forderungen des preußischen Generals Hoffmann und eine Rückkehr von Herrn v. Bülow in die Wilhelmstraße, aussprachen. Eine Auseinandersetzung zwischen dem deutschen Außenminister und Graf Czernin scheint nicht vorzuliegen, noch daß die Beziehungen zum österreichischen Ministerium unter Herrn v. Seidler leiden, noch daß eine Abneigung gegen die sozialistischen Abgeordneten vorliegt, die Streiks und Demonstrationen lancieren. Es ist sicher absurd zu behaupten, die österreichische oder deutsche Diplomatie würden diese Streiks befürworten. Doch allem Anschein nach versuchen beide sich mit der neuen Situation zu arrangieren, und nichts deutet auf eine revolutionäre Agitation hin, die radikal die Institutionen Österreichs oder nur ihre Politik verändern könnte.

Vergessen wir nicht, daß Graf Czernins Politik bisher darin bestand, anzukündigen, österreichische Truppen an die französisch-englische Front zu entsenden, zu erklären, Elsaß-Lothringen bleibe deutsch und zu behaupten, Österreich werde nie einen Separatfrieden schließen, den Alliierten mit neuen ungenannten Forderungen zu drohen, für den Fall, daß sie sich weigern würden, sofort Frieden zu schließen. Dieses Programm gilt immer noch? Als Antwort auf Herrn Lloyd George und auf Präsident Wilson, die Österreich eine so ehrenvolle Möglichkeit boten, sich zu erklären, hat Graf Czernin bisher noch nicht ein einziges Wort gesprochen.

Aber wenn die Alliierten die Pflicht auf eine Rücklage haben, so gibt es in Europa eine Gruppe Männer, die nicht das Recht haben, in Inaktivität zu verharren: das sind die deutschen Sozialisten. Wenn sie handeln würden, wäre das revolutionäre Rußland nicht dem brutalen Willen des preußischen Militarismus ausgeliefert. Wenn sie handeln würden, wären die österreichischen Arbeiter nicht alleine in ihrem Protest gegen die annexionistische Politik des deutschen Generalstabs. Wir sehen einmal mehr, daß die offizielle Sozialdemokratie, die die kaiserliche Regierung im Kampf gegen die Minderheit unterstützte, nicht weiß, was sie sagen soll, wenn es Zeit zum Handeln ist. Wir stellen fest, daß die der Sozialdemokratie angeschlossenen Gewerkschaften, die so stolz auf ihre große Mitgliederzahl und ihre gut gefüllte Kasse, wissen nur, wie man für das Kriegsamt arbeitet, wo selbst General Groener, des Liberalismus verdächtig, nicht bleiben konnte. Zur Zeit, da die Volkskräfte im Norden, Osten und selbst im Süden Deutschlands agieren, was macht diese deutsche Demokratie, die den Krieg beenden und den Frieden garantieren sollte?

Text im Original auf Französisch:

Devant les événements qui se produisent à Petrograd et à Vienne, nous croyons que les spectateurs française ne sauraient être trop prudents dans leurs jugements. La guerre est arrivée à l'une de ces phases critiques où les erreurs d'appréciation peuvent coûter bien des vies humaines.

La Constituante russe s'est réunie malgré les menaces des maximalistes, et la majorité de ses membres a pris position contre le régime Lénine-Trotzky. La minorité a fait sécession. L'opinion française peut-elle se prononcer dès aujourd'hui sur ce conflit?

La Constituante symbolise la légalité. Dans quelle mesure cette légalité a-t-elle été respectée au cours des élections, étant donné que la grande masse du corps électoral se compose d'illettres? Nous ne savons. Seulement, toute la question n'est pas là.

Engagée dans une lutte dont son existence dépend, la France ne doit pas chercher en Russie des abstractions, mais des résultats. Or on n'atteint des résultats qu'en partant des faits. Et dans le domaine des faits, il n'y a guère que deux

critériums sur lesquels nous puissions juger en ce moment un régime russe: au dedans, son aptitude à rétablir l'ordre; au dehors, sa résistance à l'impérialisme allemand.

Certes personne n'ira soutenir que le régime maximaliste a rétabli l'ordre, et personne n'a d'illusions sur la «République des Soviets» que les bolcheviks voulaient faire proclamer par la Constituante. Mais qu'ont fait les socialrévolutionnaires, adversaires du parti maximaliste, quand ils pouvaient donner toute la mesure de leur influence et de leurs capacités sous le cabinet de M. Kerensky? La Déclaration des droits des ouvriers, apportée à la Constituante par les bolcheviks, renferme manifestement des injustices criantes et des utopies redoutables mais était-il juste et applicable, le projet de réforme agraire que préconisait l'été dernier M. Tchernof, aujourd'hui chef de la majorité antimaximaliste?

Avant l'ouverture de la Constituante, les social-révolutionnaires ont exposé leurs idées sur la paix. Ils ne blâmaient pas le régime maximaliste de négocier avec l'Allemagne, mais ils lui reprochaient de négocier maladroitement, sans parvenir à entraîner dans ses pourparlers les alliés d'Occident. Ils raillaient les menaces de «guerre sacrée» à que les maximalistes adressent à l'Allemagne - raillerie que justifiaient beaucoup de considérations militaires, mais qu'inspiraient aussi des considérations politiques. Un de nos collaborateurs - les temps sont trop troublés pour qu'on imprime ici son nom - nous télégraphiait de Petrograd il y a quelques jours « La question de la paix et de la guerre est devenue un tremplin pour les luttes intérieures-des groupes parlementaires. Le pacifisme militant des uns n'est guère plus dangereux pour nous que le pacifisme larmoyant des autres. Bien plus: si les ambitions allemandes faisaient échouer les colloques actuels, c'est peut-être des «commissairesdu peuple», étant donné l'état présent, que nous pourrions attendre la plus effective aptitude à remuer les derniers potentiels de la Russie. »

Cette impression d'un témoin peut n'être que momentanément exacte, mais on reconnaîtra que l'attitude de M. Trotsky à Brest-Litovsk et les attaques des journaux allemands contre les bolcheviks confirmeraient plutôt l'opinion de notre collaborateur. Tout se passe comme si l'Allemagne, gênée par les théories rigides des maximalistes, s'efforçait d'isoler ou de disloquer le régime Lénine-Trotsky, en négociant un accord secret avec les délégués ukrainiens qui détiennent les réserves alimentaires et industrielles de la Russie, et en spéculant sur le mécontentement des masses ouvrières de Petrograd, qui ne voient arriver ni paix, ni pain. Les événements montreront si telle est bien la manœuvre de la diplomatie allemande, et si cette manœuvre peut réussir, comme des indices le font croire en Ukraine. En attendant, la situation est assez obscure pour que le public français ait le devoir de rester sur la réserve, afin de ne limiter par aucune manifestation intempestive la liberté d'action dont le gouvernement française saura sans doute user.

Pour des motifs tout différents, les événements d'Autriche imposent une égale réserve.

Il est difficile de voir, pour l'instant, jusqu'à quel point le gouvernement de Vienne est lâché de la pression pacifiste que les ouvriers exercent sur lui, et jusqu'à quel point M. de Kühlmann lui-même déplore les protestations que la diplomatie autrichienne, poussée par le sentiment populaire, a fait entendre contre les exigences brutales du général prussien Hoffmann et contre une rentrée éventuelle de M. de Bülow à la Wilhelmstrasse. Il ne paraît pas que le secrétaire d'Etat allemand se soit brouillé avec le comte Czernin, ni que celui-ci soit en mauvais termes avec le ministère autrichien présidé par M. de Seidler, ni que ce ministère ait une profonde repulsion pour les députés socialistes qui s'efforcent de canaliser les grèves et les manifestations. Assurément, il serait absurde de prétendre que le gouvernement autrichien ou la diplomatie allemande ont favorisé les grèves. Mais d'un et l'autre s'efforcent probablement de s'adapter à ce fait nouveau, et rien n'indique jusqu'à présent qu'on se trouve en face d'une grande agitation révolutionnaire capable de changer radicalement les institutions de l'Autriche ou tout au moins sa politique.

Or la politique du comte Czernin, nous ne pouvons pas l'oublier, a consisté jusqu'ici à annoncer l'envoi des troupes autrichiennes sur le front franco-anglais, à déclarer que l'Alsace-Lorraine rester allemande, à affirmer que l'Autriche ne pourra jamais se retirer séparément de la guerre, à menacer les alliés d'exigences nouvelles et mystérieuses pour le cas où ils refuseraient de conclure immédiatement la paix. Ce programme tient-il toujours? En réponse à M. Lloyd George et au président Wilson, qui fournissaient à l'Autriche une occasion si honorable de s'expliquer, le comte Czernin n'a pas encore trouvé le moyen de dire un seul mot.

Mais si les alliés ont le devoir de garder la réserve, il y a en Europe un groupe d'hommes qui n'ont pas le droit de demeurer dans l'inaction: ce sont les socialistes allemands. S'ils agissaient, la Russie révolutionnaire ne serait pas abandonnée à la volonté brutale du militarisme prussien. S'ils agissaient, les ouvriers autrichiens ne seraient pas réduits à protester seuls contre la politique annexionniste de l'état-major allemand. Nous constatons une fois de plus que la Sozialdemokratie officielle, qui a servi le gouvernement impérial et qui s'est servie de lui pour combattre les minoritaires, ne sait que répandre des paroles quand vient l'heure d'agir. Nous constatons que les syndicats affiliés à la Sozialdemokratie, si fiers de leurs nombreux effectifs et de leurs caisses bien garnies ne savent travailler que pour le compte de ce Kriegsamt où le général Groener, suspect de libéralisme, n'a même pas pu rester. Au moment où tant de forces populaires s'agitent au nord, à l'est et même au sud de l'Allemagne, que fait-elle, cette démocratie allemande qui devait, abréger la guerre et garantir la paix?

Sozialdemokratische Störung einer Vaterlandspartei-Versammlung.

Leipzig, 21. Januar. Hier ist eine Aufklärungsversammlung der „**Deutschen Vaterlandspartei**“, bei der Admiral Graf Baudissin über unsere Weltmachstellung in England hätte sprechen sollen, von sozialdemokratischen Genossen durch wüsten Radau vereitelt worden. Die einleitenden Worte des Vorsitzenden, Geh. Rat Dr. Brandenburg, wurden ruhig angehört. Als aber Graf Baudissin das Wort ergreifen wollte, verlangte der unabhängige Sozialdemokrat, Abgeordneter Ryssel, freie Aussprache, Teilung der Redezeit zwischen dem Vortragenden und den Versammlungsteilnehmern, sowie Wahl eines Bureaus. Dies waren unerfüllbare Vorschläge, da zu ihrer Annahme die Genehmigung der Polizei erforderlich gewesen wäre.

Geh. Rat Brandenburg kam soweit entgegen, für demnächst eine öffentliche Versammlung über den gleichen Gegenstand mit freier Aussprache zuzugestehen unter der Voraussetzung, daß Graf Baudissin ungestört angehört würde. Die sozialistischen Rauhebeine ließen aber den Redner nicht zu Worte kommen, offenbar fürchteten sie die Eindruckskraft seiner Ausführungen. Als auf den Antrag des anwesenden Führers der Fortschrittler, Fabrikbesitzers Hugo Graf, eine vorgenommene Abstimmung die festgestellte Zweidrittelmehrheit der Versammlung für ein ungestörtes anhören des Vortragenden ergab, ließen sich die Störenfriede nicht abweisen, so daß schließlich das Hausrecht ausgeübt werden mußte. Die Sozialisten entfernten sich zwar langsam, aber der größte Teil verharrte noch unter Johlen und Singen, sodaß Geh. Rat Brandenburg die Versammlung schließen mußte mit der Aufforderung, der gerechten Empörung über dieses schamlose und durch und durch unfreiheitliche Treiben Ausdruck zu geben durch Beitrittserklärungen zur Vaterlandspartei. Dies ist auch in ansehnlicher Weise geschehen. Der allgemeine Eindruck war der: so geht es nicht weiter, wir dürfen das siegreiche Deutschland nicht in ein russisches Chaos gleiten lassen. Die Unkrautsaat Bethmann-Erzberger-Scheidemann schießt allzu üppig in die Halme und die deutsche Regierung hat die Pflicht, mit starker Hand zu jäten, wenn sie überhaupt eine Ernte der ungeheuren Volksoffer dieser drei Kriegsjahre in den Scheunen zu bergen hoffen darf.

Die bayerischen Sozialisten

Die bayerische sozialistische Zeitung „**Münchener Post**“ veröffentlichte einen Grundsatzartikel, in dem sie die deutsche Politik in Brest-Litowsk scharf verurteilte. Die Zeitung schreibt:

Die deutschen Militärdelegierten forderten eine gewisse Ausdehnung der litauischen und polnischen Gebiete oder drohten, den Krieg fortzusetzen. Die deutschen diplomatischen Delegierten haben sich auf falsches Terrain begeben, indem sie das Selbstbestimmungsrecht der Völker in einer Weise interpretiert haben, die bei den Russen und auch beim deutschen Volk ernste Zweifel an ihrer Aufrichtigkeit aufkommen lässt.

Diese falsche Politik des deutschen Militärs und der deutschen Diplomaten hat zu Schwierigkeiten geführt, die den Friedensschluss gefährden. Es ist daher notwendig, dass Deutschland seine Haltung ändert, um diese Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen. Wenn die deutsche Regierung nicht in diesem Sinne handelt, wird der innere Frieden in Deutschland gestört werden.

Vaterlandspartei und Arbeitermarseillaise.

Köln, 20. Januar. Die von der Deutschen Vaterlandspartei einberufene Versammlung, in der Kaplan Schopen über das Thema „Von Bismarck bis Hindenburg“ sprechen sollte, war Stunden vor Beginn bereits hauptsächlich von Anhängern der Sozialdemokratie überfüllt. Als der Versammlungsleiter erklärte, daß der Referent am Erscheinen verhindert sei, erhob sich ein furchtbarer Lärm. Aus der Versammlung heraus verlangt man, daß andere Redner unter Zusicherung der Redefreiheit das Wort nähmen; darauf drohte der Versammlungsleiter, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen. Die Teilnehmer gingen unter Hochrufen auf Frieden und Absingen der Arbeitermarseillaise auseinander.

Der russische Staatsstreich.

Der „große Tag für Rußland“, den gestern der „Vorwärts“ ankündigte, hat einen trüben Ausgang genommen. Die russische Konstituante, für deren Zustandekommen am 6. und 7. November die Bolschewiki ihren Aufstand unter der Parole „Für die Konstituante und den Frieden“ machten, deren Zusammentritt sie dann nach Kräften hinauszögerten und die sie dann doch am 18. Januar zusammenkommen lassen mußten, ist nach einer anderthalbstündigen Beratung von denselben Bolschewiki auseinandergejagt worden. Die Herren machen ganze Arbeit und handhaben die Freiheit, die sie meinen, so radikal, wie es kein Zar gewagt hätte. Volksvertretung ist für die Vertreter des freien Volkes eine heilige Sache; aber die Volksvertretung muß tun, was ihr befohlen wird, sonst hat sie ihr Daseinsrecht verscherzt.

Das russische Volk hat in freien Wahlen nach einem Wahlgesetz, das, wie gestern der „Vorwärts“ preisend darlegte, das „fortgeschrittenste und vollendetste der Welt“ ist, seine Vertreter gewählt, aber dabei das unverzeihliche Verbrechen begangen, nicht die Vertreter der augenblicklichen Machthaber zu wählen, sondern in großer Mehrheit Leute, die von den Bolschewisten nichts wissen wollen. Das war grober Undank und Verkennung der geschenkten Freiheit, denn das Wahlrecht ward ihm doch von den Demokraten nicht gegeben, um seine Meinung und seinen Willen auszusprechen, sondern um die demokratische Freiheits- und Revolutionsregierung zu stützen. Die Bolschewiki hatten in ihrer großzügigen Weise schon versucht, das Wahlergebnis zu korrigieren, indem sie einfach gewählte Vertreter anderer Parteien nicht anerkannten, oder in ganz besonders rückständigen Bezirken die Mandate zu gleichen Anteilen verteilten. Aber auch das half ihnen nicht eine Mehrheit zu gewinnen, und so verzögerten sie zunächst die Einberufung der Konstituante, die am 11. Dezember erfolgen sollte, bis zum 18. Januar, an welchem Tage sich die Konstituante durch Drohung mit allgemeinen Streik, durch die Widerstandserklärung der großen Verkehrsverbände den Zusammentritt erzwang.

Nunmehr verlangten die Bolschewiki von der Konstituante von vornherein die Erklärung, daß sie, da sie nach den Grundsätzen der Oktoberrevolution gewählt sei, nicht berechtigt sei, sich gegen die Regierung der Bolschewiki aufzulehnen. Man denke, daß eine veraltete monarchische Regierung Aehnliches von ihrer Volksvertretung verlangt hätte – welche Entrüstung hätte die Welt erzittern lassen, über solche rohe Vergewaltigung des Volkes? Aber die Demokratie hat von jeher ihre eigenen Begriffe über Freiheit und Selbstbestimmung des Volkes gehabt, und wenn unsere eigene Demokratie noch weiter in die Halme schießt, können wir auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts auch noch allerlei erleben, wie schon heute die Vorgänge in einem Nachbarstaat, über die man nicht reden darf, klar beweisen. Außer dieser Erklärung, die von der Konstituante mit Zweidrittelmehrheit gegen die Bolschewisten und Linkssozialrevolutionäre abgelehnt wurde, sollte für die Erklärung der Arbeiterrechte, die Abschaffung des Privateigentums, die Bewaffnung der Arbeiter und die Entwaffnung der müßigen Klassen, sowie das Recht des Arbeiters auf seine Arbeit, den Arbeitszwang und endlich die Ungültigkeitserklärung der Anleihen beschließen. Eine reich gehäufte Schüssel mit radikalsten Umwälzungen, bei der die Volksvertretung nicht ohne weiteres zulangen wollte.

So wurde sie am ersten Tage ihres Zusammenseins von den Matrosen um 4 Uhr morgens auseinandergejagt. Selbst der „Vorwärts“ empfindet diese Empfehlung demokratischer Regierungsmethode etwas blamabel und spricht von einem geschichtlichen Ereignis, dessen schmerzliche Bedeutung nicht verkannt werden wird. Die deutsche Sozialdemokratie sei zwar im sozialistischen Endziel und im Streben nach dem Frieden mit den Bolschewiki einverstanden, aber nicht mit ihren Auffassungen und Methoden. Sollte diese Verschiedenheit der Methoden nicht ihren Grund in dem anders gearteten Widerstand zu suchen sein, den die sozialistischen Bestrebungen bislang noch bei uns finden?

Die Diktatorgewohnheiten haben sich unser Bolschewiki auch schon lange angemaßt und suchen sie namentlich auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu betätigen. So sucht denn der „Vorwärts“ seinen Trost für das schmerzliche Ereignis in dem Befehle, daß Deutschland in Brest-Litowsk zu einem Frieden gelangen müsse, der von Rußland nichts wolle. Graf Czernin habe sich dem Machtgebote der österreichischen Sozialdemokraten bereits gebeugt, Graf Hertling müsse dasselbe tun.

Wir aber fragen, ob die Fortsetzung der Verhandlungen in Brest-Litowsk mit den Bolschewisten überhaupt noch einen Sinn hat. Gerade vom demokratischen Standpunkt aus müßte man das verneinen; denn der Staatsstreich beweist doch, daß die Bolschewisten ihr Regiment nicht auf die Mehrheit des russischen Volkes, sondern lediglich auf Gewalt stützen, und daß daher ihre Abmachungen von der Volksvertretung umgeworfen werden, sobald es gelingt, sie aus der Gewalt zu verdrängen. Daß aber ein großes Volks ich auf die

Dauer von einer Minderheit im Namen der Freiheit derart vergewaltigen läßt, wie es den Russen zurzeit von den Bolschewiki geschieht, ist zum mindesten wenig wahrscheinlich. Die Auflösung der Konstituante wird voraussichtlich das Zeichen zum neuen Bürgerkrieg geben, aus dem die Maximalisten kaum als Sieger hervorgehen dürften. Der Friede, den wir mit den Bolschewisten schließen können, kann nur ein Friede auf Zeit sein, der jeden Tag umgestoßen werden kann. Hat es Zweck, die Verhandlungen in Brest-Litowsk fortzusetzen, um einen solchen Scheinfrieden in endlosen Verhandlungen – nicht zu erlangen?

Tägliche Rundschau - Nr.38 – 1918 – Montag, 21. Januar - Abend - S.3

Eine sozialistische Stimme zu den englischen Reden.

Die „**Neue Zeit**“, das wissenschaftliche Parteiorgan [der SPD], warnt im Gegensatz zum „Vorwärts“ eindringlich davor, die Friedensreden Lloyd Georges und Hendersons für eine ernste Möglichkeit der Kriegsbeendigung anzusehen. Henderson und Lloyd George würfen sich die Schlagwortbälle nach Verabredung zu. **Für jeden, der nicht politisch völlig blind sei, sei die Absicht klar, daß man lediglich den Sonderfrieden in Brest-Litowsk vereiteln wolle, indem man eine Geneigtheit Englands zum Abschluß eines allgemeinen Friedens vortäusche.** Bisher habe dieses Spiel nur einen mittelmäßigen Erfolg gehabt, man werde es aber mit Hilfe der interalliierten Sozialistenkonferenz wiederholen. **Man werde dort vorschlagen, sofort eine sozialistische Friedenskonferenz nach Stockholm, Kopenhagen oder Christiania einzuberufen – aber natürlich müßten bis dahin die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk ausgesetzt werden.** In Wahrheit habe sich das englische Kriegszielprogramm, auch das der Arbeiterpartei, in keiner Weise geändert – nur einige unverbindliche Redensarten gegen den Imperialismus und die kapitalistische Ausbeutung seien eingeschaltet.

Das ist alles sehr zutreffend; charakteristisch ist, daß solche Darstellungen innerhalb der sozialdemokratischen Presse nur in den wissenschaftlichen Organen der Partei erscheinen, die den breiten Massen nicht zugänglich sind, während die sozialdemokratischen Tagesorgane es so hinstellen, als ob das Friedenshindernis nicht England sei, sondern die deutschen Machtpolitiker, wie Deutschland überhaupt, und dadurch die Stimmung der Massen aufreizen. Der Zweck, der damit verknüpft werden soll, ist die gereizte Stimmung zu neuen Forderungen der Regierung gegenüber zu benutzen.

Die Neue Zeit - 1.Band, Nr.16 – 1918 – Freitag, 18. Januar - S.380

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

Aus der internationalen sozialistischen Bewegung. – Henderson und Lloyd George.

Als die in Nr.15 der Neuen Zeit zum Abdruck gelangten Ausführungen über die Londoner Konferenz und die neue Kriegszielenkschrift der englischen Labour Party niedergeschrieben wurden – zwei Tage vor dem Zwischenfall in Brest-Litowsk –, waren nur erst kurze Auszüge der englischen Presse aus dem Inhalt der Denkschrift bekannt. Die seitdem eingetroffenen Meldungen bestätigen in allen Zeilen, daß tatsächlich nur die Forderung, Elsaß-Lothringen müsse unbedingt an Frankreich zurückgegeben werden, eine gewisse Abschwächung erfahren hat; alle anderen wichtigen Forderungen das alten, auf der Londoner Konferenz vom 14. Februar 1915 einstimmig angenommenen Programms sind geblieben. Wer daran noch zweifelt, wird durch den „Populaire“, das Blatt der französischen sozialistischen Minderheit, das eine genaue Übersetzung dieser der Londoner Arbeiterkonferenz vorgelegten und von ihr gegen 13 Stimmen angenommenen Denkschrift bietet, eines Besseren belehrt. So heißt es zum Beispiel darin bezüglich Italiens und der Türkei (nach dem französischen Text):

„Die britische Arbeiterbewegung erklärt ihre warme Sympathie für die Völker italienischer Rasse und Sprache, die, außerhalb der widersinnigen Grenzen geblieben, sich nicht verteidigen konnten, und die durch frühere diplomatische Abmachungen vom Königreich Italien getrennt worden sind, und sie (die britische Arbeiterpartei) unterstützt ihre Wiedervereinigung mit ihren Brüdern und ihrer Rasse. Sie erkennt auch an, daß Maßnahmen nötig sein dürften, um die berechtigten Interessen Italiens in den benachbarten Meeren zu sichern; aber sie hat keine Sympathie mit den Eroberungsabsichten des italienischen Imperialismus und meint, daß alle berechtigten Notwendigkeiten durchgeführt werden können, ohne daß die Bedürfnisse anderer Völker beeinträchtigt oder ihre Ländereien annektiert zu werden brauchen.“

Und in Bezug auf die Türkei heißt es:

„Die britische Arbeiterbewegung verurteilt alle Pläne, welche die von der Türkei unterworfenen Völker unter ihrer Herrschaft belassen. Was Armenien, Mesopotamien und Arabien anbelangt, so dürfen diese Gebiete keinesfalls unter der Thyrannei des Sultans und der Paschas verbleiben. Die britische

Arbeiterbewegung hat keinerlei Sympathie mit den imperialistischen Zielen der Regierung und Kapitalisten, die diese Territorien oder andere gegenwärtig von den Türken beherrschten Gebiete als bloße Objekte der Ausbeutung und Instrumente des Militarismus ansehen. Wenn es nicht angeht, in diesen Ländern die Völker selbst ihr eigenes Schicksal bestimmen zu lassen, dann fordert die britische Arbeiterschaft in Übereinstimmung mit der Formel „Keine Annexionen“, daß sie unter die Verwaltung einer Kommission gestellt werden, die ihres Amtes unter der Garantie und der übernationalen Autorität des Bundes der Nationen waltet.

Sie ist ferner der Ansicht, der Weltfriede verlange, daß Konstantinopel zu einem dauernd neutralisierten Freihafen gemacht und mit den Meerengen der Dardanellen sowie, wenn möglich, allen angrenzenden Gebieten Kleinasiens oder Teilen derselben unter diese unparteiische Verwaltung gestellt werden.“

Ferner soll, wie weiter gefordert wird, Palästina den Türken genommen und zu einem freien jüdischen Staat gemacht werden – unter internationaler Garantie. Ob darunter ein Aufsichtsrat des „Bundes der Nationen“ verstanden wird oder eine Aufsicht, die auf eine bloße Protektion Englands hinausläuft, wird nicht gesagt.

Selbstverständlich spricht sich auch die Denkschrift allgemein für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen aus. Tatsächlich gefordert wird dieses Recht jedoch nur für Luxemburg und Polen – nicht für Finnland, die Ukraine und die anderen sogenannten russischen Fremdvölker und noch weniger für das unterdrückte Irland und für Ägypten, Malta, Zypern, Ostindien usw. soweit englischer Besitz in Betracht kommt, scheidet für die Labour Party einfach das Selbstbestimmungsrecht der Nationen aus.

Ähnlich steht es mit der Behandlung der Kolonialfrage in der Denkschrift, die die Frage, ob Kiautschou im Besitz der Japaner bleiben oder an China zurückfallen und wie die Kolonialverhältnisse Ozeaniens geordnet werden sollen, ebenfalls kurzweg beiseite schiebt und nur Afrika in Betracht zieht. Der betreffende Passus in der Denkschrift lautet nämlich:

„Was die Kolonien der Kriegführenden im tropischen Afrika, von einem Ozean bis zum anderen anbetrifft, also die Gebiete nördlich des Zambesi und südlich der Sahara oder genauer jener zwischen dem 15. nördlichen und dem 15. südlichen Breitengrad, die jetzt schon unter internationaler Kontrolle stehen, so bekundet die britische Arbeiterbewegung keinerlei Sympathie mit der imperialistischen Absicht, sie zur Einflußspähre einer einzigen Nation zu machen, um sie dem Profit der Kapitalisten auszuliefern oder sie in den Dienst militaristischer Regierungszwecke zu stellen. Wenn es nicht durchführbar scheint, die Völker dieses Gebietes ihr eigenes Schicksal bestimmen zu lassen, dann schlägt sie vor, um die Interessen der Humanität vor ihrer Vernachlässigung durch die Kriegführenden zu bewahren, daß die jetzigen europäischen Kolonien im tropischen Afrika, soweit sie in der genannten Zone liegen, unter die Aufsicht des „Bundes der Nationen“ gestellt und ihre Verwaltung unter der Autorität eines legislativen Rates als eines unabhängigen afrikanischen Staates mit eigener Regierung nach folgenden Grundsätzen organisiert wird:

1. In jedem Gebiet muß Rücksicht auf die Volksstimmung genommen werden, soweit diese sich bestimmen läßt (quand ils peuvent etre precises).
2. Schutz der Eingeborenen gegen Ausbeutung und Bedrückung sowie Wahrung der Stammesinteressen.
3. Sämtliche Einnahmen dieses afrikanischen Staates sollen allein für sein Wohlergehen und seine Entwicklung verwendet werden.
4. Dauernde Neutralisierung dieses afrikanischen Staates, Nichtteilnahme an irgendwelchen internationalen Streitigkeiten oder zukünftigen Kriegen.“

Demnach soll also ganz Südafrika mit Einschluß der ehemaligen Burenstaaten, Betschuanalands, Südrhodesias und Westrhodesias unter englischer Herrschaft verbleiben, ebenso auch Ägypten und der eigentliche Sudan – eine sehr schöne Abgrenzung des neuen afrikanischen Staates, der dadurch auf jene Völkerschaften beschränkt wird, die am wenigsten zu jeder Selbstverwaltung befähigt sind.

Wie ein Vergleich der neuen Denkschrift mit der früheren vom Februar 1915 lehrt, hat sich demnach im ganzen an dem Kriegsprogramm der Labour Party recht wenig geändert, nur haben es die Revisoren es für nötig gehalten, einige unverbindliche Redewendungen gegen den Imperialismus und die kapitalistische Ausbeutung einzuschalten. **Warum aber dann die von England aus in die holländische und skandinavische Presse lancierte Meldung, die auch zum Teil in unsere Parteipresse übergegangen ist, die Revision der Denkschrift wäre eine gründliche und deren Annahme auf der Londoner Konferenz bedeute eine entschiedene Friedenskundgebung der englischen Arbeiterschaft?**

Weil die Verbreitung dieser Auffassung zum Gelingen des zwischen Lloyd George und Henderson geplanten politischen Ballspiels nötig war. Nachdem die Konferenz der Labour Party und der dem Gewerkschaftskongreß eingeschlossenen Verbände die neue Kriegszielenkschrift angenommen hatte, wandten sich ihre Leiter damit sofort an Huysmans, Branting und an den Sowjet in Petersburg, indem sie letzterem dringend von der Fortsetzung der Friedensberatungen abrieten, auf die angebliche Schwenkung der englischen Arbeiterschaft hinwiesen und einen baldigen allgemeinen Frieden in Aussicht stellten. Zugleich wurde Lloyd George der Beschluß formell überreicht, und dieser als geschickter Diplomat fing sofort den ihm von der Firma Henderson & Co zugeworfenen Ball auf. Acht Tage vorher hatte er noch verkündet, der Krieg könne nur durch einen Sieg der Entente zu Ende geführt werden; nun berief er die Vertreter der Gewerkschaften zu sich und erklärte ihnen, er sei auch für einen Verständigungsfrieden und erkenne einen Teil der Kriegszielforderungen der Labour Party als berechtigt an. Niemals habe das englische Volk imperialistische Ziele verfolgt und Deutschland niederkämpfen wollen, nur von seinen militaristischen Herrschaftsplänen wolle man Deutschland befreien, „damit es alle seine Kraft den großen gemeinnützigen Aufgaben der Welt widme.“

Nach dieser Einleitung folgte dann eine an die bolschewistische Regierung gerichtete Warnung, sich bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk nicht von den Preußen einwickeln zu lassen. Es liege absolut nicht in der Absicht Preußens, die eroberten russischen Gebiete zurückzugeben, sondern sie unter irgendwelchen Vorwänden dem „preußischen Reiche“ einzugliedern.

Nachdem Lloyd George ausjüngliert hatte, übernahm sofort wieder Henderson den Ball. In einer von Reuter mit großem Tamtam verbreiteten Besprechung der Rede Lloyd Georges bestätigte er diesem, daß er sich – wenn auch nicht ausreichend – gewandelt hätte, identifizierte sich teilweise mit den antiimperialistischen und antimilitaristischen Anschauungen der Bolschewiki und **richtete dann an die „russischen Kameraden“ einen Appell, sobald sie mit den Mittelmächten sich über bestimmte Friedensfragen geeinigt hätten, nicht daraufhin sogleich Frieden zu schließen, sondern zunächst die Abmachungen „allen Regierungen und Völkern“ (das heißt den Ententemächten) zur Gutachtung zu unterbreiten, damit diese sich entscheiden könnten, mitzutun.**

Der Zweck dieses Fagballspiels ist für jeden, der nicht politisch blind ist, völlig klar: der russischen bolschewistischen Regierung soll einerseits vorgespiegelt werden, daß sie in Brest-Litowsk eingeseift werde, und andererseits, daß man in England jetzt zum Abschluß eines allgemeinen Friedens bereit sei, damit die russische Regierung zur Einstellung der Verhandlungen in Brest-Litowsk oder mindestens zur mißtrauischen Hinauszögerung eines Sonderfriedensabschlusses greift. Tatsächlich hat man ja auch erreicht, daß die russische Regierung stutzig wurde und die Verhandlungen in Brest-Litowsk nicht fortsetzen wollte, bis die Erkenntnis, daß Rußland dringend des Friedens bedarf, sie doch wieder nach Brest-Litowsk getrieben hat.

Es hieße jedoch Lloyd George wie auch Henderson unterschätzen, wenn man annehmen wollte, sie würden sich mit dem Scheitern ihres Spiels zufrieden geben. Es scheint keineswegs ausgeschlossen, daß Henderson und seine Gesinnungsfreunde, obgleich sie durch ihr Verhalten auf der Konferenz der Ententesozialisten in der Londoner Westminster Hall am 28. August vorigen Jahres die Abhaltung des geplanten sozialistischen Friedenskongresses in Stockholm hintertrieben haben, **nun plötzlich entdecken, die zukünftige Friedenssicherung, die Demokratie, das Völkerecht oder auch der Sozialismus verlange, daß nicht in Brest-Litowsk bloß zwischen Regierungen über den Frieden verhandelt werde, die Völker müßten vielmehr selbst am Friedensschluß teilnehmen, und deshalb müsse sofort eine sozialistische Friedenskonferenz nach Stockholm, Kopenhagen oder Christiania einberufen werden – bis zu deren Tagung „natürlich“ die Verhandlungen in Brest-Litowsk auszusetzen wären.** Wer weiß, ob nicht schon in den nächsten Tagen auf der Jahreskonferenz in Nottingham hierfür die Losung ausgegeben wird.

Vossische Zeitung - Nr.37 – 1918 – Montag, 21. Januar - Morgen - S.1

Nach Valentini. – Von Georg Bernhard.

[Georg Bernhard, *20.10.1875 - +10.02.1944; jüd. Journalist und Publizist]

Der Kaiser hat das Abschiedsgesuch seines Geheimen Kabinettsrats und Chefs seines Zivilkabinetts v. Valentini mit einem besonders gnädigen Handschreiben bewilligt, das im „Reichsanzeiger“ am Sonnabend veröffentlicht worden ist. Der so überaus warme Dank des Monarchen an seinen langjährigen Diener, der seit dem August 1908 dauernd in seiner engsten Umgebung weilte, ist sicher mehr als eine bloße Form. Denn man weiß, daß der Kaiser, der überhaupt sehr ungern mit seiner Umgebung wechselt, diesem Manne ganz besonders verbunden war. Es ist an dieser Stelle verschiedentlich der wenig segensreiche politische Einfluß beleuchtet worden, den der Kabinettschef v. Valentini ausgeübt hat. Dieser Einfluß ist hoffentlich mit der Bewilligung seines Abschiedes ein für allemal erledigt. Und es läge kaum Veranlassung vor, auf sein Wirken

noch weiter einzugehen, wenn nicht auch bei der Behandlung dieser Angelegenheit in der Presse sich wieder eine eigentümliche Erscheinung gezeigt hätte, die nachgerade zu einer öffentlichen Gefahr zu werden droht.

Die staatsrechtliche Stellung des Königlichen Zivilkabinetts in Preußen ist rein theoretisch betrachtet außerordentlich klar. Es war bis in den Anfang des vorigen Jahrhunderts hinein die Vermittlungsstelle, die sich zwischen die Departements, die etwa den heutigen Ministerien entsprechen, und den König schob. Durch die Verordnung vom 27. Oktober 1810, durch die die obersten Staatsbehörden in Preußen ihre neue Verfassung erhielten, wurde das Kabinett des Königs diejenige Behörde, aus der die Befehle und Entscheidungen hervorgingen, soweit diese nicht persönlich vom König in den Staatsratssitzungen erfolgten.

Da – abgesehen von den Militärpersonen – der erste Vortrag im Kabinett dem Staatskanzler zustand, so war in allen Sachen, die nicht den König persönlich angingen, also in allen Staatsgeschäften jeder Art, dem ersten Minister in Preußen der volle Einfluß auf das Kabinett und damit auch auf die Entscheidungen des Königs gesichert. Nachdem das Staatskanzleramt fortgefallen war, wurden zunächst einige Minister zu Kabinettsministern ernannt und dadurch aus der Reihe ihrer Amtsbrüder herausgehoben, daß sie direkten Vortrag beim König erhielten. Seitdem Preußen ein Verfassungsstaat ist und der Artikel 44 der Verfassungsurkunde die Gegenzeichnung aller Regierungsakte des Königs durch Minister als Voraussetzung für die Gültigkeit fordert, ist naturgemäß die staatsrechtliche Stellung des Zivilkabinetts vollkommen verändert. Es ist gewissermaßen nur noch die Privatkanzlei des Königs, in der seine persönlichen Angelegenheiten, namentlich die Gnadensachen, erledigt werden und gleichzeitig der Schriftverkehr zwischen den Ministerien und dem König sich abwickelt.

Aber im Gegensatz zu dem Ministerium des Königlichen Hauses, das lediglich eine Hofbehörde ist, gehört, anders als in einer Reihe von Bundesstaaten, das Kabinett nach wie vor zu den Staatsbehörden, und seine Stellung, die theoretisch überaus klar ist, war in der Praxis je nach den Persönlichkeiten der leitenden Minister und der Könige sehr verschieden. Natürlich auch je nach der Persönlichkeit des Mannes, der an der Spitze des Kabinetts stand. Das ist ja auch nur natürlich. Denn selbst wenn man sich den Posten eines Geheimen Kabinettsrats auf das Mindestmaß zurückgeführt denkt, was er bei ganz klarer staatsrechtlicher Lage eigentlich sein sollte, nämlich auf die Stellung eines Privatsekretärs des Königs, so ist die Möglichkeit der Einflußnahme auf die königlichen Entschlüsse noch immer außerordentlich groß. Jedermann weiß, welche große Bedeutung bei führenden Männern der Politik, der Industrie, des Handels und der Wissenschaft ein gewandter Privatsekretär besitzt. Er gehört eben zur ständigen Umgebung und kann selbst die Entschlüsse der stärksten Persönlichkeiten gelegentlich durch Worte, Mienen, kurze Bemerkungen beeinflussen. Manchmal ohne, daß der Beeinflusste sich dessen überhaupt bewußt wird. Solch Einfluß wird um so stärker, wo auch nur formal, wie es bei der preußischen Kabinettskanzlei der Fall ist, alles, was vor den König kommt, durch das Privatsekretariat läuft.

Als Gegengewicht mag die Tatsache wirken, daß die preußischen Minister alle die Möglichkeit des direkten Vortrages beim König haben. Allein gerade unter der Regierung unseres Königs hat sich die Zahl der Vorträge der Minister außerordentlich verringert. Im Frieden waren die vielen Reisen des Königs diesen direkten Vorträgen nicht gerade förderlich. Und allmählich ist es dahin gekommen, daß selbst solche Staatsminister, die sich der besonderen persönlichen Gunst des Monarchen erfreuen, nur ganz selten Gelegenheit haben, dem König, dem sie verantwortlich sind, selbst Vortrag zu halten. Wenn man dazu rechnet, daß das königliche Zivilkabinett gleichzeitig auch die Vermittlungsstelle für die Reichsgeschäfte darstellt (das Reich zahlt jährlich 10 000 Mark Zuschuß zu den Verwaltungskosten des Geheimen Zivilkabinetts), so wird man ermessen können, welcher mächtiger Mann der Chef des Geheimen Zivilkabinetts sein kann, wenn er will. Dagegen schützen nicht die papiernen Schranken von Verfassungsparagraphen, und selbst wo diese Paragraphen eine so bestimmte Fassung gefunden haben wie im Artikel 79 der Luxemburgischen Konstitution von 1856 (*Il n'y a entre les membres du gouvernement et le grandduc aucune autorité intermédiaire*), ist der Einfluß des Kabinettschefs auf den Fürsten in der Praxis niemals auszuschließen.

Dazu kommt nun aber noch bei uns ein Umstand, auf den hier bereits früher einmal hingewiesen worden ist: Es ist schon im allgemeinen sehr erklärlich, daß bei allen Personenfragen, ganz gleichgültig, ob es sich dabei um die Auswahl von Ministern oder um die Vorlassung irgendwelcher Persönlichkeiten zu Audienzen handelt, ein Fürst sich bei seiner vertrauten Umgebung, auch wenn sie verfassungsmäßig nicht verantwortlich ist, Rat holt. **Wenn man nun aber bei uns selbst den Fall voraussetzt, daß der Kaiser und König bei der Auswahl seiner Minister sich in erster Linie auf politisch verantwortliche Persönlichkeiten stützt, so gibt es doch einen Fall, in dem dieser Ausweg versagt: nämlich dann, wenn es sich um die Ersetzung des Reichskanzlers oder Ministerpräsidenten handelt. Da weder das Deutsche Reich noch Preußen parlamentarisch regiert wird und mithin keine Parteimehrheit bisher in der Lage war, einen**

Ministerpräsidenten zu präsentieren, so wird in allen solchen Fällen sicher der König und der Kaiser von seiner staatsrechtlich nicht verantwortlichen Umgebung in stärkerem Maße abhängen als sonst.

Man ersieht daraus, wieviel es auf die Person des Chefs des Zivilkabinetts ankommt. Und Herr von Valentini war eine Persönlichkeit, die durchaus nicht daran dachte, die Gelegenheiten zur persönlichen Einflußnahme zu verpassen. Im Gegenteil. Er gehört mit zu jenen Faktoren der kaiserlichen Umgebung, die auf das ängstlichste bemüht waren, Persönlichkeiten vom Auge und Ohr des Kaisers fernzuhalten, die ihm Stimmungen vermitteln konnten, die der Umgebung nicht paßten. Man braucht hier an und für sich noch gar nicht an irgendwelchen bösen Willen zu denken. Es soll sogar vorausgesetzt werden, daß die verschiedenen Kabinettschefs und Generaladjutanten von ihrem Standpunkt aus jeweils glaubten, dem Monarchen am besten mit ihrer Handlungsweise zu dienen.

Aber die Tatsache der Ringbildung um unseren Kaiser, die durch das Verhalten seiner Umgebung erfolgte, kann nicht aus der Welt geschafft werden. Und es läßt sich auch nicht leugnen, daß die Art, in der der Kaiser auch während des Krieges informiert wurde, sehr oft jeder Objektivität ermangelte. Es wurden vielfach Methoden angewandt, die sich eben nur dadurch erklären ließen, daß die Informanten glaubten, einer besonders guten Sache zu dienen, die eben jedes Mittel rechtfertigte. Diese Art des Abschließens wurde dadurch erleichtert, daß **zu den besten Charaktereigenschaften des Kaisers sein Glaube an die Menschen gehört, insbesondere das Vertrauen darauf, daß die ritterliche Aufrichtigkeit und ideale Grundgesinnung des eigenen Charakters allen Persönlichkeiten ebenfalls eigen ist, mit denen er in Berührung kommt.**

Durch die geschilderten Zustände war es bei uns vor dem Krieg und auch im Kriege zu dem Zustand einer richtigen Kabinettsregierung gekommen. Wer von den leitenden Staatsmännern die Hilfe des Kabinetts hatte, fühlte sich besonders sicher, und wer in irgendeiner Weise das Mißfallen des Kabinetts erregte, der mußte unbeschadet seiner Verdienste um das Vaterland seinen Weg an allen Ecken und Enden erschwert sehen. Wir vermeiden es hier, auf Einzelfälle einzugehen, weil es uns auf das Grundsätzliche ankommt, und weil uns die Zeiten zu ernst scheinen, um hier das ausführlich dazustellen, was gegenüber dem großen Weltgeschehen um uns herum als Kleinlichkeiten anmuten könnte.

Aber gerade um der Reinigung unserer inneren Verhältnisse willen haben wir es mit großer Freude begrüßt, daß dem Abschiedsgesuch des Herrn v. Valentini von Seiten des Kaisers keine Schwierigkeiten bereitet worden sind. Man sollte meinen, daß von den gleichen Gefühlen alle beseelt sein müßten, denen es auf klare Verhältnisse ankommt, unbeschadet ihrer Parteistellung. Und vor allem dürfte man es für selbstverständlich halten, daß insbesondere die linkstehende Presse mindesten Herrn v. Valentini keine Träne nachweinen würde. Denn die linksstehenden Parteien müßten doch mehr als andere jede irgendwie geartete Kabinettspolitik verurteilen. Es liegt doch zweifellos ein Widerspruch darin, wenn man auf der einen Seite eine parlamentarische Regierungsform herbeiführen will, auf der anderen Seite aber eine Kabinettspolitik freundlich duldet, selbst wenn sie im Augenblick vielleicht die eigenen politischen Ziele fördert. Aber bei uns sind im Augenblick leider die politischen Begriffe merkwürdig verwirrt. **Seitdem im Kampf um den U-Boot-Krieg von den Reichskanzleibeamten, die Herrn v. Bethmann Hollweg nahestanden, die Bezeichnung „Alldutsche“ als Schimpfwort für alle diejenigen geprägt wurde, die nicht bis ins einzelne mit den Zielen und den Methoden der damals vom Auswärtigen Amt und der Reichskanzlei vertretenen Politik einverstanden waren,** ist in einigen Köpfen die Scheidung zwischen alldutsch und patriotisch zum Angelpunkt jeder politischen Betrachtung geworden.

In jedem anderen Lande der Welt wird augenblicklich mit Rücksicht auf die besonderen Umstände, die der Krieg geschaffen hat, nach Möglichkeit das Parteibeil begraben. In den Ländern fast unserer sämtlichen Gegner wird eine Zusammenfassung aller Kräfte angestrebt. Alle arbeiten einem Ziele zu. Jeder irgendwie brauchbare Mensch wird unbeschadet seiner Parteistellung in den Dienst des Vaterlandes gezogen. Die Tüchtigkeit entscheidet, und alles andere ist nebensächlich.

Wenn aber bei uns für die Besetzung irgendeines Staatsamtes der Name eines Anwärters auftaucht, ganz gleichgültig, ob es sich dabei um einen Gesandtenposten, um einen Ministersessel oder um einen für besondere Geschäfte brauchbaren Unterhändler dreht, so wird zunächst dessen Gesinnung beschnüffelt. Dieselben Leute, die früher unserer Regierung vorwarfen, daß ein Aktenvermerk über fortschrittliche oder gar sozialdemokratische Gesinnung genügt, um selbst ein Genie von der Staatslaufbahn fernzuhalten, betrachten es als ungeheuerlich, daß jemand, der von ihnen als alldutsch gekennzeichnet ist, überhaupt irgendwie in Betracht gezogen werden könnte. Ist diese Handlungsweise gemeingefährlich, so bekommt sie einen komischen Anstrich, wenn dieselben Leute umgekehrt plötzlich mit dem Heiligenschein ihrer Sympathie jeden verklären, über den nun zufällig gerade sogenannte alldutsche Blätter scharfe Worte schreiben. So ging es mit Herrn v. Valentini. Als in der rechts gerichteten Presse der Abgang des Herrn v. Valentini begrüßt wurde, weil er

den Monarchen scharf gegen die öffentliche Meinung abgesperret habe, da entdeckten einige Köpfe der links stehenden Presse, daß er doch ein besonders brauchbarer Mann sein müsse. Und in einem sozialdemokratischen Blatt konnte man sogar lesen, Herr v. Valentini sei ein beachtenswerter „Kühlmann-Ersatz“.

Diese Bezeichnung war ja um deswillen besonders interessant, weil man dadurch zum erstenmal erfuhr, daß in der sozialdemokratischen Partei, mindestens doch in der Redaktionsstube des betreffenden sozialdemokratischen Organs, Neigung bestand, Herrn v. Kühlmann fortzuwünschen. Aber noch überraschender war ja die Tatsache, daß man als seinen Nachfolger sich gerade den Vertreter des bisherigen Kabinettsregierung ersehnte. Alles bloß, weil Herr v. Valentini in der letzten Zeit entsprechen seiner weichen und etwas ins Furchtsame neigenden Kriegs- und Weltanschauung den sozialdemokratischen Friedensbestrebungen etwas näher gestanden hat als anderen Richtungen.

Wenn wir hier ins Einzelne gehen wollten, so könnten wir z.B. über die Vorgeschichte der Wahlrechtsbotschaft manches sagen, was jeder sozialdemokratischen Presse vielleicht doch eine etwas andere Anschauung über das Wirken gerade des Herrn v. Valentini beizubringen geeignet wäre. Aber es dürfte doch wohl am Platz sein, darauf aufmerksam zu machen, daß vor dem Krieg durch den Beistand desselben Herrn v. Valentini doch in der Umgebung des Kaisers eine wesentlich andere Auffassung über manche Dinge herrschte, als sie der Sozialdemokratie angenehm gewesen sein dürfte. Hat man denn in jenen Kreisen inzwischen jene Rolle vollkommen vergessen, die vor dem Krieg die gleichen Männer gespielt haben, die es ja doch zu verantworten hatten, daß gerade zwischen unseren Arbeitermassen und dem Kaiser beinahe unüberbrückbare Schranken errichtet zu sein schienen? Und man vergesse doch ja nicht, daß unter Herrn v. Valentini zwar in der letzten Zeit seiner Kabinettspolitik „allddeutsch“ ungefähr ebensoviel bedeutete wie früher sozialdemokratisch, daß aber schließlich sich das Blättchen ja wieder einmal wenden könnte.

Denn das ist ja gerade das Zeichen der Kabinettspolitik, daß die politischen Ideen des Monarchen nicht in einer gesunden Atmosphäre reifen können, die dadurch befruchtet wird, daß alle Strömungen der öffentlichen Meinung ungehindert auf sie wirken. Der Wille und die Anschauungen einzelner und meist nicht gerade der fortschrittlichsten Elemente suchten auf diese Ideen Einfluß zu gewinnen. Und deshalb sollte man wirklich von Herzen froh sein, wenn einer, dessen Name mit dem Begriff der Kabinettspolitik untrennbar verbunden ist, aus der Umgebung des Monarchen scheidet. Ob der neue Mann konservativ, liberal oder sozialdemokratisch, ob er allddeutsch oder anders ist, scheint dabei ganz gleichgültig. Jedermann in Deutschland, auch der Hofbeamte, hat das Recht, seine politische Ueberzeugung zu haben. Aber wer in der Umgebung des Kaisers steht, hat die Verpflichtung, andere Ueberzeugungen von seinem Fürsten nicht abzusperren. Man sollte meinen, daß es doch darauf allein ankommt.

Die Nationalitätenfrage in Preußen. – Die Erklärungen des Ministers Dr. Drews.

Ueber die Ostmarkenfrage ist im Abgeordnetenhouse wieder einmal lebhaft gestritten worden. Im Verfassungsausschuß hatten sich bei der Beratung der Wahlrechtsfrage die Vertreter der konservativen Parteien und der Nationalliberalen nicht zuletzt deshalb gegen das gleiche Wahlrecht gewandt, weil sie darin die Gefahr für das Deutschtum in den östlichen Provinzen erblickten. Man sprach die Befürchtung aus, daß der künftige Landtag dann so zusammengesetzt sein werde, daß er die bisherige Polenpolitik nicht mehr mitmachen würde. Wenn man bedenkt, daß die preußische Polenpolitik, nach häufigem Kurswechsel, in den letzten Jahrzehnten einen ausgesprochenen Kampfcharakter trug, so würde eine solche grundsätzliche Aenderung dieser Politik vom liberalen Standpunkte nur begrüßt werden können. Diese Schwenkung würde aber unseres Erachtens ganz unabhängig davon sein, ob in den Ostmarken nun ein paar mehr oder weniger Polen gewählt werden würden, denn ein aus gleichen Wahlen hervorgegangenes Abgeordnetenhaus würde statt einer konservativen eine Mehrheit von Zentrum, Linksliberalismus und Sozialdemokratie aufweisen, die allein schon genügen würden, um mit der bisherigen Ostmarkenmethode ein für alle Mal zu brechen.

Der schroffe Herrenstandpunkt, den man den preußischen Staatsbürgern polnischer Zunge gegenüber einnahm, hat, ganz abgesehen von seiner moralischen und staatsrechtlichen Unhaltbarkeit, im letzten Grunde nur die unerquicklichsten Verhältnisse in der Ostmark geschaffen, ohne etwas wirklich Positives für das Deutschtum zu erreichen. Im Gegenteil, das Polentum hat sich zur Abwehr nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich zusammengeschlossen, und die Millionensummen, die man für die Ansiedlung von Deutschen aufgewendet hat, haben eine Grundstücksspekulation in deutschen Kreisen zur Folge gehabt, die alles andere als gesund war. Herr v. Bethmann Hollweg hatte auch in dieser Frage die Konsequenzen aus den völlig veränderten Verhältnissen, die der Krieg geschaffen hat, zu ziehen begonnen.

Er beseitigte die Ausnahmebestimmungen des Enteignungsgesetzes, des Reichsvereinsgesetzes und ließ auch den lange verbotenen Religionsunterricht in polnischer Sprache in den Unterstufen der Volksschule zu. Die Polen hatten nun erwartet, daß der neue preußische Etat auch nicht mehr die Ausgaben für die Förderung des Deutschtums: Ansiedlung von Landwirten, Ostmarkenzulage für die Beamten und Unterstützung des deutschen Gewerbestandes, enthalten würde. Darin haben sie sich getäuscht. Der Abgeordnete v. Trampczynski hat aus seinem Erstaunen darüber kein Hehl gemacht; der Minister des Innern, Dr. Drews, gestand zwar zu, daß man von gewissen Repressalien gegenüber den Polen absehen wolle, daß man aber nach wie vor unbedingt den Schutz des Deutschtums aufrechterhalten müsse.

Es ist unseres Erachtens allerdings nicht möglich, daß man die nun einmal geschaffenen Kulturwerte einfach dadurch aufgibt, daß man ihre Dotierung künftighin unterläßt. Wenn man von den einseitig nationalistischen Schattenseiten der Ostmarkenpolitik absieht, muß man doch zugeben, daß rein kulturell gewertet, das deutsche Ansiedlungswerk nicht wenig dazu beigetragen hat, das wirtschaftliche Leben der östlichen Provinzen intensiver zu gestalten. Würde man daher das Ansiedlungswerk auf eine paritätische Grundlage stellen, so würde das Unternehmen noch günstigere Ergebnisse zeitigen als bisher. Wir entsinnen uns, daß seinerzeit, als im Reichstag über das Kapitalabfindungsgesetz für Kriegsbeschädigte beraten wurde, von der Regierung ausdrücklich erklärt wurde, man werde auch soweit die Ansiedlung dabei in Betracht komme, völlig unparteiisch verfahren, daß heißt, die preußischen Staatsbürger polnischer Nationalität genau so ansiedeln wie die übrigen, die ihr Leben und ihre Gesundheit vor dem Feinde in die Schanze geschlagen haben.

Hat Herr Dr. Drews diese Zusicherung vergessen? In der Unterstützung des gewerblichen Mittelstandes beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft nach dem Kriege wird man auch in den Ostmarken schließlich genau so verfahren müssen, wie in den anderen Teilen des Staates. Das gebietet einfach die Gerechtigkeit. Die Ostmarkenzulagen für die Beamten endlich sind längst schon in den Kreisen der Beamten selbst, da immer nur einige damit bedacht werden, als peinlich empfunden worden, um kein härteres Wort zu gebrauchen. Bei der kommenden Besoldungsreform sollte man sie daher den betreffenden Beamten zwar nicht nehmen, sie aber organisch in die Reform hineinarbeiten und sie allen Beamten ohne Ausnahme im Osten zukommen lassen. Auf diese Weise würde allen diesen Etatposten der verletzende Ausnahmecharakter genommen werden.

Indessen die Etatsposten für die Ostmarken waren es nicht allein, die von den polnischen Vertretern im Abgeordnetenhouse berührt wurden. Schon im Verfassungsausschusse hatte der Abgeordnete Korfanty, in überaus schweren Angriffen gegen das preußische Regierungssystem, die Frage des Selbstbestimmungsrecht

der Nationalitäten in Preußen angeschnitten und verlangt, daß dieses Problem international geregelt werde. Dieser Standpunkt konnte bei der radikalen nationaldemokratischen Richtung, die Herr Korfanty vertritt und die auf eine Wiederherstellung Polens in seinen ursprünglichen Grenzen hinausläuft, nicht weiter überraschen. Immerhin riefen seine Ausführungen scharfe Proteste der anderen Parteien, auch der Fortschrittler, hervor.

Ueberraschen mußte es aber, daß auch Herr v. Trampczynski in der gestrigen Plenarsitzung sich die Forderung Korfantys zu eigen machte. **Der Minister des Innern, Dr. Drews, ließ demgegenüber keinen Zweifel, daß die Idee und das Verlangen, für die Provinzen Posen und Westpreußen eine Art Autonomie einzuführen, für ihn vollkommen indiskutabel sei, und er lehnte jeden Vergleich mit Oesterreich ab, da Preußen ein einheitlicher Staat sei.** Wenn auch die preußische Regierung nicht immer so gedacht hat – und man braucht bloß an die Beschlüsse des Wiener Kongresses und an die Polenromantik Friedrich Wilhelms IV. erinnern – so muß man doch gestehen, daß die Einmischung fremder Staaten in die inneren Verhältnisse Preußens, wie sie nun einmal durch ein internationales Schiedsgericht gegeben wäre, und die Gewährung der Autonomie an die Polen allen Traditionen Preußens widersprechen würden. Schließlich würde auch die Verwirklichung der Autonomie bei dem Durcheinander der deutschen und polnischen Nationalität in den östlichen Provinzen auf die größten Schwierigkeiten stoßen.

So ist die Polendebatte im preußischen Landtage zu guter Letzt im Sande verlaufen. Es bleibt alles beim Alten.

Vossische Zeitung - Nr.40 – 1918 – Dienstag, 22. Januar - Abend - S.1

Polenpolitik und polnische Politik.

Die Rede, die der polnische Abg. Trampczynski gestern im Preußischen Abgeordnetenhaus hielt, verdient die ernsteste Betrachtung. Sie darf als wohlüberlegte Kundgebung der offiziellen Vertretung unserer polnischen Mitbürger gelten, und darüber hinaus als Anmeldung programmatischer Ansprüche der gesamten polnischen Nation, wie sie im Verlauf des Krieges und mit besonderer Deutlichkeit und Schärfe seit der Zweikaiser-Proklamation vom 4. November 1916 erhoben worden sind.

Es handelt sich um eine Auslegung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die letzten Endes die Loslösung der Provinzen Posen, Westpreußen und Schlesien aus dem Verband Preußens und des Deutschen Reiches fordert. Der polnische Vertreter im Preußischen Abgeordnetenhaus hat sich gescheut, die letzte Konsequenz auszusprechen, aber er hat den Standpunkt vertreten, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht an den staatlichen Grenzen halt machen dürfe, und daß ein internationales Schiedsgericht die Oberaufsicht über die gemischtsprachigen Gebiete des Deutschen Reiches übernehmen müsse, da die Polen kein Vertrauen zu einer Regelung ihrer kulturellen und nationalen Rechte auf dem Weg unserer innerstaatlichen Gesetzgebung haben.

Die Polen innerhalb und außerhalb Preußens können sich nicht dem Glauben hingeben, daß ein Staat, der sich im Vollbesitz seiner Handlungsfreiheit, seiner physischen und geistigen Kräfte befindet, je darauf eingehen könne, begründete oder unbegründete Beschwerden eines Teiles seiner Bürger dem Urteil und der Einmischung fremder Machthaber zu unterstellen. Wenn diese Forderung trotzdem erhoben wird, so kann man darin nur eine kaum verschleierte Umschreibung der Krakauer Resolution der galizischen Polen vom 28. Mai 1917 erblicken, die im wesentlichen – neben einer Verbeugung vor dem „uns gewogenen Kaiser von Oesterreich“ – folgendes besagt:

„Die Versammlung der polnischen Landtags- und Reichstagsabgeordneten stellt fest, daß die alleinigen Bestrebungen der polnischen Nation in der Wiedererlangung eines unabhängigen geeinten Polens mit dem Zugang um Meere bestehen und erklärt sich mit diesen Bestrebungen solidarisch.

Die Versammlung der polnischen Abgeordneten stellt ferner den internationalen Charakter dieser Frage fest und erklärt ihre Verwirklichung als eine Garantie eines dauernden Friedens.“

Wir halten es für erwünscht, den Tatsachen ganz offen ins Auge zu sehen und sich nicht mit dem Hinweis auf die militärische Lage zu begnügen, die ja Gott sei Dank nicht so ist, daß die polnischen Wünsche, mögen sie auch hohe und höchste Protektion diesseits und jenseits der Meere genießen, als ausschlaggebend erachtet werden müssen. In negativer Beziehung ist ja unser Standpunkt mit einem Wort gesagt: Niemals! Ein Jahrhundert staatlicher Gemeinschaft auf einem Boden, der überall Deutsche und Polen in Gemengelage aufweist, hat Beziehungen geschaffen, die schlechterdings unlösbar sind.

Wir haben durchaus Verständnis für den Idealismus, der unbekümmert um die Realitäten des Lebens von einer engeren Gemeinschaft aller Söhne des polnischen Volkes träumt. Aber denselben Anspruch können

die Nachbarvölker erheben: die Deutschen, Litauer, Weißrussen, Ukrainer. Nirgends gibt es hier feste Grenzen, sicheren Boden. Weder in der Geschichte, noch in den geographischen Verhältnissen, noch in der Statistik. Was in der Idee schön und einfach und natürlich erscheint, wird in der Welt der Wirklichkeit zu einer Quelle bittersten Streites, bei dem es kein Ende und keine Lösung gibt.

Das deutsche Volk hat sich bisher mit den Fragen des Ostens viel zu wenig beschäftigt. Namentlich in Süddeutschland hat man sich überhaupt nicht um die nationalen Sorgen des Nordostens gekümmert. Im allgemeinen begnügte man sich mit einer kritischen Stellungnahme zu dem Komplex von Handlungen und Unterlassungen, die der Begriff „preußische Polenpolitik“ vereinigt. Auch wir haben diese preußische Polenpolitik, soweit sie sich gegen Ideen und Gefühle mit staatlichen Machtmitteln wandte, und den Boden der Rechtsgleichheit verließ, stets bekämpft. Sie ist jetzt von der preußischen Regierung im Prinzip aufgegeben und sie ist ja auch heute unhaltbarer als je. Aber mit der Ablehnung falscher Maßnahmen ist es nicht getan. Mindestens so wichtig ist völlige Klarheit über die Notwendigkeit, für unser ganzes Verhalten gegenüber Ostfragen feste Richtlinien zu finden. Wenn das geschieht, wird es auch möglich sein, das ganze deutsche Volk mehr als bisher zur inneren Teilnahme an diesen lebenswichtigen Problemen zu erziehen, vor denen es, abgeschreckt durch das Hin und Her unserer amtlichen Politik, bisher gerne die Augen verschloß.

An und für sich betrachtet, erschienen die nationalen Kämpfe um ein einzelnes Rittergut, um ein Dorf, um eine Schule hinten irgendwo in Posen als etwas Kleinliches, Unnützes, und für den europäischen Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts Beschämendes. Erst der Weltkrieg hat vielen die Augen geöffnet und die Bedeutung dieser aus tausend kleinen Dingen zusammengesetzten großen Fragen völlig klar gemacht. Bisher gab es ein aktivistisches Polentum und ein im wesentlichen passifistisches [pazifistisches] Deutschtum, das es seinen Behörden und einzelnen Kampforganisationen überließ, sich mit den unangenehmen „Abwehrmaßnahmen“ zu befassen. Was dabei herauskam, war auch darnach.

Wir haben bei unserer Kritik der Verhandlungen von Brest-Litowsk auf die verhängnisvolle Bedeutung der Forderungen hingewiesen, die auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker gegenüber den russischen Unterhändlern erhoben wird. Diese Forderungen verließen den festen Boden der Erklärungen vom 25. Dezember, der allein die Möglichkeit bot, das ganze Gebiet der Ostfragen in einer Weise zu regeln, die den berechtigten nationalen Ansprüchen, den Prinzipien der Gerechtigkeit und den Erfordernissen einer großzügigen Kontinentalpolitik entsprach. Der abgeordnete von Trampczynski befindet sich formell in einer gewissen Uebereinstimmung mit der Auslegung des Selbstbestimmungsrecht der Völker, wie es von Staatssekretär v. Kühlmann den Letten und Litauern zugesprochen wurde. Gewiß liegen die Dinge in beiden Fällen außerordentlich verschieden. Kurland und Litauen sind durch die Kriegereignisse vom russischen Staatskörper getrennt worden und die nationale Zusammensetzung unserer Ostprovinzen läßt sich in keiner Weise mit den fast ausschließlich von Fremdvölkern bewohnten Grenzgebieten Rußlands vergleichen.

Aber die Aufrollung der Nationalitätenfragen, wenn sie einmal erfolgt, führt zu Konsequenzen, denen eine weitblickende Staatskunst besser vorgebeugt hätte. Der feste Boden, von dem aus einer polnischen Irredenta entgegengetreten werden kann, war mit der Erklärung vom 25. Dezember gegeben, die das nationale Selbstbestimmungsrecht zu einer inneren Angelegenheit der großen Staatengemeinschaften machte. Auf diesem Standpunkt müssen wir mit aller Entschiedenheit auch gegenüber den Polen stehen bleiben.

Was wir den preußischen Bürgern polnischer Zunge anzubieten haben, ist die volle Freiheit, ihre Sprache und Kultur zu pflegen, und gleich ihren deutschsprachigen Nachbarn jede Art von Vorteilen zu genießen, die ein großer Kulturstaat von der wirtschaftlichen und geistigen Streukraft des Deutschen Reiches zu bieten hat. Das kann und wird auf die Dauer einen ganz gewaltigen Aktivposten ergeben, der den Verzicht auf den Rest an nationalem Eigenleben, den nur der geschlossene Volksstaat bieten kann, nicht allzu schwer macht. Mehr kann niemand den Polen geben, ohne schwere Gefährdung der Kultur und Wirtschaft Osteuropas.

Das Wort von der „Balkanisierung“ der Länderstecken zwischen dem großrussischen Gebiet und den geschlossenen deutschen Siedlungen enthält eine Warnung, die nicht ernst genug genommen werden kann. Noch ist kein unwiderruflicher Schritt geschehen, noch besteht die Möglichkeit, den unentwirrbaren Knäuel von Rivalitäten, Feindseligkeiten und Einmischungsmöglichkeiten fremder „Protektoren“ in organische Ordnung zu verwandeln, wenn man das historisch Gewordene und durch die wirtschaftlichen Verhältnisse fest Verbundene zum Ausgangspunkt nimmt, und darüber hinaus an einer dauernden Verständigung mit der slawischen Vormacht arbeitet.

Dieses große Ziel vor Augen ist das deutsche Volk bereit, mit verständigen Polen sich zu verständigen und allen gerechten Wünschen gerecht zu werden. Aber – und darüber mögen sich die Herren v. Trampczynski und Genossen keiner Täuschung hingeben – was preußisch ist, bleibt preußisch, was deutsch, deutsch! Und

auch unsere Konservativen können sich beruhigen. Die Erklärungen des Zentrumsabgeordneten Herold und des Sozialdemokraten Hänisch zeigten, daß hinter dem Deutschtum im Osten, wenn es not tut, das ganze Deutschland, ohne Unterschied der Partei, stehen wird. Auch wenn das jetzige Wahlrecht und mit ihm die jetzige Mehrheit verschwunden ist. Ja sogar: dann erst recht. J.E.

Deutsche Zeitung - Nr.40 – 1918 – Dienstag, 22. Januar - Abend - S.2

Erzberger, wie er ist.

Daß ein Politiker, von der sittlichen Veranlagung und Vergangenheit eines Matthias Erzberger, eine führende Rolle nicht nur gespielt hat, sondern sie nach wie vor noch unanfechtbar fortspielen kann, erklärt sich einmal aus dem Tiefstand unseres politischen Lebens und Treibens, dann aber auch aus **ungewöhnlichen persönlichen Eigenschaften Erzbergers, aus der unverwundlichen Art seines Geschäftsgeistes, die jeder andere Sterbliche vernichtenden Bloßstellung, jeder Enthüllung zu trotzen vermag, die andere aus der Öffentlichkeit ein für allemal wegfegen müßte.** Wer über die Wesensbeschaffenheit des „Staatsmannes“ aus Buttenhausen des Näheren Bescheid erhalten will, dem empfiehlt sich der beachtliche Lebensabriß, den über ihn das neueste (6.) Heft der Monatsschrift „Auf Vorposten“ bringt. Wir heben daraus folgende Feststellung heraus:

Das letzte Ereignis bilden die Unterhandlungen Erzbergers mit England. Er hat bereits eingestanden, angeblich im Auftrag des Papstes, in der Schweiz mit Engländern verhandelt und dabei Redensarten gebraucht hätte, als sei er Kanzler des Deutschen Reiches. Kluge Staatsmänner haben sich durch dieses Getue schwerlich beeinflussen lassen, doch mögen sie daraus immerhin den Schluß ziehen, daß der Umsturz in Rußland auf uns bereits eingewirkt habe. Uns erscheint die Feststellung ungleich wichtiger, wo Erzberger die Engländer gesprochen hat. In einer Sitzung von Vertretern der rheinisch-westfälischen Zentrumspreste, die etwa am 20. September in Köln stattfand, sagte der Vorsitzende nach einem Lobgesang auf den Mann aus Buttenhausen, Erzberger käme direkt aus London, wohin er im Auftrage des Papstes gefahren sei! Wir glauben nicht, daß der Redner die Schweiz mit England verwechselt hat. Wenn Erzberger aber in London war, so würde sich die Feststellung lohnen, ob er über Holland oder über die Schweiz und Frankreich gefahren ist. Sein Paß müßte darüber Auskunft geben.

Mathias Erzberger ist nicht nur als Schriftsteller tätig, er gehört vielmehr zu jenem kleinen Kreise der Riezler, Iversen, Helphand, Segel, Winz, Scheidemann, Valentin, usw., die vom früheren Reichskanzler mit besonderen Aufgaben beauftragt wurden. Seine Haupttätigkeit widmete Erzberger der Bekämpfung des U-Boot-Krieges. Als Herr von Bethmann Hollweg bei der Ankündigung, daß der unbeschränkte U-Boot-Krieg am 1. Februar 1917 eröffnet werden solle, die verblüffende Erklärung abgab, er sei niemals grundsätzlich Gegner des U-Boot-Krieges gewesen, reiste sein Vertrauter Erzberger nach Wien, um durch Mittelpersonen bei der Kaiserin Stimmung gegen den U-Boot-Krieg zu machen!

Die schriftstellerische und politische Arbeit hat den Rastlosen nicht davon abgehalten, seine Tätigkeit auch im Geschäftsleben zu entfalten: Er war Mitglied des Aufsichtsrates der Aktiengesellschaft für Hüttenbetrieb zu Duisburg-Meiderich (Aktienges. Thyssen u. Co), der außer ihm nur der Begründer Dr. August Thyssen (auf Schloß Landsberg), Ing. Fritz Thyssen (Mülheim-Ruhr), Baron Dr. Heinrich Thyssen (Bornemisza auf Schloß Rohonez in Ungarn) und der Generaldirektor Franz Dahl (Bruckhausen), angehören. Außerdem war er im Grubenvorstande der Gewerkschaft Deutscher Kaiser in Hamborn, die ebenfalls der Familie Thyssen gehört.

Königsberger Hartung'sche Zeitung - Nr.36 – 1918 – Dienstag, 22. Januar - Abend - S.1

Amerikanische Vergewaltigung der neutralen Schifffahrt.

WTB. Christiania, 20. Januar. Die Blätter veröffentlichen neue, am 1. Februar 1918 in Kraft tretende amerikanische Bunkerbedingungen. Danach wird der gesamte neutrale Schiffsraum unter die Kontrolle der amerikanischen und der Behörden der Alliierten gestellt. Die neutralen Reeder müssen sich verpflichten, keine Verbindung mit den Mittelmächten zu unterhalten, keine Untertanen der Mittelmächte zu befördern, soweit nur Waren, die von den amerikanischen Behörden im Voraus gutgeheißen sind, und ihre Kapitäne und Schiffsbesatzungen auf Verlangen der amerikanischen Behörden zu entlassen. Ferner darf kein Segelschiff nach den Gefahrengebieten gehen.

„Tidenstegen“ bezeichnet diese Bestimmungen als weit strenger als die englischen. Sie stellen eine ernste Warnung dar, da sie jeden Schiffsverkehr mit Amerika unmöglich machten, falls nicht eine Verständigung mit Amerika erzielt würde.

Der Hauptausschuß gegen die Zeitungsverbote.

Der Hauptausschuß des Reichstages trat Dienstag nachmittags 3 Uhr zusammen. Vorsitzender Fehrenbach teilte mit, daß der Reichskanzler am Donnerstag um 3 Uhr seine Ausführungen vor dem Hauptausschuß machen werde. – Der zur Beratung des Gesetzentwurfs Heine eingesetzte Unterausschuß teilte mit, daß er mit seiner Arbeit noch nicht fertig sei und den Nachmittag noch frei haben möchte. Dagegen wünschen die Sozialdemokraten das Verbot des „Vorwärts“ und einige weitere Zensurverbote sofort zu verhandeln. Es sollen auch andere Zeitungen verboten sein, so daß „Berliner Tageblatt“, doch wurde dieser Angabe sofort widersprochen (Aus dem Bericht geht leider nicht hervor, wer dieser Tatsache widersprochen hat. Die Redaktion)

Der württembergische Militärbevollmächtigte teilt mit, daß die vom Abg. Erzberger beanstandete Schrift „Papstfriede usw.“ wegen ihrer Angriffe auf den Katholizismus vom Stellv. Generalkommando des 13. Armeekorps verboten worden ist.

Abg. Ebert (Soz.): Das am Montag nachmittag erfolgte Verbot des „Vorwärts“ setzt den Zensurmaßnahmen die Krone auf. In Oesterreich und Ungarn sind in den letzten Tagen tiefgreifende politische Ereignisse erfolgt. Ausgehend von der Herabsetzung der Mehrlration, gewann die Bewegung bald politischen Charakter, **sie wurde zum Protest gegen das Verhalten der deutschen Unterhändler in Brest-Litowsk, insbesondere gegen die Rede des Generals Hoffmann.** Hier in Berlin liefen seit Sonnabend wilde Gerüchte um über blutige Zusammenstöße in Prag, Wien und Budapest. Nichts ließ sich sicher feststellen. Nachdem bereits seit drei Tagen alles in Oesterreich gestockt hatte, konnte selbst der Vertreter des Auswärtigen Amtes genaue Auskunft nicht geben. **Wohl aber ist am Sonntag verboten worden, irgend etwas über die österreichisch-ungarischen Vorgänge in die Presse zu bringen.** Die bekanntgegebene Erklärung des Grafen Czernin ließ jedoch auf unangenehme Dinge schließen, und die Gerüchte erhielten neue Nahrung.

Der „Vorwärts“ hat Montag einen Bericht über die Verhandlungen im Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses gebracht, sowie einen Artikel, der das bekannt gewordene Material zusammenfaßte und erörterte. In der Provinz war bereits am Sonnabend und Sonntag ausführlich berichtet worden, die „Deutsche Ztg.“ veröffentlichte am Montag einen hetzerischen Artikel [21.01.1918, DZ-39-1-Mo, Die Geister, die man rief ...]. Gegen alle diese Blätter ist nicht eingeschritten worden, nur gegen den „Vorwärts“. Die „B.Z.“ berichtete Montag mittag über den Streik. Wir fassen dieses Verbot als eine beabsichtigte Provokation der Sozialdemokratie wegen der von uns an der Zensur geübten Kritik auf. Die ganze Maßnahme ist außerdem politisch sinnlos und unklug, sie untergräbt das Vertrauen zur deutschen Presse im In- und Ausland, zumal der „Vorwärts“ einen Kampf führt gegen die Treibereien, die die Politik der Reichsregierung untergraben wollen.

Wir erheben entschiedenen Protest gegen ein solches Vorgehen. Es ist bezeichnend, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk und die Rede des Generals Hoffmann so tiefen Eindruck in Oesterreich-Ungarn gemacht haben. Wir haben das vorausgesehen. Es war deshalb notwendig zur Beruhigung die Rede des österreichischen Abgeordneten Dr. Adler abzdrukken [21.01.1918 Mo, VOW-21-1, Eine Rede Viktor Adlers. – „Wir verlangen, daß die Regierung alles tut....“]

Wir erklären uns mit der österreichischen Sozialdemokratie in dieser Frage solidarisch und werden mit Nachdruck den gleichen Standpunkt im Interesse eines baldigen Verständigungsfriedens vertreten.

Nach Eintritt in die Beratung erklärte **Abg. Ebert (Soz.):** Das Verbot des „Vorwärts“ setzt allen Zensurmaßnahmen die Krone auf. Während wir hier in Ruhe verhandelt haben, haben sich in Oesterreich und Ungarn hochpolitische Ereignisse abgespielt. Dort ist es im Anschluß an die Herabsetzung der Mehl- und Brotration zu Ausständen gekommen, die sehr bald politischen Charakter angenommen haben und sich u.a. auch gegen das Auftreten des Generals Hoffmann in Brest-Litowsk gewandt haben. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes hat auf Rückfrage hin Näheres nicht mitteilen können, während dagegen die übrige Welt genaue Kenntnis von den Vorgängen erhielt. **Woher soll das Vertrauen zu den deutschen Behörden kommen, wenn das politische Leben in Händen der Militaristen liegt!** Während schließlich andere Zeitungen über die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn berichten konnten, ist der „Vorwärts“ wegen seiner Berichterstattung verboten worden. **Das ist eine starke Herausforderung der Sozialdemokratie.** Der Deutsche Reichstag ist es seiner Würde schuldig,

gegen die Beeinträchtigung der Freiheit der Berichterstattung der Presse energisch Stellung zu nehmen.

Major Grau vom Kriegsministerium: Die hierher gelangten Nachrichten aus Oesterreich waren sehr widersprechend und es bestand die Besorgnis, daß durch Verbreitung unzutreffender Nachrichten Beunruhigung erregt und unseren Feinden Waffen in die Hand geliefert werden. Deshalb erfolgte ein vorläufiges allgemeines Verbot, das übrigens gestern wieder aufgehoben worden ist. Der „Vorwärts“ hat trotz seiner vor 14 Tagen abgegebenen Zusicherung, sich künftig im Rahmen der Zensurverordnungen zu halten, das Zensurverbot durchbrochen. Deshalb mußte er gemäß der geltenden Praxis verboten werden.

Die Abg. Trimborn und Erzberger (Zentr.) beantragen, die Sitzung zu vertagen, um zu der Angelegenheit Stellung nehmen zu können, außerdem den Kriegsminister und Vertreter des Auswärtigen Amtes herzubitten, die Auskunft geben sollen, über die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn.

Deutsche Tageszeitung - Nr.41 - 1918 - Mittwoch, 23. Januar - Morgen - S.3 - Redebeitrag Scheidemann

Abg. Scheidemann (Soz.) bestreitet, daß der „Vorwärts“ Zensurbestimmungen übertreten habe; das Blatt sei verboten worden, weil es die Rede des österreichischen Genossen Victor Adler nachgedruckt habe. **Das sei unerhört und ein Spiel mit dem Feuer.**

Abg. Scheidemann (Soz.) bestreitet, daß der „Vorwärts“ ein Zensurverbot durchbrochen habe. Er habe lediglich eine Rede des Abg. Dr. Adler abgedruckt und sich damit ein Verdienst erworben.

Staatssekretär Wallraf erklärt, er nehme an, daß der Ausschuß sich nicht mit der hochpolitischen Seite der Sache zu beschäftigen beabsichtige. Dafür werde besser die Rede des Reichskanzlers am Donnerstag abzuwarten sein.

Vorsitzender: Es kann sich in diesem Augenblick nur um die Zensurfrage und das Verbot des „Vorwärts“ handeln.

Abg. Haase (U.Soz.): Es zeigt sich, wie schändlich es war, die politische Diskussion hinauszuschieben.

Major Grau: Der Kriegsminister als Militärbefehlshaber war noch nicht mit der Sache befaßt. Das Verbot ging vom Oberkommando in den Marken aus.

Abg. Erzberger (Zentr.) fragt, ob Verleger und Redakteur gemäß dem Erlaß vom 18. November 1917 benachrichtigt worden sind. Das Zentrum wünsche, über die tatsächlichen Vorgänge in Oesterreich-Ungarn von amtlichen Stellen informiert zu werden. Sonst könne man nicht klar sehen.

Abg. Scheidemann (Soz.): Jene Vorschrift des Erlasses ist nur ganz äußerlich befolgt worden. Heute ist zudem eine neue Zensurverordnung erschienen, wonach sämtliche Mitteilungen über die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn unter Zensur gestellt sind.

Der Ausschuß vertagt sich bis 5 ½ Uhr und will dann von den Regierungsvertretern Auskunft über die tatsächlichen Vorgänge entgegennehmen. Eine politische Debatte soll sich nicht daran knüpfen, sondern erst am Donnerstag im Zusammenhang mit der allgemeinen politischen Debatte erfolgen.

In der **Abendsitzung des Hauptausschusses** sprach Unterstaatssekretär Freiherr von dem Bussche, der auf die Telegramme über die Streikbewegung in Wien und Budapest Bezug nahm. Seine Ausführungen waren vertraulich.

Die Debatte wendet sich darauf wieder den Zensurmaßnahmen, bzw. dem Verbot des „Vorwärts“ zu.

Major Grau ergänzt seine früheren Ausführungen. Am Sonntag abend wurde der Zensurbehörde bekannt, daß zwei Berliner Blätter Artikel über Oesterreich-Ungarn vorbereitet hätten. Auf Vorstellung hat das eine Blatt den Artikel zurückgestellt, der „Vorwärts“ dagegen nicht, und sein Artikel enthielt Äußerungen, die eine Durchbrechung des Verbots darstellten, das erlassen war, weil Mitteilungen über die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn den Feinden Agitationsmaterial hätten in die Hand geben können. Nicht nur von der Zensur, sondern auch von Pressevertretern wurde der „Vorwärts“-Artikel so aufgefaßt. Es ist richtig, daß auch andere Blätter gegen das Verbot verstoßen haben, gegen sie wird eingeschritten werden, allerdings nicht mit einem Verbot.

Abg. Haase (U. Soz.): Da die österreichische Presse Mitteilungen über die Bewegung brachte, war das feindliche Ausland unterrichtet, die Maßnahmen der deutschen Zensur konnten also den beabsichtigten Zweck gar nicht erreichen. Das deutsche Volk sollte überhaupt nicht etwa objektiv unterrichtet, sondern in einer bestimmten Richtung beeinflusst werden. Und das geschah während hier die lebhaften Klagen über die Maßnahmen der Zensur erhoben werden. Die Bewegung in Oesterreich-Ungarn ist offensichtlich eine ganz gewaltige und bis heute weiß unsere Regierung noch nicht, wie die Dinge verlaufen werden. Das Verbot des „Vorwärts“ ist, wie viele andere, schikanös und unsinnig.

Abg. Gothein (Fortschr. Vp.): Die Zensur hat in diesem Falle mit traditioneller Ungeschicklichkeit gehandelt. Lediglich einem Teil des deutschen Publikums wird der wichtige Sachverhalt vorenthalten. Während wir hier verhandeln, sind wir nur auf unkontrollierbare Gerüchte angewiesen. Das Kriegspresseamt war vollends hilflos. Es besteht sogar eine Zensurverfügung, die Mitteilungen über Erdbeben verbietet.

Abg. v. Graefe (Kons.): Das Verbot, über Dinge in Oesterreich-Ungarn zu berichten, ist in der Tat nicht recht zu verstehen und verhängnisvoll. Das Ausland hat Gelegenheit genug, sich zu informieren. Das Auswärtige Amt hätte die sicheren Nachrichten sofort der Oeffentlichkeit mitteilen sollen. Bedauerlich ist es allerdings, wie schlecht es selbst informiert ist. Allerdings, wenn ein Verbot besteht, so muß es auch durchgeführt werden, deshalb ist die Entrüstung über das Verbot des „Vorwärts“ ungerechtfertigt. Ich weiß nicht, ob andere Blätter so deutlich gewesen sind, wie der „Vorwärts“. **Erstaunlich ist es doch, daß Abg. Ebert sich solidarisch erklärt mit der österreichischen Bewegung. Das sei eine deutliche Drohung an den Reichskanzler.**

Norddeutsche Allgemeine Zeitung - Nr.41 - 1918 - Mittwoch, 23. Januar - Morgen - S.3 - Redebeitrag v. Graefe (kons.)

Abg. von Graefe (kons.): Das Verbot der Zensurbehörde über die Vorgänge in Oesterreich, die doch nicht lange verborgen bleiben konnten, hat befremdlich gewirkt. Im deutschen Volke ist es peinlich empfunden worden, daß ein wenn auch vorübergehendes Schweigegebot erlassen wurde. Man muß verlangen, daß das Auswärtige Amt in derartigen Fällen für die nötige Aufklärung sorgt. Im Falle des „Vorwärts“ mußten die Behörden ihrem Verbote Nachdruck verschaffen, sonst würden die übrigen Zeitungen in Nachteil kommen. Einen stark befremdlichen Eindruck macht auf mich die Solidaritätserklärung der Sozialdemokraten mit der österreichischen Bewegung.

Wer derartiges tut, muß auch die Verantwortung für die etwa daraus entstehenden Folgen übernehmen. Es handelt sich um eine Drohung an den Reichskanzler seine Donnerstag-Rede entsprechend einzurichten.

Abg. Trimborn (Zentr.): Es handelt sich um ein Verbot von Presseberichten über die Friedensbewegung und die Ausstände in Oesterreich-Ungarn. In diesem Falle kann ein militärisches Interesse vorliegen, denn ja nach Art der Behandlung könnten die Berichte verhängnisvoll wirken; aber das Verbot nutzte gar nichts; damit können die Grenzen nicht derart abgesperrt werden, daß keine Kunde herüberdringt, andererseits ist dadurch die Verbreitung unkontrollierbarer Gerüchte gefördert worden.

Abg. Trimborn (Zentr.): Unter Umständen konnte Veranlassung vorliegen, Mitteilungen über die Streikbewegung zu verbieten. Ein solches Verbot war jedoch in diesem Falle unnütz, da das Ausland die Dinge doch erfährt und die Unruhe im Inland durch das Verbot nur gesteigert werden konnte. Der Redner zitiert einzelne Stellen aus dem Artikel des „Vorwärts“, die den Eindruck erweckten, daß mit dem Feuer gespielt werde. Ob sich daraus allerdings ein Verbot rechtfertigt, ist eine andere Frage. Sehr tragisch kann ich die Sache nicht nehmen, aber es würde Beruhigung eintreten, wenn das Verbot des „Vorwärts“ aufgehoben würde.

Deutsche Tageszeitung - Nr.41 - 1918 - Mittwoch, 23. Januar - Morgen - S.3 - Redebeitrag Stresemann/ Scheidemann

Abg. Stresemann (Natl.): Das Verbot des „Vorwärts“ hat nicht solche Bedeutung, wie die Mitteilungen des Blattes und ihre Aufmachung. **Die sozialdemokratische Solidaritätserklärung mit der Bewegung in Oesterreich ist sehr bedenklich.** Sie spärlichen Mitteilungen des Auswärtigen Amtes sind völlig ungenügend. Ueber den Nachrichtendienst des Auswärtigen Amtes wird noch zu reden sein.

Abg. Freiherr v. Gamp (Dt. Fraktion) stellte sich auf den Standpunkt des Abg. von Graefe.

Abg. Scheidemann (Soz.) bestritt, eine Drohung ausgesprochen zu haben, er habe nicht weiter sagen wollen, als was schon ein Staatsmann ausgesprochen habe: „**Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht versteht.**“

Abg. Stresemann (Natl.): Die Form, in der der „Vorwärts“ die Mitteilungen brachte, war aufreizender, als wenn geschrieben worden wäre: „Streikbewegung in Oesterreich“. Ist ein Verbot erlassen, so muß es auch gleichmäßig durchgeführt werden. Das können die Zeitungen in ihrem Geschäftsinteresse verlangen. Das allgemeine Verbot ist sehr bedenklich, gerade dann bilden sich die meisten Gerüchte. Was uns jetzt amtlich mitgeteilt wird, ist doch beschämend dürftig. Auf die Art der amtlichen Berichterstattung müssen wir bei der ersten passenden Gelegenheit zurückkommen.

Abg. Scheidemann (Soz.): Drohungen haben wir nicht ausgesprochen, auch nicht früher. Die gute Absicht der Zensurstellen wollen wir nicht bestreiten, aber bisher haben alle Redner die Maßnahmen für verkehrt erklärt. Der Redner rechtfertigt die beanstandeten Stellen in dem Artikel des „Vorwärts“. Wenn sie falsch verstanden wurden, so lag es an der Verheimlichung der Tatsachen durch die Zensurmaßnahmen. Schlimm, wenn das Auswärtige Amt auf dergleichen amtliche Meldungen angewiesen ist. Woher wußte die Zensurstelle, daß zwei Berliner Blätter Artikel vorbereiteten? Aus der „Vorwärts“-Redaktion hat niemand vorher etwas davon verlauten lassen. Es ist interessant und schlimm genug, daß wir hier diese Dinge erfahren. Nach dem eignen Zugeständnis des Majors Grau haben andere Zeitungen das Verbot übertreten ohne verboten zu werden. Wo sind militärische Interessen durch den Artikel des „Vorwärts“ gefährdet? Das Verbot sollt man sobald wie möglich wieder aufheben; keine Stimme im Ausschuß hat sich dafür erhoben.

Unterstaatssekretär von dem Bussche weist die Angriffe gegen das Auswärtige Amt zurück.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Beim „Vorwärts“ sollte die Gesinnung getroffen werden, es handelt sich um einen krassen Fall politischer Zensur.

Abg. Heine (Soz.): Es ist schwer zu glauben, daß das Auswärtige Amt so schlecht unterrichtet ist, wie es sich stellt. Wir wollen die inneren Zusammenhänge wissen. Die Zensur legt es darauf an, die öffentliche Meinung in Deutschland zu belügen. Das Bekenntnis der österreichischen Sozialdemokratie zur Friedenspolitik des Grafen Czernin entspricht dem Wissen der deutschen Arbeiter.

Major Grau: Schwerwiegende militärische Interessen sind gefährdet, wenn die Zensur verhindert ist, ihre Aufgabe zu erfüllen. Dieser Standpunkt ist von der Presse stets gewürdigt worden. Von Spitzerei ist keine Rede. Das Generalkommando hatte keine Kenntnis, daß im „Vorwärts“ ein Artikel vorbereitet werde, sondern hat den „Vorwärts“ lediglich auf das Verbot aufmerksam gemacht. Ueber das Wiedererscheinen schweben Verhandlungen. Es wird voraussichtlich demnächst erfolgen.

[Abg. Dr. David (Soz.): In der Türkei ist der Belagerungszustand aufgehoben. Was die Türkei konnte, kann das Deutsche Reich auch.

Abg. Graefe (Kons.): Das Verbot des „Vorwärts“ war die logische Folge des allgemeinen Verbots der [Besprechung der ganzen Angelegenheit - NAZ-41-S.2, 23.01.1918] — aus: Der Reichsbote, 41, 23.01.1918, S.2]

Abg. Dove (Fortschr. Vp.): Unsere Regierung muß sich doch genau informieren, und zwar täglich. Was wir hier erleben, ist ein Musterbeispiel, wie es nicht gemacht werden darf.

Weiterberatung: Mittwoch

Deutsche Tageszeitung - Nr.41 – 1918 – Mittwoch, 23. Januar - Morgen – S.1

Eine „Warnung“ als Drohung.

Im Hauptausschuß des Reichstags ist gestern das Verbot des „Vorwärts“ zur Sprache gekommen. Wir lassen den in der üblichen Knappheit gehaltenen Bericht, den das Wolffsche Bureau über die Sitzung veröffentlicht, folgen, halten es aber für angezeigt, ihn noch durch einige Bemerkungen zu ergänzen.

Die Artikel des „Vorwärts“, die zu dem Verbot führten, trugen zweifellos eine so deutliche Sympathie mit den Wiener Vorgängen zur Schau, daß seine Leser darin eine mittelbare Aufforderung, sich das Wiener Beispiel zum Muster zu nehmen, erblicken mußten.

Allgemein verurteilt wurde bei der Aussprache der Mangel an Orientierung des Auswärtigen Amtes den Wiener und Ofenpester Vorgängen gegenüber, wie er namentlich auch in der Beichterstattung von dem Hauptausschuß selbst zum Ausdruck gekommen ist.

Von besonderer Wichtigkeit erscheint uns folgendes. **Der Abgeordnete Scheidemann hat in der Ausschusssitzung die Behauptung aufgestellt, in Deutschland stehe man unmittelbar vor Ereignissen nach Wiener und Ofenpester Muster.** Er bitte diese Warnung zu beherzigen. Der Hinweis und die „Warnung“ ist im Ausschuß ziemlich allgemein als Drohung an die Adresse des Reichskanzlers im Hinblick auf seine seit gestern für Donnerstag erwarteten Erklärungen aufgefaßt worden. Sie können auch nach unserer Meinung für nichts anderes genommen werden. Wir sind einigermaßen gespannt zu sehen, welche Wirkung ein derartiges Vorgehen auf die Hertlingsche Rede und auf das Verhalten des deutschen Reichskanzlers ausüben wird.

Berliner Tageblatt - Nr.41 – 1918 – Mittwoch, 23. Januar - S.1

**Auf Anordnung des Oberbefehlshabers
in den Marken ist das Erscheinen des
„Berliner Tageblattes“ zunächst auf die
Dauer von drei Tagen verboten.**

[siehe dazu: Berliner Morgen-Zeitung - Nr.19 – 1918 – Mittwoch, 23. Januar - Morgen - S.2
Der Hauptausschuß gegen die Zeitungsverbote.]

Berliner Tageblatt - Nr.4 – 1918 – Mittwoch, 23. Januar - Wochenausgabe - S.5

Sind wir die Barbaren?

	Deutschland	England	Frankreich
Jährliche Leistungen der Sozialversicherung	425,6 Millionen Mark	X	24 Millionen Mark
Analphabeten (auf je 10 000 Rekruten)	2	100	320
Ausgaben für Schulwesen	878 Millionen Mark	384 Millionen Mark	261 Millionen Mark
Büchererzeugung	34.800	12.100	9.600
Nobelpreise	14	3	3
Patente	7194	1681	1196

Deutsche Tageszeitung - Nr.42 – 1918 – Mittwoch, 23. Januar - Abend - S.3

Sozialdemokratische Drohungen.

Die gestrige Erörterung des Hauptausschusses über das Verbot des „Vorwärts“ hat noch klarer als die Zensurdebatten der vorigen Woche gezeigt, daß die Vertreter der Mehrheitsparteien nicht etwa eine gerechte Handhabung der Zensur, sondern einseitigen Schutz ihrer Anschauungen und Personen verlangen. Die Behauptung des Abgeordneten Ebert, das Verbot des „Vorwärts“ setze allen Zensurmaßnahmen die Krone auf, ist ein sprechender Beleg dafür. Solange unter dem System Bethmann Hollweg eine Tätigkeit politischer Stellen bestand, die jede diesem System ernstlich unbequeme Meinungsäußerung zu unterdrücken suchte, haben die jetzigen Mehrheitsparteien – wenn man vom grundsätzlichen Standpunkt der Sozialdemokratie absieht – kaum eine Hand dagegen gerührt; ein klassisches Zeugnis dafür wird für immer das Wort des jetzigen Vizekanzlers Payer bleiben, der Zensor müsse so verbraucht werden, wie er sei. Erst jetzt, wo doch außerordentlich viel weiterer Spielraum für freie Meinungsäußerung gegeben ist, entdecken gewisse Leute ihr freiheitliches Herz

und klagen über „unerhörte“ Zustände, wenn die Zensur gelegentlich Preßorgane trifft, deren Treiben dem eigenen Vaterlande schweren Schaden bringt.

Das Verbot des „Vorwärts“ hat zwei Seiten. Der „Vorwärts“ hatte bewußt gegen eine Zensurvorschrift verstoßen. Diese Zensurvorschrift halten auch wir wenigstens in ihrer Form und Ausdehnung für verfehlt; was aber dem „Vorwärts“ dabei passiert ist, wäre jeder anderen Zeitung erst recht passiert. Soweit handelt es sich um einen Zensurfall durchaus „gewöhnlicher“ Art, bei dem, nachdem die Vorschrift einmal erlassen war, ein anderes Verhalten der Zensurbehörde nicht gut möglich war. Wenn trotzdem ein so ungewöhnlich lauter Lärm deswegen erhoben wurde, so führt das zu einer anderen Seite dieses Falles, die allerdings von schwerwiegendster Bedeutung ist.

Sie betrifft das Bestreben der Sozialdemokratie, die österreichischen Vorgänge der letzten Tage als Druck und Drohung gegen eine deutsche Politik in Deutschland auszumünzen. Herr Scheidemann hat im Hauptausschuß von einem „Spiel mit dem Feuer“ gesprochen und sich nicht vor Andeutungen gescheut, daß auch Deutschland Ereignisse nach dem Muster von Wien und Budapest erleben werde, wenn man dem Druck der Sozialdemokratie nicht nachgebe.

Die sozialdemokratische Drohpolitik ist damit auf einem Höhepunkt angelangt; es handelt sich nicht mehr um leere Windmachei, wie früher, sondern um den Versuch, auch in Deutschland revolutionäre Feuer anzublasen, wenn man der Sozialdemokratie nicht zu Willen ist.

Unmittelbar waren die Äußerungen Scheidemanns wohl dazu bestimmt, die für morgen angekündigten Erklärungen des Reichskanzlers entsprechend zu beeinflussen. Man wird also morgen schon sehen können, ob die Regierung sich der sozialdemokratischen Drohpolitik beugt, oder ob sie endlich die Kraft findet, dem unerhörten Treiben der Sozialdemokratie ein festes Halt zu gebieten.

Deutsches Volksblatt - Nr.10436 – 1918 – Mittwoch, 23. Januar - S.1

Eine bedeutungsvolle Rede des Ministerpräsidenten über die tschechische Politik. – [Österreich]

Die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses, die erste nach der vor Weihnachten in den Beratungen des Reichsrates eingetretenen Pause, begann mit einem Ereignis, das, wie sofort festgestellt werden muß, den tiefsten Eindruck hervorgerufen hat. Ministerpräsident Dr. v. Seidler hat die von einer Reihe von deutschen Abgeordneten an ihn gerichteten Anfragen betreffend die von der Prager tschechischen Abgeordnetenversammlung am Dreikönigstag gefaßten Beschlüsse beantwortet und hat die Gelegenheit benützt, um den Standpunkt der Regierung gegenüber der tschechischen Politik in so klarer und entschiedener Weise zu kennzeichnen, wie dies vielleicht noch niemals in diesem Hause geschehen ist. Der Ministerpräsident hat sich einfach auf den Boden der Tatsachen gestellt und dabei mußte er zu der Feststellung gelangen, daß die gegenwärtige Haltung **der tschechischen Parteien**, wie sie in einer Reihe von Kundgebungen, ganz besonders aber in der **vom 6. Januar d.J.** zum Ausdrucke kam, eine offen staatsfeindliche und unverhüllt antidynastische ist. Er hat auch betont, daß es die Regierung als ihre unbedingte und unabweisliche Pflicht ansehe, gegen die nunmehr immer offener auftretenden tschechischen und sonstigen slawischen Bestrebungen, deren Ziele außerhalb des Rahmens des österreichischen Staatsgedankens liegen, mit allem Nachdruck aufzutreten, und es war ein Augenblick von höchster politischer Bedeutung, als Dr. v. Seidler sich bei diesem Teile seiner Erklärungen auf die Ermächtigung der Krone berufen konnte.

Die gestrige Stellungnahme der Regierung zu den immer merkwürdiger und bedenklicher anmutenden Erscheinungen, die die tschechische Politik zeitigt, gewann dadurch noch an Gewicht, daß in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses seitens der deutschen Abgeordneten aus Böhmen, Mähren und Schlesien Erklärungen abgegeben wurden, die die nationalpolitischen Forderungen der deutschen Bevölkerung der Sudetenländer mit aller Bestimmtheit zum Ausdrucke bringen und sich daher als ein ebenso selbstverständlicher als entschiedener Einspruch gegen die Verwirklichung des Planes der Schaffung eines selbständigen tschecho-slowakischen Staates darstellen.

Und als günstiges Vorzeichen wollen wir es ferner betrachten, daß gerade gestern die Bemühungen, die schon lange am Werke waren und die darauf hinarbeiteten, die früher im Deutschen Nationalverband vereinigten Parteien wieder zusammenzuschließen zu einem vollen Erfolge führten.

Die deutschen Parteien, und zwar alle, nicht nur die, die sich gestern für den Wiederezusammenschluß entschieden haben, werden ihre ganze Kraft aufbieten müssen, um die staats- und zugleich deutschfeindlichen Anstürme von slawischer Seite zurückzuweisen. Diese Anstürme richten sich auch immer wieder von neuem gegen die Bündnispolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie, durch die allein es unserem Reiche

gelingen ist, in dem furchtbaren Ringen um seine Existenz durchzuhalten und sich siegreich zu behaupten. Wenn von offenen und geheimen Gegnern des Bündnisses der Monarchie mit dem Deutschen Reiche gesprochen wird, so ist die Zahl derselben nicht erschöpft, wenn wir an Tschechen und Südslawen denken, das ist die gestrige, von Haß gegen Deutschland erfüllte Rede des polnisch-sozialdemokratischen Abgeordneten Daszynski gezeigt, der sich niemals recht darüber im klaren gewesen ist, ob er mehr für die Grundsätze der Internationale oder für die allpolnischen Ideale übrig hat.

Jedenfalls erinnern wir uns sehr deutlich der Leidenschaftlichkeit, mit der er fast in jeder seiner Reden gegen Rußland zu Felde zog. Man hätte eigentlich erwarten müssen, daß er bei Ausbruch des Krieges sich als einer der ersten an die Spitze einer polnischen Legion gestellt hätte. Wir haben davon nichts gehört, sondern er hat die Wiedereroberung des von den Russen überfluteten Galizien sowie die Befreiung Russisch-Polens den österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen überlassen. Er meinte gestern mit einer Art von Zynismus, daß zur Dankbarkeit dafür kein Anlaß vorhanden sei, und er verwahrte sich dagegen, daß Truppen unserer Monarchie allenfalls auch an der Westfront kämpfen sollen, wie das Minister des Aeußern graf Czernin in einer seiner Erklärungen in Aussicht gestellt hatte. Er sprach davon, daß Frankreich nie unser Feind gewesen sei und daß man in Paris eine Annäherung an uns gerne sehen würde. Diese Auffassung und Darstellung ist im offenen Widerspruch mit den Tatsachen, denn das von unseren Feinden beschlossene Zerstückelungs- und Aufteilungsprogramm hat ausdrücklich die Billigung Frankreichs gefunden, das sich nicht nur mit den übrigen Ententestaaten, sondern auch mit Serbien, Montenegro und Rumänien ausdrücklich solidarisch erklärte. Und hat Frankreich nicht erst vor kurzem Hilfstruppen an die italienische Front gesendet, um gegen uns zu kämpfen? Unsere Truppen haben im Vereine mit unseren treuen Bundesgenossen, mit welchen wir auch auf diesem Kriegsschauplatze Schulter an Schulter kämpften, diese französische Annäherung allerdings mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen!

Berliner Morgenpost - Nr.23 – 1918 – Mittwoch, 23. Januar - S.1

Ein selbständiges Deutschböhmen. – Forderung der Abtrennung vom tschechischen Königreich.

Wien, 21. Januar. Die Deutschböhmische Vereinigung wird morgen im Abgeordnetenhaus eine Erklärung einbringen, in der es heißt:

Bedacht auf eine friedliche durch die nationale Selbstverwaltung erreichbare Entwicklung des Volkes strebt die Bevölkerung Deutsch-Böhmens für ihr Land ein mit allen Eigenschaften und Einrichtungen eines Kronlandes ausgestattetes Deutsch-Böhmen im Rahmen des Kaisertums Oesterreich, ohne irgendwelche Abhängigkeiten von dem tschechischen Teile Böhmens, an. Das deutsche Volk wird bis zu einer endlichen Befreiung aus der Vorherrschaft von den Tschechen in Böhmen nicht ruhen und jeden Versuch, durch die Aufrichtung eines böhmisch-slowakischen Staates für immerdar unterjocht zu werden, nötigenfalls selbst mit Gewalt verhindern gegen jedermann, wer immer es auch sei.

Wir erklären uns einig mit ganz Deutsch-Böhmen, daß wir einen Landtag des Königreichs Böhmen nie mehr anerkennen und keinesfalls dulden werden. Wir verlangen für Deutsch-Böhmen eine eigene Landesvertretung, aufgebaut auf dem allgemeinen, gleichen und unmittelbaren Wahlrecht. Wir werden unsere Stellung zu den Forderungen des Staats jeweils von dem Stande unserer deutsch-böhmischen Sache abhängig machen.

*

Der Entschluß der Deutschböhmen ist die einzig richtige Antwort auf die Haltung der Tschechen in der Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Die Tschechen hatten seit dem Kriege **alle Versuche, im Parlamente einen nationalen Ausgleich zwischen Tschechen und Deutschen zu schaffen, durchkreuzt, indem sie sich auf den Standpunkt stellten, daß über die nationale Zukunftsordnung im Königreich Böhmen auf der Friedenskonferenz entschieden werden sollte.**

Darauf konnte aus begreiflichen Gründen keine österreichische Regierung eingehen, ebensowenig wie etwa England je darauf eingehen werde, uns über eine Ordnung der Verhältnisse zwischen Iren und Engländern in Irland zu befragen. Abgesehen davon ist aber **die Haltung der Tschechen in der Selbstbestimmungsfrage unehrlich. Denn sie fordern nicht die nationale Autonomie der tschechischen Länder, sondern die tschechische Autonomie im Bereich der historischen Grenzen des alten Königreichs Böhmen.**

Sie wollen den drei Millionen Deutschen, die großenteils in rein deutschen Sprachgebieten dort wohnen, durchaus nicht die von ihnen selbst verfochtene nationale Selbstbestimmung zugestehen. Nun haben die Deutschen sich auf denselben Standpunkt gestellt, und sie haben Recht daran getan. Vielleicht ist dies die einzige mögliche Lösung des ewigen deutsch-böhmischen Sprachenelends.

Provinz Deutschböhmen.

Mit eherner Folgerichtigkeit nimmt das nationale Kräftespiel in Oesterreich seinen Gang. In dem ersten Halbjahrhundert österreichischen Verfassungslebens rangen der hauptsächlich von den liberalen Deutschen verfochtene Zentralismus und die föderalistischen Bestrebungen der verbündeten Slawen und Feudalen um die Oberhand. Der Weltkrieg hat den alten Zentralismus erschlagen und dem Gedanken, Oesterreich in einen Verband von staatlich organisierten Völkergruppen umzugestalten, wenigstens für den Augenblick zum Uebergewicht verholfen. Nicht allein mehr die Slawen sind jetzt die Träger dieses Gedanken, auch viele Deutsche haben sich ihm zugewandt, zumal in den Alpenländern, wo schon in der Blütezeit des liberalen Zentralismus nicht unbeträchtliche Ansätze zu einer autonomistischen Politik vorhanden waren. Nun haben aber auch die Deutschböhmen sich ihm hingegeben und von diesem Sinneswandel Zeugnis abgelegt, indem sie im österreichischen Abgeordnetenhaus die Forderung nach Schaffung einer von Tschechisch-Böhmen vollständig abzutrennenden Provinz Deutschböhmen aufstellten und der bisherigen Landesvertretung für Böhmen, dem Landtage die Anerkennung fortan zu versagen.

Die Deutschböhmen haben damit nur die notwendige Folgerung aus dem Verlangen der Tschechen nach Aufrichtung des sogenannten Wenzelstaates, der Zusammenfassung des gesamten Tschechentums der Monarchie zu einem eigenen Staatswesen, gezogen. Hatten sie sich bisher darauf beschränkt, für das deutsche Volks- und Sprachgebiet in Böhmen das Recht der Selbstverwaltung im Rahmen des Gesamtlandes zu verlangen, das wieder ein organischer Bestandteil des von Wien aus regierten Einheitsstaates Oesterreich bildete, so nehmen sie jetzt den national-staatlichen Leitgedanken des Tschechentums für sich auf und bauen ihn für sich aus. **Das bisher erstrebte Nebeneinander, das durch die staatsrechtlichen Absichten der Tschechen unmöglich gemacht ist, wird zum auseinander.** Der nationale Selbsterhaltungstrieb, der in den Deutschböhmen ungemein lebendig ist, zwingt sie, eine bis ins Letzte gehende Scheidung zu verlangen, nachdem **der Gedanke einer kühl-vornehmen Vernunftthe zwischen Deutschtum und Tschechentum sich als unerfüllbarer Traum erwiesen hat. Und sie verlangen diese Scheidung, wiewohl manch schmerzliches Verzichtopfer damit verbunden ist, so die Preisgabe der deutschen Minderheiten in Pilsen und Budweis und vor allem die Aufhebung Prags, in dem, sobald es erst die Hauptstadt eines selbständigen Tschechenstaates ist, kein Raum mehr für eine deutsche Universität, für deutsche Lehr- und Bildungsanstalten, für ein deutsches Theater, kurz für ein deutsches Eigenleben irgend einer Art bleiben, dessen politische und geistige Luft für das Deutschtum nicht mehr atembar sein wird.**

Die Forderung ist gestellt, sie ist vernünftig, gerecht und billig und für die entschlossensten Verfechter des nationalen Selbstbestimmungsrechtes, wenn sie logisch und geradsinnig sind, einwandfrei. Und doch will es uns zweifelhaft dünken, ob sie widerstandslos Erfüllung finden wird. Vor allem, **weil kaum irgendwo in Europa die Folgerichtigkeit des Denkens im politischen Leben eine so nebensächliche Rolle spielt wie in Oesterreich.** Der alte Zentralismus ist tot, aber seine Ueberlieferungen wirken noch nach, und eine große Zahl derer, die ihm abwendig geworden sind und sich mit dem Gedanken der Auflösung des Einzelstaates in ein lockeres Völkergelüge abgefunden haben, werden ein schmerzliches Unbehagen darüber, daß der Verband einer einzelnen Provinz aufgelöst werden soll, nicht überwinden können. **Ihrem Widerspruch wird sich der der Tschechen gesellen, deren Staatsrechtsträumen, die köstlichste Würze genommen wird, wenn ihnen die Möglichkeit entzogen wird, die zweieinhalb Millionen Deutschböhmen zu schikanieren und allmählich zu vertschechen.** Daß die Forderung dieser Deutschböhmen haarscharf an der Linie ihres eigenen Programmes liegt, wird die Tschechen nicht beirren, den Riß in ihrer Logik werden sie alsbald mit Phrasen, die aus den Archiven einer modrigen, auf den Rechtszustand von 1620 zurückgreifenden Staatstheorie hergeholt sind, zu überkleistern beflissen sein.

Die Einheitlichkeit des Staates Oesterreich wollen sie unbedenklich zerbrechen, aber die Einheitlichkeit des Landes Böhmen ist ihnen sakrosankt, auch wenn sie dem feierlich verkündeten Rechte der Nationalitäten auf Selbstbestimmung ins Gesicht schlägt. **Grundsätze gelten, wie den Engländern, auch den Tschechen nur soweit als heilig, wie sie sich ihnen vorteilhaft erweisen.**

An Entschlossenheit und Deutlichkeit des Ausdrucks haben die Deutschböhmen es nicht fehlen lassen, und ihre Erklärung, daß sie sich gegen die nationale Unterjochung durch einen Tschechenstaat nötigenfalls mit Gewalt zur Wehr setzen würden, ist keine leere Drohung; wer die in jahrzehntelangen Kämpfen um ihr Volkstum gestählten Deutschböhmen kennt, weiß, daß sie des Aeußersten fähig wären, wenn man ihnen das Aeußerste zumuten, sie unter das Joch eines Tschechenstaates zwingen wollte. Allerdings, noch hängt dieser Tschechenstaat in der Luft, noch ist er trotz Kramarz und Masaryk noch gar nicht so sicher, daß den Tschechen gelingen wird, was weder Hohenwart noch Taaffe ihnen zu verschaffen vermochten, die

Aufrichtung eines eigenen Staatswesens. Aber die Gefahr ist da, und die Deutschböhmen dürfen nicht säumen, ihre Vorkehrungen dagegen zu treffen. **Es handelt sich für sie klipp und klar um die Rettung ihres Volkstums, das sich als Glacis den Grenzen des Deutschen Reiches vorlagert, vor der Ueberschwemmung und Hinwegschwemmung durch die tschechische Flut. H.B.**

Deutsches Volksblatt - Nr.10436 – 1918 – Mittwoch, 23. Januar - S.3

Die Erklärungen der deutschen Abgeordneten aus Mähren und Schlesien.

Die Deutschmährische und Deutschschlesische Vereinigung haben in einer gemeinsamen Sitzung folgende Erklärung beschlossen:

Die glänzenden Proben unverwüstlicher Lebenskraft des Reiches sind um so höher zu werten, als es nebstbei galt, die verderblichen Wirkungen planmäßiger staatsfeindlicher Umtriebe im eignen Lande und deren zutage tretende Auswirkung zu überwinden. Im Laufe der Zeit wiederkehrende patriotische und Loyalitätsbekundungen, die entrüstete Zurückweisung der Einmischungsversuche der Ententemächte in die innerstaatlichen Verhältnisse im Winter 1917, somit Bekenntnisse zum Staate, mochten bei der Regierung die Meinung erweckt haben, daß das staatliche Zugehörigkeitsgefühl **in den irregeleiteten Kreisen des tschechischen Volkes** wieder Wurzel zu fassen begann.

Bald aber wurde die Oeffentlichkeit und mit ihr die Regierung eines anderen belehrt, als kurz nach **Ausbruch der russischen Revolution mit der Deklaration vom 30. Mai 1917 urplötzlich ein vollständiger Wandel in der tschechischen Politik eintrat, das staatsrechtliche Programm in wesentlich verschärfter Form verkündet und die Verwirklichung der vollständigen Souveränität eines tschechischen Staates durch die Friedenskonferenz, sohin unter wesentlich mitbestimmendem Einflusse der Feinde, angestrebt wurde.**

Diese verwerfliche Tendenzen nahmen aber den Charakter eines schwer verpönten Attentats gegen den Bestand des Staates an, als **die staatsrechtliche Deklaration der Tschechen vom 6. Januar geradezu die Losreißung Böhmens, Mährens, Schlesiens sowie der ungarischen Slowakei und deren Zusammenfassung in einen einheitlichen, selbständigen souveränen Staat ins Auge faßte.**

Gleich unseren Volksgenossen in den anderen Kronländern legen wir gegen solche staatsfeindliche Pläne flammenden Protest ein und kündigen neuerlich den äußersten Widerstand gegen derlei verdammungswürdige Anschläge gegen unser Volk und gegen den unversehrten Bestand der Monarchie an. Wir weisen aber gleichzeitig mit aller Schärfe die Störung und ernste Gefährdung der Friedensverhandlungen durch Aufrollung und Vermengung nicht hineingehöriger staatsrechtlicher Bestrebungen zurück. Wir Deutschmährer streben für unser Kronland auf allen nationalen und kulturellen Gebieten der öffentlichen Verwaltung den vollen Ausbau des Selbstbestimmungsrechtes an, aber nicht in dem von unseren Feinden verfälschten Sinne, nicht nach dem Programm der Tschechen, welche, indem sie das Selbstbestimmungsrecht für sich verlangen, gleichzeitig jenes der Deutschen verleugnen.

Deshalb fordern wir die Einräumung des nationalen Kurialvetos hinsichtlich aller völkischen und kulturellen Angelegenheiten, die Teilung des Landesausschusses, die vollständige Trennung der Verwaltung unseres Schulwesens. Unser Verhältnis zur Regierung wird wesentlich von ihrem Verhalten gegenüber den Deutschen und ihren Forderungen bestimmt werden. Es ist die höchste Zeit, daß die Regierung die Bedeutung des deutschen Volkes und seine außerordentlichen Verdienste um den Staat erfaßt und diese nicht bloß durch wertlose Erklärungen sondern durch Taten beweist. In der erwähnten tschechischen Deklaration können wir nichts anderes erblicken, als einen empörenden Versuch, die Oberherrschaft des tschechischen Volkes über die Deutschen der Sudetenländer aufzurichten, die unter so günstigen Aussichten auf Erfolg begonnenen Friedensverhandlungen mit Rußland zu stören und die Hoffnung unserer Feinde auf den Zerfall der Monarchie zu stürzen.

Dreikönigsdeklaration vom 06. Januar 1918: siehe oben 06. Januar 1918)

https://is.muni.cz/do/1499/el/estud/praf/ps08/recht/no_av/doc/Dreikonigs-Deklaration_vom_6._Janner_1918.pdf

Erklärungen des Ministerpräsidenten über die tschechische Politik. – [Österreich]

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: Die sehr geehrte Herren Abgeordneten Bacher, Dr. v. Oberleithner und Freiherr d'Elvert haben an mich eine Anfrage über die Resolution gerichtet, die am 6. Januar zu Prag in einer Versammlung von dem „Cesky Svaz“ angehörenden Abgeordneten unter Zuziehung von früheren Reichsrats- und Landtagsabgeordneten gefaßt wurde, auf welchen Gegenstand sich auch die Anfrage der Herren Abgeordneten Stanek, Habermann, Dr. Hruban, Klofac, Dr. Koerner, Dr. Stransky Sedlak, Tufar, Udrzal und Genossen betreffend die Konfiskation dieser Resolution bezieht.

(Rufe bei den Tschechen: Verlesen Sie die Resolution! – Gegenrufe links: Ruhe!)

Ich möchte um so weniger zögern, hierauf zu antworten, als es auch mir durchaus notwendig erscheint, klipp und klar auseinanderzusetzen, wie die Regierung über jene Kundgebung denkt.

Abg. Soukup: Wie lautet diese Kundgebung? Warum konfiszieren Sie sie? (Gegenrufe links: Sie werden es schon hören! – Zwischenrufe bei den Tschechen. – Lärm.)

Abg. Jro: Konfiszieren Sie doch die Antwort nicht!

Der Präsident gibt das Glockenzeichen und mahnt zur Ruhe.

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: Meine sehr geehrten Herren! Von dem Fehler irgendwelcher nationaler Einseitigkeit weiß ich mich frei; es ist mein Bestreben, jedes politische Ereignis ohne Voreingenommenheit zu beurteilen, jedem Standpunkt möglichst gerecht zu werden. Ich habe kürzlich und zwar in einem ähnlichen Zusammenhange, erklärt, daß ich jede politische Ueberzeugung, mag sie von der meinen noch so weit entfernt sein, achte und daß ich bereit bin, mich mit ihr ernsthaft und aufrichtig auseinanderzusetzen. Allerdings stelle ich dabei eine Bedingung, daß nämlich auch der Gegner dasjenige, was uns allen das Heiligste sein muß, das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes, als obersten Gesichtspunkt unverrückt im Auge hat.

Abg. Kalina: Das haben die tschechischen Abgeordneten getan! (Lebhafter Widerspruch und Lachen links)

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: Die **Deklaration vom 30. Mai v. J.** hielt ich zwar nicht im Rahmen der konkreten Verfassungsbestimmungen und forderte insbesondere auch insofern den schärfsten Tadel heraus, als sie gegen die Hoheitsrechte der Länder der ungarischen heiligen Krone verstieß. Aber sie nahm doch ausdrücklich Bezug auf das Interesse der Dynastie und des ganzen Reiches, faßte ihre Ziele innerhalb eines wenn auch loseren gesamtstaatlichen Zusammenhanges ins Auge und zeigte, was die außenpolitische Orientierung und die wesentliche Tendenz anbelangt, einen Charakter, der mit den dynastischen und patriotischen Grundbegriffen des Oesterreichers noch in Einklang zu bringen war. Ich brauche nicht erst hervorzuheben, daß ich mit den darin niedergelegten Anschauungen nicht übereinstimme, aber ich konnte mir unbeschadet aller Schärfe der prinzipiellen Gegensätze und der Notwendigkeit ihrer rückhaltlosen Betonung doch wenigstens auf sonstigen indifferenten Gebieten der praktischen Politik ein Zusammenarbeiten zwischen der Regierung und den auf dem Boden der Verfassung stehenden Parteien einerseits, den Anhängern jener Deklaration andererseits denken. Die Prager Resolution trägt ein anderes Gesicht. Ihr Ursprung liegt wohl in denselben nationalen Strömungen, wie jener Deklaration vom 30. Mai. Aber vergeblich sucht man in ihr einen auch nur entfernten Anklang an die dynastische und gesamtstaatliche Zugehörigkeit. Das politische Denken das in ihr zum Ausdruck kommt, scheint den Suggestionen einer Gedankenwelt erlegen zu sein, mit der wir uns in einem bisher nicht dagewesenen Existenzkampfe höchst erfolgreich auseinandersetzen.

Die Resolution stellt sich auf einen gewissen internationalen Standpunkt und verfolgt ihre partikularen Ziele zwischen Oesterreich und seinen Feinden, bereit, zum mindesten im Friedensschlusse internationale Förderung anzunehmen, um für die von ihnen bereits als gegeben angenommene Souveränität die Anerkennung auswärtiger Staaten zu erlangen. Unsere Feinde können aus ihr eine Ermunterung herauslesen, in der Verfolgung von gegen den Zusammenhang unseres Staatswesens gerichteten Grundsätzen nicht zu erlahmen. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Soukup: Also machen Sie doch Ordnung in Oesterreich! (Lebhafter, ironischer Beifall links und Rufe: Mit euch Ordnung machen!)

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: Sie sucht die Haltung unserer Unterhändler bei den im Zuge befindlichen Friedensverhandlungen zu stören (Sehr richtig! links), sie bekämpft den Frieden....

Abg. Soukup: Das ist eine Lüge!

Der **Präsident** ruft den **Abg. Soukup** zur Ordnung.

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: ... sofern er nicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker bringt, und zwar das Selbstbestimmungsrecht in einem besonderen, für die eigenen Zwecke gewaltsam umgedeuteten Sinne. (Sehr richtig! links) Denn nicht nur, daß es auf die Sudetenländer, also auf Gebiete angewendet werden soll, deren politische Zugehörigkeit nach der ganzen Entwicklung, die keine Kriegs- und Friedensfrage bilden kann, (Zustimmung links), dieses Recht soll noch dazu in Anspruch genommen werden, um – entgegen dem gleichwertigen Rechte des deutschen Volkes – den Sudetenländern unter Auflösung des bisherigen Staatenverbandes alle Unabhängigkeit und Souveränität zu sichern, sei es nun bei Oesterreich oder nicht. (Sehr richtig! links).

Die Resolution faßt somit Eventualitäten und zu ihnen führende Wege ins Auge, die mit dem österreichischen Gedanken nichts mehr gemein haben würden. (Zustimmung links). Es ist klar, daß die Resolution damit auf ein überaus gefährliches Gebiet hinüberzugleiten droht und die Auffassung in einem geradezu staatsfeindlichen Sinne zuläßt, der von jedem Oesterreicher mit Entrüstung zurückgewiesen, von jeder österreichischen Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden müßte. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links. – Zwischenrufe bei den Tschechen. – Lärm) Dafür bürgt die feste Verankerung des Staatsgedankens in den breitesten Schichten einer treu zu Kaiser und Reich stehenden Bevölkerung, dafür bürgt – ich stelle die mit ausdrücklicher Ermächtigung fest – der Wille des höchsten Faktors im Staate, der die Regierung ins Amt beruft.

Aber eine in jenem Sinne ins Werk gesetzte Politik wäre nicht nur verwerflich, sie wäre auch unbegreiflich; denn sie würde ein Spiel spielen, das die ganze Welt schon als verloren ansieht. (Sehr richtig! links). Sie würde nach einem hilfreichen Arm langen, der sich ihr gar nicht entgegenzustrecken vermag, und einen Schritt ins Leer tun, der sich bitter rächen könnte. **Ohne Aussicht auf die Erreichung ihrer eigentlichen Ziele kann diese Politik höchstens den Erfolg haben, den kriegshetzerischen Elementen im feindlichen Lager neue Agitationsmittel an die Hand zu geben (lebhafter Beifall links), unsere Bestrebungen zur Erzielung eines baldigen Friedens, insbesondere jetzt die Verhandlungen in Brest-Litowsk zu stören und auf diese Weise allerdings nicht kriegsentscheidend, aber doch wenigstens kriegsverlängernd zu wirken.** (So ist es! links).

Meine sehr geehrten Herren! Wir erstreben den ehrenvollen Frieden, der uns und unseren treuen Verbündeten für alle Zeit einen sicheren Bestand verbürgt, wir erstreben diesen Frieden im Geiste der Gerechtigkeit und Versöhnlichkeit, aber auch mit jener Einigkeit und Festigkeit, die den Gegner die Aussichtslosigkeit ihrer Vergewaltigungsabsichten vor Augen führen wird.

Es wäre fürwahr ein unerträglicher Gedanke, daß etwa dieser schreckensvolle Krieg zu dem Zwecke verlängert werden sollte, daß das Programm der Prager Resolution seiner Verwirklichung näher gebracht werde. (Lebhafte Zustimmung und Beifall links – Zwischenrufe bei den Tschechen.) Dahin wird es nicht kommen. Auch derlei Quertreibereien werden es nicht verhindern, daß Oesterreichs unzerstörbare Lebenskraft sich gegen seine äußeren Feinde unwiderstehlich durchsetzt (Beifall) und dasjenige, dessen zu seiner inneren Festigung und für ein einvernehmliches Zusammenleben seiner Völker noch bedarf, auf innerstaatlichem Wege leistet.

Die Regierung ist weit entfernt davon, ein ganzes Volk, für dessen hohe Begabung, Tüchtigkeit und in der Geschichte oft bewährte Kaiser- und Staatstreue sie die größte Hochachtung empfindet und dessen nationalen Bestrebungen sie mit den wärmsten Sympathien gegenübersteht, mit den letzten Tendenzen jener Resolution zu identifizieren. Sie erwartet zuversichtlich, daß es in seinem edlen und gesunden Kerne nicht angesteckt wird von den giftigen Keimen... (Lebhafte Unterbrechungen und Zwischenrufe bei den Tschechen) .. einer solchen, den klaren Zug der historischen Entwicklung verkennenden selbstmörderischen Politik; sie wünsche aber auch auf das herzlichste, daß diejenigen, die sich heute als Anhänger jener Tendenzen erklären, von einer hoffentlich vorübergehenden Verirrung, die wohl nur als eine Art von Kriegspsychose zu erklären ist, den Weg zu einem, wenn auch noch so nationalen, aber doch österreichischen Bekenntnisse zurückfinden, das ein segensvolles Zusammenarbeiten an den erhabenen Zukunftsaufgaben unseres geliebten Vaterlandes ermöglicht.

Die Ausstandsbewegung

Hohes Haus! Wie in der vorliegenden Frage, so sucht die Regierung auch in anderer Richtung das staatliche Interesse zu wahren. Sie wissen, daß in den letzten Tagen Erscheinungen zutage getreten waren, die uns alle mit den größten Besorgnissen erfüllen mußten. Die vorübergehende Stockung der zu Brest-Litowsk geführten Friedensverhandlungen hatte – im Zusammenhange mit der leider notwendig gewordenen Kürzung

der Mehlsquote – in Wien und mehreren Industrieorten zu einer ziemlich umfassenden Ausstandsbewegung geführt, die zwar keinen exzessiven Charakter an sich trug, doch bedenkliche Formen hätte annehmen und schon so, wie sie war, große Gefahren mit sich hätte bringen können. Wenn durch längere Zeit das ganze öffentliche und industrielle Leben gestört worden wäre, so hätte dies unsere Aktionsfreiheit nach innen und außen in sehr erheblichem Maße schädigen, die schon geschwächte Zuversicht unserer Feinde neu beleben (Zustimmung) und demnach das verhindern können, was wir alle erstreben: die baldige Beendigung des Krieges durch einen für uns ehrenvollen Frieden.

In dieser Erkenntnis ist die Regierung in Verhandlungen mit den Führern der sozialdemokratischen Arbeiterschaft eingetreten, indem sie von diesen vorgebrachten Wünschen zum Gegenstand eingehender Erwägungen machte. Hierbei kam ihr der Umstand zu Hilfe, daß die Führer der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die Gefahren klar erkannten, die in erster Linie der arbeitenden Bevölkerung selbst aus einer Fortdauer der Störung des Wirtschaftslebens hätten erwachsen müssen, so daß hiedurch diesen Volksgruppen, die ja während des Krieges in unermüdlichem Opfermute so viel für die Schlagfertigkeit unserer Armee geleistet haben, unheilbarer Schaden hätte erwachsen können. So ist jene Vereinbarung zustande gekommen, die ihnen allen, meine sehr geehrten Herren, aus den Tageszeitungen bekannt ist. Das Resultat darf nicht als Produkt des Klassenkampfes aufgefaßt werden. Was die Regierung im Auge hatte, war ausschließlich die Wahrung jener staatlichen und gesellschaftlichen Interessen, die in einem so schicksalsschweren Momente geschützt werden mußten. Hier gibt es keinen Sieger und keine Besiegten. Es galt lediglich aufs neue alle Kräfte zu vereinigen, um im Kampfe bestehen zu können bis zu einem glücklichen Ende.

In diesem Sinne wurde zugunsten aller Bevölkerungsschichten vorgegangen; ihnen allen gereicht ja die Anbahnung und baldige Wiederherstellung der normalen Verhältnisse zum Vorteile. Allen bürgerlichen Klassen, die ihren Pflichten zum Vaterlande so unerschütterlich die Treue gewahrt, ist dadurch die Gewähr geboten, auch weiterhin in ihrem staaterhaltenden Wirken nicht gelähmt zu werden. Andererseits hat die Regierung kein Bedenken getragen, speziell auf dem Gebiete des Gemeindewahlrechtes zwar nur in prinzipieller, aber in aufrichtiger und ernster Form die verfassungsmäßige Einleitung der von ihr seit langem erwogenen Reformen zuzusagen, welche die unaufhaltsame Entwicklung der sozialen Verhältnisse früher oder später mit sich bringen muß und die den breiten Massen des Volkes gewiß grundsätzlich nicht verweigert werden können. Die Durchführung wird so geschehen, daß der nationale Besitzstand gewahrt wird (Lebhafter, anhaltender Widerspruch und Zwischenrufe bei den Tschechen. – Lebhaftige Gegenrufe links. – Lärm.) und daß die berechtigten Ansprüche aller Volksteile im Rahmen des Möglichen ihre Befriedigung finden.

Gestatten Sie, sehr geehrte Herren, daß ich mit einem an Sie alle gerichteten Appell schließe. Wir leben in einem furchtbar ernsten Zeitabschnitte. Trotzdem bewegen wir uns jeden Tag und jede Stunde in politischen Differenzen, die im tiefen Frieden gewiß begreiflich erscheinen, die aber schon längst hätten zurücktreten sollen hinter dem einen gemeinsamen Gedanken: Das Vaterland in Gefahr! Man mag über die gegenwärtige Regierung denken, wie man will, das eine Zeugnis aber wird man ihr nicht versagen können, daß sie unausgesetzt redlich und ehrlich bestrebt ist, alle zu vereinigen, die in Bezug auf die dynastische und staatliche Treue eines guten Willens sind. (Beifall.) Ich bitte Sie inständigst, meine sehr geehrten Herren, die Regierung in diesem Bestreben zu unterstützen.

Abg. Dr. Soukup: Was für ein Programm haben Sie denn?

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: Ich sage es gerade. Die Aufgaben der Regierung sind tausendmal schwieriger, als man in der Öffentlichkeit vielfach glaubt und als diejenigen glauben machen wollen, die auf die Regierung in dieser Situation Partherpfeile aus dem Dickicht abschießen; nur die Regierung hat ja jenen Ueberblick über alle Verhältnisse, der eine richtige und sofortige Beurteilung des Möglichen gestattet. Die Regierung hat seit dem ersten Tage ihr Stütze in der Volksvertretung gesucht und sie ist entschlossen, an diesem Standpunkte festzuhalten; sie vermag aber ihre schwierigen Aufgaben nur dann zu erfüllen, wenn sie hier einen starken Rückhalt findet; der starke Rückhalt kann nur in einer starken Volksvertretung bestehen. (Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen links. Der Ministerpräsident wird vielfach beglückwünscht)

Beschluß auf Eröffnung der Debatte.

Auf Antrag des **Abg. Stanek** wird einstimmig beschlossen, die Debatte über die Erklärungen des Ministerpräsidenten zu eröffnen.

Hierauf gelange die von uns bereits mitgeteilten dringlichen Anfragen über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk zur Verlesung. Gemäß dem Vorschlag des Präsidenten wird die Debatte über die Regierungserklärung durchgeführt.

Ang. Glombinski (Pole) führt aus: Die Polen verfolgen mit Besorgnis und Mißtrauen die Verhandlungen in Brest-Litowsk. Was die Polen wünschen, sei: Keine weitere Zerstückelung polnischer Gebiete, keine sogenannte Sicherung der Grenzen, eine verfassungsmäßige Volksvertretung, die nicht nur das von der russischen Delegation gewünschte Volksreferendum darstelle, sondern auch berufen sei, die Einsetzung einer verfassungsmäßigen polnischen Regierung zu ermöglichen, weiter eine Vertretung bei der kommenden allgemeinen Friedenskonferenz. Wir verlangen, daß auf diese Postulate möglichst bald und unzweideutig Antwort gegeben wird (Beifall bei den Polen).

Die Erklärung der deutschen Abgeordneten Böhmens.

Abg. Pacher (deutschradikal) verliest, von stürmischen Heilrufen der deutschböhmischen Abgeordneten unterbrochen, die Erklärung der deutschen abgeordneten Böhmens, die bereits veröffentlicht wurde.

Die südslawischen Forderungen.

Abg. Dr. Korosec (Südslawe) erklärt: Wir werden dem Grafen Czernin erst dann volles Vertrauen entgegenbringen, wenn er sich zum Prinzip des reinen Selbstbestimmungsrechtes bekannt hat. Zurückkommend auf die Versicherungen, die die Regierung den Arbeiterführern am Samstag gegeben hat, erklärt Redner: **Wir freuen uns, daß die Regierung vor dem demokratischen Prinzip eine so tiefe Verbeugung gemacht hat.** Wir sind bereit, an der Demokratisierung des öffentlichen Lebens auf breitester Grundlage mitzuwirken. Redner verlangt die Abschaffung der Kurien und den Landtagen und die Abschaffung des Herrenhauses. (Beifall bei den Südslawen).

Abg. Baron d'Elvert (deutschnational) gibt im Namen der deutschen Abgeordneten **Mährens und Schlesiens** eine analoge Erklärung wie **Abg. Pacher** für die Deutschböhmische Vereinigung ab.

Die Antwort der Tschechen.

*[Vaclav Jaroslav Klovac, * 21.09.1868 - + 10.07.1942, tschechischer Politiker und Journalist]*

Abg. Klofac (Tscheche) führt aus, **es handele sich jetzt nicht mehr um eine Grenzmodifikation, sondern darum, für die glückliche Zukunft der ganzen Menschheit vollkommen neue Fundamente, eine neue Weltordnung zu schaffen.** Aber statt mit aufmerksamem Auge zu verfolgen, was Europa erschüttert, statt endlich die Fahne der Demokratie und der Freiheit zu hissen und die Vereinigung mit denjenigen durchzuführen, die begriffen haben daß ein dauernder Friede erfordert, den Nationen und dem Volke zu geben was ihnen gehört, haben ganze Parteien in diesem Hause keine andere Sorge, als die Regierung gegen die Tschechen zu verhetzen, sie des Hochverrates zu beschuldigen und nach Rache gegen sie zu rufen.

Die unerhörte Handlungsweise der Regierung, als die sich die Unterdrückung der tschechischen Deklaration darstellt, stellen wir vor der ganzen Welt bloß. Die Deklaration läßt sich unterdrücken, aber das tschechische Volk läßt sich nicht totschweigen. **Das tschechische Volk konnte nicht schweigen, als in Brest-Litowsk Verhandlungen eröffnet wurden, die ihm nicht gleichgültig sein können.** Es hat viel zu erfahren, um sich durch die amtlichen Berichte über diese Verhandlungen täuschen zu lassen. **In Brest-Litowsk wird über den allgemeinen Frieden nicht gesprochen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird mit Füßen getreten, und die Erklärungen der Zentralmächte über Gebietsabtretungen seien von unersättlicher Gier nach Annexionen diktiert.** Die Tschechen lehnen jede Verantwortung für die Verhandlungen in Brest-Litowsk ab, welche von einem gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker gerichteten Prinzip und dem ausgesprochenen Bestreben geleitet werden, nicht nach einem allgemeinen, sondern nach einem Separatfrieden mit Rußland.

Abg. Dr. v. Oberleithner gibt im Namen der deutschnationalen Abgeordneten eine Erklärung ab.

Eine polnisch sozialdemokratische Hetzrede.

*[Ignacy Ewaryst Daszynski, * 26.10.1866 - + 31.10.1936; Mitgründer und Organisator der Polnischen Sozialdemokratischen Partei Galiziens und Teschner Schlesiens; nimmt an Kongressen der sozialistischen Internationale teil; Kontakte zu Rosa Luxemburg, Jozef Pilsudski]*

Abg. Daszynski führt aus, daß **eine große Bewegung als das Resultat des Weltkrieges begonnen habe.** Was sich in Rußland und Oesterreich bis nun abgespielt hat, sind die bescheidenen Anfänge einer Bewegung, die ins Ungeheure steigen muß, wenn erst die Millionen und Abermillionen aus den Schützengräben in ihre Heimat zurückkehren werden. Wir alle treffen uns mit Ausnahme vielleicht einiger deutschbürgerlicher Siegfriedenspolitiker in dem einen Verlangen: Frieden, Frieden, je eher, desto besser, in der Sehnsucht nach Demobilisierung und Abrüstung. **Und wir sehnen uns alle nach dem großen Moment, wo endlich ein**

europäischer oder gar ein Weltkongreß die Neuordnung Europas zustande bringen wird, wo es in Europa keine Sklaven und keine Herrscher, kein Unterdrücker und keine Unterdrückten, keine Herren und keine Vasallen geben wird. Mit starrer Verwunderung hörten wir die Worte eines preußischen Generals in Brest, welche wie Säbelklirren klangen und uns jede Hoffnung auf baldigen Frieden zu nehmen geeignet waren. Vergebens haben wir gelauscht, ob denn der Friedensstifter Graf Czernin sich dagegen auflehne. Vergebens haben wir bis nun auf den Protest der österreichisch-ungarischen Diplomatie gewartet. Wollen sie den Frieden, dann sollen sie den Unfrieden bekämpfen, wo er ihnen zugänglich ist, und zugänglich ist der österreichischen Diplomatie der Verbündete, die Macht, für die wir uns in kürzester Zeit auf dem französischen Boden verbluten sollen.

Abg. Dr. Michl: Das ist die Macht, die euch gerettet hat, verehrter Herr Kollege! (Lebhafte Gegenrufe bei den Tschechen.)

Abg. Daszynski: Wenn ich ins Wasser gefallen bin und ein Retter kommt und zieht mich heraus, will mich aber nicht loslassen und sagt fortwährend, ich habe dich gerettet, du wirst nur aber jetzt Sklave sein, dann bete ich zu Gott, er wolle mich nicht länger retten. Wir sind schon gerettet, lassen Sie das weitere Retten. **Deutschland wäre ohne Oesterreich, die Türkei und Bulgarien nicht imstande, sich der Feinde in der ganzen Welt zu erwehren, und diese seien seine Feinde und nicht unsere.** Man dürfe die österreichische Nachgiebigkeit und Schwäche nicht so ausnützen, daß man sage, Oesterreich müsse sich bis ans äußerste opfern, es müsse seine Seele aushauchen, nur damit Deutschland gerettet werde. Rußland war vor dem Kriege der gemeinsame Feind Deutschlands und Oesterreichs, aber man hat nie gehört, daß Frankreich der Feind Oesterreichs wäre.

Präsident macht den Redner aufmerksam, daß seine Redezeit abgelaufen sei und ersucht ihn, zum Schlusse zu kommen.

Abg. Daszynski verweist auf die Behandlung der Frage der Zulassung des polnischen Bevollmächtigten nach Brest-Litowsk.

Der Zusammenschluß der Deutschen.

Abg. Dr. Waldner teilte mit, daß sich die deutschnationalen Vereinigungen des Parlaments zu einem Verbands zusammengeschlossen haben, der 94 Mitglieder zähle. Der Verband habe Dr. Waldner zum Obmann, die Abgeordneten Sylvester und Wolf zu Obmannstellvertretern gewählt.

Die Sozialdemokraten und die Streikbewegung.

Abg. Dr. Victor Adler [Sozialdemokraten] erklärte: Wir verurteilen die schrecklichen Greuel dieses Krieges hüben und drüben. Wir haben den Massen gesagt, daß sie Geduld üben müssen, aber sie haben dies schon verlernt. Die Streikbewegung ist elementar hervorgebrochen, ohne unseren Willen und gegen unseren Willen. Aber wir haben uns selbst gewundert, daß die Bevölkerung bis jetzt die unerträglichen Lasten des Krieges sich nicht erleichtern wollte. Wir dürfen nicht an Stelle des zaristischen Rußland treten. Wir wollen eine wahre Demokratie, die sich von keiner Macht der Welt unterdrücken läßt.

Das wahre Gesicht des sozialdemokratischen Streiks.

Abg. Dr. Jerzabek [Anton Jerzabek, *28.04.1867 - + 26.03.1939, österreichischer Politiker der Christlich Sozialen] verweist zunächst auf die Schädigung der Bevölkerung durch die Kürzung der Mehlquote. Die Schuld an den Zuständen treffe in erster Linie die Regierung, welcher der Mangel an Lebensmitteln schon längst hätte bekannt sein müssen, welche hätten wissen müssen, daß die Vereinbarungen von Ungarn schon im Oktober und November nicht eingehalten wurden und daß Transportschwierigkeiten namentlich auf der Donau eintreten werden, der auch das Versagen Rumäniens in bezug auf Getreidelieferungen nicht unbekannt sein konnte. Die Regierung trage Schuld daran, daß Ungarn die Lieferungen nicht geleistet habe, denn sie habe es wahrscheinlich an dem nötigen Druck fehlen lassen. Die Regierung sei auch schuld daran, wenn Hoffnungen auf die Kriegsbeute in Venezien in der Bevölkerung erweckt wurden, die dann nicht erfüllt wurden.

Sie habe nichts darüber gesagt, daß ein großer Teil der Beute von jüdischen Händlern aufgekauft wurde. Es sei begreiflich, daß sich angesichts solcher Vorgänge der Bevölkerung Entrüstung bemächte. Es sei aber ebenso verwerflich und geradezu frivol, wenn diese Empörung zu parteipolitischen Zwecken ausgenützt werde. Der Hunger habe die Arbeitermassen zum Ausstande gebracht und in Wiener-Neustadt sei tatsächlich die Ernährungsfrage im Vordergrund gestanden. In Wien aber war der Ruf nach Brot schon weniger laut. In

der Sache sieht man sehr deutlich den Einfluß des Judentums. Gerade dieses Gesindel, das schuld an den Mißständen in Oesterreich ist, hat die Bewegung in die Hand genommen, um sie für ihre Zwecke auszunützen.

In allererster Linie sind wieder die bösen Agrarier schuld, weil sie das Recht haben, für sich selbst ein gewisses, genau bemessenes Quantum an Lebensmitteln zurückzuhalten. Die Angriffe der Sozialdemokraten richten sich auch gegen die Stadtgemeinden. Diese sind ja in der Ernährungsfrage machtlos. Wenn es wirklich Gemeinden gibt, die zu Anfang des Krieges vorgesorgt haben, so sind diese Vorräte jetzt schon aufgezehrt. Wahrscheinlich ist auch der Haß gegen den Wiener Gemeinderat das treibende Moment dafür, daß man in Wien während der Unruhen Straßenbahnwagen aufgehalten und die Passagiere zum Aussteigen gezwungen hat, während man den Automobilen ehrerbietig ausgewichen ist. (Lebhafte Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten) In den Kaffeehäusern in der Favoritenstraße hat man Spiegelscheiben zerschlagen, die Leopoldstadt aber war in diesen Tagen im wahren Sinne die Tafel der Seligen, da ist nichts geschehen. (Lebhafte Zwischenrufe und Widerspruch bei den Sozialdemokraten). **Wer einen Vorgeschmack des bolschewistischen Zukunftsstaates bekommen will, der konnte das durch die neue Preßfreiheit haben. Sämtliche Druckereien mußten stillstehen, einzig und allein die Arbeiterdruckerei durfte weiter arbeiten. Alle Zeitungen wurden eingestellt, nur die sozialdemokratische Partei hat von der Regierung, die sie sonst anfechtet, die Erlaubnis erhalten, die „Mitteilungen an die Arbeiter“ zu veröffentlichen.** (Lebhafte Zwischenrufe und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Durch das Vorgehen der Sozialdemokraten hat man Kunde erhalten von den unseligen **Ententeexposituren** [auswärtige Zweigstellen der Entente], die in Oesterreich bestehen. **Die Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkt, daß wir an der Verzögerung der Verhandlungen schuld sind, weil wir uns vor den Bolschewiki nicht auf den Bauch geworfen und insbesondere nicht ihren Wunsch nach Räumung der besetzten Gebiete erfüllt haben. Diese Gebiete sind ja der einzige Anker in unserer Ernährung. Sie zu räumen, kann nur jemand verlangen, dem es darum zu tun ist, uns unseren Feinden mit Haut und Haaren auszuliefern.**

Im Anfange, als man glaubte, es handele sich um Brot und Frieden, wurde die Bewegung allseitig begrüßt. Auch von uns; wir sind sogar entschiedener und mit größerem Erfolge dafür eingetreten, als die Sozialdemokraten. Auch wir wollen einen Verständigungsfrieden. Daß in der Brotfrage nichts erreicht worden ist, war vorauszusehen. Die Sozialdemokraten besonders mußten es wissen, da 70 Prozent der Mitglieder des Ernährungsamtes Sozialdemokraten sind. Es gehört aber auch ein sehr versierter Direktor der Kriegsgetreideverkehrsanstalt der sozialdemokratischen Partei an, der aber hat die Arbeiter nicht zur Regierung geführt.

Ungestraft sind die Kettenhändler und alle jene geblieben, welche die Notlage verschuldet haben. Die Zentralen blühen weiter. Wenn die Sozialdemokraten überall nach Freiheit und gleichem Recht für alle schreien, dann werden auch die Bürgerlichen zur Stelle sein und sich dieses gleiche Recht verschaffen, **da mag die Regierung noch so sehr vor den Sozialdemokraten auf dem Bauche kriechen.** Wir werden euch schon zeigen, daß auch wir die Freiheit erringen können, die Freiheit für jede Partei und auch die Freiheit vom internationalen Judentum, euren bezahlten und bestochenen Führern (Lebhafte Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten).

Eine Lärmszene.

Abg. Schiegl: Gemeiner, niederträchtiger Schuft! (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich rufe den Herrn Abg. Schiegl zur Ordnung.

Abg. Schiegl: Gemeiner, niederträchtiger Schuft!

Präsident: Ich rufe den Herrn Abg. Schiegl neuerlich zur Ordnung. (Lärmende Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten. – Zwischen den Abgeordneten Hillebrand, Schiegl einerseits und der. Jerzabek andererseits entspinnt sich ein lebhafter Wortwechsel.) Ich bitte um Ruhe, meine Herren! Ich bitte, die Würde des Hauses zu wahren! (Fortgesetzte, lärmende Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten. – Gegenrufe bei den Christlichsozialen) Ich bitte um Ruhe für den Präsidenten! Ich werde darauf aufmerksam gemacht, **daß der Herr Abg. Jerzabek am Schlusse seiner Rede mit Bezug auf die Sozialdemokraten die Worte gebraucht hat „euren bezahlten und bestochenen Führern“. Ich rufe ihn wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.**

Abg. Zenker: Wir wollen unsere Stellung als Staat nicht irgendwie schwächen oder preisgeben. Worauf wir aber achten müssen, ist, daß in Brest-Litowsk tatsächlich österreichische Politik gemacht wird, daß die Interessen der Völker dieses Staates und sonst nichts anderes gewahrt und unterstützt werde. Wir sind bereit, Treue um Treue gegenüber dem Bundegegnossen zu üben. Aber für die imperialistischen Zwecke der

Alldeutschen, der Reventlov, der Heydebrand, der Krupp und der Ostelbier werden wir nicht einen Tag länger Krieg führen und nicht eine Vene oder Arterie eines österreichischen Soldaten anschlagen lassen. Das muß unseren Diplomaten in Brest-Litowsk gesagt werden, damit sie wissen, daß das gesamte österreichische Volk hinter ihnen steht, wenn sie einen ehrenhaften österreichischen Frieden schließen wollen, ohne die deutschen Interessen zu schädigen.

Abg. Dr. Petruszewicz (Ruthene) bespricht die polnische Frage. Die Schaffung eines Trialismus oder einer Personalunion mit Polen liege durchaus im Interesse des österreichischen Staates. Man wolle dem polnischen Reiche die vier Millionen Ukrainer Ostgaliziens als Opfer hinwerfen. Der Krieg habe bewiesen, daß Galizien nicht nur ein passives Land, sondern der reichste Speicher Oesterreichs ist. Was die Ukrainer anbelangt, so hätte Oesterreich in dem Augenblicke, als es sich entschließen würde, sie von Oesterreich loszulösen und dem Königreiche Polen anzugliedern, sich selbst aller Rechte auf sie begeben und die Ukrainer aller Pflichten gegenüber dem Staate ledig gesprochen. Als österreichischer Staatsbürger waren sie zur Treue gegen den österreichischen Kaiser verpflichtet; gegen einen polnischen König kennen sie keine Pflicht. (Lebhafter Beifall bei den Ukrainern.)

In diesem Augenblicke würde die Frage ihrer staatlichen Zugehörigkeit eine internationale; dies um so mehr, als gleichzeitig an der östlichen Grenze der Monarchie ein neuer ukrainischer Staat entstanden ist. Auf Grund dessen stehe den Ukrainern das volle Recht zu, durch eine Volksabstimmung über ihre zukünftige Staatszugehörigkeit selbst zu entscheiden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.)

Abg. Soukup bemerkt, daß heute in Prag eine große Demonstrationsversammlung stattfindet, in der das tschechische Proletariat seine Solidarität mit dem deutschen Proletariate und dem Proletariate aller anderen Völker Oesterreichs auf der Straße bekunden werde.

Die deutsche Einigkeit.

Abg. Marckhl bemerkt, daß die alpenländische Vereinigung deutschnationaler Abgeordneter der vom Abgeordneten Dr. Waldner heute abgegebenen Erklärung vollinhaltlich zugestimmt habe. Es freue ihn, feststellen zu können, daß hinsichtlich der politischen und nationalen Bedürfnisse und Notwendigkeiten der von Deutschen vertretenen Wählerkreise und Gebiete und hinsichtlich der Abwehr gegen alle auf ihre nationalen Rechte gerichteten Angriffe nicht nur unter den deutsch-nationalen Abgeordneten der Alpenländer, sondern auch unter der Gesamtheit der deutschnationalen Vertretung die vollste Einigkeit herrsche.

Die Christlichsozialen und die Regierung.

Abg. Dr. Mataja: Die Arbeitseinstellungen als Ausdruck der Erbitterung über die Kürzung der Mehllquote, über die Kurzsichtigkeit, mit der in der Approvisionierungsfrage von der Regierung vorgegangen wurde, sind begreiflich und verständlich. **Gleichzeitig sehen wir, wie eine ganz andere Führung sich der Bewegung bemächtigt. Doktrinäre Köpfe, die blind einer übelverstandenen Theorie folgen, Aufgeregte, die die Tragweite ihrer Handlungsweise nicht mehr überblicken, proklamieren eine allgemeine Arbeitseinstellung, nicht nur zur Erzwingung des Friedens allein, sondern zum Umsturze der staatlichen Ordnung.** Hätte dieses Vorgehen zum Erfolge geführt, so wäre nicht der allgemeine Friede, sondern der Ruin des Staates und der Bevölkerung die Folge gewesen.

Die Regierung sieht sich einer Situation gegenüber, die zum überwiegenden Teile ihrem Mangel an Voraussicht zur Last fällt. Sie handelt richtig, indem sie alles aufbietet, was zur Hintanhaltung eines Zusammenstoßes führt; sie geht aber über das notwendige Maß hinaus, indem sie die Verhandlungen einseitig führt und große Parteien kaum gehört, ja kaum verständigt werden. Wir stellen uns bedingungslos auf den Boden der Staatsautorität und werden diesen Standpunkt mit unserer politischen Existenz verteidigen. Wir verstehen aber sehr wohl, daß die Staatsautorität nur gewahrt werden kann, wenn die Interessen der Bevölkerung voraussehend gewahrt werden.

Die größte Gefahr aber, die mit den Arbeitseinstellungen und dem Erregungszustande verbunden war, bestand in einer Beeinflussung der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, nicht in dem Sinne, wie es sich vielleicht viele vorgestellt haben oder noch vorstellen, daß die Herbeiführung des Friedens dadurch erleichtert werde, sondern im Gegenteile die Verhandlungen und die Stellung unserer Unterhändler ungeheuer erschwert werden. Man muß sich nur in den Gedankengang der gegnerischen Unterhändler versetzen, welche während der Unterhandlungen von diesen Ereignissen Kenntnis bekommen, selbstverständlich durch Uebertreibungen und Gerüchte ins Maßlose gesteigert und naturgemäß ihre Taktik danach einrichten müssen. Und diese Gefahren, welche Gefahren für den Staat und damit auch für die Bevölkerung sind, weil ungeheure

Erschütterungen des Staatsgebäudes ohne die tiefstgehende Rückwirkung auf die Gesamtbevölkerung nicht bleiben können, waren das bedenklichste an den Ereignissen.

Auf das Entschiedenste aber sei festgestellt, daß die christlichsoziale Partei ohne Ausnahme auf dem Boden des Verständigungsfriedens steht und daß alle anderen Behauptungen Mißverständnisse oder politische Unterschiebungen sind, die wir auf das allerentschiedenste ablehnen. Wir stehen auf dem Standpunkte jener Grundlage, welche Graf Czernin verkündet und vertreten hat, und sind der Meinung, daß sein Friedenswille ein vollkommen aufrichtiger ist. Aber darüber hinausgehend haben wir gerade auch beim Grafen Czernin keinen Zweifel an seiner Fähigkeit und Tüchtigkeit zur Lösung der ihm gestellten Aufgabe. (Zustimmung und Beifall.)

Was die heutige Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten anlangt, so haben wir in ihr Töne von Kraft und Entschlossenheit gehört, die wir bisher zu hören nicht gewohnt waren. Wir würden einen neuen Kurs in dieser Richtung der Entschlossenheit, verbunden mit Voraussicht, ganz außerordentlich begrüßen und ich bin objektiv genug, diese anscheinende Besserung festzustellen, muß aber daran erinnern, daß eine große Partei nicht einzig und allein auf Erklärungen des Kabinettschefs ihre Politik der Zustimmung oder Ablehnung aufbauen kann, sondern erst auf die Handlungsweise. Es muß daher auch unsere Partei ihr Verhalten dem Kabinette gegenüber von der tatsächlichen praktischen Handlungsweise des Ministerpräsidenten und seines Kabinettes abhängig machen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Christlichsozialen.)

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Abg. Jerzabek erklärt in einer tatsächlichen Berichtigung, er nehme den ihm am Schlusse seiner Rede vom Präsidenten erteilten Ordnungsruf zur Kenntnis und erkläre gleichzeitig, daß er mit dem am Schlusse seiner Ausführungen gebrauchten Ausdrücke nur jene unverantwortlichen Elemente treffen wollte, die sich in der letzten Zeit dem großen Teile der Arbeiterschaft als Führer aufgedrängt haben, daß es ihm jedoch vollständig ferne gelegen sei, einen der sozialdemokratischen Abgeordneten, die als verantwortliche Führer der sozialdemokratischen Arbeiter zu gelten haben, der Bestechung bezichtigen zu wollen. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Nächste Sitzung morgen Mittwoch um 11 Uhr vormittags. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

Vorwärts - Nr. 22-23 - 1918 - Mittwoch, 23. Januar - S.1

Jenseits.

Trotz alledem bleibt die Frage bestehen, wo das Ende ist. Solange nicht politische Kunst oder militärische Kraft unter dieses blutigste Kapitel der Weltgeschichte den Schlußstrich setzt, werden Millionen menschlicher Gehirne nicht aufhören, sich an jener Frage zu zermartern, werden sich um sie Parteilungen bilden und spalten, werden Leidenschaften aneinanderprallen und Ereignisse entstehen, die kein Prophet voraussieht. **Und nicht eher wird es Ruhe geben, als bis die Macht der Tatsachen dem Wirrwar draußen und drinnen ein Ende macht.**

Auf vielen Gebieten der Weltpolitik stehen wir seit ein paar Tagen vor neuen Ereignissen; die wir erst geistig verarbeiten müssen, während das Denken der meisten noch in gewohnten Bahnen einherläuft. Die „Kriegshetzer Lloyd George und Wilson“ halten auffallend friedensfreundliche Reden. Die bis zum äußersten nationalistischen Arbeiter Englands treten gegen das neue Militärgesetz in den Streik, in einer Berliner Zeitung konnte man gestern sogar vom Generalstreik lesen, der in Manchester ausgebrochen sei. Die Arbeiter Schottlands wollen folgen.

Carson, der Mann, der es ohne das linke Rheinufer nicht machen wollte und seitdem für alle Friedensfreunde Englands die Zielscheibe der schärfsten Angriffe war, ist aus dem Kriegskabinett ausgetreten. [Sir Edward Carson, *09.02.1854 - + 22.10.1935; Irischer Politiker im englischen Parlament]

Eine andere Berliner Zeitung veröffentlicht eine sehr interessante Statistik über die täglichen Auflagen der Londoner Zeitungen, aus der hervorgeht, daß die (einem Verständigungsfrieden geneigten) „Daily News“ täglich eine Million Exemplare absetzen, eine Ziffer, die der gleichen sachlichen Ziele zustrebende „Vorwärts“ erst später einmal zu erreichen hofft.

Inzwischen läuft die weitere Nachricht ein, daß die Munitionsarbeiter von Woolwich, der altberühmten Waffenschmiede Englands, für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker eintreten, woraus man versteht, warum der gute Professor

Hearnshaw (es gibt auch in England Professoren) in „Daily Telegraph“ als dritte der drei großen Gefahren – die beiden ersten sind die deutsche Offensive und die Hungersnot – die englischen Bolschewiki nennt.

Dies ist jedoch ein Irrtum, wie er Professoren, die sich auf das Gebiet der Politik begeben, so oft passiert. Es gibt in England keine Bolschewiki, so wenig, wie es solche in Deutschland gibt. Der Bolschewismus ist sozusagen die russisch-nationale Form des Internationalismus und auch in Rußland nur eine Teilform von ihm. Wenn englische Arbeiter streiken oder sich zum Streik rüsten, um eine friedensfreundlichere Haltung ihrer Regierung zu bewirken, so sind sie deswegen noch keine Bolschewiki, und **hüben wie drüben sollte man von der Meinung lassen, daß der innere Zusammenbruch die Arbeit des Schwertes vollenden wird. In Deutschland gibt es sehr viele, die mit der Politik der Regierung in der letzten Zeit sehr unzufrieden waren, aber doch keinen, der die Niederlage und den „Schmachfrieden“ will.** Und ähnlich wie in Deutschland wird es auch in England sein

Je tiefer die Dinge in Rußland ins Chaos zurücksinken, desto aufmerksamer müssen wir die Vorgänge im Westen verfolgen, die für einen Stimmungsumschwung zugunsten des allgemeinen Friedens sprechen. Schon ist in der deutschen Presse die Frage aufgeworfen worden, ob es überhaupt einen Zweck habe, mit Eintagsregierungen weiter zu verhandeln, mögen sie nun kleinrussische oder großrussisch sein. Darauf ist zu antworten: es hat keinen Zweck, wenn der Frieden, der mit unbeständigen Regierungen geschlossen wird, so beschaffen ist, daß er beständig sein kann. **Gar keinen Zweck aber hätte das diplomatische Erlisten eines Sonderfriedens unter Bedingungen, die von der Mehrheit des russischen Volkes als unerträglich empfunden würden. Aus der freimütigen Erklärung des Grafen Czernin vom 18. Januar entnehmen wir, daß solche Absichten auf seiten der Mittelmächte nicht bestehen,** und nun wird alles darauf ankommen, daß aus dieser Erklärung auch alle praktischen Konsequenzen gezogen werden, die sich aus ihr ehrlicher- und verständigerweise ergeben.

Es ist im Interesse beider Teile sehr zu beklagen, daß die Tagung der russischen Konstituante ein so tragisch rasches Ende genommen hat. Denn wir sind begierig, die Stimme des ganzen russischen Volkes zu vernehmen, mit dem wir – und nicht nur mit dessen augenblicklichen Machthabern – zum Frieden kommen wollen. **Aus dem wenigen, was wir von der Konstituantetagung wissen, erkennen wir den lebhaften Wunsch, statt eines Sonderfriedens einen allgemeinen Frieden abzuschließen. Ja, die ganze Welt rings um Deutschland ist von dem Gedanken an einen allgemeinen Frieden voll.**

Daß aber auch aus dem Westen jetzt versöhnlichere Stimmen herüberdringen, wird hier zu Lande vielfach so gedeutet, daß jene Staaten eben unmittelbar vor dem Niederbruch stünden. Somit wäre der Zeitpunkt erreicht, in dem es nur noch auf die berühmten letzten „fünf Minuten“ ankommt, die den Ausharrenden mit dem letzten Lorbeer krönen. Jedoch fünf Kriegsminuten sind kleine Ewigkeiten, und in fünf Kriegsminuten können mehr Menschen elend zugrunde gehen als in fünf Friedensjahren geboren werden. **Allen, denen Wachs in die Ohren gestopft wird, damit sie die Sirenenklänge des allgemeinen Weltfriedens nicht hören sollen, möchten wir die Frage ins Ohr schreien, ob das, was in den letzten fünf Kriegsminuten geschehen kann, für sie nichts ist, und ob es nicht die Aufgabe der Politik ist, wie vermeidliche Kriege auch vermeidliche Fortsetzungen des Krieges zu vermeiden, wenn sich ein ehrenvoller Weg dazu bietet.**

Schönfärberei wäre es zu sagen, daß dieser Weg schon offen liegt. Aber schon zeigen sich im blutigen Sand Spuren, die zu ihm zu führen scheinen, und es muß im Lande Leute geben, die es sich zur Pflicht machen, ihnen mit Eifer und Beharrlichkeit nachzugehen.

Es ist der Hunger, der England auf den Weg zum Frieden bringt? Nun, dann wollen wir warten, nicht bis England verhungert, sondern bis es friedliebend geworden ist. Und so wollen wir handeln, nicht aus Menschlichkeit gegen die Feinde, die ja, wie viele uns sagen, nur „Humanitätsduselei“ ist, sondern aus Menschlichkeit gegen uns selbst. **Wie erstaunlich wenig der Mensch braucht, um nicht zu verhungern, ist neuerdings an Millionen Exemplaren dieser Gattung experimentell nachgewiesen, so daß die Fortsetzung des Versuchs nicht mehr reizen kann.**

Die Arbeiter wollen den allgemeinen Frieden so bald als möglich, und sie sollen ihren Regierungen sagen, daß sie ihn wollen. Und dies eine noch: Wenn die Arbeiter drüben beginnen, international zu denken und zu handeln, so werden sie bald bemerken, daß die deutschen Arbeiter nicht weniger international sind als sie selbst.

Los von der Sozialdemokratie!

Nachdem die sozialdemokratische Partei am 4. August 1914 im Reichstage die Kriegskredite bewilligt hatte, hat von Bethmann Hollweg seine Kriegskanzlerschaft grundsätzlich auf die Unterstützung und Mitwirkung der Sozialdemokratie eingestellt. Die Arbeiter, deren berufene Vertreter die sozialdemokratischen Führer zu sein vorgeben, waren zwar nicht als Sozialdemokraten ins Feld gezogen, sondern als Deutsche; nicht für ihre Partei setzten sie Blut und Leben ein, sondern für ihr bedrohtes Vaterland, für die staatliche und völkische Gesamtgemeinschaft. Aber der fünfte Kanzler brachte die vaterländische Pflichterfüllung von vornherein in Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Parteipolitik; machte sie abhängig davon, daß er der sozialdemokratischen Führerschaft daheim eine Ausnahmebehandlung der Zugeständnisse angedeihen ließ. Er versprach ihr, damit sie bei der Stange bleibe, seine äußere wie innere Politik in Einklang zu setzen mit den sozialdemokratischen Parteibestrebungen. Er verhiess der Sozialdemokratie die „Neuorientierung“ und schließlich die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen.

Dies geschah, obwohl die Sozialdemokratie, deren Grundwesen international, antimonarchisch und staatsfeindlich gewesen war, deren Programm als Hauptpunkt die Verwirklichung des revolutionären Sozialismus und als Mittel dazu den Klassenkampf erhalten hatte, als eine so geartete und gerichtete Partei beim Kriegsausbruch bankerott geworden war. Zusammengebrochen war die rote Internationale, die das gleiche forderte. So gut wie nichts war von dieser übrig geblieben, und der sozialdemokratische Schriftsteller Fendrich sagte demzufolge in seiner ersten Kriegsschrift: „Als gewaltige Reformpartei wird die Sozialdemokratie innerhalb des staatlichen Organismus in den nächsten Jahren nationale Arbeiterpolitik treiben!“

In der Tat hätte es vielleicht dahin kommen können, wenn der fünfte Kanzler die Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie als selbstverständliche Vaterlands- und Bürgerpflicht angesehen hätte, die keinerlei Zugeständnisse zu beanspruchen hat; wenn er sie nicht, was diese Bewilligung garnicht war, als rühmliche und preiswürdige Tat des sozialdemokratischen Parteiwillens bewertet und als solche besonders zu belohnen unablässig beflissen gewesen wäre.

Keiner anderen bürgerlichen Partei hätte er gewagt, eine außergewöhnliche Sonderauszeichnung dafür zuzusprechen, daß sie für die Mittel zur Kriegsführung eintrat. Von der sozialdemokratischen Führerschaft aber glaubte er die fernere Betätigung der Vaterlandspflicht nicht anders erwarten zu können, als daß er ihren Parteiforderungen und Parteigeschäften werktätiges Wohlwollen und wirksame Förderung in Aussicht stellte. Damit hat er zuwege gebracht, daß er die Sozialdemokratie nicht zum Willen der staatlichen und völkischen Gemeinschaft erzog, der sie in Reih und Glied mit den anderen Parteien stellte; daß er vielmehr ihren Parteiwillen wieder großzüchtete, den Willen zu dem, was die Partei vor dem Kriege gewesen und innerlich auch nach wie vor geblieben war.

Die Früchte solcher falschen Politik mußten allmählich reifen. **Eine dieser Früchte war das Bekenntnis der sozialdemokratischen Führer zum sieg- und sühnelosen Verzichtfrieden; die Forderung, daß nicht ein gerechter deutscher Friede geschlossen werden dürfe, sondern einer, der der roten Internationale in den Kram paßt.** Mit solchem Verlangen hatte draußen im Felde die Masse, die bislang zur sozialdemokratischen Gefolgschaft gehört hatte, nicht das Geringste zu tun: sie dachte anders, als ihre ehemaligen Führer zu Hause. Jenes Bekenntnis bedeutete die Rückkehr zum ursprünglichen revolutionär-sozialistischen Programm der Sozialdemokratie. **Es fußte auf dem demokratisch-internationalen, zuerst von unseren Feinden aufgestellten Dogma der Selbstbestimmung der Völker.** Wegen der Abhängigkeit, in die sich die Reichsregierung zur Sozialdemokratie begeben hatte, haben sich dann unsere Unterhändler in Brest-Litowsk auf die revolutionäre Formel des Selbstbestimmungsrechtes der Völker verpflichten lassen und sich vornehmen müssen, das Friedenswerk auf dem Boden eines Grundsatzes der roten Internationale zustande zu bringen.

Das Bethmannsche Vermächtnis mit der Hauptaufgabe, die Sozialdemokratie in der Regierungs- und Reichtagsmehrheit festzuhalten, hatte der sechste Kanzler übernehmen müssen. Als er nun schüchtern versuchte, wider den sozialdemokratischen Stachel zu löken, stürzte er. Die Bethmannsche Politik mit der Sozialdemokratie als Regierungspartei ging dann auch auf den siebten Kanzler über. Unter ihm aber hat sich die Sozialdemokratie inzwischen allerwege wieder völlig als das entpuppt, was sie vor dem Kriege gewesen war. Sie bekennt sich zur Gemeinbürgerschaft mit der Roten Internationale, und diese steht draußen allenthalben auf der Seite der Feinde Deutschlands.

Der heutige „Vorwärts“ schließt seinen Artikel über Streikbewegungen in England mit dem Satz: „Wenn die Arbeiter drüben beginnen, international zu denken und zu handeln, so werden sie bald bemerken,

daß die deutschen Arbeiter nicht weniger international sind als sie selbst.“ Wozu nur zu bemerken ist, daß die Arbeiter in England gar nicht international denken und handeln, sondern daß sie Engländer sind und bleiben wollen und daher auch einen englischen Machtfrieden verlangen. Unsere Sozialdemokratie arbeitet ferner Hand in Hand mit der österreichisch-ungarischen Sozialdemokratie, zeigt wie diese Machtgebären nach der alten Weise: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“

Sie vertritt das Friedensprogramm, mit dem die wahlverwandten russischen Macht- und Gewalthaber, die Rotesten der Roten, Fanatiker ohne gleichen, in Brest-Litowsk die Unterhandlungen begonnen und seither geführt haben. Was heute in Deutschland die Scheidemänner und die Unabhängigen, im Habsburgerreiche die Adler und Genossen, die mit den tschechischen Hochverrätern an einem Strang ziehen, was in Petersburg die Maximalisten wollen: das ist der mehr oder weniger offene und deutliche Ausdruck des feindlichen Willens gegen das deutsche Volkstum, gegen Macht und Größe des Deutschen Reiches, gegen den deutschen Sieg-, Sühne- und Sicherungsfrieden, gegen die deutsche Zukunft.

In Deutschland bewegt sich der Wille der Sozialdemokraten z. Zt. noch innerhalb der Grenzen von Worten und Absichten, von erpresserischen Gesten und Drohungen. In Oesterreich und in Ungarn ist man jedoch bereits handgreiflicher geworden. Dort haben sich die Adler und Genossen arge Ausfälle gegen Deutschland und seine berufenen Führer geleistet und sich nicht entblödet, die Kriegszielpolitik eines Wilson als geeignete Grundlage eines allgemeinen Weltfriedens zu bewillkommen.

In Rußland aber ist der sozialdemokratische Wille, verkörpert durch die augenblickliche russische Regierung, Tat und Wirklichkeit. **Was die Begründer der deutschen Sozialdemokratie als die „Diktatur des Proletariats“ gefordert und gepriesen und für die erste notwendige Uebergangsstufe zum sozialistischen Zukunftsstaat gehalten haben, lebt in Rußland z.Zt. in voller blutiger Wirksamkeit. Ein flüchtiger Blick auf das soeben veröffentlichte Regierungsprogramm der Lenin und Genossen genügt, um sofort zu erkennen, daß es genau das Wesentliche von dem bietet, was sich unsere Sozialdemokratie als Ziel ihres umstürzlerischen Bestrebens gesteckt hat: Abschaffung aller privaten Eigentumsrechte, daher Beseitigung des Kapitals und jedweder Arbeitgeberschaft, Ueberführung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum und dergleichen mehr.** Und nicht zu vergessen, als eine Hauptaufgabe den „Sieg des Sozialismus in allen Ländern“.

Die Schreckensherrschaft, die jetzt Rußland erschüttert, ist doch nichts anderes, als das, was vor dem Kriege tausendmal und tausendfach in Deutschland die sozialdemokratischen Führer, die zumeist heute noch im Reichstag und in den Landtagen sitzen, nicht bloß erwünscht und ersehnt, sondern auch mit allen Kräften vorzubereiten getrachtet haben. Hat doch das Bewußtsein, im Grunde mit den sozialdemokratischen Brüdern in Deutschland eines Wesens und eines Willens zu sein, die Bolschewiki zu dem Wahn verleitet, daß auch noch während des Weltkrieges die Saat der Revolution aufgehen und sie mit einer Regierung Liebkecht über den Frieden verhandeln könnten.

Die Gefahr, die in Rußland die Vorkämpfer der Roten Internationale heraufbeschworen haben, könnte schließlich auch in Deutschland drohen, wenn ihr nicht noch rechtzeitig mit aller Entschiedenheit und rückhaltloser Kraft vorgebeugt wird. Es gibt heute nur eine rettende Losung für die Regierungen der bürgerlichen Parteien, soweit sie noch das nahende Unheil zu erkennen vermögen:

Los von der Sozialdemokratie!

Die sozialdemokratische Führerschaft – die Massen im Volksheere stehen nicht in ihrem Bann – hat längst jeden Anspruch noch als eine den übrigen Parteien gleichberechtigte behandelt zu werden, verwirkt. **Wer Partei ergreift für die russischen Maximalisten, wie das die Unabhängigen rückhaltlos und zum Teil beinahe ebenso bedingungslos die um Scheidemann tun; wer den von unserem Schwerte niedergelungenen, mit deutschem Blute befleckten Russen aus innerstem Herzen wünschen kann, daß sie aus Brest-Litowsk als Sieger, die ihre Forderungen restlos durchgesetzt haben, nach Petersburg heimkehren: läßt sein Vaterland im Stich und verleugnet sein Volk und Staat. Die Losung: Los von der Sozialdemokratie! schafft klare Verhältnisse.**

Sie gewährt die Möglichkeit einer Loslösung großer Teile unserer Arbeiterschaft von der sozialdemokratischen Führer- und Verführerschaft. Sie macht unserer Regierung die Hände wieder frei für die weiteren Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und löst sie von den Fesseln der widersinnigen Formel der Selbstbestimmung der Völker, die sie sich doch nur der Sozialdemokratie zu gefallen hat anlegen lassen. Diese Losung erschließt den Weg zu einer neuen Regierungsmehrheit, die die seither abseitsstehenden Parteigruppen auf der rechten Seite unmittelbar bei der Entscheidung der Aufgaben der nächsten Zeit mitwirken läßt. Sie gewährt auch Handlungsfreiheit, um die Wahlrechtsfragen in Preußen in ersprießlicher Weise zu erledigen und aus dem mit der Sozialdemokratie vereinbarten Regierungsprogramm solche Stücke, die der Sozialdemokratie zuliebe aufgenommen wurden, auszuschalten, wie vornehmlich die Aufhebung des

§152 der Reichsgewerbeordnung, welche Aufhebung doch nichts anderes bewirken könnte, als die Legalisierung des sozialdemokratischen Streikterrorismus und Koalitionszwanges. **Los von der Sozialdemokratie!** Das ist endlich die richtige Losung, die zum deutschen Macht-, Sieges-, Sühne- und Sicherungsfrieden führen kann. **M.L.**

Deutsche Zeitung - Nr.42 – 1918 – Mittwoch, 23. Januar - Abend - S.2

Das „System“ gegen die Vaterlandspartei.

Die Reichsgründungsfeier der Vaterlandspartei, Ortsgruppe München, endete am Montag abend mit wüstem Skandal und Radauszenen, wie sie noch selten in München erlebt wurden. Die Festrede des Professors Alexander v. Müller war ohne Störung verlaufen. Als dann Geheimrat v. Gruber die zweite Rede hielt und eben den Satz begonnen hatte: „Wir wollen durchhalten bis zum Siege“, da erhob sich wie auf Kommando ohrenbetäubender Lärm und Skandal. Die Versammlung beantwortete diese durch nicht gerechtfertigte Ungezogenheit mit dem Absingen des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“.

Die Skandalmacher piffen gellend dazwischen. Nach dem Liede wurde auf der Galerie der Lärm fortgesetzt. Geheimrat v. Gruber, der nach einer Pause von etwa 10 Minuten wieder zu reden anfangen wollte, wurde erneut von den skandalisierenden Elementen andauernd durch Zwischenrufe unterbrochen. Die Versammlungsstörer stimmten die Marseillaise an, worauf nochmals „Deutschland, Deutschland, über alles“ gesungen wurde. Erneute Piffe, erneuter Skandal, der immer von denselben Stellen angezettelt wurde. Justizrat Rumpf trat auf den Tisch und versuchte, sich Ruhe zu verschaffen. Er sagte zu den Radaumachern: „Wenn solche hier sind, die vor dem Feind gestanden haben, so haben sie unsere volle Achtung. Wer aber den Arm verloren hat, der darf doch jetzt nicht auch noch den Verstand verlieren. Wir wollen, daß im neuen Deutschen Reiche jedem ein besseres Los beschieden sei. Das Vaterland wird euch ehren, wir werden dafür sorgen.“

Erneuter Lärm erhob sich, aus dem man die Zurufe deutliche vernehmen konnte: „Wir wollen keinen Gewaltfrieden, wir wollen einen Verständigungsfrieden, sonst nichts“, „Kapitalismus, Dreiklassenwahlrecht“. Der Justizrat Rumpf schloß seine Rede: „Daß es uns allen besser gehe in Zukunft, dafür wollen und müssen wir alle eintreten. Darum rufe ich noch einmal: Unser deutsches Vaterland, es lebe hoch!“ Auch diese zur Ruhe gemahnenden, markvollen und verständigen Worte erreichten ihren Zweck nicht. Die Opposition lärmte und piffte.

Es zeigte sich deutlich, daß es von dieser Seite aus von vornherein auf eine Sprengung der Versammlung und eine Hintertreibung der Feier abgesehen war. Es war unmöglich, die Ruhe wiederherzustellen, so daß Geheimrat Herwig die Versammlung um 10 ¼ Uhr als geschlossen erklärte. Die Skandalmacher aber verließen den Saal nicht, sondern es bildeten sich regelrechte Gruppen, die immer neuen Lärm erhoben. Man überließ schließlich die Radaumacher sich selbst.

Tägliche Rundschau - Nr.41 – 1918 – Mittwoch, 23. Januar - Morgen - S.1

Die Folgen des Wiener Ausstands. –

Nachgiebigkeit in der polnischen Frage. Einführung des Wahlrechts für alle Frauen. (Österreich)

Wien, 22. Januar. Der Ausstand der Arbeiterschaft ist zu Ende; das Straßenbild in den Arbeiterbezirken und in ganz Wien hat wieder ein normales Gepräge erreicht, und die Bevölkerung ist hochzufrieden mit den Erklärungen der Regierung, die die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft erhielten und sie bewogen, den Streik einzustellen. In einem Aufruf der „**Arbeiter-Zeitung**“ an die Arbeiter und Arbeiterinnen heißt es:

Die Verhandlungen mit der Regierung werden heute beendet. Die Regierung hat ihre Antwort auf die Forderungen der Arbeiterschaft den freigewählten Vertrauensmännern der streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen mitgeteilt. Wir erblicken den Wert der Darstellungen der Regierung vor allem darin, daß sie sich nicht damit begnügt hat, in allgemeinen Redewendungen auf ihre friedlichen Absichten zu versichern, sondern über die konkreten Fragen, die den Gegenstand der Friedensverhandlungen bilden, vor allem über die polnische Frage, Auskunft gegeben hat. Handelt die Regierung nach ihrer heutigen Erklärung, so kann und wird der Friede an diesen Fragen nicht scheitern und damit ist die größte Gefahr, die dem Friedensschluß mit Rußland entgegenstand, beseitigt.

Was die Ernährungsfragen anbelangt, hat die Regierung unsere Forderungen – die Abschaffung des Privilegs der Selbstversorger und die Einschränkung der Lohnmüllerei – angenommen. Ferner hat sich die Regierung verpflichtet, die Demokratisierung des

Gemeindewahlrechts zu fördern und ihren bisherigen Standpunkt, die Gesetze, die das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen einführen, nicht zur kaiserlichen Sanktion vorlegen zu können, endlich aufgegeben. Schließlich hat die Regierung der Aufhebung der Militarisation der Betriebe und die Aufhebung des Kriegsleistungsgesetzes grundsätzlich zugestimmt und sich verpflichtet, dem Reichsrat einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Arbeitsverhältnis im Kriege auf zivilrechtliche Grundlage stellt und die Arbeiter vor der Bedrohung durch die Militärstraferichte befreit. Dafür, daß diese gewiß wertvollen Besprechungen nicht leere Versprechungen bleiben, bürgt uns die Macht der Arbeiterklasse selbst.

Aus diesen Gründen hat der Wiener Arbeiterrat einmütig beschlossen, die streikende Arbeiterschaft Wiens zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern. Der Parteivorstand hat sich diesem Beschluß angeschlossen und fordert die Arbeiterschaft ganz Oesterreichs auf, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Diese Erklärungen der Regierung wurden in einer Konferenz einer Abordnung der Vertrauensmänner mit der Regierung am Sonnabend abgegebene. Hierauf trat eine große Vertrauensmännerversammlung im Wiener Eisenbahnerheim zusammen, der diese Erklärungen bekanntgegeben wurden. In dieser Versammlung ergriff auch **der Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Partei Oesterreichs, der Abgeordnete Dr. Viktor Adler**, das Wort und sagte u.a.:

„Es ist in den drei Tagen durchaus nicht alles erreicht worden. Wenn wir auch nicht als Sieger heimkehren, so können wir doch mit gutem Gewissen sagen, daß die Arbeiterschaft und ihre Vertreter aus der Lage herausgerissen haben, was herauszureißen war. **Wir haben Forderungen erhoben: Frieden, Demokratie und Brot. Der Ernährungsminister hat uns leid getan; ich glaube, es ist doch ein Schritt geschehen, daß das Vorhandene vernünftiger verteilt wird.** [dieser Satz ist nicht im „Vorwärts“ Nr. 22/23 aufgeführt]

Was den Frieden betrifft, so sind auch die Minister ebenso ungeduldig wie wir alle, aber wir haben ein Dokument, das nicht nur uns mitgeteilt wurde, sondern das vor der Öffentlichkeit der ganzen Welt ein bindendes Versprechen ist. **Denn es ist festgelegt worden, daß der Kaiser und der Minister des Aeußeren nach wie vor in den allgemeinen Frieden einstimmen, und daß der russische Friede nur die Einleitung zum allgemeinen Frieden sein soll.** Ferner ist nochmals festgelegt, daß Graf Czernin nach wie vor an den Grundsätzen der Abrüstung und Schiedsgerichte festhält.

Nun haben Sie zu entscheiden. Ich bin nicht berufen, Ihnen Ratschläge zu geben, aber meine Meinung ist, eine Situation ist auszunützen bis zum äußersten. Wenn das aber geschehen ist, soll man nicht weiteres riskieren, sondern soll bis zur nächsten Gelegenheit warten. Das Eis ist einmal gebrochen. Sollten sich noch weitere Hindernisse finden – wir sind da, und auch später wird es an Entschlossenheit nicht fehlen. **Was wir durchgesetzt haben, ist lange nicht alles, aber die Arbeiter sind noch auf der Welt!**“ (Stürmische Zustimmung.)

Vossische Zeitung - Nr.41 – 1918 – Mittwoch, 23. Januar - Morgen - S.3

Die englischen Pläne in Palästina.

Amsterdam, 22. Januar. Nach der „Westminster Gazette“ fand Sonntag in Leeds eine stark besucht Konferenz der Zionisten aus Leeds und Bradford statt. ein gemeinsamer Dankeschluß an die englische Regierung wurde angenommen. Sieff aus Manchester sagte: Es ist die Absicht der englischen Regierung, in einigen Wochen eine jüdische Kommission nach Palästina zu senden, die die Vorarbeiten für die Unterbringung der jüdischen Nation in Palästina beginnen soll. Dieser Kommission soll ein Stab von technischen Fachleuten, Ingenieuren, Architekten, Städterbauern, Landwirten folgen. Die zionistische Kommission hat nicht die Absicht, eine internationale Finanzgruppe in Palästina zur Ausbeutung des Landes und des arabischen Proletariats zu schaffen, sondern durch Ankauf von Land das jüdische Proletariat anzusiedeln, das, wie man hofft, einträchtig mit den Arabern zusammenarbeiten wird.

Von Björkoe nach Brest-Litowsk. – von Freiherrn von Richthofen. m. d. R. u. d. A. – I.

I. In der neutralen Presse ist vor einiger Zeit **der Wortlaut des Björkoevertrages von 1905**, der augenscheinlich aus den russischen Geheimarchiven stammt, veröffentlicht worden. Er ist in die deutsche Presse übergegangen, und da ihm ein Dementi seitens der deutschen Regierung nicht zuteil geworden ist, wird man an seiner Korrektheit nicht zweifeln können. Er möge daher hier folgen:

Ihre Kaiserlichen Majestäten, der Zar aller Russen einerseits und der Deutsche Kaiser andererseits haben folgende Bedingungen für ein abkommen über ein Verteidigungsbündnis zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens abgeschlossen:

§1. Für den Fall, daß irgendeine europäische Macht einen der vertragschließenden Staaten überfällt, verpflichten sich die Vertragsstaaten, den überfallenen Staat mit allen Land- und Seestreitkräften in Europa zu unterstützen.

§2. Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, mit keinem der Feinde Sonderfrieden zu schließen.

§3. Dieses Bündnis tritt sofort in Kraft. Seiner Aufhebung muß ein Jahr vorher eine Kündigung vorangehen.

§4. Der Zar wird, sobald dies Abkommen in Kraft getreten ist, die notwendigen Schritte unternehmen, um die französische Regierung mit diesem Abkommen bekanntzumachen, und wird Frankreich vorschlagen, sich dem Bündnis auf Grundlage dieses Abkommens anzuschließen.

Wilhelm. Nikolaus Alexandrowitsch.
Gegengezeichnet: Tschirschky, Birilew.

Dieser Vertrag ist in verschiedenster Beziehung interessant und merkwürdig. **An seiner äußeren Form fällt auf, daß ihm eine staatsrechtlich vollgültige Gegenzeichnung deutscherseits fehlt. Da Rußland damals noch ein völlig autokratisch regiertes Land war, hat hier das Fehlen einer solchen Gegenzeichnung keine Bedeutung.** Die Unterschrift des Admirals Birilew, der 1905 russischer Kriegsminister war, hat lediglich einen dekorativen Wert. Dasselbe gilt rechtlich auch von der Unterschrift des Herrn Tschirschky; denn Tschirschky war damals noch preußischer Gesandter in Hamburg und pflegte den Kaiser auf seinen Reisen als Vertreter des Auswärtigen Amtes zu begleiten. Staatssekretär des Auswärtigen ist er erst 1906 geworden. **Es fragt daher, ob der bedeutungsvolle Vertrag eigentlich tatsächlich in Kraft getreten ist, oder ob er bis zu seiner durch gegenseitiges Einverständnis herbeigeführten Ungültigkeitserklärung gewissermaßen ein Torso geblieben ist.** Man wird hierüber ein größeres Maß von Klarheit gewinnen können, wenn man sich den Vertragstext genauer ansieht und sich gleichzeitig die internationale politische Lage des Jahres 1905 vergegenwärtigt.

Von stärkstem historischen Interesse ist die Tatsache, daß der Vertrag in seinem §4 das Inkrafttreten des deutsch-russischen Bündnisses keineswegs, wie man bisher angenommen hatte, von dem Anschluß Frankreichs abhängig macht, sondern daß der Zar lediglich sich verpflichtet oder vielleicht besser gesagt, sich vorbehält, das Abkommen der französischen Regierung bekannt zu geben und ihr vorzuschlagen, sich dem Bündnis anzuschließen.

Es wirft dies ein grelles Schlagschlicht auf das russisch-französische Vertragsverhältnis, wenigstens insoweit die russische Auffassung in Betracht kommt. **Der Kaiser von Rußland hat, wie der Vertrag von Björkoe zeigt, keine Bedenken getragen, sein Bündnis mit Frankreich, das von dem letzteren doch bewußtermaßen ausschließlich gegen Deutschland gerichtet war, durch ein Defensivbündnis mit demselben Deutschland zu paralysieren.** Es ist wirklich schade, daß unsere teilweise wenig moderne politische Praktik es nicht zugelassen hat, den Text des Vertrage von Björkoe alsbald nach der russischen Kriegserklärung im Jahre 1914 zu veröffentlichen. Es würde das in Paris eine recht fatale Sensation gegeben haben.

Die ausschlaggebende Bestimmung des Vertrages enthält sein erster Paragraph. Und da stehen wir vor der merkwürdigen Tatsache, daß die Waffenhilfe, zu der sich die beiden Staaten gegenseitig verpflichten, auf Europa beschränkt bleiben solle. Daß dies den Wert des ganzen Vertrages ganz beträchtlich und vielleicht ausschlaggebend gemindert hat, ist ohne weiteres einleuchtend.

Der Vertrag war gegen England gerichtet. Nur so ist er entstanden und überhaupt zu verstehen. Die gemeinsame Gegnerschaft gegen England bildet die Linie, auf der sich damals Deutschland und Rußland zu

finden versuchten. Bei Deutschland entsprang sie der immer stärker werdenden wirtschaftlichen und kolonialen Rivalität und wurde durch das Verhalten Englands während des gleichzeitig sich abspielenden Marokko-Konfliktes sehr wesentlich verstärkt. Die Verschlechterung der englisch-russischen Beziehungen war jüngerer Datums. Sie kam von der Haltung der englischen Regierung während des japanischen Krieges, von der die deutsche für Rußland sehr wohlwollende Neutralität umso stärker abstach. Die sich häufenden Unfreundlichkeiten der englischen Politik, die die russische Kriegführung gegen Japan nicht unwesentlich erschwert haben, hatten namentlich den Kaiser Nikolaus persönlich ungemein verstimmt, und hierin lag wohl auch das psychologische Moment, das den Abschluß des Vertrages von Björkoe überhaupt erst möglich gemacht hat.

Gegen England also wollten sich die Vertragschließenden sichern und helfen, und um so eigentümlicher ist es, daß sich gleichwohl diese Hilfe auf Europa beschränken sollte. Die Unterstützung, die Rußland uns in einem Kriege gegen England in Europa zu geben vermochte, konnte nur eine sehr geringe sein und sich von einer wohlwollenden Neutralität nur wenig unterscheiden. Die eigentliche Hilfe mußte in Asien geleistet werden. Und ein Bündnis zwischen Deutschland und Rußland, das seine Spitze gegen England gerichtet hätte, konnte eine Verschiebung der weltpolitischen Lage nur dann bedeuten, wenn die beiden Mächte gegebenenfalls entschlossen waren, England vor allem an seinem Lebensnerv, am Suezkanal und in Indien, zu treffen. Die politische Behandlung, die die 1905 im deutschen Reiche maßgebenden Staatsmänner dem Vertrag von Björkoe haben zueilen lassen, wird durch diese seine Unvollkommenheit sicherlich stark beeinflußt worden sein.

Für das Schicksal, das der Vertrag von Björkoe weiterhin gehabt hat, sind dann bekanntlich die innerpolitischen Zustände Rußlands entscheidend gewesen. Der Zar wird voraussichtlich, als er mit dem Vertrag in der Tasche nach Petersburg kam, beim damaligen Minister des Auswärtigen, dem Grafen Lambsdorff keine allzu große Freude erregt haben. Das russische Ministerium des Auswärtigen, auf das bereits damals Herr v. Iswolski von Kopenhagen aus starken Einfluß übte, war auf das russisch-französische Bündnis eingeschworen und hoffte, nach Beendigung des japanischen Krieges auf die Herstellung eines besseren Verhältnisses mit England. Bei dieser Sachlage war an eine Vertiefung der in dem Vertrage niedergelegten Gedanken und an eine Verständigung über die in dem Vertrage noch offen gelassenen bedeutsamen Fragen nur zu denken, wenn eine völlige Umwandlung der russischen auswärtigen Politik eintrat.

Dies aber erschien gerade im Herbst 1905 um so mehr in den Bereich der Wahrscheinlichkeit gerückt, als die russische Revolution Dimensionen angenommen hatte, die ein Verbleiben in den alten Gleisen der russischen Politik zur Unmöglichkeit machten. Während die russische Revolution von 1905 und die durch sie und den japanischen Krieg bedingte große militärische Schwäche Rußlands die damals verantwortlichen deutschen Staatsmänner vor einem endgültigen Eingehen auf den Vertrag von Björkoe zu größter Vorsicht mahnen mußte, war auf der anderen Seite gerade durch die Revolution die Möglichkeit einer völligen Umänderung der russischen Politik und damit auf Grund des Björkoer Vertrages die Herstellung enger freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland gegeben.

Der Mann, auf den sich in diesem Sinne die Augen aller beteiligten politischen Kreise richteten, war der Graf Witte. Ihm war die Aufgabe zugefallen, ein neues Rußland zu schaffen, dieselbe Aufgabe, an die sich zwölf Jahre später die Herren Miljukow, Kerenski und andere vergeblich versucht haben und die jetzt die Herren Lenin und Trotzki zu vollenden unternehmen.

Berliner Börsen Zeitung - Nr.39 - 1918 - Donnerstag, 24. Januar - Morgen - S.1

Von Björkoe nach Brest-Litowsk. — von Freiherrn von Richthofen. M. d. R. u. d. A. — II.

II. Das Schicksal der deutschen auswärtigen Politik, die in dem Vertrag von Björkoe ihren markanten Ausdruck gefunden hat, war untrennbar mit dem der damaligen russischen Revolution verbunden. Die Erwägungen gingen dahin, daß nach relativ günstiger Beendigung des japanischen Krieges ein Sieg der Sozialrevolutionäre ausgeschlossen sein werde, daß aber andererseits die leitenden Kreise in Petersburg weder imstande noch so töricht sein würden, ohne etwas dazugelernt zu haben, zum alten Regime zurückzukehren. Man rechnete damals mit der großen Wahrscheinlichkeit, daß die gewaltigen Erschütterungen des Jahres 1905 Rußland die Wiederherstellung des Absolutismus unmöglich und einem mehr westlichen Regierungssystem die Wege ebenen würde.

Daß das auch zur Zeit der Zusammenkunft in Björkoe die Absicht des Zaren Nikolaus gewesen ist, beweist die Ernennung des Grafen Witte zum Ministerpräsidenten. Witte sah sein Ziel klar vor Augen und er war sich auch dessen bewußt, daß mit den veränderten innerpolitischen Zuständen eine völlige Neuorientierung der russischen auswärtigen Politik Hand in Hand gehen mußte. Allerdings sagte er sich, daß

vor einer offensichtlichen Schwenkung der Außenpolitik die inneren Verhältnisse Rußlands sich erst einigermaßen konsolidiert haben mußten. Daß er ein Heil für Rußland nur in einem engen Einvernehmen mit dem Deutschen Reiche sah, darüber hat er in seinen Besprechungen, die er auf der Durchreise von Amerika nach Petersburg mit den leitenden deutschen Persönlichkeiten in Berlin hatte, nicht den geringsten Zweifel gelassen. Graf Witte betrachtete den Vertrag von Björkoe als geeignetes Instrument, um auf demselben ein bündnisähnliches Verhältnis mit Deutschland aufzubauen. Daß der Vertrag unvollkommen war, war ihm bekannt. Und ich mußte mich sehr irren, wenn nicht in seinem Kopfe der Plan, wie er den Vertrag weiter ausbauen wollte, vollständig fertig war.

Wenigstens hat er mir gegenüber im Dezember 1905 ausgeführt, daß gleichzeitig mit der Herstellung eines engeren Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland eine Verständigung über die asiatischen Fragen erfolgen müsse. Graf Witte dachte sich diese Verständigung in der Weise, daß seitens der beiden Staaten eine Garantie für den status quo in Asien übernommen werden sollte. Ein Vertrag dieser Art hätte den Vorteil gehabt, jede aggressive Tendenz gegen England zurücktreten zu lassen, und sogar die Möglichkeit geboten, England zum Beitritt zu dem Verträge aufzufordern, ebenso wie das im Verträge von Björkoe bezüglich Frankreich vorgesehen war.

Würden diese Absichten verwirklicht worden sein, so würde anstelle des englisch-russischen Vertrages von 1907 ein deutsch-russischer Vertrag ähnlichen Inhalts zustande gekommen sein. Man kann den Wert einer solchen Abmachung nur dann richtig abschätzen, **wenn man sich vergegenwärtigt, daß der englisch-russische Vertrag von 1907 eine der Grundlagen für die Herstellung der gegen uns gerichteten Weltkoalition geworden ist.** Jetzt, nachdem er England seinen Dienst getan hat, und die derzeitige Schwäche Rußlands ihn der britischen Regierung nicht mehr allzu wertvoll erscheinen läßt, betrachten ihn die Engländer nach den Erklärungen, die Lord Curzon vor einigen Tagen im Oberhause abgegeben hat, allerdings als vorläufig aufgehoben.

Die Erwartungen, die die deutsche auswärtige Politik an die erste russische Revolution geknüpft hatte, haben sich nicht erfüllt. Graf Witte war nicht imstande, seine Aufgabe durchzuführen, und der russische Absolutismus wurde in alter Allmacht wieder hergestellt. Die Folgen sind für Rußland nicht ausgeblieben. Zehn Jahr später ist an ihnen der Thron der Romanows zerschellt. Der Vertrag von Björkoe aber mußte, als mit der Niederwerfung der Revolution zugleich die alten Bahnen antideutscher-russischer Politik wieder betreten wurden, als eine historische Reminiszenz zu den Akten gelegt werden. Auch die Folgen dieser außerpolitischen Verkenntung der wahren Interessen Rußlands haben sich bitter gerächt. Sie haben Rußland in den Weltkrieg und damit an den Rand des Verderbens geführt.

Wenn man die politische Lage zur Zeit des Vertrages von Björkoe mit der vergleicht, in der wir uns jetzt Rußland gegenüber befinden, oder besser gesagt, noch vor kurzem befanden, so wird man eine gewisse Aehnlichkeit der Situation nicht verkennen können. Auch in Brest-Litowsk hat es sich um eine völlige Neuregelung unseres Verhältnisses zu Rußland gehandelt. Auch jetzt braucht Rußland infolge seiner inneren Schwäche friedliche Beziehungen zum Deutschen Reiche. **Es wird im Kampfe mit Deutschland ebenso wenig zu einer Ueberwindung seiner gewaltigen inneren Schwierigkeiten gelangen können, wie es ihm 1905 möglich gewesen wäre, der Revolution Herr zu werden wenn es nicht an seiner Westgrenze einen von freundschaftlichem Wohlwollen erfüllten Nachbar gehabt hätte.**

Aber auch für die deutsche Politik weist die Entscheidung, vor der wir Rußland gegenüber stehen, manche Anklänge an die Zeit des Vertrages von Björkoe auf. **Es wäre uns damals gewiß ein Leichtes gewesen, während des japanischen Krieges Rußland in den Rücken zu fallen und wir hätten damit vielleicht zehn Jahre früher den Prozeß herbeiführen können, den wir sich jetzt in Rußland vollziehen sehen. Wir entschieden uns für den Versuch, durch eine Politik der zuverlässigen Freundschaft, ein Bundesverhältnis mit Rußland zu erreichen. Wir haben damit damals den Weltkrieg verhindert, der sonst in Verbindung mit der Marokkokrise unfehlbar ausgebrochen wäre.**

Auch heute stehen wir an einem solchen Scheideweg. Das Schicksal hat uns vor die Wahl gestellt, entweder auf Friedensforderungen zu beharren, deren Ergebnis eine Schwächung Rußlands und damit eine weitere Gegnerschaft gegen uns sein wird; oder aber noch einmal zu versuchen, mit dem russischen Gemeinwesen, das aus dem jetzigen Chaos entstehen wird, in ein enges politisches Verhältnis zu gelangen. Als wir während der russischen Revolution uns für die russenfreundliche Politik entschieden, hofften wir damit den Krieg zu vermeiden oder ihn später mit gedecktem Rücken führen zu können. Jetzt stehen wir im Kriege gegen die Westmächte und gegen Amerika; man sollte daher annehmen, daß unser Interesse an einer Verständigung mit Rußland inzwischen nicht geringer geworden sei.

Mit Recht hat man unserer auswärtigen Politik bis zum heutigen Tage den Vorwurf der Sprunghaftigkeit und des Wechselvollen gemacht. Zu den Lehren des Krieges gehört es, daß wir heute

wissen, in wie hohem Maße hier die Fehler am System liegen, das infolge der verschiedenartigen in Erscheinung tretenden Einflüsse unsere Politik nicht zur Durchführung klarer Ziele kommen läßt, sondern in eine Kette von Kompromissen verwandelt.

Die auswärtige Politik aber, die man 1905 und Anfang 1906 Rußland gegenüber geführt hat, zeichnet sich, fast als eine Ausnahme, durch eine erfreuliche Konsequenz aus. An dieser Einstellung kann es nichts ändern, daß ihr ein Erfolg nicht beschieden gewesen ist. Sie war selbstverständlich, wie dies bei solchen Aktionen immer sein muß, auf eine Wahrscheinlichkeitsberechnung gestellt. Daß es den Intrigen des russischen Hofes gelang, den Grafen Witte zu stürzen, und daß das russische Volk sich als unfähig erwies, dieser Herausforderung zu begegnen, kann man nicht auf das Konto derjenigen setzen, deren Ziel dahin ging, mit einem aus der Revolution verjüngt hervorgehenden Rußland enge freundschaftliche Beziehungen zu knüpfen.

Ob man der Politik, die wir gegenüber Rußland bisher in Brest-Litowsk geführt haben, das gleiche Zeugnis wird ausstellen können, will mir zweifelhaft erscheinen. Wenigstens versucht man in den Verhandlungen einen nicht allzu konsequenten Mittelweg zu gehen, der bekanntlich meistens in die Sackgasse zu führen pflegt. Auch 1905 hätte man, ohne mit Rußland deswegen in Krieg zu geraten, der russischen Regierung diese oder jene Vorteile abpressen können. Nur hätte man sich damit jeder Möglichkeit der Durchführung des großzügigen Planes, wie ihn der Vertrag von Björkoe vorsieht, begeben. Die Erfahrungen, die man bisher in Brest-Litowsk gemacht hat, und die sehr bezeichnende Haltung der Petersburger Konstituante deuten darauf hin, daß man nicht sehr weit davon entfernt ist, sich die Möglichkeit einer dauernden Aussöhnung mit Rußland endgültig zu verbarrikadieren. Dem Vertrage von Björkoe haftete der große Fehler einer wesentlichen Unvollkommenheit an, die man später nicht mehr zu beseitigen vermocht hat. **Auch diese Mal wird man den Eindruck nicht los, daß sich das Augenmerk unserer Politiker starr auf Europa und auf die Lösung der Fragen heftet, die mit der Neugestaltung der Grenzverhältnisse zwischen Deutschland und Rußland und mit den Landesteilen zusammenhängen, die das Kriegsglück in unsere Hand gegeben hat. Und doch müht man sich gleichzeitig bei uns ab, Mittel und Wege zu finden, die England in Schach halten und wenn möglich einen künftigen Krieg mit dem Angelsachsentum verhindern sollen.** Man kommt dabei auf die merkwürdigsten Ideen, weil man aus der Geschichte nicht lernen will.

Die Geschichte des Vertrages von Björkoe aber, in dem man das so bedeutungsvolle Wörtchen „Asien“ vergessen hatte, zeigt, wo das große Interesse liegt, das wir an einer freundschaftlichen Auseinandersetzung mit Rußland haben. **Ein in Asien schwaches Rußland dient Englands Macht. Ein mit uns befreundetes Rußland dagegen macht allein durch seine geographische Lage Mittel- und Osteuropa für England unangreifbar.**

Berliner Börsen Zeitung - Nr.39 – 1918 – Donnerstag, 24. Januar - Morgen - S.2

Englands Beziehungen zum gegenwärtigen Rußland.

London, 23. Januar. (Reuter) Unterhaus. In Beantwortung einer Anzahl von Anfragen über die britischen diplomatischen Beziehungen zur Petersburger Regierung sagt Balfour: Wir haben diese Regierung als de facto oder de jure bestehende Regierung des russischen Volkes anerkannt, aber wir lassen die notwendigen Geschäfte auf inoffizielle Weise durch einen Agenten führen, der nach den Weisungen unserer Botschaft in Petersburg handelt. Die Regierung der Bolschewiki hat Litwinow zu ihrem Vertreter in London ernannt und wir sind in Begriffe, in ähnliche inoffizielle Beziehungen zu ihm zu treten. Nabskow, der unter der letzten russischen Regierung Geschäftsträger war, wird wahrscheinlich in London bleiben, bis er entweder bestätigt oder seines Postens von einer als Vertreterin des russischen Volkes anerkannten Regierung enthoben wird. Der gegenwärtige Zustand ist augenscheinlich sowohl unregelmäßig als vorübergehend und unter diesen Umständen kann nicht in die übliche diplomatische Arbeit eingetreten werden.

Berliner Neueste Nachrichten - Nr.43 – 1918 – Donnerstag, 24. Januar - Morgen - S.3

Bis hierher und nicht weiter.

Von Tag zu Tag mehrten sich die Nachrichten aus dem Reiche, daß **Versammlungen der Deutschen Vaterlandspartei von den Anhängern des Scheidemannschen Verzichtsfriedens gesprengt werden.** Allerdings wehren sich die Sozialdemokraten Scheidemannscher Observanz dagegen, mit den Sprengkolonnen etwas zu tun zu haben und schieben alles auf die Unabhängigen ab. Aber der Geist ist der gleiche hüben wie drüben.

Wer die Drohungen gelesen hat, die sich die Regierungssozialisten jetzt gegenüber der Reichsleitung gestattet, ist sich klar darüber, daß **der ganze Unterschied zwischen den roten Brüdern nur darin besteht, daß die einen vielleicht noch etwas zuwarten wollen, während die anderen schon in die „Aktion“ eingetreten**

sind. Aber zur Gasse und zum Gassenton strebt alles. In welcher Weise die Sprengkolonnen vorgehen, welche Ausdrücke fallen und zu welchen Sinnlosigkeiten sich die Genossen versteigen, spottet jeder Beschreibung. So rief in einer Versammlung der Vaterlandspartei in Dortmund einer der Lärmmacher dem Abgeordneten Beumer, der die Versammlung leitete, zu: Gehen Sie doch in den Schützengraben! Der Abg. Beumer erwiderte mit ruhigen Worten: Ich bin ein alter Mann von 70 Jahren und kann nicht mehr ins Feld rücken. Aber ich habe zwei Söhne und einen Schwiegersohn, die seit August 1914 im Schützengraben sind. (Einer erkämpfte sich als blutjunger Arzt das Eiserne Kreuz 1. Klasse.)

Es nützte aber alles nichts; es wurde weiter getobt und geschrien. In Dortmund ist es den Genossen allerdings nicht geglückt, die Versammlung zu sprengen. Dank der unerschütterlichen Ruhe des Vorsitzenden konnte sie zu Ende geführt werden. An anderen Orten war das aber nicht möglich. Die Zahl der Unruhestifter, die sich von vornherein eingefunden hatten, war zu groß. **So endete am Montag abend die Reichsgründungsfeier der Vaterlandspartei in München ähnlich deren in Mannheim, Frankfurt und Stuttgart mit wüsten Skandal- und Radauszenen,** wie sie in München noch kaum erlebt wurden. Das kann nicht so weiter gehen! Die Regierung muß Schritte tun, um das weitere Umsichgreifen derartiger Auftritte zu verhüten. Selbst das süddeutsche Zentrum, das doch durchaus nicht auf dem Standpunkte der Vaterlandspartei steht, kann nicht umhin, nach scharfen Maßregeln zu rufen. Das Mannheimer Volksblatt fordert den rücksichtslosen Kampf gegen den Geist, der sich in diesen Ausschreitungen zeige.

Der Regensburger Anzeiger, dessen Chefredakteur der Führer der bayerischen Landtags-Zentrumsfraktion, Abg. Held ist, übernimmt den Artikel des bayerischen Zentrumsblattes vollinhaltlich und schreibt dann wieder aus Eigenem:

„Wir sind mit dieser Schlußfolgerung einverstanden! Nur möchten wir einmal sehen, daß dieser Kampf nicht bloß in ein paar verschämten Bemerkungen da und dort in der Zentrumspresse außerhalb des parteioffiziösen Teils gepredigt wird, sondern daß endlich die gesamte Zentrumspresse einsieht, daß unser innerpolitisches Tohuwabohu nicht länger so weitergehen kann. Unter einheitlicher Führung muß die Partei den Kampf gegen den immer toller werdenden Uebermut der Sozialdemokratie aufnehmen, ehe es zu spät ist.“

Die letzten Worte sollte die Regierung sich besonders zu Herzen nehmen. Die Sozialdemokraten haben jetzt hinreichend bewiesen, was sie unter Freiheit und Recht verstehen!

Das deutsche Vorbild für die Revolution:

Der Reichsbote - Nr.43 – 1918 – Donnerstag, 24. Januar - Morgen - S.1

Die Diktatur des Proletariats in Rußland.

Die Bolschewiki sind in Rußland jetzt daran gegangen, **die Diktatur des Proletariats** praktisch durchzuführen. Und da das Proletariat, die in dem Riesenreiche zerstreute große Masse, diese Gewalt nicht selbst tatsächlich ausüben kann, so spielen die führenden Machthaber die Rolle der Diktatoren und krempeln die ganze Rechtsordnung nach ihren Theorien willkürlich um. Nach den Grundsätzen, die sie als diejenigen des „arbeitenden und ausgebeuteten Volkes“ aufgestellt haben, soll der „vollständige Bruch“ mit der „barbarischen Politik der Bourgeois-Zivilisation“ durchgeführt werden. Das heißt mit anderen Worten, **mit dem Parlamentarismus soll gründlich aufgeräumt werden.**

Für die „Ausbeuter“ soll „in keinem einzigen Organ der Regierungsgewalt ein Platz sein“. Von einem gleichen Recht für alle ist also keine Rede mehr. „Die Gewalt muß ganz und ausschließlich den arbeitenden Massen gehören“, heißt es in einer Erklärung der Rechte des „arbeitenden und ausgebeuteten Volkes“, die der „Zentralvollzugsausschuß“ als „grundlegende Bestimmung“ erlassen hat. Darin ist **der konstituierenden Versammlung vorgeschrieben, was sie zu beschließen hat.** Da sie gewählt war auf Grund der noch vor der Oktoberrevolution aufgestellten Parteilisten, als sich das Volk in seiner Masse angeblich noch nicht gegen seine Ausbeuter erheben konnte, so sollte sie sich nicht mit der „Ratsgewalt“ in Widerspruch setzen!

Die Mehrheit der gesetzgebenden Versammlung war offenbar nicht gesonnen, sich diesen sie von vornherein zur Ohnmacht verdammenden Vorschriften willenlos zu fügen. Deshalb wurde sie kurzerhand auseinandergejagt und die Sowjets und maximalistischen Mitglieder werden sich, wie gemeldet, nun voraussichtlich zu einem Nationalkonvent zusammentun, der dann das beschließen wird, was der Zentralvollzugsausschuß der Verfassungsgebenden Versammlung zumuten wollte. Inzwischen scheint ja das summarische Verfahren aller Tyrannen und Gewaltherrschaften, mögen sie von einem Autokraten oder von Demagogen ausgehen, die Beseitigung der politischen Gegner durch Mord oder Massenhinrichtung, in Petersburg seinen Anfang genommen zu haben.

Wollen wir einen Vergleich mit der russischen Revolution ziehen, der natürlich nur im rein Aeüßerlichen und in begrenztem Maße möglich ist (denn so sehr sich auch die demagogischen Machthaber gleichen und immer ihrer im Grunde genommen autokratischen Natur entsprechend handeln müssen, der Verlauf der Dinge hängt nicht allein vom Willen ab), so wäre man in Rußland nunmehr bei dem Nationalkonvent angekommen, der in Frankreich im September 1793 zusammentrat nach den berüchtigten Septembermorden, denen an 9000 Menschen zum Opfer fielen, und dessen Periode bis zum Oktober 1795 währte, nachdem die gesetzgebende Versammlung vom Oktober 1791 bis zum September 1792 die oberste Gewalt ausgeübt hatte.

Aber die Bolschewiki sind schon weiter als der französische Nationalkonvent im Anfang war. In diesem herrschte bis zum 2. Juni 1793 noch die Gironde vor. Ueber dieses Stadium sind die Russen schon hinaus, da die Bourgeoisie überhaupt von jeder Vertretung ausgeschlossen werden soll. Sie sind bereits bei der Herrschaft der Bergpartei angelangt, die in Frankreich bis zum 27. Juli 1794, dem Sturze Robespierres, währte. Jene Periode der sogenannten Schreckensherrschaft scheint jetzt auch in Rußland ihren Anfang zu nehmen. Ob sie so lange oder länger währen wird als in Frankreich, wo nach Robespierres Sturze eine rückläufige Entwicklung eintrat, bis der Nationalkonvent am 26. Oktober 1795 endete und die Direktorialregierung einsetzte, die die zerrüttete Staatsordnung allmählich wiederherstellte, bleibt abzuwarten.

Was die gegenwärtigen Machthaber in Petersburg wollen und mit autokratischer Gewalt durchzusetzen streben, geht zur Genüge aus ihren bisherigen Kundgebungen hervor. **Rußland soll eine Republik der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten werden und alle Gewalt diesen Räten zustehen.** Die Republik soll einen föderativen Charakter haben, eine Vereinigung nationaler Ratsrepubliken. **Jede Klassenteilung der Gesellschaft soll verschwinden, die „Ausbeuter“ sollen schonungslos unterdrückt werden. Mit der Anmaßung, die machtrunkenen demagogischen Gewalthabern eigen zu sein pflegt, wird auch der Sieg des Sozialismus in allen Ländern als Ziel aufgesteckt.**

Das private Eigentumsrecht auf Land soll abgeschafft und alles Land mit lebendem und totem Inventar für Nationaleigentum erklärt werden. Auch Fabriken, Bergwerke und Eisenbahnen sollen in das Eigentum der Republik übergehen, ebenso alle Banken. Die „Schmarotzerschichten“ der Gesellschaft werden vernichtet und die allgemeine Arbeits-Dienstpflcht wird eingeführt. Damit den „arbeitenden Massen“ die ganze Machtfülle gesichert bleibt, soll die „Bewaffnung der Arbeitenden“ und die „gänzliche Entwaffnung der besitzenden Klassen“ durchgeführt werden. Was das besagen soll, ist unerfindlich, denn wenn die besitzenden Klassen mit der allgemeinen Enteignung, die schon vorher ausgesprochen wurde, beseitigt sind, wo bleiben da die Leute, die nicht bewaffnet werden sollen?

In Wahrheit sind es natürlich alle Menschen, die politische eine eigene Ansicht zu haben wagen und sich nicht der Gesinnungsknechtung, die von den Bolschewiki vorgeschrieben wird, unterwerfen. Mit dem privaten Eigentum wollen die bolschewistischen Machthaber auch die eigene Ueberzeugung beseitigen. Alle Menschen sollen die von oben vorgeschriebene Meinung teilen und betätigen. Wehe dem, der sich ihr widersetzt oder an einer eigenen Ueberzeugung festhält! Letztere ist ein „Besitz“, der nicht geduldet werden kann. Leute, die daran festhalten, dürfen als „Besitzende“ nicht bewaffnet werden, und werden damit unter den allgemein bewaffneten Arbeitern so gut wie vogelfrei. Ihre Waffenlosigkeit wird sie ja schon als „Ausbeuter“, wie das Hauptschlagwort heißt, genügsam kennzeichnen. Und was sie dann von den aufgereizten Fanatikern der „roten Garde“ zu erwarten haben, kann man sich denken.

Wie schon oben erwähnt, soll mit allen Resten der „barbarischen Politik der Bourgeoisie-Zivilisation“ von Grund aus aufgeräumt werden. Damit verschwindet der Grundsatz des gleichen Rechtes für alle, denn die Diktatur der Proletarier hat nur noch Anspruch auf Berücksichtigung. Mit allen Mitteln der Gewalt werden die „Ausbeuter“, d.h. diejenigen, die nicht in der absoluten Massenherrschaft und im Kommunismus das einzige Heil sehen, ausgerottet. „Die Gewalt muß ganz und ausschließlich den arbeitenden Massen angehören,“ heißt es ausdrücklich. Wer sich also anmaßen wollte, eine andere politische und wirtschaftliche Anschauung zu haben als die „Räte“, ist nicht wert, in irgend einem Organ der Regierungsgewalt einen Platz zu haben. **Mit brutaler Gewalt wird jede abweichende Meinung unterdrückt. Es zeigt sich hier also wieder einmal deutlich, welch einen Begriff diese extremen Vertreter der Ochlokratie von dem Wort „Freiheit“ haben. Sie führen sie im Munde, bis sie selbst die Gewalt errungen haben. Dann wird die brutale Gesinnungsknebelung durch die bewaffnete Faust durchgeführt.**

Was die Bolschewiki an die Stelle des zarischen Despotismus setzen, ist nicht als ein Despotismus des Haufens, eine ochlokratische Schreckensherrschaft, die keine Regung selbständiger Gesinnung und Ueberzeugung duldet. Sie bringen dem russischen Volke nicht die Freiheit, sondern eine neue Knechtung, die mit einer Gesinnungsschnüffelei und einem daraus sich naturnotwendigen Angeberwesen verknüpft ist, das an

die schlimmsten Beispiele von Gesinnungsknechtung in der Geschichte erinnert. Man kann es angesichts der Zustände, die von einem derartigen Regimente der niederen Masse mit ihren von ehrgeizigen Demagogen aufgestachelten niederen Instinkten drohen, nur zu wohl verstehen, wenn die selbständigen Nationalitäten an den Grenzen Rußlands sich vor dem „Segen“ einer solchen Regierung zu retten suchen, indem sie sich von Rußland, mit dem sie ein inneres Band überhaupt niemals verknüpft hat, zu trennen streben.

Die brutale Gewalt, mit der die Bolschewiki das Land unter das Joch ihrer engen und sklavischen Grundsätze zu zwingen suchen, wird vermutlich noch Ströme von Blut über das schwer geprüfte Land bringen. Was wirtschaftlich bei ihrem Systeme herauskommt, muß sich bald zeigen. Schon der alte Aristoteles sagt, was vielen gemein sei, werde am wenigsten besorgt. **Als die ersten virginischen Ansiedler 1611 das System der gemeinsamen Arbeit verließen, wurde in einem Tage so viel beschickt wie früher in der ganzen Woche und drei Arbeiter leisteten dasselbe wie früher 30. In Neu-England, wo tüchtige, arbeitsgewohnte Menschen lebten, die noch dazu um des Glaubens willen große Opfer gebracht hatten, war mit der Gütergemeinschaft fast ununterbrochene Hungersnot verbunden. Erst als man zum Privateigentum überging, änderte sich das.** Die gemeinsam wirtschaftenden algerischen Militärkolonien baten schon nach Jahresfrist um Auflösung dieses Verhältnisses, bei dem um die Wette gefaulenzt wurde, obgleich es sich um lauter gleichaltrige, kräftige Männer handelte, die schon an die Ordnung und Gemeinschaft des Dienstes gewöhnt waren und noch dazu vom Staate mit Sold und Lebensmitteln unterstützt wurden.

Die Menschen sind nun einmal nicht gleich, so eifrig das auch Demokraten behaupten, und es muß die Fleißigen auf die Dauer verdrießen, die Faulen, Lässigen und Pflichtvergessenen durch ihre vermehrte Anstrengung mit durchzuschleppen. Dagegen bäumt sich ihr Gerechtigkeitsempfinden und ihr Ehrgefühl auf.

Das diejenigen bürgerlichen Richtungen, die in der Sozialdemokratie den gegenwärtig stärksten Schutz für die Freiheit erblicken und diese Ueberzeugung dem Bürgertume eifrig aufzureden versuchen, gegenwärtig mit ganz besonderem Schmerze auf diese praktische Betätigung eines sehr gewichtigen Flügels diese Kämpfer für die „Freiheit“ blicken, braucht wohl kaum hervorgehoben zu werden. **Der Wahn, daß die Sozialdemokratie, wenn sie ans Ruder komme, schließlich gar nicht so schlimm sein werde, erhält jedenfalls durch diese Entwicklung einen starken Stoß.** Die sogenannten Talmi-Sozialdemokraten, die eigentlich bloße Demokraten sind und den Sozialismus nur mitmachen, um sich von der Volkswelle emportragen zu lassen, denken allerdings nicht an so radikale wirtschaftliche Umwälzungen. **Aber in Zeiten, wo es hart auf hart geht, fällt die Gewalt immer den Konsequenteften und entschiedensten, also den radikalsten Richtungen zu. Das hat sich auch in Rußland wieder bestätigt.**

Der Reichsbote - Nr.43 – 1918 – Donnerstag, 24. Januar - Morgen - S.2

Sozialdemokratische Anmaßung im Hauptausschuß.

Die unverschämte Art und Weise, mit der der sozialdemokratische Abg. Ebert in der Hauptausschußsitzung am Dienstag unseren Unterhändlern in Brest-Litowsk in den Rücken zu fallen suchte, beweist, daß der vaterländische Sinn bei einem Teil des Scheidemannschen Flügels der Sozialdemokratie auf ebenso unsicheren Füßen steht wie bei den Haase-Leuten. Ebert hat unsere Unterhändler verdächtigt, daß sie den Frieden gefährdeten. Diese Worte, die darauf berechnet sind, weiter verhetzend auf die Stimmung in Oesterreich zu wirken, müssen als eine Unverschämtheit bezeichnet werden. Gerade die österreichischen Schwächezustände sind ein kriegsverlängerndes Moment. Ohne diese würden wir wahrscheinlich längst Frieden haben, denn Oesterreich ist der Punkt, auf dem die letzten Entente Hoffnungen beruhen. Daß Deutschland weder militärisch noch wirtschaftlich niederzuzwingen ist, hat die Entente allmählich eingesehen.

Auch die Art, wie Ebert dem obstruierenden Proletariat in Oesterreich und Ungarn seine und seiner Parteigenossen Sympathie aussprach, zeigt deutlich, wie wenig er das törichte, dem Friedensgedanken so ungemein schädliche Verhalten der blind in den Streik gestürzten Massen verurteilt. Daraus geht deutlich genug hervor, **daß es den Sozialdemokraten Ebertscher Ansicht ebenso wie den Bolschewiki in Rußland weniger auf den Frieden selbst, den sie im Munde führen, als auf die Agitation und Ausbreitung sozialdemokratischer Gesinnung ankommt,** denn den Friedensaussichten kann kein üblerer Dienst erwiesen werden als es solche offenbare Schwächezustände tun. Nach allen Erfahrungen, die wir mit Friedensangeboten und Anbiederungsversuchen gemacht haben, die als Schwächesymptome gedeutet wurden, kann man sich vorstellen, daß dieses Symptom, das sich selbst als Nervenschwächezustand kennzeichnet, noch weit ermunternder und zum Kriege anspornender auf die Entente wirkt. Die Entente hat ja auch die Vorgänge mit Jubel begrüßt.

Durch Oesterreich-Ungarn sind wir in den Krieg verwickelt, wegen der Sicherung österreichisch-ungarischer Gebietsteile dauert der Krieg fort, **an alle Grenzen Oesterreich-Ungarns sind deutsche Truppen geschickt worden, um österreichisch-ungarische Interessen zu schützen** und den drohenden feindlichen Einfall abzuwehren. **Angesichts solcher Leistungen für unsere Bundegenossen sollte man alles andere eher erwarten als daß von dort aus moralisch ermutigend auf die Entente gewirkt wird. Wenn aber ein deutscher Reichstagsabgeordneter noch die Tat blinder Hödurnaturen belobt und feiert, so beweist er damit nur, daß er jedenfalls nicht berechtigt ist, im Namen nur eines einzigen deutsch fühlenden Mannes zu sprechen.**

Herr Scheidemann wollte seinen „Genossen“ dadurch übertrumpfen, daß er mit offener Drohung zu wirken suchte. Er warnte die Zensurbehörde drohend vor einem nochmaligen Verbot des „Vorwärts“, da bei uns die Zustände denen in Oesterreich vor Ausbruch des Streiks glichen. Diese unverhohlene Drohung mit einem Streik hätte sofort die schärfste Zurückweisung seitens eines Regierungsvertreters verdient. Statt dessen konnte sie erst nach der Pause durch den konservativen Abgeordneten Graefe erfolgen. Sehr bezeichnend war, daß selbst Herr Trimborn, der sonst der Linken gern sehr weit entgegenkommt, nicht umhin konnte, die Drohung festzustellen. Scheidemann suchte dann nach üblicher Art den Naiven zu spielen. Das pflegt er mit Vorliebe zu tun, wenn er einen Giftpfeil abgeschossen hat. Aber nachdem er die Drohung als nicht vorhanden hinzustellen versucht hatte, leistete er sich eine neue, indem er die sofortige Aufhebung des Verbotes des „Vorwärts“ verlangte, „ehe andere Mittel angewendet werden müssen.“ So hat Scheidemann sich nach dem Berichte des „Vorwärts“, der ja auch prompt wieder freigegeben worden ist, ausgedrückt. Diese Sprache läßt keine Deutungsversuche mehr zu.

Wenn man das Geschrei ansieht, das die Sozialdemokratie die ganze Sitzung hindurch wegen des „Vorwärts“ erhoben hat, so muß demgegenüber betont werden, daß es nicht angängig ist, für das sozialdemokratische Organ in Berlin eine Ausnahme- und Vorzugsstellung zu schaffen. Wen die bürgerliche Presse gehalten ist, sich nach den Zensurvorschriften zu richten, muß es auch der „Vorwärts“ tun. Dieses Organ darf sich nicht darauf verlassen, daß sich im Hauptausschusse ein halbes Dutzend Genossen findet, die in einer Weise Geschrei erheben zum besten dieses Blattes, wie es für kein einziges bürgerliches Blatt geschieht. Im Vertrauen darauf hat der „Vorwärts“ sich wiederholt nicht an Zensurvorschriften gekehrt. So entstand schon im ersten Kriegsjahre der peinliche Zustand, daß der „Vorwärts“ sich zensurwidrige Angriffe leistete, auf die bürgerliche Blätter nicht antworten durften.

Diese Einseitigkeit ist ein unhaltbarer Zustand. Auch in der Frage der Streikbewegung in Oesterreich ist sie hervorgetreten. Während die übrige Presse sich an die Zensurvorschriften band, ignorierte sie der „Vorwärts“. Wir sind zwar der Ansicht, daß die Zensurmaßnahmen in dieser Frage nicht glücklich waren. Wenn sie aber einmal bestanden, mußte sie für alle Blätter maßgebend sein. Wir hoffen, daß dem „Vorwärts“ nicht wieder die Vorzugsstellung eingeräumt wird, die er im ersten Kriegsjahre genoß insofern, als ihm manche Verstöße nachgesehen wurden, während der gegnerischen Presse das Verbot zuzuging, darauf zu antworten. Dahin darf es ungeachtet der anmaßenden Drohungen des Abgeordneten Scheidemann nicht wieder kommen.

Graf Czernin über den Frieden. [Czernin stellt am Schluß seiner Rede die Vertrauensfrage]

Wien, 24. Januar. (Meldung des Wiener K.K. Telegraphen Bureaus.) Minister des Aeußern Graf Czernin hielt heute im Ausschuß für Aeußeres in der österreichischen Delegation nachstehende Rede:

Hoher Ausschuß! Es ist meine Pflicht, den Herren ein getreues Bild der Friedensverhandlungen zu entwickeln, die verschiedenen Phasen der bisherigen Ergebnisse zu beleuchten und daraus jene Konklusionen zu ziehen, die wahr, logisch und berechtigt sind. Es scheint mir vor allem, daß jene, welche den Verlauf der Verhandlungen anscheinend zu langsam finden, sich auch nicht annähernd eine Vorstellung von den Schwierigkeiten machen können, denen wir naturgemäß auf Schritt und Tritt hierbei begegnen müssen. Ich werde mir im nachstehenden gestatten, diese Schwierigkeiten zu schildern, und möchte nur gleich vorgreifend auf einen Kardinalunterschied hinweisen, welcher zwischen den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk und all denen, die jemals in der Geschichte stattgefunden haben, besteht.

Niemals, soviel ich weiß, haben Friedensverhandlungen bei offenen Fenstern stattgefunden. Es ist ganz ausgeschlossen, daß Verhandlungen, welche an Umfang und Tiefe den jetzigen gleichkommen, von der ersten Minute an glatt und ohne den geringsten Zwischenfall verlaufen könnten. Es gilt, eine neue Welt aufzubauen, alles das, was der erbarmungsloseste aller Kriege zerstört und in den Boden gestampft hat. Bei allen Friedensverhandlungen, die wir kennen, haben sich deren verschiedene Phasen mehr oder weniger bei verschlossenen Türen abgespielt, und erst nach Ablauf der Verhandlungen wurde der Welt das Ergebnis mitgeteilt. Aus allen Büchern der Geschichte geht hervor – es ist dies ganz selbstverständlich – , daß der mühsame Weg solcher Friedensverhandlungen stets über Berg und Tal geführt hat, daß die Aussichten manchen Tag günstiger, manchen Tag weniger günstig schienen. Wenn aber diese verschiedenen Phasen, die Details des Einzeltages in die Welt hinaustelegraphiert werden, so ist es wieder ganz selbstverständlich, daß sie bei der die ganze Zeit herrschenden Nervosität wie elektrische Schläge wirken und die öffentliche Meinung aufpeitschen.

Wir waren uns über den Nachteil dieses Vorganges vollständig im Klaren. Wir haben trotzdem dem Wunsche der russischen Regierung nach dieser Veröffentlichung sofort stattgegeben, weil wir uns entgegenkommend zeigen wollten, weil wir nichts zu verstecken haben, und weil es einen falschen Eindruck hätte machen können, wenn wir an dem bisher bestandenen Modus der vorerstigen Geheimhaltung festgehalten hätten. aber die notwendige Kehrseite dieser vollständigen Oeffentlichkeit der Verhandlungen ist die, daß die große Oeffentlichkeit, daß das Hinterland und vor allem die Führer ruhige Nerven behalten.

Die Partie muß mit kaltem Blute bis zu Ende gespielt werden, und sie wird zu einem guten Ende kommen, wenn die Völker der Monarchie ihre verantwortlichen Vertreter auf der Friedenskonferenz unterstützen.

Vorweg sei gesagt: Die Basis, auf welcher Oesterreich-Ungarn mit den verschiedenen neuentstandenen russischen Reichen verhandelt, ist die, **ohne Kompensation und ohne Annexionen**. Das ist das Programm, welches ich vor einem Jahr knapp nach meiner Ernennung zum Minister denjenigen gegenüber, welche über den Frieden reden wollen, ausgesprochen habe, welches ich den russischen Machthabern auf ihr erstes Friedensangebot hin wiederholt habe und von dem ich nicht abweichen werde. Diejenigen, die glauben, daß ich von dem Wege, den ich mir zu gehen vorgenommen habe, abzurängen sei, sind schlechte Psychologen. Ich habe der Oeffentlichkeit niemals einen Zweifel darüber gelassen, welchen Weg ich gehe, und ich habe mich niemals auch nur um Haars Breite von diesem Weg abdrängen lassen, weder nach rechts noch nach links. Ich bin seitdem der unbestrittene Liebling der Alldutschen geworden und derjenigen in der Monarchie, die die Alldutschen nachahmen. Ich werde gleichzeitig als Kriegshetzer von denen verschrien, die den Frieden „um jeden Preis“ wollen, wie zahllose Briefe mir beweisen, beides hat mich niemals geniert. Im Gegenteil, diese doppelten Schimpfereien sind meine einzige Erheiterung in dieser ernsten Zeit.

Ich erkläre hier nochmals, daß ich keinen Quadratmeter und keinen Kreuzer von Rußland verlange, und daß, wenn Rußland, wie dies scheint, sich auf den gleichen Standpunkt stellt, der Friede zustande kommen muß. Diejenigen, die den Frieden um jeden Preis wollen, könnten Zweifel an der Ehrlichkeit meiner annexionistischen Absichten hegen, wenn ich ihnen nicht mit der gleichen rücksichtslosen Offenheit ins Gesicht sagen würde, daß ich mich niemals dazu hergeben werde, einen Frieden zu schließen, welcher über den eben skizzierten Rahmen hinausgeht. Wenn unsere russischen Kompaziszenten von uns eine Gebietsabtretung oder

eine Kriegsentschädigung verlangen würden, so würde ich den Krieg fortsetzen trotz des Friedenswunsches, den ich genauso gut habe, wie Sie, oder ich würde zurücktreten, wenn ich mit meiner Ansicht nicht durchdringen könnte.

Das vorausgeschickt und nochmals betont, daß für diese letzte pessimistische Annahme, daß der Friede scheitern wird, kein Grund vorliegt, da sich die Verhandlungen in den Kommissionen auf der annexions- und kontributionslosen Basis vereinigt haben, und nur neue Instruktionen der verschiedenen russischen Regierungen oder deren Verschwinden diese Basis zu verschieben imstande wären – gehe ich auf die zwei größten Schwierigkeiten über, welche die Gründe enthalten, daß die Verhandlungen nicht so schnell, als wir alle möchten, verlaufen.

Die erste Schwierigkeit ist, daß wir gar nicht mit russischen Kompaziszenten, sondern mit verschiedenen neu entstandenen russischen Reichen zu verhandeln haben, welche untereinander ihre Kompetenzsphäre noch gar nicht abgegrenzt und geklärt haben. Es kommen hier in Betracht: das von Petersburg geleitete Rußland, zweitens unser eigentlicher neuer Nachbarstaat, die große Ukraine, drittens Finnland und viertens der Kaukasus.

Mit den ersten beiden Staaten verhandeln wir direkt, ich meine von Angesicht zu Angesicht. Mit den beiden anderen vorerst auf einem mehr oder weniger indirekten Wege, weil sie zurzeit keine Unterhändler nach Brest-Litowsk geschickt haben. Diesen vier russischen Kompaziszenten stehen wir vier Mächte gegenüber, und beispielsweise der Fall des Kaukasus, in welchem wir direkt natürlich gar keine Schwierigkeiten zu bereinigen haben, welcher aber in Konflikt mit der Türkei ist, beweist die Ausdehnung der Verhandlungsthemata.

Was nun speziell in erster Linie interessieren muß, ist jener neu entstandene große Staat, an den wir in Zukunft grenzen werden, **die Ukraine**.

Wir sind in den Verhandlungen mit dieser Delegation bereits sehr weit gekommen. Wir haben uns auf der oben erwähnten annexions- und kompensationslosen Basis geeinigt und sind in großen Zügen darüber klar geworden, daß und wie die Handelsbeziehungen mit der neuentstandenen Republik wieder aufzunehmen seien. Aber gerade dieses Beispiel der Ukraine zeigt eine der herrschenden Schwierigkeiten. Während die ukrainische Republik auf dem Standpunkte steht, daß sie vollkommen autonom und selbständig mit uns zu verhandeln berechtigt sei, steht die russische Delegation auf der Basis, daß die Grenzen ihres Reiches und die der Ukraine noch nicht fixiert seien, und daß Petersburg infolgedessen berechtigt sei, an unseren Verhandlungen mit der Ukraine teilzunehmen, eine Ansicht, der sich die Herren der ukrainischen Delegation nicht anschließen wollen. Aber diese ungeklärte Lage der inneren Verhältnisse Rußlands war der Grund einer gewaltigen Verzögerung. Wir wären auch über diese Schwierigkeiten hinübergekommen, und ich glaubte, daß die in einigen Tagen wieder aufzunehmenden Verhandlungen den Weg hier frei finden.

Wie die Sache heute steht, weiß ich nicht; denn ich habe gestern von meinem Vertreter in Brest-Litowsk folgende zwei Telegramme erhalten:

„Herr Joffe hat heute abend in seiner Eigenschaft als Präsident der russischen Delegation an die Delegationen der vier verbündeten Mächte ein Zirkularschreiben gerichtet, in welchem er bekannt gibt, daß die „Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik“ beschlossen hat, zwei Delegierte nach Brest mit dem Auftrag zu entsenden, an den Friedensverhandlungen als Vertreter des Zentralkomitees der ukrainischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, jedoch innerhalb der russischen Delegation als ergänzender Bestandteil derselben, teilzunehmen. Herr Joffe fügt dieser Mitteilung hinzu, daß die russische Delegation bereit ist, diese ukrainischen Vertreter in ihren Bestand aufzunehmen.“

Obiger Mitteilung ist die Kopie einer aus Charkow datierten, an den Vorsitzenden der russischen Friedensdelegation in Brest gerichteten „Erklärung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernregierung der ukrainischen Republik“ beigegeben, in welcher bekanntgegeben wird, daß die Kiewer Zentralrada lediglich die besitzenden Klassen vertrete und infolgedessen nicht im Namen des ganzen ukrainischen Volkes handeln könne. Die ukrainische Arbeiter- und Bauernregierung erklärt, daß sie etwaige ohne ihr Zutun zustandegekommene Abmachungen der Delegierten der Kiewer Zentralrada nicht anerkenne, ihrerseits jedoch beschlossen habe, Vertreter nach Brest-Litowsk zu entsenden, die dort als ergänzende Bestandteile der russischen Delegation, welche sie als Bevollmächtigte der föderativen Regierung Rußlands anerkennen, aufzutreten haben werden.

Ferner: Die deutsche Uebersetzung des russischen Originaltextes des gestern abend erhaltenen Schreibens des Herrn Joffe in der Angelegenheit der Delegierten der Charkower ukrainischen Regierung sowie dessen zwei Beilagen lautet wie folgt:

„An den Herrn Vorsitzenden der österreichisch-ungarischen Friedensdelegation.

Herr Minister, indem ich anbei eine Kopie einer von mir erhaltenen Erklärung der Delegierten der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik W.M. Schachrai und E.G. Medwedjef und ihrer Mandate übersende, habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die russische Delegation in voller Uebereinstimmung mit dem von ihr wiederholt anerkannten Rechte auf freie Selbstbestimmung aller Völker – darunter natürlich auch des ukrainischen – keinerlei Hindernisse für die Teilnahme der Vertreter der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik an den Friedensverhandlungen erblickt und sie entsprechend dem von ihnen geäußerten Wunsche mit in den Bestand der russischen Friedensdelegation aufnimmt, als bevollmächtigte Vertreter der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik. Indem ich dieses Ihnen zur Kenntnis bringe, bitte ich Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner vortäglichen Hochachtung entgegenzunehmen.

Der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation.

A. Joffe.

Beilage I.

An den Herrn Vorsitzenden der Friedensdelegation der Russischen Republik.

Erklärung: Wir, die Vertreter der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik, Volkskommissär für militärische Angelegenheiten W.M. Schachrai und der Vorsitzende des allukrainischen Zentralexekutivkomitees der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputation E.G. Medwedjew, die wir nach Brest-Litowsk zur Führung von Friedensverhandlungen mit den Vertretern Deutschlands, Oesterreich-Ungarn, Bulgariens und der Türkei in voller Uebereinstimmung mit den Vertretern der Arbeiter- und Bauernregierung der russischen föderativen Republik delegiert worden sind, als welche der Rat der Volkskommissäre anzusehen ist, erklären hiermit folgendes: Das Generalsekretariat der ukrainischen Zentralrada kann keinesfalls als Vertreter des ganzen ukrainischen Volkes anerkannt werden. Im Namen der ukrainischen Arbeiter, Soldaten und Bauern erklären wir kategorisch, daß alle Beschlüsse, die das Generalsekretariat ohne Einigung mit uns gefaßt hat, vom ukrainischen Volk nicht anerkannt werden, nicht durchgeführt werden können und keinesfalls in die Tat umgesetzt werden können.

In voller Uebereinstimmung mit dem Rate der Volkskommissäre, folglich auch mit der Delegation der russischen Arbeiter- und Bauernregierung, werden wir in Zukunft die Friedensverhandlungen mit der Delegation des Vierbundes zusammen mit der russischen Friedensdelegation führen.

Dabei bringen wir folgende Resolutionen zu Ihrer Kenntnis, Herr Vorsitzender, welche von dem Zentralexekutivkomitee der allukrainischen Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten am 30. Dezember 1917 (12. Januar 1918) angenommen worden ist: Das Zentralexekutivkomitee hat beschlossen, „zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen den Vorsitzenden des Zentralexekutivkomitees Genossen Medwedjew und die Volkssekretäre Salonski und Schacharai zu delegieren, die damit beauftragt sind, kategorisch zu erklären, daß alle Versuche der ukrainischen Zentralrada, im Namen des ukrainischen Volkes aufzutreten, als eigenmächtige Schritte der Bourgeoisgruppen der ukrainischen Bevölkerung gegen den Willen und die Interessen der arbeitenden Klassen der Ukraina anzusehen sind, und daß keinerlei Beschlüsse, die die Zentralrada gefaßt hat, weder von der ukrainischen Sowjetregierung noch von dem ukrainischen Volke anerkannt werden, daß die ukrainische Arbeiter- und Bauernregierung den Rat der Volkskommissäre als Organ der allrussischen Sowjetregierung für berechtigt ansieht, im Namen der ganzen russischen Föderation aufzutreten und daß die Delegation der ukrainischen Arbeiter- und Bauernregierung, die zu dem Zweck entsandt worden ist, um die eigenmächtigen Schritte der ukrainischen Zentralrada aufzudecken, zusammen mit der allrussischen Delegation und in voller Uebereinstimmung mit dieser auftreten wird.

Zusatz. Das von dem Volkssekretariate der ukrainischen Arbeiter- und Bauernrepublik am 30. Dezember 1917 erteilte Mandat.

Anmerkung: Der Volkssekretär für Volksaufklärung, Wladimir Petrowitsch Salonski, ist unterwegs erkrankt und daher nicht gleichzeitig mit uns eingetroffen. Januar 1918.

Der Vorsitzende des Zentralexekutivkomitees der allukrainischen Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten Medwedjew.

Der Volkskommissar für militärische Angelegenheiten Schacharai. Mit dem Original übereinstimmend, der Sekretär der Friedensdelegation, Leo Karachan.“

Beilage Ib. Auf Beschluß des Zentralexekutivkomitees der Räte der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten der Ukraine bevollmächtigt das Volkssekretariat der ukrainischen Republik im Namen der Arbeiter- und Bauernregierung der Ukraine hierdurch den Vorsitzenden des Zentralexekutivkomitees der Räte der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten der Ukraine Jefin Gregoriewitsch, Medwedjew, ein Volkssekretär für militärische Angelegenheiten Wasili Matwejewitsch Schachran und den Volkssekretär für Volksaufklärung Wladimir Petrowitsch Salonski im Namen der ukrainischen Volksrepublik an den Verhandlungen mit den Regierungen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens über die Friedensbedingungen zwischen den genannten Staaten und der russischen föderativen Republik teilzunehmen. Zu diesem Zwecke wird den genannten Bevollmächtigten Jesin Gregoriewitsch, Medwedjew, Wasili Matwejewitsch Schachran und Wladimir Petrowitsch Salonski das Recht eingeräumt, in allen Fällen, wo sie dies für nötig halten, Erklärungen abzugeben und Schriftstücke zu unterzeichnen im Namen der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik. Alle ihre Handlungen sind die Bevollmächtigten der ukrainischen Arbeiter- und Bauernregierung verpflichtet, in Uebereinstimmung zu bringen mit den Handlungen der Bevollmächtigten der Arbeiter- und Bauernregierung der russischen föderativen Republik, als welche der Rat der Volkskommissäre anzusehen ist.

Im Namen der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Volksrepublik die Volkssekretäre für internationale Angelegenheiten, für innere Angelegenheiten, für militärische Angelegenheiten, für Justiz, für Arbeit, für Verpflegung.

Der Geschäftsführer des Volkssekretariates. Charkow, 30. Dezember 1917 (12.1.1918)

Mit der Kopie übereinstimmend. Der Vorsitzende der russischen Friedendelegation A. Joffe.

Das ist jedenfalls eine neue Schwierigkeit – denn wir können und wollen uns nicht in die internen Angelegenheiten Rußlands einmischen.

Ist aber dieser Weg einmal frei, so wird sich auch weiter keine Schwierigkeit bieten, wir werden übereinstimmend mit der ukrainischen Republik konstatieren, daß die alten Grenzen zwischen Oesterreich-Ungarn und dem früheren Rußland auch zwischen uns und der Ukraine gelten. Was Polen betrifft, dessen Grenzen übrigens noch nicht genau fixiert sind, so wollen wir gar nichts von diesem neuen Staate. Frei und unbeeinflußt soll Polens Bevölkerung ihr eigenes Schicksal wählen. Ich lege dabei meinerseits gar keinen besonderen Wert auf die Form des diesbezüglichen Volksvotums. Je sicherer es den allgemeinen Volkswillen widerspiegelt, desto lieber ist es mir, denn ich will nur den freiwilligen Entschluß Polens, nur in dem diesbezüglichen Wunsche Polens sehe ich die Gewähr, einer dauernden Harmonie. Ich halte unwiderruflich an dem Standpunkte fest, daß die polnische Frage den Friedensschluß nicht um einen Tag verlängern darf. Wird es nach Friedensschluß eine Anlehnung an uns suchen, so werden wir es gerne aufnehmen, den Frieden darf und wird die polnische Frage nicht gefährden. Ich hätte es so gerne gesehen, wenn die polnische Regierung an den Verhandlungen hätte teilnehmen können, denn meiner Auffassung nach ist Polen ein selbständiger Staat; die Petersburger Regierung aber steht auf dem Standpunkte, die heutige polnische Regierung sei nicht berechtigt, im Namen ihres Landes zu sprechen. Sie anerkannte sie nicht als kompetenten Exponenten des Landes und daher standen wir von dem Vorhaben ab, um nicht einen etwaigen Konflikt zu erzeugen. Die Frage ist gewiß wichtig, aber wichtiger noch ist die Beseitigung aller Schwierigkeiten, welche den Abschluß der Verhandlungen verzögern.

Die zweite Schwierigkeit, welche vorliegt und die auch in den Blättern den größten widerhall gefunden hat, ist die Meinungsdivergenz unseres deutschen Bundesgenossen und der Petersburger Regierung über die Interpretation des Selbstbestimmungsrechts der russischen Völker, nämlich jener Gebiete, die von den deutschen Truppen besetzt sind. Auch Deutschland steht auf dem Standpunkt, daß es keine gewaltsame Gebietserwerbungen von Rußland beabsichtige. Aber, in zwei Worten gesagt, ist die Meinungsdivergenz eine doppelte:

Erstens steht Deutschland auf dem berechtigten Standpunkt, daß die zahlreich erfolgten Willensäußerungen nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit seitens der legislativen Korporationen, der Gemeindevertretungen, usw. in den okkupierten Provinzen als „provisorische“ Basis für die Volksmeinung zu

gälten hätten, welche nachher durch ein Volksvotum auf breiter Basis zu überprüfen seien, ein Standpunkt, welchem die russische Regierung vorerst noch ablehnend gegenübersteht, da sie den bestehenden Organen in Kurland und Litauen das Recht, im Namen dieser Provinzen zu sprechen, nicht zuerkennt, ebensowenig wie den polnischen.

Zweitens daran, daß Rußland verlangt, daß dieses Volksvotum statfinde, nachdem sich sämtliche deutsche Truppen und Verwaltungsorgane aus den okkupierten Provinzen zurückgezogen haben, während Deutschland darauf hinweist, daß eine solche bis in die äußersten Konsequenzen durchgeführte Evakuierung ein Vakuum schaffen würde, welches den Ausbruch der vollständigen Anarchie und der größten Not unwiderruflich hervorrufen müßte. Es muß hier erklärt werden, daß alles, was heute in den okkupierten Provinzen das staatliche Leben ermöglicht, deutscher Besitz ist. Die Bahnen, die Post, der Telegraph, die ganzen Industrien, aber auch der ganze Verwaltungsapparat, die Polizei, die Rechtspflege, alles das liegt in deutschen Händen.

Die plötzliche Zurückziehung dieses ganzen Apparates würde tatsächlich einen Zustand schaffen, der praktisch nicht haltbar erscheint. In beiden Fragen handelt es sich darum, einen Mittelweg zu finden, der gefunden werden muß. Die Differenzen bei beiden Standpunkten sind meiner Ansicht nach noch nicht groß genug, um ein Scheitern der Verhandlungen rechtfertigen zu können. Aber solche Verhandlungen lassen sich nicht über Nacht beendigen, sie brauchen Zeit.

Sind wir einmal mit den Russen zum Frieden gekommen, so ist meiner Ansicht nach der allgemeine Friede nicht mehr lange zu verhindern trotz aller Anstrengungen der westlichen Ententestaatsmänner. Ich habe vernommen, es sei hier und dort nicht verstanden worden, warum ich in meiner ersten Rede nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen erklärt habe, daß es sich in Brest nicht um einen allgemeinen, sondern um einen Separatfrieden mit Rußland handle. Das war die notwendige Konstatierung einer klaren Tatsache, welche auch Herr Trotzki rückhaltlos anerkannt hat, und sie war notwendig, weil man auf einer anderen Basis verhandelt, d.h. in einem begrenzten Rahmen, wenn es sich um einen Frieden mit Rußland allein, als wenn es sich um einen allgemeinen Frieden handelt.

Obwohl ich mich keinen Illusionen darüber hingebe, daß die Frucht des allgemeinen Friedens nicht über Nacht reifen wird, so bin ich dennoch überzeugt, daß sie im Reifen begriffen ist, und daß es nur eine Frage des Durchhaltens ist, ob wir einen allgemeinen ehrenvollen Frieden erhalten oder nicht. **Ich bin in dieser Ansicht neuerlich bestärkt worden durch das Friedensangebot welches der Herr Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika an die ganze Welt gerichtet hat. Es ist dies ein Friedensangebot, denn in 14 Punkten entwickelt Herr Wilson jene Grundlagen, auf welchen er den allgemeinen Frieden herbeizuführen wünscht.**

Es ist ganz selbstverständlich, daß ein solches Angebot ein Elaborat darstellen kann, welches in allen Details annehmbar erscheint. Wer dies der Fall, dann wären die Verhandlungen überhaupt überflüssig, dann könnte ja der Friede durch eine einfache Annahme, durch einfaches Ja und Amen abgeschlossen werden. Das ist natürlich nicht der Fall. Aber ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß ich in den letzten Vorschlägen des Präsidenten Wilson eine bedeutsame Annäherung an den österreichisch-ungarischen Standpunkt finde, und daß sich unter seinen Vorschlägen einzelne befinden, welchen wir sogar mit großer Freude zustimmen könnten.

Wenn es mir nunmehr gestattet ist, auf diese Vorschläge des genaueren einzugehen, so muß ich zwei Dinge vorausschicken. **Soweit sich die Vorschläge auf unsere Verbündeten beziehen – es ist von dem deutschen Besitz von Belgien und von dem türkischen Reiche die Rede – erkläre ich, daß ich getreu den übernommenen Bündnispflichten für die Verteidigung der Bundesgenossen bis zum Äußersten zu gehen fest entschlossen bin.** Den vorkriegerischen Besitzstand unserer Bundesgenossen werden wir verteidigen wie den eigenen, das ist der Standpunkt innerhalb der vier Alliierten bei vollständiger Reziprozität.

Zweitens habe ich zu bemerken, daß ich die Ratschläge, wie wir bei uns im Innern zu regieren haben, höflich, aber entschieden ablehne. Wir haben in Oesterreich ein Parlament des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Es gibt kein demokratischeres Parlament auf der Welt und dieses Parlament zusammen mit den übrigen verfassungsmäßig berechtigten Faktoren allein haben das Recht, über interne Angelegenheiten Oesterreichs zu entscheiden. Ich spreche nur von Oesterreich, weil ich in der österreichischen Delegation nicht über interne Angelegenheiten des ungarischen Staates spreche; ich würde das nicht für verfassungsmäßig halten.

Wir mischen uns nicht in amerikanische Dinge, aber wir wünschen ebensowenig eine ausländische Vormundschaft irgendeines Staates. Dies vorausgeschickt, erlaube ich mir auf die noch übrigen Punkte folgendes zu erwidern:

Zu dem Punkte, welcher von der **Abschaffung der Geheimdiplomatie** und vollkommenen Offenheit der Verhandlungen spricht, habe ich nichts zu bemerken. Ich habe soweit von öffentlicher Verhandlung die Rede ist, von meinem Standpunkte aus gegen eine solche Methode, soweit sie aus voller Reziprozität beruht, nichts einzuwenden, wenn ich auch lebhafteste Zweifel hege, ob sie unter allen Umständen der praktischste und schnellste Weg ist, zu einem Ergebnis zu gelangen. Diplomatische Verträge sind nichts anderes als Geschäfte. Nun kann ich mir leicht Fälle denken, wo beispielsweise zwischen Staaten handelspolitische Abmachungen zu treffen wären, ohne daß es wünschenswert wäre, das noch unfertige Ergebnis der ganzen Welt im vorhinein mitzuteilen.

Bei solchen Verhandlungen beginnen naturgemäß beide Teile damit, daß sie ihre Wünsche möglichst hoch schrauben, um nach und nach den einen und den anderen Wunsch als Kompensation zu verwerten, bis endlich jenes Gleichgewicht der gegenseitigen Interessen vorhanden ist, welches erreicht werden muß, damit der Abschluß eines Vertrages möglich sei. Sollen solche Verhandlungen vor der großen Öffentlichkeit geführt werden, so läßt es sich nicht vermeiden, daß die Öffentlichkeit für jeden einzelnen dieser Wünsche leidenschaftliche Stellung nimmt, worauf dann jeder Verzicht auf einen solchen Wunsch, selbst wenn er nur aus taktischen Gründen geäußert wurde, als eine Niederlage betrachtet würde. Wenn sich die Öffentlichkeit für einen solchen Wunsch besonders stark exponiert, kann dadurch das Zustandekommen eines Vertrages unmöglich werden oder der Vertrag wird, wenn er doch zustande kommt, als eine Niederlage empfunden werden, vielleicht auf beiden Seiten. Dadurch würde aber das friedliche Beisammensein nicht gefördert, sondern im Gegenteil eine Vermehrung der Reibungen zwischen den Staaten bewirkt werden. Was aber für Handelsverträge gilt, gilt auch für politische Abmachungen, die ja politische Geschäfte behandeln. Wenn mit der Abschaffung der Geheimdiplomatie gemeint ist, daß es keine Geheimverträge geben sollte, daß Verträge ohne Wissen der Öffentlichkeit nicht bestehen können, so habe ich nichts dagegen einzuwenden, daß dieses Prinzip verwirklicht werde. Wie die Durchführung dieses Prinzips und seine Ueberwachung gedacht sind, weiß ich allerdings nicht. Wenn die Regierungen zweier Staaten einig sind, werden sie immer eine geheime Abmachung schließen können, ohne daß jemand davon etwas erfährt. Aber das sind Nebensachen. Ich klebe nicht an Formeln, und an einer mehr oder weniger formalen Frage wird von mir aus niemals ein vernünftiges Arrangement scheitern. Also über Punkt eins läßt sich sprechen.

Punkt zwei betrifft die Freiheit der Meere. Der Herr Präsident hat bei diesem Postulate allen aus dem Herzen gesprochen und ich unterschreibe diesen Wunsch Amerikas voll und ganz, insbesondere deshalb, weil der Herr Präsident die Klausel hinzufügt: „outside territorial waters“, das heißt also die Freiheit des offenen Meeres, aber natürlich kein Gewalteingriff in die diesbezüglichen Hoheitsrechte unserer treuen türkischen Bundesgenossen. Ihr Standpunkt wird der unsere sein.

Punkt drei, welcher sich definitiv gegen einen zukünftigen Wirtschaftskrieg ausspricht, ist so richtig, so vernünftig, so oft von uns verlangt worden, daß ich dem ebenfalls nichts hinzuzufügen habe.

Punkt vier, welcher die allgemeine Abrüstung verlangt, erklärt in einer besonders guten klaren Stilisierung die Notwendigkeit, die freie Rüstungskonkurrenz nach diesem Krieg auf jenes Maß herunterzudrücken, welches die innere Sicherheit der Staaten erfordert. Herr Wilson spricht dies klipp und klar aus. Ich habe mir gestattet, den gleichen Gedanken vor einigen Monaten in meiner Budapest-Rede zu entwickeln, er bildet einen Teil meiner politischen Glaubensbekenntnisses und eine jede Stimme, welche sich in gleichem Sinne erhebt, begrüße ich dankbar.

Was den russischen Passus anbelangt, so beweisen wir bereits mit Taten, daß wir bestrebt sind, ein freundschaftliches Verhältnis zu schaffen.

Was Italien, Serbien, Rumänien und Montenegro betrifft, so kann ich nur den Standpunkt wiederholen, den ich bereits in der ungarischen Delegation zum Ausdruck gebracht habe. Ich weigere mich als Assekuranz für feindliche Kriegsabenteuer zu figurieren, ich weigere mich, **unseren Feinden, welche hartnäckig auf dem Standpunkte des Kampfes bis zum Endsieg bleiben, einseitig Konzessionen zu machen**, welche der Monarchie dauernd präjudizieren und den Feinden den unermesslichen Vorteil geben, den Krieg, relativ, ohne Risiko, ins Endlose weiterschleppen zu können. Möge Herr Wilson den großen Einfluß, den er zweifellos auf alle seine Bundesgenossen ausübt, dazu benützen, daß sie ihrerseits die Bedingungen erklären, unter denen sie zu sprechen bereit sind, so wird er sich das unermessliche Verdienst erworben haben, die allgemeinen Friedensverhandlungen ins Leben gesetzt zu haben. Ebenso offen und frei, wie ich hier Herrn Wilson antworte, werde ich mit allen denen sprechen, welche auch selbst sprechen wollen. Aber es ist ganz selbstverständlich, daß die Zeit und die Fortdauer des Krieges nicht ohne Einfluß auf die diesbezüglichen Verhältnisse bleiben können. Ich habe dieses auch schon einmal gesagt. Italien ist hierfür ein sprechendes Beispiel. Italien hat vor dem Kriege Gelegenheit gehabt, ohne einen Schuß abzugeben, einen großen territorialen Erwerb zu machen.

Es hat dies abgelehnt, es ist in diesen Krieg eingetreten, es hat Hunderttausende von Toten, Milliarden an Kriegskosten und zerstörten Werten verloren, es hat Not und Elend über die eigene Bevölkerung gebracht, und dies alles nur, um einen Vorteil, den es einmal haben könnte, für immer zu verlieren.

Was schließlich den **Punkt 13** anbelangt, so ist es ein offenes Geheimnis, daß wir Anhänger des Gedankens sind, es möge ein unabhängiger polnischer Staat, der die zweifellos von polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen müßte, errichtet werden. Auch über diesen Punkt würden wir uns, so glaube ich, mit Herrn Wilson bald einigen. Und wenn der Präsident seine Vorschläge durch den Gedanken eines allgemeinen Völkerbundes krönt, so wird er wohl nirgends in der österreichisch-ungarischen Monarchie dabei auf Widerstand stoßen.

Wie sich aus dieser Vergleichung meiner Ansichten und jener Herrn Wilsons ergibt, stimmen wir nicht nur in den großen Prinzipien, nach denen die Welt mit Abschluß dieses Krieges neu geordnet werden soll, im wesentlichen überein, sondern unsere Auffassungen nähern sich auch in mehreren konkreten Friedensfragen. Die Differenzen, welche übrig bleiben, scheinen mir nicht so groß zu sein, daß eine Aussprache über diese Punkte nicht zur Klärung und Annäherung führen könnte. Diese Situation, welche sich wohl daraus ergibt, daß Oesterreich-Ungarn einerseits und die Vereinigten Staaten von Amerika andererseits jene Großmächte unter den beiden feindlichen Staatengruppen sind, deren Interessen einander am wenigsten widerstreiten, legt die Erwägung nahe, ob nicht gerade ein Gedankenaustausch zwischen diesen beiden Mächten den Ausgangspunkt für eine versöhnlich Aussprache zwischen allen jenen Staaten bilden könnte, die noch nicht in Besprechungen über den Frieden eingetreten sind. So viel über die Vorschläge Wilsons.

Und nun, meine Herren, eile ich zum Schlusse. Aber dieser Schluß ist vielleicht das Wichtigste, was ich überhaupt zu sagen habe.

Ich arbeite an dem Frieden mit der Ukraine und mit Petersburg.

Der Friede mit Petersburg ändert an unserer definitiven Lage gar nichts, nirgends stehen österreichisch-ungarische Treppen gegen die der Petersburger Regierung. Wir haben die ukrainischen gegen uns und exportieren kann man von Petersburg auch nichts, weil es selber nichts hat als die Revolution und die Anarchie, ein Exportartikel, den die Bolschewiki vielleicht gerne exportieren möchten, dessen Annahme ich aber höflich ablehne.

Trotzdem will ich auch einen Frieden mit Petersburg, weil er uns dem allgemeinen Frieden näher bringt, wie jeder Friedensschluß. Anders steht die Sache mit der Ukraine, denn die Ukraine hat Vorräte an Lebensmitteln, die sie exportieren wird, wenn wir handelseins werden. Die Nahrungsfrage ist heute eine Weltsorge, überall, bei unseren Gegnern, aber auch in den neutralen Staaten spielt sie eine hervorragende Rolle. Ich will den Friedensschluß mit jenen russischen Reichen, welche ein Exportquantum an Nahrungsmitteln besitzen, benutzen, um unserer Bevölkerung zu helfen. Meine Pflicht gebietet mir, alles zu versuchen, um der notleidenden Bevölkerung die Entbehrungen, die sie tragen muß, zu erleichtern, und darum werde ich nicht aus irgend einer hysterischen Nervosität heraus, um den Frieden ein paar Tage oder ein paar Wochen früher zu bringen, auf diesen Vorteil für unsere Bevölkerung verzichten.

Ein solcher Friede braucht seine Zeit, über Nacht läßt sich das nicht machen. Denn es muß bei einem Friedensschluß festgestellt werden, ob, was und wie der ukrainische Kompaziszent liefern wird. Dies deshalb, weil die Ukraine ihrerseits nicht nach, sondern bei dem Friedensschlusse das Geschäft abzuschließen wünscht. Ich habe Ihnen bereits gesagt, daß die ungeklärten Verhältnisse in diesen neuentstandenen Reichen eine große Erschwerung und eine naturgemäße Verzögerung der Verhandlungen involvieren.

Wenn Sie mir in den Rücken fallen, wenn Sie mich zwingen, Hals über Kopf abzuschließen, dann werden wir keine wirtschaftlichen Vorteile haben, und dann muß eben unsere Bevölkerung auf den Vorteil, den sie aus dem Friedensschlusse haben könnte, verzichten. Wenn ein Arzt eine schwierige Operation ausführen muß und hinter ihm stehen Leute mit der Uhr in der Hand und zwingen ihn, die Operation in wenigen Minuten zu beenden – das wird vielleicht die Operation mit einem Zeitrekord abschließen, aber der Kranke wird sich nachher für die Art der Ausführung bedanken. Wenn Sie bei unseren heutigen Gegnern den grundfalschen Eindruck erwecken, daß wir um jeden Preis und sofort abschließen müssen, bekommen wir keinen Meterzentner Getreide, und der Erfolg wird mehr oder weniger platonischer sein. Es handelt sich gar nicht mehr in erster Linie um Beendigung des Krieges an der ukrainischen Front. Der ist nach menschlicher Berechnung überhaupt zu Ende, nachdem weder wir noch die Ukraine die Absicht haben den Krieg fortzusetzen, und nachdem wir uns auf der annexionslosen Basis geeinigt haben. Es handelt sich, ich wiederhole es zum zehnten Male, nicht um imperialistische, nicht um annexionistische Pläne und Absichten, es handelt sich darum, unserer Bevölkerung endlich die verdiente Belohnung für standhaftes Durchhalten zu sichern, und ihr jene Nahrungsmittel zuzuführen, die sie gerne annehmen wird. Unsere Partner sind gute

Rechner und beobachten genau, ob ich durch sie in eine Zwangslage versetzt werde oder nicht. Wenn Sie sich den Frieden verderben wollen, wenn Sie auf einen Getreidezuschub verzichten wollen, dann ist es logisch durch Reden, durch Beschlüsse, durch Streik und Demonstrationen zu drängen, sonst nicht. Und es ist tausendmal nicht wahr, daß wir in einer Lage sind, in der wir lieber heute einen schlechten Frieden ohne wirtschaftliche Vorteile als morgen einen guten mit wirtschaftlichen Vorteilen schließen müssen. Die Nahrungsschwierigkeiten entsprechen in letzter Instanz nicht dem Mangel an Nahrungsmitteln. Es sind Kohlen-, Transport- und Organisationskrisen die behoben werden müssen. Wenn Sie im Hinterland Streik arrangieren, so bewegen Sie sich in einem **Circulus Vitiosus [Teufelskreis]**. Die Streiks erhöhen und verschärfen die erwähnten Krisen und erschweren die Zufuhr von Nahrungsmitteln und von Kohlen. Sie schneiden sich damit in das rohe Fleisch, und alle, die da glauben, das solche Mittel den Frieden beschleunigen, begehen einen furchtbaren Irrtum. Es sollen in der Monarchie Männer das Gerücht aussprengen, daß die Regierung den Streiks nicht fern stehe. Ich überlasse diesen Leuten die Wahl, ob sie als verbrecherische Verleumder oder als Narren gelten wollen.

Wenn sie eine Regierung hätten, die einen anderen Frieden will, als den des erdrückenden Teiles der ganzen Bevölkerung, wenn Sie eine Regierung hätten, die aus Eroberungsabsichten den Krieg verlängert, dann wäre ein Kampf des Hinterlandes gegen die Regierung von dessen Standpunkt aus verständlich. Da die Regierung genau dasselbe will, wie die Majorität der Monarchie, d.h. die baldigste Erreichung des ehrenvollen Friedens ohne annexionistische Ziele, **so ist es ein Wahnsinn, ihr in den Rücken zu fallen, sie zu höhnen und sie zu stören. Die, die das machen, kämpfen nicht gegen die Regierung. Sie kämpfen wie die Blinden gegen die Völker, denen sie angeblich helfen wollen, und gegen sich selbst.**

Sie, meine Herren, Sie haben nicht nur das Recht, Sie haben die Pflicht zu folgender Alternative: Entweder Sie haben das Vertrauen zu mir, die Friedensverhandlungen weiter zu führen, dann müssen Sie mir helfen, oder Sie haben es nicht, dann müssen Sie mich stürzen. Ich bin sicher, die Majorität der ungarischen Delegation hinter mir zu haben. Der ungarische Ausschuß hat mit das Vertrauen votiert. Wenn das gleiche hier zweifelhaft ist, dann stellen Sie die Sache klar. Es soll die Vertrauensfrage vorgelegt werden, und wenn ich die Majorität gegen mich habe, so werde ich sofort daraus die Konsequenzen ziehen. Die Freude aller derer, die mich von diesem Platze entfernen wollen, wird dann immer noch weit geringer sein, als meine eigene. Mich hält nichts an diesem Platze als das Pflichtgefühl, so lange zu bleiben, als ich das Vertrauen des Kaisers und der Majorität der Delegationen habe. Ein anständiger Soldat desertiert nicht. Kein Minister des Aeußeren aber kann Verhandlungen von dieser Tragweite führen, wenn er nicht weiß, wenn nicht alle Welt weiß, daß er durch das Vertrauen der Majorität der verfassungsmäßigen Korporationen getragen ist. Es geht ums Ganze. Sie haben Vertrauen oder Sie haben es nicht. Sie müssen mir helfen oder mich stürzen. Ein Drittes gibt es nicht. Ich bin zu Ende.

Vorwärts - Nr.25 – 1918 – Freitag, 25. Januar - S.1

Hertlings Antwort an Wilson. [Der Artikel steht vor der Rede des Reichskanzlers Graf Hertling]

Bringt uns der Frühling neue Kämpfe oder allgemeine Verhandlungen? **Frühjahrsoffensive, Friedensoffensive – welche von ihnen beiden wird den Krieg besiegen? Das ist die große Weltfrage,** auf die wir aus den Reden der Staatsmänner die Antwort erwarten. Was hat Hertlings Rede zur Lösung dieser Frage beigetragen?

Zunächst sei ein politischer Erfolg gebucht, den sich die sozialdemokratische Aufklärungsarbeit zugute schreiben darf. **Fast die ganze bürgerliche Presse – vielleicht nur die „Frankfurter Zeitung“ ausgenommen – hat die Friedensreden von Wilson und Lloyd George als Heucheleien, Phrasen und Flausen abzutun versucht.** Wäre es nach ihr gegangen, so hätte der Reichskanzler auf jene Kundgebungen mit rhetorischen Faustschlägen antworten müssen. Das hat er nicht getan. **Er hat den Versuch gemacht, sich sachlich mit ihnen auseinanderzusetzen, und er hat die Aenderung, die in der Haltung der Westmächte eingetreten ist, zum guten Teil anerkannt. Hat er aber die richtigen Folgerungen daraus gezogen?**

Die Rede des Reichskanzlers hätte geradezu eine weltbefreiende Tat werden können, wenn sie klar zum Ausdruck gebracht hätte, daß sich hinter den deutschen Friedenswünschen keine machtegoistischen Hintergedanken verbergen. Das aber hat sie nicht getan **sie war leider in einigen ihrer Teile dazu geeignet, das Mißtrauen der Gegner in die Aufrichtigkeit der deutschen Erklärungen zu verschärfen. Das gilt ganz besonders für die Parteien, die von Polen und Belgien handeln.**

Daß die Regelung der polnischen Verhältnisse eine Angelegenheit sei, die nur Deutschland, Oesterreich und Polen etwas angeht, das ist eher der Standpunkt eines Machtfriedens als eines

Verständigungsfriedens. Das Recht Rußlands, bei diesen Dingen mitzureden, wird ja auch durch die Art, wie die Verhandlungen von Brest-Litowsk geführt werden, faktisch anerkannt. Käme es aber zu allgemeinen Friedensverhandlungen, noch ehe der Frieden mit Rußland geschlossen ist, so wäre es unmöglich, die Materie in Fächer und Kästchen einzuteilen und auf jedes den Namen der Staaten daraufzuschreiben, die die Sache etwas angeht. Das ist ja der Sinn eines allgemeinen Friedens, daß er die Gesamtheit zur Basis nimmt und ihre Veränderungen unter eine allgemeine Sanktion stellt. Nur so kann ein dauernder Frieden zustande kommen.

Noch bedenklicher ist die Stellung des Reichskanzlers zum belgischen Problem. Er hat hier einen Weg betreten, auf dem er sich auch nicht einmal mit den radikalen englischen Friedensfreunden begegnen kann. Auch die englischen radikalen Friedensfreunde betrachten die Wiederherstellung Belgiens als eine Angelegenheit, die von keinen Bedingungen abhängig gemacht werden darf. Begreiflich ist, wenn man sich auf deutscher Seite auf den Standpunkt stellt, zugleich mit der Wiederherstellung Belgiens habe auch die Wiederherstellung des Deutschen Reiches einschließlich seiner Kolonien zu erfolgen. **Aber die Rede des Reichskanzlers schafft keine Klarheit in dem Sinne, daß Deutschland zur Wiederherstellung der belgischen Selbständigkeit in ihrem vollen Umfange bereit sei, sobald es für die Zukunft seine Kolonialbesitzes Sicherheiten erhalten habe.** Derselbe Kanzler, der eine „Vorwegnahme“ des polnischen und offenbar des litauischen und kurländischen Problems für selbstverständlich hält, erklärt eine „Vorwegnahme“ der belgischen Frage für ausgeschlossen.

Damit wird auf der anderen Seite der Verdacht genährt, man versuche von deutscher Seite die Dinge im Westen ähnlich aufzuziehen wie die Dinge im Osten. **Erst die grundsätzliche Anerkennung: „Keine Annexionen!“, dann vermittelt „Selbstbestimmungsrechts“ Teilung Belgiens in eine flämische und wallonische Hälfte, „Anlehnung“ der ersteren an Deutschland und Einbeziehung der flandrischen Küste in den deutschen Machtbereich. Das ist eine Lösung, der England nicht zustimmen wird,** solange es nicht, nach alldeutscher Prophezeiung, „auf den Knien liegt und um Gnade wimmert“.

Ebenso können die „Bedingungen und Modalitäten“, unter denen die Räumung der besetzten Gebiete Frankreichs in Aussicht gestellt wird, bei den Gegnern Argwohn wecken. Wenn der Kanzler es schon für notwendig hielt, von solchen „Bedingungen und Modalitäten“ zu sprechen, so hätte er auch genauso sagen müssen, was damit gemeint sei. Er hätte zum mindesten aussprechen sollen, daß sich dahinter keine Aspirationen auf Longwy und Briey verbergen.

Was die Rede des Reichskanzlers in einigen ihrer Partien zu ihrem Nachteil auszeichnet, das ist das Bestreben dehnbare Formeln zu finden. Für einen halbwegs geschickten Journalisten ist es eine Kleinigkeit, die Rede des Reichskanzlers als ein Zugeständnis an den Annexionismus oder auch, ganz nach Belieben, als extrem friedensfreundliche Kundgebung zu deuten. In dieser Beziehung ist die Rede ein Meisterwerk, aber von solchen Meisterwerken haben wir genug, und wir möchten endlich reinen Wein eingeschenkt haben.

Im Ausland werden natürlich die Pazifisten aus dieser Rede herauszuholen versuchen, was möglich ist. Die Kriegshetze werden sich hingegen mit vielem Scharfsinn um den Nachweis bemühen, daß Deutschland auf seinem alten militärischen und annexionistischen Standpunkt stehen bleibe. Und doch wäre es die Aufgabe einer großen Staatskunst gewesen, den Kriegstreibern hüben und drüben das Handwerk zu legen, den Friedensfreunden auf beiden Seiten die Arbeit zu erleichtern. So aber kann man nur sagen: Wenn die Friedensfreunde des Auslandes in der Rede Hertlings einen Versuch sehen werden, sich Amerika anzunähern, so haben sie nicht ganz unrecht, und wenn die Kriegshetzer sagen, daß es noch immer eine heikle Sache mit dem Frieden ohne Annexionen sei, so haben sie auch nicht ganz unrecht.

Genosse Scheidemann hat in groß angelegten Ausführungen auf die Fehler und Schwächen der Kanzlerrede hingewiesen. Seine Ausführungen können der Friedensbewegung der Welt eine starke Ermutigung sein, nicht bloß, weil in ihnen die Stärke der logischen Folgerung steckt, sondern noch vielmehr deshalb, weil hinter dem Redner Millionen und aber Millionen stehen, die genau so denken wie er und die bereit sind, für ihre Ueberzeugung einzustehen. Vergebens haben die Gegner von diesen Massen gehofft, daß sie ihnen durch ihren Abfall von der allgemeinen Volkssache den Sieg erleichtern würden, und diese Hoffnung wird immer vergeblich bleiben.

Wenn aber die Gegner bereit sind, mit Deutschland einen ehrlichen demokratischen Frieden zu schließen, ohne machtegoistische Hintergedanken und diplomatische Uebervorteilungsversuche, dann können sie dabei auf die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes rechnen, die das Ihre verteidigt, aber nach fremdem Volksgut nicht begehrt, die nichts will, als was vor dem Kriege ihr Eigen war, und – den Frieden! Die Strömung ist da, sie wächst von Tag zu Tag, und sie muß so stark werden, daß kein Machthaber mächtig genug ist, sich ihr zu entziehen. Und dann wird der Frieden geschlossen werden, der einzig Dauerverheißende, der kein „Schmachfrieden“ für uns, aber auch kein Schmachfrieden für die anderen ist!

Die Kanzlerrede im Hauptausschuß.

Zur gestrigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags [Donnerstag, 3 Uhr] waren Mitglieder des Bundesrats und des Reichstags in ungemein großer Zahl erschienen. Mit dem Reichskanzler wohnten der Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums Dr. Friedberg und eine Reihe von Staatssekretären den Verhandlungen bei.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung nahm **Reichskanzler Dr. Graf von Hertling** das Wort.

Meine Herren, als ich zum letzten Male die Ehre hatte, vor Ihrem Ausschuß zu sprechen – es war am 3. Januar – standen wir, so schien es, vor einem in Brest-Litowsk eingetretenen Zwischenfall. Ich habe damals die Meinung ausgesprochen, daß wir die Erledigung dieses Zwischenfalls in aller Ruhe abwarten sollten. Die Tatsachen haben dem recht gegeben. **Die russische Delegation ist wieder in Brest-Litowsk eingetroffen. Die Verhandlungen sind wieder aufgenommen und fortgesetzt worden. Sie gehen langsam weiter und sind außerordentlich schwierig. Auf die näheren Umstände, die diese Schwierigkeiten bedingen, habe ich schon das vorige Mal hingewiesen. Manchmal konnte in der Tat Zweifel entstehen, ob es der russischen Delegation Ernst sei mit den Friedensverhandlungen, und allerhand Funksprüche, die durch die Welt gehen, mit höchst seltsamem Inhalt, könnten diesen Zweifel bestärken. Trotzdem halte ich an der Hoffnung fest, daß wir auch mit der russischen Delegation in Brest-Litowsk demnächst zu einem guten Abschluß gelangen werden.**

Günstiger stehen unsere Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine. Auch hier sind noch Schwierigkeiten zu überwinden, aber die Aussichten sind günstig. Wir hoffen demnächst mit der Ukraine zu Abschlüssen zu kommen, die in beiderseitigem Interesse gelegen und nach der wirtschaftlichen Seite vorteilhaft sein würden.

Ein Ergebnis meine Herren, war bereits am 4. Januar abends um 10 Uhr zu verzeichnen. Wie Ihnen allen bekannt ist, hatten die russischen Delegierten zu Ende Dezember den Vorschlag gemacht, eine Einladung an sämtliche Kriegsteilnehmer ergehen zu lassen, sie sollten sich an den Verhandlungen beteiligen und als Grundlage hatten die russischen Delegierten gewisse Vorschläge sehr allgemein gehaltener Art unterbreitet. Wir haben uns damals auf den Vorschlag, die Kriegsteilnehmer zu den Verhandlungen einzuladen, eingelassen – unter der Bedingung jedoch, daß diese Einladung an eine ganz bestimmte Frist gebunden sei. Am 4. Januar des Abends um 10 Uhr war diese Frist verstrichen, eine Antwort war nicht erfolgt. Das Ergebnis ist, daß wir der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind, daß wir die Bahn frei haben für Sonderverhandlungen mit Rußland, und daß wir auch selbstverständlich an jene von der russischen Delegation uns vorgelegten allgemeinen Friedensvorschläge der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind.

Anstatt der damals erwarteten Antwort, die ausgeblieben ist, sind inzwischen, wie die Herren alle wissen, zwei Kundgebungen feindlicher Staatsmänner erfolgt: die Rede des englischen Ministers **Lloyd George** vom 5. Januar und die Botschaft des Präsidenten Wilson vom Tage danach. Ich erkenne gern an, daß Lloyd George seinen Ton geändert hat.

Er schimpft nicht mehr und scheint dadurch seine früher von mir angezweifelte Verhandlungsfähigkeit jetzt wieder nachweisen zu wollen. (Heiterkeit). Immerhin kann ich nicht so weit gehen, wie manche Stimmen aus dem neutralen Ausland, die aus dieser Rede Lloyd Georges einen ernstlichen Friedenswillen, ja sogar eine freundliche Gesinnung herauslesen wollen. Es ist wahr, er erklärt, er wolle Deutschland nicht vernichten, habe es nie vernichten wollen. Er gewinnt sogar Worte der Achtung für unsere politische, wirtschaftliche, kulturelle Stellung. Aber dazwischen fehlt es doch auch nicht an anderen Äußerungen; dazwischen drängt sich doch immer wieder die Auffassung durch, daß er über das schuldige, aller möglichen Verbrechen schuldige Deutschland Recht zu sprechen habe – eine Gesinnung, meine Herren, auf die wir uns selbstverständlich nicht einlassen können, in der wir vom ersten Friedenswillen noch nichts verspüren können. Wir sollen die Schuldigen sein, über die nun die Entente zu Gericht sitzt. Das nötigt mich, einen kurzen Rückblick auf die dem Kriege vorangegangenen Verhältnisse und Vorgänge zu werfen, auf die Gefahr hin, längst Bekanntes noch einmal zu wiederholen.

Die **Aufrichtung des Deutschen Reiches im Jahre 1871** hatte der alten Zerrissenheit ein Ende gemacht, durch den Zusammenschluß seiner Stämme hatte das Deutsche Reich in Europa diejenige Stellung erworben, die seinen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen und den darauf begründeten Ansprüchen entsprach. (Bravo!) Fürst Bismarck krönte sein Werk durch das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn. Es war ein reines Defensivbündnis, von den hohen Verbündeten vom ersten Tage an so gedacht und so gewollt. Im Laufe der Jahrzehnte ist niemals auch nur der leiseste Gedanke an einen Mißbrauch zu aggressiven Zwecken

aufgetaucht. Insbesondere zur Erhaltung des Friedens sollte das Defensivbündnis zwischen Deutschland und der engverbündeten, in alter Tradition durch gemeinsame Interessen mit uns verbundenen Donaumonarchie dienen.

Aber schon Fürst Bismarck hatte, wie ihm oftmals vorgeworfen wurde, den Alpdruck der Koalitionen, und die Ereignisse der folgenden Zeit haben gezeigt, daß das kein bloßes schreckhaftes Traumbild war. Mehrfach trat die Gefahr feindlicher Koalitionen, die den verbündeten Mittelmächten drohte, in die Erscheinung. **Durch die Einkreisungspolitik König Edward ward der Traum der Koalitionen Wirklichkeit. Dem englischen Imperialismus stand das aufstrebende und erstarkende Deutsche Reich im Wege. In französischer Revanchesucht, in russischem Expansionsstreben, fand dieser britische Imperialismus nur allzu breite Hilfe, und so bereiteten sich für uns gefährliche Zukunftspläne vor.**

Schon immer hatte die geographische Lage Deutschlands die Gefahr eines Krieges auf zwei Fronten uns nahe gerückt. Jetzt wurde sie immer sichtbarer. **Zwischen Rußland und Frankreich wurde ein Bündnis abgeschlossen, dessen Teilnehmer das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn an Einwohnerzahl um das Doppelte übertrafen. Frankreich, das republikanische Frankreich, lieh dem zaristischen Rußland Milliarden zum Ausbau der strategischen Bahnen im Königreich Polen, die den Aufmarsch gegen uns erleichtern sollten. Die französische Republik zog den letzten Mann zur dreijährigen Dienstzeit heran. So schuf sich Frankreich neben Rußland eine bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gehende Rüstung.** Beide verfolgten dabei Zwecke, die unsere Gegner jetzt als imperialistisch bezeichnen.

Es wäre pflichtvergessen gewesen, wenn Deutschland diesem Spiel ruhig zugeschaut hätte, wenn nicht auch wir uns eine Rüstung zu schaffen versucht hätten, die uns gegen die künftigen Feinde zu schützen hatte.

Meine Herren! ich darf vielleicht daran erinnern, daß ich selbst als Mitglied des Reichstags sehr häufig über diese Dinge gesprochen habe und daß ich bei neuen Rüstungsausgaben stets darauf hingewiesen habe, daß das deutsche Volk, wenn es diesen Rüstungen zustimmte, lediglich eine Politik des Friedens treiben wollte, daß diese Rüstung uns nur aufgenötigt sei zur Abwehr gegen die uns vom Feinde drohende Gefahr. Es scheint nicht, daß diese Worte irgendwie von dem Auslande beachtet worden wären.

Und nun Elsaß-Lothringen! Elsaß-Lothringen, von dem auch jetzt wieder Lloyd George redet. Auch jetzt spricht er wieder von dem Unrecht, das Deutschland im Jahre 1871 Frankreich angetan habe. Elsaß-Lothringen – ich sage es nicht Ihnen, Sie bedürfen der Belehrung nicht, aber im Auslande scheint man die Dinge immer noch nicht zu kennen – **Elsaß-Lothringen umfaßt bekanntlich zum größten Teile rein deutsche Gebiete, die durch jahrhundertlang fortgesetzte Vergewaltigung und Rechtsbrüche vom Deutschen Reiche losgelöst wurden, bis endlich 1789 die französische Revolution den letzten Rest verschlang. Damals wurden sie französischen Provinzen. Als wir nun im siebenziger Kriege die uns freventlich entrissenen Landstriche zurückverlangten, war das nicht Eroberung fremden Gebietes, sondern recht eigentlich, was man heute Desannexion nennt. Und diese Desannexion ist dann von der französischen Nationalversammlung, der verfassungsmäßigen Vertretung des französischen Volkes in damaliger Zeit, am 29. März 1871 mit großer Stimmenmehrheit ausdrücklich anerkannt worden.** Und auch in England, meine Herren, sprach man damals ganz anders als heute. Ich kann mich auf einen klassischen Zeugen berufen. Es ist kein anderer als der berühmte englische Historiker und Schriftsteller Thomas Carlyle, der in einem Briefe an die „Times“, und zwar im Dezember 1870 [18. November 1870], folgendes schrieb:

[Text: <https://carlyleletters.dukeupress.edu/volume/47/lt-18701111-TC-EOT-01> - S.399fff]

Kein Volk hat einen so schlimmen Nachbar, wie ihn Deutschland während der letzten 400 Jahre an Frankreich besaß. Deutschland wäre verrückt, wenn es nicht daran dächte, einen Grenzwall zwischen sich und einen solchen Nachbar zu errichten.

– Ich bemerke, daß ich die sehr harten Ausdrücke, welche Carlyle in diesem Zusammenhang gegen Frankreich gebraucht, meinerseits jetzt nicht wiederholt habe. –

Einen solchen Grenzwall sich zu errichten, wo es die Gelegenheit dazu hat. Ich weiß von keinem Naturgesetz und keinem Himmelsparlamentsbeschluß, kraft dessen Frankreich allein von allen irdischen Wesen nicht verpflichtet wäre, einen Teil der geraubten Gebiete zurückzuerstatten, wenn die Eigentümer, denen sie entrissen, eine günstige Gelegenheit haben, sie wieder zu erobern.

Und im gleichen Sinne sprachen sich angesehene englische Preßorgane – ich nenne beispielsweise die „Daily New“ – sich aus.

Ich komme nunmehr zu **Wilson**, meine Herren. Auch hier erkenne ich an, daß der Ton ein anderer geworden ist. Es scheint, daß die damalige einmütige Zurückweisung des Versuchs Wilsons, in der Antwort auf die Papstnote zwischen der deutschen Regierung und dem deutschen Volke Zwietracht zu stiften, ihre Wirkung getan hat. Diese einmütige Zurückweisung konnte Wilson schon auf den rechten Weg leiten, und der Anfang

dazu ist vielleicht gemacht. Denn jetzt ist wenigstens nicht mehr die Rede von der Unterdrückung des deutschen Volkes durch eine autokratische Regierung, und die früheren Angriffe auf das Haus Hohenzollern sind nicht wiederholt. Auf schiefe Darstellungen der deutschen Politik, die sich auch jetzt noch in Wilsons Botschaft finden, will ich hier nicht eingehen, sondern im einzelnen die Punkte besprechen, die Wilson vorlegt. Es sind nicht weniger als vierzehn Punkte, in denen er sein Friedensprogramm formuliert, und ich bitte um Ihre Geduld, wenn ich diese vierzehn Punkte so kurz als möglich hier zum Vortrag bringe.

Der **erste Punkt** verlangt, es sollen keine geheimen internationalen Vereinbarungen mehr stattfinden. Mein Herren! Die Geschichte lehrt, daß wir uns am ehesten mit einer weitgehenden Publizität der diplomatischen Abmachungen einverstanden erklären können. Ich erinnere daran, daß unser Defensivbündnis mit Oesterreich-Ungarn seit dem Jahre 1888 aller Welt bekannt war, während die Offensivabmachungen zwischen den feindlichen Staaten erst im Laufe des Krieges und zuletzt durch die Enthüllungen der russischen Geheimakten das Licht der Oeffentlichkeit erblickten. (Sehr richtig.) Auch die Verhandlungen in Brest-Litowsk vor aller Oeffentlichkeit beweisen, daß wir durchaus bereit sein könnten, auf diesen Vorschlag einzugehen und die Publizität der Verhandlungen als allgemeinen politischen Grundsatz zu erklären.

Im **zweiten Punkt** fordert Wilson Freiheit der Meere. Die vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere in Krieg und Frieden würde auch von Deutschland als eine der ersten und wichtigsten Zukunftsforderungen aufgestellt. Hier besteht also keine Meinungsverschiedenheit. Die von Wilson am Schluß eingefügte Einschränkung – ich brauche sie nicht wörtlich anzuführen – ist nicht recht verständlich und scheint überflüssig, würde also am besten wegfallen. In hohem Grade aber wichtig wäre es für die Freiheit der Schifffahrt in Zukunft, wenn auf die stark befestigten Flottenstützpunkte an wichtigen internationalen Verkehrsstraßen, wie sie England in Gibraltar, Malta, Aden, Hongkong, auf den Falklandinseln und manchen anderen Stellen unterhält, verzichtet werden könnte.

Zum **dritten Punkt**, Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken! Auch wir sind mit der Beseitigung wirtschaftlicher Schranken, die den Handel in überflüssiger Weise einengen, durchaus einverstanden. Auch wir verurteilen einen Wirtschaftskrieg, der unausweichlich die Ursachen künftiger kriegerischer Verwicklungen in sich tragen würde.

Zum **vierten Punkt**. Beschränkung der Rüstungen! Wie schon früher von uns erklärt wurde, ist der Gedanke einer Rüstungsbeschränkung durchaus diskutabel. Die Finanzlage sämtlicher europäischer Staaten nach dem Kriege dürfte einer befriedigenden Lösung den wirksamsten Vorschub leisten. (Sehr richtig!)

Man sieht also, meine Herren, über die vier ersten Programmpunkte könnte man ohne Schwierigkeiten zu einer Verständigung gelangen.

Ich wende mich zum **fünften Punkt**: Schlichtung aller kolonialen Ansprüche und Streitigkeiten: Die praktische Durchführung des von Wilson aufgestellten Grundsatzes in der Welt der Wirklichkeit wird einigen Schwierigkeiten begegnen. Jedenfalls glaube ich, daß es zunächst dem größten Kolonialreich – England – überlassen bleiben kann, wie es sich mit diesem Vorschlag seines Verbündeten abfinden will. Bei der unbedingt auch von uns geforderten Neugestaltung des Weltkolonialbesitzes wird von diesem Programmpunkt seinerzeit zu reden sein.

Der **sechste Punkt** betrifft die Räumung des russischen Gebietes. Nachdem die Ententestaaten es abgelehnt haben, innerhalb der von Rußland und den vier verbündeten Mächten vereinbarten Frist sich den Verhandlungen anzuschließen, muß ich im Namen der letzteren eine nachträgliche Einmischung ablehnen. Wir stehen hier vor Fragen, die allein Rußland und die vier verbündeten Mächte angehen. Ich halte an der Hoffnung fest, daß es unter Anerkennung der Selbstbestimmung der westlichen Randvölker des ehemaligen russischen Kaiserreiches gelingen wird, zu einem guten Verhältnis sowohl mit diesen, als mit dem übrigen Rußland zu gelangen, dem wir aufs dringendste die Rückkehr geordneter, die Ruhe und Wohlfahrt des Landes gewährleistender Zustände wünschen.

Punkt sieben kommt auf die belgische Frage. Was die belgische Frage betrifft, so ist von meinen Amtsvorgängern wiederholt erklärt worden, daß zu keiner Zeit während des Krieges die gewaltsame Angliederung Belgiens an Deutschland einen Programmpunkt der deutschen Politik gebildet habe. Die belgische Frage gehört zum Komplex der Fragen, deren Einzelheiten durch die Kriegs- und Friedensverhandlungen zu ordnen sein werden. So lange unsere Gegner sich nicht rückhaltlos auf den Boden stellen, daß die Integrität des Gebietes der Verbündeten die einzig mögliche Grundlage von Friedensbesprechungen bieten kann, muß ich an dem bisher stets eingenommenen Standpunkt festhalten und eine Vorwegnahme der belgischen Angelegenheit aus der Gesamtdiskussion ablehnen.

Der **achte Punkt** betrifft die Befreiung des französischen Territoriums. Die okkupierten Teile Frankreichs sind ein wertvolles Faustpfand in unserer Hand. Auch hier bildet die gewaltsame Angliederung keinen Teil der amtlichen deutschen Politik. Die Bedingungen und Modalitäten der Räumung, die den vitalen Interessen Deutschlands Rechnung tragen müssen, sind zwischen Deutschland und Frankreich zu vereinbaren.

Ich kann nur nochmals ausdrücklich betonen, daß von einer Abtretung von Reichsgebieten nie und nimmer die Rede sein kann. Das Reichsland, daß sich seitdem immer mehr dem Deutschtum innerlich angegliedert hat, das sich in hocheureilicher Weise wirtschaftlich immer mehr fortentwickelt, von dem mehr als 87 Prozent die deutsche Muttersprache sprechen, werden wir uns von den Feinden unter irgendwelchen schönen Redensarten nicht wieder abnehmen lassen. (Lebhaftes Bravo!)

Was die von Wilson unter **neun bis elf behandelten Fragen**: Italienische Grenzen, Nationalitätenfrage der Donaumonarchie, Balkanstaaten, betrifft, so berühren sie sowohl mit den italienischen Grenzfragen, als mit denen der künftigen Entwicklung der österreichisch-ungarischen Monarchie und den Fragen der Zukunft der Balkanstaaten Punkte, bei denen zum großen Teil die politischen Interessen unseres Verbündeten Oesterreich-Ungarn überwiegen. Wo deutsche Interessen im Spiel sind, werden wir sie aufs nachdrücklichste wahren, doch möchte ich die Beantwortung der Wilsonschen Vorschläge in diesen Punkten in erster Linie dem auswärtigen Minister der österreichisch-ungarischen Monarchie überlassen. Die enge Verbindung mit der verbündeten Donaumonarchie ist der Kernpunkt unserer heutigen Politik und muß die Richtlinie für die Zukunft sein. Die treue Waffenbrüderschaft, die sich im Kriege so glänzend bewährt hat, muß auch im Frieden nachwirken, und so werden wir auch unsererseits alles daran setzen, daß für Oesterreich-Ungarn ein Friede zustande kommt, der den berechtigten Ansprüchen Rechnung trägt.

Ebenso möchte ich den **unter zwölf, Türkei**, von Wilson berührten Angelegenheiten, die unseren treuen, tapferen und mächtigen Bundegegnossen, die Türkei betreffen, in keiner Weise der Stellungnahme ihrer Staatsmänner vorgreifen. Die Integrität der Türkei und die Sicherung ihrer Hauptstadt, die mit der Meerengenfrage eng zusammenhängt, sind wichtige Lebensinteressen auch des Deutschen Reichs. Unser Verbündeter kann hierin stets auf unseren nachdrücklichsten Beistand rechnen.

Punkt dreizehn behandelt **Polen**. Nicht die Entente, die für Polen nur inhaltslose Worte fand und vor dem Kriege nie bei Rußland für Polen eingetreten ist, sondern das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn waren es, die Polen von dem seine nationale Eigenart unterdrückenden zaristischen Regiment befreiten. **So möge man es auch Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Polen überlassen, sich über die zukünftige Gestaltung dieses Landes zu einigen. Wie die Verhandlungen und Mitteilungen des letzten Jahres beweisen, sind wir durchaus auf dem Wege hierzu.**

Der **letzte Punkt** behandelt den **Verband der Völker**. Was diesen Punkt betrifft, so stehe ich, wie sich aus meiner bisherigen politischen Tätigkeit ergibt, jedem Gedanken sympathisch gegenüber, der für die Zukunft die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit von Kriegen ausschaltet und das friedliche und harmonische Zusammenarbeiten der Völker fördern will. Wenn der von Präsident Wilson angeregte Gedanke des Verbandes der Völker bei näherer Ausführung und Prüfung ergibt, daß er wirklich im Geiste vollkommener Gerechtigkeit gegen alle und vollkommener Vorurteilslosigkeit gefaßt ist, so ist die Kaiserliche Regierung gern bereit, wenn alle anderen schwebenden Fragen geregelt sein werden, einer Prüfung der Grundlagen eines solchen Völkerbundes nahe zu treten.

Meine Herren, Sie haben **die Reden von Lloyd George und die Vorschläge des Präsidenten Wilson** kennen gelernt. **Ich muß wiederholen, was ich zu Anfang sagte: Wir müssen uns nun fragen, ob aus diesen Reden und Vorschlägen uns wirklich ein ernstlicher ehrlicher Friedenswille entgegentritt.**

Sie enthalten gewiß Grundsätze für einen allgemeinen Weltfrieden, denen auch wir zustimmen und die Ausgangs- und Zielpunkte für Verhandlungen bilden könnten. **Wo aber konkrete Fragen zur Sprache kommen, Punkte, die für uns und unsere Verbündeten von entscheidender Bedeutung sind, da ist ein Friedenswille weniger bemerkbar.** Unsere Gegner wollen Deutschland nicht „vernichten“, aber sie schielen begehrlieh nach Teilen unserer und unserer Verbündeten Länder. Sie sprechen mit Achtung von Deutschlands Stellung, aber dazwischen dringt immer wieder die Auffassung durch, als seien wir die Schuldigen, die Buße tun und Besserung geloben müßten.

So spricht immer noch der Sieger zu dem Besiegten, so spricht derjenige, der all unsere früheren Aeußerungen der Friedensbereitschaft als bloßes Zeichen der Schwäche deutet. Von diesem Standpunkt, von dieser Täuschung sollen sich die Führer der Entente zuerst losmachen. Um ihnen dies zu erleichtern, möchte ich daran erinnern, wie denn wirklich die Lage ist. Mögen sie sich gesagt sein lassen: Unsere militärische Lage war niemals so günstig wie sie jetzt ist! (Bravo!)

Unsere genialen Heerführer sehen mit unverminderter Siegeszuversicht in die Zukunft. Durch die ganze Armee, durch Offiziere und Mannschaften geht ungebrochene Kampfesfreude. Ich erinnere an das Wort, das ich am 29. November im Hause sprach: Unsere wiederholt ausgesprochene Friedensbereitschaft, der Geist der Versöhnlichkeit, der aus unseren Vorschlägen spricht, der darf kein Freibrief für die Entente sein, den Krieg immer weiter zu verlängern. Zwingen uns unserer Feinde hierzu, so haben sie die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu tragen.

Wenn die Führer der feindlichen Mächte also wirklich zum Frieden geneigt sind, so mögen sie ihr Programm nochmals revidieren oder, wie Lloyd George sagte, eine reconsideration eintreten lassen. Wenn sie das tun und mit neuen Vorschlägen kommen, dann werden wir sie auch ernstlich prüfen; denn unser Ziel ist kein anderes als die Wiederherstellung eines andauernden allgemeinen Friedens. Aber dieser dauernde allgemeine Frieden ist so lange nicht möglich, als die Integrität des Deutschen Reiches, als die Sicherung seiner Lebensinteressen und die Würde unseres Vaterlandes nicht gewahrt bleiben. Bis dahin heite es, ruhig zusammenstehen und abwarten. Im Ziele, meine Herren, sind wir alle einig (lebhaftes Bravo!), über die Methoden und Modalitäten kann man verschiedener Meinung sein. Aber lassen wir jetzt alle diese Meinungsverschiedenheiten zurücktreten.

Streiten wir nicht über Formeln, die bei dem rasenden Lauf der Weltbegebenheiten immer zu kurz kommen, und behalten wir über trennende Parteigegensätze hinaus das eine gemeinsame Ziel im Auge, das Wohl des Vaterlandes. Stehen wir zusammen, Regierung und Volk, und der Sieg wird unser sein, ein guter Friede wird und muß kommen. Das deutsche Volk erträgt in bewunderswerter Weise die Leiden und Lasten des nun im vierten Jahre währenden Krieges. Bei diesen Lasten und Leiden denke ich ganz besonders an die Leiden der kleinen Handwerker und der gering besoldeten Beamten. Aber sie alle, Männer und Frauen, wollen aushalten und durchhalten. In politischer Reife lassen sie sich nicht von Schlagworten betören, wissen sie zu unterscheiden zwischen den Realitäten des Lebens und glückverheißenden Träumen. Ein solches Volk kann nicht untergehen. Gott ist mit uns und wird auch ferner mit uns sein. (Lebhaftes Bravo.)

Norddeutsche Allgemeine Zeitung - Nr.45 - 1918 - Freitag, 25. Januar - Morgen - S.7

Vorwärts - Nr. 25 - 1918 - Freitag, 25. Januar - S.4f

Berliner Börsen-Zeitung - Nr. 41 - 1918 - Freitag, 25. Januar - S.2f

Vossische Zeitung - Nr.45 - 1918 - Freitag - 25. Januar - S.9

Die politische Aussprache im Hauptausschuß.

Nordd. Allg. Ztg: Abg. Trimborn (Zentr.): Er begrüßt die Erklärung des Reichskanzlers in allen ihren Teilen. Zweifellos waren die letzten Reden Lloyd Georges und Wilsons im Tone milder. Unannehmbar sind die Forderungen der Wilsonschen Rede bezüglich Elsaß-Lothringens. Die Einverleibung Elsaß-Lothringens war die Voraussetzung und der Schlußakt der Einigung deutscher Stämme. Der Regelung der belgischen Frage stehen bei loyaler Durchführung des Programms, nicht zu annektieren, unüberwindliche Schwierigkeiten nicht entgegen. Dem Staatssekretär von Kühlmann sprechen wir aufrichtigen Dank für seine Umsicht und Geduld bei den Verhandlungen in Brest aus. Tief bedauerlich ist, daß die annexionistische Presse unseren Unterhändlern in den Rücken gefallen ist. Die Rede des Generals Hoffmann hat starke politische Wellen geschlagen. Ich nehme an, daß er im Einvernehmen mit der diplomatischen Vertretung gehandelt hat. Was den Ton anlangt, so war es wohl am Platze, den Bolschewiki gegenüber einmal ein ernstes Wort zu sagen. Was den materiellen Inhalt der dortigen Verhandlungen anlangt, so war ihre Voraussetzung das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Daran ist festgehalten worden. In den besetzten Gebieten bilden die Landesräte den Anfang. Sie werden ausgebaut und zur selbständigen Volksvertretung übergeleitet werden. Die militärische Räumung kann durchgeführt werden, wenn die Sicherheit uns gegenüber das zuläßt und die inneren Verhältnisse der fraglichen Gebiete uns das gestatten. Die Bedeutung unseres Verhältnisse zu Oesterreich ist in letzter Zeit immer mehr in den Vordergrund getreten. Bedauerlicherweise haben reichsdeutsche Zeitungen sich gefunden, die die Frage der Lockerung des Bündnisses leichtsinnig und kurzsichtig behandelt haben. Demgegenüber kann ich im Auftrage meiner Fraktion erklären, daß wir die Pflege und den Ausbau unseres Bündnisse mit der Donaumonarchie als unsere vornehmste politische Aufgabe betrachten. Das andersgeartete Treiben ist ein Verbrechen am Vaterlande.

Vorwärts: Abg. Trimborn (Zentr.): Wir sind mit den Darlegungen des Reichskanzlers völlig einverstanden. Der Ton aus den letzten Kundgebungen Wilsons und Lloyd Georges klang anders als in früheren Äußerungen. Einzelne Punkte in der Botschaft Wilsons bieten keinerlei Schwierigkeiten. Die Uebernahme Elsaß-Lothringens in das Reich war die Gutmachung begangenen Unrechts. Dadurch erst sind die süddeutschen

Staaten geschützt worden. Wir haben nie verlangt, Belgien zu annektieren; über diese Frage kann eine Verständigung nicht schwer sein. Nun zum Osten! Dem Staatssekretär von Kühlmann gebührt Dank und Anerkennung für sein Verhalten. Die Angriffe eines Teils der Presse, die die Verhandlungen erschwerten, müssen scharf zurückgewiesen werden. Das Vorgehen des Generals Hoffmann mag etwas auffällig gewesen sein, sein Ton aber ist und geläufig und gegenüber Herrn Trotzki mußte ein deutliches Wort gesprochen werden. Die Beschlüsse der Landesräte können nicht einfach beiseite geschoben werden. Was die Räumung der Gebiete im Osten anlangt, so ist diese erst möglich, wenn die Sicherung Deutschlands feststeht und wenn Ordnung und Sicherheit in diesen Ländern geschaffen ist. Deshalb sind die vom Staatssekretär v. Kühlmann aufgestellten Richtlinien freudig zu begrüßen. Die Pflege und der Ausbau unseres Verhältnisses zur Donaumonarchie ist unsere vornehmste Aufgabe. Wer diese Verhältnisse trüben will, begeht ein Verbrechen am Vaterland.

Berliner Börsen-Zeitung: Abg. Trimborn (Zentr.): Wir stimmen dem Reichskanzler zu. Wenn auch die Äußerungen von Lloyd George und Wilson milder lauten, so sind doch unannehmbar die Forderung hinsichtlich Elsaß-Lothringens. Die Erwerbung dieser Gebiete 1871 war kein Unrecht, sondern die Wiedergutmachung eines früheren Unrechts. Sie war die Voraussetzung der Vereinigung der deutschen Stämme. Was die Forderungen Wilsons gegenüber unseren Verbündeten anlangt, so stehen wir auf dem Standpunkt des Reichskanzlers. Hinsichtlich Belgiens teilen wir die Auffassung, die von Kühlmann im Reichstage kundgegeben hat. Wir danken dem Staatssekretär für die Geduld, Ausdauer und Geschicklichkeit, mit der er die Verhandlungen in Brest-Litowsk geführt hat und weisen die Angriffe einer gewissen Presse mit Entschiedenheit zurück. In dem Treiben der Annexionistischen Presse erblicken wir eine schwere Schädigung. Wir mißbilligen es und hoffen, daß es künftig unterbleibt. General Hoffmann war bei den Verhandlungen in vollem Einvernehmen mit der politischen Leitung. Sein Ton war der des Soldaten, nicht des Diplomaten, aber seine Worte haben in Deutschland lebhaften Widerhall gefunden, es mußte einmal ein deutliches Wort geredet werden. Was den materiellen Inhalt anlangt, so entsprachen die Worte des Generals Hoffmann den aufgestellten und allgemein gebilligten Grundlinien. Wir wünschen, daß beim Selbstbestimmungsrecht an den bestehenden Richtlinien festgehalten wird. **[VOS: In den besetzten Gebieten bilden die Landesräte den Anfang, sie werden ausgebaut und zur selbständigen Volksvertretung übergeleitet werden.]** Die militärische Räumung darf nicht eher erfolgen, als unsere militärische Sicherheit erlaubt. Es muß alles vermieden werden, was die Ruhe und Sicherheit der Bevölkerung in den besetzten Gebieten stören könnte. Es besteht eine Gefahr, daß dies durch revolutionäre Strömungen geschieht. Wenn die Richtlinien eingehalten werden, so trägt Deutschland keine Schuld an einem eventuellen Scheitern der Verhandlungen. Die Frage der Lockerung unseres Verhältnisses zur Donaumonarchie ist mit unverantwortlichem Leichtsinne von einem Teil unserer Presse behandelt worden. Wir halten es für ein Verbrechen, daran zu rütteln und erklären es für eine der Lebensfragen Deutschlands, das Bündnis zu erhalten. **[VOS: Im Auftrage meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß wir die Pflege und den Ausbau unseres Bündnisses mit der Donaumonarchie als unsere vornehmste politische Aufgabe betrachten.]** Der Redner spricht dem Reichskanzler und dem Staatssekretär sein Vertrauen aus.

Nordd. Allg. Ztg: Abg. Scheidemann (Soz.) wandte sich gegen die Treibereien der alldeutschen und annexionistischen Presse. Meine Parteifreunde erhalten unflätige Drohbriefe, denen meist Flugblätter der Vaterlandspartei beiliegen. Die aufgeregten, reklamierten Heimkrieger kann ich nur bedauern. Der Aushungerungspolitiker von Tirpitz hat schon oft falsch gerechnet. Der Ausschuß für Niederkämpfung Englands, die um die Vaterlandspartei, setzen alles auf eine Karte, auf den Sieg im Westen. Die Erklärung der Unterhändler vom 27. Dezember 1917 in Brest wäre besser nicht erfolgt, ich glaube nicht, daß sie durch den Staatssekretär von Kühlmann oder den Grafen Czernin veranlaßt worden ist, sie hat die Wirkung, den Schein der Zweideutigkeit hervorzurufen. Die Politiker der Rechten sagen, die Reichstagsentschließung vom 19. Juli wäre zum alten Eisen geworfen. Ist es richtig, daß der Reichskanzler und die Vaterlandspartei einig sind? Diese Behauptung der Vaterlandspartei hat Beunruhigung ausgelöst. Hinzu kommt der Versuch uns von unseren Bundesgenossen zu trennen. Die Regierung muß sich von diesen Kreisen entschieden lossagen, und wenn die leitenden Persönlichkeiten das nicht können, sollen sie lieber gehen. **General Hoffmann** ist ein glänzender Soldat und auch politisch anderen voraus: **in Brest aber ist er elend entgleist. Seine Rede ist in Oesterreich Anlaß zum Streik gewesen.** Das Militär sollte sich da betätigen, wo es seine Aufgabe zu erfüllen hat. Keine politisierenden Generale! Keine politische Militärherrschaft! Die Verhandlungen mit Rußland sind dadurch erschwert worden. Ein baldiger Friede kann geschlossen werden nach dem Grundsatz: Keine Annexionen und keine Kontributionen.

Die Wilsonsche Rede scheint dafür ebenfalls eine Handhabe zu bieten. Der Reichskanzler hat selbst auf die ersten vier Punkte hingewiesen, über die eine Verständigung möglich ist. Hinzu kommt der Vorschlag des

Völkerbundes. Man sollt also nicht sagen, daß Wilson nicht den Frieden wolle. Die 14 Punkte Wilsons geben eine Verständigungsmöglichkeit. Elsaß-Lothringen ist deutsch und muß deutsch bleiben. Die Lösung der belgischen Frage wird die elsaß-lothringische Frage von selber ausschalten. **Die Zeit der Verhandlungen mit Amerika und England ist gekommen. Die von dort ausgestreckten Fühler dürfen nicht zurückgewiesen werden.** Die Bedingungen Wilsons anzunehmen, kann man niemand in Deutschland zumuten. Auf beiden Seiten muß man auf Illusionen verzichten. Die Stimmung im Volke wird stark beeinträchtigt, wenn die Verhandlungen in Brest ein negatives Ergebnis hätten.

Vossische Zeitung: Abg. Scheidemann (Soz.): Ungeheuerliches leistet eine gewisse Presse in persönlichen Beschimpfungen, Verhetzungen und Verdächtigungen. Ebert und ich werden als Landesverräter hingestellt. Die massenhaft einlaufenden Drohbriefe enthalten in der Regel Flugblätter der Vaterlandspartei. Das rührt uns nicht. Die einen treten ein für einen Machtfrieden, die anderen für einen Verständigungsfrieden. Der Redner spricht über die Voraussagungen hinsichtlich des U-Boot-Krieges im Verhältnis zu den praktischen Ergebnissen. wirkungslos ist er gewiß nicht, aber der sicherste Erfolg war der Eintritt Amerikas in die Reihe unserer Feinde. Wie will man mit Amerika zum Frieden kommen? Die Psychologie der Völker hat sich gewandelt, die Widerstandskraft ist gestärkt.

Der 27. Dezember war in den Verhandlungen zu Brest-Litowsk verhängnisvoll, sowohl nach außen, wie auch nach innen. Es herrscht völlige Unklarheit, wie die maßgebenden Personen sich in den Vorgängen der letzten Zeit gestellt haben. Daraus ist die Unruhe entstanden bei uns und namentlich in Oesterreich-Ungarn. Dort gibt man Deutschland die Schuld, daß es mit den Friedensverhandlungen nicht vorwärts geht. Die Hetze gegen Oesterreich ist unverantwortlich. Möge sich die Regierung losmachen von den Einflüssen der Alldeutschen, oder, wenn sie es nicht kann, so gehe sie.

Die Rede des Generals Hoffmann, des ausgezeichneten Soldaten und Menschen, war eine Entgleisung. Sie hat die Streikbewegung in Oesterreich entfacht. Hier bei uns treiben die militärischen Stellen alle politischen Differenzen auf die Spitze. Vaterlandsverteidigung: - ja, Militarismus: - nein! Wir hätten den Frieden im Osten haben können, haben aber die Gelegenheit verpaßt. Die Stimmung der Parteien in Rußland wird falsch aufgefaßt. Ein gleiches Entgegenkommen, wie bei den Bolschewikis, werden wir nicht so leicht in Rußland und anderen Ländern finden.

Der Redner geht auf die Reden des Grafen Czernin ein.

Man schließe im Osten Frieden und gehe dann mit einer Friedensoffensive im Westen vor. Es ist unrichtig, wenn der Reichskanzler bezweifelt, die Botschaft Wilsons sei eine ehrliche Friedenskundgebung. Das ist bedauerlich. **Warum alle die Vorbehalte, die der Kanzler in Fragen macht, in denen wir doch zum Entgegenkommen geneigt sind? Die Wilsonsche Botschaft bietet in den allermeisten Punkten eine geeignete Grundlage zu Verhandlungen.** Nur zwei strittige Fragen bleiben übrig: Elsaß-Lothringen muß deutsches Land bleiben. Sobald über Belgien Klarheit geschaffen ist, ist auch die elsaß-lothringische Frage erledigt. Für die Türkei muß eine Lösung gefunden werden, ohne daß Deutschland der Treulosigkeit bezichtigt werden kann. Wir wollen doch einen Verständigungsfrieden, und deshalb darf man nicht sagen: wir verhandeln überhaupt nicht. Der Landesrat in Kurland kann nicht als eine wahre Landesvertretung angesehen werden. Der Volkswille muß klar und offen zum Ausdruck kommen. Wir haben es nicht verstanden, wenn die Feinde unsere Friedensangebote schnöde zurückgewiesen haben. Wir dürfen nicht in den gleichen Fehler verfallen, sonst wird man uns die Schuld zuschreiben. **Niemand mutet uns zu, die Wilsonschen Bedingungen unbesehen anzunehmen.** Aber die Verhandlungen sind doch dazu da, eine Verständigung zu erzielen. Man muß auf beiden Seiten auf Illusionen verzichten und die Dinge sehen, wie sie sind. Die volle Selbständigkeit Belgiens wiederherzustellen, ist unsere Ehrenpflicht, natürlich vorausgesetzt, daß die Gegner die Integrität des Reichsgebietes respektieren. **Aus der Rede des Reichskanzlers spricht ein gewandter Diplomat, aber kein Staatsmann.** Wir dürfen keinen Versuch unterlassen, um die Welt aus dem Unglück dieses Krieges herauszuführen. Wir haben erste Konfliktstoffe bei uns im Lande, das müssen wir bedenken. Die Sozialdemokraten werden für Volk und Land alles tun, aber nicht für eine Regierung, der wir nicht vertrauen und folgen können.

Vorwärts: Abg. Scheidemann (Soz.): Wir leben in einer Zeit der schwersten Konflikte und folgenschweren Entscheidungen. Ein Blick in die Presse zeigt, mit welcher Gehässigkeit der Kampf geführt wird. Ebert und ich werden bereits wieder als Landesverräter bezeichnet, die auf dem Sandhaufen erschossen werden müssen. **Die Zahl der Droh- und Schimpfbriefe, die wir täglich bekommen, wächst immer mehr an.** Das bezeichnende ist, daß diese in meist anonymen Zuschriften, Flugblättern und als sonstiges Agitationsmaterial der Vaterlandspartei beigelegt ist. Ich will nur wenige Sätze darüber sagen: Die neurasthenischen Daheimkrieger, die bereit sind, den letzten Tropfen Blut der anderen zu opfern, können bei

mir keine Gefühle des Hasses erwecken. Teilweise legen wir die Briefe mit Verachtung beiseite, zumeist aber erinnern sie uns an die Hauptfiguren des unsterblichen Spaniers Cervantes: Don Quichotte und Sancho Pansa.

Nun zur Sache. Es stehen sich zwei Parteien gegenüber. Die eine ist der Meinung, daß in wenigen Monaten der Krieg mit einem zerschmetternden Erfolg beendet werden könne. Die andere glaubt das nicht. Die eine Partei verlangt einen Verständigungsfrieden, die andere will den Machtfrieden.

„Den Staatsmann, der aus diesem Kriege ohne Longwy und Briey zurückkommt, ohne daß Belgien in unserer Hand bleibt, die flandrische Küste dem englischen Machtbereich entzogen ist, und die Maaslinie unseren Interessen gerecht wird, würde die Geschichte den Totengräber deutscher Macht nennen.“

Das ist nicht etwa eine Stimme aus der **Maison de Sante** in der Schöneberger Hauptstraße, sondern das ist ein Satz aus einer Rede des nationalliberalen Abgeordneten Fuhrmann im Preußischen Abgeordnetenhaus.

Die Rechnung der Schwertsieger stützt sich erstens auf den U-Boot-Krieg, zweitens auf die Offensivkraft des Landheeres. Von dem U-Boot-Krieg hieß es in einer Denkschrift aus dem Jahre 1916, daß er binnen sechs Monaten einen vollen durchschlagenden Erfolg haben werde. Dieser Termin ist inzwischen erheblich überschritten. Man traue mir nicht den Unsinn zu, daß ich etwa sagen könne, der U-Boot-Krieg sei wirkungslos gewesen, ach nein! er schädigt England gewiß kolossal. Jeder Engländer spürt ihn am Mittagstisch. Aber der sichtbarste Erfolg des U-Boot-Krieges ist doch der Eintritt Amerikas in den Krieg. Die russische Revolution, ohne daß Amerika in den Krieg eingetreten wäre, hätte uns sicherlich längst den Frieden gebracht.

Und jetzt? Jetzt stehen wir genau wie vor einem Jahr vor einer Entscheidung von ungeheurer Tragweite. Hoffentlich läßt man sich nicht wieder durch falsche Prophezeiungen beeinflussen. Ich komme zum zweiten Faktor der Schwertsieger: der Offensivkraft des Landheeres. **Nehmen Sie an, wir würden Calais und Paris nehmen – denn das soll ja das Ziel, wie man im Auslande erzählt, der nächsten Kämpfe sein –, nehmen Sie an, ein solcher Durchbruch wäre vollkommen gelungen, wäre das der Frieden? Ich sage: Nein! Das ist ja gerade das entsetzliche, daß der Kampf immer weiter geht, obwohl man auf beiden Seiten längst eingesehen haben sollte, daß auf Grund einer großen militärischen Entscheidung dieser Krieg nicht beendet werden kann.** Wir haben ganze Staaten überrannt, wir haben feindliche Regierungen außer Landes gejagt und trotzdem haben wir keinen Frieden. Und wenn schließlich die Jugend Deutschlands und Frankreichs verblutet wäre und wir hätten England und Frankreich vollkommen geschlagen – hätten wir dann den Frieden mit Amerika?

Man hat bei diesem Kriege etwas Neues nicht in Rechnung gestellt: Die Aenderung der Psychologie der Völker. Der Fortschritt der Demokratie hat die seelische Defensivkraft gesteigert in ungeahnter Weise. Bei uns und bei den andern!

Nicht in weitester Ferne sehe ich den Tag, an dem wir sagen würden, wir sind besiegt, wir akzeptieren Eure Bedingungen.

Ebensowenig aber sehe ich den Tag, an dem Franzosen, Engländer und Amerikaner sagen: wir sind gegen Deutschland wehrlos, wir wollen seine Friedensbedingungen annehmen.

Wenn es aber so steht, dann sollte man nicht alles auf die Karte des großen Endsieges im Westen setzen. Welche Roheit macht sich übrigens namentlich in der alldeutschen Presse geltend! Früher atmete jedermann auf, wenn der Frühling kam, mit dem neuen Blüten und neues Leben einzog, der Freude und ein bißchen Glück selbst für die Aermsten brachte. Jetzt wird vom Frühling geredet, der selbstverständlich eine neue Offensive bringen muß, mit neuen ungeheuren Blutopfern. Nicht verächtlicher als diese Daheimkrieger, die keine Miene verziehen, wenn von den furchtbaren Opfern gesprochen wird. Hören Sie, was heute die „Deutsche Zeitung“, dieses Musterblatt der Vaterlandspartei schreibt:

„In den Kreisen, die von den Gedankengängen der Berliner Wilhelmstraße erfüllt sind, wirbt man mit dem Hinweis darauf, daß eine entscheidende militärische Aktion im Westen nicht ohne Verlust an Menschen durchführbar sei.“

Verlust an Menschenleben!

Menschen sind billig wie Brombeeren für diese Herrschaften. Ich glaube, daß alle bisherigen Regierungen für die Wirklichkeit den richtigen Blick gehabt haben, keine hat die richtigen Folgerungen daraus gezogen. Bei uns sucht man bis auf den heutigen Tag, wie die Rede des Reichskanzlers gezeigt hat, noch eine Diagonale innezuhalten. **Ich erinnere Sie daran, wie Bethmann Hollweg und Helfferich sich über den U-Boot-Krieg ausgesprochen haben. Und doch haben sie schließlich den U-Boot-Krieg gemacht. Jeder**

verantwortliche Politiker muß sich, wenn er allein im stillen Kämmerlein ist, sagen, es ist unerreichbar, was gewisse Phantasten wollen; aber daraus sollte auch jeder einzelne die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Seit der **diplomatischen Katastrophe am 27. Dezember 1917** ist ein Monat verfloßen, ohne daß wir in Brest-Litowsk ernstlich weiter gekommen wären. Welcher Teufel hat unsere Diplomaten geritten, daß sie 2 Tage nach dem 25. Dezember einen solchen Haken schlugen? Ich traue weder Herrn v. Kühlmann noch dem Grafen Czernin eine solche große Ungeschicklichkeit aus eigenem zu. Wer hat da mitgewirkt? Die Erklärung vom 27. Dezember hat nicht nur den Erfolg der Friedensverhandlungen gefährdet, sondern auch im Innern wenig erfreuliche Wirkungen gehabt. Denn viele haben sich gesagt, dieser Widerspruch wird unseren Gegnern willkommenen Anlaß sein zu der Behauptung, daß unsererseits zweideutig verfahren worden ist. Von den Konferenzen in Berlin wurde gesagt, sie hätten nichts in der Politik der Regierung geändert. Die Politiker der Rechten dagegen sagen, daß die Resolution vom 19. Juli zum alten Eisen geworfen sei und die Militärs hätten Garantien für die Durchsetzung ihrer Forderungen erhalten. Herr v. Tirpitz hat nach seinem Besuch beim Reichskanzler und zwar vor den Konferenzen, ein Rundschreiben an seine Getreuen erlassen, in dem er sagt: Habt keine Sorge, die Vaterlandspartei und der Reichskanzler sind einig, „die Lebensnotwendigkeiten werden gewahrt werden“.

Wir alle wissen, was die Vaterlandspartei unter Lebensnotwendigkeiten versteht. Hat der Herr Reichskanzler dem Großadmiral Tirpitz berechtigten Anlaß zu einer solchen Behauptung gegeben oder nicht?

Der österreichische Generalstreik.

Alles dies hat in Deutschland große Erregung hervorgerufen, mehr aber noch in Oesterreich, wo sie sich entlud im Generalstreik. In Oesterreich ist die Ueberzeugung leider allgemein, daß die deutsche Politik in annexionistisches Fahrwasser gekommen ist. Ich habe selbst in einem österreichischen Blatt gelesen: das Deutsche Reich hintertreibt den Frieden. Bei dem großen Ausstand in Wien ist man achtungsvoll um die kaiserlichen Gebäude herumgezogen. Kein Wort ist gefallen gegen Kaiser Karl. Dagegen hat es nicht an Schmährufen auf den Deutschen Kaiser gefehlt. Gewiß hat das der Kaiser von Oesterreich nicht verdient. Wenn es so gekommen ist, dann hat er das zu danken den unverantwortlichen Schwätzern der Vaterlandspartei. Hat doch eines der führenden Blätter der konservativen Partei die Losung ausgegeben: Los von Oesterreich! Unsere Regierung und unser Parlament halten es für eine Selbstverständlichkeit, die besten Beziehungen zu Oesterreich auf das innigste zu pflegen. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: los von den Bundesgenossen, damit wir freie Hand bekommen.

Diese Gesellschaft bringt es fertig, auch noch die eigenen Bundesgenossen gegen uns aufzuhetzen. Der Regierung will ich folgendes erklären – ich betone, daß mir jegliche persönliche Animosität fern liegt – : Sagen sie sich los von solchen Einflüssen, machen Sie sich vollkommen frei, und wenn Sie das nicht können, dann gehen Sie lieber!

Wenn Sie den Frieden mit Rußland nicht zustande bringen können, gehen Sie, bevor Sie hinweggefegt werden! Machen Sie ein Ende der Politik der Zweideutigkeit und Verschleierung.

Wen will man glauben machen, daß keine Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und der Obersten Heeresleitung bestehen? Wie groß diese Meinungsverschiedenheiten sind, hat die Rede des Generals Hoffmann in Brest-Litowsk gezeigt. Der General ist bekannt als glänzender Soldat. Er gilt als einer der politisch klügsten Generäle, er ist einer von denen, für die es noch einen anderen Vorstellungskreis gibt als den rein militärischen. **Ein Mann, der sich der allgemeinsten Hochachtung erfreut! Aber wenn selbst dieser Mann die Verhandlungen beinahe gesprengt hätte, so zeigt das, wie wenig unsere Militärs am Platze sind, wo es gilt, politische Gegensätze auszugleichen.**

Im eigenen Land läuft die Militärherrschaft ja auch darauf hinaus, alle politischen Gegensätze auf die Spitze zu treiben.

Heute ist die Situation vollkommen verfahren. Wir hätten den Frieden mit Rußland haben können, diese Möglichkeit ist zunächst verschüttet und damit ist auch die russische Regierung erschüttert, die allein mit uns Frieden schließen wollte. Hier hat man verbreiten wollen, die Konstituante hätte der bolschewistischen Regierung Opposition gemacht, weil sie den Frieden nicht schnell genug abgeschlossen habe. Wahr ist, daß Tschernow Vorwürfe gegen die Bolschewisten erhob, weil sie dem deutschen Imperialismus zu weit entgegengekommen seien. In der Tat ist die bolschewistische Regierung in ihren Friedensbestrebungen weiter gegangen als die Kadetten und der rechte Flügel der Sozialrevolutionäre gehen wollten. Was glauben Sie, wie lange es noch dauern wird, bis Rußland, Frankreich, England und Amerika Regierungen haben werden, die bereiter sind, deutsche Siegerbedingungen zu akzeptieren als Lenin und Trotzki?

Czernin hat anlässlich der Vorgänge in Wien eine Erklärung abgegeben, die eine Wendung der Politik in Oesterreich bedeuten kann.

Ich hoffe und bürge dafür, daß der Friede unsererseits nicht an Eroberungsabsichten scheitern wird. Ich nehme kein Wort von dem zurück, was ich als das Friedensprogramm der Monarchie aufgestellt und vertreten habe. Wir wollen nichts von Rußland, weder Gebietsabtretungen noch Kriegsentschädigungen. Wir wollen nur ein freundnachbarliches, auf sicheren Grundlagen beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und auf gegenseitigem Vertrauen ruht.

Es wird immer klarer in die Erscheinung treten, daß Oesterreich auf keinen Fall eine Politik irgendwelcher Machterweiterung mitmachen wird. Versuchen Sie es also gar nicht, eine Politik zu treiben, die die große Masse des deutschen Volkes mit Entschiedenheit ablehnt. Schließen Sie mit Rußland den Frieden, den Sie in 24 Stunden haben können: den Frieden ohne offene oder versteckte Annexionen, den ehrlichen Dauerfrieden ohne Machterweiterungs-Hintergedanken. Und wenn Sie den haben, dann gehen Sie mit der Offensive des Weltfriedensgedanken gegen den Westen vor.

Niemand sollte sich taub und blind stellen gegen das, was in den Reden von Wilson und Lloyd George für die wachsende Friedensneigung im Westen spricht. Der Reichskanzler hat durch seine Rede gezeigt, daß er sich der Bedeutung besonders der Wilsonrede vollkommen bewußt ist. Leider hat er dann gesagt, so spreche niemand, der den Frieden ehrlich wolle. Das hat mich in höchstem Maße überrascht, nach allem, was der Reichskanzler erklärt hatte, daß man über die vier ersten Programmpunkte Wilsons zu einer Verständigung gelangen könnte, daß er dann zu einem anderen Schluß kommen würde. Diese vier Punkte sind von so ungeheurer Wichtigkeit, daß nach einer Einigung auf sie die Schwierigkeiten, die sich aus territorialen Fragen ergeben, viel leichter überwindbar erscheinen.

Im engsten Zusammenhang mit Punkt 4 steht auch der Punkt 14 über den Verband der Völker. Hierüber hat sich der Reichskanzler dann weniger befriedigend ausgesprochen. Warum erklärte er sein Einverständnis unter der Voraussetzung, nachdem erst die anderen schwebenden Fragen geregelt sein werden. In den feindlichen Lagern stehen die Dinge so, daß die gemäßigte Richtung Frankreichs den Kampf auf Leben und Tod mit Clemenceau führt, während die in Wilsons und Lloyd Georges Politik bereits zum Durchbruch gekommen ist. Ich will auf die Anregung Lloyd Georges nicht eingehen, dem Beispiel des Kanzlers vielmehr folgen und mich nur an die Vorschläge Mr. Wilsons halten. Die sehe ich doch vielfach ganz anders an als der Reichskanzler.

Ueber elf Punkte wäre meines Erachtens eine glatte Verständigung schnellstens möglich. Von Elsaß-Lothringen heißt es bei Wilson, das Unrecht „sollte“ wieder gutgemacht werden. Hier muß Herrn Wilson klar gemacht werden, daß es da nichts gutzumachen gibt; Elsaß-Lothringen ist deutsches Land und bleibt es. Das, was deutsch ist, in deutschem Besitz bleibt, ist eine Selbstverständlichkeit. Wegen der die Türkei betreffenden Fragen muß eine Verständigung möglich sein, ohne daß Deutschland der Treulosigkeit gegenüber der Türkei geziehen werden könnte. Ich halte es für unmöglich, von den Wilsonschen Vorschlägen zu sagen, daß sie, weil sie einige unannehmbare Punkte enthalten, überhaupt nicht am Verhandlungstische erörtert werden könnten. Ein klares Wort muß gesagt werden über Belgien. Denn Elsaß-Lothringens wegen werden weder Amerika noch England den Krieg jahrelang ohne jede Aussicht auf Erfolg fortsetzen wollen.

Wenn ein klares Wort über Belgien gesprochen wird, dann ist die Kriegstreiberei in England zu Ende. Hören Sie, was Philipp Snowden, ein sehr angesehener und einflußreicher englischer Sozialist, an Albert Thomas, den französischen Sozialisten und Exmunitionsminister auf dessen elsaß-lothringische Forderung geantwortet hat:

Thomas achte nicht auf die geschichtliche Seite des Problems vor 1871 und lasse gänzlich aus dem Auge, daß die Bewohner der beiden Provinzen der Rasse und Sprache nach weit überwiegend deutsch seien und immer deutsch gewesen sind, und daß 1871 selbst nach der zweihundertjährigen französischen Okkupation über 80 Prozent deutsch als Muttersprache sprachen. Die britischen Sozialisten erkennen die internationale Bedeutung der elsaß-lothringischen Frage an und wünschten deren endgültige befriedigende Lösung, wobei es ihnen gleich sei, ob die Provinzen bei Deutschland bleiben oder wieder französische würden. Snowden betont, daß Thomas keineswegs die gesamte französische Sozialistenpartei und schwerlich deren Mehrheit vertrete. Er, Snowden, könne dagegen versichern, daß die ganze britische sozialistische Bewegung und die große Mehrheit des übrigen Englands nicht willens sei, daß der Krieg um einen einzigen Tag verlängert werde, um Frankreich instand zu setzen, Elsaß-Lothringen wieder zu gewinnen. Die britischen Soldaten fragen, was Elsaß-Lothringen mit dem Kriege und der Befreiung Belgiens zu tun habe.

Snowden schließt: Nicht um Elsaß-Lothringen willen haben fünf Millionen unserer Landsleute freiwillig die Waffen ergriffen, nicht darum hat das Land die Militärdienstpflicht über sich ergehen lassen.

Dem brauche ich wohl nichts hinzuzufügen. Wir Sozialisten haben keine Ursache, fremde Regierungen etwas besser und höher einzuschätzen als die eigene. Wenn wir diese wegen mancherlei Unklarheiten oft genug angeklagt haben, so stellen wir fest, daß auch die Reden und Schriften Lloyd Georges und Wilsons vielfach an Klarheit und Eindeutigkeit zu wünschen übrig lassen. Aber das kann nicht bestritten werden, daß in den beiden letzten Kundgebungen dieser Herren die Bereitwilligkeit zum Frieden erkennbar ist. Und einen Verständigungsfrieden wollen wir doch. Der Reichstag hat ihn am 19. Juli einwandfrei verlangt. Die Regierung hat sich auf den Boden dieser Forderungen gestellt. Daraus ergeben sich die notwendigen Folgerungen von selbst.

Wenn Vergewaltigungen in dem zu schließenden Frieden ausgeschlossen sein sollen, ist der Standpunkt unhaltbar, daß beispielsweise **der kurländische Landesrat** dem Volkswillen Ausdruck gegeben hat, wenn er sich für den Anschluß an Deutschland ausspricht. Dieser Landesrat in Kurland setzt sich folgendermaßen zusammen: Ein Drittel aus der Ritterschaft, die ist deutsch, ein Drittel aus Stadtvertretern, die sind deutsch, ein Drittel aus der Bauernschaft und der Geistlichkeit, letztere ist auf Grund von Patronatsrechten deutsch. Mindestens 90 Prozent der Mitgliedschaft des kurländischen Landesrats sind deutsch, aber in der gesamten Bevölkerung Kurlands sind nur fünf Prozent Deutsche, dagegen mehr als 90 Prozent Letten. Und diese Herren sollen dem Volkswillen Ausdruck gegeben haben? Der Herr Reichskanzler erklärt, das Selbstbestimmungsrecht der Völker sollte loyal durchgeführt werden. Gut. Sorgen Sie dafür, daß es geschieht. Der Volkswille muß klar und unzweideutig zum Ausdruck kommen können. Mit Philipp Snowden sehen meine Freunde und ich die Zeit der Verhandlungen gekommen.

Wenn früher deutsche Friedensangebote von den Gegnern abgelehnt worden sind, ist bei uns hart darüber geurteilt worden. Wir sollten jetzt nicht in den selben Fehler verfallen. Hören Sie die Stimme der englischen „Nation“, eines wahrhafteren Friedensblattes:

„Deutschland müsse von unverzeihlicher Dummheit und zynischem Trotz erfüllt sein, wenn es in Wilsons Friedensbotschaft eine geeignete Verhandlungsgrundlage nicht erkenne.“

Die Zahl derer wird wachsen, die Deutschland die Schuld an der Fortdauer des Krieges zuschreiben, wenn es nicht bald zum Frieden kommt. Niemand wird uns im Ernst zumuten, die Bedingungen Wilsons unbesehen anzunehmen. Daß dies geschieht, will auch in Deutschland niemand, kein Mensch will es. Aber Verhandlungen werden ja doch geführt, um eine Verständigung zu erzielen. Diese Punkte akzeptiert man, jene lehnt man ab, über das Ganze einigt man sich. Wäre dem nicht so, so müßte ja jeder Streik bis zum Weißbluten geführt werden. Wenn wir uns mit den Gegnern an einen Tisch setzen und sie stellen uns Forderungen, zu denen wir sagen Nein, was werden dann die Gegner tun? Sie werden sich überlegen, ob sie uns zwingen können, diese Forderungen zu erfüllen. Und wenn sie einsehen, daß sie das nicht können, dann werden sie darauf verzichten. Man muß auf beiden Seiten auf Illusionen verzichten, deren weitere Verfolgung noch Ströme von Blut kosten wird. Man wird Frieden schließen müssen auf dem Boden richtig gesehener Tatsachen. Und die sind so, daß weder wir noch die anderen irgendwelche Vergewaltigungsabsichten durchsetzen können. Wir erleben jetzt auch noch, um das nicht zu vergessen, das seltsame flämische Zwischenspiel, also ein Gegenstück im Westen zu Kurland. Lassen Sie die Finger davon. Die volle ehrliche Wiederherstellung Belgiens, auch seiner staatlichen Selbständigkeit ist unsere Ehrenpflicht. Wir stehen zu dem, was der Reichskanzler Bethmann Hollweg darüber am 4. August 1914 gesagt hat. Ich hätte dringend gewünscht, daß der Reichskanzler in bezug auf Belgien ganz klar und offen gesagt hätte: wir sind bereit, es herauszugeben, natürlich unter der Voraussetzung, daß die Gegner ihrerseits ihre Pläne auf die Antastung der deutschen Integrität aufgeben. Genau mit demselben Recht, mit dem der Reichskanzler die belgische Angelegenheit nicht vorwegnehmen lassen will, können die Gegner sagen, daß sie die Frage der deutschen Integrität (hier kommt auch die Kolonialfrage in Betracht) „nicht vorweg nehmen“ lassen, solange sich nicht Deutschland zur Herausgabe Belgiens bereit erklärt hat. Auf diese Weise kommen wir keinen Schritt vom Fleck. **Ich muß leider von der Rede des Reichskanzlers sagen, daß aus ihr mehr ein gelehrter Staatsjurist und zünftiger Diplomat spricht, denn ein großer Staatsmann, der sich die Aufgabe gestellt hat, der blutenden Welt den heißersehten Frieden zu bringen.**

Gehen wir einem Versuch nicht aus dem Wege, der der Welt ohne neue Opfer vielleicht das Ende aller Greuel bringen könnte? Wir müssen alles tun, um die für die Frühjahrskämpfe Gezeichneten zu retten. Wir müssen alles tun, was mit der Ehre und der Zukunft des Reiches vereinbar ist, um der Menschheit neue Massenopfer zu ersparen.

Vergessen Sie auch dies nicht: die Stimmung der Massen ist sehr ernst. Die Ernährungsschwierigkeiten sind bei uns gewiß nicht geringer als in England und Frankreich. Das Treiben der Reaktion im preußischen Abgeordnetenhaus steigert den Konfliktstoff in bedenklicher Weise. Darüber muß vollständige Klarheit geschaffen werden. Lassen Sie die Verhandlungen im Osten scheitern und werden die Erwartungen im Westen getäuscht, was dann? Ich will diese Gedanken nicht weiter ausspinnen, aber dies sagen: Wir Sozialdemokraten wollen alles tun für unser Volk und unser Land. Aber wir werden nie daran denken, unsere Haut für eine Regierung zu Markte zu tragen, von der wir vielleicht die Ueberzeugung gewinnen müßten, daß sie ihre Pflicht dem Volke gegenüber nicht erfüllt. (Lebh. Beifall b.d.Soz.)

Vorwärts: Abg. Fischbeck (Fortschr.): Wollte die Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht anerkennen und auf Annexionen nicht verzichten, dann hätte die Regierung nicht erst nach Brest-Litowsk gehen brauchen. Redner kritisiert scharf das Treiben der Annexionisten, die in leicht erkennbarer Absicht die Gefährdung des Thrones an die Wand malen. Wenn die „Vossische Zeitung“ den gleichen Standpunkt einnehme, so könne er sagen, daß seine Partei mit diesem Blatt nichts zu tun habe.

Die polnische Frage mag man anfassen wie man will, eine ideale Lösung wird nie herauskommen. Eine unzweideutige Kundgebung der Völker in Kurland und Livland liegt noch nicht vor, der Volksille muß dort erst verkündet werden. Die sofortige Zurücknahme der Truppen ist nicht möglich. In Rußland ist heute die Stelle der einen, eine andere Gewaltregierung getreten, deshalb müssen wir gewappnet bleiben. Deutschland muß aber immer wieder ehrlich betonen, keine Annexionen zu wollen. Die Militärs haben sich der Politik der Regierung zu fügen. Unerhört sei das Treiben einer gewissen Presse, die das Gerücht vom Rücktritt Ludendorffs in die Welt setzte, um Stimmung für ihre Pläne zu machen. Kein Zweifel, es standen militärische Kreise hinter diesem Gerücht. Wir hoffen, daß wahr bleibt, daß auch im Osten ein Friede im Sinne der Mehrheitsresolution des Reichstags erstrebt wird. **Auffällig ist, daß General Hoffmann überhaupt in die Lage kam, in Brest die bekannte Rede zu halten. [siehe VOS].** Aus den letzten Kundgebungen Wilsons und Lloyd Georges drang doch ein Ton heraus, der beachtlich ist. Das hat es dem Reichskanzler ermöglicht, ruhig und klar zu antworten. Ueber einen Teil der Vorschläge Wilsons bestehe Uebereinstimmung. Man müsse aber neuerdings sagen: die elsass-lothringische Frage ist für uns keine Frage. Kein Fuß breit deutschen Landes darf abgetreten werden, insbesondere auch nicht die deutschen Gebiete, die von Polen bewohnt sind. Diese Frage könne nicht unter das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker gebracht werden. Sonst müßten die Völker sich loslösen können, die sich England im Laufe der Jahrhunderte angegliedert hat. Wenn Wilson anerkennt, daß auf keiner Seite Eroberungen stattfinden sollen, dann ist der Tag gekommen, daß man mit Amerika verhandeln kann. Die ganze Welt sehnt sich nach dem Frieden, des Elens soll genug sein, das über die Welt hereingebrochen ist. Soll auf die Zerstückelung Deutschlands verzichtet werden, dann ist der Grund für Friedensverhandlungen gegeben.

Vossische Zeitung: Abg. Fischbeck (Fortschr. Vpt.): Der Reichskanzler hat auf die Treibereien der Presse hingewiesen. Die Mehrheit des Reichstages will damit nichts gemein haben. Die Angriffe gegen den Staatssekretär von Kühlmann wegen seines Verhaltens in Brest-Litowsk waren ungerechtfertigt. Die Grundlinien: allgemeiner Friede und Selbstbestimmungsrecht der Völker, waren von der Rechten bis zur Linken gebilligt worden. Wir müssen anerkennen, daß ein Teil der Schwierigkeiten diesen ungerechtfertigten Angriffen entstammt. Und welche Unruhe ist im Lande geschaffen worden! Andere Angriffe kamen von Seiten, die meinen, Deutschland fordere im Osten viel zu viel. Die Haltung der „Vossischen Zeitung“ hat mit unseren Auffassungen nichts zu tun.

Nachdem die polnische Frage soweit gediehen ist, können wir den betretenen Boden nicht wieder verlassen. Wir wollen mit Rußland in Freundschaft leben, dürfen aber kein Hindernis bilden, wenn Teile Rußlands selbständig werden wollen, denn wir haben das größte Interesse, daß zufriedene Nachbarn an unseren Grenzen sitzen.

Das Traurigste ist die Art, wie unsere Oberste Heeresleitung in die Preßtreibereien hineingezogen wurde. Nach Verständigung mit der militärischen Leitung hat die politische allein das Wort, und alles muß sich ihrer Entscheidung fügen. Es hieß: Ludendorff habe sein Entlassungsgesuch wegen Brest-Litowsk eingereicht. Ich halte es für eine Beleidigung des Generalquartiermeisters, zu glauben, daß er derartig vorgehen könne. Wie hat sich das Kriegspresseamt in diesen Dingen verhalten? Das ist ein trauriges Kapitel. Inzwischen ist eine gewisse Beruhigung eingetreten, aber man sollte unseren Unterhändlern ihre Aufgabe nicht allzu schwer machen. Wir hoffen, daß die Mißverständnisse, die zwischen uns und Oesterreich aufgetreten sind, bald aus dem Wege geräumt werden. **Hinsichtlich des Generals Hoffmann ist zu sagen, daß man ihm nicht verwehren kann, als Vertreter der Obersten Heeresleitung in die Verhandlungen einzugreifen. [vergleiche „Vorwärts“].**

Der Ton Wilsons und Lloyd Georges ist ein anderer. Wir glauben allerdings, daß die Botschaft des Erstgenannten als eine ernstgemeinte Kundgebung zu betrachten ist. Ein nicht unwesentlicher Teil seiner Forderungen entspricht den Forderungen der Reichstagsmehrheit, über die man also verhandeln kann. Hinsichtlich Belgiens ist festzustellen, daß gewaltsame Annexionen nicht beabsichtigt sind. Ueber Elsaß-Lothringen und seine Rückgabe verhandeln wir nicht, keinen Fußbreit deutschen Landes geben wir freiwillig her. Ebenso wenig denken wir daran, deutsches Gebiet an Polen zu überlassen. Hinsichtlich der anderen Territorialfragen stimmen wir dem Reichskanzler zu. Das Selbstbestimmungsrecht bezieht sich auf die Ländergebiete, um derentwillen der Krieg entbrannt ist. Hinsichtlich unserer Stellung zu Oesterreich-Ungarn stimme ich dem zu, was der Reichskanzler gesagt hat. Wenn Lloyd George oder Wilson von der Selbstbestimmung der Völker sprechen, so muß auch von den Völkern gesprochen werden, die England unterworfen hat, von Irland, Aegypten usw. Wenn Wilson die Unversehrtheit unseres Gebietes offen und ehrlich anerkennt, so können wir zu Verhandlungen kommen. Anders nicht. Wir stehen Schulter an Schulter mit unseren Verbündeten, Wahnsinn wäre es, die Freundschaft mit ihnen anzutasten.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung: Abg. Fischbeck (fortschr. Volksp.): Das deutsche Volk will mit den Treibereinen der Alldutschen gegen unsere Unterhändler in Brest nichts gemein haben. Anlaß geben die Ausführungen über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die von ihnen als Schwäche gedeutet werden. Aber das ist doch das längst bekannte Regierungsprogramm. Ohne die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker wäre eine Verhandlung mit Rußland nicht möglich gewesen. Aber von den Rechten bis zur äußersten Linken war man der Meinung, daß man die von Rußland ausgestreckte Friedenshand ergreifen solle. Die Angriffe der genannten Presse waren nicht nur unberechtigt, sondern sogar schädlich. andere haben allerdings verlangt, man solle von den Russen überhaupt nichts fordern, dagegen sich im Westen und an den Engländern schadlos halten. Zur Selbständigkeit Polens ... [zusammenhangloser Satz]

Man kann die Polen nicht wieder an Rußland ausliefern. Die Ostvölker haben den Willen zur Selbständigkeit. Ihn zu unterstützen, insbesondere durch Ausbau der Volksvertretung, erscheint angezeigt. Die Zurückziehung der Truppen ist nicht ohne weiteres möglich; darin stimme ich mit dem Abgeordneten Trimmborn überein. Die Verhältnisse sind noch zu unsicher. Der Reichstag wird die Regierungspolitik, betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker ohne Zwangsannexionen unterstützen.

Die Annexionisten haben mit ihrem Treiben die Oberste Heeresleitung in den politischen Streit hineingezogen. Ich kann es nicht glauben, daß, nachdem die deutsche Politik programmatisch festgelegt ist, ein Offizier sich dem widersetzt und seinen Abschied einreicht, wie ausgesprengt worden ist. Hinter dieser Aktion haben aber militärische Kriege gestanden, nicht General Ludendorff.

In Oesterreich muß man wissen, daß wir den Verständigungsfrieden und nicht einen Gewaltfrieden wollen. Den staatsrechtlichen Verhältnissen entspricht es nicht, wenn ein General neben den berufenen Vertretern des Reiches in die Verhandlungen eingreift.

Die Wilsonsche Note ist ein ernstes Schriftstück, und ich begrüße es, daß der Reichskanzler es sachlich behandelt hat. Ein wesentlicher Teil der Wilsonschen Forderungen stimmt mit dem überein, was der Reichstag verlangt hat.

Von größter Wichtigkeit ist eine Verständigung über die belgische Frage. Eine elsaß-lothringische Frage gibt es für uns nicht. Das deutsche Gebiete an Polen kommen sollen, davon kann ebensowenig die Rede sein. Hinsichtlich unserer Stellung zu Oesterreich stimme ich dem zu, was der Reichskanzler gesagt hat. Wenn Lloyd George oder Wilson von der Selbstbestimmung der Völker sprechen, so muß auch von den Völkern gesprochen werden, die England unterworfen hat, von Irland, Aegypten usw. Die Unversehrtheit unseres Gebietes muß unter allen Umständen garantiert werden. Sobald Wilson das erklärt, wird eine Verhandlungsgrundlage gefunden werden, sonst nicht. Wir stehen Schulter an Schulter mit unseren Verbündeten. Wahnsinn wäre es, die Freundschaft mit ihnen anzutasten.

Vorwärts: Abg. Dr. Stresemann (natl.) wendet sich gegen Scheidemann, der ein verzerrtes Bild vom U-Boot-Krieg entworfen. Seine Rede mag von ehrlichem Friedenswillen getragen worden sein, dem Frieden aber habe sie nicht gedient. **Der U-Boot-Krieg habe gewirkt und es sei falsch, zu sagen, er habe uns nur die Feindschaft Amerikas eingetragen.** Die Revolution in Rußland ist eine Folge der deutschen Siege. Daß sich Graf Czernin mit dem Programm Wilsons einverstanden erklärt habe, sei in dieser Form nicht zutreffend. Dringend zu wünschen wäre, daß von deutscher maßgebender Seite öfter das Wort ergriffen würde, um den feindlichen Staatsmännern zu antworten. Diese antworten sofort, die deutschen Staatsmänner hüllten sich wochenlang in Schweigen. Damit verderbe man die Stimmung im Volke. Aus der Rede Lloyd Georges klinge direkt das Gegenteil einer Friedensbereitschaft heraus. Scheidemann habe einen falschen Weg eingeschlagen, als er

versuchte, die Botschaft Wilsons in Ziffern aufzulösen. Die feindlichen Staatsmänner sind Meister in der Kunst, ihre Forderungen in identische Phrasen einzuhüllen, denen ein gewisser Eindruck nie versagt bleibt. Selbst im Wege der Verständigung dürfe kein Fußbreit Bodens abgetreten werden. Es unterliege keinem Zweifel, daß Wilson der Aufteilung der Türkei das Wort geredet habe. Darauf könne sich Deutschland unter keinen Umständen einlassen. Das Verlangen, Polen einen Ausweg nach dem Meer zu schaffen, könnte nur auf Kosten Deutschlands geschehen. Darauf könne kein deutscher Staatsmann eingehen. Wir denken nicht an die Annexion Belgiens, aber die Selbständigkeit Flanderns sei ein Ziel, von dem man nicht ablassen könne. Der Rat von Flandern hat sich längst dafür ausgesprochen, den Flamen dürfe der Weg zur Selbständigkeit nicht verlegt werden. solche Bewegungen müssen stets von einer intellektuellen Oberschicht getragen werden.

In Brest-Litowsk sei nicht alles nach Wunsch gegangen. Die heutigen Weltprobleme haben die Grenzen der Parteien gesprengt. Zu den Annexionisten gehören nicht nur Fortschrittler, sondern auch Sozialisten. Das alte Rußland besteht nicht mehr, es löst sich in einzelne Staaten auf, es ist also falsch zu sagen, daß man mit Rußland im allgemeinen auf guten Fuß kommen müsse. Das polnische Problem hätte man bei den allgemeinen Friedensverhandlungen lösen müssen. Heute stehen wir vor einer Tatsache, in ein engeres Verhältnis mit dem Baltikum zu gelangen. **Das selbständige Polen werde seinen Feind in Deutschland erblicken, das ihm den Ausgang zum Meer verwehrt. Von einem guten Verhältnis könne unter diesen Umständen gar keine Rede sein.** Schon deshalb müssen wir mit Kurland und Livland in eine enge Verhältnis kommen. In beiden Ländern habe man diesen Wunsch geäußert, man dürfe aber die Entscheidung darüber nicht in die Hände der Analphabeten legen. Deshalb muß der Ausdruck des Willens der Landesräte in Kurland und Livland als die präsumtive Willensmeinung dieser Völker gelten. Man kann nur völlig mit dem Verhalten unserer Unterhändler in Brest-Litowsk einverstanden sein. Die Angriffe auf die Unterhändler müssen auf das schärfste verurteilt werden. **In Brest mußte man zu der Auffassung kommen, daß der Frieden verschleppt werden sollte, deshalb war das Auftreten des Generals Hoffmann begreiflich und berechtigt. Die Mitwirkung der militärischen Leitung auch bei der Erörterung politischer Fragen, könne nicht entbehrt werden.** Kein Zweifel, daß wir mit unseren Bundesgenossen einig bleiben wollen, das werde aber erschwert durch Angriffe, wie sie das Wiener „Fremdenblatt“ gegen Bülow richtete oder wenn Angriffe auf die Oberste Heeresleitung unwidersprochen bleiben. Wir alle ersehnen den Frieden, wenn aber noch Opfer gebracht werden müssen, dann trifft die Schuld nicht Deutschland.

Die Weiterverhandlung findet Freitag früh 10 Uhr statt.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung/ Vossische Zeitung:

Abg. Dr. Stresemann (nl.): Eine Auseinandersetzung zwischen den Anhängern des Verständigungsfriedens und des Machtfriedens ist im Gange; hierin kann man Scheidemann zustimmen; nicht aber seinen Ausführungen über die Lage Englands. Die englische Regierung hütet sich, irgend welche genauen Angaben über den volkswirtschaftlichen Zustand ihres Landes bekannt zu geben. Englische Zeitungen aber sagen, wie sehr die Lebensmittel geschwunden sind, wie schwer die Versorgung des Volkes geworden ist. In Manchester war erst kürzlich ein Streik von 100 000 Arbeitern, die sagten, „wir können nicht 14 Stunden arbeiten, ohne genügend Nahrungsmittel“. Viele Familien haben kein ordentliches Mittagessen. **Das ist die Wirkung des U-Boot-Krieges, den der Abg. Scheidemann nicht hoch eingeschätzt hat.** Auch die australische Regierung hat anerkannt, daß es nicht gut bestellt ist in England. Das Wilsonsche Programm, so ist vorher gesagt worden, wird von Graf Czernin als Unterlage anerkannt. Er hat aber einen Satz hinzugefügt, „sofern es die Interessen der Verbündeten gestatten“.

Es ist bedauerlich, daß bei uns die leitenden Staatsmänner sich so selten öffentlich zu den Reden feindlicher Staatsmänner äußern. Unser Volk ist fortgesetzt den Einflüssen der Reden dieser Staatsmänner ausgesetzt. Dem muß entgegengetreten werden. **[VOS: Die Abwehr darf nicht allein den Zeitungen überlassen werden]** In der Rede Lloyd Georges ist eine Friedensneigung nicht zu sehen. Er erklärte, bis zum Tode an Frankreichs Seite für die Gewinnung Elsaß-Lothringens zu kämpfen.

In den 14 Punkten des Wilsonschen Friedensprogramms ist viel Sentimentalität. Ich freue mich, daß der Reichskanzler auf die Geschichte Elsaß-Lothringens eingegangen ist. Sie zeigt, daß es falsch ist, von einer Wiedergutmachung eines Unrechts zu sprechen. Die elsäß-lothringische Frage ist für uns undiskutierbar, und kann auch nicht auf internationalen Kongressen behandelt werden.

Was in dem Wilsonschen Programm gesagt wird, bedeutet die Aufteilung der Türkei. Einer solchen Belastungsprobe dürfen wir unsere Verbündeten nicht aussetzen. Die Integrität der Türkei ist zu wahren. Der Reichskanzler hat gesagt, wir erstreben keine Annexion Belgiens. Das deckt sich mit dem, was meine Freunde wünschen, wie schon Abg. Bassermann seinerzeit ausgeführt hat. Die Flämische Bewegung geht aber auf Selbständigkeit. Diese Bewegung zu stützen, soll sich die Regierung angelegen sein lassen.

Das Verhalten eines Teils der Presse gegenüber den Verhandlungen in Brest, die Kritik unserer Unterhändler war unberechtigt und unseren Interessen schädlich. Darin stimme ich mit dem Abg. Trimborn überein. Aber es war nicht nur die sogenannte annexionistische Presse, die hier gefehlt hat. Auch die sozialdemokratischen und andere Blätter haben da gefehlt.

Gegen die Politik des 5. Dezembers 1916, bezüglich Polens, haben wir schon früher die ernstesten Bedenken erhoben und jede Verantwortung dafür abgelehnt. Die Frage, ob man mit Rußland auf den völligen status quo hätte kommen können, stünde in einem anderen Lichte, wenn diese Aktion unterbleiben wäre. Die vorgesehene Lösung birgt die Gefahr einer polnischen Irredenta. Heute wird sie schon, sogar von deutschen Abgeordneten polnischer Abstammung betrieben.

Was die Frage des Selbstbestimmungsrechts mittels eines gleichen Wahlrechts anlangt, so ist zu bedenken, daß die politische Schulung in Litauen nicht vorhanden ist, daß es dort 70 bis 80% Analphabeten gibt. Die verfassungsmäßige Vertretung, die beim Eintritt der Friedensverhandlungen in den östlichen Grenzländern bestand, muß genügen für den Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts. Auch sozialdemokratische Stimmen für diese Anschauung liegen vor. Das Verhalten der russischen Regierung durch ihre Funksprüche usw. ist doch unerhört. **General Hoffmann hat mit seiner Rede in Brest nicht etwa Friedensobstruktion getrieben, sondern hat sich gegen die überhebende Art der russischen Vertreter gewandt. Daß eine Uebereinstimmung mit der politischen Leitung dabei bestanden hat, ist zugegeben worden. Ich kann nicht zugeben, daß die Militärs in politischen Dingen nichts zu sagen hätten.**

Das Bündnis mit Oesterreich aufrecht zu erhalten, ist selbst verständlich. Es ist aber unangemessen, wenn das offiziöse „Fremdenblatt“ in unsere inneren Verhältnisse sich einzumischen sucht. Ich hätte auch nicht erwartet, daß im österreichischen Parlament uns gegenüber Ausführungen gemacht wurden, die verletzend sind. Deutschland kann seine Leistungen für und mit Oesterreich dem Urteil der Welt sehr wohl unterbreiten. Wir alle wollen den allgemeinen baldigen Frieden. Wir und unsere Regierung sind nicht schuld, daß er nicht schon längst da ist.

[VOS: Wir teilen die Hoffnung des Kanzlers auf die Erreichung eines allgemeinen Friedens. Wenn wir aber zu diesem allgemeinen Frieden nicht durch Verhandlungen, sondern durch das Schwert gelangen, so trägt daran nicht Deutschland die Schuld, sondern die Entente, die wiederholt selbst einen Frieden auf der Grundlage ohne Annexionen, ohne Entschädigung abgelehnt hat. Müssen wir den Weg der ungeheuren Blutopfer der kommenden Offensive gehen und können wir nur durch einen opferreichen Sieg den Frieden mit dem Westen erreichen, dann muß dieser Friede aber auch die Sicherungen für die deutsche Zukunft gewährleisten, die den Leistungen des deutschen Volkes in diesem Weltkriege entsprechen.]

Weiterberatung: Freitag Vormittag. Als erster Redner wird Staatssekretär v. Kühlmann sprechen, ihm wird Graf Westarp folgen.

Die Besprechung der politischen Fragen soll nach Mitteilung des Vorsitzenden in dieser Woche beendet werden; alsdann soll eine Verhandlungspause eintreten, vorbehaltlich der Zustimmung des Aeltestenausschusses.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung - Nr.46 – 1918 – Freitag, 25. Januar - Abend- S.1

Staatssekretär von Kühlmann über Brest-Litowsk.

Der Hauptausschuß des Reichstags setzte heute die Aussprache über die politischen Fragen fort. Zu Beginn der Verhandlungen ergriff Staatssekretär Dr. v. Kühlmann das Wort zu folgenden Ausführungen:

Meine Herren! Zu meinem lebhaften Bedauern ist es mir beim letzten Zusammentritt dieses Ausschusses nicht möglich gewesen, Ihnen über die erste Hälfte der in Brest-Litowsk geführten Friedensverhandlungen, wie ich es gewünscht hätte, persönlich Bericht zu erstatten, und ich freue mich, jetzt nach der zweiten Vertagung Gelegenheit zu haben, Ihnen von diesen Verhandlungen und den mit ihnen zusammenhängenden großen Fragen in kurzen Umrissen ein Bild zu geben.

Es ist in der gestrigen Debatte von einzelnen Herren Vorredner das eine oder andere schon in so klarer treffender Weise betont und unterstrichen worden, daß ich in manchen Punkten mich vielleicht nur auf eine Wiederholung werde beschränken können. Bevor ich in die Einzelheiten der Verhandlungen eingehe, möchte ich in ganz wenigen Strichen Ihnen die Geschichte der in Brest-Litowsk vertretenen Politik und die Grundzüge der Politik selbst auseinandersetzen.

In der sehr erregten und verwirrenden Zeitungs polemik, auf welche verschiedene der Herren Vorredner in der Debatte gestern hingewiesen haben, wurde fast regelmäßig von der Fiktion ausgegangen, als seien die Unterhändler nach Brest-Litowsk losgefahren und hätten dort an Ort und Stelle nach den Bedürfnissen der Lage und nach der „englischen Mördergrube“, die sie im tiefsten Herzen haben, eine Politik zurechtgebraut. Diese sehr geistreichen Ausführungen entbehren aber deshalb jeder Grundlage, weil, wie gestern hier schon dargelegt worden ist, der Ursprung der von uns vertretenen Politik weit zurückliegt. Sie hängt organisch zusammen mit der Schaffung eines selbständigen Polens, auf das hier gestern schon eingegangen worden ist. Ich kann nicht mit voller Sicherheit dokumentarisch sagen, zu welcher Zeit die Politik, die für uns ein Spezialinteresse an den westlichen Randstaaten des ehemaligen russischen Kaiserreiches, Kurland, Litauen und Polen, festsetzte, bei uns endgültig niedergelegt worden ist. Es haben mir jedenfalls Akte aus dem Frühjahr 1917 vorgelegen, wo noch unter der Kanzlerschaft des Herrn von Bethmann Hollweg die Politik in dem Umfange, wie sie jetzt vertreten worden ist, maßgebend niedergelegt worden ist. Auch der notwendige innere Zusammenhang zwischen unserer Politik in Kurland und Litauen und der polnischen Politik, welche ein Faktum darstellt, an dem man nicht mehr vorüber gehen kann, ist gestern schon erschöpfend dargelegt worden.

Als ich im Juli dieses Jahres das Amt übernahm, das ich jetzt zu bekleiden die Ehre habe, war bei den einleitenden Beratungen unter der Kanzlerschaft Michaelis gleichfalls die Politik nach Osten – die Politik, welche die drei mehrfach genannten Randstaaten betraf – als zwischen allen maßgebenden Faktoren schon feststehend angenommen worden. In seiner großen programmatischen Reichstagsrede im Plenum hat Herr Reichskanzler Graf Hertling seinerseits erklärt, einmal seine grundsätzliche Bereitwilligkeit, auf der Grundlage, welche der russische Funkspruch „An alle“ gegeben hat, in Verhandlungen mit Rußland einzutreten, und zweitens erklärt, daß er die Politik des Selbstbestimmungsrechts der Völker in bezug auf die genannten drei Randstaaten zu vertreten gedenke. Es ergibt sich also, wie so häufig im Staatsleben, daß man die persönliche Initiative und den freien Spielraum des ausführenden Staatsmannes und Unterhändlers bei weitem überschätzt, die Kontinuität der Politik bis zu einem gewissen Grade, ihre Zwangsläufigkeit und Bedingtheit durch das, was vorher geschaffen und getan worden ist, unterschätzt.

Die Tätigkeit in Brest-Litowsk selbst mußte in zwei klar getrennte Abschnitte zerfallen. Rußland hatte uns in seinem „An alle“ gerichteten Funkspruch nur einen allgemeinen Frieden vorgeschlagen. Die Verhandlungen mit Rußland mußten daher zunächst über das Thema des allgemeinen Friedens gehen. Rußland hatte, wenn auch unter einer früheren Regierung, so doch in verbindlicher Weise, das Londoner Traktat unterschrieben, wodurch es sich feierlich verbunden hatte, keinen Sonderfrieden zu schließen, und Rußland stand auch beim Beginn unserer Brester Verhandlungen auf dem Standpunkt, es könne zu einem Sonderfrieden mit uns nur dann schreiten, wenn die Verbündeten der Entente durch zweifelsohne friedensfeindliches Verhalten ihm die Möglichkeit an die Hand gegeben hätten, ihnen gegenüber sich mit Fug und Recht von der Bindung des Londoner Traktates loszusagen.

Den Verhandlungen über den allgemeinen Frieden entsprach die Note vom 25. Dezember, in welcher die Verbündeten nach eingehender Beratung und Erwägung nun ihrerseits Stellung nahmen zu den formulierten russischen Vorschlägen für den allgemeinen Frieden. Es ist im Laufe einer sehr heftigen öffentlichen Polemik bei uns mehrfach gefragt worden: Warum hat man denn dem geschlagenen Rußland erlaubt, seinerseits Vorschläge zu machen? Der Sieger hätte die Bedingungen diktieren sollen!

Das beruht auf einer vollkommen falschen Auffassung der historischen Sachlage. Rußland hatte in einem geheim gehaltenen Funkspruch „An alle“ gewisse Grundlinien für einen allgemeinen Frieden niedergelegt. Es war seinerseits nun verpflichtet, nachdem wir diese Grundlinien für diskutabel erklärt hatten, sie soweit auszuführen, daß uns eine detaillierte Antwort auf dieselben möglich war. Die Antwort ergab sich aus den Verhältnissen und entsprach den Grundsätzen, an welchen die Kaiserliche Regierung, seitdem ich die Ehre habe, das Amt zu führen, stetig festgehalten hat. Rußland erklärte sich mit unserer Antwort einverstanden, das heißt, es erklärte diese Antwort als eine geeignete Grundlage für die Entente, um auf ihr Frieden zu schließen. Schloß die Entente nicht innerhalb der auf zehn Tage bemessenen Frist den Frieden auf dieser Grundlage ab, so war nach russischer Ansicht ihr übler Wille klar erwiesen, und Rußland fühlte sich frei, in eine Separatverhandlung mit uns einzutreten.

Um nicht die ganze während der zehn Tage laufenden Frist ungenutzt verstreichen zu lassen, um schon vorbereitende Arbeit für die Separatfriedensverhandlungen zu tun, wurde am 26. in vorbereitender und unverbindlicher Weise schon in eine Vorbesprechung zu einem eventuellen Separatfrieden eingetreten. Bei den Besprechungen über den Separatfrieden nun kam im Laufe der teilweise inoffiziell geführten Diskussion, die Räumung der Gebiete zur Sprache, und auf speziellen Wunsch der russischen Delegation wurde die Räumungsfrage und die Frage der westlichen Randstaaten in den Vordergrund gestellt. Es wurden von beiden

Seiten die Formulierungen als Grundlagen für die Beratung niedergelegt, welche den Herren aus den Publikationen bekannt sind.

Die vielbesprochene Formulierung vom 27. [Dezember 1917] war in diesem Sinne kein offizielles Aktenstück, sondern eine während der gegenseitigen Debatten entstandene Niederschrift, in welcher der Standpunkt beider Parteien näher umrissen wurde. Es ist vielfach versucht worden, zwischen dem Dokument vom 25. und dem vom 27. einen inneren Unterschied, eine innere Diskrepanz zu konstruieren. Meine Herren, das ist nicht richtig, es sind Legenden entstanden, als hätten zwischen dem 25. und 27. äußere Einflüsse eingewirkt, als hätte der Standpunkt der Delegation sich verschoben. Das, meine Herren, sind alles Legenden; überhaupt wird von denjenigen, welche berichten, daß der schwachgewordenen Delegation von hier aus der Rücken gestärkt worden wäre, und was dergleichen Erzählungen mehr sind, doch die Stetigkeit und die Zielsicherheit unseres politischen Bestrebens ganz erheblich unterschätzt.

In der eben zitierten programmatischen Rede des Grafen Hertling war einmal seine Bereitschaft zur Diskussion des russischen Angebotes ausgesprochen, das andere Mal der Grundsatz der Abwendung des Selbstbestimmungsrechts auf die westlichen Randstaaten. Aus diesem einen Dokument, das einem einheitlichen Geiste entsprungen ist, sind die beiden Schriftstücke vom 25. und 27. mit absoluter Notwendigkeit ihrerseits entsprungen. Es sind, wenn ich mich so ausdrücken darf, zwei Stücke eines Ringes, die vollkommen und lückenlos aufeinanderpassen.

Die zweite Phase der Verhandlungen nach der Pause galt der Diskussion hauptsächlich der in den beiden Formulierungen niedergelegten Standpunkte. Die Atmosphäre der beiden Hälften der bisher geführten Verhandlungen war total verschieden. Während wir im ersten Teil auf russischer Seite den Eindruck hatten, daß eine dem deutschen Wesen freundliche Grundstimmung herrschte, während die sämtlichen Herren der russischen Delegation auch außerhalb der Sitzungen freundschaftlich mit uns verkehrten, an den gemeinsamen Mahlzeiten im Kasino teilnahmen und zweifellos gelegentlich durch diesen zwanglosen Meinungs Austausch auch die geschäftlichen Beziehungen wesentlich förderten, war nach der Ankunft des Herrn Trotzki als Führer der russischen Delegation eine totale Schwenkung in der Haltung der russischen Delegation festzustellen. Es war wie Tag und Nacht. Die russischen Herren hielten sich in ihren Häusern hermetisch abgeschlossen, erschienen niemals in unserem Kreise, es sei denn zu offiziellen Verhandlungen mit Stenographen und allem dazugehörigen Material. Nicht einmal private Aussprachen der einzelnen Herren waren im ganzen mehr zugelassen. Sie wurden immer nur zu Zweien und zu Dritt entsandt.

Auch die ganze Verhandlungsart, über die ja Ihnen durch die außerordentlich ausführlichen Veröffentlichungen, die wir erlassen haben, das Nähere bekannt ist, war eine ganz andere geworden. Unsere Gegner gingen vielmehr darauf aus, taktische Vorteile zu erringen, Punkte zu gewinnen, die sich agitatorisch zur Verbreitung in das Ausland eigneten, als durch praktische Vorschläge und Annäherung an das, was wir unsererseits formuliert hatten, wirkliche Ergebnisse zu erzielen.

Die Verhandlungen ruhen augenblicklich wieder hauptsächlich im Hinblick auf die sehr tumultuarischen Ereignisse in Petersburg, welche die persönlichen Gegenwart des Volkskommissars Trotzki notwendig machten. Die Verhandlungen werden voraussichtlich Anfang kommender Woche wieder aufgenommen werden. Ich möchte jetzt aber den Ausblick, der sich uns bietet, noch nicht vorwegnehmen.

Zunächst möchte ich den Blick auf das ungeheure Gebilde werfen, das wir gewohnheitsmäßig unter dem Namen: Rußland zusammenfassen. Uns allen schwebt das russische Kaiserreich vor, das als mächtig, stark uniformierte Einheit an unserer Ostgrenze lag. Zwischen jenem Rußland und dem heutigen Rußland besteht ein großer Unterschied. **Das zaristische Rußland war schon lange vor diesem Krieg in seinen innersten Grundfesten unterwühlt. Schon nach der Niederlage, die Rußland von Japan erlitt, flammte das revolutionäre Feuer in Rußland kräftig auf. Es gelang aber der zaristischen Herrschaft, es noch einmal zu unterdrücken. Die Machthaber Rußlands wußten genau, wie schwer gefährdet ihre Stellung war, und nach den Darlegungen eines sehr gründlichen Kenners der russischen Verhältnisse, die mir in der letzten Zeit geworden sind, glaube ich, daß, wenn man den letzten Gründen dieses Krieges nachgeht, die Ueberzeugung der russischen Machthaber, sie müßten entweder durch einen großen Auslandskrieg Ableitung nach außen schaffen oder von der Revolution im Innern verschlungen werden, sehr wesentlich dazu beigetragen hat, der russischen Politik jene Richtung zu geben, die zu diesem Weltkriege geführt hat. Unter der Wucht der Schläge, die unsere Armeen Rußland versetzt haben – dies ist ja keine ungewöhnliche Erscheinung, ich erinnere an den Zusammenbruch und die revolutionäre Gärung in Frankreich im Jahre 1871 – ist in Rußland die Einheit des Reiches vollkommen verschwunden. Das heutige Rußland ist zum großen Teil aufgebaut erst in den letzten anderthalb Jahrhunderten, und wenn auch unter dem zaristischen Regime eine gewisse äußere Gleichförmigkeit erzielt worden ist, so waren die verschiedenen, in das Riesenreich aufgenommenen**

Völkerschaften keineswegs ineinander verschmolzen und ineinander übergegangen. Sobald in der Zentrale der feste Halt nachließ, kam zunächst als stärkster, dissolventer Faktor das Nationalitätenelement in den Vordergrund. Rußland beginnt sich in eine Reihe nationaler Republiken aufzulösen. Ich erinnere an Finnland, das immer im hohen Grade seine selbständige Kultur gewahrt hat, an die Ukraine, die Republiken in der Krim oder an die mehr oder minder sagenhaften Republikbildungen in der kaukasischen Gegend, endlich an die Bildung der großen Republik, deren Mittelpunkt jetzt Petersburg ist.

Gleichzeitig aber mit diesem nationalistischen Sprengstoff traten auch soziale Elemente als auflösende Keime hinzu und lösten ihrerseits dies nationalistisch abgetrennten Einzelkörper in ihre Unterbestandteile auf. Wir erleben es in Finnland, wo die finnische Republik schon wieder von bolschewistischen Treibereien unterwühlt wird, wir erleben es in der Ukraine, wo die Zentralrada in Kiew, die zweifellos bis vor kurzem auch von russischer Seite unbestritten als die legitimierte Vertreterin der ukrainischen Interessen anzusehen war, ihrerseits von revolutionären Organisationen unterwühlt und von Norden her von der bolschewistischen Republik in Petersburg in einem großen Krieg mit Waffengewalt angegriffen wird. Das ist eine der ungeheuerlichsten Erschwerungen für den Diplomaten, der beauftragt ist, die Ostfrage zu lösen. Man steht nicht Festem gegenüber, der ganze Körper ist in Gärung übergegangen. Später werden sich wieder festere Formen konsolidieren, einstweilen aber sieht es so aus, als ob der Prozeß der Zersetzung und Zersplitterung noch für lange Zeiten sich fortsetzen sollte. Es ist dies kein ungewöhnliches Bild.

Wenn auch in viel geringerem Grade, so war es auch 1870 der Fall. Fürst Bismarck hatte schwere Bedenken, ob er überhaupt sich einer französischen Regierung gegenüber befinden werde, deren Stabilität stark genug sei, um den Friedensschluß mit ihr empfehlenswert erscheinen zu lassen.

Nach der Pause trat neben der bolschewistischen Vertretung in Petersburg eine Vertretung der Zentralrada in Kiew, in Brest-Litowsk auf. Die Sitzungsprotokolle haben den Herren vorgelegen. Sie ist ohne Widerspruch, ja mit Zustimmung der russischen Delegation, anerkannt worden. Die feierliche Anerkennung der ukrainischen Volksrepublik hat noch nicht stattgefunden. Sie ist unter Umständen zu erwarten beim Abschluß des Friedens mit der Ukraine.

Mit Finnland stehen wir in weit vorgeschrittenen Verhandlungen. Soweit sich übersehen läßt, ist da ein Friedensschluß in naher Aussicht. Auch die Besprechungen mit den Ukrainern, bei denen im Gegensatz zur Haltung der Bolschewiki sehr viel Sinn für praktische politische Arbeit hervorgetreten ist, sind soweit fortgeschritten, daß man verständigerweise hoffen kann, sie werden zu einem Ergebnis führen. Zwischen uns und der Ukraine sind keine Punkte, von denen ich annehmen könnte, daß sie ein Scheitern der Verhandlungen zur Folge haben könnten.

Unsere Differenzen mit der bolschewikischen Delegation betrafen hauptsächlich die Einzelheiten der Ausführungen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Dieses Selbstbestimmungsrecht ist keine so ganz moderne Erfindung, wie es angesehenen und geschätzten Tagesschriftstellern zu behaupten gefallen hat. Kein geringer wie Fürst Bismarck hat schon nach einem der kürzesten und glänzendsten Feldzüge, die je geführt worden sind, im Jahre 1866, einem damals wirklich in schwerer Weise geschlagenen Gegner in einem Paragraphen des Friedensvertrages das Selbstbestimmungsrecht stipuliert. Es betraf diejenigen Landesteile, die an der Nordgrenze des heutigen Deutschen Reiches in Schleswig-Holstein liegen. Sonst findet sich gerade im 19. Jahrhundert nicht eines, sondern eine ganze Reihe von Beispielen, in denen der Gedanke, daß Randstaaten, Randbevölkerungen selbst über ihre Zukunft entscheiden sollten, ausgeführt ist. Wie gesagt, daß unser größter Staatsmann 1866 selbst zu diesem Mittel gegriffen hat, zeigt, daß der Gedanke durchaus nicht so neu und überraschend ist, wie er von manchen Seiten hingestellt worden ist.

Was nun die Ausführung des Selbstbestimmungsrechtes betrifft, so gibt es hier weder ein europäisches noch auch nur ein Gewohnheitsrecht. Das muß aufgebaut werden nach dem Standpunkte, den wir konsequent und folgerichtig vertreten haben, durch Weiterbildung des Bestehenden. Wir halten es jetzt in diesen schweren Kriegszeiten für einen doppelten Unsinn, wie unsere Gegner es verlangen, erst alles Bestehende auszuradieren und wegzufegen und dann in den luftleeren Raum hinein etwas zu bauen.

Auf die beiden Fragen hat mir noch keiner der Gegner Aufschluß geben können; aus welcher Legitimation leiten sie denn das Recht her, in diesen luftleeren Raum hinein etwas zu schaffen, und wo steht geschrieben, was in diesen luftleeren Raum hineingestellt werden soll?

Ich will auf alle Einzelheiten nicht näher eingehen. Innerhalb unseres lieben deutschen Vaterlandes sind die Ansichten über Wahlrecht und Wahlgesetz noch ganz außerordentlich verschieden, und wir haben auch heute noch eine bunte Musterkarte der verschiedensten Wahlrechte. Wo steht geschrieben, was nun für diese durch die Schuld und Verfehlung der zaristischen Herrschaft politisch noch vollständig unentwickelten Randstaaten das einzig wahre Rezept sein soll? Ich kann mich dem nur anschließen, was gestern hier in so

vortrefflicher und staatsmännischer Weise ausgeführt worden ist – und das wird die Politik der Reichsregierung sein, wie es die Politik der Reichsregierung gewesen ist – das Vorhandene ausbauen, **optima fide** auszubauen, nicht um irgendeinen besonderen Zweck zu erreichen, sondern um durch langsames Wachstum des historisch Gegebenen dahin zu kommen, daß man klaren Gewissens sagen kann: das ist nun wirklich der Ausdruck der überwiegenden Mehrheit des betreffenden Volkes.

Man hat gesagt, hieraus ergebe sich ohne weiteres, daß wir für bestehende Voten und Meinungsäußerungen eine mindestens präsumtive Geltung verlangen. Es ist ausgeführt worden, und jeder Kenner der Geschichte weiß es, daß der nationale Wille besonders im Anfang, wenn die nationale Entwicklung sozusagen noch in ihrer Kindheit ist, von einer kleinen Anzahl geistig hochstehender, patriotisch begeisterter Führer gebildet und zum Ausdruck gebracht wird. Die große Masse des Volkes kommt dann langsam nach.

Ich glaube, daß die scharfen Angriffe, die gegen diese Vertretungskörper gerichtet worden sind, in dieser Schärfe doch der Begründung entbehren. Daß gewisse Elemente durch Grundbesitz, Bildung, Tradition in diesen Landesteilen überwiegenden Einfluß haben und bisher auch für berechtigt erachtet wurden im Namen dieser Landesteile zu sprechen, ist eine ganz unzweifelhafte Tatsache.

Wie ich aber schon Herrn Trotzki gegenüber in der Debatte betont habe, ist die ganze Frage von keiner ausschlaggebenden Wichtigkeit. Denn wenn wir uns mit Herrn Trotzki über die Modalitäten der Endabstimmung einigen könnten, könnten wir die Frage nach dem präsumtiven Charakter der bisherigen Abstimmung offen lassen. Er könnte seinen Standpunkt festhalten, wir den unsrigen, und am Endergebnis würde nichts geändert werden. Ich schließe mich auch darin dem an, was gestern hier ausgeführt worden ist, daß auch ich eine beschließende Versammlung auf breiter Grundlage für eine unendlich viel zweckmäßigere Form halte als das Referendum. Auch da war am Anfang auf russischer Seite Geneigtheit, auf unseren Standpunkt einzugehen. Sie hat sich aber die den Verhandlungen zurückgebildet. Aber ich glaube unbedingt nicht, daß an dieser Frage die Verhandlung scheitern wird. *[VOS schreibt bis hierher]*

Die Schwierigkeiten der Unterhandlungen sind von dem Grafen Czernin betont worden. Es ist noch niemals, solange die Welt steht, der Versuch gemacht worden, eine Verhandlung nicht nur in ihren wesentlichen Teilen nach Vereinbarung aufzunehmen und zu fixieren, sondern jede einzelne vertrauliche Vorbesprechung stenographisch niederzulegen und, ohne daß der betreffende Redner auch nur Gelegenheit gehabt hätte, das Stenogramm durchzusehen, sie urbi et orbi mitzuteilen. Ich weiß nicht, ob selbst der Betrieb unserer deutschen Parlamente unter solchen Umständen möglich wäre, und es würde mich außerordentlich interessieren, wenn die Herren einmal für drei oder vier Tage den Versuch unternehmen wollten. Wir legen aber so großen Wert darauf, der ganzen Welt zu beweisen, daß unsere Politik vollkommen klar und ehrlich ist, daß wir, obwohl wir uns der ungeheuren Schwierigkeiten bewußt waren, doch auf den russischen Vorschlag eingegangen sind.

Eine weitere Erschwerung war die aufgeregte und kriegerische Stimmung, die sich in einem Teil der großstädtischen, besonders der Berliner Presse, Luft machte. Man hat mir freundlich geraten, diesen Punkt nicht zu berühren, weil er mir nur neue Presseangriffe eintragen würde. Das kann für mich nicht bestimmend sein. Die Presse ist in unseren Tagen eine ungeheure Macht geworden, und ein Tagesschriftsteller, der durch sein Blatt täglich zu Tausenden spricht, trägt eine Verantwortung, die der des Parlamentariers und Staatsmannes meines Erachtens mindestens gleichsteht, denn er spricht täglich. Der Staatsmann spricht nur von Zeit zu Zeit, der Parlamentarier auch. Ich hoffe, daß die Presse sich dieser ungeheuren Verantwortung bewußt sein und sich auch klar machen wird, daß wir da nicht für eine Partei, nicht für eine Meinung, sondern für das ganze Deutsche Reich stehen. Wir tragen das Banner des Deutschen Reiches, und wer uns in den Rücken fällt, der gefährdet nationale Interessen.

Man kann die Diskussion zu anderen Zeiten fortspinnen. Im Momente, wo wir mit unseren bisherigen Feinden in einem schweren politischen Kampfe stehen, gebietet es die patriotische Pflicht, Einzelmeinungen, Einzelliabereien zurückzustellen. Kommen wir nach Hause, stehen wir der Kritik zur Verfügung. Fällt die Kritik gegen uns, so weiß die Regierung, was sie zu tun hat. Aber eine geschlossene Front dem feindlichen Auslande gegenüber ist eine unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg des diplomatischen Unterhändlers.

Ein Wort möchte ich widmen der technischen Frage, die gestern auch hier verschiedentlich gestreift worden ist, nämlich **der Vertretung der Obersten Heeresleitung bei der Friedensdelegation**. Auch hier bietet dieser Friede, der erste Versuch eines Separatfriedens in diesem ungeheuren Koalitions-kriege, erhebliche Schwierigkeiten, welche man bei früheren Friedensschlüssen nicht gekannt hat. Die zwei letzten, verhältnismäßig kurzen, großen Kriege, welche geführt worden sind, die von 1866 und 1870/71 brachten im Moment der Friedensverhandlungen die verantwortlichen militärischen Stellen, den verantwortlichen

Staatsmann und die Krone meistens an einem Ort, häufiger sogar unter einem Dach in tägliche und stündliche Berührung. Der Friedensschluß war kurz und nur mit einem Gegner zu treffen.

Jetzt hat sich die Notwendigkeit ergeben, während noch im Westen ein Kampf auf Leben und Tod tobt, der die ganze Kraft, die ganze Spannung der großen Männer unserer Obersten Heeresleitung in Anspruch nimmt, in einer Festung fern im entlegensten Rußland, den Frieden zu verhandeln. Es würde ganz unmöglich sein, diese Verhandlungen zu führen, ohne daß die Oberste Heeresleitung bei denselben durch einen Bevollmächtigten vertreten ist. Wie gestern richtig hervorgehoben worden ist, verknüpfen sich militärische und politische Fragen in solcher Weise, daß, wenn ich erst jedesmal durch Fernschreiber oder Telephon die Verbindung mit der Obersten Heeresleitung aufrechterhalten müßte, bei den Fragen der Räumung, Grenzziehungen, den unzähligen Fragen, die das militärische Gebiet streifen, würden die Verhandlungen eine Unmöglichkeit werden. Die Oberste Heeresleitung ist nun einmal ein großer Faktor unseres heutigen Lebens. Es wäre nicht klug, zu versuchen, daran vorbeizugehen. Die Aufgaben, die ihr gestellt werden, sind ungeheuer und von der Lösung dieser Aufgaben hängt noch immer das Schicksal des Deutschen Reiches ab. Deshalb ist eine stündliche und enge Fühlungsnahme mit einem Vertrauensmann der Obersten Heeresleitung notwendig, und es ist auch notwendig, daß dieser Vertrauensmann an den Verhandlungen teilnimmt, damit er überhaupt genügend im Bilde ist. Ich möchte auch unbedingt daran festhalten, daß ihm das Recht in dem Umfange, wie es eben jetzt auf Vortrag des Herrn Reichskanzlers durch Seine Majestät festgestellt worden ist, erhalten bleibt.

General Hoffmann, über dessen Persönlichkeit gestern ja hier in außerordentlich sympathischer Weise geurteilt worden ist, ein Urteil, dem ich mich nur völlig anschließen kann, hat uns während der Verhandlungen durch seine gründliche Kenntnis von Land und Leuten, durch die bei den Waffenstillstandsverhandlungen gemachten praktischen Erfahrungen unendlich viele und wertvolle Dienste geleistet, und hat mir und unseren Verbündeten gegenüber auch in politischer Beziehung die vollste Loyalität in keinem einzigen Punkt vermissen lassen. Ich möchte unbedingt war dafür eintreten, daß auch die Herren dieses hohen Hauses sich in dieser Richtung aussprechen, daß an den bestehenden Anordnungen nichts geändert werden soll. **Dadurch, daß der Vertreter der Obersten Heeresleitung nur im Einvernehmen mit dem politischen Leiter in die Debatte eingreifen kann, ist meiner Ansicht die Verantwortlichkeit der politischen Leitung voll gedeckt.**

Wenn ich zum Schlusse meiner Ausführungen einen kurzen Ausblick in die Zukunft tun möchte, so ergibt sich, wie ich schon auszuführen die Ehre hatte, daß wir mit dem hochkultivierten, in politischer Beziehung für uns unendlich wichtigen Finnland – unser Handelsverkehr mit Finnland stand dem mit der Türkei vor dem Kriege nicht nach, eine Tatsache, welche vielleicht manche überraschen wird – die Dinge soweit gefördert haben, daß bei der gegenseitigen freundlichen Gesinnung ein Abschluß, soweit Voraussagen möglich sind, in absehbarer Zeit mit Sicherheit zu erwarten steht. Auch mit der Ukraine möchte ich, wie Graf Czernin dies in Aussicht gestellt hat, einen baldigen Friedensschluß für wahrscheinlich halten. Die größten Schwierigkeiten, mit den Petersburger Bolschewiki zum Abschluß zu kommen, sind den Herren bekannt. Es wird zum großen Teile von dem Ernste des Friedenswillen der Trotzki-Leninschen Regierung abhängen, ob wir zum Abschlusse kommen. An dem Ernste unseres Friedenswillens brauchen Sie nicht zu zweifeln. Sie können überzeugt sein, daß der Herr Reichskanzler und ich keinen anderen Wunsch und kein anderes Bestreben haben, als dem deutschen Volke den Frieden im Osten sobald als möglich zu bringen.

Der Friedensschluß mit der Ukraine würde das rumänische Problem aufwerfen. Ich möchte auf dasselbe heute nicht näher eingehen, nur meiner Ueberzeugung Ausdruck geben, daß nach dem Friedensschlusse der Ukraine und der Zurückziehung der ukrainischen Truppen es meiner Ansicht nach nicht möglich ist, daß Rumänien sich länger gegen den Friedenswillen der Zentralmächte sperrt.

Zum Schluß möchte ich noch ein Wort sagen über unser Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn, was gestern auch hier gestreift worden ist, und ich kann nur aufs wärmste und eindringlichste dem zustimmen, was hier gesagt worden ist. Unser Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn ist, wie ich mir erlaubt habe, in den ersten Worten, die ich an dieses hohe Haus richten durfte, zu sagen, der Grundstein und Eckpfeiler unserer ganzen Diplomatie, und für diese langwierigen Verhandlungen ist es doch ein Vorteil, daß es mir möglich gewesen ist, mit den leitenden Staatsmännern aller Verbündeten und besonders dem Grafen Czernin täglich und stündlich in engstem Gedankenaustausch zu stehen.

Der Staatssekretär schloß:

Oesterreich-Ungarn hat in den diplomatischen Kämpfen und in den Verhandlungen in vollkommen loyaler Weise auf unserer Seite gestanden und wird weiter vollkommen loyal auf unserer Seite stehen. **Das mag denjenigen Herren, welche versucht haben, unsere Forderungen als zu weitgehend hinstellen, ein Beweis dafür sein, daß diese Forderungen mit dem ernstesten und eindringlichsten Friedenswillen, der in Oesterreich-Ungarn herrscht, zu vereinbaren sind.**

Ich werde, solange ich die Ehre habe, an dieser Stelle zu stehen, niemals die Hand dazu bieten, daß wir eine Politik machen, durch welche die enge, unverbrüchliche Waffenbrüderschaft, Kulturgemeinschaft und herzliche Freundschaft, die uns mit der österreichisch-ungarischen Monarchie verbindet, im geringsten gelockert wird.

Ich habe vorhin bei der Presse schon ausgeführt, was wir brauchen und worin wir Sie bitten müssen, dahin zu wirken, daß man im Auslande den Eindruck erhält, daß die Majorität unserer Volksvertretung geschlossen hinter der Politik steht, die der Herr Reichskanzler konsequent in Fortsetzung der ihm von seinen Vorgängern überkommenen Politik macht, und wenn es nicht unbescheiden ist, so kann ich sagen, der Anfang der gestrigen Debatte wird nicht verfehlen, im Auslande einen großen Eindruck zu machen und viel von dem zu korrigieren und zu bessern, was die vorhin gestreiften, unerfreulichen Pressevorgänge geschadet und verdorben haben könnten.

Vorwärts Nr. 26, 1918 - Samstag 26. Januar - S.4

Die Aussprache im Hauptausschuß.

Nach der Rede des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts, deren Wortlaut in der gestrigen Nachmittagsausgabe abgedruckt wurde, ergriff zunächst das Wort

Abg. Graf Westarp (kons.): Unsere Kritik an den Verhandlungen in Brest-Litowsk beruht auf dem Wunsche eines besseren Grenzschutzes im Osten. Dafür ist uns das Urteil unserer Heerführer maßgebend. Eine Anzahl selbständiger Staaten an unserer Grenze im Osten bietet nicht genügende Sicherheit. Auch erschweren sie die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen uns und Rußland. England beabsichtigt, sich in diesen Staaten festzusetzen. Die deutsch-baltische Kultur bedarf des deutschen Schutzes. Unser Einspruch gegen die Vorwegnahme der polnischen Frage ist ungehört verhallt; jetzt können wir die Tatsachen nicht aus der Welt schaffen. Die austro-polnische Lösung würde unser Verhältnis zu Polen erschweren. Die Begehrlichkeit der Polen richtet sich auf deutsche Gebiete. Die Reibungen mit Polen schaffen Gegensätze zu Oesterreich-Ungarn und gefährden unser Bündnis. Zum mindesten müssen wir in Polen wirtschaftlich mit Oesterreich gleichgestellt werden. Die Hauptsache sind Garantien zum Schutz unserer deutschen Interessen. Der Weg über das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird diesem Ziel nicht gerecht. Dieser Weg war festgelegt, als von Kühlmann in die Verhandlungen eintrat, nachdem ihn der Reichskanzler in seiner Rede vom 29. November gebilligt hatte. Wir haben in der Presse und im Parlament gewarnt. Unsere Unterhändler sind richtig davon ausgegangen, daß die Landesvertretungen dieser Gebiete bereits Entscheidungen getroffen haben. Man verließ diesen Standpunkt, indem man eine zweite Abstimmung zuließ. Ein zweites Bedenken liegt für uns in der Öffentlichkeit der Verhandlungen. **Wir sind sicher, daß Trotzki nicht so sehr den Frieden erstrebt, sondern Propaganda machen will für die Revolution. Das beweisen seine Funksprüche und ein in den besetzten Gebieten Polens verbreiteter Aufruf (den der Redner verliest).** Die „annexionistische“ Presse verdient die ihr gemachten Vorwürfe nicht, denn ihre Kritik stärkt unsere Unterhändler. Die persönlichen Angriffe wurden hervorgerufen durch die Vorschußlorbeeren der anderen Presse für den Staatssekretär. **Zu bedauern sind sie Vorwürfe, daß unsere Unterhändler zuviel forderten.** Professor Hoetzsch ist für uns nicht maßgebend, seine Anschauungen lehnen wir ab.

Wir verlangen, daß ein weiteres Entgegenkommen gegen die Forderungen unserer Gegner nicht stattfindet. Der revolutionären Propaganda muß entgegengetreten werden. Von einer Räumung kann nicht die Rede sein. Wir wünschen den Frieden auch mit den Bolschewiki, allein die Wahrung der deutschen Interessen muß allem anderen vorangehen. So dringend brauchen wir den Frieden nicht.

Eine Lockerung des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn wünscht bei uns niemand, eine solche Tendenz besteht auch nirgends in der Presse. Wir hören aus Oesterreich Aeüßerungen und Einmischungen, die wir als Einmischung in unsere innersten Angelegenheiten empfinden. Eine Reaktion unserer öffentlichen Meinung gegen derartiges ist begreiflich. Wir dürfen die selbständige Führung der deutschen Politik nicht aus der Hand geben. Im übrigen stimmen wir der Auffassung des Reichskanzlers in dieser Frage zu. Unser Bundesverhältnis beruht auf Gegenseitigkeit, sie muß auch beim Friedensschluß gewahrt werden.

Die Reden Lloyd Georges und Wilsons bilden keine geeignete Grundlage für Friedensverhandlungen; in dieser Hinsicht stimmen wir dem Reichskanzler und den gestrigen Erklärungen der bürgerlichen Parteien zu. Ein ehrlicher Friedenswille ist darin nicht zu erkennen.

Redner bespricht einzelne der Wilsonschen Punkte und fügt hinzu, daß auch die Rede von Lloyd George, der nach Friedensschluß auch noch die Rohstoffsperrre über Deutschland verhängte, sich von der Wilsons nicht wesentlich unterscheidet. Wir hätten für die Friedensverhandlungen mit dem Westen vollständig freie Hand. Seine Freunde hätten freilich gewünscht, daß mit größerer Klarheit ausgesprochen worden wäre, daß wir von dieser Freiheit auch vollen Gebrauch zu machen gedenken. Der Kanzler habe seinen Ausspruch vom 29. November wiederholt, daß unsere wiederholt ausgesprochene Friedensbereitschaft kein Freibrief für eine Verlängerung des Krieges sein dürfe; seitdem seien zwei Monate schwerster Opfer und neuer Erfolge vergangen, darum sei es jetzt wohl an der Zeit gewesen, die Konsequenzen hieraus nicht noch einmal in Aussicht zu stellen, sondern schon jetzt zu ziehen. Das vermisse er besonders in den Erklärungen über Belgien und Frankreich.

Wilson's wiederholte Frage sei falsch gestellt, da unsere Unterhändler überhaupt nicht Vertreter einer Partei, sondern des Kaisers seien; das erkenne auch Herr Scheidemann. Aber die Frage Wilsons sei

beweisend dafür, daß die Feinde nur von dem sozialdemokratischen Einfluß einen Frieden erwarten, der dem angelsächsischen Interesse genügt, und daß sie deshalb weiter kämpfen werden, solange sie an diesen Einfluß glauben. Das führe zu sehr ernsten Betrachtungen. Mit Recht habe Herr Scheidemann sich über Aeußerungen der „Kreuzzeitung“ beschwert, daß er auf den Sandhaufen gehöre; diese Aeußerung billige Redner nicht.

Aber sie und ähnliche Stimmen sollten als erstes Symptom dafür aufgefaßt werden, wie unerträglich in weiten Kreisen des Landes der Ton und das Gebahren der Sozialdemokraten empfunden werde. Aeußerungen, die sie als Warnungen bezeichneten, seien objektiv Drohungen und müßten als solche auf ihre Anhänger und auf andere Kreise des Volkes wie auf die Regierung wirken. Solche Drohungen seien auch ihrem realen Gehalt nach unberechtigt. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, besonders der Mittelstand und die kleinen Beamten, von denen der Reichskanzler in dankenswerter Weise hervorgehoben habe, daß sie mit am schwersten unter dem Kriege leiden, die Bürger und Bauern weisen solche Möglichkeiten mit Entrüstung weit von sich. Redner richtet an die Sozialdemokraten die eindringliche Bitte, solche Drohungen oder Warnungen als Mittel zur Erreichung ihrer Politik zu unterlassen. Sie wüßten, daß er und seine Freunde, daß aber auch darüber hinaus weite Teile des Volkes über die einzuschlagenden Wege anderer Meinung seien als die Sozialdemokraten: von diesen sollten und dürften sie ein Zurückweichen vor Drohungen nicht erwarten und verlange, und Redner spreche die zuversichtliche Erwartung aus, daß auch der Kanzler und seine Vertreter sich dadurch nicht beeinflussen lassen könnten. Zum Schluß betont Redner, er wisse, daß seine Freunde auf den Gang der Friedenspolitik maßgebenden Einfluß nicht hätten. Nach der Auffassung der Mehrheitsparteien läge die Entscheidung bei ihnen, nach seiner eigenen Auffassung beim Kaiser. Aber sie hätten die Pflicht, auch ihren Standpunkt auszusprechen um das Maß ihrer Mitverantwortung klarzulegen und um das Ihrige beizutragen, damit die Wege gegangen würden, die sie für die richtigen halten.

Abg. Frhr. von Gamp (Deutsche Fraktion): Eine Festlegung des Begriffes „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ ist nicht erfolgt. Polen, Kurland und Litauen können durch ihre jetzigen Vertretungen entscheiden. Das hätten unsere Vertreter den Russen gegenüber scharf betonen und ihnen in diesem Punkte nicht weiter entgegenkommen sollen. Auch die deutschen Sozialdemokraten sind der Meinung gewesen, daß die Vertretung ausreichend ist. Die Frage, ob sich unsere Regierung die Verhandlung seitens der Bolschewiki weiterhin soll gefallen lassen, möchte ich verneinen. Wenn die Presse sich mit der Person des Staatssekretärs von Kühlmann beschäftigt hat, so geschah dies aus den erwähnten Gründen. Die Lösung der polnischen Frage ist ohne Anhören des Reichstags in die Wege geleitet worden. Preußen wird durch die Selbständigkeit Polens umklammert und eingeschnürt, vom direkten Verkehr mit Rußland abgeschnitten. Die Ostprovinzen müssen entsprechend geschützt werden. Wir wollen das deutsch-österreichische Bündnis treu halten. Aber Aeußerungen, wie die gegen General Hoffmann und den Fürsten Bülow, sollten in Oesterreich unterlassen werden. Die flämische Bewegung zu unterstützen, muß Aufgabe der Regierung sein. Nicht wenig verwunderlich ist, daß Abg. Scheidemann sich gegen das Selbstbestimmungsrecht ausgesprochen hat. Nicht angängig ist die einseitige Einschränkung der Rüstungen, ohne daß die Staaten das Gleiche tun, und ohne daß die Freiheit der Meere garantiert ist. wir können die eroberten Gebiete nicht zurückgeben, bevor England die von ihm annektierten Länder und von ihm in Frankreich besetzten Gebiete zurückgegeben hat. entschieden muß zurückgewiesen werden, daß die Vaterlandspartei deswegen beschimpft wird, weil sie für entsprechende Sicherungen im Westen eintritt.

Vorwärts: Abg. Frhr. von Gamp: schließt sich diesen Ausführungen im Wesentlichen an. Der Staatssekretär solle darüber Auskunft geben, ob die Oberste Heeresleitung vor dem Eintritt in die Verhandlungen in Brest-Litowsk ihre Bedingungen niederlegen konnte. **Wir müssen im Osten weitgehende Sicherungen haben, insbesondere dürfen die Litauer nicht gegenüber den Polen verkürzt werden. Wenn wir alles preisgeben wollen, dann können wir den Frieden haben.** Damit dürfte das deutsche Volk aber kaum einverstanden sein.

Vorwärts: Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Wer mit der Hoffnung in die Verhandlungen eingetreten ist, Klarheit zu bekommen, mußte bitter enttäuscht sein. Die Stellungnahme des Kanzlers zum Frieden, bietet nicht viel Hoffnung, denn ganz offenbar hat sich die Regierung den Wünschen der Militärpartei angepaßt. Die schlimmste Verurteilung der Regierung war in der Anerkennung zu finden, die Graf Westarp spendete. Unbegreiflich, daß der Kanzler sich darüber freuen konnte, nunmehr freie Hand nach dem Westen zu haben; die freie Hand soll vermutlich zur gepanzerten Faust werden.

Abg. Scheidemann werde einsehen müssen, daß seine Politik nicht richtig war, denn es hat sich ein neuer Block von Fischbeck bis Westarp gebildet. Was Czernin in Wien gesagt hat, steht zum Teil in direktem Gegensatz zu den Ansichten des Kanzlers, denn Czernin erblickt in den Vorschlägen Wilsons den Ausgangspunkt für eine Aussprache. Es ist sehr zu bedauern, daß Staatssekretär von Kühlmann nicht den gleichen Standpunkt eingenommen hat. Hoffentlich führt ein Meinungs austausch zwischen Oesterreich und Amerika bald zu einem Resultat. Das Hauptverdienst daran gebührt aber den Arbeitern Oesterreichs und Ungarns, die durch die Tat bewiesen haben, daß sie dem Gemetzel nicht mehr ruhig zusehen wollen.

Davon kann keine Rede sein, daß die Parlamente schweigen sollen, solange die Friedensverhandlungen laufen. **Die Art, wie von den Staatsmännern das Selbstbestimmungsrecht der Völker ausgelegt wird, entspricht nicht unserer Auffassung. Die Bolschewiki haben vom ersten Moment an eine konsequente Politik verfolgt.** Sie sind eingetreten für den allgemeinen Frieden und als die Entente ablehnte, haben sie ganz folgerichtig mit Deutschland verhandelt. Die Angaben der Internationalen Korrespondenz waren eine haltlose Denunziation. **Trotzki hat aber meine volle Zustimmung zu seiner Auffassung vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wenn die deutsche Regierung auf diesen Boden tritt, dann können die Bolschewiki auf einen Separatfrieden mit Deutschland eingehen.** Der Standpunkt Trotzki ist richtig, daß die Kurländer, Livländer usw. in einem Volksreferendum über ihr Schicksal entscheiden sollen.

Die in Riga zustande gekommene Kundgebung zur Errichtung eines baltischen Staates stand völlig unter dem Einfluß des Oberbefehlshabers, der der Versammlung vorschrieb, welchen Wortlaut sie alle für ihre Eingabe zu wählen haben. Das nennt man dann eine provisorische Willenserklärung des Volkes!

Die kurländische Volksvertretung steht auf dem Niveau des mecklenburgischen Landtages, daraus kann man auf den Wert der Entschließungen einer solchen Körperschaft Schlüsse ziehen.

Es war ein schwerer Fehler, daß die beiden Kaiser die Wiederherstellung des Königreichs Polen dekretierten, man hätte es dem polnischen Volk überlassen sollen, seine künftige Staatsform zu bestimmen.

Man setzt jetzt die ganze Hoffnung auf die Offensive im Westen, die ungeheure Opfer an Menschen erfordern würde. Diese Opfer würden alles überwiegen, was an Vorteilen erzielt werden könnte. Aufgabe des Proletariats wird es sein, dem Gemetzel ein Ende zu machen und den Frieden herbeizuführen.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung: Abg. Ledebour (U. Soz.): Die Rede des Reichskanzlers, die enttäuscht hat, ist auch durch die Ausführungen des Staatssekretärs von Kühlmann nicht verbessert worden. Die Reichsleitung scheint danach den Forderungen der Militärpartei nachgegeben zu haben. Mir ist unverständlich, daß sich alle Parteien von Fischbeck bis Westarp auf die Seite des Reichskanzlers gestellt haben. Dadurch ist Scheidemann in eine üble Lage gekommen.

Die Rede des Grafen Czernin eröffnet die Möglichkeit von Friedensunterhandlungen mit Amerika; dagegen bin ich mit seiner Auslegung des Selbstbestimmungsrechts nicht einverstanden. Das Selbstbestimmungsrecht muß in freier Volksabstimmung über die staatliche Gestaltung zum Ausdruck kommen. **Wilson, Clemenceau und Lloyd George reden zumeist nur von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker außerhalb ihres Machtbereichs, sie müßten vorher das Selbstbestimmungsrecht auch für die eigenen Völker verkünden, wie es die russische Regierung getan hat.** Finnland hat sich frei und selbständig gemacht, und die deutsche Regierung hat sich dabei ganz korrekt verhalten, das muß sie auch im Falle der Ukraine tun. Die Vertretung des lettischen Volkes muß anders gestaltet werden, als es mit Hilfe des Oberbefehlshabers Ost geschehen ist.

Gegen eine Patronisierung der Flamen muß ich mich aussprechen.

Ein Fehler war es, daß die beiden Kaiser ein Königreich Polen ohne Zustimmung des Reichstags und ohne Befragen des polnischen Volkes in die Wege geleitet haben.

Gewisse Pläne im Osten dürfen nicht durchgeführt werden, das deutsche Proletariat würde dagegen Einspruch erheben.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung: Abg. Seyda (Pole): Was unsere grundsätzliche Stellung zum Frieden anlangt, so darf ich auf unsere Erklärung vom 19. Juli 1917 verweisen. Wir wollen einen Frieden ohne Annexionen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dieses muß für alle Völker, auch für die Polen, zur Geltung kommen. Die Völker der bisher zu Rußland gehörigen okkupierten Gebiete haben noch keine legalen Volksvertretungen, die ein Votum abgeben können. Das gilt namentlich für Litauen. Der dort gebildete Landesrat ist nicht die Vertretung der Gesamtbevölkerung. Die polnische, weiß-russische und ruthenische Bevölkerung ist nicht vertreten. Wilna kann ethnographisch nicht zu Litauen gehörig angesehen werden, es hat nur 2% litauische Bevölkerung.

Die polnische Regierung ist zu den Friedensverhandlungen nicht zugelassen, trotzdem sie an der Behandlung der Grenz- und Wirtschaftsfragen das dringendste Interesse hat. Es macht keinen guten Eindruck, wenn die Polen davon ferngehalten werden. Die Pläne, größere Teile Polens von Lodz über Wloclawec bis an die Raremlinie [bei Grodno, Weißrußland] an Deutschland zu bringen, würde eine vierte Teilung Polens bedeuten, das wäre ein neues Unrecht, das verhindert werden muß. auf der gleichen Linie steht die Aufrechterhaltung der Ostmarkenpolitik zum Schutze des Deutschtums. Das Verhältnis der Völker zueinander, insbesondere der Schutz der Minderheiten muß international geregelt werden.

Vorwärts: Abg. Seyda: Die Ausführungen des Vorredners über das Spiel mit den Volkskundgebungen in Kurland und Litauen sind zutreffend. Die Zuteilung der Stadt Wilna zu Litauen ist unberechtigt, da der größte Teil der Einwohner Polen sind. Weshalb werden nicht auch Vertreter der Polen zu den Verhandlungen in Brest zugelassen? Einspruch muß ferner dagegen erhoben werden, daß polnisches Gebiet an die Ukraine angetreten werden soll.

Vorwärts: Abg. Erzberger wendet sich gegen die Behauptung Ledebours, daß ein Block von Fischbeck bis Westarp sich gebildet habe. Der Kanzler stütze sich auf die Mehrheitsparteien, daran hat sich nichts geändert und wird sich vermutlich nichts ändern, denn Graf Westarp steht in wesentlichen Punkten im Gegensatz zum Kanzler. Der Zwischenfall in Brest-Litowsk ist in seiner Bedeutung überschätzt worden. Bismarck hat schon von den „Halbgöttern im Generalstab“ gesprochen, der Reichstag wird darauf sehen müssen, daß die Militärs in dem ihnen zugewiesenen Rahmen bleiben. In Brest-Litowsk ist nicht dagegen gefehlt worden. Der Kaiser hat das Recht, Frieden zu schließen, die Verträge aber bedürfen der Genehmigung des Reichstags. Deshalb hat der Reichstag die Pflicht, den Verhandlungen genau zu folgen. Das Recht der Mitbestimmung kann man dem Reichstag nicht bestreiten. Seit dem Juli 1917 hat sich die Lage gewiß verändert, indem eine militärische Verschiebung zu unseren Gunsten eingetreten ist. Aber Italien ist nicht zusammengebrochen, im Gegenteil, die Regierung steht stärker als je.

Auf den U-Bootkrieg übergehend bemerkt der Redner, daß die Auffassung des Admiralstabes sich der des Reichstages genähert habe. Der Friede kann nur ein Friede der Verständigung sein. Eigentlich war es nur Graf Westarp, der Annexionen im Osten das Wort geredet hat. Bismarck hat es bereits 1890 für verderblich erklärt, wenn Deutschland über Memel hinausgehen wolle. Moltke hat denselben Standpunkt vertreten. Annexionen im Osten würden uns ins Unglück stürzen. Es bleibt nur die Bekennung zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. **Das polnische Problem könne niemals restlos gelöst werden. An Rußland kann aber Polen nicht wieder zurückfallen, sonst haben wir wieder die lange deutsch-russische Grenze. Tritt die austro-polnische Lösung ein, dann müssen wir uns vor den Folgen schützen, am besten durch Gleichberechtigung der Polen in Preußen. Mit Ostmarkenpolitik erwirbt man freilich kein Sympathien.**

Wenn das richtig ist, was Abg. Ledebour über Riga gesagt hat, dann soll man sich nicht weiter auf solche Beschlüsse stützen. Die jetzt vorhandenen Körperschaften gar nicht anerkennen, gehe auch nicht an, sonst dürfte man auch mit Lenin und Trotzki nicht verhandeln, weil sie von der Konstituante keine Vollmachten haben. In Litauen haben Wahlen stattgefunden, aus denen 250 Vertrauensmänner hervorgingen, die dann einen Landesrat einsetzten, der auch von den Emigranten anerkannt worden ist. Er ist also eine legale Vertretung, genau so wie der polnische Regentschaftsrat. Wenn der Reichstag diese Körperschaften als Vertretungen anerkennt, dann stützt man damit unsere Unterhändler in Brest-Litowsk.

Durch Wilsons Botschaft sind die Friedenserörterungen wieder in Fluß gekommen, eine Annäherung kann sich vollziehen, die Verständigung kann aber nur das Resultat der Verhandlungen sein. Die neutrale Presse beurteilt die Note Wilsons als ernsthaften Schritt zum Frieden. Die Friedensbestrebungen könnten gefördert werden, wenn Deutschland positiv erklären würde, die Unabhängigkeit Belgiens wieder herzustellen. An den Tatsachen kommt man aber nicht vorbei, daß das Verhalten der alldutschen Presse nicht gerade zur Festigung unseres Bündnisses mit Oesterreich beitragen kann.

Die Weiterberatung wurde auf Sonnabend, vormittags 10 Uhr vertagt. Erster Redner ist Abg. David

Norddeutsche Allgemeine Zeitung: Abg. Erzberger (Zentr.): Wilson hat die Frage gestellt, wer in Brest verhandle, die Militärpartei oder die Reichsleitung. Abg. Ledebour hat eine ähnliche Aeußerung getan und auch von der Bildung eines Rechtsblocks gesprochen. Davon habe ich nichts bemerkt. Aber Einigkeit und Stärke im Innern ist Voraussetzung für die Stärke nach außen. In Bezug auf innere Einigkeit und die deutsche Politik besteht volle Klarheit. Sie ist geschaffen durch die Aenderung in der Besetzung der leitenden Stellen des Reichs und durch die Rede des Reichskanzlers vom 29. November 1917. Was gestern der Reichskanzler gesagt hat, ist die konsequente Durchführung des Programms vom 29. November.

Es ist von einem Arbeiterstreik geredet worden. Davon daß unsere Arbeiter das Vaterland nicht im Stiche lassen werden, bin ich mit dem Grafen Westarp überzeugt. Die christlich-nationale Arbeiterschaft hat immer Kriegsstreiks mißbilligt und arbeitete ihnen entgegen, aber sie ist mit der übrigen Arbeiterschaft darin einig, daß auch eine entsprechende Politik getrieben werden muß, die dem Volk das Recht gibt, das ihm zusteht. Dem Reichstag ist der Vorwurf gemacht worden, er mische sich in die Kriegs- und Friedensfragen ungehörig ein. Das ist nicht der Fall. Es ist das gute Recht des Reichstags, sich mit den die Interessen des Volkes tief berührenden Fragen zu beschäftigen und Stellung dazu zu nehmen. **Kaiser Wilhelm selbst hat das einwandfrei in seinem Telegramm an den Zaren zum Ausdruck gebracht. Es heißt darin:**

„Ehe Du Deine endgültige Entscheidung für den Frieden oder für die Fortsetzung des Krieges triffst – die letztere würde von weitreichenden Folgen sein, die in ihrem Endergebnis schwer vorauszusehen sind, und die unzählige Menschenleben, Blut und Geld kosten –, wäre es, wie mir scheint, ein ausgezeichnetes Verfahren, wenn Du diese Frage erst der Großen Duma vorlegen würdest; da diese das russische Volk vertritt, wäre ihre Antwort die Stimme Rußlands. Wenn die Duma den Frieden ablehnt, dann würde sie die volle Verantwortung für die gesamten Folgen auf sich nehmen und Dich ein für allemal vor der Welt und vor der Geschichte in Zukunft vor dem Vorwurf schützen, daß Du Tausende von vaterlandsliebenden Söhnen, ohne das Land zu fragen, oder gar gegen ihren Willen, geopfert hättest. Die Entscheidungen, die zu treffen sind, sind in ihren Folgen so furchtbar ernst und so weitreichend, daß es ganz unmöglich ist, für irgend einen sterblichen Herrscher die Verantwortung dafür auf seine eigenen Schultern zu nehmen ohne die Hilfe und den Rat seines Volkes.“

Im Osten stehen zwei Probleme in Frage. Graf Westarp will Annexionen, Reichskanzler und Reichstag stehen auf dem Standpunkt des Selbstbestimmungsrechts. Fürst Bismarck hat 1890 eine Annexion über Memel hinaus als ein Verbrechen an Deutschland bezeichnet; ich glaube, daß man dem nicht widersprechen kann. Der Weg der Annexionen bringt uns nicht den Frieden. **Die Wegnahme der Weichsel- und Raremlinie würde uns die Todfeindschaft des polnischen Volkes eintragen; ganz abgesehen davon, daß man mit dem einverleibten Polen kaum fertig würde. Den Kampf gegen die polnische Irredenta, die eine austrophile Lösung der Frage mit sich bringen wird, kann man erfolgreich führen, wenn man statt der Politik der Abstoßung eine Politik der Anziehung treibt, die Polen gleichberechtigt behandelt.** Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß alle bei den Friedenverhandlungen in Betracht kommenden Fragen öffentlich erörtert werden, muß es bis zur vollen Klärung geschehen, sonst werden wir nie zum Frieden kommen.

Mir scheint es sehr angezeigt, die Wilson-Note eingehend zu prüfen. Die „Züricher Nachrichten“ sprechen von glättendem Oel, das Wilson ausgegossen, daß er den Gang nach Canossa angetreten habe. Das ist ein großer Erfolg Deutschlands. In Holland wird die Rede ähnlich eingeschätzt, Ich freue mich deshalb, daß der Reichskanzler in der Weise Herrn Wilson geantwortet und Punkt für Punkt Stellung zu seiner Rede genommen hat.

Daß Elsaß-Lothringen bei Deutschland bleiben muß, ist keine Frage. Graf Czernin hat gestern mit großer Entschlossenheit und Klarheit das Wort geführt und zur Erwägung gestellt, ob nicht Oesterreich und Amerika in eine Aussprache über die Wilson-Punkte eintreten sollten. Ich glaube wenn das geschieht, dürfen wir nicht eifersüchtig sein. Der Reichskanzler hat die Frage ja negativ berührt, sie sollte positiv behandelt werden. Was an Hemmnissen für den Frieden besteht, soll möglichst ausgeschaltet werden. Das Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn gut und eng zu gestalten, ist eine unserer vornehmsten Aufgaben. Eine Lockerung zu betreiben, wie das seitens der „Kreuzzeitung“ geschehen ist, weil deutschfeindliche Elemente in der Donaumonarchie sind, das ist falsch. Oesterreich hat es nicht so leicht, wie ein Nationalstaat, das muß bei Beurteilung der dortigen Verhältnisse beachtet werden. Das Ergebnis unserer Besprechungen hier, das glaube ich fest, wird ein friedensförderndes sein.

Weiterberatung Sonnabend.

Der Tag - Nr.48 – 1918 – Samstag, 26. Januar - Abend- §.2

Berliner Tageblatt - Nr.48 – 1918 – Samstag, 26. Januar - Abend- §.3

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 48 – 1918 – Samstag, 26. Januar - Abend- §.3

Vossische Zeitung - Nr. 49 - Sonntag, 27. Januar 1918, S.13-14

Vorwärts – Nr.27 - Sonntag, 27. Januar 1918, §.4

Die Aussprache im Hauptausschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstages führte heute die Beratung der politischen Fragen fort.

Der Tag: Abg. David (Soz.): Die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen sind mager und wenig befriedigend. Ein Abschluß mit der Ukraine allein wäre eine zweifelhafte Sache; ein Friedensschluß muß mit allen Russen zustande kommen. Ein Scheitern der Verhandlungen würde die Schuldfrage in den Vordergrund rücken. Man möge nicht sagen, Trotzki wolle den Frieden nicht, mir scheint, er will einen baldigen Frieden. Mit dieser Losung haben die Bolschewiki den Sieg davon getragen und die Arbeiter und Bauern hinter sich gebracht. **Wir müssen in Brest zu einem wirklich demokratischen Frieden kommen, ohne von den Bolschewiki die Preisgabe ihrer Prinzipien zu verlangen.**

Zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechts wollen die Russen zunächst ein provisorisches Organ auf dem Wege der Verständigung unter den Parteien schaffen. In den Ostgebieten wird dem stattgegeben werden können durch Ausbau der Landesräte. **Auch über die Räumung der besetzten Gebiete wird man reden können;** werden dort Milizen gebildet, so kann den befürchteten Gefahren vorgebeugt werden. **Die gefürchtete Bolschewikiregierung, das Hinübertragen des revolutionären Geistes ist ein Schreckgespenst.**

Zur Polenfrage hat sich Graf Czernin am klarsten geäußert. **Den Polen kann ein Ausgang zur See, nach Danzig, durch Wirtschaftsverträge eingeräumt werden.** In Litauen besteht ein starkes Streben nach Selbständigkeit mit der Orientierung nach dem Westen, in Rücksicht auf die völlige, noch lange andauernde Desorganisation in Rußland. Litauen hofft in Deutschland für die Erzeugnisse seiner sehr entwicklungsfähigen Bodenkultur Absatz zu finden. Nach Einnahme Rigas haben sich die Letten für Neutralisierung der baltischen Provinzen ausgesprochen, das würde eine Brücke werden zwischen uns und Rußland. Eine Eroberung des Landes dagegen würde die Bevölkerung abstoßen und auch zu Konflikten mit Oesterreich führen.

Die U-Boot-Hoffnung, in sechs Monaten die Engländer mürbe zu machen, hat sich nicht erfüllt. Die alldeutsch-konservative Agitation ist auf falscher Rechnung aufgebaut. Unsere Valuta ist mit dem Eintritt des U-Bootkrieges zum Sinken gekommen. Die Behauptung, das Sinken hinge mit der Reichstagsentschließung vom 19. Juli zusammen, ist falsch und auch vom Reichsbankpräsidenten als falsch bezeichnet worden. Einen weiteren Versuch zum Frieden zu machen, ist eine sittliche Aufgabe, der wir uns unterziehen müssen, auch im Hinblick auf die Feldgrauen draußen.

[NAZ 48, 26.01.1918,S.3: Der „Deutsche Kurier“ und sein Anhang setzt alle Hoffnungen auf einen Schwertfrieden und hofft, daß unsere Gegner sich nicht auf Friedensverhandlungen einlassen. Von derselben Seite]

Von den Kriegstreibern wird die letzte Rede des Grafen Hertling als neues Friedensangebot bekämpft, es werden sogar die Bundesfürsten, so der König von Bayern, gegen den Träger der Kaiserkrone ausgespielt, und es wird verlangt, König Ludwig solle nach dem Rechten sehen. **Erfreulich ist, daß die Reichsleitung bereit ist, in die Erörterung der Wilsonschen Vorschläge einzutreten; ein Schwanken ist überdies im Hinblick auf die bestimmten Erklärungen des Grafen Czernin gar nicht mehr möglich.** [NAZ 48: Wenn Deutschland in diesem Kriege gegen die große Ueberzahl seiner Feinde mit dem Status quo abschließt, so ist das der Sieg, der Sicherungsfrieden, der uns große wirtschaftliche Möglichkeiten erschließt.]

Hinsichtlich Belgiens ist die positive Erklärung von der Regierung abzugeben: Werden uns die Kolonien wiedergegeben, dann geben wir Belgien zurück. **Die Losung des Grafen Westarp „Los von der Sozialdemokratie“ bedeutet gleichzeitig „Los vom Verständigungsfrieden, los von der preußischen Wahlrechtsreform“.**

[NAZ 48, 26.01.1918,S.3: Die Wahl in Bautzen hat gezeigt, daß die Vaterlandspartei, die Alldeutschen, die Konservativen keinen Boden mehr im Volke haben, die große Mehrheit des Volkes steht hinter der Reichstagsmehrheit. Danach müssen unsere Staatsmänner ihre Politik einrichten.]

Würde die Regierung dem Drängen der Scharfmacher nachgeben, dann würde das Volk zur Verzweiflung getrieben; die Scharfmacher schaffen die Ursache für Streiks, nicht die Arbeiter.

Abg. Dr. David (Soz.) führt aus: Die Ergebnisse der Verhandlungen in Brest-Litowsk und Petersburg sind sehr mager. Auch die Einigkeit mit der Ukraine ist unsicher und ein Teilfriede mit der Ukraine wäre kein Ersatz für den Gesamtfrieden im Osten. Die Hoffnungen geben wir nicht auf, aber wer würde die Schuld tragen wollen an einem Scheitern. In dieser Frage muß man klar sehen. Trotzki will offenbar einen ehrlichen demokratischen Frieden, nur mit der Parole haben die Bolschewiki die Macht gewonnen. Die entgegenkommende Haltung der Mittelmächte vom 25. Dezember wurde in Petersburg mit Jubel aufgenommen. Die Erklärung vom 28. Dezember ist wie ein Donnerschlag dazwischengefahren; jetzt triumphieren die Gegner der Bolschewiki. Für diese ist das Selbstbestimmungsrecht das grundlegende Prinzip, das sie nicht aufgeben können. Angesichts dieser Situation müssen wir dafür sorgen, daß mit dem Selbstbestimmungsrecht wirklich Ernst gemacht wird. Die beiden Erklärungen vom 25. und 28. Dezember stehen tatsächlich im Widerspruch, daraus erklärt sich die veränderte Haltung der russischen Unterhändler. In der neutralen Presse lesen wir scharfe Proteste Trotzki und Joffes gegen die Stellung Deutschlands in der Räumungsfrage und die Art der deutschen Berichterstattung über den Inhalt der Verhandlungen. Hoffnungslos liegt die Sache immerhin nicht, wenn man die letzte Entscheidung einem Volksvotum überlassen will. Ob Referendum oder konstituierende Versammlung, ist bedeutungslos. Zunächst ist ein provisorisches Organ zu bilden durch Verständigung der Parteien; zum Teil sind schon Ansätze vorhanden. Der einzige Differenzpunkt ist die Räumung. Alle Einwände gegen sie fallen mit dem Friedensschluß und der Schaffung lokaler Milizen fort. Die Befürchtung vor der einsetzenden revolutionären Agitation in den jetzt besetzten Gebieten ist ein Gespenst. Die bolschewistische Richtung hat hier gar keine günstigen Bedingungen. Das Selbstbestimmungsrecht der Polen ist unbestreitbar. Das Ergebnis müssen wir abwarten, vermutlich kommen sie zur Selbständigkeit. Die daran geknüpften Befürchtungen von Expansionsbestrebungen sind Gespenster.

Die Rechnung auf den U-Bootkrieg war ein Irrtum, man darf die Widerstandskraft nicht unterschätzen, dafür ist Deutschland ein lebender Beweis. Der Redner bekämpft die Behauptung des Professors Kloß über die Bewegung der Valuta. Das Stocken der Friedensverhandlungen brachte auch das Steigen der Valuta ins Stocken. Wir haben Aussichten, zum Frieden zu kommen; die müssen wir ausnutzen, noch vor der geplanten Offensive.

Die alldeutsche Presse war frivol in ihrem Urteil über die Friedenserklärung vom 25. Dezember in Brest-Litowsk; sie sprach von einem schwarzen Tag für Deutschland. Das gleich gilt für die Urteile über die Rede des Reichskanzlers. Die Reichsleitung kommt mit Zugeständnissen nach rechts nicht durch. Die Mittellinie taugt nichts, wir brauchen klare Entscheidungen. Der Reichstag will sich ja gegen die Wilsonsche Erklärung entgegenkommend verhalten. Noch aktiver ist in dieser Hinsicht Graf Czernin. Die Aeußerung von der freien Hand nach Westen ist jedoch sehr mißverständlich. Wir müssen aus dem Schwanken heraus. Die Entscheidung kann nur fallen im Sinne der Resolution vom 19. Juli und der Antwort auf die Papstnote. Die Friedensresolution bringt uns auf eine günstige Verhandlungsplattform. Für uns bedeutet sie keinen Verzicht, wohl aber für die Entente; niemand wird dann sagen können, wir hätten den Krieg verloren. Die Weltkoalition wäre für alle Zeiten gesprengt, also in Wahrheit ein Sicherheitsfrieden erreicht. Ueber Belgien müssen wir eine positive Erklärung abgeben. Wir denken nicht daran, den Vlamen ihr Selbstbestimmungsrecht vorzuenthalten, aber die Vlamen wünschen unserer Einmischung gar nicht. Die alldeutsche Parole „Los von der Sozialdemokratie“ läßt uns kalt, die Konservativen stehen auf verlorenem Posten. Das ist eine der Wirkungen des Krieges.

Die Wahl in Bautzen sollte die Konservativen belehren und unsere Staatsmänner sollten vom Grafen Czernin lernen, daß es der Regierung eine starke Position gibt, wenn sie sich auf eine Mehrheit der Volksvertretung stützt. **Nicht wir üben Terrorismus, sondern die Vaterlandspartei.**

Wir drohen nicht, wir warnen.

Die heutigen Friedensverhandlungen sind ganz anderer Art als früher. Die Methode der Arbeit ist geändert und mußte es werden. Die Unterhändler kommen gebunden durch Rücksichten auf Vergangenheit und Gegenwart. Aus den zahllosen Eindrücken aller Art müssen sie Leitgedanken herausarbeiten. Das Selbstbestimmungsrecht allein löst nicht alle Weltprobleme und Menschlichkeitsgedanken. Die Formel ist nur eine Etappe, durch die wir hindurch müssen. Je realer wir die Begriffe fassen, desto besser. Ueber Trotzki urteilt der Vorredner zu günstig; er spielt sich als Urdemokrat auf, betätigt aber in Rußland sehr undemokratische Methoden. Der Ernst, mit dem der Begriff des Selbstbestimmungsrechts zu fassen ist, liegt bei Deutschland, diese Ueberzeugung müssen die Zwischenvölker gewinnen. Die Abmachungen müssen

bestimmte Fristen vorsehen. Dann haben wir das Recht, die besetzten Gebiete vor bolschewistischer Agitation zu schützen. Was wir in dieser Hinsicht hören, ist schlimm, sehr schlimm. Die Gerüchte, als ob Annexion beabsichtigt sei, müssen glatt und rund zurückgewiesen werden, das würde beim Scheitern der Verhandlungen uns ein gutes Gewissen geben.

Wenn Czernin ein freiwillig kommendes Polen annehmen will, so ist das staatsmännisch gesprochen. Können wir nicht auch hinsichtlich der anderen Gebiete so sprechen? Fürst Ysenburg hatte schon früher entfernt werden sollen, aber wenn die Völker zu wählen haben zwischen dem chaotischen Rußland und dem geordneten Deutschland, so kann ihnen die Wahl nicht schwer werden. Die Gefahren der austropolnischen Lösung lassen sich beseitigen durch eine gute und weitsehende Politik. Jede denkbare Lösung enthält die Gefahr der Irredenta. Wir brauchen politischen Takt in der Behandlung unserer Polen. Dr. Drew's Äußerungen enthalten eine Lücke, nämlich die Anerkennung der Leistungen der Polen im Kriege und der Tatsache, daß viele Polen auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse stehen. Die polnische Propaganda darf uns nicht abhalten, gerecht zu urteilen. Wünschenswert ist es, daß die neue polnische Regierung an den Verhandlungen in Brest-Litowsk beteiligt wird. Die Hindernisse sind nicht recht begreiflich, nachdem Vertreter der Ukraine zugelassen sind. Das Ergebnis der Verhandlungen in Brest-Litowsk ist unsicher; hauptsächlich wegen des wirren Zustandes Rußlands. Es fehlt die dispositionsfähige Stelle, mit der haltbare Abmachungen zu schließen sind. Es fehlt die ruhige Autorität. Der Krieg führt leicht eher zur Zersetzung der Staaten als zum Frieden. Das ist eine Sorge, die auf ganz Europa lastet.

Subjektiv will Wilson den von ihm vorgeschlagenen Frieden, wenn man ruhig denkt, zweifellos ernstlich. Seine Kundgebung kommt dem Frieden entgegen, sie hat ein erhöhtes Gewicht, weil er nicht mehr neutral ist. Sie als bedeutenden Akt anzuerkennen, haben Graf Hertling und Graf Czernin nicht unterlassen.

Haben die Engländer große Teile der Türkei besetzt, so wir Belgien und Nordfrankreich, das gibt die Möglichkeit eines Ausgleichs. Das Selbstbestimmungsrecht gilt natürlich auch für Bulgarien. Die Erklärungen hinsichtlich Belgiens müssen positiv gefaßt werden, die Wünsche für die Flamen können ruhig daneben bestehen. Aber um der Flamen Willen darf der Krieg nicht weitergehen. Das Echo der Rede des Reichskanzlers in der deutschen Presse zeigt kein klares Vertrauen zu seinen Ausführungen. Wenn man, wie die Konservativen alles auf eine Karte des Sieges setzt, so hat das ganze Friedensgerede keinen Sinn, und die Regierung muß durch eine andere ersetzt werden. Wenn man dagegen den Gedanken der Verteidigung zur Grundlage nimmt, so hat man militärisch gerüstet zu bleiben, muß aber die Arbeit der Diplomatie in den Vordergrund stellen und darf nicht überall anstoßen. Man kann die Auseinandersetzungen über diese Methoden nicht vermeiden, sonst bleibt Unklarheit und Unsicherheit.

Was heißt: freie Hand im Westen? Können wir im Osten demokratisch, im Westen aristokratisch-militärisch sein? So kann man keine Politik führen. Wir freuen uns, daß unser Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn der Eckstein unserer Politik sein und bleiben soll. Warum ist der Gedankengang für die Alldeutschen unmöglich? **Ein weiterer großer militärischer Erfolg zu Lande und zu Wasser ist möglich. Aber ist dann die Situation für einen allgemeinen Frieden günstiger? Entweder haben wir dann in neues mürbes Land, mit dem wir keinen Frieden schließen können, oder der Krieg geht weiter ohne Elan, aber zähe und ohne absehbares Ende.**

Mit jedem Kriegsjahr wird der Wiederaufbau auch unseres Staatswesens immer mehr gefährdet. Es ist nicht verboten, auch solchen Sorgen in Deutschland Ausdruck zu geben. Deutschland geht nicht unter, aber es siegt auch nicht auf der ganzen Erde. **Mit dem Streit über Warnungen oder Drohungen kommt man über die sich erhebenden Arbeiter- und Streitfragen nicht hinweg.** Deshalb müssen wir über diese Dinge offen reden.

Der Redner spricht über ein neuverteiltes Flugblatt, das zum Sturz der Regierung, zur Zerschmetterung der Bourgeoisie, zur Revolution und zur Errichtung der Republik auffordert, den Separatfrieden ablehnt und zu Massenstreiks in den nächsten Tagen, namentlich in der Munitionserzeugung und im Verkehr rät. Welche Bedeutung dieses Flugblatt hat – wir können es nicht leicht hin übersehen. Der Redner gibt eine Erklärung im Namen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften ab, daß sie ihre Pflicht tun werden für die Verteidigung des Vaterlandes.

Tirpitz hat die Öffentlichkeit in unerhörter Weise aufgewühlt. Entweder man vertritt den Staat oder man tut es nicht, und wenn das Letztere der Fall ist, so soll man nicht behaupten, daß es im Namen der Ordnung geschieht. National sein heißt die Masse mitnehmen sollen. Das soll man uns von der Regierung aus sagen. Regierung und Parlament sollen unschuldig sein, wenn Störungen eintreten.

Vossische Zeitung, Nr. 49, 27.01.1918, S.14 –Schlußteil Abg. D. Naumann (Fortschr. Vp.) seiner Rede:

Wir freuen uns, daß die Gemeinschaft mit Oesterreich in der Weise in den Vordergrund gestellt worden ist, wie es Staatssekretär v. Kühlmann getan. Davon wird die Welt Notiz nehmen und ihre Schlüsse zu ziehen haben. Ist ein allgemeiner Friede ohne neue Schläge im Westen möglich, so soll er geschlossen werden. Der Wiederaufbau der Wirtschaft ist an das Faktum der Wiederanknüpfung gebunden. Wir wollen nicht die ganze Welt besiegen, ein Verständigungsfriede ist unser Ziel.

Allen Ernstes muß ich Stellung nehmen gegen die Arbeit der „Unabhängigen Sozialisten“, durch Flugblätter und Aufrufe die Arbeitsverhältnisse zu unterbrechen. Ein neuverteiltes Flugblatt fordert zum Sturz der Regierung, zur Zerschmetterung der Bourgeoisie, zur Revolution und zur Errichtung der Republik auf, lehnt den Separatfrieden ab und rät zu Massenstreiks in den nächsten Tagen, namentlich in der Munitionserzeugung und im Verkehr. Wir sind überzeugt, daß die große Masse der Arbeiter gegen dieses Treiben Stellung nimmt. Abg. Erzberger hat dies gestern namens der christlich-internationalen Arbeiterschaft getan, und ich tue es heute im Namen der Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine. Die freien Gewerkschaften werden wohl in derselben Weise Stellung nehmen. Am 4. August 1914 erfolgte der Anschluß der Arbeiterklasse an das Volk: es galt, die Verteidigung in einem gerechten Krieg. Aber die Leute, die die Eroberungspropaganda betreiben, der undisziplinierte Großadmiral v. Tirpitz und die Vaterlandspartei, die haben die Staatsautorität in einer Weise untergraben, wie niemand zuvor. Sie können sich auch heute nicht als Hüter der Ordnung aufspielen, wenn die großstädtische Bevölkerung auf die Straße geht. Es darf aber zu keiner Schwächung unserer Kriegstüchtigkeit und zu keiner Störung des Wirtschaftslebens kommen.

Vossische Zeitung, Nr. 49, 27.01.1918, S.13 – Kühlmanns Antwort an den Reichstag

Nach dem Abg. Naumann ergriff im Hauptausschuß das Wort **Staatssekretär v. Kühlmann:**

Meine Herren, die Debatte der zwei Tage hat uns eine reiche Fülle von Gedanken und Gesichtspunkten zu denjenigen Gegenständen gebracht, welche der Herr Reichskanzler in seiner Rede dargelegt hat, und zu denjenigen Ausführungen, welche ich mir gestattet habe, Ihnen gestern zu unterbreiten, um den Verlauf der in Brest-Litowsk geführten Verhandlungen darzulegen. Es ist nicht menschenmöglich, auf eine so große bedeutende Debatte in allen Einzelheiten einzugehen. Ich will mir gestatten, diejenigen Punkte einzeln zu besprechen, bei denen mir im Laufe der Debatte eine Besprechung erforderlich erschien.

Mehr Ministerreden. Der Herr **Abgeordnete Stresemann** hat in seinen Ausführungen, welche sowohl in diesem hohen Hause als in der Öffentlichkeit zweifellos die Beachtung gefunden haben, die sie verdienten, darauf hingewiesen – und dieser Hinweis ist mir auch in der deutschen Presse schon oft begegnet – daß es wünschenswert wäre, die deutschen Minister sprächen häufiger öffentlich, antworteten rasch und, wenn ich so sagen darf, mit verteilten Rollen, auf die Äußerungen des Auslandes. Ich stimme diesem Wunsche grundsätzlich vollkommen bei. Ich glaube auch, daß die Entwicklung des öffentlichen Lebens bei uns in der von dem Abg. Stresemann gewünschten und angeregten Weise verlaufen wird. Und wenn ich einige Gründe anführe, warum die Offensive der öffentlichen Rede bei unseren Gegner leichter fällt, so geschieht dies nicht, als ob ich dem Gedanken nicht sympathisch gegenüber stünde, sondern nur, um zu erklären, warum die Dinge so sind, wie sie sind.

Unsere Minister sind in unendlich höherem Grade, als dies in **England** der Fall ist, zugleich Chefs ihrer Ressorts, sind mit Ressortarbeiten in ganz enger Weise überlastet als in **England, wo der Minister in erster Linie Politiker und die Ressorttätigkeit bei ihm absolut in zweiter Linie steht. Das geht schon daraus hervor, daß dort derselbe Mann innerhalb weniger Jahre 4 oder 5 der disparatesten Ressorts nacheinander verwaltet. Eine fast 200 jährige parlamentarische Tradition liegt in England vor, und in England gehört die öffentliche Rede, insbesondere die öffentliche Rede beim politischen Zweckessen, zu den alten und feststehenden Gewohnheiten.** Dazu kommt aber auch noch ein anderes. In England ist es ganz selbstverständlich, daß der Minister sozusagen zwei Persönlichkeiten hat, die eine offizielle, wo er „*ex cathedra*“ spricht und meistens die Ansicht des Kabinetts nach vorhergehender Beratung vertritt, und die zweite, die den in diesen öffentlichen Reden hervortritt, wo er sich häufig recht große Abweichungen von der orthodoxen Regierungspolitik leisten kann.

Bei uns ist diese Auffassung noch nicht durchgedrungen. Jede Äußerung eines Staatssekretärs oder Ministers würde mit der Gewissenhaftigkeit und mit der Entwicklung des kritischen Geistes, welche eine der größten Eigenschaften der deutschen Nation darstellt, auf der Wagschale gewogen, seziert und analysiert werden, und ich glaube, das Bestreben weiter Kreise würde dahin gehen, zwischen den Ausführungen der einzelnen Minister Abweichungen im Tone usw. festzustellen. Deshalb also würde bis zu einem gewissen Grade eine Schwächung der Regierungspolitik eintreten.

Besonders bei unserer Verfassung, die eben nur einen wirklich verantwortlichen Minister, nämlich den Reichskanzler im Reiche kennt, würde es nicht ganz leicht sein, bei einigermaßen bedeutenden Gegenständen ohne vorherige Festlegung des Textes mit dem Herrn Reichskanzler, derartige Reden zu halten. Das ist ohne weiteres zu ersehen. Manchmal sind ja Anläufe gemacht worden. Ich erinnere an den großen und wenn ich nicht irre, auch erfolgreichen Redefeldzug, den seinerzeit Herr Dr. Dernburg als Staatssekretär des Reichskonlonialamts gehalten hat, und wenn die Entwicklung in dieser Richtung bei uns geht, so will ich das durchaus begrüßen.

Denn je mehr die Regierung Gelegenheit nimmt und Gelegenheit bekommt, unmittelbar auf die öffentliche Meinung des Landes einzuwirken, das sie zu vertreten hat, desto günstiger.

Wenn ich zu den **Bemerkungen des Grafen Westarp** übergehen kann, so stand er abweichend von der Mehrzahl der Redner, die hier zu Wort gekommen sind, dem Verlauf und den Methoden der Verhandlungen in Brest-Litowsk ausgesprochen kritisch gegenüber. Wenn ich ihn recht verstanden habe, so ist eigentlich der Punkt, in dem er am stärksten differiert, der, daß die Delegation sich nicht auf den Standpunkt der Annexionen gestellt hat. Dieses Wort ist, wenn mich mein Gedächtnis nicht trügt, nicht gefallen.

Aber in dieser Beziehung gibt es nicht sehr viel Begriffe, und ich glaube, **seine Ausführungen deuten doch darauf hin, daß er die Besitzergreifung, fußend auf dem errungenen militärischen Erfolge, befürwortet. Wie ich gestern sehr ausführlich dargelegt habe, ist eine solche Stellungnahme für die gegenwärtige Reichsregierung nach ihren ganzen Grundsätzen, nach ihrer ganzen Vergangenheit von vornherein unmöglich.**

Der Weg, den wir beschritten, ist wohl erwogen, der einzige Weg, auf welchem vollkommen restlos und harmonisch die gesamten Grundsätze der Regierung in Einklang zu bringen waren.

Das Einvernehmen mit der Heeresleitung. Der Abg. **Freiherr v. Camp** stellte die Frage, ob denn vor Beginn der Friedensverhandlungen die Friedensbedingungen nach dem Osten auch mit der Obersten Heeresleitung besprochen wären. Ich kann die Versicherung geben, daß die Gestaltung unserer Ziele nach dem Osten selbstverständlich bei dem sehr häufigen Austausch der Meinungen zwischen der politischen Leitung und der Obersten Heeresleitung stets und besonders vor Beginn der Verhandlungen den Gegenstand sehr eingehender Erwägungen gebildet haben, und ich lege Wert darauf, gegenüber manchem, was alles in der Presse nicht gesagt, aber angedeutet ist, darauf hinzuweisen, daß über die Gestaltung dieser Dinge im allgemeinen irgend welche nennenswerte Meinungsverschiedenheiten nicht bestanden haben, zu keiner Zeit, an die ich mich erinnere. Ich habe mir auch gestern erlaubt auszuführen, daß der innige Zusammenhang, der bei der Fortdauer dieses Krieges zwischen der Friedensdelegation und der Obersten Heeresleitung unbedingt notwendig ist, wie ich glaube, durch die getroffenen Einrichtungen so vollkommen, als die bei der Unvollkommenheit menschlicher Dinge überhaupt möglich ist, geschaffen worden ist.

Die ukrainische Rada. Wenn ich zu den Bemerkungen des **Herrn Abg. Ledebour** übergehen kann, so hat er von der Stellung der ukrainischen Rada und der diplomatischen Stellung ihrer Abordnung in Brest-Litowsk ein Bild entworfen, das unrichtig ist. Er sprach von einer russischen Föderation und davon, daß infolge dieser Föderation die Abgeordneten der ukrainischen Rada nur sozusagen als Unterabteilung der Delegation der Bolschewiki in Petersburg auftreten können. Dies entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Die Republik der ukrainischen Rada in Kiew ist sowohl von den Bolschewiki als von uns als selbständige Republik anerkannt worden. Die ukrainische Delegation hat uns sowohl mündlich wie schriftlich dargelegt, daß die spätere Schaffung der Föderation der russischen Volksrepubliken zu ihren Programmpunkten zähle, daß sie aber, solange nicht durch freie Vereinbarung dieser souveränen Republiken untereinander die Föderation geschaffen sei, selbst sich vollkommen berechtigt halte, ebenso souverän und unabhängig wie die diplomatische Vertretung irgend eines anderen souveränen Staates für das Gebiet der ukrainischen Rada in Kiew international tätig zu sein. Auch auf seiten der bolschewistischen Abordnung sind von Anfang an, solange sie hoffte, daß die ukrainische Rada-Abordnung als diplomatische Hilfstruppe für sie eintreten würde, Schwierigkeiten dagegen nicht erhoben worden. Als die Herren aber sahen, daß die Ukrainer ihre eigenen Wege gingen und national-ukrainische Ziele verfolgten, ist allerdings ein Umschwung eingetreten.

Wir stehen auf dem Standpunkte, daß sowohl Finnland wie die Ukraine genau in demselben Maße berechtigt sind zur freien diplomatischen Aktion nach außen wie irgendein anderer Staat, und die logische Interpretation der gesamten von den Bolschewiki vertretenen Auffassung läßt meiner Ansicht nach eine abweichende Lesart nicht zu.

Was von dem Herrn Abg. Ledebour über gewisse Vorgänge in Riga ausgeführt worden ist, war – darauf lege ich Wert, dies festzustellen – mir vollkommen neu. Wenn es Herrn Ledebour – wahrscheinlich würde ein derartiger Appell bei ihm auf den steinigen Acker fallen – wirklich darum zu tun war, einen derartigen Vorgang

aufzuklären, so wäre ich, wie ich dies den anderen Parteien gegenüber schon öfter ausgesprochen habe, dankbar gewesen, vorher von dieser Anfrage Kenntnis nehmen zu können.

Die Vertretung der Polen. Der Herr Abg. Seyda, der für die polnische Fraktion gesprochen hat, glaubte sich darüber beklagen zu sollen, daß zwar die Vertreter der Ukraine amtlich diplomatisch in Brest-Litowsk tätig gewesen seien, nicht aber die Vertreter der polnischen Fraktion. Die Vertretung der westlichen Randvölker in Brest-Litowsk ist wiederholt zum Gegenstand des Meinungs Austausches zwischen uns und der russischen Delegation gemacht worden. Herr Trotzki meinte eines Tages, warum diese Vertreter nicht erschienen seien. Als ich aber meines Teils mich auf den Standpunkt stellte, wir seien ohne weiteres bereit, die Vertreterfrage in der entgegenkommendsten Weise zu behandeln, sobald er sich auf den Standpunkt stellte, wie es logisch ganz unausweichlich war, daß eben doch nur Vertreter bestehender Staatskörper zu den Verhandlungen zugelassen würden, trat er einen eiligen und nicht sehr geordneten Rückzug an und hatte es bisher aufs ängstlichste vermieden, an diese heiße Schüssel jemals wieder heranzukommen. Also müssen die Herren, die sich darüber beklagen, daß die Vertreter der Randvölker noch nicht da sind, sich an die Vertreter der Gegenseite wenden. Auch Graf Czernin, mit dem ich in dieser Frage in vollster Uebereinstimmung stehe, steht auf meinem Standpunkt.

Sobald die russische Delegation sich auf den Standpunkt stellt, es handelt sich um Vertreter von Staatskörpern mit Staatswillen, werden wir ohne weiteres die Frage praktisch in die Hand nehmen.

Was ich über die Ukraine zu sagen habe, habe ich eben gesagt. **Bei der Ukraine liegen die Dinge anders, da ist sowohl von der bolschewistischen Regierung als von seiten der Mittelmächte die selbständige Staatspersönlichkeit und das Recht zur diplomatische Vertretung anerkannt worden.**

Wenn ich übergehen darf zu der Rede, welche der Herr Abg. David gehalten hat, so hat er eine mir im Original noch nicht vorliegende Klage des Herrn Joffe über unsere Publikationen geltend gemacht. Unsere Publikationen werden unter erheblichen technischen Schwierigkeiten – denn es ist bei der Länge der Verhandlungen und der Schwierigkeit der Uebersetzung immer ziemlich zeitraubend, den authentischen Text schließlich festzusetzen – von den vier verbündeten Delegationen zusammen ausgearbeitet. Dies ist eine von den vielen Schwierigkeiten, die daraus hervorgeht, daß wir eben als Koalition verhandeln und selbstverständlich auch in den Veröffentlichungen vollkommen konform gehen müssen. Wir können also für die Einzelheiten der Veröffentlichungen nur einen Teil der Verantwortung tragen, und es ist selbstverständlich, daß auch hierin eine gewisse Gleichmäßigkeit stattfinden muß. Ich muß auch sagen, daß die Herren, die mit der Redaktion der Veröffentlichungen betraut worden sind, soweit ich es habe kontrollieren können, mit der größten Unparteilichkeit verfahren sind. Daß wir uns nicht darauf einlassen können, alles, was die russische Delegation häufig in vollkommen zweifelsfreier Weise zum Fenster hinaus redet, durch unseren amtlichen Apparat verbreiten zu lassen, das kann uns kein Mensch zumuten und kann auch kein Mensch von uns verlangen. Daß aber jedem der Mitglieder dieses hohen Hauses, der über Einzelheiten noch weitere Informationen haben will, durch meine Vertreter im Auswärtigen Amt diese Informationen in liberaler Weise zur Verfügung gestellt wird, dafür, glaube ich, kann ich eintreten. Ich bin überzeugt, daß die Weisung, die auch schon vorher ergangen war, über jede Einzelheit in erschöpfender Weise Auskunft zu geben, auch während meiner Abwesenheit von meinen Vertretern befolgt worden ist. (Sehr richtig.)

Die Vertretungskörper. Der Herr Abg. David – und das möchte ich warm begrüßen – hatte darauf hingewiesen, daß der Vertretungskörper in Litauen, der einzige Vertretungskörper, für dessen Zusammensetzung wir sozusagen verantwortlich sind – denn bei den historisch vorhandenen Vertretungskörpern kann uns für die Zusammensetzung eine derartige Verantwortlichkeit nicht zugemutet werden – wirklich verständig und ehrlich zusammengesetzt worden ist, so daß eine Vertretung des litauischen Volkes in seinen Schichten und Strömungen nach Möglichkeit erstrebt worden ist. Meine Herren, den Schluß, den ich daraus ziehen möchte, ist der, daß Sie Vertrauen zu uns haben sollen, daß da, wo wir weiter arbeiten werden in dem Sinne und auf den Grundlagen, die für die Zusammensetzung des litauischen Vertretungskörpers maßgebend gewesen sind.

Es ist mir die Auffassung entgegengetreten, als würden wir für die Verbreitung der anderen vorhandenen Vertretungskörper unbedingt bis zum Kriegsschluß zu warten die Absicht haben. Wir werden unter den schwierigen Verhältnissen, wie hier häufig dargelegt worden ist – das Land ist nun einmal Etappengebiet, und der Krieg geht weiter – wir werden aber, wenn der Friede mit Rußland zustande gekommen ist, was sich einigermaßen mit den militärischen Notwendigkeiten vereinbaren läßt, schon jetzt tun, um diese Verbreitung schon während des Krieges zustande zu bringen. Ich werde meinen Einfluß in dieser Beziehung in die Wagschale werfen.

Die blutigen Argumente der Bolschewiki. Der Herr Abg. Naumann hat in einer der gedankenreichen Reden, denen, glaube ich, das Haus immer mit großem Interesse lauscht, eine Menge interessanter Gesichtspunkte aufgeworfen. Er hat mit einer Zartheit, die ich nicht zu teilen vermag, auf die Methode der Bolschewiki hingewiesen. Wir wollen die Sache beim Namen nennen.

Trotzki hat mir gegenüber zweimal in der Diskussion offen kundgegeben: Unsere Regierung hat keine Grundlage als die Macht. Die Bolschewiki stützen sich einfach auf die brutale Macht, ihr Argument sind Kanonen und Maschinengewehre (Sehr richtig!), und wenn der Herr Abg. Naumann leise von einer Art Bedrohung der persönlichen Existenz gesprochen hat, so möchte ich ihm mit Wilhelm Busch antworten:

„Denn seinem Dasein als Subjekt
wird alsbald ein Ziel gesteckt.“ (Heiterkeit)

Also Meinungsverschiedenheiten werden durch Auslöschung des Gegners in radikaler und befriedigender Weise beigelegt. Die Bolschewiki predigen sehr schön, aber praktisch sieht es anders aus. Sie haben die finnische Volksrepublik feierlich anerkannt, sie haben die Freiheit dieser Volksrepublik, diplomatische Vertreter zu empfangen, niemals in Frage gestellt, aber wenn es auf die Praxis ankommt, Vertreter hinschicken, machen sie die größten Schwierigkeiten. Und wenn den Herren Berichte aus Finnland zur Verfügung stehen, werden sie wissen, daß die Soldateska dort eine Gewaltherrschaft ausübt, wie sie schlimmer in den schlimmsten Zeiten des Zarismus nicht dagewesen ist.

Wenn ich auf das Verfahren der Herren Bolschewiki gegenüber der mit so großem Pomp angekündigten gesetzgebenden Versammlung verweisen darf, so war die hauptsächlichliche Vorbereitung, daß zwei Kreuzer sich vor das Taurische Palais legten und ihre Kanonen mit scharfer Munition auf die Fenster dieses Palais richteten. Als dieses Argument auch nicht durchschlagend genug war, wurden die Herren einfach mit Bajonetten nach Hause gejagt. (Hört! Hört!)

Die austropolnische Lösung. Der Herr Abg. Naumann ist auf den Ausdruck „austro-polnische Lösung“ zurückgekommen. Meine Herren, es würde den Rahmen dieser Debatte überschreiten, wenn ich auf die sogenannte austro-polnische Lösung hier weiter eingehen wollte, ein Ausdruck, der mir, nebenbei gesagt, nicht ganz glücklich scheint. Ich hoffe, daß, wenn wir seinerzeit die große und wichtige Kardinalfrage „Mitteleuropa“ besprechen, wir dann nicht allzu häufig von ihm Gebrauch machen werden. Die Frage ist – und der Herr Abg. Naumann, der Vertreter des Gedankens „Mitteleuropa“ weiß das so gut wie die Regierung – außerordentlich schwerwiegend, und das zeigt sich auch darin schon, daß die Vorbesprechungen, die jetzt seit Monaten im Gange sind, und die sowohl von Oesterreich-Ungarn als auch von uns mit allem Eifer gefördert werden, noch nicht zu irgendeinem „mitteilungsreifen“ (um einen von dem Herrn Abg. Naumann geprägten Ausdruck zu gebrauchen) Zustande gelangt sind.

Was Graf Czernin von Polen gesagt hat, das können wir auch ruhig von den anderen Randvölkern sagen, welche den Gegenstand der Debatte bilden werden. Wir haben genau dasselbe Zutrauen zu der Anziehungskraft des freien, großen deutschen Staates auf diese Völker, und die deutsche Politik wird nie, unter keinen Umständen zu kleinlichem Polizeidruck oder irgendwelchen derartigen Mitteln greifen, die auf die Dauer meiner Ueberzeugung nach nur das Gegenteil dessen bewirken können, was wir bewirken wollen, nämlich ein freies, aufrichtiges und freundschaftliches Verhältnis zwischen uns und den Randvölkern.

Durchaus begrüßen möchte ich, was der Herr Abg. Naumann über die Beziehungen zu unseren Bundesgenossen, den Türken und Bulgaren, gesagt hat. Ich unterschreibe da jedes Wort, was gesagt worden ist. Diese Völker sind in schweren entscheidungsreichen Stunden, vertrauend auf den Stern des Deutschen Reiches, an unsere Seite getreten, und sie sollen in keiner Stunde der Friedensverhandlungen den Eindruck bekommen, daß das deutsche Wort nicht für jeden Deutschen bindend ist bis zum Ende. (Lebhafter Beifall).

Der Abg. Naumann hat ein Flugblatt verlesen, welches in vielen Beziehungen interessante Ausblicke gewährt. Wenn dieses Flugblatt die Ansicht der Unabhängigen Sozialdemokraten widerspiegeln sollte, und wenn diese Ansichten mit denen der Bolschewiki sich in so vollkommener Uebereinstimmung befinden, wie wir mehrmals von der äußersten Linken gehört haben, so möchte ich allerdings an den Abg. Dr. David die Frage richten, ob er dann über die unbedingte Sicherheit des Trotzki'schen Friedenswillens noch ebenso bestimmt und optimistisch denkt, wie er das heute früh zum Ausdruck gebracht hat. Ich möchte, wie ich das gestern auch getan habe, diesen Friedenswillen nicht leugnen. Ich bin gar nicht überzeugt, ob Herr Trotzki selbst eine absolute sichere Linie schon gezogen hat.

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß derartige Aeußerungen – und ich kann es ruhig sagen, es sind mir auch derartige Aeußerungen von russisch-maximalistischer Seite mehr als eine begegnet – doch immerhin die Möglichkeit erkennen lassen, daß bei diesen Herren noch eine andere Politik getrieben wird, als die des

offenen und ehrlichen Friedensschlusses, mit den nun einmal wie die Sünde und das Gift verhaßten „Bourgeoisregierung der Zentralmächte.“

Eins kann ich sagen, daß ich nach dieser Debatte, welche in weitestem Umfange für uns Klärung gebracht hat, mit vermehrter Ruhe und Sicherheit hinausgehe, um die schwierigen Verhandlungen, die noch bevorstehen, fortzusetzen. Sie können sich darauf verlassen, meine Herren, daß der ernste Friedenswille, der der oberste Leitstern der deutschen Regierung ist, uns dazu bewegen wird, auch weiter mit der größten Sachlichkeit und Geduld jeden Weg zu gehen, der zu einem vernünftigen und ehrenvollen Frieden führen kann. Ich darf es mit Dankbarkeit anerkennen, daß die Debatte hier im Reichstage, wie am ersten Tage hierzu die Hoffnung ausgesprochen worden ist, uns in dieser Beziehung eine stärkere, breitere Basis gegeben hat, als dies vorher der Fall gewesen ist. (Beifall.)

Vossische Zeitung, Nr. 49, 27.01.1918, S.13 – Nach dem Staatssekretär v. Kühlmann sprach Abg. Haase (U.S.)

Der aufgetauchte Zweifel über den ehrlichen Friedenswillen Trotzki prallt an dessen Persönlichkeit ab. Das Auftreten der deutschen Unterhändler hat die Verhandlungen in Brest erschwert. Die deutschen Unterhändler haben sich geweigert, die Räumung der besetzten Gebiete zuzugestehen. Polen kann nicht durch einen einseitigen Akt von Rußland losgetrennt werden. Den Randvölkern ist das Selbstbestimmungsrecht einzuräumen. Die Abstimmung muß frei bleiben von militärischem Druck. Das Referendum muß zur Einführung kommen. Herr v. Kühlmann hat von Erzielung einer Uebereinstimmung zwischen der Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung über die Politik im Osten gesprochen; es wäre interessant zu wissen, wer dabei nachgegeben hat. Man darf die Letzten auch nicht auch nicht in verdeckter Weise annektieren wollen. Die Regierung darf dem Verlangen der oberschlesischen Kohlenmagnaten auf Annexion des polnischen Kohlreviers nicht nachgeben. Welche Politik verfolgt die Regierung im Westen? Sollen jetzt, nach Zurückweisung unserer Friedenshand durch die Entente, die Annexionspolitiker Recht bekommen mit ihren Forderungen auf westliches Gebiet? Wenn der Krieg durch Abstimmung der Elsaß-Lothringer über ihre staatliche Zugehörigkeit entschieden werden könnte, so würde wohl kaum jemand dagegen sein. Wir erwarten die Einführung der sozialen Republik in allen Ländern. Das Streikrecht muß den Arbeitern zugestanden bleiben.

Vorwärts, Nr. 27, 27.01.1918, S.4 – Abg. Haase.

Wenn ein Zweifel darüber ausgesprochen sei, ob es Trotzki ehrlich meine, so pralle dieser Zweifel an seiner Persönlichkeit ab. Trotzki will ernstlich den Frieden; die Erklärung vom 27. Dezember aber hat geradezu verwüstend gewirkt. Das war die Ursache des Stimmungsumschwunges in Rußland. Augenblicklich hat sich die Situation verschlimmert. In einer Kundgebung Trotzki wird gesagt, **daß die militaristischen Kreise in Deutschland die Oberhand haben**, daß ferner die deutschen Unterhändler eine auch nur bedingte Räumung der besetzten Gebiete abgelehnt haben. Die deutschen Unterhändler treiben kein ehrliches Spiel. Daß Rußland uns momentan gefährlich werden könne, glaube kein Mensch. Daß der Krieg eine Demoralisation in Rußland geschaffen hat, ist richtig. Ist daß etwa bei uns viel anders? Jeder Sinn für Rechtlichkeit ist geschwunden; Diebstähle schwerster Art mehren sich. Wir sind wirklich nicht berufen, als Schützer der Ordnung in den besetzten Gebieten zu scheinen. Ordnung zu schaffen kann man diesen Völkern selbst überlassen. Die besetzten Gebiete sind noch Teile von Rußland. Der Ausbau der Verwaltungskörper bessert nichts. Solange fremde Truppen in diesen Gebieten sind, kann sich das Volk nicht frei äußern. Nicht einmal in Litauen habe man einen Verwaltungskörper, der als Ausdruck des Volkswillens anzusprechen sei, denn die Gegner der Okkupation dürfen sich dort nicht rühren. Ehe eine Volksabstimmung stattfindet, müssen die Gebiete erst frei sein von fremden Truppen. Der Staatssekretär hat gesagt, daß man an der Frage des Referendums die Verständigung nicht scheitern lassen wolle. Damit wäre ein Teil der Hindernisse beseitigt, aber auch die Räumung der Gebiete müsse zugestanden werden. Tirpitz hat erklärt, er habe sich mit Graf Hertling verständigt. Die Art der Verständigung müsse man kennen lernen. Redner erklärt, daß ihm eine Denkschrift Deutschlands an Oesterreich zugegangen sei, in der über den Osten gesagt wird:

„Ursache allen Handelns Deutschlands ist der Mangel an Gebiet, sowohl für die Entwicklung des Handels, wie für Kolonisation . . . Unser Ziel ist die dauernde Sicherung des Deutschen Reiches in Mitteleuropa und die Ausdehnung seines Gebietes. Wir wollen kein Land, das in sich selbst die Wurzeln des Zerfalls trägt, entstanden aus der Bedrückung fremder Nationalitäten, die es bewohnen. Das Neuland muß deutsch werden. Wenn die Neuerwerbungen wirklich wertvoll sind, muß die Auswanderung aus diesen Gebieten gefördert werden.“

Der Vorsitzende des kurländischen Landesrats fordert direkt eine Germanisierung der baltischen Provinzen. Das deckt sich völlig mit den Auslastungen der Denkschrift, die Herrn Dr. Michaelis zugeschrieben

wird. Eine offene Annexionspolitik ist entschieden ehrlicher als wie die fortgesetzten Hinterhältigkeiten. Die Sozialdemokratie Lettlands, der weite Volkskreise zustimmen, erkennt die Willenskundgebungen des kurländischen Landtags nicht an, Sie beharren auf dem Selbstbestimmungsrecht und fordern, daß die Volksabstimmung erst ein Jahr nach dem Frieden vorgenommen werden soll. Die Bevölkerung in Riga hat bereits lebhaft gegen einen Anschluß an Deutschland protestiert. Bismarck wollte aus innerpolitischen Gründen die russischen Ostseeprovinzen nicht einmal geschenkt haben. Heute weiß man noch nicht bestimmt, was aus Polen werden soll. Die oberschlesischen Kohlenmagnaten wollen das Kohlenbecken Kongreßpolens und die Regierung hat dieses Verlangen noch nicht zurückgewiesen. Für die Vlamen fordert man das Selbstbestimmungsrecht, den Polen aber soll es vorenthalten bleiben. Soll der Umstand, daß man sich nach dem Westen nicht mehr gebunden erachtet, bedeuten, daß man dort annektieren will? **In der bereits angezogenen Denkschrift wird die Annexion von Longwy und Briey als dringend notwendig bezeichnet.** Wenn man bedenkt, was heute alles als nicht-gewaltsame Angliederung betrachtet wird, dann müssen ernste Bedenken laut werden. Ganz unerfreulich waren die Ausführungen des Kanzlers über Belgien. Es kommt darauf an, ob man auch die wirtschaftliche und militärische Unabhängigkeit Belgiens wieder herstellen will. Eine solche Versicherung würde den Friedenswillen der englischen Arbeiterschaft bedeutend stärken. Leider hat es der Kanzler unterlassen, das zu sagen. Ist es richtig, daß der Kanzler sich den Wünschen Hindenburgs und Ludendorffs gefügt hat, nachdem die beiden Generale mit ihrem Rücktritt gedroht hatten?

Dann würde die kommende Offensive nur dazu dienen, einen alldeutschen Gewaltfrieden herbeizuführen. Zwischen Oesterreich-Ungarn und Amerika sind bereits Fäden geknüpft worden; Deutschland hat die Pflicht, sich anzuschließen. Wilson ist offenbar von dem ernstesten Wunsch nach Verständigung geleitet. Wenn die Militärdiktatur ausgeschaltet wird, dann ist die Verständigung auch möglich. Wenn die Lostrennung Elsaß-Lothringens 1871 von Frankreich als eine Desannexion bezeichnet wurde, so müsse daran erinnert werden, daß die elsäß-lothringischen Deputierten in der Pariser Kammer gegen die Abtrennung gestimmt haben. Die französischen und deutschen Sozialdemokraten waren vor dem Krieg darüber einig, daß Elsaß-Lothringen ein freier deutscher Bundesstaat werden solle. Ist es möglich, den Krieg damit zu beenden, daß man der Bevölkerung der Reichslande das Referendum zugesteht, dann soll man dieses Zugeständnis machen. Prestige-Politik zu betreiben, wäre unverantwortlich in diesen Zeiten. Auch den Armeniern muß das Selbstbestimmungsrecht eingeräumt werden.

Das von dem Abg. Naumann erwähnte Flugblatt ist mir und meinen Freunden nicht bekannt. Daß wir die soziale Republik herbeisehnen, ist von uns nie bestritten worden. Unsere inneren Verhältnisse sind bedenklich. Für die Interessen der Kapitalisten wollen die Massen nicht kämpfen. Kann man den Arbeitern einen Vorwurf machen, wenn sie ihr Streikrecht anwenden, nachdem die alldeutsche Presse mit dem Streik der Generale gedroht hat?

Vossische Zeitung, Nr. 49, 27.01.1918, S.13 – Staatssekretär des Innern Wallraf:

Der Herr Abg. Naumann hat heute vormittag ein Flugblatt erwähnt, das jetzt im Wortlaut mir vorliegt. Das Flugblatt klingt aus in den Ruf: „Rüstet zum allgemeinen Massenstreik in den nächsten Tagen.“ Ich habe zu diesem Aufruf folgendes zu sagen:

Die verbündeten Regierungen sind sich der Pflicht zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit unter allen Umständen bewußt. Die Ruhe, mit der ich dies ausspreche, soll an dem Ernst und der Festigkeit des Willens keinen Zweifel lassen. Ich kann aber auch deshalb in aller Ruhe sprechen, weil ich von unserer Arbeiterschaft, der ich in meiner früheren Tätigkeit jahrelang nahegestanden habe, eine viel zu hohe Meinung habe, als daß ich glaubte, auch nur ein kleiner Teil unserer politisch und wirtschaftlich denkenden Arbeiterschaft könne einen solchen nicht zu verantwortenden und von unverantwortlicher Stelle ausgehenden Ruf zum Ausstand Folge leisten.

Wie ist denn die Lage? Wir stehen in Verhandlungen über einen Sonderfrieden mit Rußland. Daß wir nur über einen Sonderfrieden verhandeln, ist doch nicht unsere Schuld. Von Deutschland ist die Friedensresolution des Reichstags ausgegangen. Im gleichen Sinne hat Deutschland die Papstnote beantwortet.

Mit Zustimmung der deutschen Delegierten ist von Brest-Litowsk aus der Ruf zur Beteiligung an den Friedensverhandlungen an alle unsere Feinde erklungen. Was war die Antwort von der anderen Seite? Fast immer Schweigen oder hohnvolle Zurückweisung. Und wenn wir trotz alledem jetzt in etwas die Atmosphäre der Friedensnähe atmen, dann danken wir das nicht nur unserer Friedensneigung, sondern auch der Einheit und Kraft, die wir bis jetzt Gott sei Dank bewahrt haben. **Wer sehehl sieht auf diese Einheit und Kraft, das sehen Sie aus den feindlichen Zeitungen, von denen noch jüngst der „Temps“ in ähnlichen Worten wie das Flugblatt die deutschen Arbeiter zu Ausständen aufruft.** Wenn es den Feinden gelänge, die innere Front zu

zerbrechen, dann würden all die Raubpläne unserer Feinde wieder aufwachen. Der Krieg würde ins Unendliche verlängert. Und gerade die Arbeiterschaft hätte davon wirtschaftlich und politisch die schwersten Folgen.

In den letzten Tagen ist hier viel von den Heimkriegern gesprochen worden, die von der warmen Ecke ihres Stammtisches aus Hunderttausende da draußen in den Tod senden. Heimkrieger, die leichtfertig über Gut und Blut anderer verfügen, sind auch meine Leute nicht. **Aber es gibt noch eine andere Art von Heimkriegern, und das sind die schlimmsten, die in aller Heimlichkeit und in sicherer Wahrung ihrer eigenen Person die Arbeitermassen an die Front des Wirtschaftskrieges schicken. Denn ein solcher Wirtschaftskrieg bricht auch die Front draußen und bringt den Männern Tod, die auch für Heimat, Weib und Kind des Arbeiters streiten.** Und im gleichen Augenblick, in dem die deutschen Räder stillstehen, werden die Räder der Munitionsfabriken in Frankreich, England und Amerika doppelt emsig schaffen.

Der Krieg hat manche Schöpfung der Literatur uns gebracht, auch auf dichterischem Gebiet. Ein Gedicht hat vor allem mir tiefen Eindruck gemacht, es ist ein Bekenntnis des deutschen Arbeiters Karl Bröger an das Vaterland, das mit den Worten schließt:

„Herrlich zeigt es aber Deine größte Gefahr,
Daß Dein ärmster Sohn auch Dein getreuester war.“

Nun, meine Herren, alle Stände, Arm und Reich haben gewetteifert in der Treue zum Vaterlande. Daß auch die deutsche Arbeiterschaft in dieser vorbildlichen Treue ausharrt, das ist und bleibt mein fester, zuversichtlicher Glauben.

Deutsche Tageszeitung - Nr.47 – 1918 – Samstag, 26. Januar - Morgen - S.2

Deutschlands Unterwerfung unter Wilson. – Eine Forderung der englischen Arbeiter.

London, 23. Januar. Die offizielle Eröffnung der Jahreskonferenz der Arbeiterpartei fand heute statt. Der Vorsitzende Purdy sagte in seiner Eröffnungsansprache, daß entgegen ihren Hoffnungen der Krieg noch immer mit unverminderter Kraft wüte und die industriellen Klassen durch Generationen seine katastrophale Wirkungen fühlen würden. **Es muß von der nationalen Arbeiterpartei alles getan werden, um ihre russischen Freunde zu verhindern, einen Sonderfrieden mit den Mittelmächten zu schließen. Nichts könnte für die Demokratie vernichtender sein.** Es sei für Deutschland und seine Bundesgenossen nicht länger möglich zu sagen, daß sie einen Verteidigungskrieg kämpfen. **Während Großbritannien und seine Verbündeten bekannt gemacht hätten, daß sie nicht beabsichtigen, die deutsche Nation zu vernichten, sah man kein Zeichen, daß Deutschland und seine Verbündeten willens seien, die von Lloyd George, Wilson und der Arbeiterpartei ausgesprochenen Prinzipien anzunehmen.** Will Deutschland Belgien, Nordfrankreich und die anderen besetzten Gebiete räumen? Wenn das deutsche Volk und die deutsche Regierung aufrichtig einen Frieden, der auf den Grundsätzen der Rechtlichkeit aufgebaut ist, wünschen, so ist ihnen der Weg dazu geöffnet worden.

Wenn sie die von Wilson aufgestellten Grundsätze annehmen, ist der Weg zu einer Schlichtung auf der ganzen Welt frei, die es uns ermöglichen wird, einen Frieden herzustellen, der keine Keime zu künftigen Kriegen in sich trägt. **Während Deutschland jene Gebiete noch besetzt hält, würde ein durch Verständigung erzielter Friede seinerseits als Sieg ausgelegt werden und den Militarismus noch stärker im deutschen Volk festigen.** Wenn Deutschland und seine Verbündeten nicht willens sind, ihrerseits die Annahme der von unserer Regierung und Wilson veröffentlichten Prinzipien zu erklären, müssen wir weiter kämpfen bis zu einem Abschluß, der es den Völkern der Welt ermöglicht, in Sicherheit zu leben, müssen wir den Krieg fortsetzen, bis der Sieg gesichert ist.

Arbeiter-Zeitung - Nr.22 – 1918 – Donnerstag, 24. Januar - S.1

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Ein Stoß ins Herz des deutschen Imperialismus.

Die Zensurgewalt in Preußen, die in den Händen der famosen Oberkommanden liegt, hat den Blättern jedes berichterstattende Wort über den allgemeinen Ausstand in Oesterreich verboten. Und mit welcher Gewalttätigkeit das Verbot gehandhabt wird, zeigt die Maßregelung der zwei Berliner Blätter, die es gewagt hatten, auf die Vorgänge in Oesterreich eine Anspielung zu machen. Daß dieses Verbot eine regelrechte Schande ist und, allzu geeignet, die ganze offizielle Berichterstattung auf das gröblichste zu diskreditieren, wird den militärischen Zensoren wohl nicht unklar geblieben sein. Denn wer soll den „Meldungen“ des Wolffschen Büros, auf die das sozusagen politische Leben Deutschlands im Kriege reduziert worden ist, fortan noch Glauben schenken, wenn es möglich ist, daß diese Berichterstattung einer Volksbewegung in dem

benachbarten und befreundeten Staate, die eines der gewaltigsten politischen Ereignisse des ganzen Weltkrieges war, einfach totschweigt? Auch das werden die Zensoren nicht außer acht gelassen haben, daß dieses Unterdrücken von der ganzen deutschen Oeffentlichkeit als Beleidigung und Herausforderung empfunden werden muß; denn wie soll sie nicht empört sein, da sie wahrnimmt, daß sie von den Herrschenden als unreif, als unmündig, als unfähig, die Wahrheit zu vertragen, behandelt wird?

Demnach haben sie die unerhörte Gewalttätigkeit dieser Unterdrückung gewagt. Das hat natürlich tiefere Gründe! Sie haben dem deutschen Volke, sie haben den deutschen Arbeitern die Kenntnis vorenthalten wollen, daß sich die Arbeiter in Oesterreich erhoben haben, um den Frieden in ihre starke Hut zu nehmen, weil sie zutiefst fühlen, daß dieser Streik ein Stoß ins Herz ihrer Eroberungsansichten, ein Stoß ins Herz des deutschen Imperialismus ist.

Denn dieser deutsche Imperialismus ist heute, wie sich die Dinge militärisch herausgebildet haben und wie die Tatsachen in den Ländern der Entente stehen, eines der stärksten Friedenshindernisse, wenn nicht das Hindernis überhaupt. Daran ändert der Bestand der Friedensmehrheit im Reichstag nichts, und nicht dessen sagenhafte Friedensresolution; die Reichtagsmehrheit mag den Verständigungsfrieden wollen, die Generale wollen aber den „Siegfrieden“, und die Generale sind mächtiger als der Reichstag, sind heute im Deutschen Reiche überhaupt die Macht. Ein „Siegfrieden“ bedeutet aber, von seiner moralischen Bedenklichkeit, von seinen furchtbaren Wirkungen für die Entwicklung nach dem Kriege ganz abgesehen, vor allem die Verlängerung des Krieges, die Verlängerung ins Aschgraue, ins Uferlose, ins Unberechenbare.

Die Vorstellung der deutschen Imperialisten war nun, daß sie erstens imstande sein werden, den Abscheu der breiten Massen des deutschen Volkes gegen diese Siegespolitik, die in Wahrheit eine selbstmörderische Politik wäre, zu ersticken, und zweitens, daß es ihnen möglich sein wird, diesen ihren Kriegswillen allen Verbündeten als Geschick aufzuerlegen; daß wir alle, die zusammen Krieg geführt hatten, verpflichtet sind und verurteilt, den Krieg solange fortzusetzen, bis sich die Eroberungspläne des deutschen Imperialismus erfüllen lassen; ihre Eroberungspläne sollen auch für Oesterreich-Ungarn eine Notwendigkeit sein.

Dem hat nun die kraftvolle Erhebung der Arbeiter in Oesterreich ein Ende bereitet; sie hat den imperialistischen Eroberungsplänen den Garaus gemacht. Denn sie verkündet, daß Oesterreich-Ungarn den Krieg zum Zwecke von Eroberungen, zum Zwecke von Eroberungen welches Staates der Verbündeten immer, nicht fortsetzen will, nicht fortsetzen kann, nicht fortsetzen wird; dem Kriegswillen, der auf Eroberungen sinnt und auf Annexionen ausgeht, bricht sie das Genick, wo immer er sich auch zeigen möge. Das fühlen die deutschen Annexionisten, und deshalb ihre Beklemmung von dieser proletarischen Erhebung, deshalb der Wunsch, sie vor den deutschen Arbeitern geheimzuhalten; deshalb ihre Wut über diese Bekundung proletarischer Kraft und Entschlossenheit! Ihre Rechnung ging dahin, daß sie, die Imperialisten, die sich anmaßen, dem Deutschen Reiche ihren tollen Willen aufzuzwingen, auch über alle Verbündeten, auch über Oesterreich-Ungarn gebieten; diese Rechnung ist durch den Streik der Arbeiter zerrissen worden!

Deshalb darf man es wohl sagen: die Tat der Arbeiter wirkt weiter und tiefer, als man es heute noch sieht. Sie hat den Kriegswillen, der, indem er auf Eroberungen ausgeht, schlechthin ziellos ist, gebrochen und damit erst dem Frieden den Weg gebahnt.

Deutsche Tageszeitung - Nr.47 – 1918 – Samstag, 26. Januar - Morgen - S.2

Die Drahtzieher des Streiks.

Wien, 24. Januar. Es wird immer klarer, daß es sich bei dem Arbeiteraufstand in Oesterreich-Ungarn um einen zwar ganz groß angelegten, aber mißglückten Versuch handelte, der Bolschewiki-Regierung zu Hilfe zu eilen und den Unterhändlern des Vierbundes in Brest-Litowsk in den Rücken zu fallen. So veröffentlicht die „Arbeiter-Zeitung“ heute an leitender Stelle einen Aufsatz unter der Ueberschrift: „Ein Stoß ins Herz des deutschen Imperialismus“, der in seinen maßlosen Angriffen auf Deutschland alles übertrifft, was dieses Organ der österreichischen Bolschewiki sich in dieser Hinsicht bisher erlaubt hat. So wird schlankweg behauptet: „Dieser deutsche Imperialismus ist heute, wie sich die Dinge militärisch herausgebildet haben und wie die Tatsachen in den Ländern der Entente stehen, eines der stärksten Friedenshindernisse, wenn nicht das Hindernis überhaupt. Daran ändert der Bestand der Friedensmehrheit im Reichstag nichts, und nichts dessen sagenhafte Friedensresolution; die Reichtagsmehrheit mag den Verständigungsfrieden wollen, die Generale wollen aber den „Siegfrieden“, und die Generale sind mächtiger als der Reichstag, sind heute im deutschen Reichstage überhaupt die Macht“.

Es heißt dann weiter, daß diese deutschen Imperialisten ihren Siegeswillen solange den Verbündeten als Geschick auferlegen wollen, bis sich ihre Eroberungspläne erfüllen ließen: „Dem hat nun die kraftvolle Erhebung der Arbeiter in Oesterreich-Ungarn ein Ende bereitet; sie hat den imperialistischen Eroberungsplänen den Garaus gemacht.“

Diese Sprache ist wohl deutlich genug. Aber es wurde dem Hauptorgan der österreichischen Sozialdemokratie nicht nur die Veröffentlichung eines solchen Pamphlets gegen die deutschen Heerführer gestattet, sondern die österreichische Zensur läßt sogar Preßtelegramme nach Deutschland passieren, in denen die Erscheinungen des Streiks in übertriebener Weise dargestellt wurden. So brachte das „Berliner Tageblatt“ eine Drahtung aus Wien, die folgendes besagte:

„Donnerstag verhinderte die Wiener Arbeiterschaft der Wiener Hofoper die Vorstellung, indem sie erzwang, daß das Publikum nach Hause geschickt werden mußte. Am Freitag war Wien bereits ohne Licht, und kein Theater versuchte zu spielen. Freitag mittag wurde der Straßenbahnverkehr eingestellt. Graf Czernin sei zu den Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Parteileitung in Wien eingetroffen usw.“

An dieser ganzen Meldung ist aber auch nicht ein wahres Wort. Sämtliche Theater spielten ruhig weiter, die Beleuchtung und der Verkehr der elektrischen Straßenbahnen wurden nicht einen Augenblick unterbrochen, und ebenso wenig traf Graf Czernin aus Brest-Litowsk in Wien ein. Von dem ganzen Streik wurde in Wien, abgesehen von etlichen Kundgebungen in den Arbeitervierteln, kaum etwas bemerkt. Man sagte sich also, wie es möglich war, daß die k. k. Telegrammagatur eine solche Drahtmeldung, die von Berlin aus natürlich ins neutrale und damit ins feindliche Ausland gegangen ist, nicht beschlagnahmte.

Deutsches Volksblatt - Nr.10439 – 1918 – Samstag, 26. Januar - S.1

Verschleierungen und Fälschungen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann hat am Donnerstag in der Sitzung des Hauptausschusses des deutschen Reichstages unter anderem folgendes ausgeführt:

„Ich habe selbst in einem österreichischen Blatte gelesen, das Deutsche Reich hintertreibe den Frieden. Bei dem großen Ausstände in Wien ist man achtungsvoll um die kaiserlichen Gebäude herumgezogen. Kein Wort ist gefallen gegen Kaiser Karl, dagegen hat es nicht an Schmährufen auf den deutschen Kaiser gefehlt. Gewiß hat das der Kaiser nicht verdient. Wenn es so gekommen ist, dann hat er das den unverantwortlichen Schwätzern von der Vaterlandspartei zu danken.“

[Die politische Aussprache im Hauptausschuß. Vorwärts – Nr. 25 – 1918 – Freitag, 25. Januar – S.4f]

Woher der Abgeordnete Scheidemann diese Kunde hat, wissen wir nicht, vielleicht auch von dem rätselhaften Berichterstatte des „Berliner Tageblattes“; gesetzt aber, seine Quelle wäre besser, so wäre doch sein Schluß falsch. Wenn solche Dinge in Wien wirklich vorgegangen sind, dann sind nicht die „unverantwortlichen Schwätzer von der Vaterlandspartei“ schuld daran, sondern die Sudelpresse von dem Schlage jenes österreichischen Blattes, in dem Herr Scheidemann die Behauptung gefunden hat, daß das Deutsche Reich den Frieden hintertreibe. **Abgeordneter Scheidemann nenne doch dieses Blatt und alle Welt wird sofort wissen, daß es sich um eine jener politischen Brunnenvergiftungen handelt, die seit Monaten in einem Teile der Wiener Presse getrieben werden. So ist im Auslande jene „Wiener Stimmung“ entstanden, von der die deutsche Bevölkerung Wiens selbst gar nichts weiß: eine systematische Fälschung der öffentlichen Meinung.** Im übrigen empfehlen wir dem Abgeordneten Scheidemann die fleißige Lektüre der Wiener „Arbeiter-Zeitung“; er wird sich dort am besten darüber informieren können, von welchen Absichten gegenüber dem Deutschen Reiche diese Fälscher der öffentlichen Meinung in Wien erfüllt sind.

In einer Besprechung der Erklärungen des Grafen Czernin nimmt das genannte sozialdemokratische Blatt auf die Aeußerungen des Ministers des Aeußern über die Solidarhaftung der Verbündeten für den territorialen **status quo** Bezug und fährt dann fort:

„Aber um bei seiner Formel zu bleiben, würde die Offensive im Westen, die nun in der menschenmörderischen Weise geplant ist, zur „Verteidigung Straßburgs“ geführt werden? Die würde zu Eroberungszwecken unternommen werden! - - Es gibt keinen Verteidigungskrieg mehr, und für einen Eroberungskrieg, welcher Verbündeten immer, ist Oesterreich-Ungarn nicht zu haben. Das weiß Czernin und das muß die Richtschnur seines Handelns sein.“

Da aber – so schließt die „Arbeiter-Zeitung“ – diese Ueberzeugung, die „aus dem Innern des deutschen Volkes kommen müßte, sich in der notwendigen Kraft nicht einstellen will, so kann die Ueberwindung, die

Ausrottung dieser Eroberungsabsichten, die den Krieg ins Unabsehbare verlängern, nur geschehen, wenn ihnen die Grenze in der Ueberzeugung Oesterreich-Ungarns gewiesen wird.“

Herr Scheidemann hat es da schwarz auf weiß, daß die „Arbeiter-Zeitung“ das Recht auf Selbstbestimmung, das sie bereitwillig auch den Botokuden verleiht, dem deutschen Volke nicht einräumen, sondern den österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern als Büttel bestellen will, der den Deutschen die Ueberzeugung der „Arbeiter-Zeitung“ einbläuen soll.

Warum aber will – so muß man billig fragen – sich im deutschen Volke nicht „in der notwendigen Kraft“ die Ueberzeugung einstellen, daß der Krieg sofort beendet werden müsse? Warum will sich in ihm nicht die Ueberzeugung einstellen, daß der Krieg nun nicht mehr ein Verteidigungskrieg, sondern ein Eroberungskrieg sei? Weil diese Behauptung der „Arbeiter-Zeitung“ eine Lüge ist, eine absichtliche Fälschung der Tatsachen.

Wir geben zu, daß nach der Formel vom annexionslosen Frieden **das Kriegsziel Oesterreich-Ungarns erreicht ist, nachdem auch die Italiener mit reichsdeutscher Hilfe zum Lande hinausgetrieben worden sind; das deutsche Kriegsziel ist jedoch noch keineswegs erreicht, weil erstens die deutschen Kolonien noch in der Hand des Feindes sind und zweitens die Westmächte noch durchaus nicht bereit sind, den Gedanken an einen Raub Elsaß-Lothringens aufzugeben und einer Ordnung der belgischen Frage zuzustimmen, die die Möglichkeit eines Ueberfalles Deutschlands durch die Westmächte von dieser Seite her in Zukunft ausschließt.** Darum wird noch im Westen gekämpft, nicht aber, wie die „Arbeiter-Zeitung“ schwindelt, um Eroberungen; im übrigen aber ist auch das defensive Kriegsziel der Türkei noch nicht erreicht, da Aegypten, Jerusalem und Bagdad noch in englischen Händen sind.

Der verstorbene **Abgeordnete Pernerstorfer hat seinerzeit die „Idee“, Deutschland, „das an der Fortführung des Krieges schuld sei, im Stiche zu lassen“, als eine Infamie bezeichnet; die „Arbeiter-Zeitung“ hat diese „Idee“ nunmehr in der veränderten Form aufgegriffen, Deutschland, trotzdem sein defensives Kriegsziel noch nicht erreicht ist, zur sofortigen Beendigung des Krieges zu zwingen.** Wir räumen ihr ohneweiters die Freiheit auch dieser Meinung ein, allein wenn sie für sie Stimmung zu machen sucht, dann darf sie es nicht unter falscher Marke tun, sondern offen erklären: **Wir wollen Deutschland im Stiche lassen, weil wir Frieden haben wollen.** Unehrllich wie ihre Kampfweise in diesem Punkte, unehrllich auch gegenüber den „Genossen“ im Deutschen Reiche, ist auch ihr Gerede von den „Annexionisten“, die die Friedensverhandlungen mit Rußland erschweren, wobei einige giftige Bemerkungen gegen die deutschen „Militärs“ abfallen. Sowohl aus den gestrigen Mitteilungen des Grafen Czernin wie aus denen des Herrn v. Kühlmann über die Art der Verhandlungen in Litauisch-Brest kann man die Vermutung schöpfen, daß die Schwierigkeiten, die nach der Weihnachtspause die Verhandlungen verlangsamt haben, nicht auf der Seite der Mittelmächte, sondern auf russischer Seite liegen.

Es ist eine Instruktion der Petersburger Regierung bekannt geworden, durch die die russischen Vertreter in Litauisch-Brest angewiesen wurden, die Friedensverhandlungen solange hinzuziehen, bis gewisse Ereignisse eingetreten seien. Schon mit Rücksicht darauf werden unsere Unterhändler ihre Methode erheblich ändern müssen; der russischen Regierung muß mit allem Nachdrucke nahegelegt werden, daß die Mittelmächte aus der absichtlichen Verschleppung der Verhandlungen Konsequenzen ziehen müßten und das um so mehr, als die russische Regierung die bisher durch sie hervorgerufene Verzögerung benützt hat, die Grundlage, auf der man in die Verhandlungen eingetreten war, völlig zu verschieben. Während sie und mit ihr die „Arbeiter-Zeitung“ die Auffassung, die die Mittelmächte hinsichtlich der Frage der Selbstbestimmung und der Räumung der besetzten Länder vertreten, als dem Fortgange der Verhandlungen hinderlich bezeichnen, ist die russische Regierung bemüht, die bereits vollzogenen Akte der Selbstbestimmung nicht nur in Kurland, Litauen und Riga, sondern auch in Finnland und der Ukraine umzustoßen, obgleich sie selbst die Unabhängigkeitserklärungen der beiden letztgenannten Staaten bereits anerkannt hatte. Aus dieser Politik der derzeitigen Petersburger Regierung ergibt sich, daß sie weniger öffentlich und verschlagener ist als die Geheimdiplomatie zur Zeit des Westfälischen Friedens oder des Wiener Kongresses und daß darum die Frage des Friedensschlusses mit Rußland eine Machtfrage ist, die auch als solche behandelt werden muß, wenn man zum Frieden mit Rußland gelangen will.

Czernin und seine Kritiker. – Randbemerkungen des Ministers.

Wien, 25. Januar. Im Ausschuß für Aeüßeres der österreichischen Delegation beantwortete der Minister des Aeußeren Graf Czernin die gestrigen Reden. Hinsichtlich des von den sozialdemokratischen Rednern ihm gemachten Vorwurfs, die Rede des Generals Hoffmann nicht verhindert zu haben oder nicht gegen sie aufgetreten zu sein, erklärte der Minister:

„Das Verhältnis des von mir hochgeschätzten und als General ganz zweifellos hervorragenden Herrn zu mir läßt sich ungefähr so präzisieren, daß weder ich ihm, noch er mir vorschreiben kann, wann wir sprechen. Gegen seine Rede zu polemisieren, hätte ich völlig unrichtig gefunden, denn die ganze Rede entfesselte einen Sturm im Wasserglase. In Brest hat sich kein Mensch darüber aufgeregt, auch nicht Trotzki, der darauf antwortete, wenn Hoffmann sage, daß Rußland von den Deutschen besetzt sei, so gebe er ihm darauf die Antwort, daß der Kaukasus und die Türkei von den Russen besetzt sei. Das eine sei des andern wert.“

Graf Czernin fuhr fort: „Der Delegierte Dazynski hat gesagt, niemand von uns will Frieden um jeden Preis. In diesem jetzigen sozialdemokratischen Standpunkt erblicke ich einen bedeutenden Fortschritt. Delegierter Ellenbogen nannte unter Hinweis auf die Stellen über Italien, Rumänien und Serbien meine Redeweise unklar. Ich gehe auf dieses Thema nicht weiter ein. Wer mich verstehen wollte, konnte mich verstehen. Was die internen Angelegenheiten Deutschlands anbelangt, so lehne ich eine Diskussion über dieses Thema ab. **Wie mir berichtet worden ist, ist Herr Dr. Ellenbogen gestern früh aus Berlin zurückgekommen.** Vermutlich ist er daher besser als ich darüber informiert, was es dort Neues gibt. Ich mache nur auf einen großen Unterschied in der Kriegszielfrage aufmerksam, den ich bereits wiederholt hervorgehoben habe, und den die Herren immer wieder vergessen: Deutschland besteht nicht nur aus dem Deutschen Reiche auf dem europäischen Kontinent, sondern dazu gehören noch seine großen Kolonien, die zurückzubekommen es das Recht hat. Sie gehören zu seinem Besitzstand und es ist selbstverständlich, daß es die Pfänder, die es besitzt, nicht aus der Hand geben kann, bevor es nicht die Garantien erhält, daß es seinen Besitzstand wieder bekommt. Darin ist Deutschland in einer anderen Lage als wir. Wir haben das Glück, überall außer in einem Teile Ostgaliziens auf feindlichem Boden zu stehen. Wir brauchen die Faustpfänder in dieser Hinsicht weniger dringend.“

Hinsichtlich seiner Antwort an Wilson, erklärte der Minister, er habe diese Rede nicht nur gehalten, damit sie der Ausschuß höre, sondern auch Wilson. Wilson hatte hiervon bereits zur selben Stunde Kenntnis, wo er Minister im Ausschuß sprach.

Was den Vorwurf des Delegierten Stransky wegen Verstümmelung einer Radiodepesche der russischen Regierung betrifft, erklärte der Minister: „Es handelte sich um einen revolutionären Aufruf der russischen Regierung an unsere Völker, welcher auf meinen Befehl unter meiner vollen Verantwortung gestrichen wurde. Ich finde das gar nicht merkwürdig. Ich halte es für eine meiner natürlichen Pflichten, die Revolution zu bekämpfen. Ich werde dies stets mit allen gesetzlichen Mitteln machen, und was ich in diesem Falle getan habe, werde ich in Zukunft bestimmt auch fortsetzen.“

Wenn Stransky Trotzki das Bedauern darüber aussprach, daß er dem Minister angeblich gleichen soll, so bemerkte der Minister: „In einem Punkt besteht zwischen mir und Trotzki jedenfalls ein Unterschied. Wir sind beide in unsere respektiven Heimaten gefahren, um ein Vertrauensvotum der respektiven Körperschaften zu erlangen. Trotzki ist das mißlungen, und er hat als Antwort Maschinengewehre auffahren lassen und die Konstituante auseinandergetrieben. Wenn Sie mir dasselbe machen, lasse ich keine Matrosen kommen, sondern demissioniere (Heiterkeit). Was demokratischer und freiheitlicher ist, überlasse ich Ihrer Beurteilung“ (Lebhafter Beifall.)

Die Einladung an Wilson.

Wenn Sie eine Regierung hätten, die einen anderen Frieden will, als den des erdrückenden Teiles der ganzen Bevölkerung, wenn Sie eine Regierung hätten, die aus Eroberungsabsichten den Krieg verlängert, dann wäre ein Kampf des Hinterlandes gegen die Regierung von dessen Standpunkt aus verständlich. Da die Regierung genau dasselbe will, wie die Majorität der Monarchie, d. h. die baldigste Erreichung des ehrenvollen Friedens ohne annexionistische Ziele, so ist es ein Wahnsinn, ihr in den Rücken zu fallen, sie zu hemmen und sie zu stören.

Graf Czernin am 24. Januar 1918

In der deutschen Presse ist eine höchst spannungsvolle Debatte darüber entstanden, ob die Friedenseinladung Czernins an Wilson einen Abfall Oesterreich-Ungarns vom Bündnis bedeutet oder nicht. Die alldeutsch-konservativen Blätter nehmen das erstere an und behandeln Oesterreich-Ungarn schon in ähnlicher Weise, wie „Matin“ und „Times“ im ersten Zorn über die bolschewistische Wendung in Rußland sprachen .

In der Rede aber, die Herr v. Kühlmann gestern im Hauptausschuß gehalten hat, findet sich der schwerwiegende Satz: „Wir stehen mit dem Grafen Czernin im Einverständnis“. Dieser Satz bestätigt, entgegen allen alldeutschen Vermutungen, daß „Graf Czernins Bruderkuß für Wilson“ — wir finden diese geschmackvolle Ueberschrift in der „Post“ — im voraus den Segen der deutschen Regierung erhalten hat. Während also Graf Czernin, der sich weit vom Schuß, über die Alldeutschen sogar lustig machen darf, mit lebhafter Werbung vorgeht, ist dem Grafen Hertling die Rolle der spröden Schönen zugefallen, die sich verschämt im Hintergrund hält.

Czernin hat zwischen dem amerikanischen und dem österreichischen Friedensprogramm eine weitgehende Uebereinstimmung festgestellt und gemeint, über die Differenzen werde sich reden lassen. Umgekehrt hat Hertling nur eine sehr mäßige Uebereinstimmung gefunden und über mangelndes Entgegenkommen an den deutschen Friedensstandpunkt geklagt, was im Zusammenhang mit der Czerninrede offenbar den Sinn einer Aufforderung hat, doch gefälligst etwas näherzutreten. Wir stehen also vor einem neuen Versuch Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, die Verhandlungen über den allgemeinen Frieden in Gang zu bringen, und es braucht nicht erst lang auseinandergesetzt werden, daß das Ziel dieses Versuchs auch das Ziel der Sozialdemokratie ist. Etwas anders aber verhält es sich, soweit es auf die gewählte Methode und das angestrebte Endergebnis des Friedens ankommt. Hier bestehen scharfe, wenn auch noch nicht vollständig geklärte Meinungsverschiedenheiten .

„Wenn Sie eine Regierung hätten , die aus Eroberungsabsichten den Krieg verlängert, dann wäre der Kampf des Hinterlandes gegen die Regierung von dessen Standpunkt aus verständlich“. Nun, wir in Deutschland sind in der fatalen Lage, nicht genau zu wissen, ob unsere Regierung den Krieg aus Eroberungsabsichten verlängert oder nicht. Hertlings Formeln sind dunkel und vieldeutig .

In einem Artikel des „Tag“ zur Verteidigung der Obersten Heeresleitung, dessen Ton und Inhalt auf militärische Urheberschaft schließen läßt, findet sich folgende Stelle: Bei den Besprechungen über die zu erstrebenden Kriegsziele, die zwischen der Obersten Heeresleitung und den Reichskanzlern während des Krieges stattgefunden haben, ist der leitenden militärischen Zentrale wiederholt das allgemeine Programm der Regierung mitgeteilt worden. Danach mußten sich naturgemäß die militärischen Maßnahmen der Obersten Heeresleitung richten. Man kann z. B. einen vollständigen Verzichtfrieden mit erheblich geringeren militärischen Anstrengungen und mit unvergleichlich geringeren Blutopfern erlangen als einen Sicherungsfrieden.

„Vollständiger Verzichtfrieden“ ist gleichbedeutend mit annexionslosem Frieden, „Sicherungsfrieden“ mit annexionistischem Frieden. Hier wird also ausgesprochen, was ja an sich schon sehr einleuchtend ist, daß ein Frieden ohne Annexionen eher und mit geringeren Blutopfern zu erreichen ist als ein Frieden mit Annexionen. Die Masse der Bevölkerung verlangt den Frieden, dem seine Gegner den Ekelnamen eines „vollständigen Verzichtfriedens“ gegeben haben, und sie fragt mit jedem Tage lauter die Regierung, ob sie diesen „ Verzichtfrieden“ schließen will oder ob sie die Verantwortung für die unabsehbaren Blutopfer auf sich nehmen will, die für den sogenannten „ Sicherungsfrieden“ , ohne bestimmte Aussicht auf Erfolg, noch riskiert werden müßten.

Wir erfahren, daß es ein „allgemeines Programm der Regierung“ gibt, nach dem die Oberste Heeresleitung ihre Kriegführung einrichtet. Hätte das deutsche Volk, nicht das Recht, dieses allgemeine Programm etwas näher kennen zu lernen? **Auch Herr v. Kühlmann hat gestern im Hauptausschuß erklärt, daß die Politik, die er in Brest-Litowsk treibe, „zwangsläufig“ sei, da schon vor feinem Amtsantritt im Juli v.J. die Politik nach Osten, d.h. die polnisch-baltische Politik „als zwischen allen maßgebenden Faktoren schon bestehend angenommen worden sei“.** Dazu ist zweierlei zu bemerken: erstens, daß die deutsche Volksvertretung zu den „maßgebenden Faktoren“ nicht gehört hat, und zweitens, daß Reichskanzler Graf Hertling noch am 29. November dieser Volksvertretung erklärt hat: „Uebrigens sind die Dinge hier (im Osten) noch völlig in der Schwebe. Nachrichten, welche vor einiger Zeit durch die Presse gingen, als ob in einem Punkte eine feste Abmachung geschlossen worden sei, sind den Tatsachen vorangeeilt.“

Man darf nun wohl fragen: Steht etwas fest oder steht nichts fest? Besteht für den Osten und vielleicht auch für den Westen ein allgemeines Regierungsprogramm, nach dem die Oberste Heeresleitung ihre Kriegführung einrichtet, das aber dem Reichstag nicht, sondern nur den „maßgebenden Faktoren“ bekannt ist?

Soll der neue Friedensschritt des Grafen Czernin Erfolg haben, so muß erst über diese Frage volle Klarheit geschaffen werden. Möge Herr v. Kühlmann doch sagen, ob ihn die Festlegung durch die maßgebenden Faktoren etwa hindert, folgende Forderungen anzunehmen:

1. Ehrliches Selbstbestimmungsrecht der Ostvölker einschließlich des Rechts, sich Rußland wieder anzuschließen.
2. Volle Wiederherstellung der Selbständigkeit Belgiens (nicht der „Wallonen und Vlamen“).
3. Zurückgabe der besetzten französischen Gebiete unter der einzigen Bedingung, daß Frankreich darauf verzichtet, deutsches Gebiet zu beanspruchen.

Das ist das Programm des ehrlich annexionslosen Friedens, das Programm, das nach dem ersten Zeugnis des „Tag“ die geringsten Blutopfer kostet, das Programm, hinter dem die Sozialdemokratie und mit ihr sicherlich die ungeheure Masse des arbeitenden Volkes steht, das ist schließlich auch das Programm, auf dessen Grundlage eine Einigung mit den Gegnern in absehbarer Zeit, wenn auch noch nicht sicher, so doch möglich ist. Auf der Grundlage einer anders gerichteten „zwangsläufigen“ Politik wäre aber die Einigung ohne weitere Blutopfer unmöglich!

Möge also Herr v. Kühlmann doch sagen, ob ihn irgend eine Festlegung durch „maßgebende Faktoren“ an der Anerkennung dieses Programms hindert, für das zweifellos eine starke Mehrheit im Reichstag zu haben ist! Man wird daraus zugleich entnehmen, ob die Mission des Grafen Czernin jetzt schon aussichtsreich ist oder ob erst ein Wandel der deutschen Regierungspolitik notwendig ist, um sie aussichtsreicher zu gestalten. Ohne ein klares Bekenntnis der deutschen Regierung hätten wir von dem neuesten Friedensschritt der Mittelmächte doch nichts anderes zu erwarten als eine Enttäuschung mehr!

Tägliche Rundschau - Nr.48 – 1918 – Samstag, 26. Januar - Morgen – S.2

Die „Friedensoffensive“

Die Führung unseres Krieges galt bis jetzt unbestritten für eine Sache unserer Obersten Heeresleitung. Selbst ohne Volksreferendum darf man auch jetzt noch annehmen, daß die erhebliche Mehrheit der Nation, auch der nach neuester Doktrin angeblich allein stimmberechtigten Männer und Frauen der schwierigen Faust durchaus die Herren Hindenburg und Ludendorff für berufener zur Führung unserer Heere halten, als etwa die Herren Cohn-Nordhausen und Scheidemann. Dennoch ist der „Vorwärts“ jetzt dazu übergegangen, auch die militärische Führung des Krieges für den Generalstab der Lindenstraße zu beanspruchen und der O.H. vorzuschreiben, was sie zu tun oder vielmehr, was sie zu lassen hat. Sein Diktat läuft darauf hinaus, daß anstelle der kriegerischen Offensive, die Hindenburg und Ludendorff etwa planen könnten, die von Herrn Trotzki geforderte Friedensoffensive der Herren Czernin und Scheidemann zu treten haben. Die Herren Hertling und Kühlmann sollen auf die Formel Scheidemann einen klaren Eid schwören:

Die Masse der Bevölkerung verlangt den Frieden, dem seine Gegner den Ekelnamen eines „vollständigen Verzichtfriedens“ gegeben haben, und sie fragt mit jedem Tage lauter die Regierung, ob sie diesen „Verzichtfrieden“ schließen will oder ob sie die Verantwortung für die unabsehbaren Blutopfer auf sich nehmen will, die für den sogenannten „Sicherheitsfrieden“, ohne bestimmte Aussicht auf Erfolg, noch riskiert werden müßten.....

Auch Herr v. Kühlmann hat gestern im Hauptausschuß erklärt, daß die Politik, die er in Brest-Litowsk treibe, „zwangsläufig“ sei, da schon vor feinem Amtsantritt im Juli v.J. die Politik nach Osten, d.h. die polnisch-baltische Politik „als zwischen allen maßgebenden Faktoren schon bestehend angenommen worden sei“. Dazu ist zweierlei zu bemerken: erstens, daß die deutsche Volksvertretung zu den „maßgebenden Faktoren“ nicht gehört hat, und zweitens, daß Reichskanzler Graf Hertling noch am 29. November dieser Volksvertretung erklärt hat: „Uebrigens sind die Dinge hier (im Osten) noch völlig in der Schwebe. Nachrichten, welche vor einiger Zeit durch die Presse gingen, als ob in einem Punkte eine feste Abmachung geschlossen worden sei, sind den Tatsachen vorangeeilt.“

Man darf nun wohl fragen: Steht etwas fest oder steht nichts fest? Besteht für den Osten und vielleicht auch für den Westen ein allgemeines Regierungsprogramm, nach dem die Oberste Heeresleitung ihre Kriegführung einrichtet, das aber dem Reichstag nicht, sondern nur den „maßgebenden Faktoren“ bekannt ist?

Soll der neue Friedensschritt des Grafen Czernin Erfolg haben, so muß erst über diese Frage volle Klarheit geschaffen werden. Möge Herr v. Kühlmann doch sagen, ob ihn die Festlegung durch die maßgebenden Faktoren etwa hindert, folgende Forderungen anzunehmen:

1. Ehrliches Selbstbestimmungsrecht der Ostvölker einschließlich des Rechts, sich Rußland wieder anzuschließen.
2. Volle Wiederherstellung der Selbständigkeit Belgiens (nicht der „Wallonen und Vlamen“).

3. Zurückgabe der besetzten französischen Gebiete unter der einzigen Bedingung, daß Frankreich darauf verzichtet, deutsches Gebiet zu beanspruchen.

Das ist das Programm des ehrlich annexionslosen Friedens, das Programm, das nach dem ersten Zeugnis des „Tag“ die geringsten Blutopfer kostet, das Programm, hinter dem die Sozialdemokratie und mit ihr sicherlich die ungeheure Masse des arbeitenden Volkes steht, das ist schließlich auch das Programm, auf dessen Grundlage eine Einigung mit den Gegnern in absehbarer Zeit, wenn auch noch nicht sicher, so doch möglich ist. Auf der Grundlage einer anders gerichteten „zwangsläufigen“ Politik wäre aber die Einigung ohne weitere Blutopfer unmöglich!

Möge also Herr v. Kühlmann doch sagen, ob ihn irgend eine Festlegung durch „maßgebende Faktoren“ an der Anerkennung dieses Programms hindert, für das zweifellos eine starke Mehrheit im Reichstag zu haben ist! Man wird daraus zugleich entnehmen, ob die Mission des Grafen Czernin jetzt schon aussichtsreich ist oder ob erst ein Wandel der deutschen Regierungspolitik notwendig ist, um sie aussichtsreicher zu gestalten. Ohne ein klares Bekenntnis der deutschen Regierung hätten wir von dem neuesten Friedensschritt der Mittelmächte doch nichts anderes zu erwarten als eine Enttäuschung mehr!

[siehe: Vorwärts - Nr.26 – 1918 – Samstag, 26. Januar - S.1]

Beherrscht sind diese ganzen Ausführungen des „Vorwärts“ – und andere waren es womöglich noch unzweideutiger – von dem Bestreben, womöglich unserer Heeresleitung politisch in den Arm zu fallen und ihr Tun und Lassen abhängig zu machen von dem Beifall und den Befehlen eines Hofkriegsrates, in dem Scheidemann und Cohn-Nordhausen die entscheidenden Stimmen führen würden. Wir und so ziemlich alle andern Deutschen dürfen jedenfalls für uns in Anspruch nehmen, daß jeder Tropfen Blut, der vergossen ist und noch vergossen wird, uns nicht minder heiß auf der Seele brennt, als den Geistern des „Vorwärts“: Ein jeder Tropfen zuviel wäre ein Verbrechen. Es ist eine Vertrauens- und Gewissensfrage, ob man dafür halten will, daß Hindenburg und Ludendorff oder daß Cohn und Scheidemann es besser verstehen, mit dem möglichst geringen Opfer an deutschem Blut zum deutschen Ziel zu kommen. Wir halten, wie gesagt, die Vertrauens- und Gewissensfrage der deutschen Nation auch ohne Volksreferendum für gelöst. Man frage die Leute im Schützengraben, wem sie ihr Leib und Leben lieber vertrauen wollen. Für Verbrechen freilich, für noch schwereres Verbrechen hielten wir es, den kostbaren Blutpreis umsonst hinzuwerfen und auf die Behauptung des erkämpften Zieles, die Möglichkeit wirklicher Sicherung deutscher Zukunft zu verzichten. Für Verbrechen halten wir es, die Hirne und Herzen mit solchen taschenspielerischen Umdeutungen der Tatsachen zu verwirren, wie sie dem Agitationsgerede des „Vorwärts“ zur Abwehr der „unabhängigen“ Konkurrenz zugrundeliegen

Tägliche Rundschau - Nr.48 – 1918 – Samstag, 26. Januar - Morgen – S.2

Der sozialdemokratische Sieg in Bautzen-Kamenz.

Die Fortschrittler und Herr Erzberger haben's erreicht! Ihnen hat Herr Uhlig zu danken, daß der bisher konservativ vertretene Wahlkreis in die Hände der Sozialdemokratie gefallen ist. Auf fortschrittlichen Krücken geht Herr Uhlig nach dem Reichstag, und in der ganzen politischen Welt wird es dank der Fortschrittler und des Herrn Erzberger widerhallen, die Deutschen glaubten selbst nicht mehr an den Sieg, sie wollen, daß ein Scheidemannscher Frieden zustande komme, der den Briten die Herrschaft nicht nur beläßt, sie vielmehr ausbaut und unbestritten macht. Der Fortschritt hat mit seiner Haltung erreicht, daß der Wahlkreis in die Hände der Sozialdemokraten gefallen ist, der sich seinerzeit in der roten Flut in Sachsen zu halten vermochte, und der seit 1877 ununterbrochen im Besitz der Rechten gewesen ist.

Der jetzige Verlust ist zurückzuführen auf die maßlose Verhetzungsarbeit der Sozialdemokraten und pazifistischen bürgerlichen Elemente, die an die Durchsetzung des deutschen Siegesgedankens nicht zu glauben vermögen und durch die Agitation in der Bevölkerung den Gedanken zu nähren suchten, wir müßten uns mit England und den übrigen Gegnern einigen, um von ihnen nicht einen zu schlechten Frieden zu erhalten.

Nur einer derartigen Darstellung der Dinge, durch die ständige Wiederholung der unwahren Behauptung, die Politik der sog. „Annexionisten“ und „Alldeutschen“ verlängere den Krieg, hat die fortschrittlich-sozialdemokratische Mehrheit in Bautzen-Kamenz den Sieg zu danken. Daß ihre Politik zur Verlängerung des Krieges beigetragen hat, daß sie bei den Feinden den Glauben unserer Schwäche erweckte, unseres bevorstehenden Zusammenbruches, daß die Friedensresolution den Friedenswillen der gegnerischen Völker nicht stärkte, sondern abschwächte, hat man wohlweislich verschwiegen durch Entstellung der Tatsachen.

Mit welchen Mitteln in Bautzen-Kamenz gearbeitet worden ist, zeigten die Verwirrungsversuche Erzbergers. Die Zentrumspartheileitung des Wahlkreises und des Königreiches hatte die Parole für den Konservativen ausgegeben, aber Erzberger gab über den Kopf der maßgebenden Instanzen Gegenorder und

lehrte das Gegenteil dessen, was die Zentrumsparteileitung des Wahlkreises für richtig erachtete. Erzberger erklärte, die Vaterlands-Partei sei eine Gegnerin des Zentrums und der Friedensschließung, die Parteileitung vermochte Bedenken gegen die Vaterlands-Partei nicht finden. Und was die Friedensresolution betraf, so äußerte in einer Wahlversammlung der Leiter des sächsischen Zentrumsorgans:

Das sächsische Zentrum stehe in der Friedensfrage auf demselben Standpunkt wie die konservative Partei. Es wolle von der Reichstagsentschließung vom 19. Juli nichts wissen, und es sei der Anschauung, daß bei einem Verzicht- oder sogenannten Verständigungsfrieden das deutsche Volk zugrunde gehen müsse. Das sächsische Zentrum sei mit den Konservativen der festen Ueberzeugung, daß ein Frieden geschlossen werden müsse, der durch seine Form Gewähr für eine gesicherte Zukunft des deutschen Volkes biete. Deshalb habe die sächsische Zentrumsparthei im Einvernehmen mit den katholischen Wenden beschlossen, für den konservativen Kandidaten, Justizrat Dr. Herrmann einzutreten, und er sei beauftragt, dies hier zu erklären.

Nachdem nun der Wahlkreis gefallen ist, wird man in Zentrumskreisen sich über die Frage unterhalten müssen, ob die Zentrumspolitik derartig gegensätzliche Anschauungen auf die Dauer zu ertragen vermag.

Nach dem bisherigen Wahlergebnis erhielten von 18 424 abgegebenen gültigen Stimmen Parteisekretär Uhlig, Sozialdemokrat aus Leubnitz-Neuostra, 9661, und Rechtsanwalt Dr. Herrmann aus Bautzen (kons.) 8763 Stimmen, 102 Stimmen waren ungültig.

Bei der Hauptwahl am 11. Januar waren entfallen auf Dr. Herrmann (kons.) 6967, auf Uhlig (Soz.) 6416 und auf den Fortschrittler Pudor 3323 Stimmen.

Tägliche Rundschau - Nr.48 – 1918 – Samstag, 26. Januar - Morgen – S.2

Der Streit um Hoffmann.

Aus der heute früh wiedergegebenen zweiten Rede des Grafen Czernin verdient folgender Satz in etwas hellere Beleuchtung gesetzt zu werden. Graf Czernin sagte über den General Hoffmann:

„Das Verhältnis des von mir hochgeschätzten und als General ganz zweifellos hervorragenden Herrn zu mir läßt sich ungefähr so präzisieren, daß weder ich ihm, noch er mir vorschreiben kann, wann wir sprechen. Gegen seine Rede zu polemisieren, hätte ich völlig unrichtig gefunden, denn die ganze Rede entfesselte einen Sturm im Wasserglase. In Brest hat sich kein Mensch darüber aufgeregt, auch nicht Trotzki, der darauf antwortete, wenn Hoffmann sage, daß Rußland von den Deutschen besetzt sei, so gebe er ihm darauf die Antwort, daß der Kaukasus und die Türkei von den Russen besetzt sei. Das eine sei des andern wert.“

Kurz vorher hat Herr v. Kühlmann festgestellt, daß General Hoffmann seine vielerörterten Äußerungen gegen die Verschleppungstaktik der russischen Delegation im Einvernehmen mit der politischen Leitung getan habe. Was aber hatte Herr Scheidemann noch am Donnerstag im Reichstagsausschuß gesagt und was hatte der „Vorwärts“ im Fettdruck gestern früh wiedergegeben?

Wen will man glauben machen, daß keine Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und der Obersten Heeresleitung bestehen? Wie groß diese Meinungsverschiedenheiten sind, hat die Rede des Generals Hoffmann in Brest-Litowsk gezeigt. Der General ist bekannt als glänzender Soldat. Er gilt als einer der politisch klügsten Generäle, er ist einer von denen, für die es noch einen anderen Vorstellungskreis gibt als den rein militärischen. **Ein Mann, der sich der allgemeinsten Hochachtung erfreut! Aber wenn selbst dieser Mann die Verhandlungen beinahe gesprengt hätte, so zeigt das, wie wenig unsere Militärs am Platze sind, wo es gilt, politische Gegensätze auszugleichen.**

Im eigenen Land läuft die Militärherrschaft ja auch darauf hinaus, alle politischen Gegensätze auf die Spitze zu treiben.

[siehe: Vorwärts – Nr. 25 – 1918 – Freitag, 25. Januar – S.4f]

Und Herr Viktor Adler hatte im Wiener Parlament über Hoffmann gesagt, es könne „nicht zugegeben“ werden, daß man aus den Zeitungen erfahre, daß ein General auf den Tisch schlägt und „den Frieden in Gefahr bringt“. Nach Scheidemann sollte der Ausstand in Oesterreich und die nach Ebert erfolgte Ausrufung der Republik in Prag die Folge der Hoffmannschen Äußerung gewesen sein! Nun stellt sich heraus, daß die Russen die Bemerkungen Hoffmanns gar nicht in dem Sinne aufgefaßt haben, wie sie von den aufgeregten Demokraten in Wien und Berlin absichtlich oder unabsichtlich verstanden worden sind.

Der Hoffmann-Sturm war also künstliche Mache, um bestimmte Zwecke, nämlich die Ausschaltung der Obersten Heeresleitung zu erreichen, deren Einfluß im Sinne eines Sicherungsfriedens in diesen Kreisen befürchtet wird. Nun fragt es sich: warum kommt Graf Czernin erst jetzt mit seiner Feststellung? Konnte nicht den maßlosen Angriffen auf den Vertreter der Obersten Heeresleitung rechtzeitig entgegengetreten werden? Wäre dann nicht viel Unheil verhütet worden, konnte man nicht sofort verhindern, daß die deutsche Oberste Heeresleitung tagelang als Friedenshindernis und Friedensstörer hingestellt wurde?

Die Wiener Woche.

Daß die Syndikalisten und Maximalisten Wiens die Stadt drei Tage terrorisierten und keine Zeitung außer der sozialdemokratischen erscheinen ließen, war schlimm genug. Daß sie aber auch die reichsdeutsche öffentliche Meinung vollkommen beherrschten, ist der ungeheuerlichen Unzuverlässigkeit des amtlichen Nachrichtenapparats, welcher der linksliberal-sozialdemokratischen Darstellung keine einzige andere gegenüberstellen konnte, zuzuschreiben. Da nur die sozialdemokratische Presse erschien, kamen die linksliberalen Blätter, die sich restlos in deren Dienst stellten, herrlich auf ihre Rechnung. Für das Fehlen der anderen Darstellungen hätte der amtliche Apparat aufkommen sollen, der rein objektiv hätte feststellen können: Wien besteht nicht nur aus Sozialdemokraten, sondern auch aus andersgesinnten Kreisen, die zwar in ihrer Meinungsäußerung gehemmt waren, aber deshalb doch nicht totzuschweigen sind.

So las man in der ganzen reichsdeutschen Presse nichts von der folgenden Darstellung, die dieses „unbekannte“, andere, in der Wiener „großen“ Presse nicht hervortretende Wien hervorgehoben und betont hätten; sie hätten die Wirkung auf das feindliche Ausland besser abgeschwächt, als alle Nachrichtensperren. Zu unseren schlechtesten amtlichen Leistungen gehört offenbar der Nachrichtendienst aus Oesterreich-Ungarn. In einer christlichsozialen Parteikundgebung, die vom Vorstand der Wiener christlichsozialen Partei schon am 19. Januar beschlossen wurde, heißt es:

Die mangelnde Voraussicht und die geringe Tatkraft der Regierung hat zu schweren Störungen des Ernährungsdienstes und zur Kürzung der Mehlquote geführt. Durch das Hinzutun staatsfeindlicher Elemente löste dieser Notstand eine Bewegung aus, die über das Ernährungselend der Bevölkerung zu politischen Forderungen überging. Die christlichsoziale Partei hofft und erwartet, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk zu einem baldigen und dauernden Verständigungsfrieden mit Rußland führen. Sie ist von der aufrichtigen Friedensliebe des Grafen Czernin überzeugt und hegt volles Vertrauen, daß der Minister des Aeußern alles mit den staatlichen Interessen Vereinbarliche vorkehren wird, um zum Frieden zu gelangen. Die christlichsoziale Partei hält es aber für schädlich, wenn im jetzigen Augenblicke, wo die Geschlossenheit der Monarchie allein unsere Vertreter zu diesem kraftvollen Auftreten befähigen kann, durch politische Ausstandsbewegungen deren Stellung geschwächt wird. Die einmal in Fluß geratene Bewegung ist in ihrem weiteren Verlaufe zu einseitigen parteipolitischen Zwecken ausgenützt worden.

Die Verhandlungen mit der Regierung wurden einseitig von einer Partei geführt, die gesamte nichtsozialdemokratische Wiener Presse mundtot gemacht, die Informierung der öffentlichen Meinung für eine politische Partei monopolisiert. Dieser Entwicklung der Ereignisse hat die Regierung mit verschränkten Armen zugesehen, sie sogar aktiv unterstützt.

Die christlichsoziale Partei legt gegen diese terroristische Vergewaltigung der Mehrheit der Wiener Bevölkerung die schärfste und nachdrücklichste Verwahrung ein. Die Regierung hat zu unserem lebhaften Bedauern nichts getan, um die innerstaatliche Ordnung wenigstens vorzubereiten und durch volkstümlichere Formen neue Wege des politischen Lebens zu erschließen. Sie darf aber auf keinen Fall die Regierung einer Partei, sondern muß pflichtgemäß die Regierung der Gesamtbevölkerung sein.

Segest. [Segest, cheruskischer Edler, verriet Varus an die Römer.]

„DER DEUTSCHE KANN NUR DURCH DEUTSCHE BESIEGT WERDEN.“

So war es immer in der Geschichte. Schon die alten Römer wußten das und stellten „Mittel zur Verfügung“, um mit rollendem Golde Verräter zu kaufen, Germanenzwist zu fördern und den Sieg, den die Waffen nicht brachten, zu erringen mittels der Germanenpest: der inneren Zwietracht. Am Anfang der deutschen Geschichte steht nicht nur Armin, sondern auch Segest. Auch heute erhebt sich Segest gegen Armin. Man sagt, England habe einen riesigen Geheimfonds in seinen Etat eingestellt, um die Germanenpest zu füttern. Wahrscheinlich ist's wahr. Vieles ist anders nicht zu erklären. Heute erhebt sich der Verrat an der deutschen Zukunft in der roten Lohe. Die bolschewistische „Einheitsfront“, also die Einheitsfront mit dem Feinde und gegen Deutschland ist hergestellt. Die historische Farce von Brest-Litowsk dient ja nur als Schleier für die gutgläubige Dummheit im eignen Volke. Man heuchelt ihm und seiner schwachen „Regierung“ vor, man wolle den Frieden.

Den will man gar nicht.

Man will den Krieg, den blutigsten, schmachvollsten Krieg, den es je gab, den Krieg der Ehrlosigkeit: die Revolution. Die will man.

Alles andere ist Lüge und Heuchelei. Wollte man den Frieden von Rußland, so müßte man anders verfahren. Der Friede mit Rußland wächst in Brest-Litowsk genau so wenig wie in Stockholm. Der Friede mit Rußland ist nie zu erhandeln, ist nur zu diktieren, mit kurzer Frist, mit Ja oder Nein, unter Entweder – Oder. Die Russen sagen es selbst. Ihnen selbst wäre das eine Erlösung. Das russische Heer flucht über unsere Schwäche, unsere Illusionen, unsere – geborenen Unnachahmlichkeiten. Verführen wir so, wir hätten den Russenfrieden wohl schon seit 1 ½ Monat.

Aber Segest will das nicht. Er scheut die klaren Verhältnisse, haßt den Frieden, verlängert Krieg und Blutvergießen. Denn er lebt vom Streit, vom Verfall. Blühendes Glück stolzer Germanen, friedlicher Segen eines einigen Volkes wäre sein Grab. **Da er den Sieg nicht hat hindern können, sabotiert er drum den Frieden und wirft mit eigner Hand den Pechkranz des roten Feuers ins Gebälk der eben erst vor der Feinde Wut erretteten Heimat. Segest war immer ein Schuft.**

Trotzki-Bronstein und Lenin-Zederblum kreischen: „Es kommt die Zeit, in der wir mit einer Regierung Liebknecht verhandeln!“ (Kopenhagener „Politiken“.) So lange gilt die Verhandlungen hinzuziehen!

Geborene Unnachahmliche merken von so was nichts. Ihr Geltungsbedürfnis plätschert behaglich in nichtigem Schwatz und gespreizten Formeln. Ihnen ist das Schuldbeladene Verhandlungsweib der Russen „gnädige Frau“. Die Hauptsache aber ist das Bild, das der Maler Orlik malen sollte, aber nicht konnte, weil die Hauptpersonen schwänzten, die hochverehrten Juden und Anarchisten von der Gegenseite. Schade. Es hätte ein unnachahmliches Bild gegeben.

An der Themse aber und in der Wallstreet reibt sich Luzifer vergnügt die Hände. Er hat seinen Segest gefunden; und seine Kalkulation ist sehr einfach: „Der revolutionäre Zusammenbruch kommt drüben eher, als bei uns der militärische und maritime.“

Deshalb ist noch Krieg, fließen noch die Ströme des Blutes. Armin soll sich an der Front verbluten. Dazu ist er da. Maul halten und bluten, bis er ausgeblutet hat. So will es Segest. Denn er bleibt, was er war. Zwei tausend Jahre schon war: ein Schuft.

Drei Jahre Arbeit im dunkeln, unter den Fittichen der erbärmlich hohlen populären Phraseologie einer versagenden, unfähigen Staatspolitik. Heute gelte sein ehrloser Verräterschrei offen durchs Land. Er würzt die **Hochrufe roter Versammlungssprenger** auf das Weltblatt in der Eschenheimer Gasse in Frankfurt a.M.: „Nieder mit Hindenburg!“ [„Frankfurter Zeitung“]

So weit sind wir. Darum der unersättliche Haß gegen die Freunde Armins, gegen die, die Frieden wollen, gegen die, die nicht mit zum Verräter werden wollen am eigenen Volke.

Die rote Lohe geht durch das Land, und schon rast der Terrorismus durch deutsche Gaue. Königen verbietet man zu telegraphieren (Sächsisches Abgeordnetenhaus am 24. Januar!), dem Volke untersagt man, die Wahrheit zu hören; und wenn es sich trotzdem versammelt, knüppelt man seine Versammlungs- und Redefreiheit nieder. Als ähnliches im Juli v. J. die Unabhängigen in einer Landsberg-Versammlung in Halle a. S. taten, schrieb die knallrote „Hallesche Volksstimme“:

„Ueberhaupt die breite Masse! Wenn man sie so gesehen hat, wie an diesem Abend, so ganz fanatisiert und voller Haß, so gar keinen Einwendungen zugänglich, dann möchte sich einem das Herz vor Weh auseinanderreißen, dann packt einen aber auch der wilde Groll gegen alle diese Gesellen, die das hervorgebracht haben.“

Treitschke sagt in seiner deutschen Geschichte, daß nur die Orientalen einen Ham [zweiter Sohn Noahs] besitzen, der seines Vaters Scham entblößt. Das ist richtig. Einen Judas Ischariot besitzen aber auch wir. Auch bei uns geht er als säkulare Erscheinung, als ein Ahasverus [der ewige Jude, Sagengestalt] durch die Geschichte. Es ist unser Segest. Heute erscheint er wieder, und zwar im blutroten Mantel, im Gewande des Henkers des eigenen Volkes.

Wer reißt das deutsche Volk aus den Krallen des Verräters? Die Berufenen? Die Regierung? Hertling? Kühlmann? Payer?

Vielleicht bleibt's diesmal für unser Volk dabei: Hilf dir selbst, so hilft dir Gott! Sonst treibt Segest auch diesmal wieder den Befreier Armin in Not und Tod und Thusnelda in die fremde Schmach.

182. Kriegswoche. – Von Max Lohan.

Die Kanzlerrede – Die Czerninrede – Friedensanbieterei ohne Ende – Die Lorbeeren Kühlmanns und Trotzki's Erfolge – Die Kriegserklärung der Tschechen an den österreichischen Staat – Der Nationalliberalismus und das gleiche Wahlrecht.

Was lange währt, wird gut. Von der Kanzlerrede gilt das nicht. Das Ereignis der verflossenen Kriegswoche sollte sie sein. Ein Ereignis war sie: Das Unzulängliche wurde in ihr Ereignis. Solche Kanzlerrede hätten ebenso gut, vielleicht besser noch, v. Bethmann Hollweg und Michaelis halten können. Warum also der zweimalige Kanzlerwechsel? **In der Hertlingrede beansprucht nur ein einziger Satz, weil er die erbaulichste aller Tatsachen vorführt, uneingeschränkte Zustimmung, der Satz: „Unsere militärische Lage war niemals so gut, wie sie jetzt ist.“**

Aber fast alles andere in der Kanzlerrede bedeutet das Bekenntnis nicht zu dieser Tatsache, sondern ihre Verleugnung. **Nicht einen Hauch von politischem Offensivgeist, von dem Siegeswillen, der heute in unserem Kriegskanzler Fleisch und Blut sein müßte, atmet die Rede. Die Politik der Friedensangebote, diese Politik der Schwäche und des Verzichts, spinnt die Rede ins Unabsehbare weiter.** Ueber Wilson, der Selbstbestimmung für die Völker Oesterreich-Ungarns und der Türkei und für die Polen die preußische Weichselmündung forderte, hat der deutsche Kanzler geurteilt nach dem Muster des Scheidemannschen Regierungsblattes, des „Vorwärts“, der die Mäßigung des amerikanischen Präsidenten rühmend gefunden hatte. Wilson und Lloyd George werden diese Kanzlerrede willkommen heißen. Sie werden aufatmen: **denn auch an diesem siebenten Kanzler ist kein Zoll ein Siegeskanzler, wie wir ihn in diesem Kriege haben müßten.** Nicht ein Zoll ist an diesem Kanzler ein Staatsmann, der sich nicht führen läßt, der selber führt, machtbewußt, zielsicher, siegesgewiß.

Die 14 Nummern des Kriegszielprogramms Wilsons hat Graf Hertling durchgegangen, um Punkt für Punkt zu prüfen, inwieweit sie sich zu einem Friedensangebot eignen. Denn etwas anderes kann doch der Kanzler mit seiner eingehenden Würdigung der letzten Botschaft des amerikanischen Präsidenten und Professors nicht bezwecken, als seinem Kollegen jenseits des Ozeans seine Friedensbereitschaft zu empfehlen und ihn zu bitten, gütigst zu erwägen, ob er nicht auf den Boden der an den besagten 14 Programmpunkten dargelegten Verständigungsmöglichkeiten treten wolle, zumal man ja auch noch mit sich handeln lassen könne. Dies hat zwar Graf Hertling nicht selber gesagt, aber der andere Graf in Wien, Czernin, hat es für den von ihm angebotenen Fall der Sonderverhandlungen mit Wilson für „naturgemäß“ erklärt, daß man anfangs seine Wünsche möglichst hochschraube, um nachlassen und ausgleichen zu können. Wie hoch aber hat Graf Hertling bei ausdrücklichem grundsätzlichen Verzicht auf Belgien und auf Nordfrankreich seine Wünsche geschraubt? Nicht viel mehr will Hertling verlangen, als was Czernin von Rußland fordert: nämlich „keinen Quadratmeter und keinen Kreuzer“!

Also müßte nach dem, was Graf Czernin bei den Friedensverhandlungen als naturgemäß ansieht, Graf Hertling befähigt sein, noch unter den status quo ante herunterzugehen. Da erschlosse sich der Weg zu einem Weltfrieden, den die Scheidemann, Adler und Genossen samt Trotzki und Lenin, vielleicht auch die Haase, Ledebour und Liebknecht begrüßen könnten.

Sollte hiernach wirklich, wie das mehrfach geschehen ist, anzunehmen sein, daß die beiden gleichzeitigen Reden nicht vereinbart worden sind, daß die Czerninsche als die weitergehende nicht anderes sein soll als die Erläuterung und Ergänzung der Hertlingschen? Diese Frage ist auf Grund dessen, was Kühlmann über sein Verhältnis zu Czernin und über das Deutschlands zu Oesterreich-Ungarn im Hauptausschuß vermerkt hat, zu bejahen. Unser Staatssekretär des Aeußern bezeugte, daß er besonders mit dem Grafen Czernin täglich und stündlich im engsten Gedankenaustausch stehe und daß die deutschen Friedensforderungen mit dem ernstesten und eindringlichsten Friedenwillen, der in Oesterreich-Ungarn herrscht, zu vereinbaren sind.

Seinen Friedenswillen aber hat Oesterreich-Ungarn nach der maßgeblichen Darstellung in der Czerninrede dahin bekundet, daß er sich mit den Wilsonschen Vorschlägen zum guten Teil deckt, daß einzelnen sogar mit großer Freude zugestimmt werden kann. Ist die Kanzlerrede noch kein offenes handgreifliches Friedensangebot, so ist es um so mehr die Czerninrede. Und sogar ein deutliches Friedensangebot nicht bloß an Amerika, sondern an alle Kriegführenden. Denn, so sagte Graf Czernin: ein Gedankenaustausch zwischen Oesterreich-Ungarn und Amerika könnte den Ausgangspunkt für eine versöhnliche Aussprache zwischen allen jenen Staaten bilden, die noch nicht in Besprechungen über den Frieden eingetreten sind. In einer zweiten Rede hat Graf Czernin ausdrücklich festgestellt, daß Wilson das Anerbieten der österreichisch-ungarischen Regierung noch vor der öffentlichen Mitteilung des Ministers im

Delegationsausschüsse bekannt gegeben worden ist. Der „Vorwärts“ spricht im Anschluß daran von der Einladung der Mittelmächte an Wilson, in Friedensverhandlungen einzutreten.

Hertlings Friedensangebot ist die Vollstreckung des Verzichtwillens, wie ihn die Reichstagsmehrheit am 19. Juli in ihrer Entschließung festgelegt hat. In der Aussprache, die der Kanzlerrede folgte, haben das die Führer dieser Mehrheit bezeugt. Und Czernins Friedensangebot fußt auf Vertrauenskundgebungen des österreichischen und des ungarischen Delegationsausschusses und außerdem noch auf der Zustimmung vornehmlich der Sozialdemokratie hüben und drüben.

Offensivgeist mögen die Leiter unserer Politik nur für das bängliche Jagen nach Frieden zu betätigen. Diese politische Offensive steht ohne Gleichen da. Das Friedensangebot als Antwort auf Wilsons Botschaft wird natürlich die genügsam erprobte Wirkung haben: den Schluß auf unsere Schwäche und zwar, je beharrlicher die Friedensanbietererei fortgesetzt wird, auf unsere wachsende Schwäche und Friedensbedürftigkeit. Selbst die sozialdemokratische „Internationale Korrespondenz“ muß das zugestehen; sie schreibt:

„Wilson's 14 Programmpunkte, die in Deutschland vielfach als Friedensannäherung aufgefaßt worden sind, haben im Gegenteil in Frankreich einen Sturm der Kriegsbegeisterung hervorgerufen, weil zum ersten Male die Vereinigten Staaten sich darin offiziell für Frankreichs Anspruch auf Elsaß-Lothringen eingesetzt haben. Wer diese Wirkung Wilsons in Frankreich, wo der Kriegswille am stärksten erschüttert war, nicht kennt, urteilt über Weltpolitik wie ein Blinder über Farbenunterschiede. Wir sind deshalb gewiß, daß auch Czernins von Deutschland gewiß nicht beanstandetes Vermittlungsangebot erfolglos bleiben wird.“

Der Erfolg der Fortführung der Friedensangebote kann nur sein, daß die feindlichen Führer die Sprache der Sieger zu den Besiegten fortsetzen, die noch immer, wie der Kanzler bemerkt hat, Lloyd George und Wilson uns gegenüber führen.

Der dritte im Bunde, Staatssekretär von Kühlmann, hat im Hauptausschusse auch geredet, nachdem ihm dort tags zuvor schon der Wortführer des Zentrums im Namen der führenden Reichstagsmehrheit Vertrauen bekundet hatte. Ungezählte Lorbeeren waren ihm im voraus nach Brest-Litowsk mitgegeben worden. Mitgebracht hat er von dort nicht einen. Es sei denn, daß er als seinen Erfolg einheimst, daß vom Beginn der Brest-Litowsker Friedenstagung an die Rote Internationale in Rußland und im Bereiche der Mittelmächte mit von Tag zu Tag anmaßenderen Siegesansprüchen hervorgetreten ist. Erst jetzt, da sich Trotzki der offenen Mitarbeiterschaft der Sozialdemokratie in Deutschland und Oesterreich-Ungarn rühmen kann, offenbart sich der wahre Sinn der Aeußerungen, die er am 11. Januar in der Sitzung in Brest-Litowsk getan hat, als er es als eine „dekorative Phrase“ ablehnte, auszusprechen, daß die vertragschließenden Teile entschlossen seien, „fortan in Frieden und Freundschaft zu leben“!

Er hoffe, sagte er, daß ganz andere Dinge die Beziehungen zwischen den Völkern beeinflussen werden. Hierbei dachte er an die Gemeinbürgerschaft der Roten Internationale, die unter Liebknechts, Adlers und seiner Führerschaft die Völker verbinden werde. **Was Trotzki will, hat er inzwischen in mehreren Reden in Petersburg in vollster Deutlichkeit erkennen lassen. Er sagte u.a., daß die Vertreter der russischen Revolution nicht vergäßen, daß jenseits der Grenze die deutschen Revolutionsbrüder eingesperrt seien; sie hofften nächstens, mit diesen zu verhandeln.** Die Weltrevolution breite sich von Tag zu Tag mehr aus. Die russische Revolution habe durch ihre klare rücksichtslose Prinzipienpolitik faszinierende Gewalt über die Massen des Westens erlangt.

Daß sich die Bolschewiki, die Unabhängigen, die Scheidemänner und ihre Genossen an der Donau in ihrer Hoffnung auf den schließlichen Triumph der Roten Internationale neubelebt und gestärkt fühlen, das danken sie zum guten Teil unserm Staatssekretär des Auswärtigen, der nach Brest-Litowsk gefahren war mit dem Vorsatze, auf dem Boden der Selbstbestimmung der Völker, also nicht als Staatsmann zu verhandeln, sondern als Prinzipienmann. Es läßt sich kaum etwas weniger Staatsmännisches denken, als Machtfragen – nur solche sollten in Brest-Litowsk entschieden werden – nach einer ein für allemal fertigen wesenlosen leeren Formel entscheiden zu wollen.

Krieg bedeutet Kampf um Macht, und wer ihn als Sieger beschließen will, muß das Friedenswerk auf die Grundlage seiner mit den Kriegsmitteln erkämpften Macht stellen. Statt dessen stritt sich Kühlmann mit Trotzki in völlig unfruchtbaren doktrinären Auseinandersetzungen über das Selbstbestimmungsrecht. Trotzki erwies sich als überlegen, weil er der weit fanatischere und darum folgerichtigere Prinzipienmann ist. Aber daheim in Petersburg verwarf er die Selbstbestimmung und entschied lediglich durch Macht, mit Gewalt.

Er zeigte dem Staatsmann von Kühlmann an einem Beispiele aus der lebendigen Wirklichkeit, daß die Macht das Entscheidende ist. Als brutaler Machthaber verachtete er das Selbstbestimmungs- und Mehrheitsprinzip, indem er die verfassungsgebende Versammlung auseinanderjagte, weil seine Partei dort

nicht über die Mehrheit verfügte. Ueber das Selbstbestimmungsrecht der Völker hat Trotzki in Brest-Litowsk nur zum Fenster hinausgeredet, um die Massen außerhalb Rußlands zu revolutionieren. Die Wirkungen der anarchischen Werbearbeit, die Trotzki unter der Gunst der Kühlmannschen Staatsmannschaft verrichtet hat, sind bereits in Oesterreich-Ungarn zur Erscheinung gekommen.....

Aus den Vorgängen innerhalb Oesterreichs kann hier nur eins, soweit auch dies heute statthaft ist, beleuchtet werden: die Hochverratspolitik der Tschechen. Es ist ein Abschnitt aus dem Kapitel der österreichischen Geschichte, das überschrieben ist: „Versöhnungspolitik ohne Ende“. **Seit Jahrzehnten haben die österreichischen Regierungen die Tschechen mit Milde und Schonung, Nachsicht und Güte behandelt, sie mit Zugeständnissen auf Kosten der Deutschen überschüttet und immer damit gerechnet, daß der Erfolg solcher Politik doch schließlich nicht ausbleiben könne. In diesem Kriege haben sich die ärgsten Auswirkungen gezeigt: die Tschechen haben einzeln und in Massen Hochverrat begangen; und trotzdem hat man auch während des Krieges noch Gnade vor Recht ergehen lassen.** Die Wirkung blieb wiederum dieselbe: die tschechische Frechheit wuchs ins Unerträgliche.

Unter Führung des begnadigten Kromarz, der offen zugestanden hat, daß er Oesterreichs Niederlage herbeiwünsche, haben die tschechischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten aus Böhmen, Mähren und Schlesien in einer Prager Versammlung dem österreichischen Staate den Krieg erklärt. Sie verlangen einen selbständigen Staat auf Grund der Kühlmann-Trotzkischen Selbstbestimmung; und, was für uns besonders beachtlich ist, weit mehr als bloß dies. Ein Redner erinnerte in Prag an den Beschluß der tschechischen Abgeordneten vom 8. Dezember 1870, worin sich diese gegen die Zurücknahme von Elsaß-Lothringen ausgesprochen haben. **Weiter schwärmte diese tschechische Politik heute schon von einer Neutralisierung der Elbe mit Hamburg als tschechischem Freihafen** und einer unmittelbaren Angrenzung an den künftigen südslawischen Staat.

Der Ministerpräsident v. Seidler hat in dieser Woche im österreichischen Abgeordnetenhaus die erste Gelegenheit ergriffen, um auf jene Kriegserklärung zu antworten. Er hat die Prager Erklärung der Tschechen als staatsfeindlich gebrandmarkt und ihnen ins Gesicht gesagt, daß sie die Anerkennung ihrer Souveränität von auswärtigen Staaten erhoffen; daß sie die Feinde ermuntern und so den Krieg verlängern. Der Ministerpräsident hat erklärt, eine solche Politik mit allen der Regierung zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen zu wollen. Worte, nur Worte, die solche bleiben werden, da die Gnade den Tschechen gegenüber seither keine Grenzen und keine Ende gekannt hat. **Was Oesterreich mit den Tschechen, wird Deutschland vielleicht noch mit seiner Sozialdemokratie und seinen Polen erleben.**

Nach Art der Tschechen hat **der unabhängige Sozialdemokrat Mehring im preußischen Abgeordnetenhaus seine Jungfernrede mit den Worten geschlossen:**

„Unsere Wähler sind der ewigen Schönfärberei müde, der Geduldsfaden beginnt zu reißen und wenn es nicht anders geht, so wollen sie klar zum Gefecht machen.“

Solcher Gesellen sitzen jetzt im Landtage Preußens noch nicht ein Dutzend. Vermöge des gleichen Wahlrechts würde das sozialdemokratische Grüppchen zur stärksten herrschenden Partei in Preußen anwachsen. Und da schreien nationalliberale Blätter Zeter und Mord, daß die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen am Widerstand der Nationalliberalen scheitern könne!

Ein Staatsmann Kühlmannscher Art, der ehemalige Kolonialsekretär Dernburg, hat sogar in Frankfurt behauptet, durch die Verweigerung des Reichstagswahlrechtes für Preußen würde der Krieg verlängert; welches Verbrechen also den Nationalliberalen zur Last fallen könnte. Nationalliberalismus aber bedeutet nach seinem ursprünglichen Willen und seiner ganzen Wesenheit Gegnerschaft zur Wahlrechtsgleichmacherei. Das gleiche Wahlrecht ist keine liberale Forderung. **Liberalismus will Freiheit, nicht Gleichheit, die der Freiheit Mörderin ist.** Von Sybel hat das Gleichheitswahlrecht bei der Einführung im Jahre 1867 vom Standpunkte des Liberalismus, des Nationalliberalismus bekämpft. Er erklärte damals, daß er, der sich sein Leben hindurch fort und fort zu den Grundsätzen der liberalen Anschauungen bekannt habe, das gleiche Wahlrecht verwerfen müsse, weil das Bekenntnis zu ihm „eine sophistische und völlige Verbiegung der wahren liberalen Grundsätze sei“.

Wie v. Sybel haben die nationalliberalen Führer von Treitschke, von Unruh, von Mohl mit rücksichtsloser Offenheit das gleiche Wahlrecht verworfen. Wenn die Nationalliberalen als Liberale ihrer geschichtlichen Vergangenheit nicht untreu werden und insbesondere nicht die sächsischen Nationalliberalen als Bahnbrecher des Mehrstimmenrechts in ihrem engeren Vaterlande verleugnen wollen, so müssen sie das gleiche Wahlrecht für Preußen ablehnen und bis zur letzten entscheidenden Abstimmung mit ihrem unbeugsamen mannhaften Nein durchhalten. Darin dürfen sie sich nicht dadurch beirren lassen, daß der Führer der Reichstagsfraktion Dr. Stresemann als Sachse in Dresden für das gleiche Wahlrecht in Preußen eine Lanze

gebrochen hat. **Wer für das gleiche Wahlrecht eintritt, ist Demokrat, nicht Liberaler.** Ein linksnationalliberales Blatt forderte in der letzten Woche, daß reiner Tisch zwischen den auseinanderstrebenden Richtungen in der nationalliberalen Partei gemacht werden müsse. Namentlich die Führer der Reichstagsfraktion sollten ihren Einfluß geltend machen, um der sehr wenig liberalen Strömungen, die in der preußischen Landtagsfraktion Oberwasser haben, Herr zu werden. Statt „sehr wenig liberal“ müßte es hier heißen, „sehr wenig demokratisch“; und wenn tatsächlich reiner Tisch gemacht würde zwischen den Anhängern und den Gegnern des gleichen Wahlrechtes, so hätten nach der Trennung nur noch die Gegner auf den Namen nationalliberal gerechten Anspruch. Die anderen mögen die Demokraten, Nationaldemokraten, Sozialdemokraten oder, wie es ihnen sonst gefällt, nennen; nur sollen sie nicht fälschlich den Namen liberal führen.

Vorwärts - Nr.27 – 1918 – Sonntag, 27. Januar - S.1

Denk es, o Deutschland.

Die tiefe Bewegung, die heute durch die Völker der Welt geht, soll nicht mißgedeutet, nicht zu volksfeindlichen Zwecken mißbraucht werden. Es ist zuviel verlangt, daß die Seismographen, deren Beruf es ist, das Erdbeben zu verzeichnen, in Deutschland stillstehen sollen, wenn sich die ganze übrige Erde in Krämpfen windet. Solchen Erscheinungen gegenüber ist ruhige Beobachtung eher am Platze als kopfloser Lärm, der die Panik vermehrt.

Der Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Herr Wallraf, hat gestern im Hauptausschuß noch einmal das Dichterwort des Genossen Karl Bröger zitiert, „daß dein ärmster Sohn dein getreuester war“, aber er hat es nicht vollständig zitiert. Es lautet: „Herrlich zeigt jetzt deine größte Gefahr, daß dein ärmster Sohn auch dein getreuester war. Denk es, o Deutschland!“

Das Wort bleibt stehen für alle Zeit. Als sich Deutschland in seiner größten Gefahr befand, da waren es die schwieligen Fäuste, die es – ohne zu fragen, wie das alles gekommen war, ohne darüber zu klagen, wie man sie zuvor behandelt hatte – aus dieser Gefahr herausrissen. Damals war es Lloyd George, der zu englischen Arbeitern sagte, Deutschland verdanke seine Erfolge mehr als Hindenburg und Ludendorff der Masse seiner Arbeiter. Herr Wallraf hat pflichtgemäß die Gefahren hervorgehoben, die dem Deutschen Reiche aus der Zerschlagung der inneren Front auch jetzt noch erwachsen könnten. Wenn diese Gefahren heute längst nicht mehr so groß sind wie früher, wenn im Osten kein Feind mehr steht und eine Zertrümmerung der Westfront nicht nur zu den am wenigsten wünschenswerten Dingen der Welt gehört, so verdankt Deutschland das seinen Arbeitern, die daheim seine Rüstung schmiedeten und die sie draußen kämpfend und sterbend trugen. Denk es, o Deutschland!

Hat Deutschland dessen gedacht und denkt es dessen heute noch? Wie war denn die Stimmung, aus der die Rhythmen Brögers herausströmten? „Uns treibt nicht Eroberungslust.“ „Nicht für fremdes Land bluten und sterben Deutschlands Söhne.“ Und weniger pathetisch, doch nicht weniger inhaltsreich: „Ich bestimme hierdurch, daß der vom Landtag vorzulegende Gesetzentwurf auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen ist.“

Was wäre wohl geworden, wenn man den deutschen Arbeitern in der Zeit der größten Gefahr gesagt hätte: „Ihr blutet und sterbt für Kurland, Litauen, Longwy, Briey, für die Vernichtung der belgischen Selbständigkeit und – für die Reform des preußischen Herrenhauses“??

Die Bewegung, die durch die Massen des arbeitenden Volkes geht, beruht auf tiefsittlichen Gründen. Sie ist – heute muß offen gesprochen werden – der Befürchtung entsprungen, daß man sie irregeführt hat. Sie wollen sich aber nicht irreführen lassen, sondern an ihren Zielen festhalten. **Unzähligemale ist es seit Anbeginn dieser Menschheitstragödie von ihren Vertretern im Reichstage erklärt worden: „Wir kämpfen für unser eignes Land, nicht für Eroberungen. Wir kämpfen auch nicht für das Deutschland, wie es vor dem Kriege war, sondern für das Deutschland, das nach dem Kriege werden soll, für ein freies Vaterland.“** – Nie ist ein Pakt ehrlicher gehalten worden, als dieser von den Arbeitern gehalten worden ist!

Heute tauchen die Gefahren der Kriegsverlängerung durch offene oder schlecht verhehlte Annexionen und der inneren Reaktion riesengroß auf. Die Entbehrungen steigen und zu der Sorge um die Lieben draußen gesellt sich der quälende Gedanke, daß eine gute Politik sie wohlbehalten nach Hause führen, eine schlechte sie aber verderben könnte. **Deutschland ist nicht zuletzt durch die Tat seiner Arbeiter, so weit, daß es einen Frieden, der ihm von Siegern diktiert wird, nicht mehr zu fürchten braucht.** Und nun fordern die Arbeiter die gute Politik, die im Glück maßhält, gefährlichen Uebermut meidet und ohne Not kein Blut vergießt. Sie wollen, daß man ihnen die Ruhe des Gewissens wiedergibt, indem man ihnen gewährt für eine solche Politik gibt!

Die bisherige Haltung der Regierung ist nicht geeignet, jeden Zweifel und jedes Mißtrauen im Keim auszurotten. **Aber ehrlicherweise muß gesagt werden, daß die Erregung weniger auf das Verhalten der Regierung selbst zurückzuführen ist als auf das Treiben einer Herrschicht, die noch immer nicht einsehen kann, daß die Zeit für sie vorbei ist.** Sie will die Größe der Opfer bestimmen, die das Volk zu tragen hat, und kennt darin weder Maß noch Ziel. Sie will bestimmen, was dem Volk an Freiheiten und Rechten zuzumessen sei und maßt sich die Vormundschaft über alle, auch über den König von Preußen an, in dem sie heute in ihrem Hauptorgan erklärt: wenn sie keinen Willen bekämpfe, wahre sie „die Rechte der Monarchie“.

Dieses unerträglich anmaßende Treiben muß auch auf Nerven wirken, die den zerrüttenden Einflüssen eines dreieinhalbjährigen Krieges leidlich widerstanden haben, noch vielmehr auf solche, die durch den Kriegstod von Angehörigen, Ueberarbeit und leibliche Entbehrungen aus dem Gleichgewicht gebracht sind. Ursachen – Wirkungen!

Dies alles muß man bedenken, wenn man die Vorgänge, die sich auf der Oberfläche und unter ihr abspielen, richtig beurteilen will. **Und darum nochmals: ruhig beobachten ist besser als poltern oder gar drohen. Die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter, auch jene, die zu den Unabhängigen stehen, sind keine Bolschewiki. Weder von der äußersten Rechten noch von einer kaum sichtbaren alleralleräußersten Linken lassen sie sich die Absicht aufreden, den Weg zu ihrem Glück über die Niederlage und über den Bürgerkrieg zu suchen. Sie wollen das Notwendigste, das sie zu ihrer Ernährung brauchen, sie wollen den Frieden und sie wollen ein außen und innen freies Deutschland. Dies zu wollen treibt sie ihre Natur, und wo sie an Schranken stoßen, bäumen sie sich auf, gleich wie ein gestauter Strom aus seinen Ufern heraustritt.**

Das hohe Ziel einer politischen und wirtschaftlichen Neuordnung, die jedem Menschen freie Entfaltung verspricht, das Ziel der Demokratie des Sozialismus, werden sie nie aufgeben, aber sie verfolgen es nicht mit großen Redensarten, sondern mit festen Taten. So gehen sie den Weg, der nach ihrer Ueberzeugung zu einer besseren Zukunft der Menschheit führt, Schritt für Schritt. Gefährlich ist der Versuch, sie dabei gewaltsam aufzuhalten!

Wir fürchten in diesem Augenblick weniger die Gefahr, von der Herr Wallraf sprach, als eine andere. Man kennt das deutsche Volk als das ruhigste, geduldigste der ganzen Welt. Begänne dieses Volk in seinen breiten Schichten von tiefer Unruhe erfaßt zu werden, so ließe sich niemand einreden, daß dies nur die Frucht „gefährlicher Agitationen“, und nicht viel mehr noch die Frucht eines unhaltbaren Regierungssystems sei. Die „gefährlichen Agitationen“ bleiben vollkommen ungefährlich, wenn die Masse des Volkes weiß, daß sie in dem Staate, in dem sie lebt, zu ihrem Recht kommt.

Vorgestern hat Bautzen in aller Ruhe und Ordnung gesprochen, und käme es heute zu allgemeinen Wahlen, so klänge es aus dem größten Teil des Deutschen Reiches wie von dort. Solche Stimmen muß jede Regierung respektieren, die die „innere Front“ ungebrochen erhalten will. Jeder Gedanke an einen Versuch, dem Volk kriegsverlängernde Ziele aufzudrängen, für die es nie gekämpft hat, oder ihm Rechte vorzuenthalten, die ihm versprochen worden sind, wirkt zerrüttend. Das ist heute die größte Gefahr.

Denk es, o Deutschland!

Posener Tageblatt - Nr.45 – 1918 – Sonntag, 27. Januar - Morgen - S.1

Heil unserm Kaiser!

In schwerer, sorgenvoller Zeit begehen wir den Geburtstag unseres Kaisers. Dieser Tag, im Frieden ein nationaler Fest- und Freudentag des ganzen Reiches, hat uns stets um das nationale Banner geschart, Heer wie Volk, hat die politischen wie konfessionellen Gegensätze zwischen uns überbrückt, unser nationales Volksbewußtsein und Zusammengehörigkeitsgefühl immer wieder gestärkt und uns in vaterländischer Begeisterung geeint.

Als der Krieg ausbrach, wurde diese Kaisergeburtstagsstimmung zum dauernden Seelenzustande des deutschen Volkes. Volk und Heer und Kaiser fühlten sich eins, hatten einen Willen, ein Streben, ein Ziel: die Feinde niederzuwerfen, den Sieg zu erringen, uns vor der uns zugedachten Zerschmetterung zu bewahren und unser Vaterland durch Not und Tod einer neuen herrlicheren Zukunft entgegenzuführen. Der Kaiser sprach das schöne, denkwürdige Wort, „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“ Und das Volk war von dem Geiste der Brüderlichkeit, den dieses Wort zum Ausdruck brachte, so erfüllt und hingerissen, daß alle Unterschiede vergessen waren und in ehrlichem Burgfrieden ein edler Wetteifer einsetzte, alles einzusetzen für Kaiser und Reich.

Dieser Geist der Brüderlichkeit ist uns, wie allen anderen kriegführenden Völkern auch, soweit er bei diesen jemals bestanden hat, leider Gottes verloren gegangen, nicht unserem herrlichen Heere, das ihn nach wie vor in vorbildlicher Treue und Kameradschaftlichkeit pflegt, wohl aber dem Volke in der Heimat. Zum Teil ist das eine unvermeidliche Folge der langen Kriegsdauer, zum Teil liegt die Schuld an uns selbst, an dem Mangel an politischer Erziehung und weltpolitischem Blick, an der politischen Philisterhaftigkeit, von der noch immer weite Kreise unseres Volkes infolge der jahrhundertelangen Kleinstaaterei leiden; zum Teil liegt die Schuld an schlechter politischer Führung oder richtiger gesagt: an dem Mangel einer solchen, zum Teil ist sie das Werk böser Mächte, die vom Lande und von außen her bemüht sind, die Wurzeln der Kraft unseres Staates zu benagen und zu zerschneiden, wobei sie vor allem auch bestrebt sind, unsere monarchischen Einrichtungen

zu schwächen, weil diese zu den Hauptstützen unserer nationalen Kraft gehören. So sind wir zu schweren inneren Kämpfen und Krämpfen, zu starken Erschütterungen unserer Einigkeit gekommen, so stehen wir vor schweren Entscheidungen.

Dieser Kampf muß ausgekämpft werden. Daß er entbrannt ist, während unsere Heere noch im schwersten und blutigsten Ringen mit einer Welt von Feinden stehen, ist ein Unglück für uns, herbeigeführt durch eine machtlüsterne Demokratie, der eine schwache Regierung zu viel Spielraum ließ, ist eine Gottesschickung, die getragen werden muß wie die anderen schweren Schicksalsprüfungen auch. Unserem Volke ist sein Aufstieg nie leicht gemacht worden, und er soll ihm offenbar auch weiterhin nicht leicht fallen. Aber seine schweren Schicksale haben es in den frühen Zeiten seiner Geschichte stets innerlich geläutert und gestärkt und zu neuen, oft übermenschlichen Kraftanstrengungen, wie in und nach dem dreißigjährigen Kriege, in den schlesischen und in den Befreiungskriegen 1866 wie 1870/71, genötigt und dadurch auch zu außergewöhnlichen Erfolgen geführt. Es kommt nun darauf an, daß wir auch aus der jetzigen schweren Prüfungszeit eine Stählung unserer inneren Kräfte davontragen. Das können wir nur, wenn wir den inneren Hader nicht ausarten lassen zu innerer Zerfleischung, wenn wir uns der Quellen unserer Stärke bewußt bleiben und wenn wir der Kräfte Herr werden, die unsere wichtigsten staatlichen Einrichtungen zu schwächen und zu unterhöhlen trachten.

Der Geburtstag des Kaisers bietet uns Deutschen willkommenen Anlaß, uns auch in dieser Hinsicht auf uns selbst zu besinnen und auf Grund ernster Selbstprüfung uns zu rüsten und zu stärken zum Kampfe für unsere wichtigsten Güter. Wieder fliegen an diesem Tage alle unsere Gedanken unserem Kaiser zu, wieder einigt alle nationalen Kreise das Gefühl der Liebe und Dankbarkeit gegen unseren Kaiser. Wir schulden ihm den größten Dank dafür, daß er uns so lange den Frieden erhalten, daß er aber in dieser Zeit unser Heer schlagfähig erhalten und es vermehrt und seine Bewaffnung und seine Einrichtungen zeitgemäß gestaltet, daß er unsere Flotte geschaffen und uns in weiser Voraussicht Helgoland erworben und durch all das unsere jetzigen gewaltigen Siege ermöglicht hat, daß er Handel und Wandel, Kunst und Wissenschaft, Lehr- und Nährstand allzeit auf eifrigste gefördert und daß er sich bemüht hat, durch den Ausbau unserer sozialen Gesetzgebung und die Verbreitung und Vertiefung des sozialen Geistes zur Verminderung der sozialen Gegensätze beizutragen, ein Bestreben, dem wir nicht zuletzt die unvergeßliche Einmütigkeit der ersten Kriegsjahre verdanken. Wir danken es dem Kaiser auch, daß er durch ein vorbildliches Familienleben und durch seine echte Gottesfurcht ein gerade in unserer Zeit gar nicht hoch genug zu schätzendes Beispiel gegeben hat. All das Schwere, das unser Volk im Weltkriege zu tragen hat, empfindet der Kaiser in sorgender Seele tiefer wie sonst jemand, denn er weiß besser als irgend einer, was dieser Krieg uns an Blut und Tränen gekostet hat.

Er hat das Grausen der Schlachtfelder an allen Fronten gesehen, er mußte Regimenter begrüßen, die ihm besonders ans Herz gewachsen sind und von denen mehr Angehörige auf der Wahlstatt geblieben als zurückgekehrt waren. Wir brauchen nur an sein erschütterndes Aufstöhnen zu Gott auf den galizischen Schlachtfeldern zu denken, wo er angesichts all des Grauens ringsum rief:

„Ich habe das nicht gewollt, mein Herrgott, ich nicht“,

um inne zu werden, was unser Kaiser in dieser Zeit der allgemeinen Nöte zu tragen gehabt hat, was er mit und für uns gelitten hat, er, auf dem die ungeheuerlichste Verantwortung lag, die jemals ein Herrscher zu tragen hatte, der Entschließungen zu fällen hat in diesem Kriege, in dem die ganze Welt einer Umgestaltung entgegengeht, wie sie nie vor ihm einem Herrscher auf die Seele und das Gewissen gelegt worden sind. Wir nehmen das hin als etwas Selbstverständliches, aber am Geburtstage des Kaisers wollen wir uns dieser Riesenlasten von Pflichten und Sorgen erinnern, die der Kaiser jahraus und jahrein, tagaus und tagein für uns trägt, und wir wollen ihm dafür danken und uns geloben, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um ihm diese Sorgen und Lasten und Kümmernisse nicht noch größer zu machen, als sie ohnehin sind, sie ihm vielmehr durch Hingabe ans Vaterland und durch treues Aus- und Durchhalten tragen helfen. Wir danken dem Kaiser auch dafür, daß er in Hindenburg und Ludendorff die besten und stärksten und genialsten Vertreter der deutschen Volks- und Geisteskraft und der deutschen Charakterfestigkeit an die erste Stelle im Heer berufen hat und wir wollen nur wünschen, daß er diesen Männern auch künftig stets den Einfluß gewährt, der ihnen das blinde Vertrauen des Heeres und des Volkes gehört, gebührt und daß er eine gleich glückliche Hand, wie er sie durch die Auswahl dieser alles überragenden Feldherren bewiesen hat, auch in der Auswahl seiner politischen Ratgeber haben möge, ihm selbst zum Heil und dem Volke zum Segen.

Denn das ganze Volk, soweit es nicht noch immer in internationalen Gedankengängen befangen ist und Umsturzideen zuneigt, will bei aller Sehnsucht nach innerer Erneuerung unseres Volks- und Staatswesens eine starke Monarchie, ein soziales Kaiser- und Königtum, dessen Vertreter über den Parteien steht, der für einen gerechten Ausgleich sorgt, der das letzte Wort zu sprechen hat über Krieg und Frieden, zu dem das Heer

in einem unbedingten Treueverhältnis steht, wie es germanischer Auffassung entspricht, der ein starker Hort des Deutschtums ist, ein Förderer desselben auf allen gebieten. Nicht die Herrschaft des Parlaments oder gar des Pöbels wollen wir, sondern

„einer soll herrschen, einer soll König sein“,

wie schon ein altgriechischer Dichter den Willen eines Volkes verdolmetschte, das doch durch und durch demokratisch war. Eine Demokratie, die sich mit einem starken König- und Kaisertum nicht verträgt, ist Staats- und daher auch volksfeindlich.

Wir bedanken uns für die Korruption, die in demokratischen Ländern wie Amerika und Frankreich herrscht, wir sehen, daß die Volksherrschaft in dem demokratischen, parlamentarisch regierten England nur Schein ist, daß dieses Land vielmehr unter der strengsten Diktatur des schlimmsten Demagogen steht, den die Welt gesehen hat. Wir bedanken uns auch für eine so furchtbare Anarchie, wie sie die Demokratie in Rußland angerichtet hat.

Alle national gesinnten Kreise müssen es darum als ihre nächste Hauptaufgabe ansehen, Kaiser, Heer, Volk und Vaterland vor den Wellen des andringenden gefährlichen internationalen Sozialismus kräftig zu schützen, die Dämme dagegen nicht niederzureißen, sondern neue aufzurichten, die Monarchie, unsere Rettung in Krieg und Frieden, zu stützen und zu stärken, unbeschadet der Rechte des Volkes, seine Meinung zur Geltung zu bringen und seine Geschicke mitzubestimmen, die es schon hat und die zeitgemäß ausgestaltet werden können.

In diesem Kampfe für die Erhaltung der Schutzwehren unseres nationalen Lebens müssen wir vor allem auf den Kaiser und König selbst rechnen können. Er darf sich weder ausschalten lassen noch ausschalten wollen. **Er muß auch künftig unser Führer sein, zu dem wir in unentwegter Treue stehen in guten und bösen Tagen, mannhaft für ihn eintretend, wo es gilt, aufrecht und männlich auch ihm gegenüber unsere Überzeugung vertretend, wo es notwendig ist oder ihn von den maßgebenden politischen Stellen in einer Weise beraten sehen, die wir für falsch halten, oder wo ein überständiger Reichstag, der nicht mehr den Volkswillen verkörpert, ihn auf falsche Wege zu zwingen sucht und terroristischer Parteimachtkitzel die Herrschaft an sich zu reißen sucht.**

Besonders auch wir Deutschen im Osten rechnen auf den Beistand unseres Kaisers. Den Hohenzollern und deutschem Fleiß und Schweiß verdankt es unsere Ostmark, daß sie aus einer Wüstenei, als sie dereinst an Preußen kam, zur Korn-, Weizen- und Kartoffelkammer des Reiches geworden und zu einer Blüte der Kultur gediehen ist, daß sie in jeder Hinsicht eine Perle in der Krone der Hohenzollern geworden ist. Der Kaiser muß uns Ostmark-Deutschen helfen, daß diese Perle nicht aus der Hohenzollern-Krone ausgebrochen werden kann. Wenn die Polen jetzt den Schutz der nationalen Minderheiten auch in Preußen durch internationale Verträge, also durch fremde Mächte offen fordern, so erstreben sie damit etwas, was zur Losreißung der Ostmark von Preußen und Deutschland führen müßte. Das kann und wird unser Kaiser niemals zugeben.

Er, unter dem unsere unvergleichlichen Heer Schlachten geschlagen und Siege errungen haben, wie die Weltgeschichte sie nie gekannt hat, er muß ein Mehrer des Reiches werden, wie seine großen Ahnen bis auf Kaiser Wilhelm I., und kann nie ein Verkleinerer des Reiches werden. Er muß daher auch dafür sorgen, daß seine politischen Ratgeber keine Politik befolgen, die dahin führen könnte. Ein gerechter König will und soll unser Herrscher auch den polnischen Untertanen sein, die für ihn geblutet haben und die ehrliche Treue als Untertanen halten wollen; aber wo diese Loyalität nicht vorhanden ist, da erfordert diese Gerechtigkeit entsprechende Maßnahmen, sonst kann sie zur Ungerechtigkeit werden gegen uns Deutsche, auf die der Staat und die Hohenzollern unbedingt zählen können. Das Vertrauen des ostmärkischen Deutschtums in dem Schutz und der Fürsorge der Hohenzollern ist ein so kostbares Gut, ist von so ausschlaggebender Wichtigkeit für den Staat, daß keine Regierung diesen Schatz der Hohenzollern vermindern darf.

Durch Kampf zum Sieg! Durch Nacht zum Licht! Das sei unsere Losung. Aus all den Wirren und Kämpfen dieser schweren, schrecklichen und doch so großen Zeit muß für unseren Osten wie für unser ganzes Vaterland ein neuer Entwicklungsabschnitt unseres machtvollen Aufstieges hervorgehen, muß erwachsen ein erweitertes, mächtigeres, freieres Vaterland, eine gefestigte Weltmacht, die die Weltmission des Deutschtums erfüllen kann und wird. Zur Erreichung dieses Zieles, zur baldigen Erlangung eines echt deutschen Siegfriedens, der uns vor allem ein für alle Mal von der Tyrannei der englischen Weltmacht befreit, erleuchte und leite der Lenker der Weltgeschichte unseren Kaiser und König. Er segne ihn und sein Haus und sein Volk. Das ist unser Geburtstagswunsch für unseren geliebten Kaiser und König.

G.

Der Kaiser im Kriege. – von D. Fr. Naumann, M.d.R.

Vom feindlichen Auslande her wird eine Last auf die Schultern Kaiser Wilhelms II. gelegt, die er selbst niemals zu tragen gewünscht oder verschuldet hat: Er soll Urheber des Weltkrieges sein!

Besonders bei Beginn des Krieges konnte sich die englisch-französische Agitation nicht genug darin tun, über ihn ein ungerechtes Völkergericht herbeizuführen. Jetzt haben sich zwar die Töne etwas gemildert, auch der nordamerikanische Präsident vermeidet neuerdings den direkten Angriff, aber es ist kaum zu erwarten, daß die weite Welt, die gegen uns gerüstet steht und deren Andringen wir alle tapfer aushalten, in dieser Generation wieder zu einem ruhigen Urteil über den gegenwärtigen Deutschen Kaiser gelangt. Erst spätere Historiker des Auslands werden ihm wirkliche Gerechtigkeit widerfahren lassen. Das ist sein Schicksal, das er als Mann zu tragen weiß, so wie von Hunderttausenden Kriegern jeder sein besonderes Geschick zu übernehmen hat.

Ihm, dem im Grunde seiner Seele Friedfertigen, der sich vor 20 Jahren in der Erlöserkirche von Jerusalem in ernsthafter Bewegung dem Friedensgedanken weihte, ist der Krieg zugeworfen worden, ohne daß er ihn gesucht hat. An dieser Tatsache ändern auch die mannigfaltigen von ihm verkündeten Militärreden nichts, denn in ihnen waltet nicht Kriegswille, sondern nur Verteidigungspflicht. Wenn dabei der Ausdruck bisweilen etwas stark eisenklirrend war, so gehörte das mehr zur Romantik als zur Politik und bedeutete nicht, daß Kaiser Wilhelm als geschichtliche Person das Gewitter entfesseln wollte, das uns jetzt umtobt. Das hat man bei uns fast immer richtig verstanden, nur dem Auslande blieb die seelische Mischung von geborener Militärrherrlichkeit und erworbener humaner Modernität fremd, wie denn überhaupt die Bürger fremder Staaten nur selten ein zutreffendes Verständnis für deutsche monarchische Verhältnisse gewinnen.

Warum der durchschnittliche Franzose, Engländer oder auch Schweizer unsere reichsdeutsche Monarchie so schwer begreift, liegt wohl darin, daß er in ihr nur das Altertümliche, Patriarchalische und Zeremonielle zu sehen gewöhnt ist, ohne zugleich in Anrechnung zu bringen, daß das Kaisertum für uns mit den größten Fortschritten der Neuzeit verknüpft ist. Wir haben die Reichseinheit nicht durch die demokratische Volksbewegung von 1848 erhalten, sondern durch die monarchisch-militärischen Kriege von 1866 und 1870. Auch was wir an demokratischen Staatsbürgerrechten haben, ist nicht der Krone mühsam abgerungen, sondern von ihr rechtzeitig gegeben worden. Das trifft besonders beim Reichstagswahlrecht zu. Auch der arbeiterfreundliche Staatssozialismus der Bismarckschen Zeit ist zwar sicherlich durch den Druck der wachsenden Sozialdemokratie veranlaßt, seine politische Durchführung aber begann mit den Erlassen Kaiser Wilhelms I. vom Jahre 1881 und seine Fortsetzung erfolgte auf Grund der weiteren Erlasse Kaiser Wilhelms II. von 1890.

Wir sind mit dem Kaiser in vielen Hinsichten weiter gekommen als andere Nationen ohne ihn. Wer kann genau unterscheiden, wie viel oder wie wenig von der großen landwirtschaftlichen und industriellen Entwicklung des letzten Menschenalters den monarchischen Teilen unseres Staatsapparates zu danken ist? So viel aber bleibt fest ins Volksbewußtsein eingeschrieben, daß die Periode von 1866 bis 1914 keine Rückgangszeit war. Wie sollte sich also in ihr ein absoluter Gegensatz zwischen Volk und Krone entwickeln? Es hatte jeder das Recht, theoretischer Republikaner zu sein, und unsere Sozialdemokraten haben davon auch genügend Gebrauch gemacht, aber ein geknechtetes Volk, das, womöglich durch fremde Hände, von der Tyrannei erlöst werden wollte, sind wir nicht gewesen und sind es heute nicht. Wir haben gelegentlich unsere deutschen Disputationen mit unserem Kaiser gehabt, aber das waren häusliche Vorkommnisse, die niemanden draußen etwas angehen. Sobald der schwere Ernst des Krieges an Volk und Kaiser herantrat, standen mit einem Ruck beide zusammen wie ein Mann, und der Kaiser fand die rechten Worte zur rechten Stunde:

Ich kenne nur Deutsche! Uns treibt keine Eroberungslust!

Vom ersten Tag an hat der Kaiser ein festes Gefühl dafür gehabt, worauf es ankommt: Zusammenhalten aller Volksgruppen und Bewahrung des Verteidigungsstandpunktes. Beides gehört innig zusammen, denn für Eroberungen fremdsprachiger Gebiete wird man nie ein ganzes Volk begeistern können, mögen auch im übrigen militärische oder wirtschaftliche Gründe dafür sprechen. Das Volk als Ganzes braucht eine einfache Politik, um deretwillen jeder kleine Mann seinen Sohn herzugeben bereit ist. Mit Ueberschreitung dieser Naturgrenze zerreißt man das Gewebe des inneren Nationalzusammenhangs. So oft nun auch die Aufforderung an den Kaiser heran kam, die Naturgrundlage der Volkstümlichkeit zu verlassen, so hat er doch immer wieder mit der ererbten Sicherheit einer erfahrenen Dynastie die Versuchung zurückgewiesen und ist Volkskaiser geblieben, ist es noch heute.

Durch den Krieg wurden überall demokratische Bewegungen geweckt, denn „im Kriege da ist der Mann etwas wert“. Je länger der Krieg dauert, desto höher steigt die Woge des freien Volksgefühls. Man kann nicht Millionen Menschen mit Gewehren in die Gefahren führen, ohne sie dadurch in ihrer inneren Struktur zu ändern. Das hat die zaristische Regierung zu ihrem Schaden erfahren müssen. Der Osten Europas ist revolutioniert, so wie es der Westen früher gewesen ist, nur Deutschland in der Mitte scheint ohne große Revolution existieren zu können, weil bei uns die Beweglichkeit der Monarchie am größten ist. Sie versteht es, sich dem Wellengang anzupassen, soweit es geschichtsnotwendig ist. Vor 50 Jahren gab sie zur rechten Zeit das allgemeine Wahlrecht für den Reichstag und nun im Kriege setzt sie sich ein für ein allgemeines preußisches Wahlrecht, damit, wenn es erscheint, das nicht ein Volkssieg über die Krone ist, sondern ein gemeinsamer Erfolg mit ihr.

Als im April des vergangenen Jahres Kaiser und König Wilhelm II. seine Osterbotschaft an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg schrieb, da war das ein Akt von großer grundsätzlicher Bedeutung; die Festlegung des Geistes vom 4. August 1914. Mit der Ergänzung vom Juli 1917, die die Gleichheit des preußischen Wahlrechts betrifft, ist hier ein Dokument geschaffen worden zum Zeichen dafür, was bei uns Monarchie ist: die Ueberleitung zum Volksstaat ohne Bruch mit der Historie! Rechts und links gibt es Leute, die den Volksstaat nicht wollen oder ihn unhistorisch radikal wollen, aber mit guter gesunder Kraft findet der Kaiser den Mittelweg und wird sicherlich dabei eine Volksmehrheit hinter sich haben. Er selbst ist in Preußen der Zukunftsführer geworden, er mußte es werden. Wenn eines Tages die letzten Entscheidungen fallen, dann stehen Demokratie und Königtum auf einer Seite zusammen, so wie sie aus dem Kriege herauskommen mit dem blutbefleckten Kleide und dem tapferen guten Gewissen. Diese Waffenbrüderschaft zwischen Krone und Masse ist stärker als aller Kleinglaube, Engigkeit, Pharisäismus und Egoismus.

Niemand soll denken, daß der König jemals dieselbe Theorie haben werde wie der Proletarier oder umgekehrt! Das würde nichts sein als eine gefährliche Unklarheit. Aber indem der König seine Dynastie erhalten will und der Proletarier seinen wirtschaftlichen Aufstieg, müssen sie sich unterwegs zusammenfinden, um eine ruhige befriedigende Volkspolitik innerhalb der Menschheit zu sichern. Beide können keinen Abenteuerwahn brauchen und keine schlaaffe Spießbürgerei, sondern müssen festen Willen zum Dasein und Verteidigungsgeist besitzen, Nationalgeist, wie einst Fichte ihn weissagte. Im Gefühle solcher Gemeinschaft grüßt die deutsche Linke ehrfurchtsvoll den Deutschen Kaiser.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung - Nr.49 – 1918 – Sonntag, 27. Januar - Morgen - S.2

Der Verleumdungsfeldzug und der Kaiser. – von Sven Hedin – Stockholm

Zu den ungeheuerlichsten Ereignissen des Weltkrieges gehört der Lügen- und Verleumdungsfeldzug, der mit unermüdlicher Energie und äußerst geschickt von den Feinden Deutschlands organisiert worden ist. Ganze Bibliotheken von Büchern mit sehr genauen, aber erdichteten Schilderungen von Grausamkeiten, die die deutschen Soldaten gegen Unschuldige und Wehrlose, gegen Frauen und Kinder angeblich begangen haben, sind über die Welt ausgestreut worden. Nicht selten haben berühmte Verfasser ihre Namen für diese Art Literatur hergegeben, die niemand als die Urheber selbst herabsetzt. Weshalb werden alle Telegraphenkabel, Eisenbahnen und Dampfer der Welt mit diesen Hekatomben von Lügen belastet? Die Antwort ist: teils um die eigenen Völker zum Durchhalten im Kampfe aufzupeitschen, teils um in den neutralen Ländern Haß gegen Deutschland zu erwecken. Man strengt seine Phantasie nie zum Äußersten an, um Greueltaten zu erdichten, von denen die dunkelsten Perioden des Mittelalter nie geträumt haben, man schreit sich heiser, man lügt sich in die Ohren hinein, man verleumdet, man verdreht und man schimpft in den elendesten Zeitungsorganen, die je unter dem Namen „Presse“ hinausgegangen sind, man lügt und lügt im Chor und man erreicht sein Ziel – der Haß wütet wie eine verheerende Seuche und quillt in unwiderstehlichen Wogen übers Land und Meer.

Warum lügen nicht die Deutschen ebenso frisch? Sie verachten solche Mittel. Die Lüge ist nicht im Arsenal der Germanen heimisch. Warum lügen nicht die Zentralmächte im allgemeinen? Sie haben es nicht nötig, sie siegen mit reinen Waffen im Felde. Als man allmählich einsah, daß Deutschland nicht militärisch zu bezwingen war, versuchte man es mit dem Hunger. Als auch dies nichts nützte, hetzte man die Neutralen und hatte Erfolg der Reihe nach mit Italien, Rumänien, den Vereinigten Staaten, China, Siam, Brasilien und verschiedenen anderen Ländern. Allein Deutschland blieb unerschütterlich wie der Felsen in einem sturmbewegten Meere. Dann verschärfte sich der Lügen- und Verleumdungsfeldzug bis zu einem Grade, der eher Gelächter als Mitleid erregt und der nur möglich ist, nachdem die Menschen die Herrschaft über ihre Vernunft verloren haben.

Gegen niemand hat sich die Verleumdung und der Haß in einer böswilligeren und gehässigeren Art und Weise gerichtet als gegen Kaiser Wilhelm. Man kann kein Ententeblatt aufschlagen, ohne die gemeinsten Schmähungen und die perfidesten Angriffe gegen die Person des Kaisers zu finden. Er ist es, der die Wurzel und der Urheber dieses Weltkrieges und des ganzen Weltunglücks ist. Er ist es, der den Befehl zu der Ausführung der Greuelthaten gegeben hat; er ist es, der die Kanonen gegen die unersetzlichen Meisterwerke der altertümlichen Architektur, der Bildhauerkunst und der Malerei gerichtet hat. Er ist es, der Städte dem Brande, Länder der Verwüstung, ganze Nationen mit Frauen und Kindern dem Untergange preisgegeben hat. Er ist es, der sich über die Verlängerung des Krieges freut. Er ist „the mad dog of Europe“, wie ein hochstehender Engländer ihn in „Pall Mall Gazette“ bezeichnet hat.

Woher weiß man dies alles? Man hat vielleicht den Kaiser nie gesehen, noch weniger ihn reden gehört und sicher nicht seine Gedanken gelesen. Aber, das will nichts sagen! Man lügt; man lügt um die Wette. Man sucht sich gegenseitig in niedrigen Lügen zu überbieten. Und wenn die Massen keine Zeitung in die Hand nehmen können, ohne dieselbe Diagnose Tag für Tag, Jahr für Jahr wiederzufinden, so glauben sie sie zuletzt. Das Ziel ist erreicht, und die Wogen des Hasses verbreiten sich über die Welt. Staatsmänner, die die Verantwortung für das Schicksal ganzer Nationen tragen, verhöhnen und beschimpfen den Kaiser als einen Verbrecher. Bei den Festlichkeiten vergessen die Redner, von dem Champagner und dem Applaus erhitzt, vollständig die Würde, die auch in widrigen Zeiten ihre Zier sein sollte. Welch abscheuliche Niederträchtigkeit, welch eine Feigheit!

Die Schmähler, die ihr Gift über den Kaiser ausgießen, wissen, daß seine Stellung ebenso wohl sein Stolz ihm jede Möglichkeit zur Selbstverteidigung nimmt. Er steht in jeder Hinsicht zu hoch, um auf die Verleumdungen zu antworten. Die Leute, die in Wort, im Druck und in oft sehr künstlerisch ausgeführten Zeichnungen die Person des Kaisers angreifen, vergessen, daß die Niederträchtigkeiten, die sie erzeugt haben, ausschließlich auf sie selbst zurückfallen. Selbst liegen sie im Hinterhalte sicher, ihre Uebermacht ist vernichtend, sie greifen aber nur aus ihrem Versteck an. Sie bilden die unübersehbare Legion der Feiglinge.

Jenseits des Meeres halten diese „Helden“ und ihre Herren Gericht über den „Kriegshetzer“ Wilhelm II., der doch während 26 Jahren mit nie versagender Wachsamkeit und unbeugsamer Energie den Ausbruch dieses Weltkrieges abgewandt und verhütet hat, der ihn trotzdem zuletzt überwältigte. Damals wurden Witte und Jaures beiseite gebracht, weil auch sie den Frieden bewahren wollten. Wie oft in den letzten Friedensjahren hat nicht der Kriegausbruch an einem Haar gehangen! Und immer war es der Kaiser, der durch seine Macht und aus seinem Verantwortungsgefühl heraus die Gefahr abwandte.

Wer hält denn nun den Kriegstanz im Gange? Man braucht nur die letzten Reden des amerikanischen Präsidenten und des englischen Premiers zu lesen! Sie geben mit erstaunlicher Offenheit Antwort auf diese Frage. Aber welche Antwort haben die Deutschen und ihr Kaiser erhalten, wenn sie einmal nach dem andern die Hand zum Frieden boten! Spott und neue Schmähungen haben sie als Antwort bekommen. Angelsächsische Staatsmänner, Leiter großer Nationen, versichern, daß sie nie mit den Hohenzollern, sondern nur mit dem deutschen Volke den Frieden schließen wollen. In dieser Formel glaubt man den Sprengkeil gefunden zu haben, der das deutsche Volk von seinem Kaiser trennen und bei dem Volke Unwillen und Mißtrauen gegen den Herrscher erwecken soll.

Man vergißt aber, daß das deutsche Volk während 30 Jahren aus größerer Nähe Gelegenheit gehabt hat, seinen Kaiser kennenzulernen, und daß es keine Belehrung von englischer Seite nötig hat. Denn dieses Volk weiß, daß der Kaiser 26 Jahre lang den Frieden bewahrt und daß er in dem Krieg, in den er von den Mächten hineingezwungen wurde, nur seine Pflicht als Kaiser und Soldat getan hat. Man vergißt auch, daß der Kaiser der höchste Vertreter der eigenen souveränen Kraft des deutschen Volkes und die erste Personifikation der inneren Geschlossenheit und der äußeren Machtstellung des Deutschen Reiches ist. Wenn man den Kaiser beschimpft, so beschimpft man deshalb die deutsche Nation. Wenn Fremde mit einschmeichelnden und verführerischen Worten das Volk von seiner Treue zu dem Kaiser zu trennen suchen, so sieht jeder vernünftige deutsche Bürger ein, daß, wenn diese Versuche Erfolg haben würden, das Volk in sich selbst getrennt würde, und Deutschland unrettbar verloren wäre. Aber wir können ruhig sein. Die verschlagenen Pläne werden nie verwirklicht werden.

Gold ist in diesem Kriege in Strömen verschwendet, um neue Feinde gegen Deutschland zu kaufen. Aber wie schwindelnd hoch die Summen auch sein mögen, so reichen sie doch nicht hin, um das Gewissen derer zu kaufen, die einst das Urteil der Geschichte fällen sollen. Dann wird die Verleumdung verstummen, dann werden die Lästermäuler sich in das Dunkel ihrer Höhlen verkriechen, dann wird die Fackel der Wahrheit wieder über die Erde leuchten. Dann wird auch eingestanden werden, daß Deutschland siegte, weil nicht nur die zu Lande und Wasser kämpfenden Soldaten, sondern auch das ganze deutsche Volk in unerschütterlicher

Treue sich um ihren Kaiser scharten. Und dann wird auch der Kaiser selbst die Genugtuung erhalten, die nur der Sieg und ein ehrenvoller Friede schenken können.

Der Reichsbote - Nr.49 – 1918 – Sonntag, 27. Januar - Morgen - S.1

Das Königtum der Hohenzollern – I – von Ernst Boetticher, Hptm.α.D.

In dem Maße, wie der gegen uns geführte Weltkrieg erkennen ließ, welche Kraft ein monarchischer Staat, wie der unsrige, zu entwickeln vermag, ist dieser Krieg zum Kampf gegen die Monarchie geworden. Auf die Zerstörung ihrer Grundlagen und des dynastischen Gefühls hat der Feind es abgesehen. **„Demokratisierung Preußens“ und „keine Friedensverhandlungen mit den Hohenzollern“ ist die in London ausgegebene Losung, und bei uns im eigenen Lande bereiten ehrgeizige und machtlüsterne Demagogen in Gemeinschaft mit dem Feinde, und unbehindert von unserer Regierung, den Boden für die Revolution.** Da ist es wahrlich die höchste Zeit, den Massen klar zu machen, wie himmelhoch die deutschen Monarchien über allen den ihnen als Vorbild gepriesenen, in Wahrheit versumpften feindlichen Staatswesen stehen, und was gerade das Königtum der Hohenzollern geleistet hat.

Als der Große Kurfürst die Regierung übernahm, galt es, nach dem unsäglichen Jammer des Dreißigjährigen Krieges einen ganz neuen Staat zu schaffen, und staunenswert bleibt, mit wie beschränkten Mitteln und unter welchen Kämpfen, Gegensätzen und Gefahren dieses Werk vollbracht wurde. Unentwegt stellte dieser große Staatsmann stets über partikularistische Engherzigkeit und berechnende Kleinlichkeit das Wohl der Gesamtheit. Die Anfänge des modernen Finanzwesens, Kanalbaues und Postwesens, sowie der modernen Kolonialpolitik gehen auf ihn zurück. Indem er Gewerbetreibende aus fortgeschrittenen Ländern ins Land rief und namentlich den Hugenotten eine neue Heimat bot, impfte er seinem Volk Toleranz auf wirtschaftlichem wie religiösem Gebiete ein. Als Hüter der Zukunft schuf er zwei neue Stände: das stehende Heer und den Beamtenstand. Kluge Benutzung aller technischen Fortschritte und zeitgemäße Reformen gaben diesem Heere Einheitlichkeit in Bewaffnung und Schulung. Wir wissen, was die Schöpfung für Brandenburg bedeutete. Der unter dem persönlichen Einfluß des Großen Kurfürsten auf die Verwaltung erwachsene Beamtenstand besaß zweierlei, was dem deutschen Beamtentum bis dahin fehlte: sittliche Unbescholtenheit und lebhaftes Nationalgefühl. So knüpfte schon dieser Herrscher die Zukunft Deutschlands unauflöslich an den Sieg der preußischen Sache.

Die Königskrone, die sein Nachfolger als Friedrich I. sich aufsetzte, brachte dem jungen Staat zunächst Zerrüttung und Verwirrung. Pomp und Pracht führte zur Auflösung des mühsam geregelten Finanzwesens. Daher wurde der Nachfolger vor die Aufgabe gestellt, wieder von vorn anzufangen. Wahrhaftig uns schlicht, derb und gesund, rasch fassend und scharf im Urteil, ist Friedrich Wilhelm I. der praktische Volkswirt geworden, der es selber aussprach, „daß er nach den Prinzipien verfare, die er durch die Experienz und nicht aus Büchern gelernt habe“.

Wie viel Arbeitskraft und Selbstlosigkeit nötig war, um wieder Ordnung im Staate zu schaffen, erkannte niemand besser als er, der sein persönliches Beispiel in den Mittelpunkt seines sozialen Wirkens stellte. Erfüllt von hochgespanntem Nationalbewußtsein, pflegte er das wiedererwachende deutsche Nationalgefühl, indem er verlangte, daß in seinem Volke alles undeutsche Wesen aufhöre, daß Sitte und Zucht, Denken und Glauben, Wirtschaft und Arbeit, kurz, die ganze Lebenshaltung deutsch sei, und machte die Befreiung der Produktion seines eigenen Landes wie der deutschen Arbeit überhaupt zum Ziele seines Strebens. Die ganze Gewerbe- und Industriepolitik dieses Königs ist von diesem Streben erfüllt, und mit dieser Fürsorge für die Industrie paarte sich eine gleiche für die Landwirtschaft, deren Bedeutung für den Staat und den Nationalwohlstand der König, der selbst ein umsichtiger Landwirt war, vollauf zu würdigen wußte. So hat der „große deutsche Praktiker auf dem deutschen Königsthron“ bis ins kleinste hinein dem Wohle seines Volkes gelebt, und dieses für die Zukunft gerüstet und erzogen.

Lange Zeit ist „Preußens innerer König“, wie Heinrich Theodor v. Schön ihn genannt hat, arg verkannt worden. Die meisten sahen in dieser gewaltigen sozialpolitischen Persönlichkeit nur den despotischen Vertreter eines Parade-Militärsystems, und auch die Geschichtsschreibung verstand ihn nicht. Erst Ranke, Droysen und Schmoller haben, gestützt auf aktenmäßige Studien, mit festen Strichen sein Bild gezeichnet.

Friedrich der Große setzte das Lebenswerk seines Vaters fort, ist aber vielfach neue Wege gegangen. Wie ähnlich in ihren Zwecken und Absichten sind Vater und Sohn, die einander so spät erst verstanden, und wie grundverschieden in den Ausführungen ihrer Pläne, in den Wegen zum Ziele! Nie hat der Vater sich an Aufgaben gewagt, deren Lösung er der Zukunft vorbehalten glaubte, und besonders in der auswärtigen Politik hat er Entsagung geübt. Der Sohn aber schwang das Schwert, das der Vater geschmiedet hatte, und setzte

schließlich in der Stiftung des Fürstenbundes (1785) seinen Staat an die Führerstelle in Deutschland. Um den staatlichen Organismus zu stählen, hauchte er ihm den Staatsgedanken ein: das war die Allmacht des Ganzen, der selbst der König als „erster Diener“ sich beugte. Der König regierte und wurde selber von dem Staatsgedanken regiert.

In der Tat hat selten ein Monarch ein so entsagungsvolles Arbeitsleben im Dienste des Staates geführt, wie der Einsiedler von Sanssouci. **Die Krönung seines sozialen Wirkens war das (erst nach seinem Tode veröffentlichte) Preußische Landrecht, ein gewaltiges Werk, das die von Friedrich Wilhelm I. unternommene Kodifikation des Privatrechtes auf deutscher Grundlage durchführte. Hier war der Schutz des Rechtes als der Zweck eines Staates anerkannt, der beständig für die Wohlfahrt aller seiner Angehörigen sorgte und ihren sozialen Bedürfnissen entsprechend die Gesetzgebung pflegte und wahrte.** Das „Allgemeine Landrecht“ hat Preußens Recht und Gesetzgebung nationalisiert und zugleich individualisiert. Was diese beiden Hohenzollern gesät, vermochte erst das Deutsche Reich zu ernten; das „Bürgerliche Gesetzbuch“, das unserm Volk erst die Rechtseinheit gebracht, hat sich schließlich als Band um die Nation gelegt, an dem schon Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große geschmiedet hatten.

Der Reichsbote - Nr.49 – 1918 – Montag, 28. Januar - Abend - S.1

Das Königtum der Hohenzollern – II – von Ernst Boetticher, Hptm.a.D.

Des großen Königs Nachfolger war nicht der Mann, den die Zeit erforderte. Zwar fehlt auch diesem König nicht der Gerechtigkeitssinn und die Ritterlichkeit der Hohenzollern, um so mehr aber deren Tatkraft und wachsame Selbständigkeit. Friedrich Wilhelm II. war der Größe seiner Aufgabe nicht gewachsen. Zwei Richtungen liefen während seiner Regierung zusammenhanglos nebeneinander, die friderizianische Beugung des Individualismus unter das starke Joch des Staates, und die mit der französischen Revolution hereingebrochene Auflehnung gegen jeden Zwang. In ihrer Zusammenfassung beruhte das Heil der Zukunft, und diese gewaltige Reform, die Vereinigung von Staat und Individualismus, war das Werk Friedrich Wilhelms III., Steins und Hardenbergs.

Vor allem mußte der Unterschied der Stände beseitigt, die soziale Einheit im Volke neu begründet werden. Aus der Befreiung des bäuerlichen Standes, welche die Grundlagen des modernen landwirtschaftlichen Betriebes in Preußen, persönliche Freiheit und Freiheit des Eigentums schuf, erwuchs dem Hohenzollernstaat tausendfältiger Gewinn, während andere deutsche Staaten erst unter dem Druck der Julirevolution (1830), Oesterreich erst unter dem Einfluß der Februarrevolution (1848), an diese Reform herantraten. Auch im städtischen Leben entband die königliche Fürsorge neue Kräfte. Die Preußische Städteordnung, fast ausschließlich des genialen Steins geistiges Eigentum, beseitigte die alten Gegensätze zwischen dem fürstlichen Absolutismus und dem Bürgertum und verknüpfte dieses innig mit den Interessen des Staates, der nichts sein wollte, als die „organisierte Freiheit“ des Volkes. Ebenso treffend wie geistreich hat gelegentlich Fürst Bismarck geäußert, daß in der französischen Kommune 1871 ein gesunder Kern gesteckt habe: „Das Bedürfnis nach der preußischen Städteordnung.“

Zeitgemäß schloß sich in der allgemeinen Wehrpflicht die Heeresreform an die Bauernbefreiung und die Städteordnung an. Es blieb das große Ergebnis der Sozialreform unter Friedrich Wilhelm II., daß fortan die Kraftentfaltung eines der Freiheit entgegeneilenden Volkes als die stärkste Stütze des Staates angesehen wurde, und daß für alle Zukunft die Freiheit der Industrie und der Landwirtschaft im preußischen Staate festbegründet war. Daß die freidenkenden und kühn handelnden Männer, welche jene Reformen schufen, ihre Kräfte entfalten konnten, ist das unvergängliche Verdienst des Königs Friedrich Wilhelm III. Nicht derb zugreifend wie Friedrich Wilhelm I., nicht kühn und entschlossen wie der Große Kurfürst, aber gewissenhaft und beharrlich wie beide, in steter Pflichttreue gegen den Staat, hat er seine Aufgabe erfaßt, getreu dem schönen Worte, das er am Abend der Schlacht bei Leipzig auf dem Schlachtfelde gesprochen: „In freier individueller Selbsttätigkeit Gut und Blut, Gedanken und Taten, Schaffensgewalt und Entsagungsfreudigkeit, alles für das Vaterland.“

Was selbst getreue Ausdauer vermag, zeigt auch die Geschichte des Zollvereins. Durch die Gründung des deutschen Zollvereins übernahm Preußen, wie Ranke schon 1848 schrieb, eine deutsche Mission. „Der Zollverband bahnte zuerst eine wirklich politische Einigung Deutschlands an“, schrieb 1850 auch der Mann, der zwei Jahrzehnte später berufen wurde, das Werk dieser Einigung zu krönen. Es war ein Glück, daß sein königlicher Bruder die ihm von der deutschen Nationalversammlung angebotene Kaiserkrone ablehnte. Drei Gefühle bewogen ihn dazu: das spezifische Preußentum, die Rücksicht auf Oesterreich und der Abscheu vor der Revolution; aber hinter dem scheinbar so weltfremden Idealismus des Königs steckte doch sehr viel praktischer Realismus. Die Zukunft war noch zu unsicher, und unter unausgesetzten Krisen und Konflikten hätte Preußen

unmöglich die deutsche Reform erfolgreich durchführen können; durch Versammlungen und Kongresse allein war die deutsche Frage nicht zu lösen. Darum mußte Preußen auch gegen die Würzburger Konferenz der Mittelstaaten 1859 und gegen den von Oesterreich veranstalteten Frankfurter Fürstentag von 1863 Widerspruch erheben. Der Grundgedanke, den die deutsche Nationalversammlung 1848 aus der Entwicklung des Hohenzollernstaates gezogen hatte, konnte erst nach der Niederwerfung seiner unversöhnlichen Gegner, einerseits Oesterreichs und der Mittelstaaten, andererseits Frankreichs, verwirklicht werden. Diese Aufgabe war dem König Wilhelm I. und seinem eisernen Kanzler vorbehalten. Und wie glorreich wurde sie gelöst!

Nach der Herstellung der politischen Einheit Deutschlands traten neue Aufgaben an Kaiser Wilhelm den Siegreichen heran. Die Vorsehung hatte ihn mit seltenen Gaben ausgestattet. Der Kaiser besaß die Gabe, Geister und Charakter zu unterscheiden und jeden an seinen Platz zu stellen. Beseelt von dem edelsten Wohlwollen, von der reinsten Menschenliebe, dachte er immer zuerst an das Glück des Landes und zuletzt erst ein wenig an sich selbst; er war größer als seine Umgebung.

Und als im Jahre 1878 die Pflicht der Selbsterhaltung und der feste Wille, die mühsam errungene Einigung Deutschlands zu behaupten, den Kaiser nötigte, der sozialdemokratischen Bewegung entgegenzutreten, fühlte der Herrscher zugleich die Pflicht, auf eine Besserung der wirtschaftlichen Notstände hinzuwirken. **In seiner Botschaft vom 17. November 1881 an den Reichstag legte der greise Einiger Deutschlands den Grundstein zum sozialen Einigungswerk, und sein großer Kanzler brachte die Gesetze über Unfallversicherung und Altersversorgung zum Abschluß.** Wie die äußere, so trug auch die innere Politik des Deutschen Reiches damals einen großen Charakter, weil sie mit Sicherheit und Festigkeit geführt wurde.

Kaiser Wilhelm II. erwies sich als ein Friedensfürst. Seine durch 25 Jahre festgehaltene Friedenspolitik ermöglichte einen nie in diesem Maße dagewesenen Aufschwung Deutschlands, die großartigste Entwicklung seines Handels und seiner Industrie in Wechselwirkung mit den erstaunlichen Fortschritten der Technik, und infolge dieser glänzenden, den Neid unserer Feinde weckenden Entwicklung eine außerordentliche Steigerung des Volkswohlstandes. Hand in Hand hiermit äußerte sich die Fürsorge für die arbeitenden Klassen im weiteren Ausbau unserer mustergültigen Sozialgesetzgebung.

Leider dankt hierfür die bei uns, wie in Rußland und Oesterreich, zumeist von jüdischen Demagogen geleitete Sozialdemokratie unter dem Einfluß der Ereignisse in Rußland, mit Androhung der sozialistischen Revolution. Demgegenüber erwartet das deutsche Volk Festigkeit und Besonnenheit von Seiten der Regierung und erinnert an das kaiserliche Wort: „Die Sozialdemokratie, meine Herren, überlassen Sie mir; mit der werde ich fertig werden!“

Deutsche Zeitung - Nr.49 – 1918 – Sonntag, 27. Januar - Morgen - S.3

Vaterlandspartei und Sozialdemokratie.

Zu der „Gesprengten Versammlung“ in Witten a.d.R. schreibt uns Herr Akad. Prof. Dr. H. Kraeger, Düsseldorf: „Ich lege Wert auf die Feststellung, daß am Gedenktag der Gründung des Reiches die Sprengung meines vaterländischen Vortrages über „Deutsche Heere und deutsche Heimat“ keineswegs gelungen ist. Die öffentliche Versammlung zwar wurde auf meinen Wunsch durch den Herrn Vorsitzenden und die Polizei sofort aufgelöst, als im Vortrag jeder und Deutschen heilige Name von den durch die Internationale und die Presse verhetzten Genossen auf Wink heimlicher Führer mit Ausrufen wie „Steckrüben“, „Hundsfoth“ und dergleichen begleitet wurde. „Aber“, schreibt die „Wittener Volkszeitung“ vom 21. Januar, „nach Abzug der Banden vereinigten sich die Mitglieder des Ortsvereins darauf im kleinen Saale, um in ungetrübter Einträchtigkeit und andachtsvoll den Rest des Vortrages entgegenzunehmen. Eine Belehrung und einen Gewinn haben wir aus dem betrübenden Vorkommnis gezogen: Belehrung darüber, welche Bildungshöhe und politische Reife gewisse Volksgenossen erreicht haben und welcher Zukunft wir unter der Herrschaft der Mehrheit entgegenwandeln, sowie Gewinn, daß sich mehrere Herren als Mitglieder des Ortsvereins anmeldeten. Nach dem Vortrage kamen Drahtungen an den Reichskanzler und Hindenburg, an den Großadmiral, den Kriegsminister zur Verlesung.“...

Vossische Zeitung - Nr.51 – 1918 – Montag, 28. Januar - Abend - S.1

England – das Friedenshindernis.

Konstantinopel, 27. Januar. Die Zeitung „Sabah“ schreibt: „Jene, die sich darüber wundern, daß man, obwohl sich günstige Gelegenheiten hierfür bereits mehrmals geboten haben, noch immer nicht dazu gelangt sei, Frieden zu schließen, haben nicht ganz unrecht.“ Nach einer Aufzählung dieser Gelegenheiten fügt das Blatt hinzu: „Wir sind darin überzeugt, daß es der Ehrgeiz des englischen Volkes war, der den Weltkrieg entfacht hat, daß es die wider alles Erwarten nicht erfolgte Befriedigung dieses Ehrgeizes ist, die zu seiner Verlängerung führt und daß es England sein wird, das zuletzt mit dem Kriege Schluß machen wird. Damit wollen wir sagen, daß, solange diese macht nicht bis zu dem Grade erschüttert sein wird, daß sie um Frieden bittet, oder solange in englischen Köpfen nicht der Gedanke Eingang findet, daß England ein seinen Bestrebungen entsprechendes Ergebnis nicht wird erzielen können, der Krieg kein Ende finden wird. So stellt sich der Standpunkt der englischen Staatsmänner gegenwärtig, was man auch immer sagen mag, dar, und da wir uns nicht denken können, daß die Engländer siegen könnten, ohne daß wir verlören, so ergibt sich folgerecht, daß, wie übrigens aus den Erklärungen Lloyd Georges hervorgeht, der einzige Faktor, der dem Frieden den Boden bereiten kann, die Gewalt ist.“

Deutsche Zeitung - Nr.50 – 1918 – Montag, 28. Januar - Morgen – S.1

Das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ ist durch Verfügung des Oberkommandos in den Marken auf Grund der Ausführungen in dem Artikel „Graf Hertling bittet um neue Friedensbedingungen“ zunächst auf die Dauer von drei Tagen verboten.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung - Nr.50 – 1918 – Montag, 28. Januar - Morgen – S.1

Die Kriegsziele Lloyd Georges und Wilsons.

Bern, 24. Januar. In einer Zuschrift an „Daily News“ über die Reden Lloyd Georges und Wilsons erklärten Kriegsziele der Ententemächte macht der Schriftsteller Brailsford die Sorge der Alliierten um das die Lostrennung von der Türkei erfordernde Wohlergehen Syriens, Palästinas, Arabiens und Mesopotamiens lächerlich und sagt offen, daß die wahren Beweggründe für diese Forderungen in dem von den Bolschewisten veröffentlichten Geheimvertrage zu finden seien, der auf mannigfaltigen, teilweise amtlich sanktionierten Projekten der Bewässerung, der Petroleumgewinnung und des Eisenbahnbaues beruhe. Diese wirtschaftlichen Motive und vielleicht mehr noch die britische strategische Besorgnis wegen des Weges nach Indien erklärten die Forderung der Abtretung der ganzen Südhälfte der Türkei. Wenn hiergegen versichert werde, daß die arabische Bevölkerung befreit zu werden wünsche, so beruhe das auf geographischer Konfusion. Freilich befänden sich die Beduinen von Hedschas in beständiger Revolte gegen die türkische Herrschaft, aber einerseits seien sie gegen jede zentralisierte Regierung, andererseits sei ihre Auflehnung lokaler Natur, und nur sofern sie das Kalifat betreffe, von Bedeutung.

Dagegen widersetzten sich aber die Araber von Mesopotamien der britischen Regierung energisch, während die syrischen Araber nie gegen die Türken Stellung genommen hätten. Ueberdies gehe den mohammedanischen Völkern der Begriff der Nationalität im okzidentalischen Sinne ab, und der Islam verbiete zwischen den Rassen Unterschiede zu machen. Man müsse daher das Argument, daß diese Völker befreit zu sein wünschten, als nicht einmal plausiblen Vorwand für Eroberungen zurückweisen.

Weit vernünftiger als Lloyd George, der die Lostrennung der fraglichen Gebiete von der türkischen Souveränität verlange, fordert Wilson für sie autonome Entwicklung. Tatsächlich tue ihnen kulturelle Autonomie mehr not, als territoriale, und dieses Problem sei nicht einmal dringlicher Natur; abgesehen von Armenien, das sofort endgültig befreit werden müßte.

Zu der in beiden Reden indirekt geforderten Zurückgabe Posens an Polen bemerkt der Verfasser, theoretisch sei dies eine gerechte Forderung, deren Berechtigung die Idealisten unter den deutschen Sozialisten ebenso anerkennen würden wie die britischen Anhänger der gleichen Richtung die Berechtigung der Errichtung einer irischen Republik auf Grund eines Plebiszits anerkennen. Der fortschrittliche Durchschnittsdeutsche aber sehe die Frage ebenso an wie der englische Liberale die Unabhängigkeit Irlands ansehe, und zwar aus dem gleichen Grunde: nämlich der Sicherheit des eigenen Landes.

Brailsford bedauert, daß Forderungen, wie die hinsichtlich Posens, die lediglich ein Bluff sei, überhaupt ausgesprochen worden seien, da sie bloß der Vaterlandspartei Material gegen den Friedensschluß lieferten. Dagegen solle die britische Diplomatie die großen Ziele, welche die Welt einigten, betonen: nämlich die Völkerliga, die Abrüstung, die Freiheit der Meere und den wirtschaftlichen Frieden. Weiter solle sie auf gegenseitige Herausgabe der okkupierten Territorien bestehen, da die Aufgabe der Eroberungen tatsächlich die Niederlage des Militarismus bedeute. Dabei solle sie hinsichtlich der deutschen Kolonien die Versicherung abgeben, daß der Gesamtumfang derselben nicht vermindert werden werde, selbst wenn einige Aenderungen nötig sein sollten, und ganz zum Schluß, wenn eine Atmosphäre von Vertrauen geschaffen wäre, dann sei es Zeit genug, zu sehen, ob man unter Angebot von Entschädigungen sich über die Frage des Plebiszits in Elsaß-Lothringen und dem Trentino zu einigen vermöge.

Vossische Zeitung - Nr.51 – 1918 – Montag, 28. Januar - Abend – S.4

Teilstreiks in Groß-Berlin. – Der Umfang der Ausstandsbewegung.

Trotz der ernsten und eindringlichen Verwarnungen, die der Staatssekretär des Innern Wallraf am Sonnabend in der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags an die Arbeiter gerichtet hat, und trotz des Aufrufs ihrer nationalen Verantwortlichkeit, haben heute vormittag leider in Groß-Berlin nicht unbedeutende Arbeitermassen die Arbeit niedergelegt.

Aus dem Gewerkschaftshause hören wir über die Bewegung folgendes: Es fanden dort heute vormittag Versammlungen der am Streik beteiligten Arbeitergruppen statt, in denen als Hauptforderungen aufgestellt wurden: **das gleiche Wahlrecht für Preußen, Frieden, Neuordnung der Lebensmittelversorgung, Freigabe der verhafteten Führer.** Es wurde ein Ausschuß von neun Mann gewählt, der mit den zuständigen Regierungsstellen in Verhandlung treten soll. Ueber die Beendigung des Streikes wurde nichts beschlossen. Die Aussprache darüber wurde den morgen stattfindenden Versammlungen überlassen. **Die Bewegung geht lediglich von der Haase-Gruppe aus;** die sozialdemokratische Partei unter Scheidemann ebenso wie die Gewerkschaftskommission haben mit dem Streik nichts zu tun. Beide haben jedoch auch ihrerseits bisher eine Einflußnahme auf die Bewegung nicht in Erwägung gezogen, geschweige denn Beschlüsse irgendwelcher Art gefaßt.

Die heute vormittag im Gewerkschaftshaus Versammelten werden auf 4000 geschätzt. Es waren in der Hauptsache die Metallarbeiter. Die Redner waren von den Unabhängigen gestellt worden. Es wurde Weisung erteilt, Kundgebungen jeder Art zu vermeiden.

Nach den Mitteilungen, die uns aus dem Gewerkschaftshause zugehen, scheint die Bewegung zwar erheblich zu sein, ihr Umfang blieb aber doch wohl hinter den Erwartungen der Veranstalter zurück. Man hat den Eindruck, daß die Organisation nicht ganz so klappte, wie die Haase-Gruppe gehofft hatte.

Im einzelnen erfahren wir über die Ausdehnung des Streiks in Groß-Berlin, daß insgesamt heute vormittag etwa 100 000 Arbeiter ihre Beschäftigungsstätte verlassen haben. Die Streikenden verteilen sich auf 40 verschiedene Betriebe.....

Königsberger Hartungsche Zeitung - Nr.46 – 1918 – Montag, 28. Januar - Morgen – S.1

Der deutsche Freiheitsglaube – von Dr. Friedrich Naumann, Mitglied des Reichstags.

Wir Deutschen besitzen einen großen Schatz von Freiheitsideen, die mindestens genau so gut und kräftig sind, wie die Gedankengebäude der Gegner. Aber diese Ideen sind noch nicht zum Volksglauben geworden, noch nicht zur Legende in unserem Blut. Jetzt ist es Zeit, sie hervorzuholen, damit nicht auch die Deutschen selbst von dem Mißtrauen in ihre eigne schöpferische Kraft erfaßt werden, sondern sich gegenüber dem Mehrheitsurteile einer Welt nicht nur mit der Waffe, sondern auch mit der Seele tapfer halten. Es muß in die Brunnenstuben des deutschen Denkens hinabgestiegen werden, besonders zu Fichte, Hegel und Schiller sollen die Geister gelenkt werden. Warum fehlt die im Krieg unentbehrliche geistige Mobilmachung der Mittelschulen? Man schaffe Lehrbücher deutscher Freiheit!

In kurzer Zeit werden wir alle so stolz auf unsere Freiheitsideen sein können wie die Westvölker auf die ihrigen. Wir brauchen keine fremden Formeln abzuschreiben, da wir eigene Formeln haben. Der Nationalgeist muß sich als Eigenart verstehen, dann wird auch das Ausland langsam anfangen zu begreifen, daß die Vorstellung von der deutschen Knechtseele eine Karikatur ist.

In den preußischen und deutschen Staatsurkunden findet sich mehr wirklicher Freiheitsgeist, als der Ausländer und oft auch der Inländer weiß und vermutet. Man soll den Aufruf „An mein Volk“ von 1813 an die Spitze stellen und darf sich nicht scheuen, die liberalen Prinzipien, die sich in der preußischen Verfassungsurkunde finden, vor aller Welt zu bekennen und herauszuarbeiten. Wenn unsere Wirklichkeit diesen idealen Sätzen nicht ganz entspricht, so ist das etwas, was auch bei den anderen Nationen vorkommt, was uns aber nicht hindern darf, uns der starken Freiheitssätze unserer Verfassung zu rühmen. Ohne Zweifel kann eine Heranziehung süddeutscher Staatsgrundgesetze das Bild wohlthuend vervollständigen. Mit Nachdruck darf die Friderizianische konfessionelle Toleranz hervorgehoben werden.

Die Verhandlungen der Paulskirche in Frankfurt a. M. 1848/49 müssen jetzt in die offizielle Nationalgeschichte aufgenommen werden. In ihnen ist für die Gegenwart noch Großes zu finden. Allein schon die Wahlrechtsdebatten der Nationalversammlung sind gegenüber der gleichzeitigen Deklamationen der Westvölker eine deutsche Vertiefung der demokratischen Ideen.

Und ist nicht die Bismarcksche Gewährung des allgemeinen gleichen Reichstagswahlrechts etwas, was es damals weder in Frankreich noch in England gab? Warum halten wir nicht diese Fahne hoch? Sie ist doch unser historisches Eigentum!

Die Reichsverfassung wurde mit dem konstituierenden norddeutschen Reichstag vereinbart. Wir aber legen einen Schleier darüber, als ob es etwas Besonderes sei! Auch Bismarck hat sich in sehr wesentlichen Stücken von der damaligen Parlamentsmehrheit beeinflussen lassen. Sollen das nur die Historiker vom Fach wissen? Mit einem Worte: die Zeitlage verlangt eine Geschichtsdarstellung unter dem Gesichtspunkte der freiheitlichen Volksentwicklung, zunächst für das deutsche Volk selbst und dadurch ohne weiteres für die übrige Welt. Sie sollen uns mit anderen Augen sehen lernen.

Ueber die Methode, dem Auslande über die deutsche Freiheit richtigere Begriffe und Anschauungen zu vermitteln, läßt sich nicht leicht etwas Einheitliches sagen, da hier alle merkbare Absichtlichkeit den umgekehrten Erfolg haben kann. Das Wichtigste ist, die Kundgebungen von Regierung, Parlament und Presse im Inlande auf den selbstsicheren Freiheitston zu stimmen, und es den Ausländern zu überlassen, sich nach eigenem Ermessen mit diesen unseren Selbstbekenntnissen zu beschäftigen.

Sehr wertvoll würde sein, wenn in großangelegten Ministerreden die Geschichte der deutschen Freiheitsentwicklung dargelegt würde. Hierbei muß und kann trotz aller noch übrig gebliebenen sachlichen und psychologischen Unterschiede zwischen Ministern und Parteiführern ein gemeinsamer deutscher Freiheitston gefunden worden. Der deutsche Freiheitsglaube muß aufgerichtet werden! Das widerspricht etwas unserer nach 1848 entstandenen Scheu, von der Freiheit laut zu reden; aber wir haben ja hinreichend gesehen, zu welchen Folgen ein zu weit getriebenes Schweigen geführt hat. Jetzt, nachdem der König von Preußen sich entschlossen hat, auch für das Abgeordnetenhaus ein gleiches Wahlrecht in Aussicht zu stellen, ist der gegebene Zeitpunkt, sei es auch etwas verspätet, diesen Königsakt in weiter historischer Umrahmung zu zeigen als einen Zielpunkt der inneren Bewegung, die seit Friedrich II. nie erstorben ist. Nur so gewinnt der königliche Entschluß seine weltpolitische Bedeutung vor Mitwelt und Nachwelt. Unterläßt man diese Begleitmusik, so entsteht leicht der peinliche Nachgeschmack eines aus Not dargebrachten Opfers. Das aber vermehrt nur den falschen Glauben der Feinde.

Die Presse, die sich während des Krieges als nationales Instrument in jeder Lage bewährt hat, soll stark mithelfen: der Stolz auf die wunderbare Tapferkeit unserer Truppen und unserer Flotte muß von ihr zusammengegoßen werden mit dem Stolze, einem Volke anzugehören, das ohne Revolution aus eigener Vernunft in Gemeinschaft mit seinen Königen seine innerpolitischen Verhältnisse regelt, ohne dabei irgendwie der Drohungen oder Verheißungen der feindlichen Mächte zu bedürfen. **Wir sind jetzt in Europa das einzige revolutionsfreie Großvolk! Auf dem Hintergrunde der russischen Zersetzung ist darzustellen, welche Kraft darin liegt, das Kaisertum und Demokratie sich freiwillig finden. So allein sind wir würdig unserer Dichter und Denker, und so sind wir endgültig unüberwindlich!**

Ist es auf solche Weise gelungen, den objektiv bereits vollzogenen Umschwung ins freudige Bewußtsein zu rücken, so wird dann ganz von selbst die unvermeidliche Polemik gegen fremdländische Entstellungen eine Wärme der Ueberzeugung gewinnen, die aus ihr mehr als nur eine Abwehr hinterhältiger Angriffe macht. Auf solcher Grundlage kann dann fest zugehauen werden: Ihr lügt, wenn ihr vom Knechtvolk redet, ihr schafft euch selbst ein Wahnbild, um daran glauben zu können!

Der Widerhall der Friedensreden. – Englische Presseäußerung.

London, 25. Januar. (Reuter) „Pall Mall Gazette“ schreibt in einer Besprechung der Rede des Grafen Hertling:

Es ist deutlich genug, daß die anmaßende Säbelherrschaft in Deutschland ungebrochen weiter besteht. Wir können die Ausführungen des Grafen Hertling über das begrüßen, was mit der Freiheit der Meere gemeint ist; denn sie beseitigen alle die Ausreden einfältiger Philanthropen, die durch solche Redereien aus dem Munde von Piraten und Mördern getäuscht worden sind. Um dieser stolzen Doktrin genugsutun, erklärt Graf Hertling, daß England Gibraltar, Malta, Aden, Hongkong und die Falklandinseln abtreten müsse. Das heißt, es sollte die Grundlagen seiner Seemacht abrüsten, die die Seefahrt der Welt geschützt, die Monroedoktrin gerettet, die Seeräuberei und den Sklavenhandel beseitigt haben und den Weg der Zivilisation nach allen Teilen der Erdkugel gesichert haben. Vom Augenblick, wo der Schutzmann fortgegangen wäre, würde das Unterseeboot keinen weiteren Widerstand finden, und das Paradies auf Erden wäre da.

Vorwärts – Nr.28 – 1918 – Montag, 28. Januar - S.1

Wieder nach Brest-Litowsk.

Graf Czernin und Herr v. Kühlmann packen wieder ihre Koffer, um nach Brest-Litowsk zu fahren. Der erste kann eine Vertrauenskundgebung der österreichischen Delegation obenauf legen, der zweite muß sich mit der etwas summarischen Erklärung des Abg. Fehrenbach begnügen, man dürfe sagen, daß auch der Reichstag hinter der deutschen Regierung stehe. Wie aber der Reichstag das macht, ist nicht ganz klar geworden, da es ebensowenig klar ist, wie die Regierung steht.

Was sich in der Zeit, da die Verhandlungen unterbrochen waren, zutrug, ist sonst nicht sonderlich geeignet, ihre Aussichten zu verbessern. Die Russen trauen den deutschen Unterhändlern nicht über den Weg, weil sie hinter all ihren Erklärungen für das Selbstbestimmungsrecht annexionistische Absichten wittern. Sie müssen in dieser Auffassung bestärkt werden durch Zitate aus einer angeblich vom früheren Reichskanzler Michaelis nach Wien gerichteten Denkschrift, die Haase am Sonnabend im Reichstag vorgetragen hat. Warum hat sich kein Regierungsvertreter gefunden, der erklärt hat, von der Existenz einer solchen Denkschrift sei in der Wilhelmstraße nichts bekannt und ihr angeblicher Inhalt stehe in schneidendem Widerspruch zu den wirklichen deutschen Absichten? Eine solche Erklärung ist, wenn sie mit gutem Gewissen abgegeben werden kann, durchaus notwendig und muß so rasch wie möglich erfolgen.

Die deutschen Unterhändler neigen hinwiederum zu der Ansicht, den Russen sei ernstlich um den Frieden gar nicht zu tun, was sie wollten, das sei die deutsche Revolution. Nun ist es durchaus kein Geheimnis, daß die Russen wirklich der Meinung sind, die Dinge könnten in Deutschland den gleichen Verlauf nehmen wie in Rußland, daß sie diese Wendung wünschen und mit allen Kräften zu fördern bestrebt sind.

Das schließt jedoch keineswegs aus, daß sie den Frieden ernstlich und ehrlich wollen. **Um den Frieden zu erlangen, den sie für ihr Land brauchen, sind sie weiter gegangen als deutsche Sozialisten gehen würden, wenn sich Deutschland in derselben unglücklichen Lage befände wie Rußland.** Aber sie betrachten ihr Angebot im wesentlichen als einen festen Preis, von dem sie sich nichts abhandeln lassen können, wenn sie nicht, mit dem Fluch ihres Volkes beladen, vom Schauplatz verschwinden wollen.

In verschiedenen Blättern wird die Pflicht betont, die Stellung der deutschen Unterhändler in Brest-Litowsk zu stärken. Die Sozialdemokratie ist bereit, der Regierung jede Unterstützung angedeihen zu lassen gegen einen Druck, der die Brester Verhandlungen vom Wege zu einem ehrlich demokratischen Frieden abdrängen will, ist sich aber nicht ganz klar, ob diese Unterstützung gewünscht wird, die der Regierung für den Fall eines östlichen sog. „Verzichtfriedens“ eine Mehrheit im Reichstag sichert. Eine andere Unterstützung kann sie nicht gewähren, und sie kann auch keineswegs das Versprechen abgeben, sie würde, falls es in Brest zum Bruche käme, die Russen für den schuldigen Teil erklären. Wen sie für den schuldigen Teil erklärt und wen die große Masse des Volkes dafür halten wird, das hängt ganz von den Umständen ab.

Nach allem, was man bisher weiß, liegt das größte Hindernis für den Erfolg der Verhandlungen in jenen Bindungen, die Herr v. Kühlmann zugleich mit seinem Amt übernommen hat und von denen er im Hauptausschuß nicht ohne klagenden Unterton sprach. **Wenn Herr v. Kühlmann diese Bindungen zerreißen sollte – auch sie sind doch nur „ein Stück Papier“ – so könnte er wiederum dabei auf die volle Unterstützung**

der Sozialdemokratie rechnen. Wenn er aber ihretwegen die Verhandlungen auffliegen läßt, so darf er nicht glauben, daß er dann als Triumphator in die Heimat zurückkehren darf.

Sollten die Verhandlungen scheitern, dann gibt es keine Aussicht mehr, mit Rußland zum Frieden zu kommen, bevor der allgemeine Frieden geschlossen wird. Dann aber wäre es besser, nie angefangen zu haben, da ein mißlungener Friedensversuch von Brest-Litowsk die Stellung Deutschlands auf der künftigen allgemeinen Friedenskonferenz nicht gerade verbessern würde. Ebenso wenig würden dadurch die Aussichten auf einen allgemeinen Frieden verbessert, denn wenn sich Deutschland selbst mit den national vollkommen uneigennütigen Bolschewiks nicht verständigen könnte, wie sollte dann eine Verständigung mit den westlichen Regierungen möglich sein, solange nicht ihr nationaler Egoismus durch eine entscheidende, endgültige, vollständige Auflösung ihrer letzten Widerstandskraft gebrochen ist?

Der Abbruch der Verhandlungen in Brest-Litowsk würde zugleich bedeuten, daß der Krieg mit Rußland von neuem ausbricht und daß Rußland mit militärischen Mitteln zur Annahme der deutschen Bedingungen gezwungen werden soll. Ob und inwieweit ein solcher Zwang möglich ist, soll in diesem Zusammenhang nicht erörtert werden. Sicher ist nur soviel, daß das deutsche Volk nichts weniger wünscht als einen neuen Krieg mit Rußland und daß es sich vorbehält, die politischen und moralischen Grundlagen eines solchen neuen Krieges unvoreingenommen zu prüfen.

Man sieht, wie begründet die Absicht der Sozialdemokratie ist, nicht die Regierung schlechthin, sondern nur jene Elemente in der Politik der Mittelmächte zu stärken, die das Zustandekommen des Friedens mit Rußland erst möglich machen. Sein Scheitern wäre ein Unglück von unberechenbarer Tragweite. Wenn die deutsche Regierung dieses Unglück verhindern will und alles tut, was zu diesem Zweck nötig ist, dann kann sie, um es noch einmal zu sagen, auf die Unterstützung der Sozialdemokratie und der ganzen bisherigen Mehrheit rechnen, die sie dann auch gegen die Angriffe von rechts gewiß nötig haben wird. **Würde die Sozialdemokratie aber zu der Ueberzeugung kommen, daß der Frieden an gewissen Bindungen und machtpolitischen Zukunftsplänen gescheitert ist, dann wird das Wort Scheidemanns Geltung bekommen, daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, für eine solche Regierung ihre Haut zu Markte zu tragen.**

Mit nicht geringerer Spannung erwartet die Welt die Antwort, die auf Czernins Ruf über das große Wasser zurückkommen wird. Was man bisher als Echo aus dem Westen vernommen hat, ist nicht maßgebend. Auch hier haben die Kriegshetzer die Reden Lloyd Georges und Wilsons ganz anders beurteilt, als das etwas später durch die Berliner und erst recht durch die Wiener Regierung geschehen ist. Man kann sich also auch nicht wundern, wenn von drüben Stimmen laut werden, die Wilson dringend warnen, in die deutsch-österreichische Falle zu gehen. Das ist die unvermeidliche Zwischenaktmusik, die vor jedem neuen Aufzug des großen Friedensdramas gespielt wird. Sicher ist nur soviel, daß jeder sichtbare Fortschritt der Brester Verhandlungen die Neigung zum allgemeinen Frieden verstärken muß, nicht nur aus rein stimmungsmäßigen, sondern auch aus sehr realpolitischen Gründen. Es gibt darum keine bessere Unterstützung der von Czernin eingeleiteten allgemeinen Friedensaktion als die rasche Hinwegräumung aller Schwierigkeiten, die dem Frieden zwischen den Mittelmächten und Rußland im Wege stehen. Dies muß gelingen, denn die Russen haben bisher nichts Unmögliches verlangt, nichts, was die Heimkehr unserer Diplomaten ohne Frieden rechtfertigen kann!

Berliner Tageblatt - Nr.50 – 1918 – Montag, 28. Januar - Morgen – S.1

Trotzki bezweifelt die Möglichkeit einer Verständigung.

Petersburg, 27. Januar. Der Kommissar des Auswärtigen, Trotzki, erstattete vor dem Generalkongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Petersburg Bericht über den Stand der Friedensverhandlungen. Trotzki bezweifelt in diesem Bericht die Möglichkeit einer Verständigung, da die Delegierten der Zentralmächte angeblich rein kapitalistische Interessen vertreten und den „freiheitlichen“ Forderungen der maximalistischen Delegierten nur scheinbare Zugeständnisse machten. Czernin und Kühlmann unterschieden sich in den Hauptzügen durch nichts von den Kapitalistendienern Wilson und Lloyd George. Die russische Delegation in Brest-Litowsk werde unbedingt auf ihrem Standpunkt verharren und den Kampf gegen den internationalen kapitalistischen Block zäh und unbeirrt fortsetzen.

aus der Art des Vortrags gewinnt man nun auch in Petersburger Arbeiterkreisen mehr und mehr den Eindruck, daß Trotzki mit der Möglichkeit spielt, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen, um dadurch eine Arbeiterbewegung in den Ländern der Zentralmächte gegen die eigenen Regierungen hervorzurufen. Diesen Eindruck hat auch das linkssozialistische Blatt Gorkis „Nowaja Schisn“, das Trotzki den Vorwurf macht, daß er eine so hoch ernst und für die Zukunft der Welt so wichtige Angelegenheit, wie es der Friedensschluß ist, zum Agitationsmittel für parteipolitische Bestrebungen herunterwürdigt.

Berliner Börsen-Zeitung – – 1918 – Montag, 28. Januar - Montagsausgabe - S.2

Ein unentschiedener Krieg – ein Mühlstein um Englands Hals.

London, 25. Januar. (Reutermeldung) Lord Curzon hielt in Cardiff eine Rede, in der er u.a. sagte:

Es gibt niemand, der nicht Frieden wünscht. Wenn man trotzdem nicht dazu gelangen könnte, so liege es daran, daß **der Friede, den man im gegenwärtigen Augenblick vom Feind erlangen könnte, mit der Ehre und Sicherheit Englands nicht vereinbar wäre.** Bezüglich des von deutscher Seite gemachten Vorschlags, Antwerpen zu behalten, sagte er, man könne dies nicht gestatten, denn der englische Kanal würde dann ein deutscher Kanal werden, und mit der Freiheit Englands wäre es dann aus, auch Holland würde unter deutschen Einfluß kommen und dasselbe würde von Skandinavien gelten. Frankreich würde zwar sein Gebiet wiedererlangen, aber Deutschland, dessen Armee noch immer bestehen würde, und dessen Handelsschiffe in den Häfen nur darauf warten würden, die versenkten Schiffe zu ersetzen, würde einen Einfluß auf den Krieg, auf Europa und auf England ausüben können, von dem England sich niemals wieder erholen würde. Ein unentschiedener Krieg würde ein Mühlstein um Englands und seiner Kolonien Hals sein. Es sei die Politik der Alliierten, fest zusammenzuhalten und ihre Hilfsmittel zu gemeinsamer Anstrengung zu vereinigen.

Deutsche Tages-Zeitung - Nr.50 – 1918 – Montag, 28. Januar - Morgen – S.3

Gegen die Aufwieglers und Landesverräter. – Aufruf!

Von unverantwortlicher Seite wird gegenwärtig wiederum versucht, in die deutsche Arbeiterschaft den Gedanken eines Generalstreiks zu politischen Zwecken hineinzutragen. Die deutsche Arbeiterschaft soll dazu verführt werden, im entscheidenden Augenblick des Weltkrieges, in dem alle Kräfte unseres Volkes im Felde und in der Heimat der Erringung eines siegreichen Friedens gewidmet sein müssen, die Arbeit niederzulegen und damit die kämpfenden Brüder an der Front wehrlos zu machen und gleichzeitig die drückenden Ernährungsschwierigkeiten zur Katastrophe zu gestalten. Die mit dieser Propaganda verfolgten Absichten sind zu durchsichtig, als daß sie nicht erkannt würden.

Getreu seinen vaterländischen und wirtschaftsfriedlichen Grundsätzen richtet daher der unterzeichnete Hauptausschuß an seine Mitglieder und alle nationale fühlenden Arbeiter die eindringliche Aufforderung, mit allen Mitteln und aller Energie solchen Aufwiegelungsversuchen zum scheitern zu verhelfen, eingedenk der Mahnung Hindenburgs: Streik ist heute Landesverrat!
Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände

Die Forderungen der Arbeiter.

Unter den Forderungen, die jetzt von den Arbeitermassen mit gesteigertem Nachdruck vertreten werden, ist auch nicht eine einzige, die nicht von der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes gebilligt würde. Damit ist auch die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie zu der gegenwärtigen Bewegung gegeben. Würden die Arbeiter ihre Unentbehrlichkeit im Produktionsprozeß dazu mißbrauchen wollen, um, selber eine Minderheit, der Mehrheit ihren Willen aufzudrängen, so müßten wir das verwerfen. Aber so liegen die Dinge nicht. Was die streikenden Arbeiter wollen, das will im Grunde mit ihnen die gewaltig überwiegende Mehrheit der ganzen Bevölkerung.

In der Anerkennung dieser Tatsache liegt auch das beste, vielleicht das einzige Mittel, aus den augenblicklichen Wirren rasch und ohne weiteren Schaden herauszukommen. Ueber die Nützlichkeit einer Streikbewegung während des Krieges bestehen naturgemäß die allergrößten Meinungsverschiedenheiten, die ertragen werden müssen – nur sollte man mit Worten wie „Landesverrat“ nicht unnütz herumwerfen. Nach Behauptungen der bürgerlichen Presse sollen gestern in Berlin 100 000 Arbeiter gestreikt haben, nach den Feststellungen der Streikleitung waren es 250 000, wie viele im Reich gestern gestreikt haben und wieviele in Berlin und dem Reich noch dazu kommen werden, wissen wir zur Stunde noch nicht. Jedenfalls wäre es schlimm um das Deutsche Reich bestellt, wenn auf seinem Boden einige Hunderttausend „Landesverräter“ herumliefen; wir weisen jede Unterstellung aufs nachdrücklichste zurück.

Den guten Willen sollen ehrliche Gegner den Arbeitern wenigsten zubilligen. Und da müssen sie zugeben: diese Arbeiter streiken in dem guten Glauben, ihrem Land und ihrem Volk dadurch einen großen Dienst zu leisten, daß sie mit Nachdruck auf der Erfüllung ihrer Forderungen bestehen. Eine reaktionäre Regierung, eine Regierung nach dem Herzen der Scharfmacher, würde sich natürlich auf den Standpunkt stellen: Gleichgültig, wie diese Forderungen aussehen, „mit Rebellen verhandeln wir nicht!“ **Eine Regierung aber, die auch nur ein wenig vom Hauch einer neuen Zeit berührt ist,** wird jene Forderungen einer gewissenhaften Prüfung unterziehen und alles tun, was in ihren Kräften steht, um eine Einigung herbeizuführen.

Man kann nicht nach außen hin für den Verständigungsfrieden eintreten und seiner eigenen Bevölkerung gegenüber auf einen Gewaltfrieden hinsteuern wollen. Denn damit wäre der Glaube an den ehrlichen Willen der Regierung, nach außen einen Verständigungsfrieden zu schließen, unwiederbringlich dahin. Damit würde sich die Regierung aber auch im schärfsten Gegensatz zu ihrem Bundesgenossen, der österreichischen Regierung stellen, die durch ruhiges Verhandeln und vernünftiges Entgegenkommen der – dort wie hier spontan ausgebrochenen – Bewegung ein Ziel gesetzt hat.

Was wollen die Arbeiter? Unzähligemale ist das alles hier im „Vorwärts“ auseinandergesetzt worden! Vorbehaltlose und lückenlose Erklärung der Regierung für einen raschen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Aktive Teilnahme der Arbeiterschaft aller Länder an den Friedensverhandlungen. Freies Wahlrecht zu allen Vertretungskörpern, Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur sowie der Militarisierung der Betriebe, Freilassung aller, die im Kampf für den Frieden ihre Freiheit verloren haben und ins Gefängnis gewandert sind. Verbesserung der Lebensmittelversorgung durch schärfere Erfassung der Produkte am Ort der Erzeugung und durch gerechte Verteilung, was sofort eine Heraufsetzung der Kartoffelration ermöglichen würde.

Jenem Teil der Presse, der jetzt gegen die Arbeiter tobt, möchten wir zu bedenken geben, daß die Arbeiter mit ihren Forderungen ganz besonders auch für die Freiheit der Presse eintreten. Die Presse selbst hat diese Freiheit nicht schaffen können. Abgesehen von jenem ihrem reaktionärsten Teil, der immer nur Freiheit für sich verlangt, aber Unterdrückung für die anderen, sollte die Presse Anerkennung dafür finden, daß die Arbeiter auch für ihre besonderen Interessen und Forderungen eintreten und ihr Verlangen wie in den anderen Punkten so auch besonders in diesem nachdrücklich unterstützen.

Heute ist nicht mehr die Frage, ob der Streik gut oder schlecht ist. Heute ist er da, und das Augenmerk ist darauf zu richten, was er will. Das aber steht, um es wieder und wieder zu sagen, im Einklang mit den Wünschen einer gewaltigen Volksmehrheit, und wenn diese erfüllt sind, dann wird auch der Streik zu Ende sein.

Die Bewegung hat sich am gestrigen Tage mit bewundernswerter Ruhe vollzogen, und alle Welt erwartet nichts anderes, als daß es so bleibt. Da sie von keiner leitenden Stelle inszeniert wurde, sondern aus den Massen selbst hervorgewachsen ist, müssen sich die organisatorischen Maßnahmen, die zu ihrer Führung notwendig sind, während ihres Ganges selbst vollziehen. Diese Maßnahmen sind auf gutem Wege, so daß es bei gutem Willen von allen Seiten an Plan und Ordnung nicht fehlen wird.

Gegen eine ganz kleine Minderheit haben die Vertrauensleute der Betriebe, die sich gestern versammelten, beschlossen, beide Richtungen der Sozialdemokratie zur Mitarbeit heranzuziehen, und beide sind zu dieser Mitarbeit bereit. Der gesunde Instinkt sagt den Arbeitermassen, daß jetzt zu gegenseitigen Befehdungen keine Zeit ist. Meinungsverschiedenheiten, die vorhanden sind, und die noch später vorhanden sein werden, können bei besserer Gelegenheit ausgetragen werden. Jetzt handelt es sich nicht darum, ob der Genosse Hinz oder der Genosse Kunz mit seinem bisherigen Verhalten recht gehabt hat, sondern es handelt sich darum, die Bewegung in geordnete Bahnen zu leiten, damit sie einem nützlichen Ziel entgegengeführt werden kann. Kleingeister, die das auch jetzt noch nicht einsehen wollen, werden ihre Rechnung ohne die Arbeiter gemacht haben.

Und wie es im Innern gilt, alle Kräfte zur Einheit zusammenzuschmieden, so gilt es, auch über die Grenzen und über die Schützengräben hinaus die Arbeitermassen zur Solidarität aufzurufen. Jetzt können die englischen und französischen Arbeiter zeigen, ob es ihnen ebenso ernst um den Frieden zu tun ist wie den deutschen! **Wir verlangen und erwarten von ihnen nicht, daß sie der eigenen Landesverteidigung in den Rücken fallen, so wenig wie wir das selber tun,** aber wir verlangen und erwarten von ihnen, daß sie mit dem gleichen Nachdruck, wie wir es tun, ihre Regierung dazu auffordern, dem grauenvollen Völkerringen ein Ende zu bereiten.

Wir vertrauen darauf, daß **eine Bewegung, die von so großen und edlen Absichten geleitet ist,** wie diese, nicht sich in Hader und Verwirrung auflösen und auch nicht zwecklos versanden kann. **Wir vertrauen auf den gesunden Sinn der deutschen Arbeiterklasse, der darauf gerichtet ist, Mögliches mit den geeigneten Mitteln durchzusetzen.** An den Stellen aber, die über den Gang der deutschen Politik außen und innen entscheiden und die für ihre Entscheidungen vor der Geschichte verantwortlich sind, **möge man sich dessen bewußt sein, daß Bewegungen gleich der gegenwärtigen durch Gewalt höchstens für einige Zeit aufgehalten werden, daß sie aber zur Entspannung und zum Ausgleich gebracht werden können nur durch Gerechtigkeit!** Es ist vielleicht nicht die Bewegung selbst, sicher aber ist es die gegenwärtig im Amte befindliche Regierung, die vor eine letzte entscheidende Probe gestellt ist.

Aber nicht nur an die Regierung, auch an die breiteste Öffentlichkeit des deutschen Volkes ergeht der Ruf, sich über das Wesen dieser Bewegung nicht täuschen, nicht zu Ungerechtigkeiten verleiten zu lassen. Je entschiedener sich die Öffentlichkeit, gleichviel wie sie zum Streik selbst steht, für **die gerechten Forderungen, die ihm zugrunde liegen,** einsetzt, einen desto besseren Dienst wird sie damit der Volksgemeinschaft erweisen. **Denn es geht nicht nur „ums Ganze“, es geht für das Ganze, für eine bessere Zukunft unseres Volkes, für den Frieden der ganzen Welt!**

Tägliche Rundschau – Nr. 523– 1918 – Dienstag, 29. Januar - S.1

Die politischen Beweggründe des Streiks.

Es hat keinen Zweck, den Kopf in den Sand zu stecken oder die Streikbewegung damit abzutun – womit sich heute ein halbamtliches Blatt trösten möchte – , daß es sich bei ihr „nicht um politisch denkende Männer und Frauen handelt, sondern in der Hauptzahl um Jugendliche beiderlei Geschlechts“. Das wäre eine Verkenntung der Dinge, wäre, nebenbei bemerkt, kein Trost, daß unsere Jugendlichen mit ihrem hohen Einkommen es vermöchten, uns politisch, wirtschaftlich und militärisch großen Schaden zuzufügen. Nein, es handelt sich bei den Streikenden nicht nur um Jugendliche, sondern auch um ernste Männer, und selbst wenn ihre Zahl beschränkt wäre, so müßte doch die Tatsache, daß die Sozialdemokratie ihre Finger im Spiel hat und im Begriff ist, die Bewegung politisch auszumünzen, ernste Bedenken erwecken.

Aber abgesehen davon, ob Jugendliche oder erfahrene Männer: **jede Stunde Verlust ist eine Schwächung unseres Heeres, eine Schwächung unserer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Schlagkraft, eine Stärkung unserer Gegner, bedeutet eine Verlängerung des Krieges, beweist den Feinden, daß ihre Hoffnungen auf die innere Zermürbung des deutschen Volkes erfolgreich sein könnten und daß eine noch bessere Inszenierung ihrer Propaganda in Deutschland noch bessere Erfolge bringen könnte, daß sie in der Sozialdemokratie eine sichere Hilfe besitzen.** Das ist das Gefährliche des Umstandes, mögen nun am Streik hunderttausend Arbeiter mehr oder weniger teilnehmen.

Das Ausland sieht das Ganze, erblickt die Tatsache des Streiks, und daran richtet sich der gesunkene Mut der Gegner wieder auf. Und deshalb ist der Streik gleichbedeutend mit einem Angriff auf unsere kämpfenden Truppen im Felde aus dem Rückhalt, und wie man eine solche Situation kennzeichnet, braucht nicht weiter erörtert zu werden. Der „Vorwärts“ verwahrt sich heute gegen den Ausdruck „Landesverrat“. Man sollte nicht, meint er naiv, „unnütz damit herumwerfen“. „Wir weisen diese Unterstellung auf das Entschiedenste zurück“, als ob im Reiche jetzt einige hunderttausende Landesverräter umherliefen. Gewiß, wir wollen auch die Opfer der Verhetzungspropaganda gar nicht als Landesverräter bezeichnen, obwohl sie, weil sie politisch zu denken vermögen, jedenfalls aber vorgeben, politisch denken zu können, wissen müßten, was sie tun. Der Vorwurf trifft aber hauptsächlich die Führer der Bewegung.

Wer sind die Führer? Es will an dem Ausstand niemand die Schuld tragen, wie immer. Die sozialdemokratische „Internationale Korresp.“ schreibt: **die Partei als solche wie die Gewerkschaften seien vorher nicht gefragt worden, ob sie dem Streik zustimmen oder nicht, sie tragen keinerlei Verantwortung für die Ausstände und seien an ihrer Leitung in keiner Weise beteiligt.** Damit werden Herr Scheidemann und Herr Haase – **denn auch Herr Haase und Konsorten wissen von nichts** – die Verantwortung nicht von sich abwälzen. Ohne Ursache und ohne Zutun der Führer entstehen solche ins Große gehenden Bewegungen nicht. Wenn die Führer behaupten, die aufreizenden Flugblätter, die in den letzten Tagen in Berlin verteilt wurden, seien von den Anhängern Liebknechts ausgegangen, so ist das Sand in die Augen.

Die Frage muß vielmehr lauten: Was hat die Sozialdemokratie getan, um den Streik zu verhindern? Oder: was hat sie getan, um den Streik zu fördern? Hat die Sozialdemokratie Flugblätter in Massen verbreitet, um die Arbeiter zur Ruhe zu mahnen, oder hat sie nicht vielmehr tagtäglich im „Vorwärts“ und durch ihre Redner in den Massen den Glauben hervorgerufen, daß unsere Regierung die Schuld trage, wenn der Frieden nicht zustandekomme? Hat sie nicht auf den General Hoffmann als den Friedensstörer verwiesen, der die Russen vor den Kopf gestoßen und sie unlustig zu weiteren Verhandlungen gemacht habe? Hat der „Vorwärts“ nicht noch gestern früh, um Oel ins Feuer zu gießen, geschrieben: die Sozialdemokratie würde, falls es in Brest zum Bruch käme, die Russen nicht ohne weiteres für den schuldigen Teil erklären? **Hat Herr Scheidemann den Massen nicht den Weg gewiesen, den Weg von der Arbeitsstätte auf die Straße, als er im Hauptausschusse sagte, in Deutschland stehe man unmittelbar vor Ereignissen nach Wiener und Ofen-Pester Muster? Hat nicht der Zehngebote-Hoffmann tagtäglich die Revolution angekündigt und damit die Massen aufgestachelt, dem Wiener Vorgange nachzueifern?** Und das alles hat man getan, obwohl die Führer wußten, daß die Russen auf die deutsche Revolution seit Wochen warten und alles getan haben, um ihr die Wege zu ebnen.

Der „Vorwärts“ gab selbst zu, es sei „durchaus kein Geheimnis, daß die Russen wirklich der Meinung sind, die Dinge könnten in Deutschland den gleichen Verlauf nehmen wie in Petersburg“. **Er hat auch gewußt, daß man in Frankreich die gleiche Erwartung hegte, daß der „Temps“ als französisches Regierungsorgan am 21. Januar ganz offen die deutsche Sozialdemokratie zum Aufstand und Ausstand aufforderte.** Und dennoch hat man sich nicht gesagt: nun liegt es im Interesse des Friedens, unsere Arbeiter ruhig zu halten und den Feinden diese Hoffnung zu nehmen? Stattdessen hat man geschürt und das Ausland in dem Bestreben, den Frieden mit Rußland zu hintertreiben, bestärkt, gleichzeitig aber die deutsche Regierung für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich gemacht. Ist das ein Zeichen von Verantwortlichkeitsgefühl oder was ist es sonst? Der Stockholmer Korrespondent der liberalen „Voss. Ztg.“ veröffentlicht einen Brief eines russischen Deutschenfeindes über Trotzki's Gedankengänge [Trotzki's Gedankengänge. Vossische Zeitung – Nr. 52 – 1918 – Dienstag, 29. Januar – S.1], aus dem ersichtlich ist, daß es Trotzki's „innerstem Wunsche entsprechen“ würde, wenn die Verhandlungen scheitern, denn die Katastrophe sei in Deutschland im Anzuge. Der Briefschreiber macht für diese Auffassungen jene Elemente verantwortlich, die bei den Feinden den Glauben unserer Schwäche hervorrufen, und wo diese Elemente bei uns zu finden sind, geht unzweideutig aus dem gestrigen „Vorwärts“ hervor, der die Möglichkeit neuer Kämpfe in Rußland ins Auge faßte und andeutete, es sei fraglich, ob man Rußland mit militärischen Mitteln zur Annahme unserer Friedensbedingungen zwingen könne. Das brachte der „Vorwärts“ fertig, obwohl jedermann weiß, daß Rußland, in der Auflösung begriffen, neuen Kämpfen nicht standhalten könnte. Wer sind also diejenigen, die den Frieden hintertreiben? Ist es nicht die Führung unserer Sozialdemokratie?

Aber davon weiß unsere Arbeiterschaft nichts! Warum wird sie nicht aufgeklärt, warum ergreift man nicht die Initiative zur Aufklärung der Massen? Weil man Sorge hat, es mit Herrn Scheidemann nicht zu verderben. Statt dessen sieht man zu, wie die Sozialdemokratie programmäßig zu Werke geht, wie sie zuerst aufwiegelt und hetzt, dann die Verantwortung abschiebt, darauf wieder den Versuch macht, die Bewegung in die Hand zu nehmen, damit sie, wie der „Vorwärts“ sagt, in geordnete Bahnen kommt. Was der „Vorwärts“ darunter versteht, ist leicht ersichtlich: er will nicht etwa ein Abflauen der Bewegung, sondern: „wir vertrauen darauf, daß sie sich nicht in Hader und Verwirrung auflösen und auch nicht zwecklos versanden kann“. „Wir

vertrauen auf den gesunden Sinn der deutschen Arbeiterklasse, der darauf gerichtet ist, Mögliches mit geeigneten Mitteln durchzusetzen.“

Wie die geeigneten Mittel aussehen, hat Herr Hoffmann gesagt, als er von der Revolution sprach, und welches die vorläufigen Ziele sind, die man erreichen will, wird heute gleichfalls im „Vorwärts“ verraten: Sofortige Herbeiführung des Friedens, unter Mitwirkung der Arbeitervertreter, als des Herrn Scheidemann und des Herrn Haase, Aufhebung des Belagerungszustandes, damit die Sozialdemokratie noch ungehinderter wirken kann. Aufhebung der Militarisierung der Betriebe, damit die Heeresleitung den Einfluß auf die Erzeugung von Kriegsmaterial verliert und ausständige Arbeiter nicht maßregeln kann, daß also Streikbewegungen im größeren Maßstabe möglich sind, durchgreifende Militarisierung der gesamten Staatseinrichtungen, Verleihung des Wahlrechts auch an die Frauen vom 20. Lebensjahr ab, also Aufrichtung der Massenherrschaft in Deutschland. Mit der Erfüllung dieses Wunsches liegen dann keine Steine mehr auf dem Wege zu den letzten Zielen der Sozialdemokratie. Daher drängt die sozialdemokratische Führung jetzt die Regierung, die solle der Streikbewegung keinen Einhalt gebieten, man würde „sie mit Gewalt höchstens für einige Zeit ausschalten“. [Der Streik. Vorwärts – Nr.29 – 1918 – Dienstag, 29. Januar - S.1]

Ueberblickt man demnach die Vorgeschichte und die Entwicklung dieser neuen Hemmnisse, so wird man vor der Tatsache die Augen nicht verschließen dürfen, daß der Kampf zwischen den staats-erhaltenden Elementen und den machtpolitischen Plänen der Sozialdemokratie zur Entscheidung drängt.

Vorwärts – Nr.29 – 1918 – Dienstag, 29. Januar - S.1

Der Streik.

Aus den Reihen der Arbeiter ist wieder eine Streikbewegung entstanden, ohne daß von irgendeiner leitenden Stelle Anregung oder gar Anweisung dazu gegeben wurde. Wie im April vorigen Jahres aus Anlaß der Herabsetzung der Brotration **die Bewegung spontan entstanden ist, so war es auch bei dem am gestrigen Montag ausgebrochenen Streik.** Erst nachdem die Arbeiter in großer Zahl die Betriebe verlassen hatten, schritten sie zur Einsetzung einer Streikleitung. Das geschah in einer Versammlung, die gestern nachmittag im Gewerkschaftshause tagte. In dieser Versammlung erschien auch ein Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, um einige Worte an die Streikenden zu richten. Das wurde ihm sowie einem Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie bereitwillig gestattet.

Dann wählte die Versammlung eine Streikleitung, bestehend aus Delegierten der Streikenden und Vertretern der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Die Versammlung stellte folgende Forderungen auf:

1. Schleunige Herbeiführung des Friedens ohne Annexion, ohne Kriegsentschädigung, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker entsprechend den Ausführungsbestimmungen, die dafür von den russischen Volksbeauftragten in Brest-Litowsk formuliert wurden.
2. Zuziehung von Arbeitervertretern aller Länder zu den Friedensverhandlungen.

Besonders für Deutschland wird gefordert:

3. Ausgiebigere Nahrungsversorgung durch Erfassung der Lebensmittelbestände in den Produktionsbetrieben wie in den Handelslagern zwecks gleichmäßiger Zuführung an alle Bevölkerungskreise.
4. Der Belagerungszustand ist sofort aufzuheben. Das Vereinsrecht tritt vollständig wieder in Kraft, ebenso das Recht der freien Meinungsäußerung in der Presse und in Versammlungen. Die Schutzgesetze für Arbeiterinnen und Jugendliche sind schleunigst wieder in Kraft zu setzen. Alle Eingriffe der Militärverwaltung in die gewerkschaftliche Tätigkeit sind rückgängig zu machen und neu zu verhindern.
5. Die Militarisierung der Betriebe ist gleichfalls aufzuheben.
6. Alle wegen politischen Handlungen Verurteilte und Verhaftete sind sofort freizulassen.
7. Durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen in Deutschland und zwar zunächst die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren für den preußischen Landtag.

Ferner nahm die Versammlung folgende Entschließung an:

„Da nur unbedingte Solidarität Erfolg verheißt, geloben wir, jede Maßregelung unserer Führer, Vertreter und Beauftragten mit allen Mitteln abzuwehren. Wir richten aber auch an die Proletarier Deutschlands wie der anderen kriegführenden Länder insgesamt die dringende Aufforderung, wie schon die Arbeitskollegen in Oesterreich-Ungarn erfolgreich uns vorangegangen sind, so nunmehr gleichfalls in Massenstreiks einzutreten, denn erst der gemeinsame internationale Klassenkampf schafft uns endgültig Frieden, Freiheit und Brot.“

Nach den Feststellungen der Streikleitung sind bis gestern nachmittag rund 250 000 Streikende gezählt worden. Man rechnet bestimmt damit, daß auch von den Arbeitern der noch nicht an der Zählung beteiligten Nachtschicht 50 000 hinzukommen werden, so daß sich die Gesamtzahl der Streikenden auf 300 000 beläuft. Der Streik erstreckt sich auf fast alle Betriebe der Rüstungsindustrie sowie auf andere Branchen.

Vossische Zeitung – Nr. 52 – 1918 – Dienstag, 29. Januar - S.1

Trotzkis Gedankengänge.

Stockholm, 27. Januar. von einem Abgeordneten der aufgelösten Konstituante, der in der jüngsten Zeit wiederholt Gelegenheit hatte, sich mit Trotzki und mit anderen Volkskommissaren zu unterhalten, geht mir heute auf Umwegen eine Zuschrift zu, deren wesentlichen Inhalt sich nicht verschweigen möchte. Der Briefschreiber ist allerdings kein Bolschewiki und meine jahrelange Bekanntschaft mit ihm hat mich in ihm keinen unbedingten Deutschenfreund kennen lernen lassen; aber die gegenwärtigen Verhältnisse lassen ihm, wie er mir schreibt, einen ehrlichen Frieden Rußlands mit den Zentralmächten herbeisehnen. Und bezüglich eines derartigen Friedens spricht er sich nun recht wenig zuversichtlich aus.

Ich gebe im Nachfolgenden einige der markantesten Stellen seiner Zuschrift in wörtlicher Uebersetzung wieder:

„Meine Unterredungen mit Trotzki lassen für mich keinen Zweifel übrig, daß er noch Mitte Dezember keine Hoffnung hegte, daß es ihm und den Bolschewiki überhaupt gelingen könnte, die bolschewistischen Ideen in die breiteren Massen des deutschen Volkes zu exportieren, geschweige denn diesen Export zu einem „Aufsglatteisführen“ Deutschlands bei den vorstehenden Friedensverhandlungen zu benutzen. Damals glaubte er, den Frieden fast um jeden Preis haben zu müssen, wenn er die bolschewistische Macht nicht vernichten wollte. Er hatte seine Brest-Litowsker Delegierten auch dahin informiert. Die eigentlichen Unterhändler Joffe, Kamenew und Karachin hatte er zu seinen Ansichten und Absichten bekehrt, und nur die militärischen Konsultanten wie Altvater und Lipski waren es höchstens, die für eine schärfere Tonart bei den Brest-Litowsker Verhandlungen waren.

Um Neujahr herum nahm die Sache eine ganz andere Wendung, in erster Reihe auf Grund des **Einflusses Radeks, den Trotzki als Spezialisten für deutsche und österreichische Volksstimmungen** betrachtet, und dem es gelang, Trotzki einzureden, Deutschland werde auf alles verzichten, um nur zu einem Separatfrieden mit Rußland zu gelangen. Wenn die Brest-Litowsker Verhandlungen resultatlos verlaufen sollten, so würde dies dem jetzt zweifellos obwaltenden innersten Wunsche Trotzkis entsprechen. Er würde dann aller Welt kundtun, er habe sich mit Abscheu von den in Brest versammelten deutschen Imperialisten abgewandt; **in Deutschland und Oesterreich sei die politische und soziale Katastrophe im Anzuge, und die Bolschewiki Rußlands könnten ruhig abwarten, bis diese Katastrophe dem Smolny-Kloster viel bessere Resultate liefern werde, als Brest-Litowsk dies hätte tun können.** In dieser Linie bewegt sich jetzt Trotzki's Gedankengang, und die wirklichen Anhänger eines für alle Teile günstigen und ehrenvollen Friedens sollten daher nicht mit übermäßigem Optimismus den demnächst wieder aufzunehmenden Brester Verhandlungen entgegensetzen.“

Soweit mein Petersburger Briefschreiber. Ausführlich zählt er die Gründe auf, die Radek und durch ihn Trotzki auf diesen Gedankengang gebracht haben: Haltung eines Teiles der deutschen Presse, Haltung der deutschen und österreichischen Delegierten in Brest-Litowsk, Diplomatie auf eigene Faust gewisser deutscher Parlamentarier und Mittelsmänner u.a. mehr. Die Wiedergabe dieser Einzelheiten halte er für unangebracht, weil sie teils ungenau, teils nicht beweisbar zu sein scheinen. Jedenfalls aber wird man gut tun, den Pessimismus meines russischen, mit den einschlägigen Verhältnissen überaus vertrauten Gewährsmannes nicht zu übersehen.

Max Th. Behrmann

Vossische Zeitung – Nr. 52 – 1918 – Dienstag, 29. Januar - S.3

Bolschewiki und Weltrevolution.

Die antibolschewistische Tendenz der zweiten Rede Kühlmanns unterstreicht ein Artikel des Berliner Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“, der offenbar inspiriert ist. Es heißt da:

„Es ist eine festgestellte Tatsache, daß unter den Bolschewiki der Glaube herrscht, daß, rund herausgesagt, in Deutschland eine Revolution ausbrechen werde. Den Führern der Bolschewiki schwebt als Endziel die Weltrevolution vor. Diesem Ziel gegenüber ist ihnen der Friedensschluß Nebensache. Um dieses ersehnte Ziel zu erreichen, betreiben sie eine Politik der Verschleppung und der agitatorisch auf die

Massenstimmungen berechneten Kundgebungen, Kundgebungen, die durch ihre brutal alle Rechte anderer mit Füßen tretende Gewaltpolitik freilich täglich Lügen gestraft werden. Die Verschleppungspolitik wird von ihnen auch in den Verhandlungen über rechtliche und wirtschaftliche Fragen betrieben. Es liegt auf der Hand, daß jedes Symptom, jede Aeußerung aus Deutschland, aus denen die Bolschewiki entnehmen zu können glauben, daß ihre revolutionäre Propaganda Erfolg haben könne oder auch nur, daß in Deutschland innere Uneinigkeit herrsche, sie in dieser Politik der Verschleppung und Agitation bestärkt.

Bolschewistische Kundgebungen sprechen ganz offen davon die revolutionären Idee immer mehr auf die Mittelmächte zu übertragen; bolschewistische Zeitungen sprechen davon, daß sich in Deutschland bedeutungsvolle Ereignisse vorbereiteten, und daß deshalb die Verhandlungen hingelegt werden müßten. Ein führendes Bolschewistenblatt appelliert an die Unterstützung des Proletariats Europas. **Es sagt offen, der Friedensschluß sei nur ein Mittel, die Weltrevolution der Zweck. Ein führender Vertreter der Bolschewiki hat auf die Nachricht aus Wien hin erklärt, nun beginne die Revolution.**“

Aus diesem und ähnlichem Beweismaterial schließt der Artikel, daß für Deutschland und Oesterreich-Ungarn das Gebot der Stunde sei, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß diese Spekulation der Bolschewiki falsch ist. Deutlich und in geschlossener Einigkeit gelte es zu zeigen, daß in unseren Völkern kein Echo für deren aus negativem, nicht aufbauendem, sondern nur zerstörendem, nicht freiheitlichem, sondern anarchistischem Denken geborenen Anschauungen und Ziele ist, und daß die Völker der Mittelmächte wie ein Mann dafür sorgen, daß auch der Schein vermieden wird, als habe diese Agitation bei ihnen etwas zu hoffen. In diesem Sinne gilt es, aufmerksam das weitere Verhalten der Bolschewiki zu verfolgen, und sie durch den einmütigen Druck der öffentlichen Meinung zu zwingen, von der Sache, um die es sich in Brest-Litowsk handelt, nicht mehr abzuweichen.

*

*

*

Die „Kreuzzeitung“ stellt ähnliche Betrachtungen an und bemerkt weiter, der nächste Termin zur Kündigung des Waffenstillstandes sei am 4. Februar. Bis dahin werde sich endgültig herausgestellt haben, ob die Russen an ihrer Verschleppungstaktik festhalten. Wenn das der Fall wäre, so müßten daraus die Folgerungen gezogen werden.

Tägliche Rundschau – Nr. 52 – 1918 – Dienstag, 29. Januar - §.1

Maximalistische Bekenntnisse.

Stockholm, 28. Januar. Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Petersburg, der, ganz unter maximalistischem Einfluß stehend, bestimmt ist, die Gesetzgebende Versammlung zu ersetzen, behandelt die Frage der auswärtigen Politik. Die „Politiken“ meldet, bestehen unter den Maximalisten drei Strömungen. Eine Richtung will zwar den Versuch machen, möglichst günstige Friedensbedingungen von Deutschland herauszuschlagen, aber, falls diese nicht zugestanden werden, Frieden um jeden Preis schließen. Die zweite Richtung will den jetzigen Zustand, ohne Frieden zu schließen, möglichst lange hinziehen, in der Hoffnung, daß ihnen schließlich die Revolution in Deutschland zu Hilfe kommen wird. Die dritte Richtung ist entschlossen, den Revolutionskrieg gegen Deutschland zu führen. Die letztere Richtung, zu der die Jugend innerhalb der Partei gehört, soll im Vollzugausschuß die Mehrheit für sich haben.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 52 – 1918 – Dienstag, 29. Januar - Morgen - §.3

Lloyd George Plagiator? – von Professor Dr. Alfred Manes (Berlin).

Vor kurzem wurde der Nachweis geliefert, daß Wilsons Kriegsreden teilweise ein Plagiat sind, das er an den vor mehreren Jahrzehnten veröffentlichten Kundgebungen eines Südamerikanischen Staatsoberhauptes verübt hat. Es ist nun interessant, daß auch Lloyd George nicht ohne solche Plagiate auszukommen vermag, um das betörte englische Volk weiter in Kriegsstimmung zu halten und den Mittelmächten gegenüber wenigstens auf dem Redekampfplatz zu bestehen. Die Vermutung, daß Lloyd George in den Reden seiner Vorgänger Nachschau gehalten hat oder halten ließ, liegt um so näher, als bekanntlich **die großen Züge englischer Politik seit weit mehr als einem Jahrhundert in allerdings erstaunlicher Folgerichtigkeit unverändert sich finden.** Auch wer hierüber genauer unterrichtet ist, wundert sich doch immer wieder von neuem, wie Englands gegenwärtige Staatsmänner mit den ältesten Mitteln der Volksverführung und Kriegsverhetzung Politik treiben, wie sie auch nicht das Allergeringste aus eigenem Geist neu hinzufügen, sondern es sich genug sein lassen, dieselben Worte und Redensarten, dieselben Beweismittel und Behauptungen aus der historischen Rumpelkammer herauszuholen, die beispielsweise schon vor 124 Jahren dazu dienen mußten, den Krieg

zunächst der ersten Koalition gegen das revolutionäre Frankreich in England volkstümlich zu machen und dann die Kriegsstimmung fast ein viertel Jahrhundert zu erhalten.

Die Politik, die der englische Ministerpräsident William Pitt der Jüngere in den Jahren 1793 – 1796 insbesondere getrieben, hat mit der des heutigen leitenden englischen Staatsmannes große Aehnlichkeit. Damals wie heute eine Koalition unter Englands Führung, gerichtet gegen den mächtigsten und daher England am meisten verhaßten Staat auf dem europäischen Kontinent. Nur nahm damals Frankreich die Rolle ein, die heute Deutschland beschieden ist. Aber wie England gegen uns zu den Waffen griff, angeblich, weil wir Belgien gegenüber einen völkerrechtlichen Vertragsbruch begingen, so wurde an Frankreich der Krieg erklärt, weil es gleichfalls den Niederlanden gegenüber durch die Oeffnung der Schelde einen völkerrechtlichen Vertrag gebrochen hätte. Englands Verpflichtung, befreundete, kleinere Nationen zu beschützen, wurde in den Reden Pitts vor rund fünfviertel Jahrhunderten mit denselben Worten immer wieder vertreten, wie wir sie in Lloyd Georges Reden von 1917 finden. In **Pitts Parlamentsreden vom 17. Juni 1793, vom 21. Januar und namentlich vom 30. Mai, sowie vom 30. Dezember 1794, ferner in den Reden vom 26. Januar und 9. Dezember 1795, vom 15. Februar und 10. Mai 1796** läßt sich eine geradezu wörtliche Uebereinstimmung nachweisen mit **Lloyd Georges Aeüßerungen und ewigen Wiederholungen, die sich darauf beziehen, daß England lediglich um Recht und Gesittung zu verteidigen, in den Krieg gezogen sei, daß es den Militarismus ausrotten wolle und vor allem, daß es die Regierung seines Gegners umändern müsse, um das feindliche Volk zu befreien und Europa für alle Zeiten einen gerechten Frieden zu sichern.** Man braucht nur statt Pitts Gegner Fox den Namen Lansdowne zu setzen, und statt der damaligen Herren Frankreichs, der Jakobiner, die Hohenzollern, dann ergibt sich unwiderleglich eine geradezu verdächtige Uebereinstimmung zwischen Lloyd Georges häufigen und William Pitts weit selteneren großen Reden.

Man urteile selbst! Nachdem Fox bereits am 21. Januar 1794 den Antrag eingebracht hatte, ohne Rücksicht auf seine Regierungsform, mit Frankreich in Friedensverhandlungen einzutreten, stellte er am 30. Mai desselben Jahres einen aus 24 Punkten bestehenden Antrag, mit Rücksicht auf die bisherigen Kriegseignisse Maßregeln zu ergreifen, durch welche zwecks Erzielung eines Friedens auf Grund von gerechten und maßvollen Bedingungen in Verhandlungen mit Frankreich eingetreten werden sollte. Wir haben es hier, wie schon angedeutet, mit einem geschichtlichen Vorgänger Lansdownes und seines vielerörterten Briefes zu tun. Pitt hat damals Fox u.a. erwidert, England führe den Krieg gegen Frankreich nicht, um fremde Gebiete zu erobern, nicht seiner Macht und seines Ruhmes wegen, sondern für seine eigene Sicherheit und Ruhe, für die Existenz Großbritanniens, für welches die Regierungsformen in den übrigen europäischen Ländern von größter Bedeutung seien. Nur die Absicht des Feindes, Eroberungen zu machen, habe England in den Krieg getrieben. Solange aber die in Frankreich herrschende Regierung am Ruder bleibe, könne England nicht auf einen festen und dauernden Frieden rechnen. Kein Frieden sei mit einer Regierung möglich, der man durchaus nicht trauen könne, daß sie ihr gegebenes Wort halte. Damals freilich wünschte England für Frankreich die Einrichtung einer erblichen Monarchie, während von Demokratisierung nicht die Rede sein brauchte.

„Wir wollen Frankreich nicht erobern,“ ruft Pitt aus, „wir wünschen es nur von einem System der Tyrannei zu befreien, die für das Land selbst ebenso niederdrückend ist wie gefährlich für seine Nachbarn, die vor allem nur dadurch sich halten kann, daß sie das französische Volk unterdrückt..... Solange ein solches Regierungssystem vorhanden ist, ist nicht auf die Beseitigung seiner Mängel zu rechnen, noch haben seine Nachbarn Hoffnung auf Sicherheit, sondern es muß völlig vernichtet werden.“

Aus diesem Grund verlangt Pitt nachdrücklich Fortsetzung des Krieges bis zum völligen Sieg. Er wendet sich genau wie Lloyd George heute gegen jeden „Verhandlungsfrieden“, weil aus irgendeiner Verhandlung mit den Regierenden in Feindesland kaum etwas zu erhoffen ist, und „noch weniger Sicherheit vorhanden ist, daß irgendeine von ihnen übernommene Verpflichtung ausgeführt wird. So lange jenes Regierungssystem bleibt, können wir nur unter der Bedingung unserer vollständigen Vernichtung und Entehrung irgendeinen Frieden schließen.“

Vor allem aber wendet sich Pitt gegen jeden „Sonderfrieden“ ohne die übrigen Angehörigen der Koalition, und dann **1794 wie 1917 ist es der Raub der feindlichen Kolonien, von dem sich England viel Vorteil erhofft.** Immer wieder lesen wir, wie der böse Feind die Grundsätze der Zivilisation mit Füßen tritt, Gesetz und Recht mißachtet, während England 1794 wie 1917 als Verteidiger der zivilisierten Menschheit dasteht. Am 9. Dezember 1795 sah Pitt in der Form der französischen Regierung kein Friedenshindernis mehr; alles hänge vielmehr ab, so führte er damals wie am 16. Februar 1796 aus, von den Bedingungen. Diese müßten die Feinde bekanntgeben; aber nur bei größter Demütigung dieser bestünde Aussicht auf Annahme seitens Englands, das vor Bekanntgabe seiner Kriegs- und Friedensziele beharrlich zurückschreckt.

Daß Pitt das Ziel seiner Wünsche nicht in Erfüllung gehen sah, daß er vielmehr in einer Zeit starb, in der es England gerade recht schlecht erging, ist bekannt. Aber nichtsdestoweniger lautet das Urteil der Geschichte über den jüngeren Pitt dahin, er sei ein politischer Kopf gewesen, habe hervorragenden Geist besessen und sich vor allen Dingen auch durch seine unantastbare Ehrlichkeit ausgezeichnet. Daß nicht nur in bezug auf den Inhalt seiner Reden, sondern auch im übrigen Lloyd George ein Nachfolger Pitts ist, werden die Geschichtschreiber der Zukunft, selbst die englischen, allerdings um so weniger auszusprechen wagen, als der Ausgang dieses Weltkrieges, wenn nicht ganz unvorhergesehene Ereignisse eintreten, für England kaum so günstig sein dürfte wie der Ausgang der französischen Revolutionskriege.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 53 – 1918 – Dienstag, 29. Januar - Abend - S.1

Die Verhandlungen der Bolschewiki.

Zum Wiederbeginn der Verhandlungen in Brest-Litowsk hat, wie wir heute morgen mitgeteilt haben, der Kopenhagener „Socialdemokraten“ den Mahnruf an Trotzki gerichtet, die Friedensverhandlungen nicht unnötig in die Länge zu ziehen und so den Friedensschluß selbst auf die lange Bank zu schieben. Ähnliches ist in der deutschen Presse aller Schattierungen in der letzten Zeit ja oft genug zum Ausdruck gebracht worden. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen hatte eben jedem unbefangenen Beobachter gezeigt, daß es Trotzki und denen, die mit ihm am selben Strange ziehen, nicht so sehr darum zu tun ist, den Gedanken des Verständigungsfriedens in die Wirklichkeit umzusetzen, als eine schwungvolle Propaganda für ihre revolutionären Ideen aus dem Sitzungssaal heraus zu treiben. Ja, man konnte den Eindruck nicht loswerden, daß die russische Delegation, seit Trotzki an ihrer Spitze steht, sogar einen Abbruch der Verhandlungen hingenommen hätte, sofern ihr dadurch nur Agitationsstoff geliefert würde.

Sooft auch den Russen wegen der von ihnen eingeschlagenen Taktik Vorhaltungen gemacht wurden, haben sie wenig Wert darauf gelegt, die Welt von ihrer Absicht, zu einem schnellen und gedeihlichen Ende zu kommen, zu überzeugen. Trotzki hat im Gegenteil seinem Redefluß keine Beschränkung auferlegt und den Verhandlungsgang selbst durch Wünsche technischer Art erschwert. So ließ er, wie wohl noch erinnerlich, am 12. Januar durch Kameneff den Antrag stellen, „beide Seiten sollten in einer schriftlichen Zusammenfassung ihre während der Diskussion entwickelte Auffassung darlegen“. Zwar hat Trotzki dem Staatssekretär von Kühlmann auf dessen Vorhaltung hin erklärt, es sei durchaus nicht seine Absicht, die Technik der Verhandlungen zu erschweren, die Tatsache selbst jedoch, daß die Verhandlungen durch eine derartige schriftliche Fixierung keineswegs erleichtert werden, hat auch er nicht bestreiten können. Wenn wirklich die Regierungen und die öffentliche Meinung durch derartige Schriftstücke von den Grundgedanken der in Brest-Litowsk vertretenen Auffassungen in Kenntnis gesetzt werden sollten, so entspräche das Ergebnis kaum der Menge der aufgewandten Arbeit. Es liegt auf der Hand, daß der Austausch schriftlich niedergelegter Anschauungen nur neue Auseinandersetzungen über Form und Inhalt dieser Schriftstücke herbeiführen und den Hauptzweck der Beratungen in Brest-Litowsk, die Herbeiführung eines Friedens behindern würde.

In ihrer Erklärung lassen die Russen fast in jedem Satz das Bestreben erkennen, an der Meinung der Gegenpartei vorbeizureden oder sie überhaupt als unausgesprochen zu behandeln. Mit Hartnäckigkeit klammern sie sich an ihre eigene Auffassung der Dinge, ohne sich zu bemühen, auch der anderen Meinung Rechnung zu tragen. Wird ihnen diese Taktik vorgehalten, so entspinnt sich darüber eine längere Auseinandersetzung und der Kernzweck der Beratungen wird abermals umgangen. Die Russen gehen offenkundig in ihrer Taktik von der Erkenntnis aus, daß wenn sie sich einmal mit den Gedanken der anderen Partei befaßten, ihnen die Möglichkeit abgeschnitten wäre, Agitationsreden zum Fenster hinaus zu halten. Deshalb klammern sie sich an die Form. So soll nach ihren Wünschen jedes Wort stenographiert werden, ohne Rücksicht darauf, ob der Sache selbst damit gedient ist oder nicht. Sie gehen aber noch weiter. Haben sie doch durchgesetzt, daß sogar einzelne vertrauliche Besprechungen stenographisch aufgenommen und, ohne daß die Redner die Möglichkeit gehabt hätten, ihr Stenogramm einer Durchsicht zu unterziehen, veröffentlicht und überallhin verbreitet werden. So ist denn dem russischen Agitationswillen so weit Genüge getan, daß Trotzki bei der Beratung über den Zeitpunkt der Räumung der besetzten Gebiete und die Entstehung der neuen Staaten zur Einleitung eine stundenlange Rede halten konnte, in der er lediglich allgemeine Theorien entwickelte. Sie überall verbreitet zu sehen, ist der unausgesprochene Zweck solcher Reden, die den Boden der Tatsachen verlassen haben und wolkenferne Ziele entwickeln.

Diese wenigen Proben maximalistischer Verhandlungsmethoden dürften hinlänglich gezeigt haben, daß das Bestreben Trotzki und seiner Kollegen darauf ausgeht, durch taktische Vorteile ihre Bewegungsfreiheit zu erweitern, um Agitationsmaterial für die Gewinnung der Öffentlichkeit in Rußland und über die Grenzen Rußlands hinaus zu gewinnen. Die nächsten Tage werden also in erster Linie zu erweisen haben, ob die

Maximalisten ihre Verhandlungsmethode endlich dem ehrlichen Friedenswillen angepaßt oder aber weiter auf Agitation eingestellt haben. Daß die letztere nicht zum Ziele führen kann, soll ihnen nicht verschwiegen werden.

W.Kl.

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 53 – 1918 – Dienstag, 29. Januar - Abend - S.2

Die englischen Flottenstützpunkte.

Eine überaus lehrreiche Zusammenstellung der von England seit Jahrhunderten mit List und Gewalt geraubten Flottenstützpunkte veröffentlicht das Organ des Vereins Mariendank, Deutschland zur See in Form eines riesigen Polypen, der mit seinen Fangarmen alle diese von England besetzten Punkte umspannt, welche die Freiheit der Meere bedrohen. Nachstehend die Liste der von England in Besitz genommenen Flottenstützpunkte:

1609	Bermuda-Inseln	1824	Singapore
1623	Neu Fundland	1833	Neu-Seeland
1650	St. Helena	1839	Falklands-Inseln
1652	Kap der Guten Hoffnung	1842	Hongkong
1669	Jamaica	1848	Vancouver
1696	Kalkutta	1854	Aden
1704	Gibraltar	1878	Cypern
1788	Sidney	1882	Suez
1796	Guyana	1886	Neu-Guinea
1796	Ceylon	1890	Zanzibar
1800	Malta	1914	Calais
1808	Bombay	1917	Archangelsk

Wie die oben genannte Zeitschrift **England mit einem Riesenpolypen** vergleicht, so hatte schon früher Sir Roger Casement den Bedrucker seines Vaterlandes einen „Sipomatadoren“ genannt und ihn mit diesem, der Riesenliane des südamerikanischen Urwaldes, die alles Leben in weiter Runde um sich erstickt, verglichen.

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 53 – 1918 – Dienstag, 29. Januar - Abend - S.1

Wie ein Deutscher vor hundert Jahren über einen Deutschen Frieden dachte.

„Du aber, deutsches Volk, halte die Augen auf das Werk Deiner Vertreter ernst und fest hingerrichtet! Sie wissen, daß sie handeln vor Deinem Angesicht, sie scheuen das Gericht Deiner Meinung, wenn sie böses oder schwaches Tun anklagt, sie fühlen durch Deinen Beifall sich gestärkt. Fühle, wie Du schon durch Deine bisherige Eintracht und Treue gewachsen bist, da die Fremden, die Dich von je verachteten und mit Füßen traten, Deine wachsende Macht scheuen und Dich niederzuhalten sich bemühen Und stehst Du also im ruhigen Gefühle der gewonnenen Kraft ohne Hoffahrt und Uebermut, ohne Gier und freche Selbstsucht und begehrt nichts als Dein gutes Recht, dann wird Gott mit Dir sein, und es wird Dir zuteil werden.“

So schrieb Joseph Görres, bevor er ins ultramontane Lager geraten war, vor hundert Jahren, 1814, als der Gang der Friedensverhandlungen auf dem Wiener Kongreß befürchten ließ, daß die Diplomaten das deutsche Volk um die erhofften Früchte seiner unter schwersten Opfern errungenen Waffenerfolge bringen könnten. Vorher hatte er schon in seinem Rheinischen Merkur dargelegt, wie ein deutscher Friede beschaffen sein mußte, der diese Früchte heimbringen sollte.

„Unverständige Ausfälle auf die Kriegspartei in Deutschland“, die sich der Londoner Morning Chronicle erlaubt hatte, fertigte er am 23. März 1814 mit der Erklärung ab:

„Nicht jene sind die Kriegspartei, die jetzt den Befreiungskampf fortgesetzt wissen wollen, die vielmehr, die ihn mit einem halben Frieden endigen möchten, daß dann erst der rechte Krieg nach kurzer Ruhe sich wieder erhebe. Wir haben den Feind geworfen und halten ihn mit unseren Armen umstrickt, und er harret der Todeswunde ... Eine Welt will gewonnen oder verloren sein Schlagen wir zögernd einen flachen Schlag, das Heil eines Jahrhunderts ist verloren. Denn der Himmel ergrimmt dem blöden Unverstande und nimmt die Herrschaft von dem Volke, das sie nicht zu gebrauchen versteht, wie von dem, das sie mißbraucht.“

Denen, die sich mit der Wiederherstellung des **status quo ante bellum** begnügen wollten, führte er die vom Feinde verübten Schandtaten, die überhaupt nicht gut zu machen seien, vor Augen, die niedergebrannten und ausgeplünderten Städte und Dörfer, die vernichteten Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftsbetriebe, die gemordeten und verschleppten friedlichen Bürger und Frauen, die Schändungen und Ruchlosigkeiten aller Art, die Besten des Volkes, die in der Verteidigung des Vaterlandes den Tod erlitten, Siechtum oder Verkrüppelung davongetragen hatten. Er verlangt Kapitalentschädigung für die Deutschland zugefügten wirtschaftlichen Verluste, fordert das Elsaß, die Vogesen und Ardennen, überhaupt eine „unantastbare, von Festungen und Gebirgen gehütete Grenze.“ Ihren teuer erkauften Vorteil dürften die Sieger nicht aus den Händen geben; denn „nie kehren diese Zeiten wieder, und lassen wir uns die Gunst des Glückes also abschwatzen mit leeren Redensarten, sie ist uns auf immer verscherzt.“

Man denkt hier unwillkürlich an die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Das Scheitern der Friedensverhandlungen in Chatillon bezeichnete Görres im April 1814 als die „glücklichste Begebenheit des Krieges“, nicht aus sonderlichem Gefallen am Kriege oder aus leichtsinnigem und hartem Vorübergehen an dem Elend, das er in seinem Gefolge zu haben pflegt, sondern „weil wir gründlich den rechten Frieden wollen, hassen wir auch gründlich jene Truggestalten, durch die noch einmal die Halbheit öffen und verwirren möchte.“

Der damals wie heute sich bemerkbar machenden „Versicherungsduselei“ trat Görres mit dem Hinweis auch entgegen:

„Nie soll ein Volk sich ungestraft höhnen und verletzen lassen; den sicheren Glauben soll es überall umher verbreiten, daß, wer an ihm sündigt, auch nie und nimmer seiner Strafe entgehen wird. Der Einzelne soll verzeihen, Völker sollen aufs strengste auf ihre Rechte halten, weil gutmütige Schwäche, heute ausgeübt, der künftigen Zeit ein sicheres Unheil gebiert, und sie nicht Barmherzigkeit ausüben können für das Böse, was folgenden Geschlechtern angetan wird.“

Den heutigen Erzbergern und Scheidemännern könnten die Ausführungen gelten, womit Görres im April 1814 begründete, daß das Volk, das sein Bestes an den Krieg gesetzt hat, nun auch zu fordern berechtigt war, daß der Friede zu seinem Besten führt. Es ist, meint er, sehr natürlich, daß die Nation vom Feinde bis auf den innersten Grund aufgewühlt, wenigstens ihre künftige Ruhe unzerstörbar fest, soviel menschliche Klugheit es vermag, gesichert haben will“.

„Feste sichere Grenzen muß sie haben; das ist ein Anspruch, den ihr keine Macht verschenken kann. So schändlich mißhandelt und geplündert, hat sie auf Entschädigung ein strenges Recht, und auch das kann ihr nicht vergeben werden. Ihre Ehre fordert, daß alles wieder werde, was man seit langem schon ihr durch List und Gewalt abgerungen, damit klar und sicher sich ergeben, wer Sieger sei und wer der Besiegte. **Da einmal Gott diese böse Brut, die solange uns geängstigt, in unsere Hand gegeben hat,** soll der Mensch nicht verderben, was der Himmel gut gemacht, und nicht achtlos das Glück entweichen lassen. Zwei künftige Jahrhunderte sind uns geschenkt, die wir nach eigenem Gefallen und glücklich oder unglücksvoll ordnen mögen – wer wird so töricht sein, sich selbst das Ueble auszuwählen? Laßt ihr diesmal sie entschlüpfen, ein Jahrtausend müßt ihr die gleiche Gelegenheit erwarten. So viele Irrtümer hat die Zeit schon hart gebüßt, möge sie nicht von dem unverzeihlichsten von allem, weil er zuletzt nach allen vorhergegangenen gekommen, der falschen Großmut, am härtesten heimgesucht werden Darum baue Deutschland sich eine feste Mauer, hinter der es seine Ruhe und seinen Wohlstand wahren kann.“

Auch in der belgischen Frage, worüber der Wiener Kongreß im Herbst 1814 verhandelte, bekundete Görres einen sicheren Blick durch die Bemerkung, für Belgien gebe es nur eine „trügerische Unabhängigkeit“, und es habe nur „zwischen Britannien und Deutschland zu wählen.“

Unter einem deutschen Frieden als Ergebnis der Befreiungskriege vor hundert Jahren verstand also Joseph Görres, in dessen Geiste der gegenwärtige Reichskanzler Graf von Hertling ja als Leiter der 1876 von ihm begründeten Görresgesellschaft für Deutschland wirken will, einen Sicherungsfrieden, wie ihn Hindenburg und mit ihm die Deutsche Vaterlandspartei und alle wahrhaft Deutschgesinnten anstreben. Seine vor einem Jahrhundert darüber ausgesprochenen Gedanken verdienen gerade heute die größte Beachtung, und besonders sind sie denen zu empfehlen, die gedankenlos entweder in die Netze trügerischer erzbergerisch-scheidemannscher Beweisführung schon geraten oder auf dem Wege sind, diesen falschen Friedensaposteln und ganz anderen als rein deutschen Bestrebungen dienenden Volksverführern ins Garn laufen.

Denn wer da ehrlich und aufrichtig mit dem Präsidenten des Reichstags wünscht, daß es unserem Kaiser im neuen Lebensjahre beschieden sein möge, „den Frieden zu erringen, der dem Deutschen Reiche seine Stellung in der Welt und dem deutschen Volke die ungehinderte Entwicklung seiner geistigen und

wirtschaftlichen Kräfte für alle Zukunft gewährleistet“, der muß für einen deutschen Frieden im Sinne von Joseph Görres eintreten und einen von den Erzbergern und Scheidemännern befürworteten Versöhnungs- und Verständigungsfrieden als Deutschlands Zukunft schädigend entschieden ablehnen.

Dr. Otto Kuntzemüller

Berliner Morgen-Zeitung – Nr. 24 – 1918 – Dienstag, 29. Januar - §.1

Der Demonstrationsstreik.

Die ebenso gewissenlosen wie unvernünftigen Hetzereien, welche darauf abzielten, die deutsche Arbeiterschaft in einen Demonstrationsstreik hineinzutreiben und bei uns die bolschewistischen Methoden heimisch zu machen, sind erfreulicherweise nur bei einem geringen Teil der Arbeiterschaft auf fruchtbaren Boden gestoßen, während die große Mehrheit gesunde Vernunft und ruhige Ueberlegung bewahrt hat. In der Reichshauptstadt sind, soweit bisher bekannt geworden, gegen 100 000 Arbeiter in 40 Betrieben in Ausstand getreten. Es handelt sich dabei um sogenannte wilde Streiks, die einer einheitlichen Leitung ermangeln. Obwohl in den Arbeiterbezirken Berlins und der Vororte von Haus zu Haus Flugblätter verbreitet wurden, in denen alle Arbeiter zum Feiern aufgefordert wurden, haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der meisten Berufe dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, sondern sind wie immer an ihrer Arbeitsstätte erschienen. Da aber in einzelnen Betrieben etwa ein Drittel der Arbeiter nicht erschienen ist, sind die Betriebe dadurch teilweise gestört worden. Die Streikenden rekrutieren sich vorwiegend aus jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen. Zu irgendwelchen Zusammenrottungen und Kundgebungen ist es nirgends gekommen.

Man darf wohl zu dem gesunden Sinn unserer Arbeiterschaft das Zutrauen haben, daß der bedauerliche Ausstand nicht weiter um sich greifen, sondern vielmehr schnell abflauen wird, daß die Ausständigen, die durch gewissenlose Agitatoren verhetzt sind, bald zur Vernunft und zur Arbeit zurückkehren.

Der Friede hängt, das sei betont, nicht von Demonstrationsstreiks ab, kann aber durch Unbesonnenheit empfindlich gefährdet werden und wer jetzt den inneren Frieden leichtfertigerweise stört, der gefährdet damit zugleich den äußeren Frieden.

Die Ausständigen der Groß-Berliner Metallbetriebe verließen gestern vormittag gegen 9 Uhr und dann im Laufe des Nachmittags in voller Ruhe ihre Arbeitsstätten. In schnell improvisierten Versammlungen wurden von jedem einzelnen Betrieb Siebenerausschüsse gewählt, die sich weiterhin zu einem Arbeiterrat zusammenschlossen. Dieser Arbeiterrat berät jetzt erst über ein einheitliches Streikprogramm.

Es ist bemerkenswert, daß die freien Gewerkschaften sich bisher in der Streikangelegenheit neutral verhalten haben.

Berliner Börsen-Zeitung – Nr. 48 – 1918 – Dienstag, 29. Januar - §.2

Hindenburg über den Streik.

An die streikenden Arbeiter wendet sich ein Flugblatt, das an den Litfaßsäulen und in den Straßenbahnwagen angebracht ist und heute früh auch auf den Straßen verteilt wurde. In diesem Flugblatt gibt Feldmarschall v. Hindenburg seine Meinung über den Streik dahin kund, daß jede noch so unbedeutende Arbeitseinstellung eine unverantwortliche Schwächung unserer Verteidigungskraft und eine unsühnbare Schuld am Heere, insbesondere dem Manne im Schützengraben bedeute.

Mittwoch, 30. Januar 1918

Deutsche Tageszeitung – Nr. 54 – 1918 – Mittwoch, 30. Januar - S.1

Trotzki gegen den Sonderfrieden.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphenagentur hat Trotzki auf dem dritten allrussischen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte am Schluß einer längeren Rede folgendes erklärt:

Die russische Delegation wird ihre Forderungen nicht preisgeben. Sie wird keinen Separatfrieden schließen. Die Bewegung greift auf Polen und England über. Die Macht der imperialistischen und bürgerlichen Regierungen ist unterminiert. Das europäische Proletariat wird uns unterstützen. Wir kämpfen für eine gemeinsame Sache und wir werden siegen.

Deutsche Tageszeitung – Nr. 54 – 1918 – Mittwoch, 30. Januar - S.1

Die Sozialdemokraten an der Spitze des Streiks!

Seit gestern hat **die Sozialdemokratie in aller Form die Führung des Streiks übernommen, und zwar arbeiten die beiden sozialdemokratischen Fraktionen, die sich sonst bitter befeinden, hier Hand in Hand.** In der Streikversammlung, in welcher über die Leitung des Ausstandes verhandelt wurde, wandte sich zuerst Ledebour gegen die Hinzuziehung der alten sozialdemokratischen Partei und sprach von dieser als von den „Regierungssozialisten“; mit überwältigender Mehrheit wurde aber die Beteiligung beider sozialdemokratischer Gruppen an der Streikleitung beschlossen. In den Aktionsausschuß wurden von der alten Partei **Scheidemann, Ebert und Braun, von den Unabhängigen Haase, Ledebour und Dittmann gewählt.** Neben dem Aktionsausschuß besteht ein Arbeiterrat von 500 Mitgliedern als ständiges Organ der Streikenden.

Damit haben also die beiden sozialdemokratischen Fraktionen die volle Verantwortung für den Streik, die sie zuerst abzulehnen versuchten, auf sich genommen. Die Sozialdemokratie beider Richtungen schädigt mit ihrer Beteiligung aufs schwerste das eigen Vaterland. Sie wälzt auch, wie sie ganz genau weiß, unseren Friedensbemühungen in Brest-Litowsk das größte Hindernis auf den Weg, ja sie macht es Trotzki und seiner Richtung fast unmöglich, eine Verständigung mit Deutschland einzugehen. Die größere Schuld trifft dabei noch die alte Sozialdemokratie, da sie noch besser als die „unabhängige“ die Folgen ihres Handelns verstehen muß. Die Gegenüberstellung innerhalb des deutschen Volkes ist jetzt klar gegeben: auf der einen Seite das Vaterland, das deutsche Volk in Waffen vor dem Feinde – auf der anderen die Sozialdemokratie, die mit einem schlechthin revolutionären Streik dem Vaterlande und dem Heere in den Rücken fällt. Die streikenden Arbeiter sind in der Hauptsache die Verführten; die schwerste Schuld trifft die sozialdemokratischen Drahtzieher und Verführer. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die alte Sozialdemokratie wußte, daß nur durch ihre Beteiligung der Streik die Ausdehnung und Kraft bekommen konnte, mit der man jetzt immerhin rechnen muß.

Daß die Regierung den Forderungen der Streikenden nicht nachgeben kann und darf, liegt auf der Hand. Diese Forderungen, auf die wir nicht näher eingehen können, sind, von Schlimmerem und Schlimmstem noch ganz abzusehen, derartig sach- und rechtswidrig, daß ein Verhandeln darüber für die Staatsgewalt gar nicht möglich ist.

Die Regierung kann ja auch nicht im Zweifel darüber sein, daß jede Nachgiebigkeit gegenüber den Forderungen der streikenden Sozialdemokratie die unheilvollsten Folgen nach sich ziehen müßte; denn über kurz oder lang, wahrscheinlich aber in sehr kurzer Zeit, würde sich das Spiel wiederholen, und eine schmachliche Niederlage Deutschlands in diesem Kriege müßte die letzte Folge sein.

Berliner Tageblatt – Nr. 55 – 1918 – Mittwoch, 30. Januar - Abend - S.2

Der gescheiterte Verhandlungsversuch.

Von amtlicher Stelle wird, in Bestätigung unserer Mitteilungen im gestrigen Abendblatt, folgende Darstellung über das Scheitern der ersten Verhandlungen gegeben:

Gestern vormittag wurde der Staatssekretär des Innern vom abgeordneten Scheidemann benachrichtigt, daß Herr Scheidemann und einige andere Herren der beiden sozialdemokratischen Fraktionen zusammen mit einigen Vertretern der ausständigen Arbeiter den Staatssekretär zu sprechen wünschten. Der Staatssekretär erwiderte Herrn Scheidemann, daß er über die nach dem „Vorwärts“ von den ausständigen Arbeitern erhobenen Fragen sich gern mit Mitgliedern des Reichstags unterhalten wolle, daß er es aber nicht

für zulässig erachte, über die in den Forderungen enthaltenen hochpolitischen Fragen mit den Vertretern der ausständigen Arbeiter in Verbindung zu treten. Der Staatssekretär blieb bei dieser Auffassung auch nachdem ihm der Abgeordnete Scheidemann nochmals telephonisch den Wunsch übermittelt hatte, die Vertreter der ausständigen Arbeiter zu der Besprechung zuzuziehen. Zu der festgesetzte Stunde trafen im Reichsamt des Innern mit den beiden Abgeordneten Scheidemann und Haase auch zwei Vertreter der ausständigen Arbeiter ein. Die Legitimation dieser Arbeiter wurde dem Ministerialdirektor Dammann im Reichsamt des Innern dahin erklärt, daß die Arbeiter kämen als Mitglieder des Aktionsausschusses, der eine Vertretung des von den Ausständigen gebildeten Arbeiterrates darstelle. Der Aktionsausschuß bestehe aus neun Vertretern der ausständigen Arbeiter und je drei Abgeordnete der beiden sozialdemokratischen Parteien. Der vorerwähnte Arbeiterrat setze sich aus einer großen Zahl der ausständigen Arbeiter der verschiedenen Betriebe zusammen. Der Staatssekretär bat wiederholt die anwesenden Abgeordneten, allein mit ihm zu verhandeln, da er zur Besprechung der politischen vor das Forum des Reichstags gehörigen Fragen mit den Vertretern des Aktionsausschusses nicht verhandeln könne. Da die beiden Abgeordneten indes auf einer gemeinsamen Besprechung bestanden, da sie nur in dieser Gemeinschaft von dem Aktionsausschuß ermächtigt seien, fand die geplante Erörterung mit dem Staatssekretär des Innern nicht statt.

Vorwärts – – 1918 – Mittwoch, 30. Januar - S.1

An unsere Leser!

Das Oberkommando in den Marken hat das Weitererscheinen des „vorwärts“ zunächst auf drei Tage verboten.

Es ist uns gestattet, unsere Leser hiervon zu benachrichtigen mit der Maßgabe, „da das Verbot erfolgt ist, weil der „Vorwärts“ entgegen den bestehenden allgemeinen gültigen Zensurverfügungen eine Aufforderung zum Massenstreik veröffentlicht hat“.

Redaktion und Verlag des „Vorwärts“

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 55 – 1918 – Mittwoch, 30. Januar - Abend - S.1

Unsere Friedfertigkeit und Stärke. – (von einem militärischen Mitarbeiter)

Unsere Feinde verkennen immer noch uns und das Gefühl, aus dem heraus wir ihnen die Hand zum Frieden boten und immer wieder unsere Friedfertigkeit unter ehrenvollen Bedingungen betonten. Unsere Handlungsweise entspringt neben unserem Friedenswillen dem sicheren Gefühl der Kraft, einer Kraft, die im Ringen nach großen und hohen Zwecken nichts unterläßt, um die Gerechtigkeit und Reinheit ihrer Sache immer wieder erneut dem eigenen Volke und der ganzen Welt darzutun. Aus tiefem Verantwortungsgefühl heraus entspringt das Streben, dem Bluten und Morden Einhalt zu gebieten.

Die Gerechtigkeit unserer Sache stützt sich auf ein siegreiches Heer, das Schlachten geschlagen hat, wie sie im Buch der Weltgeschichte bisher nicht verzeichnet sind. Unser Heer und unsere oberste Leitung haben uns die jetzige, so überaus günstige Kriegslage geschaffen. Wir Deutschen kenne sie genau, auch das Ausland kennt sie. Sie ist so klar und zwingend, daß man eigentlich annehmen müßte, unsere Feinde könnten sich der Logik dieser Lage ebenfalls nicht länger verschließen.

Aber weit gefehlt! Amerika will uns zertrümmern, sich „mit voller Kraft ins Getümmel werfen“; wir sollen alle Uebel und Schäden des Krieges gutmachen, obgleich wir einen uns freventlich aufgezwungenen Krieg führen. England will kämpfen bis zum Endsieg, Frankreich desgleichen und obendrein noch das deutsche Elsaß-Lothringen haben; ja, es klingt wie Hohn, wenn das schwer geschlagene Italien immer noch nicht auf seine „gerechten“ Ansprüche verzichten will.

Streifen wir demgegenüber die tatsächliche militärische Lage noch einmal mit kurzen Worten: Im Osten ist der zahlengewaltige Feind, das größte Heer Europas, durch Hindenburgs Schläge erledigt worden. Der militärische Faktor Rußland ist ausgeschaltet, damit das Wesen des Angriffskrieges gegen uns, der Zweifrontenkrieg, abgetan. Eine Aenderung der Lage im Osten wird nach menschlichem Ermessen nicht mehr eintreten, mag der jetzige Zustand zum baldigen Frieden führen oder nicht. Einstweilen halten wir dort gewaltige Gebiete als Faustpfänder im Besitz – und das Pulver trocken. Rumäniens Atem geht immer kürzer. Schreitet die Ukraine zum Friedensschluß, so wird ihm der Atem ausgehen. Wie und woher soll es Nachschub, Munition, Ausrüstung und alles zur Kriegsführung gehörige überhaupt schaffen? Abgesehen davon, daß es ein Leichtes wäre, den isolierten feindlichen Heereskörper dann zu zermalmen. Es wird also zum Abschluß

gelangen müssen, gleichgültig, ob es innerlich will oder nicht. Serbien und Montenegro sind in unserer Hand. Italien ist von einer militärischen Katastrophe ereilt worden, wie sie in solcher Schwere und Schnelligkeit noch kaum vorgekommen ist.

Bleibt der Westen: Frankreich hat uns schon 1914 sein bestes Industriegebiet überlassen müssen; seine Manneskraft schwindet dahin; ein großer Teil seines Geldes geht in Rußland verloren. Belgien ist deutsches Faustpfand geworden. England hat schwere Einbußen, zuletzt bei Cambrai, erlitten. Die Arbeit unserer U-Boote, der es langsam aber sicher erliegen muß, geht Tag und Nacht weiter. Die Union schnallt selbst schon den Gürtel enger; ihre angebliche Riesenhilfe mit Truppen für Frankreich läßt uns kalt, die Möglichkeiten dieser Hilfeleistung sind schon oft genug erörtert worden.

In Feindesland tobt der Krieg, nicht bei uns. Die Schäden, die er schlägt, vermehren nicht unsere, sondern der Feinde Lasten. Ehedem hofft die Entente, durch Herbeiführung der Entscheidung auf dem Schlachtfelde, dies Lage zu ändern. Was die Jahre 1915, 16, 17 nicht brachten, bringt aber 1918 nimmermehr! Denn jetzt hebt sich im Westen die Faust, die Hindenburgische Faust, die im Osten die Schläge von Tannenberg und Masuren führte. Wann sie niedersaust, wie und wo, das wissen wir nicht. Aber wenn sie niedersaust, dann trifft sie. Wollen die Feinde angesichts dieser Lage nicht klug werden? Ist es die Angst vor der Abrechnung, das Gefühl, lieber einem Ende mit Schrecken, als einem Schrecken ohne Ende entgegenzusehen?

Im Gefühl unserer militärischen Stärke und mit ruhiger Zuversicht können wir abwarten, wie sie sich selbst das Schicksal zimmern. Aber wir können nur warten, wenn wir die Ruhe nicht verlieren. Und wie wenig Grund militärisch dazu vorliegt, dafür erbringen die obigen Ausführungen den unwiderleglichen Beweis.

Vossische Zeitung – Nr. 54 – 1918 – Mittwoch, 30. Januar - Abend - S.4

Was Lloyd George von uns erwartet.

Kopenhagen, 28. Januar. Nach hier eingetroffenen Nachrichten herrscht in der englischen Geschäftswelt starke Mißstimmung, weil das ganze Geschäftsleben so gut wie lahmgelegt sei, und die ungeheuren Verluste, die die Kaufleute schon jetzt erlitten hätten, von Tag zu Tag größer werden. Man habe sich in schärfster Tonart an Lloyd George gewandt mit der Frage, weshalb er nicht auf Kosten von Englands Verbündeten mit Deutschland einen für England vorteilhaften Frieden schliesse.

Lloyd George habe geantwortet, dazu sei immer noch Zeit, denn er habe die absolute Gewißheit, daß Deutschland jederzeit zu einem solchen Frieden, der England schonen würde, auch im Falle eines völligen Sieges, bereit sei. Er, Lloyd George, schätze die amerikanische Hilfe auch nur gering ein, und verkenne keineswegs die wachsende Gefahr des U-Boot-Krieges. Aber die Herren möchten nur noch kurze Zeit Geduld haben. Nach ganz zuverlässigen Nachrichten steht die innere Revolution Deutschlands unmittelbar bevor. Die ganze demokratische Bewegung in Deutschland sei so stark, daß man auf diesem Wege, ohne die eigenen Verbündeten preisgeben zu brauche, mit Sicherheit zu einem sogenannten annexionslosen Frieden gelangen werde, der Englands Kriegsziel: die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands, ohne daß Deutschland es selber merke, voll befriedige.

Tägliche Rundschau– Nr. 54 – 1918 – Mittwoch, 30. Januar - Morgen - S.3

Die deutsch-österreichischen Sozialdemokraten gegen die Tschechen.

Wien, 29. Januar. Das Abgeordnetenhaus wählte den deutschen Sozialdemokraten Seitz zum Vizepräsidenten an Stelle des verstorbenen Abg. Pernerstorfer. In der fortgesetzten Debatte über die Interpellationsbeantwortung beantragte Stanek, die Interpellationsbeantwortung des Ministerpräsidenten über die Konfiskation der Deklaration der böhmischen Abgeordneten nicht zur Kenntnis zu nehmen. Ministerpräsident v. Seidler erklärte, nach der scharfen Kritik der Resolution in der Interpellationsbeantwortung habe die Öffentlichkeit ein Recht darauf, die Resolution selbst kennen zu lernen und sich ein selbständiges Urteil zu bilden, ob die Regierung Recht hat oder nicht. Er habe deshalb die Freigabe der Resolution verfügt.

Seitz erklärte namens der deutschen Sozialdemokraten, daß sie sich nach der Erklärung des Ministerpräsidenten der Abstimmung enthalten werden, und betonte, **daß die Bestrebungen der tschechischen Parteien nach Vereinigung von Böhmen, Mähren und Schlesien zu einem staatsrechtlichen Ganzen, wodurch die deutschen Sudetenländer einer nationalen Gewaltherrschaft ausgeliefert würden, den schärfsten Widerstand aller Deutschen, das Proletariat miteingeschlossen, finden würden.** Der Antrag Stanek wurde mit 133 gegen 105 Stimmen abgelehnt.

Haase in Berlin, Trotzki in Brest-Litowsk.

In Brest-Litowsk trifft Herr Trotzki wieder ein, um durch diplomatische Sabotage Weltgeschichte zu machen. In Petersburg machen seine Maschinengewehre seiner Freiheit eine Gasse. Und in Berlin soll derweil nach seinem Wunsche und Willen ein Generalausstand unsere Kriegsführung lahm legen. Seit Wochen wird an der Vorbereitung des „spontanen Ausbruchs“ gearbeitet. Wir alle sahen, hörten, fühlten es; die Spatzen piffen's von allen Dächern. Nur Herr Scheidemann sah und hörte von nichts, nur der „Vorwärts“ ahnte nichts; nur der Führer der „Unabhängigen“ wußte von nichts, sein Name war und ist Haase. Hätte nicht die Eitelkeit Herrn Adolf Hoffmanns aus der Schule geschwätzt, so könnte man diese Herren wirklich für noch tauber und blinder halten als sie sind.

Ganz nach Wunsch und Vorschrift scheinen die Dinge aber immer noch nicht zu gehen. Heute sollte eigentlich als einzige Berliner Zeitung der „Vorwärts“ erscheinen. Seine Leute haben erklärt, die deutsche Nation in diesen Tagen ägyptischer Geistesverfinsterung nicht ohne eine Leuchte und Führung lassen zu wollen. Heute nun sind zwar allerhand andere Zeitungen erschienen, nicht aber der „Vorwärts“. Durch seine perfide Werbearbeit für den Ausstand, für den er doch jede Verantwortung ablehnt, hat er getroffenes Uebereinkommen gebrochen, und darum hat das Oberkommando, um mit Kühlmann-Busch zu reden, „seinem Dasein als Subjekt alsobald ein Ziel gesteckt“.

Vorläufig auf drei Tage. Die Nation wird also ohne diese Leuchte einige Schritte durch die Finsternis wagen müssen. Ob die anderen Zeitungen werden erscheinen können, bleibt im Ungewissen. Teilweise konnten sie heute früh nicht erscheinen. In allen Betrieben wird der Ausstand durchzusetzen versucht. Mit sehr fragmentarischem Erfolg. Und selbst dort, wo der Erfolg äußerlich eintritt, ist er innerlich unwahr, da er wesentlich durch den Terror der Radikalen und durch einen falschen Klassenehrbegriff bedingt ist. Eine Unmasse, wahrscheinlich die Mehrzahl derer, die schließlich die Arbeit einstellten und einstellen, sind eigentlich Arbeitswillige. Sie folgen nur der schädeleinschlagenden brüderlichen Ueberredung.

Während Herr Trotzki aller Welt erklärt, keinen Sonderfrieden haben und schließen zu wollen, machen die Haaseleute bei uns Generalausstand, weil wir angeblich den Frieden verhindern. Während die feindliche Welt von Moskau bis Washington schadenfroh darauf lauert, daß die deutschen Haasen den Trotzki und Wilson ins Garn laufen und die deutsche Kriegsführung entnerven und entmarken sollen, sitzt Herr Scheidemann als singende Sirene in der Lindenstraße und wartet, wie ein Sechsjähriger auf den Heiligen Christ, daß die französischen und englischen Sozialisten sich dem Ausstand anschließen, den er nicht gemacht haben will, dessen Führung er aber in die Hand nehmen will. Nette Führung, die hinter dem Wagen Herrn Haases herläuft. Nie glaubte Herr Scheidemann größer zu sein; nie war seine Rolle so klein und lächerlich. Sie wird es bleiben, auch wenn wirklich aus den tastenden Teilausständen, zu denen es bis jetzt gekommen ist, der große Generalausstand erwachen sollte.

Einstweilen sieht es immer noch nicht danach aus. Selbst in Groß-Berlin noch nicht, wo heute schlechterdings alle Räder stillstehen sollten. Die Nachrichten aus dem Reich geben bis jetzt noch weniger den Eindruck eines wirklichen Erfolges der Ausstandsmacher. Im rheinischen und im schlesischen Industriegebiet wäre das, was bis jetzt gemeldet wird, völliger Zusammenbruch des Ausstandsversuchs. Aus Leipzig, der scharfen Ecke der Sozialdemokraten, wird gemeldet, daß dort bis gestern jedenfalls überhaupt noch nichts zu spüren war. Aus Bayern wird uns gedrahtet, daß dort, wo in Nürnberg-Fürth der große Kladderadatsch am vollkommensten gelingen sollte, der Ausstand schon völlig zusammengebrochen sei. Das sind Einzelheiten, die kein sicheres Gesamtbild ergeben. Es ist zu bedenken, daß erst heute der eigentlich kritische Tag sein sollte. Immerhin könnte bis jetzt der „Vorwärts“, wenn er nicht umständehalber am Erscheinen verhindert wäre, kein Bild des Gelingens zeichnen.

Was noch kommt, bleibt abzuwarten. Hoffentlich bleibt die Regierung fest. Sollte der Unsinn siegen, was wir nicht glauben, so sollte sie nicht den Ehrgeiz haben, auf der Seite eines solchen Sieges zu stehen. **Was hier vorgeht und versucht wird, ist Verbrechen an allem Leben der Nation, ist schamlose Selbstentmannung.**

Tirpitz zur flämischen Frage.

Rotterdam, 29. Januar. Der Berliner Mitarbeiter des „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ hatte eine **Unterredung mit Großadmiral von Tirpitz**, der sich u.a. über die flämische Frage äußerte:

„Wir wünschen, daß England künftig nicht mehr in der Lage sei, das Land für einen Raubüberfall auf uns zu verwenden. Weiter wollen wir die Flamen aus der schmachvollen Unterdrückung der französischen Elemente befreien. Eine Annexion Flanderns durch Deutschland ist hierzu keineswegs nötig. Wir wollen keiner Nation Europas die Unabhängigkeit nehmen. Nötig für diesen Zweck ist nur, wie auch der Rat von Flandern vorläufig es als erwünscht erachtet, eine militärische Besetzung.“

„Und eine U-Boot-Basis?“ fragte der Korrespondent.

„Jawohl! Aber darin liegt kein aggressives Moment gegen England. Die flämischen Stützpunkte würden selber nicht für eine aggressive Politik genügen. Wahrscheinlich wird sich ein unabhängiges Flandern von selbst an Deutschland anlehnen, z.B. auf wirtschaftlichem Gebiete. Es wird Deutschland als Schutzmacht gebrauchen. Wir müssen vom Frieden verlangen, daß er uns sicheren Schutz verleiht gegen eine Erneuerung der Angriffe eines neidischen England. Der englisch-amerikanischen Gefahr gegenüber besteht nur ein Mittel: eine sehr starke Gegenmacht, so daß sich ein Ueberfall aussichtslos macht, und um diese Macht zu erreichen, sollen sich die Staaten des europäischen Kontinents zu einer Gemeinschaft zusammenschließen gegen England und Amerika.“ („Vos.Ztg.“)

Trozkys Rolle in Brest-Litowsk. – [*07.11.1879 +21.08.1940]

Ueber Trozky erzählt die „**Deutsche Orient-Korrespondenz**“:

Trozkys Geburtsname ist Braunstein; er ist geborener Jude. In Kiew, Moskau und Petersburg studierte er die Rechte. Schon damals gehörte er dem revolutionären Flügel der sozialdemokratischen Partei an, wodurch er in ein Strafverfahren verwickelt wurde, das mit seiner Verbannung nach Sibirien endete. Es gelang ihm jedoch über Japan und Amerika nach Genf zu entfliehen, wo er sich im Jahre 1901 niederließ. Als nach dem russisch-japanischen Kriege 1904/05 die Revolution in Rußland ausbrach, kehrte Trozky nach Petersburg zurück. Am 5. Oktober 1905 wurde er Präsident der Arbeiterrepublik, setzte sich in den Besitz aller Zeitungen der Hauptstadt und der Telegraphenagentur und war damals zwölf Tage lang der Machthaber Rußlands. Nach Unterdrückung der Revolution begab er sich über Helsingfors und Dänemark nach der Schweiz zurück. Genf war damals der Wohnsitz aller der Revolutionäre, die augenblicklich in Rußland eine maßgebende Rolle spielen. Zwischen Lenin und Plechanow herrschte Streit, wie die Revolution vor sich gehen sollte.

Es bildeten sich im Laufe der Zeit zwei Parteien heraus, die Menschewiki oder Minimalisten, an ihrer Spitze Martinoff, Dan und Axeirod, und die Bolschewiki oder Maximalisten, deren Wortführer Lenin und dann Trozky wurden. Plechanow spielte eine vermittelnde Rolle, neigte aber zu den Menschewiki. Er, Lenin, Trozky, Kamenow und Joffe wohnten damals in einem Genfer Pensionat und suchten durch Herausgabe von Zeitungen ihrer Ueberzeugung Geltung zu verschaffen. Die Menschewiki gaben den „Sozialdemokraten“ heraus, die Bolschewiki den „Proletarid“. Trozky ist, wie auch Lenin, eine offene und ehrliche Natur; für seine Ueberzeugung setzt er sein Leben ein, und für seine Freunde ist er zu jedem Opfer bereit. Seine Verurteilung als Student erfolgte nur, weil er die Namen seiner Genossen nicht preisgab und alle Schuld auf sich nahm.

Im Gegensatz zu Kerenski, in dessen Politik die Rücksichten auf seine persönlichen Interessen eine wesentliche Rolle spielen, ist es Trozky nur darum zu tun, seine Meinung zu verwirklichen. Die Möglichkeit einer Beeinflussung durch die sonst erfolgreich angewandten Mittel der Entente ist bei ihm völlig ausgeschlossen. Alle seine Freunde schätzen ihn als lebensfrohen, lustigen Kameraden: aber in politischer Beziehung kennt die rücksichtslose Verfolgung seiner Pläne keine Grenzen und er schreckt vor keinem Mittel zurück.

Der sozialdemokratische Streik für Trotzki.

Unverzüglich hat Trotzki die Wirkung des sozialdemokratischen Streiks in Deutschland bescheinigt. Wie mitgeteilt, hat er auf der allrussischen Arbeitertagung seine Erklärung, auf keinen Sonderfrieden mehr einzugehen, mit den Worten geschlossen: „Die Macht der imperialistischen und bürgerlichen Regierungen ist unterminiert. Das europäische Proletariat wird uns unterstützen, wir kämpfen für eine gemeinsame Sache, und wir werden siegen.“

Also auf Grund der Unterstützung durch die Sozialdemokratie der Großmächte, mit denen er in Brest-Litowsk verhandelt, glaubt der russische Minister des Aeußern einen Sonderfrieden ablehnen zu können. Er antwortet dank der Hilfe der unter Scheidemann und Haases Führung stehenden Roten Garde in Deutschland auf dem Wege der Weltrevolution zu einem Weltfrieden zu gelangen, der von der sozialistischen Internationale diktiert wird.

Auseinandergehalten werden müssen bei dieser Streikbewegung diejenigen, die sich der von Trotzki ausgesprochenen Wirkung des Ausstandes voll bewußt sind, von denjenigen, die davon keine Ahnung haben. Die verführten Arbeiter vermögen solche Wirkung nicht zu ermessen und können dafür nicht genauso beurteilt werden, wie die sozialdemokratischen Führer, die jetzt offen an die Spitze des Streiks getreten sind und dafür die volle Verantwortung übernommen haben. Die streikenden Arbeiter wissen zum Teil gar nicht, was sie mit dem Streik bezwecken sollen. Aber die sie in den Streik gesetzt haben, und die sie jetzt führen, sie wissen es. In der gestrigen Sitzung der bayrischen Kammer der Abgeordneten hat der Wortführer des Zentrums die Hoffnung ausgesprochen, die bayrische Arbeiterschaft werde sich nicht zu Taten hinreißen lassen, die „letzten Endes Vaterlandsverrat bedeuten“.

Von den ausständigen Arbeitern kennen offenbar viele diese Bedeutung nicht. Von ihnen gilt, was der Minister des Innern, Dr. von Brettreich in der genannten Kammersitzung ausgeführt hat: **daß die streikenden Arbeiter sich anschicken, zu zerstören, was die eigenen Söhne an der Kampffront aufgebaut haben; daß sie dahin treiben, zu verlieren, was jahrzehntelanges Schaffen vor dem Kriege der Arbeiterschaft gebracht hat; daß sie durch den Streik in einen Zustand zurücksinken, aus dem sie vielleicht erst wieder in Jahrzehnten herauszuarbeiten vermöchten.**

Die Handlungsweise der sozialdemokratischen Führerschaft aber muß mit dem Namen gebrandmarkt werden, der ihr ohne Verschleierung und ohne Leisetreterei zuerkannt werden muß. Sie wissen, daß der Streik nicht „letzten Endes“, sondern von Anfang an ein hochverräterisches Werk bedeutet. Die sozialdemokratischen Häuptlinge des Streiks trachten danach, jetzt in Wirklichkeit umzusetzen, was sie vor dem Ausbruch des Weltkrieges für den Fall eines solchen als selbstverständlich behandelt haben: den Massenstreik gegen den Krieg und durch den Massenstreik Herbeiführung des Umsturzes der bestehenden staatlichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Ordnung. **Die Sozialdemokratie der Feinde hatte daher bei Kriegsbeginn von den sozialdemokratischen Führern in Deutschland erwartet, daß sie ihr Vaterland im Stich lassen würden. In der Rechnung unserer Feinde stand von vornherein die Hoffnung, die sozialdemokratische Führerschaft in Deutschland werde im Kriegsfall die Revolution proklamieren. Jetzt will die Sozialdemokratie beider Sorten ins Werk setzen, was sie vor dem Kriege tausendmal und tausendfach gepredigt hat: den Massenstreik, der sich heute gegen die Fortführung des Krieges zur Er kämpfung eines gerechten deutschen Friedens richtet, in Wirklichkeit aber den Krieg verlängert.**

Wenn dies den verführten Arbeitern klar gemacht werden könnte, so würden vermutlich die weitaus meisten von ihnen von ihrem unverantwortlichen Treiben alsbald absteigen. Der Streik veranschaulicht, welcher Widersinn es ist, Leuten, die so leicht Opfer der Verführungskünste sozialdemokratischer Hetzer werden, das gleiche Wahlrecht zu geben. Als ob dieses Wahlrecht befähigt wäre, die Widerstandsfähigkeit gegen Hetzereien zu verleihen!

In der bayrischen Abgeordnetenkammer hat gestern der liberale Wortführer ausdrücklich auf die Unreife der am Massenstreik Beteiligten hingewiesen. Trotzdem sind es liberale Blätter, die gerade angesichts des Streiks das gleiche Wahlrecht für solche politisch unreifen Leute fordern, die sich zu Handlungen aufstacheln lassen, über deren Bedeutung sie völlig im Unklaren bleiben, deren Tragweite sie nicht zu ermessen vermögen. So schreibt heute die linksnationalliberale „Berliner Börsen-Zeitung“: „Aus den Verhandlungen, die die Arbeiter bisher unter sich geführt haben, geht mit Deutlichkeit hervor, daß die Frage des preußischen Wahlrechts eine große Rolle in der ganzen Angelegenheit spielt. Hier haben wir keinen Grund, ein Blatt vor den Mund zu nehmen. Wir haben immer betont, daß, nachdem der König von Preußen sich für das gleiche

Wahlrecht erklärt hat, es in jetziger Lage eine vaterländische Pflicht ist, dem Könige die Möglichkeit zu bieten, sein Versprechen sobald als angängig einzulösen.“

Was hiernach vaterländische Pflicht sein soll, besagt im gegenwärtigen Augenblicke nichts anderes als die Aufforderung, schleunigst mit der Verleihung des gleichen Wahlrechts die zu belohnen, die sich zu einem Ausstande haben verleiten lassen, über den selbst das angeführte liberale Blatt sagen muß, daß er von „nachhaltigster, schädlicher Wirkung“ sei und „die Interessen des Vaterlandes schwer schädige“. Der bayrische Minister des Innern hat den Streik bloß als einen Demonstrationstreik bewertet. Er ist in Wahrheit, wie bereits seiner Wirkung nach erwiesen ist, weit schlimmeres; aber ein Demonstrationstreik ist er insofern, als er den Unsinn demonstriert, den Demonstrierenden das gleiche Wahlrecht zu geben. **W.L.**

Deutsche Zeitung – Nr. 54 - 1918 – Mittwoch, 30. Januar - Abend - S.2

Matthias Erzberger wie er ist.

In dem Wochenblatt „**Licht und Leben**“, herausgegeben in Elberfeld, findet sich folgendes über den Reichstagsabgeordneten Erzberger:

... Der Ehrgeiz dieses vielgeschäftigen Mannes ist von dem früheren Reichskanzler Bethmann Hollweg mannigfach in den Dienst des Vaterlandes gestellt worden: Bethmann stärkte in der kleinen Zentrumsgröße die Ueberzeugung seiner Unentbehrlichkeit. Wir glauben nichts Unrichtiges zu sagen, wenn wir mitteilen, daß Herr v. Bethmann diesem Manne einen Staatskraftwagen zur Verfügung gestellt hat, damit von seiner kostbaren Zeit möglichst wenig verloren gehe, daß er ihm recht geräumige Geschäftszimmer eingerichtet hat, daß er ihm ein Blankoscheckbuch zur Verfügung gestellt hat, und daß Herr Matthias Erzberger mittels dieses Scheckbuches 28 Millionen Mark Reichsgelder abgehoben und verwirtschaftet hat (die wir aufzubringen haben), natürlich nur um sie zu verwenden zum Wohle des Deutschen Reiches, so wie er es auffaßt. Also ein wichtiger Mann, ein für Bethmann lebenswichtiger Mann!

Ihm ist der schwarze Tag vom 19. Juli zu danken Erzberger sollte sich vor den vaterländisch gesinnten Zentrumsleuten über seine Machenschaften vom 19. Juli verantworten. Er tat dies in der Woche nach dem 19. Juli in Frankfurt a. M. und er tat es mit Glanz und Sieg. Die Folge war, daß die Leute um die „Kölsche Volkszeitung“ ihre vaterländische Flagge einzogen und Schamade bliesen, denn – so behauptet Erzberger – die eingeweihtesten Männer seien seiner Ansicht. Das aber war Erzbergers Ansicht: Der Tauchbootkrieg sei ein Fehlschlag, unsere Ernährung sei in Frage gestellt, unsere Munitionsherstellung sei ungesichert, unsere Verbündeten seien kriegsmüde. Das bewies er in Frankfurt haarklein, belegte es mit „vertraulichem“ amtlichem Material, hatte dies und das „im allerhöchsten Auftrag“ zu bestellen und deckte sich schließlich durch die genannten Eingeweihtesten als Eideshelfer. Mit solchen Botschaften schickte er seine Sendboten im Lande herum und verbreitete Angst und Schrecken. Er selbst reiste nach Biberach zu seinen getreuen Wählern, die das weltgeschichtliche Verdienst haben, diesem Knappen den Steigbügel gehalten zu haben, erhielt in Ulm von der württembergischen Eisenbahnbehörde einen Sonderzug, damit die Biberacher die vaterlandswichtigen Dinge doch ja nicht zu spät erführen.

Die Machenschaften des Königs von Buttenhausen und Großflaumachers nahmen solchen Umfang an, daß mehrere Generalkommandos erklärten, sie könnten die Verantwortung für die Stimmung im Lande nicht mehr tragen, wenn dieses Treiben nicht aufhöre. Darauf wurde von entscheidender Stelle aus ein Kraftwort gesprochen und Erzberger abgeschüttelt.

Als sich der Abgeordnete Traub für die Vaterlandspartei verwendete, setzte ihm die Fortschrittspartei den Stuhl vor die Tür; das Zentrum aber trägt und duldet seinen Erzberger und läßt ihn gar als Führer gelten. Hier, wenn einmal, sieht man: Die Partei geht über das Vaterland, und über vaterländische Haltung geht die Parteizucht. Zwar sind einige rheinische Zentrumsblätter, allen voran das Kölner und das Düsseldorfer, von Erzberger abgerückt, aber den Mut finden sie nicht, mit einem Entweder – oder vor die Parteileitung hinzutreten. Ihr Blut opfern sie fürs Vaterland, ihren Besitz geben sie dran, aber von der Partei lassen sie nicht, auch wenn sie von einem Erzberger angeführt werden – angeführt in jeder Bedeutung –, auch wenn sie von ihm auf einen Holzweg geführt werden. Wir kennen Herrn Erzberger zu wenig in seinen innersten Beweggründen, darum wollen wir bereitwillig von ihm annehmen, daß er unserem Vaterlande wirklich nützen will, obgleich es ja manchmal den Anschein hat, als wollte er sich eben einen Namen machen, gleichviel welches Wertzeichen davor steht. Aber was von Herrn Erzbergers Handlungen vor unseren Augen liegt, das ist Schaden über Schaden. Und man kann es nur bedauern, daß das Zentrum, das so bedeutende Führer gehabt hat, in der wichtigsten Zeit der deutschen Geschichte einen Erzberger zum Parteiführer hat, und daß es diesem Manne für sein unheilvolles Wirken den Resonanzboden besorgt. Gewiß hat das Zentrum viele Männer, die des

Vaterlandes Wohl nicht nur wünschen, sondern auch wirken. Sie mögen bedenken: **Das Zentrum ist mit schuld daran, daß dieser Mann unserem Vaterlande solchen Schaden getan hat, wie kein anderer im weiten Deutschen Reiche.**

Posener Tageblatt – Nr. 49 - 1918 – Mittwoch, 30. Januar - Morgen - S.1

Trotzkis Taktik.

Heute sollen die Verhandlungen in Litauisch-Brest wieder beginnen. Sie werden aber hoffentlich nicht nach dem bisherigen Schema weitergeführt, sondern es muß nun auf schleunige Entscheidung gedrängt werden.

Es ist ja aller Welt klar, daß Trotzki die Verhandlungen bisher verschleppt hat, um die Revolution in ganz Europa vor allem auch bei den Mittelmächten, abzuwarten. Er hat es ja klar ausgesprochen, daß er mit der Regierung der „Kapitalisten und Junker“ nicht zum Frieden kommen könne, sondern hoffe, alsbald mit einer „Regierung Liebknecht“ das Schicksal der Völker zu beraten.

Die Bolschewisten haben aber die Verhandlungen nicht nur zeitlich verschleppt, indem sie ihre völkerbeglückenden theoretischen Redereien von sich gaben, sondern sie haben ein beispielloses hinterhältiges Verfahren in der Methode der Bekämpfung ihrer Verhandlungsgegner eingeschlagen. Die Art und Weise, wie sie gegen uns hetzen, wie sie insbesondere eine revolutionäre Bearbeitung an der Front betreiben, wie sie namentlich auch in revolutionärem Sinne auf unsere Kriegsgefangenen einzuwirken suchen, läßt deutlich erkennen, wie sie mit allen Mitteln ihre Ideen durchsetzen wollen.

Weiter aber hat das Verhalten der Bolschewisten gezeigt, daß bei ihnen zwischen Theorie und Praxis ein sehr starker Unterschied herrscht. Ihre Theorien sind gründlich Lügen gestraft durch ihr tatsächliches Verhalten in ihrem eigenen Land. Ihre Regierung ist aufgebaut auf dem brutalen Willen, rücksichtslos sich an der Macht zu halten.

Die Gegensätze zwischen den Vertretern Rußlands und denen der Mittelmächte liegen zunächst einmal in der Frage der Räumung der besetzten Gebiete. Wir stehen auf dem Standpunkt, und wir müssen ihn unter allen Umständen beibehalten, daß bei einem russischen Friedensschluß unsere Lage ganz anders ist als die der Russen. Für die Russen wäre der Krieg damit beendet, für uns aber würden dann erst die entscheidenden Kämpfe, diejenigen, welche den ganzen Krieg und seinen Ausgang bestimmen, auszufechten sein. Die Russen wären alle Kriegsnot los, wir hingegen hätten jetzt die Entscheidung über unsere Existenz herbeizuführen.

Ein weiterer Streitpunkt ist die Frage der Abstimmung in den besetzten Gebieten über die zukünftige Staatsform. Wir können darauf verweisen, daß der Staatssekretär von Kühlmann von seinem zuerst vertretenen Standpunkt abermals etwas nachgelassen und im Hauptausschuß des Reichstags sich dahin geäußert hat, daß Deutschland bereit sein würde, schon jetzt die Abstimmung auf einer breiteren Grundlage stattfinden zu lassen. Das ist ein ganz bedeutendes Entgegenkommen gegen den früher eingenommenen Standpunkt; die Erfüllung ist natürlich an die Voraussetzung des Friedensschlusses mit Rußland geknüpft. Aber in diesem Augenblick schon und nicht erst nach Beendigung des ganzen Krieges wäre Deutschland bereit, diese breitere Grundlage zu schaffen.

Den Bolschewisten sind damit alle ihre Einwände genommen. Sie werden jetzt durch die Tat zu erweisen haben, ob sie wirklich den Frieden wollen, oder ob sie immer noch der Hoffnung leben, einerseits auf unsere Truppen zermürend einwirken, andererseits ihre jetzigen eigenen chaotischen Zustände auf unsere Front in der Heimat wie vor dem Feind übertragen zu können. Wir haben es bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht – und wir glauben, daß die Dinge schon allein im militärischen Interesse diese Entwicklung nehmen müssen –, daß jetzt den russischen Verschleppungsmanövern nicht mehr lange zugeschaut werden kann. Es muß endlich geredet werden mit Trotzki. Das Mißlingen des von den unabhängigen Sozialisten in frevelhafter Weise wieder einmal bei uns angezettelten Streiks der Kriegsgerätarbeiter wird ihm zeigen, daß er mit seinen Hoffnungen auf eine Erhebung der Arbeiter in Deutschland auf dem Holzwege ist.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 56 - 1918 – Donnerstag, 31. Januar - Morgen - S.1

Auflösung des Streikausschusses. – Eine Verfügung des Oberbefehlshabers in den Marken.

Der Oberbefehlshaber in den Marken, Generaloberst von Kessel, hat folgende Verfügung getroffen:

Aus den Meldungen über den Verlauf der gegenwärtigen Streikbewegung in Groß-Berlin habe ich ersehen, daß sich ein Ausschuß der Aufständigen unter dem Namen „Arbeiterrat“ gebildet hat, um die einheitliche Leitung des Streiks in die Hand zu nehmen.

Die Aufstandsbewegung, die unter Mißachtung gesetzlicher Bestimmungen ins Leben getreten ist, gefährdet die öffentliche Sicherheit. Auf Grund des §9b des Gesetzes über den Belagerungszustand löse ich hiermit den genannten Ausschuß auf und verbiete ihm jedes weitere Zusammentreten.

Gleichzeitig verniete ich jede Bildung irgend einer neuen Vereinigung zur Leitung der gegenwärtigen Streikbewegung.

Der Oberbefehlshaber in den Marken. von Kessel, Generaloberst.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 56 - 1918 – Donnerstag, 31. Januar - Morgen - S.1

Der Streik und die deutschen Arbeiterinteressen. – von Wilhelm Wallbaum, M.d.A.

Aus englischer Herrschsucht, französischer Rachgier und russischer Eroberungssucht ward der Weltkrieg geboren. Nach zehnjähriger Einkreisungspolitik, die nicht Geringeres anstrebte, als die Erdrosselung und Vernichtung Deutschlands, trieben in den Julitagen 1914 die Ereignisse mit elementarer Gewalt zur Entscheidung. Unser Kaiser prägte damals das Wort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“ Das ganze deutsche Volk, ohne Unterschied der Stände, jubelte ihm zu. Alle waren beseelt von dem einen Gedanken, die deutsche Heimat, die deutsche Kultur und unser Wirtschaftsleben vor der Zerstörungswut unserer Feinde zu bewahren. Auch die deutsche Arbeiterschaft? Ja, auch diese wußte, was sie in der Stunde der Gefahr ihrem Vaterlande schuldete. Erfreulich und erhebend war die Art, wie deutsche Arbeiter sich in der großen Stunde der Nation verhalten haben, wie sie gleich den anderen Volksgenossen, mit wahrer Begeisterung alle Opfer auf sich genommen und bis zum heutigen Tage, von Ausnahmen abgesehen, getragen haben.

Die erwartete schnelle Beendigung des Krieges trat dann aber nicht ein. Die Zahl der Feinde wurde größer, und infolge der gegen uns getroffenen Maßnahmen vermehrten sich, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, unsere Schwierigkeiten. Die Ernährungsfrage – eine Folge der englischen Absperrungsmaßnahmen – konnte nicht befriedigend gelöst werden. Das gab Anlaß zu mancher Unzufriedenheit, die hier und da zu kleinen Streikbewegungen führte, die aber durch Abstellung der größten Schwierigkeiten alsbald wieder beseitigt wurden.

Anders liegen die Dinge heute. Seit Ende voriger Woche macht sich in Berlin eine Agitation für den Generalstreik bemerkbar, die auch zur Folge hatte, daß ein Teil der Arbeiterschaft zu Beginn dieser Woche die Arbeit niederlegte. Nicht Ernährungsschwierigkeiten haben zu dieser bedauerlichen Arbeitseinstellung geführt, sondern das Bestreben, durch eine allgemeine Arbeitsverweigerung auf die Reichsregierung einen politischen Druck auszuüben. Das ist, da die Ernährungsschwierigkeiten dabei nur eine untergeordnete Rolle spielen, der springende Punkt. Dieses Verhalten, das im feindlichen Ausland eitel Freude hervorrufen wird, kann gar nicht scharf genug verurteilt werden. Wer in der Heimat die Arbeit verweigert, fällt den draußen an der Front kämpfenden Soldaten in den Rücken und hilft dem Feinde, dessen Schwert uns nicht zu besiegen vermochte. Alles das müßten die Führer und auch die verführten Arbeitermassen ganz genau wissen. Sie benutzen aber trotzdem die Notlage des Vaterlandes, um parteipolitische Ziele zu erreichen und ihre internationalen Zukunftsideen verwirklichen zu können. Das ist der Zweck der ganzen Streikbewegung.

Als in Rußland das Volk kriegsmüde wurde und der Zar der Friedensbewegung sein Ohr lieh, wurde der Zarismus auf Betreiben Englands weggefeßt. Die kriegsfördernde vorläufige Regierung wurde von den Führern der Volksbewegung, Trotzki und Lenin, abgelöst, die nunmehr ihre Macht ausnutzen, die wahre „Volksfreiheit“ auf den Schild zu erheben. Angeblich suchen sie den Frieden herbeizuführen auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Ganz abgesehen davon, daß die Praxis in den von ihnen regierten Ländern das Gegenteil von Freiheit bedeutet, betreibt Trotzki aber in Wirklichkeit eine revolutionäre Agitation, auch in den anderen kriegführenden Ländern die Arbeitermassen für seine internationalen völkerbefreienden

Ideen zu gewinnen. Jagen vielleicht unsere Streikführer denselben Zielen nach? Und glauben sie, durch eine Verbrüderung der Arbeiter aller Länder wirklich das Ende des Krieges herbeiführen zu können? Darin läge ein furchtbarer Irrtum! Internationale Schwierigkeiten lassen sich nicht durch internationale Verbrüderung einer bestimmten Klasse beseitigen. Das sollte die deutsche Sozialdemokratie aus eigener Erfahrung wissen. Wenn auf früheren internationalen Sozialistenkongressen von der deutsche Sozialdemokratie Abrüstungsresolutionen angeregt wurden, verhielten sich die Delegierten Frankreichs und Englands stets ablehnend. Jene dachten dabei an die Interessen ihrer Nationen, während die deutsche Sozialdemokratie an eine internationale Verbrüderung glaubte.

Ist es heute anders? In Frankreich und in England ist die Arbeiterschaft bereit, alles zu tragen und alles zu opfern, um den Sieg zu erringen. In Frankreich, wo die Bevölkerung, also auch die Arbeiter, viel schwerer zu leiden haben, denkt man nicht daran, von dem sich einmal gesteckten Kriegsziel abzuweichen. Sie wollen weiterkämpfen, bis dies Ziel erreicht ist. Und in England? Die Auseinandersetzungen Lloyd Georges und Geddes' mit den dortigen Gewerkschaftsvertretern geben die Antwort auf diese Frage. Selbst ein so aufrichtiger Friedensfreund, wie der Arbeiterführer Thorne, hat noch kürzlich erklärt, daß die Vernichtung Deutschlands ihm als die einzige Möglichkeit zur Erlangung eines dauernden Friedens erscheine. Dabei weiß bei uns jeder, der es wissen will, daß weder Fürst noch Volk den Krieg gewollt haben. Die englischen Arbeiter haben beschlossen, den Krieg fortzuführen, bis die von ihrer Regierung als notwendig bezeichneten Kriegsziele erreicht sind. Die englische Zeitung „The Daily Telegraph“ schreibt darüber am 29. Dezember v.J.:

„Was bedeutet der Beschluß der Arbeiter? Er bedeutet, daß die britischen Arbeiter unbeugsam gewillt sind, die Fortsetzung des Krieges zu unterstützen, bis gewisse Voraussetzungen erfüllt sind. Zu diesen Voraussetzungen gehören unter anderem vollkommene Wiederherstellung Belgiens, einschließlich Wiedergutmachung und Schadenersatz, Wiedergutmachung des politischen Unrechts an Elsaß-Lothringen, und zwar durch Volksabstimmung, Erfüllung der Wünsche der italienischen Völkerschaften, Anerkennung des Rechtes Italiens auf die angrenzenden Seezonen, die dauernde Befreiung Palästinas, Mesopotamiens und Armeniens von der Türkei usw.“

Dazu bemerkt mit Recht die „Internationale Korrespondenz“ in ihrer Nr.64 vom 15.1.18 folgendes:

„Der Vorstand der britischen Arbeiterpartei und des parlamentarischen Ausschusses der Trade Unions (Gewerkschaften) haben in einem längeren Manifest die Kriegsziele der britischen Arbeiterklasse entworfen. Der Entwurf wurde auf dem außerordentlichen Arbeiterkongreß vom 28. Dezember 1917 unverändert angenommen. Er stellt sich dar als eine Erklärung, in der der Sieger dem Deutschen Reich und dessen Verbündeten die Friedensbedingungen diktiert. Die britische Arbeiterklasse erkennt nur bei den Mittelmächten und deren Verbündeten politische und völkerrechtliche Probleme an und sucht sie zu ihren Ungunsten zu lösen. Im britischen Reich scheinen vollkommen gerechte Zustände zu herrschen. Dort gebe es gar keine Probleme. Irland, Aegypten, Indien, Seetyrannie existieren für die britische Arbeiterklasse gar nicht. Sie will nur die sündhaften Mittelmächte reformieren und die Türkei vollständig vom Globus verschwinden lassen.“

In dem Verhalten der englischen Arbeiter, die hinter ihrer Regierung stehen, erkennt man, daß die Hoffnungen auf internationale Verständigung nicht einmal in Arbeiterkreisen geteilt werden. Wie weit gehen doch die Meinungen auseinander! Die englischen Arbeiter wissen, daß eine starke gesicherte Nation die Vorbedingung für eine gesunde und gesicherte Existenz der Arbeiter ist. Danach handeln sie. Bei uns dagegen stellt ein irregeführter Teil der Arbeiterschaft die nationalen Interessen aufs Spiel, um internationalen Phantomen nachzujagen. Damit schädigen die Beteiligten sich und die übrige Arbeiterschaft, und, was das Schlimmste bei der Sache ist, sie verlängern damit den Krieg. Oder glauben die Streikenden nicht, daß das feindliche Ausland, insbesondere Trotzki, aus ihrem Verhalten die Hoffnung schöpft, daß, nachdem unsere Heere unvergleichliche Siege erfochten haben, nunmehr die Zeit gekommen ist, wo Deutschland durch innere Schwierigkeiten gezwungen werden könne, sich zu beugen, seine Existenz preiszugeben, und um einen Frieden zu bitten, der alles niederreißen würde, was in jahrzehntelanger Arbeit mühsam aufgebaut ist?

Der Streik.

Köln, 31. Januar. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Amsterdam: Wie unsere englischen Feinde die Ausstandsbewegung in Deutschland beurteilen, ergibt sich aus folgender Aeußerung des „Manchester Guardian“:

Die Ausstände in Deutschland sind ebenso wie die in Oesterreich politische Ausstände und eine Antwort auf den Aufruf der Bolschewisten. Das ist die erste Kundgebung der deutschen Volksmassen nach einem demokratischen Frieden und Bezwingung des Militarismus. Man muß mehr als 50 Jahre in der deutschen Geschichte zurückgehen, um etwas derartiges anzutreffen. Die Bedeutung der gegenwärtigen Geschehnisse kann nicht verkannt werden.

Der Streik.

Ueber Kopenhagen trifft die Nachricht ein, daß in London die Nachricht vom Streik in Deutschland mit heller Freude aufgenommen wurde. Das Ereignis wurde in London durch Extrablätter mit der Ueberschrift „Der Zusammenbruch der Mittelmächte“ bekanntgegeben. Das ist das erste positive Ergebnis, das die Streikführer zu verzeichnen haben. Bei denen, die diese Wirkung erzielen wollten, wird die Befriedigung darüber nicht ausbleiben; andere aber, die sich einen anderen Erfolg in den feindlichen Ländern versprochen, werden nachdenklich werden. Es zeugte von völliger Verkennung der Geistesverfassung in London und Paris, wenn die Streikenden glaubten, die Arbeiter in England und Frankreich würden der Einladung, sich an der Bewegung zu beteiligen, folgen. Das Gegenteil mußte eintreffen und ist eingetroffen. Die Sozialisten der Westmächte haben sich viel zu tief in die Kriegspolitik ihrer Regierungen eingelassen, als daß sie aus den Nachrichten über deutsche Arbeiterausstände etwas anderes herauslesen könnten, als die Förderung dieser Kriegsziele. Und die Erfahrungen im Westen werden ergänzt und verstärkt durch die Meldungen aus Rußland. Auch dort wirkt die Kunde vom Ausstand prompt, wenn auch anders als man gehofft hat. „Wir denken an keinen Sonderfrieden“, sagt Trotzki, und auch Lenin hat die Formel gefunden, die keinen Frieden mehr will. Wer Ohren hat zu hören, der weiß heute auch im Streiklager, daß die außenpolitischen Absichten, die Hoffnungen auf Kriegsende und Friedensschluß nach allen Seiten gescheitert sind und sich in das Gegenteil verkehrt haben.

Wie sieht es nun im Innern aus? Es ist leider nicht zu bestreiten, daß der Streik in der Rüstungsindustrie, der zunächst nur aus unterirdischen Quellen gespeist wurde an seiner dunklen Herkunft wohl auch zugrunde gegangen wäre, durch die Teilnahme der sozialdemokratischen Parteileitung einen Rückhalt bekommen hat. Wir lassen es dahingestellt, ob die offizielle Partei den Anschluß an die Streikbewegung deshalb gefunden hat, weil sie sich für ihre Zwecke davon Nutzen verspricht oder weil sie die Bewegung, die einmal im Flusse war, wohlthätig beeinflussen will. Das wird man erst im Laufe der Dinge entscheiden können und nach dieser Entscheidung wird sich auch das Urteil richten müssen, das man über die Teilnahme der Sozialdemokratie an diesem bis tief in die Reihen der Arbeiter beklagten und verurteilten Streik fällen muß.

Wenn sich die Nachricht bestätigt, daß der sozialdemokratische Parteiausschuß ein Programm ausarbeitet, auf Grund dessen man mit der Regierung verhandeln möchte, das sich auf die innerpolitischen Forderungen beschränkt und die Wünsche außerpolitischer Art streicht, so wäre man damit schon ein Stück vorwärts gekommen. Gerade der Versuch, auf den Gang der Friedensverhandlungen Einfluß zu bekommen und sich den Bolschewiki als Anwälte ihrer Forderungen anzubieten, war am gefährlichsten, weil er die diplomatische Arbeit unmöglich machen mußte; über diesen Punkt kann es deshalb kein Verhandeln geben.

Wenn die Streikenden mit ihren innerpolitischen Wünschen auch vielfach offene Türen einrennen und ihre an sich durchaus verständlichen Klagen über unzulängliche Nahrungsmittelversorgung in einer Zeit vorbringen, die sich gegen dieselbe Zeit des Vorjahres doch auf das wohlthuendste abhebt, so sind die Meinungsverschiedenheiten, die hier noch bleiben, doch nicht so tiefgehend, daß sie ein Zerreißen der inneren Front zuließen oder auch nur eine Sprengung der bisherigen Mehrheit forderten. Diese Gefahr liegt ja nur vor, wenn sich die Sozialdemokratie trotz der allmählich gewonnenen besseren Einsicht in die Streikziele festbisse. Daß sie dann weder bei den befreundeten Parteien noch bei der Regierung etwas anderes als entschiedenen Widerstand finden würde, dürfte ihr klar geworden sein. Das Organ der ihr am nächsten stehenden Partei, die „Freisinnige Zeitung“, stellt heute morgen fest, daß die Fortschrittliche Volkspartei während des Krieges

wiederholt in der Lage gewesen sei, mit der alten Sozialdemokratie innerhalb und außerhalb des Parlaments zusammen zu gehen. Mit der neuesten Wendung der Sozialdemokratie wolle sie aber nicht gemein haben.

Sie weist jede Verbindung mit solchen Kreisen zurück und überläßt der Sozialdemokratie die volle Verantwortung für alle Folgen, die sich aus dem Streik ergeben können.

Wie man aber auch die Stellung der Sozialdemokratie und die noch dunklere Haltung der Gewerkschaften zum Ausland ansieht, die Öffentlichkeit braucht deshalb ihre Meinung über die Männer, die für das Werden und das Wachsen der Bewegung die Verantwortung tragen, ebenso wenig zu ändern, wie die Regierung ihre Haltung zu revidieren braucht. So wenig sie sich durch diesen Streik bewogen fühlt, ihr für notwendig erachtetes inneres Programm umzustürzen, so wenig läßt sie sich dadurch vom Wege abdrängen, der nach ihrer Ueberzeugung zu einem unserer günstigen militärischen Lage entsprechenden Frieden der Verständigung führen muß. In dieser Entschlossenheit fühlt sie sich des Beifalls des Volkes so sicher, daß dadurch schon allmählich auch in die verwirrten Köpfe die Ueberlegung zurückkommen wird, daß man sich durch diesen Streik gerade das verscherzt, was man am sehnlichsten will: den baldigen Frieden und eine gründliche Reformpolitik. Wenn die Verführten sich von den Verführern losmachen wollen, so steht ihren berufenen Führern, den erwählten der Partei und der Gewerkschaften, der Weg zum Ganzen ohne weiteres offen. Eine Regierung, die selbst den Feinden nie die Verständigungsbrücken abgebrochen hat, wird selbstverständlich auch mit Vertretern der Partei und der Gewerkschaften über die Möglichkeit einig werden wollen, die Streitaxt zu begraben. Denen freilich, die nur an ein Schüren des Feuers denken, wird sie in dieser Zeit rücksichtslos entgegentreten müssen; für russische Vorbilder wird sie ebenso wenig Verständnis haben wie sie in der Bevölkerung Begeisterung wecken können.

Das Oberkommando in den Marken hat jede Tagung des Streikausschusses, unter welchem Namen er auch zusammensitzen mag, verboten, weil die bisherigen Ereignisse bewiesen, daß aus diesen Ausschüssen eine Bewegung ihre Nahrung zieht, die die öffentliche Sicherheit gefährdet. Auch Versammlungen dürfen nicht mehr stattfinden. **Auch an diesem Verbote werden in der heutigen Zeit nur die etwas auszusetzen haben, denen an der Ausdehnung der Bewegung, das heißt an der Schwächung unserer Verteidigungskraft gelegen ist.** Ob man aber deren Einwürfe beachten soll, erscheint uns mehr als fraglich. Mit einer Aufklärung der Verführten und mit dem Zurückdrängen der Verführer wird man dahin gelangen, den Streik wieder auf seine Ursprünge zurückzuführen. Nach seinem Anwachsen an den ersten Tagen hat sich das Streikbild in den letzten Tagen nicht mehr wesentlich verschoben. Gegenüber den ums Vielfache übertreibenden Zahlen und gegenüber alarmierenden Gerüchten ist daran festzuhalten, daß in der Hauptstadt nicht viel mehr als 100 000 Ausständige amtlich gezählt wurden. Aus den Hauptbezirken des Reiches kommen nach wie vor Nachrichten, die beweisen, daß man draußen im allgemeinen den Kopf klarer gehalten hat als in Berlin und daß man sich gegen Verwirrung sträubt, die von unabhängigen Sinnen auch dorthin getragen werden soll. **K.R.**

Vossische Zeitung – Nr. 57 - 1918 – Donnerstag, 31. Januar - Abend - S.1

Feindeshände im Spiel?

Anfang Januar hat sich ein Propagandakomitee der Ententestaaten zur Revolutionierung der Zentralmächte gebildet. Der Plan geht dahin, gut deutschsprechende Angehörige der den Mittelmächten benachbarten neutralen Staaten sowie Internierte oder Kriegsgefangene Angehörige der Mittelmächte anwerben, die bekannt und bereit sind, den herrschenden Regierungsgewalten zu trotzen.

Die Konsuln der Entente, die in den neutralen Ländern weit über Bedarf, sogar an Plätzen zugelassen sind, wo überhaupt keine besonderen Interessen durch sie vertreten sind, sollen zur Auswahl dieser Propagandisten in Anspruch genommen werden, um auf diese Weise sich vor Mißgriffen zu schützen.

Seeleute und Metallarbeiter sollen bevorzugt und für Sabotage in ihren Arbeitsstellen verwendet werden. Propagandaschriften sollen über die Grenze geschmuggelt werden. Gedacht ist die Revolutionierung von Zentralen in Haag, Zürich und Kopenhagen vertreten zu lassen. Die Mittel werden von der Regierung der Vereinigten Staaten angewiesen, der von der Entente etwa 150 bis 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden.

Der Reichsbote – Nr. 55 - 1918 – Donnerstag, 31. Januar - S.1

An unsere Leser!

Die Angestellten unserer Druckerei haben aus politischen Gründen – nicht etwa infolge irgend einer Streitigkeit mit der Geschäftsleitung – die Arbeit niedergelegt. Es war uns daher unmöglich, die gestrige Abend-Ausgabe erscheinen zu lassen. Erst jetzt können wir wenigstens diese Benachrichtigung an unsere Leser drucken. Wann unser Blatt wieder erscheinen wird, läßt sich im Augenblick nicht übersehen. Wir hoffen jedoch, daß unsere Leser Ende der Woche den „Reichsboten“ wieder erhalten.

Verlag des „Reichsboten“ G. m. b. H.

Deutsche Tageszeitung – Nr. 56 - 1918 – Donnerstag, 31. Januar - Morgen - S.2

Der Berliner Streik – eine Hilfe Englands.

Wie uns von vertrauenswürdiger Seite berichtet wird, wurde die österreichische Ausstandsbewegung in London durch Extrablätter bekanntgegeben. Die englischen Zeitungen begnügten sich nicht damit, in Leitartikeln den Streik als Vorboten des nahen Sieges der Entente zu feiern, sondern bezeichneten ihn schon in den ausgegebenen Extrablättern als den Zusammenbruch der Zentralmächte. Die Stimmung der Bevölkerung in England und Frankreich ist durch die Nachrichten über die vorübergehende Arbeitsniederlegung in Oesterreich außerordentlich gehoben und die Zuversicht auf den endlichen Sieg der Entente wird dadurch von neuem bestärkt worden.

Soweit unser Gewährsmann. Wenn nun schon die österreichisch-ungarischen Unruhen solche Wirkungen im feindlichen Auslande zeitigen konnten, wieviel mehr muß dann die Nachricht von Arbeitseinstellungen in Berlin unsere Feinde ermutigen, an ihren Vernichtungsabsichten festzuhalten und den Krieg zu verlängern! England wird aufs neue seine Hoffnung bestätigt sehen, daß es in der deutschen Sozialdemokratie seine beste Hilfstruppe besitzt, die schließlich das vollbringt, was alle Truppen der Entente vergeblich zu erreichen suchten: die Niederlage Deutschlands und damit seine Vernichtung.

Die streikenden Arbeiter tragen unmittelbar zum Untergang des Deutschen Reiches und damit zur Versklavung des deutschen Volkes bei – ganz abgesehen davon, daß sie durch ihr verbrecherisches Feiern im Kriege, während außerhalb der Reichsgrenzen die Schlachten toben, unsern kämpfenden Kameraden feige in den Rücken fallen, die nun dafür ihr Leben lassen müssen, daß sie den reklamierten Schwerverdienern die Greuel des Krieges ferngehalten haben. Erst dadurch, daß unsere Truppen in Aufopferung und mit fast übermenschlicher Tapferkeit den Krieg in Feindesland getragen haben, ist es möglich geworden, daß unsere gut bezahlten und reichlich gepflegten Rüstungsarbeiter daheim streiken können. Wie aber, wenn die deutsche Westfront, weil sie aus Mangel an Munition nicht weiter kämpfen kann, von den neu ermutigten Feinden durchbrochen wird – **wenn die Schlachten dann auf deutschem Boden ausgetragen werden und Deutschland schließlich unterliegt? Eine politische Knebelung und wirtschaftliche Aussaugung des deutschen Volkes bis aufs Blut wären die Folgen** – und die Arbeiterschaft, einschließlich der Streikenden, würde am schwersten darunter zu leiden haben.

Die Handlungsweise der streikenden Arbeiter ist nicht nur ein Verbrechen an ihren kämpfenden und duldenden Kameraden draußen und am Vaterlande, sondern sie ist vor allem auch so blitzdumm, daß man sich wundern muß, daß der verständige Sinn der deutschen Arbeiterschaft von böswilligen Agitatoren so verdunkelt werden konnte. **Die Drahtzieher der Streikbewegung in Berlin wie die in Oesterreich-Ungarn unterhalten direkte Verbindungen zu den Bolschewisten in Rußland und den Personen im Auslande, welche die Revolution nach Deutschland hineintragen wollen;** sie gehören zu denen, die nichts zu verlieren haben und sich schließlich in Frankreich oder Rußland genau so wohl fühlen wie in Deutschland. Das deutsche Volk aber und vor allem die von den revolutionären Agitatoren betörten Arbeiter werden die unheilvollen Folgen des Streikes in vollem Maße zu tragen haben.

b.b.

Massen und Führer.

Will man den offiziellen sozialdemokratischen Erklärungen zur Ausstandsbewegung in vollem Umfange Glauben schenken, so bietet der Streik eine bemerkenswerte Illustration zu dem alten Thema vom Verhältnis zwischen Führer und Geführten. Man versichert uns von dorthier mit der Miene vollendeter Biederkeit, von einer Beteiligung leitender Stellen an der Vorbereitung, ja auch nur von einer Billigung des Streiks könne keine Rede sein. Die Partei als solche habe, als sie sich eines Morgens die Augen rieb, vor der vollendeten Tatsache und der Forderung der Massen gestanden, freundlichst die Leitung der angezettelten Bewegung zu übernehmen, damit sie zu einem guten – nicht für das Vaterland, sondern für das internationale Proletariat – Ende komme. Welcher Forderung sie sich schon im Hinblick auf die im Vorgefühl eines fetten Seelenfanges behaglich schmunzelnde „unabhängige“ Konkurrenz nicht habe entziehen können.

Nimmt man einen Augenblick an, der wirkliche Verlauf der Dinge bewiese diese behauptete Unschuldsweiße der mehrheitssozialistischen Weste, so beweist das nichts anderes, als daß die Führer keine Führer sind. Und daß von Disziplinierung politischer Einsicht und Lenksamkeit der Massen, zu deutsch von der vielberedeten „Reife des Volkes“ keine Rede ist. Derselben Reife, auf der doch der ganze demokratische Feldzug innerpolitisch aufgebaut, die aber auch die Voraussetzung für gewisse Forderungen der Massen selbst ist. Oder ist das etwa eine Führung, die aus Furcht, an Einfluß zu verlieren, sich zu Handlungen drängen läßt, die sie selbst eher für schädlich als für nützlich hält, für die sie die Verantwortung mit allen Mitteln abzuschieben sucht? Die offen eingesteht, daß der Herdentrieb in den Massen größer ist als alle politische Belehrbarkeit und die sich deshalb als Leithammel auf bewußt falsche Wege begibt, damit nicht der „unabhängige“ Neidhammel die Spitze führt? Wobei übrigens in Ansehung des Herdentriebes in Parenthese bemerkt werden muß, daß auch die Regierung mit ihm rechnen und ihn auszuschalten suchen sollte durch Verhinderung von Demonstrationsumzügen. Denn erwiesenermaßen führt das Auftreten geschlossener Gruppen von Streikenden vielfach zur Auslösung des Nachahmungsdranges bei den dann noch Arbeitenden.

Was die angebliche Unterordnung unter den Zwang der Massen tatsächlich bedeutet, weiß man in den leitenden Kreisen sehr wohl. Wenn Herr David bereits auf dem Würzburger Parteitage den „Unabhängigen“ wegen ihrer Ablehnung der Kriegskredite, die doch schließlich noch eine taube Nuß, eine leere Demonstration war, die Verantwortung für eine Niederlage Deutschlands zuschob, so wird er sich über die aus der jetzigen, sehr gehaltvollen Demonstration entspringende Verantwortung nicht wohl im Zweifel sein können. Hat man die Stirn, das mit dem Hinweis auf die Interessen der Partei und des internationalen Proletariats decken zu wollen? Fast scheint es so. Ein sozialdemokratisches Organ umschreibt die Pflichten des Parteivorstandes in dieser Situation also:

„Als die Spitze einer Arbeiterpartei mußte er verhüten, selbst wenn er den Streik mißbilligte, daß aus dem einmal begonnenen Kampfe eine Niederlage für die gesamte Arbeiterbewegung würde. Daß etwa der Streik sich hinschleppte und allmählich die eine Gruppe hier, die andere dort die Wiederaufnahme der Arbeit beschlösse oder gar jeder auf eigene Faust wieder zu arbeiten begann oder weiter streikte. Dadurch wäre eine tiefgreifende Zerrissenheit in die ganze Arbeiterschaft getragen worden, einer hätte dem anderen Vorwürfe gemacht, und das ganze Organisationsleben wäre unheilbar zerrüttet, das Solidaritätsgefühl tief erschüttert worden. Eine derartige Entwicklung konnte kein Arbeiterführer wünschen, der sich seiner Verantwortlichkeit bewußt war.“

Man liest hier mit Staunen das Wort „Verantwortlichkeit“. Inmitten von Sätzen, die festgehalten zu werden verdienen. Eine Verantwortlichkeit gegenüber dem Vaterlande, der Nation, dem Volksganzen kennt man in den leitenden Kreisen der Sozialdemokratie nicht. Sie sind bis an die Ohren voll von Verantwortlichkeit gegen die „Arbeiterbewegung“; jeder Tropfen mehr hat keinen Platz. Ein Quentchen nationaler Verantwortlichkeit würde sie zum Ueberlaufen bringen. Also verzichtet man. Und erspart sich zugleich jeglichen Konflikt der Pflichten. Ein Dilemma zwischen Partei und Vaterland? Beileibe nicht. Nur die Partei hat Ansprüche auf den Mann, und auf den ganzen. Was Landesverteidigung, was Existenzkampf des Volkes! Die Partei darf nicht zu Schaden kommen, muß im inneren Konkurrenzkampf mit den Unabhängigen die Oberhand behalten.

Nach außen legt man die Verantwortung auf die Massen. Nicht eingedenk des Wortes, das ein Sozialdemokrat prägte: Mancher schaffe erst künstlich eine Massenstimmung, um sich dann hinter ihr zu verkriechen. Wie schnell ist das Wort zur Wahrheit für die gesamte Sozialdemokratie geworden. Ist sie etwa wirklich überrannt worden? Hat sie nicht etwa den „run“ der Massen vorbereitet kommen sehen und sich ihm nur allmählich gerne gebeugt? Wo ist, die Ehrlichkeit des Willens zur Wahrheit einmal vorausgesetzt, der

sozialdemokratische Führer gewesen, der sie verkündet hätte? Wo ist das sozialdemokratische Blatt, das nicht die Massen irregeführt hätte in der Beurteilung des doppelzüngigen Trotzki, in der Belehrung über die Folgen eines Streiks? Wer fand den Mut, den Massen zu sagen, daß ihre Forderungen unerfüllbar, daß ihr innerpolitisches Begehren verfassungswidrig und darum ganz und gar undemokratisch ist? Niemand fand ihn; kaum jemand wollte ihn finden.

Sollte man glauben, so schlechte Kenner der Massenpsychologie stünden an der Spitze der deutschen Sozialdemokratie, daß sie nicht genau gewußt hätten, welchen Sturm sie von ihrer Windsaat ernten müßten? Man war klug, aber nicht klug genug. Fand geschickte und verdeckte Wege, um das Ferment in den stets gärfähigen Teig der Masse zu praktizieren und doch saubere Hände zu behalten, fand eine gute Miene der Ueberraschung, als der Teig Blasen warf und stieg, hatte auch die trefflichste Ausrede, als man nun daran ging, selber zu rühren und die Gärung zu beschleunigen. Hatte aber vergessen, wie sehr man sich doch dabei kompromittieren mußte, wenn man das Gesicht wahren wollte. Wollte man wahr haben, man hätte ein ehrliches Spiel getrieben, so stellte die Ueberwältigung der Führer durch die Massen eine heillose Bloßstellung der Behauptung von der „Reife des Volkes“ dar. Gab man aber diese im besten Falle nur halb richtige Fiktion auf, so geriet man offensichtlich in die Fangarme von Gesetzesparagrafen, die mit peinlicher Deutlichkeit von den Folgen einer Handlungsweise reden, die „der Kriegsmacht des Deutschen Reiches Nachteil zufügt“. Ein Dilemma der Pflichten zwischen Partei und Vaterland kennen die Führer der Sozialdemokratie nicht; das haben sie bewiesen. Aber diesem Dilemma der Verlegenheiten werden sie sich nicht entziehen können. Ob sie die Scylla oder die Charybdis wählen: die Lehren, die man für ihre und ihrer Sache Beurteilung daraus für die Zukunft zieht, sind in jedem Falle peinvoll für sie. Lohnte das Spiel den Einsatz? **W.A.**

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 56 - 1918 – Donnerstag, 31. Januar - Morgen - S.1

Das Spiel mit dem Feuer.

Als wir gelegentlich der letzten Reise des sozialdemokratischen Führers Scheidemann nach Stockholm auf seine Beziehungen zu den russischen Bolschewiki und auf die Möglichkeit hinwiesen, daß Scheidemann mit Worowski die Taktik verabredete, die die russischen und deutschen Bolschewiki zur Verschleppung der Sonderfriedensverhandlungen befolgen sollten, glaubte mancher, wir sehen die Dinge zu schwarz. Die Tage des Berliner Streiks zeigen deutlich, wie recht wir hatten. Auch unsere Warnungen der letzten Zeit, daß die Regierung rechtzeitig an die Sicherheit des Reiches und der Krone denken sollte, waren leider nur zu berechtigt. Jetzt hat Scheidemann die Maske fallen gelassen. Er ist, um mit den Worten des Mephisto zu reden, „des trockenen Tons nun satt, muß wieder recht den Teufel spielen.“ Wohin der in der Hauptsache auf Groß-Berlin beschränkte Streik führen wird, vermag heute noch niemand zu sagen. Das Ziel aber, dem Scheidemann und Haase entgegenstreben, ist ebenso bekannt, wie die Vorgänge, von denen man auf das Eintreten der augenblicklichen Zustände schließen konnte.

Um nur an einige Tatsachen zu erinnern: Mit leidenschaftlicher Begeisterung begrüßten bekanntlich die Sozialdemokraten den Ausbruch der russischen Revolution und dann den Antritt der Herrschaft der Bolschewiki. In einer Entschliebung am 18. Dezember begrüßte eine sozialdemokratische Versammlung die Errungenschaften der Arbeiter in der russischen Revolution freudig. Sie versicherte den russischen Klassengenossen ihre Solidarität. Am 13. Dezember rief der Parteivorstand zum Kampf um den Frieden und um die Freiheit im Innern auf. Ebenso leidenschaftlich wie die russische Revolution wurde dann von den deutschen Sozialdemokraten die Aufstandsbewegung in Oesterreich-Ungarn begrüßt. Das Verbot des Vorwärts brachte nach zahlreichen Drohungen im Vorwärts die letzten deutlichen Drohungen des Abg. Scheidemann. Er sprach vom Spiel mit dem Feuer und kündigte ähnliche Vorgänge wie in Oesterreich-Ungarn auch für Deutschland an. U.a. erklärte er: „Vergessen sie nicht, daß die Zustände bei uns denen in Oesterreich vor Ausbruch des Ausstandes gleichen.“

Auch der andere Führer der Sozialdemokraten – von Haase und Ledebour gar nicht zu reden – Ebert begrüßte das Vorgehen des Proletariats in Oesterreich und drückte ihm die volle Sympathie aus, man dürfe versichert sein, „wenn es sein muß, wird die deutsche Arbeiterklasse ihre ganze Kraft daran setzen“, ihre Ziele zu erreichen. Das Stärkste leistete sich dann der Unabhängige Sozialdemokrat Hoffmann im Abgeordnetenhouse am 23. Januar: „Das Menetekel in Oesterreich sollte als Warnung dienen. Sie tanzen auf einem Vulkan! Selbst ein Scheidemann hat mit der Opposition gedroht. Wir stehen in Oesterreich zehn Minuten vor Ausbruch der Katastrophe. - - Ich bleibe bei meinen Behauptungen. Wir warnen in zwölfter Stunde.“

Diese Drohungen und Ankündigungen erscheinen heute in einem andren Lichte als an den Tagen, an denen sie ausgesprochen wurden. Nachdem die Führer der Sozialdemokratie auch ausdrücklich an die Spitze des politischen Ausstandes getreten sind, unterliegt es für niemanden einem Zweifel, daß dieselben Männer, die jetzt an der Spitze der Bewegung stehen, auch für ihren Ursprung und ihren Ausgang verantwortlich sind. Was sie wollen, werden sie nicht erreichen. An einen Generalstreik ist gar nicht zu denken und die Bewegung in Berlin muß, wenn die Regierung auch nur halbwegs ihre Schuldigkeit tut und mit ihrer Politik der Nachgiebigkeit endlich bricht, in wenigen Tagen an Entkräftung eingehen.

Selbst von den Ausständigen sind die meisten nur einem Zwang folgend dabei und niemand außer den sozialdemokratischen Führern weiß im Grunde, welchen Zielen dieser Ausstand gelten soll. Es handelt sich demnach recht eigentlich um ein Spiel mit dem Feuer, und Spielerei ist es auch, wenn die Streikenden einen Arbeiterrat und einen Aktionsausschuß zur Führung der Streikgeschäfte eingesetzt haben. Das Feuer aber, mit dem sie spielen – so hoffen wir – wir den Preußischen Staat nicht erfassen, sondern die irregeleiteten Massen der Ausständigen und ihre Führer werden sich an ihm recht kräftig die Finger verbrennen. Für die bürgerliche Gesellschaft und die nichtbeteiligten Arbeiter heißt es, die Ruhe zu bewahren und bei allen umherschwirrenden törichten Gerüchten nicht die Nerven zu verlieren, noch das Vertrauen zu der Kraft des Staates und dem tatkräftigen Willen der Heeresleitung, die in dieser Zeit den Behörden zur Aufrechterhaltung der Ordnung und beim Schutz der Sicherheit beistehen wird.

R.Fr.

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 57 - 1918 – Donnerstag, 31. Januar - Abend - S.1

„Der Zusammenbruch der Mittelmächte“.

In einer Privatmeldung aus Kopenhagen heißt es: In London wurde die Nachricht vom Streik mit heller Freude aufgenommen und dieses Ereignis in London durch Extrablätter mit Ueberschrift „Der Zusammenbruch der Mittelmächte“ bekannt gegeben.

Wer hätte das anders erwartet? Trotzki, Scheidemann und Haase sicher nicht, nur hofften sie, daß nun der Ausstand bei uns zu einer Revolution führen würde, die dann auf England, Frankreich und Italien übergriffe; sie kennen die Engländer ebensowenig, wie die Leute bei uns. Wie die Engländer denken und wie sie hoffen, erkennt man aus einer Meldung der Voss. Ztg. [Vossische Zeitung; Nr. 54; 1918; Mittwoch, 30. Januar; S.4: Was Lloyd George von uns erwartet.], nach der in Kopenhagen bekannt wird, daß in der englischen Geschäftswelt starke Mißstimmung herrscht, weil das ganze Geschäftsleben so gut wie lahmgelegt sei, und die ungeheuren Verluste, die die Kaufleute schon jetzt erlitten hätten, von Tag zu Tag größer werden. Man habe sich in schärfster Tonart an Lloyd George gewandt mit der Frage, weshalb er nicht auf Kosten von Englands Verbündeten mit Deutschland einen für England vorteilhaften Frieden schliesse.

Lloyd George habe geantwortet, dazu sei immer noch Zeit, denn er habe die absolute Gewißheit, daß Deutschland jederzeit zu einem solchen Frieden, der England schonen würde, auch im Falle eines völligen Sieges, bereit sei. Er, Lloyd George, schätze die amerikanische Hilfe auch nur gering ein, und verkenne keineswegs die wachsende Gefahr des U-Boot-Krieges. **Aber die Herren möchten nur noch ganz kurze Zeit Geduld haben. Nach ganz zuverlässigen Nachrichten steht die innere Revolution Deutschlands unmittelbar bevor. Die ganze demokratische Bewegung in Deutschland sei so stark, daß man auf diesem Wege, ohne die eigenen Verbündeten preisgeben zu brauchen, mit Sicherheit zu einem sogenannten annexionslosen Frieden gelangen werde, der Englands Kriegsziel: die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands, ohne daß Deutschland es selber merke, voll befriedige.**

In der englischen Presse findet man ähnliche Gedankengänge. Die Herren werden sich ebenso wundern, wie die Demokraten bei uns und Herr Trotzki. Unsern „Regierungssozialisten“ um Herrn Scheidemann wird jetzt schon angst und flehen die Regierung um eine gutes Wort, um einen Verständigungsfrieden an und suchen ihr Zusammengehen mit den Radikalen zu entschuldigen, da sie erkennen, daß sie auf Widerstand stoßen und sie keine Aussichten haben, durch den Ausstand etwas zu erreichen. Bemerkenswert ist, daß sich nun der sozialdemokratische Parteiausschuß an Stelle des Parteitages am Mittwoch in Berlin zu der durch den Streik geschaffenen Lage Stellung nahm. Er beriet über die Aufstellung eines eigenen Programms, das eine geeignete Grundlage für Verhandlungen mit der Regierung bieten soll. Wesentlich sind daran nach dem B.T. [Berliner Tageblatt] die Beschränkung auf innerpolitische Forderungen und die Streichung aller von den ausständigen Arbeitern geäußerten Wünsche außerpolitischer Art. Ferner befaßte sich der Parteiausschuß mit der Beratung von Maßnahmen, um einer Verhetzung zum Streik im Bäckergewerbe wirksam entgegenzutreten.

Der Rückzug der Sozialdemokraten hat damit schon begonnen. Beschleunigt wurde er u.a. auch wohl dadurch, daß viele Arbeiter nichts vom politischen Ausstand, zumal in dieser Zeit wissen wollen und daß der Ausstand nirgends auf Sympathien rechnen kann. Selbst die Demokraten vom Schlage des Berl. Tagebl. haben „bedenkliche Seiten“ an dem Ausstandsprogramm der Genossen gefunden und erkennen, daß unsern Unterhändlern in Brest-Litowsk ihre Aufgabe durch den Ausstand erschwert werden muß. Allerdings befürwortet das Blatt das Nachgeben der Regierung. Dagegen schreibt parteiamtlich die Freis. Ztg.:

„Während die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und die christlichen Gewerkschaften ihre Mitglieder vor dem Streik gewarnt, während die freien Gewerkschaften sich gegenüber dem Ausstand als einer politischen Bestrebungen dienenden Bewegung neutral erklärt haben, hat es die Sozialdemokratie beider Richtungen für angemessen gehalten, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Die Fortschrittliche Volkspartei ist während des Krieges wiederholt in der Lage gewesen, mit der alten Sozialdemokratie innerhalb des Parlaments zusammen zu gehen. Mit der neuesten Wendung der Sozialdemokratie will sie aber nichts gemein haben, sie weist jede Verbindung mit solchen Kreisen zurück und überläßt der Sozialdemokratie die volle Verantwortung für alle Folgen, die sich aus dem Streik ergeben können.“

Die Furcht vor dem Ende des Bündnisses und der „Reichstagsmehrheit“, das in einer parlamentarischen Zuschrift an das B.T. als möglich in Aussicht gestellt wird, erklärt den Rückzug der Genossen auf innerpolitische Ziele. Aber die Nordd. Allg. Ztg hat ja schon erklärt, daß es hier keines Drucks bedarf.

Die Ziele dieses Ausstandes sind aber nicht das Wichtigste. Die Nationall. Corresp. stimmt unserer in diesen Tagen geäußerten Ansicht zu, wenn sie schreibt:

„Die kritischen Umstände sind anderswo zu suchen. Der Streik ist aus rein politischen Beweggründen hervorgegangen, und er dient oder soll doch auch dem Zwecke dienen, die verantwortlichen Männer der deutschen Regierung mürbe und gefügig zu machen. Die Karten, die die Streikführer in Berlin gemischt haben, sind Trotzkis Spiel. Gerade in dem Augenblick, in dem die Brest-Litowsker Verhandlungen wieder beginnen sollen, schlagen Bundegenossen von ihm in unserer Mitte ihr Lager auf. Und in dieses Lager ist nun nach einigen Tagen des Schwankens und Zögerns die Sozialdemokratie abmarschiert.“

Haase und Scheidemann haben sich wiedergefunden und führen gemeinsam die Geschäfte des Arbeiterrates. Die Scheidemann-Partei hat also keinen Damm gegen die Streikflut gebildet, sondern sich in das Fahrwasser der Unabhängigen begeben. Und dies alles, obgleich sogar aus der Mitte der freien Gewerkschaften Proteste gegen den verbrecherischen Streik laut geworden sind. Hier liegt der kritische Punkt der Lage. Die Regierung kann durch Nachgeben alles verderben, denn einmal gewonnen, wird sich das Spiel bei jeder Gelegenheit wiederholen. Bleibt sie aber fest, so hat sie die beste Aussicht, die Bewegung niederzuzwingen. Denn nicht in der Bewegung liegt die Gefahr, sondern in ihrer Ueberschätzung und in der Unentschlossenheit, ihr Halt zu gebieten. Die Regierung wird wissen, um was es sich handelt. Von dem Ausgang des Heute hängt nicht nur das Morgen ab, sondern alles, was darauf folgen wird. Möge man danach handeln!“